

Nicolai Hannig, Ute Schneider (Hg.)

GESCHICHTE DES RUHRGEBIETS

Der Rheinisch-Westfälische
Industriebezirk bis 1914





GESCHICHTE DES RUHRGEBIETS

Herausgegeben von Stefan Berger, Nicolai Hannig,
Jan Kellershohn, Ute Schneider, Hans-Christoph Seidel und Malte Thießen

Übersicht über das Gesamtwerk „Geschichte des Ruhrgebiets“

Band 1:

Der Rheinisch-Westfälische Industriebezirk bis 1914

Herausgegeben von Nicolai Hannig und Ute Schneider

Band 2:

Das Ruhrgebiet – Laboratorium der Industriemoderne (1914 bis 1969)

Herausgegeben von Hans-Christoph Seidel und Malte Thießen

Band 3:

Zeit-Raum Ruhr (1969 bis heute)

Herausgegeben von Stefan Berger und Jan Kellershohn

GESCHICHTE DES RUHRGEBIETS

Band 1: Der Rheinisch-Westfälische Industriebezirk bis 1914

Herausgegeben von Nicolai Hanning und Ute Schneider

Redaktion: Jens Adamski

BÖHLAU

Die Bandreihe „Geschichte des Ruhrgebiets“ ist ein Projekt der
Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets.



Die Herausgeber, Autor:innen und der Verlag waren bemüht,
alle Bildrechte zu klären. Wer seine Rechte dennoch nicht be-
achtet sehen sollte, wende sich an die Herausgeber oder den
Verlag.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek :
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie ; detaillierte bibliografi-
sche Daten sind im Internet über <https://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2025 Böhlau, Lindenstraße 14, D-50674 Köln, ein Imprint der
Brill-Gruppe (Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill
USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill
Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich
GmbH, Wien, Österreich)

Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill
Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Brill Wageningen Academic,
Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau und V&R unipress.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind ur-
heberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den
gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftli-
chen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Panorama-Zeichnung der Ruhr von Allan
Tappe, 1872 (Privatbesitz/Foto: LWL-Museen für Industriekultur,
Dortmund)

Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln
Layout und Satz: Bettina Waringer, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage |
www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com
E-Mail: info@boehlau-verlag.com

ISBN (print) 978-3-412-53110-2
ISBN (e-lib) 978-3-412-53112-6
ISBN (e-book) 978-3-412-53111-9

INHALT

GELEITWORT	7
ZUR EINFÜHRUNG IN DAS GESAMTWERK	9
ZUR EINFÜHRUNG IN BAND 1.	15

Hiram Kümper

DAS „RUHRGEBIET“ VOR DEM RUHRGEBIET

Der Raum zwischen Ruhr und Lippe von den Anfängen bis ins 18. Jahrhundert.	19
1. Von der Vor- zur Frühgeschichte: frühe Spuren menschlichen Lebens	21
2. Römer, Germanen und Franken an Rhein, Ruhr und Lippe	22
3. Mit Kreuz, Schwert und Verwaltung: Christianisierung und Integration in das Karolingerreich .	24
4. Ausdifferenzierung und Konsolidierung: Strukturbildung im Übergang vom Hoch- zum Spätmittelalter	31
5. Landesherrschaft und städtische Freiheit: wirtschaftliche und herrschaftliche Verdichtung im Nordwesten.	39
6. Die große Transformation: das Land zwischen Lippe und Ruhr wird (brandenburgisch-)preußisch	49
7. Bauern, Kötter und Ackerbürger: dörfliches und kleinstädtisches Leben in der frühen Neuzeit	55
8. Das „Zeitalter der Kohle“ beginnt – eher beschaulich	63
9. Das „Ruhrgebiet“ vor dem Ruhrgebiet: Ein Fazit	69

Ute Schneider

DIE KONSTRUKTION DES „RUHRGEBIETS“

Raumvorstellungen, Raumpraktiken, Raumbilder.	71
1. Die Geschichte der Natur: Geologie zwischen Praktik und wissenschaftlicher Praxis	72
2. Raumbildner Statistik: Menschen, Tiere, Produkte	91
3. Raumbildner Vermessungswesen: Herrschaft und Eigentum	107
4. Raumpraktik Infrastrukturen: Die Baustelle Rheinisch-Westfälischer Industriebezirk	130
5. Raumbilder: Sprachpraktiken und Identitäten	153

Eva-Maria Roelevink

DEM CHAOS IRGENDWIE HERR WERDEN

Die Transformation von Arbeits- und Wirtschaftsorganisation im langen 19. Jahrhundert

1.	Ein zersplitterter Raum und nur wenige partikuläre Interessen: Das „Ruhrgebiet“ nach 1800	161
2.	Die Entwicklung der Montanindustrie und die einseitige Interessenformation bis in die 1850er Jahre	174
3.	Wachstum ins Chaos: von den 1860er Jahren bis in die 1880er Jahre	182
4.	Die 1870er Jahre: Lock-in der Wirtschaft und Lock-out der Arbeit	194
5.	Aus dem Chaos wird Struktur: Die 1880er Jahre	218
6.	Syndizierung und organisierter Konflikt: von den 1890er Jahren bis 1913	235
7.	Schluss: Die Beziehung von Arbeit und Wirtschaft am Ende des langen 19. Jahrhunderts	256

Timo Luks

EINE INDUSTRIEGESELLSCHAFT ENTSTEHT

1.	Einleitung	289
2.	Das „Ruhrvolk“ als Fluchtpunkt?	289
3.	Die Struktur der Ruhrgebietsgesellschaft	290
4.	Sozialfiguren einer Industriegesellschaft	293
5.	Fazit.	326

Nicolai Hannig

LEBEN IM INDUSTRIEREVIER

Alltag, Arbeit und Umwelt im 19. Jahrhundert

1.	Lebenswelten: Freizeit, Feierabend und Vereine	399
2.	Arbeitskultur und Biopolitik	399
3.	Religion und Kirche. Zwischen Verkirchlichung und Säkularisierung	442
4.	Transformationen einer Naturlandschaft: Umweltgeschichte des entstehenden Ruhrgebiets	462
5.	Schlussbetrachtung	483

LITERATURVERZEICHNIS

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

REGISTER

Personenregister	555
Institutionenregister	555
Ortsregister	560

GELEITWORT

Die RAG-Stiftung wurde 2007 gegründet, um die sogenannten Ewigkeitsaufgaben in den ehemaligen Steinkohlerevieren an der Ruhr und der Saar sowie in Ibbenbüren zu finanzieren und daraus Potenziale für die zukunftsorientierte Gestaltung dieser Regionen zu entwickeln. Ein wichtiges Instrument, um aus der Vergangenheit Zukunft zu entwickeln, ist die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Kultur in den ehemaligen Bergbauregionen, die zu den Satzungsaufgaben der RAG-Stiftung zählt.

So fördert die RAG-Stiftung das Forschungszentrum Nachbergbau der Technischen Hochschule Georg Agricola, das für Spitzenforschung zu Fragen der Grubenwasserhaltung und Grubenwasserreinigung steht, Projekte, die die Bildungslandschaft in den ehemaligen Bergbauregionen nachhaltig und langfristig mitgestalten, sowie eine lebendige Erinnerungskultur, die bergmännische Werte, Traditionen und Musik für kommende Generationen weiterträgt. Dabei konzentriert sich die Bildungsförderung auf Projekte für Kinder und Jugendliche mit weniger guten Startvoraussetzungen. Die RAG-Stiftung fördert entlang der gesamten Bildungskette – von der Kita bis zum Übergang in Ausbildung und Studium. Unterstützt werden schulische und außerschulische Projekte, die Förderung von Basiskompetenzen, von MINT sowie Stipendienprogramme.

Nicht zuletzt gehört auch die wissenschaftliche Erforschung der Bergbaugeschichte und der Geschichte der ehemaligen Bergbauregionen in dieses Spektrum. Die Gestaltung von Zukunft baut auf dem genauen Wissen über die Vergangenheit auf. Deshalb unterstützt die RAG-Stiftung bereits seit vielen Jahren die Arbeit der Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets, die 1998 gegründet worden ist, um die wissenschaftliche Erforschung von Geschichte und Gegenwart des Ruhrgebiets zu befördern.

Das Ruhrgebiet ist eine Region, die auf Steinkohle und der Arbeit der Bergleute gebaut worden ist. Auf grünen Wiesen und Äckern wuchs innerhalb von zwei Generationen eine Industrieregion, die Millionen von Men-

schen, zumeist Zuwanderern, eine (oft harte) Existenz ermöglichte und den nationalen Wohlstand begründete. Die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit Krieg, Gewalt und Wirtschaftskrisen trafen es hart, nach 1945 wurden das Ruhrgebiet und sein „Grubengold“ aber noch einmal der Motor eines Wohlstand schaffenden wirtschaftlichen Aufstiegs. Seit sechs Jahrzehnten steht das Ruhrgebiet in einem erneuten Transformationsprozess zur Nachbergbau-Region, der nicht weniger tiefgreifend ist als der Wandel vom Agrarland zur Industrieregion im 19. Jahrhundert. Anders als damals verläuft diese Transformation jedoch gesteuert und vermeidet die sozialen und ökologischen Härten der Industrialisierung. Das Ruhrgebiet wird deshalb weltweit als Muster für den Strukturwandel zu grünen Industrieregionen anerkannt.

Dabei ging und geht der prägende Einfluss des Steinkohlenbergbaus und seiner Beschäftigten auf die Region weit über die wirtschafts- und technikgeschichtlichen Zusammenhänge hinaus. Dies wird die mit dem hier vorgelegten ersten Band begonnene Gesamtdarstellung der Ruhrgebietsgeschichte, die in zwei weiteren Bänden fortgesetzt werden wird, deutlich machen. Sie wird zugleich hervorheben, dass Kohle nicht alles war im Revier und es viel zu entdecken gibt in der Geschichte des Ruhrgebiets. Es ist eine Geschichte des Aufstiegs, der Krisen, der Konflikte, des Wandels, der Visionen, eine Geschichte mit hellen und dunklen Seiten. Vor allem ist es eine Geschichte der Menschen, die das Ruhrgebiet geschaffen, gestaltet und ihm ein unverwechselbares Gepräge gegeben haben, darunter die Bergleute.

Die RAG-Stiftung fühlt sich dieser Geschichte eng verbunden und hat deshalb die Arbeiten an der „Geschichte des Ruhrgebiets“ gerne gefördert.

Ich wünsche dem Werk eine gute Aufnahme und zahlreiche Leserinnen und Leser.

Mit herzlichem Glückauf

Bernd Tönjes

Vorsitzender des Vorstandes der RAG-Stiftung

ZUR EINFÜHRUNG IN DAS GESAMTWERK

Das Ruhrgebiet ist ohne Frage eine spannende Geschichtslandschaft. In seiner Geschichte spiegeln sich die Umwälzungen, Errungenschaften, Kämpfe, Krisen und Verwerfungen des Industriezeitalters, oft stand es im Brennpunkt nationaler, europäischer und selbst globaler Entwicklungen und Konflikte. Aus einem Raum, für den es um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch keinen Namen gab, formierte sich innerhalb zweier Generationen *die* paradigmatische europäische Industrielandschaft. Heute steht das Ruhrgebiet aber auch für einen sozial abgefederten Weg von Industrieregionen in die postindustrielle Ära.

Über diese wechselvolle Geschichte des Ruhrgebiets sind im Laufe der letzten hundert Jahre viele wirkungsmächtige Geschichtsnarrative gespannt worden, die den Charakter der Region zu erfassen versuch(t)en: das Narrativ vom industriellen Aufstieg auf der Basis von Kohle und Eisen; das Narrativ von der Waffenschmiede des Reiches und den kriegstreibenden „Industriebaronen“ an der Ruhr; das Narrativ von der kämpferischen Arbeiterbewegung; das Narrativ vom „Land der Arbeit“; das Narrativ vom Zusammenwachsen eines „Ruhrvolks“, später gewendet als Narrativ vom „Melting Pot(t)“, einer Region, die Zuwanderung und Integration besonders gut managen könne; das Narrativ von der grauen und lebensfeindlichen Industrie- und Städtelandschaft ohne urbane Qualitäten; das Narrativ vom Labor des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels im Industriezeitalter; das Narrativ vom „Motor des Wirtschaftswunders“; das Narrativ vom Nukleus der europäischen Einigung; das Narrativ von der „Ruhrbergbaukrise“; das Narrativ vom „Blauen Himmel über der Ruhr“; das Narrativ vom Kernland der Sozialdemokratie; das Narrativ vom Fußballland; das Narrativ von der Musterregion der Sozialpartnerschaft und vom „Band

der Solidarität“; das Narrativ von der Entstehung einer industriellen Kulturlandschaft; das Narrativ vom Wandel der Industrie- zur Wissens- und Bildungsregion.

Auch hat die Geschichte des Ruhrgebiets in erheblichem Umfang geschichtswissenschaftliche Forschungen angeregt, die bis in die 1920er Jahre zurückgehen. Insbesondere die Sozial-, Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte haben den Ballungsraum seit den 1960er Jahren engmaschig durchforscht und die deutsche Alltagsgeschichte hat im Ruhrgebiet ihren Ursprung. Ebenso hat es Versuche einer Synthese seit Beginn einer professionellen Geschichtsschreibung in der Region gegeben. Das zweibändige Sammelwerk *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter*, das von vier Wissenschaftlern der Ruhr-Universität Bochum, dem Sozial- und Bevölkerungshistoriker Wolfgang Köllmann, dem Wirtschaftshistoriker Dietmar Petzina, dem Technikhistoriker Wolfhard Weber sowie dem Stadt- und Regionalsoziologen Hermann Korte, 1990 herausgegeben worden ist,¹ bietet ein interdisziplinär angelegtes Kompendium zu Themen der Ruhrgebietsgeschichte zwischen etwa den 1830er und den 1960er Jahren. Das von den Historikern Klaus Tenfelde und Thomas Urban 2010 herausgegebene Lesebuch zur Ruhrgebietsgeschichte erzählt die Ruhrgebietsgeschichte über sachthematischen Kapiteln zugeordnete zentrale Quellen, denen knapp gefasste Einleitungen vorangestellt sind.² 2019 erschien der von den ausgewiesenen Ruhrgebietsexperten Michael Farrenkopf, Stefan Goch, Manfred Rasch und Hans-Werner Wehling herausgegebene Band *Die Stadt der Städte*, der den Stand des historischen Wissens über die Entwicklung des Ruhrgebiets dokumentieren will.³ Diese Bestandsaufnahme strebt ein geschichtswissenschaftlich informiertes, populäres Format an. Unter den anderen populären Formaten zur Ruhrgebietsgeschichte

1 Wolfgang Köllmann/Hermann Korte/Dietmar Petzina/Wolfhard Weber (Hg.): *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung*, 2 Bde., Düsseldorf 1990.

2 Klaus Tenfelde/Thomas Urban (Hg.): *Das Ruhrgebiet. Ein historisches Lesebuch*, 2 Bde., Essen 2010.

3 Michael Farrenkopf/Hermann Korte/Manfred Rasch/Hans-Werner Wehling (Hg.): *Die Stadt der Städte. Das Ruhrgebiet und seine Umbrüche*, Essen 2019.

Zur Einführung in das Gesamtwerk

stechen zum einen die Studie Roland Günters und zum anderen die kunsthistorische Darstellung Thomas Parents hervor.⁴

Die mit dem hier vorgelegten Band eröffnete, auf insgesamt drei Bände angelegte Buchreihe *Geschichte des Ruhrgebiets* strebt eine geschichtswissenschaftliche Gesamtdarstellung an, die einem breiten Leser:innenkreis zugänglich ist. Sie soll den erreichten Forschungsstand zur Ruhrgebietsgeschichte zusammenfassen, die existierenden Narrative zur Ruhrgebietsgeschichte hinterfragen, die Ruhrgebietsgeschichte auch aus bisher eher ungewohnten Perspektiven durchleuchten und schließlich einen Beitrag zu den aktuellen Debatten um die gegenwarts- und zukunftsbezogenen Identitätskonstruktionen des Ruhrgebiets leisten. Gesamtdarstellungen werden klassischerweise als Monografien geschrieben. Aufgrund der angestrebten Breite und Tiefe der Darstellung hielten wir es jedoch für sinnvoll, den Stoff auf mehrere Schultern zu verteilen. Die Beiträge entsprechen dennoch nicht klassischen Aufsätzen, sondern haben das Format „kleiner“ Monografien. Dies ermöglichte es zum einen, den Kreis der Autor:innen zu beschränken und damit eine Voraussetzung für eine enge Abstimmung der Beiträge zu schaffen, zum anderen sollte das Format die Möglichkeit geben, die Themen inhaltlich weiter zu entfalten, als dies bei kürzeren Sammelbandbeiträgen der Fall ist. Eine Gesamtschau der Herausgeber:innen am Ende des die Buchreihe abschließenden dritten Bandes fasst zudem die Ergebnisse der Bände bilanzierend zusammen und fragt danach, welche neuen Narrative für die Geschichte des Ruhrgebiets sich aus dieser Gesamtdarstellung ergeben.

Für die Herausgeber:innen einer Ruhrgebietsgeschichte stell(t)en sich drei auf den ersten Blick vielleicht banale, aber zugleich komplexe Fragen. Erstens, welchen Zeitraum muss eine moderne Ruhrgebietsgeschichte überhaupt umfassen, insbesondere wann soll sie beginnen? Zweitens, welcher Raum oder welche Räume sind in einer Ruhrgebietsgeschichte zu behandeln? Drittens, welches sind die thematischen Schwerpunkte und Perspektiven der Darstellung, die einer Ruhrgebietsgeschichte am besten gerecht werden?

Das Ruhrgebiet ist eine junge Region, eine Region der Industriemoderne. In dem Raum, in dem diese Region entstand, war bereits seit dem Mittelalter eine nicht unbedeutende Städte- und Kulturlandschaft mit Orten wie den Reichsstädten Duisburg, Essen und Dortmund entstanden. Geprägt war dieser Raum jedoch durch bäuerliche Siedlungen und den Adel. Der vorliegende Auftaktband wird daher durch einen Beitrag eingeleitet, der politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen in diesem Raum insbesondere seit dem frühen Mittelalter bis in die vor- und frühindustrielle Zeit verfolgt, sofern sie für das Verständnis über den Weg des Ruhrgebiets in die Industriemoderne von Bedeutung sind. Die weiteren Darstellungen der Ruhrgebietsgeschichte in diesem Band setzen dann zur Mitte des 18. Jahrhunderts ein, als vor allem in den preußischen Teilen des späteren Ruhrgebiets merkantile Politik zu einer deutlichen wirtschaftlichen Belebung führte. Insbesondere der regionale Bergbau nahm durch staatliches Engagement einen Aufschwung und die Eisenverhüttung fand ihre ersten Standorte. Von hier ausgehend führen die Beiträge ihre Darstellungen bis an den Vorabend des Ersten Weltkriegs 1914 fort. In diesem Zeitraum entstand über die existierenden Verwaltungsgrenzen hinweg ein zusammenhängender industrieller Ballungsraum mit hoher Bevölkerungsdichte, der keinen eigentlichen Namen trug und in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zumeist mit dem technokratisch-hölzernen Terminus „Rheinisch-Westfälischer Industriebezirk“, alternativ „Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet“, bezeichnet wurde. Als zusammenhängend wurde dieser „Bezirk“ wegen seiner gemeinsamen auf großbetrieblich organisierter Schwerindustrie basierenden Wirtschaftsstruktur, seiner einheitlichen Siedlungsstruktur aus ineinander übergehenden Industriestädten und großen Industriedörfern sowie seiner gemeinsamen, ganz überwiegend von der Industriearbeiterschaft geprägten Sozialstruktur wahrgenommen. Dagegen ging der Wirtschafts- und Siedlungsagglomeration Rheinisch-Westfälischer Industriebezirk der eigentliche Charakter einer Region, die nicht nur eine technokratische Bezeichnung, sondern einen Namen trägt, der sich die Bewohner:innen zugehörig fühlen und deren Bewohner:innen von

4 Roland Günter: Im Tal der Könige: ein Reisebuch zu Emscher, Rhein und Ruhr, Essen 1994; Thomas Parent: Das Ruhrgebiet: vom „goldenen“ Mittelalter zur Industriekultur, Köln 2000.

außen als zusammengehörig, als „Ruhrgebietler“, wahrgenommen werden, noch weitgehend ab.

Der Ausbau des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks fand mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs einen gewissen Abschluss. Die Montanindustrie hatte ihre westlichsten, nördlichsten und östlichsten Standorte fast erreicht, ihre räumliche Ausdehnung war an ein Ende gekommen. Die Wachstumsdynamik des späten 19. Jahrhunderts kam zum Erliegen, wenngleich andere Wirtschaftszweige wie die Chemieindustrie aufstiegen. Trotz längerer Phasen der Stagnation und Krisen verfestigte sich aber bis in die 1960er Jahre hinein die montanindustrielle Struktur, die den Industriebezirk geschaffen und ihm ein einheitliches Gepräge gegeben hatte. Doch nach dem Ersten Weltkrieg war es zunehmend nicht mehr nur seine montanindustrielle Struktur, die diesem Raum Einheit gab und ihn von den umgebenden Räumen abgrenzte. Aus dem Industriebezirk wurde eine Industrieregion mit einer über eine wirtschaftliche Struktur hinausgehenden Identität. Es entwickelte sich nun auf politischer und planerischer Ebene ein regionales Denken, das sich vor allem in der Gründung des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk (SVR) 1920 ausdrückte. In den 1920er Jahren begannen Volkskundler mit der Konstruktion eines „Industrievolks an der Ruhr“ bzw. eines „Ruhrvolks“ und leisteten damit einen ebenso problematischen wie langfristig wirksamen Beitrag zur Identitätsfindung. Fotograf:innen entdeckten eine Industrielandschaft, die eine gewisse Exotik und ganz eigene Ästhetik entfaltete. Am wichtigsten aber: Die bürokratische Bezeichnung Rheinisch-Westfälischer Industriebezirk wurde zunehmend durch einen anderen, „echten“ Namen abgelöst: Ruhrgebiet. Diese vom Ersten Weltkrieg bis etwa zum Ende der 1960er Jahre reichende Zeitspanne, die Geschichte der Industrieregion Ruhrgebiet, behandelt der zweite Band.

Spätestens als um 1970 die erste Stahlkrise der Bergbaukrise folgte, trat die auf Bergbau, Eisen und Stahl aufgebaute wirtschaftliche und soziale Struktur, die einst die regionale Einheit des Ruhrgebiets begründet hatte, ihren Rückzug an. Das letzte Steinkohlenbergwerk schloss 2018. Als Stahlstandorte sind nur noch Duisburg und Witten verblieben, wobei Duisburg zwar

immer noch der größte in Europa ist, dessen Beschäftigtenzahlen jedoch auf einen Bruchteil des früheren Standes zurückgegangen sind. Zugleich ist seit den 1970er Jahren eine deutliche Stärkung der Ruhrgebietsidentität festzustellen, sowohl in Hinsicht auf eine wachsende positive Identifizierung der Bewohner:innen mit der Region als auch hinsichtlich einer stärkeren Wahrnehmung als Region von außen. Für diese sich entwickelnde Ruhrgebietsidentität spielten und spielen die materiellen Hinterlassenschaften der Montanindustrie, die Malakowtürme, Fördergerüste, Bergehaldden, Stahlwerkruinen oder Wohnsiedlungen, sowie die Erinnerung an die Lebenswelt der Industriegesellschaft eine große Rolle. Sie finden zusammen im Konzept der Industriekultur, befördert von der Politik, regionalen Museen und Kulturinstitutionen. Der Abschied von der strukturellen schwerindustriellen Prägung des Ruhrgebiets und die Konstruktion von regionalen Erinnerungslandschaften an das Industriezeitalter bzw. „Zeit-Räumen“⁵ seit den 1970er Jahren ist der Gegenstand des dritten Bandes, dessen Darstellungen nah an die Gegenwart heranführen werden.

Welchen Raum muss sich eine Ruhrgebietsgeschichte zum Gegenstand nehmen? Das Ruhrgebiet ist eine noch vergleichsweise junge Raumkonstruktion, deren Gestalt sich im zeitlichen Verlauf und je nach Kontext verändert(e). Es hat keine festen geografischen Grenzen. Die Flüsse Ruhr, Rhein und Lippe bieten eine eher ungefähre geografische Orientierung. Das Ruhrgebiet hat auch keine starken politischen Verwaltungsgrenzen, vielmehr durchschneiden es die Grenzen von zwei Landschaftsverbänden und drei Regierungsbezirken. Das Ruhrgebiet integrierende, nicht trennende Verwaltungsgrenzen zog erst der SVR, dessen Verbandsgebiet sich im Wesentlichen an der räumlichen Ausbreitung des Kohlenabbaus orientierte. Das Verbandsgebiet unterliegt jedoch durch die Möglichkeit des Zu- und Austritts der beteiligten Gebietskörperschaften Veränderungen. Zudem war die regionsbildende Kraft des SVR und seiner Nachfolgeverbände je nach ihren im Zeitverlauf veränderlichen Funktions- und Aufgabenzuschreibungen unterschiedlich ausgeprägt. Das, was das Ruhrgebiet als räumliche Konfiguration war, ist und sein wird, unterliegt also

5 Stefan Berger/Ulrich Borsdorf/Ludger Claßen/Heinrich Theodor Grütter/Dieter Nellen (Hg.): Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets, Essen 2019.

Zur Einführung in das Gesamtwerk

ständigen Veränderungen, und auch Zeitgenoss:innen, ob solche, die von innen, oder solche, die von außen auf das Ruhrgebiet blick(t)en, haben zu allen Zeiten ganz unterschiedliche Raumvorstellungen damit verbunden. Vor diesem Hintergrund haben wir weder für das Gesamtwerk noch für die einzelnen Bände einen klar abgegrenzten, zu betrachtenden Raum vorgegeben. Vielmehr werden die Raumvorstellungen und Raumkonstruktionen, die Ziehung äußerer und innerer Grenzen, in allen Bänden in eigenen Beiträgen problematisiert. Damit wird auch der Tatsache Rechnung getragen, dass das die Grenzen preußischer Provinzen überschreitende Ruhrgebiet an der Wiege der Diskussionen um (Industrie-) Regionen und Raumplanung im 20. Jahrhundert stand.

Mit Blick auf diese fluiden Raumkonzepte ist es ein Anliegen der Herausgeber:innen, die Geschichte des Ruhrgebiets nicht ausschließlich aus der Perspektive seines Kerngebietes zu erzählen, zu dem etwa die auf der Hellweglinie aufgereihten Großstädte Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund sowie die großen ehemaligen Industriedörfer wie Oberhausen, Gelsenkirchen oder Herne im Emscherraum gehören. Vielmehr sollen die Peripherien des Ruhrgebiets, soweit dies die Forschungs- und Quellenlage erlaubt, möglichst umfangreich in die Darstellungen einbezogen werden. Damit rücken auch die Diffusions- und Austauschprozesse zwischen den Peripherien und den Kernzonen des Ruhrgebiets und damit dessen sich im Zeitverlauf verschiebenden binnenräumlichen Gliederungen in den Fokus. Verwaltet und regiert wurde das Ruhrgebiet stets von außen. Es ist zudem mit zahlreichen anderen deutschen, europäischen und außereuropäischen Regionen über wirtschaftliche Beziehungen, über Verkehrswege und Migrationsprozesse verbunden. Von daher ist es geboten, transregionale Aspekte bzw. die Beziehungen und Verflechtungen mit anderen Räumen in einer Ruhrgebietsgeschichte prominent zu berücksichtigen.

Was sind die thematischen Leitlinien und Schwerpunkte unserer Ruhrgebietsgeschichte? Ein sich durch die Bände ziehender Schwerpunkt wurde mit der Geschichte der (Zeit-)Raumkonstruktionen im Ruhrgebiet bereits genannt. Indem nicht die Existenz eines geografisch klar umrissenen Raumes vorausgesetzt, sondern der Konstruktionscharakter des Raumes Ruhrgebiet betont wird, der immer neue Begründungen verlangt(e), trägt die Konzeption jüngeren kulturhistorischen Über-

legungen zum Konstruktionscharakter von Kategorien wie „Raum“ und „Identität“ Rechnung. Hinsichtlich der weiteren die Gliederung strukturierenden Themenfelder ist die Entscheidung zugunsten der „klassischen“, für die Ruhrgebietsgeschichtsschreibung leitenden Kategorien „Wirtschaft“, „Gesellschaft“ sowie „Lebenswelt und Alltagskultur“ gefallen. Dies geschah vor allem vor dem Hintergrund der Überlegung, dass das vorzulegende Werk den erreichten Forschungs- und Kenntnisstand der Ruhrgebietsgeschichtsschreibung widerspiegeln soll. Wir haben die Autor:innen gebeten, sich diesen „klassischen“ Themen der Ruhrgebietsgeschichte auch unter Hinzuziehung jüngerer Methodenangebote in der Geschichtswissenschaft zuzuwenden. Dazu zählen die Emotionsgeschichte, deuten doch Phänomene wie Kumpelkultur, Arbeitsstolz oder Fußballliebe auf einen ganz spezifischen regionalen Emotionshaushalt hin, oder die Geschichte vergangener Zukünfte, lässt sich doch das Ruhrgebiet als ein Labor der Industriemoderne verstehen, in dem Zukünfte immer wieder durchgespielt und sichtbar wurden.

Der letzte Punkt verweist bereits auf die besondere Bedeutung einer Wissensgeschichte für die Ruhrgebietsgeschichte, und zwar nicht nur für das Ruhrgebiet des Strukturwandels, der häufig auf die Formel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft gebracht wird. Wissen war bereits für die industrielle Herausbildung, Entfaltung und Blüte des Ruhrgebiets von entscheidender Bedeutung. Das Ruhrgebiet bildete einen eigenen Wissensraum aus, der in enger Verbindung zu seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung stand. Um diesem Umstand gerecht zu werden, werden in Band 2 die sich durch die drei Bände ziehenden thematischen Säulen „Raum“, „Wirtschaft“, „Gesellschaft“ sowie „Alltagskultur und Lebenswelt“ durch einen Beitrag ergänzt, der systematisch das Thema „Wissen und Bildung“ in den Blick nimmt. Die Umweltgeschichte, die für das Ruhrgebiet zweifellos ebenfalls von besonderer Bedeutung ist, wird in ihrer jeweiligen Verzahnung im Rahmen der genannten Themenfelder bzw. als Querschnittsthema behandelt.

In den Blick fallen wird den Leser:innen die Bebilderung der Beiträge. Diese soll allerdings nicht rein illustrativen Zwecken dienen. Stattdessen wurden die Autor:innen gebeten, die vielfältigen Bildtraditionen und den reichen Bildkosmos des Ruhrgebiets auch, wo

möglich, im Sinne einer Visual History als Quellen zu nutzen und sie in ihre Argumentationen einzubeziehen. Die Ruhrgebietsgeschichte erschöpft sich nicht in der Geschichte von Kohle, Eisen und Stahl, aber insbesondere die Steinkohle hatte eine prägende Kraft, nicht nur für die regionale Wirtschafts- und Sozialgeschichte, mit der sie häufig verbunden wird, sondern auch für die Raum-, Wissens-, Emotions-, Zukunfts- oder Erinnerungsgeschichte des Ruhrgebiets. Dem gilt es gerecht zu werden, aber genauso gilt es, das Ruhrgebiet vor, neben und nach der Steinkohle in die regionale Geschichte und die jeweiligen Visualisierungsformen einzubeziehen.

Die Autor:innen sind um leser:innenfreundliche Darstellungen gebeten worden. Dazu soll der Verzicht auf Fachjargon, wo dies nicht zwingend geboten erscheint, ebenso beitragen wie die Zurückhaltung bei Daten- und Quellenexegesen oder bei dem Eingehen auf Forschungsdiskussionen. Die Fußnoten beschränken sich auf die notwendigen Belege sowie ausnahmsweise auf kurze Erläuterungen und Querverweise zu anderen Beiträgen. Auf Subtexte, Exkurse und über notwendige Belege hinausgehende bibliografische Hinweise wird in den Fußnotenapparaten bewusst verzichtet. Wir haben uns zudem um eine gendergerechte Sprache bemüht. Dies ist, wie alle wissen, die damit schon zu tun hatten, keine leichte redaktionelle Aufgabe, zumal bei Texten, die sich auf eine Vergangenheit beziehen oder sich mit dieser auseinandersetzen, in der noch kein Bewusstsein von Gendergerechtigkeit vorhanden war. Die Verwendung von männlichen und/oder weiblichen bzw. auch non-binäre Geschlechteridentitäten einschließenden Sprachformen erfolgt in allen Beiträgen in jedem Fall bewusst. Die Verzeichnisse und Register sind nicht für die einzelnen Beiträge, sondern für den jeweiligen Band erstellt worden und finden sich im Anhang.

Den organisatorischen Rahmen für die Arbeit an diesem Werk hat ein bei der Stiftung Geschichte des Ruhrgebiets in Bochum angesiedeltes Projekt geboten. Ohne die großzügige Unterstützung der RAG-Stiftung in Essen hätte es nicht umgesetzt werden können. Wir möchten uns insbesondere beim Vorstandsvorsitzenden der RAG-Stiftung, Bernd Tönjes, und beim Mitglied des Vorstandes Bärbel Bergerhoff-Wodopia für ihre Unterstützung und Geduld herzlich bedanken. Unser weiterer und besonderer Dank gilt selbstverständlich allen Autor:innen in den drei Bänden, die sich der an sie herangetragen

anspruchsvollen Aufgabe gestellt haben. Wir hoffen, dass sie die Zusammenarbeit als ebenso angenehm empfunden haben wie wir. Drei zu Beginn vorgesehene Autor:innen konnten ihre Beiträge nicht realisieren. Dagmar Kift, Thomas Welskopp und Ludger Claßen sind leider während unterschiedlicher Stadien der Projektarbeiten verstorben. Damit sind dem Projekt wichtige Kompetenzen und Einsichten verloren gegangen. Wir sind aber zuversichtlich, dass sie mit den vorgelegten Bänden zufrieden gewesen wären. Zudem danken wir den zahlreichen Kolleg:innen, die unser Vorhaben in Workshops und Gesprächen wohlwollend begleitet und kritisch kommentiert haben. Unser Dank gilt weiterhin allen Beteiligten beim Böhlau Verlag für die gute und professionelle Zusammenarbeit. Ganz unverzichtbar war die Arbeit von Jens Adamski, der koordiniert, recherchiert, lektoriert, redigiert und nebenher noch sämtliche Register und Gesamtverzeichnisse erstellt hat. Ohne seinen Einsatz und seine Leidenschaft hätte sich das Projekt „Ruhrgebietsgeschichte“ nicht umsetzen lassen. Unserem Dank, so sind wir uns sicher, werden sich alle Autor:innen der drei Bände anschließen.

Bochum, im Januar 2025

Stefan Berger

Nicolai Hannig

Jan Kellershohn

Ute Schneider

Hans-Christoph Seidel

Malte Thießen

ZUR EINFÜHRUNG IN BAND 1

Der hier vorliegende erste Band der dreibändigen Gesamtdarstellung zur Geschichte des Ruhrgebiets untersucht die Entstehung einer der weltweit faszinierendsten Industrieregionen, die in ihrer Frühgeschichte so viel mehr war als nur Kohleförderin und Stahlproduzentin. Heute gilt das Ruhrgebiet als Metropole, als größter Ballungsraum Deutschlands, in dem mehr als fünf Millionen Menschen leben. Vor 200 Jahren war dieser Raum noch von mäandernenden Flüssen und steinigten Wegen durchzogen, weite Gebiete waren menschenleer, und selbst heute bekannte Großstädte wie Duisburg, Essen oder Dortmund wiesen eine Bevölkerungszahl von nur wenigen tausend Menschen auf. Doch in dem Raum zwischen der Ruhr im Süden, der Lippe im Norden und dem Rhein im Westen entstand im 19. Jahrhundert nicht nur ein Ballungsraum, der mit seinen zahlreichen Zechen und Hüttenwerken schon bald als größte Industrieregion Europas galt, sondern ebenso eine vielfältige Migrationsgesellschaft, die sich konfessionell durchmischte, neue Raumordnungen etablierte und eine Arbeiterkultur hervorbrachte, die die Region bis heute prägt.

Die Voraussetzungen wurden bereits im Mittelalter gelegt, als im später sogenannten Ruhrgebiet eine Stadt- und Kulturlandschaft entstand, die den Raum noch bis weit in die erste Industrialisierungsphase strukturierte. Geprägt von bäuerlichen Siedlungen und Adel wurde im Ruhrtal bereits Kohle gefördert, allerdings ausschließlich in kleingewerblichem Ausmaß und als Nebenerwerb. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts nahm der Steinkohlenbergbau, noch vornehmlich im Ruhrtal betrieben, allmählich zu, auch weil er staatliche Förderung genoss. Das Textil- und andere Gewerbe blieben jedoch bis ins erste Drittel des 19. Jahrhunderts dominant. Erst dann begann die Industrialisierung im engeren Sinne, die die Region von Grund auf zum bald so genannten Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet umformte. Dieser Wandel zeigte sich vor allem am Stadt- und Landschaftsbild. Bergwerke, Hochöfen und Fabriken versiegelten Flächen in gigantischem Aus-

maß, mittelalterliche Stadtkerne wichen, wie in Essen, modernen Gründerzeitgebäuden, Flusslandschaften wurden im großen Stil umgestaltet und mitunter zu Abwasserleitungen umfunktioniert.

Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs zog die Region Menschen aus den verschiedensten Landesteilen an, was ihre Bevölkerungszahl in wenigen Jahrzehnten auf rund drei Millionen Menschen vervielfachte. Sie verfügte aber über keine einheitliche politische Administration und dehnte sich über die Teile der beiden 1815 geschaffenen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen aus. Zersplittert in mehrere kleine kommunale Gebiete, war sie den ständig ausgreifenden Raumansprüchen der Industrie ausgesetzt. So wurde das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet in baulicher und sozialstruktureller Hinsicht zum „Revier der großen Dörfer“ (Detlev Vonde) mit eher industriedörflichem als urbanem Charakter. Dass es dem Ruhrgebiet lange Zeit an repräsentativen Bauten, städtischer Infrastruktur und Einrichtungen der Daseinsfürsorge fehlte, ist unbestritten. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit Wohnkolonien, Vereinswesen oder kirchliche Strukturen diesen Mangel, die vermeintlich fehlende Urbanität, ausglich – vor allem aus zeitgenössischer Sicht.

Die fünf Beiträge dieses Bandes widmen sich dem vielgestaltigen Transformationsprozess aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Hiram Kümpfer entfaltet die Vorgeschichte der Region, aus der Jahrhunderte später das Ruhrgebiet wurde. Sein Blick reicht von der Frühgeschichte und den ersten Spuren menschlichen Lebens in diesem Raum über die Zeit der Römer, Sachsen und Franken bis ins Spätmittelalter und in die frühe Neuzeit, als sich dörfliches und kleinstädtisches Leben entwickelten und an der Ruhr Ackerbürgerstädte entstanden. Der Beitrag arbeitet die sich bereits im Hochmittelalter herausbildenden raumstrukturierenden Spuren heraus. Zentral waren dafür die Flüsse Ruhr, Lippe, Rhein und Emscher als natürliche Ressourcen und der alte Hellweg als weitgehend hochwasserfreie Verbindung zur Weser. Die Hellwegzone wurde zum Kern urbaner Zen-

Zur Einführung in Band 1

trumsbildung und übernahm eine Umschlagsfunktion zwischen dem fruchtbaren Norden und dem Süden Westfalens, der sich vor allem auf die Eisenverarbeitung verlegt hatte. Auch die ausgesprochen langlebige Fragmentierung von Herrschaft im „Ruhrgebiet vor dem Ruhrgebiet“ wird deutlich. Großen Grafschaften, Herzogtümern und nicht zuletzt dem Kölner Erzbistum standen viele grundherrschaftliche Adelssitze und kleinere „Herrlichkeiten“ gegenüber, die auf eigene Ansprüche und Rechte pochten.

Ute Schneider befasst sich in wissenschaftlicher Perspektive mit Raumbildern, -vorstellungen und -praktiken. Leitend ist dabei die Grundannahme, dass das Ruhrgebiet nicht als gegebene Struktur vorauszusetzen ist. Vielmehr steht die Frage im Vordergrund, wie sich eigentlich der Raum des damals noch nicht so bezeichneten Ruhrgebiets konstituierte. Einen, wenn nicht den entscheidenden Beitrag zur Begriffsbildung „Ruhrgebiet“ leisteten verschiedene raumbezogene Wissenschaften. An erster Stelle die Geologie, die als Wissenschaft erst im 19. Jahrhundert entstand. Überlegungen zum Inneren der Erde reichen jedoch bis in die frühe Neuzeit zurück, und im Zusammenspiel von bergbaulicher Praxis und gelehrtem Wissen wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Geschichte der Erde entdeckt und erforscht. Das Wissen um die Kohlenvorräte war eine der Grundlagen für die industrielle Entwicklung der Region. Hinzu kam der Wandel der Eigentumsverhältnisse im Zuge der Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Wissen über das Bodeneigentum war für die neuen Besitzer ebenso von Interesse wie für den Staat – vornehmlich aus fiskalischen Gründen, sodass er sein Territorium vermessen und dokumentieren ließ. Der Auf- und Ausbau eines staatlichen Vermessungswesens ging in Preußen wie in den anderen europäischen Staaten einher mit dem Interesse an den „Staatskräften“, wie die nationalen Ressourcen zeitgenössisch bezeichnet wurden. Es war Aufgabe einer weiteren neuen Wissenschaft, der Statistik, Menschen, Tiere, Produkte und Rohstoffe in immer differenzierteren Kategorien zu erfassen und die Wissensbestände in verschiedenen Medien zu dokumentieren. Geologie, Vermessungswesen und Statistik, so der Befund des Beitrags, entstanden und professionalisierten sich in einem engen Wechselverhältnis zur industriellen Entwicklung, da sie die Voraussetzungen für die Planung und den Bau der nö-

tigen Infrastrukturen wie Straßen, Eisenbahnen und Kanäle schufen. Die Infrastrukturen gliederten und konstituierten zugleich den Raum, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts erstmalig die offizielle Bezeichnung „Ruhrgebiet“ erhielt.

Eva-Maria Roelevink untersucht die Arbeits- und Wirtschaftsorganisation im 19. Jahrhundert und arbeitet heraus, dass sich Wirtschaft und Arbeit nicht als Gegenpole entwickelten. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen standen sich nicht zwangsläufig antagonistisch gegenüber. Auch verlief die Industrialisierung der Region keineswegs linear und in stetiger Steigerung, vielmehr war sie durch teils wilde Konglomerate aus Interessensbewegungen und Gegenbewegungen bestimmt. Damit wendet sich Roelevink gegen eine Erzählung, welche die Geschichte des Ruhrgebiets im langen 19. Jahrhundert als fulminanten Aufstieg entwirft, befördert von qualitativ hochwertiger Steinkohle und getragen von einem mächtigen Unternehmertum, das Arbeitsplätze schuf und die Region so zum Anziehungspunkt für Migrationswillige machte. Stattdessen zeichnet sie das Bild einer bis weit in das 19. Jahrhundert hineinragenden Wirtschaftslandschaft, die durch kleingewerbliches Unternehmertum und eine geringe Bevölkerungsdichte geprägt war. Dominant waren vielerorts die Landwirtschaft sowie das Textil-, Tabak- und Papiergewerbe. Um 1800 war Steinkohle noch kein Industrialisierungsfaktor, eher ein Zubrot. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigten sich der raumprägende Einfluss von Kohle, Eisen und Stahl und damit auch die Umrissse dessen, was heute als Ruhrgebiet bekannt ist. Dieser nun Form annehmende Wirtschaftsraum war in der Tat durch eine ungeahnte Entwicklungsdynamik gekennzeichnet, die zugleich von fehlender Preisstabilität, zeitweiser Wirtschafts-anarchie, Massenstreiks und Protest begleitet war.

Timo Luks untersucht die Entstehung einer Industriegesellschaft zwischen Ruhr, Lippe und Rhein, die in der älteren Forschung zu einem homogenen „Ruhrvolk“ oder „Industrievolk im Wandel“ (Wilhelm Brepohl) zusammenwuchs. Die damit einhergehenden Erzählungen und Bilder waren langlebig und haben in der Sozialgeschichte ihre Spuren hinterlassen. Das zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die regionale Identität im Ruhrgebiet noch heute von Erzählungen lebt, die auf sozialhistorischen Basisprozessen gründen, auf der Industrialisierung genauso wie auf Migration, auf der Entstehung

der Arbeiterbewegung wie auch auf der Etablierung einer industriellen Klassengesellschaft. Luks löst sich aus diesen Zusammenhängen und der mitunter linearen Geschichtsschreibung. Stattdessen erzählt er die Sozialgeschichte des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert von den Rändern her. Die Sozialstruktur der Ruhrgebietsgesellschaft steht dabei im Zentrum und wird am Beispiel der großen Arbeitsmobilität, der ungleichen Milieus, der sozialen Instabilität und verschiedener Sozialfiguren wie den (Stadt)Bürger:innen, den vermeintlich kapitalistischen Bauern, den Bergleuten, Unternehmern, Kleingewerbetreibenden und Außenseitern herausgearbeitet. Betont werden die Offenheit, die Überlagerungen und fließenden Grenzen zwischen sozialen Milieus, Klassen und Schichten.

Nicolai Hannig beleuchtet abschließend die Lebenswelten, den Alltag und die Arbeit im entstehenden Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts. In den Blick kommen Wohnverhältnisse und Freizeitgestaltung, Vereinswesen und Konsum sowie der religiöse Wandel und die Arbeiterkultur. In umwelthistorischer Perspektive stellt sich die Frage nach der Landschaftsumgestaltung und den Folgen für Gesundheit und Hygiene. Der Wandel der Lebenswelten, des Wohnens und der Freizeitgestaltung, der Beziehung zum Arbeitsplatz und zur Umwelt, der hygienischen Verhältnisse und der Religion war mehr als nur Beglaubiger eines vermeintlich übergeordneten wirtschaftlichen und industriellen Umbruchs. Er war Ausdruck dieser Metamorphose und zugleich Bedingung für den ökonomischen Aufstieg der Region. Ohne die Anpassung der gesamten Lebensumstände eines Großteils der Ruhrgebietsbevölkerung und der vielen Zugezogenen an eine neue Arbeitswelt wäre das Revier nicht zu der vielzitierten industriellen Herzkammer Deutschlands geworden. Die Freizeitkultur im Ruhrgebiet entwickelte sich in engem Zusammenhang mit traditionellen Freizeitveranstaltungen und -orten wie Gaststätten und Kirmessen, Märkten und Gärten, Varietés und ersten Wanderkinos. Zugleich spiegelten sich Konfession und Kirche in fast allen Bereichen des Alltags wider. Kirchbauten und kirchliche Einrichtungen wie Kranken- oder Gemeindehäuser prägten die Infrastruktur, Vertreter der Kirchen wurden zu wichtigen Bezugspersonen, ein differenziertes karitatives System sorgte für Kinder, Kranke und Arme, während kirchliche Vereine die Freizeitgestaltung vereinnahmten. Der

Konfessionalismus prägte als ständiger Begleiter das Gesellschaftsleben, Freundschaften genauso wie die Ehe.

Die Industrialisierung der Region im engeren Sinne begann erst in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts. Die auf das Kapitel zur Vorgeschichte folgenden Darstellungen setzen dennoch etwa in der Mitte des 18. Jahrhunderts ein und betonen damit stärker die Kontinuitäten als den Bruch Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Industrialisierung ist der zentrale Untersuchungsgegenstand, aber nicht der Ausgangspunkt der Darstellung. Das Ruhrgebiet ist eine gemachte Region, die als Imagination erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand, als Begriff noch später. Der Blick auf das „Davor“ macht allerdings deutlich, dass die spätere Industrieregion Ruhrgebiet bereits ein paar Jahrhunderte zuvor als Kommunikationsraum von erstaunlich hoher Dichte existierte. Dies ebnete sicherlich keinen geradlinigen Weg zur späteren Ruhrmetropole, schuf aber eine gewisse Grundlage für die Entwicklung hin zu einem zusammenhängenden Wirtschafts- und Sozialraum.

Ursprünglich sollten Eva-Maria Roelevink und Thomas Welskopp das dritte Kapitel in Co-Autorenschaft schreiben. Thomas Welskopps früher Tod hat dieses Vorhaben leider verhindert. Eva-Maria Roelevink hat die gemeinsame Vorarbeit zum Ende gebracht und ihren Beitrag auch im Andenken an Thomas Welskopp verfasst. Ebenso profitierten alle Autorinnen und Autoren wie auch der gesamte Band von seinen zahlreichen Hinweisen und Überlegungen. Jens Adamski begleitete als Redakteur diesen ersten Band von seiner Konzeption bis zur Drucklegung und war in jeder Hinsicht eine Hilfe von großem Wert. Auch möchten wir allen Autor:innen danken, die sich auf dieses Vorhaben eingelassen und Beiträge im Umfang kleiner Monografien geliefert haben. Ferner gilt unser Dank den Museen, Stadtarchiven und anderen Bildstellen, die uns ihr Kartenmaterial und ihre Fotografien zur Verfügung gestellt haben, sodass unser Band mit einer ansprechenden Bebilderung erscheinen kann, die nicht immer nur schmückendes Beiwerk, sondern auch Gegenstand der Untersuchung ist.

Darmstadt und Essen, im Januar 2025

Nicolai Hannig und Ute Schneider

DAS „RUHRGEBIET“ VOR DEM RUHRGEBIET

Der Raum zwischen Ruhr und Lippe von den Anfängen bis ins 18. Jahrhundert

Das Ruhrgebiet als Begriff und Vorstellungsraum ist bestenfalls anderthalb Jahrhunderte alt. Eine Geschichte vom Raum zwischen Ruhr und Lippe dagegen kann beliebig weit zurückgreifen – ob das für eine spätere Geschichte des Ruhrgebiets als wirtschaftlichem Verdichtungsraum immer ganz zielführend ist, das steht auf einem anderen Blatt. Sie soll in diesem Beitrag ihren Grundzügen nach versucht werden.

Dabei betreten wir im Wortsinne Neuland. Denn eine Geschichte des Ruhrgebiets vor dem Ruhrgebiet gibt es noch nicht.¹ Der Grund dafür liegt auch, aber nicht ausschließlich in der Konzentration auf das Industriezeitalter dieses Raumes und seiner Wurzeln während des 19. und 20. Jahrhunderts oder in der Romantisierung vergangener montanindustrieller Blüte seit Einsetzen des Strukturwandels. Vielmehr wird der vorindustrielle Nordwesten zwischen Ruhr und Lippe, zwischen Rhein und Hochsauerland traditionell weniger aus regional-, denn aus landeshistorischer Perspektive betrachtet – und darüber gerät gern aus dem jeweils individuellen Blick, was jenseits jener historischen Landesgrenzen liegt, für die man sich im jeweiligen Moment gerade besonders interessiert.

Gerade in Deutschland ist Landesgeschichte typischerweise entlang der alten Territorialgrenzen oder entlang der Fürstenhäuser geschrieben worden.² Historische Kommissionen und Vereinsgründungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts haben diese Traditionen verfestigt und schreiben sie – oft ungewollt, durch ihre bloße Existenz – bis in die Gegenwart fort. So gibt es etwa bis heute einen „Verein für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark e. V.“ mit Sitz im Märkischen Museum in Witten, der sich seit seiner Gründung 1886 für das gesamte ehemalige Territorium zuständig fühlt, während sich der nur unwesentlich jüngere „Klevische Geschichts- und Altertumsverein“ ebenso wie der ihm nachfolgende Heimat- und Verkehrsverein vor allem um die Geschichte der Stadt und der Schwanenburg bemühten und man die Landesgeschichte eher dem „Historischen Verein für den Niederrhein“ überließ.³ Damit war von Anfang an eine klare Orientierung aller klevischen Forschungsfragen in Richtung Rheinland vorgegeben. In der ehemaligen Grafschaft Mark wiederum konkurrierten anfangs gleich drei Vereine um das historische Erbe, die sich sämtlich mühten, den Aufstieg zur industriell-bürgerlichen Größe ihrer Gegenwart historisch herzu- leiten – und zugleich ein Eigenbewusstsein gegenüber

- 1 Der einzige Darstellungsversuch bleibt bis heute das populäre und in mancher Hinsicht schwierige, eher episodisch angelegte Bändchen von Hans Spethmann: *Wie unser Ruhrgebiet wurde*, Berlin 1936. Eine regionalgeschichtliche Orientierungshilfe zur verfügbaren Literatur bieten die beiden Kapitel von Jan Gerchow („Die Ruhrregion im Mittelalter“) und Anja Kuhn/Robert Laube („Frühe Neuzeit“) in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hg.): *Literaturwegweiser zur Geschichte an Ruhr und Emscher*, Essen 1999, S. 9–34. Eine exemplarische Quellensammlung, die ganz knapp (S. 51–55) in einen darstellenden Rahmen eingebettet wird, bietet Dieter Scheler: *Von der Alten Welt zum Bergbauland*, in: Klaus Tenfelde/Thomas Urban (Hg.): *Das Ruhrgebiet. Ein historisches Lesebuch*, Bd. 1, Essen 2010, S. 51–124. Hervorzuheben ist noch der Ausstellungskatalogband von Ferdinand Seibt u.a. (Hg.): *Vergessene Zeiten. Mittelalter im Ruhrgebiet*, 2 Bde., Essen 1990.
- 2 Vgl. dazu die fachgeschichtlichen Beiträge in Werner Freitag u.a. (Hg.): *Handbuch Landesgeschichte*, Berlin/Boston 2018, S. 3–128.
- 3 Vgl. dazu Heinz Scholten: *Die Geschichte des Klevischen Heimat- und Verkehrsvereins e. V.*, in: *Rund um den Schwanenturm 19* (1995), S. 17–23.

dem (historisch in großen Teilen ebenfalls märkischen) Ruhrgebiet entwickelten, das sich soeben anschickte, die lange Zeit gewerblich und kleinindustriell führende südliche Mark wirtschaftlich abzuhängen.⁴ Zwei wesentliche Territorien des Raumes zwischen Ruhr und Lippe wurden also bislang in Forschung und Geschichtskultur eher in ihren Eigenheiten als in ihren Gemeinsamkeiten und Verbindungen betrachtet – und dies, obwohl sie seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert gemeinsam regiert wurden. Schließlich treten in Nordrhein-Westfalen, das nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem nördlichen Teil der preußischen Rheinprovinz und der Provinz Westfalen sowie dem lange Zeit selbstständigen und entsprechend selbstbewussten Kleinstaat Lippe neu geformt wurde, als Sachwalter des kulturellen Erbes der Region noch die mächtigen Regionalverbände auf, die letztlich auf die preußische Amtsstruktur zurückgehen.⁵ Sie zementieren wiederum die Trennung zwischen Rheinland und Westfalen durch kulturadministrative Zuständigkeiten und regional abgegrenzte Förderlogiken.

Die von den beiden ehemals preußischen Provinzial-, seit 1953 dann Landschaftsverbänden unterhaltenen Forschungsinstitute haben einen landschaftskundlichen Auftrag, sodass sich die dort betriebenen historischen, kulturgeografischen und volkskundlichen Forschungen entweder mit „Westfalen“ oder „dem Rheinland“,

kaum aber mit den Beziehungen zueinander befassen.⁶ Aus dieser starken Tradition haben sich selbst innovative Ansätze wie das Denken in vernetzten Zentralorten mit jeweils unterschiedlichen Funktionen für ihr Umland, wie es seit den 1960er Jahren entwickelt wurde, letztlich nicht lösen können.⁷ An frühe Ansätze der Verflechtungsgeschichte, wie Bruno Kuskes westfälische Wirtschaftsgeschichte, die während des Zweiten Weltkriegs erschien, ist erst spät wieder angeknüpft worden.⁸

All das trägt dazu bei, dass die Regionalgeschichte der vorindustriellen Zeit jenseits konkreter Detailforschungen bislang eher in den Traditionen der alten Territorial- und Kulturraumgeschichten betrieben worden ist und die vielfältigen Verbindungen zwischen den historischen Herrschaftsräumen dahinter zurückstanden.⁹ Eine synthetische Geschichte des Ruhrgebiets vor dem Ruhrgebiet bleibt ein Desiderat. Die folgenden Absätze werden daher den Raum zwischen Ruhr und Lippe als Region in seinen internen Bezügen und Gemeinsamkeiten erfassen, die sich wiederum nur aus den überregionalen Anschlüssen an Überlappungs- und Nachbarräume sinnvoll verstehen lassen.

4 Eckhard Trox: Kulturmilieu und Museumsgründungen. Träger der Bestrebungen für den Aufbau historischer Museen in Städten der ehemaligen Grafschaft Mark vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Westfälische Forschungen 47 (1997), S. 31–65 sowie ders.: Märkisches Sauerland und märkisches Ruhrgebiet. Die Spaltung regionalen Geschichts- und Raumbewusstseins in den 1880er Jahren, in: Klaus Ditt/Klaus Tenfelde (Hg.): Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn u.a. 2007, S. 163–188.

5 Zu ihrer Entstehung und Entwicklung vgl. Horst Conrad: Preußische Provinzialverbände und Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen. Die Entwicklung landschaftlicher Selbstverwaltung und deren Stellung in der Verwaltungsreform, Münster 1974.

6 Mit diesem Problem befasst sich der Sammelband von Klaus Ditt/Klaus Tenfelde (Hg.): Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn u.a. 2007.

7 Hans Heinrich Blotevogel: Zentrale Orte und Raumbeziehungen in Westfalen vor der Industrialisierung (1780–1850), Münster 1975.

8 Bruno Kuske: Wirtschaftsentwicklung Westfalens in Leistung und Verflechtung mit den Nachbarländern bis zum 18. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde 4), Münster 1943. Ein fundamentales Werk in diesem Sinne hat Wilfried Reininghaus vorgelegt: Die vorindustrielle Wirtschaft in Westfalen. Ihre Geschichte vom Beginn des Mittelalters bis zum Ende des Alten Reiches, 3 Bde., Münster 2018.

9 Zur Historiografiegeschichte des Ruhrgebiets allgemein siehe den Beitrag von Stefan Berger im dritten Band der Gesamtreihe zur Geschichte des Ruhrgebiets.

1. Von der Vor- zur Frühgeschichte: frühe Spuren menschlichen Lebens

Frühe Spuren des Menschen in Form von Steinwerkzeugen gehen an der Ruhr bis in die Mittlere Altsteinzeit, das Mittelpaläolithikum, zurück.¹⁰ Belege dafür sind die Funde aus dem Rhein-Herne-Kanal in Herne und Bottrop. Mit einem Alter von rund 100.000 Jahren stammen sie aus der Frühphase der letzten Eiszeit, der so genannten „Weichsel-Kaltzeit“. Sie lassen sich aber nur durch die geologische Schicht, in der sie gefunden worden sind, relativ zeitlich einordnen. Die Menschen, die sie geschaffen haben, nennen wir Neandertaler. Eines der ältesten, einigermaßen sicher datierbaren Zeugnisse ihrer Präsenz in Westfalen, wurde 1980 beim Abbruch der Schleuse III des Rhein-Herne-Kanals auf der Höhe von Essen-Dellwig gefunden: Eine sehr regelmäßig gearbeitete Feuersteinklinge, also ein ganz typisches Werkzeug dieser frühen Menschen.¹¹

Mit dem Ende der letzten Kaltzeit beginnt rund 10.000 Jahre vor unserer Zeitrechnung das Mesolithikum, also die Mittelsteinzeit, mit neuen Lebensbedingungen in veränderter Umwelt. Auch in dieser Zeit sind die Menschen weiterhin Jäger und Sammler. In der Jungsteinzeit, dem Neolithikum, verändert sich dies immer mehr zu Ackerbau und Viehzucht, also zu zumindest temporär sesshaften Wirtschaftsformen. Das passiert überall in Europa zu unterschiedlichen Zeiten, in Westfalen beginnt diese Umstellung, soweit bisher durch Funde dokumentiert, im sechsten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung.

Mesolithische Fundplätze gibt es eigentlich in allen Regionen Westfalens. Sie häufen sich in Ostwestfalen, im westlichen Münsterland und im Vestischen sowie an der Hellwegzone, eher aber südlich der Ruhr, beispielsweise bei Meschede, Hagen und im Kreis Olpe, während

im heute großstädtischen Kerngebiet vergleichsweise wenige Funde zu verzeichnen sind. Das mag aber auch an der massiven Überprägung dieser Landschaft durch Industrie und Städtebau zu einer Zeit liegen, in der noch nicht bei jedem einschlägigen Fund im Rahmen einer Kellerausschachtung Notgrabungen verpflichtend waren. Gerade im nördlichen Ruhrgebiet und entlang der Emscher liegt allerdings viel aussagekräftiges Fundmaterial aus mesolithischer Zeit vor.¹²

Die „neolithische Revolution“, die wohl zu den fundamentalsten Transformationen der Menschheitsgeschichte zählt, sich aber nicht in einer einzigen großen Umwälzung, sondern evolutionär und prozesshaft vollzog, brachte mit dem Übergang zu Ackerbau und Viehzucht neue Siedlungs- und Wirtschaftsformen sowie damit einhergehend Innovationen wie die Vorratshaltung mittels Keramik hervor. Und sie verband offenbar Menschen über weite Strecken miteinander. Denn anders ist nicht zu erklären, wie manche Rohmaterialien aus dem Alpenraum bis an die Ruhr gelangt sind. Zu den überregional bedeutsamen Fundorten menschlicher Überreste der Mittel- und Jungsteinzeit zählt die Blätterhöhle bei Hagen-Hohenlimburg, am südlichen Rand des Ruhrgebiets.¹³

Auf die Steinzeiten folgten die Metallzeiten, in Westfalen um etwa 2.000 v. Chr. zunächst die Bronzezeit, deren namengebendes Leitmetall allerdings nur ausgewählten Mitgliedern der Gesellschaft zur Verfügung stand – ein charakteristisches Zeichen für die zunehmende gesellschaftliche Ausdifferenzierung. Relativ zahlreich sind etwa Beilfunde aus Bronze längs der Ruhr, während Schwertfunde extrem selten sind, was für eine Beschränkung auf sehr exklusive Kreise spricht. Drei Griffzungenschwerter aus der Spätbronzezeit, die 1876 am Kaisberg in Hagen-Vorhalle ergraben worden sind, zeigt das LWL-Landesmuseum für Archäologie in

-
- 10 Zum Folgenden vgl. Michael Baales: Ein kurzer Gang durch die älteste Geschichte Westfalens, in: Archäologie in Ostwestfalen 9 (2005), S. 10–37; Michael Baales/Hans-Otto Pollmann/Bernhard Stapel (Hg.): Westfalen in der Alt- und Mittelsteinzeit, Münster 2013 sowie Ralf Blank/Mirjam Kötter/Sebastian M. Sonntag (Hg.): Hagener Fundstücke. 111 archäologische Funde aus Hagen und dem Museum Wasserschloss Werdringen, Essen 2020.
 - 11 Michael Baales: Siedlungsreste des Neandertalers aus den Knochenkiesen von Lippe und Emscher, in: Georg Eggenstein (Hg.): Mensch und Fluss. 7000 Jahre Freunde und Feinde, Bönen 2010, S. 34–42, hier S. 37.
 - 12 Etwa aus Grabungen bei Castrop-Ickern – vgl. dazu Baales/Pollmann/Stapel, Westfalen in der Alt- und Mittelsteinzeit, S. 204.
 - 13 Jörg Orschiedt u.a.: Die Blätterhöhle in Hagen, in: Michael Baales/Ralf Blank/Jörg Orschiedt (Hg.): Archäologie in Hagen. Eine Geschichtslandschaft wird erforscht, Essen 2010, S. 127–149.

Hiram Kümper

Herne.¹⁴ Sie sind insofern bedeutsam, als sie alle drei zusammen im selben Fundkontext gefunden wurden. Das regt Archäologinnen und Archäologen zu Interpretationen zur bronzezeitlichen Gesellschaftsstruktur, ihrem Glauben und ihren Ritualen an.

Die Eisenzeit schließlich, als letzte vorgeschichtliche Epoche, begann an der Ruhr ungefähr im 8. Jahrhundert v. Chr. Charakteristische Neuerungen dieser Zeit sind vor allem die Sense und die Eisenbeschläge an den hölzernen Hakenpflügen, mit denen die Feld- und Ackerwirtschaft revolutioniert wird. In die ganz junge Eisenzeit, wohl in die Mitte des 1. Jahrhunderts v. Chr., fallen aber auch die sogenannten Regenbogenschüsselchen aus einem 1907 bei Eisenbahnarbeiten in Bochum-Ehrenfeld gehobenen Münzschatz.¹⁵ Dabei handelt es sich um keltische Kleinmünzen, die häufiger in den eisenzeitlichen Siedlungen des Hellwegraumes gefunden worden sind. Insgesamt deutet die archäologische Fundsituation auf eine verhältnismäßig dichte Besiedlung des Ruhrgebiets schon während der Eisenzeit hin.¹⁶ Eine relativ gut dokumentierte eisenzeitliche Siedlung haben etwa die Grabungen bei Schwerte-Wandhofen zu Tage gebracht.¹⁷ 2021 sind die dort Forschenden noch auf eine über 2.000 Jahre alte Gargrube gestoßen. Es wird vermutet, dass sich hier eine Art Versammlungs- oder Feststätte für lokale Zusammenkünfte befunden hat.

2. Römer, Germanen und Franken an Rhein, Ruhr und Lippe

In den Blick der (schriftlich überlieferten) Geschichte rückt der Raum zwischen Ruhr und Lippe erstmals von

der linken Rheinseite aus, der Provinz *Germania inferior* (Niedergermanien). Unter Kaiser Augustus (63 v. Chr.–14 n. Chr.) nahm der Plan Gestalt an, die römische Expansion in das freie Germanien rechts des Rheins, nach *Germania magna*, wie es die Römer nannten, anzugehen. Dazu wurden der niederrheinische Limes befestigt und die dahinterliegenden Infrastrukturen ausgebaut.¹⁸ Am Südhang des sogenannten Fürstenberges nahe der späteren Stadt Xanten entstand in den Jahrzehnten um den Anbruch unserer Zeitrechnung ein römisches Legionslager mit dem Namen *Vetera Castra*, das seit 2021 Teil des UNESCO-Weltkulturerbes ist. Der Platz war strategisch günstig gewählt, ermöglichte er doch die Kontrolle von Rhein- und Lippetal. Das Lager Vetera I wurde später rund anderthalb Kilometer versetzt, blieb aber noch bis ins 3. Jahrhundert n. Chr. bestehen, während sich daneben die rasch blühende *Colonia Ulpia Traiana*, das heutige Xanten, entwickelte. Dem fiel auch die Bausubstanz des aufgelassenen Lagers Vetera I zum Opfer, während die Ruinen von Vetera II erst bei einer hochmittelalterlichen Rheinverlagerung überspült wurden. Für die Humanisten des 16. und 17. Jahrhunderts spielten die vielen römischen Relikte in Xanten und Umgebung eine große Rolle, zeugten sie doch von Alter und Bedeutung ihrer Heimat.

Das Ende der römischen Expansionspläne wurde 9 n. Chr. durch die Niederlage eingeläutet, die drei römische Legionen unter ihrem Heerführer Varus „im Teutoburger Wald“ bei Kalkriese erlitten – ein Schlachtort, der sich gegen viele hundert Gegenvorschläge zur Lokalisierung durchgesetzt hat, von denen einige auch längs der Ruhr, zum Beispiel in Bochum-Stiepel oder im als „Varusholz“ missgedeuteten „Varenholt“ in Bochum-Hön-

¹⁴ Albrecht Jockenhövel: Der Schwerthortfund vom Kaisberg bei Hagen-Vorhalle. Technologische Untersuchungen an drei spätbronzezeitlichen Schwertern aus dem Hortfund von Hagen-Kaisberg, in: Daniel Bérenger (Hg.): Archäologische Beiträge zur Geschichte Westfalens. Festschrift für Klaus Günther (Studia honoraria 2), Rahden/Westf. 1997, S. 133–154.

¹⁵ Vgl. dazu Thomas Stöllner: Regenbogenschüsselchen, in: Ingrid Wölk (Hg.): Hundertsieben Sachen. Bochumer Geschichte in Objekten und Archivalien, Essen 2017, S. 33–37.

¹⁶ Kerstin Batzel: In der Eisenzeit kein Eisen? Die eisenzeitliche Besiedlung des Ruhrgebiets, in: Kai Thomas Platz (Hg.): Von Jägern, Händlern und Hüttenleuten. Archäologie und Geschichte im Ruhrgebiet, Duisburg 2013, S. 25–39.

¹⁷ Ausführlich dazu Mirko Geisendorf: Der eisenzeitliche Siedlungsplatz von Schwerte-Wandhofen (Kreis Unna) (Archäologische Quellen 2), Kerpen-Loog 2018.

¹⁸ Einzelheiten dazu bei Johann-Sebastian Köhlborn u.a.: Rom auf dem Weg nach Germanien: Geostrategie, Vormarschtrasen und Logistik, Mainz 2008.

trop, verortet waren.¹⁹ Wenige Jahre später wurden sie durch Augustus' Nachfolger Tiberius endgültig aufgegeben und man zog sich darauf zurück, die Rheingrenze mit weiteren kleineren und größeren Militärposten zu befestigten. Auf dem Gebiet der heutigen Stadt Duisburg etwa dürfte es neueren Grabungen zufolge schon seit dem ersten Jahrhundert nach Christus einen befestigten römischen Militärposten gegeben haben, der wohl aus dieser Zeit stammt.²⁰

Der Blick „nach drüben“: das rechtsrheinische Germanien

Über die rechtsrheinischen, die „freien“ Germanen, wie man sie seit dem 19. Jahrhundert deutschtümelnd nannte, wissen wir wenig, weil sie keine eigenen Schriftzeugnisse hinterlassen haben. Auch ihre Namen überliefern uns lediglich römische Schriftsteller, sodass eigentlich kaum zu sagen ist, welche Identitäten, Lebensweisen und Formen des Zusammenlebens sich hinter Namen wie Sugambri, Chamaver, Chattuarii oder Bructeri eigentlich verbergen. Fest steht, dass sie schon vor dem römischen Expansionsversuch unter Varus und ebenso danach in regem Kontakt zu ihren römischen Nachbarn auf der anderen Rheinseite standen und es über den Austausch von Waren auch zur Beeinflussung ihrer Kultur kam. Davon zeugt der archäologische Befund. Er zeigt aber auch, dass die Kontakte zur römischen Kultur nicht so tiefgreifend waren, dass sie zu einer vollständigen Transformation der lokalen Gesellschaften führten, wie das links des Rheins geschehen war. Vielmehr blieb man eisenzeitlichen Traditionen verbunden.

Das betrifft zum Beispiel die Siedlungsform. Zentralörtliche Strukturen mit größeren Siedlungsverbänden sind im rechtsrheinischen Gebiet zwischen Lippe und Ruhr bisher nicht bekannt. Vielmehr siedelte man hier, soweit archäologisch nachweisbar, in kleinen Hofverbänden mit wenigen Gebäuden, meist in der Nähe von Fließwasser, aber, soweit möglich, hochwasserge-

schützt auf natürlichen Anhöhen. Ziegel, obwohl durch den Kontakt mit den Römern links des Rheins durchaus bekannt, wurden nicht verwendet, auch keine Bruchsteine, sondern es wurden niedrige Langhäuser wohl vornehmlich in Pfostenbauweise mit Wänden aus Lehm errichtet. Viel mehr als die Pfostenlöcher kann von dieser sehr vergänglichen Bauweise aber typischerweise auch die Archäologie nicht mehr nachweisen. Was außerdem in dieser Gegend anscheinend fehlte, sind Wälle, Palisaden, Gräben oder andere Befestigungswerke.

Archäologisch gut informiert sind wir dagegen durch reiche Knochen- und Pflanzenfunde über die Agrarwirtschaften der frühen Bewohner:innen zwischen Ruhr und Lippe. Insbesondere in den gut dokumentierten Grabungen in Ickern (Castrop-Rauxel), Oespel (Dortmund) und Hinsel (Essen-Überruhr) lässt sich die Vielfalt der damaligen Nutzpflanzen und -tiere gut erkennen, lassen sich aber auch Hinweise auf Textil- und frühe Metallverarbeitung finden.²¹

Dass die Germanen mit den Römern links des Rheins Handel trieben, belegt entsprechendes Fundmaterial, neben Münzen vor allem vielfältige Gebrauchs- und Feinkeramik, Bestandteile von römischen Trachten und handwerkliche Metallobjekte. Germanische Objekte von der anderen Rheinseite, die im Tausch gegen römische Waren hätten gehandelt werden können, finden sich dagegen ausgesprochen selten. Eine große Ausnahme macht der Bernstein, der schon über eine ziemliche Distanz vom Baltikum bis in die rheinisch-lippische Kontaktzone gekommen sein muss. Ansonsten kann man über die Werte, die unsere Vorfahren zwischen Ruhr und Lippe den Römern im Tausch gegen die Warenwelt des Imperiums anbieten konnten, nur spekulieren. Im dramatischsten Falle können es Sklav:innen gewesen sein, weit regelmäßiger aber wohl schlicht vergängliche und deswegen nicht erhalten gebliebene Materialien aus den natürlichen Ressourcen der Region.

-
- 19 Zur Varus-Schlacht und ihrer späteren Mythologisierung vgl. Klaus Kösters: *Mythos Arminius: die Varusschlacht und ihre Folgen*, Münster 2009. Die Stiepel-Theorie vertrat zuletzt noch Heinz Winter: *Hochgericht und Herrlichkeit Stiepel. Varusschlacht zwischen Bochum und Witten*, Bochum 1979, den Varenholt schlug der (heute Bochum-)Weitmarer Pfarrer Carl Friedrich Peters: *Der Kirchsprengel Weitmar oder Über die Gegend, wo Hermann den Varus schlug*, Essen 1823, vor.
 - 20 Ulrich Ocklenburg: *Die Ausgrabungen im römischen Vicus von Asciburgium, Duisburg-Bergheim, Burgfeld 181–183*, in: *Dispargum. Jahresberichte der Duisburger Stadtarchäologie* 3 (2018), S. 9–38.
 - 21 Diese und weitere Beispiele bei Thomas Otten (Hg.): *Fundgeschichten. Archäologie in Nordrhein-Westfalen*, Mainz 2010. Neue Funde und Ergebnisse werden laufend in der Zeitschrift *Archäologie in Westfalen-Lippe* veröffentlicht.

Tatsächlich scheint es auch temporäre Handelsplätze gegeben zu haben, die für einen innergermanischen Handel sprechen. Dazu könnte zum Beispiel die Fundstelle „Zeche Erin“ in Castrop-Rauxel gezählt haben, wo man zwar Fundmaterial, u.a. eine bemerkenswerte Pferdebestattung, aber keine Anzeichen für eine Siedlung gefunden hat.²² Man muss bei solchen Deutungen aber vorsichtig sein, weil sie mit der Abwesenheit von Funden, nicht mit deren Existenz argumentieren. Gänzlich umstritten ist bis heute auch, ob der Hellweg schon während der römischen Kaiserzeit eine Fernhandelsroute gewesen ist.²³

Der Rhein bleibt keine Grenze

Mit der Spätantike verdichtete sich der Güteraustausch zwischen beiden Ufern des Rheins. Damit verschwand auch die kulturelle Grenze zwischen den Provinzialrömern auf der einen und den Germanen auf der anderen Flussseite immer mehr. Zugleich formierte sich am Niederrhein aus Menschen ganz unterschiedlicher regionaler Herkunft eine neue *gens*, ein durch gemeinsame Unternehmungen und vor allem gemeinsame Erfolge, nicht durch gemeinsame Abstammung definierter „Stamm“ also, der die Reichsgrenze immer stärker unter Druck setzte: die Franken.

Seit der Mitte des 3. Jahrhunderts kam es immer wieder zu Ein- und Überfällen rechtsrheinischer Germanen, die von den Römern *franci* („Franken“) genannt wurden, in die römische Provinz. Bei Krefeld-Gellep haben sich Überreste eines regelrechten Schlachtfeldes und eines Massengrabes gefunden, die im Museum Burg Linn in Krefeld verwahrt werden. Wenige Jahre später berichteten römische Quellen von Plünderungszügen bis nach Xanten. Zunächst wurden solche Überfälle noch mit durchaus vergleichbaren Strafaktionen auf der anderen Rheinseite beantwortet. Seit der Mitte des 4. Jahrhun-

derts aber bereitete es der römischen Provinzialmacht immer größere Schwierigkeiten, die Franken und Alamannen zurückzudrängen. Es beginnt die Zeit der sogenannten Völkerwanderung.

Über diese Epoche berichtet der fränkische Bischof Gregor von Tours, der im ausgehenden 6. Jahrhundert seine „Zehn Bücher Geschichten“ verfasste. Es ist nur eine kleine Notiz, die aber die älteste Erwähnung Duisburgs darstellt: Hier an der Ruhrmündung, am Anfang des Hellwegs, *apud Dispargum castrum*, in der Nähe von Duisburg also, soll um das Jahr 430 ein gewisser König Chlogio oder Chlodio gewohnt haben,²⁴ einer der vielen kleinen Teilkönige, aus denen sich nun die Merowinger als herrschende – und untereinander ständig zerstrittene – Dynastie des Frankenreiches herauschälen sollten, bis sie 751 von dem fränkischen Adelsgeschlecht der Karolinger abgelöst wurden.

3. Mit Kreuz, Schwert und Verwaltung: Christianisierung und Integration in das Karolingerreich

Die Franken fanden früh zum christlichen Gott. Das war, wie die Forschung in jüngerer Zeit herausgestellt hat, auch einer ihrer Erfolgsfaktoren als *gens*, als Gemeinschaft also, die sich über kulturelle Gemeinsamkeiten und gemeinsame Erfolge definierte und daraus nach und nach eine gemeinsame Abstammung konstruierte – ein faszinierender Prozess, dessen Entdeckung unsere Vorstellungen von der „Völkerwanderungszeit“ und den dabei herumvagabundierenden „germanischen Stämmen“ in den letzten Jahrzehnten gänzlich umgekrempelt hat und den die Forschung „Ethnogenese“ nennt.²⁵

²² Vgl. dazu Elisabeth Dickmann (Hg.): Erin. Archäologie in Castrop-Rauxel, Castrop-Rauxel 1997.

²³ Brigitte Englisch: Der Hellweg zwischen Mythos und Realität, in: Soester Zeitschrift 117 (2005), S. 45–75.

²⁴ Gregor von Tours, Zehn Bücher Geschichten, Tl. 1 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters 2), bearb. von Rudolf Buchner, Darmstadt 1964, S. 58 (II 9). Zur Debatte um die Lokalisierung von *Dispargum* vgl. auch Tilmann Bechert: Asciburgium und Dispargum. Das Ruhrmündungsgebiet zwischen Spätantike und Frühmittelalter, in: Kontinuität und Diskontinuität. Germania inferior am Beginn und am Ende der römischen Herrschaft (Ergänzungsbände zum Reallexikon der Germanischen Altertumskunde 35), Berlin u.a. 2003, S. 1–12.

²⁵ Zur Ethnogenese der Franken und ihrer Ausbreitung am Niederrhein vgl. den Sammelband von Dieter Geuenich (Hg.): Die Franken und die Alemannen bis zur „Schlacht bei Zülpich“ (496/97) (Ergänzungsbände zum Reallexikon der Germanischen Altertumskunde 19), Berlin u.a. 1998.



St. Willibrord, Wesel. Der Heilige Willibrord, der „Apostel der Friesen“, wird auch in Wesel verehrt. Hier entstand an der Wende vom 15. auf das 16. Jahrhundert an der Stelle einer Urkirche aus dem 8. Jahrhundert eine große spätgotische Basilika, die heute nur noch als „Dom“ bekannt ist. Sie war lange Zeit Filialkirche des von Willibrord gegründeten Klosters Echternach.

Foto: Stadtarchiv Wesel

Gerade an der Rheingrenze tat der enge Kontakt zur niedergermanischen Provinz sein Übriges, da sich in den alten Römerstädten links des Rheins schon früh christliche Gemeinden ausbildeten, die mit der Erhebung des Christentums zur Staatsreligion im Jahr 380 rasch begannen, ihren Einfluss geltend zu machen. Im Land zwischen Ruhr und Lippe freilich, wo es keine spätrömisch-christlichen Strukturen gab, kam der neue Glaube erst im Laufe des 7. Jahrhunderts in Gestalt angelsächsischer Missionare an. Die bedeutendsten waren Willibrord, der als „Apostel der Friesen“ in der Hauptkirche von Wesel – und damit im unmittelbaren Grenzgebiet zum damals riesigen Friesenland, der *Frisia Magna* – verehrt wird, Suitbert, der vermeintlich zwischen Ruhr und Lippe missionierte, bevor er 713 in dem von ihm gegründeten Kloster Kaiserswerth verstarb,²⁶ und die beiden Ewalde, Brüder aus Northumbria, die ihr

Martyrium angeblich in Dortmund-Aplerbeck erlitten haben sollen.²⁷

Ein gebürtiger Friesen namens Liudger, der an die berühmte Domschule nach York gegangen war, wurde von seinem dortigen Lehrer Alkuin zurück auf den Kontinent geholt, nachdem dieser dem Ruf an den Hof Karls des Großen gefolgt war. Es war dieser Liudger, der nach ersten Erfolgen in der Friesenmission 793 das Kanonikerstift in Münster und damit eines der wichtigsten Missionsbistümer im Frankenreich gründete. Von hier aus wurden nicht nur die Friesen, sondern insbesondere die Sachsen missioniert, die sich im Laufe des 7. Jahrhunderts im ganzen Nordwesten ausgebreitet hatten.

Mit der sicher nicht gänzlich unwahren Begründung, ihnen das Christentum zu bringen, aber genauso mit dem ausdrücklichen Ziel, sein Reich zu erweitern, brach Karl zur gewaltsamen Mission der Sachsen auf, dessen erster Höhepunkt die Zerstörung der Irminsul auf der Erzburg nahe des sauerländischen Marsberg im Jahr 772 war. Von dort aus stieß er rasch bis an die Weser und damit zu den Siedlungszentren der Sachsen vor. Letztlich aber sollten sich die Sachsenkriege trotz der symbolträchtigen Taufe des Sachsenherzogs Widukind zu Attigny im Jahr 785 über insgesamt drei ausgesprochen blutige Jahrzehnte hinziehen. Inwieweit diese Kriege das Gebiet zwischen Ruhr und Lippe überhaupt in stärkerem Maße betroffen haben, wie von der Heimatgeschichte lange wie selbstverständlich vorausgesetzt wurde, ist gar nicht so einfach zu sagen. Archäologische Befunde gibt es praktisch keine und einzig der Bericht der Reichsannalen verlautet, dass Karl im Jahre 775 nach einer Versammlung auf seinem Hofgut in Düren aufgebrochen sei, die (Hohen-)Syburg im heutigen Süden Dortmunds zu erobern.²⁸ Nachdem Karls Truppen nach Italien weitergezogen waren, unternahmen die Sachsen einen Rückeroberungsversuch. Jedoch:

- 26 Vgl. dazu Reinhild Stephan-Maaser: Fakten und Legenden zur Christianisierung der Ruhrregion: der Wattenscheider Taufstein, in: Wölk, Hundertsieben Sachen, S. 47–52.
- 27 Vgl. dazu Daniel Peters: Glanz und Schatten Karls des Großen: Eroberung, Mission und Integration der Sachsen in das Karolingerreich, in: Dirk Callebaut (Hg.): Das Erbe Karls des Großen 814–2014, Gent 2015, S. 117–124 sowie Franz Schuknecht: In pago Gesterean: Sachsenmission und historische Topografie an der unteren Lippe, in: Vestische Zeitschrift 106 (2016/17) S. 17–28.
- 28 Quellen zur karolingischen Reichsgeschichte, Tl. 1 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters 5), bearb. von Reinhold Rau, Darmstadt 1955, S. 30 f.

„Gottes Kraft überwand gerechtermaßen die ihre, und an einem Tage, als sie sich zum Kampf gegen die Christen in dieser Burg gerüstet hatten, zeigte sich deutlich Gottes Herrlichkeit auf dem Dach der Kirche innerhalb dieses Lagers [...]. Man habe, sagte man, etwas wie zwei Schilde in roter Farbe flammen und sich über dieser Kirche bewegen gesehen. Und als die Heiden draußen dieses Zeichen sahen, gerieten sie sogleich in Verwirrung und begannen in großem Entsetzen zu fliehen, und die ganze Masse von ihnen, die in ihrer Angst einer vom andern in die Flucht mit fortgerissen worden waren, töteten sich gegenseitig. Denn wer aus irgendwelcher Furcht rückwärts blickte, der lief in die Speere derer hinein, die vor ihnen solche auf der Schulter trugen, andere aber wurden von gegenseitigen Stößen getroffen und so von Gottes Strafe ereilt. Und wie viel Gottes Macht über sie zum Heil der Christen wirksam war, vermag niemand zu sagen.“²⁹

Diese eindrückliche Wundererzählung berichtet zugleich von der ältesten schriftlich bezeugten Kirche des Ruhrgebiets: der Burgkapelle auf der Syburg. Als Karl noch im selben Jahr zurück nach Westfalen kehrte, kamen die Sachsen „erschreckt alle von allen Seiten am Lippeursprung zusammen und übergaben unter Stellung von Bürgen alle ihr Land ihm zu Händen und versprachen Christen zu werden und stellten sich unter die Herrschaft des Königs Karl und der Franken“.³⁰ Die Sachsen schienen christianisiert und ins Frankenreich integriert.

Dieser Zustand blieb nicht von langer Dauer. Aber so war der Weg des Christentums in das nordöstliche Westfalen geöffnet. Wenig später wurden die ersten Klöster an der Grenze zum Sachsenland errichtet und von diesen Kristallisationspunkten aus verbreitete es sich zwischen Ruhr und Lippe. Zeugnisse der christlichen Kultur dieser Zeit sind aus zahlreichen Fundstellen geborgen worden: mit Kreuzen verzierte Alltagsgegenstände, kleine Heiligenfiguren und Ähnliches mehr.

Keimzelle der Mission – und des Ruhrgebiets: Kloster Werden und Stift Essen

Liudgers Missionstätigkeit bot das ideologische Fundament für das militärische Vorgehen des Frankenkönigs. Die wichtigste Gründung, die von seinem neuen Bistum in Münster ausging, war an der Wende zum 9. Jahrhundert die Benediktinerabtei Werden an der unteren Ruhr, das man wohl als Gegenstück zum ungefähr zur selben Zeit gegründeten Kloster Corvey an der Weser begreifen kann.³¹ Dabei streuten diese großen Klosterneugründungen, zu denen um 845 noch das Stift Essen hinzutrat, durchaus nicht breit in die Fläche oder trugen zur Gründung zahlreicher Filialen bei. Ihre Bedeutung lag vielmehr in dem Beziehungsnetzwerk, das sie als Grundherren und geistliche Versorgungseinrichtungen über einen großen, noch schwach besiedelten Raum legten, wodurch sie sich langfristig in die gerade erst entstehenden Strukturen einschrieben. Nicht umsonst führt fast jede noch so kleine Ortschaft, fast jedes längst zum Stadtteil einer Großstadt mutierte Dorf im Ruhrgebiet seine Erstnennung auf die eine oder andere Weise auf das älteste Werdener Urbar oder eine andere klösterliche Güteraufzeichnung jener Zeit zurück.³²

Der Abt von Werden wurde zunächst aus der Familie des Gründers bestellt, wodurch sich zeitweise eine Personalunion mit den Bischofssitzen in Münster und Halberstadt ergab. Um Bestrebungen ihres Abtes entgegenzuwirken, das Kloster gänzlich dem Münsteraner Bistum einzuverleiben, erbaten sich die Werdener Mönche vom ostfränkischen König Ludwig dem Jüngeren (Regierungszeit 876–882) erfolgreich die königliche Immunität. Werden wurde damit Reichskloster und die Mönche wählten von nun an ihren Abt selbst. Die Werdener Besitzungen, die sich bis weit nach Friesland und in das Sachsenland erstreckten, sicherten eine solide materielle Basis, die gegen Ende des 13. Jahrhunderts durch Erwerbungen bei Castrop und Hattingen noch einmal nennenswert erweitert wurde.

Wie viele Mönche von diesem Besitz versorgt wurden, ist nicht zu rekonstruieren. Für die geistliche Versor-

²⁹ Ebd., S. 35.

³⁰ Ebd.

³¹ Zum Kloster Werden vgl. Wilhelm Stüwer: Die Reichsabtei Werden a. d. Ruhr (Germania Sacra N.F. 12), Göttingen 1980 sowie den wichtigen Ausstellungskatalog: Jan Gerchow (Hg.): Das Jahrtausend der Mönche: Klosterwelt Werden, 799–1803, Köln 1999.

³² Die frühen Werdener Urbare sind ediert durch Rudolf Köttschke (Hg.): Die Urbare der Abtei Werden a. d. Ruhr, Bd. 1: Die Urbare vom 9.–13. Jahrhundert, Bonn 1906 (Nachdruck 1978).

St. Ludgerus, Werden. Die Abteikirche St. Ludgerus in Essen-Werden zählt zu den bedeutendsten spätromanischen Bauten in Norddeutschland. Errichtet ursprünglich im 9. Jahrhundert, ist der Kern der heute sichtbaren Anlage im 13. Jahrhundert umgestaltet worden. Foto: Wikicommons, CC-SA BY 3.0.



gung jedenfalls stand wohl schon bald nach der Gründung eine kleine Bibliothek zur Verfügung, denn die Benediktsregel, die von den Werdener Mönchen befolgt wurde, sah die tägliche Lesung, die *Lectio divina*, im Gottesdienst, die Lesung bei Tisch im Refektorium sowie einige Lesezeiten für den einzelnen Mönch vor. Einzelne Bücher hatte wohl schon Liudger dem Kloster gespendet. Jedenfalls wissen wir aus seiner Vita, dass er von seiner Yorker Studienzeit „gut ausgebildet und beladen mit Büchern“ (*bene instructus, habens secum copiam librorum*) auf den Kontinent zurückkehrte.³³ Manche Codices der Werdener Bibliothek, die heute zum größten Teil in der Universitätsbibliothek Düsseldorf und in der Berliner Staatsbibliothek verwahrt werden, könnten noch auf die Erstaussstattung des Gründers zurückgehen. Weitere wurden sicher auch im Skriptorium von den Mönchen selbst abgeschrieben, wobei die Produktion dieser Schreibstube erst aus späterer Zeit wirklich gut greifbar

ist.³⁴ Vor allem im 10. und frühen 11. Jahrhundert sind hier eine Reihe bedeutender liturgischer Handschriften entstanden, etwa der berühmte Werdener Psalter oder eine illustrierte Liudger-Vita mit 22 szenischen Miniaturen aus dem Leben des Klostergründers, die sich heute in der Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz in Berlin befinden.³⁵

Eine der berühmtesten Handschriften der Werdener Klosterbibliothek wird in der Universitätsbibliothek von Uppsala verwahrt, nachdem schwedische Truppen sie bei der Plünderung des Prager Hofes im Dreißigjährigen Krieg erbeutet und Königin Christina von Schweden zum Geschenk gemacht hatten, die damit wiederum ihre Schulden bei dem niederländischen Altphilologen Isaac Vossius bezahlte. Über Umwege gelangte die Handschrift gegen Ende des 17. Jahrhunderts erneut nach Schweden, wurde dort in Silber gebunden und erhielt ihren bis heute gültigen Namen: *Codex argenteus*, der Sil-

-
- 33** Die Vitae sancti Liudgeri (Die Geschichtsquellen des Bisthums Münster 4), bearb. von Wilhelm Diekamp, Münster 1881, S. 17. Eine Übersetzung der Vita bietet Basilius Senger: Das Leben des Heiligen Liudger von Altfried, Münster 1959. Zur Überlieferung und Quellenkritik der drei frühmittelalterlichen Liudger-Viten vgl. Eberhard Kraus: Zu den Liudger-Viten des 9. Jahrhunderts, in: Westfälische Zeitschrift 142 (1992), S. 9–55.
- 34** Zu Klosterbibliothek und -skriptorium vgl. Gerhard Karpp: Die Bibliothek der Benediktinerabtei Werden im Mittelalter, in: Gerchow, Jahrtausend, S. 241–248.
- 35** Ms. theol. lat. fol. 385 u. Ms. theol. lat. fol. 323. Hochwertige Abbildungen und gute Beschreibungen beider Codices mit weiterführender Literatur bietet: Gerchow, Jahrtausend.



Der wegen seiner Silbertinte so genannte „Codex argenteus“ ist eine Abschrift der im 4. Jahrhundert entstandenen „Wulfila-Bibel“, der ersten und einzigen gotischen Bibelübersetzung. Die kostbare Handschrift wurde im frühen 6. Jahrhundert auf mit Purpur eingefärbtes Pergament geschrieben und kam vielleicht noch mit seinem Gründer Liudger ins Kloster Werden. 1573 an den Prager Hof Kaiser Rudolfs II. von Habsburg verkauft, kam der Codex im Dreißigjährigen Krieg als Kriegsbeute nach Schweden, wo er heute noch in der Universitätsbibliothek Uppsala verwahrt wird.
Foto: Wikicommons, Public Domain.

bercodex.³⁶ Die weit gereiste Handschrift wurde wohl Anfang des 6. Jahrhunderts für den Gotenkönig Theoderich den Großen geschrieben. Wie sie aus Norditalien an die Ruhr gekommen ist, wird im Dunkeln bleiben, dürfte aber mit dem Karolingerhof zusammenhängen, was die Bedeutung der jungen Abtei Werden nur unterstreicht. Auf über 300 purpurgefärbten Pergamentblättern ent-

hält der Codex eine Abschrift in Silber- und Goldlettern der gotischen Bibelübersetzung des Bischofs Wulfila aus dem 4. Jahrhundert und damit eines der ältesten germanischen Sprachzeugnisse überhaupt.

Auf den Hildesheimer Bischof Altfrid (um 800–874) geht die Gründung des Frauenstifts Essen zurück.³⁷ Noch bevor er 851 Bischof wurde, unterstützte er mehrere sächsische Adelige bei Gründungsprojekten für religiöse Frauengemeinschaften, die später einige Berühmtheit erlangten, etwa Lamspringe und Gandersheim. Altfrid, der vermutlich aus einem vornehmen sächsischen Geschlecht, nicht aber, wie lange vermutet worden ist, aus der späteren Kaisersippe der Liudolfinger stammte, hatte reichen Eigenbesitz im Harzvorland und bei *Astnide* (Essen) an der Ruhr. Auf beiden Ländereien soll er Klostergründungen versucht haben, von denen aber nur das Frauenstift in Essen zur Blüte gelangte. Vermutlich wurde er hierbei von seiner Familie unterstützt, aus der auch die ersten beiden Äbtissinnen stammten.

Das Stift Essen entwickelte sich rasch zu einer wohlbegüterten Klostergemeinschaft, die von den ostfränkischen Königen reich ausgestattet wurde. Man schätzt, dass zeitweise 600 bis 800 Bauernstellen dem Stift abgabepflichtig waren.³⁸ Um die Jahrtausendwende stand mit Äbtissin Mathilde II. die Enkelin Kaiser Ottos I. dem Stift vor. Aus dieser Zeit stammt die berühmte „Goldene Madonna“, die heute noch im Stiftdom verwahrt wird und neben dem Kölner Gero-Kreuz zu den ganz wenigen noch erhaltenen Großkunstwerken der Ottonen-Zeit gehört. Kostbar verzierte Kreuze und andere Schmuckstücke derselben Zeit machen den Essener Domschatz zu einem der ganz wichtigen Horte ottonischer Kunst.

Aus den bedeutenden Besitzungen des Essener Stifts entwickelte sich im Laufe des Spätmittelalters eine bemerkenswert selbstständige geistliche Landesherrschaft, zu der auch die Stadt Essen gehörte. 1228 ist erstmals der Titel einer „Fürstäbtissin von Essen“ (*ab-*

³⁶ Mehr dazu bei Peter Arnold Heuser: Zur Geschichte des Codex Argenteus im 16. Jahrhundert, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 69 (2005), S. 133–152.

³⁷ Zum Stift Essen vgl. Ulrich Borsdorf/Theodor Grütter/Oliver Scheydt (Hg.): Gründerjahre: 1150 Jahre Stift und Stadt Essen, Essen 2005 sowie die beiden Ausstellungskataloge: Günter Berghaus/Thomas Schilp/Michael Schlagheck (Hg.): Herrschaft, Bildung und Gebet. Gründung und Anfänge des Frauenstifts Essen, Essen 2000 und Brigitta Falk (Hg.): Gold vor Schwarz. Der Essener Domschatz auf Zollverein, Essen 2008.

³⁸ Thomas Schilp: Die Grundherrschaftsorganisation des hochadligen Damenstifts Essen. Von der wirtschaftlichen Erschließung zur politisch-administrativen Erfassung des Raumes, in: Seibt u.a., Vergessene Zeiten, Bd. 2, S. 89–92.

batissa Assindensis ecclesie princeps) belegt. Seit etwa 1300 residierten die Äbtissinnen zumeist in Borbeck. Ihre Herrschaft erstreckte sich vom Vestischen über den Hellweg, mit wichtigen Besitzungen um Huckarde, bis nach Godesberg und noch weiter rheinaufwärts. Bis 1495 wählten sich die Äbtissinnen ihren Vogt selbst, was durch den Streit zwischen den Kölner Erzbischöfen und dem märkischen Grafenhaus in einer für das Stift günstigen Schwebe blieb. Erst ein Vertrag mit Herzog Johann II. von Kleve-Mark besiegelte dann endgültig die



Als älteste vollplastische Marienskulptur des Mittelalters ist die „Goldene Madonna“ aus dem Essener Domschatz ein Werk von hoher kunsthistorischer Bedeutung. Entstanden in den Jahren um 980 zeigt die Skulptur vor allem auch die Bedeutung des Essener Stifts für die ottonische Herrscherfamilie.

Foto: Martin Engelbrecht, Domschatzkammer Essen.

Erblichkeit der Vogtei (*ton ewigen dagen*), das Herbergs- und Öffnungsrecht.³⁹

Eine Zentralfunktion der Klöster, ebenso wie der Bischofssitze in Münster und Paderborn, war die Pilgerfahrt, die sich aus dem Reliquienkult um die Überreste der Heiligen entwickelte. Die bereits um die Mitte des 9. Jahrhunderts entstandene älteste *Vita Liudgeri* etwa berichtet in ihrem zweiten Teil ausführlich von den Wundern, die am Grab des Heiligen geschehen seien.⁴⁰ Sie ist ausdrücklich den Mönchen im Kloster Werden gewidmet, die kurz darauf begannen, über seinem Grab die neue Abteikirche zu errichten. Der Bezug zur letzten Ruhestätte des Gründers stärkte den Pilgerverkehr und damit fraglos auch die Stiftungstätigkeit für die Abtei. Ganz ähnlich versuchten auch die Stiftsdamen im nahen Essen einen Kult um ihren Gründer Altfrid zu etablieren, der aber erst um die Jahrtausendwende zur wirklichen Blüte kam.

Könige, Wikinger und andere Besucher

Die Eroberungskriege Karls des Großen im Sachsenland brachten wohl auch den Ausbau der alten Hellwegtrasse zur militärisch und administrativ nutzbaren Etappenstraße mit sich.⁴¹ Naturräumlich günstig gelegen auf überschwemmungsfreier Hanglage ist sie sicher schon lange für den Verkehr von Menschen und Waren zwischen Ost und West genutzt worden. Nun ließ – so jedenfalls hat es sich die Forschung lange Zeit vorgestellt – Karl systematisch Versorgungspunkte zwischen dem Endpunkt am Rhein bei Duisburg und seiner Pfalz in Paderborn anlegen, wobei er zum Teil auf ältere Siedlungen und Befestigungen zurückgriff. Sie dienten wie alle Höfe oder Pfalzen der Versorgung des Königtums, das seine Herrschaft damals noch reisend vom Sattel aus in die Fläche trug. Früher hat man diese Art des Regierens „Reisekönigtum“ genannt, heute spricht man etwas technischer, aber auch präziser von „ambulanter Herrschaft“. Zur Versorgung dieser Königshöfe stattete er sie mit entsprechendem Landbesitz aus.

39 Der Vertrag ist gedruckt bei Franz Philipp Funcke: Geschichte des Fürstenthums und der Stadt Essen, Mülheim 1848, S. 325–328.

40 Vitae sancti Liudgeri, S. 3–53.

41 Paul Leidinger: Der Westfälische Hellweg als frühmittelalterliche Etappenstraße zwischen Rhein und Weser, in: Westfälische Zeitschrift 149 (1999), S. 9–33.

Ob der Ausbau des Hellwegs zur Etappenstraße wirklich eine bewusste Leistung Karls des Großen war, ist nur schwer zu beweisen.⁴² Obwohl wir über praktisch keine Schriftquellen verfügen, die uns von einer bewussten Infrastrukturpolitik des Frankenkaisers Zeugnis ablegen können, bleibt doch auffällig, dass die vier größeren Etappenpunkte, aus denen später die Städte Duisburg, Dortmund, Soest und Paderborn entstanden, jeweils ziemlich genau 50 Kilometer, und damit das Tagespensum eines geübten Reiters, voneinander entfernt lagen, während dazwischen mit Essen, Bochum, Unna, Werl und Erwitte Stationen entstanden, deren Distanzen zueinander auch von einem königlichen Tross mit Wagen und Fußgängern gut innerhalb eines Tages zu bewältigen waren.

Die Rekonstruktion vieler Königs- oder Reichshöfe und der mit ihnen verbundenen Güter fällt nicht immer leicht, weil sie oft schon im Hochmittelalter in andere, oft geistliche Hände fielen. Entsprechend umstritten sind heute auch manche Zuweisungen in der Forschung.⁴³ Neben Duisburg und Dortmund sind Unna und Werl ziemlich zweifelsfrei als Königshöfe belegt; von Bochum kann man es immerhin mit guten Gründen annehmen.⁴⁴ Gut erforscht sind außerdem die vier Königshöfe Elmenhorst, Huckarde, Brackel und Westhofen bei Dortmund, die erst im 13. Jahrhundert durch Verpfändung dem Reich entfremdet wurden. Anderen Orten, etwa Castrop oder Fronlinde, ist dagegen eine Tradition als Reichshof wohl erst später angedichtet worden.⁴⁵ Die nachgewiesenen Aufenthalte deutscher Könige während des Früh- und Hochmittelalters zeigen aber ohnehin eine klare Bevorzugung der großen städtischen Pfalzen: Mindestens elfmal besuchte zwischen 800 und 1050 ein König Duisburg, doppelt so oft sogar die spätere Reichsstadt Dortmund.

Unter den Enkeln Karls des Großen wurde das Reich im berühmten Vertrag von Verdun 843 aufgeteilt: Karl mit dem wenig schmeichelhaften Beinamen „der Kahle“ erhielt das Westfrankenreich, sein Bruder Ludwig, den man seit dem 19. Jahrhundert gemeinhin „den Deutschen“ nennt, das Ostfrankenreich und der älteste Bruder Lothar einen Mittelstreifen von der Nordsee bis Italien samt dem Vorrecht, den Kaisertitel zu tragen. Aus dieser Teilung sollten später die Königreiche Deutschland und Frankreich hervorgehen – vor allem aber jede Menge Ärger um das gemeinsame Vermächtnis. Das spätere Ruhrgebiet wurde von dieser Reichsteilung insofern betroffen, als es innerhalb des ostfränkischen Reiches eine zentralere Lage erlangte, was sich zumindest mittelbar wohl auch auf die Anwesenheit des Königtums vor Ort in späteren Jahren auswirken sollte.

Ludwigs Sohn und Nachfolger war Karl III., der es zwar schaffte, das Reich für kurze Zeit noch einmal unter einer Krone zu vereinen, nach dessen Tod dieses wackelige Reich aber so gründlich zerfiel, dass die Fuldaer Annalen bemerken, es sei eine Zeit der *reguli*, also der „Königlein“, angebrochen.⁴⁶ Einer der vielen Vorwürfe, die ihm die Rückschauenden stets gemacht haben, war sein erfolgloser Umgang mit den Wikingern, die in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts das Ost- wie das Westfrankenreich heimsuchten. 883/84 bezog eine Gruppe Wikinger unter ihrem Anführer Godefrid ihr Winterlager in Duisburg und unternahm von dort aus Raubzüge in die Umgebung.⁴⁷ Erst ein Heer unter Heinrich von Babenberg konnte sie vertreiben, während König Karl III. die restlichen Wikinger am Niederrhein mit Geldzahlungen zum Abzug bewegen musste. Aus dieser Zeit werden heute noch Skelette erschlagener Wikinger im Duisburger Stadtmuseum verwahrt. Ob allerdings auch die Burg Broich in Mülheim als Festung an einem wich-

42 Die Diskussion würdigt kritisch Manfred Balzer: Wege – Orte – Aufenthalte. Eine Zwischenbilanz, in: ders./Peter Johanek/Angelika Lampen (Hg.): Die deutschen Königspfalzen, Bd. 6: Nordrhein-Westfalen, Teilband 3: Westfalen, Göttingen 2023, S. 496–538, hier S. 518–520.

43 Der Klassiker bleibt Karl Rübel: Reichshöfe im Lippe-, Ruhr- und Diemel-Gebiete und am Hellwege, Dortmund 1901, gegenüber dessen Ergebnissen aber im Einzelfall immer wieder Zweifel erhoben worden sind.

44 Stefan Pätzold: Königshof und Kirche im frühmittelalterlichen Bochum, in: ders. (Hg.): Bochum, der Hellwegraum und die Grafschaft Mark im Mittelalter, Bielefeld 2009, S. 17–42.

45 Vgl. dazu Dietmar Scholz: Die sogenannten Reichshöfe Castrop und Frohlinde. Wege und Irrwege lokaler und regionaler Geschichtsschreibung, in: Märkisches Jahrbuch für Geschichte 106 (2006), S. 57–102.

46 Annales Fuldenses sive Annales regni francorum orientales (Monumenta Germaniae Historica. Scriptores in usum scholarum), bearb. von Friedrich Kurze, Hannover 1891, S. 116.

47 Vgl. dazu: Duisburg und die Wikinger. Ausstellungskatalog, bearb. von Tilmann Bechert, Duisburg 1983.

tigen Ruhrübergang in diesem Zusammenhang angelegt worden ist, bleibt Gegenstand der Debatte. Möglich ist es allemal.

Frühstädtische Siedlungen

Im 10. und 11. Jahrhundert tritt uns das Ruhrgebiet, wie auch manch andere Region Deutschlands, vor allem in den Urkunden der Könige und Klöster entgegen. Deshalb lassen sich nur vereinzelte Eindrücke rekonstruieren, die viele Anschlussfragen über das Wie oder Warum unbeantwortet lassen.

Es ist insbesondere die Zeit, in der an Ruhr und Emscher die ersten stadtähnlichen Siedlungen entstehen: Markt- und Kirchorte, die sich der besonderen Förderung lokaler Herren oder sogar gleich des Königtums erfreuen. Diesen Prozess können wir überall im Reich während der Ottonen- und Salierzeit erkennen. Charakteristisch dafür ist der Dreiklang von meist nicht gleichzeitig verliehenen, sondern aufeinander folgenden Privilegien für Markt, Münze und Zoll.⁴⁸ Der wiederum erklingt so auch an der Ruhr: Der Äbtissin von Essen wird bereits 947 Zollfreiheit gewährt, 1041 folgt das Marktprivileg Heinrichs III., im 11. Jahrhundert werden vor Ort die ersten Münzen geschlagen.⁴⁹ 1164 werden dann in einer Zeugenliste eher beiläufig ein Bäcker, zwei Kürschner und weitere Handwerker genannt, was schon ziemlich deutlich für eine frühstädtische Form der Siedlung spricht.⁵⁰

Das Fehlen von Marktprivilegien muss aber nicht heißen, dass entsprechende Entwicklungen ausblieben: Dass bei der Verleihung des Marktrechtes an das Kloster Helmarshausen an der Diemel im Jahre 1000 Kaiser Otto III. ausdrücklich verspricht, dass „alle Kaufleute und alle übrigen Handeltreibenden, die sich dort auf-

halten, kommen und gehen, genau den Frieden und die Gerechtigkeit erhalten sollen, die jenen zukommen, die in Mainz, Köln und Dortmund ihren Handel betreiben“,⁵¹ spricht für die frühe Bedeutung der späteren Reichsstadt an der Emscher für den überregionalen Handel, obwohl für diese Zeit kein Marktprivileg für Dortmund bekannt ist.

Otto III. hatte die Stadt selbst mehrfach besucht, ebenso wie sein Vater und wie es später auch sein Nachfolger Heinrich II. tat.⁵² Überhaupt treten gerade die Ottonen in dieser Region stärker in Erscheinung, was einerseits schlicht an der Überlieferung liegen mag, andererseits aber auch an dem Umstand, dass gleich eine Reihe ottonischer Töchter den Äbtissinnenstab in Essen hielten und Bruno von Sachsen, der Bruder Ottos I., nicht nur als Kanzler des ostfränkischen Reiches, sondern später auch als Erzbischof von Köln eine wichtige Funktion für das Königtum hatte.

4. Ausdifferenzierung und Konsolidierung: Strukturbildung im Übergang vom Hoch- zum Spätmittelalter

Es gehört zur charakteristischen Entwicklung des Mittelalters, dass sich geistliche und weltliche Strukturprinzipien überlagerten, Anspruchs- und Herrschaftsräume immer mehr überlappten, ergänzten und teilweise auch miteinander konfligierten. Es lohnt sich daher, diese unterschiedlichen Ebenen in ihrer Entstehung und Ausdifferenzierung zunächst getrennt voneinander zu betrachten.

48 Friederun Hardt-Friedrichs: Markt, Münze und Zoll im Ostfränkischen Reich bis zum Ende der Ottonen, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 116 (1980), S. 1–31.

49 Zu den frühen Münzstätten im Ruhrgebiet vgl. Peter Berghaus: Münze und Geld im mittelalterlichen Ruhrgebiet, in: Seibt u.a., Vergessene Zeiten, Bd. 2, S. 118–128.

50 Nachweise und weitere Einzelheiten bei Thomas Schilp: Überlegungen zur Stadtwerdung. Vom *locus* des Frauenstifts zur *civitas* in der Mitte des 13. Jahrhunderts, in: Jan Gerchow (Hg.): Die Mauer der Stadt. Essen vor der Industrie, 1224 bis 1865, Bottrop 1995, S. 82–92.

51 Die Urkunden der deutschen Könige und Kaiser (Monumenta Germaniae Historica. Diplomata), Bd. 2, 2: Die Urkunden Ottos III., bearb. von Theodor von Sickel, Hannover 1893, S. 786 (Nr. 357): „[...] ut omnes negotiatores ceterique mercatum excolentes commorantes euntes et redeuntes talem pacem talemque iustitiam obtineant qualem illi detinent qui Moguntiae, Coloniae et Trutmanniae negotium exercent.“

52 Die Einzelnachweise sind zusammengestellt bei Norbert Reimann: Vom Königshof zur Reichsstadt. Untersuchungen zur Dortmunder Topographie im Früh- und Hochmittelalter, in: ders./Gustav Luntowski (Hg.): Dortmund. 1100 Jahre Stadtgeschichte. Festschrift, Dortmund 1982, S. 21–52, hier S. 38.

Die Klosterlandschaft zwischen Ruhr und Lippe

Eine erste wichtige Strukturebene stellte vor allem im Früh- und Hochmittelalter die regionale Klosterlandschaft dar.⁵³ Das Doppelzentrum dieser Klosterlandschaft lag auf dem heutigen Stadtgebiet von Essen mit der Benediktinerabtei Werden und dem Frauenstift Essen, die beide auf die karolingische Zeit zurückgehen und zuvor bereits eingehender thematisiert worden sind. Essen und Werden blieben über lange Zeit die einzigen Klöster, in denen nach der Benediktsregel gelebt wurde – und damit zunächst die einzigen Klöster überhaupt; denn erst im Zuge des Hochmittelalters entwickelten sich neue Gemeinschaften, die nach anderen Ordensregeln lebten. In der Diözese Münster gab es ansonsten bis ins ausgehende 11. Jahrhundert kein einziges Männerkloster, während die benachbarte Diözese Köln schon acht aufwies.

Andererseits war das alte Sachsen östlich der Weser, das früh schon den Namen „Westfalen“ trug, auffällig dicht mit Frauenkonventen besiedelt, wofür die Forschung bis heute keine gute Erklärung gefunden hat. Die Vermutung liegt nahe, dass die in den nördlich und östlich angrenzenden Gebieten bereits bestehenden Frauenklöster – etwa in Vreden und Freckenhorst, in Meschede, Herford oder Liesborn – auch auf die Neugründungen zwischen Ruhr und Lippe Einfluss gehabt haben. Belegen lässt es sich aber kaum, weil entsprechende Aussagen über die Gründungskonvente meist fehlen.

Im 12. Jahrhundert breitete sich dann von Cîteaux in Burgund ausgehend der Zisterzienserorden in ganz Europa und so auch in Westfalen aus. Die Zisterzienser folgten der Benediktsregel, ergänzten sie aber durch eigene Ordensstatuten. Sie lehnten die Prachtentfaltung der alten Orden und die Anhäufung von Stiftungen pro-

grammatisch ab – letztlich ohne das in voller Konsequenz durchzuhalten – und installierten stattdessen ein anspruchsvolles System von landwirtschaftlichen Betrieben, den sogenannten Grangien, die sie mit meist beachtlichem Erfolg von Laienbrüdern bewirtschaften ließen. In Deutschland war die Abtei Kamp 1122 die erste Zisterziensergründung überhaupt. Die von dort angestoßenen, ziemlich zahlreichen Tochtergründungen beginnen mit der Abtei Mariensaal in Saarn auf dem Gebiet des heutigen Mülheim um 1214.⁵⁴ Bemerkenswerterweise bleibt es aber dann dabei und weitere Zisterzienserinnenklöster siedeln sich nur noch in den Randgebieten des späteren Ruhrgebiets, in Kirchenhellen (später nach Sterkrade umgesiedelt) und in Fröndenberg, an.

Kaum einen Einfluss scheinen auch die ansonsten für Westfalen und das Rheinland wichtigen Prämonstratenser trotz der wichtigen Initialgründungen in Cappenberg und Velar entfaltet zu haben. Ihnen folgten linksrheinische Gründungen und die wichtigen Konvente in Heinsberg und Hamborn, deren Aktivitäten aber sämtlich in andere Richtungen ausstrahlten. Lediglich in Dortmund schwenkten in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts die Nonnen des Katharinenklosters, die bis dahin der Benediktsregel gefolgt waren, auf die prämonstratensischen Leitlinien um – das allerdings auch ausdrücklich auf königlichen Impuls hin.⁵⁵

Auf den ersten Blick scheinen selbst die Bettelorden gegenüber anderen Regionen eher unterrepräsentiert. Die Dominikaner konnten lediglich in Dortmund Fuß fassen – und auch das nicht unter ganz leichten Umständen.⁵⁶ Die Franziskaner, hier insbesondere auch der weibliche Zweig des Ordens, waren da erfolgreicher. Aber auch sie siedelten erst im späteren 15. Jahrhundert außerhalb der beiden Reichsstädte Duisburg und Dort-

53 Peter Johaneck: „Klosterlandschaft“ Ruhrgebiet: Klöster und Orden im Umbruch des 12. und 13. Jahrhunderts, in: LWL-Museum für Archäologie/Westfälisches Landesmuseum Herne (Hg.): AufRuhr! Ritter, Burgen und Intrigen. Das Mittelalter an Rhein und Ruhr, Mainz 2010, S. 93–105.

54 Vgl. dazu Georg Geisbauer (Hg.): Kloster Kamp, seine Äbte und Filiationen – Die Kamper Chronik – deutsch, Kamp-Lintfort 2002. – Zum Kloster Saarn und seine Einbindung in die regionale Wirtschaft vgl. Hiram Kümper: Ressourcen für die Heilsarbeit. Zur Ökonomie des Klosters Saarn, in: Stefan Pätzold (Hg.): Kloster im Wandel. Die Saarner Zisterzienserinnen in Mittelalter und Früher Neuzeit, Mülheim a. d. Ruhr 2023, S. 73–113.

55 Vgl. Norbert Reimann: Dortmund. Prämonstratenserinnen, gen. das Katharinenkloster, in: Karl Hengst (Hg.): Westfälisches Klosterbuch (Quellen und Forschungen zur Kirchen- und Religionsgeschichte 2), Bd. 1, Münster 1992, S. 252–255.

56 Näheres dazu bei Ursula El-Akrany: Eine verworrene Geschichte: Die Gründung des Dominikanerklosters in Dortmund, in: Thomas Schilp (Hg.): Die Dortmunder Dominikaner und die Propsteikirche als Erinnerungsort, Bielefeld 2006, S. 99–122.

mund an Rhein und Emscher. Was man jenseits der eigentlichen Klostergründungen nicht vergessen darf, sich mitunter aber nur schwer in den Quellen greifen lässt, ist der Umstand, dass die Bettelorden in vielen Städten, in denen sie keine eigenen Konvente hatten, sogenannte Termineien, also Häuser betrieben, von denen aus Bettel und Seelsorge organisiert wurden. Solche Termineien sind etwa für Essen und Recklinghausen belegt.

Insgesamt aber kann man die Klosterlandschaft des Ruhrgebiets nur als vergleichsweise dünn ausgeprägt beschreiben. Selbst wenn man einen relativ weiten Ruhrgebietsbegriff zu Grunde legt und an den Rändern Orte einbezieht, die man ansonsten vielleicht regelmäßig Nachbarlandschaften zuschlagen würden – etwa Cappenberg wegen der Zugehörigkeit zum Kreis Unna oder Meschede, Fröndenberg und Elsey wegen der unmittelbaren Nähe zur Ruhr –, käme man auf knapp 50 klösterliche Einrichtungen und Stifte, von denen nicht einmal 40 mittelalterliche Wurzeln haben. Das restliche Dutzend geht dagegen auf die Ausbreitung der Kapuziner in Westfalen in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts (Essen, Brakel, Werne) und einige vereinzelte Neugründungen in der zweiten Jahrhunderthälfte – unter anderem 1666 den einzigen und ziemlich erfolglosen Versuch der Jesuiten, in der Region Fuß zu fassen – zurück.

Die Gründe für diese relativ schwache Ausprägung mögen an den starken Rändern im Norden und Süden zu suchen sein, wo sich eine durchaus starke Gründungstätigkeit entfaltet hat. Daneben wird die Dominanz der alten Großen, des Stiftes Essen und der Abtei Werden, mit ihrem ausladenden Grundbesitz und ihren starken Bindungen in die Region, die Spielräume für neue Gründungsinitiativen immer wieder beschränkt haben.

Die Pfarrei strukturiert das Land

Neben den Klöstern spielten gerade im ostfränkischen Reich Eigenkirchen eine besondere Rolle. Das waren meist Landkirchen, die von fränkischen Adeligen, oft auf Besitzungen aus der Zeit der Sachsenkriege, gestiftet

und mit Einkünften aus ihren Ländereien ausgestattet worden waren. Im Gegenzug behielten die Stifter in der Regel das Präsentationsrecht und konnten den Geistlichen vor Ort bestimmen, der dann vom Bischof nur noch bestätigt wurde. In früherer Zeit wurden auch ganze Klöster nach Eigenkirchenrecht gegründet. Das trifft in jedem Fall auf das Kloster Werden, wahrscheinlich auch auf das Essener Stift zu.

Eine der berühmtesten, noch heute erhaltenen Eigenkirchen des Ruhrgebiets ist die Dorfkirche in Bochum-Stiepel, unmittelbar oberhalb der Ruhr. Sie soll im Jahre 1008 von einer Gräfin Imma, einer Schwester des Paderborner Bischofs Meinwerk, gestiftet worden sein, wovon eine Bestätigungsurkunde des Kölner Erzbischofs Heribert Zeugnis ablegt. Diese Urkunde ist nur noch abschriftlich erhalten und in dieser Fassung heute eindeutig als (mindestens Ver-)Fälschung erwiesen.⁵⁷ Der Bedeutung der Kirche als romanisches Bauwerk mit einer Innenausmalung, die sicher noch in das 12. Jahrhundert zurückgeht, tut das freilich keinen Abbruch.

Die Pfarrei darf in ihrer Funktion als Strukturprinzip des alltäglichen Zugriffs von Herrschaft in die Fläche nicht unterschätzt werden.⁵⁸ Dabei geht es weniger um die Indoktrination der Gläubigen mit obrigkeitstauglichen Inhalten, sondern ganz praktisch um die sehr begrenzten Möglichkeiten mittelalterlicher Herrschaft, überhaupt auf alle Untertanen zugreifen zu können.

Als früheste Kirchorte im heutigen Ruhrgebiet dürfen wohl Essen und Hattingen gelten, über deren genaues Alter aber keine Einigkeit besteht. Aus solchen und einer Reihe weiterer „Urkirchen“ der Karolingerzeit hatten sich zu Beginn des 11. Jahrhunderts rund 50 Pfarrkirchen südlich der Lippe, an Ruhr und Emscher herausgebildet, deren Zahl dann bis zur Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert auf knapp 200 anstieg.⁵⁹ Viele der frühen Pfarrkirchen avancierten zu Keimzellen späterer Städte, etwa in Buer (1147), Bottrop (1160) oder Marl (1160).

⁵⁷ Eingehend dazu Stefan Pätzold: Die Urkunde des Erzbischofs Heribert von Köln für „Gräfin Imma“ aus dem Jahr 1008 – eine Fälschung?, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 79 (2008), S. 11–50.

⁵⁸ Vgl. dazu Ludger Tewes: Mittelalter an Lippe und Ruhr, Essen 1988, S. 7–11.

⁵⁹ Das dokumentiert der um 1300 entstandene *Liber valoris* ediert von Friedrich Wilhelm Oedinger (Hg.): Die Erzdiözese Köln um 1300, Hf. 1: Der Liber Valoris, Bonn 1967.

Ordensgründungen im Umfeld der Ruhr (800–1724)

ORT	ORDEN	GRÜNDUNG	BEMERKUNG
Werden	Benediktiner	um 800	
Herdecke	Benediktinerinnen	810/19	später Kanonissenstift
Essen	Kanonissenstift	834	
Rellinghausen	Kanonissenstift	um 996	
Stoppenberg	Kanonissenstift	1073	
Cappenberg (*)	Prämonstratenser	1122	
Kamp-Lintfort	Zisterzienser	1122	erstes Zisterzienserkloster in Deutschland
Hamborn	Prämonstratenserinnen	1136	
Duisburg	Johanniter	1153	
Dortmund	Benediktinerinnen, ab 1218/24 Prämonstratenserinnen	1193	sog. Katharinenkloster
Essen	Kanonikerstift	13. Jh.	
Saarn (Mülheim)	Zisterzienserinnen	um 1214	
Elsey (*)	Prämonstratenser-Chorfrauen	1220	
Fröndenberg (*)	Zisterzienserinnen	um 1225	
Welheim	Deutscher Orden	1230	
Dortmund	Franziskaner	1232	
Duisern	Zisterzienserinnen	1234/35	
Kirchhellen	Zisterzienserinnen	1240	1250 nach Sterkrade verlegt
Duisburg	Deutscher Orden	1252	
Duisburg	Franziskaner	1265	Bibliothek erhalten
Hamm (*)	Zisterzienserinnen	1270/72	Marienhof u. Kentrop
Walsum	Johanniter	1281	
Duisburg	Franziskaner-Terziarinnen	1289	
Brakel	Deutscher Orden	1290	
Dortmund	Dominikaner	1309	
Meschede (*)	Kanonikerstift	1310	
Hörde (Clarenberg)	Klarissen	1339	1584 Simultanstift
Duisburg	Beginen	1454	Elisabethenberg
Duisburg	Kreuzherren	1454	Petersthal
Hamm	Franziskaner	1455	
Dortmund (Lütgend.) (*)	Franziskanerinnen	1467	zuvor Beginenkonvent
Kamen	Franziskaner-Terziarinnen	1470	zuvor Beginenkonvent
Duisburg-Rumeln	Franziskaner-Terziarinnen	1472	
Dorsten (*)	Franziskaner	1488	
Recklinghausen	Augustiner-Chorfrauen	1513	zuvor Beginenkonvent
Essen	Kapuziner	1613/14	
Recklinghausen	Franziskaner	1641	Gymnasium
Brakel	Kapuziner	1644	
Essen	Augustiner-Chorfrauen	1652	
Werne (*)	Kapuziner	1659	
Essen	Jesuiten	1666	
Velbert-Neviges (*)	Franziskanerinnen	1675	
Hasselt	Johanniter	1681	
Dorsten (*)	Ursulinen	1699	
Leuchterhof	Karmeliter	1724	

(*) = eigene Hinzufügung gegenüber einer Liste von Reimund Haas⁶⁰

60 Reimund Haas: Eine Bochumer Perspektive in der Klosterlandschaft Ruhrgebiet. Zum Wandel der Klosterwelten im Ruhrgebiet, in: ders./Stefan Pätzold (Hg.): Ordensleben im Ruhrgebiet. Bochumer und Hattinger Perspektiven, Münster u.a. 2013, S. 23–39, hier S. 32 f.

Die Grundherrschaft: Grundlagen für Versorgung und gesellschaftliche Ausdifferenzierung

Neben die geistliche Strukturierung durch Pfarreien und Klöster, und teils auch als ökonomisches Rückgrat derselben, trat während des früheren Mittelalters die Grundherrschaft als *das* zentrale weltliche Bezugssystem eines Großteils der Menschen zwischen Ruhr und Lippe. Schließlich gab es erst rudimentäre Ansätze von städtischem Leben an Orten wie Dortmund oder Duisburg. Freie Bauern gab es durchaus auch – in welchem Umfang ist schwer zu sagen, zumal die Quellen der westfälischen Agrargeschichte eigentlich erst seit dem Hochmittelalter einigermaßen fließen. Selbst die Güter- und Einnahmeverzeichnisse, die Urbare und Heberollen der Klöster, sind häufig erst spätere Abschriften oder dokumentieren nur Auszüge des Gesamtbildes. Es ist deshalb gar nicht einfach, die Agrarverfassung jener Zeit zu beschreiben, die in Schulbüchern häufig mit Schlagworten wie „Fronhofs- oder Villikationsverfassung“ versehen und deren Bodennutzung mit dem Begriff „Dreifelderwirtschaft“ vereinfacht wird. Beides hat es in Westfalen und auch im Ruhrgebiet gegeben – in welchem Umfang aber, das ist ebenfalls nicht leicht zu beantworten. Und schon die fragmentierten Quellaussagen zeigen, dass das Bild sehr viel vielfältiger gewesen sein muss.⁶¹

Die Eintragungen in frühmittelalterlichen Güterverzeichnissen waren oft lakonisch knapp, können aber auch sehr aussagekräftig für das Leben und Arbeiten vor Ort sein. Etwa: „Im Dorf Kirchlinde zahlt der freie Mann Egilmar von einer Hufe 12 Scheffel Roggen und ebenso viel Gerste, 20 Scheffel Hafer oder 10 Scheffel Gerste. Im selben Dorf zahlt Waldger von einer halben Hufe 10 Scheffel Gerste.“⁶² Man kann an diesem kurzen Eintrag aus einem Werdener Urbar gut sehen, wie stark ausdifferenziert ein mittelalterliches Dorf wie Kirchlinde sowohl in sozialer als auch in ökonomischer Hinsicht war. Freie Bauern und Grundhörige waren gleichermaßen vertreten. Wenn man die Werdener Besitzungen

im Bereich der heutigen Stadt Dortmund insgesamt betrachtet, fällt auf, dass viel mehr Freie dem Kloster abgabepflichtig waren und die Bedeutung der unmittelbar Hörigen dagegen weitaus geringer ausfiel.

Das Grundmodell der Villikation besteht aus einem grundherrlichen Fronhof (*curtis*) und mehreren davon abhängigen Bauernhöfen (*mansi*). Eine Manse oder Hufe umfasste üblicherweise rund 30 Morgen Ackerland. Von diesem Grund leistete der Bauer, wie oben im Beispiel gesehen, Naturalabgaben an den Fronhof, der von einem Verwalter (*villicus*) geführt wurde. Das zum Fronhof selbst gehörende Ackerland nannte man Salland (*terra salica*). Es wurde vom Gesinde des *villicus*, aber auch durch Frondienste der abhängigen Bauern bewirtschaftet, die dafür tage- oder anlassweise ihre *mansi* verließen, um auf dem Hof des Grundherrn zu arbeiten.

An diesem Grundmodell der älteren Grundherrschaft lässt sich zeigen, wo die Probleme beim Abgleich mit den historischen Quellen liegen: Gerade das letztgenannte, etwa im Rheinland oder in Süddeutschland gut nachweisbare, System der Fronarbeit auf grundherrlichem Boden ließ sich im Nordwesten, namentlich im altsächsischen Westfalen, bislang kaum in den Quellen nachweisen, sodass die These geäußert worden ist, dass es sich nur in bestimmten, vom fränkischen Königtum stark beeinflussten Teilen Westfalens, eher Richtung Weser, Diemel und Ems, hat durchsetzen können.⁶³ Dagegen kommen weiter westlich, im Raum zwischen Ruhr und Lippe, ausgenommen von Fahrdiensten weder ausdrückliche Fronleistungen noch das Salland in nennenswerter Zahl in den Quellen vor. Das muss an sich noch nicht heißen, dass es sie nicht öfter gegeben hat. Aber das Beispiel verdeutlicht gut, dass man nicht vorschnell traditionelle Bilder bäuerlicher Arbeit von einer Region wie selbstverständlich auf die andere übertragen kann, sondern auch das Mittelalter schon früh eine breite Differenziertheit der Lebens- und Arbeitsformen hervorgebracht hat.

61 Vgl. Werner Rösener: Strukturformen der älteren Agrarverfassung im sächsischen Raum, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 52 (1980), S. 107–143 sowie ders.: Grundherrschaft und Bauerntum im hochmittelalterlichen Westfalen, in: Westfälische Zeitschrift 139 (1989), S. 9–41.

62 „In uilla Linni liber homo Egilmar de manso XII modios de sigilo et totidem de ordeo, XX modios auene vel X ordeï. In eadem Uualdger de dimidio X modios ordel.“ – Lateinischer Text und deutsche Übersetzung nach Nobert Reimann: Königshof, Pfalz, Reichsstadt. Bilder und Texte zur Entstehung der Stadt Dortmund, Dortmund 1984, S. 11.

63 Georg Droege: Fränkische Siedlung in Westfalen, in: Frühmittelalterliche Studien 4 (1970), S. 271–288.

Am besten dokumentiert ist im Raum zwischen Ruhr und Lippe – wie anderswo im frühmittelalterlichen Deutschland auch – der Grundbesitz der Klöster und geistlichen Herrschaften, weil sie früh begannen, eine entsprechende Schriftlichkeit auszuprägen. Das war auch nötig, wenn man die enorme Zersplitterung des Besitzes gerade der großen alten Klöster und dessen beachtliche Ausdehnung bedenkt: Essen und Werden etwa zählten je über eintausend Höfe in ihren Grundherrschaften. Daneben trat als Grundherr das Königtum selbst mit dem alten Reichs- oder Königsgut aus fränkischer Zeit auf, das im Laufe des Mittelalters vielerorts sukzessive in andere Hände geriet. Für unseren Raum in früher Zeit nur fragmentarisch zu greifen, aber in ihrer ursprünglichen Bedeutung sicher nicht zu unterschätzen, sind die adeligen Grundherrschaften. Sie treten aber erst im Hoch- und Spätmittelalter in den Quellen deutlicher in Erscheinung – häufig zunächst auch als Schenker oder Verkäufer einzelner Höfe oder Höriger an andere, meist klösterliche Grundherren.

Spätestens um die Mitte des 12. Jahrhunderts setzte dann in ganz Westfalen eine Umwandlung der älteren in eine neue Form der Grundherrschaft ein, in der sich die persönlichen Bindungen der Herren zu ihren Bauern immer stärker auflösten. Diesen Prozess können wir überall im mittelalterlichen Deutschland beobachten. Der Motor, über den diese Ablösung funktionierte, war in fast allen Fällen das Geld, das nun als Zahlungsmittel einen immer größeren Stellenwert einnahm, während gerade für adelige Grundherren größere Naturalabgaben, die den eigenen Konsum überstiegen und erst auf den Märkten abgesetzt werden mussten, immer unattraktiver wurden. So wurden nicht nur einzelne Bauernstellen in die Pacht, sondern auch ganze Fronhöfe in die Eigenbewirtschaftung entlassen. Viele der neuen Pacht- oder Lehensinhaber schafften es in den folgenden Generationen, die Erbllichkeit ihrer Höfe durchzusetzen.

Andere wiederum verließen die Grundherrschaft und suchten ihr Glück in den expandierenden und den neu entstehenden Städten. Da Stadtluft zwar sprichwörtlich, aber nicht immer de facto frei machte, finden wir in den Quellen regelmäßig sogenannte *Einlopeluide*, Kinder höriger Bauern, die zwar selbst die Grundherrschaft verlassen hatten, aber weiterhin einen Kopfzins zahlen mussten.⁶⁴

Ein typischer, nicht ganz eindeutig zu interpretierender, aber sicher nicht wirkungsloser Charakterzug der Grundherrschaft zwischen Ruhr und Lippe war ihre enorme Kleinteiligkeit und Komplexität. Einzelne Grundherrschaften erstreckten sich über mehrere Bauernschaften, einzelne Dörfer, ja teils einzelne Höfe wiederum unterlagen gleich mehrfachen grundherrschaftlichen Ansprüchen aus unterschiedlicher Richtung. Dieses Nebeneinander konnte regelmäßig auch ein Gegeneinander werden, mitunter aber auch Freiräume für die Betroffenen eröffnen, weil einzelne Zugriffsrechte nicht gänzlich klar lagen. Zugleich dynamisierte sich so der Bodenmarkt, weil Grundherren bei entsprechender Möglichkeit stets ein Interesse daran haben mussten, ihren Besitz nicht zu weit auseinanderklüften zu lassen. Weit entfernte Hufen stießen sie nicht selten bei der ersten Gelegenheit ab – so wie das Stift Xanten seine Besitzungen bei Villigst (Schwerte).⁶⁵ Diese komplexe Ausgangssituation, die teils bereits in frühmittelalterliche Ausgangslagen zurückreichte, hat über viele Jahrhunderte den ländlichen Raum um Lippe, Ruhr und Emscher geprägt. Der landeskundliche Forscher Eberhard Fricke hat die These aufgebracht, dass dadurch der Aufstieg der Metallverarbeitung im märkischen Sauerland besonders begünstigt wurde.⁶⁶ Und der Wirtschaftshistoriker Friedrich-Wilhelm Henning hat auf diese komplexen Kreuzungen den Umstand zurückgeführt, dass 1525 weder im Rheinland noch in Westfalen wie andernorts in Deutschland ein Bauernkrieg aus-

⁶⁴ Albert K. Hömberg: Zur Erforschung des westfälischen Städtewesens im Hochmittelalter, in: Westfälische Forschungen 14 (1961), S. 8–41, hier S. 37–41, kartiert die Abwanderung Werdener Höriger in die sich bildenden Städte.

⁶⁵ Vgl. Ingo Runde: Xanten im frühen und hohen Mittelalter. Sagentradition – Stiftsgeschichte – Stadtwerdung, Köln u.a. 2003, S. 456–464.

⁶⁶ Eberhard Fricke: Das Recht und Gericht des Stilkinger Lehnverbandes. Eine Abgrenzung zwischen Hof- und Lehnrecht als Bestandteilen der Agrarverfassung im Raume Lüdenscheid, Lüdenscheid 1955, S. 135 f.

brach.⁶⁷ Beide Thesen lassen sich schwer beweisen, sind aber durchaus des Nachdenkens wert.

Eine Absetzung und ein Mord: neue Weichen zwischen Ruhr und Lippe

Eine letzte Dimension der räumlichen Durchdringung muss schließlich noch angesprochen werden: die Sicherung von (militärisch-polizeilichem) Frieden und (gerichtlich organisierter) Ordnung. Für diese zentralen Funktionen griff das mittelalterliche Königtum seit frühester Zeit auf lokale Adelige zurück. In manchen Bereichen wurden auch unfreie Dienstleute (Ministeriale) eingesetzt, deren Familien es aber oft im Laufe eines geradezu kongenialen, konsequent betriebenen Prozesses von Selbstoptimierung schafften, als wichtige Funktionselite über wenige Generationen ihre ursprüngliche Unfreiheit vergessen zu machen – und damit eine neue soziale Gruppe, den Niederadel, ausbildeten.⁶⁸ In den ersten Jahrhunderten nach der Jahrtausendwende standen alte und neu aufstrebende Adelsfamilien und der neue Niederadel in oft erbitterter Konkurrenz zueinander.⁶⁹

Die frühe Verwaltungs- und Gerichtsgliederung des Raumes zwischen Lippe und Ruhr ist im Detail nicht immer ganz leicht zu rekonstruieren. Bis in das Hochmittelalter hinein tauchen in den Quellen noch die alten karolingischen Gaue als Landschaftsbezeichnungen auf. In dieser Zeit zählte man den Großteil des Gebietes zwischen Emscher, Lippe und Ruhr wohl zum Bruckterergau (*pagus Boroctra*), der eine rheinisch-westfälische Übergangszone schuf, die noch über Jahrhunderte charakteristisch für das Land zwischen Rhein und Ruhr sein sollte.⁷⁰ Die Reichsstadt Duisburg lag ebenso am Westrand dieses Gebietes wie das bedeutende Reichskloster Werden, während große Teile des weiteren Territoriums – etwa in Castrop, Witten oder dem späteren Vest Recklinghausen – dem Reich längst entfremdet und an

lokale Herrschaften übergegangen waren.⁷¹ Neben den großen geistlichen Institutionen waren das vor allem königliche Amtsträger sowie sukzessive auch deren Lehnsmänner.

Dass es sich bei den Gauen um Verwaltungsbezirke im engeren Sinne gehandelt hat, wie die ältere verfassungshistorische Forschung lange angenommen hat, dafür gibt es eigentlich keine belastbaren Hinweise. Stattdessen taucht neben dem Gau (*pagus*) regelmäßig der Graf (*comes*) mit seiner Grafschaft (*comitatus*) auf. Grafen fungierten seit der Unterwerfung der Sachsen durch Karl den Großen als die eigentlichen lokalen Vertreter des Königtums, boten den Heerbann auf und saßen zu Gericht. Im Laufe des Mittelalters gelang es einzelnen von ihnen, ihre diversen und teils höchst unterschiedlichen Herrschaftsrechte so stark zu bündeln und auszubauen, dass sie eigene Territorialherrschaften ausbildeten und zu selbstbewussten Landesherren (*domini terrae*) wurden.

Die höchsten adeligen Würdenträger waren die Herzöge. Was in der Karolingerzeit als Amt mit Zuständigkeit für einzelne Stämme im karolingischen Vielvölkerreich begann, wurde rasch zum erblichen Titel einzelner Adelsfamilien, die damit nach und nach zur Konkurrenz der königlichen Zentralgewalt avancierten. Umso mehr begannen schon die Salier, die lokalen Kleinherrschaften, die Grafen und Ministerialen zu fördern, um ein Gegengewicht zu den mächtigen Herzögen zu schaffen. Manchmal aber suchte man auch den Schulterschluss mit einem mächtigen Adligen, indem man ihn durch Verleihung der Herzogswürde loyal zu stimmen versuchte. So geschehen etwa 1180, als das Doppelherzogtum des mächtigen Heinrich, Herzog von Sachsen und Bayern, besser bekannt als „der Löwe“, wegen Lehnsuntreue gegenüber seinem König und Kaiser, dem Staufer Friedrich I. („Barbarossa“), zerschlagen und der westfä-

67 Friedrich-Wilhelm Henning: Bauern und Grundherrschaft an der Wende zur Neuzeit im Rheinland und in Westfalen. Zu Fragen der Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung der ländlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnisse im westlichen und östlichen Mitteleuropa, in: Enn Tarvel (Hg.): *The Role of Feudal Peasantry in History*, Tallinn 1991, S. 73–90.

68 Zum Folgenden vgl. Wilhelm Janssen: Adels herrschaft und Herzogsgewalt. Politische Strukturen und Entwicklungen zwischen Ruhr und Lippe 1180–1300, in: LWL-Museum für Archäologie/Westfälisches Landesmuseum Herne (Hg.): *AufRuhr 1225!*, S. 47–58.

69 Ebd.

70 Einzelheiten bei Thomas Bauer: *Die mittelalterlichen Gaue*. Karte und Beiheft, Köln 2000.

71 Vgl. Margarete Frisch: *Die Grafschaft Mark*. Der Aufbau und die innere Gliederung des Gebietes besonders nördlich der Ruhr, Münster 1937.

Hiram Kümper

lische Teil dem Kölner Erzbischof übertragen wurde, der sich fortan auch „Herzog von Westfalen“ nannte.⁷²

Umgehend versuchten die Kölner Erzbischöfe, die Grafen und Edelfherren ihres neuen Herzogtums in ihre Lehensgewalt zu integrieren und Westfalen zu einem Reichsfürstentum auszubauen, wogegen sich die Betroffenen teils gewaltsam wehrten. Eine reichsweit wahrgenommene und die Entwicklung des Raumes nachhaltig beeinflussende Episode ereignete sich am 7. November 1225 auf einem Hohlweg nahe Gevelsberg, als der politisch ausgesprochen rührige Erzbischof Engelbert I. von den Gefolgsleuten seines Verwandten Graf Friedrich von Isenberg erschlagen wurde.⁷³ Den engen Freund des Stauferkaisers beweinte kein geringerer als Deutschlands wohl berühmtester Minnesänger, Walther von der Vogelweide, im sogenannten Engelbrechtston: „wes leben ich lobe, des tot den wil ich iemer klagen // so wê im der den werden fürsten habe erslagen von Kôlne // owe des duz in diu erde mac getragen!“ („Wes' Leben ich lobe, dessen Tod will ich immer beklagen // So wehe ihm, der den edlen Fürsten von Köln erschlagen hat! // Wehe darüber, dass die Erde ihn noch tragen mag.“)⁷⁴

Engelbert wurde, obwohl nie formal kanonisiert, schon bald darauf als Märtyrer verehrt. Rund zehn Jahre nach seinem Tod wurde in Gevelsberg ein Zisterzienserinnenkloster angesiedelt, das sich zu einer regen Wallfahrtsstätte entwickelte. Wohl aus diesem Umfeld stammt auch die gut zwei Meter hohe Holzskulptur des Erzbischofs – in mehrerer Hinsicht eine kunst- und frömmigkeitsgeschichtliche Besonderheit, die heute im Märkischen Museum Witten ausgestellt wird.⁷⁵

Die Rolle Graf Friedrichs, der bei der Mordtat selbst zugegen war, ist von der Geschichtswissenschaft kontrovers beurteilt worden – was kein Wunder ist, da ausschließlich rückschauende historiografische Quellen



Um Erzbischof Engelbert I. von Köln, der 1225 bei Gevelsberg ermordet wurde, entwickelte sich rasch ein regionaler Kult. Die überlebensgroße Engelbert-Statue, die kurz nach seinem Tod entstand und heute im Märkischen Museum Witten zu sehen ist, ist zudem kunsthistorisch bedeutsam.

Archiv des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark, Witten.

- ⁷² Odilo Engels: Zur Entmachtung Heinrichs des Löwen. Die Entstehung des kölnischen Ducats von Westfalen und Engern 1180, in: Harm Klueting (Hg.): Das Herzogtum Westfalen, Bd. 1, Münster 2009, S. 101–118. Zu den Folgen für das nördliche Ruhrgebiet vgl. Matthias Kordes: Lateran 1178 und Gelnhausen 1180. Zur nominellen Herrschaftsübernahme Westfalens und des Emscher-Lippe-Raumes durch den Kölner Erzbischof Philipp I. von Heinsberg, in: Reimund Haas (Hg.): Fiat voluntas tua. Theologe und Historiker – Priester und Professor. Festschrift zum 65. Geburtstag von Harm Klueting, Münster 2014, S. 531–545.
- ⁷³ Dem gesamten Vorgang widmete sich 2010 die Ausstellung „AufRuhr 1225! Das Mittelalter an Rhein und Ruhr“ im LWL-Museum für Archäologie/Westfälisches Landesmuseum Herne. Gleich mehrere Beiträge im gleichnamigen Katalogband (Mainz 2010) stellen die Vorgänge ausführlich dar (insbes. S. 21–46).
- ⁷⁴ Günther Schweikle (Hg.): Walther von der Vogelweide, Werke, Bd. 1, Stuttgart 1994, S. 211–214 (85,9).
- ⁷⁵ Vgl. dazu den aktuellen Katalogbeitrag in: AufRuhr 1225!, S. 336 (Nr. D 2) mit ganzseitiger Abb. auf S. 36.

darüber berichten, die selbst nicht standpunktfrei entstanden sind. Für die Geschichte des Landes zwischen Lippe und Ruhr ist aber weniger die Frage relevant, ob die Ermordung geplant oder ein Unfall war, vielmehr zählen die Folgen: Graf Friedrich wurde auf der Rückreise aus Rom, wo er versucht hatte, den Papst von seiner Unschuld zu überzeugen, in Lüttich ergriffen und in Köln öffentlich auf das Rad geflochten. Die Isenburg bei Hattingen an der Ruhr wurde von Engelberts Nachfolger Heinrich von Molenark geschleift. Ebenso erging es der Burg Nienbrügge (bei Hamm) an der Lippe, die Friedrich in seinen letzten Lebensjahren besonders systematisch ausgebaut hatte. Bei der Beseitigung dieser Überreste seiner Herrschaft stellte sich ein aufstrebender Dynast auf die Kölner Seite, dessen nahe Stammburg Mark schon lange eine Konkurrenz zur Burg an der Neuen Brücke (*novus pons*, *nien brügge*) darstellte: Graf Adolf I. von der Mark, ein Cousin des verfeimten Grafen Friedrich, dessen Linie ebenso wie die der Isenberger auf das Geschlecht der Grafen von Altena zurückging. Zum Dank für seine Unterstützung wurden ihm große Teile der isenberghischen Grafschaft als Lehen aufgetragen. Die Bewohner:innen der Ortschaft Nienbrügge siedelte Adolf *uff dem Ham* (nach Hamm) um, wo schon bald durch eine gezielte Stadtrechtsverleihung ein neues Zentrum märkischer Herrschaft an der Lippe entstehen sollte.⁷⁶ Die Behauptung dagegen, dass mit dem Steinmaterial der Isenburg der an der Belagerung beteiligte Adolf die nur wenige Kilometer östlich an der Ruhr gelegene märkische Amtsburg Blankenstein errichtet habe, gehört wohl ins Reich der Legenden.⁷⁷ Wahr bleibt, dass vom *castrum Blankenstene* eine Wiederkehr der Isenberger und ein Wiederaufbau der Isenburg gut zu verhindern gewesen wäre.

Tatsächlich kamen die Isenberger wieder – aber nicht nach Hattingen. Kaum volljährig geworden ließ Graf Dietrich von Altena-Isenberg, der Sohn des 1226 hingerichteten Friedrich, bereits 1241 die Neue Isenburg ober-

halb der Ruhr bei Essen errichten, um seine Vogteirechte an der dortigen Abtei zu betonen und die Restitution des an die Märker übertragenen Anteils seines väterlichen Erbes einzufordern. Es folgten rund zehn Jahre fortgesetzter Fehde zwischen den Isenbergern und den Grafen von der Mark, die als „Isenberger Wirren“ in die Lokalgeschichte eingegangen sind. Am Ende einigten sich Onkel und Neffe, Dietrich verzichtete auf seine Ansprüche und erhielt dafür einen Teil der Güter seines Vaters zurück. Seitdem herrschte er über die kleine Grafschaft Limburg am Rande des wachsenden märkischen Einflussbereiches.⁷⁸ Die rund um die namensgebende Stammburg im unteren Lennetal entstehende Siedlung entwickelte sich erst spät zu einer Kleinstadt, die 1975 bei der letzten nordrhein-westfälischen Gebietsreform nach Hagen eingemeindet wurde. Auf dem gegenüberliegenden Ruhrufer, am Ort des alten karolingischen Königshofes Elsey, hatte bereits 1223 Mechthildis von Holland, die Mutter des Grafen Friedrich, zusammen mit ihrem Sohn ein Kloster gestiftet, das spätestens seit der Jahrhundertmitte von Prämonstratenserinnen bewohnt wurde und sich nun, mit dem Ausbau der Limburg zum neuen Grafensitz, zur Grablege des Grafengeschlechts entwickelte.⁷⁹ Ebenfalls zum überschaubaren neuen Herrschaftskomplex der Isenberger, die sich seit dem Vergleich mit den Märkern nun Grafen von Limburg nannten, zählte die Herrschaft Styrum bei Mülheim an der Ruhr, die 1442 reichsunmittelbar wurde.⁸⁰

5. Landesherrschaft und städtische Freiheit: wirtschaftliche und herrschaftliche Verdichtung im Nordwesten

Mit den Märkern war zu Beginn des 13. Jahrhunderts eine neue Macht in Westfalen aufgestiegen, die sich zunächst im Schatten und mit Unterstützung des Kölner

⁷⁶ Vgl. dazu Georg Eggenstein/Ellen Schwinzer (Hg.): Zeitspuren: Die Anfänge der Stadt Hamm, Bönen 2001.

⁷⁷ Stefan Leenen/Stefan Pätzold: Die Burg Blankenstein in Hattingen, Ennepe-Ruhr-Kreis, Münster 2009.

⁷⁸ Vgl. dazu jetzt Harm Klueting: Die Grafschaft Limburg vom 13. bis 19. Jahrhundert. Ein Territorium des „dritten“ Westfalen im Alten Reich, Münster 2023.

⁷⁹ Zur Geschichte von Elsey: Edeltraud Klueting: Das (freiweltliche) adelige Damenstift Elsey. Geschichte, Verfassung und Grundherrschaft in Spätmittelalter und Frühneuzeit, Altena 1980.

⁸⁰ Eingehend erforscht durch Günter Aders/Adam Lambert Hulshoff: Geschiedenis der Graven van Limburg Stirum, 4 Bde., Münster 1963–1968.

Erzbischofs, als dessen Fehdehelfer Graf Adolf fungiert hatte, zwischen Ruhr und Lippe etablierte.

Zugleich entstand mit dem Aufstieg der Märker und in Verbindung mit den Grafenhäusern von Kleve, Jülich und Berg ein neues territoriales Konglomerat, das durch veränderte dynastische Verbindungen zwar durch wechselnde Herrscherhäuser sah, sich dabei aber insgesamt zu jenem gemeinsamen Wirtschafts-, Verkehrs- und Kulturraum entwickelte, der ein Reden vom „Ruhrgebiet vor dem Ruhrgebiet“ überhaupt erst sinnvoll erscheinen lässt. Insbesondere die enge Verbindung der Grafschaft Mark mit der Grafschaft, später dem Herzogtum Kleve erstreckte sich ziemlich genau über jenen Raum zwischen Ruhr und Lippe, aus dem später das Ruhrgebiet entstehen sollte. Aus dieser historischen Verbindung erwuchs die charakteristische Brücken- und Übergangsfunktion des Ruhrgebiets zwischen Westfalen und Rheinland.

Am Anfang dieser Verbindung steht aber vor allem die territoriale Konkurrenz – insbesondere des Kölner Erzbischofs zu den weltlichen Großen der Region. Besonders Heinrich von Müllenark (um 1190–1238, seit 1225 Erzbischof), der Nachfolger des im November 1225 ermordeten Engelberts, trieb den Territorialisierungsprozess seines Hochstifts am Niederrhein ebenso wie im östlichen Westfalen durch Fehde, Pfand und gezielte Stadtrechtsverleihungen konsequent voran.⁸¹ Seine Nachfolger setzten diese Politik mal mehr, mal weniger erfolgreich das gesamte 14. Jahrhundert fort, wobei der Anfall der Grafschaft Arnsberg an Köln 1386 durch Kauf vom kinderlosen Grafen Gerhard IV. einen besonders bedeutsamen Schritt darstellte.⁸²

Im Westen hatten die Grafen von Kleve ihren Einflussbereich entlang der Emscher immer weiter nach Osten bis nach Strünkede vorgeschoben. Im Jahre 1300 verfügte die Burg über nicht weniger als 41 Burgmannen – was ihre Funktion als Brückenkopf gegen den märkischen

Einflussbereich deutlich macht.⁸³ Weiter abwärts hatten die Klever Besitz- und Gerichtsrechte in Gladbeck, Bottrop, Sterkrade und anderen Orten inne, 1290 brachten sie schließlich die Reichsstadt Duisburg als Pfand unter ihre Herrschaft, in der sie dann auch verblieb.

Eine Burgenlandschaft und ihr personelles Rückgrat

Angesichts der ständigen Konflikte, die die Konsolidierung der Territorialherrschaften während des 13. und 14. Jahrhunderts mit sich brachten, nimmt es nicht Wunder, dass das heutige Ruhrgebiet eine der burgenreichsten Landschaften Deutschlands ist.⁸⁴ Denn Burgen dienten vor allem einem, der Sicherung von Grenzen und tendenziell gefährdeter Herrschaft. Insbesondere entlang der Flüsse Ruhr, Lippe und Emscher reihen sich befestigte Häuser, Motten und andere Wehrbauten aneinander – über 450 insgesamt. Dabei darf man sich aber nicht immer eine große, massive und mit einem dicken Bergfried gekrönte Burganlage auf einem Berg vorstellen. Es hat sie selbstverständlich gegeben – Burg Blankenstein etwa, die heute noch immer in etwas veränderter, rückgebauter Form bei Hattingen oberhalb der Ruhr thront; aber viele Burgen der mittelalterlichen Ritter und Amtleute an Ruhr, Emscher und Lippe waren eher schlichte größere Haus- und Hofanlagen mit kompakter Mauer- oder Wallanlage. Das hat man, als man im 19. und 20. Jahrhundert das Mittelalter wiederentdeckte, nicht immer recht wahrhaben wollen. Und so sind insbesondere zu Beginn des 20. Jahrhunderts und in der Zeit des Nationalsozialismus, in der das starke Heimatinteresse viele Ausgrabungen befördert hat, manche Rekonstruktionen gebaut worden, die eher dem Wunsch nach alter Größe und romantischen Mittelalterbildern als dem archäologisch-historischen Befund entsprachen. Die Neu-Isenburg oberhalb der Ruhr im Essener Stadtteil Bredeney ist ein gutes Beispiel für so

⁸¹ Ausführlich dazu: Michael Matscha: Heinrich I. von Müllenark, Erzbischof von Köln (1225–1238), Siegburg 1992, S. 185–287 und S. 444–479.

⁸² Vgl. dazu Michael Gosmann: Die Grafen von Arnsberg und ihre Grafschaft, in: Klueting, Herzogtum Westfalen 1, S. 171–202.

⁸³ Westfälisches Urkundenbuch, Bd. 7: Die Urkunden des kölnischen Westfalens vom Jahr 1200–1300, bearb. vom Staatsarchiv Münster 1907, S. 1245–1247 (Nr. 2589). Vgl. Gabriele Wand-Seyer: „Ein uhralt, adelich und ritterlich Geschlechte“. Zur Geschichte der Herner Adelsfamilie von Strünkede, Herne 1992, S. 40–50.

⁸⁴ Vgl. dazu den Katalog vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Hg.): Burgen AufRuhr. Unterwegs zu 100 Burgen, Schlössern und Herrnsitzen in der Ruhrregion, Essen 2010.

einen „Mediävalismus“, also ein Mittelalterbild, das die Wahrnehmung in der Gegenwart bestimmt.⁸⁵

Die hohe Anzahl an Adelssitzen im Ruhrgebiet spiegelt aber nicht nur unruhige Zeiten, sie belegt auch die guten Böden und die überdurchschnittliche Agrarproduktion der Region. Denn nur so konnte eine so große Zahl – wenn auch meist kleiner – Adelsherrschaften überhaupt ernährt werden. Dabei betrieb der lokale Adel offenbar schon seit dem späteren Mittelalter kaum mehr Eigenwirtschaft, sondern verließ sich im Wesentlichen auf Korn- und Zinsabgaben aus verpachtetem Grund.

Für die Landesherren waren die Adeligen zunächst die Basis ihrer militärischen Schutzmacht – und damit in der Theorie die Basis der dafür wechselseitig von den Bauern eingeforderten Versorgungsleistungen. „Du schütze“ (*tu protege*), „Du bete demütig“ (*tu supplex ora*) – „Und Du arbeite“ (*tusque labora*), heißt es in einem berühmten Holzschnitt des ausgehenden 15. Jahrhunderts, der die damals schon reichlich anachronistische Drei-Stände-Ordnung des Mittelalters sinnfällig in Szene setzt. Aber die Dienstaufgaben der Adeligen gingen im späten Mittelalter über militärische Funktionen weit hinaus. Sie nahmen Gerichts- und Verwaltungsaufgaben wahr – und waren nicht zuletzt regelmäßig Gläubiger ihrer Herren, wofür sie weitere Ämter und Einnahmetitel entweder pfandweise oder als freiwillige Gegenleistung zu erwarten hatten.

Eine besonders bedeutsame Funktionselite, die sich im Laufe des späteren Mittelalters herauskristallisierte, waren die Amtsmänner.⁸⁶ Sie saßen auf Burgen und befestigten Häusern, saßen zu Gericht, verwalteten für jeweils einen größeren Verwaltungsbezirk (das „Amt“) die landesherrlichen Einnahmen und Dienste oder nahmen sie als Pfandinhaber an seiner statt ein – und waren damit nicht selten selbst kleine Herrscher in ihren Ämtern. Theoretisch zwar jederzeit ersetzbar, waren die allermeisten dieser Amtsstellen als Pfand an ihre Inhaber gekommen, das auszulösen sich die Grafen und Herzöge kaum je in der Lage sahen, sodass Ämter innerhalb



Die Ständeordnung. Dieser berühmte Holzschnitt stammt aus dem 1488 gedruckten *Prognosticatio* des Astrologen Johannes Lichtenberger. Er stellt die mittelalterliche Ständeordnung in idealisierter Form dar.

Johannes Lichtenberger, *Prognosticatio* zu theutsch. Exemplar der Bayerischen Staatsbibliothek München, 2 Inc.s.a. 790; Public Domain.

der Familie weitergegeben oder sogar mit anderen getauscht und gehandelt werden konnten.⁸⁷

Ein Amt umfasste mehrere Kirchspiele. Das Amt Bochum beispielsweise – das größte in der Grafschaft Mark, obwohl es heute das moderne Stadtgebiet gar nicht so wesentlich überschreitet – zählte zehn Kirchspiele zwischen Lütgendortmund, Gelsenkirchen und Steele, umfasste aber auch die Freiheit Wattenscheid sowie fünf adelige Gerichte in Castrop, Eickel, Langen-

⁸⁵ Vgl. dazu Stefan Leenen: Die Isenburg, in: Landschaftsverband Westfalen-Lippe, *Burgen AufRuhr*, S. 188–191.

⁸⁶ Zur märkischen Verwaltungsgeschichte vgl. Jürgen Kloosterhuis: Fürste, Räte, Untertanen: Die Grafschaft Mark, ihre Verwaltungsorgane und die Regierung zu Kleve, in: *Der Märker* 35 (1986), S. 3–25, S. 76–87, S. 104–117 u. S. 147–164.

⁸⁷ Ein Beispiel aus der Zeit um 1500 stellt Hiram Kümper: Ludeke Nagel: Amtmann zu Wetter um 1500 – eine Karriere im Spiegel der klevisch-märkischen Registerbände, in: ders./Stefan Pätzold (Hg.): *Märkische Retro-Perspektiven. Beiträge für Dietrich Thier zur Geschichte der Grafschaft Mark*, Remscheid 2023, S. 39–78, vor.

dreer und Strünkede.⁸⁸ Diese Gerichte waren im Grunde Kleinstterritorien innerhalb der Grafschaft, weil sie das Recht der vollen Gerichtsbarkeit einschließlich der Einsetzung des Richters und damit eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber den Landesherren behalten hatten. Haus Strünkede (heute zu Herne) an der Emscher war eine solche Kleinstherrschaft, an der Ruhr waren es etwa (heute Bochum-)Stiepel mit Haus Kemnade oder Haus Berge, das heute zu Witten zählt.

So erklärt sich die relativ dichte Adelslandschaft des Ruhrgebiets, die den Raum noch bis an das Ende des Alten Reiches entscheidend prägte.⁸⁹ Im Amt Bochum gab es zu Hochzeiten 44 Adelssitze, Ende des 18. Jahrhunderts immerhin noch 35, die von 28 teils neuadeligen Familien bewohnt wurden.⁹⁰

Hellweg, Handel, Hanse: das Aufblühen der Städte

Das 13. Jahrhundert sieht in ganz Europa eine Urbanisierungswelle. Das ist auch im Ruhrgebiet so. Angesichts der unruhigen Verhältnisse und des Ringens zwischen Köln, Kleve und Mark im Raum zwischen Ruhr und Lippe mag es aber nicht verwundern, dass die frühe märkische Städtepolitik in allererster Linie Burgenpolitik war.⁹¹ Kamen etwa, wo die Märker schon Mitte des 12. Jahrhunderts Fuß gefasst hatten und wo sich um einen kleinen gräflichen Hof und die Severins-Kirche herum langsam eine Siedlung ausbildete, wurde in den 1240er Jahren ganz deutlich als Festungsstadt ausgebaut: mit sechs Burgmannenhöfen, in deren Zwischenräumen sich die Bürgerstadt erst entwickelte. Und tatsächlich war die Befestigung der entstehenden Stadt auch ein stetiger Dorn im Auge der Kölner Erzbischöfe, die mehrfach eine Entfestigung forderten.⁹²

Konnten die Kölner selbst im Kernraum unserer Betrachtung nicht Fuß fassen, so betrieben sie doch erfolgreich Städtepolitik in den angrenzenden Räumen mit Stadtrechtsverleihungen etwa an Recklinghausen (1235) und Dorsten (1251) sowie einer ganzen Reihe von Städtegründungen im Sauerland. Den Grundstein für diese Politik hatte nicht zuletzt der 1225 ermordete Erzbischof Engelbert selbst gelegt.⁹³

Die Kernzonen der Urbanisierung verliefen nicht an der Ruhr, sondern eher längs von Lippe und Emscher, vor allem aber längs des Hellwegs und der dort gelegenen alten Königshöfe. Die alte Fernhandels- und Königsstraße ist noch heute im Straßenbild vieler Ruhrgebietsstädte sowie in den Namen von Schulen, Museen und Vereinen präsent, insbesondere in den Städten Dortmund, Bochum, Werl und Unna.⁹⁴

Als zentrale Ost-West-Achse verband der Hellweg Westfalen mit dem Niederrhein. Seine nordöstlichen Abzweigungen bei Essen, Dortmund, Unna und Soest bzw. Lippstadt verbanden ihn mit dem Norden, insbesondere dem hansischen Ostseeraum.⁹⁵ Bei Dortmund wiederum kreuzte die aus dem Südwesten durch das Wupper- und Ennepetal kommende alte Königsstraße den Hellweg und verband ihn so mit der rheinischen Handelsmetropole Köln, während der Hellweg selbst die Stadt durchzog – von der *Ostenporten* zur *Westenporten*, weshalb noch heute die zentralen Achsen- und Einkaufsstraßen der Dortmunder Innenstadt Osten- und Westenhellweg heißen.

Wer von Unna aus Wickede, Asseln, Brackel und Körne über den Hellweg bis nach Dortmund passiert hatte, dem bot sich bei Dorstfeld die Möglichkeit, die Emscher über eine steinerne Brücke (*stenen brugge*) zu überque-

⁸⁸ Franz Darpe: Geschichte der Stadt Bochum, Bochum 1894 (Nachdruck 1991), S. 141.

⁸⁹ Vgl. dazu den Katalog zur Ausstellung im Ruhr Museum (Essen) von Heinrich Theodor Grütter u.a. (Hg.): Eine Klasse für sich. Adel an Rhein und Ruhr, Essen 2021.

⁹⁰ Dieter Scheler: Adel und Adelssitze in Bochum, in: Wölk, Hundertsieben Sachen, S. 91–94.

⁹¹ Heinrich Schoppmeyer: Geschichte vom Mittelalter bis zum Ende des Alten Reiches, Paderborn u.a. 2021, S. 129–137.

⁹² Einzelheiten bei Klaus Goehrke: Burgmannen, Bürger, Bergleute. Eine Geschichte der Stadt Kamen, Kamen 2010, S. 17–51.

⁹³ Zur kölnischen Städtepolitik vgl. Edith Ennen: Stadterhebungs- und Stadtgründungspolitik der Kölner Erzbischöfe, in: Helmut Maurer/Hans Patze (Hg.): Festschrift für Berent Schwineköper zu seinem 70. Geburtstag, Sigmaringen 1982, S. 337–353.

⁹⁴ Axel Heimsoth: Die Wiederentdeckung des Hellwegs. Regionale Identität im Spiegel verkehrspolitischer Diskussionen bis zum Bau der Dortmund-Soester Eisenbahn, Essen 2006.

⁹⁵ Zum historischen Straßen- und Wegebild der Region vgl. Elmar-Björn Krause: Straßen zwischen Vorgeschichte und Gegenwart. Überlegungen zu verkehrsgeographischen Strukturen des Ruhrgebiets unter besonderer Berücksichtigung archäologischer Quellen, in: ders./Birgit Mecke (Hg.): Ur-Geschichte im Ruhrgebiet. Festschrift Arno Heinrich, Gelsenkirchen 1992, S. 95–111.

ren, vorbei an der städtischen Landwehr bei Lütgendortmund, und auf die märkische Amtsstadt Bochum zuzuhalten. Hier hatte 1351 Graf Engelbert III. den Bürger:innen auf ihren ausdrücklichen Wunsch erlaubt, dass der *helwech* ebenfalls mitten durch die Stadt, am Markt vorbei und *westene weder uth* verlaufen solle.⁹⁶ Knapp anderthalb Jahrhunderte später gestattete Herzog Johann II. von Kleve-Mark ihnen, für die Instandhaltung des Hellwegs auf diesem Streckenabschnitt *tewe pennynge to wegegeld* zu erheben.⁹⁷ Wer das Wegegeld entrichtet hatte, konnte seinen Weg fortsetzen, an Wattenscheid, Freisenbruch und Steele vorbei nach Essen und von dort nach Mülheim und Duisburg weiterziehen. Mit Duisburg war das Tor zum Rheinland erreicht.

Neben Duisburg, das früh urbane Qualitäten ausbildete, wuchs vor allem Dortmund zum überregional bedeutsamen Zentralort heran. 1236 verlieh der Stauferkaiser Friedrich II. den Dortmundern ein Privileg, das sich als Erneuerung eines bereits im Mai 1220 erteilten Freiheitsbriefes versteht.⁹⁸ Diese ursprüngliche Kaiserurkunde jedoch, so gaben die Dortmunder an, sei verbrannt – und baten deshalb um die Ausstellung einer neuen. Tatsächlich zeigte sich auch Friedrich „unsicher über den Wahrheitsgehalt der Bitte“ und beauftragte daher Erzbischof Dietrich von Trier, die Angelegenheit zu prüfen. Als dieser aber auf Grundlage glaubwürdiger Zeugenaussagen „die Richtigkeit der Verleihung der Urkunde, ihre Zerstörung durch Brand und die Korrektheit der Abschrift vollständig“ bejahen konnte, bestätigte der Kaiser „mit Blick auf die ungetrübte Treue und die aufrichtige Hingabe“ der Dortmunder die erbetteten Rechte. Er sicherte damit den Aufstieg Dortmunds

zu einer der bedeutendsten Städte Westfalens, die rasch auch das ältere Soest abhängen sollte.⁹⁹ Das sieht man auch daran, dass Dortmund frühzeitig ein steinernes Rathaus hatte: 1241 erstmals urkundlich erwähnt gehörte es zu den besonders frühen dieser eindrücklichen Repräsentanten kommunalen Selbstverständnisses – und wurde 1955 abgerissen.¹⁰⁰ Um die Mitte des 15. Jahrhunderts erreichte Dortmund mit rund 10.000 Einwohner:innen ungefähr die Größe Frankfurts, der alten Krönungs- und brummenden Messestadt. Der Dortmunder Markt jedoch, obwohl durchaus bedeutsam als Transitmarkt, hat es nie zur überregionalen Bedeutung einer Messe geschafft – wie überhaupt Westfalen, was schon der Kartäusermönch Werner Rolevinck Ende des 15. Jahrhunderts bedauerte, nie einen Messeort ausgebildet hat.¹⁰¹

Dortmund war die einzige Reichsstadt in ganz Westfalen – die geografisch nächsten waren nach der Verpfändung Duisburgs an die damaligen Grafen von Kleve im Jahre 1290 dann erst Aachen und Bremen, seit 1477 die ehemalige Bischofsstadt Köln und schließlich Herford, dessen Reichsunmittelbarkeit nie gänzlich geklärt wurde. Das gesamte Dortmunder Umland und insbesondere die Zufahrts- und Durchgangsstraßen kontrollierten allerdings spätestens seit 1300 die Grafen von der Mark, nachdem sie die umliegenden Reichshöfe pfandweise an sich gebracht und Unna, Bochum, Lünen, Hörde und Herdecke mit Stadtrechten ausgestattet hatten. Zugleich erhoben die Kölner Erzbischöfe immer wieder Ansprüche auf die Stadt. Geradezu paradox muss es da erscheinen, dass 1388/89 ausgerechnet Köln und Mark gemeinsam in einer großen, aber letztlich erfolglosen Fehde ver-

⁹⁶ Darpe, Geschichte der Stadt Bochum, S. 182.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Im Original gedruckt bei Karl Rübel (Hg.): Dortmunder Urkundenbuch, Bd. 1, Dortmund 1881, S. 27–30 (Nr. 74) sowie in deutscher Übersetzung von Dieter Scheler in: Tenfelde/Urban, Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 59 f.

⁹⁹ Zur spätmittelalterlichen Bedeutung von Dortmund vgl. den wichtigen Ausstellungskatalog: Matthias Ohm/Thomas Schilp/Barbara Welzel (Hg.): Ferne Welten – Freie Stadt: Dortmund im Mittelalter, Bielefeld 2006.

¹⁰⁰ Matthias Ohm: Das alte Rathaus in Dortmund. Zu Baugeschichte, Ausstattung und Symbolwert, in: Nils Büttner/Thomas Schilp/Barbara Welzel (Hg.): Städtische Repräsentation. St. Reinoldi und das Rathaus als Schauplätze des Dortmunder Mittelalters, Bielefeld 2005, S. 249–273.

¹⁰¹ Hermann Bücker (Hg.): Werner Rolevinck, 1425–1502. Ein Buch zum Lobe Westfalens, des alten Sachsenlandes, 2. Aufl., Münster 1982, S. 201. Zur Sache vgl. Rudolf Holbach: Jahrmärkte und Handelsbeziehungen zwischen Weser und Ems im späten Mittelalter, in: Dietrich Ebeling u.a. (Hg.): Landesgeschichte als multidisziplinäre Wissenschaft. Festgabe für Franz Irsigler zum 60. Geburtstag, Trier 2001, S. 223–268, hier S. 224 f.

eint gegen Dortmund auftraten.¹⁰² Auch späteren Vereinnahmungsversuchen konnte die Reichsstadt stets widerstehen.

Ein wesentlicher Faktor städtischer Sicherheitsbemühungen war seit dem 13. Jahrhundert der Zusammenschluss mit anderen Städten. Den suchte nicht nur Dortmund, sondern suchten umso mehr die vielen kleinen landständigen Städte der Bistümer Münster und Paderborn sowie der Grafschaft Mark. Einer der ältesten wurde im Juli 1235 auf der Werner Lippebrücke geschlossen. Hier verbanden sich die Städte Dortmund, Soest, Ahlen, Beckum, Münster und Lippstadt im sogenannten Werner Bund ausdrücklich gegen die Gewalt der Herren, aber eben auch zum Schutz der Straßen und damit des Handels.¹⁰³ 1268 trat auch die Bischofsstadt Osnabrück dem Bündnis bei.

Der Werner Bund ist oft als ein Vorläufer der westfälischen Hanse gesehen worden. Das stimmt und stimmt auch wieder nicht. Denn die Hanse war kein Städtebund. Im Gegensatz zum Werner Vertrag hatte sie keine Gründungscharta, keine Mitgliederliste und führte nur situativ – und niemals „vollständig“ im Sinne sämtlicher potenzieller Hansestädte – gemeinsame Aktionen durch, baute Kassenbestände auf oder schickte diplomatische Vertreter zu fremden Höfen. Sie materialisierte sich lange Zeit ausschließlich in den vier großen (und einigen weiteren, kleineren) Kontoren in Brügge, Nowgorod, Bergen und London sowie auf den „Tagfahrten“, Treffen von jeweils an den aktuellen Tagungspunkten interessierten Städten, die man später „Hansetage“ nannte.¹⁰⁴ Erst im Laufe des 16. Jahrhunderts, als die Landesherren immer stärker an die Tore klopfen, suchten auch die Hansen, sich durch Institutionalisierung

auf die neue Zeit einzustellen – und setzten damit aufs falsche Pferd.¹⁰⁵ Denn mit dem Mitte des Jahrhunderts eingezogenen Verwaltungs-, Mitglieder- und Umlagensystem entstanden auch Kosten, die viele Städte nicht zu tragen bereit waren. In Westfalen allerdings blieb man der Hanse zumindest nominell noch bis zu ihrem Versanden während des Dreißigjährigen Krieges einigermaßen treu.¹⁰⁶

Als „Hansen“ – im Plural – bezeichnete man ursprünglich kaufmännische Fahrtgemeinschaften, die im Ausland geschlossen gegenüber den einheimischen Obrigkeiten und ihren Amtleuten, manchmal auch wohl gegenüber ihren Kunden, auftraten. Aus dieser Zeit stammt auch das Amt des „Hansegrafen“, eines offenbar königlichen Amtsträgers, dessen genaue Funktion bis heute im Dunkeln bleibt. Mit der niederdeutschen Hanse, wie wir sie später kennen, hatte das jedenfalls nichts zu tun – denn einen Hansegrafen gab es beispielsweise im 11. Jahrhundert auch in Regensburg.¹⁰⁷ Die Dortmunder jedenfalls maßten sich zeitweise auch eine solche Grafschaft an, die sie – vielleicht schon zwischen 1218 und 1248 – der Stadt Borken im Westmünsterland weiter verliehen.¹⁰⁸ Über die Echtheit der entsprechenden Urkunde bestehen allerdings Zweifel. Noch im 17. Jahrhundert tauchen in Westfalen jedenfalls Hansegrafen als Marktaufseher auf – wiederum ohne direkten Bezug zu „der“ deutschen Hanse.¹⁰⁹

Erst im Laufe des 13. Jahrhunderts schälte sich dann durch den immer regelmäßigeren Zusammenschluss niederdeutscher Kaufleute und das sich verdichtende Netzwerk der Städte, aus denen sie stammten, jenes fluide Netzwerk heraus, das als *dudesche hense* („Deutsche Hanse“) für mehrere Jahrhunderte die Märkte des Nor-

¹⁰² Einzelheiten bei Hans Georg Kirchhoff: Die Große Dortmunder Fehde 1388/39, in: Reimann/Luntowski, Dortmund, S. 109–128.

¹⁰³ Vgl. hierzu und den späteren Städtebünden Jürgen Karl W. Brens: Propter communem utilitatem. Studien zur Bündnispolitik der westfälischen Städte im Spätmittelalter, Düsseldorf 1991.

¹⁰⁴ Hiram Kümper: Der Traum vom Ehrbaren Kaufmann. Die Deutschen und die Hanse, Berlin 2021, S. 21–31.

¹⁰⁵ Ebd., S. 290–305.

¹⁰⁶ Vgl. dazu Iwan Iwanov: Die Hanse im Zeichen der Krise. Handlungsspielräume der politischen Kommunikation im Wandel (1550–1620) (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte N.F. 61), Köln u.a. 2016.

¹⁰⁷ Karl-Otto Ambronn: Bemerkungen zu den Anfängen des Hansegrafenamtes in Regensburg, in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 115 (1975), S. 231–242.

¹⁰⁸ Luise von Winterfeld: Westfälisches Städtewesen und die Hanse, Beiheft, Velen 1931, S. 17 f. Zur Sache vgl. Friedrich-Wilhelm Hemann: Westmünsterländische Städte im hansischen Verband, in: Westfälische Zeitschrift 155 (2005), S. 9–35, hier S. 14.

¹⁰⁹ Wilfried Reininghaus: Werl und die Hansen in Westfalen, in: Westfälische Zeitschrift 159 (2009), S. 263–279, hier S. 271–273.

dens zwischen Island und Nowgorod miteinander verbinden sollte.¹¹⁰ Eine zentrale Rolle bei der Entstehung dieses Netzwerkes spielten die Städte, die im Laufe des 13. Jahrhunderts längs des südlichen Ostseeraums und im Baltikum in rascher Zahl entstanden – und mit ihnen die vielen westfälischen Siedler, die aus ihrer Heimat dorthin strömten.¹¹¹ Neben Soest und Köln war Dortmund das dritte große Zentrum der westfälischen Emigration Richtung Osten – und damit eine der westfälischen Keimzellen der Hanse.¹¹² Man kann das nicht nur an konkretem westfälischen Namensmaterial, sondern auch an der Ausbreitung der Reinoldi-Verehrung im Ostseeraum festmachen, die ziemlich sicher in Dortmund ihren Ursprung hatte.¹¹³

Im Nowgoroder St. Petershof, dem ältesten der vier Hansekontore (neben London, Bergen und Brügge), waren die Westfalen besonders stark vertreten. Nach der „Alten Schra“, den Verhaltensgrundsätzen, nach denen sich das Kontor selbst organisierte, stellten die Kaufleute aus Dortmund und aus Soest je einen der vier Sprecher („Ältermänner“) des Kontors, die je einen der Schlüssel zur gemeinsamen Kontorstruhe verwahrten. Die anderen beiden Ältermänner stellten Visby auf Gotland und Lübeck.¹¹⁴

Zu den Hansestädten zwischen Ruhr und Lippe zählten Bochum, Dorsten, Dortmund, Duisburg, Essen, Haltern, Hamm, Hattingen, Recklinghausen, Unna, Werl und Werne.¹¹⁵ Dabei bildete sich bereits im 15. Jahrhundert eine Vertretungsstruktur heraus, innerhalb derer sich die kleineren Städte von den größeren bei den Han-

setagen vertreten ließen und sich an den Kosten der jeweiligen Gesandtschaft – oft auch nur widerwillig – beteiligten. Im 16. Jahrhundert stellten manche örtlichen Kaufmannschaften dann auch die Sinnhaftigkeit dieser Beiträge in Frage.

Tatsächlich ist der konkrete Wert der Hinwendung zur Hanse für viele der kleineren Städte zwischen Ruhr und Lippe nicht immer ganz handfest zu machen. Dass sie freilich durchaus florierenden Handel betrieben, das wiederum kann man durchaus nachweisen. Dies zeigen auch archäologische Funde, wie der 1952 aufgefundene Goldschatz eines Unnaer Kaufmanns aus den Jahren um 1378, der Münzen aus dem gesamten hansischen Handelsraum beinhaltete.¹¹⁶

Ruhr, Lippe und Emscher – mehr Fischgründe als Verkehrswege

Hansischer Handel war im wesentlichen Transithandel – und das bedeutete zwischen Ruhr und Lippe: Landhandel. Denn Ruhr, Lippe und Emscher waren während des Mittelalters nur sehr eingeschränkt schiffbar. Im Gegensatz zur Ruhr mit ihren Stromschnellen und über weite Strecken ziemlich felsigem Boden war die Lippe mit ihren Sandböden zwar schon für die römischen Boote risikoarm befahrbar gewesen und wurde offenbar in dieser Zeit auch schon dafür genutzt.¹¹⁷ Mit wachsendem Tiefgang schränkten sich aber auch hier die Möglichkeiten immer mehr ein. Gleiches galt umso mehr für die sich windende Ruhr und die Emscher. Eine zentrale Wasserstraße wie Rhein und Weser fehlte Westfalen,

110 Kümper, Traum vom Ehrbaren Kaufmann, S. 32–60.

111 Einzelheiten mit weiterer Literatur ebd., S. 61–70.

112 Luise von Winterfeld: Das westfälische Hansequartier, in: Hermann Aubin u.a. (Hg.): Der Raum Westfalen, Bd. 2, 1: Untersuchungen zu seiner Geschichte und Kultur, Münster 1955, S. 255–352. Vgl. dazu grundsätzlich Wilfried Ehbrecht: Luise von Winterfelds Untersuchung „Das westfälische Hansequartier“ im Lichte der Forschung mit besonderer Berücksichtigung der kleinen Städte, in: Franz Petri/Alfred Hartlieb von Wallthor (Hg.): Der Raum Westfalen, Bd. 6, 1: Fortschritte der Forschung und Schlussbilanz, Münster 1989, S. 251–276.

113 Thomas Schilp: Reinoldus. Die mittelalterliche Stadt Dortmund und ihr heiliger Patron, in: Meta Niederkorn-Bruck (Hg.): Ein Heiliger unterwegs in Europa: Tausend Jahre Koloman-Verehrung in Melk (1014–2014), Wien 2014, S. 279–300.

114 Georg Sartorius: Urkundliche Geschichte des Ursprunges der deutschen Hanse, hg. von Johann Martin Lappenberg, Bd. 2, Hamburg 1830, S. 16–28.

115 Eine angemessene historische Aufarbeitung fehlt bis heute. Vgl. bis dahin Eduard Schulte: Hansestädte des Ruhrreviers in Bildern und Beschreibungen, Bochum 1964.

116 Gut dokumentiert durch Beate Olmer/Reinhild Stephan-Maaser (Hg.): Der Goldschatz von Unna. Zusammensetzung und Bedeutung des größten mittelalterlichen Münzfundes Westfalens, Essen 2010.

117 Zur Lippeschiffahrt umfassend: Werner Koppe: Die Lippewasserstraße. Schiffahrt auf Lippe und Lippe-Seitenkanal im Rahmen der nordwestdeutschen Binnenschiffahrtsgeschichte, Bielefeld 2004.

was schon der oben bereits erwähnte Mönch und Chronist Rolevinck in seinem Westfalenlob als besonderen Mangel hervorhob.¹¹⁸

Im regionalen Kontext erfüllte die Lippe durchaus gewisse Verkehrsfunktionen. 1462 wurde in Dorsten ein Lippezoll erhoben, wenig später ist dort eine blühende Schiffsbauerzunft belegt. In das 15. Jahrhundert fällt außerdem ein interessantes Projekt kommunal-landesherrlicher Verkehrsförderung, das begonnen, aber aus unerfindlichen Gründen nicht weiter verfolgt wurde: 1486 nahm die alte Salzstadt Soest Verhandlungen mit Kleve-Mark auf, um eine Schifffahrt über den Soestbach und die Ahse anzukurbeln, die bei Hamm in die Lippe mündet. Damit hätten die Soester für ihr kostbares Gut eine mittelbare Verbindung zum Rhein gewonnen.

Ein sehr alter, aber auch für das gesamte Mittelalter der absolut einzige und deshalb nicht ganz leicht zu deutende Beleg für eine Schifffahrt auf der Ruhr ist eine Urkunde Kaiser Konrads II. vom 28. April 1033 für das Kloster Werden.¹¹⁹ Darin bestätigt er den Mönchen eine Reihe alter Rechte, verleiht ihnen aber auch ein neues, dass nämlich dem Abt sowie allen, die diesem Kloster dienen (*populum ad predictum monasterium servientibus*), die Nutzung des Schifffahrtsweges (*via navigii*) von der Mündung der Ruhr in den Rhein stromaufwärts bis zum Kloster (*de illo loci, ubi Rura fluvius influit Renum [...] contra Rurae fluvii decursum usque ad Werdine monasterium*) gestattet sei – und zwar ohne jede Behinderung (*nec nulla impedimente*). Von den reichen grundherrlichen Besitzungen des Klosters ist bereits die Rede gewesen. Aber nur der Transport zum Kloster hin war Teil der Abgabenleistung. Er dürfte in der Regel über Land geschehen sein. Die vermutlich reichen Überschüsse dagegen, die von der klösterlichen Haushaltung nicht verbraucht

wurden, konnten so per Schiff dem regionalen, vielleicht sogar dem überregionalen Markt zugeführt werden.

Wie genau das vonstattenging, darüber schweigen die Quellen. Aber man wird wohl vermuten dürfen, dass – wie in anderen Klöstern dieser Zeit auch – in Werden bestimmte Schiffer (*naviges*) oder Händler (*mercatores*) zum weiteren Umfeld der klösterlichen *familia* zählten, die dieses Geschäft übernahmen.¹²⁰ Sie fuhrten wohl auf großen Kähnen von geringem Tiefgang, aber doch mit teils deutlich über zehn Metern erstaunlicher Länge, wie sie etwa bei Kalkar und Krefeld gefunden worden sind.¹²¹

Über die Bedeutung der Ruhrschifffahrt für das Kloster Werden kann man nur spekulieren. Zumindest aber bezieht sich ein gutes Jahrhundert später Kaiser Konrad III. bei der Bestätigung der Urkunde von 1033 ausdrücklich auf das damals verliehene Schifffahrtsrecht, betont, er wolle nicht näher spezifizierte, gewaltsame Behinderungen dieser Freiheit (*obstacula per violentiam imposita*) jetzt und in Zukunft durch einen seiner Grafen aus der Welt schaffen lassen, und erweiterte die Werdener Freiheiten noch auf die Schifffahrt oberhalb von Werden (*non solum ad monasterium, sed et ulterius, si commodum suis utilitatibus et ecclesie sue perspexerit*).¹²² Zumindest scheint man also in Werden Wert auf dieses Privileg gelegt und auf die Abschaffung etwaiger Hindernisse gedrungen zu haben. Worum es sich dabei gehandelt haben könnte, bleibt hinlänglich offen. Aber neben tatsächlicher physischer Gewalt könnte man sich auch eines sehr gut vorstellen: Schlagden. Bei diesen befestigten Anlegestellen handelte es sich aber wohl kaum um Kleinhafenanlagen für den Handel, sondern eher um Anlegestellen für Fischer – denn ein reicher Fischgrund muss die Ruhr über lange Zeit gewesen sein.¹²³ Als 1542 Herzog Wilhelm von Kleve ein *Rhuer-*

¹¹⁸ Rolevinck, Buch zum Lobe Westfalens, S. 15.

¹¹⁹ Die Urkunden der deutschen Könige und Kaiser (Monumenta Germaniae Historica. Diplomata), Bd. 4: Konrad II., bearb. von Harry Bresslau, Hannover/Leipzig 1909, S. 248.

¹²⁰ Vgl. dazu Ralf Molkenthin/Hardy Priester: Schiffe auf der Ruhr, in: Bodo Gundelach/Ralf Molkenthin (Hg.): Blicke auf das Mittelalter: Aspekte von Lebenswelt, Herrschaft, Religion und Rezeption. Festschrift Hanna Vollrath zum 65ten Geburtstag, Herne 2004, S. 217–237, hier S. 217 f.

¹²¹ Vgl. dazu Julia Obladen-Kauder: Ein karolingischer Flußkahn aus Kalkar-Niedermörmter, in: Archäologie im Rheinland 1993, S. 98–99.

¹²² Die Urkunden der deutschen Könige und Kaiser (Monumenta Germaniae Historica. Diplomata), Bd. 9: Konrad III., bearb. von Friedrich Hausmann, Wien u.a. 1969, S. 336–339.

¹²³ Nachweise bei Köttschke, Urbare 1, S. 453–455 und ders. (Hg.): Die Urbare der Abtei Werden a. d. Ruhr, Bd. 2: Lagerbücher, Hebe- und Zinsregister vom 14. bis ins 17. Jahrhundert, Bonn 1917, S. 320 f.

Recht [!] erließ, ist jedenfalls von Fischerei, von Schlagden, Wehren, aber nicht von einer Schifffahrt die Rede.¹²⁴

Fährfahrten hat es selbstverständlich gegeben – und um eine solche handelt es sich auch eindeutig bei der *schepvaert* bei Witten, die 1433 in einer Dortmunder Chronik erwähnt wird.¹²⁵ Diese Fährfahrten haben noch lange Zeit den Verkehr über die Ruhr strukturiert – und immer wieder auch für Ärger gesorgt. Noch im ausgehenden 18. Jahrhundert beanspruchte etwa in Herdecke das Stift das alleinige Fährrecht vor Ort.¹²⁶ Trotzdem erfüllten diese Fähren eine wichtige Funktion, denn Steinbrücken waren an Ruhr, Lippe und Emscher bis ins 18. Jahrhundert noch selten und die vielen Holzbrücken einer ständigen Gefährdung durch Hochwasser und Eisgang ausgesetzt.¹²⁷

Vom Niederrhein bis ins Hochsauerland: Kleve und Mark fallen unter eine Krone

Das ausgehende Mittelalter war für den deutschen Nordwesten eine bewegte Zeit. Die großen Territorialherren der Region, die Grafen und Herzöge von Geldern, Kleve, Jülich, Berg und der Mark – und nicht zuletzt auch der Erzbischof von Köln, der zumindest nominell über das sehr eigenständige Vest Recklinghausen herrschte –, stritten immer wieder miteinander und mit ihren Nachbarn um Thronfolgen und Besitzansprüche. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen sollte mittelfristig ein Territorialkomplex entstehen, der weite Teile des Nordwestens des Reiches zeitweise unter eine Personalunion brachte: zunächst Kleve und Mark, später auch noch Jülich-Berg.

Eine Schlüsselrolle nahm dabei der zweitgeborene Sohn Adolfs II. von der Mark und Margaretes von Kleve ein, der ebenfalls auf den Namen Adolf getauft wurde.¹²⁸ Während sein älterer Bruder als Engelbert III. die Grafschaft übernahm und mit ständigem militärischen Einsatz dessen Einfluss konsequent ausbaute, schlug er zunächst die geistliche Laufbahn ein, wurde Domherr

in Köln, dann Bischof zu Münster und schließlich sogar, durch päpstliche Förderung, Erzbischof zu Köln, erlangte also ausgerechnet das Amt des wichtigsten traditionellen Gegenspielers seines Hauses. Eigentlich muss man sagen: Er wurde es fast. Denn tatsächlich erlangte Adolf nie die für ein Bischofsamt nötigen höheren Weihen, sodass er beide Male technisch nur den Status des „Elekten“ (also eines gewählten Bischofs) innehatte, obwohl die Münsteraner Bischofschroniken ihn als regulären Bischof zählen und er in diesem Amt durchaus auch gewirkt hat. Lange blieb er es freilich nicht. Auch nicht in Köln. Schon ein Jahr nach seiner Wahl und deren päpstlichen Bestätigung übertrug er das Erzbistum auf seinen Onkel, Bischof Engelbert von Lüttich, an dessen Hof er groß geworden war, und trat in den weltlichen Stand zurück. Denn in der Grafschaft seiner Mutter, die von seinem kinderlosen Großonkel Johann regiert wurde, stand die Erbfrage an – und dafür brachte sich nun Adolf in Stellung. Tatsächlich trat er nach Johanns Tod 1368 die Erbfolge in Kleve an und heiratete im Jahr darauf Margarethe von Jülich. Als Graf von Kleve hat er die Verbindung zwischen Kleve und Mark in enger Zusammenarbeit mit seinem Bruder Engelbert und durch zahlreiche Abreden und Verträge mit den Herren der Region mit vorbereitet – und 1381 mit der *Geselschap van den Gecken* ganz nebenbei einen der ersten Narrenorden Europas gestiftet.¹²⁹

Als Ende 1391 der kriegerische Engelbert III. hochbetagt (im Bett, nicht im Feld, obwohl während einer seiner vielen Fehdezüge) starb, übernahm Adolf auch die Herrschaft in der Mark. Ein wirkliches Interesse scheint er aber daran nicht mehr entwickelt zu haben. Vielmehr übertrug er die ihm nun zugefallene Heimatgrafschaft kaum zwei Jahre später seinem zweitgeborenen Sohn Dietrich und verstarb kurz darauf. Erst unter dessen Nachfolger Adolf II. (nach klevischer) bzw. IV. (nach märkischer Zählung) wurden 1399 beide Territorien wieder

124 Landtagsakten von Jülich-Berg, 1400–1610, Bd. 1, Hg. von Georg von Below, Düsseldorf 1895, S. 362.

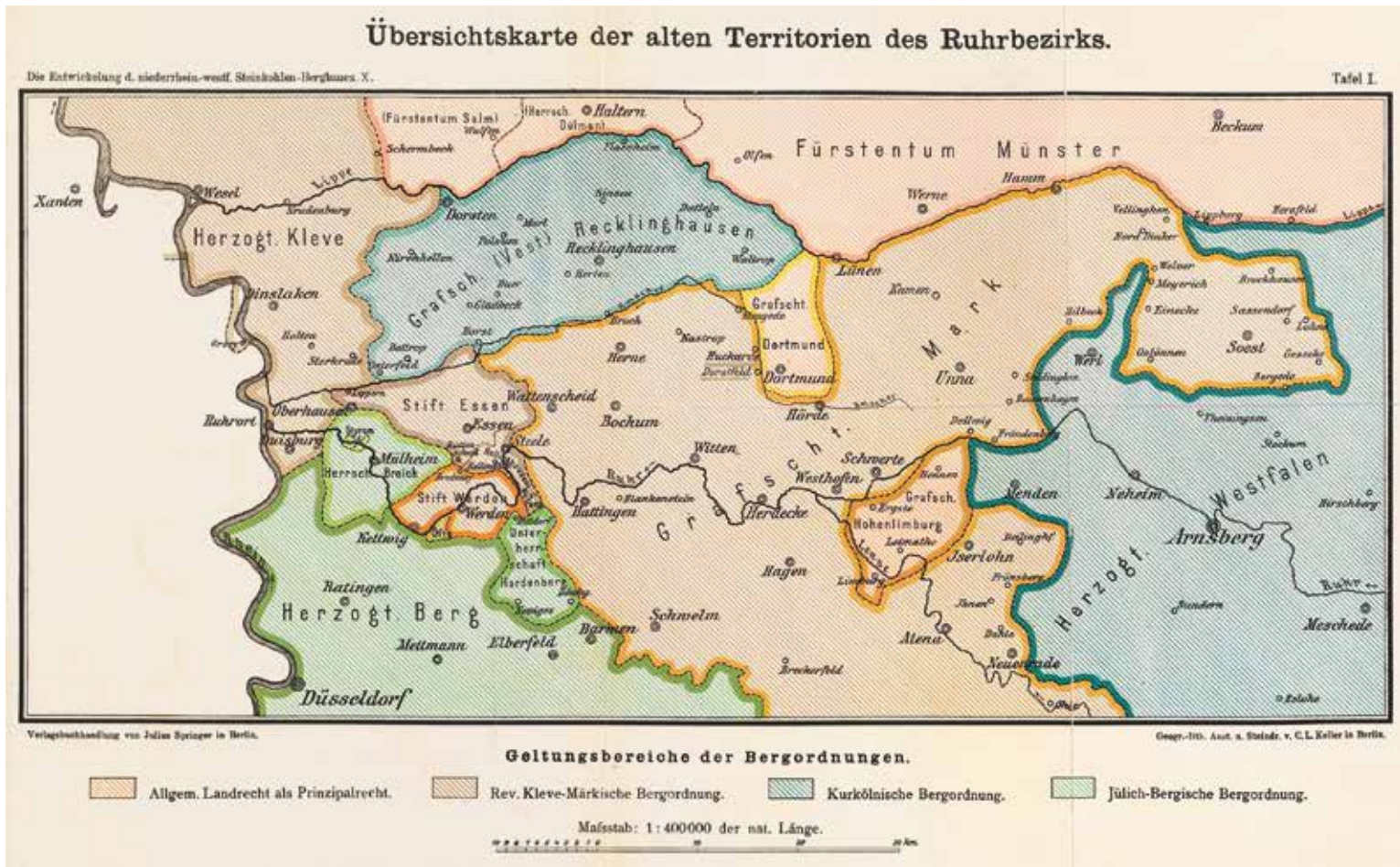
125 Die Chroniken der westfälischen und niederrheinischen Städte, Bd. 1, Leipzig 1887, S. 48. Zur Wortbedeutung eindeutig Kötzschke, Urbare 1, S. 453 und 552. Vgl. dazu auch Reininghaus, Wirtschaft, Bd. 3, S. 1138.

126 Duisburg, LA NRW, Abt. Rheinland, D 107 (Stift Herdecke), Akten, Nr. 165, Fasz. 3.

127 Vgl. Reininghaus, Wirtschaft, Bd. 3, S. 1128 mit Beispielen.

128 Hiram Kümper: Adolf III. von Kleve-Mark (*1332/33, †1394): Zweimal (fast) Bischof und Begründer der Union mit Kleve, in: Stefan Pätzold/Dietrich Thier (Hg.): Die Grafen von der Mark. Ein biographisches Handbuch, Remscheid 2021, S. 253–288.

129 Zur Sache bis heute nur Karl Petrasch/Johann Wilhelm Brewer: Der Narren-Orden zu Cleve, Köln 1827, die aber auch mehr Mythenbildung als Geschichtsforschung betreiben.



Die alten Territorien des späteren Ruhrbezirks in der Frühen Neuzeit.

Abgedruckt in: Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund [Hg.]: Wirtschaftliche Entwicklung des Niederrheinisch-Westfälischen Steinkohlen-Bergbaues in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Erster Teil, Berlin 1904, vor S. 9.

und diesmal dauerhaft bis zum Anfall an Preußen 1609 unter einem Herrscherhaus vereint.¹³⁰ Damit hatte der Raum zwischen Ruhr und Lippe auch herrschaftlich einen Vereinheitlichungsgrad erreicht, den er kulturell und wirtschaftlich schon lange gehabt hatte.

Mit dem klevisch-märkischen Herrschaftskomplex entstand ein Territorialverband, der sich in Nordwest-Südost-Richtung längs alter Transitrouten erstreckte und die Handelszentren des Niederrheins mit den agrarischen und gewerblichen Produktionszentren im Osten Westfalens, mit dem kurkölnischen Sauerland und

dem Fürstbistum Paderborn verband. Das Herzogtum Kleve, dessen Territorium sich ungefähr hälftig auf beiden Seiten des Rheins erstreckte, öffnete sich im Norden und Westen für die angrenzenden Niederlande und das Herzogtum Geldern, im Süden bot es Anschluss an die Handelsmetropole Köln. Beides stellte Verbindung her zu den großen überregionalen Märkten in England, Brabant und Flandern.¹³¹ Die Grafschaft Mark wiederum, mit ihren alten Zentren an der Lippe und im Sauerland, um die Stammburg Altena herum, hatte ihren wirtschaftlichen und politischen Schwerpunkt im

¹³⁰ Vgl. dazu Manuel Hagemann: Adolf II. von Kleve (1373–1448), in: Klevische Lebensbilder. 24 Porträts, Bd. 1, Kleve 2013, S. 19–28.

¹³¹ Detailreich dazu der Sammelband von Dieter Geuenich (Hg.): Köln und die Niederrheinlande in ihren historischen Raumbeziehungen, Pulheim 2000.

mer stärker auf die Hellwegzone hin verlagert, ohne die Nord-Süd-Verbindung durch das Lippische und zum Hochstift Münster hin aufzugeben, die auch für Kleve eine gewisse Bedeutung hatte. Enge Verbindungen von beiden Seiten aus bestanden außerdem in das von Kurköln mehr dem Anspruch nach als tatsächlich regierte und gerade im Spätmittelalter ständig verpfändete Vest Recklinghausen.¹³² In der Mark verband sich die reiche landwirtschaftliche Produktion des Nordens mit der Holzwirtschaft und dem Metallgewerbe des Südens. Über Iserlohn, das dem Flachland am nächsten und daher auch am verkehrsgünstigsten gelegen war, war das Sauerland außerdem unmittelbar mit den Transitwegen des überregionalen Handels verbunden. Alte Verbindungen der südlichen Mark ins Bergische und in das Siegerland entwickelten sich im Laufe der frühen Neuzeit immer mehr zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Gewerberegion, die durch die territorialen Grenzen, die sie durchzogen, zwar behindert wurde, sie aber zugleich auch ziemlich unter Spannung setzte.

Das neue Doppelterritorium Kleve-Mark war beileibe kein moderner Flächenstaat. Und das sollte sich auch in preußischer Zeit und bis an das Ende des Alten Reiches nicht ändern. Vielmehr hatten beide Territorien zwar ein gemeinsames Herrscherhaus und lagen eng beieinander, aber teilten de facto keine gemeinsame Grenze, was durch die große räumliche Nähe leicht übersehen wird. Vielmehr trennten beide der Nordzipfel des Herzogtums Berg, das Vest Recklinghausen und nicht zuletzt auch das Reichsstift Essen und die Fürstabtei Werden, auch wenn die letzten beiden der Vogtei der kleve-märkischen Landesherren unterstanden.

Regiert wurden beide Territorien von Kleve im äußersten Nordwesten des Territorialkomplexes aus, während die Landtage weiterhin getrennt voneinander tagten. Das hatte für die Mark durchaus Folgen, indem sie po-

litisch immer stärker aus dem Blick der Landesherren verschwand, während sich die märkischen Landstände andererseits eine starke Position sichern konnten: *wat die raedet, dat soele wi y doin*, versprach schon Graf Dietrich der Ältere bei der Einrichtung eines landständischen Rates.¹³³

1521 erweiterte sich die Union Kleve-Mark durch die Verbindung mit den Herzogtümern Jülich und Berg sowie der ostwestfälischen Grafschaft Ravensberg auf einen Länderkomplex von beeindruckender Größe: die sogenannten Vereinigten Herzogtümer.¹³⁴ Er sollte allerdings nur ein knappes Jahrhundert überdauern.

6. Die große Transformation: das Land zwischen Lippe und Ruhr wird (brandenburgisch-) preußisch

Das „lange“ 16. Jahrhundert war wie für viele Territorien des Alten Reiches auch an Rhein und Ruhr eine formative Phase. Denn in dieser Zeit konsolidierte sich die Verbindung zwischen Kleve und Mark, die auch spätere Teilungen überdauern sollte. Zugleich fallen in diese Zeit tiefgreifende ökonomische Wandlungsprozesse, die vom Achtzigjährigen und Dreißigjährigen Krieg zwar retardiert, nicht aber abgebrochen wurden. Keinen klaren Einschnitt stellt dagegen, anders als andernorts, die Reformation an Ruhr und Lippe dar.

Reformation und Konfessionalisierung

Tatsächlich wählten die Herzöge von Kleve-Mark in der ersten Jahrhunderthälfte die *via media*, den Mittelweg zwischen den verfeindeten Konfessionen. Inspiriert vom Gedankengut des katholischen Reformers Erasmus von Rotterdam verfolgten sie eine tolerante Religionspolitik, die diverse Reformen und protestantische Praktiken

132 Eine Liste der Verpfändungen gibt Ludger Tewes: Die Amts- und Pfandpolitik der Erzbischöfe von Köln im Spätmittelalter, Köln u.a. 1987, S. 345–348. Einzelheiten zum Verhältnis zwischen Kurköln und Vest bei Monika Storm: Das Herzogtum Westfalen, das Vest Recklinghausen und das rheinische Erzstift Köln: Kurköln in seinen Teilen, in: Klueting, Herzogtum Westfalen 1, S. 343–363 und Peter Nocon: Die Entwicklung frühmoderner Staatlichkeit im Vest Recklinghausen, in: Vestische Zeitschrift 100 (2004/05), S. 119–148.

133 Rudolf Schulze: Die Landstände der Grafschaft Mark bis zum Jahr 1510. Mit urkundlichen Beilagen, Heidelberg 1907, S. 199 f.

134 Vgl. dazu den wichtigen Ausstellungskatalog: Guido de Werd (Hg.): Land im Mittelpunkt der Mächte: die Herzogtümer Jülich, Kleve, Berg, Kleve 1985.

zuließ, ohne sich formal vom Papsttum abzuwenden.¹³⁵ Insbesondere der von vielen Gläubigen vehement eingeforderte Laienkelch wurde in Kleve-Mark seit den 1540er Jahren problemlos praktiziert. Dass damit ein Schwenk zum lutherischen Glauben einherging, kann aber so nicht ohne weiteres gesagt werden. Tatsächlich gab noch 1642 der Bochumer Pastor Arnold Tag in einem Zeugenverhör zu Protokoll, er *sey zwar catholisch*, habe aber seit Jahren stets das Abendmahl unter beiderlei Gestalt *administrirt*. Er singe deutsche Psalmen und glaube nicht an das Fegefeuer. Kurz: Er folgte wesentlichen Lehren des Protestantismus, verstand sich aber weiterhin als Katholik.¹³⁶ Die Akzeptanz unterschiedlicher konfessioneller Praktiken sowohl von obrigkeitlicher Seite als offenbar auch auf gemeindlicher Ebene führte zu einer „verdeckten konfessionellen Pluralisierung“ in Kleve-Mark, die durchaus anziehend für Menschen aus konfessionell weniger toleranten Gegenden war.¹³⁷ Dabei blieben die Altgläubigen vor Anfeindungen geschützt. Auch die landesherrliche Klosterpolitik ging umfassenden Säkularisationen von Klostergebühren aus dem Weg und vermied so die damit einhergehenden Konflikte.¹³⁸

In der zweiten Jahrhunderthälfte bildete sich das Nebeneinander der Konfessionen allerdings stärker heraus – insbesondere, weil der Druck aus den benachbarten Territorien wuchs. Denn aus dem Westen wurden immer stärkere Einflüsse des Calvinismus deutlich, der im Reich noch keine anerkannte Konfession war.

Hatten Katholizismus und Luthertum bereits feste gemeindliche Basen an Ruhr und Lippe, bildete sich nun eine dritte Konfession mit starken Standorten etwa in Wesel, Duisburg und Hamm heraus. Das bot nicht nur reichspolitisch einigen Zündstoff, sondern führte zu Konflikten mit unmittelbaren Nachbarn wie den Herzögen von Jülich-Berg.

Im Sog des Achtzigjährigen Krieges

Ein tiefgreifender Impuls für die Entwicklung des Raumes zwischen Ruhr und Lippe ging seit der Mitte des 16. Jahrhunderts vom Westen aus.¹³⁹ Als 1555 der spanische König Philipp II. die Herrschaft in den habsburgischen Niederlanden von seinem Vater Kaiser Karl V. übernahm, intensivierte er die Bemühungen zur Rekatholisierung seiner Erblande dramatisch. Zugleich schränkte er die ständischen Freiheiten der Landstände (der „Generalstaaten“) massiv ein. Beides rief heftigen Widerstand hervor, gegen den Philipp militärisch vorgeing. Insbesondere sein 1567 neu eingesetzter Statthalter Fernando Álvarez de Toledo, dem Friedrich Schiller als „Herzog von Alba“ ein literarisches Denkmal gesetzt hat, griff drakonisch durch und ließ tausende Aufständische hinrichten. Unter Wilhelm I. von Oranien formierte sich der niederländische Widerstand zur offenen militärischen Revolte. Mit der Schlacht von Heiligerlee 1568 brach ein Krieg los, der erst mit dem westfälischen Friedenswerk von 1648 endgültig beendet werden sollte und

135 Eingehend dazu Oliver Becher: Herrschaft und autonome Konfessionalisierung. Politik, Religion und Modernisierung in der frühneuzeitlichen Grafschaft Mark, Essen 2006 und Ralf-Peter Fuchs: Reformatorische Vielfalt am Niederrhein und in Westfalen im 16. Jahrhundert. Überlegungen zum Begriff der Reformation aus landes- und regionalgeschichtlicher Perspektive, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 130 (2017), S. 89–107.

136 Ralf-Peter Fuchs: „Sey zwar catholisch, allein administrirt das Sacrament in beider Gestalt.“ Zeugenbefragungen zu den Konfessionen in Bochum im Dreißigjährigen Krieg, in: Arno Lohmann/Peter Luthe/Stefan Pätzold (Hg.): Bochumer Fenster zur Vergangenheit: Die Reformation in Bochum und der Grafschaft Mark, Bochum 2017, S. 77–99.

137 Ralf-Peter Fuchs: Die jülich-klevischen Länder als Gebiete einer verdeckten konfessionellen Pluralisierung, in: Frank Pohle/Julia Samp/Carmen Roebbers (Hg.): Das Ringen um den rechten Glauben: Reformation und Konfessionalisierung zwischen Maas und Rhein, Aachen 2018, S. 22–37.

138 Vgl. dazu Ralf-Peter Fuchs: „Dat gude christliche reformation upgericht und erhalten werden mochte“. Zur Klosterpolitik der Landesherren von Jülich-Berg im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit, in: Stefan Pätzold (Hg.): Kloster im Wandel. Die Saarer Zisterzienserinnen in Mittelalter und Früher Neuzeit, Remscheid 2023, S. 139–156.

139 Einzelheiten dazu bei Jürgen Kloosterhuis: „... an villen Orteren von allerseidtz Kriegsfolck verdorben ...“ Die Folgen des Spanisch-Niederländischen Krieges (1566–1609) für die Grafschaft Mark, in: Der Märker 32 (1983), S. 125–132, 162–173, 200–211.

deshalb als „Achtzigjähriger Krieg“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist.¹⁴⁰ Aus ihm gingen die Niederlande als zweite europäische Republik nach der Schweizer Eidgenossenschaft hervor.

Ein rheinischer Nebenschauplatz des spanisch-niederländischen Krieges entstand 1582, als der Kölner Erzbischof Gebhard Truchsess von Waldburg offen zur reformierten Konfession übertrat und versuchte, sein Erzbistum in ein weltliches Fürstentum umzuwandeln. Bayern, Habsburger und oranisch-niederländische Truppen schritten ein und so schlossen sich mehrjährige militärische Auseinandersetzungen an, die als „Truchsessischer Krieg“ in die Geschichtsschreibung eingegangen sind.¹⁴¹ So wurde der Krieg auch nach Osten getragen und es kam beispielsweise 1584 bei Buer zu Kampfhandlungen. An der Ruhr tauchten immer häufiger Werber für die Heere der verfeindeten Parteien auf. Am Ende entzogen die Niederlande Bischof Gebhard die Unterstützung, der daraufhin 1588 kapitulieren musste. Das Erzbistum fiel an das Haus Wittelsbach und blieb fortan katholisch.

Für Westfalen und den Niederrhein bedeutete der spanisch-niederländische Krieg nicht nur massive Eingriffe in den Handel sowie drückende finanzielle Lasten durch die Kontributionen an durchziehende habsburgische Truppen und die Kriegssteuer (das so genannte *Beestergeld*), die ihnen ihr Landesherr zu seiner militärischen Absicherung abverlangte. Der Krieg führte auch zu einer starken Migrationsbewegung von Glaubensflüchtlingen aus den Niederlanden. Das erzeugte mitunter auch Spannungen zwischen den formal neutralen Herzogtümern und dem habsburgischen Statthalter. 1572 etwa musste Herzog Wilhelm auf dessen Druck den Rat der Stadt Unna per Edikt anhalten, Flüchtlinge, die sich an

den Aufständen in ihrer Heimat aktiv beteiligt hatten, wieder auszuweisen. Dazu wurden Verhöre angestellt, ob man beispielsweise *deren uith den Nederlanden entwickeln Fremdden Predicant*, also ein calvinistischer Prediger, sei oder ob man *sich in der Kriegsempörung habe gebrucken laten*, also mitgekämpft habe.¹⁴² Tatsächlich dürfte die Eindämmung reformatorischen Gedankenguts die Sympathien des klevischen Herzogs Wilhelm nicht gänzlich verfehlt haben, da er selbst mit – freilich deutlich milderer – Rekatholisierungsversuchen hantierte, was wiederum den Widerstand seiner Landstände hervorrief, die sich auf den Landtagen in Essen 1576 und Dinslaken 1580 sichtlich alarmiert zeigten.¹⁴³

Den zweiten wesentlichen Einschnitt für die Landesgeschichte stellte die Auflösung der Vereinigten Herzogtümer nach nicht einmal einem Jahrhundert der Personalunion dar. Mit dem Tod des kinderlosen Herzogs Johann Wilhelm (Regierungszeit 1592–1609) brach ein Erbfolgestreit um den Länderkomplex im Nordwesten aus, der sich über die Zeit schon angebahnt hatte.¹⁴⁴ Gleich drei Fürsten hatten Schwestern des verstorbenen Herzogs zur Frau genommen – und in den Vereinigten Herzogtümern war seit einem kaiserlichen Privileg von 1543 die weibliche Erbfolge zugelassen. Letztlich setzten sich zwei Kandidaten mit ihren Ansprüchen durch – und das auch gleich sehr handfest, indem sie Teile der Herzogtümer mit ihren Truppen besetzten. Diese beiden *Possidierenden* (also „Besitzenden“) waren Johann Sigismund von Brandenburg und Philipp Ludwig von Pfalz-Neuburg, unterstützt durch seinen Sohn Wolfgang Wilhelm.

Zunächst versuchten die Parteien eine vertragliche Einigung und verständigten sich 1609 in Dortmund auf eine gemeinsame Herrschaft, ein „Kondomini-

140 Zur Geschichte des Achtzigjährigen Krieges vgl. Geoffrey Parker: Der Aufstand der Niederlande: von der Herrschaft der Spanier zur Gründung der Niederländischen Republik, 1549–1609, München 1979. Zu den Wahrnehmungen im Reich vgl. Johannes Arndt: Das Heilige Römische Reich und die Niederlande 1566 bis 1648. Politisch-konfessionelle Verflechtung und Publizistik im Achtzigjährigen Krieg, Köln u.a. 1998.

141 Einzelheiten bei Eva-Maria Schnurr: Religionskonflikt und Öffentlichkeit: eine Mediengeschichte des Kölner Kriegs (1582 bis 1590), Köln u.a. 2009, S. 53–88.

142 Münster, Landesarchiv, Abt. Westfalen, D 214a (= Dep. Stadt Unna, Urkunden), Nr. 491.

143 Vgl. Felix Stieve: Zur Geschichte der Herzogin Jakobe von Jülich, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 13 (1877), S. 1–197, hier S. 10–18.

144 Eingehend dazu die Beiträge in Manfred Groten (Hg.): Der Jülich-Klevische Erbstreit 1609: seine Voraussetzungen und Folgen, Düsseldorf 2011.

um“.¹⁴⁵ Aber die Unterschiede, zumal auch die konfessionellen, blieben zu groß. Und so stand eine Zeit lang das Alte Reich bereits 1610, als Wolfgang Wilhelm – unterstützt durch den Fürsten- und Städtebund der Protestantischen Union – das brandenburgisch-preußisch besetzte Jülich belagerte, am Ausbruch eines großen länderübergreifenden Krieges, der auch das verbündete Ausland mit einbezogen hätte. Doch dann kam alles anders: Am 10. Mai 1614 wurde der französische König Henri IV. ermordet, wodurch die französische Unterstützung für den Pfalz-Neuburger wegbrach, der daraufhin verhandeln musste. 1614 einigten sich die *Possidierenden* in Xanten schließlich auf eine Teilung der Erbländer.¹⁴⁶

Mit dem Vertrag von Xanten waren das Herzogtum Kleve und die Grafschaft Mark endgültig an Kurbrandenburg gefallen, jenes weit entfernte Territorium im Osten, das sich im Laufe der folgenden beiden Jahrhunderte anschicken sollte, zu einem der mächtigsten Staaten Europas aufzusteigen und dann nicht mehr „Kurbrandenburg“ zu heißen, sondern nur noch „Preußen“.

Damit war das Land zwischen Ruhr und Lippe weitgehend unter einer Herrschaft vereint, lediglich das Hochstift Münster ragte noch bis zu dessen Auflösung im Reichsdeputationshauptschluss 1803 wie ein Keil in die neue Westprovinz hinein. Daneben störten nur noch einige kleine Herrschaften wie die Grafschaft Limburg (die der berühmte westfälische Landeshistoriker Dietrich von Steinen 1755 einen bloßen „Abspliß von der Grafschaft Mark“ nannte)¹⁴⁷ oder die gefürstete Abtei Essen die flächenmäßige Abrundung.

Der Dreißigjährige Krieg als Motor der Transformation

Der Dreißigjährige Krieg hat Westfalen und das Rheinland in sehr unterschiedlicher Stärke belastet. An Ruhr, Lippe und Emscher waren es weniger Kampfhandlungen als vielmehr die ständigen Einquartierungen und Kontributionszahlungen, die die lokale Bevölkerung unter massiven ökonomischen Druck setzten.¹⁴⁸ Denn die Region war ein bevorzugter Rückzugsraum für die verfeindeten Parteien, die Hellwegzone ein regelmäßiges Durchzugsgebiet zwischen den Fronten. Das blieb auch für die Landwirtschaft nicht ohne Folgen. Besonders schwere Bevölkerungsverluste brachten eine Hungersnot 1628/29 sowie die Pestwellen Mitte der 1630er Jahre. Insgesamt aber scheint die Region nördlich der Ruhr weniger betroffen gewesen zu sein als das obere Sauerland. Davon zeugen Amtsberichte, die 1650 aus den Ämtern und Gerichten der Mark erhoben und nach Kleve gesandt wurden. Während in diesem Zusammenhang etwa aus dem Kirchspiel Lüdenscheid berichtet wurde, dass *wegen Kriegsverderbens und großer untreglicher Lasten von etlichen Gütern die Leuthe auß Armuth verwiechen und die Güter wueste ligger lassen*,¹⁴⁹ fehlen ähnlich drastische Schilderungen in den Berichten aus den Ämtern Bochum, Blankenstein und Wetter – gleichwohl es auch dort nicht ohne Beschwerden, etwa *der vielfältigen Dienste halber* abging.¹⁵⁰ Und auch hier drückte die Schuldenlast enorm. In (Witten-)Bommern beispielsweise waren von den zehn Höfen und elf Kotten der Bauernschaft 1645 nur zwei schuldenfrei.¹⁵¹ Missernten, von denen 1651, vor allem aber in den 1660er Jahren mehrfach berichtet wird, taten ihr Übriges.¹⁵²

Bei all dem griffen die preußischen Landesherren zunächst nur wenig schützend und noch weniger steu-

¹⁴⁵ Der Dortmunder Rezess ist gedruckt in: Gottfried Lorenz (Hg.): Quellen zur Vorgeschichte und zu den Anfängen des Dreißigjährigen Krieges, Darmstadt 1991, S. 81–85.

¹⁴⁶ Edition: ebd., S. 177–185.

¹⁴⁷ Vgl. dazu Harm Klueting: „Daß sie ein Abspliß von der Grafschaft Mark ist, daran ist kein Zweifel.“ Die Grafschaft Limburg vom 13. bis zum 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark 93/94 (1995), S. 63–126.

¹⁴⁸ Einzelheiten dazu bei Ralf-Peter Fuchs: Der Dreißigjährige Krieg und die Grafschaft Mark, in: Märkisches Jahrbuch für Geschichte 100 (2000), S. 103–138.

¹⁴⁹ Duisburg, Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, Kleve-Mark Akten, Nr. 605.

¹⁵⁰ Ebd., Nr. 609.

¹⁵¹ Heinrich Schoppmeyer: Witten: Geschichte von Dorf, Stadt und Vororten, Bd. 1, Witten 2012, S. 158 f.

¹⁵² Einzelheiten und Nachweise bei Reininghaus, Vorindustrielle Wirtschaft, Bd. 1, S. 334 f.

ernd-unterstützend ein, sodass man zu Recht von einer Art „Herrschaftsvakuum“ an Ruhr und Lippe in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts sprechen könnte.¹⁵³ So hinterließ der Krieg das Ruhrgebiet nach den Friedensschlüssen von Münster und Osnabrück 1648 in einer tiefen ökonomischen Krise – was eine entsprechende Missstimmung vor Ort schürte. Ihre Beschwerden, die sogenannten *Gravamina*, brachten die märkischen Landstände 1653/54 sogar auf dem Regensburger Reichstag vor.¹⁵⁴ Letztlich ging die Frontstellung zwischen Ständen und Landesherrn so weit, dass man sogar die Notwendigkeit einer Landesherrschaft grundsätzlich in Frage stellte. Erst die 1660er Jahre brachten einen in zähem Ringen ausgefeilten Ausgleich.¹⁵⁵ Dazu gehörten auch weite Zugeständnisse an die Ritterbürtigen des Raumes, die sich für ihre Kooperation mit dem fernen Landesherrn teils weit ausgedehnte Gerichtsherrschaften sicherten, die geradezu kleine Inseln in der preußischen Landesherrschaft darstellten. Dazu zählten etwa Eickel unter den Herren von Strünkede zu Dorneburg oder das Haus Langendreer, wo die Herren von Borg saßen.

Zugleich nahmen nach dem Dreißigjährigen Krieg die bürgerlichen Elemente starken Aufwind, wobei auch der preußische Verwaltungsapparat mit seinen Personalbedürfnissen eine Rolle spielte. In diesem Zusammenhang ist auch die Gründung der Universität Duisburg im Jahre 1655 zu sehen.¹⁵⁶ Zwar hatte sich schon ziemlich genau 100 Jahre zuvor Herzog Wilhelm um eine Hochschulgründung vor Ort bemüht, das Projekt war aber aus bis heute nicht ganz geklärten Gründen gescheitert.

Die Grafschaft Mark und mit ihr das Ruhrgebiet blieben lange Nebenländer der von Kleve aus regierten Westprovinz. Wesel, Duisburg und Ruhrort mit ihrer Anbindung an Rhein, Lippe und Niederlande waren für das merkantile Preußen weit interessanter als der agrarische Osten der Provinz. Auch die 1723 neu eingerichtete Kriegs- und Domänenkammer, die für die Verwaltung der staatlichen Güter (daher „Domänenkammer“) sowie für die Erhebung der Steuern und Abgaben für das stehende Heer (daher „Kriegskammer“) zuständig war, bezog ihren Sitz zunächst in Kleve. Ihr wurde 1767 aber eine Kammerdeputation in Hamm an die Seite gestellt, die 1787 zur eigenständigen Kriegs- und Domänenkammer erhoben wurde, weil man auch in Berlin die gewerbliche Potenz der südlichen Grafschaft zu sehen begann – aber auch, weil jede Menge Aufbauarbeit zu leisten war.¹⁵⁷

Das Land an Ruhr und Lippe in den Konflikten des 18. Jahrhunderts

Tatsächlich war das 18. Jahrhundert keine ruhige Zeit an Ruhr und Lippe. Insbesondere der Siebenjährige Krieg (1756–1763), den man mit seinem komplexen Bündnisgewirr und seinen Stellvertreterkriegen in den Kolonien mit Fug und Recht den ersten „Weltkrieg“ genannt hat, zog auch Westfalen mit in seinen unheilvollen Bann.¹⁵⁸ Aber schon die unmittelbaren Jahrzehnte nach dem Westfälischen Frieden sollten keine Ruhe bringen. Denn Kleve und Mark blieben wesentliche Durchzugsgebiete für die französischen Truppen, die im Krieg gegen die junge Republik der Niederlande standen. Der neue

153 Becher, Herrschaft und autonome Konfessionalisierung, S. 51–67.

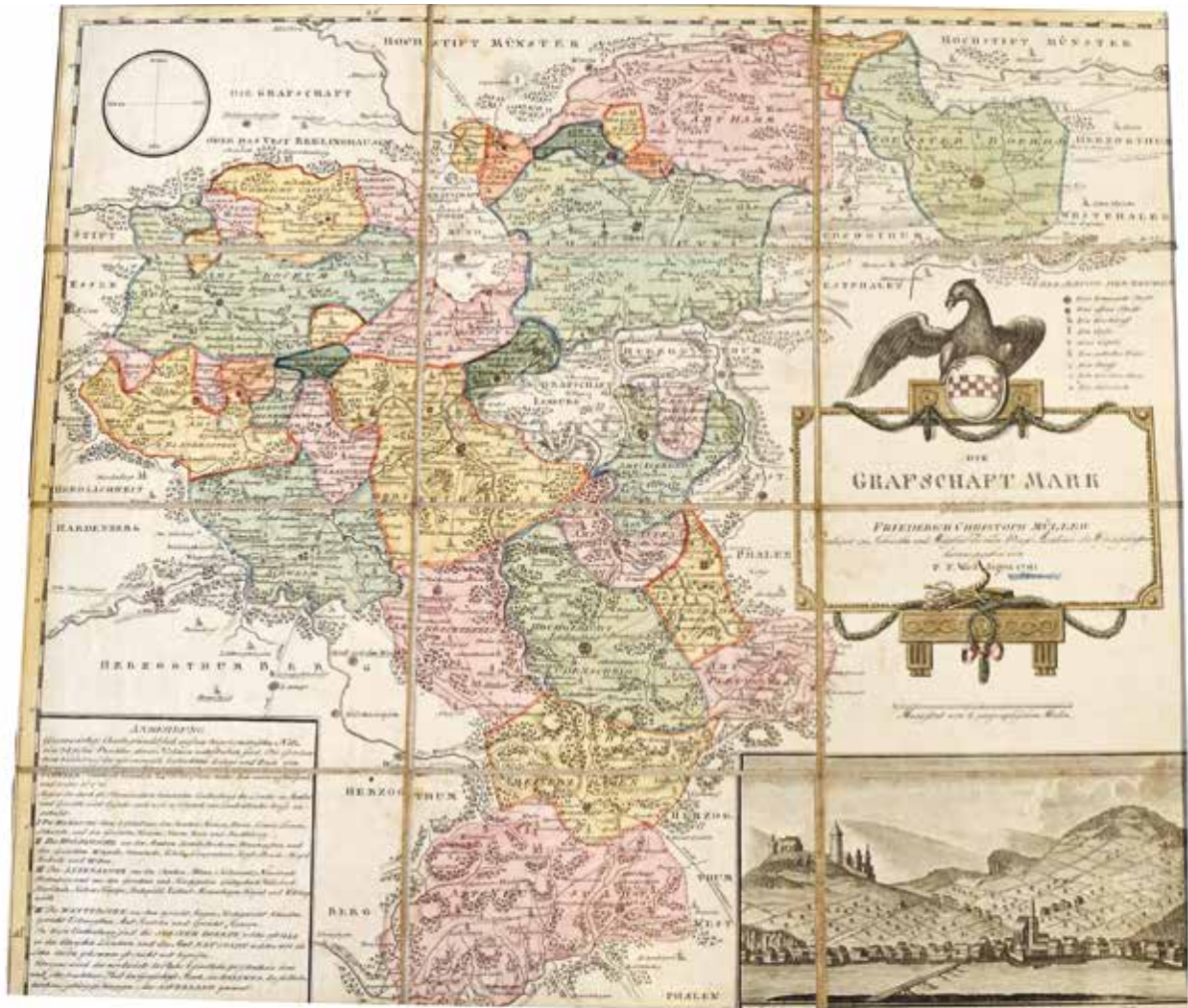
154 Gedruckt bei Johann Gottfried von Meiern: *Acta comitialia Ratisbonensia publica, oder Regensburgische Reichstags-Handlungen und Geschichte von den Jahren 1653 und 1654*, beschreiben, Bd. 1, Göttingen 1738, S. 414–428.

155 Einzelheiten bei Otto Höttsch: *Stände und Verwaltung von Cleve und Mark in der Zeit von 1666 bis 1697*, Leipzig 1908.

156 Einzelheiten bei Dieter Geuenich/Irmgard Hantsche (Hg.): *Zur Geschichte der Universität Duisburg 1655–1818*, Duisburg 2007.

157 Zur Verwaltungsgeschichte vgl. Franz Böckenholt: *Zur Geschichte der königlich-preußischen Provinzialverwaltungsbehörde der ehemaligen Grafschaft Mark zu Hamm (Westf.)*, Münster 1912.

158 Marian Füssel: *Der Siebenjährige Krieg. Ein Weltkrieg im 18. Jahrhundert*, 2. durchges. Aufl., München 2012. Zu den Auswirkungen auf das Ruhrgebiet vgl. Horst Carl: *Okkupation und Regionalismus. Die preußischen Westprovinzen im Siebenjährigen Krieg*, Mainz 1993; Leonhard Dorn: *Der Siebenjährige Krieg (1756–1763)*, in: Klaus Basner (Hg.): *Unna. Historisches Portrait einer Stadt, Bönen 2014*, S. 287–301 und Maria Perrefort: „Man hörte in den Tagen nichts als Heulen und Schreien in der Stadt“. Hamm im Siebenjährigen Krieg (1756–1763), in: *Der Märker* 53 (2004), S. 26–35. Eindrucksvoll aus dem benachbarten Sauerland sind auch die Quellenauszüge bei Erika Richter: 1756 bis 1763: Chronisten berichten von den Drangsalen der Menschen im Herzogtum Westfalen während des Siebenjährigen Krieges, in: *Jahrbuch Hochsauerlandkreis* 22 (2006), S. 92–102.



Die Grafschaft Mark, gezeichnet von Friedrich Christoph Müller; Kupferstich von 1791.
Sammlung Bergischer Geschichtsverein e. V.

Krieg verursachte eine neue Inflationswelle und brachte die Landwirtschaft, die ohnehin mit schlechten Witterungsverhältnissen zu kämpfen hatte, in große Not. Anfang der 1760er Jahre erreichten die Getreidepreise ihren Höchststand für das gesamte Jahrhundert.¹⁵⁹ Die Folgen trug nicht nur das landwirtschaftliche Gewerbe, sondern sie waren in ganz Westeuropa zu spüren. In Iserlohn kam es zu Konkursen mehrerer größerer Handelshäuser ebenso wie bei ihren Geschäftspartnern in Berlin oder Amsterdam.¹⁶⁰

Erst in den späteren 1770er Jahren, nach einer europäischen Versorgungskrise mit Hungersnöten an vielen Orten Anfang des Jahrzehnts, erholte sich die Wirtschaft wieder.¹⁶¹ Das galt insbesondere für die gewerbliche Produktion, die weit weniger nachhaltig vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden war. Wie schnell sich entsprechend auch die gesamte Region zu erholen schien, zeigt deutlich, dass sich das Ruhrgebiet bereits merklich anschickte, dem märkischen Sauerland (das bis weit ins 19. Jahrhundert noch „Süderland“ genannt

¹⁵⁹ Carls, Okkupation und Regionalismus, S. 339–341.

¹⁶⁰ Wilfried Reininghaus: Die Stadt Iserlohn und ihre Kaufleute (1700–1815), Dortmund 1995.

¹⁶¹ Wichtiges Material dazu stellen Meinolf Nitsch/Rita Gudermann (Hg.): Agrarstatistik der Provinz Westfalen, 1750–1880, Paderborn 2009 zusammen.

wurde) als Gewerbe- und spätere Industrieregion nachzueifern. Der als gut informierter Lokalhistoriker nicht unbedeutende Elseyer Pfarrer Johann Friedrich Möller etwa konstatierte 1798 im *Magazin für Westfalen* – einer der wichtigen Zeitschriftenneugründungen, die für die Dispersion neuer Ideen, Technologien und Kenntnisse im Sinne der Ökonomischen Aufklärung sorgten:¹⁶²

„Nach dem Siebenjährigen Kriege fing in der Kulturgeschichte der Grafschaft Mark eine neue glänzende Periode an. Von dem an hat sich in ihr alles verbessert. Noch immer steigt der allgemeine öffentliche Wohlstand, ob er gleich eine Höhe wie niemals erreicht hat.“¹⁶³

Tatsächlich trat die Grafschaft Mark insgesamt im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts in eine lang andauernde Wachstumsperiode ein. Daran hatte freilich das expandierende Kleinmetallgewerbe südlich der Ruhr einen wesentlichen Anteil.

7. Bauern, Kötter und Ackerbürger: dörfliches und kleinstädtisches Leben in der frühen Neuzeit

Der Raum zwischen Ruhr und Lippe war und blieb bis in das heranziehende Industriezeitalter hinein ein Kornland. Der zuvor schon erwähnte Elseyer Pfarrer Möller etwa lobte die Bodenqualität insbesondere längs des Hellwegs in hohen Tönen, weil sie „mit den fruchtbaren Kornländern Deutschlands von jeher wetteiferte und viele übertraf“.¹⁶⁴

Tatsächlich kann insbesondere das 16. Jahrhundert zwischen Ruhr und Lippe als eine durchaus prosperie-

rende Zeit beschrieben werden – im Gegensatz zur älteren westfälischen Landesgeschichte. Nicht nur fällt in diese Jahre, wie gleich noch näher zu beleuchten sein wird, der Beginn der Steinkohlenförderung, es ist vielmehr trotz „Kleiner Eiszeit“ auch eine Boomphase für den Ackerbau, der nicht nur die expandierende Gewerbelandschaft des märkischen Sauerlands südlich der Ruhr beliefert hat, sondern dessen Überschüsse über die Märkte der Hellwegzone überregional verhandelt wurden. Dabei schoben sich immer mehr die kleineren und mittleren, etwas abseits gelegenen Städte wie Hattingen, Witten oder Schwelm vor die großen alten Hansestädte unmittelbar am Hellweg. Sie profitierten von der Entstehung einer marktorientierten Landwirtschaft, an der sich durchaus nicht nur Großbauern, sondern auch Adlige beteiligten, und die eine Kette von Getreidemärkten längs der Ruhr versorgte, zu denen sogar Anbieter aus dem Münsterland mit ihren Produkten anreisten.¹⁶⁵

Kornland und „Ackerbürgerstädte“ an der Ruhr

In den Jahren um 1800 war Westfalen ein Agrarland. Mehr als drei Viertel der rund eine Million Köpfe umfassenden Bevölkerung lebten damals noch auf dem Land. In der Grafschaft Mark, der mit Abstand bevölkerungsreichsten Region der Provinz Westfalen, lag das Verhältnis etwas niedriger, aber immer noch bei gut zwei Dritteln.¹⁶⁶

Die oben beschriebenen Veränderungen der Grundherrschaft im ausgehenden Mittelalter hatten für die Bauern an Ruhr, Emscher und Lippe insgesamt wohl eine Stärkung ihrer Position zur Folge. Neben die aus dieser Zeit stammenden Voll- und Halbbauern, die über Nutzungsrechte an der Allmende – der „Mark“, wie diese in Westfalen hieß – verfügten, traten im Zuge des frühneuzeitlichen Bevölkerungswachstums neue bäu-

162 Zum Konzept der „Ökonomischen Aufklärung“ vgl. Marcus Popplow: Die Ökonomische Aufklärung als Innovationskultur des 18. Jahrhunderts zur optimierten Nutzung natürlicher Ressourcen, in: ders. (Hg.): Landschaften agrarisch-ökonomischen Wissens. Strategien innovativer Ressourcennutzung in Zeitschriften und Sozietäten des 18. Jahrhunderts, Münster 2010, S. 3–48.

163 [Johann Friedrich Möller]: Ueber eine in der Grafschaft Mark sehr gewöhnliche Art der Bauerngüter, in: *Magazin für Westfalen* 3 (1798), S. 520–584, hier S. 539. Zu Möller und seinem Wirken vgl. Wilfried Reininghaus: Die historischen Arbeiten des Elseyer Pfarrers Johann Friedrich Möller. Ein Beitrag zur westfälischen Landesgeschichtsforschung um 1800, in: *Westfälische Zeitschrift* 144 (1994), S. 135–165.

164 Johann Friedrich Möller: Woher kam es, daß zur Zeit des hanseatischen Bundes in den Ackerstädten des Hellwegs die Manufakturen blüheten?, in: *Magazin für Westfalen* 2 (1797), S. 97–112, hier S. 102.

165 Michael Kopsidis: Agrarentwicklung. Historische Agrarrevolutionen und Entwicklungsökonomie, Stuttgart 2006, S. 277–376.

166 Eine landschaftlich differenzierte, tabellarische Darstellung bei Reininghaus, Vorindustrielle Wirtschaft, S. 104 f. (Tab. 1).

erliche Schichten. Diese ökonomisch und sozial mindergestellten Kleinbauern nennt man Kötter. Sie verfügten durchaus über kleine eigene Hofstellen, aber in der Regel über keine Nutzungsrechte an der gemeinsamen Hofflur. Manche von ihnen stammten aus vollbäuerlichen Familien, erhielten aber als Nachgeborene nur einen Kotten als Versorgungsstelle.¹⁶⁷ Diese Gruppe wird oft als *Erbkötter* bezeichnet. Andere, insbesondere Zugezogene, konnten sich nur noch an den Randlagen der Dörfer auf schlechten Böden ansiedeln. Der Rand heißt im Westfälischen *brink*, deshalb nennt man diese Bauern oft *Brinkkötter* oder *Brinksitzer*. In den späteren preußischen Statistiken des 18. Jahrhunderts werden sie gesondert aufgeführt, sodass man sich ein recht gutes Bild von der sozialen Differenzierung in einzelnen Dörfern und Gebieten machen kann. Ebenfalls gesondert ausgewiesen werden die sogenannten *Heuerlinge*, die über gar keinen eigenen Besitz verfügten, sondern zur Miete wohnten. In den Steuerlisten schließlich wird zwischen den *Kontribuablen*, jenen also, die die Steuern (*Kontributionen*) vollumfänglich zahlen konnten und mussten, und den *Inkontribuablen*, also den Steuerbefreiten, unterschieden, die über keinen Grundbesitz verfügten, sondern als *Nahrungstreibende* einem Gewerbe oder einer Anstellung, etwa als Lehrer, nachgingen.

Betrachtet man die soziale Verteilung dieser bäuerlichen Schichten im innerwestfälischen Vergleich, so fällt auf, dass gegenüber Paderborn, Minden-Ravensburg oder dem Tecklenburger Land das Verhältnis zwischen den alten Voll- und Halbbauern gegenüber den Köttern und den unterbäuerlichen Schichten erstaunlich ausgewogen war.¹⁶⁸ Auffällig ist weiterhin das Ansteigen der Inkontribuablen in der zweiten Hälfte des

18. Jahrhunderts in vielen vorstädtischen Orten längs der Ruhr, etwa in Witten oder Herbede. Man kann daran das Ansteigen des Dienstleistungssektors erkennen, wie er für eine zunehmende Urbanisierung und steigende gewerbliche Produktion typisch ist.¹⁶⁹ Tatsächlich kann man dann im 19. Jahrhundert auch stärkere Veränderungen bei den Bodenbesitzverhältnissen sehen.¹⁷⁰ In den Städten selbst, etwa in Dortmund, scheinen die Verhältnisse in diesen Jahren dagegen relativ stabil geblieben zu sein.¹⁷¹

Der ländlichen Prägung Westfalens entsprach auch das mäßige Wachstum der Städte in der frühen Neuzeit. Um 1800 brachte es lediglich Münster auf mehr als 10.000 Einwohner:innen, Dortmund und Duisburg kamen beide wohl nicht einmal auf 5.000, Städte wie Bochum, Hattingen oder Schwerte dürften im Verlaufe der Frühen Neuzeit kaum je die 2.000er-Grenze erreicht haben. Man hat die beschaulichen Kleinstädte an der Ruhr deshalb traditionell oft als „Ackerbürgerstädte“ bezeichnet. Das ist ein Begriff, der auf den Soziologen Max Weber und damit in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts zurückgeht, mit dem er eine Stadt bezeichnet wissen wollte, deren Bewohner:innen den wesentlichen Teil ihres Lebensunterhaltes aus der Landwirtschaft bezogen.¹⁷² Von außen mag das auf den ersten Blick den Eindruck haben. Schließlich blieb das Ruhrgebiet ja noch bis in die beginnende Hochindustrialisierung hinein ein „Revier der großen Dörfer“. ¹⁷³ Tatsächlich weckt der Begriff aber oft falsche Vorstellungen. Denn der agrarische Charakter solcher Städte zeigte sich typischerweise nicht in marktorientierten Landwirtschaftsbetrieben, sondern in der traditionellen Selbstversorgung vieler Haushaltungen innerhalb der städtischen Gemarkung,

¹⁶⁷ Siehe dazu auch den Beitrag von Nicolai Hannig in diesem Band.

¹⁶⁸ Reininghaus, Vorindustrielle Wirtschaft, S. 107 (Tab. 2).

¹⁶⁹ Vgl. dazu etwa Schoppmeyer, Witten, Bd. 1, S. 184–186. Differenzierte Einzelbeobachtungen zu allen Dimensionen der Bevölkerungsentwicklung bei Gisela Lang: Ländliche Bevölkerung der Grafschaft Mark, 1680 bis 1750, Dortmund u.a. 2012.

¹⁷⁰ Friedhelm Meier: Die Änderung der Bodennutzung und des Grundeigentums im Ruhrgebiet von 1820 bis 1955, Bad Godesberg 1961.

¹⁷¹ Vgl. Karin Schambach: Stadtbürgertum und industrieller Umbruch: Dortmund, 1780–1870, München 1996, S. 31 mit entsprechendem Zahlenmaterial.

¹⁷² Kurt-Ulrich Jäschke: Ackerbürger, Ackerbürgertum, Ackerbürgerstädte, in: ders./Christhard Schrenk (Hg.): Ackerbürgertum und Stadtwirtschaft. Zu Regionen und Perioden landwirtschaftlich bestimmten Städtewesens im Mittelalter, Heilbronn 2002, S. 247–278.

¹⁷³ Detlev Vonde: Revier der großen Dörfer. Industrialisierung und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet, Essen 1989. Eindrucksvolle Beschreibungen aus einer Kindheit und Jugend an der Ruhr zwischen 1855 und 1876 auch bei Hiram Kümper/Dieter Wegener: Ernst Ehrhardt – Dombaumeister. Ein Architektenleben zwischen Preußen und Bremen, Bremen 2022, S. 44–96.

deren Hausvorstände aber durchaus noch einem anderen Lebensunterhalt nachgingen. Der als Schriftsteller einigermaßen berühmte Arzt Carl Arnold Kortum notierte etwa 1790 in der Beschreibung seiner Wahlheimatstadt Bochum, jeder Bürger, „sey er vornehm oder geringe, hat eine oder mehrere Kühe; die ärmsten haben wenigstens eine Ziege“.¹⁷⁴ Das Halten von Kühen selbst in gutbürgerlichen Haushalten war allerdings in dieser Zeit überhaupt nicht ungewöhnlich und so auch in größeren Städten und in anderen Regionen Deutschlands anzutreffen. Etwas spezifischer war dagegen die Nutzung der stadtnahen Wiesen durch auswärtiges Vieh, das auf die großen Märkte der Region getrieben wurde. Noch um 1800 stellten regelmäßig Landwirte aus dem Raum Versmold ihr Vieh als *Gelt-* oder *Gästevieh* auf die saftigen Fettwiesen an Ruhr und Lippe.¹⁷⁵

Für die Viehhaltung zur Eigenversorgung der Bürger:innen stand allen Bürgerrechtsinhabern die Allmende zur Verfügung. In Bochum trieb noch bis 1870 ein städtisch besoldeter Kuhhirt das bürgerliche Vieh auf die *Vöde*, wie es hier hieß.¹⁷⁶ Später musste diese genossenschaftlich genutzte Allmende endgültig der neuen Zeit und damit dem Stadtpark – nach dem Essener Stadtpark der zweite im ganzen Ruhrgebiet – Platz machen. Das war aber für die meisten Bochumer:innen kein großer Verlust mehr: Kam zu Beginn des 18. Jahrhunderts noch eine Kuh auf drei Einwohner:innen (400 auf 1.163), zählte man 1860 nur noch 133 Kühe auf die exponentiell gewachsene Einwohnerzahl von fast 10.000. Gerade die vielen zugezogenen Industriearbeiter besaßen bestenfalls noch eine Ziege; die meisten nicht einmal das. So war der Beschluss für die Abschaffung der *Vöde* rasch gefasst. Einige allerdings protestierten – darunter ein Gastwirt mit einem heute nicht ganz unbekannten

Namen, der die Stadt über drei Instanzen, aber letztlich erfolglos *auf Gewährung einer Weide für seine Kuh* verklagte: Moritz Fiege.¹⁷⁷ Dem letzten städtischen Kuhhirten Fritz Kortebusch haben die Bochumer 1908 ein Denkmal gesetzt, das heute noch unmittelbar bei der Pauluskirche an die „ackerbürgerliche“ Zeit der Stadt erinnert.

Eine markante Gewerbelandschaft wie die Leinenregionen des Münsterlandes oder die Metallindustrie des märkischen Sauerlandes konnte sich im Ruhrgebiet vor 1800 nicht entwickeln; nicht einmal der beginnende Steinkohlenbergbau kann zu dieser Zeit schon als markantes Revier bezeichnet werden.¹⁷⁸ Erst im 18. Jahrhundert begann die preußische Regierung gezielte Anwerbemaßnahmen, um Handwerker in Mangelberufen ins Land zu holen. Dazu wurde Steuerfreiheit, insbesondere aber auch die Befreiung von Einquartierungen und *Servis*, also von militärischen Lasten, zugesagt.¹⁷⁹ Erfolgreich waren diese Maßnahmen freilich vor allem im ländlichen Handwerk, in der Grafschaft Mark insbesondere in der wachsenden Draht- und Kleinmetallindustrie.

Ein wichtiger Gewerbebranchen war in vielen westfälischen Städten die Brauerei, wobei etwa in Dortmund schon sehr früh gewerbliche Brauerei neben dem überall üblichen Hausbrauen nachzuweisen ist. Lange Zeit viel bedeutender als Bierstadt in der Region war aber Unna; regional konkurrenzfähig scheinen auch die Hammer Biere gewesen zu sein.¹⁸⁰ Ansonsten sind die markanten Gewerbe an Ruhr, Emscher und Lippe eher als örtlich gebundene Schwerpunkte denn als vernetzte Regionen anzusehen. In Schwerte beispielsweise hatte sich seit dem 17. Jahrhundert ein florierendes Bleichereigewerbe entwickelt, das im ausgehenden 18. Jahrhun-

174 Carl Arnold Kortum: Nachrichten vom ehemaligen und jetzigen Zustande der Stadt Bochum, Bochum 1790 (Nachdruck 1990), S. 66.

175 Bernd-Wilhelm Linnemeier (Hg.): Landwirtschaft im nördlichen Westfalen um 1800. Eine Untersuchung des Freiherrn vom Stein aus seiner Mindener Amtszeit, Münster 1994, S. 117.

176 Vgl. dazu Ingrid Wölk: Die *Vöde*, der Stadtpark und das Kuhhirtendenkmal. Großstadtwerdung und Vergangenheitsvergegenwärtigung, in: dies., Hundertsieben Sachen, S. 353–358.

177 Ingrid Wölk: Philipp Würzburger und die Gründung des Stadtparks in Bochum, in: Johannes Völker-Wagner (Hg.): Das Stadtarchiv – Schatzkammer, Forschungsstätte, Erlebnisort. Das Beispiel Stadtarchiv Bochum, Essen 2004, S. 157–162, hier S. 162.

178 Karl Heinrich Kaufhold: Gewerbelandschaften in der frühen Neuzeit (1650–1800), in: Hans Pohl (Hg.): Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 112–202, hier S. 163.

179 Vgl. Gerhard Deter: Rechtsgeschichte des westfälischen Handwerks im 18. Jahrhundert: das Recht der Meister, Münster 1990, S. 102–104.

180 Zahlreiche Einzelnachweise bei Reininghaus, Vorindustrielle Wirtschaft, S. 782–810.

dert dann auch ein wichtiger Abnehmer der Steinkohle werden sollte – wenn auch lange nicht in dem Umfang wie bei den rund 100 Bleichereien rund um Barmen und Elberfeld, zu denen sich regelmäßig *Steinkohlen-Caravannen* hin bewegten.¹⁸¹

Eine stete Herausforderung vormoderner Städte blieb die Brandgefahr.¹⁸² 1517 brannte beispielsweise Bochum fast vollständig nieder, weshalb es kaum mehr mittelalterliche Überlieferung vor Ort gibt. Das war kein Einzelfall: Als 1522 Herzog Johann III. von Kleve auf Huldigungsumritt durch die Mark unterwegs war, empfing er einen Großteil der städtischen Abgeordneten in Hörde. „Die Vorfahren meiner gnädigen Herren“, notierte damals der klevische Kanzlist, „pfl egten auch nach Schwerte und Iserlohn zu reiten, doch die verlangten das zu dieser Zeit nicht – Iserlohn wegen des Stadtbrands und Schwerte wegen der Seuche.“ So traf man sich also in Hörde. Die von den städtischen Abgeordneten mitgebrachten Huldigungsgeschenke fielen allerdings größtenteils magerer aus als sonst: Die Schwerter brachten „eine Kanne, doch nicht so wertvoll. [...] Die von Lünen gaben nichts als etliches an Fisch und entschuldigen sich dafür, weil sie ganz abgebrannt waren. Danach am nächsten Tag kamen die von Lüdenscheid, Breckerfeld und Altena und schenkten gemeinsam zu dritt eine passende Kanne, da auch Breckerfeld und Altena vor kurzem abgebrannt waren.“¹⁸³

In den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhundert kann erneut eine Welle von Stadtbränden ausgemacht werden, die wohl auch mit den steigenden Einwohnerzahlen und der verdichteten Wohnsituation bei gleichzeitig unverändert agrarisch-kleingewerblichen Lebensumständen und Bauweisen zu tun gehabt haben dürfte. Denn just die großen westfälischen Metropolen wie Dortmund, Soest oder Münster blieben in dieser Zeit von

Stadtbränden weitestgehend verschont. Dagegen fielen in Iserlohn (1712), Schwelm (1722), Lüdenscheid (1723), Unna (1723), Breckerfeld (1727) oder Hamm (gleich dreimal hintereinander: 1730, 1734, 1741) teils enorme Stadtflächen dem Feuer zum Opfer. Das löste vielerorts eine dezidierte Stadtplanung aus, die sich von der mittelalterlichen Gewachsenheit löste, Gewerbebetriebe auslagerte und Freiflächen zwischen den Häusern einpflanzte, um Brandrisiken einzudämmen. Damit veränderte sich das Gesicht der Städte bereits kurz vor dem Dämmern des Industriezeitalters nachdrücklich.¹⁸⁴

Bürgerlichkeit und Konsumrevolution am Ende des 18. Jahrhunderts

Mit dem Wachsen der gewerblichen Produktion und der Konzentration von Kapital in städtischen Gruppen entstand auch an Rhein und Ruhr das Bürgertum als treibende soziale Gruppe mit gehörigem Selbstbewusstsein.¹⁸⁵ Zwar blieben die Städte klein und in ihrer politischen Entfaltung eng an die preußische Verwaltung gebunden. Das hinderte aber das Stadtbürgertum nicht daran, sich durch symbolisches Kapital, durch Bildung, Kultur und Mode, seiner selbst zu vergewissern. So setzten sie gerade beim gehobenen lokalen Gewerbe eine Konsumrevolution in Gang, die einen Markt für teurere Importwaren schuf.

Der Gold- und Silberschmied Gerhard Wilhelm Strunck, der 1728 von Dortmund nach Bochum zog, ist – obwohl wir nur wenig über ihn wissen – sozialhistorisch eine aussagekräftige Person dieser Übergangszeit.¹⁸⁶ Er ließ sich in der heutigen Bongardstraße nieder, erwarb eine Braugerechtigkeit und auch ein Stück Land in der Feldmark. Er stellte seine Hausökonomie also genau so auf, wie man es von der traditionellen „Ackerbürgerstadt“ erwartete: in einer Mischung aus Gewerbe

¹⁸¹ Vgl. Michael Fessner: Steinkohle und Salz. Der lange Weg zum industriellen Ruhrrevier, Essen 1998, S. 267.

¹⁸² Lesenswert dazu der Ausstellungskatalog vom Westfälischen Museumsamt (Hg.): Feuer! Stadtbrand in Westfalen, Münster 1990.

¹⁸³ Ferdinand Schmidt: Die Huldigung Herzog Johanns III. von Cleve in der Grafschaft Mark 1522, in: Süderland 13 (1935), S. 64 f. Hochdeutsche Übertragung nach Dieter Scheler in: Tenfelde/Urban, Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 69.

¹⁸⁴ Vgl. dazu den Beitrag von Thomas Spohn: Stadtbrand als Chance: Wiederaufbauplanungen für westfälische Städte vom 17. bis ins 19. Jahrhundert, in: Westfälisches Museumsamt, Feuer!, S. 49–73.

¹⁸⁵ Zur Entstehung des Bürgertums in Deutschland vgl. noch immer Lothar Gall: Bürgertum in Deutschland, Berlin 1989 sowie Thomas Mergel: Die Bürgertumsforschung nach 15 Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001), S. 515–538.

¹⁸⁶ Vgl. dazu Wilfried Reininghaus: Der Bochumer Gold- und Silberschmied Gerhard Wilhelm Strunck und die Anfänge der Konsumgesellschaft in der Grafschaft Mark im 18. Jahrhundert, in: Wölk, Hundertsieben Sachen, S. 105 f.

und Selbstversorgung. Er kam aber auch nicht ohne Grund nach Bochum: Just in den Jahren als Strunck sein Gewerbe in der Stadt aufnahm, zeigt die märkische Gewerbestatistik nämlich den Beginn eines sprunghaften Anstiegs seiner Berufsgenossen – von gerade einmal drei Gold- bzw. Silberschmieden vor 1720 in der gesamten Grafschaft auf 23 in den Jahren um 1800, die nun außerdem schon Gesellen beschäftigten.

Wie sehr bürgerlicher Konsum und dessen Zurschau- stellung im Rahmen von Geselligkeit auch an der Ruhr eine Rolle spielte, kann man dagegen gut am bemerkenswerten Aufschwung Schwelms zum teils sogar überregional bedeutsamen Kurort ablesen. Spätestens 1706 war dort das Wasser einer in der Nähe von Burg Martfeld entspringenden Mineralquelle als Heilwasser erkannt und klug vermarktet worden.¹⁸⁷ Bald wurde ein Brunnenhaus errichtet, um die Mitte des Jahrhunderts siedelten sich dann weitere Wirtschaften, Logierzimmer und Läden mit „Galanteriewaren“ für die zunehmende Besucher:innenzahl an. Ein Brunnenarzt betreute die Gäste. Das wohl imposanteste der damals entstehenden Gasthäuser war das zwischen 1786 und 1796 im klassizistischen Stil erbaute „Haus Friedrichsbad“, das heute noch einen Hotelbetrieb beherbergt.

In genau dieser Zeit verwandelte sich die Heilstätte immer mehr zu einem beliebten Ausflugsziel, sodass „fast noch mehr den Brunnen bloß zum Vergnügen besuchen als der Cur wegen“, wie Pastor Friedrich Christoph Müller 1789 feststellen musste. Ihn sorgte dabei die allzu ausgelassene Freude der Besucher, die leicht in Unsittlichkeiten umschlagen könne – umso mehr am heiligen Sonntag, wo sich offenbar mancher lieber auf den Weg zum Brunnenhaus als zum Gottesdienst machte. „Aus dem frommen Wupperthale strömt sonntags alles hinzu“, spottet wenige Jahre später Johann Moritz Schwager, weil die Ausflügler:innen aus dem sittenstrengen Bergischen Land die Lustbarkeiten im *sodomitischen*

Preußischen genießen wollten. Da half es auch nichts, dass man einen Sommer lang versuchte, „kein Tanzen, kein Springen, keine Music an den Sonntagen“ zuzulassen. Der Schwelmer Brunnen war und blieb ein Ort der Freude – zumindest bis 1882, als die Heilquelle endgültig versiegte. Als Ursache hat man damals schon den Erzbergbau auf den nahen „Roten Bergen“ ausgemacht.

Kein „Ruhrgebiet“ ohne „Süderland“

Die Wiege des Ruhrgebiets steht an der Lenne. So könnte man (über-)pointiert, aber sicher nicht ganz zu Unrecht sagen. Tatsächlich ist die Entstehung des Ruhrgebiets historisch kaum ohne die enge Verbindung zum märkischen Gewerberevier südlich der Ruhr zu verstehen.¹⁸⁸ Denn das kornreiche Land zwischen Ruhr und Lippe erfüllte nicht nur wichtige Zuliefererfunktionen in den kargen Süden und führte zugleich über die Hellwegstädte dessen Eisen und Halbfertigprodukte auf überregionale Märkte ab. Südlich der Ruhr wurden auch Produktionsverfahren und gewerbliche Sozialformen entwickelt, die vorbildlich für den frühen Ruhrbergbau sein sollten. In gar nicht seltenen Fällen wurde hier auch das nötige Kapital gebildet, um in die neuen Industriezweige im Norden zu investieren. Deshalb ist es wichtig, das „Süderland“ – heute nur bekannt (und oft etwas geschmäht) als „Sauerland“ – als wesentliche Bezugsregion für das werdende Ruhrgebiet zu verstehen.¹⁸⁹

Das Süderland hatte sich schon im Mittelalter zu einem der wichtigsten Drahtzentren des Reiches ausgebildet. Iserlohner Kettenhemden wurden europaweit exportiert. Märkischer Osemund und Draht finden sich regelmäßig in den Warenlisten der Händler auf allen großen europäischen Handelswegen, insbesondere auch im hansischen Handel, der Iserlohn über Köln mit Brügge, Antwerpen und später Amsterdam verband.¹⁹⁰

Spätestens seit dem 17. Jahrhundert war das Verhältnis der drei Produktionszentren für Draht – Iserlohn,

187 Einzelheiten bei Gerd Helbeck: Schwelm. Geschichte einer Stadt und ihres Umlandes, Bd. 1, 2. durchges. Aufl., Schwelm 1995, S. 415–427. Von dort stammen auch die folgenden wörtlichen Quellenzitate.

188 Das Folgende nach Hiram Kümper/Daniele Toro: Stabile Bindungen: die südwestfälische Kettenproduktion als eigenwilliger Weg der Industrialisierung, in: Westfälische Forschung 77 (2022), S. 261–292.

189 Vgl. dazu auch Karl-Peter Ellerbrock: Westfalen und das Ruhrgebiet. Eine historische Langzeitbetrachtung, in: ders./Harald Wixforth/Jost Springensguth (Hg.): Freies Unternehmertum und Soziale Marktwirtschaft. 100 Jahre Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe, 100 Jahre Westfälische Wirtschaftsgeschichte, Dortmund/Münster 2021, S. 145–182, hier S. 147 f.

190 Eine knappe aktuelle Synthese gibt Reininghaus, Vorindustrielle Wirtschaft, Bd. 2, S. 571–579.

Altena und Lüdenscheid – allerdings von immer stärkerer gegenseitiger Konkurrenz geprägt.¹⁹¹ Vor allem Altena beschwerte sich regelmäßig bei den beiden anderen Städten, um auf stärkere Gewerbekontrolle zu drängen, oder gleich bei der Landesherrschaft, um die Einhaltung von Lieferkontingenten anzumahnen – so regelmäßig und oft geradezu kleinlich, dass der Wirtschaftshistoriker Wilfried Reininghaus die Reaktionen mit Recht als „nervös“ bezeichnet hat.¹⁹² Mit Iserlohn lag die Stadt sowieso schon seit dem späten 16. Jahrhundert in Dauerstreit über das angebliche Drahtmonopol, das Altena 1518 von Herzog Johann II. nach dem großen Stadtbrand erhalten haben wollte, was die Iserlohner heftig bestritten.¹⁹³ Tatsächlich verbot das Privileg auch lediglich den Wegzug Altenaer Drahtzieher aus der stark zerstörten Stadt. Aber schon einige Jahrzehnte später hatten die Altenaer dieses Privileg zu einem Monopolanspruch umgedeutet, der zwar nie durchgesetzt werden konnte, wohl aber zur landesherrlich befohlenen Stilllegung einzelner *newer dratrollen* in Oberhemer und in der Grüne (heute ein Stadtteil von Iserlohn) führte.¹⁹⁴ Andererseits dehnte Altena seinen wirtschaftlichen Einfluss über die Grenzen von Stadt und Amt hinaus aus, indem es seit 1595 die Evingser Drahtzieher in seine Drahtordnung mit einbezog. Die Iserlohner taten Ähnliches 1686/87 durch die Aufnahme von Drahtziehern aus der Grafschaft Limburg in ihre Zunft.¹⁹⁵

Im selben Jahr begannen die drei Drahtstädte einen Versuch der Annäherung. Die Krise, die sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im Drahtgewerbe abzeichnete, gab auch allen Grund zur Nervosität. Insbesondere der Konkurrenzdruck aus England wuchs im-

mer stärker. So kam es zu einer festen Arbeitsteilung: In Lüdenscheid wurde seit 1686 der grobe Draht produziert, Iserlohn konzentrierte sich auf den feinen und Altena auf alle übrigen Sorten sowie den Stahldraht, woraus sich dann später die Nadelindustrie als besonders florierender Altenaer Produktionszweig entwickeln sollte.

Die märkische Drahtproduktion war relativ kleinteilig strukturiert: Eigentliche Produzenten waren die *Zöger*. Nur eine kleine Schicht von ihnen besaß allerdings tatsächlich eigene Drahtrollen, die meisten pachteten die Anlage, die sie bewirtschafteten, oder sogar nur Teile davon. Auch hier zeigen sich Unterschiede zwischen den drei großen Drahtstädten: Während in Altena und Lüdenscheid viele kleine Gewerbetreibende mit relativ wenig Kapital arbeiteten, waren in Iserlohn viele Produktionsanlagen im Besitz der reichen städtischen Kaufleute.¹⁹⁶

Aus beiden sozialen Gruppen, aus Produzierenden und Handeltreibenden, entstand an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit ein neuer, charakteristisch märkischer Berufsstand: der *Reidemeister*.¹⁹⁷ Er zeichnete sich zunächst durch den Zugriff auf gewisse metall- und eisen-gewerbliche Produktionsanlagen aus. Im Verlaufe der Frühen Neuzeit wurde daraus aber auch ein Rechtstitel: Reidemeister „trieben Reidung“ – und nur sie waren dazu berechtigt. Gemeint sind damit der Ankauf von rohem Eisen und Osemund sowie der Verkauf der daraus hergestellten Halbfertigprodukte. Spätestens im 17. Jahrhundert wurde dieses Recht von den Reidemeistern monopolisiert. Sie schoben sich damit zwischen die *Zöger* als Produzenten und die Kaufleute als Abnehmer.

¹⁹¹ Dazu ausführlich Ferdinand Schmidt: Lüdenscheid – Altena – Iserlohn. Das Verhältnis der drei Drahtstädte untereinander bis zur Einführung der Gewerbefreiheit, Altena 1949, bes. S. 85–110.

¹⁹² Reininghaus, Vorindustrielle Wirtschaft, Bd. 2, S. 587.

¹⁹³ Einzelheiten bei Schmidt, Lüdenscheid – Altena – Iserlohn, S. 7–81. Das besagte Privileg ist gedruckt bei Hermann Flebbe (Hg.): Quellen und Urkunden zur Geschichte der Stadt Altena, Bd. 1, Altena 1967, S. 204 (Nr. 222).

¹⁹⁴ Ebd., S. 300–302 (Nr. 344).

¹⁹⁵ Das sorgte noch Jahrzehnte später für Streit; vgl. dazu Hermann Flebbe: Der Streit um den Beitritt der Limburger Kratzendrahtzieher zum Iserlohner Stapel 1744–1746, in: Der Märker 6 (1957), S. 368–375. Vgl. zudem Wilfried Reininghaus (Hg.): Metallgewerbe und Außenhandel in der Grafschaft Mark 1674–1726: Quellen aus Uppsala und Hagen, Münster 1995, S. 21.

¹⁹⁶ Karl Heinrich Kaufhold: Das Metallgewerbe in der Grafschaft Mark im 18. und frühen 19. Jahrhundert, Dortmund 1976, S. 46–50.

¹⁹⁷ Grundlegend dazu Johannes Bracht: „Reidung treiben“. Wirtschaftliches Handeln und sozialer Ort der märkischen Metallverleger im 18. Jahrhundert, Münster 2006, S. 15 f. und S. 54–58 sowie Michael Scherm: Kleine und mittelständische Betriebe in unternehmerischen Netzwerken: die Reidemeister auf der Vollme im vor- und frühindustriellen Metallgewerbe der Grafschaft Mark, Stuttgart 2009, S. 103–116.

Produziert wurde in einer geradezu klassischen Form des Verlagssystems: Ein „Verleger“ stellt einem Handwerker einen Rohstoff zur Verfügung (er „legt vor“) und verspricht, das daraus entstehende (Halbfertig-)Produkt zu einem vereinbarten Preis abzunehmen. Erste Belege für diese Produktionsform reichen bis ins ausgehende Mittelalter zurück. Sie gilt als typische Erscheinungsform des Frühkapitalismus, bei der sich Arbeit und Produkt immer mehr voneinander entfremdeten und Kapital zu einem wesentlichen Produktionsfaktor wurde. Genau deshalb hatte dieses auf den ersten Blick für alle Beteiligten sehr verlässlich wirkende System auch seine Schattenseiten: Je nach Vertragsgestaltung und je nach Kapitalausstattung des Handwerkers, der jeweils nur einen Arbeitsschritt in der Bearbeitung von Rohstoffen oder Halbfertigprodukten erledigte, konnten ökonomische Abhängigkeiten zwischen ihm und seinem Verleger entstehen. In den Verlagszyklen der Frühen Neuzeit, wie sie etwa in der Textilproduktion immer üblicher wurden, ist das von der Forschung regelmäßig beobachtet worden.

Wann das Verlagssystem auch in die Drahtproduktion Einzug hielt, ist nicht klar festzumachen. Frühe Beschwerden über die Bindekraft des Vorlegens lesen wir an anderer Stelle schon in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Aus dem Siegener Raum etwa klang die Klage, dass „die von Olpe und andere angrenzende Cölnische nicht allein die hammer-, sondern auch die kleinschmidt mit großen summen verlegt und also vast den ganzen handel ihnen, den handwerksgenossen, zum mercklichen nachteil an sich bracht“.¹⁹⁸ Die Reidemeister als Scharnier zwischen Produzenten und Kaufleuten jedenfalls etablierten sich endgültig im Laufe des 17. Jahrhunderts. Schmiede und Zöger durften schließlich selbst keinen Draht einkaufen, sondern nur geschworene Reidemeister – das wurde auch in der ergänzten Lüdenscheider Zunftordnung im Juli 1694 noch einmal ausdrücklich betont, wobei auf preußische Edikte der Jahre 1634 und 1644 verwiesen wurde, die aber schon die ältere Forschung nicht hat nachweisen können.¹⁹⁹

Das Reidungsrecht wurde in diesen Jahren zu einem exklusiven Vorrecht, durch Dritte Draht ziehen zu lassen.

Vor allem im 18. Jahrhundert kann man dann in den Drahtstädten, besonders in Iserlohn, sehen, dass sich die Reidemeister auch im politischen Leben als eigenständige Gruppe etablierten. Reidemeisterdynastien besetzten die Stadträte und pflegten besonders bürgerliche Umgangsformen. Dieser alte „Fabrikantenadel“²⁰⁰ hatte aber doch recht wenig mit den späteren Industrieunternehmern der Region, ihren sozialen Formen und ihrem Selbstverständnis zu tun. Sie waren letztlich doch Vertreter eines ackerbürgerlichen ständischen Alteuropa.²⁰¹

Die märkischen Kohlengewerke nahmen sich die Reidemeister zum Vorbild, empfanden sie aber auch als Konkurrenz. Das kann man etwa aus einer Beschwerde der märkischen Kohlengewerke herauslesen, die diese 1768 an die kurfürstlich-preußische Regierung herantrugen. Im Siebenjährigen Krieg hatten sie, wie andere Gewerbetreibende der preußischen Gebiete auch, besondere Staatskredite gewähren müssen, die nun aber noch immer nicht zurückgezahlt worden waren – im Gegensatz, wie sie sich bitterlich beschwerten, zu jenen, die die (ihrer Wahrnehmung nach) ohnehin schon besser gestellten Reidemeister und Kaufleute aufgebracht hatten:

„Diese Kaufleute, diese Reidemeister geben von ihrem Gewinn und Gewerbe nichts ab, sie bezahlen nur von ihren liegenden Gütern auff dem platten Lande die gewöhnliche Contribution und in denen Städten von der Consumtion die Accise oder stattdessen das jetzo eingeführte Fixum. Wir Gewercke müssen dieses auch praestiren [= entrichten] und bey der Gefahr, der jeder Bergbau unterworfen ist, und bey der großen Zubuße so ansehnliche Berggefälle an Zehnd-, Meß- und Freykuxen-Geld abgeben. Dabei haben jene im Krieg einen überaus großen Gewinn und die Freyheit gehabt, ihre Waaren so hoch wie sie gewolt und gekont haben zu verkauffen. Wir aber haben uns nicht nur an dem gesetzten geringen Preise, sondern

198 Hans Schubert: Geschichte der nassauischen Eisenindustrie von den Anfängen bis zur Zeit des 30-jährigen Krieges, Marburg 1937, S. 209 (Nr. 70).

199 Wilhelm Sauerländer (Hg.): Das Stadt- und Gildebuch, 1682–1809, Lüdenscheid 1954, S. 186.

200 Wilhelm Lüsebrink: Die Osemundindustrie: ein Beitrag zur Industriegeschichte des märkischen Sauerlandes und zur Vorgeschichte der Kartelle, Diss. Univ. Würzburg 1919, S. 22.

201 Vgl. Bracht, Reidung treiben, S. 155 ff.

auch mit der geringhaltigen Mütze müssen begnügen lassen.“²⁰²

Die Konsolidierung der Reidemeister als soziale Gruppe fiel mit einer säkularen Wachstums- und Spezialisierungsphase der märkischen Eisenproduktion bis in die ersten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts zusammen – auch wenn das die Zeitgenoss:innen nicht immer so empfanden.²⁰³ Aber in fast allen Branchen lässt sich eine langfristige Expansion, außerdem ein genereller Bevölkerungs- und Gewerbezuwachs erkennen. Was dagegen fast vollständig stagnierte, war die Eisenproduktion selbst wie überhaupt der Bergbau in der südlichen Grafschaft. In den Jahrzehnten nach dem Dreißigjährigen Krieg griff die preußische Regierung von Berlin und Kleve aus immer regelmäßiger in die eisenverarbeitenden Gewerbe und ihre Selbstorganisation ein.²⁰⁴ Die *Fabrique*, wie man damals die Gesamtheit der Gewerbetreibenden nannte, rückte in den Blick landesherrlicher Wirtschaftspolitik. Noch stärker reguliert wurde dabei von innen, durch die Gewerbetreibenden und ihre Zünfte selbst. Im Laufe des 17. Jahrhunderts wurden überall die Ordnungen überarbeitet, in denen sich die veränderten Umstände spiegeln. So musste etwa auch jeder Osemundschmied einen Eid wie den folgenden ablegen, der nicht nur Treue im Geschäft und bei der Abrechnung mit seinem Verleger, also dem Reidemeister, beschwor, sondern versprach, „das Osemund-Schmiede-Handwerck nicht außer Landes [zu] gebrauchen oder Ausländische solches zu lernen“.²⁰⁵

Die zunehmenden Absprachen und Binnenregulationen waren ein Versuch, auf den steigenden Druck zu reagieren, dem die Reidemeister durch die neue Konkurrenz aus England und die zahlreichen handelshemmenden Kriege im Westen ausgesetzt waren. „An diesen

rauen, öden und gebirgigen Orten wachsen nicht so viele Früchte“, schrieb der Drost Johann Leopold von Neuhoﬀ eindringlich an die Regierung, „dass die Einwohner davon leben, geschweige denn sich kleiden und die Kontributionen abstaten können, daher der Mildgütige Gott zu dessen Ersetzung ihnen diesen Eisenhandel verleihen“. Würde der Staat dieses Gewerbe nicht unterstützen, so sei die gesamte Grafschaft *auf einmal ruiniret*.²⁰⁶ Über das gesamte 18. Jahrhundert hinweg hat man durch gemeinsame Tagungen der Reidemeister und immer neue Regularien, zeitweise durch die Einführung eines Drahtstapels, der nicht nur den Ankauf, sondern auch den gezielten Verkauf und damit die Preise zu steuern versuchte, nach einer genossenschaftlichen Lösung gesucht.²⁰⁷ Es hat nur bedingt geholfen und die Transformation bestenfalls verzögert. Die napoleonischen Kriege und die Einführung der Gewerbefreiheit in den preußischen Westprovinzen 1810 taten ihr Übriges. „Handlung schlecht. Stimmung des Volkes traurig; niedergeschlagen, hoffnungslos, weil einige ganz brotlos sind, die Reidemeister verarmt“, notierte ein zeitgenössischer Beobachter.²⁰⁸

Aber das war eben auch die Zeit, in der sich weiter nördlich das Gesicht der traditionellen Versorgungslandschaft an Ruhr, Emscher und Lippe bereits merklich gewandelt hatte. Bergbau und beginnende Industrie schufen neue Absatzmärkte für Kleiseisenprodukte und boten neue Arbeitsplätze – auch für Menschen aus dem Süderland. Vor allem aber fanden die neuen Betriebe längs von Ruhr und Emscher hier altes gewerbliches Geld, expandierten viele süderländische Unternehmer nun an neue Standorte – durchaus nicht immer bei gleichzeitiger Aufgabe der alten. So verdichtete sich die Verbindung zwischen Süderland und wachsendem Ruhrgebiet eher noch, auch wenn Letzteres sich mit

202 Zitiert nach Heinrich Aschenbach: Geschichte der Clevisch-Märkischen Berggesetzgebung und Bergverwaltung bis zum Jahr 1815, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen in dem preußischen Staate 17 (1869), S. 178–228, hier S. 201 f.

203 Stefan Gorißen: Vom Handelshaus zum Unternehmen. Sozialgeschichte der Firma Harkort im Zeitalter der Protoindustrie (1720–1820), Göttingen 2002, S. 54.

204 Eine sehr gute Zusammenfassung mit weiterer Literatur bietet Reininghaus, Iserlohn, S. 117 ff.

205 Süderland 6 (1928), S. 148.

206 Zitiert bei Wilhelm Däumer: Beiträge zur Geschichte der Industrie der Gemeinde Herscheid, Werdohl 1925, S. 166.

207 Vgl. dazu Brigitte Krins: Osemundprotokolle als Quelle zur Wirtschaftsgeschichte, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 69 (1974), S. 109–202 und Rolf-Dieter Kohl: Zur Geschichte des Altenaer Eisendrahtstapels und seiner Niederlassung, in: Der Märker 35 (1986), S. 191–193.

208 Zit. in Süderland 4 (1926), S. 18.

den Jahren merklich in den Vordergrund drängen sollte. Aber das Fließwasser als Energiequelle, die etablierten gewerblichen Strukturen und der Zugriff auf geübte Arbeitskräfte haben die märkische Metallindustrie südlich der Ruhr noch lange zu einem wichtigen Zulieferer nicht nur des Ruhrgebiets und zu einem vergleichsweise krisenfesten wachsenden Industriestandort gemacht.

Dazu trugen auch neue Technologien bei: 1817 entstand mit der Umwandlung der bereits 1780 gegründeten Blechwalzwerke des Altenaer Landrichters Goecke in Elverlingsen (Werdohl) in das Unternehmen Goecke & Aldehoff das erste Drahtwalzwerk auf dem europäischen Kontinent.²⁰⁹ In den Jahren danach blühten überall in Südwestfalen neue Walzwerke auf.²¹⁰ Wenige Jahre später zog dann auch der Puddelstahl in die Region ein, mit einem ersten Puddelofen 1826 in Wetter an der Ruhr und zwei Jahre später auch im märkischen Nachrodt.²¹¹ Das Puddelverfahren bedeutete endgültig das Aus für die traditionelle Osemundproduktion,²¹² weil mit dieser Methode das Gusseisen sehr effizient über dem Steinkohlenfeuer in seinem Kohlenstoffgehalt reduziert werden konnte. Die alten Osemundhämmer aber wurden teilweise umgerüstet und in die neuen Industrien integriert.

8. Das „Zeitalter der Kohle“ beginnt – eher beschaulich

Die Förderung und Nutzung von Steinkohlen hat an der Ruhr eine lange vorindustrielle Geschichte, aber keine lange vorindustrielle Tradition.²¹³ Vielmehr begleitete sie durch die günstigen Bedingungen oberflächennaher Steinkohlenflöze schon früh das Leben der Menschen längs der Ruhr. Und so tritt das Ruhrgebiet auch eher gemächlich und über eine lange Zeit statt mit einem großen Knall in das „Zeitalter der Kohle“²¹⁴ ein.

Steinkohle an der Ruhr

Die „Wiege des Ruhrbergbaus“ liegt angeblich im Muttental bei Witten.²¹⁵ Hier wurde bereits 1578 Steinkohle abgebaut.

Die überschaubare ökonomische Relevanz des frühen Steinkohlenbergbaus jedenfalls kann man daran ablesen, dass lange Zeit der Bergbauzehnt für die Landesherrschaft keine wesentliche Rolle gespielt zu haben scheint.²¹⁶ Der Markt muss auch ein eher regionaler geblieben sein – was angesichts der wenig ausgebauten Verkehrswege in großen Teilen von Kleve-Mark auch nicht überraschen darf. Landesherrliche Zolleinnah-

209 Vgl. Ernst Voyer: Geschichte der Industrie im märkischen Sauerland, Bd. 2, Hagen 1910, S. 338 ff.

210 Einen Überblick über die Entwicklung der Walzwerke gibt Ernst Voyer: Geschichte der Industrie im märkischen Sauerland, Bd. 3, Hagen 1908, S. 198.

211 Zur Verbreitung des Puddelstahls in der Mark vgl. Hieronymus Bohn: Eisenindustrie im mittleren Hönnetal und der angrenzenden Grafschaft Mark. Ein Beitrag zur letzten Epoche der alten Eisenhüttentechnik bis zum Aufkommen des Puddelverfahrens und der Walzwerke, Diss. phil. Univ. Münster 1935.

212 Über die weitere Entwicklung unterrichtet Burkhard Beyer: Vom Tiegelstahl zum Kruppstahl: Technik- und Unternehmensgeschichte der Gussstahlfabrik von Friedrich Krupp in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Essen 2007.

213 Zur Frühgeschichte des Steinkohlenbergbaus und -handels in der Region vgl. die hervorragende Einleitung von Wilfried Reininghaus: Der märkische Steinkohlenbergbau und Brandenburg-Preußen. Ein Überblick über die Entwicklung bis 1770, in: ders./Joachim Huske/Thomas Schilp (Hg.): Das Muth-, Verleih- und Bestätigungsbuch 1770–1773. Eine Quelle zur Frühgeschichte des Bergbaus, Dortmund 1993, S. 15–54; zudem Fessner, Steinkohle und Salz, sowie die quellenreiche, aber nur im Manuskript gedruckte Untersuchung von Hans Spethmann: Forschungen zur Geschichte des Ruhrbergbaus, Bd. 1 in 2 Teilbänden, Essen 1951.

214 In Anlehnung an Franz-Josef Brüggemeier u.a. (Hg.): Das Zeitalter der Kohle. Eine europäische Geschichte, Essen 2018 bzw. die damit dokumentierte gleichnamige Ausstellung auf Kokerei Zollverein (27. April bis 11. November 2018).

215 Bruno Sobotka: Witten – Wiege des Ruhrbergbaus, Witten 1980. – Vgl. dazu auch Schoppmeyer, Witten, Bd. 1, S. 222–231; Gerhard Koetter: Als Kohle noch Zukunft war. Bergbaugeschichte und Geologie des Muttentals und der Zeche Nachtigall, Essen 2017; ders.: Von Flözen, Stollen und Schächten im Muttental. Ein Wanderführer durch die Bergbaugeschichte an der Ruhr, Essen 2007 und Gunnar Gawehn: Ausgangspunkt Muttental. Die Wiege des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr, in: Bodo Hombach (Hg.): Die Ruhr und ihr Gebiet. Leben am und mit dem Fluss, Bd. 2: Die Ruhr und das Ruhrgebiet. Fluss, Industrieregion, Strukturwandel seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Münster 2020, S. 23–49.

216 Reininghaus, Steinkohlenbergbau, S. 18–22.

men für Kohlenexporte sind durchaus belegt, aber bleiben lange noch sehr überschaubare Erträge.²¹⁷

Abnahme fanden Steinkohlen zunächst vor allem im gewerblichen Bereich, insbesondere bei den Schmieden. In Köln diktierte die Schmiedezunft schon 1397 ihren Mitgliedern, die *Steinkoele veile helten*, den Höchstpreis.²¹⁸ In Soest und Lippstadt behaupteten die Schmiede ein Vorkaufsrecht auf alle eingeführten Steinkohlen.²¹⁹ Und in Unna betätigten sich Ende des 16. Jahrhunderts offenbar Schmiede selbst als Kohlegewerke.²²⁰

Das Schmiedehandwerk war aber nicht der einzige Abnehmer für Steinkohle. In Bochum etwa braute man offenbar 1517 bereits mit Steinkohle.²²¹ Vor allem aber hatten die Salinen mit ihrem hohen Brennstoffbedarf ein großes Interesse an Kohlen. Schon um 1600 stellten die alten Salinen bei Unna von Holz- auf Kohlenfeuerung um – und wurden kurz danach durch ein landesherrliches Ausfuhrverbot für Steinkohle darin unterstützt.²²² Mit der Einrichtung der neuen königlich-preußischen Saline Königsborn 1734 war dann endgültig der Damm für die Steinkohlenfeuerung gebrochen – und zugleich ein wichtiger Impuls für die Stärkung der dafür nötigen Infrastruktur durch eine Schiffbarmachung der Ruhr gegeben.²²³ Das geschah aber erst in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts.

Insgesamt scheint allerdings bereits das 16. Jahrhundert den ersten größeren Nachfrageschub mit sich gebracht zu haben. Ob das an der „Kleinen Eiszeit“, der Verschlechterung des Klimas in Zentraleuropa, gelegen hat, muss Spekulation bleiben. Aber man kann sehen, dass die Nachfrage stieg, was offenbar auch an steigenden Holzpreisen lag. Tatsächlich bemühte sich etwa in den 1580er Jahren der Schwerter Richter Mathias Be-

ckers ausdrücklich wegen aktueller Holzknappheit (weil den *Underthanen, Haußleuthen als auch den Einwohnern zu Schwertte und Westhoven das Brandtholz fast lieb[= sehr teuer] und sie der Kolhen wol bedürfftig*) um die erneute Ertüchtigung seiner Kohlegruben in Syburg.²²⁴

Im späteren 16. Jahrhundert taucht Kohle auch als Heizmittel in den Duisburger Stadtrechnungen auf.²²⁵ Ob sie allerdings auch in Privathaushalten zum Einsatz kam, darüber schweigen die Quellen. Die wenigen Hinweise, die wir aus städtischen Kontexten haben, deuten eher darauf hin, dass man der Kohle skeptisch gegenüberstand. Tatsächlich war sie aber auch für den privaten Gebrauch unter normalen Umständen, wenn keine Holzknappheit herrschte, wohl schlicht zu teuer, zumal die hohen Temperaturen, die man mit Kohlenfeuerung erreichen konnte, im Privatsektor keine Relevanz besaßen. „Die Steinkohlen sind für den geringen Mann zu theuer und zu beschwerlich sich selbige anzuschaffen“, bemerkte noch Ende der 1780er Jahre der pommersche Kameralist Johann Wilhelm von Hobe, der von der preussischen Regierung in die Mark geschickt worden war.²²⁶

Nennenswerten Aufschwung nahm der Kohlenbergbau nach dem Dreißigjährigen Krieg, wobei die Nachrichten darüber durchaus widersprüchlich sind: Einerseits lesen wir immer wieder von der Anlage neuer Gruben, insbesondere in den westlichen Regionen der Mark, in den Ämtern Blankenstein und Wetter. Andererseits blieben die vielen neuen Mutungen, also die Beantragung auf Verleihung der Abbaugenehmigung, oft in der Umsetzung hinter den technischen Möglichkeiten der Zeit. Das jedenfalls bemängelten über Jahrzehnte hinweg die Bergbauexperten, die Preußen in die Westprovinz entsandte. Der Tradition der ländli-

²¹⁷ Vgl. etwa Wingolf Lehnemann: Eine märkische Zollliste von 1573/74, in: *Der Märker* 37 (1988), S. 118–122.

²¹⁸ Heinrich von Loesch (Hg.): *Die Kölner Zunfturkunden nebst anderen Kölner Gewerbeurkunden bis zum Jahr 1500*, Bd. 1, Bonn 1907, S. 154 (§ 16).

²¹⁹ Wilfried Reininghaus: *Zünfte, Städte und Staat in der Grafschaft Mark*, Münster 1989, S. 174 u. 235.

²²⁰ Münster, LAV NRW, Abt. Westfalen, D 002, Nr. 1214.

²²¹ Vgl. Karl Brinkmann: *Geschichte des Brauwesens und der Brauindustrie in Bochum*, in: *Bochumer Heimatbuch* 6 (1954), S. 24–33.

²²² Reininghaus, *Zünfte, Städte und Staat*, S. 29.

²²³ Einzelheiten bei Willy Timm: *Salz aus Unna – von den Brockhauser Salzwerken zu Saline und Bad Königsborn*, 2. überarb. Aufl., Unna 1989.

²²⁴ Münster, LAV NRW, Abt. Westfalen, D 002, Nr. 1217.

²²⁵ Kurt Hofius: *Kohle als Heizmittel im 16. Jahrhundert in Duisburg*, in: *Duisburger Forschungen* 37 (1990), S. 23–26.

²²⁶ Johann Wilhelm von Hobe: *Anweisung zu einer bessern Holzkultur, besonders in der Grafschaft Mark und ähnlichen Ländern*, Münster 1791, S. 96.



Der Bergbau an der Ruhr um 1800. Gemälde von Ernst Stosch, 1937.
Fotoarchiv Ruhr Museum.

chen Ausbeutung oberflächennaher Flöze folgend, würden viele *Pützen* auch jetzt noch *wüst und oede* liegen, weil sie *nicht nach Bergmanier verarbeitet* würden, stand etwa 1707 in einem Protokoll des Oberbergvogtes.²²⁷ Tatsächlich scheiterten die obrigkeitlichen, aber auch oft primär fiskalischen Reformversuche regelmäßig am Widerstand der bisher begünstigten landständischen Adeligen der Mark, die sich vehement gegen die Abgabe des Kohlezehnten sowie die Eingriffe in ihre Grundherrschaft durch landesherrlich bewilligte Mutungen zur Wehr setzten.²²⁸

Ein Meilenstein der preußischen Bergbaupolitik wurde die *Revidierte Bergordnung* von 1766, die einen stärkeren Einfluss des Staates auf die Zechen sicherte.²²⁹ Die Schichtmeister und Steiger vertraten landesherrliche Ansprüche und wurden obrigkeitlich eingesetzt und vereidigt, aber von den Gewerken bezahlt, weshalb sie eine – sicher nicht immer angenehme – Zwischenposition innehatten. Sie durften mit den Gewerken nicht verwandt sein und sollten möglichst unabhängig, vor allem aber „dem Bergamt gehorsam und getreu“ agieren können.

Die Einführung dieser landesherrlichen Experten in die Betriebsführung der Gewerken wird in der Literatur als „Direktionsprinzip“ bezeichnet und durchaus kontrovers beurteilt. Während die ältere Tradition darin vor allem eine Bevormundung der Gewerken und ihrer Wirtschaftsentfaltung sah, betonten andere die Innovationskraft, die etwa durch den Zwang zum Stollenbau in die Region gebracht wurde. 1744 wurde an der Ruhr auf obrigkeitlichen Druck hin mit dem Bau von Erbstollen begonnen, um die Wasserhaltung in den Griff zu bekommen – mit einigem Erfolg. Allerdings führten diese technisch-baulichen Neuerungen auch zur Konzentration von Zechen, weil die vielen kleinen Kötter und Kleinbauern, die mit wenig oder gar keinem Personal oberflächennah schürften, sich an den neuen kostenintensiven Betriebsformen nicht beteiligen konnten.

Dass es zumindest Staatsminister Ludwig Philipp von Hagen bei seinen Bemühungen tatsächlich um die Durchsetzung anderswo längst gängiger Novationen im Bergbau ging, zeigt nicht nur die *Revidierte Bergordnung* selbst, sondern auch das große *General-Privilegium für die Bergleute* aus dem folgenden Jahr, mittels

²²⁷ Zitiert bei Reininghaus, Steinkohlenbergbau, S. 27.

²²⁸ Ausführlich zu diesem Konflikt Fessner, Steinkohle und Salz, S. 85–89.

²²⁹ Druck bei Johann Josef Scotti (Hg.): Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem Herzogtum Cleve und in der Grafschaft Mark über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege ergangen sind, Bd. 3, Düsseldorf 1826, S. 1697–1776 (Nr. 1933).

dessen man auswärtige Bergleute mit ihrer Erfahrung in die Region holen wollte.²³⁰ Versprochen wurden darin attraktive Bedingungen wie eine mehrjährige Steuer-, vor allem aber die Werbefreiheit, also der Schutz vor dem Militärdienst. Ein weiterer Anreiz, der Menschen in den Bergbau ziehen sollte, wurde gegen den massiven Widerstand der Gewerken 1767 ebenfalls gegründet: die Knappschaft als Instrument der sozialen Absicherung für die Bergmänner.²³¹

Ein ganz wesentlicher Faktor für die gezielte staatliche Förderung des Steinkohlenbergbaus war die Sorge vor der Holzknappheit – ein Thema, das das 18. Jahrhundert ungemein umtrieb.²³² Denn das „hölzerne Zeitalter“ war auf diesen Brennstoff genauso fundamental angewiesen wie auf das Wasser als kinetische Energiequelle. Warnungen vor Holzknappheit hat es in der Grafschaft Mark entsprechend schon seit dem 16. Jahrhundert gegeben, ohne dass man jedoch wirklich existenzgefährdende Ausmaße ausmachen könnte. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts scheinen dann die Wachstumsgrenzen der regionalen Wirtschaft unter den Bedingungen der zur Verfügung stehenden Energiequellen langsam erreicht worden zu sein. Während man daraufhin im Kurkölnischen seit 1786 eine umfassende Umforstung, die Umstellung von Laub- auf Nadelwald, unternahm, was bis heute die Landschaft des Hochsauerlands prägt, setzten die preußischen Behörden auf die Förderung der märkischen Steinkohle als alternativem Brennstoff.²³³

Die Sorge um den Holzbestand verlor man darüber aber nicht aus dem Blick. Noch 1790 sandte man den Ka-

meralisten Johann Wilhelm von Hobe in die Mark, um ein Gutachten zu verfassen, wie die dortige Holzkultur in besseren Schwung gebracht werden könne, der aber an den lokalen Bauern und ihrem Mangel an Verständnis schier zu verzweifeln schien.²³⁴ Das Beharren auf den alten Holzberechtigungen in den eigentlichen, dem landesherrlichen Willen nach längst aufzulösenden Marken blieb noch lange Zeit ein ganz vitaler Streitpunkt, obschon die Nutzung des Holzes durch die lokalen Bauern sehr unterschiedlich ausfiel und immer wieder beklagt wurde, dass viele ohne Rücksicht auf die jungen Triebe ihre Ziegen in die Mark eintrieben.²³⁵ Vor allem aber wurde der enorme Holzbedarf zu teuer: Schätzungen gehen davon aus, dass die Kosten für Brennmaterial im 16. und 17. Jahrhundert zwischen 60 und 75 Prozent der Gesamtkosten bei der Eisenerzeugung ausmachten. Das war auf die Dauer gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu viel.

Die Schiffbarmachung der Ruhr

Der Dreißigjährige Krieg trieb nicht nur die obrigkeitlichen Aktivitäten zur wirtschaftspolitischen Wiederertüchtigung des Bergbaus voran, er setzte auch Überlegungen zur Schiffbarmachung der Ruhr in Gang.²³⁶ 1649 beschloss der märkische Landtag erstmalig, dass der „so gar erschöpfften Graffschaft Marck dadurch in etwas wider aufgeholfen und dero bestes Wolfahrt und Auffnehmen“ befördert werden solle, dass „der Lipstom biß zum Hamm und so hoch immer möglich, inngleichen der Rhurstrom navigabel“ gemacht

²³⁰ Gedruckt bei Thomas Wagner (Hg.): *Corpus iuris metallici recentissimi et antiquioris*, Sammlung der neuesten und älteren Berggesetze, Leipzig 1791, Sp. 1263–1270.

²³¹ Zur Geschichte der Knappschaft vgl. den Ausstellungskatalog von Michael Fessner u.a. (Hg.): *Auf breiten Schultern*. 750 Jahre Knappschaft, Essen 2010.

²³² Vgl. Joachim Radkau: *Holzverknappung und Krisenbewußtsein im 18. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 513–543.

²³³ Einzelheiten bei Bernward Selzer: *Waldwandel in Südwestfalen: vom ländlichen Versorgungswald zum Erwerbswald*, in: Karl Ditt u.a. (Hg.): *Agrarmodernisierung und ökologische Folgen: Westfalen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, Paderborn u.a. 2001, S. 135–168.

²³⁴ Johann Wilhelm von Hobe: *Anweisung zu einer bessern Holzkultur, besonders in der Grafschaft Mark und ähnlichen Ländern*, Münster 1791.

²³⁵ Lokale Beispiele etwa bei Hiram Kümper: *Tragik der Allmende? Markenordnung und Markenteilung im Märkisch-Limburgischen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts*, in: *Märkisches Jahrbuch für Geschichte* 121 (2021), S. 19–70.

²³⁶ Zu den detailreichsten Arbeiten zu diesem Themenkomplex zählt immer noch Walther Kliche: *Die Schifffahrt auf der Ruhr und Lippe im achtzehnten Jahrhundert*, in: *Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins* 37 (1904), S. 1–178. Eine gute Zusammenfassung bietet zudem Olaf Schmidt-Rutsch: *Schifffahrt auf der Ruhr*, in: *Märkisches Jahrbuch für Geschichte* 106 (2006), S. 127–142.

werde.²³⁷ Trotz kurfürstlicher Zustimmung passierte allerdings zunächst nicht viel.

Ein wesentliches Hemmnis der Ruhrschifffahrt waren die Flussanrainer selbst, unter denen eine Einigung nur schwer herzustellen war. Denn obwohl flächenmäßig das brandenburgisch-preußisch regierte Kleve-Mark das alte Ruhrgebiet dominierte, sah es im Detail doch deutlich vielgesichtiger aus: Die Ruhrquelle bei Winterberg im Rothaargebirge entsprang noch im Herzogtum Westfalen, im Territorium des Kölner Erzbischofs also. Von dort entwickelte sie sich, gespeist von einer Reihe von Seitenbächen, zum Fluss, floss vorbei an den kurkölnischen Gewerbezentren in Meschede, Arnsberg und Wickede, bildete zwischen Neheim und Dellwig die Grenze zwischen dem Herzogtum und der preußisch regierten Grafschaft Mark, berührte westlich von Dellwig einige Kilometer lang die Grafschaft Limburg, seit 1654 ein Nebenterritorium der Tecklenburger, um dann von Ergste ab und bis nach Königssteele wieder durch märkisches Gebiet zu fließen. Von dort aus reihten sich die Reichsabtei Werden, das Reichsstift Essen, das Herzogtum Berg und die kleine Herrschaft Styrum an die Ufer der Ruhr, bis der Fluss in Duisburg-Ruhrort, westlich von Mülheim-Styrum wieder (klevisch-)preußisches Gebiet erreichte.

Der preußische Staat förderte die Ruhrschifffahrt ursprünglich nicht der Kohle wegen. Vielmehr hatte die Regierung in Berlin schon um die Mitte des 17. Jahrhunderts begonnen, Pläne für den Flussausbau zu schmieden, um das Salz der Salinen in Unna und Werl an den Niederrhein zu verschiffen. Es dauerte aber letztlich bis 1734, bis sich diese Pläne konkretisierten. Unterstützung fanden die Behörden dafür nicht nur bei den regionalen Bergbautreibenden, sondern insbesondere auch bei Steeler Glasfabrikanten. Doch bis sich die vielen oben erwähnten Groß- und Kleinstaaten einig wurden, sollte es 1772 werden.

Einen wesentlichen Schritt bei der Schiffbarmachung der Ruhr stellten die Schleusen dar, die längs des Flus-

ses erbaut wurden. Denn schon seit dem Mittelalter stauten Schlagden das Wasser, um es auf die Räder von Getreidemühlen und einer Papiermühle zu spielen. An diesen Wehren musste jedes Mal umgeladen werden, was nicht nur zusätzliche Kosten verursachte, sondern auch das Frachtgut, insbesondere die Kohle, in Mitleidenschaft zog. So wurden zwischen Herdecke und Mülheim 16 Schleusen jeweils auf der anderen Uferseite, den Mühlen gegenüber, errichtet, um die Durchfahrt bis zum 1714 eröffneten Rheinhafen in Ruhrort zu ermöglichen.²³⁸ Finanziert wurde das Unternehmen, das man in private Hände gegeben hatte, durch die Erhebung von Schleusengeldern.

Jede dieser Schleusen war knapp 40 Meter lang und rund fünf Meter breit und besaß eine Tiefe zwischen 1,6 (bei Hattingen) und 6,5 Metern (bei Mülheim). Zu jeder Schleusenanlage gehörte auch ein Häuschen mit Garten und kleiner Stallung für den Schleusenwärter und seine Familie. Er hatte die Gebühren zu erheben, die Zahl der durchfahrenden Schiffe und ihre Zielorte sowie regelmäßig die Wasserstände der Ruhr zu notieren. Gerade Letzteres wäre für die Umweltgeschichte des 19. Jahrhunderts eine wunderbare, serielle Quelle von hoher Aussagekraft – aber es scheinen kaum mehr Aufzeichnungen der Schleusenwärter erhalten geblieben zu sein. Offenbar betrieben die Schleusenwärter auch kleine Nebengeschäfte, indem sie die vorbeiziehenden Schiffer versorgten. Denn die „diensthabenden Gendarmen“ längs der Ruhr wurden 1781 eigens verpflichtet, „bei ihren Patrouillen den Branntweinausschank auf den Schleusen zu kontrollieren“ und ob nicht etwa „kleine Handleistungen dritter Personen von den Schiffen mit Kohle bezahlt werden“.²³⁹

Am 5. Juli 1780 fuhr das erste märkische Schiff durch die Mülheimer Schleuse. Bald wurden dort bis zu 80 Schiffe täglich abgefertigt; eine am 10. März 1781 erlassene *Königliche Preussische Wasser- und Ufer-Ordnung für den Ruhr-Strom in der Graffschaft Mark* regelte die Einzelheiten.²⁴⁰ Befahren wurde der Fluss mit sogenannten

237 Münster, Landesarchiv NRW, Abt. Westfalen, D 005, Nr. 29 a: Landtags-Abscheidt, S. 37 (§ 51). Vgl. zudem zur bereits im Juni 1647 von den Ständen erhobenen Forderung nach einer Schiffbarmachung August von Haeften (Hg.): *Ständische Verhandlungen*, Band 1: Cleve-Mark, Berlin 1869, S. 321 (Nr. 22).

238 Zum Hafen Ruhrort vgl. Herbert Lehmann: *Ruhrort im 18. Jahrhundert*, Duisburg 1966.

239 Zitiert bei Molkenthin/Priester, *Schiffe*, hier S. 223.

240 Gedruckt in Carl Ludwig Heinrich Rabe: *Sammlung Preussischer Gesetze und Verordnungen*, 1. Bd., 6. Abt., Halle/Berlin 1822, S. 488–502. Siehe dazu auch den Beitrag von Nicolai Hanning in diesem Band.

Hiram Kümper

Ruhraaken. Sie waren in der Bauweise den neu gebauten Schleusen angepasst, hatten also eine Länge von rund 35 Metern und einen sehr geringen Tiefgang von unter einem Meter. Die späteren Schiffe konnten bis zu 100 Tonnen Kohle befördern. Ruhraufwärts wurden die Aaken getreidelt, also von Pferdegespannen am Ufer über lange Leinen gezogen. Dafür war zusammen mit dem Schleusenprojekt ein Leinpfad angelegt worden, der in manchen Teilen heute noch begehbar ist. Von (Essen-)Kupferdreh aus dauerte die Talfahrt knapp zwölf, das Treideln der leeren Schiffe flussaufwärts (die „Bergfahrt“) rund 18 Stunden.

Für den Salztransport der Saline Königsborn bei Unna, den eigentlichen Auslöser für die Wiederaufnahme der Ausbaupläne an der Ruhr, stellte sich das komplizierte Schleusenwesen bald als zu aufwändig und teuer heraus. Das Salz wurde fürderhin auf dem Landweg nach Herbede und erst dort auf die Ruhr gebracht, weshalb die oberen Schleusen bei Herdecke, Wetter und Witten schon 1801 wieder aufgegeben wurden.²⁴¹ Für den Transport der Kohlen aus den Zechen längs der Ruhr – und auch für die Pflastersteine aus den Wittener Steinbrüchen – etablierte sich dagegen der Fluss als bevorzugter Transportweg.

Das Zeitalter der Kohle nimmt Fahrt auf

Mit den neu erschlossenen Absatzmöglichkeiten für die märkische Kohle und durch den gezielten, wenn auch nicht immer willkommenen Ausbau der Zechen unter obrigkeitlicher Direktion nahm die Kohlenförderung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts merklich an Fahrt auf. Dabei spielte sicher auch eine Rolle, dass immer mehr Bergbeamte sich ebenfalls als Gewerken betätigten, also durchaus auch in ihrem eigenen Interesse handelten.²⁴² Sie nahmen nicht nur aktiv an der Förderung, sondern auch am Kohlenhandel über die Ruhr ins Klevische und nach Holland teil und erwirtschafteten dabei beachtliche Gewinne. Nicht umsonst beklagten sich die bekannten märkischen Kaufleute Elbers und Harkort 1788 beim König höchstselbst, das Bergamts-

Kollegium laufe Gefahr, „den Verdacht des Publikums auf sich [zu] laden [...] als suchten sie sich so bald sie irgend einen vortheilhaften Wink witterten, einzudringen, theil daran zu nehmen und so dan alles nach ihrer Convenienz ahnzurichten“, und es sei hochproblematisch, „daß das Berg-Amt Parthey und Richter zu gleich ist“.²⁴³ Das ausdrückliche Verbot dieser Praxis kam aber erst nach langem Hin und Her 1806.

Obrigkeitlicher Reformwille war aber durchaus vorhanden. In direktem staatlichen Auftrag besuchten 1783 der schlesische Bergamtsdirektor von Reden und im Jahr darauf der frisch ernannte Leiter des märkischen Reviers, Karl Freiherr vom Stein, die Zechen an der Ruhr.²⁴⁴ Beide hielten grundlegende Reformen für dringend erforderlich. Von den knapp 500 märkischen Steinkohlengruben fanden sie nur 171 überhaupt in Betrieb. So wurde ein umfassendes Programm zur Ertüchtigung des märkischen Bergwesens aufgelegt. Es sah eine Disziplinierung der Bergleute samt Zwangsmitgliedschaft in der Knappschaft und eine straffere Organisation der Betriebsführung vor, setzte mit dem Westfälischen Oberbergamt dem Märkischen Bergamt noch eine Zentralbehörde vor die Nase und stellte die Zeichen deutlich auf die Konsolidierung kleinerer Zechen, um größere betriebliche Strukturen schaffen zu können, etwa die Errichtung von Pferdeköpeln zur Schachtförderung oder sogar den Einsatz von Dampfmaschinen für die Wasserhaltung. All das waren Impulse, die man sich aus den Bergbaurevieren in Sachsen, im Harz und anderswo abgeschaut hatte.

Erst mit dem flächendeckenden Einsatz der Dampfmaschine in den 1840er Jahren wurde es möglich, die ersten Tiefbauschächte abzuteufen. Und erst zu dieser Zeit löst sich das kleine Bergbaurevier an der Ruhr endgültig vom bergisch-märkischen Gewerbegebiet. Die neuen „Mergelzechen“ ließen die Produktion sprunghaft ansteigen. Zugleich bedienten sie drei neue Großabnehmer, ohne die der Siegeszug der Steinkohle undenkbar gewesen wäre: das Dampfschiff, die Eisenbahn und den Hochofen. Dampfschiffe fuhren auf dem Niederrhein seit der Mitte der 1820er Jahre regelmäßig, seit der

²⁴¹ Vgl. dazu Olaf Schmidt-Rutsch: Salzschiifahrt auf der Ruhr, in: Märkisches Jahrbuch für Geschichte 102 (2002), S. 125–143.

²⁴² Eingehende Details bei Fessner, Steinkohle und Salz, S. 315–338.

²⁴³ Zitiert ebd., S. 315.

²⁴⁴ Kurt Pfläging: Steins Reise durch den Kohlenbergbau an der Ruhr. Der junge Freiherr vom Stein als Bergdirektor in der Grafschaft Mark, Horb am Neckar 1999.

Jahrhundertmitte wurde auch der frisch „rektifizierte“ Oberrhein befahren.²⁴⁵ 1847 wurde die Köln-Mindener, 1848/49 die Bergisch-Märkische Bahn und 1849 auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mülheim der erste Koks-hochofen des sich nun rasch ausprägenden Ruhrreviers in Betrieb genommen. Die neuen, seit dieser Zeit entstehenden großen Hüttenwerke suchten jetzt gezielt die Nähe der Kohlenzechen und Erzgruben und sollten dem Ruhrgebiet damit ein merklich neues Gesicht geben.²⁴⁶ Aber das alles ist Gegenstand eines anderen Kapitels.

9. Das „Ruhrgebiet“ vor dem Ruhrgebiet: Ein Fazit

Das Ruhrgebiet ist eine gemachte Landschaft. Sie entstand dem Begriff und der Vorstellung nach erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Raum zwischen Ruhr und Lippe, der sich zu dem entwickelte, was man später „Ruhrgebiet“ nennen wird, zeigte sich allerdings schon in den Jahrhunderten zuvor als ein Kommunikationsraum von hoher und zunehmender Dichte. Das war noch kein unabwendbarer Weg Richtung Ruhrgebiet. Aber es war ein kulturräumlicher Boden, auf dem sich die Region als Wirtschafts- und Sozialraum entwickeln konnte.

Erste Weichenstellungen gehen bis in das Hochmittelalter zurück, wenn sich die spezifische Grundstruktur des Raumes mit dichter Besiedlung eher an den Randzonen und starken klösterlichen Grundherrschaften im Kern erstmalig herausbildet. Dabei spielten die rahmenenden Flüsse weniger als Verkehrswege eine Rolle, sondern vielmehr als natürliche Ressourcen. Es dominierten die Landwege als überregional strukturierende Routen, allen voran der alte Hellweg. Die günstige Lage an einer der zentralen Ost-West-Verbindungen Nordeuropas ließ die Hellwegzone zu einem Kristallisationspunkt herrschaftlicher und bald darauf urbaner Zentrumsbildung werden. Die Umschlagsfunktion an der Scheidelinie zwischen dem fruchtbaren Norden und dem eisenverarbeitenden Süden Westfalens tat dabei ihr Übriges – eine Funktion, die über das Mittelalter hinaus bis in das frü-

he 19. Jahrhundert hinein reichte und zugleich die enge Aufeinander-Bezogenheit des Sauerlands (des „Süderlands“) und der Agrarlandschaft nördlich der Ruhr, dem späteren Ruhrgebiet, deutlich macht. Ohne diese enge Verbindung ist der Aufstieg des Ruhrgebiets, das den gewerblich-industriell älteren Bruder aus dem Süden im 19. Jahrhundert um so vieles überflügeln sollte, nicht zu erklären.

Die herrschaftliche Ausprägung des Raumes, die zwar von großen Grafschaften, Herzogtümern und dem Kölner Erzbistum überlagert, im Detail aber von den Ansprüchen und Rechten vieler kleiner „Herrlichkeiten“, „Freiheiten“ und grundherrschaftlicher Adelssitze durchlöchert war, prägte den Raum zwischen Ruhr und Lippe bis in die frühindustrielle Phase hinein. Nicht umsonst waren es auch Kleinadelige, die sich in frühen Industrieprojekten als Investoren oder gleich als Fabrikanten versuchten. Und vielfach waren es die erfolgreichen Unternehmer dieser frühen Phase, die sich in die frei werdenden Adelsitze anderer, weniger erfolgreicher Adelsfamilien einkauften. Die starke Fragmentierung des herrschaftlichen Raumes durch diese Adelsitze seit dem späten Mittelalter hat aber nicht zu einer Fragmentierung der landschaftlichen Identität geführt, sondern im Gegenteil gemeinschaftliches Handeln – teils mit der, teils auch in offener Opposition gegen die fürstliche Herrschaft – befördert. Die Integration weiter Teile Westfalens in die brandenburgisch-preussische Herrschaft seit dem frühen 17. Jahrhundert hat diesen Prozess eher befördert als behindert, weil man sich gegen die zentralistische Direktion aus Berlin und deren nachgeschaltete Lokalbehörden zu behaupten hatte. Zugleich machte sich das entstehende Bürgertum des 18. Jahrhunderts gerade im märkischen Raum eine spezifisch regionale Identität zu eigen, die es selbstbewusst nach außen hin vertrat.

Getragen wurde diese Identität vor allem von einem industrie- und gewerbenahen Bürgertum im engen Verbund mit Akademikern und lokaler Beamtenschaft. Es ist diese spezifische Sozialkonfiguration, deren Gefühl gemeinsamer Leistungsstärke für die Region einen günstigen Bodensatz für die spätere Entwicklung

²⁴⁵ Ausführlich dazu Clemens von Looz-Corswarem: Schiffahrt und Handel auf dem Rhein vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, Köln u.a. 2020.

²⁴⁶ Vgl. dazu Heinz Günter Steinberg: Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung des Ruhrgebiets, in: Siedlungsforschung 13 (1995), S. 129–146, hier S. 130 f.

Hiram Kümper

einer gemeinsamen Identität als wirtschaftliche Kernregion des Reiches bieten sollte. Aus den Märkern, den Westfalen und Vestischen wurden in den Jahrzehnten um 1900 die Menschen an der Ruhr. Das wurde aber eben nur möglich, weil sie zuvor schon über lange Zeit in einem relativ engen Kommunikationsgeflecht miteinander verbunden waren – im Wirtschaftlichen, als Medien- und Bildungslandschaft, in städtischen und Stadt-Land-Verbindungen. Und so kann man in gewisser Hinsicht mit gutem Grund von einem „Ruhrgebiet vor dem Ruhrgebiet“ sprechen.

DIE KONSTRUKTION DES „RUHRGEBIETS“

Raumvorstellungen, Raumpraktiken, Raumbilder¹

Wie lässt sich die Geschichte eines Raumes erzählen, der im zu betrachtenden Zeitraum keine politische, rechtliche, kulturelle, nicht einmal eine imaginäre Einheit darstellte? Diese Frage umschreibt ein Problem, das viele Historiker:innen mit der Geschichte des „Ruhrgebiets“ haben. Denn zu Beginn des 19. Jahrhunderts gibt es weder den Begriff noch eine territoriale oder administrative Einheit, die auch nur annähernd dem Raum entspricht, den wir heute selbstverständlich als das „Ruhrgebiet“ bezeichnen und in relativ klaren Grenzen visualisieren. Offiziell findet sich die Bezeichnung als „Ruhrgebiet“ in einem kartografisch annähernd umgrenzten Raum bei einer Neuvermessung der Region kurz vor dem Ersten Weltkrieg. Abgeschlossen und publiziert wurden die Ergebnisse jedoch erst nach dem Krieg, aber das „Ruhrgebiet“ war damit als zu vermessener Raum offiziell bestimmt und in der Landschaft durch Vermessungspunkte und auf dem Kartenblatt sichtbar gemacht.

Dieser Befund lässt aber die eingangs gestellte Frage insofern unbeantwortet, als es eine Vielzahl von historischen Arbeiten gibt, die sich mit dem „Ruhrgebiet“ vor dem Ersten Weltkrieg befassen. Wie gehen diese Darstellungen mit der Raumfrage um? Sieht man einmal

von wenigen jüngeren Arbeiten ab, die in eigenen Beiträgen oder Abschnitten das Problem thematisieren,² so konzentrieren sich nicht wenige Untersuchungen auf ältere territoriale Zusammenhänge wie die Grafschaft Mark, einzelne Städte sowie Westfalen als territoriale Einheit oder preußische Provinz, um nur einige Beispiele zu nennen.³

Einen anderen Weg wählen Autor:innen, die mit dem „Ruhrgebiet“ eine Geschichte der Industrialisierung und Modernisierung verbinden. In diesem Verständnis wird vielfach die Zeit vor 1850 zu einer „Vorgeschichte“, die nur in groben Zügen innerhalb des späteren Raumkonzepts „Ruhrgebiet“ betrachtet wird. Diese Darstellungen setzen nicht selten das Wissen über die Ressourcen als Grundlage der Industrialisierung voraus und blenden damit die raumkonstituierenden Elemente und Entwicklungen im 19. Jahrhundert weitgehend aus.⁴

Denn die Geologie, die Statistik und das Vermessungswesen, die sich im 19. Jahrhundert zu Leitwissenschaften entwickelten, konstituierten Räume durch ihre spezifischen Praxisformen, unabhängig von politischen Zugehörigkeiten zu der jeweiligen Zeit. Dieser Prozess war auf das Engste mit dem Abbau und der Nutzung der Ressourcen verbunden, die wiederum den Aus- und

¹ Für die Unterstützung bei Quellen- und Literaturrecherchen danke ich Teresa Hartmann, Lisa Olbering, Sven Schibgilla und Benjamin Hassenpflug.

² Karl Ditt/Klaus Tenfelde (Hg.): Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 2007; Jens Adamski: Die Ruhr und das Ruhrgebiet – Eine begriffliche Annäherung, in: Bodo Hombach (Hg.): Die Ruhr und ihr Gebiet. Leben am und mit dem Fluss. Bd. 2: Die Ruhr und das Ruhrgebiet. Fluss, Industrieregion, Strukturwandel seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Münster 2020, S. 15–19; Dirk van Laak: Bezugspunkt und Namensgeberin. Erinnerungsort Ruhr, in: Stefan Berger u.a. (Hg.): Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets, Essen 2019, S. 116–128.

³ Diese Literatur stellt vielfach die Grundlage des folgenden Beitrags dar. Siehe dazu die Angaben in den einzelnen Abschnitten.

⁴ Die Erträge dieser Forschung haben einen ganz wesentlichen Beitrag zur Regionalgeschichte geleistet und sind die Grundlage geschichtskultureller Arbeit. Als Beispiel sei hier nur das zweibändige Werk von Wolfgang Köllmann/Hermann Korte/Dietmar Petzina/Wolfhard Weber (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Düsseldorf 1990, genannt.

Aufbau entsprechender Infrastrukturen erforderlich machten. Im Zusammenspiel mit diesem Ausbau schufen die Geologie und die Geografie, die Statistik und das Vermessungswesen die Grundlagen für ein Raumverständnis und letztlich das Raumkonzept „Ruhrgebiet“.

Darauf verweisen die drei zentralen, in der Überschrift dieses Beitrags benannten Begriffe, denn der Konstruktionsprozess verlief auf verschiedenen Ebenen und im Zusammenspiel bzw. Wechselverhältnis sehr unterschiedlicher Wahrnehmungen und Erfassungen des Raumes. Während mit den Raumvorstellungen vor allem mentale Repräsentationen, Ideen und Konzepte in den Blick genommen werden, wie etwa die der Unterwelt oder einer Ruhrstadt, werden als Bilder oder Visualisierungen des Raumes ein breites Spektrum von Tabellen über thematische Karten der Geologie oder des Eigentums bis hin zu Schemata betrachtet. Sie beruhen vielfach auf Vorstellungen, sind aber Ergebnis einzelner Handlungen, den Praktiken, wie das Vermessen, das Zeichnen von Karten oder das Ausschachten im Zuge von Bauarbeiten, die situatives Wissen gleichermaßen voraussetzen und produzieren. Zu einer Praxis werden sie durch die Regelmäßigkeit, die das Methodenarsenal der Wissenschaften charakterisiert. Schließlich entstanden im 19. Jahrhundert die Geologie, die Statistik und das Vermessungswesen als raumbezogene Wissenschaften.⁵

Diese Entwicklung ist Gegenstand des folgenden Beitrags, der die raumkonstituierenden Dimensionen der genannten Wissenschaften beleuchtet. Dieser Prozess verlief grundlegend im Bezug zu Problemlagen und zeit-spezifischen Anforderungen, die sich auch in der zu betrachtenden Region ergaben. Nicht immer liegen jedoch Quellen in ausreichendem Umfang vor, um die allgemeinen Entwicklungen und die Spezifik in gewünschter Tiefe betrachten zu können. Deswegen oszilliert dieses Kapitel zwischen diesen beiden Polen, und ist doch für den gesamten Band und die Reihe von unabdingbarer Relevanz, da mit diesen Wissenschaften nicht nur die Grundlagen für das „Ruhrgebiet“ gelegt, sondern vielmehr auch die Wissensbestände geschaffen wurden, auf denen die historische Forschung in weiten Teilen beruht.

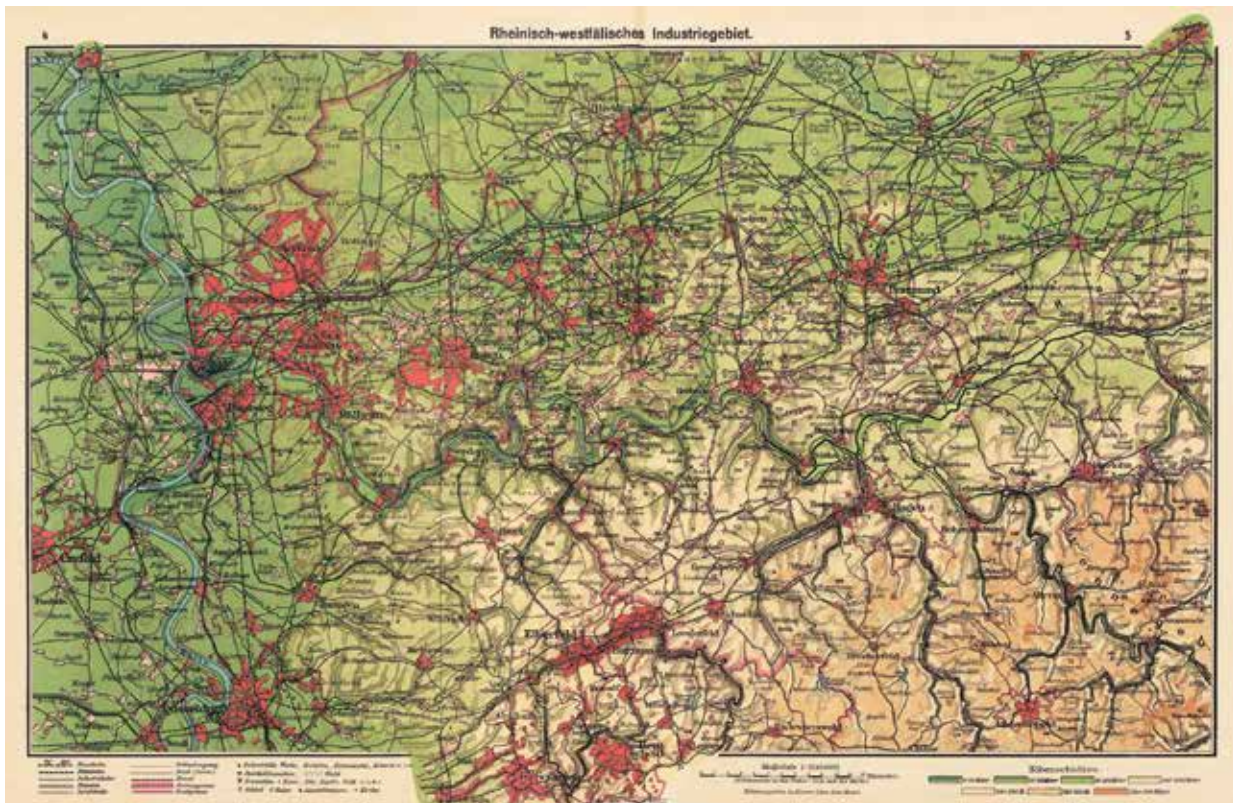
Manche Aspekte, die in diesem Kapitel angesprochen werden, finden sich in späteren Beiträgen in ausführlicher Form wieder.

1. Die Geschichte der Natur: Geologie zwischen Praktik und wissenschaftlicher Praxis

Der Weltatlas von Diercke ist kein kanonisierter Erinnerungsort, obwohl ihn fast jedes Kind kennt. Bis weit ins 20. Jahrhundert fand er sich in nahezu jedem Haushalt und bis heute gehört er zur Grundausrüstung schulischer Lehrbuchsammlungen. Obgleich Schüler:innen im 21. Jahrhundert lieber zum Handy und Google Maps greifen, um sich im Alltag in der und über die Welt zu orientieren, bleibt doch das Erlernen raumgebundener Kulturtechniken an das Modell „Atlas“ gebunden, das heute mit digitalen Angeboten und Apps verknüpft wird.

Im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts standen Schüler:innen ausschließlich analoge Hilfsmittel wie Papier, Bleistift, Zirkel und Lineal für die Kartenarbeit zur Verfügung. Diese kamen im Unterricht der Heimat- oder der Erdkunde bei der Nutzung von Schulatlanten zum Einsatz, wie wir aus Erfahrungsberichten, aber auch den Gebrauchsspuren in erhaltenen Atlanten wissen. Denn dem geografischen, historischen und politischen Wissen über die Heimat, den Staat, aber auch die Welt kam seit dem 19. Jahrhundert in vielen europäischen Staaten ein hoher Stellenwert zu, da es zentrale Bausteine einer nationalen Erziehung und Prägung bildete. Vermittelt und erlernt wurde dieses Wissen im Geschichts- und Geografieunterricht durch Texte und Karten, die eine Fülle von Informationen in räumlichen Strukturen bündeln und visualisieren. Die individuelle Fähigkeit zur Erfassung des Raumes wurde darüber hinaus im Zeichenunterricht eingeübt, der seit Beginn des 20. Jahrhunderts für die männliche Jugend in höheren Schulanstalten auf dem Lehrplan stand. Dass es sich dabei um eine Vorbereitung auf den Wehrdienst handelte, war von den Kultuspolitikern nicht nur in Deutschland, sondern auch bei den Nachbarn wie etwa in Frankreich,

5 Zu den Konzepten Praxis und Praktik siehe Jan-Hendryk de Boer: Praktiken, Praxen und Praxisformen, oder: Von Serienkillern, verrückten Wänden und der ungewissen Zukunft, in: ders. (Hg.): Praxisformen. Zur kulturellen Logik von Zukunftshandeln, Frankfurt a. M. 2019, S. 21–44. Einen guten Überblick der Raumforschung bietet Stephan Günzel (Hg.): Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010.



Rheinisch-westfälisches Industriegebiet, 1918.

Diese Karte sprengt förmlich den eigentlichen Kartenrahmen, um die südliche und nördliche Ausdehnung des Industriegebiets zu visualisieren. Die Ausdehnung der Städte, Eisenbahnlinien und Kanäle dominieren das Kartenbild.

Henry Lange/Carl Diercke: Schulatlas für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet. Ausgabe für das Unterrichtsgebiet. Bearbeitet und herausgegeben unter Mitwirkung von G. Vorell, Rektor, Duisburg-Meiderich, Braunschweig 1918, S. 4 f. Georg-Eckert-Institut, Braunschweig.

das eine ähnliche Erziehungspolitik verfolgte, durchaus beabsichtigt.

In der Praxis wurden das Kartenlesen und das Geländezeichnen in den Schulen allerdings vielfach vernachlässigt. Das offenbarte sich im beginnenden Stellungskrieg im Ersten Weltkrieg, als viele Soldaten in diesen überlebenswichtigen Techniken ungeübt waren. Im Herbst 1915 erneuerte daher der preußische „Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten“, der Kultusminister, einen älteren Erlass und ordnete an, Übungen im Geländezeichnen einzuführen bzw. sie dort wieder aufzunehmen, wo sie durch den Krieg und die Teilnahme der Lehrer unterbrochen worden waren. „Eine Ergänzung finden diese Übungen in den für

den erdkundlichen Unterricht durch die Lehrpläne von 1901 vorgeschriebenen Anleitungen zum Verständnis von Karten, wobei das Lesen von Meßtischblättern besonders zu pflegen ist, und in den Übungen im Entwerfen von Kartenskizzen.“⁶

Die große Bedeutung von Raumerziehung und Kartenkompetenzen hatte zur Folge, dass der Verlag Westermann in Braunschweig während des Krieges trotz erheblichen Papiermangels weiterhin Schulatlanten drucken und vertreiben konnte, wenn auch in billigerem Kriegseinband. Der Verlag hatte sich seit den 1850er Jahren auf Schulatlanten spezialisiert, die in verschiedenen Ausgaben für alle Schulformen und -stufen erschienen. Seit den 1890er Jahren trägt der Atlas den

6 Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten am 10.11.1915 zum Unterricht im Geländeaufnehmen an höheren Lehranstalten, in: Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen, 1915, Heft 12, S. 776.

Namen des Lehrers und Herausgebers Carl Diercke im Titel. Diercke war ein engagierter und erfolgreicher Pädagoge, der den Braunschweiger Verleger von der Notwendigkeit eines Schulatlas hatte überzeugen können. Als Herausgeber reagierte er äußerst flexibel auf die Anforderungen im Schulunterricht und Veränderungen des Lehrplans. Nach der Jahrhundertwende verbreiterte er das Angebot und damit auch das Geschäft, indem er Schulatlanten mit regionalen Schwerpunkten zu publizieren begann. Nach einer „Ausgabe für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet (Essen und Umgebung)“ im Jahr 1910 erschien 1918 im Kriegseinband die „Ausgabe für das Unterruhrgebiet“ mit Duisburg als Ausgangspunkt. Weitere Ausgaben für das „Nordemschergebiet“ von Gelsenkirchen-Buer bis Gladbeck, das „Südemschergebiet“ von Bochum bis Wattenscheid und für die Region von Dortmund bis Witten, erschienen in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg. Die gesamte Reihe, die vielfach neu aufgelegt wurde, deckte schließlich die gesamte Region von Krefeld bis Iserlohn (und sogar bis Bielefeld) im Osten und von Remscheid im Süden bis Recklinghausen und Hamm im Norden ab.

Im Schulatlas bot die erste doppelseitige Überblickskarte genau diesen regionalen Zuschnitt. Im Maßstab 1:200.000 präsentierte der Atlas seinen Betrachter:innen eine topografische Karte mit dem Titel „Rheinisch-westfälisches Industriegebiet“.⁷

Der titelgebende thematische Schwerpunkt, die Industrie, bestimmte die Grenzen des Kartenausschnitts, der unter Einhaltung des gewählten Maßstabs und des gewählten Buchformats nicht in das rechteckige Kartenformat passte. An mehreren Rändern ragt die Darstellung über den eigentlichen Blattschnitt heraus. Im Süden mit Solingen und Remscheid, im Nordwesten mit der Garnisonsstadt und dem Verkehrsknotenpunkt Wessel am Rhein und im Nordosten mit Hamm als Knoten mehrerer Eisenbahnlinien. Die industrielle Entwicklung dieser Orte „am Rande“ und ihre zeitlichen wie räumlichen Verbindungen zum Zentrum der Karte standen einer statisch-linearen Begrenzung des Themas Indus-

trie entgegen. Von diesen Rändern lenkt die Blickführung die Aufmerksamkeit des Betrachters auf die in rot hervorgehobene Städtelandschaft, die sich östlich des Rheins um Duisburg und Oberhausen verdichtet und dann wie eine Perlenkette entlang der Ruhr im Süden und der Emscher bzw. dem Rhein-Herne-Kanal im Norden zieht. Verbunden werden die Städte durch Ortschaften, Ansiedlungen und Gehöfte, die in ihrer rosa Farbgebung den Betrachtenden eine weitere Lesart von Gegenwart und Zukunft der Region anbieten. Denn die Zukunft, so eine der Botschaften der Farbgebung, liegt in der Transformation des Raumes mit seinen verstreuten Siedlungen und einer agrarischen Struktur, die noch in grün durchschimmert, in großstädtische Verdichtungen oder industrielle Agglomerationen. Einen wichtigen Beitrag zur industriellen Gegenwart leistete der schwarz hervorgehobene Duisburger Hafen als Bindeglied zwischen Rhein und Ruhr.

Der Kartentitel mit seiner Bezeichnung als „rheinisch-westfälisch“ war als Selbst- wie Fremdbeschreibung seit der frühen Neuzeit gebräuchlich und hatte sich im 19. Jahrhundert durchgesetzt.⁸ Das dem Atlas titelgebende „(Unter)ruhrgebiet“ war in diese Verbindung zweier Großräume eingebettet. Die Zeitgenoss:innen werden sich darüber kaum gewundert haben, denn als räumliche Bezeichnung findet sich der Begriff „Ruhrgebiet“ bis in die 1920er Jahre eher selten, und nur wenige Schulatlanten boten vor 1914 Kartentitel wie „Ruhrkohlengebiet“ an, wie etwa der Schulatlas eines Dortmunder Rektors und Essener Schullehrers.⁹

Diesen spezifischen Fokus auf Kohle hatte die Überblickskarte zudem nicht, denn ihr Thema war die gesamte Industrie. Aus der Perspektive des 19. Jahrhunderts gehörte die bergisch-märkische Kleiseisenindustrie in Altena oder Lüdenscheid ebenso wie in Remscheid und Solingen zur regionalen industriellen Produktion und rechtfertigte die Ausdehnung des Kartenbildes. Die enge Verbindung dieser Regionen mit den Städten an Rhein und Ruhr, den Hüttenwerken und Kohlezechen südlich der Ruhr bis nördlich der Emscher stellt die Inf-

7 Henry Lange/Carl Diercke: Schulatlas für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet. Ausgabe für das Unterruhrgebiet. Bearbeitet und herausgegeben unter Mitwirkung von G. Vorell, Rektor, Duisburg-Meiderich, Braunschweig 1918.

8 Kurt Düwell: Selbstreflexion und Sicht im Rheinland auf das Ruhrgebiet: Einführung, in: Ditt/Tenfelde, Das Ruhrgebiet, S. 19–23.

9 Theodor Niebecker/Wilhelm Niemöller: Rudolf Schmidts Schulatlas für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet. 41 Haupt- und 56 Nebenkarten, Bielefeld 1914, S. II–III.

rastruktur her, die wie Adern, um ein gängiges Bild der Zeit zu verwenden, den rheinisch-westfälischen Raum durchzieht.

Mit der Metapher der Lebensadern wird gerne auf die Flüsse als eines der physischen Charakteristika des Naturraumes verwiesen, das auch dieser topografischen Karte als erste Schicht zugrunde liegt. Flüsse und Gewässer sind Teil der verschiedenen Geofaktoren, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts als wissenschaftlicher Standard zur Betrachtung der Erdoberfläche etabliert hatten. Weitere Merkmale, die der Berliner Geologe und Kartograf Ferdinand von Richthofen klassifiziert hatte, waren das Relief, der Boden, das Gestein, das Wasser, die Flora und schließlich das Klima. Es war nicht die Absicht dieser Karte, alle Details zu erfassen, wohl aber vermittelt sie einen Eindruck des Reliefs mit seinen unterschiedlichen Höhenschichten im Bergisch-Sauerländischen Gebirge im Süden, den sich anschließenden tiefer liegenden Gebieten von der Ruhr über die Emscher bis zur Lippe, als Westfälische Bucht bezeichnet, während im Westen die Niederrheinische Bucht mit dem niederrheinischen Flachland im Norden den Raum begrenzt. Diese Bezeichnungen, die sich in vielen Darstellungen zur Geschichte des heute als „Ruhrgebiet“ bezeichneten Raumes finden, sind Ergebnis geomorphologischer Beobachtungen und Untersuchungen, wie sie Richthofen und andere Geografen seit dem 19. Jahrhundert durchgeführt haben. Jeder dieser Räume zeichnet sich durch spezifische Merkmale aus, etwa die verschiedenen Gesteins- und Bodenarten, Gewässer und unterschiedliche Pflanzendecken, die in der Karte durch einzelne Signaturen wie Zechen und Wald oder Eigennamen wie Forst Hiesfeld oder Kirchheller Heide markiert werden.

Zu dem Wissen über die Erdoberfläche, das in diese Karte eingeflossen ist, gehörten zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht allein die Kenntnisse über die Geofaktoren, sondern auch ein Verständnis von der Geschichtlichkeit der Naturräume. Sie hatten sich im Verlauf der Erdgeschichte immer wieder verändert, unterlagen aber auch in der Gegenwart des frühen 20. Jahrhunderts Prozessen des Wandels, nicht zuletzt aufgrund der menschlichen Eingriffe. Dieses Selbstverständnis von der Geschichte, der Historizität der Natur, war 150

Jahre zuvor, in der Mitte des 18. Jahrhunderts, noch keineswegs Allgemeinwissen, sondern Gegenstand heftiger Debatten, philosophischer Spekulationen und empirischer Beobachtungen.

Die Wissenserweiterungen über die geologischen Erdzeitalter, die uns im Folgenden noch intensiver beschäftigen werden, liefern für diese Karte die Grundlage. Wie eine zweite Ebene oder Schicht werden auf diese kartierten Naturräume die gezielten menschlichen Eingriffe gelegt, die die Erdoberfläche umgestalteten und veränderten. Es entsprach dem Stand der Wissenschaft, die Erdoberfläche als „Resultat von Kräftewirkungen“ zu begreifen, um ein „sicheres Fundament“ zu schaffen, „mit dessen Hilfe die Beobachtungen über das Verhältnis nicht allein der Pflanzen und Thiere [sic], sondern auch des Menschen, seiner Ansiedelungen, seiner Industrien und seines Verkehrslebens zu der umgebenden Natur in wissenschaftlichem Sinn, d.h. in ihrem Causalitätsverhältnis zu derselben, verstanden werden können“.¹⁰ Dieses, von Richthofen am Ausgang des 19. Jahrhunderts formulierte wissenschaftliche Selbstverständnis und epistemische Modell spiegelt die topografische Karte des Rheinisch-Westfälischen Industriegebiets. Die Nutzung des Raumes und seiner natürlichen Geofaktoren durch die Industrie ist das Leitmotiv der Karte und die sichtbarsten Zeichen der industriellen Entwicklung waren die großen Städte, die Kanäle, die Eisenbahnlinien und die zahlreichen Zechen. Sie waren Ergebnis menschlicher Arbeit wie auch unternehmerischen Handelns und der Risikobereitschaft einzelner Akteure, von denen allerdings nur der Unternehmer Alfred Krupp mit der Villa Hügel in Essen einen ausgewiesenen Platz in der Karte gefunden hat. Andere Unternehmer bleiben in der Karte unsichtbar. Ihr Beitrag zur industriellen Entwicklung war jedoch Gegenstand des Schulunterrichts, wo der Lehrervortrag im Medienverbund mit dem Erdkunde-, Heimatkunde- oder Geschichtsbuch die regionalen und nationalen Entwicklungen in Worte fasste und vermittelte. Die Konzentration auf einzelne, meist männliche Unternehmer, Erfinder oder Ingenieure entsprach der bis weit in das 20. Jahrhundert vorherrschenden Form im Geschichtsunterricht, die Zusammenhänge vergangener Entwicklungen exemplarisch an einzelnen, ebenfalls meist männlichen Personen zu erklären. Obgleich

10 Ferdinand von Richthofen: Führer für Forschungsreisende, Berlin 1886, S. V–VI.

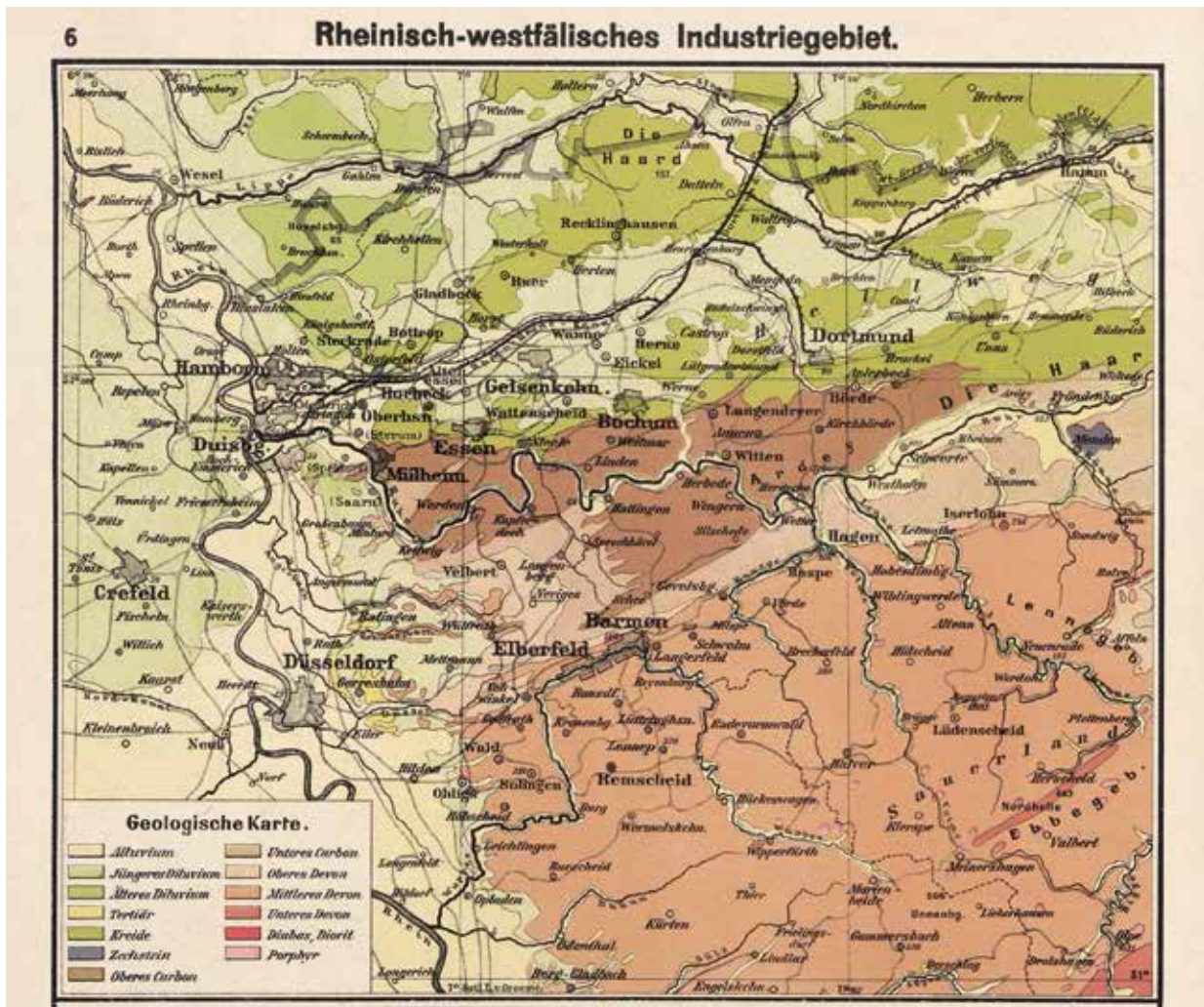
am Ende des 19. Jahrhunderts in der Geschichtswissenschaft bereits Überlegungen zu einer Kultur- oder Sozialgeschichte formuliert wurden, blieb die Bevölkerung in den verschiedenen Darstellungsformen weitgehend unsichtbar.

In dieser Karte finden sich nicht einmal Angaben zu den Einwohnerzahlen der Städte und Ortschaften, da die ansonsten im Atlas verwendeten Signaturen zu Stadtgrößen fehlen. Trotz dieser Leerstelle hat die Karte die klare Botschaft eines vom Menschen getriebenen Fortschritts mit seinen augenfälligen Merkmalen. Interessant sind in diesem Zusammenhang die zahlreichen Zechen, deren über- wie unterirdisch raumgreifende Dimensionen nur durch die Verortung der entsprechenden Signaturen angezeigt werden. Sie sind konstitutiver Teil der Erzählungen einer industriellen Modernisierung, die bis heute zahlreiche Darstellungen und Wahrnehmungen des Ruhrgebiets wie anderer industrieller Regionen prägen und inzwischen sogar zu einem Markenzeichen einer spezifischen regionalen Identität stilisiert werden. Seit einigen Jahren hinterfragt die Wissenschaft diese Narrative, indem sie die Vorgeschichte, die Ungleichzeitigkeiten, das Nebeneinander von industriellen und ländlichen Räumen sowie die langfristigen Folgen und Kosten für Mensch und Natur dieser ressourcengetriebenen Umwälzungen des Bodens und des Raumes in den Blick nimmt. All das zeigt die Karte im Schulatlas nicht; es war jedoch Teil der Erfahrungswelt der Schüler:innen, die in engen Städten und Quartieren wohnten, dem permanenten Rauch und Qualm ausgesetzt und von stinkenden Flüssen umgeben waren.¹¹ Unsichtbar in dieser Karte bleibt auch die „Unterwelt“, in der viele ihrer männlichen Familienmitglieder arbeiteten, ihre Gesundheit oder gar ihr Leben verloren, und die der männlichen Jugend bis zum Ende der Schulzeit verschlossen blieb, während sie sich den Mädchen grundsätzlich nur über die Erzählungen erschloss.¹²

Wissen über die „Unterwelt“, die am Ende des 19. Jahrhunderts bereits Teufen, wie im Bergbau die Tiefen unterhalb der Erdoberfläche bezeichnet werden, von 800 Metern erreicht hatte, bedeutete Wissen über das Vorkommen der bedeutsamen Ressource Kohle, die von lebensweltlicher, industrieller und nationaler Relevanz war. Als Grundlage des Industrialisierungsprozesses und Motor der Industrie waren der Stoff und das dafür nötige Wissen treibend für die Umgestaltung des Terrains auf und unterhalb der Erdoberfläche. Wegen dieses Stellenwerts verwundert es nicht, dass der Schulatlas unter dem selben Titel „Rheinisch-westfälisches Industriegebiet“ auf der folgenden Seite eine geologische Karte präsentiert.

Der Ausschnitt dieser Karte war mit Ausnahme des westlichen Teils größer gewählt, um die Entstehung der geologischen Schichten in der „Tiefenzeit“, wie der schottische Autor und Historiker Thomas Carlyle die Erdzeit im frühen 19. Jahrhundert bezeichnete hatte, und ihre Zusammenhänge darstellen zu können. Obgleich die Zeitangaben fehlen, reicht die geologische Zeitskala dieser Karte bereits mehrere Millionen Jahre in die Erdgeschichte zurück, wie den zum Teil heute noch gebräuchlichen Bezeichnungen für die Epochen zu entnehmen ist. Ein Vergleich mit der Regionalausgabe zu Essen, die bereits um 1910 erschienen war und ebenfalls eine nahezu identische geologische Karte präsentiert hatte, unterstreicht die Bedeutung geologischen Wissens und die anhaltende wissenschaftliche Dynamik in diesem Feld.¹³ Die Zeitskala war für die neue Ausgabe dem wissenschaftlichen Stand und differenzierteren Kategorien und Bezeichnungen angepasst worden. Das war insofern wichtig, als im Dezember 1917 der preußische Kultusminister den Stellenwert der Geologie im Unterricht der Fächer Erdkunde und Chemie für höhere Schulen in einem Erlass unterstrichen hatte.¹⁴ Dafür benötigten die Lehrkräfte aktuelle Darstellungen und entsprechende Handreichungen, die praktische Anleitungen für einen

- 11 Franz-Josef Brüggemeier/Thomas Rommelspacher: *Blauer Himmel über der Ruhr. Geschichte der Umwelt im Ruhrgebiet 1840–1990*, Essen 1992; Frank Uekötter: *Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880–1970*, Essen 2003.
- 12 Louis Simonin: *Underground Life. Or, Mines and Miners*, London 1869.
- 13 Henry Lange/Carl Diercke: *Schulatlas für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet (Essen und Umgebung)*. Bearbeitet und herausgegeben unter Mitwirkung von G. Vorell, Rektor, Duisburg-Meiderich, Braunschweig 1910.
- 14 Erlass des Ministers der geistlichen usw. Angelegenheiten zur Förderung des geologischen Unterrichtes an den höheren Schulen vom 17.12.1917, in: *Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen*, 1918, Heft 2, S. 270 f.



Rheinisch-westfälisches Industriegebiet. Geologische Karte (1918).

Mit einem im Süden und Norden größeren Ausschnitt präsentiert diese Karte die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erdzeitalterbezeichnungen der Geologie zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Henry Lange/Carl Diercke: Schulatlas für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet. Ausgabe für das Unterrichtsgebiet. Bearbeitet und herausgegeben unter Mitwirkung von G. Vorell, Rektor, Duisburg-Meiderich, Braunschweig 1918, S. 6. Georg-Eckert-Institut, Braunschweig.

experimentellen Erdkunde- und Geologieunterricht im Klassenzimmer und auf Ausflügen gaben und sich ausdrücklich auch an Volksschullehrer richteten. Sie waren aufgefordert, „um den Unterricht in der Geologie möglichst nutzbringend zu gestalten, (...) daß an jeder Anstalt von den Lehrern der Naturwissenschaften und der Erdkunde gemeinsam eine Stoffverteilung ausgearbeitet wird, die den an der Schule vorhandenen Lehrkräften

und den wirtschaftlichen und Bodenverhältnissen des Schulortes angepaßt ist.“¹⁵

Wissen in Erdkunde und Geologie galt als unabdingbar im „naturwissenschaftlichen Jahrhundert“, denn diesen Leitwissenschaften verdankte das „Industrievolk [...] die Vorarbeiten für seinen blühenden Kohlenbergbau mit all seinen praktischen Folgen für die Textilindustrie und für so viele andere Fabrikationszweige und ebenso die Vorarbeiten zu seinem ge-

¹⁵ Ernst Haase: Die Geologie in der Schule, Leipzig 1918.

waltigen Eisenerzabbau und der mächtigen, von den Konkurrenzländern gefürchteten Eisenindustrie“, wie es ein Lehrbuch für die Volksschulen zum Ausdruck brachte.¹⁶ Dementsprechend war das Interesse des „gebildeten Publikums“ am Erdinneren als „Archiv der Erdgeschichte“ besonders groß, das eine „steigende Menge von volkstümlich-wissenschaftlichen Büchern über Geologie“, Zeitschriften, Vereine und die populären Lexika befriedigten.¹⁷ Die „Popularisierung“ wissenschaftlicher Ergebnisse, ein Schlagwort, das schon die Zeitgenoss:innen im Munde führten, hatte sich auch das mehrbändige „Große Konversationslexikon“ von Meyer, das gedruckte Vorbild von Wikipedia, zum Ziel gesetzt. Die sechste Auflage, die seit 1905 erschien, enthielt unter dem Eintrag „Deutschland“ umfangreiche Ausführungen zur „Bodengestaltung“, die sich auf den Berliner Geologen Albrecht Penck beriefen. Der wissenschaftlichen Entwicklung entsprechend war das Bildmaterial um 25 Karten und Tafeln erweitert worden. Mehrere Karten veranschaulichten den geologischen Aufbau Deutschlands, zwei weitere zu Vorkommen und zur Nutzung von Mineralien enthalten mehrere Detailkarten, unter anderem auch zum „Ruhrkohlenbecken“ mit flächig eingetragenen Angaben zu den verschiedenen Kohletypen von der Magerkohle im Süden bis zur Gasflammkohle im Norden. Einen Eintrag „Ruhrkohlenbecken“ suchten interessierte Leser:innen vergeblich, wohl aber fanden sie einen Eintrag zum „Ruhrkohlengebirge“, der sich mit den Kohlevorkommen, den Fördermengen und einzelnen Zechen befasst. Gleich zu Beginn werden die Leser:innen auf die Karte zum „Rheinisch-Westfälischen Industrie-Gebiet“ verwiesen, die den Raum mit nahezu identischem Titel jedoch in kleinerem Maßstab als im Schulatlas visualisierte.

Bei einem Vergleich konnte aufmerksamen Betrachter:innen aber nicht entgehen, dass der so bezeichnete Raum sich im Westen bis nach „München-Gladbach“ [sic] erstreckt, sich Remscheid im Süden innerhalb des

Kartenrahmens befindet, während Hamm ebenso wie Wesel mit der Lippe außerhalb der Karte liegen bzw. die Gebiete nördlich von Geldern von einer Legende verdeckt werden. Ins Auge sticht zudem das völlig andere Kartenbild; allein das Relief wird schematisch angedeutet und einige wenige Zechen nördlich der Emscher sind namentlich aufgeführt, ansonsten betont die Karte die Verkehrsinfrastruktur mit roten Eisenbahnlinien und schwarzen Kanälen. Ich komme auf diese Karte zu einem späteren Zeitpunkt zurück.¹⁸

Festzuhalten bleibt, dass der in unterschiedlichen Karten jeweils unter identischem Titel dargestellte Raum allein im Kartenzentrum übereinstimmt, während es an den Rändern keine klare Abgrenzung gibt. Vielmehr wird der dargestellte Raum je nach gewähltem Schwerpunkt weiter oder enger konstituiert. Unter der heute gebräuchlichen Bezeichnung „Ruhrgebiet“ definierten die Produzenten den Raum weder kartografisch noch begrifflich, sieht man von wenigen Ausnahmen ab, die sich aber bis zum Ende des Ersten Weltkriegs nicht durchsetzen konnten. Komposita wie „Unterruhrgebiet“ oder „Ruhrkohlengebiet“ wurden demgegenüber immer dann genutzt, wenn spezifische Merkmale oder gemeinsame Charakteristika zur Konstituierung des Raumes dienten.

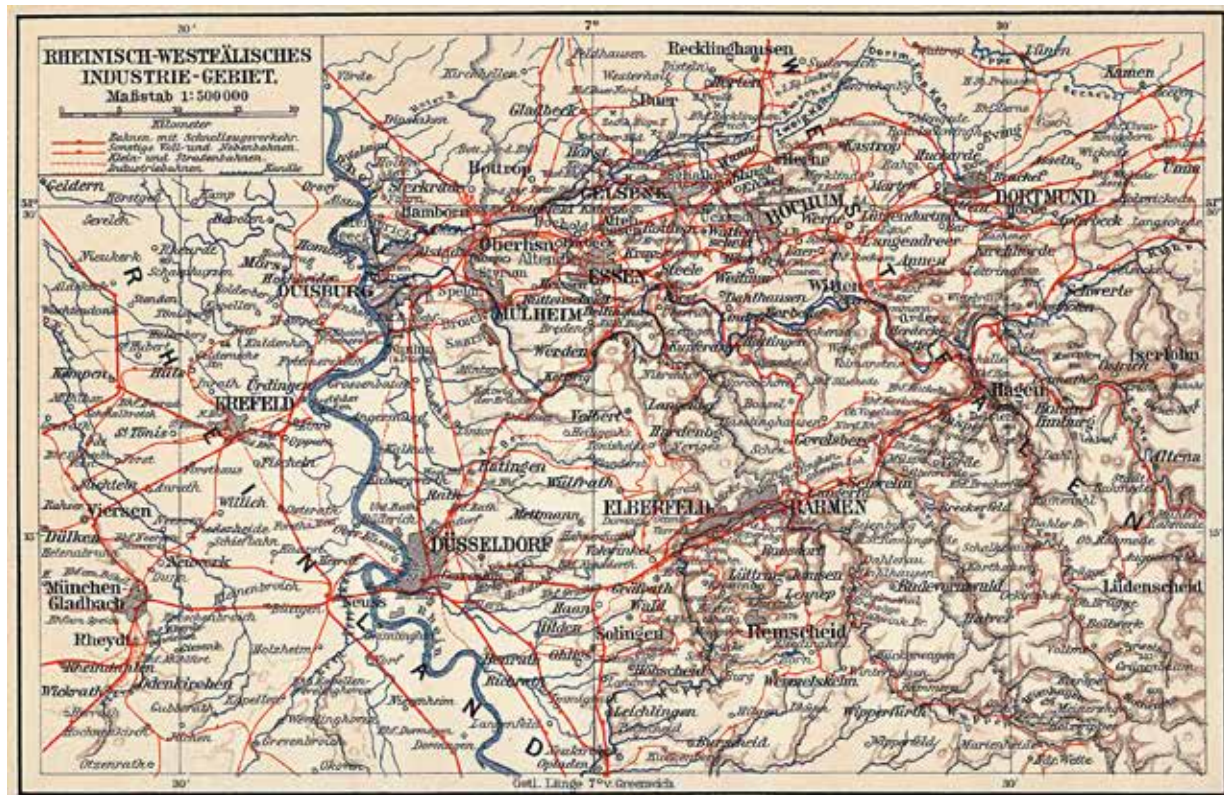
Das Wissen über die Erdzeitalter und die geologischen Schichten unterhalb der Erdoberfläche, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits zu den etablierten Wissensbeständen gehörte und gerade deshalb auch kartiert werden konnte, hatte immer noch aufregenden Neuigkeitswert, der seine Popularisierung aus weit mehr als wirtschaftlichen Gründen rechtfertigte.¹⁹ Denn gerade einmal 100 Jahre vor dem Erscheinen der geologischen Karte im Schulatlas hätten Gelehrte eine solche Karte nicht zeichnen, die Mehrzahl von ihnen nicht einmal denken können. Um diese, die Zeitgenoss:innen herausfordernden und aufregenden Wissenserweiterungen

¹⁶ Ebd., S. 6.

¹⁷ Michael Farrenkopf: Untertage. Erinnerungsort Zeche, in: Berger u.a., Zeit-Räume Ruhr, S. 348–368.

¹⁸ Meyers Großes Konversations-Lexikon, Band 17, Leipzig 1909, S. 245–246 (<http://images.zeno.org/Meyers-1905/1/big/Wm17244a.jpg> [zuletzt aufgerufen am 2.12.2024]); Zur Popularisierung siehe Carsten Kretschmann (Hg.): Wissenspopularisierung. Konzepte der Wissensverbreitung im Wandel, Berlin 2003; Stefanie Samida (Hg.): Inszenierte Wissenschaft. Zur Popularisierung von Wissen im 19. Jahrhundert, Bielefeld 2011.

¹⁹ Die Bedeutung von Geologie und Ressourcen für die Entwicklung der Fotografie im 19. Jahrhundert beleuchtet eindrucksvoll Siobhan Angus: Camera geologica. An elemental history of photography, Durham 2024.



Rheinisch-Westfälisches Industrie-Gebiet (1909).

Diese Karte bot das Große Konversationslexikon von Meyer seinen Leserinnen im 17. Band unter dem Eintrag „Ruhrkohlengebirge“. Meyers Großes Konversations-Lexikon, Band 17. Leipzig 1909, S. 245 f.

zu verstehen, müssen wir einen Blick in die Mitte des 18. Jahrhunderts werfen.

Die Geologie existierte um 1750 genauso wenig als wissenschaftliche Disziplin wie die Geschichte, die Physik oder andere Naturwissenschaften. Entsprechend gab es keine Wissenschaftler, die auf der Grundlage einer universitären Ausbildung die Erde an der Oberfläche oder in der Tiefe erforschten. Wohl aber gab es Personen, in der Regel Männer, die ein großes Interesse an der Erdoberfläche hatten, insbesondere an Mineralien und Fossilien. Dazu gehörten einerseits Bergleute, die mit der Förderung von Erzen, Salzen und Kohle ihren Lebensunterhalt verdienten, aber auch Handwerker, wie etwa Ofenbauer, Salzsieder, Köhler und Schmiede, um nur einige wenige Gewerke zu nennen. Sie alle besaßen umfangreiches praktisches Wissen, das sie durch ihre Tätigkeiten, Beobachtungen und Erfahrungen er-

warben, in der Regel aber nicht schriftlich festhielten. Das Wissen blieb an die Person und den Ort gebunden und wurde bis zur Gründung der Bergschulen, Bergakademien und Polytechnischen Schulen am Ende des 18. Jahrhunderts über die Praxis vermittelt. Gelehrte und interessierte Laien, die an die jeweiligen Orte reisten, Mineralien und Fossilien sammelten, klassifizierten, Theorien entwickelten und ihr Wissen schriftlich dokumentierten, waren ohne unmittelbare praktische Erfahrung, aber wissbegierig im Hinblick auf alle das Universum betreffenden Fragen.

Beide Formen des Wissens, das praktische wie das gelehrte, trugen zur Erforschung der Erde und zum Erkenntnisgewinn bei, wie die Wissens- und Wissenschaftsgeschichte seit einigen Jahren betonen.²⁰ Die Ausblendung des praktischen Wissens aus der Geschichte der Geologie und anderer Disziplinen, wie sie bis weit

²⁰ Marian Füssel: Wissen. Konzepte – Praktiken – Prozesse, Frankfurt a. M. 2021; Lothar Schilling/Jakob Vogel: Transnational Cultures of Expertise, Berlin 2019.

ins 20. Jahrhundert vorherrschte, hing mit der Betonung akademischen Wissens, dem Fehlen von schriftlichen Überlieferungen und der relativ geringen Relevanz zusammen, die die Wissenschaftsgeschichte Artefakten, Naturalienkabinetten und Werkzeugen einräumte. Seit die Forschung den Objekten, Orten und Räumen des Wissens entsprechende Aufmerksamkeit zukommen lässt, findet sie auch die Spuren des praktischen Wissens im gelehrten Wissen.

Einen Ort des Zusammenflusses, Sammelns und Sortierens stellte das neue Genre der Enzyklopädie dar, die zudem mit ihrer alphabetischen Anordnung die kontinuierliche Aufnahme neuer Erkenntnisse ermöglichte. Im deutschen Sprachraum folgte dem französischen Vorbild das „Grosse vollständige Universal-Lexicon“ von Johann Heinrich Zedler, das das Wissen der Zeit und die ständigen Erweiterungen in 64 Bänden und vier Supplementen zusammenstellte. Auch wenn wir die Autoren – es handelte sich wahrscheinlich nur um Männer – nicht kennen, ging es Zedler ausdrücklich um eine Zusammenführung des gesamten Wissens seiner Zeit, wie er einleitend formulierte.

„Der Leser findet alhier/nach alphabetischer Ordnung/nicht allein was zur Theologie; Iurisprudenz; Medicin; Philosophie; Historie; Mathesi u. a. Dingen/welche auf hohen Schulen getrieben werden/gehörig; sondern auch viele Hof= Cantzeley= Jagd= Forst= Kriegs= und Friedens=Sachen; wie nicht minder dasjenige/was die Künstler und Handwercker, auch Hauswirthe und Kaufleute im Gebrauch/woran insgemein auf hohen Schulen nicht gedacht zu werden pfl eget.“²¹

Einen Eintrag „Geologie“ sucht man in Zedlers Enzyklopädie vergeblich, denn eine so bezeichnete Disziplin gab es noch nicht. Zu finden sind jedoch umfangreiche Einträge zur „Mineralogie“, zum „Mineralischen Reich“, zu verschiedenen Erzen, zur „Kohle“ und auch zur „Stein-

kohle“, um nur einige aus dem uns hier interessierenden Feld zu nennen. Jeder dieser Einträge enthält ausführliche Informationen zu den Orten der Gewinnung und des Abbaus sowie den Praktiken der Verarbeitung. Die meist sehr anschaulichen Darstellungen und die Verwendung einer Fachsprache für spezifische Werkzeuge und Techniken erfüllen den Anspruch Zedlers, nicht allein gelehrtes Wissen aus Büchern zusammenzutragen, sondern vielmehr eigene oder vermittelte Erfahrungen aufgrund von Anschauung und Beobachtung vor Ort einfließen zu lassen. Beide, die Anschauung und die Beobachtung, wurden zu einem zentralen Argument in den intensiven Debatten, die Zeitgenossen und auch einige interessierte Zeitgenossinnen über Mineralien, Fossilien, Gesteine, ihr Vorkommen und ihre Schichtung im 18. Jahrhundert führten. So kritisierte der Jurist, kaiserliche und in seinen letzten Lebensjahren preußische Berghauptmann Johann Heinrich Gottlob von Justi, in seinem 1757 erschienenen „Grundriß des gesamten Mineralreiches“ die Literatur und insbesondere die Werke seines schwedischen Kollegen Johan Wallerius, weil er die „wenigsten Fossilien, die er beschreibt, selbst bey der Hand gehabt“ habe. Seine eigenen Erkenntnisse kämen demgegenüber aus „eigenen Versuchen und Beobachtungen“.²² Die Anschauung der Objekte und ihrer Fundorte war schließlich von grundlegender epistemischer Bedeutung. Denn erst der Vergleich mit den Formationen und Gesteinsschichten anderer Regionen ermöglichte die Abstraktion von lokalen Gegebenheiten, die Entwicklung von Theorien und Spekulationen, das Denken in Systemen, und damit die Klassifikation des unterirdischen Mineralreichs als „besonderes System“, wie Justi formulierte, neben dem bereits bekannten Tier- und Pflanzenreich. Diese Fragen beschäftigten viele Menschen so intensiv, dass der österreich-ungarische Jurist und Mineraloge Johann Ehrenreich von Fichtel am Ende des 18. Jahrhunderts feststellen konnte: „[I]n dem vorletzten Decennium des itzigen Jahrhunderts, sey über Mineralien mehr geschrieben worden, als über die

21 Vorrede über das Universal-Lexikon, in Johann Heinrich Zedler: Grosses vollständiges Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste, Welche bißhero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden und verbessert worden: Darinnen so wohl die Geographisch-Politische Beschreibung des Erd-Creyses (...) Als auch eine ausführliche Historisch-Genealogische Nachricht von den Durchlauchten und berühmtesten Geschlechtern in der Welt (...), Band 1, Halle und Leipzig 1732, S. 6. (<https://www.zedler-lexikon.de/index.html?c=blaettern&seitenzahl=29&bandnummer=01&view=100&l=de> [zuletzt aufgerufen am 2.12.2024]).

22 Johann Heinrich Gottlob von Justi: Grundriß des gesamten Mineralreiches, Göttingen 1757, Vorbericht.

Theologie, Philosophie und Jurisprudenz mitsammen in einem halben Jahrhunderte, ja es gebe mineralogische Papiere, wie Heu und Stroh im gegenwärtigen fruchtbaren Jahre.“²³

Fichtel, der seine Anschauungen durch Reisen und Beobachtungen gewonnen hatte – 40 Jahre später sollte es dann „Taschenbücher für reisende Mineralogen“ geben –, klassifizierte die verschiedenen Typen von Mineralogen entlang ihrer Denk- und Arbeitsweisen. Eine, im wahrsten Sinne des Wortes, Glaubensfrage trennte allerdings noch am Ausgang des 18. Jahrhunderts die Mineralogen in zwei Gruppen, von denen die von Fichtel als „Pietisten“ bezeichnete zunehmend in die Minderheit geriet. Diese „fromme[n] gute[n] Männer, die sich über den buchstäblichen Sinn der Mosaischen Schöpfungsgeschichte, und der noachischen [sic] Fluth nicht hinauswagen“, erklären „alle grosse Erdballsbegebenheiten, die Beschaffenheit der Gebirge, die Flächen, Meere und Flüsse aus dem Texte des Patriarchen, der bei ihnen die Achse ist, um welche sich, was immer in der Natur und mit der Erde vor Zeiten geschah, herumdrehet“.²⁴

Darin lag die eigentliche Sprengkraft der Mineralogie und der Erforschung der unterirdischen Welt, denn das Wissen um eine Erdgeschichte stellte zunehmend die Chronologie der Schöpfungsgeschichte in Frage. In einer Mischung aus Vorsicht und Entschiedenheit formulierte der Autor des Eintrags „Steinkohlen“ im Zedler, dass es „eine Meinung“ sei, „dass die Steinkohlen insgesamt von Anfange der Welt solten [sic] da gewesen sein (...), welche denen sehr vortheilhaft [sic] ist, die entweder nicht nachdenken können oder wollen“.²⁵ Sollten die Kohlen im Verlauf der Erdgeschichte entstanden sein, dann musste die Frage nach ihrer Entstehung in materieller und zeitlicher Hinsicht beantwortet werden. Die Bibel bot hierauf keine Antwort, wie Gelehrte bereits am Ende des 17. Jahrhunderts festgestellt hatten. Aber die Beobachtung, dass Holz zu Kohle umgewandelt werden konnte und Steinkohle Fossilien von Pflanzen und

Insekten enthielt, ließ die Vorstellung eines unterirdischen Waldes reifen, die sich gut in Theorien und spekulative Darstellungen über das Erdinnere einpassen ließ. Von prägender Kraft waren hierbei die zeitgenössischen Diskurse über den Holzmangel, die anfänglich die Einschätzung bestärkten, dass diese unterirdischen Wälder als Ersatz der Schöpfung von Gottes Hand in Regionen mit Holzmangel angelegt worden seien. Im Unterschied zu vielen Spekulationen ließen sich die unterirdischen Wälder und Pflanzen durch die materiellen Belege in der Kohle nicht widerlegen. Deshalb wurden gerade diese Versteinerungen im Zuge der vergleichenden Erforschung und den damit einhergehenden Wissenserweiterungen zum Argument und Ausweis einer über die Schöpfungsgeschichte hinausreichenden Erdgeschichte. Am Ende des Jahrhunderts stand für Fichtel das „geschichtsmäßige“ der Mineralogie außer Frage, die er deshalb als „historische Naturwissenschaft“ bezeichnete. Die Erkenntnis über die Geschichtlichkeit der Natur ging mit einer grundlegenden Veränderung des Zeit- und Geschichtsbewusstseins einher, wie neuere Forschungen zeigen.²⁶ Zwei neue Disziplinen entstanden dabei, die Geschichte und die Geologie, die am Ende des 18. Jahrhunderts von dem Genfer Natur- und Alpenforscher Horace Bénédict de Saussure ihren Namen erhielt.

Die Fragen nach dem Alter der Erde, aber auch die viel drängenderen nach dem Vorkommen der Steinkohle sowie weiterer Ressourcen und den Möglichkeiten ihres Abbaus trieben die Erforschung der unterirdischen Welt voran.²⁷ Das lag nicht zuletzt im Interesse der staatlichen Verwaltungen, denn der Abbau von Erzen und Salzen und ihre Verarbeitung waren für Handwerk und Handel von Bedeutung und füllten durch die Abgaben die notorisch knappen Staatskassen. Bei steigenden Bevölkerungszahlen sah man den gravierenden Holzmangel – ein Dauerthema im 18. Jahrhundert – mit großer Sorge, denn Holz war nicht nur Energieträger für die Haushalte und stoffliche Grundlage von Haushaltsgegenständen,

23 Johann Ehrenreich von Fichtel: Die Mineralogen gegen das Ende des achtzehnten Jahrhunderts, Frankfurt/Leipzig 1792, S. 1.

24 Ebd., S. 60.

25 Stein-Kohle, in Johann Heinrich Zedler: Grosses vollständiges Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste, welche bishero durch menschlichen Verstand und Witz erfunden worden. Band 39, Halle 1744, Sp. 1697.

26 Martin J. S. Rudwick: Bursting the Limits of Time, Chicago 2005; David Schulz: Die Natur der Geschichte. Die Entdeckung der geologischen Tiefenzeit und die Geschichtskonzeptionen zwischen Aufklärung und Moderne, München 2020.

27 Helge Wendt: Kohlezeit. Eine Global- und Wissensgeschichte (1500–1900), Frankfurt a. M. 2022; Franz-Josef Brüggemeier: Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute, München 2018.

sondern unverzichtbar beim Bau von Häusern, Wegen, Deichen und Dämmen ebenso wie in vielen Gewerbezweigen von der Salzsiederei über die Glas-, Textil- und Lederproduktion bis zum Bergbau.²⁸

Einen Ersatz bot die Steinkohle, die in einigen Regionen Europas wie in England, aber auch an der Ruhr, bereits in Haushalten und Handwerk genutzt wurde. In Zeiten vor der Eisenbahn war ihr Transport, wo keine schiffbaren Flüsse zur Verfügung standen, was auf die Ruhr bis Ende des 18. Jahrhunderts zutraf, nur unter großem Aufwand und mit dem Einsatz von Pferden möglich.²⁹ Der Vorteil der Steinkohle, deren Qualität je nach Herkunft sehr unterschiedlich war, bestand gegenüber der Holzkohle in einem besseren und längeren Brennverhalten. Von Nachteil waren der Geruch und Rauch, der „allerhand Brustbeschwerden und verzehrende Krankheiten“ verursachte, wie es im Zedler hieß. Auf der anderen Seite las man auch über ihre heilende Wirkung durch die Verarbeitung zu Salben, während ihr Dampf zur Luftreinigung genutzt werden konnte. Das wäre selbst „in der Pest ein gutes Mittel“ mutmaßte der Autor noch unter dem Eindruck der letzten großen Pandemie, der zu Beginn des 18. Jahrhunderts große Teile der Bevölkerung Preußens zum Opfer gefallen waren. Mit Blick auf die Qualitäten war im Zedler auch zu erfahren, dass man für eine gut brennende Steinkohle tief graben musste, während die Kohlen, die an der Erdoberfläche zu Tage traten, von schlechter, „erdiger“ Qualität wären.

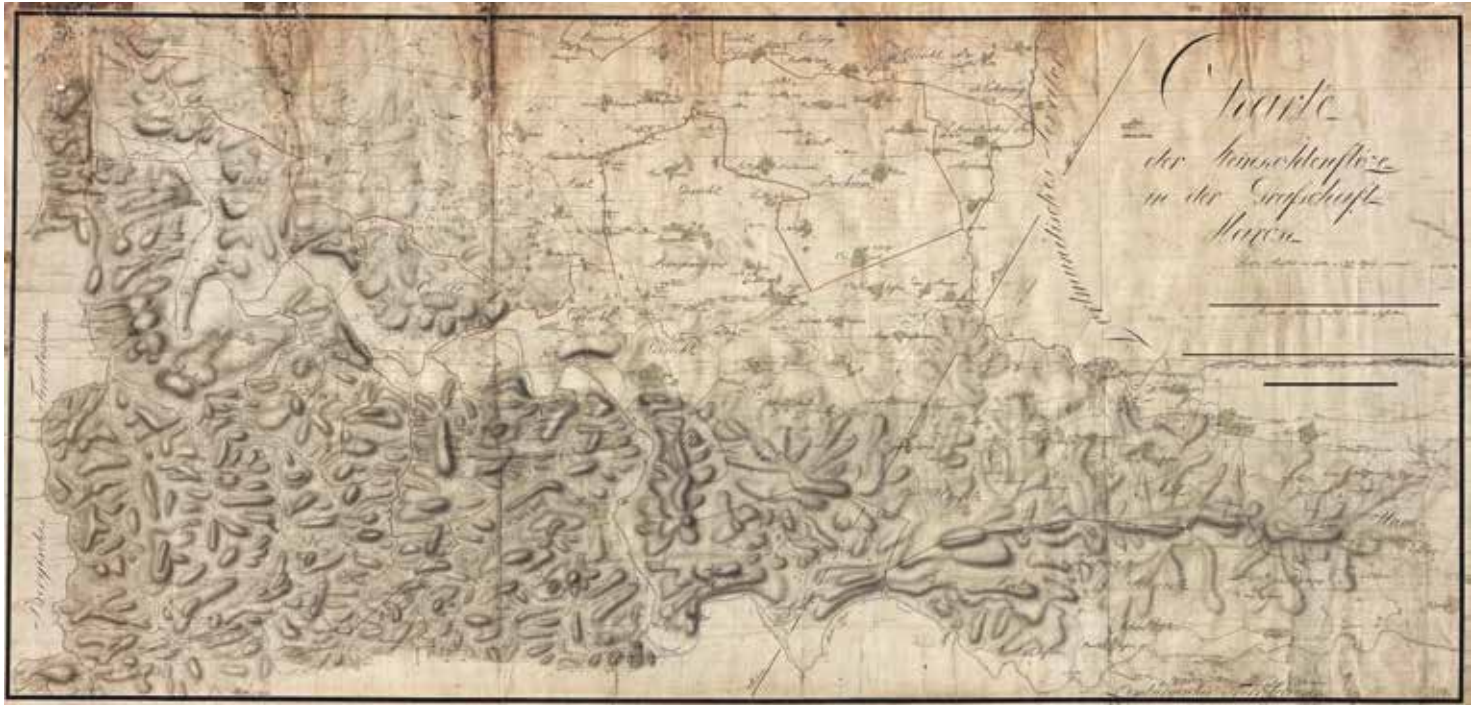
Trotz umfangreichen Wissens in der Mineralogie, das Ergebnis vielfältiger Erfahrungen und gelehrter Dokumentationen in Europa und Teilen der Welt war, bot der Zedler seinen Leser:innen keine geologische Karte der unterirdischen Welt, wie sie knapp 150 Jahre später in allen gängigen Lexika zu betrachten war. Dafür lassen sich mehrere Gründe ausmachen, die die wissenschaftliche Entwicklung am Ausgang des 18. Jahrhunderts und die Ausbildung der Geologie als wissenschaftliche Disziplin charakterisieren. Von nachgeordneter Bedeutung waren wohl die zusätzlichen Kosten, die durch die Produktion von Karten, weil aufwändig und kostspielig, entstanden wären. Sie wurden in der Regel getrennt

gedruckt, von Hand koloriert und nachträglich in den Text eingeklebt, oder es wurde ein ganzer Bogen für den Druck genutzt und eingebunden. Zusammenstellungen von Karten, in Atlanten oder Werken zur Geografie, waren allerdings im 18. Jahrhundert durchaus populär. Da geografisches Wissen auch im Zedler einen breiten Raum einnimmt, war der vollständige Verzicht auf Land- oder topografische Karten wohl kaum eine Kostenfrage. Gegen eine Aufnahme sprachen vielmehr erkenntnistheoretische Gründe, die sich aus der Vorrede erschließen, wo die Konzentration auf das Wort und den Text hervorgehoben wird. Das unterstreicht auch die Nähe des Werks zum Protestantismus mit seinem Prinzip der „sola scriptura“ und einem Misstrauen gegenüber Visualisierungen und Ablenkungen. Im Zedler spiegelt der Eintrag zur Landkarte diese distanzierte Haltung, indem er vor Fälschungen und Verzerrungen in Karten warnt. Am Ende des 18. Jahrhunderts mündete diese Ablehnung in eine grundsätzliche Debatte über Visualisierungen, die hier nicht in den Details nachgezeichnet werden soll.

Auffallend ist jedoch, dass der Zedler im Umgang mit Karten von seinem grundsätzlichen Bekenntnis zu einer Berücksichtigung praktischer Erfahrungen und Arbeitsweisen abwich. Denn auch im Bergbau wurde das Wissen und seine Erweiterungen räumlich erfasst und visualisiert. Bereits seit dem Mittelalter kam dem Markscheidewesen eine wichtige Rolle zu, da die Markscheider die Fundstellen und Gruben vermaßen, die Besitzrechte kartografisch festhielten und Bergschäden dokumentierten. Schon in frühneuzeitlichen Bergordnungen sind diese Raumpraktiken und die prominente Stellung der Markscheider festgehalten, deren Dokumentationen in Wort und Karte als Urkunden einen rechtlich verbindlichen Status hatten. Viele dieser Karten, die heute für die Geschichtswissenschaft und insbesondere die Umweltgeschichte eine bedeutsame Quelle darstellen, beschränkten sich auf kleinere Räume und lokale Gegebenheiten. Die Ressourcendebatten und staatlichen Initiativen zur systematischen Erfassung der Ressourcen am Ende des 18. Jahrhunderts lie-

²⁸ Joachim Radkau: Holz. Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt, München 2018; Bernd-Stefan Grewe: Wald, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2011-05-04 (<https://www.ieg-ego.eu/greweb-2011-de> URN: urn:nbn:de:0159-20110201143 [zuletzt aufgerufen am 4.11.2024]).

²⁹ Olaf Schmidt-Rutsch: Schiffbarmachung und Schifffahrt auf der Ruhr, in: Hombach, Die Ruhr und das Ruhrgebiet, S. 111–125.



Charte der Steinkohlenflöze in der Grafschaft Marck.

Dies ist die älteste erhaltene Flözkarte des rheinisch-westfälischen Steinkohlenreviers aus dem Jahr 1800.

Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum/Bergbau-Archiv BBA 112/396.

ßen jedoch auch diese Profession nicht unberührt, und einzelne Markscheider oder ehemalige Markscheider in den Berg- und staatlichen Verwaltungen begannen mit gesamtstaatlichen Erfassungen und Visualisierungen, die den Staatsraum unter diesen spezifischen Gesichtspunkten ordneten und lokale, vielfach an der Oberfläche nicht sichtbare Gegebenheiten den interessierten Blicken offenlegten.

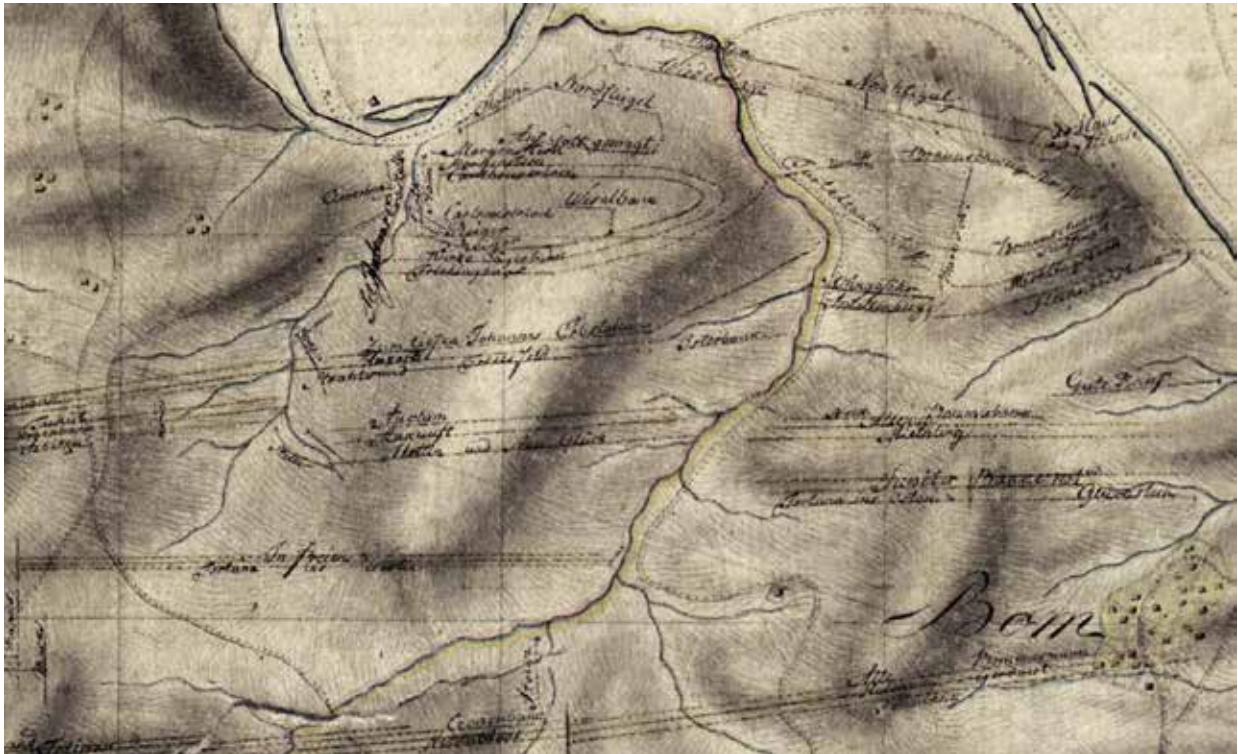
Für den hier zu betrachtenden Raum ist eine der ältesten überlieferten Karten dieser Art eine Visualisierung der Steinkohlenflöze in der Grafschaft Mark aus dem Jahr 1800, die heute im Deutschen Bergbau-Museum Bochum zu sehen ist.

Angefertigt hat sie der Markscheider Ehrenfried Honigmann, der seine erfolgreiche Karriere als Oberberg-rat in Bochum beendete. Die Arbeit von Honigmann ist keine geologische Karte, wie sie die Schulatlanten und

Lexika 100 Jahre später präsentierten, da sich mit den Wissenserweiterungen über die Erdschichten erst Techniken und Formen der kartografischen Darstellung unterirdischer Ressourcen und Arbeitsorte ausbilden mussten.³⁰ Die große, fast zwei Meter lange Karte erfasst den Raum vom Bergischen bis nach Unna und von der Ruhr bis zum Stift Essen und Dortmund im Norden, zeigt topografische Merkmale wie Flüsse, die gebirgige Landschaft im Süden, Orte und Gehöfte. Das Nebeneinander und die Schichtung der Flöze hielt Honigmann auf seiner Karte mit gepunkteten Linien ebenso fest wie die teils metaphorischen Benennungen der Stollen, etwa „Sonnenblick“, „altes Weib“ und „Himmelskrone“.

Mit dieser Darstellung holte Honigmann sein Wissen über die unterirdischen erschlossenen Steinkohlenflöze an die kartografische Oberfläche und dokumentierte die Ressource innerhalb der Grenzen des Territoriums. Jen-

30 Klaus Eichholz: Bergbauhistorische Karten der Grafschaft Mark als unbekannte Quellen der Orts- und Regionalgeschichte, in: Märkisches Jahrbuch für Geschichte 105 (2005), S. 148–191; Simon Naylor: Geological Mapping and the Geographies of Proprietorship in Nineteenth-Century Cornwall, in: David Livingstone/Charles W. J. Withers (Hg.): Geographies of nineteenth-century science, Chicago 2011, S. 345–370; Eric C. Nystrom: Seeing underground. Maps, models, and mining engineering in America, Reno 2016.



Ausschnitt aus der Charte der Steinkohlenflöze in der Grafschaft Marck (1800).

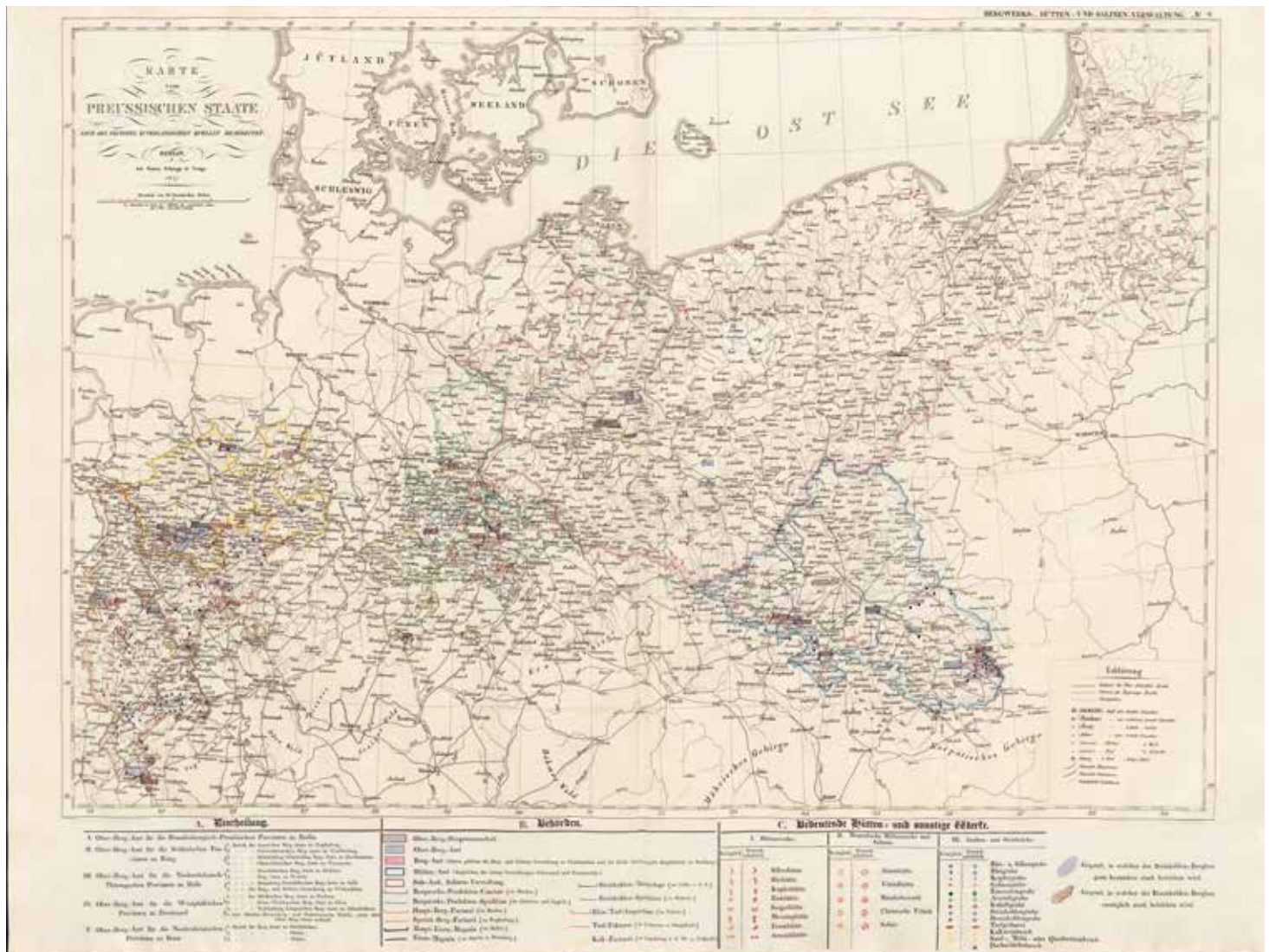
Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum/Bergbau-Archiv BBA 112/396.

seits des Maßstabs und der Maßeinheiten, die für den Markscheider von grundlegender Bedeutung waren, findet sich keine heute übliche Legende auf der Karte, da einerseits die kartografischen Standards noch nicht etabliert und andererseits die Nutzung der Karte – wie ihre Produktion – an spezifische professionelle Kontexte gebunden blieb. So fehlen weitere Details über die Verbindung zwischen der Erdoberfläche und der Unterwelt, etwa Angaben zu Schachttiefen, Größen oder Fördermengen, ebenso wie Einträge, die auf das Wissen ungenutzter und künftig zu erschließender Ressourcen deuten. Die Karte spiegelt den Ist-Zustand des Sommers 1800 wider. Ihre Besonderheit liegt in der Verknüpfung von thematischem Fokus und territorialer Rahmung.

Honigsmanns Raumdarstellung war neu und lag zugleich im Trend der Zeit. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts sammelten Staatsdiener, Gelehrte und Männer aus der Praxis umfangreiches Wissen etwa über die Wirtschaft, die Bevölkerung und die Ressourcen der Staaten und suchten nach Methoden der Systematisierung in der Erfassung und Darstellung. Zahlen und Tabellen boten sich dafür an, da sie im Vergleich zu Texten eine bes-

sere Übersicht und Vergleichbarkeit ermöglichten. Aus diesen Anfängen entwickelte sich im 19. Jahrhundert eine neue Wissenschaft, die Statistik, die zu Beginn des Jahrhunderts durchaus umstritten war.

Weitaus strittiger waren jedoch andere Versuche der Visualisierung, mit denen Gelehrte der Zeit experimentierten. Sie verorteten das in Statistiken erfasste und verarbeitete Wissen räumlich im regionalen, nationalen oder globalen Kartenraum, um es „auf einen Blick“, wie sie schrieben, zu veranschaulichen und erfassen zu können. Grundlage dafür waren Kenntnisse des Landesraums und seiner Grenzen, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts in zahlreichen europäischen Staaten und in Übersee zu systematischen Landesvermessungen geführt hatten, mit dem Ziel, sich einen Überblick über den Staatsraum und die „Staatskräfte“ zu verschaffen. Dieser, nicht zuletzt aus ökonomischen Interessen getriebene, Prozess, denn fundiertes Wissen war die Voraussetzung für fiskalisches Handeln, gewann mit den staatlichen Neuordnungen um 1800 eine zusätzliche Dynamik. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts, auf Befehl Napoleons, begann Jean Joseph Tranchot mit den



Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung (1827).

Dieser erste thematisch-statistische Atlas Preußens wird dem Militärkartografen Ferdinand von Döring zugeschrieben. Neuere Untersuchungen gehen davon aus, dass der Kronprinz Friedrich Wilhelm IV. eigenhändig an der Kartenproduktion beteiligt war.

Universitätsbibliothek Utrecht, T fol 173 Lk.

Vermessungen für den später als „Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet“ bezeichneten Raum. Nach dem Herrschaftswechsel im Jahr 1815 setzten preußische Vermesser unter der Leitung von Karl von Müffling sei-

ne Arbeiten fort. Diese Vermessungs- und Kartierungsarbeiten lagen in Preußen wie zuvor in Frankreich in den Händen der Militärs, denn die „Topographischen Bureaus“ waren den Generalstäben zugeordnet.³¹

31 Rudolf Schmidt: Die Kartenaufnahme der Rheinlande durch Tranchot und v. Müffling 1801–1828. Band 1. Geschichte des Kartenwerkes und vermessungstechnische Arbeiten, Köln 1973; Philippe Boulanger: Military Mapping by France, in: Mark Monmonier (Hg.): The History of Cartography. Vol. 6, Cartography in the Twentieth Century. Part 1, Chicago 2015, S. 904–909; Rachel Hewitt: Map of a nation. A biography of the Ordnance Survey, London 2010; David Gugerli/Daniel Speich: Der Hirtenknabe, der General und die Karte. Nationale Repräsentationsräume in der Schweiz des 19. Jahrhunderts, in: Werkstatt Geschichte 23 (1999), S. 61–81.



Ausschnitt aus Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung (1827).

Der Ausschnitt aus der Gesamtkarte zeigt den Westen Preußens mit der Ruhrregion. Farblich hervorgehoben ist ein Dreieck zwischen Mülheim an der Ruhr, Dortmund und Barmen.

Universitätsbibliothek Utrecht, T fol 173 Lk.

Die topografischen Karten, die auf der Basis dieser Vermessungen entstanden und in der Folge beständig Überarbeitungen und Aktualisierungen erfuhren, wurden zwar in dieser Form weiterhin nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, wohl aber floss das Wissen auch in Karten und Atlanten ein, die zu allerdings hohen Preisen über die Verlage vertrieben wurden. Sukzessive – dieser Prozess zog sich bis in das 20. Jahrhundert hinein – setzte sich die topografische Karte als Grundmodell durch, um die verschiedensten Wissensbestände etwa auch der Geologie visuell zu verorten und zu veranschaulichen.

In Preußen war es Kronprinz Friedrich Wilhelm IV., der sich für diese Form der Visualisierung begeisterte, die Produktion eines entsprechenden Atlases beförderte und – wie die Forschung annimmt – sich auch selbst an der Produktion der Karten beteiligte. Im Jahr 1827 erschien der erste administrativ-statistische Atlas mit 22 Karten, der die beiden modernen Techniken der thematischen Kartografie und der Statistik miteinander verband und das gesamte Territorium, die Verwal-

tungsstruktur, die Bevölkerung, ihre Konfessionen und Sprachen sowie die Infrastruktur, Ressourcen und Wirtschaft präsentierte. Eine vorgeschaltete Tabelle ergänzte die Karten um nur bedingt sichtbare Informationen wie die Bevölkerungszahl und die Größe der verschiedenen Bezirke.³²

Eine dieser Grundkarten, die alle nach den „neuesten, zuverlässigsten Quellen bearbeitet waren“, firmiert unter dem Titel „Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung“. Allerdings bietet die von Hand kolorierte Karte viel mehr als Verwaltungsstrukturen, denn sie verzeichnet mit den Hüttenwerken und ihrer entweder königlichen oder privaten, als gewerkschaftlich bezeichneten Organisationsform auch die Ressourcen und verarbeitenden Standorte in Preußen. Diese sind mit handschriftlichen Signaturen wie farbigen Kreisen und Kreuzen auf der Karte markiert und lassen sich über die Legende erschließen. Nur wenige Einträge finden sich in der Region südlich der Städte Essen, Bochum und Dortmund, die als Sitz der Oberberg- bzw. Bergämter farblich

³² F. von Doering/Heinrich Kliever: Administrativ-statistischer Atlas vom Preussischen Staate, Berlin 1827 (digitale Ausgabe: <https://objects.library.uu.nl/reader/viewer.php?obj=1874-397854&pagenum=34&lan=en> [zuletzt aufgerufen am 2.12.2024]).

hervorgehoben sind. Darunter befinden sich eine nicht namentlich benannte Eisenhütte in Essen und die Blaufarbenwerke bei Werden und Hattingen.

Vor dem Hintergrund der hier verfolgten Frage nach Raumbildern, Raumvorstellungen und Raumpraktiken erregt jedoch eine andere Hervorhebung die Aufmerksamkeit. Der gesamte Raum von Duisburg bis nach Dortmund im Norden und nach Barmen im Süden ist in einem blau-lila Farbton flächig koloriert. Mit dieser Flächenfarbe hob der Kartograf „Gegenden“ hervor, „in welche[n] der Steinkohlen-Bergbau ganz besonders stark betrieben wird“, wie es in der Legende heißt. In ähnlicher Weise wird die Region nördlich von Saarbrücken und östlich von Gleiwitz, heute Gliwice in Polen, markiert. Der Verzicht auf ein dichtes Nebeneinander von Einzelsignaturen hatte ästhetische und informationstechnologische Gründe, denn er vermied eine visuelle Überfrachtung der Karte und trug zu ihrer „Lesbarkeit“ bei. Zugleich ordnete die gewählte Darstellungsweise den Raum auf der Grundlage der Ressource Steinkohle und ihrer Förderung und stellte einen sichtbaren Zusammenhang her.

In ihrem thematischen Zuschnitt führte die Karte Verwaltungs- und mineralogisches Wissen zusammen, indem sie die Strukturen der Verwaltung und die Stätten des Abbaus und der Verarbeitung von Erzen, Salzen und Mineralien im nationalen Raum verortete. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der Kartograf für seine Zusammenführung von Wissensbeständen ein kartografisches Vorbild nutzte, das zu seinen „zuverlässigsten Quellen“ gehörte, die er jedoch nicht im Einzelnen auswies. Denn nur wenige Jahre vor dem statistischen Atlas hatte der preußische Jurist und begeisterte Mineraloge Christian Keferstein die erste geologische Karte veröffentlicht. Als Titel wählte er den älteren und um-

strittenen Begriff „geognostisch“ und einen größeren politischen Rahmen mit einer Generalkarte von „Teutschland“ aus einem Weimarer Verlag als Vorlage.³³ Bei Keferstein wird die nämliche Region als rotes Dreieck vom markant grün kolorierten Süden abgesetzt. Damit unterschied Keferstein die „Porphir-Steinkohlen Formation“ in Rot von der „Schiefer Formation“ in Grün.

Der Kontrast und die Wahl der Farbe Rot war kaum zufällig, denn vielfach bemühte er sich um eine farbliche Annäherung an die Erscheinung in der Natur. Hier wählte er den Rotton des Porphyrs, jedoch nicht die Farbe Schwarz oder einen dunklen Brauntönen, die sich für Kohlevorkommen im Verlauf des 19. Jahrhunderts durchsetzten.

Die geologischen Wissensbestände, die Keferstein erstmalig kartografisch geordnet und verortet hat, fanden Eingang in den preußischen Atlas, der sie mit staatlichen Strukturen und ökonomischen Interessen zusammenführte. Damit war der Atlas eine Bestandsaufnahme und wies doch zugleich in die Zukunft, indem er über die eigentliche Information hinausging und weitere Lesarten erlaubte. Schließlich konnte die flächige Markierung des Steinkohlenabbaus zum Nachdenken über die Kohlevorkommen, ihre Erforschung und eine zukünftige Erschließung anregen und damit Handlungsräume eröffnen. Über die Rezeption des preußischen Atlases ist wenig bekannt; wohl aber wissen wir aus kolonialen Kontexten, dass Karten Handlungen motivieren und leiten konnten. Außerdem blieben sie nicht ohne Folgen für Raumbilder und Raumwahrnehmungen und zeitigten langfristige Prägungen, wie die Forschung inzwischen betont.³⁴

Hatte die geologische Karte von Keferstein den Raum von unten, vom Mineralreich, konstituiert, so legte die preußische Karte den staatlichen, nationalen Raum über

33 Karl Ferdinand Weiland/Christian Keferstein: General-Charte von Teutschland: auf der vom Hauptmann Weiland gezeichneten Charte / Geognostisch begraenzet von Ch. Keferstein, Weimar 1821 (https://haab-digital.klassik-stiftung.de/viewer/limage/1308843119/3/LOG_0001/ [zuletzt aufgerufen am 2.12.2024]).

34 Janne Holmén/Norbert Götz (Hg.): Mental maps. Geographical and historical perspectives, London/New York 2022; Fritzhof Benjamin Schenk: Mental Maps. Die Konstruktion von geographischen Räumen in Europa seit der Aufklärung, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 493–514; Ute Schneider: Die Macht der Karten. Eine Geschichte der Kartographie vom Mittelalter bis heute. 3. erweiterte und aktualisierte Auflage, Darmstadt 2012; Jörg Dünne: Die Karte als Operations- und Imaginationsmatrix. Zur Geschichte eines Raummediums, in: Jörg Döring/Tristan Thielmann (Hg.): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Bielefeld 2008, S. 49–70; David Woodward/G. Malcolm Lewis: Introduction, in: David Woodward/G. Malcolm Lewis (Hg.): The History of Cartography. Vol. 2.3. Cartography in the traditional African, American, Arctic, Australian, and Pacific societies, Chicago 1994, S. 1–10.

das Vorkommen und die Förderung von Steinkohle und schuf, diese Schichten von Merkmalen zu einem Schema verbindend, die Grundlage für eine „mental map“. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass mit diesem Atlas die Grundlagen für Ordnungsmuster gelegt wurden, die erst im 20. Jahrhundert in Raumordnungen und Begriffen Ausdruck fanden. Denn unter Berücksichtigung sozialgeografischer und kognitionspsychologischer Forschungen können wir davon ausgehen, dass die Verbreitung des Schemas im 19. Jahrhundert, die sowohl über Karten als auch mittels Textdarstellungen erfolgte, nicht ohne langfristige Folgen für die Raumvorstellungen und die Orientierungen der Betrachter:innen, nicht zuletzt aus Wissenschaft und Politik, wie auch interessierter Leser:innen blieb. Inwieweit damit Angebote einer räumlichen und emotionalen Identifikation und ihre Rezeption verbunden waren, ist deutlich schwieriger zu beantworten.³⁵

Es lässt sich jedenfalls feststellen, dass sich diese flächige Hervorhebung in Gestalt eines Dreiecks in einer Vielzahl von Hand- und Schulbüchern wie Atlanten im Verlauf des 19. Jahrhunderts findet, um etwa die geologischen Gegebenheiten, die industrielle ebenso wie die demografische Entwicklung hervorzuheben. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts „franst“ diese dreieckige Hervorhebung in den Karten im Norden aus, was mit den Wissenserweiterungen um Kohlevorkommen unter der Mergelschicht nördlich der Emscher und den Möglichkeiten des Abbaus in größeren Tiefen zusammenhing.

Der Verweis auf die Emscher lenkt unsere Aufmerksamkeit von der „Unterwelt“, über die es noch viel mehr zu schreiben gäbe, an die Erdoberfläche zurück. Mit den Flüssen Rhein, Ruhr, Emscher und Lippe sowie zahlreichen weiteren kleinen Gewässern ist ein zentrales Merkmal der Raumstrukturierung angesprochen, das im Unterschied zu den geologischen Formationen für die

Menschen an der Erdoberfläche sichtbar, mit allen Sinnen erfahrbar und von großer lebensweltlicher Bedeutung war. Denn die Flüsse versorgten die Menschen, die sich an ihren Ufern angesiedelt hatten, mit Trink- und Brauchwasser, Nahrung wie Fischen und Krebsen sowie Energie für Mühlen und Handwerk. Außerdem dienten sie soweit möglich dem Transport von Waren und Menschen und leiteten bis weit ins 20. Jahrhundert die Abfälle der Letzteren zur Mündung und schließlich ins Meer. Zugleich stellten Flüsse eine Gefahr dar, denn mit Fäkalien verunreinigtes Wasser gefährdete Leib und Leben durch Erreger wie das Cholera auslösende Bakterium *Vibrio cholerae*. Die Sumpfbereiche an den Ufern waren Brutstätten für Malaria und Typhus, der in Gelsenkirchen noch 1901 epidemisch ausbrach. Schließlich bedrohten Hochwasser im jahreszeitlichen Rhythmus die an Flüssen gelegenen Städte und Landwirtschaften, das Trockenfallen der Flüsse im Sommer, wie in Mülheim an der Ruhr noch 1911, die Trink- und Abwasserversorgung.³⁶ Weitere Risiken für die Oberflächen- und Grundwasserversorgung brachte der sich in Fläche und Tiefe ausbreitende Bergbau. Bergsenkungen und Wassereinträge in den Stollen bedrohten das Leben der dort arbeitenden Männer und Pferde. Zugleich versiegte durch den Bergbau vielerorts das Grundwasser, das die Brunnen speiste und die Menschen mit Trink- und Nutzwasser versorgte. Nachdem in Essen gegen Ende der 1830er Jahre mehr als die Hälfte der 142 Brunnen ausgetrocknet waren, erreichten die Bürger mit ihren Protestnoten die Stilllegung einzelner Betriebe. Die durch „bergmännische Arbeiten erwachsenden Nachteile“ beschäftigten die preußischen Ministerien, die Landtage und die Juristen bei der seit den 1820er Jahren geplanten Kodifizierung eines einheitlichen preußischen Bergrechts, die sich bis zur endgültigen Verabschiedung im Jahr 1865 hinzog.³⁷ Einer der Gründe für diese Verzögerung lag in

35 Gertjan Dijkink: *National Identity and Geopolitical Visions. Maps of Pride and Pain*, London 1996; Guntrum Henrik Herb/David H. Kaplan (Hg.): *Nested Identities. Nationalism, Territory, and Scale*, Lanham, Md. 1999; Sylvia Schraut: *Kartierte Nationalgeschichte. Geschichtsatlanten im internationalen Vergleich 1860–1960*, Frankfurt 2011; Christof Dipper/Ute Schneider (Hg.): *Kartenwelten. Der Raum und seine Repräsentation in der Neuzeit*, Darmstadt 2006.

36 Siehe dazu und zum Folgenden auch den Beitrag von Nicolai Hanning in diesem Band.

37 Zusammenstellung der Gutachten der sechsten resp. der siebenten Landtags-Versammlungen über den Entwurf des gemeinen preußischen Bergrechts und der Instruktion zur Verwaltung des Bergregals von 1841, Berlin 1844, S. 96 f.; Protokolle über die Revision des Bergrechts in Folge der gutachtlichen Bemerkungen der Provinzialstände. Mai 1845 bis Dezember 1846, [S. I.] 1847, S. 587; Jürgen Büschenfeld: *Wassernutzung und Wasserhygiene. Die Ruhr in der Phase der Hochindustrialisierung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert*, in: Hombach, *Die Ruhr und das Ruhrgebiet*, S. 177–193.

den neuen Herausforderungen und Problemlagen, mit denen sich der Gesetzgeber durch die menschlichen Eingriffe unter und auf der Erdoberfläche konfrontiert sah.

Denn bevor gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein Nachdenken über die Ruhr als Trinkwasserreservoir einsetzte, mussten im Zuge des industriellen Wachstums und der steigenden Bevölkerungszahlen stetig neue und tiefere Brunnen gebaut werden, da das Wasser aus den Flüssen und Gewässern wegen der ansteigenden Verschmutzung kaum noch genutzt werden konnte.

Die Umgestaltung der Gewässersysteme setzte jedoch nicht erst im 19. Jahrhundert ein. Sieht man einmal von vormodernen Regulierungsbemühungen ab, gab es erste Überlegungen zur Schiffbarkeit von Ruhr und Lippe schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Sie scheiterten allerdings an den verschiedenen Herrschaftsbereichen, die sich entlang der Ruhr erstreckten und die Wegerechte verweigerten. Die Nutzung der Wege, vor allem der Treidelpfade entlang der Ruhr, war jedoch eine grundlegende Voraussetzung für die Frachtschifffahrt mit Aaken, die gerade stromaufwärts über lange Taue von Pferden, manchmal auch von Ochsen, gezogen wurden.

Alternativen zum Transport der Steinkohlen per Schiff boten Lastenpferde oder Pferde- und Ochsenkarren. Das mit Pferden und Ochsen zu erreichende Transportvolumen war jedoch gering und stand in keinem Verhältnis zum seit dem 18. Jahrhundert steigenden Abbau. Das lag nicht nur an den Kapazitäten der Tiere und Karren, sondern auch an den schlecht ausgebauten Straßen und Wegen, die im Rhythmus der Jahreszeiten besser oder schlechter zu passieren waren. Selbst der Hellweg, eine seit dem Mittelalter genutzte Handelsroute, die von Osten kommend Unna und Dortmund mit Duisburg bzw. dem Rhein verband, bot bis zum Ausbau einer parallelen Natursteinchaussee in den 1820er Jahren keine ausreichende Verkehrsinfrastruktur.

An diesen Mängeln scheiterten im 18. Jahrhundert auch eigens angelegte Kohlenwege. Nur mit dem Schiff konnten zu dieser Zeit größere Mengen an Salz und vor allem Steinkohle transportiert werden, sofern die Ruhr schiffbar war bzw. der Aufwand des Umladens, verursacht durch Wehre und Mühlen, sich in Grenzen hielt. Das war zunächst ohne größere Hindernisse nur für die Strecke von Mülheim flussabwärts bis zum Rhein der Fall. Alternative Pläne zur Ruhr wurden in Preußen

durchaus in Erwägung gezogen, etwa eine Schiffbarmachung der Emscher, doch diese Gedankenspiele erwiesen sich als unpraktikabel.

Steigende Nachfrage und finanzielle Interessen veränderten im 18. Jahrhundert die Haltung einzelner Anrainerherrschaften zum Kohlentransport, für den sie schließlich Konzessionen vergaben. Der Politikwandel hatte Konsequenzen, denn Forderungen nach einer Verbesserung der Infrastruktur für einen reibungslosen und schnellen Transport blieben nicht aus. Insgesamt 16 Schleusen waren nötig, um die Ruhr durchgängig befahren zu können, was ab 1780 ermöglicht wurde. Sechs Jahre hatte der Bau der Holzschleusen gedauert, Erdmassen mussten allein mit dem Einsatz menschlicher und tierischer Kraft bewegt werden. Dieser Eingriff in die Natur blieb nicht ohne Folgen für den Fluss, der seinen Lauf und seine Fließgeschwindigkeit änderte. Die Umweltgeschichte, die sich seit einigen Jahren intensiv mit diesen Regulierungen befasst, weist zudem darauf hin, dass sich durch die Eingriffe die Wasserqualität, die Mineral- und Gesteinszusammensetzung, aber insbesondere die Fauna und die Flora des Flusses wandelten. Den Regulierungen folgten Klagen der Fischer, Mühlenbesitzer, Handwerker und Uferbewohner über Einschränkungen und Verluste. Im Fall der Ruhr wissen wir darüber jedoch vergleichsweise wenig, weil die Forschung in erster Linie die Attraktivität der schiffbaren Ruhr für Handwerk und Unternehmen betont und Umweltveränderungen oder Verschmutzungen vornehmlich als Industrialisierungsfolgen beleuchtet werden.

Mit ihrer Sichtweise auf die wirtschaftsfördernden Effekte der Schiffbarmachung folgte die Forschung den meisten Verantwortlichen, die diese Eingriffe in die Natur als Beamte und Ingenieure planten und durchführten. Einer von ihnen war der bereits erwähnte Markscheider Ehrenfried Honigmann, der sorgfältig die Schleusen in seiner Karte verzeichnete. Zudem versah er die Ruhr bei Blankenstein, heute zur Stadt Hattingen gehörend, mit dem Hinweis „Gesegnete Schifffahrt“, der sowohl auf die Schleuse, aber auch auf die dortige Werft und den Bau der Ruhraaken für den Kohlentransport bezogen werden kann.

Die Veränderungen der blauen Infrastrukturen durch die Regulierung der Flüsse sind kein Spezifikum der hier betrachteten Region. Ähnliche und zum Teil deutlich weitergehende Eingriffe führten die Verantwortlichen



Ausschnitt aus der Charte der Steinkohlenflöze in der Grafschaft Marck (1800).

Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum/Bergbau-Archiv BBA 112/396.

in Preußen im Oderbruch und in England in der Region um Manchester durch, mit intendierten und nicht vorhersehbaren Folgen für die Natur wie die Menschen und das Verhältnis zwischen beiden. Diese als sozio-ökologische Konstellationen oder „socio-natural arrangements“ bezeichneten Wechselbeziehungen haben – nicht unbeeinflusst von den aktuellen Umweltdebatten – in den letzten Jahren die historische Forschung und den Blick auf die Vergangenheit verändert. Die Betrachtung von Risiken und Gefahren, des Unbeherrschbaren und Unverfügbaren der Natur modifiziert inzwischen das bis weit ins 20. Jahrhundert vorherrschende Narrativ von der menschlichen Beherrschung und Nutzung der Natur. In einer gewissen Spannung dazu stehen gegenwärtige Diskussionen unter Geolog:innen, Sozialwissenschaftler:innen und Teilen der interessierten Öffentlichkeit über einen bereits im 19. Jahrhundert vorgebrachten Vorschlag, die geologischen Zeitalter um eine neue Epoche, das „Anthropozän“, zu erweitern. Damit wird allerdings – so die nicht ganz unberechtigte Kritik – erneut der Mensch als Gestalter in den Mittelpunkt gestellt,

während Wechselwirkungen vernachlässigt oder ausgeblendet werden.³⁸

Beides, die Wechselwirkungen und das Kontingente der Beziehung Mensch und Umwelt, finden inzwischen die Aufmerksamkeit der historischen Forschung, die diese Fragen auf der Grundlage menschlicher Erfahrungen, Beobachtungen und Dokumentationen untersucht. Die Techniken des Beobachtens und Erfassens sind zudem Gegenstand einer Wissens- und Wissenschaftsgeschichte, die seit einigen Jahren den Wandel wissenschaftlicher Methoden und Instrumente seit dem 18. Jahrhundert betont. Forschung im Feld, das Messen, Zählen, Modellieren und Visualisieren von Wissensbeständen gewannen an Bedeutung für die menschlichen Praktiken der Berechnung, Planung, Gestaltung und Neuordnung der Umwelt wie für die Abwägung und die Kalkulation von Risiken, intendierten wie nichtintendierten Effekten. Mit der Geologie haben wir ein Beispiel für diese wissenschaftliche Entwicklung und Professionalisierung kennengelernt, die sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert intensiv in ihren Überlegungen und Betrachtungen vor Ort mit der Ent-

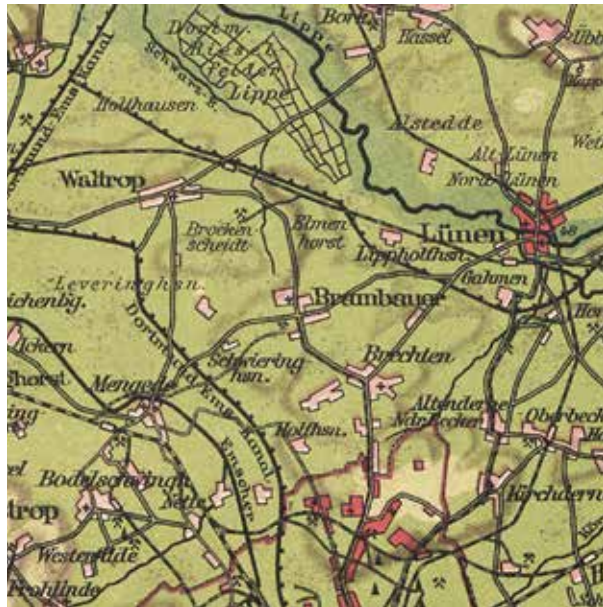
38 Sebastian Haumann/Martin Knoll/Detlev Mares (Hg.): Concepts of Urban-Environmental History, Bielefeld 2020; Nicolai Hannig: Kalkulierte Gefahren. Naturkatastrophen und Vorsorge seit 1800, Göttingen 2019.

stehung und Lage des „Steinkohlen=Gebirges der Ruhr“ auseinandersetzte. Ihr Wissen dokumentierten die Geologen in wissenschaftlichen Abhandlungen und Karten, wie der „Flötzkarte des Westfälischen Steinkohlen-Gebirges“ des Oberbergamtsreferendars Heinrich Lottner, deren Vorlage in „doppeltem Maasstabe“ auf der Pariser Weltausstellung 1855 präsentiert wurde.³⁹ Das allgemeine Interesse an diesem Wissen und der Geologie war groß, und so fand es Eingang in populäre Darstellungen und Zeitschriften und selbst Reiseführer boten ihren Leser:innen geologische Überblicke wie der Baedeker aus dem Jahre 1860 unter ausdrücklichem Verweis auf eine geologische Karte von „besonderem Werth“ und die preußischen Generalstabskarten.⁴⁰

2. Raumbildner Statistik: Menschen, Tiere, Produkte

Die Wechselwirkungen zwischen den Menschen und ihrer Umwelt standen nicht im Vordergrund. Spuren finden sich jedoch in den Schriften und einigen kartografischen Darstellungen, wie ein erneuter Blick auf die eingangs angeführte Karte des „Rheinisch-Westfälischen Industriegebiets“ im Diercke-Schulatlas aus dem Jahr 1918 zeigt.

Nördlich von Lünen, in der Dahler Heide an der Lippe, sind die Dortmunder Rieselfelder markiert, die zur Reinigung der Abwässer angelegt wurden. In älteren Karten und Atlanten fehlen diese Rieselfelder, die erst 1898 ihre Funktion erfüllen konnten, nachdem in mehrjähriger Bautätigkeit der 18 Kilometer lange Abwasserkanal von Dortmund angelegt worden war. Die Planung der Rieselfelder folgte dem Vorbild anderer Städte zur Abwasserreinigung, weil sich die direkte Ableitung städtischer Abwasser in den Aalbach und weiter in die Emscher als zunehmende Gefahr für die Gesundheit der Anwohner:innen erwiesen hatte. Durch die Umleitung über Rieselfelder konnten Abwasser gereinigt und anschließend in die Flüsse, im Dortmunder Fall in die Lippe,



Ausschnitt aus Rheinisch-westfälisches Industriegebiet (1918).

Die Dortmunder Rieselfelder waren zur Reinigung der städtischen Abwässer kurz vor der Jahrhundertwende fertiggestellt worden. Dass der Kartograf sie markierte, verweist auf ihre Bedeutung für die Menschen in Dortmund.

Henry Lange/Carl Diercke: Schulatlas für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet. Ausgabe für das Unterrichtsgebiet. Bearbeitet und herausgegeben unter Mitwirkung von G. Vorell, Rektor, Duisburg-Meiderich, Braunschweig 1918, S. 4 f. Georg-Eckert- Institut, Braunschweig.

geleitet werden. Der Kanalbau, der nach Londoner Vorbild und überwiegend noch in Handarbeit in bis zu 24 Meter Tiefe unterirdisch vorgetrieben wurde, war ein Großprojekt, vergleichbar dem Emscherkanalprojekt am Ende des 20. Jahrhunderts.⁴¹ Der Bau brachte beträchtliche Eingriffe und Umwälzungen der Heidelandschaft mit sich, die für die Anlage der Felder bis zu einem Meter Tiefe umgegraben werden musste. Diese massive Umgestaltung und Neuordnung des Naturraumes Dahler Heide blieb nicht ohne Wirkungen auf die Umwelt und die dort lebenden Menschen, da sich Fauna, Flora und die Böden derart veränderten, dass der vormals sandi-

³⁹ Heinrich Lottner: Geognostische Skizze des westfälischen Steinkohlen-Gebirges. Erläuternder Text zur Flößkarte des Westfälischen Steinkohlen-Gebirges, Iserlohn 1859, Vorwort S. III–IV.

⁴⁰ Karl Baedeker: Die Rheinlande von der Schweizer bis zur Holländischen Grenze. Schwarzwald, Vogesen, Haardt, Odenwald, Taunus, Eifel, Siebengebirge, Nahe, Lahn, Mosel, Ahr, Wupper und Ruhr. Handbuch für Reisende, 11. verbesserte Auflage, Coblenz 1860, S. XVII–XX.

⁴¹ Siehe dazu den Beitrag von Stefan Berger in Band 3 der Gesamtreihe zur Geschichte des Ruhrgebiets.

ge Heideboden zum Anbau von Gemüse genutzt werden konnte. Das steigerte seinen Wert in der Wahrnehmung der bäuerlichen Pächter, die sich erst Jahre später mit Problemen der Übernutzung und Überdüngung konfrontiert sahen.

Dem Kartografen waren die Bedeutung der Rieselfelder für die Wasserversorgung und die technische Leistung sehr bewusst, weshalb er sich für eine Aufnahme in seine Karte entschied. Zwar erfahren wir nichts über die Wahrnehmungen und Erfahrungen der Anrainer und Stadtbewohner:innen, die von der Anlage der Rieselfelder profitierten. Die Karte enthält aber durchaus Informationen über die Notwendigkeit eines solchen Eingriffs in das städtische Umland. Denn zumindest dem im Kartenlesen geschulten Blick – und das war die Aufgabe der Schule und Funktion der Atlanten – waren Schlüsse über die Verteilung der Bevölkerung und ihre Dichte möglich. Die Schriftgestaltung der Städtenamen in Fettdruck und die Markierung ihrer Ausdehnung in Rot verweisen auf eine dichte Städtelandschaft von Großstädten mit über 100.000 Einwohner:innen. Sie erstreckt sich durch den Raum von Duisburg bis nach Dortmund und von Hattingen bis nach Recklinghausen. Eine ähnliche städtische Verdichtung lässt sich im Süden zwischen Solingen und Elberfeld ausmachen. In einer Zone von der Ruhr bis zur Emscher sind eine Vielzahl kleinerer Orte in Rosa eingetragen, die außerhalb der mit einer roten Linie markierten Stadtgrenzen liegen und erst im 20. Jahrhundert eingemeindet oder zusammengelegt werden sollten, wie Wanne und Eickel oder Altenessen. Nördlich der Emscher nimmt die Dichte der Ortschaften signifikant ab und es dominieren Grüntöne, durchsetzt mit den Signaturen für Steinkohlezechen, und einzelne Höhenzüge. Mehr als die Tatsache, dass es sich um Mittel- oder Kleinstädte mit zum Teil geringen Einwohnerzahlen handelt, lässt sich aus dieser Karte nicht schließen.

Sie bietet eine Visualisierung der Einwohnerzahlen zum Zeitpunkt ihrer Erhebung, über Entwicklungen und Dynamiken in der Vergangenheit schweigt die Karte. Hinter diesen Zahlen – und damit auch hinter dem Kartenbild – verbergen sich zwei eng miteinander ver-

flochtene Prozesse. Da sind zum einen das Bevölkerungswachstum, die Verdichtung und die Verstädterung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zu nennen und zum anderen das systematische Zählen und Erfassen der Bevölkerung als wissenschaftliche Praktik.

Die Statistik als eine auf den Raum bezogene Praktik entwickelte und professionalisierte sich ähnlich der Geologie im 19. Jahrhundert zu einer Wissenschaft von großer Reichweite, nicht zuletzt für staatliches Handeln und Planen. Das Zählen, die statistische Erfassung der Menschen in beständig differenzierteren Kategorien, verschob schließlich im 19. Jahrhundert den Stadtbe-griff von einem Rechtstitel – verbunden mit Privilegien wie dem Handelsrecht – zu einer statistischen Größe. Seither stellen die räumlichen und statistischen Kriterien, Größe und Einwohnerzahl, konstitutive Merkmale einer Stadt dar, die allerdings in Europa keineswegs einheitlich gelten. Diese Verschiebung war Ausdruck eines gesellschaftlichen und demografischen Wandels und ging nicht mit einem Prestigeverlust des Titels „Stadt“ einher.⁴²

Die Anfänge der Statistik reichen bis in das 17. Jahrhundert zurück, als unter Gelehrten in mehreren europäischen Staaten Überlegungen zu den Zusammenhängen von Wirtschaft und Bevölkerung einsetzten. Für ihre Staatsbeschreibungen benötigten sie Informationen und Wissen über die jeweiligen Territorien, das allerdings kaum vorhanden oder nur für andere Kontexte zusammengetragen worden war. Ihr Wissensdrang beflügelte staatliche Verwaltungen und Gelehrte, die eifrig Informationen über die Territorien und ihre Bewohner:innen zusammentrugen. Eine systematische Erfassung und die Aufbereitung in Korrelationen und Variablen erweiterten alte und schufen neue Wissensbestände, die in Gestalt von Zahlen in Tabellen dokumentiert und präsentiert wurden, denn die hohe Informationsdichte war in der herkömmlich darstellenden Form nicht mehr zu erfassen und zu vermitteln. Das Zählen, die „Politische Arithmetik“, wie die ausschließlich männlichen Staatswissenschaftler ihre Erkenntnis-methode bezeichneten, erlangte im 18. Jahrhundert eine

42 Einen guten Überblick über die europäische Entwicklung gibt Friedrich Lenger: *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850*, München 2013. Zum Ruhrgebiet siehe Heinz Günter Steinberg: *Das Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Verdichtungsraum im Wandel*, Münster 1985; Wolfgang Köllmann/Frank Hoffmann/Andreas E. Maul: *Bevölkerungsgeschichte*, in: Köllmann u.a., *Das Ruhrgebiet*, Bd. 1, S. 111–198.

so große Bedeutung, dass Kritiker von einer regelrechten „Tabellenwuth“ sprachen.⁴³

Kritik und Spott konnten die Entwicklung der Wissenschaft, für die sich im 19. Jahrhundert der Begriff „Statistik“ etablierte, nicht aufhalten. Befördert wurde sie durch die Monarchen und ihre Verwaltungen, die bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts erkannten, dass nur ein kontinuierliches Zählen geeignet war, um Veränderungen und damit einen Wandel zu erfassen. So war es seit seiner Gründung im Jahre 1805 die Aufgabe des Preußischen Statistischen Bureaus, die „Materialien zur Kenntnis der Kräfte des preußischen Staates mit möglichster Vollkommenheit zu sammeln und dergestalt zu ordnen, daß sämtliche Oberbehörden daraus jederzeit mit Leichtigkeit eine klare Übersicht der gegenwärtigen Staatskräfte und der Wirkungen, welche einzelne Begebenheiten und Anordnungen auf die Vermehrung oder Verminderung derselben äußern, erhalten können“.⁴⁴

Im Verlauf des Jahrhunderts entdeckten die Staaten das Zukunftspotenzial der Statistiken, die ein vorzügliches Mittel zur Planung und Gestaltung boten. Dazu trugen wesentlich die Professionalisierung und Internationalisierung der Wissenschaft bei, denn Planung setzte zeitliche und räumliche Vergleiche auf der Basis übereinstimmender Erhebungsmethoden voraus. Die zunehmende Standardisierung und Erweiterung der Methoden wie der Erhebungskriterien waren Aufgabe der nationalen statistischen Ämter und Gegenstand internationaler Kongresse, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in regelmäßigen Abständen tagten. In enger europäischer Zusammenarbeit entwickelten und verfeinerten die leitenden Mitarbeiter der nationalen Äm-

ter ihre Erhebungskategorien und Darstellungsformen in Tabellen und Karten.

Das lag um 1800 noch in weiter Ferne. Obgleich bereits für das frühe 19. Jahrhundert für die hier zu betrachtende Region Zählungen vorliegen, setzten systematische Nominalzählungen, d.h. Zählungen der einzelnen Einwohner:innen, erst Mitte der 1840er Jahre ein. Seit 1816 erfolgten die preußischen Erhebungen nach Regierungsbezirken, sodass die Zahlen für die Region zwischen Ruhr und Lippe aus diesen Daten berechnet werden müssen und je nach räumlicher Definition der Region variieren können. Zuverlässiger sind sie überdies für die Städte, da die Erfassung der Landbevölkerung durch die örtlichen Behörden nach Einschätzung der Statistiker mit geringerer Sorgfalt durchgeführt wurde. Erhebungen auf dem Lande waren außerdem – so eine der Dauerklagen im 19. Jahrhundert – mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, da ein Misstrauen gegenüber staatlichen Erfassungen bestand, das letztlich bis in das frühe 20. Jahrhundert anhielt.⁴⁵ Hinzu kam, dass eines der Hauptziele des Zählens der Erwerb von Wissen über die Wirtschaftskraft des Territoriums war, die vornehmlich im Gewerbe und Handel gesehen wurde. Die Wirtschaftskraft des Landes erhielt vor allem in Krisenzeiten wie bei Hungersnöten, die infolge von Missernten periodisch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts auftraten, größere Aufmerksamkeit. In der Folge änderten sich die Erhebungskriterien, blieben aber, in der Selbsteinschätzung der Statistiker, bis weit in das 19. Jahrhundert „schwankend“.⁴⁶ Historisch sind neben den Zahlen auch die Kriterien von Interesse, da das Auf-tauchen einzelner Kategorien, ihr Wandel wie auch ihr

43 [L. A. Heeren]: Rezension zu W. Rehberg, Über die Staatsverwaltung Deutscher Länder, und die Dienerschaft der Regenten, 1807, in: Göttingische gelehrte Anzeigen 131 vom 15.8.1807, S. 1298–1308. Zur Geschichte der Statistik und ihren Darstellungsformen siehe Lars Behrisch: Die Berechnung der Glückseligkeit. Statistik und Politik in Deutschland und Frankreich im späten Ancien Régime, Ostfildern 2015; Adam J. Tooze: Statistics and the German state, 1900–1945. The making of modern economic knowledge, Cambridge 2001; Kerstin Brückweh: Menschen zählen. Wissensproduktion durch britische Volkszählungen und Umfragen vom 19. Jahrhundert bis ins digitale Zeitalter, Berlin 2015; Gilles Palsky: Des chiffres et des cartes. Naissance et développement de la cartographie quantitative française au XIXe siècle, Paris 1996.

44 Emil Blenck: Festschrift des Königlich preussischen Statistischen Bureaus zur Jahrhundertfeier seines Bestehens, Berlin 1905, S. 9.

45 Ute Schneider: Inquiries or statistics? Agricultural surveys and methodological considerations in the nineteenth century, in: Nadine Vivier (Hg.): The golden age of state enquiries, Turnhout 2014, S. 43–57.

46 Siehe dazu etwa Johann Gottfried Hoffmann: Beiträge zur Statistik des preußischen Staats. Aus amtlichen Nachrichten von dem statistischen Bureau zu Berlin bearbeitet und herausgegeben, Berlin 1821, S. 46; August Meitzen: Der Boden und die landwirthschaftlichen Verhältnisse des Preussischen Staates. Im Auftrage des Kgl. Ministeriums der Finanzen und des Kgl. Ministeriums für Landwirthschaft, Berlin 1868, S. 70.

Verschwinden Rückschlüsse auf staatliche und wissenschaftliche Schwerpunkte, Perspektiven und Veränderungen erlauben.

Für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts haben wir neben vereinzelten rein tabellarischen Statistiken vielfach geografisch-topografische Handbücher, die, dem Modell der Staatsbeschreibung folgend, die numerischen Erhebungen mit allgemeineren Einblicken in die Siedlungsformen, Struktur und Lebensweisen der Bevölkerung verknüpfen.⁴⁷ In der Regel richteten sie sich an ein breites Publikum von Beamten über Kaufleute bis hin zu Reisenden.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass in der betrachteten Region die Mehrzahl der Menschen auf dem „platten Lande“ lebte, wie es in Übernahme einer Formulierung aus dem Allgemeinen Landrecht in den Tabellen hieß. Von den knapp 230.000 Einwohner:innen im Jahr 1816 gehörten mehr als die Hälfte, in manchen Kreisen sogar 75 Prozent der Menschen, der Landbevölkerung an. Unter den Städten traten Mülheim an der Ruhr und Recklinghausen mit jeweils um die 5.500 Einwohner:innen hervor, während Dortmund, Essen und Duisburg knapp unter der 5.000er Grenze blieben. Bochum zählte mit 2.400 Einwohner:innen gerade einmal die Hälfte davon. Größere Städte in der Nachbarschaft waren Düsseldorf mit über 20.000 Einwohner:innen, während Barmen und Elberfeld jeweils unter dieser Zahl blieben, zusammen aber auf über 35.000 Einwohner:innen kamen.⁴⁸

Aus Sicht der Zeitgenoss:innen war schon die Größe Dortmunds „bedeutend“, denn in Europa ließ sich die Zahl der Städte mit mehr als 100.000 Einwohner:innen an zwei Händen abzählen, darunter Berlin, Hamburg, Wien und Amsterdam. Städte mit mehr als einer halben Million Einwohner:innen, heute würden wir sie „Mega-

cities“ nennen, gab es zwei in Europa, die eine war Paris, die andere London, das schon um 1800 fast die Milliongrenze erreichte.

Beeindruckten diese Großstädte ihre Besucher:innen durch die Größe und Menschenzahl, so bot die Mehrzahl der Städte in der Ruhrregion den Reisenden ein beschauliches Bild, wie es der Staatswissenschaftler und spätere preußische Polizeipräsident Justus Gruner auf seiner Reise durch das Bergische Land, die Grafschaft Mark und Westfalen zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Dortmund gewann: „Die Stadt ist, wie die meisten kleineren freien Reichsstädte, im Aeussern [sic] und Innern gleich sehr verwarloset. Ihr Umfang ist bedeutend genug, weist aber keine Merkwürdigkeiten, sondern nur schlecht gepflasterte Gassen, meistens alte Gebäude, viel Unreinlichkeit, und andere hässliche Polizeimängel, auf.“⁴⁹ Die zeitgenössische Statistik zählte knapp 5.000 Dortmunder Einwohner:innen, die in etwas weniger als 900 Häusern lebten.⁵⁰

Die enge Beziehung zwischen den Ackerbürgerstädten und ihrem Umland lag durchaus im Wahrnehmungshorizont. So betont Gruner, dass die Menschen in Unna von der Feldwirtschaft und vom Fruchtverkauf leben, und hebt den Ackerbau hervor. Andere statistische Übersichten aus den 1820er Jahren erwähnen den „vortrefflichen Getreideboden“ um Bochum, „in dem alle Arten Feldfrüchte und besonders auch Rübsamen, Flachs und Hanf reichlich gewonnen werden“.⁵¹ Nur am Rande streifen die Beschreibungen die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, insbesondere die seit dem 18. Jahrhundert heftig debattierte Gemeinweide, als Allmende bezeichnet, die die Mehrzahl der Staatswissenschaftler und Reformers als Wohlstandshindernis betrachtete, so dass sie für ihre Aufteilung in Privatbesitz plädierten.

⁴⁷ Beispielhaft seien hier genannt F. von Restorff: Topographisch-Statistische Beschreibung der Königlich Preussischen Rheinprovinzen, Berlin 1830; siehe etwa die Einträge Preußen und Ruhrort in Eugen Hugo Theodor Huhn: Topographisch-statistisch-historisches Comptoir- Amts- Post- Reise- und Zeitungs-Lexicon von Deutschland. Eine vollständige deutsche Landes- Volks- und Staatskunde. Bd. 5, (Hildburghausen) 1845, S. 195.

⁴⁸ Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hg.): Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Bevölkerungsentwicklung 1816–1871, Düsseldorf 1966.

⁴⁹ Justus Gruner: Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung oder Schilderung des sittlichen und bürgerlichen Zustandes Westphalens am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1803, S. 370.

⁵⁰ Leopold von Zedlitz-Neukirch: Die Staatskräfte der preussischen Monarchie unter Friedrich Wilhelm III., Bd. 2, Berlin 1828, S. 250 f.

⁵¹ Ebd., S. 254.

Die Debatten über die Allmende waren Ausdruck verschiedener Problemlagen und eines grundlegenden rechtlichen und gesellschaftlichen Wandels, der die bäuerlichen Eigentums- und Lebensverhältnisse seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts umwälzte. Dieser Wandel beseitigte bis in die Mitte des Jahrhunderts ein vielschichtiges Geflecht von Rechtsbeziehungen, Eigentumsverhältnissen und finanziellen Verpflichtungen, die die Grund- und Gutsherren mit den Bauern verband. Im späten 19. Jahrhundert haben Wissenschaftler diesen Prozess als „Bauernbefreiung“ im Zuge der „Agrarreformen“ bezeichnet.⁵² Diese historisch gewachsenen und in den einzelnen Landesteilen sehr unterschiedlichen Beziehungen waren schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Gegenstand staatlicher Untersuchungskommissionen und Ziel rechtlicher Regelungen, die in Preußen erst nach der Jahrhundertmitte zum Abschluss kamen. Es sind im Wesentlichen zwei Entwicklungen, die in unserem Zusammenhang für die Entwicklung der Ruhrregion von Bedeutung waren. Zum einen wurden die Bauern freie Staatsbürger, die nach der Ablösung aller Lasten und Verpflichtungen auf eigene Rechnung handeln und wirtschaften konnten; langfristig vermochten aber nur die wenigsten die ökonomischen Handlungsräume zu nutzen. Zum anderen beschleunigten sich die Entstehung eines Bodenmarktes und die Kapitalisierung des Bodens, wofür mit der Säkularisation, der Enteignung kirchlichen Besitzes, zu Beginn des Jahrhunderts die Grundlagen geschaffen worden waren. Im Zuge der Säkularisation waren etwa das Stift Essen und die Abtei Werden mit ihrem Grundeigentum in den Besitz des preußischen Staates gelangt, der dieses zu staatlicher Nutzung umwidmete oder an Privatpersonen veräußerte.

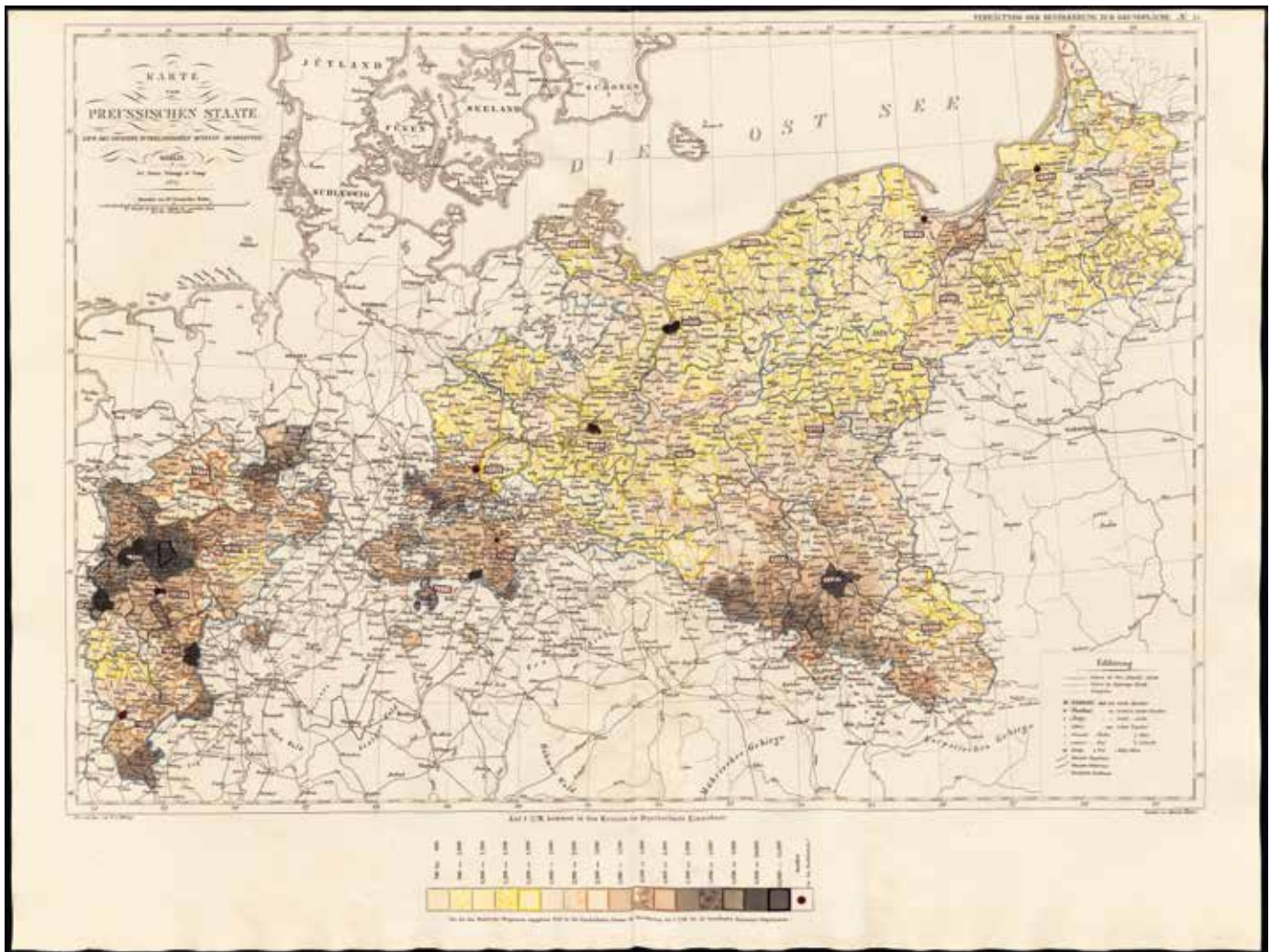
Bis zur Jahrhundertmitte verdoppelte sich die Bevölkerung in der Region. Damit setzte sich eine Entwicklung fort, die bereits im 18. Jahrhundert begonnen hatte. Verglichen mit anderen Regionen in Preußen, im Deutschen Bund oder in Europa handelte es sich um eine beträchtliche Zuwachsrate, die zu einer vergleichsweise hohen Bevölkerungsdichte führte. Das hielt auch der bereits erwähnte preußische Atlas fest, der mit seinen farblichen Abstufungen ein interessantes Bild zeigt.

Beim Blick auf die Karte stechen einige dunkel markierte Regionen hervor, die sich in einem überwiegend gelb markierten preußischen Territorium finden und eine dünne Bevölkerungsdichte von unter 1.800 Bewohner:innen pro Quadratmeile kennzeichnen, die in etwa 56 Quadratkilometern entsprach. Zu den exponierten Regionen gehört der gesamte westliche Teil Preußens mit Ausnahme der Eifel und des Sauerlandes.

Mit der höchsten Bevölkerungsdichte von über 14.000 Einwohner:innen pro Quadratmeile treten die Städte Düsseldorf, Köln und Aachen und die Region um Elberfeld und Barmen hervor, wobei Letztere in einem ohnehin dicht besiedelten Raum eigens herausgestellt werden. Zwischen Duisburg und Bochum lebten immerhin bis zu 6.000 Personen pro Quadratmeile, während der Vergleichswert östlich von Bochum bei 4.000 Einwohner:innen lag, und die Region zwischen Emscher und Lippe mit 2.500 Personen pro Quadratmeile deutlich dünner besiedelt war.

Ein täuschend ähnliches Bild präsentierte sich Wissbegierigen, wenn sie eines der populären Konversationslexika des 19. und frühen 20. Jahrhunderts aufschlugen, sei es nun der Brockhaus oder von Meyers, die beide in Leipzig erschienen und weit verbreitet waren. Beide boten seit Ende des Jahrhunderts Interessierten eine thematische Karte zur Bevölkerungsdichte des Deutschen Reichs. Diese basierten auf den jeweils letzten Bevölkerungszählungen, die seit einer Uraufnahme der Bevölkerung im Zuge der Reichsgründung 1871 regelmäßig und einheitlich im Abstand von fünf Jahren erfolgte. Kriterien und Methoden der Erhebungen mussten im Lauf der Jahre überarbeitet und angepasst werden, zumal sich an ihnen politische und wissenschaftliche Kritik entzündete. In der Regel ging es um den Fragenkatalog, der zu wenig differenziert sei, oder die Kompetenzen der Zählenden. Zuständig für die Zählungen waren die städtischen und gemeindlichen Behörden, die ihre zuvor geschulten Zähler von Haus zu Haus schickten und auf Zählkarten mit acht bis 13 Fragen jede einzelne Person erfassten. Die preußischen Erhebungen wurden zentral in Berlin zusammengefasst und publiziert. Einerseits kostete diese Form des Wissenserwerbs den preußischen Staat beträchtliche Summen, andererseits eröffneten die

52 Georg Friedrich Knapp: Die Bauern-Befreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens. 2 Bände, Leipzig 1887. Einen Überblick gibt Reiner Prass: Grundzüge der Agrargeschichte, Bd. 2, Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn der Moderne (1650–1880), Köln 2016.



Verhältnis der Bevölkerung zur Grundfläche (1827).

Es handelt sich um eine der ersten Karten, die Bevölkerungsstatistiken visualisiert. Die Einwohner in den Stadtkreisen werden in Zahlen angegeben und noch nicht mit Signaturen für die Stadtgröße.

Universitätsbibliothek Utrecht, T fol 173 Lk.

gewonnenen Informationen Möglichkeitsräume für staatliches, ökonomisches und gesellschaftspolitisches Handeln. Dazu trug auf nationaler Ebene das Kaiserliche Statistische Amt bei, das Daten aller deutschen Einzelstaaten zusammentrug und als Teil des Statistischen Jahrbuchs publizierte. Die Publikationsform wurde bis 2019 vom Statistischen Bundesamt fortgeführt, das seither die Daten digital aufbereitet und auf seiner Homepage der Öffentlichkeit zugänglich macht.⁵³

Die Präsentation erfolgte in der Regel in Tabellenform mit knappen Erläuterungen zu Besonderheiten, Veränderungen und gelegentlich auch zur Methode. Das preußische statistische Amt beschränkte sich von wenigen Ausnahmen abgesehen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts ausschließlich auf die Publikation der Zahlen in Tabellenform, eine visuelle Umsetzung in Diagramme oder Karten überließ die Amtsleitung ausdrücklich den dafür zuständigen Behörden, insbesondere dem Topographischen Bureau, einer Unterabteilung des Ge-

⁵³ (<https://www.genesis.destatis.de/datenbank/online/statistics> [zuletzt aufgerufen am 23.11.2024]).

Der westliche Teil aus der Karte „Verhältnis der Bevölkerung zur Grundfläche“ (1827). Universitätsbibliothek Utrecht, T fol 173 Lk.



neralstabs. Einen anderen Weg ging das Kaiserliche Statistische Amt, das einige ausgewählte relevante Wissensbestände aufbereitete und in Diagrammen oder thematischen Karten visualisierte.

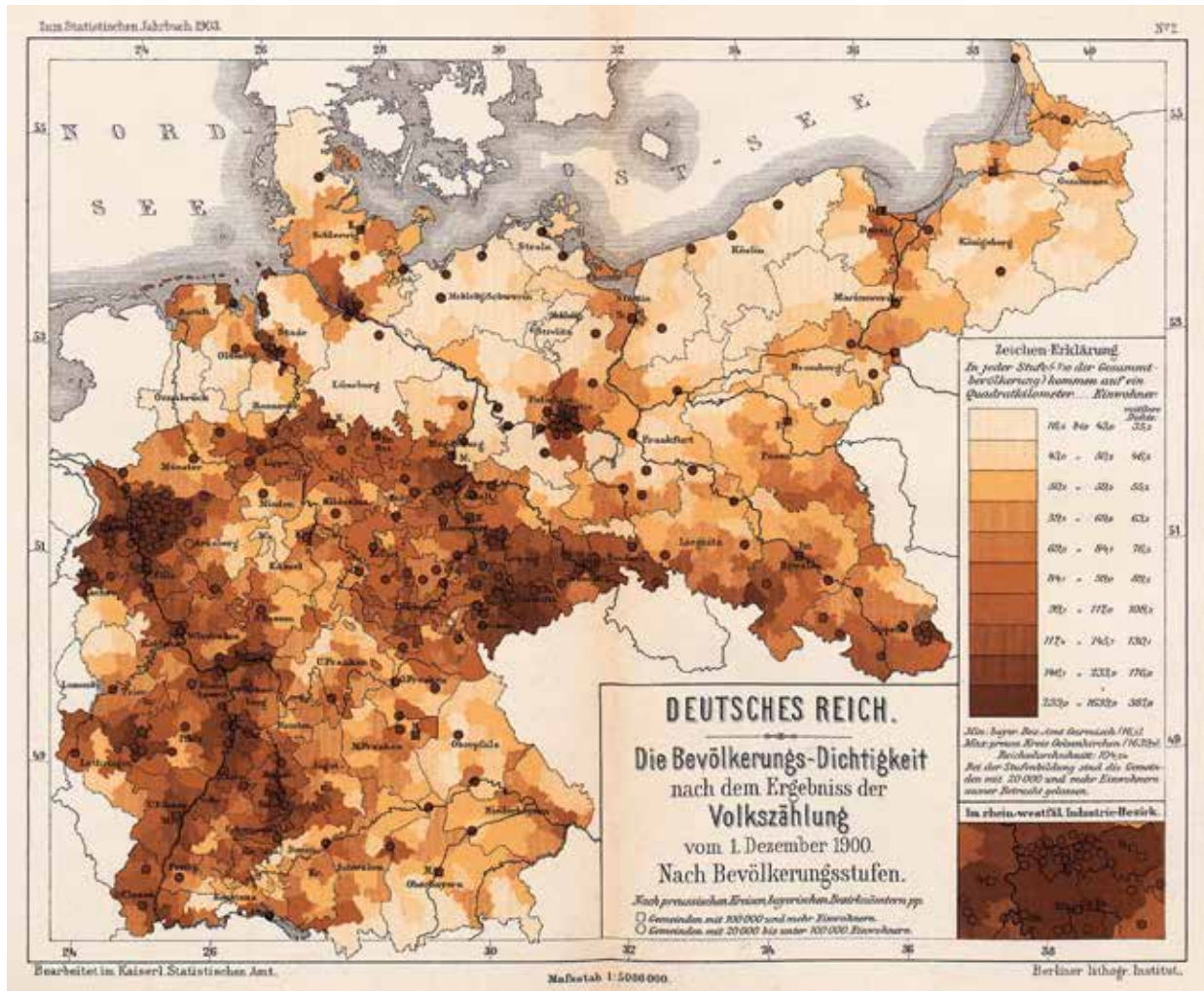
In seinem 1904 erschienenen Jahrbuch präsentierte das Amt der Öffentlichkeit eine Karte der „Bevölkerungs-Dichtigkeit“, die auf der Volkszählung von 1900 basierte.

Ins Auge fällt die hohe Bevölkerungsdichte im Westen zwischen Rhein, Ruhr und Emscher, wie sie schon die Karte von 1827 gezeigt hatte. Aber die kleinen Städte und Gemeinden waren zu Städten mit Einwohnerzahlen zwischen 20.000 und 100.000 Personen gewachsen; Essen und Dortmund hatten inzwischen sogar mehr als 100.000 Einwohner:innen.

Unsichtbar bleibt auf dieser Karte das generelle Bevölkerungswachstum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, das durch einen Wechsel der Maßeinheiten verdeckt wird. Prozesse der nationalen und internationalen Standardisierung, die die Vergleichbarkeit gewährleisteten, aber auch von alltäglicher Relevanz waren, hatten 1875 zur Verabschiedung der „Meterkonvention“ und zur Durchsetzung des metrischen Systems im Deutschen Reich geführt. Das System lag allen Karten zugrunde, sodass gemessen an der Gesamtfläche die Bevölkerungsdichte erheblich zugenommen hatte.

Eine Angabe in der Signatur stellt den Kreis Gelsenkirchen mit der höchsten Bevölkerungsdichte im ganzen Reich von über 1.600 Einwohner:innen pro Quadratkilometer eigens heraus. Dahinter verbarg sich eine für das Reich beispiellose Bevölkerungsentwicklung, wenn man bedenkt, dass Gelsenkirchen 80 Jahre zuvor nicht einmal einen Karteneintrag erhalten hatte.

Die Lokalisierung von Gelsenkirchen war zu Beginn des 20. Jahrhunderts unausweichlich, und zugleich forderte das Wachstum der Gemeinden zu Städten die Darstellungsmöglichkeiten der Kartografie heraus. Denn das Kartenblatt bot nicht ausreichend Platz, um jede Stadt in der Region mit einer eigenen Signatur abzubilden. Abhilfe suchte der Kartograf mit einem Kartenausschnitt zum „rhein.-westfäl. Industrie-Bezirk“ in der unteren rechten Ecke des Kartenblattes. Seit den 1890er Jahren hatte sich dieses „Ausgliedern“ etabliert, das in diesem Fall nicht den der Karte zugrunde liegenden Erhebungsstrukturen der Verwaltungseinheiten folgte, sondern den industriellen Ballungsraum auf der Erhebungsgrundlage der Verwaltungsstrukturen, Rheinland und Westfalen, konstituierte. Das Verfahren des Zoomens und die Präsentation außerhalb der eigentlichen Karte boten die Möglichkeit, die dichte Aneinanderreihung der nunmehr großen Gemeinden und Städte, die alle den Kriterien für eine Aufnahme in die Karte entsprachen, einzutragen. Für ihre Namen oder



Die Bevölkerungsdichte nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1903.

Das Statistische Amt des Reiches präsentierte nicht nur die Zahlen der Bevölkerungszählungen, sondern setzte sie zugleich in den nationalen Kartenrahmen mit einer Erläuterung und einer Extrakarte.

Statistisches Reichsamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1903, Berlin 1904.

entsprechende Abkürzungen wie bei Essen und Dortmund reichte aber selbst in diesem Ausschnitt der zur Verfügung stehende Platz nicht. Mit der von ihm gewählten Darstellungsweise konstituierte der Kartograph einen Raum außerhalb des nationalen Rahmens und unterstrich die Verknüpfung von industrieller und demografischer Entwicklung, die eine fokussierte Aufmerksamkeit durch die Betrachtenden verdiente. Keine andere Region des Reiches wurde in dieser Weise herausgestellt und als Raumbild produziert und präsentiert.

Ogleich bereits die Karte von 1827 eine vergleichsweise hohe Dichte der Bevölkerung in dem Raum zwischen Rhein, Ruhr und Emscher markierte, war die

Bevölkerung in den folgenden Jahrzehnten in einem Maße gewachsen, das im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts noch außerhalb der Erfahrungen und Vorstellungen der Menschen gelegen hatte. Die Zahl der in der Region lebenden Personen hatte sich seit der Jahrhundertmitte bis 1905 auf über 2,6 Millionen Menschen vervielfacht. Dabei verzeichneten die Regionen von der Ruhr bis zur Emscher und entlang des Hellwegs die größten Wachstumsraten. Geringer waren sie linksrheinisch und zwischen Hamm und Unna ausgefallen.

Ursächlich für eine derartige, bis dahin nicht gekannte Zunahme der Bevölkerung war ein Bündel von Faktoren, die auch für die hier betrachtete Region kenn-

zeichnend waren. Zum einen ist das natürliche Bevölkerungswachstum mit steigenden Geburtenzahlen zu nennen, dem am Ende des Jahrhunderts sinkende Sterbezahlen folgten. Diese als „demographischer Übergang“ bezeichnete Entwicklung hing mit einer verbesserten Ernährungslage zusammen, nachdem die Hungerkrisen alten Typs durch eine lokal unabhängige Versorgung und Verteilung – vor allem von Getreide – überwunden werden konnten. Hinzu kamen Fortschritte in der ärztlichen Versorgung und Verbesserungen der Hygienestandards, insbesondere der Wasserversorgung durch die Kanalisationen und die Trennung von Ab- und Trinkwasser am Ende des Jahrhunderts.

Dass dieser Bevölkerungsanstieg nicht in eine Krise der Überbevölkerung ohne ausreichende Lebensmittelproduktion mündete, wie es der britische Ökonom Thomas Robert Malthus in seinen Schriften noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts befürchtet hatte, war den sich gleichfalls verändernden ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft geschuldet. Arbeit und Verdienst fanden die Menschen zwar nicht mehr auf dem Lande, aber im Bergbau und in den Städten, wo sich Industrien und Unternehmen ansiedelten und expandierten.

Während die Migration vom Land in die Stadt ein Ergebnis des Bevölkerungswachstums war, trug in der Ruhrregion die Zuwanderung zunächst vornehmlich aus den anderen deutschen Staaten, seit den 1870er Jahren vor allem aus den preußischen Ostprovinzen, erheblich zum Wachstum bei, während die Zuwanderung aus dem nichtdeutschen Ausland, wie etwa aus den Niederlanden und Italien, bis zum Ersten Weltkrieg nur einen geringen Anteil ausmachte. Insbesondere die polnischsprachige Zuwanderung aus den russischen und österreichisch-habsburgischen Teilungsgebieten unterlag strikter staatlicher Kontrolle. Für die Statistik, sowohl die preußische als auch die des Reichs, stellten die Wanderungsbewegungen, der Begriff der Migration hat sich erst seit den 1970er Jahren etabliert, eine Herausforderung dar. Das galt sowohl für die Auswanderung, vor allem nach Übersee, als auch für die Einwanderung. Die Aufmerksamkeit der Behörden galt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem der Auswan-



Ausschnitt aus: Die Bevölkerungsdichtigkeit nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1903.

Für die Darstellung der Bevölkerungsdichte in der Ruhrregion benötigte der Kartograf einen kleinen Kartenausschnitt.

Statistisches Reichsamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1903, Berlin 1904.

derung, die jährlich um die 10.000 Preußen nutzten, um der Armut in ihrer Heimat zu entkommen. Die intensiven Diskussionen der Zeitgenoss:innen über die möglichen Zusammenhänge von Bevölkerungswachstum und Massenarmut, die sie als „Pauperismus“ bezeichneten, schlugen sich in den Statistiken und der Konzentration auf die Auswanderung nieder. In den Krisenjahren zwischen 1844 und 1851 lagen Westfalen und die Rheinprovinz mit über 45.000 Personen an der Spitze der preußischen Auswanderung, während im gleichen Zeitraum nur etwa 7.000 Personen in Preußen ein „besseres Vaterland“ sahen.⁵⁴

Angaben zur Herkunft der Zuwander:innen erfasste die Statistik erst nach der Reichsgründung für alle Staaten des Reiches und damit auch für die Ruhrregion.

⁵⁴ Adolf Frantz: Der Preußische Staat. Statistik, Verfassung und Verwaltung Preußens, Quedlinburg 1854, S. 47 f. Zur Debatte über die Erfassung siehe Adolf Ficker/Georg von Toggenburg-Sargans/Karl von Czörnig (Hg.): Rechenschafts-Bericht über die dritte Versammlung des internationalen Congresses für Statistik, abgehalten zu Wien vom 31. August bis 5. September 1857, Wien 1858, S. 244.

Hintergrund waren die Regelungen der Staatsangehörigkeit in Preußen und später auch dem Norddeutschen Bund bzw. dem Deutschen Reich. Eine allgemeine Niederlassungsfreiheit, die Preußen seinen Untertanen seit 1843 gewährte, galt nach 1867 auch für die Angehörigen der anderen deutschen Staaten, die nach der Verfassung wie Inländer zu behandeln waren. Sie behielten jedoch bis 1934 das Staatsbürgerrecht ihres jeweiligen Heimatstaates, etwa Bayern oder Sachsen, konnten aber eine Einbürgerung beantragen. Daneben besaßen sie eine Reichsangehörigkeit, die aber nicht die Staatsangehörigkeit und die jeweiligen Einbürgerungsgesetze der Einzelstaaten berührte. Trotz steigender Einwanderung beantragten in Preußen nach 1872 nur wenige, im Schnitt weit unter 10.000 Angehörige eines anderen deutschen Staates ihre Einbürgerung. Für alle Einwohner:innen in Preußen wie den anderen deutschen Staaten galt eine polizeiliche Meldepflicht am jeweiligen Wohnort, die den Staaten nicht nur Wissen über die Anwesenheit der Reichsbürger:innen, sondern zugleich Handlungsmöglichkeiten der Kontrolle und Ausweisung gab. Das war keineswegs nebensächlich und kam in Preußen während des Kulturkampfes gegen katholische Amtsträger wie auch in den 1880er Jahren gegen Sozialisten und Polen als Instrument zur Anwendung.

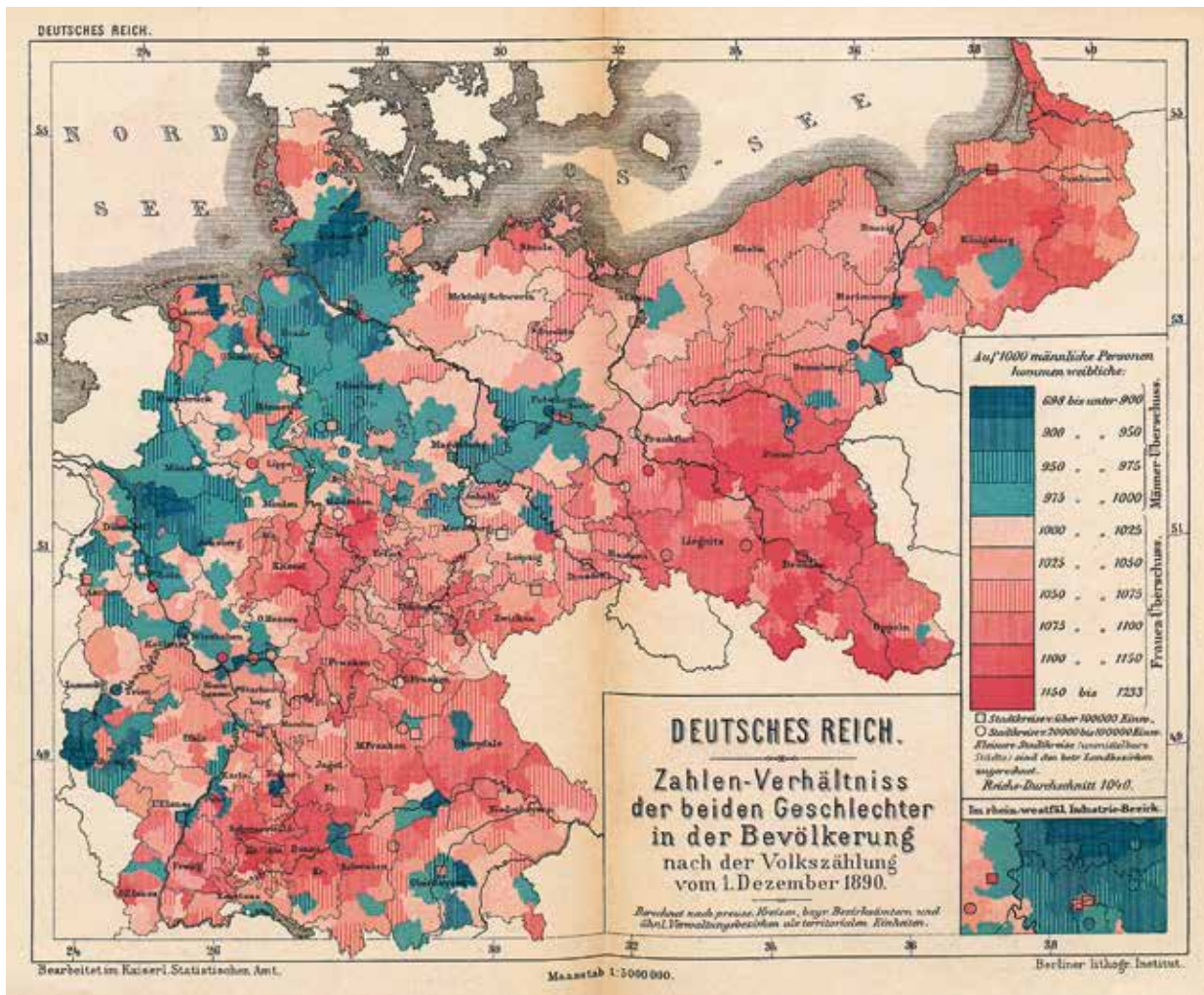
Anders sah es für Personen aus dem nichtdeutschen Ausland aus. Grundsätzlich erleichterte die Reichsgründung mit der Abschaffung von Grenzkontrollen und Visumszwang die Einwanderung mit allerdings geografischen und sozialen Grenzen. Die preußische Ostgrenze war in der Regel weniger durchlässig als die Grenze im Westen, auch die Einwanderung von Juden, Sinti und Roma, „Zigeuner“ im Sprachgebrauch der Zeit, und wandernden Kleinhändlern wurde polizeilich beobachtet und phasenweise abgewehrt.⁵⁵ Eingewanderte Personen konnten im jeweiligen Staat einen Antrag auf Einbürgerung stellen. Für die preußischen Staatsbehörden hatte die rechtliche Integration durch Einbürgerung einen hohen politischen Stellenwert, da sie diese als Ausweis von Loyalität und Ausdruck eines homogenen Staatsvolks betrachteten. Deswegen drohten sie etwa 1874 niederländischen Migranten in der Rheinprovinz, zu der die Ruhrregion gehörte, mit Ausweisung, nachdem die in-

dividuellen Anträge auf Einbürgerung über einen längeren Zeitraum ausgeblieben waren. Die Drohung zeigte Wirkung, denn in den folgenden Jahren stieg die Zahl niederländischer Einbürgerungsanträge. Neben den Niederländern beantragten in den westlichen Provinzen vor allem Belgier und Franzosen ihre Einbürgerung.

Der Pfad der preußischen Wissensgenerierung durch die Verknüpfung von Ein- und Auswanderung mit der demografischen Entwicklung und dem Rechtsakt der Einbürgerung oder der Entlassung aus dem Staatsverband erwies sich gegen Ende des Jahrhunderts als zunehmend politisch unbefriedigend, da reelle Zahlen über die Ausländer:innen im Staate fehlten. Diese benötigte man aber, um den Arbeitskräftebedarf in der Industrie und in der Landwirtschaft in den östlichen Teilen des Landes decken zu können. Entstanden war der Arbeitskräftemangel in den preußischen Ostprovinzen durch die Auswanderung nach Übersee und eine Ost-West-Wanderung von Arbeitskräften, darunter auch Hunderttausende polnischsprachiger Preußen, den „Ruhrpolen“, die nach 1870 in der Industrie an der Ruhr Arbeit fanden, sich niederließen und mitgebrachte Traditionen pflegten. Die Gewinne und Verluste der Wanderungsbewegung zwischen 1905 und 1910 visualisierte die Reichsstatistik im Jahr 1912 in einer Karte, die allerdings nicht zwischen überseeischer Auswanderung und Binnenwanderung differenzierte. Einer Bevölkerungsabnahme mit bis zu acht Prozent im Osten standen Gewinne von bis zu 30 Prozent im Westen, unter anderem in den Regierungsbezirken Münster und Düsseldorf, gegenüber. Die alarmierende rote Farbgebung mag dem preußischen Handlungsdruck entsprochen haben, die reellen Zahlen und zwei weitere Karten in dezentem Grün weisen für den nämlichen Zeitraum trotz Wanderung eine „natürliche“ Bevölkerungszunahme für Ost- wie Westpreußen aus, wenn auch deutlich unter den zwei Prozent, die Westfalen und das Rheinland vermeldeten.

Gleichwohl fehlten vor allem im agrarisch strukturierten Osten die Arbeitskräfte, und dieser Mangel konnte durch ausländische Arbeitskräfte behoben werden, deren Zulassung wie Abwehr der preußische Staat für alle Regionen kontrollieren und regulieren wollte. Aus diesem Grund erließ das preußische Innenministerium im

55 Klaus J. Bade: „Preussengänger“ und „Abwehrpolitik“: Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preussen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 24 (1984), S. 91–283.



Zahlen-Verhältnis der beiden Geschlechter in der Bevölkerung nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1890.

Für das unausgewogene Geschlechterverhältnis in der Ruhrregion nutzte der Kartograf erstmalig die Technik des Ausgliederns in einer separaten Karte.

Statistisches Reichsamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1894, Berlin 1895.

Jahr 1905 an die Provinzbehörden die Aufforderung, jährlich die Bewegung der „Arbeitermassen“ zu erfassen. Ein besonderes Augenmerk sollte bei den „Nachweisungen“ auf Polen, Litauer, Ruthenen und Tschechen gerichtet werden, die in einer zweiten Liste zu erfassen waren. Die Kehrseite der beabsichtigten Arbeitsmarktregulierung war, wie die Forschung betont, die Kontrolle und Verhinderung der dauerhaften Niederlassung von Arbeitskräften aus dem Osten, während etwa die bereits erwähnten Niederländer und die zahlreichen Arbeitskräfte aus Ita-

lien, die vor allen Dingen im Bau tätig waren, eine geringere Aufmerksamkeit fanden. Zeitgenössische ethnische und rassistische Vorstellungen schlugen sich in der Kategorienbildung der statistischen Nachweise nieder und boten die Grundlage für politisches Handeln in Form von gesetzlicher Regulierung und Ausweisungen.⁵⁶

Mit Beginn der Nominalzählungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts fanden das Geschlechterverhältnis wie auch die Zahl der Eheschließungen und ehelichen sowie „unehelichen“ Geburten die besondere Aufmerksamkeit

⁵⁶ Léa Renard: Mit den Augen der Statistiker. Deutsche Kategorisierungspraktiken von Migration im historischen Wandel, in: Zeithistorische Forschungen 15 (2018), S. 431–451.

der Statistiker, denn das „Menschenkapital“, ein Begriff des frühen 19. Jahrhunderts, war die Grundlage der demografischen Entwicklung, deren Ausschläge zwischen „zu viel“ und „zu wenig“ bis heute Anlass zu kontinuierlicher Beobachtung und Besorgnis geben.

Auf der Ebene der Geburten bot das Geschlechterverhältnis seit den Personenzählungen insgesamt keinen Anlass zur Beunruhigung, da dieses durchgängig ausgewogen war. Ein ganz anderes Bild bot sich aber den Statistikern – und kartografisch aufbereitet – den Betrachtenden beim Blick in die Zahlen des Jahres 1894. Das „Zahlenverhältnis des weiblichen zum männlichen Geschlecht“ zeigte „erhebliche geographische Unterschiede im Reiche“.

Einem in rot markierten „Frauen-Überschuss“ im Osten und Süden des Reiches stand ein „Männer-Überschuss“ in der Region zwischen Köln, Düsseldorf und Münster gegenüber. Erstmals hatte in dieser Karte das Ausschnittmodell zum „rhein.-westfäl. Industrie-Bereich“ Anwendung gefunden, das die höchste Unausgewogenheit des Verhältnisses südlich und nördlich der Ruhr ausweist. Nur wenige andere Regionen und Orte des Reiches, wie die Industrieregion Lothringen und die Großbaustelle beim Ausbau des Hafens in Wilhelmshaven, um nur zwei zu nennen, zeichneten sich durch eine ähnliche Schieflage aus.

Eine Erklärung findet sich in den Zahlen, die die Nachweisungen nach 1905, die Städtestatistiken und die Berufs- und Betriebszählung von 1907 lieferten. Denn es waren mehr junge Männer von Ost nach West gezogen und aus dem Ausland auf der Suche nach Arbeit eingewandert als Frauen. Bei aller Ungenauigkeit der Statistik wuchs die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer:innen in den beiden preußischen Westprovinzen Rheinland und Westfalen bis 1913 auf über 200.000 an, davon waren knapp 20.000 weiblichen Geschlechts. Große Unterschiede zeigten sich zudem beim Blick auf die Herkunftsländer. Während etwa im Jahr 1905 über 30.000 männliche Arbeiter aus Italien erfasst wurden, lag die Zahl der italienischen Arbeiterinnen bei 400. Das entsprach einem Verhältnis von 1:75. Auch aus der Donaumonarchie Österreich-Ungarn kamen mehr Männer als Frauen nach Westfalen und ins Rheinland zum Arbei-

ten, allerdings war das Geschlechterverhältnis hier mit einem Faktor von 1:20 nicht ganz so unausgewogen.

Dieses Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern hatte mehrere Gründe. Zum einen zeichneten sich die Männer – wie bei den Wanderungsbewegungen in unserer Gegenwart – durch eine größere Bereitschaft zur Mobilität aus, zum anderen arbeiteten die Italiener vornehmlich auf den Großbaustellen der Zeit, die keine Arbeitsmöglichkeiten für Frauen anboten, während vor allem in der Landwirtschaft und im Handel, zu einem geringeren Teil aber auch in der Industrie eine höhere Zahl erwerbstätiger Frauen zu finden war.

Die wachsende Bevölkerung zog es in die Städte, das galt für die Menschen aus dem unmittelbaren Umland, aus Preußen, dem Reich und dem Ausland gleichermaßen und zeitigte Folgen in den Städten wie auf dem „platten Land“. Das betraf den Agrarsektor als Ganzen, aber auch den Bodenmarkt, der sich seit seiner Kapitalisierung infolge der Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Bewegung befand und bis zum Ende des Jahrhunderts grundlegend veränderte.

Dem Agrarsektor galt schon in der frühen Neuzeit eine besondere Aufmerksamkeit der Obrigkeiten, die Ernteerträge und Preise seit dem 16. Jahrhundert sorgfältig in Listen dokumentierten.zielte diese Erfassung vornehmlich auf die Erhebung von Steuern und Abgaben, so erwiesen sich die Aufstellungen als geeignetes Instrument, um Wissen über Vorräte und Bestände zu sammeln und die Produktivität über die Jahre zu vergleichen. Diese Tradition setzte der preußische Staat ungeachtet der politischen Brüche und Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen im frühen 19. Jahrhundert fort, zumal die Ernährungslage durch das Bevölkerungswachstum kontinuierlich Anlass zur Besorgnis gab.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide und anderen Grundnahrungsmitteln unterschied sich im 19. Jahrhundert in den westlichen Landesteilen nicht vom Rest Preußens und anderen Territorien des Deutschen Bundes. Üblich war eine lokale Versorgung, wobei die strikten Einschränkungen des Lebensmittelverkehrs, die Verteilungskämpfe und den Preiswucher in Krisenzeiten verhindern sollten, schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts gelockert worden waren.⁵⁷ Die Ausbil-

57 Friederike Scholten-Buschhoff: Die Landwirtschaft in der Ruhrzone im 19. Jahrhundert, in: Bodo Hombach (Hg.): Die Ruhr und ihr Gebiet. Leben am und mit dem Fluss. Bd. 1: Heimat Ruhr. Fluss, Tal, Siedlung seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Münster 2020, S. 121–129.

derung von Märkten beförderte die Anreize zum Landesausbau und Verbesserungen in der Landwirtschaft und erleichterte die Versorgung der Städte und Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte, wie sie sich um Elberfeld und Barmen durch die frühe Industrialisierung bildeten. Obgleich neue Verkehrsanbindungen – insbesondere seit Mitte des 19. Jahrhunderts durch den Eisenbahnbau – die Versorgung aus entfernteren Regionen ermöglichte und sicherte, blieben die städtischen Märkte von einer agrarischen Produktion im Umland bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts abhängig.

Zu dieser Zeit hatte jedoch die Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor gegenüber der Industrie bereits an Bedeutung verloren, und Preußen war auf den Import von Agrarprodukten angewiesen. Diese Entwicklung beschäftigte bereits seit der Jahrhundertmitte nicht nur die Landwirte und Pächter, sondern auch die Politik und Wissenschaft, insbesondere auch die Statistik, die die Verschiebungen der Agrarproduktion und Importe dokumentierte. Dabei erfasste die offizielle Statistik jedoch nicht die Lage in der Landwirtschaft, denn bis in die 1880er Jahre schloss die gewerbliche Betriebsstatistik die landwirtschaftlichen Betriebe von der Zählung aus. Hintergrund dieser Leerstelle war keineswegs eine Geringschätzung des Sektors, der vielmehr wegen seiner Beständigkeit und Bedeutung als selbstverständlicher und stabiler Faktor der Staatsökonomie angesehen wurde. Darin wie auch in der mangelnden Erfassung unterschied sich die deutsche Situation nicht von der Lage in den europäischen Nachbarstaaten. Mit den Konjunkturkrisen in den 1870er Jahren nahmen die Forderungen nach einer landwirtschaftlichen Statistik mit Angaben zur Anzahl und Größe der Betriebe zu. Die Landwirte brachten ihr Unbehagen über das Verschwinden des „platten Landes“ und den Wandel des Agrarsektors an

die Öffentlichkeit und in die Politik. Eine ihrer Berufsvertretungen, der „Deutsche Landwirtschaftsrat“, aber auch der „Verein für Socialpolitik“, der an gesellschaftspolitischen Fragen interessierte Wissenschaftler und Männer aus der politischen Praxis versammelte, forderten Enqueten, kurzfristige Erhebungen über die „bäuerlichen Zustände in Deutschland“, nach britischem und französischem Vorbild.⁵⁸ Mehrere Untersuchungen erhoben und betrachteten die Lage der Landwirte zu Beginn der 1880er Jahre, die in voluminösen Bänden präsentiert, jedoch in diesem Format kaum zur Kenntnis der Landwirte kamen, wie einige Kritiker spitz bemerkten. Im Ergebnis boten die erfassten Daten ein überaus differenziertes Bild für das Münsterland und den Kreis Recklinghausen. Große Höfe mit Anerbenrecht, das nur einen einzigen Erben als Nachfolger vorsah, konnten sich auf den Getreide- und Viehmärkten gegen die ausländische Konkurrenz behaupten.⁵⁹ Marktförmiges, unternehmerisches Handeln zeichnete am Ende des Jahrhunderts diesen neuen Typus des Landwirts, den Industriebauern, aus. Im Jahr 1898 sicherte der preußische Staat diese „Landgüter“ als ungeteilten Familienbesitz durch ein Gesetz, das den Eintrag des Anerbengutes für Westfalen und die Kreise Essen, Rees, Duisburg, Ruhrort und Mülheim an der Ruhr im Grundbuch vorsah und in reformierter Form als „Höfeordnung“ bis heute in Nordrhein-Westfalen geltendes Recht ist. Die Ausführung des Gesetzes hatte eine Welle von Grundbucheintragungen zur Folge, gab aber letztlich einen guten Überblick über die Besitz- und Bodenverhältnisse in den genannten Kreisen. Konflikte zwischen den Grundbuchämtern und Eigentümern, aber auch innerhalb einiger Familien blieben im Zuge dieser großen Besitzerfassung nicht aus.

Ein anderes Bild bot sich den Zeitgenoss:innen bei der Betrachtung der Lage der Bauern in Regionen mit Real-

58 Die gegenwärtigen bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Westfalen. Im Auftrage des Westfäl. Bauernvereins zusammengestellt von Gutsbesitzer Winkelmann, Köbbing, geschäftsführ. Vicepräsidenten des Vereins, in: Bäuerliche Zustände in Deutschland. Berichte veröffentlicht vom Verein für Socialpolitik. Band 2, (Schriften des Vereins für Socialpolitik XXII). S. 1–24, Leipzig 1883; Verhandlungen der am 6. und 7. October 1884 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik über Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung zur Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes: und über die Einwirkung der Organisation unserer höheren und mittleren Schulen auf das sociale Leben und die Erwerbsthätigkeit der Nation. Auf Grund der stenogr. Niederschrift hrsg. vom Ständigen Ausschuss (Schriften des Vereins für Socialpolitik XXVIII), Berlin 1884. Siehe dazu auch Rita Aldenhoff-Hübinger: Agrarpolitik und Protektionismus. Deutschland und Frankreich im Vergleich 1879 - 1914, Göttingen 2002.

59 Michael Kopsidis: Marktintegration und Entwicklung der westfälischen Landwirtschaft 1780–1880. Marktorientierte ökonomische Entwicklung eines bäuerlich strukturierten Agrarsektors, Münster 1996.

teilung als vorherrschendem Prinzip, so wie in Teilen der Rheinprovinz, weil die Parzellen kleiner wurden und kaum mehr zum eigenen Unterhalt ausreichten. Kleinstbauern, Nebenerwerb und Selbstversorgung waren die dominanten Wirtschaftsformen, die sich auch in den seit 1882 regelmäßig durchgeführten Berufs- und Gewerbestatistiken bestätigten.

Viele Landwirte kämpften schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mit finanziellen Schwierigkeiten, die die Besitzer großer und kleiner Betriebe gleichermaßen betraf. Die Ablösesummen, die seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Erwerb des Grundeigentums zu leisten waren, belasteten insbesondere die kleinen Betriebe, die mit dem Verkauf von Boden und schließlich ihrer Arbeitskraft in den Städten der Verarmung zu entgehen suchten. Vom Bodenverkauf profitierten neben den Städten und Unternehmen auch einige Landwirte, die ihren Grundbesitz auf diese Weise vergrößerten und den Boden parzellenweise verpachteten. Vor einer Überschuldung waren aber auch sie nicht gefeit, weil ein existenzsicherndes Wirtschaften Investitionen in die Intensivierung der Landwirtschaft, in Maschinen und den Kauf von Saatgut und Futtermitteln nötig machte. Das bedurfte des Kapitals, das im Zweifelsfall wiederum durch Bodenverkauf, Pacht oder die Aufnahme von Krediten generiert werden konnte. In den Städten gewährten Sparkassen und Kreditanstalten die nötigen Mittel, in entlegeneren Gebieten waren es Privatpersonen, die zur Absicherung vergleichsweise hohe Zinsen verlangten. Seit den 1850er Jahren war die Verschuldung auf dem Lande Gegenstand gesellschaftspolitischer Debatten, philanthropischer Initiativen und staatlicher Gesetzgebung, nicht zuletzt auf der Grundlage statistischer Erhebungen. Die Gründe für diese Missstände sahen Politiker und Wissenschaftler gleichermaßen in der Transformation des Bodenmarktes oder der „Boden-Entfesselung“, wie der Politiker und Statistiker Friedrich Wilhelm von Reden die Entwick-

lung bezeichnete.⁶⁰ Als zu Beginn der 1880er Jahre die Lage auf dem Lande erneut breite Aufmerksamkeit erfuhr, stand die Überschuldung im Zentrum der Debatten. Wieder war es der Verein für Socialpolitik, der eine Enquete zum „Wucher auf dem Lande“ durchführte, die auf der Suche nach den Schuldigen einem in dieser Zeit bereits hoffähigen Muster folgte. Die Juden wurden pauschal als Darlehensgeber aus- und für die Verschuldung verantwortlich gemacht, wie einer der wenigen Kritiker der Untersuchung feststellte.⁶¹

Neben der antisemitischen Stoßrichtung, die alle Berichte der Umfrage aus den einzelnen Staaten und Bezirken durchzieht, schimmert in dieser Debatte ein weiteres Argumentationsmuster durch, das bis in die Gegenwart prägend für die Diskurse über Stadt und Land ist. In das romantisierende Narrativ vom Verlust der agrarischen Welt schiebt sich eine Charakterisierung des Landes als „rückständig“ und traditionell und seiner Bevölkerung als wenig gebildet und konservativ. Gleichermäßen ambivalent war die Entgegensetzung der modernen, boomenden Stadt mit ihrer Industrie, die mit ihrer Geschwindigkeit des Wachstums und Wandels einem Moloch gleichkam, der die Menschen förmlich aufsaugte. In der Wahrnehmung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts waren die Städte und das Land bzw. ihr Umland jedoch weniger dichotomisch als vielmehr eng miteinander verbundene Räume, weil Handel und Industrie sich auf die Landstädte und Dörfer ausdehnten und es in vielen Städten „die Gewohnheit ausgedehnter Parzellenpachtung auf den umliegenden Rustikalfuren“ gab.⁶² Eingemeindungen, eine wesentliche Grundlage des Städtewachstums, unterstrichen kommunalrechtlich und politisch diese Zusammenhänge und Verbindungen. Die Statistik als Wissenschaft stand dieser räumlichen Verflochtenheit in gewisser Weise entgegen, weil das Zählen eine Einordnung in und entlang klarer Kategorien erforderte und damit das Trennende stärker als die Verflechtung hervorhob. Wie viele andere

60 Friedrich Wilhelm von Reden: Erwerbs- und Verkehrs-Statistik des Königstaats Preußen in vergleichender Darstellung, Darmstadt 1853, S. 46–57.

61 Verein für Socialpolitik (Hg.): Der Wucher auf dem Lande. Berichte und Gutachten, Leipzig 1887; Julius Zuns: Der ‚Wucher auf dem Lande‘. Eine Kritik des Fragebogens der vom Verein für Socialpolitik veröffentlichten Wucherenquete, Frankfurt a. M. 1888; siehe dazu auch Friedrich Lenger: Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850, München 2013, S. 75–83.

62 August Meitzen: Der Boden und die landwirthschaftlichen Verhältnisse des Preussischen Staates. Im Auftrage des Kgl. Ministeriums der Finanzen und des Kgl. Ministeriums für Landwirthschaft, Berlin 1868, S. 336.

Wissenschaften ist die historische Forschung viele Jahre diesem Muster gefolgt und hat erst in der jüngsten Vergangenheit die Beziehungen und den Zusammenhang von Stadt und Umland als Untersuchungsgegenstand entdeckt.⁶³

Für den Statistiker August Meitzen, der sich intensiv mit dem Agrarsektor befasste, galt die Anzahl des Nutztviehs an Rindern, Ziegen und Schafen als ein „Maßstab dafür, ob eine Stadt überwiegend der landwirtschaftlichen Betriebsamkeit angehört“.⁶⁴ Und in der Tat erfuhr das Zählen des Viehbestandes in Preußen seit den Erfassungen im 18. Jahrhundert durch die ersten Statistiker wie Johann Peter Süßmilch eine besondere Aufmerksamkeit, weil sie darin einen Ausdruck für den Zustand der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit sahen. Das hing mit der Multifunktionalität der Tierhaltung zusammen, die nicht nur Lebensmittel wie Fleisch, Milch, Butter und Honig, sondern auch Wolle, Leder, Wachs und Dünger lieferte, um nur einige der zahlreichen Produkte zu nennen. Von Bedeutung waren sie für die lokale Versorgung der Bevölkerung und stellten, wie etwa Wachs, bis in die Jahrhundertmitte ein wichtiges Ausfuhrprodukt in Preußen dar. Deswegen verwunderte es einige Statistiker, dass die amtliche Zählung während der Jahrhundertmitte auf die Bienenstöcke verzichtete, obwohl sie „ungleich wichtiger als Maulthiere und Esel“ seien.⁶⁵ Seit 1864 fanden sie wieder Eingang in die Statistik. Allerdings nahm ihre Zahl im Verlauf des Jahrhunderts beständig ab und lag kurz vor dem Ersten Weltkrieg allein in Recklinghausen und am Niederrhein bei über 2.000 Stöcken, während sie in Duisburg, Essen, Bochum und Gelsenkirchen nur bei wenigen Hundert lag. Hintergrund waren veränderte Konsumgewohnheiten und neue Produkte wie das billigere Stearin und Paraffin, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts das Bienenwachs

ersetzen. Diese Neuerung machte auch vor der katholischen Kirche, einem wichtigen Abnehmer von Wachs für die liturgischen Kerzen, nicht Halt. Wegen der biblischen Bedeutung der Bienen und des Honigs müssen jedoch bis in die Gegenwart alle in der Liturgie eingesetzten Kerzen zehn Prozent Bienenwachs enthalten. Hinsichtlich des Konsums kam es zu einer Verschiebung in der Zuckerversorgung von Honig und kolonialer Importware zu Zuckerrüben, die in Fabriken zu Zucker, Sirup und Melasse verarbeitet wurden. Wegen der nötigen Flächen und geeigneteren Bodenqualität fand der Anbau überwiegend im Osten Preußens statt. Die Besteuerung des Zuckers im Zollverein und später im Deutschen Reich war ein politischer Dauerbrenner und Gegenstand internationaler Verhandlungen, weil die Steuern, unter anderem die Verbrauchssteuer, eine lukrative Einnahmequelle des Reiches darstellten. So ist es kaum verwunderlich, dass die Provinz Rheinland mit ihrer hohen Bevölkerungsdichte den dritthöchsten Anteil nach Sachsen und Schlesien an den staatlichen Steuereinnahmen um die Jahrhundertwende hatte.⁶⁶

Eine andere Entwicklung als die Bienenstöcke nahmen im 19. Jahrhundert die sonstigen Viehbestände, die ein breites Spektrum von Pferden über Rinder, Schafe und Ziegen bis hin zum Geflügel abdeckten. Nach ihrer Größe geordnet finden sich in den Tabellen an erster Stelle die Pferde und Ochsen, die bis ins 20. Jahrhundert als Zug- und Lasttiere auf dem Feld, in den Städten oder auch, im Falle der Grubenpferde, untertage zum Einsatz kamen. Aus diesen Gründen sank die Zahl der Pferde in der Ruhrregion nicht, vielmehr nahm sie aufgrund staatlicher Subventionen und gebunden an gesetzliche Zuchtregeln zwischen der Reichsgründung und dem Ersten Weltkrieg um mehr als 30 Prozent zu. Die Zählung für das Jahr 1913 ergab im Kreis Recklinghausen einen

63 Siehe dazu Anette Schlimm: *Regieren in Dörfern. Ländlichkeit, Staat und Selbstverwaltung, 1850–1945*, Köln 2023. Eine politikwissenschaftliche Perspektive zu diesem Konflikt liefert Lukas Haffert: *Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung*, München 2022.

64 Meitzen, *Boden*, S. 336.

65 Friedrich Wilhelm von Reden: *Erwerbs- und Verkehrs-Statistik des Königsstaats Preußen in vergleichender Darstellung*, Darmstadt 1853, S. 129; *Die Haltung von Hunden und Bienenstöcken im Staate nach der Zählung vom 7. December 1867*, in: Königlich Statistisches Bureau (Hg.): *Jahrbuch für die Amtliche Statistik des preußischen Staates*, Berlin 1869, S. 140 f.

66 Hermann Knott: *Die deutsche Zuckersteuergesetzgebung und ihre jüngste Gestaltung*, in: *FinanzArchiv* 19 (1902), S. 248–259; Ernst Engel (Hg.): *Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus*, Bd. 8, Berlin 1868, S. 202; Königlich Preussisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat*. Bd. 11, Berlin 1914, S. 113–114, 564; Friedrich-Wilhelm Henning: *Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Bd. 2, Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert, Paderborn 1996, S. 646.



Kuhhirtendenkmal in einem Bochumer Stadtführer aus dem Jahre 1908. Der Bochumer Stadtführer führte die Besucher:innen zum Kuhhirtendenkmal, das auf die agrarische Vergangenheit in der Stadt verwies.

Verkehrsverein e. V. Bochum (Hg.): Führer durch Bochum und Umgebung, Bochum 1908, S. 33. ULB Münster.

Bestand von mehr als 7.000, in Essen mehr als 5.000 und in Duisburg knapp 3.000 Pferden.⁶⁷

Beträchtlich gewachsen war seit der Mitte des Jahrhunderts auch die Zahl der Schweine, die meist nicht in landwirtschaftlichen Betrieben gehalten wurden, sondern – wie auch Ziegen – den Arbeiterhaushalten die Selbstversorgung ermöglichten. In Altenessen gab es einen der größten Ferkelmärkte Deutschlands, auf dem die Familien ein bis zwei Ferkel erwarben, die sie bis zur Hausschlachtung im Herbst mit Abfällen aus dem Haushalt und Garten fütterten. In der Region waren die Hausschlachtungen von der 1904 eingeführten Zwangsbeschau der Tiere ausgenommen, blieben aber Gegenstand gesundheitlicher und hygienischer Debatten bis zum Ersten Weltkrieg, als sie im Zuge der Zwangswirtschaft seit dem Sommer 1916 als sogenannte Schwarzschlachtungen zum Politikum wurden.⁶⁸

Sichtbarer als bei Pferden und Schweinen verlief die Grenze zwischen Stadt und Land für die in der Region lebenden und arbeitenden Menschen im Fall der Rinderzucht zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Gegenüber Duisburg mit gerade 1.300 und Essen mit immerhin knapp 5.000 Rindern wurden in Recklinghausen laut Statistik über 19.000 Tiere gehalten. Auf zum Teil noch höhere Zahlen kamen Moers und Borken, in denen sich vornehmlich eine intensive Milchwirtschaft entwickelt hatte, die veränderten Trink- und Ernährungsgewohnheiten Rechnung trug und für die Landwirte lukrativer als die Fleischproduktion war.

Diesen Wandel der Milch- und Fleischwirtschaft seit dem 19. Jahrhundert, der zugleich ländliche und städtische Räume in Lebensform und Wahrnehmung zunehmend voneinander schied, brachten engagierte Bochumer mit einem Kuhhirtendenkmal zum Ausdruck, das nach einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 1908 auf dem alten Markt errichtet und eingeweiht wurde.

Das Denkmal inmitten Bochums verwies zugleich auf den ehemals agrarbürgerlichen Charakter der Stadt und ihre räumliche Verbindung zum Umland. Dem 1909 er-

⁶⁷ Königlich Preussisches Statistisches Landesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat. Bd. 11, Berlin 1914, S. 652–658.

⁶⁸ Siehe dazu die zahlreichen lokalen Untersuchungen zur Ernährung im Ersten Weltkrieg. Beispielhaft Jost Benfer: Kohlrübe statt Kartoffel. Erster Weltkrieg 1914–1918. Ernährung und Versorgung in Wattenscheid, Wattenscheid 2015. Hinweise finden sich auch in den „Bestimmungen betr. die Beschlagnahme und Schlachtung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen und Ziegen“, die seit 1916 in dichter Folge erlassen wurden.

schienenen Stadtführer des Bochumer Verkehrsvereins, der mit seiner Route die Besucher zum Denkmal führte, diente es vor allem, um eine „gesunde Entwicklung“ Bochums von der „Stille“ und Beschaulichkeit zu einer „kraftvoll emporstrebenden“ Stadt zu betonen.⁶⁹

Die Vergangenheit hatten Bochum und die zahlreichen anderen Städte der Region hinter sich gelassen. Einen beredten Ausdruck fand die Entwicklung zum Ballungs- und Industrieraum in der Statistik, die schon den Zeitgenoss:innen Vergleiche über die Zeitphasen und mit anderen Räumen erlaubte. Nur wenige andere Regionen zeichneten sich durch eine vergleichbare Entwicklung aus, die eine Hervorhebung wie im Fall des „Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks“ aus der Sicht der Statistiker rechtfertigten. Ihre Praktik des Zählens machte diese Entwicklung des Raumes in Tabellen und in thematische Karten umgesetzt sichtbar. Grundlage ihrer Erhebungen und ihrer kartografischen Visualisierungen waren die jeweiligen Herrschaftsräume, eingefasst durch die staatlichen Grenzen. Innerhalb des Staates gab es weitere Raumordnungen rechtlicher, institutioneller, kultureller und ökonomischer Natur, wie die Städte, Verwaltungen, Kirchen und Grundbesitzer, um nur einige zu nennen. Die Erfassung der Grenzen dieser Schichten, die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts einen Wandel durchliefen, wie wir es am Verhältnis von Stadt und Umland gesehen haben, war Aufgabe einer weiteren wissensgenerierenden Raumpraktik, der Vermessung und Kartierung.

3. Raumbildner Vermessungswesen: Herrschaft und Eigentum

Im Jahr 1802 kamen Abgesandte, als Deputation bezeichnet, einiger Reichsstände des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation letztmalig in ihren Kollegien in Regensburg zusammen, um territoriale Entschädigungen zu regeln, die sich durch die Revolutionskriege und die Abtretung des linken Rheinufer an Napoleon ergeben hatten. Diese Zusammenkunft des Reichstags

war notwendig geworden, nachdem in den verschiedenen Friedensverträgen und Geheimabkommen mit Frankreich seit 1795 Entschädigungen für diejenigen Fürsten geregelt worden waren, die Territorien links des Rheins verloren hatten. Einen Vorschlag, wie die Entschädigungen aussehen konnten, hatten die französischen Gesandten auf dem Rastatter Friedenskongress 1798 bereits unterbreitet. Er sah die Säkularisation bzw. Enteignung der geistlichen Staaten vor. Ihr Vermögen an Grund und Boden, Einnahmen und Wertgegenständen bildete die Entschädigungsmasse, um die Ausgleichsansprüche weltlicher Herrscher zu befriedigen und den zukünftigen Unterhalt von Klerus, Kirchen und Klöstern staatlich zu gewährleisten. Das Modell bot die Französische Revolution, die mit einem Dekret der Nationalversammlung im November 1789 die Verstaatlichung kirchlichen Besitzes verordnet, diese Nationalgüter dann verkauft und die Kleriker, sofern sie den Eid auf die Verfassung ablegten, zu Staatsbediensteten erklärt hatte. In den geistlichen Territorien im Reich lösten die Erinnerung an diesen Vorgang und die Vorstellung eines ähnlichen Schicksals „Heulen und Wehklagen“ aus, während die weltlichen Herrschaften Pläne machten, „irgendein Bistum oder einen Fetzen davon, der kleinere irgendeine Abtei, der geringste Edelmann irgendeinen Schafhof davonzureißen“.⁷⁰ Die Verhandlungen, oder das „Geschacher“, wie einige Zeitgenossen unter Nutzung einer Formulierung mit antijüdischer Konnotation bemerkten, stockten, bis Kaiser Franz II. unter französischem Druck den Reichstag mit der Gesprächsführung beauftragte. Er richtete eine Kommission ein, die Deputation, die in 50 Sitzungen einen Entschädigungsplan erarbeitete, und im Mai 1803 als Reichsdeputationshauptschluss verabschiedete. Drei Jahre später, im August 1806, legte Franz II. die Kaiserkrone nieder, nachdem mehrere süddeutsche Staaten bereits aus dem Reichsverband ausgetreten waren und Napoleon mit dem Einmarsch in Österreich gedroht hatte. Die historische Forschung schreibt dem Reichsdeputationshauptschluss eine Scharnierfunktion zu. Aus der Perspektive des Alten Reichs stand die Frage im Vordergrund, in-

⁶⁹ Verkehrsverein e. V. Bochum (Hg.): Führer durch Bochum und Umgegend, Bochum 1908, S. 33.

⁷⁰ Karl Heinrich Lang: Memoiren des Karl Heinrich Ritters von Lang. Skizzen aus meinem Leben und Wirken, meinen Reisen und meiner Zeit in zwei Theilen. Band 1, Braunschweig 1842, S. 333; Harm Klueting (Hg.): 200 Jahre Reichsdeputationshauptschluss. Säkularisation, Mediatisierung und Modernisierung zwischen Altem Reich und neuer Staatlichkeit. Tagung der Historischen Kommission für Westfalen vom 3.–5. April 2003 in Corvey, Münster 2005.

wieweit er das Ende oder den letzten Reformversuch desselben darstellte. Mit Blick auf das 19. Jahrhundert wird seit vielen Jahren die „geopolitische Revolution“ hervorgehoben, wie der Historiker Christopher Clark den Beschluss und seine Umsetzung charakterisierte. Der Verlust der Vermögens- und Herrschaftsrechte der geistlichen Staaten hat zu einer territorialen und politischen Neuordnung geführt, die nach 1815 und dem Ende der napoleonischen Zeit nicht rückgängig gemacht wurde und zu einer bis dahin ungekannten Mobilisierung des Bodens und somit des Grundeigentums führte. Das wiederum schuf die Grundlagen für politische und wirtschaftliche Entwicklungen im 19. Jahrhundert, die in der hier beleuchteten Region einen „Strukturwandel“ in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ermöglichte, den sich die Menschen um 1800 weder hinsichtlich seiner Geschwindigkeit noch seiner Tiefe vorstellen konnten. Dieser wie auch die unmittelbaren Folgen der Säkularisation wirken bis in unsere Gegenwart, denn seither erbringen die Staaten, heute die Bundesländer der Bundesrepublik, die Staatsleistungen an die Kirchen, ohne den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur Ablösung mit den Kirchen vertraglich neu geregelt zu haben.⁷¹

Auf der rechten Rheinseite gehörten in der hier zu betrachtenden Region das Fürstbistum Münster, eines der größten geistlichen Territorien, das zersplitterte Kurfürstentum des Kölner Erzbischofs mit dem Vest Recklinghausen und dem Herzogtum Westfalen sowie die Reichsabteien Essen und Werden zu den Säkularisationsverlierern. Territoriale Forderungen erhob Preußen, das seit dem 17. Jahrhundert seine Herrschaft durch einen Erbvergleich in die Territorien der vormaligen Herrschaft Jülich-Kleve-Berg bis jenseits des Rheins ausgedehnt hatte. Die linksrheinischen Gebiete kamen mit dem Frieden von Basel im Jahr 1795 an die Batavische

Republik der Vereinigten Niederlande, aus der 1806 das Königreich Holland hervorging.

Der Historiker Karl Heinrich Lang, der für Preußen an den Verhandlungen des Rastatter Kongresses teilnahm, beobachtete die Taktiererei der Staaten, die mit übertrieben hohen oder niedrigen Angaben ihre eigene Position zu stärken suchten. Zu eklatanten Wissensdefiziten kam eine schlechte Informationslage, da die Angaben zu den Territorien, den Bevölkerungszahlen und den Einnahmen zum Geheimwissen eines jeden Staates zählten. Deshalb wertete er die eingereichten Aufstellungen und ihm zugängliches Material aus und publizierte 1798, während die Verhandlungen noch liefen, eine ausführliche Tabelle zur Flächen- und Menschenzahl sowie zu Einkünften und Verlusten der einzelnen deutschen Staaten. Die Tabellen führten den Status, den bisher „jeder verbergen oder verdrehen wollte, klar vor Augen“.⁷² Sicherlich nicht frei von Eigeninteressen verzeichneten sie für den Fall seines Arbeitsgebers, Brandenburg-Preußen, erhebliche Einnahmeverluste von fast einer Million Reichstalern in den linksrheinischen Territorien, die zu einem Drittel aus Einnahmen durch Zölle an Rhein und Maas bestanden. Die Verluste aus den Zolleinnahmen kompensierte der Entschädigungsplan, der wenig später bei den Verhandlungen in Regensburg vorgelegt und schließlich beschlossen wurde, mit den Bistümern Hildesheim und Paderborn. Für die weiteren Verluste erhielt Preußen das Hochstift Münster einschließlich der Stadt, und damit den „besten und am meisten angebauten Theil dieses Landes“⁷³, sowie die Abteien Essen und Werden und weitere Städte und Territorien, die außerhalb des hier betrachteten Raumes liegen. Preußen konnte damit seine Herrschaft im Westen beträchtlich ausdehnen und arrondieren, was die Zersplitterung und die Zahl der Landesgrenzen reduzierte. Deutlich größere territoriale Zuwächse verzeichneten allerdings die süd-

71 Christopher M. Clark: Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947, München 2007, S. 345; Christof Dipper: Probleme einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Säkularisation in Deutschland (1803–1813), in: A. von Reden-Dohna (Hg.): Deutschland und Italien im Zeitalter Napoleons, 1979, S. 123–170; Baldur Hermans: Die Säkularisation im Ruhrgebiet. Ein gewalttätiges Friedensgeschäft. Vorgeschichte und Folgen, Mülheim an der Ruhr 2004 (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw15-pa-innen-staatsleistungen-829020> [letzter Zugriff am 6.12.2024]).

72 Lang, Memoiren, S. 335.

73 Johann E. Lange: Neuer Indemnisations- und Grenz-Atlas von Teutschland. In 12 speciellen illuminirten Blaettern, welcher die neuen Besitzungen der Chur- und Fürstlichen-Haeuser und der Reichsstaedte, nebst den Entschädigungen nach dem Reich-Deputations-Schlusse vom 25ten Febr. 1803 enthaelt, Leipzig 1803, Blatt 10.



Neue Karte von dem Süd-westlichen Theile des Niederrheinisch-Westphälischen Kreises, welcher die Herzogthümer Berg, Westphalen, Grafschaften Mark, Wied, Nassau-Oranischen und andere hierher gehörigen Länder enthält. In 12 „speziellen illuminierten Blättern“ prä-sentirte Lange den Leser:innen die neuen Besitzverhältnisse. Das 10. Blatt zeigt weite Teile der hier betrachteten Region und die neu-geordneten territorialen Herrschaften.

Landesbibliothek Oldenburg.

deutschen Staaten wie Bayern, die in der Forschung als Säkularisationsgewinner gelten.⁷⁴

Die politische und territoriale Neuordnung des Reichs dokumentierte der Reichsdeputationshauptschluss ausführlich in Wort und Schrift. Karten kamen wohl weder bei den Verhandlungen zum Einsatz noch waren sie Teil des offiziellen Dokuments, wie wir es aus späteren Verträgen etwa nach dem Ersten Weltkrieg kennen. Es gab jedoch 1803 einige Verleger, die unmittelbar nach dem Hauptschluss bereits erste Karten und Atlanten mit den neuen Grenzen publizierten. Die zeitgenössische Kritik zeigte sich wenig begeistert von der „Inkorrektheit“ vieler dieser Karten, weil sie in der Einschätzung der Staatswissenschaftler und Statistiker die Räume und die Neuordnung der Herrschaftsbereiche weniger zuverlässig darstellten als die Tabellen. Von der Notwendigkeit einer kartografischen Visualisierung der Zahlen waren die Kritiker ohnehin nicht überzeugt. Der Indemnisationsatlas, der Atlas der Entschädigungen, des Leipziger Mathematikers, Kartografen und Verlegers Johann Elias Lange aus dem Jahr 1803 verdient in unserem Kontext einer Regionalgeschichte trotzdem aus zwei Gründen Aufmerksamkeit.⁷⁵ Zum einen integrierte Lange in seine Karten die statistischen Informationen zur Größe der Territorien und ihrer Bevölkerungszahl in Tabellenform und erläuterte in der Legende die Zugewinne der einzelnen Staaten. Die Karten entsprechen noch nicht dem Typus statistischer Karten, wie wir sie im letzten Kapitel kennengelernt haben, die die Bevölkerungsdichte in unterschiedlichen Farben innerhalb der territorialen Grenzen hervorheben. Sie markieren vielmehr den Anfang einer thematischen Kartografie, die sich im 19. Jahrhundert aus der Visualisierung von Statistiken im Raum entwickelte und auf diese Weise Räume konstituierte.⁷⁶

Außerdem benötigte Lange zwei Karten, um die territorialen Zugewinne Preußens (in gelb) im nördlichen

und südlichen Teil des niederrheinisch-westfälischen Kreises darzustellen. Er nutzte geradezu selbstverständlich die Organisationsstruktur des Alten Reichs, in die er die territorialen Veränderungen eintrug, denn Herrschaftswechsel einzelner Territorien waren Teil des Erfahrungshaushaltes der Untertanen im Alten Reich, die jedoch niemals seinen Bestand in Frage gestellt hatten.

Die Neuordnung, die Lange noch 1803 im beständigen Gefüge des Alten Reichs verortete, erwies sich in dieser Form schon wenige Jahre später als hinfällig – und sein Atlas, wie viele andere der schnell produzierten Kartenwerke, vorerst als Makulatur. Denn die Expansions- und Bündnispolitik Napoleons führte sowohl in den rechtsrheinischen Gebieten als auch im Westfälischen zu weiteren Staatsgründungen und territorialen Veränderungen. Auf der rechten Rheinseite entstand 1806 mit dem Großherzogtum Berg ein neuer Staat, der zwar mit seinem Namen an die Vergangenheit anknüpfte, sich territorial jedoch bis jenseits von Lippstadt ausdehnte und an das ebenfalls neugegründete Königreich Westphalen grenzte. In beiden Modell- und Rheinbundstaaten, Westphalen und Berg, strebte Napoleon eine am französischen Vorbild orientierte Umgestaltung der politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse an. Das Königreich Westphalen erhielt eine Verfassung, die staatsbürgerliche Gleichheit wurde in beiden Staaten eingeführt, und Emanzipationsedikte brachten auch den Juden die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Die gesellschaftliche Transformation von der Stände- zur Staatsbürgergesellschaft begleiteten und beförderten Reformen des Verwaltungs- und Rechtssystems. Die Einführung des „Code Napoleon“ bzw. „Code Civil“ und der Gewerbefreiheit, die Verwaltungsgliederung in Departements mit klarem Instanzenzug innerhalb der Staatsverwaltung und Justiz wie die Gewaltenteilung waren einige der Ziele des Reformprogramms, das mit den nachlassenden militärischen

74 Harm Klueting: Die Säkularisation im Herzogtum Westfalen. 1802–1834. Vorbereitung, Vollzug und wirtschaftlich-soziale Auswirkungen der Klosteraufhebung, Köln 1980; Georg Mölich/Joachim Oepen/Wolfgang Rosen (Hg.): Klosterkultur und Säkularisation im Rheinland, Essen 2002; Klaus Schatz: Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum. Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1986.

75 Lange, Neuer Indemnisations- und Grenz-Atlas.

76 Ute Schneider: „Den Staat auf einem Kartenblatt übersehen!“ Die Visualisierung der Staatskräfte und des Nationalcharakters in: Christof Dipper/dies. (Hg.): Kartenwelten. Der Raum und seine Repräsentation in der Neuzeit, Darmstadt 2006, S. 11–25.

Erfolgen Napoleons allerdings ins Stocken geriet.⁷⁷ Die Reaktionen auf den Herrschaftswechsel, der den Alltag der Menschen tiefgreifend veränderte, lassen sich in einem breiten Spektrum von einhelliger Begeisterung bis zu strikter Ablehnung verorten. Die langfristigen Folgen dieser Umwandlung zeigten sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts und führten nicht allein im Hinblick auf das Rechtssystem zu Konflikten mit der preußischen Herrschaft. Denn im Herbst 1813, nach der Völkerschlacht bei Leipzig, endete die französische Herrschaft, die gerade wegen ihrer gesellschaftspolitischen Transformation in der Forschung inzwischen deutlich positiver beurteilt wird als noch im 19. und frühen 20. Jahrhundert.⁷⁸ Preußen übernahm provisorisch das nun als „Generalgouvernement Berg“ bezeichnete Territorium unter der Verwaltung von Justus Gruner. Zwei Jahre später, auf dem Wiener Kongress 1815, fiel das Gebiet endgültig unter preußische Herrschaft, ebenso wie die westlichen Teile des ehemaligen Königreichs Westphalen, während der Osten zu Hannover und der Süden zu Hessen kamen.

Preußen verband mit der Übernahme der territorialen Herrschaft die Forderung nach Übergabe der Karten, die Jean Joseph Tranchot auf Geheiß Napoleons in den Jahren zuvor angefertigt hatte. Die Karten beruhten auf einer systematischen Vermessung des Geländes, der Triangulation, die sich seit der Frühen Neuzeit als Verfahren der Erd- und Flächenvermessung allmählich etabliert hatte.⁷⁹ Anwendung hatte die Triangulation bereits bei der großen Landesvermessung in Frankreich gefunden, die, nachdem mehrere Generationen der Familie Cassini seit dem 17. Jahrhundert daran gearbeitet hatten, kurz vor der Jahrhundertwende zum Abschluss gekommen war. Tranchot integrierte nun mit seinen Arbeiten die neuen linksrheinischen Departements in die französische Landesvermessung und damit in das in der Grundkarte dokumentierte und von Napoleon beherrschte

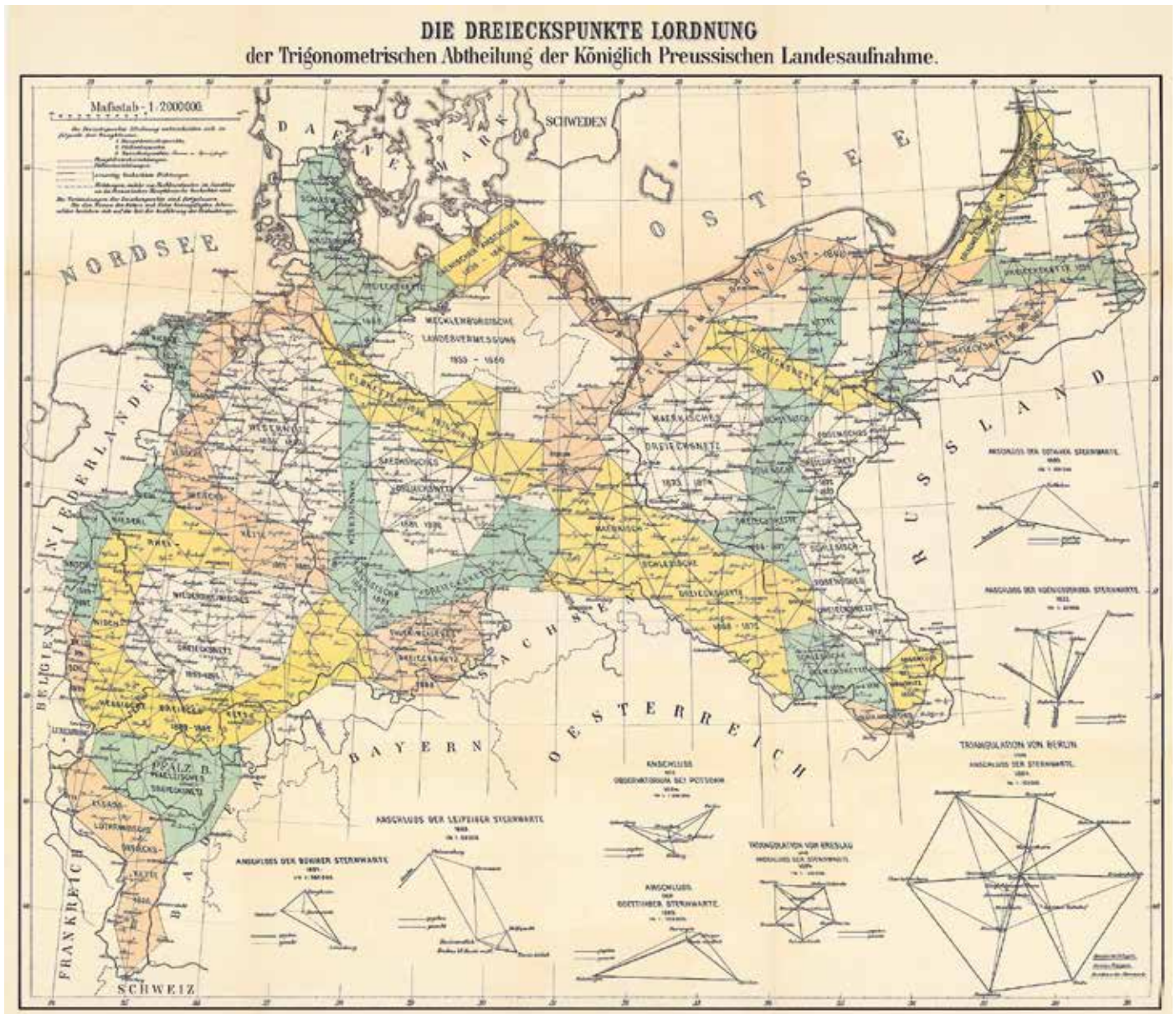
Territorium. Zugleich schloss er die französische Vermessung an das parallele Vorhaben in der Batavischen Republik (Niederlande) und darüber an die beiden britischen Basisvermessungen an. Damit schuf er die Grundlage für ein einheitliches nationales und zunehmend auch internationales Vermessungs- und Kartierungssystem, das Orts- und Höhenbestimmungen wie weitere Landesvermessungen etwa für die Kataster ermöglichte. In Preußen gab es bis zum Ende der Freiheitskriege keine systematische und einheitliche Landesaufnahme, lediglich vereinzelte Vermessungen nach unterschiedlichen Grundlagen. Erst der Stabschef der am Niederrhein stehenden Armee und spätere Generalfeldmarschall Karl Freiherr von Müffling schlug dem preußischen König nach dem ersten Pariser Frieden im Jahr 1814 eine Vermessung vor, die an die Tranchotkarte im Nordwesten, das Hessen-Darmstädter Netz im Süden und das Thüringer Netz im Osten anschließen sollte. Für die Vorbereitung seines Projektes recherchierte Müffling nach Kartenmaterial und Informationen in den Festungen und erfuhr von den Arbeiten seines französischen Kollegen Tranchot, die wegen ihrer Wissensbestände militärischer Geheimhaltung unterlagen und der Öffentlichkeit grundsätzlich nicht zugänglich waren. Unter Berufung auf den Pariser Frieden forderte er über den preußischen Gesandten in Paris die Herausgabe des Kartenmaterials. Die Antwort zeigte ihm mehr als deutlich, dass die Franzosen keineswegs gewillt waren, ihr technisches und topografisches Wissen mit den Preußen zu teilen: Die Karte

„könne kein Gegenstand der Reclamation seyn, da die Alliierten nach dem Buchstaben des Friedens nur diejenigen Aufgaben zu fordern hätten[,] welche auf Kosten der abgetretenen Länder aufgenommen wären. Die Tranchotsche Karte sei vom französischen Ingenieur-Geographen-Corps gemacht, alles sei dabei

77 Jörg Engelbrecht: Grundzüge der französischen Verwaltungspolitik auf dem linken Rheinufer (1794–1814), in: Christof Dipper/Wolfgang Schieder/Reiner Schulze (Hg.): Napoleonische Herrschaft in Deutschland und Italien – Verwaltung und Justiz, Berlin 1995, S. 79–92.

78 Helmut Berding: Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807–1813, Göttingen 2011; Katharina Weigand: Die Säkularisation von 1802/03. Streit und öffentliche Debatte im 19. und 20. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 54 (2003), S. 501–510; Georg Mölich (Hg.): Rheinland, Westfalen und Preußen – eine Beziehungsgeschichte, Münster 2011.

79 Wolfgang Torge: Geschichte der Geodäsie in Deutschland, Berlin 2007; Peter Effertz: Die Kartenaufnahme der Rheinlande durch Tranchot im Spannungsfeld zwischen wissenschaftlichen und politischen Interessen, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 54 (1990), S. 211–239.



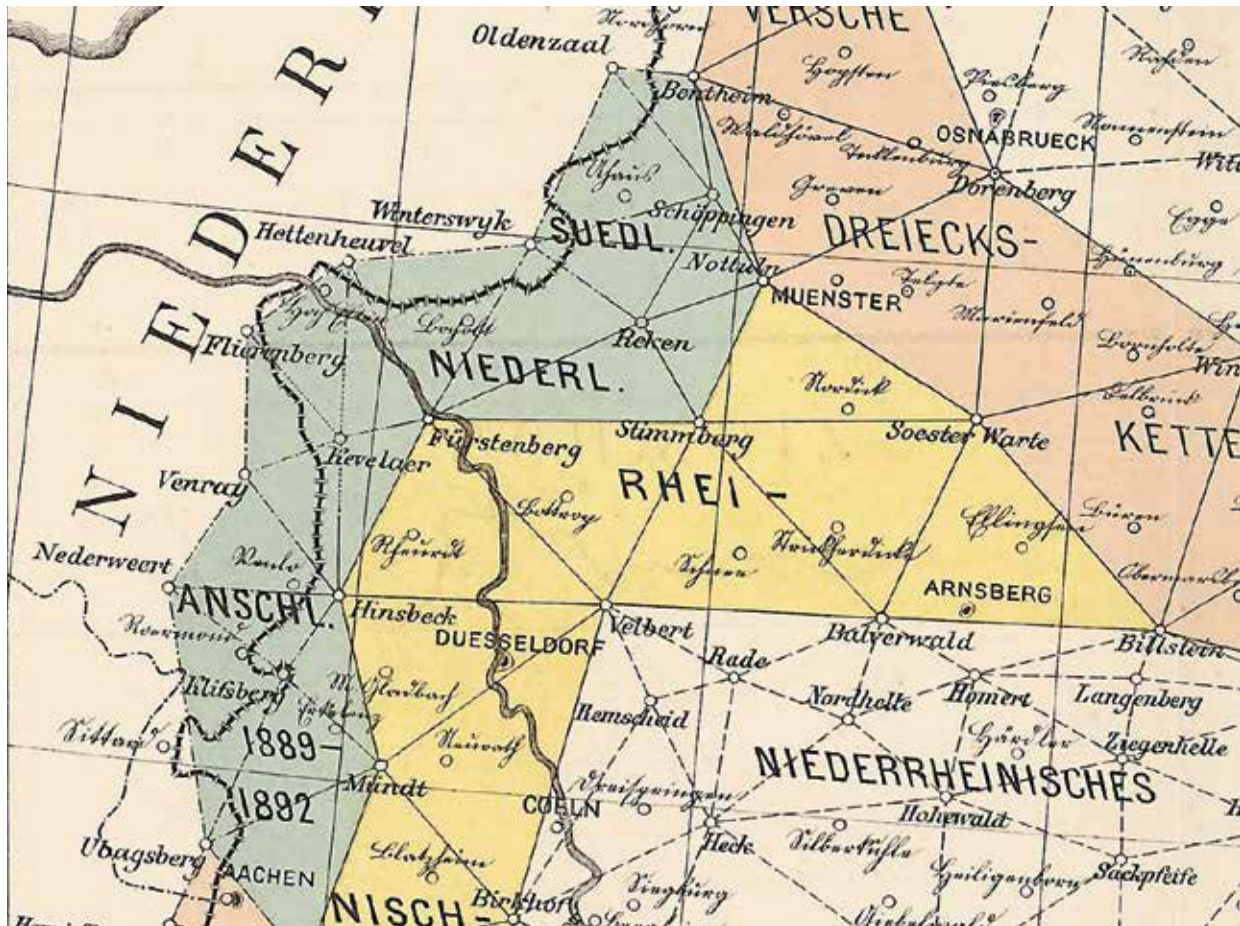
Die Königlich Preussische Landes-Triangulation: Haupt-Dreiecke 1895.

TIB, Leibniz-Informationszentrum Technik- und Naturwissenschaften, Universitätsbibliothek Hannover.

baar bezahlt worden, folglich sei sie nicht auf Kosten des abgetretenen Landes gefertigt. Uebrigens hätte Frankreich das Unglück gehabt sie zu verlieren,

da Napoleon sie mit nach der Insel Elba genommen habe.“⁸⁰

80 Karl von Müffling: Geschichte der Rheinvermessung, aus einem Schreiben von General Freiherrn von Müffling an den Direktor der Sternwarte Seeberg, Freiherrn von Lindenau, Coblenz November 1817, in: Zeitschrift für Astronomie und verwandte Wissenschaften 5 (1818), S. 33–48, hier S. 35. Siehe dazu auch Rudolf Schmidt: Die Kartenaufnahme der Rheinlande durch Tranchot und v. Müffling 1801–1828. Band 1. Geschichte des Kartenwerkes und vermessungstechnische Arbeiten, Köln 1973.



Ausschnitt aus: Die Königlich Preussische Landes-Triangulation: Haupt-Dreiecke 1895.

Diese Karte zeigt das über den Staat gelegte geodätische Netz aus dem Jahr 1895, das sich in der Struktur nicht von früheren Vermessungen unterschied. Im Ausschnitt sind die Punkte und die gebildeten Dreiecksnetze in der betrachteten Region hervorgehoben.

TIB, Leibniz-Informationszentrum Technik- und Naturwissenschaften, Universitätsbibliothek Hannover.

Die Rückkehr Napoleons und die Fortsetzung des Krieges unterbrachen erst einmal die Vorarbeiten Müfflings. Nachdem im Zweiten Pariser Frieden im Herbst 1815 erneut die Übergabe von Karten, Plänen und Modellen geregelt worden war, händigten die Franzosen schließlich im Frühjahr 1816 die von Preußen ausdrücklich geforderte Tranchotkarte aus. Sie übertraf die Erwartungen Müfflings bei weitem und war nach seiner Einschätzung „unstreitig das vollkommenste, was die französischen Ingenieurgeographen je gemacht haben“.⁸¹ 1821 begann Müffling im Auftrag des preußischen Königs mit einem Team gut ausgebildeter, angehender Generalstabsoffiziere, Preußen nach einem einheitlichen Sys-

tem zu vermessen und zu kartieren. Zum Abschluss kam das Gesamtkartenwerk, das aus mehr als 3.000 handgezeichneten Kartenblättern in einheitlichem Maßstab von 1:25.000 bestand, für das Rheinland und Westfalen erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Schwierigkeiten und Herausforderungen in der Logistik und beim Vermessen, das ausschließlich in den Sommermonaten möglich war, verzögerten die Arbeiten an der preußischen Uraufnahme, wie die Bezeichnung des Kartenwerks lautet. Zudem hatte die Bevölkerung mit dem Rückzug der Franzosen die Vermessungstürme, sichtbare Symbole der französischen Herrschaft über das Territorium, zerstört, sodass der Anschluss an die Trian-

⁸¹ von Müffling, Geschichte der Rheinvermessung, S. 37.

gulation von Tranchot erneuert werden musste. Hinzu kamen Personal- und Finanzprobleme, denn neben den Vermessungsoffizieren bedurfte es einer Vielzahl von Personen, um die Vermessungstürme aus Holz zu errichten, die Ketten und Geräte zu transportieren, was vor dem Eisenbahnbau mit Pferden erfolgte, und die Mess-tischblätter zu zeichnen, um nur einige der anfallenden Arbeiten zu nennen. Allein das verschlang beträchtliche Summen, hinzu kamen Material- und Ausfertigungskosten bis zur Kolorierung der Karten per Hand. Die Erfahrung, dass es sich um ein extrem kostspieliges staatliches Projekt handelte, hatten bereits die Franzosen gemacht, die in das Tranchotsche Kartenwerk der linksrheinischen Territorien über drei Millionen Francs investiert hatten. Die Finanzierung erfolgte aus dem Militäretat, da in Preußen wie in Frankreich die Kartierung in den Händen des Generalstabs lag. Nach den langen Jahren des Krieges und dem strukturellen preußischen Haushaltsdefizit musste der Militäretat gekürzt werden, was sich auch verzögernd auf die Kartierungsarbeiten auswirkte.

Mit der Triangulation war ein Vermessungsnetz über den gesamten Landesraum gelegt worden, den das Kartenwerk systematisch füllte, ungeachtet alter territorialer oder neuer Verwaltungsgrenzen.

Das Format der einzelnen „Quadratmeilenblätter“ betrug in Länge und Breite 45 Zentimeter und war bis zum Übergang auf geografische Koordinaten und das metrische System an der preußischen Meile von 7,5 Kilometern ausgerichtet.⁸² Die Blätter gaben und geben einen guten Einblick in die regionale Topografie, Siedlungsstrukturen, Straßen und Wege, Natur und Umwelt.

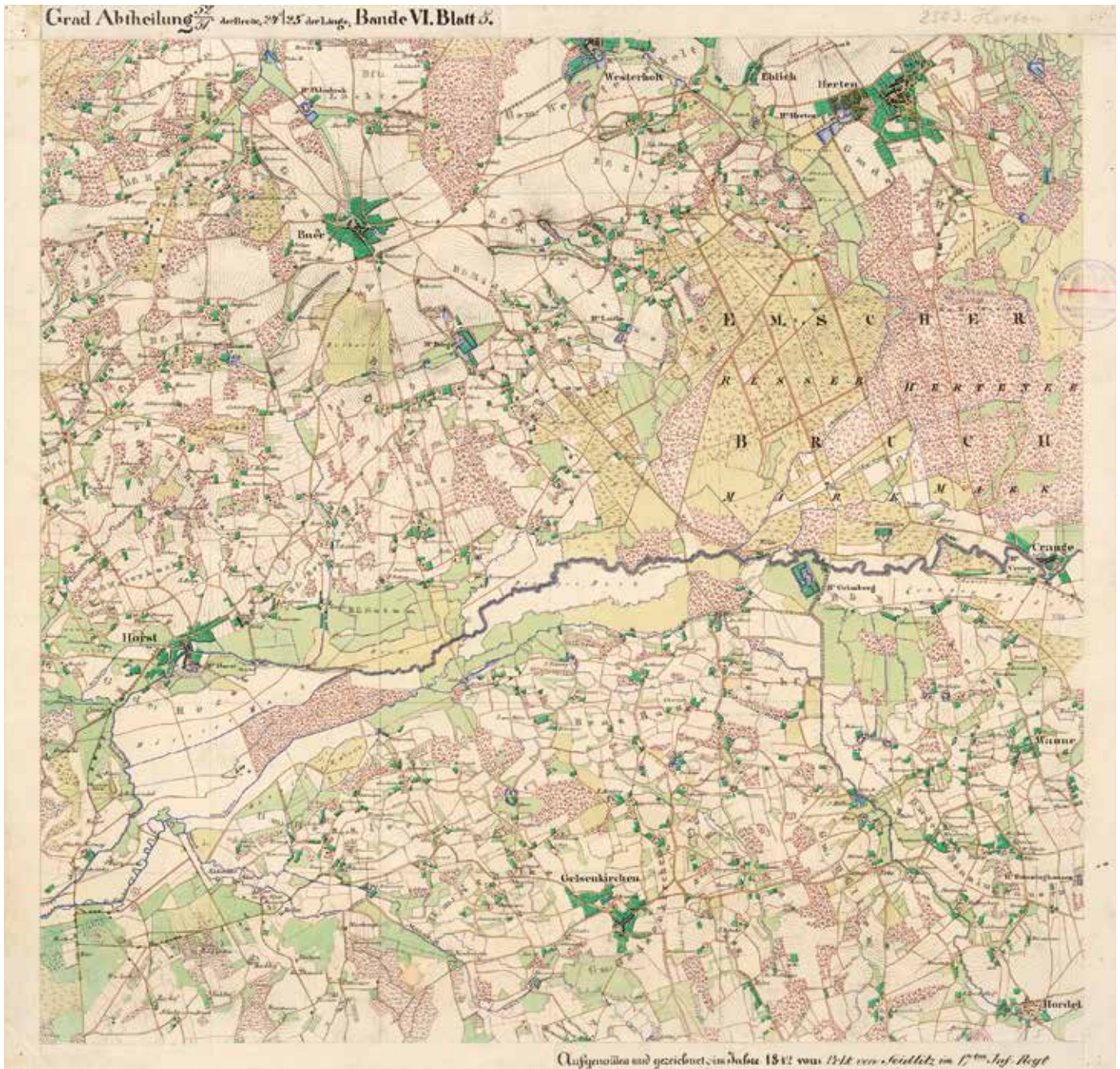
Auf dem Blatt Gelsenkirchen aus dem Jahr 1842 ist die kleine Gemeinde – bestehend aus einer Kirche und wenigen Gehöften – entlang der Wege in einer agrarischen Landschaft festgehalten. Im Norden schlängelt sich die blaue Emscher von Ost nach West, die die natürliche und vor der Eingliederung in den preußischen Staat auch die politische Grenze zwischen der Grafschaft Mark und dem Erzstift Köln darstellte, in dem die Gemeinde Buer lag. Die ehemalige Grenzfeste, Schloss Grimberg, mit seiner charakteristischen Anlage und den umfassenden Ländereien, markierte diese Grenze. Erst zu Beginn

des 20. Jahrhunderts veräußerte die Familie Droste zu Vischering das Gebäude und den Boden an die Gelsenkirchener Bergwerks-AG.⁸³

Diese Karten bekam bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts mit Ausnahme des Generalstabs jedoch kaum jemand zu sehen. Sie verschwanden in der Plankammer des Königs ebenso wie Generalstabskarten in kleinerem Maßstab, die nach den Vorlagen dieser Urmesstischblätter erstellt wurden. Beide Kartentypen unterlagen der Geheimhaltung, weil ihre Wissensbestände Teil militärischer Strategien waren. Preußen unterschied sich in dieser Form der Geheimhaltung nicht von anderen deutschen und europäischen Staaten. Zu Beginn der 1840er Jahre konnten jedoch die zivilen Forderungen nach zuverlässigem Kartenmaterial etwa für den Berg- und Eisenbahnbau nicht mehr ignoriert werden, sodass die Generalstabskarte in bereinigter Fassung als topografische Karte Preußens publiziert werden konnte. Ihre Grundlage, die Urmesstischblätter, wurden vereinzelt erst Ende der 1860er Jahre der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Da ihre Wissensbestände inzwischen jedoch völlig veraltet waren, beschlossen mehrere deutsche Staaten, darunter Preußen, eine topografische Neuaufnahme mit dem Ziel einer deutschen Generalstabskarte, die mit 674 Blättern im Jahre 1909 zum Abschluss kam. Mit ihrem Maßstab von 1:100.000 orientierte sie sich am preußischen Modell und wurde Vorbild für zahlreiche zivile Karten im 19. Jahrhundert, deren Produktion und Verbreitung beständig zunahm. Knapp zwei Generationen bzw. 50 Jahre liegen zwischen den beiden Messtischblättern Gelsenkirchens, der Stadt mit dem größten Bevölkerungswachstum am Ausgang des 19. Jahrhunderts. Der Blattschnitt blieb der nämliche, weil die Triangulation trotz veränderter Vermessungstechniken den etablierten Netzkonstruktionen im nationalen Rahmen folgte. Verändert hatten sich die Maßeinheiten, die nun der allgemeinen Konvention in Metern folgten, und die Produktion und damit das Kartenbild, da die Handzeichnung die Lithographie abgelöst und die Kolorierung ausschließlich für die Gewässer in Blau Verwendung fand. Signifikant ist jedoch die Transformation des dargestellten Raumes. Schnurgerade Straßen und teils mehrspurige Eisenbahnlinien

⁸² Wolfgang Torge: Geschichte der Geodäsie in Deutschland, Berlin 2007, S. 146–154.

⁸³ Hans-Werner Wehling: Gelsenkirchen. Stadtentwicklung, Strukturwandel und Zukunftsperspektiven, Münster 2014, S. 29 f.



Gelsenkirchen, aufgenommen und gezeichnet im Jahre 1842 vom Pr. Lt. von Seidlitz im 17ten Inf. Regt.

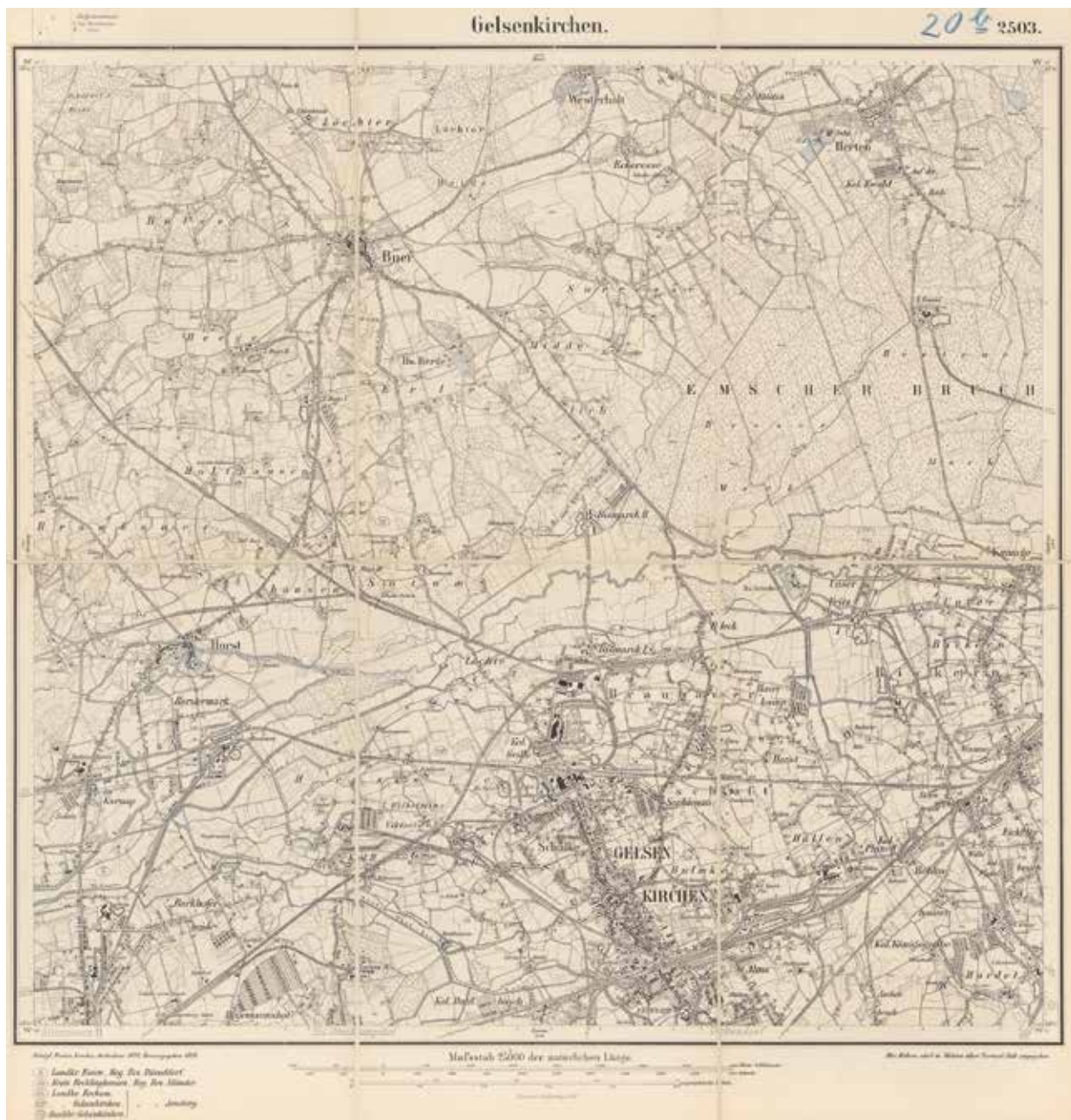
Das Blatt Gelsenkirchen der Urvermessung erlaubt detaillierte Einblicke in die Region mit der Lage und den Namen einzelner Gehöfte.

Auffällig ist die Farbgebung für die Städte und Wälder.

Staatsbibliothek Berlin, Preussische Urmesstischblätter, hrsg. vom Königl. Preussischen Generalstab, Signatur: SBB IIC-Kart. N 729- 2503.

durchziehen das Territorium mit Gelsenkirchen als Verkehrsknotenpunkt zwischen Wanne im Osten, Horst im Westen und Buer im Norden. Die Stadt mit zahlreichen Zechen und Industrien wie auch einem Schlachthof

dehnte sich bis an die Emscher und jenseits von Schalke im Westen aus, das 60 Jahre zuvor kaum mehr als eine Ansammlung von wenigen Gehöften war. Mit der Neustadt im Süden erstreckte sich Gelsenkirchen bis an den



Gelsenkirchen (2503), Kgl. Preuss. Landes-Aufnahme 1892, herausgegeben 1899.

Nicht nur die Darstellung hatte sich gegenüber 1842 grundlegend verändert, vielmehr auch die Topografie der Landschaft mit der Ausdehnung Gelsenkirchens und den Eisenbahnlinien als verbindende „Adern“ zwischen den Orten. In blauer Farbe sind allein die Gewässer markiert.

Landesarchiv NRW Abteilung Rheinland (LAV NRW R), [RW Karten Nr. 9925 RW 1].

Blattrand und sogar über den Blattrand hinaus, an den das Blatt Essen mit Ückendorf und Bochum-Wattenscheid anschloss. Seit 1875 hatte Gelsenkirchen Stadt-

rechte und mit den Eingemeindungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts erreichte es die Großstadtmarke von 100.000 Einwohnern.⁸⁴

Unterschiedliche territoriale Zugehörigkeiten vor und nach dem Reichsdeputationshauptschluss schlugen sich auch nach 1815 in der Verwaltungsstruktur Gelsenkirchens nieder. Der westliche Teil mit Rotthausen war Teil der Provinz Rheinland und wurde von Düsseldorf verwaltet, während das gesamte Stadtgebiet zur Provinz Westfalen gehörte und die südwestlich gelegenen Gebiete von Münster bzw. südlich der Emscher von Arnberg verwaltet wurden. Das Aneinandergrenzen der preußischen Verwaltungseinheiten in Gelsenkirchen ist weder auf dem Blatt von 1842 noch 50 Jahre später signifikant hervorgehoben, vielmehr markieren am Ende des Jahrhunderts Zahlenangaben zu den systematisch durchnummerierten Landkreisen die entsprechenden administrativen Zugehörigkeiten.

Der Aufbau von Verwaltungsstrukturen

Der Aufbau von Verwaltungsstrukturen war nur eine der großen Herausforderungen, vor die sich der preußische Monarch Friedrich Wilhelm III. nach der rechtlichen Übernahme der Territorien im Jahr 1815 gestellt sah. Die Aufgabe der Integration einer territorialen, administrativen, rechtlichen und konfessionellen Vielfalt, um nur einige Dimensionen zu nennen, bot zugleich die Chance, die in Preußen bereits seit der Jahrhundertwende eingeleiteten Reformen für das gesamte Hoheitsgebiet so weit als möglich umzusetzen. Mit seiner „Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden“ vom April 1815 legte der Monarch den Grundstein für eine Behördenverfassung, deren Umsetzung im Herbst einsetzte und die in den Grundzügen ihrer Verwaltungsordnung bis heute Bestand hat. Die Grundprinzipien waren Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit, Trennung von Justiz und Verwaltung, ein geregelter Instanzenzug, das Sach- und Büroprinzip, die in Teilen der hier behandelten Region noch unter französischer Herrschaft bereits eingeführt worden waren. Preußen stand jedoch vor der Aufgabe, die gravierenden Unterschiede zwischen dem Osten und Westen im Ver-

waltungsaufbau und Verwaltungshandeln einzuebnen und einheitlich zu gestalten, was sich in der Rückschau als langer und keineswegs konfliktfreier Prozess erwies. Territoriale Veränderungen und Grenzverschiebungen ebenso wie der gesellschaftliche Wandel im 19. Jahrhundert machten beständig Korrekturen der Ordnung erforderlich, zumal Verwaltungen „soziale Systeme“ sind, die der Verwaltungswissenschaftler Wolfgang Seibel mit der Metapher der „lernenden und verlernenden Organisation“ charakterisiert hat.⁸⁵

Wie zuvor in Frankreich setzte auch in Preußen die gesamte Verordnung auf der territorialen Ebene an, indem sie das Herrschaftsgebiet in zehn Provinzen einteilte, die schon wenige Jahre später durch eine Zusammenlegung auf acht Provinzen reduziert wurden. Das hatte Folgen für die hier zu betrachtende Region, da die Provinz Jülich-Kleve-Berg bis einschließlich Werden und Essen reichte, und die jenseitigen Gebiete der Provinz Westfalen zugeordnet wurden. Im Jahr 1822 wurde Jülich-Kleve-Berg mit der Provinz Großherzogtum Niederrhein zur Rheinprovinz – ein Begriff, der sich ab den 1830er Jahren durchsetzte – zusammengelegt. Die Verwaltung durch einen Oberpräsidenten hatte ihren Sitz in Koblenz, während Westfalen von Münster aus verwaltet wurde. Jede dieser Provinzen bestand wiederum aus mehreren Regierungsbezirken, darunter war Düsseldorf in der Rheinprovinz für den Norden und die rechtsrheinischen Gebiete einschließlich Essen zuständig. In Westfalen verwaltete Arnberg die Region südlich der Lippe bis nach Hamm, Münster wiederum die ehemaligen Kölner Territorien nördlich der Lippe. Jeder dieser Regierungsbezirke gliederte sich abermals in Stadt- und Landkreise, deren Zuordnung und Größe sich mit dem Bevölkerungswachstum und durch Eingemeindungen veränderte. So wurde etwa Essen dem Kreis Duisburg zugeordnet, bevor 1859 ein Kreis Essen begründet und 1873 ein selbstständiger Stadtkreis Essen gebildet wurde. Duisburg folgte ein Jahr später.⁸⁶

85 Wolfgang Seibel: *Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung*, Berlin 2017, S. 102–109. Zur Funktion und Struktur in historischer Perspektive siehe auch Bernd Wunder: *Geschichte der Bürokratie in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1986; ders.: *Verwaltungs-, Kommunal und Beamtenreformen in Preußen*, in: Hans-Peter Ullmann/Clemens Zimmermann (Hg.): *Restaurationssystem und Reformpolitik. Süddeutschland und Preußen im Vergleich*, München 1996, S. 85–98; Jürgen Herres/Bärbel Holtz: *Rheinland und Westfalen als preußische Provinzen (1814–1888)*, in: Georg Mölich (Hg.): *Rheinland, Westfalen und Preußen – eine Beziehungsgeschichte*, Münster 2011, S. 113–208.

86 Max Bär: *Die Behördenverfassung der Rheinprovinz seit 1815*, Bonn 1919, S. 112–292.

Die häufige Umstrukturierung insbesondere des Kreises Düsseldorf, der von 13 auf 30 Kreise anwuchs, war zu Beginn nicht nur der Eile geschuldet, mit der die Verwaltungsstrukturen unter ausdrücklicher Berücksichtigung alter Kreisgrenzen und Ämter geschaffen wurden. Mangelndes Wissen verschärfte die Lage der verantwortlichen Organisationskommissare, die in ihrem Bemühen, vorhandene Wissensbestände in kartografischer Form zur Ausführung ihrer Aufgabe zusammenzutragen, an den Grenzen militärischer Geheimhaltung scheiterten. In der Verwaltung herrschte ein eklatanter Mangel an zuverlässigen Karten und die eilig gedruckten erwiesen sich wie schon zu Beginn des Jahrhunderts als unzuverlässig und ungeeignet. Es verwundert kaum, dass sich die Nachricht von der Übergabe der Karten von Tranchot mit einer unglaublichen Geschwindigkeit verbreitete, selbst unter den Kommunikationsbedingungen der Pferdepost. Die Anfragen der Regierungspräsidenten erreichten über den Dienstweg des Kriegsministers und Staatskanzlers schließlich den König, der die Genehmigung erteilte, dass Kopien der Karten unter Weglassung aller militärischen Informationen erstellt werden könnten. Die Finanzierung hatten die jeweiligen Regierungen zu tragen. Im September 1821 lagen in Düsseldorf wohl handgezeichnete Kopien der Karten vor, die pro Stück etwa zwölf Taler kosteten. Das entsprach der keineswegs geringen Zulage, die die Offiziere für ihre Tätigkeit als Vermesser und Kopisten erhielten. In den rechtsrheinischen Gebieten war die Lage deutlich schwieriger, weil es hier noch keine Aufnahmen nach dem Modell von Tranchot gab, sondern nur ältere und territorial beschränkte Kartenwerke. Der westfälische Oberpräsident Ludwig von Vincke blitzte sogar mit seiner Anfrage nach den linksrheinischen Dreiecksvermessungen ab, da der König die Karten der linksrheinischen Vermessungen ausschließlich für die Verwaltung dieser Gebiete freigegeben hatte. Diese Absage ist ein weiteres beredtes Zeugnis für den Stellenwert von Karten,

da der Monarch die Wissensbestände noch in der Tradition des 18. Jahrhunderts als geheim und ihre Nutzung für den Aufbau der Administration nur eingeschränkt und unter Auflagen genehmigte, obwohl der Bedarf von verschiedenen Seiten drängend artikuliert wurde.⁸⁷ In gewisser Weise können die Tranchot-Karten in Anlehnung an das Konzept des „Medienereignisses“⁸⁸ als „Mediumereignis“ innerhalb von Verwaltung und Militär bezeichnet werden, weil es eine dichte Kommunikation über das Medium gab, das aber überhaupt nur wenige zu Gesicht bekamen und der Öffentlichkeit bis nach der Jahrhundertmitte gänzlich vorenthalten blieb. Gerade wegen des Kartenmangels und des Nichtwissens auf staatlicher Seite kam der Fortsetzung der Vermessungsarbeiten durch Müffling eine herausragende Bedeutung als Instrument von Verwaltungshandeln in der Gegenwart und zunehmend auch mit Blick auf die Zukunft zu.

Schließlich standen die Ober- und Regierungspräsidenten unter großem Druck, die existierenden französischen Strukturen in das preußische System umzubauen bzw. neue Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Nach Möglichkeit wurde auf lokales Personal zurückgegriffen, das von der französischen in die preußische Verwaltung überführt wurde. Das war keineswegs in allen Bezirken und Funktionen möglich, da es spezifischer Kompetenzen und Kenntnisse etwa des Rechts bedurfte, die vor Ort nicht immer ausreichend vorhanden waren. Die Nichtberücksichtigung von „Einländern“ und die Rekrutierung von „Altpreußen“, wie die Bezeichnungen lauteten, war von Anbeginn an ein Konfliktpunkt und Ärgernis der neuen Provinzen bei den Stellenbesetzungen, die zudem die Schwerfälligkeit der neuen Verwaltung kritisierten. Die Herausforderungen und Probleme der Integration haben die Wahrnehmungen auf beiden Seiten – in Berlin und den Provinzen – bis in das 20. Jahrhundert hinein geprägt. Die historische Forschung blieb davon nicht unbeeinflusst, betont aber inzwischen die

⁸⁷ Schmidt, Die Kartenaufnahme, S. 138–139.

⁸⁸ Frank Bösch: Europäische Medienereignisse, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010-12-03 (URL: <https://www.ieg-ego.eu/boeschf-2010-de> URN: urn:nbn:de:0159-20100921115 [letzter Aufruf am 6.12.2024]).

Integrationsleistung und das große Engagement der Ober- und Regierungspräsidenten.⁸⁹

Die Justiz und die Vereinheitlichung des Rechts

Eine Grundlage des staatlichen Auf- und Umbaus war das Rechtssystem bzw. die Justizorganisation. Bereits während der französischen Herrschaft war das Rechtssystem, beginnend mit dem Zivilrecht (Code civil oder Code Napoléon) bis zum Strafgesetzbuch (Code pénal), auf der Grundlage der Prinzipien der Französischen Revolution neu kodifiziert und einheitlich für ganz Frankreich in Kraft gesetzt worden. Gültigkeit erlangten die insgesamt fünf Gesetzbücher damit auch in den linksrheinischen Territorien und den französischen Modellstaaten rechts des Rheins.

Die Gesetzbücher waren zukunftsweisend, da sie die Prinzipien der Freiheit der Person, des Eigentums und des Rechtsverkehrs konsequent verankerten, blieben allerdings im Ehe- und Familienrecht patriarchalischen Vorstellungen verhaftet. Mit dem neuen Recht ging auch eine neue Gerichtsverfassung einher, die ähnlich dem Behördenaufbau einen klaren Instanzenzug schuf. Von Bedeutung waren insbesondere die Verfahrensgrundsätze der Öffentlichkeit und Mündlichkeit von Verfahren, das Anklageprinzip, die freie Verteidigung vor Gericht und der Anspruch auf rechtliches Gehör.⁹⁰

Ein einheitliches Gesetzbuch für alle Territorien hatte auch Preußen mit dem Allgemeinen Landrecht kodifiziert, das 1794 in Kraft getreten war. In der Sache folgte Preußen damit einer modernen Entwicklung der Vereinheitlichung des Rechtssystems für Staat und Untertanen. Im Inhalt war das Landrecht aber bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens „rückwärtsgewandt“, wie die rechtshistorische Forschung betont. Es beruhte auf den ständisch-feudalen Grundsätzen des 18. Jahrhunderts, Individualrechte und eine allgemeine Rechtsfähigkeit waren in dem zugrundeliegenden Staats- und Ständemodell noch nicht vorgesehen. Hinzu kam, dass

sich zu dieser Zeit bereits die Ständegesellschaft durch den demografischen Wandel von unten auflöste und die Reformen, mit denen Preußen auf die Niederlage seit 1807 reagierte, die ständische Ordnung des Allgemeinen Landrechts von oben abbauten. Ein entscheidender Schritt war das Oktoberedikt, das den erbuntertänigen Bauern die persönliche Freiheit verlieh und den Besitz und freien Gebrauch von Grundeigentum ermöglichte.

Mit der Eingliederung der westlichen Territorien hatte der König schon im September 1814 die Einführung des Allgemeinen Landrechts für alle ehemals preußischen Territorien rechts des Rheins mit Wirkung zum 1. Januar 1815 verfügt. Damit kamen Essen, Ruhrort, Duisburg und später auch Mülheim, die Preußen als Entschädigung im Zuge der Säkularisation erhalten und 1806 wieder an das französische Großherzogtum Berg verloren hatte, unter den Geltungsbereich des Landrechts. Für die anderen rechts- und linksrheinischen Gebiete bereitete das Justizministerium ein entsprechendes Einführungspatent vor, das allerdings nicht umgesetzt wurde. Denn von verschiedenen Seiten regte sich Widerstand gegen das preußische Recht. So erachtete der mit der Gerichtsorganisation beauftragte Gerichtsrat und spätere Präsident des Oberlandesgerichts in Münster Christoph Wilhelm Heinrich Sethe die Einführung des preußischen Landrechts in Zivil- und Strafsachen als unvereinbar mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in diesen Gebieten. Die Debatte, die sich zwischen den verschiedenen Behörden über Vor- und Nachteile entspannte, führte im Juni 1816 zur Einsetzung einer Kommission, die die Verhältnisse prüfen, die Rechtssysteme vergleichen und Vorschläge zur Gesetzgebung und Gerichtsverfassung erarbeiten sollte. In ihrem abschließenden Gutachten erkannte die Kommission die Notwendigkeit der Rechtseinheit innerhalb Preußens an. Zugleich hob sie die tiefgreifenden Veränderungen in den „Personal-Verhältnissen“ und im „Güterwesen“ während der französischen Herrschaft hervor und schlug eine Verta-

⁸⁹ Horst Romeyk: Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816–1945, Düsseldorf 1994, S. 21–34; Karl A. Teppe/Michael Epkenhans (Hg.): Westfalen und Preussen. Integration und Regionalismus, Paderborn 1991; Klaus Schwabe (Hg.): Die Preußischen Oberpräsidenten als Elite 1815–1945, Boppard 1985; Georg Mölich (Hg.): Rheinland, Westfalen und Preußen – eine Beziehungsgeschichte, Münster 2011.

⁹⁰ Hermann Conrad: Preußen und das Französische Recht in den Rheinlanden, in: Josef Wolffram (Hg.): Recht und Rechtspflege in den Rheinlanden, Köln 1969, S. 78–112; Reiner Schulze: Rheinisches Recht im Wandel der Forschungsperspektiven, in: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 24 (2002), S. 65–90; Dieter Strauch: Der rheinische Beitrag zur Entstehung des BGB, in: forum historiae iuris, März 2005 (<https://forhistiur.net/2005-03-strauch> 2005 [zuletzt aufgerufen am 6.12.2024]).

gung der Einführung vor. Erst die anstehenden Revisionen des Landrechts sollten in den rheinischen Provinzen eingeführt werden, um der Bevölkerung einen erneuten, dritten Wechsel des Rechtssystems zu ersparen, weil „dadurch der Begriff des Rechts im Volke verwirret werde“.⁹¹ Die königliche Instruktion vom November 1818 folgte weitgehend den unterbreiteten Vorschlägen, auch zur Gerichtsorganisation mit der öffentlichen und mündlichen Verhandlung, den Geschworenengerichten und der Trennung von Anwaltschaft und Notariat, wie sie bis heute im Rheinland fortbesteht.

Letztlich behielt das französische Recht in weiten Teilen der Rheinprovinz seine Gültigkeit. Änderungen und Anpassungen bildeten es im 19. Jahrhundert als sogenanntes Rheinisches Recht weiter, das die Kodifikation des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) maßgeblich beeinflusste und zum 1. Januar 1900 die Rechtseinheit im Deutschen Reich herstellte. Für die hier zu betrachtende Region endete damit auch die Zeit zweier Rechtsordnungen, die zudem zur Folge hatten, dass die Justizorganisation nicht mit der der Verwaltungsbehörden übereinstimmte. Die Kreise Essen, Duisburg und Mülheim, die dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf unterstanden, lagen nicht im Zuständigkeitsbereich des Appellationshofes (seit 1879 Oberlandesgericht) in Köln, sondern des Oberlandesgerichts in Emmerich, das 1815 nach Kleve und schließlich 1820 ins deutlich kleinere, aber im Zentrum der Provinz Westfalen gelegene Hamm verlegt wurde.

Nachdem die Grundlagen der Justizorganisation geschaffen waren, folgte im 19. Jahrhundert ein Ausbau des Justizwesens hinsichtlich der Zahl und Zuständigkeiten der Gerichte. Einer dieser Rechtsbereiche war das königliche Bergregal, das dem Monarchen Verfügungsgewalt über die Bodenschätze einräumte. Bergordnungen mit zuständigen Bergämtern und Berggerichten regelten die Vergabe der Rechte, den Abbau der Bodenschätze und die in diesen Zusammenhängen entstehenden Konflikte. Das Allgemeine Landrecht erreichte

durch die Rücksicht auf die Provinzialordnungen nicht die angestrebte Vereinheitlichung, obwohl die Verfasser in mehr als 400 Paragraphen die Prinzipien des Regals zu regeln suchten. Mit der Eingliederung der westlichen Territorien trat das preußische Bergregal in Kraft, das in gesonderter Struktur für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen organisiert und verwaltet wurde. Die Bergaufsicht führte das in Dortmund eingerichtete Oberbergamt mit Bergämtern als Unterbehörden in Essen und Bochum. Im Zuge der Vorarbeiten zu einer Novellierung des Bergrechts erfolgte 1861 eine Neuorganisation, die die Bergämter auflöste und die Zuständigkeit zwischen den Oberbergämtern in Dortmund und Bonn im Wesentlichen unter Beibehaltung der bisherigen räumlichen Verantwortlichkeit aufteilte.⁹² Diese Neuregelung hatte seit den späten 1820er Jahren zur Diskussion gestanden, da das Landrecht die Zersplitterung nicht beseitigt und sein feudaler Charakter durch die staatliche Verantwortung und Kontrolle der Bergwerke, dem Direktionsprinzip, die Spannung zwischen Bergstaats- und Bergprivatrecht verschärft hatte.⁹³ Zahlreiche Gesetze, Verordnungen und Auslegungen reagierten auf die zunehmenden Klagen und die Rechtsunsicherheit, die wiederum mehrere Kommissionen und Juristen mit ihren Gutachten und Gesetzesvorschlägen zu beseitigen suchten.⁹⁴ Die Provinziallandtage beschäftigten sich wiederholt mit Entwürfen eines Berggesetzes, für das erst mit der Einführung des Inspektionsprinzips bei gleichzeitiger Aufhebung des Direktionsprinzips im Jahr 1860 und eine neue Abgabenregelung der Weg bereitet wurde. Fünf Jahre später, am 1. Oktober 1865, trat schließlich das neue Allgemeine Berggesetz in Kraft.

Für unseren Zusammenhang der Vermessungen als Raumpraktik ist vor allem das Verhältnis von Grundeigentum und volkswirtschaftlich bedeutsamen Mineralien wie etwa Gold, Silber und Kohle im Boden von Bedeutung. Das Berggesetz führte die tradierte Trennung zwischen Grundeigentum und Grubennutzung fort, gewährte jedoch die staatliche Verleihung von

⁹¹ Ernst Landsberg (Hg.): Die Gutachten der Rheinischen Immediat-Justiz-Kommission und der Kampf um die rheinische Rechts- und Gerichtsverfassung, 1814–1819, Düsseldorf 1914, S. 242.

⁹² Max Bär: Behördenverfassung, S. 447–451.

⁹³ Siehe dazu den Beitrag von Eva-Maria Roelevink in diesem Band.

⁹⁴ Zu den umfangreichen Ergänzungen des Allgemeinen Landrechtes allein bis 1838 siehe Aemil Steinbeck (Bearb.): Ergänzungen und Erläuterungen der Preußischen Rechtsbücher durch Gesetzgebung und Wissenschaft unter Benutzung der Akten eines hohen Justiz-Ministerii und der Gesetzrevisions-Arbeiten, Bd. 5. Vom Bergwerksregale, Breslau 1838.

Verfügungsrechten an jedermann unter Vorlage entsprechender Nachweise. Diese sogenannte Bergbaufreiheit, ein Rechtsanspruch, öffnete Raum und Zukunft für unternehmerisches Handeln in gesetzlichem Rahmen.⁹⁵ Eigentumskonflikte und Bodenspekulationen beendete das Berggesetz jedoch nicht, wohl aber schuf es Entscheidungsgrundlagen, die die moderne Eigentumsordnung gestalteten und langfristig prägten. Flankierend kamen weitere Gesetze hinzu, wie das „Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum“ im Juni 1874, das nicht allein die Spielräume staatlicher Enteignungen im unternehmerischen Interesse definierte, sondern vielmehr auch die Fragen der Entschädigung regelte, die die Gerichte seit Jahrzehnten in erheblichem Maße beschäftigten. Die Forschung hat mit ihren vorherrschenden Perspektiven auf die Industrialisierung diesen Konflikten vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen, erst seit einigen Jahren nutzt insbesondere die Umweltgeschichte die Gerichtsakten, da sie Einblicke in die Kehrseite der Industrialisierung mit ihrer Umweltzerstörung und Verschmutzung erlauben, wenn etwa Prozesse über die Wasser- oder Ernährungsqualität geführt wurden.⁹⁶ Untersuchungen zum Stellenwert von Grundeigentum, das für weite Teile der Bevölkerung eine neue Eigentumsform und Erfahrung darstellte, und zur damit einhergehenden Transformation der ländlichen Gesellschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stehen demgegenüber noch aus. Die Zeitgenossen, nicht zuletzt die Statistiker, hat die „Boden-Entfesselung“, wie sie den Transformationsprozess mit vielfach kritischem Unterton bezeichneten, sehr intensiv beschäftigt, wie wir im Abschnitt zur Statistik gesehen haben.

Die Verleihung von Verfügungsrechten wie das Recht zur Enteignung setzte Wissen über das Grundeigentum voraus, das auf amtlichen Vermessungen beruhte, auf die die Eigentümer laut Gesetz einen Anspruch hatten. Diesen Komplex regelte ein weiteres umfangreiches Gesetzespaket im Jahr 1872, das den Eigentumserwerb, die Belastung von Grundstücken durch Hypotheken ebenso wie die Dokumentation dieser Rechtsakte in Grundbü-

chern bestimmte. Den engen Zusammenhang zwischen den beiden Gesetzen brachte bereits der Titel als „Gesetz über den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke, Bergwerke und selbstständigen Gerechtigkeiten“ zum Ausdruck.

Mit der gleichzeitig verabschiedeten Grundbuchordnung setzte der preußische Staat eine Raumerfassungs- und Dokumentationspraxis fort und entwickelte sie zum Wissensspeicher der Eigentumsverhältnisse durch die nun verpflichtende Anlage von Grundbüchern. Die Lagebezeichnungen, Verhältnisse und Größen der Grundstücke lieferten die Katasterkarten, die dem Finanzministerium als Grundlage für die Grundsteuererhebung dienten und bis heute dienen. Eine Katasterverwaltung war 1865 im Geschäftsbereich des Ministeriums eingerichtet und der ehemalige Feldmesser Friedrich Gustav Gauß mit der Organisation und Leitung der Behörde betraut worden, der in Abgrenzung zum gleichnamigen Mathematiker als „Kataster-Gauß“ bezeichnet wurde.

Im Westen hatte die Anlage eines Grundsteuerkatasters bereits zu französischer Zeit begonnen, nachdem die Selbstangaben zur Erhebung einer Grundsteuer den „Eigennutz“ über das „allgemeine Wohl“ gestellt hatten, wie der Präfekt des Herzogtums Berg in einer Proklamation an die Bewohner unter Androhung einer staatlichen Vermessung im Jahr 1810 erklärte. Linksrheinisch konnten die Preußen auf französische Vorarbeiten zurückgreifen, rechtsrheinisch begannen sie die Aufnahme mit Herrschaftsantritt, die jedoch getrennt von der Landesvermessung verlief, die dem Generalstab und damit dem Kriegsministerium unterstand. Die Instruktion von 1819 für das Kataster der „rheinisch-westphälischen Provinzen“ betonte zwar die Eigenständigkeit der Vermessung, hob aber ausdrücklich mögliche Anschlüsse an die Dreiecksnetze der Landesvermessung hervor. Mit dieser Trennung der Vermessungen unterschied sich Preußen vom Vorgehen anderer ehemaliger Rheinbundstaaten wie etwa Bayern, die beide Aufnahmen miteinander verbanden. Eine Zusammenführung, ergänzt um weitere selbstständige Raumerfassungen

⁹⁵ Gunther Kühne: Das deutsche Bergrecht von 1865 bis zur Gegenwart, in: Klaus Tenfelde/Toni Pierenkemper (Hg.): Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Münster 2016, S. 495–531.

⁹⁶ Siehe dazu etwa Franz-Josef Brüggemeier/Thomas Rommelspacher: Blauer Himmel über der Ruhr. Geschichte der Umwelt im Ruhrgebiet 1840–1990, Essen 1992; Franz-Josef Brüggemeier: Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute, München 2018, S. 108–121.

im Geschäftsbereich der beiden Ministerien für Landwirtschaft und der Öffentlichen Arbeiten, erfolgte in Preußen in mehreren Schritten zwischen 1865 und 1871 mit der abschließenden Einrichtung des „Central-Directoriums der Vermessungen im Preußischen Staate“, das unter Leitung des Chefs des Generalstabs dem Staatsministerium unterstand.⁹⁷

Die territoriale Neuorganisation der katholischen Kirche

Bevor wir uns dem Kataster als Raumpraktik zuwenden, muss noch ein Blick auf die katholische Kirche geworfen werden, die die gravierenden Folgen des Verlusts an Herrschaftsrechten und Grund- und Bodeneigentum in Folge der Säkularisation zu bewältigen hatte. Ihre Neuaufstellung ging ebenfalls mit räumlichen Neuordnungen einher, da die Kirchenorganisation auf personengebundenen Hierarchien und territorialen Strukturen beruhte, die unter den Bedingungen der neuen Staatsgrenzen und finanzieller Einbußen dringender Reformen bedurften, wollte die Institution ihren Aufgaben in der Seelsorge, im Erziehungs- und Fürsorgewesen weiterhin nachkommen. Nach Einschätzung der Forschung bedeutete das für die Kirche eine Herausforderung und eine Chance, auf den gesellschaftlichen Wandel langfristig zu reagieren.⁹⁸ Denn sie war für die Mehrheit der Bevölkerung in den beiden neuen preußischen Westprovinzen zuständig. Im Verhältnis zum Gesamtstaat war das ein signifikanter und keineswegs immer konfliktfreier Umstand, weil in Preußen zwei Drittel der Bevölkerung zu einer der protestantischen Kirchen zählten.

Für die evangelische Kirche, die Lutheraner und Reformierte seit 1817 in Preußen zu einer Union verband, galt ohnehin das landesherrliche Regiment mit dem König als obersten Bischof, das erst mit der Weimarer

Verfassung sein Ende fand. Die vergleichsweise geringe Zahl an Juden in der Region blieb während des gesamten Jahrhunderts Objekt staatlicher Aufmerksamkeit und politischer Debatten. Ihre staatsbürgerlichen Rechte und Einschränkungen standen bis zur Revolution 1848 auf der Tagesordnung der Provinziallandtage, und mehrere Enquêtes erhoben Informationen über ihre Synagogen und Konsistorien. Auf Druck des Staates, der die Aufsicht in Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten führte, organisierten sie sich seit der Jahrhundertmitte in Synagogengemeinden, einem räumlichen Prinzip, das den staatlichen Verwaltungsstrukturen folgte und Gottesdienstordnungen wie das Gemeindeleben veränderte.⁹⁹

Die Forschung zur frühneuzeitlichen Staatsbildung hat auf das Vorbild der römisch-katholischen Kirche hingewiesen, deren „institutionelle Praxis“ zum Modell auf dem Weg zum Territorialstaat wurde.¹⁰⁰ Ihre Organisation in Diözesen, den (Erz)bistümern, mit klaren territorialen Grenzen, Hierarchien und Instanzenzug im Verwaltungsapparat, geht auf das Mittelalter zurück. Eine Fortschreibung der bestehenden Organisationsstrukturen der römischen Reichskirche, wie sie die Kurie unter ihrem Verhandlungsführer Kardinal Ercole Consalvi angestrebt hatte, scheiterte auf dem Wiener Kongress an den Interessen der Einzelstaaten. Zu einem Konkordat, einem völkerrechtlichen Vertrag zwischen beiden Seiten, kam es zwischen Preußen und der Kurie nicht. Wohl aber umschrieb Papst Pius VII. in der Bulle „De salute animarum“, die der preußische König im selben Jahr, 1821, als Staatsgesetz billigte, die administrative Einrichtung, Ausstattung und territoriale Begrenzung der Diözesen. Der hier zu betrachtende Raum fiel in das Erzbistum Köln mit den Bischofssitzen Münster und Paderborn. Die Umschreibung der Sprengel erfolgte nun entlang und innerhalb der Staatsgrenzen und hatte bis nach dem Ersten Weltkrieg Bestand, als die räumliche

⁹⁷ Bernhard Wittstock: Rechts- und Verwaltungsvorschriften des preußischen Grundsteuerkatasters 1820–1945, Berlin 2001, S. 19 f., 113 f.

⁹⁸ Klaus Schatz: Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum, S. 38–67; Franz-Xaver Kaufmann: Katholizismus und Moderne als Aufgaben künftiger Forschung, in: Urs Altermatt/Heinz Hürten/Nikolaus Lobkowicz (Hg.): Moderne als Problem des Katholizismus, Regensburg 1995, S. 9–32.

⁹⁹ Jan-Pieter Barbian/Michael Brocke/Ludger Heid (Hg.): Juden im Ruhrgebiet. Vom Zeitalter der Aufklärung bis in die Gegenwart, Essen 1999.

¹⁰⁰ Wolfgang Reinhard: Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, 3. Aufl., München 2002, S. 261–263.

Neuorganisation und Anpassung an die neuen Staatsgrenzen erforderlich wurde.¹⁰¹

Die Dokumentation des Eigentums: Grundbücher und Kataster

Im Zuge der Säkularisation waren ein Grundstücksmarkt und der Beruf des Immobilienhändlers entstanden, wie die Historikerin Gabriele Clemens in ihrer Untersuchung zu den Nationalgütern festgestellt hat.¹⁰² Bodeneigentum – und das lässt sich bereits am Ausgang des 18. Jahrhunderts beobachten – war eine gute und sichere Kapitalanlage und bot aufgrund der Entstehung eines Marktes und einer Nachfrage Optionen für wirtschaftliches und auch spekulatives Handeln. In England war der Boden bereits „Handelsartikel“, wie der bergische Physiker und Vermesser Johann Friedrich Benzenberg spitzzüngig bemerkte. „Geldreiche Leute kaufen den Boden und geben ihn dem Pächter [sic]. Kriegsrechnungen gibt es dort keine, da nie Krieg auf dieser Insel ist.“¹⁰³

Der gesellschaftliche Wandel seit dem späten 18. Jahrhundert, beschleunigt durch Revolution, Säkularisation und Reformen, beförderte die grundlegende und kaum zu überschätzende Transformation der Eigentumsverhältnisse seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts. Inwieweit es bereits im 18. Jahrhundert im Alten Reich einen regionalen Bodenmarkt gab, ist in der Forschung umstritten. Die Auflösung der Gemeindewiesen (Allmende), die in England bereits in der frühen Neuzeit einsetzte und Preußen 1821 gesetzlich einleitete, trug zur

Kapitalisierung des Bodens bei und veränderte das soziale Leben in den Dörfern und Gemeinden.¹⁰⁴

Unterstrichen wird dieser Befund durch die auffällige Zunahme systematischer Kataster in zahlreichen europäischen Staaten seit dem 18. Jahrhundert.¹⁰⁵ Standen an den Anfängen die fiskalischen Interessen der Staaten, so entwickelten sich die Kataster zu Wissensspeichern und amtlichen Ausdrucksformen privaten Kapitals.

Grundlage war die Erfassung der Grundstücke in Lage, Umfang, Bebauung und weiteren spezifischen Merkmalen. Eine kartografische Erfassung war noch nicht selbstverständlich, denn sie bedurfte vermessungstechnischer und darstellerischer Expertise und Standards, die kostspielig und zeitaufwändig waren, sollte die Karte gerichtsfest sein. Augenscheinkarten, wie sie in der frühen Neuzeit vor Gericht zum Einsatz kamen, konnten diese Funktion nicht erfüllen.¹⁰⁶ Die Erfassung der zum Verkauf angebotenen Nationalgüter in den vier rheinischen Departements, die vor einigen Jahren in einem großen Projekt zusammengestellt wurde, erfolgte in detaillierten Listen, die den Verkaufswert taxierten. Vermessungen gab es noch nicht und die Erstellung der Katasterpläne für die linksrheinischen Gebiete hatte zwar begonnen, zog sich jedoch durch verschiedene Konflikte über Zuständigkeiten, Finanzen und Betrugsvorwürfe hin und kam während der französischen Herrschaft nicht zum Abschluss.¹⁰⁷

Wohl aber waren damit die Grundlagen gelegt für eine preußische Katasteraufnahme, die für das Rheinland und Westfalen in zwei Etappen erfolgte. Eine erste Aufnahme, der Urkataster, konnte 1834 abgeschlossen

101 Erwin Gatz: Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Die Katholische Kirche. Bd. 1, Die Bistümer und ihre Pfarreien, Freiburg 1991.

102 Gabriele B. Clemens: Immobilienhändler und Spekulanten. Die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung der Grosskäufer bei den Nationalgüterversteigerungen in den rheinischen Departements (1803–1813), Boppard am Rhein 1995, hier zentral S. 25–31, 197–200.

103 Johann-Friedrich Benzenberg: Ueber das Cataster, Bd. 2, Verfertigung des Catasters, Bonn 1818, S. 24.

104 Reiner Prass: Grundzüge der Agrargeschichte, Bd. 2. Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn der Moderne (1650–1880), Köln 2016, S. 177–193. In Zeiten knapper werdender Ressourcen stellt die Allmende gegenwärtig ein vieldiskutiertes Teilungsmodell dar. Siehe dazu Elinor Ostrom: Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge 2015.

105 Roger Kain/Elizabeth Baigent (Hg.): The cadastral map in the service of the state. A history of property mapping, Chicago 1992; Florence Bourillon/Nadine Vivier (Hg.): La mesure cadastrale. Estimer la valeur du foncier, Rennes 2012.

106 Anette Baumann/Sabine Schmolinsky/Evelien Timpener (Hg.): Raum und Recht. Visualisierung von Rechtsansprüchen in der Vormoderne, München 2020.

107 Wolfgang Schieder: Säkularisation und Mediatisierung in den vier rheinischen Departements 1803–1813. Edition des Datenmaterials der zu veräußernden Nationalgüter. Teil 1. Einführung und Register, Boppard am Rhein 1991.

werden. Nach der Einführung eines einheitlichen Grundsteuerkatasters für die westlichen und östlichen Provinzen folgte eine Neuaufnahme zwischen 1861 und 1865.

Die Kataster- oder Flurkarte ist die visuelle Grundlage für die Eintragungen im Grundbuch und Teil des Grundbuchs. Im Maßstab unterscheidet sie sich von den Landesvermessungen, da sie wegen ihrer Funktion der Steuererhebung eine größere Detailliertheit verlangt und in der Regel in Maßstäben von 1:1.250 für Ortschaften bis zu 1:5.000 für Wälder in den Westprovinzen angelegt wurde. Diese Karten waren laufend zu halten, und jegliche Veränderungen im Besitz und in der Bebauung, um nur zwei Beispiele zu nennen, trugen die Katasterbeamten unmittelbar in die Karte ein oder legten Ergänzungskarten an. Diese Materialität haben die heutigen digitalen Liegenschaftskataster nicht mehr, ihre Funktion und ihr Aufbau in Zeitschichten sind jedoch beibehalten und lediglich in ein anderes Medium und andere Techniken übertragen. Die kontinuierlichen Eintragungen machen Katasterkarten zu einer außerordentlichen historischen Quelle, deren Informationen für die Forschung und bis in unsere Gegenwart von Bedeutung sind.

Ein Beispiel ist die Dokumentation von Bergschäden, wie sie beispielhaft auf einer Übersichtskarte für Essen von 1878 in acht Blättern, von denen eines hier zu sehen ist, eingetragen sind.

Grundlage ist die Kataster- oder Flurkarte mit den nummerierten Grundstücken (schwarz) und den Hausnummern in Rot. Die roten Markierungen stammen von der Regulierungskommission, die der Handelsminister 1876 eingesetzt hatte, um durch Schiedsgerichte Konflikte zwischen Grundbesitzern und den „haftpflichtigen Bergwerksbesitzern“ zu regulieren und „einen Ausgleich über Vergütung der hervorgetretenen Schäden herbeizuführen“. Diese waren nicht nur in Essen beträchtlich; in Oberhausen „war in der Nähe der Bahnhöfe ein 35 Morgen großes Terrain durch Bodensenkungen in einen See umgewandelt und dadurch dies großen Theils zu Baustellen geeignete Land völlig entwerthet“.¹⁰⁸ Aus der gesamten Region landeten Klagen der Grundbesitzer vor den Amtsgerichten, die die Menge

nicht mehr hatten bewältigen können und den zuständigen Handelsminister zu einer Lösung durch Schiedsgerichte veranlasst hatten.

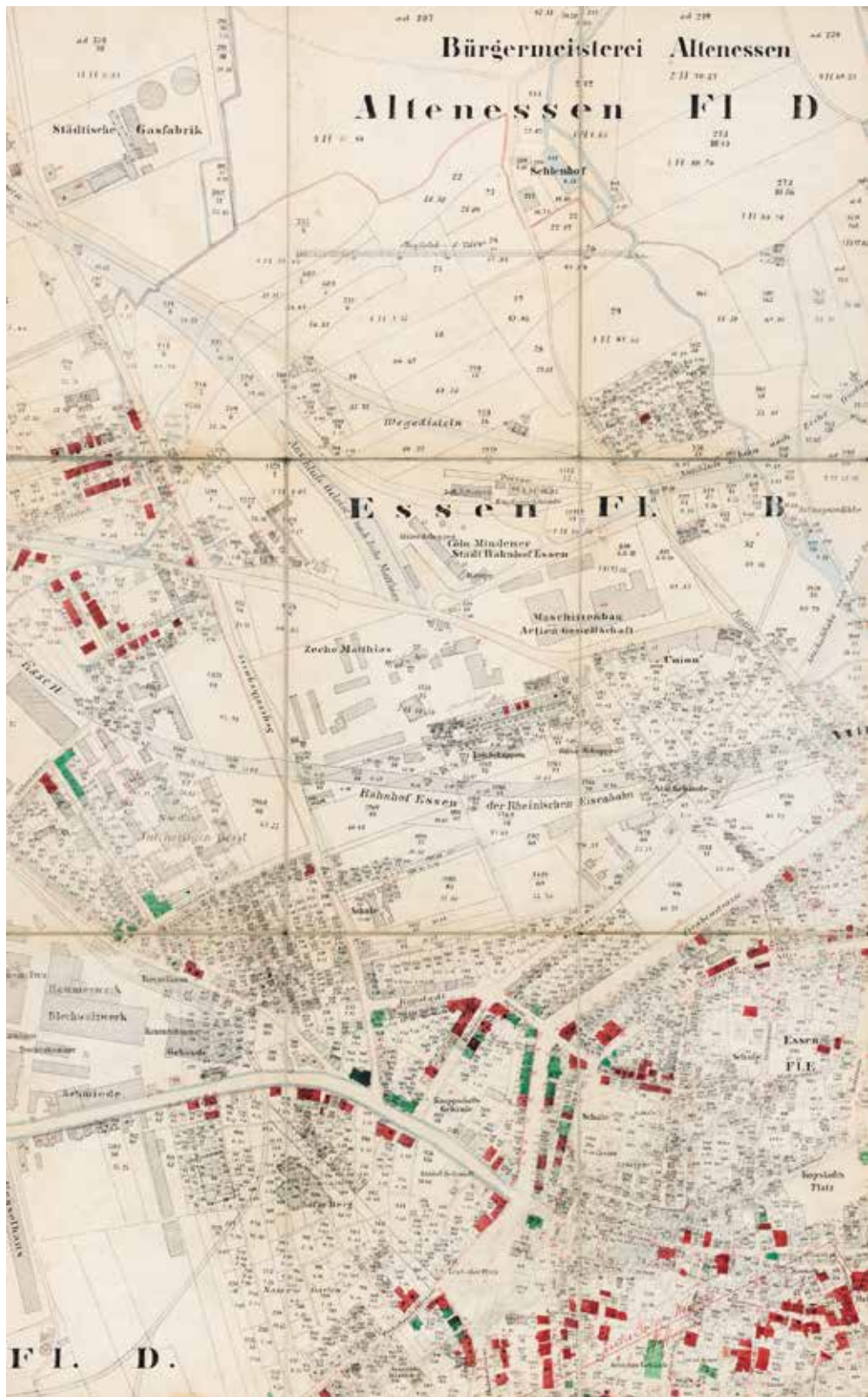
Die amtliche Katasterkarte erwies sich als geeignetes Instrument zur Lokalisierung und Dokumentation, sie bot mit ihrem Maßstab von 1:2.500 ausreichende Detailtreue für differenzierte Markierungen schwerer und weniger schwerer Schäden (in Kreisen) und verschaffte durch die Zusammenstellung aller Blätter einen Überblick über den Stadtraum wie die Verdichtung von Schäden, regulierte Fälle (in grün) und bisher unbeschädigte Gebiete. Bis heute sind derartige Eintragungen auf den Katasterkarten von großem Nutzen für die Einordnung und Lokalisierung gerade von Bergschäden, wie sie im Ruhrgebiet häufiger auftreten und zum Teil erhebliche Auswirkungen für Hauseigentümer, aber auch die Verkehrsinfrastruktur haben.

Die raumbildende Funktion der Katasterkarten liegt in ihrer Fokussierung auf die Eigentumsverhältnisse, zu deren Erfassung der Raum der Stadt oder Gemeinde, die sogenannte Gemarkung, in Flure und Flurstücke aufgeteilt wird. Für größere Überblicke sind diese Karten nur durch die Zusammenlegung mehrerer Blätter, wie im oben präsentierten Fall der Stadt Essen, oder durch eine Verkleinerung des Maßstabs einsetzbar. Ein interessantes Beispiel ist in dieser Hinsicht die „Übersichtskarte der Steinkohlenfelder des Rhein.-Westfäl. Ruhrkohlenbeckens“ in zwei Blättern, die 1895 das Dortmunder Oberbergamt herausgegeben hat.

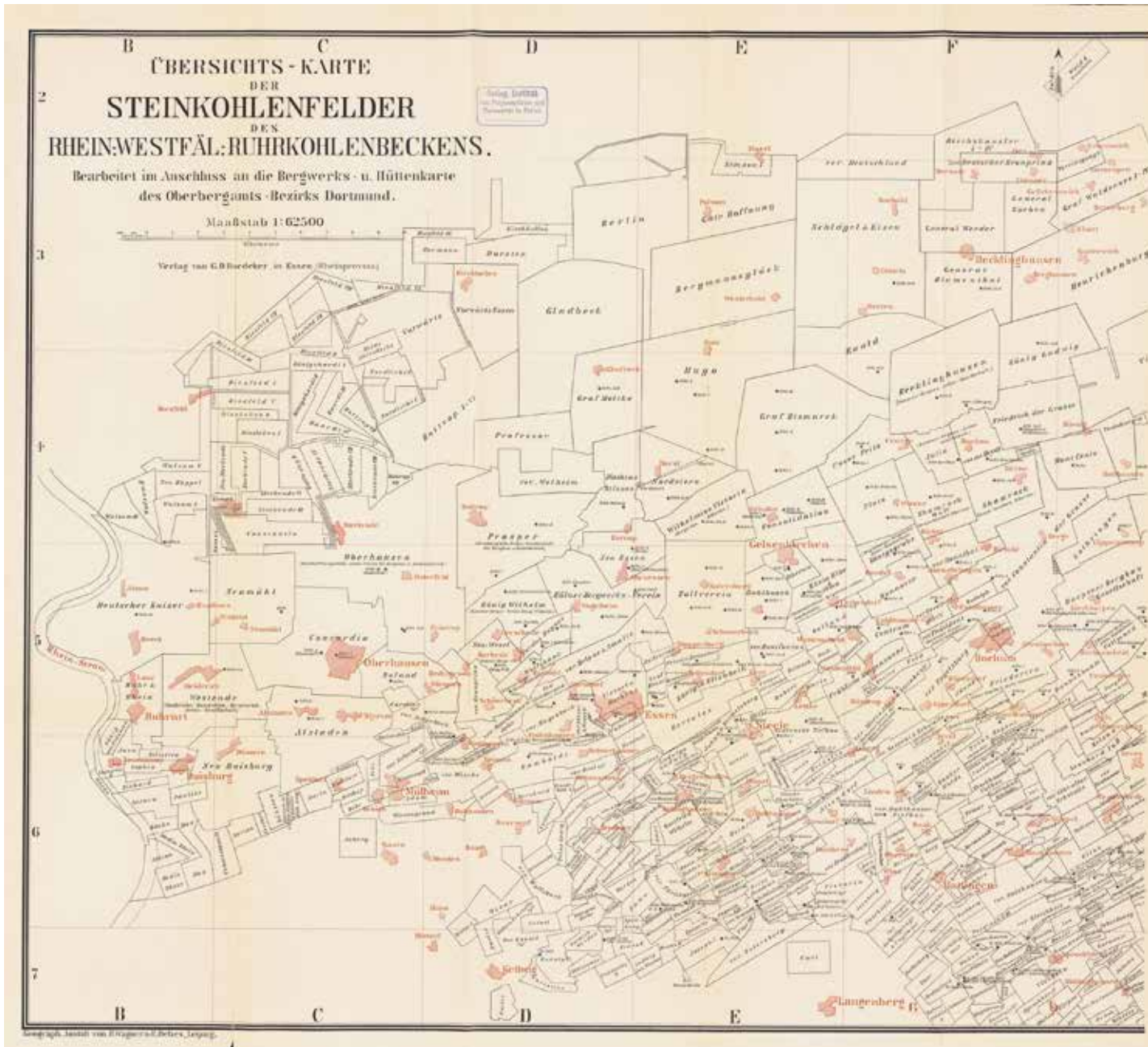
Die Karte im Maßstab 1:62.500, die wie eine Flurkarte anmutet, markiert die Zechen vom Rhein bis nach Hamm. Die vermessenen und linear begrenzten Zechenfelder erstrecken sich über die gesamte Region, allein Städte und Gemeinden geben eine Orientierung im Raum. Die Namen der Zechen und die der Grubengesellschaften markieren das jeweilige Terrain. Der Journalist Adolf Zimmermann spricht in seinen industriellen Berichten über eine „Studienfahrt in das rheinisch-westfälische Industriegebiet“ im Jahr 1911 von den „Königreichen“ in der Region.¹⁰⁹ Man könnte meinen, er habe die Karte, die keine Erwähnung findet, vor Augen gehabt, denn sie visualisiert diese „Königreiche“, die ähnlich den Territorien des Heiligen Römischen Reichs den Kartenraum fül-

108 Hermann Daubenspeck: Die Schiedsgerichte für Regulierung der Bergschäden. Ein Beitrag zur Lehre vom Schiedsvertrage, Berlin 1883, S. 2.

109 Adolf Zimmermann: Von Haspe bis Duisburg, Berlin 1912, S. 3, S. 40 f., S. 71.



Übersichtskarte der Bergschäden im Stadtgebiet Essen, 1878, Blatt 2. Im Maßstab 1:2.500 dokumentierte die Karte in acht Blättern die geringen und starken Bergschäden innerhalb der Flurstücke in der Stadt Essen. ULB Münster.



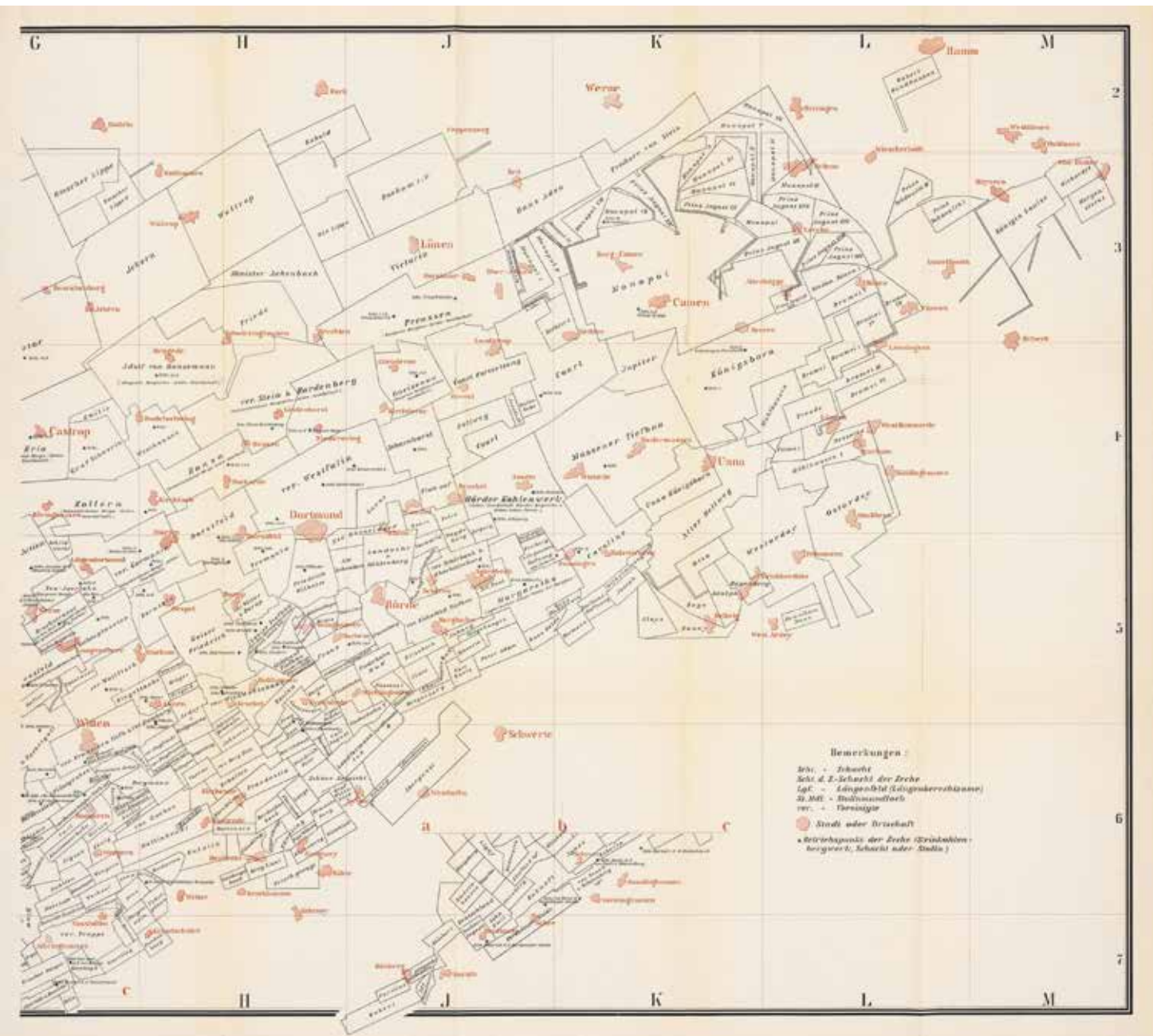
Übersichts-Karte der Steinkohlenfelder des Rhein-Westfäl. Ruhrkohlenbeckens 1895.

Die beiden Blätter der Übersichtskarte schreiben die Gebiete der einzelnen Zechen wie Flurstücke in das gesamte Territorium ein. Bis auf die Städte und Ortschaften werden alle anderen Merkmale der Region ausgeblendet.

Übersichts-Karte der Steinkohlenfelder des Rhein-Westfäl. Ruhrkohlenbeckens: bearb. im Anschluss an die Bergwerks- und Hüttenkarte des Oberamts-Bezirks Dortmund. Essen: G. D. Baedeker, 1895. ETH-Bibliothek Zürich, Rar K 214.

len. Territorialherrschaft als bürgerliches Kapital lautet eine unterliegende Botschaft der kartografischen Selbstdarstellung, die allerdings Eigentumsverhältnisse an

Grund und Boden nicht thematisiert. Ein Vergleich mit der damals aktuellen Liegenschaftskarte und dem Urkataster verweist auf die Eigentumsverhältnisse und



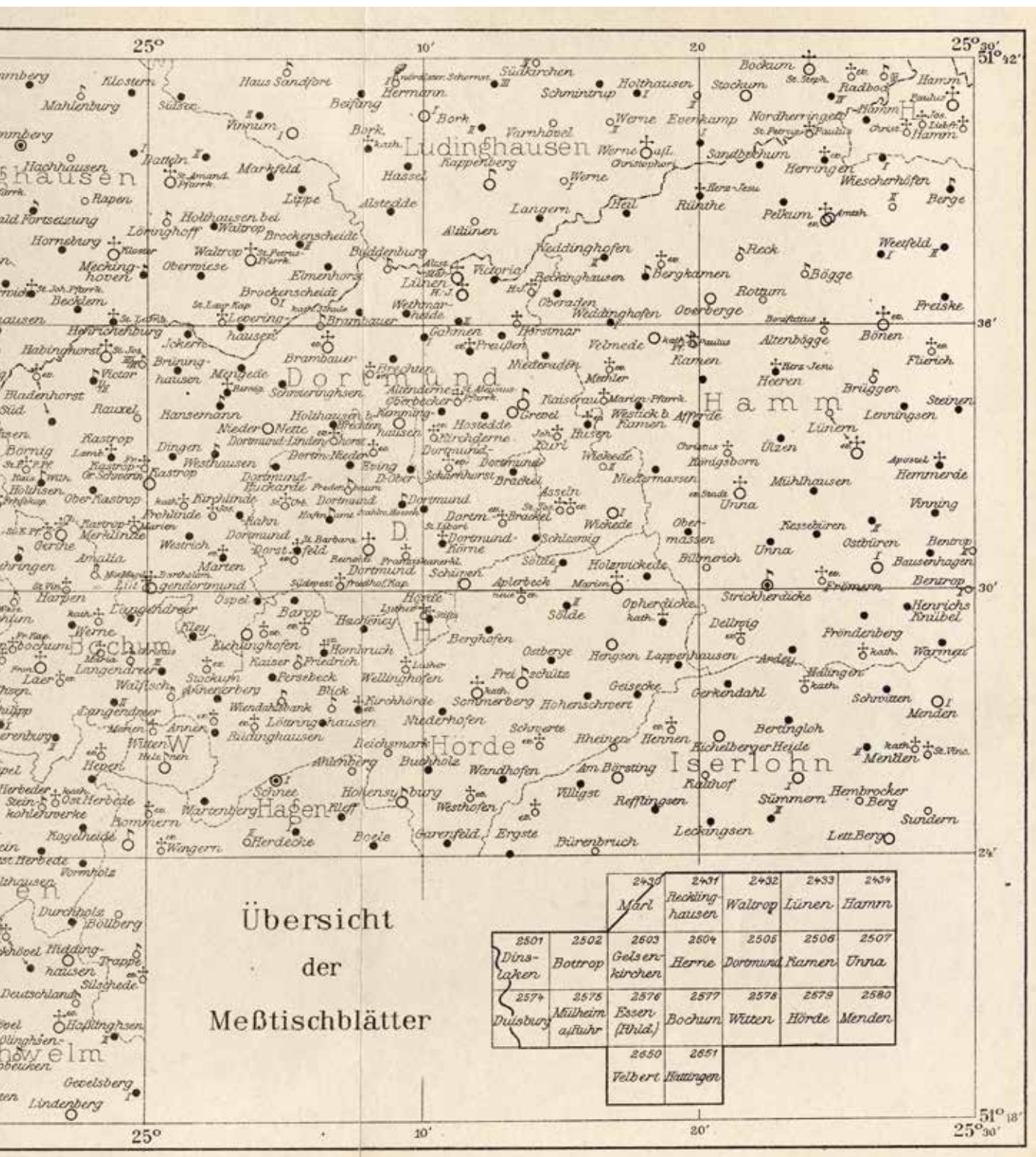
ihre Verschiebungen durch Enteignung und Kauf. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten vor allem Unternehmer und Bergwerksgesellschaften ihren Grundbesitz durch Käufe beträchtlich vergrößert, um sich die Grundlagen für künftiges unternehmerisches Handeln in Industrie wie der nötigen Infrastruktur zu schaffen. Den Grunderwerb durch die Gelsenkirchener Bergwerks AG, die nach dieser Karte über mehrere große Steinkohlen-

felder zwischen Gelsenkirchen und Dortmund herrschte, haben wir schon im Zusammenhang mit der Landesvermessung kennengelernt. Die Bodenpreise stiegen im Verlauf des Jahrhunderts signifikant, sie waren Gegenstand der statistischen Beobachtung und politischer Debatten über Wohnraumangel. Bodenspekulation gab es auf beiden Seiten, aber nur wenigen bauerlichen Verkäufern sicherte der Verkauf ein sorgenfreies Leben durch Rück-



Punktübersicht der Neutriangulation des Ruhrgebiets 1920.

Die erste offizielle Karte des Ruhrgebiets (!) legte das Vermessungswesen 1920 vor. Damit waren der Raum als Vermessungseinheit konstituiert, die Vermessungspunkte im Territorium und der Dokumentation markiert und in der Karte visualisiert.



Punktübersicht der Neutriangulation des Ruhrgebiets 1920, in: Trigonometrische Abteilung des Reichsamts für Landesaufnahme (Hg.): Die Preussische Landes-Triangulation. Koordinaten und Höhen sämtlicher von der Trigonometrischen Abtheilung des Reichsamts für Landesaufnahme bestimmten Punkte. Neutriangulation des Ruhrgebiets 1920. Nachtrag zum Zwanzigsten und Zweiundzwanzigsten Teil, Berlin 1923.

pacht oder als Rentier.¹¹⁰ Im Kontext der Raumpraktiken muss aber vielmehr hervorgehoben werden, dass auch nichtbürgerliche Grundbesitzer aktiv am Bodenmarkt teilnahmen. Ein Jahrhundert zuvor war das kaum mehr als eine Idee.

Die Überblickskarte war aber nicht allein ein Ausdruck demonstrativer Raumbeherrschung innerhalb der repräsentierten Region. Ihre interessante Anlage als Inselkarte ohne geografischen Rahmen schuf ein Raumbild vom Rhein bis nach Hamm und von der Ruhr bis zur Lippe als dem Raum des „Ruhrkohlenbeckens“. Es ist kaum verwunderlich, dass sie damit ein Schema aufgriff, das wir schon im Zusammenhang mit den geologischen Karten kennengelernt haben. Schemata sind aber gerade wegen ihrer Konzentration und ihrer Reduktion von Komplexität besonders einprägsam und in Kombination mit dem Titel lässt sich wohl davon sprechen, dass sich hier kartografisch Raumvorstellungen von prägender Kraft niederschlugen.

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg forderte das Oberbergamt in Dortmund eine Neutriangulation des Ruhrkohlenbeckens, weil die „bergbaulichen Einflüsse“ zu einem Verfall der Messpunkte geführt hatten. Der „plötzliche Kriegausbruch“ unterbrach die Arbeiten, die 1919 erneut aufgenommen und schließlich 1920 abgeschlossen werden konnten. Das „bergunsichere Gebiet“ hatte den Aufwand und die Kosten in die Höhe getrieben. 1922 publizierte das Oberbergamt die Koordinaten und Höhen der Messpunkte, die das Reichsamt für Landesvermessung ein Jahr später in einer Publikation um eine Karte der Messpunkte erweiterte. Der dargestellte Raum, nahezu deckungsgleich mit der Überblickskarte aus dem Jahr 1895, wird hier erstmalig in der amtlichen Vermessung als „Ruhrgebiet“ bezeichnet.¹¹¹

Grundlage auch dieser Neutriangulation waren die Messtischblätter der Landesvermessung, die seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den nationalen

Raum erfasst und kartografisch sichtbar gemacht hatte. Der Bedarf an topografischen, Kataster- und anderen Typen thematischer Karten war im 19. Jahrhundert in erheblichem Maße gestiegen, da mit dem Wandel der Herrschafts- und Besitzverhältnisse herkömmliche Praktiken wie die Dokumentation in Tabellen und auf Karteikarten nicht ausreichten. Hinzu kam der strukturelle Wandel insbesondere in der Region an der Ruhr, der neue Praktiken und Medien mit sich brachte. Dazu gehörten kartografische Raumrepräsentationen, die eine Vielzahl von Wissensbeständen versammelten und den in der Praxis nur eingeschränkten Überblick über ein Territorium und seine Gegebenheiten ermöglichten. Das galt in besonderem Maße für die Planung und Realisierung der neuen Infrastrukturen von Schienen, Kanälen und Talsperren, die am Karten- und Zeichentisch auf Grundlage der von der Geologie, der Statistik und dem Vermessungswesen gelieferten Wissensbestände erfolgte. Insofern handelt es sich um eng miteinander verwobene Prozesse, wie ein Blick auf die Baustellen des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks im 19. Jahrhundert zeigt.

4. Raumpraktik Infrastrukturen: Die Baustelle Rheinisch-Westfälischer Industriebezirk

„Es ließe sich schon eine hübsche Bibliothek von deutschen Büchlein über Dampfwagen, Eisenbahnen und Kanäle zusammentragen, allein Dampfwagen haben wir nicht, und Eisenbahnen haben wir nicht, und Kanäle haben wir auch nicht. Die Anschauung fehlt und mit ihr die Sicherheit des Urtheils, das sich unschwer leitet, da, wo es wenig gebildet ist.“¹¹²

„Wir sahen, wie sich vor unseren Augen ein großartiges Verkehrsbild, das dieser Industrie dient, ent-

¹¹⁰ Johannes Bracht/Ulrich Pfister (Hg.): Landpacht, Marktgesellschaft und agrarische Entwicklung. Fünf Adelsgüter zwischen Rhein und Weser, 16. bis 19. Jahrhundert, Stuttgart 2020; Friedrich Lenger: Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850, München 2013, S. 136; Heinz Reif: Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846–1929. Textband, Köln 1992, S. 108, S. 122, S. 461–463; ders.: Landwirtschaft im industriellen Ballungsraum, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, S. 337–393, hier S. 342–350.

¹¹¹ Trigonometrische Abteilung des Reichsamts für Landesaufnahme: Die Preussische Landes-Triangulation. Koordinaten und Höhen sämtlicher von der Trigonometrischen Abtheilung des Reichsamts für Landesaufnahme bestimmten Punkte. Neutriangulation des Ruhrgebiets 1920. Nachtrag zum Zwanzigsten und Zweiundzwanzigsten Teil, Berlin 1923, S. III.

¹¹² Gottfried Ludolf Camphausen: Zur Eisenbahn von Köln nach Antwerpen, Köln 1835, S. 6.

faltete, ein labyrinthartig verzweigtes Netz von Eisenbahnen und elektrischen Kleinbahnen. Manche Verkehrsanlagen, wie die eigenartige, geistreich erdachte Schwebebahn des Wupperthales, wie die hochgespannte Müngstener Eisenbahnbrücke bei Remscheid und andere Werke, wie die sinnreichen und nützlichen Thalsperren, die Kruppschen Fabriken u.a. erschienen uns wie Wunderbauten, so dass wir zuletzt fast glaubten, wir befänden uns in einem Wunderlande. Und ein Wunderland darf man in der That das Bergische Land und sein Nachbarland, das Ruhrgebiet, nennen. Aber die Wunderbauten, die es aufweist, sind von Menschenhand geschaffen.“¹¹³

Als der Unternehmer, Bankier und liberale Politiker Ludolf Camphausen im Winter 1834 den Vereinsmitgliedern in zwei Eisenbahnkommissionen seine ernüchternde Bilanz zum Stand des Eisenbahnbaus in einer kleinen Denkschrift mitteilte, hatte er trotz aller Pläne wohl keine Vorstellung von der Dichte des Eisenbahnnetzes zwischen Köln und dem Ruhrgebiet, das er am Ende seines Lebens zum Ausgang des Jahrhunderts erfahren durfte. Der Blick auf ein Messtischblatt der Region zeigte ein dichtes Schienennetz, das mit zahlreichen großen Straßen verknüpft war, und schnurgerade Kanäle, die verschiedene Flusssysteme miteinander verbanden.

Den kombinierten Verkehr, oder die Tri-Modalität, wie die Verknüpfung von Wasser, Schiene und Straße heute bezeichnet wird, hoben bereits die Beobachter im 19. Jahrhundert als Merkmal der regionalen Infrastruktur hervor. Allerdings sprachen die Menschen noch nicht von Infrastruktur, sie bemühten vielmehr das Bild der Netze, das auf der Anschauung von Ferne und der

Betrachtung von Karten beruht, denn im Terrain ist die Netzstruktur kaum zu erkennen.¹¹⁴

Der Begriff der Infrastruktur hat verschiedene Wurzeln; eine davon liegt in Frankreich, wo man im Straßen- und Eisenbahnbau seit dem 19. Jahrhundert den materiellen „Unterbau“ als „infrastructure“ bezeichnete. Ein anderes Verständnis entwickelte sich in Großbritannien. Dort fasste der Begriff militärische Gebäude zusammen und wanderte im 20. Jahrhundert in die Sprache der NATO. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts griff ihn die Nationalökonomie auf und entwickelte im Zusammenhang mit Überlegungen zu staatlicher Planung und staatlichem Handeln ein theoretisches Konzept der Infrastruktur.¹¹⁵ Von dort wanderte das Konzept in die Sozial- und Kulturwissenschaften und wird seit den späten 1970er Jahren in engeren und weiteren Definitionen zur Analyse gesellschaftlicher Basisfunktionen genutzt. Der Historiker Dirk van Laak, der sich intensiv mit Infrastrukturen vor allem im 20. Jahrhundert befasst hat, definiert sie als „alles Stabile, das notwendig ist, um Mobilität und einen Austausch von Menschen, Gütern und Ideen zu ermöglichen“.¹¹⁶ Es lässt sich feststellen, dass es für die hier betrachtete Region keinen Mangel an Untersuchungen zu den vielfältigen Infrastrukturen von den Eisenbahnen über die Wasserversorgung im 19. Jahrhundert bis zu den Universitäten im 20. Jahrhundert gibt.¹¹⁷

Die Historiker Stefan Berger und Helmut Maier sprechen von einer „physischen Überformung des vormals ländlichen Raumes zwischen Rhein, Lippe und Ruhr durch montan- und schwerindustrielle Produktionsanlagen, ihre Verkopplungen durch die Energie- und Verkehrsinfrastruktur und die rasante Urbanisierung“. Dieser spezifische Technikstil komme im „socio-technological landscape“ zum Ausdruck. Die Stadtplanerin

113 August Beuermann (Hg.): Landeskunde Preußens. Die Rheinprovinz bearbeitet von Heinrich Kerp, Berlin 1909, S. 96.

114 Sebastian Gießmann: Netze und Netzwerke. Archäologie einer Kulturtechnik 1740–1840, Bielefeld 2015.

115 Hermann Korte: Die Entfaltung der Infrastruktur, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 569–600, hier S. 572–575.

116 Dirk van Laak: Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur, Frankfurt a. M. 2018, S. 13; Reimut Jochimsen/Kurt Gustafsson: Infrastruktur, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, Bd. 2, Hannover 1970, Sp. 1318–1335.

117 Außer den genannten Titeln sei hier beispielhaft verwiesen auf Stefan Berger u.a. (Hg.): Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungs-orte des Ruhrgebiets, Essen 2019; Michael Farrenkopf u.a. (Hg.): Die Stadt der Städte. Das Ruhrgebiet und seine Umbrüche, Essen 2019; Bodo Hombach (Hg.): Die Ruhr und ihr Gebiet. Leben am und mit dem Fluss, 2 Bde., Münster 2020; Martina Gelhar/Kai-William Boldt: „Schlagadern des Reviers“: Eisenbahnen und Wasserstraßen, in: Achim Prosek/Joachim Schumacher (Hg.): Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild, Köln 2009, S. 72–75.

Christa Reicher, die sich intensiv mit Raumbildungs- und Raumplanungsprozessen im Ruhrgebiet auseinandergesetzt hat, spricht ebenfalls von einer Überformung und hat die verschiedenen Schichten der Region kartografisch visualisiert.¹¹⁸

Vom Ergebnis betrachtet, lässt sich sicherlich von einer „Überformung“ sprechen. Der Prozess, den die Zeitgenoss:innen vielfach als „Bodenumwälzungen“ bezeichneten, und seine materiellen Dimensionen geraten dabei allerdings aus dem Blick. Im wörtlichen Sinne bedeutete die Anlage von Infrastrukturen in kurzer Zeit und in dieser Dichte, dass Millionen Tonnen von Erde bewegt, der Boden umgegraben und nivelliert, Schienen verlegt, Flüsse begradigt bzw. in Betonrinnen gepresst und Kanäle ausgeschachtet wurden, um nur einige der erforderlichen Erdarbeiten zu benennen. In einem Satz: Die Region an der Ruhr war eine gigantische Baustelle.

Jürgen Osterhammel hat in seiner Globalgeschichte des 19. Jahrhunderts die Großbaustellen der Kanäle, Eisenbahnen und Häfen als ein Signum der Epoche und als Ausdruck von Globalisierungsprozessen bezeichnet. Charakteristisch waren die Neuartigkeit der Arbeitsplätze, ihre räumliche und zeitliche Ausdehnung, die Massen an Arbeitern, die für die Arbeit erforderlich waren, und schließlich die für den Bau benötigten Ressourcen, insbesondere Kohle, Stahl und Ziegel.¹¹⁹ Alle genannten Merkmale lassen sich für die hier betrachtete Region feststellen, obgleich sie bei Osterhammel keine gesonderte Erwähnung findet. An allen Orten und für alle Bodenarbeiten waren die Kenntnisse über das unter- wie oberirdische Terrain, sorgfältige Vermessungen und statistische Wissensbestände, wie wir sie in den letzten Kapiteln kennengelernt haben, unabdingbar.

Die Anfänge des regionalen Ausbaus der vorhandenen Infrastrukturen lassen sich im 18. Jahrhundert mit dem Ausbau bzw. der Schiffbarmachung der Ruhr ausmachen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts verfolgte Oberpräsident von Vincke beharrlich die Schiffbarmachung der Lippe, die 1826 zum Abschluss kam. Beide Flüsse rahmten die Region und ermöglichten den Gütertransport von Osten nach Westen zum Rhein, der die Verbindung

in den Süden sowie in die Niederlande und nach Übersee darstellt. Beeindruckt von der internationalen Anbindung und der Funktion des Verkehrsweges zeigten sich die Schriftsteller Ferdinand Freiligrath und Levin Schücking auf ihrer Reise durch Westfalen, über die sie ihren Leserinnen und Lesern anschaulich berichteten.

„Von Witten an wird die Ruhr schiffbar, und trägt auf Wimpelflatternden Fahrzeugen den Reichthum ihrer Gestade in vielen Millionen Centnern dem Rhein, dem Westen und Süden Deutschlands und den Niederlanden zu; diese Barken, die Kohlendepots, die Eishämmer und andere Anlagen einer grossartigen Industrie machen von nun an bis zur Mündung bei Ruhrort den Fluss zur Pulsader eines bewegten lauten Lebens.“¹²⁰

Die beiden Reisenden hoben die Besonderheiten und das Interessante in ihrem Bericht hervor, während das Alltägliche nur gelegentliche Erwähnung fand. Das waren vor allem die Packpferde und Pferdekarren, die noch im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts nahezu die Hälfte der geförderten Kohle auf den Straßen transportierten. In Ost-West-Richtung geschah das vornehmlich auf dem Hellweg, ein alter Handelsweg, der von den Preußen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert zu einer Chaussee ausgebaut worden war. Diese Bautätigkeit – vor allem an den größeren Straßen – hatten sie in den 1820er Jahren fortgesetzt und so die Meilenzahl des Straßennetzes vervielfacht. Der Ausbau hinkte jedoch den Anforderungen eines steigenden Waren- und Personenverkehrs hinterher, zumal das Netz beträchtliche und den Handel einschränkende Lücken aufwies. Dichter war es nur südlich des Hellwegs mit einer Ausrichtung in die bergischen Industriezentren; Verbindungen von der Ruhr in den Norden beschränkten sich auf einige alte Handelswege nach Münster, während weitere Ost-West-Verbindungen fehlten. Unternehmer und Kaufleute kritisierten dies und ergriffen an mehreren Orten in der Region die Initiative zum Bau von Privatstraßen, den sogenannten Actienstraßen, weil sie durch Aktiengesellschaften mit

118 Helmut Maier/Stefan Berger: Disziplin, Innovation, Kultur und Region, in: Jens Adamski u.a. (Hg.): Forschung, Kultur und Bildung. Wissenschaft im Ruhrgebiet zwischen Hochindustrialisierung und Wissensgesellschaft, Essen 2020, S. 13–49, hier S. 29 f.; Christa Reicher: Schichten einer Region. Kartenstücke zur räumlichen Struktur des Ruhrgebiets, Berlin 2011.

119 Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009, S. 980–987.

120 Ferdinand Freiligrath/Levin Schücking: Das malerische und romantische Westphalen, Barmen 1841, S. 222.



Mülheim an der Ruhr.

Der Stich von Adolphe Maugendre aus dem Jahr 1855 gibt einen Einblick in die Straßen und Schienenwege bei Mülheim an der Ruhr. Im Hintergrund handelt es sich um eine Weißblechfabrik mit dem Direktionsgebäude.

FOR_CC_2663_1855_0034, Ville de Paris / Bibliothèque Forney.

privatem Kapital finanziert wurden. Eine dieser Straßen initiierte der Mülheimer Kaufmann und Unternehmer Mathias Stinnes, der eine Ost-West-Verbindung zwischen Mülheim und Essen-Schönebeck bauen ließ, um die geförderte Kohle direkt zur Ruhr zu transportieren und von dort zu verschiffen, denn die Kohlenförderung und -beförderung waren sein Geschäftsmodell, mit dem er den Grundstock für sein international tätiges Unternehmen und sein Vermögen legte. Gewinne erzielten die Anleger aus den Mautgebühren, die bei der Benutzung der Actienstraße anfielen, Ausnahmen galten nur für den preußischen König, die Armee und die Kirche.

Am Ende des 19. Jahrhunderts verkaufte die Gesellschaft die Straße an die Stadt, nachdem sie als Transportweg an Bedeutung verloren hatte.¹²¹

Den insgesamt wenig befriedigenden Zustand und unzureichenden Ausbau des Straßennetzes – zumal bei steigendem Güter- und Personenverkehr – konnten diese lokalen Lösungen jedoch nicht wirklich verbessern. Die Mängel waren Anlass für Camphausens Schrift und sein vehementes Votum für Karren, die von Pferden auf Schienen gezogen wurden. Dampfbetriebene Wagen steckten noch in der Testphase, doch abgeneigt stand er auch diesen nicht gegenüber. Sein zentrales Ar-

121 Horst M. Bronny/Wilhelm Dege: Raumpotential und Raumstruktur an der Schwelle zur Industrialisierung, in: Köllmann u.a. (Hg.), Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 81–110, hier S. 100–102.

gument – und er bemühte zahlreiche – waren die größeren Kapazitäten der auf Schienen gezogenen Karren: „Ein Pferd zieht auf wenig steigenden Eisenbahnen 140 bis 160 Centner nutzbare Ladung in einem Tage vier Meilen weit, und dasselbe Pferd befördert auf guten Chausseen täglich 20 Centner nicht weiter.“¹²²

Sein Wissen beruhte auf Erfahrungen mit frühen Eisenbahnen, den Zechenbahnen, die meist mit kurzer Streckenführung Kohle ab- oder zu bestimmten Gewerben hin transportierten. Camphausen schwebten aber lange Streckenführungen von Köln nach Antwerpen und nach Minden mit weiterem Anschluss in den Osten Preußens vor. Und alle seine Argumente zielten darauf hin, den König und die Regierung davon zu überzeugen, dass die Finanzierung einer Eisenbahnlinie Staatsaufgabe sei.

Pläne und Sondierungen für verschiedene Trassenführungen, um die östlichen und westlichen Landesteile miteinander zu verbinden, standen seit 1828 auf der Tagesordnung der Provinziallandtage. Eine Rhein-Weser-Verbindung von Köln nach Minden bei unterschiedlicher Streckenführung hatte prominente Befürworter. Die Regierung zeigte sich aber zurückhaltend. Vor allem der König „zeigte sich den Eisenbahnen anfangs abgünstig; er war zu alt um sich noch für eine Erfindung zu erwärmen, welche die Freude seiner letzten Jahre, den Chausseebau, zu stören suchte. Auch der durchaus demokratische Charakter dieses neuen Verkehrsmittels kam ihm ungelegen“,¹²³ bemerkte der Historiker Heinrich von Treitschke. Nach langen Diskussionen der Minister unterstützte die Regierung zwar Untersuchungen des Terrains, ließ Gutachten erstellen, setzte Kommissionen ein und sagte den Kauf von Aktien zu, blieb aber gegenüber einer staatlichen Finanzierung ablehnend, weil nicht eine Region auf Kosten des Gemeinwohls bevorzugt werden sollte und wegen ihrer notorisch knappen Finanzlage. Kategorisch erklärte Christian von Rother, verantwortlich für die Verwaltung der Staatsschulden,

dass „die Staatsregierung jetzt noch keine Veranlassung hat, Eisenbahnen, welche als Handelsstraßen dienen sollen, auf eigene Kosten anzulegen, durch Betheiligung mit verhältnismäßig ansehnlichen Summen zu unterstützen oder ihnen andere namhafte Opfer zu bringen und Vorrechte einzuräumen.“¹²⁴

Als Konsequenz auf die ablehnende Haltung des Staates gründeten sich private Aktiengesellschaften, die staatlicher Konzessionen bedurften, die wiederum mit einer gewissen Beliebigkeit erteilt wurden. Erst das Eisenbahngesetz von 1838, das Treitschke in seiner deutschen Geschichte als eines der „letzten denkwürdigen Werke des alten Beamtenstaats“ bezeichnete¹²⁵, schuf einen einheitlichen Rahmen und verankerte die Rechtsform der Aktiengesellschaft, die im Allgemeinen Landrecht nicht existierte. Geregelt wurden etwa der Grundstückserwerb, Vorkaufsrechte und Enteignungsfragen wie die Haftung der verantwortlichen Eisenbahngesellschaften, denen eine 30-jährige Streckenexklusivität eingeräumt wurde.¹²⁶

Die Diskussionen des Entwurfs im Staatsrat und den Kommissionen spiegeln die gesamte Bandbreite von Eisenbahneuphorie bis hin zu Ängsten und Befürchtungen. Eine Zäsur bedeutete die Eisenbahn, weil die Menschen erstmalig „unabhängig von natürlichen, menschlichen und tierischen Antriebskräften“ in der Lage waren, die „Schranken der Zeit und des Raumes“ zu durchbrechen, wie es bei nahezu jeder Streckeneröffnung hieß.¹²⁷ Die Innovation war mit Risiken und Unsicherheiten verbunden, etwa im Hinblick auf die Rentabilität bei kaum mehr als zu prognostizierenden Frequenzen und Kapazitäten, die mit Hilfe von statistischen Vergleichen erstellt wurden. Deswegen war es ein langer und keineswegs gradliniger Weg mit mehreren gescheiterten Anläufen, bis die ersten Trassen gebaut waren.

Das Risiko trugen die privaten Aktiengesellschaften, die wie zuvor in England zum Finanzierungsmodell für

¹²² Gottfried Ludolf Camphausen: Zur Eisenbahn von Köln nach Antwerpen, Köln 1835, S. 8.

¹²³ Heinrich von Treitschke: Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert. 4. Theil. Bis zum Tode König Friedrich Wilhelms III., Leipzig 1889, S. 591.

¹²⁴ Zitiert nach ebd., S. 590.

¹²⁵ Ebd., S. 593.

¹²⁶ Werner Schubert: Das preußische Eisenbahngesetz von 1838, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung 116 (1999), S. 152–203.

¹²⁷ Martina Heßler: Kulturgeschichte der Technik, Frankfurt a. M. 2012, S. 95; Westfälischer Merkur vom 19.5.1847, S. 8.

den Kanal- und Eisenbahnbau avancierten. Spekulationen im Zuge des Planungsbooms blieben nicht aus und in einigen Fällen brachten sie das Projekt zum Scheitern. Das betraf etwa die Rhein-Weser-Gesellschaft, die sich bei den Kosten verkalkuliert hatte, die Bauvorgaben nicht einhielt und schließlich das Vertrauen der Aktionäre verspielte. 1839 löste sich die Gesellschaft auf. Der Konkurrent, die Rheinische Eisenbahngesellschaft, ergriff die Chance und bewarb sich ein Jahr später um die Konzession. Die Chancen für einen Erfolg des Projektes waren gewachsen, weil man in Hannover eine Verbindung über Braunschweig nach Minden bauen wollte, und dies für Preußen die Möglichkeit einer Bahnlinie von Berlin bis Köln und darüber hinaus eröffnete. Der König bewilligte Mittel für die Vorarbeiten und sagte weitere Unterstützung zu. Allerdings liefen die Aktienzeichnungen nicht wie gewünscht, hinzu kam die schwierige Suche nach einer optimalen Linienführung, die insgesamt 35 Techniker im Gelände untersuchten. Zu berücksichtigen war einerseits das Terrain, denn zu viele Steigungen erhöhten die Kosten und technischen Herausforderungen, andererseits waren städtische Interessen und ihre wirtschaftliche Bedeutung in Betracht zu ziehen. Das wirtschaftlich prosperierende Mülheim sollte trotz erhöhter Kosten durch eine Dammaufschüttung infolge von Hochwasser der Ruhr bei Alstaden ebenso angeschlossen werden wie Essen wegen des Kohle- und Dortmund wegen des Kornhandels. Nordöstlich von Dortmund ergaben sich zwei konkurrierende Strecken, zum einen über Unna nach Hamm und von dort nach Lippstadt. Alternativ stand eine Strecke über Unna, Werl und Soest nach Lippstadt zur Diskussion. Nach zähen Verhandlungen mit einem unbeweglichen Finanzminister, einem Abbruch der Vorarbeiten, mehreren Denkschriften und Nachmessungen im Gelände scheiterte auch der zweite Versuch 1843 an den Finanzfragen. Erst der dritte Anlauf der 1844 neu gegründeten „Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft“ führte zum Erfolg, allerdings mit einer nördlichen Streckenführung zwischen Emscher und Ruhr ohne Stationen in Mülheim, Essen und Bochum und einer geringen finanziellen Be-

teiligung des Staates.¹²⁸ Neben neuen Konfliktlinien über die Anlage von Bahnhöfen war weiterhin die Frage Hamm oder Soest offen geblieben.

Die Statistik wurde zu einem zentralen Argument in dieser Frage. Die Prognosen auf der Grundlage statistischer Erhebungen vergleichbarer Projekte in anderen deutschen und europäischen Staaten kamen hinsichtlich der Frequenz und Auslastung zu ähnlichen Ergebnissen. Die Soester Strecke war etwas kürzer, während die Strecke über Hamm weniger aufwändig und damit günstiger zu bauen und zu unterhalten war. Soest und Hamm konkurrierten in öffentlichen Stellungnahmen um den Zuschlag, den am Ende Hamm aus finanziellen Erwägungen und nach einer weiteren Modifikation des Streckenverlaufs erhielt.

Der Bau erfolgte recht zügig in mehreren Etappen, die gesamte Strecke von Duisburg bis nach Hamm konnte am 15. Mai 1847 offiziell eröffnet werden. Die Stadt Hamm feierte „das Glück [...], in ein wahrhaft großartiges, ganz Deutschland nach allen Richtungen durchkreuzendes Eisenbahnnetz hineingezogen zu werden“. Den global verbindenden Charakter und die raumbildende Funktion der Eisenbahnlinie unterstrich der Präsident der Eisenbahngesellschaft, Heinrich von Wittgenstein, in seiner Eröffnungsrede:

„Der Schienenweg von Köln nach Minden gehört unstrittig zu den großartigsten industriellen Unternehmungen der Gegenwart. Er wird [...] nicht nur für die Stadt Hamm von den wichtigsten Folgen seyn, sondern auch, indem er die entferntesten Nationen mit einander verbindet, für den Handel und gewerblichen Verkehr von ganz Deutschland eine neue Aera begründen. Die Entfernung zwischen zwei wichtigen Provinzen des Staates, zwischen Rheinland und Westfalen, hat jetzt aufgehört; zwischen den Bewohnern beider Provinzen findet in Beziehung auf ihre commerciellen und industriellen Verhältnisse kein Unterschied mehr statt; die Interessen beider Provinzen werden sich jetzt ganz verschmelzen, und es wird unter den Segnungen eines allgemeinen Welt-

128 Karl Kumpmann: Die Entstehung der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft: 1830–1844. Ein erster Beitrag zur Geschichte der Rheinischen Eisenbahn, Essen-Ruhr 1910; Wilhelm Lewe: Die Eisenbahnen des Ruhrkohlenbezirks in geographischer Betrachtung, Münster 1926; Walter Steitz: Die Entstehung der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der deutschen Eisenbahnen und des preussischen Aktienwesens, Köln 1974; Rolf Ostendorf: Eisenbahnknotenpunkt Ruhrgebiet. Die Entwicklungsgeschichte der Revierbahnen seit 1838, Stuttgart 1979.

friedens durch den unerhört schnellen Transport der Personen und Produkte der Handel einen nie gekannten Aufschwung nehmen.“¹²⁹

Der feierlichen Eröffnung waren zahlreiche Tätigkeiten in Form von Erdbewegungen, Produktion, Beschaffungen und Transporte von Baumaterialien in zuvor ungekannten Ausmaßen vorausgegangen. Mit Zeitungsanzeigen hatte die Gesellschaft die einzelnen Bauabschnitte für die verschiedenen Gewerke ausgeschrieben. Obgleich die Statistik im 19. Jahrhundert kaum eine Möglichkeit des Zählens und Erfassens ausließ, fehlt ein Überblick über die verarbeiteten Mengen an Holz, Stahl, Ziegeln und anderen Werkstoffen. Geht man von der Kostenkalkulation aus, so waren mehr als 13 Millionen Taler veranschlagt worden, eine gigantische Summe in einer Zeit, in der das Jahreseinkommen eines Bauhandwerkers bei etwa 120 Talern lag. Die Walzwerke und Maschinenfabriken der Region wie Jacobi, Haniel & Huysen in Sterkrade, die aus Kostengründen und im Interesse einer lokalen Wirtschaftsförderung bevorzugt die Aufträge erhielten, kamen mit der Produktion von Schienen kaum nach, und so mussten zusätzlich Werke in Belgien und England angefragt werden, was den Transport erschwerte und die Kosten erhöhte. Aufträge im Umfang von mehr als 20.000 Tonnen Eisen wurden an die Unternehmen vergeben. Groß war mit rund acht Millionen Quadratmetern (3.115 Morgen) auch der Flächenbedarf für den Eisenbahnbau, für dessen Erwerb eine Entschädigungssumme von über einer Million Taler vorgesehen war. Hinzu kamen knapp drei Millionen Quadratmeter (1.162 Morgen) „zur Gewinnung und Ablagerung von Erde“. Allein für die Erd-

arbeiten waren fast drei Millionen Taler eingeplant. Insgesamt waren gut 1.877.000 Schachtrüthen zu bewegen, das entsprach 8,5 Millionen Kubikmetern Erde! Gebraucht wurden außerdem mehrere Millionen lokal gefertigter Ziegelsteine für die Brücken, Tunnel und Bahnhöfe, Holz für die 37.000 Schwellen und weitere Arbeitsmaterialien wie Nägel, um die Eisenschienen auf die Schwellen zu nageln, und vieles andere mehr.¹³⁰ Der rasch fortschreitende Streckenausbau beruhte auf harter körperlicher Arbeit, die an manchen Bauabschnitten von bis zu 2.000 Arbeitern geleistet wurde, die fast ausschließlich durch Pferdekraft unterstützt wurden. Nicht die Eisenbahngesellschaft, sondern Subunternehmer heuerten die Arbeitskräfte an und waren für fristgerechte Leistungen verantwortlich. Trotzdem zahlten sie nicht selten Hungerlöhne; „so erhielt ein Schubkärner für sein langes saures Tagewerk noch nicht volle 8 Sgr. (und musste 6 Sgr. Kostgeld zahlen) und der Fuhrmann für Mann, Pferd und Geschirr, bei so hohen Haferpreisen, nur 1 Thlr. 10 Sgr.“.¹³¹ Die Bauarbeiter reagierten mit Verzögerungen im Arbeitstempo oder verließen die Baustelle in der Hoffnung, an anderer Stelle besser entlohnt zu werden. Andere Arbeitgeber zahlten den Kärnern pro Tag 25 Silbergroschen, aber auch damit konnte der Arbeiter kaum die 200–300 Taler Jahresverdienst erreichen, die die Zeitgenoss:innen für den Unterhalt einer Familie für nötig erachteten, zumal in den 1840er Jahren die Getreidepreise geradezu krisenhaft anstiegen.¹³² Wiederholt kam es auf den Baustellen zu gewaltsamen Konflikten. Interessenvertretungen wie Gewerkschaften gab es noch nicht, da die Bauarbeiter bis zum frühen 20. Jahrhundert kaum an gewerkschaftlicher Organisation interessiert waren. Das hing nicht zuletzt mit der

¹²⁹ Westfälischer Merkur vom 19.5.1847, S. 8.

¹³⁰ Friedrich Wilhelm von Reden: Die Eisenbahnen Deutschlands. Statistisch geschichtliche Darstellung ihrer Entstehung, ihres Verhältnisses zu der Staatsgewalt sowie ihrer Verwaltung- und Betriebseinrichtungen, Bd. 2.2: Die preußischen Eisenbahnen, Berlin 1844, S. 804–812.

¹³¹ Düsseldorfer Zeitung vom 28.10.1845, S. 2.

¹³² Düsseldorfer Zeitung vom 1.6.1845, S. 150; Udo Rosowski: Die Bergrechtsreformen in Preußen und Österreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Vergleichende Untersuchung ihrer Auswirkungen auf die Lage der Bergleute unter besonderer Berücksichtigung des Westfälischen Kohlebezirks und der Steiermark, Brüggen 2023; Lothar Schneider: Der Arbeiterhaushalt im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1967; zu den Löhnen allgemein und zu den Schwierigkeiten einer Kaufkrafteinschätzung siehe Toni Pierenkemper: Beschäftigung und Arbeitsmarkt. Entstehung und Entwicklung der modernen Erwerbsgesellschaft in Deutschland (1800–2000), Stuttgart 2017, S. 61–66; Friedrich-Wilhelm Henning: Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert, Paderborn 1996, S. 282–290; Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart, Teil 1: 1789 bis 1870, 6. Aufl., Berlin (Ost) 1954, S. 77–92.



Ausschnitt aus Übersichts-Karte der vereinigten Preußischen und Hessischen Staatseisenbahnen bearbeitet im kartographischen Bureau des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, 13. Auflage, Berlin 1910.

Die Karte visualisiert das engmaschige öffentliche Schienennetz mit einer markanten Verdichtung in der Ruhrregion.

American Geographical Society Library, University of Wisconsin-Milwaukee Libraries.

hohen Fluktuation im Baugewerbe zusammen, das saisonalen Rhythmen folgte und sich durch einen hohen Anteil an Wanderarbeitern aus Litauen, Belgien und Holland auszeichnete.¹³³

Die sichtbaren Folgen der schweren schweißtreibenden Arbeit wie die „wunden Füße der Kärner“, gesundheitliche Spätfolgen und Invalidität durch die nicht seltenen Unfälle blieben familiärer Fürsorge überlassen, denn auch der Auf- und Ausbau des Sozialstaates mit einer Versorgung bei Unfällen und Krankheit erfolgte erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.

Mit der Eröffnung der Eisenbahnlinie war die Bautätigkeit aber keineswegs abgeschlossen. Unternehmen

und Industrien siedelten sich entlang der Bahnlinie an, geschäftstüchtige Grund- und Eigentumsbesitzer boten ihre Grundstücke unter Verweis auf die gute Eisenbahnanbindung an, andere verlegten ihr Gasthaus an die Eisenbahnlinie oder in Bahnhofsnähe. Diese Neuausrichtung auf die Eisenbahnlinien, die Bewegungen auf dem Boden- und Eigentumsmarkt sowie der Aufbau von Versorgungs- und Infrastrukturen im Gefolge der Eisenbahn waren raumgeleitete und strukturierende Handlungsformen; die Baustellen als „Orte der Mobilität“ bedürfen weiterer Untersuchungen im Rahmen einer Regional- und Globalgeschichte.¹³⁴

¹³³ Willy Buschak: Gewerkschaftliche Organisation, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 729–806, hier S. 744–748.

¹³⁴ Benno Werlen: Globalisierung, Region und Regionalisierung. Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 2017.

Während die einen in dieser Veränderung unternehmerische und finanzielle Chancen sahen, befürchteten insbesondere die kleineren Landwirte sinkende Bodenpreise und eine steigende Konkurrenz auf dem regionalen Getreidemarkt. Ein weiterer Ausbau der Eisenbahn war jedoch nicht aufzuhalten. Es folgten neue Strecken, Anschlussbahnen, der Ausbau von Doppelgleisen, die Umstellung auf Stahlschienen und Schwellen sowie Normierungen zur Sicherung eines reibungslosen Verkehrs, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ein dichtes Eisenbahnnetz in die Landschaft eingearbeitet hatten und die Mobilität von Menschen und Gütern im Raum ermöglichten. „Schier endlose Bahnzüge rollen von früh bis spät auf dem engmaschigen Schienennetz des industriellen Westens dahin und tun klärlich dar, welch ungeheure Gütermengen in diesem Bezirk erzeugt und umgesetzt werden“, hieß es im schon benannten Reiseführer über Bochum zu Beginn des 20. Jahrhunderts.¹³⁵

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts hatte sich bereits ein Eigentümerwechsel bei den Eisenbahnen vollzogen, nachdem in den späten 1840er Jahren ein Umdenken eingesetzt hatte und erste Bahnlinien, wie die Verbindung von Elberfeld nach Dortmund (Bergisch-Märkische Eisenbahn), durch Verträge staatlicher Verwaltung und Betriebsführung unterstellt wurden. Allerdings waren zur Zeit der Reichsgründung von den insgesamt 11.000 Bahnkilometern in Preußen immer noch mehr als 50 Prozent Privatbahnen, während der Anteil der Staatsbahnen bei 30 Prozent lag und die restlichen knapp 20 Prozent unter staatlicher Verwaltung standen. Der Einsatz der Eisenbahn im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 und die Pläne einer Reichsbahn führten zu einem Gesinnungswandel bei Reichskanzler Otto von Bismarck, der das Projekt der Staatsbahn durch das „Ministerium der öffentlichen Arbeiten“ vorantrieb. Dort hatte sich ebenso die Grundhaltung gegenüber Eisenbahnen verändert, die nicht mehr wie noch in den 1840er Jahren als Privatinteresse betrachtet wurden, sondern vielmehr als „Verkehrsanstalten, die dem öffentlichen Interesse zu dienen haben“, wie es der Kom-

missionsbericht über den Gesetzentwurf zum Erwerb der Privatbahnen 1879 festhielt.¹³⁶ Damit schrieb er ihnen eines der zentralen Merkmale von Infrastrukturen zu.

Ökonomische Schwierigkeiten und die wirtschaftliche Lage beförderten den Prozess der Verstaatlichung, denn der Krieg und die Gründerkrise nach 1873 hatten die Kosten für Investitionen in die Höhe getrieben, so dass 1879 mit der Köln-Mindener Bahn eines der Prestigeprojekte für 503 Millionen Mark in staatliche Hände wechselte. Ein Jahr später folgte die Rheinische und 1882 die Bergisch-Märkische Eisenbahn, die ohnehin schon unter staatlicher Verwaltung stand.¹³⁷

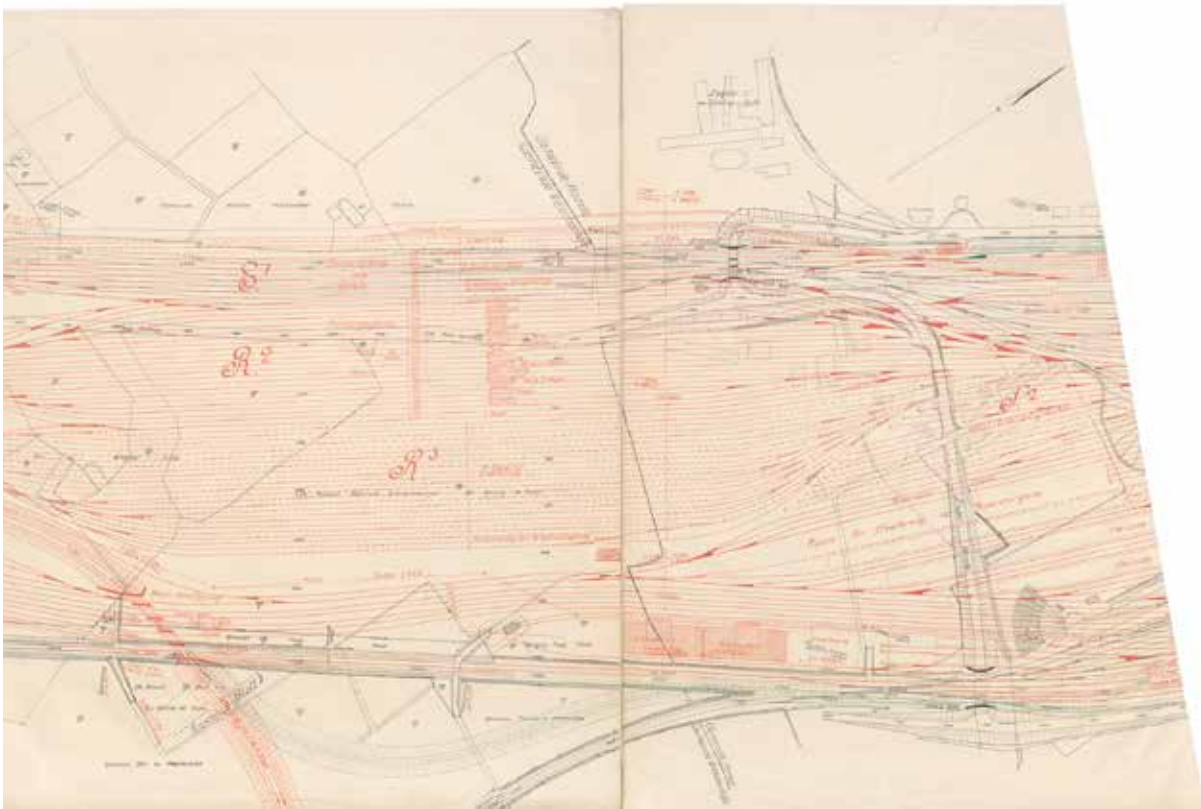
War Hamm als Bahnhof in den 1840er Jahren noch heftig diskutiert worden, so war er seit den 1860er Jahren zu einem Knotenpunkt verschiedener Bahnlinien gestaltet worden, der bis heute nichts von seiner Funktionalität eingebüßt hat. Dazu trugen die Investitionen und der Ausbau nach der Verstaatlichung maßgeblich bei, mit der Folge allerdings, dass in Hamm die Erweiterungen und Umbauten des Bahnhofs und Terrains nicht abrisen. Eine grundlegende Sanierung der Strecken und einen großen Ausbau des Bahnhofs plante die preussische Regierung seit den 1880er Jahren. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden dann umfangreiche Planungen zum Gleis Ausbau vorgelegt, die der Minister für öffentliche Arbeiten 1911 abzeichnete.

Eindrücklich visualisiert der Plan die räumliche Dimension des Ausbaus. Zwischen Hamm und der Gemeinde Wiescherhöfen, deren Grenze sich mittig durch das Blatt zieht, entstand seit den 1890er Jahren der größte Verschiebebahnhof Europas. Das Grundeigentum und die Besitzer der zu erwerbenden Flurstücke – insgesamt wurden es 75 Hektar – sind namentlich angeführt. Im Zuge des Umbaus wurde das alte Bahnhofsgebäude abgerissen und durch ein größeres, moderneres ersetzt, das heute unter Denkmalschutz steht. Der Erste Weltkrieg unterbrach die aufwändigen Arbeiten am Gleisbett, sodass die gesamte Anlage erst 1929 in Betrieb genommen werden konnte.

¹³⁵ Verkehrsverein e. V. Bochum, Führer, S. 27.

¹³⁶ General-Bericht der XII. Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend den Erwerb mehrerer Privateisenbahnen für den Staat – No. 5 der Drucksachen, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preussischen Hauses der Abgeordneten 1878/79, [3] = Anl. 3. Session der 13. Legislatur-Periode, 1878–1879, S. 1–1040 (1879), hier S. 922.

¹³⁷ Hans Nordmann: Die ältere preussische Eisenbahngeschichte, Berlin 1950; Karl-Peter Ellerbrock/Marina Schuster (Hg.): 150 Jahre Köln-Mindener Eisenbahn. Katalog zur gleichnamigen Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe, Essen 1997.



Entwurf für den Umbau des Bahnhofs Hamm, Eisenbahndirektionsbezirk Essen-Ruhr 1910, Blatt 3.

Auf den Anfang des 19. Jahrhunderts und die Säkularisation verweist der mittige Eintrag „Löb, Richard Major a. D. Rittergutsbesitzer Gut Kentrop bei Hamm“. Im Jahr 1885 hatte Richard Loeb mit Haus Kentrop ein 1808 aufgehobenes Frauenkonvent der Zisterzienser von seinem Vorbesitzer erworben. Zu dem Kloster hatten einige Höfe und Grundbesitz gehört, der mit einigen Flurstücken 1911 für eine Erweiterung von 20 Gleisen „für Verkehrssteigerung“ vorgesehen war.

ULB Münster.

Platz- und Raumfragen standen in Hamm nicht zur Debatte, wohl aber an anderen Orten der Region. Sie hatten den Eisenbahnbau von Anfang an begleitet und nach dem Ersten Weltkrieg erneut Fahrt aufgenommen. „Wenn auch auf den freien Strecken die Leistungsfähigkeit der Schienenwege bei Hinzufügung weiterer Gleise nahezu unbeschränkt ist, so wird es doch immer schwieriger, die Bahnhöfe so weit auszugestalten, dass eine geordnete Zugbildung für den immer mehr anschwellenden Verkehr gewährleistet ist“, hieß es in der Denkschrift zur Vollendung der Hafenerweiterungen in

Duisburg-Ruhrort im Jahr 1908.¹³⁸ In der internationalen Debatte über die Konkurrenz von Schiene und Wasser, die mit harten statistischen Argumenten geführt wurde, kam der Raumfrage jedoch eine nachgeordnete Rolle zu. Die Diskussion konzentrierte sich vielmehr auf die Frachtkosten, die nicht zuletzt mit dem Energieaufwand zusammenhingen. Der war im Wasser wesentlich geringer, denn mit einem PS konnten hier 60 bis 100 Tonnen bewegt werden, während es auf ebener Bahnstrecke gerade einmal 15 Tonnen waren.¹³⁹ Der Nachteil der Wasserstraßen gegenüber dem Schienenverkehr war

138 Ernst Ottmann: Die Duisburg-Ruhrorter Häfen. Denkschrift zur Vollendung der in den Jahren 1903 bis 1908 ausgeführten Hafen-Erweiterungen, Duisburg 1908, S. 17 f.

139 Wolfram Fischer: Wirtschaft und Gesellschaft Europas 1850–1914, in: Wolfram Fischer (Hg.): Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1985, S. 1–208, hier S. 162–164; Thomas Lenschau: Deutsche Wasserstraßen und Eisenbahnen in ihrer Bedeutung für den Verkehr, Frankfurt a. M. 1907; Harold Glenn Moulton: Waterways versus railways. Revised Edition, Boston/New York 1926 (erste Auflage von 1912).

die Abhängigkeit von Natur- und Umwelteinflüssen wie Eis im Winter, Hochwasser oder das Trockenfallen im Sommer. „Gefährlich“ war deshalb die Lage von Ruhrort, wie Alois Wilhelm Schreiber 1816 in seinem Reiseführer bemerkte, denn „ohne seine starken Bedeckungen würde es schon längst durch Eisgänge und Überschwemmungen zerstört worden seyn“.¹⁴⁰ Die Argumente und Gewichte verschoben sich im Zuge technischer Innovationen, und so wandten sich selbst ehemalige Eisenbahnbefürworter wie Friedrich Harkort dem Schiffsbau und den Wasserstraßen zu, nachdem die Regulierungen und die Dampfschiffahrt seit den 1840er Jahren die Flussschiffahrt erleichterten und beschleunigten. Im Jahr 1869 gründete er sogar den „Centralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt“, der sich mit Denkschriften, Stellungnahmen und einer Zeitschrift für den Ausbau von Wasserstraßen und der Schiffahrt engagierte.

Deshalb war auch der Eisenbahnbau im Westen der Region immer mit Überlegungen zur Nutzung und Verknüpfung mit den bestehenden Wasserwegen verbunden. So sah es auch der Ruhrorter Unternehmer Franz Haniel, der schon beim Bau der Köln-Mindener Strecke eine Anschlussbahn von den Zechen zum Ruhrorter Hafen forderte. Die Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft gab ihre anfänglich ablehnende Haltung auf, und bereits ein Jahr nach der Eröffnung der Strecke bis Minden konnte die Stichstrecke zwischen Oberhausen und Ruhrort eingeweiht werden, die Menschen und Güter in zwanzig Minuten zwischen den Orten beförderte. 1850 wurde die Strecke durchgängig bis zu den Kohlemagazinen im Hafen fertiggestellt. Mehr als 100 dieser Anschlussstrecken folgten bis in die 1870er Jahre, meist private Zechen- und Werksbahnen, wie sie auch auf dem Messtischblatt von Gelsenkirchen zu sehen sind. Hinzu kamen zahlreiche Hafenbahnen, die unmittelbar nach Duisburg und Ruhrort wie auch zu den Häfen etwa in Dortmund führten, die seit Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge des Kanalbaus angelegt wurden. Die Ruhrorter Hafenbahn wie auch die wenig später in Dampfbetrieb genommene Duisburger Hafenbahn erwiesen sich für die Bahngesellschaften als äußerst lukrative Strecken, denn der Hafenausbau zwischen Ruhr und Rhein sicher-

te ihnen langfristig eine hohe Auslastung. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts verlagerte sich wegen der saisonalen Unabhängigkeit und größerer Transportkapazitäten nahezu der gesamte Kohlentransport von der Ruhr auf die Schiene.

In Ruhrort, an der Mündung von Ruhr und Rhein, gab es seit dem frühen 18. Jahrhundert einen Hafen zum Stapeln und Umschlagen der Kohle. Mit dem Ausbau der Ruhr Ende des 18. Jahrhunderts stiegen der Verkehr und der Bedarf nach einer größeren Hafenanlage, die aber erst nach 1815 unter preußischer Herrschaft realisiert wurde. Nach fünf Jahren Bauzeit konnte die erste Erweiterung 1825 abgeschlossen werden. Heute als „Alter Hafen“ bezeichnet, bot dieser mit einer Länge von 1.500 Metern und jeweils knapp sieben Hektar Wasserfläche und Lagerplätzen nicht einmal für zehn Jahre ausreichend Platz für die steigenden Kohletransporte. Mehrere Ausbauten folgten bis zur Neuanlage zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die sich hochwasserfrei über 500 Hektar erstreckte und erstmalig mit einer Staatsanleihe gebaut wurde. Bis zu diesem Großprojekt hatte die 1805 eingerichtete Ruhrschiffahrtsgesellschaft alle Umbauten des Hafens aus ihrer Kasse, dem „Ruhrfiskus“, die sich aus den Schleusen- und Hafengebühren beträchtlich und kontinuierlich füllte, finanziert. In diese Kasse floss auch der „Groschen als Brückenzoll“, der noch 1911 beim „Übergang über die höchst moderne neue Brücke, gleichviel, ob er zu Fuß, oder zu Roß, oder auf der Elektrischen erfolgt“, zu entrichten war.¹⁴¹

Die Zuständigkeit der Gesellschaft hatte der preußische Staat mit zeitgemäßen Anpassungen – etwa an die Dampfschiffahrt – während des gesamten 19. Jahrhunderts gesichert; selbst ein Vorstoß der Oberrechnungskammer im Jahr 1875, die diesen besonderen Fonds für nicht verfassungsgemäß erklärte, scheiterte am Veto des Ministers des Handels und der Finanzen. Seiner Einschätzung nach hatte sich der Fonds bewährt und er legte Wert auf seine Fortführung in genau dieser Form. „Der Ruhrorter Hafen sei mit einer grossartigen industriellen Anlage zu vergleichen, und deshalb sei für seine Verwaltung eine freiere Bewegung als sie bei Einziehung des Vermögens der Ruhrschiffahrtsverwaltung [sic] zur General-Staatskasse und bei Aufnahme der

¹⁴⁰ Alois Wilhelm Schreiber: Handbuch für Reisende am Rhein, Heidelberg 1816, S. 354.

¹⁴¹ Adolf Zimmermann: Von Haspe bis Duisburg. Industrielle Reisebriefe, Berlin 1912, S. 96.

aus diesem Vermögen zu bestreitenden Ausgaben in den Etat möglich sein würde, dringend wünschenswert.“¹⁴²

Alle Erweiterungen und Umbauten des Hafens waren nur durch den umfangreichen Bodenerwerb in Ruhrort sowie den Nachbargemeinden Meiderich und Duisburg möglich. Um Bodenspekulationen vorzubeugen, die erfahrungsgemäß mit Bekanntwerden der Baupläne einsetzten, bemühte sich die Gesellschaft im Verlauf des 19. Jahrhunderts um eine Geheimhaltung der Baupläne. Bei Widerständen gegen einen Verkauf, selbst wenn diese nicht durch Spekulationen motiviert waren, setzte die Ruhrschiffahrtsgesellschaft seit den 1870er Jahren das neue rechtliche Instrument der Enteignung ein, um beispielsweise Ruhrorter Besitz in Duisburg zur Erweiterung nutzen zu können.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts beschloss die Gesellschaft erst nach einigem Zögern eine erneute große Erweiterung des Ruhrorter Hafens. Beschleunigt wurde ihre Entscheidung durch die Konkurrenz zu Duisburg auf der gegenüberliegenden Ruhrseite. Hier hatte man 1828 mit dem Bau eines Rheinkanals zum sogenannten Außenhafen begonnen, und damit die Stadt an den nationalen und internationalen Schiffsverkehr angebunden. Mit den Anschlüssen an die Eisenbahnlinien wuchs auch in Duisburg der Handelsverkehr, der neben Getreide und Holz im Zuge mehrerer Vergrößerungen auch Kohlen und Erze umschlug. Ähnlich wie in Ruhrort reichten die Kapazitäten der am Ende des 19. Jahrhunderts abgeschlossenen Erweiterung schon wenige Jahre später für den Frachtverkehr nicht mehr aus, sodass die Stadt Duisburg 1901 erneut eine Erweiterungsplanung vorlegte, „deren Dimensionen und Einrichtungen auch den denkbar grössten Ansprüchen auf Jahrzehnte hinaus genügen könnten“.¹⁴³ Dass es durchaus Handlungsbedarf gab, zeigen die Gründungen privater Industriehäfen auf beiden Seiten des Rheins durch die Unternehmen Krupp, Haniel, Thyssen und die Gutehoffnungshütte, denen die bestehenden Frachtkapazitäten

nicht ausreichten. Trotzdem wären die zukunftsweisenden Ausbaupläne zu zwei riesigen Neuanlagen selbst nach Einschätzung der Zeitgenoss:innen „der Entwicklung weit vorausgeeilt“.¹⁴⁴ Die konkurrierenden Pläne beendete die kommunale Neuordnung und Eingemeindung Ruhrorts im Jahre 1905, sodass Duisburg und Ruhrort zu einem Knotenpunkt vereinigt und die Neuanlage auf Ruhrorter Seite erfolgte.

Duisburg und Ruhrort waren ähnlich wie Hamm eine Jahrhundertgroßbaustelle, auf der Bauarbeiter Tonnen von Erde aushoben, Hafenbecken mit vier Metern Tiefe und mehr anlegten, mit gepflasterten Böschungen und Kaimauern sicherten, mehr als 100 Kilometer Schienen verlegten und Magazine, Brücken und Verwaltungsgebäude bauten. Schon seit den 1820er Jahren unterstützten fünf Eimer-Ketten-Bagger mit Dampftrieb die Ausschachtung der Hafenbecken, später kamen weitere Maschinen dazu. Das reduzierte die Zahl der Arbeiter, deren Zahl von über 1.000 Männern zu Beginn des Jahrhunderts noch Sorgen bei der Ruhrorter Bevölkerung ausgelöst hatte, da man Konflikte durch das „rauhe und selbstherrliche“ Auftreten der Bauarbeiter befürchtete.¹⁴⁵

Während dieser Maßnahmen gingen die eigentlichen Hafenarbeiten weiter, die am Ende des Jahrhunderts etwa 30 Männern in der Verwaltung und knapp 70 Handwerkern und Arbeitern allein im Hafen, ohne die Eisenbahnmitarbeiter, Arbeit und Lohn gaben. Das Be- und Entladen der Kohlewagen, die im Juni 1901 die Höchstzahl von 2.000 Stück erreichten, erfolgte im Akkord in Schichten von 12 Stunden mit einem Tagesverdienst von fünf bis sechs Mark.¹⁴⁶ Das entsprach dem Durchschnittseinkommen in der regionalen Industrie und reichte für 30 Kilogramm Schwarzbrot oder 60 Eier, 100 Kilogramm Kartoffeln oder drei Kilogramm Kaffee. Rechnet man die Kosten für die Miete und die sonstige Lebenshaltung hinzu, konnte der Lohn kaum eine mehrköpfige Familie ernähren, wie die Sozialforscherin Li Fi-

142 Karl Lindemann: Die Rhein- und Ruhr-Häfen bei Duisburg und Duisburg-Ruhrort, Bonn 1908, S. 31 f.; Ernst Ottmann: Die Duisburg-Ruhrorter Häfen. Denkschrift zur Vollendung der in den Jahren 1903 bis 1908 ausgeführten Hafen-Erweiterungen, Duisburg 1908, S. 16–18.

143 Ebd., S. 20.

144 Karl Lindemann: Die Rhein- und Ruhr-Häfen bei Duisburg und Duisburg-Ruhrort, Bonn 1908, S. 21.

145 Hermann Bumm: 250 Jahre Entwicklungsgeschichte der Duisburg-Ruhrorter Häfen, in: Jahrbuch der Hafenbautechnischen Gesellschaft 29 (1966), S. 45–63, hier S. 50.

146 Adolf Prüsmann: Der Ruhrorter Hafen, seine Entwicklung und Bedeutung, Düsseldorf 1902, S. 13, 22.

scher-Eckert in einer der ersten Feldstudien zu Hamborn im Jahr 1913 feststellte.¹⁴⁷

Die Technisierung machte vor den Arbeitsplätzen im Hafen nicht Halt, und im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurden viele der Handarbeiten durch maschinelle Kraft unterstützt oder abgelöst. Dazu zählten die weithin sichtbaren hydraulischen Kohlekipper, die an die Stelle der mit Muskelkraft zu füllenden Trichter traten, Ladebühnen und insgesamt 34 fahrbare Dampfkräne, die sukzessive bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts fast alle Handkräne ersetzt hatten.¹⁴⁸ Neben den Hafenarbeiten im engeren Sinne, die im Wesentlichen das Ent- und Beladen der Schiffe umfassten, gab es Arbeitsplätze in der Verwaltung und den Büros, in der Zementfabrik, den Mühlen und den insgesamt fünf Werften.

Die materiellen und technischen Dimensionen der Bau- und Hafenarbeiten, die Arbeitsformen, der Wandel von Arbeit und schließlich die Arbeitskräfte in Duisburg-Ruhrort, dem größten Binnenhafen, haben in der Forschung weniger Interesse erregt als die Überseehäfen, die als Orte globalisierter Arbeit und Migration in der Kulturgeschichte schon seit einigen Jahren wissenschaftliche Aufmerksamkeit finden. Das gilt auch für das Verhältnis von Hafen und Hinterland, das in Ruhrort sowohl für die Belieferung als auch für die Erweiterungsmöglichkeiten des Hafens von großer räumlicher und materieller Bedeutung war.¹⁴⁹

Demgegenüber zeigten sich die Zeitgenoss:innen von dem Hafen mit seiner Größe, der Verknüpfung von Schiene und Wasser und dem dichten Schiffsverkehr, den jeder Reiseführer an den Rhein oder in die

Region für einen Besuch empfahl, fasziniert. Schon im frühen 19. Jahrhundert bezeichnete der Schriftsteller Karl Simrock Ruhrort als „Rheinpreußens Amsterdam“, während der englische Ökonom Thomas Charles Banfield sich beim Anblick des Hafenverkehrs und Treibens an Liverpool erinnert fühlte.¹⁵⁰ Anfang des 20. Jahrhunderts erlaubten Rundfahrten mit Hafendampfern den Besucher:innen Einblicke in das „Hamburg der Binnenschifffahrt“.¹⁵¹

Im nationalen und internationalen Vergleich kam Duisburg-Ruhrort eine prominente Stellung zu, die Preußen stolz auf den Weltausstellungen herausstellte. In Brüssel wurde 1910 der Hafen in Duisburg-Ruhrort in Bildern, Karten, Modellen und Objekten präsentiert, da er in der nationalen Verkehrsstatistik vor Emden und Hamburg den ersten Platz im Ortsverkehr mit mehr als 19 Millionen Tonnen verladener Güter behauptete.¹⁵² Eine vergleichende Betrachtung erlaubte auch eine belgische Karte, die an der Schifffahrtsschule in Namur mit Unterstützung des bis heute bestehenden „Internationalen Ständigen Verbandes für Schifffahrtskongresse“ gefertigt wurde. Auf der Grundlage der statistischen Daten von 1910 veranschaulicht sie den Binnenfrachtverkehr zwischen Paris und Duisburg-Ruhrort.

In Gelb ist die Be- und in Grau die Ausladung markiert, bei den Flüssen und Kanälen ist die Auslastung im Bergverkehr in Grün und im Talverkehr in Blau räumlich umgesetzt. Duisburg-Ruhrort sticht in jeglicher Hinsicht hervor. Sowohl die Fracht als auch der Verkehr insgesamt übertreffen alle anderen Häfen. Im Vordergrund der Karte – und das verweist auf ihren Produktionsort –

147 Li Fischer-Eckert: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland, Hagen in Westf. 1913, S. 96–109; siehe auch Lothar Schneider: Der Arbeiterhaushalt im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1967, S. 61.

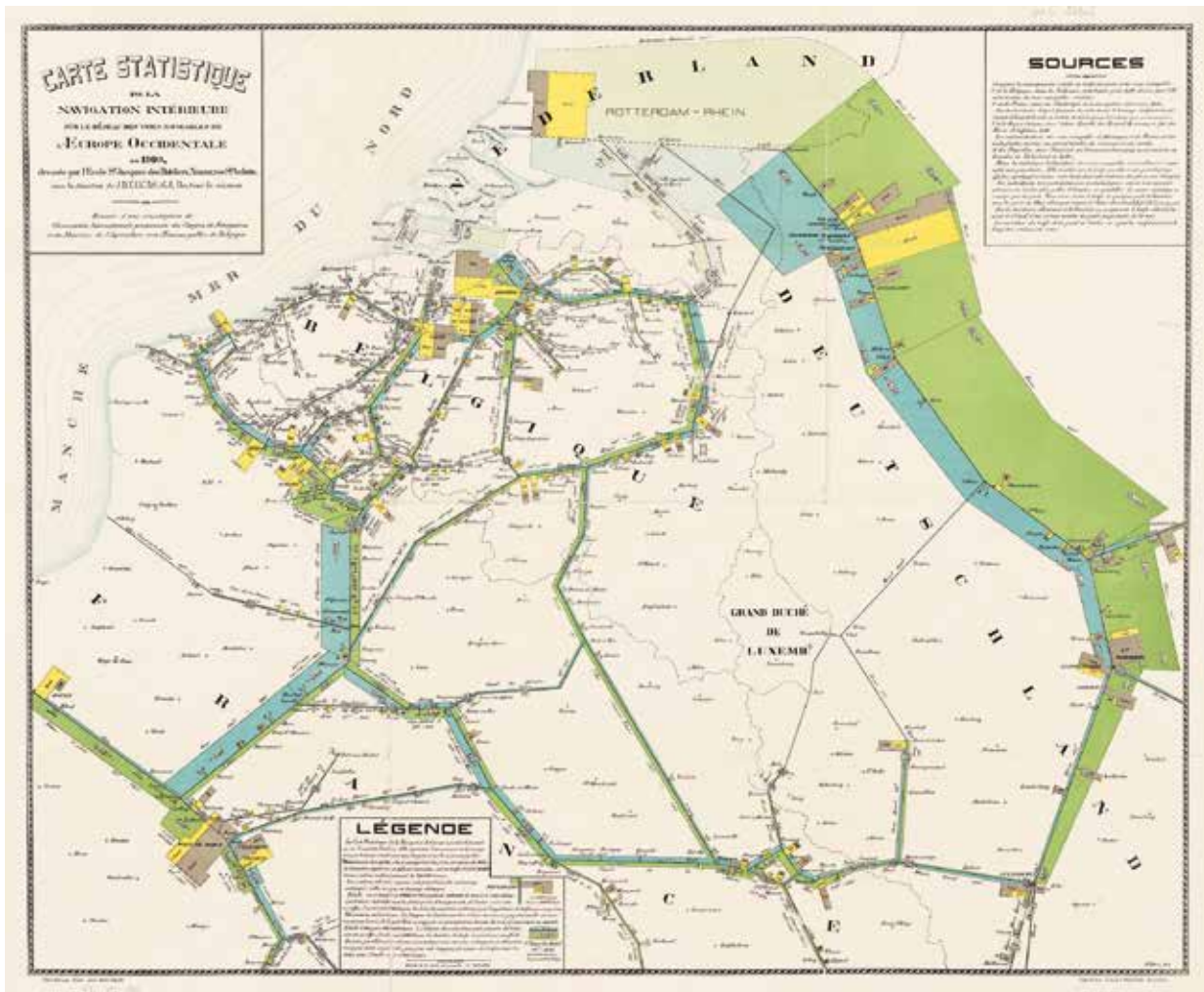
148 Prüssmann, Ruhrorter Hafen, S. 9–16.

149 Lars Amenda (Hg.): Hafenstädte. Mobilität, Migration, Globalisierung, Leipzig 2007; Sarah Palmer: Ports, in: Martin J. Daunton (Hg.): The Cambridge Urban History of Britain. 1840–1950, Cambridge 2000, S. 133–150; Nils Bennemann: Port, city and hinterland. On the effects of the Mainz Convention (1831) on the Rhine free ports, in: Jean-François Eck (Hg.): Espaces portuaires. L'Europe du Nord à l'interface des économies et des cultures, 19e–20e siècle, Villeneuve d'Ascq 2015, S. 21–30; Robert Lee/Paul McNamara: Port-Cities and their Hinterlands. Migration, Trade and Cultural Exchange from the Early Seventeenth Century to 1939, London 2022.

150 Karl Simrock: Das malerische und romantische Rheinland. Mit 60 Stahlstichen, Leipzig 1840, S. 451; Thomas Charles Banfield: Industry of the Rhine. Series II. Manufactures, embracing a view of the social condition of the manufacturing population of that district, London 1848, S. 41.

151 Adolf Zimmermann: Von Haspe bis Duisburg. Industrielle Reisebriefe, Berlin 1912, S. 95 f.

152 Königlich Preussisches Ministerium der öffentlichen Arbeiten (Hg.): Weltausstellung in Brüssel 1910. Deutsche Ingenieurwerke. Führer durch die Sammelausstellung aus dem Gebiete des Wasserbaues, Berlin 1910, S. 38.



Carte statistique de la navigation intérieure sur le réseau des voies navigables de l'Europe Occidentale en 1910 / J. D. Lucas; Ecole Saint-Jacques des Bateliers.

Die Auslastung des Duisburg-Ruhrorter Hafens im Vergleich zu anderen westeuropäischen Häfen veranschaulicht diese statistische Karte. Es gab auch eine deutsche Ausgabe der Karte, die in einem Exemplar in Karlsruhe überliefert ist, die jedoch nicht für Abdrucke zur Verfügung steht.

Bibliothèque nationale de France.

steht das dichte Netz an Schifffahrtswegen im Westen, während im Osten der Rhein die Grenze bildet. Wasserstraßen in den Osten schenkte der Kartograf keine Aufmerksamkeit, nicht einmal die Ruhr ist angedeutet.

Mit dem Umbau des Hafens sollte endlich auch der Anschluss an den Dortmund-Ems-Kanal erfolgen, um über den ebenfalls geplanten Mittellandkanal die Verbindung zwischen Rhein und Elbe zu schaffen. Die

Planung dieses Großprojektes, die zahlreiche weitere Zweigkanäle umfasste, zielte auf eine erweiterte Verkehrsinfrastruktur, die die Schienen entlasten und zugleich die Landwirtschaft im Osten mit der Industrie im Westen verbinden sollte. Die Konzeption einer Neustrukturierung des Raums erfolgte auf der Grundlage umfangreichen Kartenmaterials, das der Politik, Wirtschaft und Bevölkerung sogar in Zeitungen die „Kanal-



regionen“ visualisierte, um die nötige Akzeptanz und finanziellen Mittel zu erhalten.¹⁵³ Im Unterschied zur belgischen Karte beinhalteten diese Karten eine östliche Ausrichtung mit einem Blattschnitt von Antwerpen oder Aachen bis an die Weichsel, sodass die hier betrachtete Region im äußersten Westen einen der Ausgangspunkte des Kanalnetzes darstellt.

Der Einsatz von Karten war allerdings nicht allein planerischen Notwendigkeiten geschuldet, denn das Großprojekt war politisch überaus umstritten und die preußische Regierung war nach der Bewilligung des Dortmund-Ems-Kanals im Jahr 1886 mit weiteren Kanalvorlagen im Abgeordnetenhaus an den Konkur-

renzängsten der Großagrarier im Osten und anderen regionalen Sonderinteressen gescheitert. So auch im Jahr 1901, nachdem über mehrere Tage „Wasserreden“ gehalten, Statistiken und Karten präsentiert, kritisiert oder zu Vergleichszwecken angeführt worden waren. Das preußische Ministerium für Landwirtschaft rief die USA mit dem Ausbau von Schienen- und Wasserwegen als ein leuchtendes Vorbild auf.

„Nach meinen Wahrnehmungen in Amerika wissen die Amerikaner, daß die Neugewinnung von Absatzmärkten, die Verminderung der wirtschaftlichen Entfernung zwischen Produktions- und Konsum-

¹⁵³ Jens Ivo Engels: Kanalregionen im Frankreich der Sattelzeit. Elemente für die Erforschung der Raumwirkungen von Infrastrukturen, in: *Francia* 37 (2010), S. 149–165; Der Dortmund-Ems-Kanal, in: *Rheinisch-Westfälische Zeitung* (116) vom 26.4.1892, Ausgabe Essen und Dortmund, S. 1.



Übersichtskarte der Wasserstraßen Preussens und angrenzender Länder.

Die Karte war Bestandteil der Kanalvorlage, die 1901 im Preußischen Abgeordnetenhaus debattiert wurde. Stenographische Berichte des Preußischen Abgeordnetenhauses. Drucksachen der Verhandlungen der 19. Legislaturperiode, 3. Session, 1901.

tionsort für die Circulation der Güter ebenso wichtig ist, wie die vermehrte Produktion. Im Jahre 1898 zählte die Union bereits rund 300.000 km Schienenwege, das sind etwa 2/5 aller Linien, welche den Erdball umspannen, dabei spinnen die Maschen sich immer enger, wie ein Blick auf die Landkarte Amerikas zeigt; der Osten ist bereits eisenbahndurchfurcht, wie kaum ein Kulturland Europas.“¹⁵⁴

Erneut, wie schon bei den Eisenbahnen, standen auch bei der Kanalvorlage einzelne Streckenführungen zur Debatte. Im Fall des Rhein-Herne-Kanals als Anschluss an den Dortmund-Ems-Kanal waren die Befürworter in

zwei Lager gespalten, die einen favorisierten die sogenannte Lippelinie, während sich andere für eine alternative Führung im alten Bett der Emscher aussprachen, deren Verlauf sich durch die Begradigung verändert hatte. Der Geschäftsführer der Schwerindustrie und nationalliberale Abgeordnete Wilhelm Beumer, der im Abgeordnetenhaus einen „der größten Wahlkreise der Monarchie, den Riesenwahlkreis Essen=Ruhrort=Duisburg=Mülheim an der Ruhr“ vertrat, sprach sich grundsätzlich für die Vorlage in der Überzeugung aus, dass „in diesem Fall die Interessen meines Wahlkreises insofern identisch mit den Interessen des ganzen Landes sind, als wir glauben, dass die Verbindung des Westens

¹⁵⁴ Drucksache Nr. 53 in Haus der Abgeordneten, Drucksachen der Verhandlungen der 19. Legislaturperiode, 3. Session, (1901), Sp. 1207–1214, hier Sp. 1208.



Die Baustelle des Rhein-Herne-Kanals. Die Bauarbeiten und Baustellen dokumentierte der Ingenieur Martin Albrecht. Martin Albrecht, Bildarchiv Stadt Herne.

mit dem Osten die Schätze des ganzen Landes heben, die Steuerkraft seiner Bewohner vermehren und damit die Gesamtwohlfahrt [sic] unserer Monarchie fördern werde“. Eine klare Haltung brachte er auch in der Frage Lippe oder Emscher zum Ausdruck, denn er war der Überzeugung, dass die Kanalisierung der Lippe

„kommen wird und kommen muß. Bei der Wichtigkeit des Verkehrs im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier können wir neben der Eisenbahn zwei Wasserwege ganz gut gebrauchen, und ich zweifle nicht, daß, die Annahme der gegenwärtigen Vorlage vorausgesetzt, die Königliche Staatsregierung sich selbst sehr bald infolge der Zunahme, die das Ruhrgebiet in den allernächsten Jahren ausweisen wird, von der Nothwendigkeit auch dieses Wasserweges überzeugen wird.“

Vorläufig war für ihn nur der „Emscherkanal insofern der absolut notwendige, weil mit diesem Kanal den augenblicklich bestehenden Gefahren bezüglich der Ver-

kehrsleistungen unserer Bahnen vorgebeugt werden soll“.¹⁵⁵

Neben seiner wenig überraschenden Haltung zum Kanalbau fällt in seiner Rede der doppelte Raumbezug auf die betrachtete Region als „rheinisch-westfälisches Kohlenrevier“ und als „Ruhrgebiet“ auf. Einer seiner Vorredner, der Magdeburger freikonservative Abgeordnete und Bergwerksbesitzer Rudolf Stengel, hatte zwei Tage zuvor wiederholt vom „Ruhrgebiet“ in Abgrenzung zum „Osten“ gesprochen. Beumers rhetorische Strategie, diese begriffliche Markierung des regionalen Raumes und Zuschreibung von außen in eine Selbstverortung mit Zukunftsbezug zu vereinnahmen, wird nach einer derart intensiven Auseinandersetzung über Räume innerhalb und jenseits der Nation zur Verbreitung des Raumbildes „Ruhrgebiet“ beigetragen haben, das bis dahin kein dominantes Konzept war.¹⁵⁶

Nach einer erneuten Debatte bewilligte das Abgeordnetenhaus drei Jahre später eine überarbeitete Variante der Kanalvorlage. Der Bau des Rhein-Herne-Kanals begann 1906 und konnte mit seinem Lauf entlang der Emscher kurz vor dem Ersten Weltkrieg abgeschlossen

¹⁵⁵ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, Verhandlungen der 19. Legislaturperiode, 3. Session, (1901), 20. Sitzung am 7.2.1901, Sp. 1187–1192, Zitat Sp. 1187, Sp. 1190 f.

¹⁵⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, Verhandlungen der 19. Legislaturperiode, 3. Session, (1901), 18. Sitzung am 5.2.1901, Sp. 1057–1071.

werden.¹⁵⁷ Die verhältnismäßig lange Bauzeit war jedoch nicht allein seiner in Breite und Tiefe zukunftsfähigen Anlage geschuldet, sondern auch den Schwierigkeiten, „die der Bau in dem dichtbevölkerten, von unzähligen Eisenbahnen und Straßen durchzogenen Gelände“ und durch die „Bodensenkungen in dem vom Bergbau weit-hin unterhöhlten Gebiet“ mit sich brachte.¹⁵⁸ Eine vergleichsweise gute Fotodokumentation verdanken wir Martin Albrecht, einem der Ingenieure des Baus.¹⁵⁹

Mit der Fertigstellung war der Anschluss an den Dortmund-Ems-Kanal hergestellt, dessen Bau sich ebenfalls verzögert hatte und der in der ersten Betriebsphase nach 1899 wegen Undichtigkeit wiederholt stillgelegt werden musste. Mit den Ausschachtungsarbeiten allein im Bauabschnitt Dortmund, einem der insgesamt sechs Abschnitte, waren mehr als 1.500 Bauarbeiter beschäftigt, darunter über 100 Italiener und zwei Dutzend Niederländer. Vor allem die Italiener verfügten über die nötigen Erfahrungen im Ausschachten von felsigem Gelände. Allein für den Hafen in Dortmund waren fast eine halbe Million Kubikmeter Erde bewegt und über 400 Meter Kaimauer angelegt worden. Die Arbeitsbedingungen entsprachen den Verhältnissen beim Eisenbahnbau: Die Unterkunft erfolgte in Baracken und nur in Ausnahmefällen in Räumlichkeiten der Bevölkerung, es herrschten saisonale Arbeitslosigkeit im Winter, polizeiliche und gesundheitspolizeiliche Überwachung aus Angst vor Epidemien und ein geringes Interesse der Arbeiter an gewerkschaftlicher Organisation. Zu Streiks wegen zu geringem Lohn kam es gelegentlich, wie im Kreis Recklinghausen in den Jahren 1894 und 1895, wo die Arbeiter für ihren Zwölfstundentag eine Anpassung des Stundenlohns an die 30 Pfennig einforderten, die an anderen Orten gezahlt wurden.¹⁶⁰

Eine der zahlreichen Herausforderungen stellte die Überwindung von Höhenunterschieden im Terrain dar, die beim Rhein-Herne-Kanal durch insgesamt sieben Schleusen zwischen Oberhausen bis zum Anschluss an den Dortmund-Ems-Kanal in Herne bewältigt wurden. Westlich von Dortmund, bei Waltrop, war ein Höhenunterschied von 14 Metern zu meistern, der allein durch eine Schleusentreppe oder ein Schiffshebwerk geleistet werden konnte. Obgleich die Technik eines Hebwerks seit langem bekannt war und im 19. Jahrhundert in England und Frankreich bereits Hebewerke gebaut worden waren, erregte das Hebewerk in Henrichenburg internationale Aufmerksamkeit und zog schon während der Bauzeit Touristen aus Europa und Übersee an. Mit seiner modernen Architektur aus Stahl und Eisen erschuf das im Berg- und Schiffsbau erfahrene Düsseldorfer Unternehmen Haniel & Lueg in Zusammenarbeit mit dem Brückenbauer Harkort ein Hebewerk, das Schiffe mit bis zu 800 Tonnen mittels vier Schraubenspindeln in weniger als 30 Minuten durchschleusen konnte. Es war die größte Schleuse weltweit und ein Ausdruck deutscher Ingenieurskunst, die nationalen und internationalen Medien wie dem populären amerikanischen Wissenschaftsmagazin „Scientific American“ anerkennende Berichte wert waren.¹⁶¹

Das Schiffshebwerk Henrichenburg erfüllte bis 1969 seine Funktion, allerdings bot eine bereits im Rahmen der Erweiterungen des Dortmund-Ems-Kanals vor dem Ersten Weltkrieg angelegte Schachtschleuse eine günstigere Ergänzung, bis 1962 das neue Schiffshebwerk in Betrieb genommen werden konnte. Das alte Schiffshebwerk gehört als Industriedenkmal weiterhin zu den touristischen Attraktionen der Kanalregion Ruhrgebiet.

Der Blick auf den langfristig erfolgreichen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur lässt die Argumente der Kanal-

157 Walter Strähler: Die westdeutschen Kanäle, in: Martin Eckoldt (Hg.): Flüsse und Kanäle. Die Geschichte der deutschen Wasserstraßen, Hamburg 1998, S. 370–379.

158 Thomas Lenschau: Deutsche Wasserstraßen und Eisenbahnen in ihrer Bedeutung für den Verkehr, Frankfurt a. M. 1907, S. 144 f.

159 Das vollständige Bildmaterial unter: <https://inherne.net/rhein-herne-kanal-mit-querverbindungen/> [zuletzt aufgerufen am 21.6.2024].

160 Wolfgang R. Krabbe: Die Lage der Arbeiter bei staatlichen Auftragsvergaben in wilhelminischer Zeit. Zur Sozialgeschichte des Dortmund-Ems-Kanalbaus in: IWK. Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 22 (1986), S. 157–166.

161 Scientific American Suppl. 1178 vom 25.6.1898; Recent Progress in Waterways and Maritime Works, in: Nature vom 24.10.1901, S. 639 f.; Das Schiffshebwerk bei Henrichenburg, in: Schweizer Bauzeitung vom 1.5.1897, S. 129 f.

gegner rückblickend verblissen. Gleichwohl artikulierten sie Problemlagen, mit denen sich die Menschen in der Region durch die zunehmende Industrialisierung und das Bevölkerungswachstum konfrontiert sahen. Im Vordergrund stand die Wasserversorgung der Menschen mit Trinkwasser, das sie aus den Flüssen und – wo vorhanden – aus Brunnen bezogen. Kanalgegner fürchteten, dass sich die oftmals ohnehin prekäre Wasserversorgung, die sich zur Jahrhundertwende zu einer regelrechten Wasserkrise entwickelt hatte, durch den Bau der Kanäle weiter verschlechtern könnte. Denn im Unterschied zu den Flüssen mussten die Kanäle kontinuierlich mit Wasser gespeist werden, das aus den Flüssen abgezweigt wurde. Anrainer und Pumpwerke befürchteten Nachteile und Schäden durch den Wasserentzug, ein seit der frühen Neuzeit nicht nur in Deutschland bekanntes Problem, das schon zahlreiche Gerichte beschäftigt hatte. Diese Speisung oder Spülung mit Frischwasser, wie sie auch beim Dortmunder Hafen nötig war, veranlasste einige Abgeordnete in den Kanaldebatten zu einem pessimistischen Blick in die sanitäre und finanzielle Zukunft der Region. Auf die Städte kämen hohe Kosten zu, „um ihre Abwässer nicht mehr in die Emscher zu leiten; denn man wird meines Erachtens zweifellos dazu übergehen müssen, die Ableitung der Abwässer und Fäkalien des Industriegebietes in die Emscher nach Möglichkeit zu verhindern“, erklärte der Arnsberger Gerichtsrat Schwarze.¹⁶²

Die Bewältigung komplexer Problemlagen der Wasserversorgung, die ein breites Spektrum von der Versorgung der Bevölkerung und der Industrie mit ihrem hohen Wasserbedarf für die Produktion über Trink- und Frischwasser wie auch die Ableitung des Brauchwassers bis zur Verkehrsinfrastruktur umfasste, gehört zu den staatlichen Handlungsfeldern der Daseinsvorsorge und war seit dem 18. Jahrhundert in Einzelgesetzen geregelt. Im Interesse einer nationalen Vereinheitlichung präsentierte die preußische Regierung nahezu zeitgleich zur Kanalvorlage den Entwurf eines umfassenden Wassergesetzes, das nach langen Verhandlungen und schließlich in vierter Lesung 1913 verabschiedet wurde. Es regelte alle Formen der Versorgung, der Nutzung und der Prävention etwa

vor Hochwassergefahren durch den Staat und seine Behörden, aber auch durch Wassergenossenschaften.¹⁶³

Damit unterlagen auch die verschiedenen Initiativen und Maßnahmen, die in der Industrieregion an der Ruhr zur Sicherung der Wasserversorgung eingeleitet worden waren, einer einheitlichen gesetzlichen Regelung. Die Versorgung der Menschen mit Trinkwasser erfolgte seit den 1860er Jahren durch eine wachsende Zahl von Pumpwerken, die den Wasserbedarf in aufwändigen Verfahren aus dem Ruhrkies filterten und abpumpten. Knapp 90 dieser Pumpwerke sicherten zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Versorgung. Für die Versorger stellte schon die kontinuierlich gestiegene Wasserentnahme eine Herausforderung dar, in trockenen Jahren verschärfte die Gefahr von Wasserknappheit die Lage. Ein bedrohlicher Wassermangel im Sommer 1893 erhöhte den Handlungsdruck, der 1899 zu einem Zusammenschluss der Wasserwerke zum „Ruhrtalesperrenverein“ führte, nachdem zuvor bereits ein Gutachten des Aachener Bauingenieurs Otto Intze den Bau von Talsperren als gemeinsame Vorsorgemaßnahme angeregt hatte. In den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg wurden nach Intzes Plänen, der zum Halt der Wassermassen eine bogenförmige Mauer mit einem abdichtenden Keil, dem sogenannten Intzekeil, entwickelt hatte, insgesamt neun Talsperren an der Ruhr und ihren Zuflüssen gebaut. Das war eine Innovation, denn bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatten die Ingenieure kaum Erfahrungen im Bau von großen Talsperren. Gegen Ende des Jahrhunderts gab es weltweit einen regelrechten Bauboom, der die Zeitgenoss:innen ebenso faszinierte wie bei gelegentlichen Unfällen ängstigte. Eine dieser Katastrophen ereignete sich 1895 in Bouzey bei Épinal in den Vogesen, wo die Staumauer nach einem Hochwasser in der Länge von über 170 Metern umkippte und eine Flutwelle verursachte, die mehrere Dörfer zerstörte. Zugleich übten die Anlage künstlicher Seen, die damit verbundenen Großbaustellen sowie die Staumauern und gefüllten Stauseen eine große Anziehungskraft aus. Reiseführer priesen die Bauwerke, ihre Funktion, aber auch die neu entstandenen Naturräume als Arbeits- und Erholungsgebiete: Die Fuelbecker Talsperre,

¹⁶² Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, Verhandlungen der 19. Legislaturperiode, 3. Session, (1901), 19. Sitzung am 6.2.1901, Sp. 1095.

¹⁶³ Hans Gottschalk: Das preussische Wassergesetz. Vom 7. April 1913 auf Grund der Verhandlungen des Landtages, Bonn 1913.



Gruss von der Fuelbecker Thalsperre, Postkarte von 1902.

Mit dem Vermerk „Station der Kreis Altenaer Schmalspurbahn, Sommerfrische I. Ranges in reizender Gegend. Herrliche Parkanlagen, Fischerei, Rudersport“ warb die Karte auf der Rückseite für einen Besuch der Thalsperre. Privatbesitz.

„nach dem Entwurfe des auf diesem Gebiete sehr erfahrenen Prof. Intze [...], gehört zu den ersten Sehenswürdigkeiten des Sauerlandes. [...] Der Wasserspiegel des Stausees umfasst 36 Morgen. Ringsum ist derselbe von bewaldeten Höhen anmutig umrahmt und gewährt einen reizenden Anblick. [...] Neben dem grossen Wert, den diese Anlage für die Industrie hat, ist ihre Bedeutung für die Fischzucht nicht zu unterschätzen. [...] Besonders werden Regenbogenforellen, Goldlachse und Goldkarpfen in großer Menge gezüchtet. [...] Zahlreiche Ruderboote und ein Motorboot, ‚Kaiser Wilhelm‘, welches 40 Personen aufnehmen vermag, bieten zu Kahnpartien die beste Gelegenheit.“¹⁶⁴

Ermöglicht wurden die Ausflüge durch die Eisenbahn, die diese neu geschaffenen Naturräume im wahrsten Sinne erfahr- und erlebbar machte und zur Konstituierung eines Raumbewusstseins der Menschen in der Region jenseits des lokalen Horizonts beitrug, auch wenn im hier betrachteten Zeitraum touristische Ausflüge aus

Zeit- und Finanzgründen nur einer kleinen Personenzahl vorbehalten blieben.

Stauseen waren bei aller natürlichen Anmutung neue, vom Menschen geschaffene Wasserkörper, die ihre eigene Fauna und Flora entfalteten und zum Forschungsobjekt einer mit ihnen entstehenden Wissenschaft, der Limnologie, wurden. Zugleich blieb die Anlage der Seen nicht ohne Folgen für die Flüsse, deren Fließgeschwindigkeiten sich durch die Steuerung des Wasserflusses veränderten, was wiederum die Tier- und Pflanzenwelt im direkten Umfeld der Fließgewässer beeinträchtigte.¹⁶⁵

Ein großes Umweltproblem stellte am Ausgang des 20. Jahrhunderts die Wasserverschmutzung dar. Die Städte waren schnell gewachsen, eine Entwässerung der Städte und Industrien durch eine Kanalisation mit Kläranlagen war jedoch aus finanziellen Gründen selten erfolgt. Nicht einmal ein Zehntel der Bewohner:innen in der Region war an eine Kläranlage angeschlossen, die – wie die Rieselfelder in Dortmund – die Emscher entlasteten und das Ruhrwasser als gemeinsame Res-

164 Gustav Stellhorn: Führer für das Ruhr- und Lennegebiet mit Anschluss der Städte Elberfeld-Barmen, der Remscheider Thalsperre, Burg-Müngsten, (Kaiser Wilhelm-Brücke), der Stadt Dortmund, (Emskanal-Henrichenburg), Hagen i. W., 2. Aufl., 1900, S. 33.

165 David Blackburn: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft, München 2007, S. 240, 261, 279; Dirk van Laak: Bezugspunkt und Namensgeberin. Erinnerungsort Ruhr, in: Berger u.a., Zeit-Räume Ruhr, S. 116–128.

source aller Anwohner:innen durch die Einleitung geklärter Abwasser zu sichern suchten. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Abfuhr der Fäkalien nicht geregelt. So bemerkte der Arnsberger Medizinalrat:

„In Königsteele werden die Fäkalien von Abfuhrunternehmern, niemand weiß wohin, abgefahren. In Horst und Freisenbruch deponiert jedermann auf seine eigene Weise den Unrat und verwendet ihn später zu landwirtschaftlichen Zwecken. Die sonstigen Abgänge, Küchenspülicht, Waschwasser, Urin, werden den Gossen überantwortet und fließen teils in den Grendbach, der unterhalb der Förderungsanlage des Wasserwerks in die Ruhr mündet, teils in den Eibergbach, der ca. 200m oberhalb mündet.“¹⁶⁶

Ein gravierendes Problem stellte die Verschlammung für die Wasserwerke dar, die auf die jährliche natürliche Spülung der Ruhr durch das Hochwasser setzten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts und vor allem bei Niedrigwasser reichten die natürlichen Reinigungsmechanismen jedoch nicht mehr aus.

„[M]it Kläranlagen kann man den Kohlschlamm, den Eisenschlamm und den städtischen Schlamm bis zu jedem Grad der Vollkommenheit zurückhalten. Man wird erreichen, dass das Flußbett auch bei langen Niederwasserzeiten nicht mehr zu sehr verschlammmt. Das Niederwasser ist dann für die Wasserwerke nicht mehr gefährlich, denn die Ergiebigkeit der Brunnen wird nicht mehr sinken und die Bodenfilter haben keine Veranlassung mehr, bei Niederwasser schlechter zu werden.“¹⁶⁷

Das waren programmatische Sätze, die der Bauingenieur und Leiter des Abwasseramtes der 1904 gegründeten Emschergenossenschaft in seinem Gutachten zur Reinhaltung der Ruhr formulierte. Sie blieben nicht ohne Folgen und wenige Monate nach dem umfassenden Paket

zur Wasserversorgung verabschiedete das Abgeordnetenhaus im Juni 1913 das Gesetz zur Reinhaltung der Ruhr und der Ruhrtalsperrenverein wurde in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts umgewandelt. Während er für die Versorgung der Ruhr mit ausreichendem Frischwasser zuständig war, gründeten die Gemeinden, Kreise und Unternehmen in Folge des Gesetzes den Ruhrverband, der für die Reinhaltung der Ruhr und ihrer Nebenflüsse verantwortlich wurde. Die Gründung zweier Institutionen folgte ganz dem Verständnis des frühen 20. Jahrhunderts, das die Infrastruktur der Wasserversorgung nicht in eine Hand legte, sondern die Zuständigkeiten für Versorgung und Reinhaltung trennte. Erst 1938 kamen beide Einrichtungen unter eine gemeinsame Verwaltung und fusionierten schließlich 1990 unter dem Namen „Ruhrverband“.¹⁶⁸

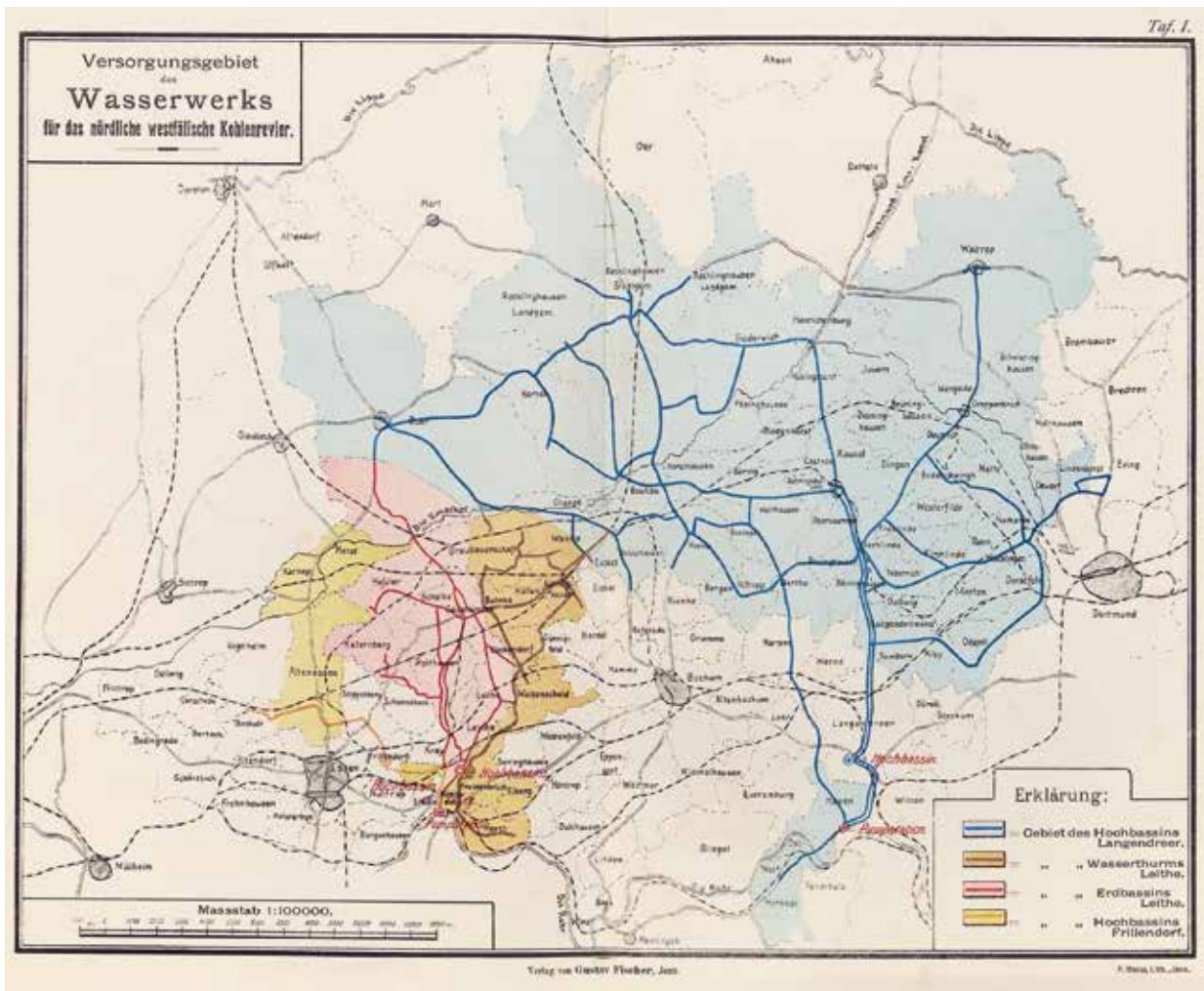
Die drei Organisationen der regionalen Wasserinfrastruktur konstituierten sich aus einem spezifischen Raumverständnis, das sich sowohl an der Ruhr und ihren Nebenflüssen als auch an der Emscher orientierte. Zugleich organisierten sie den Raum durch die Mitgliedschaft der Kommunen und wassernutzenden Industrien. Was sich aus der Perspektive des 21. Jahrhunderts als zukunftsweisendes Projekt darstellt, denkt man beispielsweise an die gerade abgeschlossene Renaturierung der Emscher, die die Emscher aus dem zementierten Bett der „Zwangserziehung“¹⁶⁹ befreite, war das Ergebnis langwieriger Verhandlungen und der Erfahrungen von Wassernot und Epidemien. Denn zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren „explosionsartig“ Typhusfälle aufgetreten, 1901 allein in Gelsenkirchen über 3.000 Fälle, darunter mehr als 500 mit tödlichem Verlauf. Den Zusammenhang mit der Wasserversorgung stellten die Kreisärzte nach aufwändigen Untersuchungen unter Hinzuziehung statistischer und kartografischer Methoden her, und bemerkten dabei die sozialen Unterschiede zwischen den Erkrankten.

¹⁶⁶ Arthur Springfeld: Die Typhusepidemien [sic] im Regierungsbezirk Arnsberg und ihre Beziehungen zu Stromverseuchungen und Wasserversorgungsanlagen, Jena 1903, S. 61.

¹⁶⁷ Karl Imhoff: Die Reinhaltung der Ruhr, Essen 1910, S. 22.

¹⁶⁸ Britta Balt: Der Ruhrverband. Die Gewährleistung von Wasserregulierung und Wasserqualität, in: Hombach, Die Ruhr und das Ruhrgebiet, S. 195–212; Frank Uekötter: Im Strudel. Eine Umweltgeschichte der modernen Welt, Frankfurt a. M./New York 2020, S. 254–265.

¹⁶⁹ Adolf Zimmermann: Von Haspe bis Duisburg. Industrielle Reisebriefe, Berlin 1912, S. 98.



Versorgungsgebiet des Wasserwerks für das nördliche westfälische Kohlenrevier 1903.

Mit dieser Karte dokumentierte Arthur Springfeld in seiner Untersuchung der Typhusepidemien die Wasserversorgung nordöstlich von Essen.

ULB Münster.

„Weit stärker vom Typhus befallen, als dem Anteil der Bevölkerungszahl entsprechen würde, sind aber die Dienstmädchen, mit 6,8 Proz., die Personen, welche in der Hitze arbeiten, Heizer, Kesselwärter, Schlosser, Schmiede, Lokomotivführer, Bäcker, Koksarbeiter mit 3,96 Proz., die niederen Bahnarbeiter, Weichensteller, Schaffner, Rangierer mit 2,3 Proz., alles Personen, die

namentlich im Sommer mehr Wasser konsumieren, als die weniger der Hitze ausgesetzt.“¹⁷⁰

Die Summe der Erfahrungen mit verschmutztem Wasser und Wassermangel führte bei den politischen Akteuren schließlich zur Erkenntnis, „dass der einzig gangbare Weg“ zur Reinhaltung der Ruhr „die Gründung einer Genossenschaft sei, da nur dadurch ein einheitlicher,

170 Springfeld: Die Typhusepidemien, S. 52; Frank M. Snowden: Epidemics and Society. From the Black Death to the Present, New Haven 2020, S. 160–166; Patrick Joyce: The Rule of Freedom. Liberalism and the Modern City, London 2003, S. 62–97.

rascher und zweckmäßiger Betrieb aller Kläranlagen gesichert werde“.¹⁷¹

Wie intensiv einerseits die Wassernotlage wahrgenommen und andererseits die Reinhaltung des Wassers die Zeitgenoss:innen beschäftigte, erfuhren aufmerksame Besucher:innen der Stadt Bochum im Reiseführer aus dem Jahr 1908. Dort findet sich im Anschluss an die „sonstigen Sehenswürdigkeiten“ eine eigene Rubrik zur „Kanalisation“, in der die Entwässerung und der Ausbau der Kanalisation nach einem „genehmigten Plane“ im gesamten Stadtbezirk ausführlich erläutert werden. „Am Zusammenschluss des Hofsteder Mühlenbachs und des Maarbaches wird eine große Kläranlage hergestellt, welche die Abwässer von den verunreinigenden Bestandteilen befreien soll, bevor sie weiterhin ins Emschergebiet abfließen. Nach Inbetriebnahme dieser Anlage soll die Entfernung der Fäkalien durch die Kanäle gestattet werden.“¹⁷²

Die Modernität und Attraktivität der Stadt, die ihre Besucher:innen nicht mehr mit dem Gestank von Fäkalien begrüßen wollte, unterstrichen Kläranlagen, wie der Reiseführer des Verkehrsvereins nicht ohne Stolz hervorhob. Mit dieser Einschätzung standen die Bochumer keineswegs alleine da, denn auch das Reich präsentierte auf der Brüsseler Weltausstellung 1910 den Wasserbau in einer eigens von Peter Behrens gestalteten „Halle des Ingenieurwesens“. Aus Preußen stellten der Emscherverband und der Ruhrtalsperrenverein unter anderem Modelle der Kläranlagen und Talsperren wie Pläne städtischer „Rohrnetze“ aus. Die boten Raum für weit über eine Leistungsschau hinausgehende Visionen und technische Herausforderungen im Hinblick auf

„Gas, Elektrizität, Telephon und Telegraph“, die in Brüssel ebenfalls präsentiert wurden. Eine herausragende Rolle kam insbesondere den Talsperren zu, die eine Vielfalt von Funktionen von der Wasserversorgung über den Hochwasserschutz bis hin zur Elektrizitätsgewinnung erfüllten und den Ausbau der städtischen Infrastrukturen als Aufgabe in die Zukunft verlängerten.¹⁷³

Die Zuständigkeiten der Verbände waren dabei klar umrissen, doch städtische Eigeninteressen, finanzielle Beschränkungen und Konkurrenzen zwischen Städten und Unternehmen standen zentralen „Städteplanungen“ entgegen, obwohl es durchaus Vorschläge und Überlegungen zu einer gemeinschaftlichen Raumplanung gab.¹⁷⁴ Diese umfassten ein breites Spektrum von einer die Städte verbindenden Schnellbahn bis zur Anlage von Grünanlagen. Die Grünflächen und Erholungsräume gewannen unter dem Eindruck wachsender Städte und Industrien zu Beginn des Jahrhunderts ohnehin an Bedeutung, nicht zuletzt aus hygienischen und pädagogischen Überlegungen. Städtisches Terrain wurde, wie etwa in Duisburg, parzelliert und als Schrebergarten verpachtet, Schulgärten wurden angelegt und Straßenbäume gepflanzt, und dies über eine Strecke von über 22 Kilometern in Essen und 23 Kilometern in Oberhausen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Schließlich wurde der Wuchs und die Anfälligkeit bestimmter Baumarten genau beobachtet und dokumentiert.¹⁷⁵

Die Grünflächen waren auch der Ausgangspunkt der Aachener Dissertation des Essener Beigeordneten Robert Schmidt, der schließlich 1912 einen „General-Siedlungsplan“ vorlegte, mit dem er die Durchmischung von Wohnraum und Grünflächen im Interesse der

171 Allgemeine Begründung des Regierungspräsidenten zu Arnsberg zu dem von ihm vorgeschlagenen Gesetzentwurf vom September 1911, in Verhandlungen des 52. Rheinischen Provinziallandtags vom 3. bis zum 9.3.1912, S. 4; Markus Rüdel: Die Abwasserreinigung in den Kläranlagen des Ruhrverbandes. Ein Garant für die gute Wasserqualität der Ruhr, in: Hombach, Die Ruhr und das Ruhrgebiet, S. 233–244.

172 Verkehrsverein e. V. Bochum (Hg.), Führer, S. 71.

173 Reichskommissar (Hg.): Weltausstellung in Brüssel 1910. Amtlicher Katalog, Berlin 1910, S. 161–163, 166; Königlich Preussisches Ministerium der öffentlichen Arbeiten (Hg.): Weltausstellung in Brüssel 1910. Deutsche Ingenieurwerke. Führer durch die Sammelausstellung aus dem Gebiete des Wasserbaues, Berlin 1910, S. 259–264; Adolf Zimmermann: Von Haspe bis Duisburg. Industrielle Reisebriefe, Berlin 1912, S. 98.

174 Renate Kastorff-Viehmänn: Städtebau und Stadtplanung vom 19. Jahrhundert bis zur Zwischenkriegszeit, in: Farrenkopf u. a. (Hg.) Die Stadt der Städte, S. 243–260; Hans-Werner Wehling: Die Entwicklung der kommunalen Gliederung (1808–1929), in: Farrenkopf u. a., Die Stadt der Städte, S. 235–242.

175 August Hoffmann: Hygienische und soziale Betätigung deutscher Städte auf den Gebieten des Gartenbaus, Düsseldorf 1904.

„Volksgesundheit“ anregte.¹⁷⁶ Nach dem Ersten Weltkrieg konnte er seine Überlegungen als Direktor des 1920 gegründeten Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk, dem Vorläufer des Regionalverbands Ruhr, in die Gestaltung des Ruhrgebiets und die Debatte über die „Ruhrstadt“ einbringen.¹⁷⁷ Die Grundlagen für diese städteübergreifenden Pläne und Modelle waren seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert nicht nur durch die demografische, soziale, ökonomische, politische und technische Entwicklung der Region, sondern auch durch die sie flankierenden Raumpraktiken und Techniken der Wissensgenerierung und Visualisierung gelegt worden.

5. Raumbilder: Sprachpraktiken und Identitäten

Das „Ruhrgebiet“ hatte, wie wir in den vorhergehenden Abschnitten gesehen haben, bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts keine geschlossene Vergangenheit in den Territorialherrschaften der frühen Neuzeit. Ein politischer Zusammenhang war erst 1815 im Rahmen der Provinzen Rheinland und Westfalen durch die preußische Herrschaft entstanden, die bei der Konstituierung von Verwaltungs- und Rechtsräumen vorrevolutionären oder französischen Traditionen gefolgt war. Für eine andere Raumorganisation gab es keine Notwendigkeit. Das hatte sich zum Ende des 19. Jahrhunderts grundlegend geändert, nachdem systematische Wissenserweiterungen über die natürlichen Ressourcen und ihre Nutzung im industriellen Maßstab die Region unter- wie überirdisch umgewälzt und den „rheinisch-westfälischen Wirtschaftsraum“ oder das „Ruhrkohlengebiet“, wie es im zeitgenössischen Sprachgebrauch hieß, konstituiert hatten.

Vom „Ruhrgebiet“ sprachen jedoch bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts nur wenige Personen und dann zumeist in geografischen und geologischen Abhandlungen, die ausgehend von der Ruhr die Kohlevorkommen und ihren Abbau erläuterten. Einer der frühen Belege

stammt aus der Feder des Kölner Oberlehrers Wilhelm Pütz, der in seinem Leitfaden für den Geografieunterricht die „reichsten Kohlenlager“ im „unteren Ruhrgebiet“ hervorhebt, „mit de[r]en Ausbeutung sich Essen, Werden und Mühlheim an der Ruhr beschäftigen“. Von dieser „außerordentlichen Zunahme der Kohलगewinnung im Ruhrgebiet“ profitierte Ruhrort als „bester Hafen am preußischen Niederrhein“.¹⁷⁸

Ein eigenes Kapitel zum „Ruhrgebiet“ verfasste zehn Jahre später Nikolaus Hocker, Redakteur der „Kölner Nachrichten“, in seiner 1867 erschienenen Darstellung zur „Großindustrie Rheinlands und Westfalen“, die den Anspruch erhob, das historische, geografische, geologische und statistische Wissen seiner Zeit zu bündeln. Dieses Werk wird vielfach als erster Beleg für die Begriffsprägung „Ruhrgebiet“ angeführt. Allerdings orientiert sich auch sein Raumkonzept an den „Kohlenschichten und Kohlengruppen“ als den Grundlagen der „Großindustrie des Ruhrgebiets“, unter explizitem Verweis auf eine geologische Abhandlung. Dabei unterscheidet er zwischen einem „Ruhrgebiet im engeren Sinne des Wortes“, das die unmittelbar am Fluss gelegenen Städte, Kohlengruben und Fabriken umfasst, und dem weiteren Ruhrgebiet mit seiner nördlichen Ausdehnung des Steinkohlenbergbaus. Für Letzteres entfaltet er im Vertrauen auf die Erkenntnisse der Geologie und Statistik und unter Berufung auf die Berechnungen eines Dortmunder Oberbergrates aus dem Jahr 1860 eine lange Zukunftsperspektive. Den Ressourcen und den damit verbundenen Überlegungen des Dortmunder Experten folgend, prognostiziert Hocker auf der Grundlage von Kohlebohrungen und geologischen Untersuchungen der Kohlevorkommen ausreichende Vorräte für genau 5.158 Jahre bei gleichbleibender Förderung. Selbst bei einer bedeutenden Steigerung der „Dampfmaschinen, Hüttenwerke und Fabriken“ werde es, so Hockers Schlussfolgerung, „auf Jahrhunderte nicht an Brennmaterial fehlen“.¹⁷⁹

176 Robert Schmidt: Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch), Essen 1912.

177 Christa Reicher: Ein Blick zurück. Siedlungsentwicklung und Wohnkultur in der Agglomeration Ruhr, in: Adamski u.a., Forschung, Kultur und Bildung, S. 295–314. Vgl. hierzu auch den Beitrag von Helen Wagner im zweiten Band der Gesamtreihe zur Geschichte des Ruhrgebiets.

178 Wilhelm Pütz: Leitfaden bei dem Unterricht in der vergleichenden Erdbeschreibung, Freiburg 1855, S. 144.

179 Nikolaus Hocker: Die Großindustrie Rheinlands und Westfalens, Leipzig 1867, S. 115–118; S. 130.

Mit seinen optimistischen Schätzungen stand der Bergrat nicht allein, sie waren vielmehr Teil aller geologischen Abhandlungen. Den Staat und die Unternehmer motivierten sie zu größeren Teufen und einem nach Norden fortschreitenden Abbau der Kohle. Für das Ruhrgebiet und seine Wirtschaftskraft entfalteten sie eine lange zeitliche Perspektive, die sich als Bedeutungsschicht einer sicheren, geradezu ewigen Zukunft an den geologischen Begriff des Ruhrgebiets anlagerte. Die langfristigen und mentalen Wirkungen dieser Verknüpfung von Raum und Zukunft sollten sich erst in der Kohlekrise in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigen.

1901 fiel, wie wir gesehen haben, im Preußischen Abgeordnetenhaus in der Debatte über die Kanalvorlage mehrfach die regionale Bezeichnung „Ruhrgebiet“. Es war der Magdeburger Abgeordnete und Bergwerksbesitzer Rudolf Stengel, der in Kenntnis der geologischen Forschung und ihrer Terminologie den Begriff in seiner Argumentation einsetzte. Dass er in der hitzigen Debatte nicht – wie die anderen Redner – vom Ruhrkohlenbezirk, dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet oder dem westfälischen Kohlenrevier sprach, war kein Zufall. Hatten die Kanalbefürworter insbesondere die Vorteile und Entlastung der bestehenden Infrastruktur im Kohlenrevier hervorgehoben, so unterschied Stengel in seiner Rede zwischen der nördlichen Ausdehnung der Steinkohlenförderung und dem eigentlichen „Ruhrgebiet“. Es war vor allem die Infrastruktur des Gebiets im engeren Sinne, die er durch die nördliche Ausdehnung als außerordentlich belastet hervorhob. Der Dortmund-Ems-Kanal schien ihm angesichts des jährlichen Förderwachstums von nahezu acht Prozent und seiner kontinuierlichen Verschiebung in den Norden nicht geeignet, eine Entlastung des „Ruhrgebiets“ zu bieten, da die Kohle erst zu den dortigen Verkehrsanschlüssen transportiert werden müsse. Der Bau eines näher gelegenen Kanals entlang der Lippe stand jedoch nicht zur Debatte. Letztlich verfolgte er aber mit der Thematisierung des „Ruhrgebiets“ ein anderes Ziel: In der staatlichen Beteiligung am Kanalbau sah er eine finanzielle Bevorzugung des Westens und insbesondere

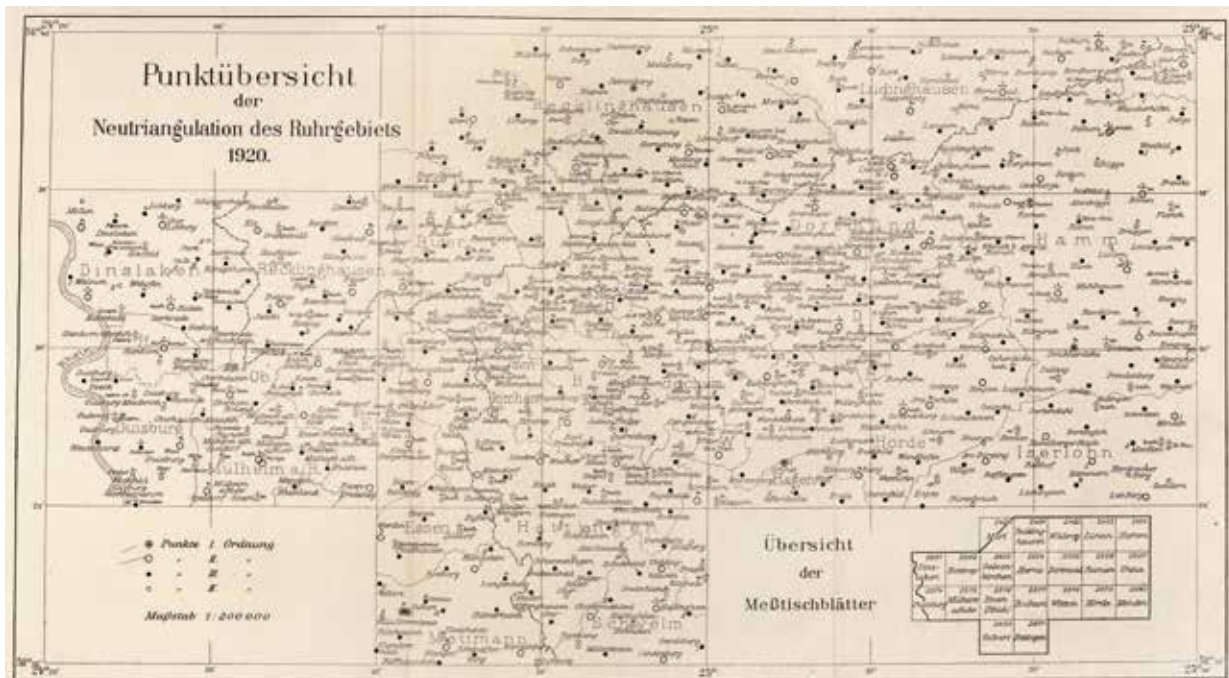
der industriellen Rhein-Ruhr-Region, während die Gesetzesvorlage weder im Kanal- noch im Eisenbahnbau eine „Kompensation“ für den infrastrukturell benachteiligten Osten Preußens plane. Stengel lagerte damit an den geografisch-geologischen Begriff des „Ruhrgebiets“ weitere Bedeutungen an, die den Reichtum und eine Konzentration staatlicher Aufmerksamkeit und finanzieller Mittel ebenso umfassten wie die Überlastung einer ohnehin verdichteten Infrastruktur. Sein Gegenbild war der von staatlicher Seite vernachlässigte Osten, der an das Verkehrssystem nicht angeschlossen wurde und von den Einnahmen im Westen nicht profitierte. Obwohl zuvor schon der nationalliberale Abgeordnete Ernst von Eynern aus Barmen auf die wirtschaftlichen Unterschiede im vermeintlich „reichen Westen“ hingewiesen hatte, konzentrierte der konservative Stengel den „reichen Westen“ im Begriff des „Ruhrgebiets“ wie in einem Brennglas.

Nicht vom „Ruhrgebiet“, aber vom „rheinisch-westfälische[n] Industriegebiet, [als] die Schatzkammer des preußischen Staates“ sprach auch der Arnberger Medizinalrat Arthur Springfeld in seiner Untersuchung der Typhusepidemien zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die überaus positive Konnotation kontrastierte er jedoch mit ihren sanitären Verhältnissen, denn diese „Schatzkammer“ zeichne sich „bekanntlich durch Epidemien aller Art und durch mangelhafte Sanierung vor anderen Landesteilen aus“.¹⁸⁰ Der Raumbegriff „Ruhrgebiet“ als Selbstverortung findet sich bei ihm nicht, weil in seiner Untersuchung die industrielle Entwicklung des Raumes und die damit verbundenen Folgen für die Wasserversorgung der Menschen im Vordergrund standen.

Die räumliche und inhaltliche Unbestimmtheit des Begriffs „Ruhrgebiet“, der nicht administrativen, politischen oder wirtschaftlichen Festlegungen folgte, erlaubte (und erlaubt bis heute) eine Anlagerung von räumlichen Bedeutungen und charakterisierenden Zuschreibungen.¹⁸¹ Dies war wohl auch einer der Gründe für eine breitere Verwendung der Bezeichnung „Ruhrgebiet“ im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Eingang in staatliche Praktiken fanden Begriff und Raumkon-

¹⁸⁰ Springfeld, Die Typhusepidemien, S. 1.

¹⁸¹ Zur Offenheit des Raumkonzepts siehe auch Jens Adamski: Die Ruhr und das Ruhrgebiet – Eine begriffliche Annäherung, in: Hombach (Hg.), Die Ruhr und das Ruhrgebiet, S. 15–19; Stefan Goch: Das Ruhrgebiet: Kaum zu fassen, in: Achim Prosek/Joachim Schumacher (Hg.): Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild, Köln 2009, S. 10–13.



Punktübersicht der Neutriangulation des Ruhrgebiets, 1920.

Mit der Festlegung der Vermessungspunkte schrieb das preußische Vermessungsamt im 20. Jahrhundert das Schema und die Grenzen der offiziell als „Ruhrgebiet“ bezeichneten Einheit in das Territorium und das Kartenblatt ein.

Punktübersicht der Neutriangulation des Ruhrgebiets 1920, in: Trigonometrische Abteilung des Reichsamts für Landesaufnahme (Hg.): Die Preussische Landes-Triangulation. Koordinaten und Höhen sämtlicher von der Trigonometrischen Abteilung des Reichsamts für Landesaufnahme bestimmten Punkte. Neutriangulation des Ruhrgebiets 1920. Nachtrag zum Zwanzigsten und Zweiundzwanzigsten Teil, Berlin 1923.

zept mit der Neuvermessung der Region, die nach Vorarbeiten seit 1909 im Jahr 1914 begonnen, jedoch durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen wurde und sich nach der Wiederaufnahme im Jahr 1919 bis zum Abschluss 1920 hinzog. Angeregt vom Dortmunder Oberbergamt folgte die Vermessung dem „Bergbaugebiet“ und damit dem geologischen Raumkonzept; aber im Unterschied zur älteren Vermessung wurde die Region nun, wie zuvor schon erwähnt, auch amtlich als „Ruhrgebiet“ bezeichnet.

Der Raum wurde durch Vermessungspunkte definiert und im Territorium markiert, um schließlich losgelöst von den Verwaltungszusammenhängen der drei zuständigen Regierungsbezirke bestimmt und dargestellt zu werden. Das war eine grundlegende Veränderung durch das Vermessungswesen und die Visualisierungen des

Raumes in seinen kartografischen Grundlagen, zumal die offizielle Publikation mit der Einheits- und Abgrenzungsrhetorik während der Ruhrkrise nach dem Ersten Weltkrieg zusammenfiel.¹⁸² Mit der auf Dauer angelegten Festlegung der Vermessungspunkte hatte der Raum seine Gestalt und seine Grenzen erhalten, die im Süden und Osten recht klar gezogen waren. Weniger abgeschlossen zeigt sich das Raumkonzept gegenüber einer möglichen und vorstellbaren Ausdehnung des Bergbaus im Nordwesten, für die am Bergbau orientierte Vermessungspunkte noch fehlten. Das Schema, in der Übersicht am rechten Rand der Karte nochmals als „Überblick“ gefasst, ging über die frühen geologischen kartografischen Darstellungen hinaus und etablierte sich im 20. Jahrhundert. Es ist heute eines der Signets der Region und bildete das Logo der Kulturhauptstadt im Jahre 2010.¹⁸³

¹⁸² Siehe dazu auch den Beitrag von Helen Wagner im zweiten Band der Gesamtreihe zur Geschichte des Ruhrgebiets.

¹⁸³ (https://de.wikipedia.org/wiki/RUHR.2010_%E2%80%93_Kulturhauptstadt_Europas [zuletzt aufgerufen am 30.8.2024]); siehe dazu auch das Titelbild und die Karten in Prossek/Schumacher, Atlas.

Die Verwendung und Verbreitung eines Logos sagt aber erst einmal wenig über die Zugehörigkeitsgefühle der Menschen in der Region. Die Kehrseite der Zugehörigkeit, die Loyalität der Rheinländer und Westfalen gegenüber Preußen war schon im 19. Jahrhundert Gegenstand politischer Debatten mit Vorbehalten und Vorurteilen auf beiden Seiten. Im Zuge der geologischen, statistischen sowie vermessungstechnischen und begrifflichen Konstruktion des „Ruhrgebiets“ verlor die Frage nach einer spezifischen Identität seiner Bewohner:innen keineswegs an Relevanz, vielmehr erleichterte die zunehmende Definition des Raumes einen fokussierten Blick auf die Menschen. Seit den 1970er Jahren hat sich die Geschichtswissenschaft intensiv mit der nationalen Zugehörigkeit und Formen der Identitätsbildung in den europäischen Staaten befasst. Untersuchungen aus dem angloamerikanischen Raum, wie die des Historikers Eugen Weber, der der interessanten Frage nachging, wie in Frankreich die Landbevölkerung zu Franzosen wurde, oder George L. Mosse, der die „Nationalisierung der Massen“ erörterte, und Eric Hobsbawm und Benedict Anderson, die die „Erfindung der Nation“ betrachteten, fanden nicht nur in der deutschen Geschichtswissenschaft ein breites Echo.¹⁸⁴ Mit Blick auf die hier betrachtete Region wurde insbesondere die Landesgeschichte zu einem ertragreichen Feld, denn die Frage nach der preußischen Zugehörigkeit von Rheinland und Westfalen interessierte weit über die Fachwissenschaft hinaus. Die Zahl der Untersuchungen ist inzwischen ebenso groß wie die Breite der betrachteten Themen, die von der Festkultur und den Denkmälern bis zu den Schulbüchern reicht, um nur einige zu nennen.¹⁸⁵

Zwei generelle Befunde der Forschung sind für unsere Fragestellung von Bedeutung: Erstens lassen sich Formen einer spezifischen regionalen Identitätsbildung im Ruhrgebiet erst in den 1920er Jahren feststellen, was mit Blick auf die Entwicklung eines Raumkonzepts und der Begriffsbildung nicht verwunderlich ist. Zweitens hat sich gezeigt, dass die lange betonte „Feindschaft“ zwischen Preußen und seinem Westen zwar ein beliebter Topos war (und ist), der sich jedoch bei genauerer Betrachtung als eine sehr differenzierte Beziehungsgeschichte erweist. Nationale und regionale Identität, so der gegenwärtige Befund, sind nicht exkludierend im Sinne von entweder die eine oder die andere, sondern setzen sich vielmehr aus verschiedenen Schichten zusammen, die Gegenstand von Aushandlungsprozessen sind und je nach Kontext betont werden oder in den Hintergrund treten. Jenseits der konstitutiven Grundlagen von Raum und Zeit spielen Geschlecht und soziale Zugehörigkeiten zu einem Stand, einer Klasse oder einer Schicht und Sprache für die Identität ebenso eine Rolle wie Konfessionen, das Rechtssystem und Ökonomien im Sinne von Märkten, Arbeit und Kapital.¹⁸⁶ Diese identitären Faktoren und ihre Ausprägungen sind auch in den folgenden Beiträgen dieses Bandes Gegenstand ausführlicher Betrachtungen, sodass an dieser Stelle nicht vorgegriffen werden muss. Im Zusammenhang mit der hier im Vordergrund stehenden Perspektive auf Raumvorstellungen und Raumpraktiken sollen jedoch zwei dieser Schichten kurz betrachtet werden. Sie berühren zum einen die territoriale Zugehörigkeit über Herrschaftswechsel hinweg und zum anderen das bereits thematisierte Stadt-Land-Verhältnis.

184 Eugen Weber: *Peasants into Frenchmen. The modernization of rural France 1870–1914*, Stanford, CA, 1979; George L. Mosse: *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 1976; Benedict R. Anderson: *Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism*, London 1991; Eric J. Hobsbawm/Terence Ranger (Hg.): *The Invention of Tradition*, Cambridge 2002.

185 Siehe dazu den Forschungsüberblick von Dieter Langewiesche: *Nation, Nationalismus, Nationalstaat. Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, in: *Neue Politische Literatur* 40 (1995), S. 190–236 und die Forschungen in Karl A. Teppe/Michael Epkenhans (Hg.): *Westfalen und Preussen. Integration und Regionalismus*, Paderborn 1991; Georg Mölich (Hg.): *Preußens schwieriger Westen. Rheinisch-preußische Beziehungen, Konflikte und Wechselwirkungen*, Duisburg 2003; ders. (Hg.): *Rheinland, Westfalen und Preußen – eine Beziehungsgeschichte*, Münster 2011.

186 Siehe dazu Andreas Pott: *Kulturelle Geographien. Identität und Raum. Perspektiven nach dem Cultural Turn*, in: Christian Berndt/Robert Pütz (Hg.): *Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn*, Bielefeld 2007, S. 27–52 und die weiteren Beiträge in diesem Band; Peter J. Burke/Jan E. Stets: *Identity theory*, New York 2009; Ditt/Tenfelde, *Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen*.

Jenseits der identitären Schichten, die die französische Herrschaft nicht zuletzt durch ihre Verwaltung und das Rechtssystem hinterlassen hat, überlagerte die preußische Zugehörigkeit erst am Ende des 19. Jahrhunderts ältere territoriale Bezüge und Verortungen. Ein interessantes Beispiel ist die Grafschaft Mark, die bereits seit der frühen Neuzeit unter preußischer Herrschaft stand¹⁸⁷ und nach der französischen Zeit wiederum unter preußische Herrschaft kam.¹⁸⁸ Diese Zugehörigkeit thematisierten Repräsentanten der Städte und Honoratioren bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, insbesondere bei offiziellen Anlässen wie den Grundsteinlegungen oder Eröffnungen von Eisenbahnstrecken vor allem im Beisein des preußischen Königs oder Kronprinzen. So etwa auch bei einem Besuch des Monarchen im Jahr 1847 in Mengede, wo der älteste Vertreter des Hauses von Bodelschwingh und Erbmarschall der Grafschaft Mark in seiner Ansprache die Hoffnung zum Ausdruck brachte, „dass die kommenden Geschlechter als echte Söhne der Grafschaft Mark festhalten würden an der Anhänglichkeit an Preußens Throne mit der Treue, welche das deutsche Volk seit Jahrtausenden auszeichnet, und welche stets der Stolz der Markaner gewesen sei“.¹⁸⁹

Ihre regionale und nationale Zugehörigkeit brachten aber nicht nur alte Adelsfamilien mit Ämtern in Staat und Militär zum Ausdruck. 1852 besuchte der König die Stadt Moers, am Rande des heutigen Ruhrgebiets, anlässlich der 150-jährigen Zugehörigkeit zum preußischen Staat. Von der anfänglich ablehnenden Haltung gegenüber Preußen war nichts mehr zu bemerken, vielmehr bereiteten die Honoratioren und die Bevölkerung dem König einen großen und freundlichen Empfang. Der Schriftsteller und königliche Vorleser Louis Schneider bemerkte in seinem Bericht über den Besuch, dass es zehn Jahre gedauert habe, „ehe Meurs [sic] wirklich preußisch wurde“. Diese Loyalität gereiche den „Grafschaftern“ aber zur Ehre, denn „die Liebe zu einem ange-

stammten Fürstenhause zieht man nicht aus, wie einen alten Rock“.¹⁹⁰

Beeindruckt zeigte sich Schneider von dem Dekor der Stadt mit Fahnen und Emblemen, die das Bemühen zum Ausdruck brachten, die preußische und märkische Identität in Einklang zu bringen. „Da die Farben Schwarz und Gelb bekanntlich nicht ganz preußisch sind, so hatten sämtliche [sic] Grafschafter, die auf irgend eine Weise durch Fahnen oder Draperien ihre Freude zu erkennen geben wollten, dem schwarz und Gelb auch noch Weiß hinzugefügt, wodurch man freilich hin und wieder an russische Werstpfähle [Kilometersteine, U. S.] erinnert wurde.“¹⁹¹

In einer bearbeiteten Edition des Reiseberichts, die der beliebte Militärschriftsteller Alexander Karl Anton Prusz von Zglinitzki, alias Peter Purzelbaum, 1930 publizierte, hebt er weniger die Fahnen, sondern vielmehr eine weitere Ausdrucksform märkischer Identität hervor. Demnach habe ein Schneider dem König eine gelbe Weste überreicht „von feinwollenem Zeuge und mit sauberen Stickereien bedeckt, und hier, in der Gegend des Herzens, sehen Sie das Wappen der Grafschaft eingenaht, auf daß der König – dem sinnigen Wunsch des Mörscher Schneidermeisters gemäß – dies herrliche Stückchen Land am Herzen tragen möge“.¹⁹² In den Memoiren Schneiders findet sich diese Anekdote nicht, sie scheint vielmehr eine zeitgemäße Ergänzung des Herausgebers Purzelbaum, denn in den 1920er Jahren setzte ein neues Heimatbewusstsein ein, das sich durch einen Rückgriff auf vermeintliche Traditionen und Ausdrucksformen auszeichnete. Die Geschichtswissenschaft spricht von einer „invention of tradition“. Heimatvereine begannen mit der Pflege von „Traditionen“, etwa mit regionalen Trachten und Kleidungsstücken mit lokalen Bezügen. Das Wissen über diese Traditionen sammelten Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur in Zusammenarbeit mit Archivaren in umfassenden Ausstellungen und Dokumentationen, die seit dem Aus-

187 Siehe dazu auch den Beitrag von Hiram Kümper in diesem Band.

188 Wilfried Reininghaus: Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der alten Grafschaft Mark, in: Eckhard Trox/Verein für die Geschichte Preussens und der Grafschaft Mark (Hg.): Preußen im südlichen Westfalen. Wirtschaft, Gesellschaft und Staat insbesondere im Gebiet der Grafschaft Mark bis 1870/71, Lüdenscheid 1993, S. 11–41.

189 Westfälischer Merkur, Nr. 236 vom 2.10.1847, S. 1.

190 Louis Schneider: Aus meinem Leben, Bd. 3, Berlin 1880, S. 73.

191 Ebd.

192 Peter Purzelbaum (Hg.): Die Reisen des Herrn Hofraths nach den Memoiren desselben bearbeitet, Berlin 1930, S. 147.

gang des 19. Jahrhunderts anlässlich der zahlreichen territorialen, städtischen und weiteren Jubiläumsfeierlichkeiten zusammengestellt und der Öffentlichkeit präsentiert wurden.¹⁹³ Ihr erklärtes Ziel war es, wie es in den Vorworten formuliert worden ist, das Gedenken an die Vergangenheit zu bewahren, um Lehren für die Gegenwart und Zukunft ziehen zu können. Anlass für diese intensiven Bemühungen um die Vergangenheit, die keineswegs ein Spezifikum der hier betrachteten Region waren, gaben ihnen die Erfahrungen und Beobachtungen, dass mit dem Bevölkerungswachstum im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung das Wissen um Traditionen, aber auch regionale Merkmale und Bezüge verschwanden. Der Bochumer Reiseführer erläuterte etwa den Besucher:innen, dass die „Bevölkerung ihren rein westfälischen Charakter verloren hat. Die Industrie und die von ihr angebotene Arbeitsgelegenheit veranlassten einen fast ununterbrochenen Zuzug aus anderen Landesteilen, ja selbst aus weiter Ferne. Die Bevölkerungsmischung, die sich hieraus ergab und die auch auf Sprache und Sitte Einfluss ausübte, hat neben gewissen Schattenseiten das gute, dass der Ankömmling bei uns schnell Wurzel[n] schlägt und sich einlebt.“¹⁹⁴

Mit dem Wachstum der Städte und ihrer Ausdehnung in die ländlichen Bereiche verschwammen für Besucher:innen und die Zugewanderten nicht nur die territorialen und raumgebundenen Unterschiede in „Sprache und Sitte“, sondern auch die sichtbaren Grenzen zwischen den Städten und zwischen Stadt und Land.

„Das ist Dortmund und das Lütgendortmund und das Langendreer und das Bochum und das Wattenscheid und das Gelsenkirchen und das Altenessen und das Essen. Und wo Essen aufhört, beginnt Oberhausen und beginnt Mülheim, und ihnen schließt sich Duisburg an und Ruhrort; Hamborn, den neuesten Pilz

nicht zu vergessen, bis schließlich der Vater Rhein die Grenze bildet. Wo fängt das eine an, hört das andere auf?“¹⁹⁵

Was sich für den Reporter Adolf Zimmermann als „ein Platz“ ohne erkennbare Grenzen nur mit „schwächer bebaute[n] und vorwiegend ländliche[n] Inseln“ präsentierte, war für die Zugehörigkeit und Erfahrungen der Bewohner und Bewohnerinnen durch verschiedene neue Grenzen markiert. Arbeits- und Wohnplätze standen in einem engen räumlichen Zusammenhang, wie wir an den teilweise großen „Königreichen“ der Unternehmen und Grundbesitzer bereits gesehen haben. Rechtliche und administrative Rahmungen wie die Städte-, Kreis- und Provinzialordnungen regelten Zugehörigkeiten. Und „ein wichtiges Unterscheidungs-mittel bilden die Schutzleute, die was maßen [sic] zwei Mann stärker sind wie einer, ziemlich überall im Industriegebiet als Doppelposten aufzuziehen. Die der älteren Orte tragen das entsetzliche preußische Polizeiro-t; die der neueren, wie Gelsenkirchen, die kleidsame Uniform der königlichen Schutzmannschaft, der man hier vernünftigerweise das Heft in die Hand gegeben hat.“¹⁹⁶ Beide Polizeitypen verkörperten und repräsentierten die staatliche Exekutive in den Städten des Industriegebiets, markierten aber Differenzen zwischen den Städten, denn die neuen Städte bekamen eine neue Polizei. Die Institution der königlichen Schutzpolizei mit ihrer einheitlich blauen Uniform war das Ergebnis eines Reformprozesses seit 1848. Im Wesentlichen kam sie in Berlin zum Einsatz, erst nach 1909 ergänzte sie die bisherige Kommunalpolizei und die Gendarmerie im wachsenden Industriegebiet, wie der Historiker Ralph Jessen in einer der wenigen Untersuchungen zum Polizeiwesen herausgearbeitet hat.¹⁹⁷ Die Frage der einheitlichen Uniformierung auf Kosten des Staates war zudem keine

193 Als Beispiele von zahlreichen Werken dieser Art seien hier genannt: Aloys Meister: Die Grafschaft Mark. Festschrift zum Gedächtnis d. 300jähr. Vereinigung mit Brandenburg-Preußen, Band 1, Dortmund 1909; Peter Josef Kreuzberg: Heimatgeschichte der Rheinprovinz, 2. Aufl., Bonn 1915; Sanct Elisabeth-Hospital Bochum. Festschrift zum Goldenen Jubiläum. 1848–1898, Bochum 1898; Klaus Tenfelde: „Krupp bleibt doch Krupp“. Ein Jahrhundertfest. Das Jubiläum der Firma Fried. Krupp AG in Essen 1912, Essen 2005. Siehe dazu auch die Beiträge in Werner Lindner (Hg.): Das Land an der Ruhr, Berlin 1923.

194 Verkehrsverein e. V. Bochum (Hg.), Führer, S. 28.

195 Adolf Zimmermann: Von Haspe bis Duisburg. Industrielle Reisebriefe, Berlin 1912, S. 40 f.

196 Ebd., S. 41.

197 Ralph Jessen: Polizei im Industrievier. Modernisierung und Herrschaftspraxis im westfälischen Ruhrgebiet 1848–1914, Göttingen 1991, S. 31 f.; S. 91–101.

Selbstverständlichkeit und beschäftigte das Abgeordnetenhaus in zahlreichen Sitzungen. Grundsätzlich waren die Kommunen zuständig für die Rekrutierung und Ausstattung der „Polizeidiener“, die Teil eines lokalen Beziehungsgeflechtes waren und gleichermaßen ihre Stadt wie den Staat repräsentierten. Die intensive Befassung mit der Uniformierung der Polizei, ihren Farben und Abzeichen zur Markierung von Typen und Hierarchien seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war Teil des staatlichen Reformprozesses und ging mit dem Ausbau des Gewaltmonopols und der Exekutivgewalt einher, wie die Forschung seit einigen Jahren konstatiert.¹⁹⁸ Inwieweit die königliche Schutzmannschaft nicht nur die Differenzen zwischen den Städten markierte, sondern auch Zugehörigkeiten und Wahrnehmungen zwischen lokaler und nationaler Ebene verschob, ist eine bisher offene Forschungsfrage.

Diese verschiedenen Schichten von Zugehörigkeiten im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk mit seinen je unterschiedlichen Traditionen und Ausdrucksformen standen und stehen in gewisser Weise bis heute in einem Spannungsverhältnis zur räumlichen Verdichtung, wie sie sich Besucher:innen oder bei der Kartenlektüre präsentierte. Hier konnte durchaus der Eindruck entstehen, dass „der ganze Industriebezirk eigentlich eine ungeheure, irgendwie überall dicht besiedelte Großstadt“ sei.¹⁹⁹ Vermessungstechnisch und damit kartografisch wurde dieser Raum kurz vor dem Ersten Weltkrieg zu einer Einheit mit der offiziellen Bezeichnung „Ruhrgebiet“ zusammengefasst, während sich ein spezifisches Raumbewusstsein erst seit den 1920er Jahren ausbildete. Die heute selbstverständliche Bezeichnung „Ruhrgebiet“ ist damit das Ergebnis verschiedener Prozesse, deren enge Verknüpfung und Wechselwirkungen in diesem Beitrag vorgestellt wurden.

Denn, und das war der Ausgangspunkt unserer Betrachtungen, für diese Konstruktion bedurfte es politischer, sozialer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher

Grundlagen und Entwicklungen, die in der Mitte des 18. Jahrhunderts nicht gegeben waren, ja kaum einmal im Vorstellungshorizont der Menschen lagen. Die im 20. Jahrhundert als „Ruhrgebiet“ bezeichnete Region lag im Herrschaftsbereich verschiedener geistlicher und weltlicher Territorialherren. Erst die gravierenden Veränderungen durch die Säkularisation in Folge der napoleonischen Kriege und Inbesitznahme der linksrheinischen Territorien führten sowohl zu einer gewissen Vereinheitlichung der Herrschaftsverhältnisse als auch des Territorialbesitzes. Zugleich bereitete die Säkularisation den Weg zu neuen Eigentumsverhältnissen und der Entstehung eines Bodenmarktes.

Mit der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in den Herrschaftsbereich Preußens 1815 kam dieser Prozess der territorialen und Herrschaftsarrondierung zu einem politischen Abschluss. In der Neuordnung der Gebietsgewinne folgte Preußen jedoch den alten Herrschaftseinheiten, als die Region zwei Provinzen, Rheinland und Westfalen, zugeordnet wurde. Für einen anderen Zuschnitt gab es zu dieser Zeit keine Gründe und Überlegungen. Aber schon diese Neugliederung mit dem notwendigen Aufbau von Verwaltungsstrukturen setzte Wissen über die Region voraus, das nicht oder nur im Rahmen älterer territorialer Räume vorhanden war. Zur Generierung setzte Preußen einerseits das unter französischer Herrschaft begonnene Projekt der Landesvermessung fort, dem die Aufnahme der neuen Eigentumsverhältnisse im Kataster folgte. Außerdem, und das war ebenfalls ein europäischer Prozess, begann der Staat ebenso wie Privatleute und Gelehrte Informationen über die „Staatskräfte“, wie es zeitgenössisch hieß, zu sammeln. Mensch und Tier, Produkte und Ressourcen gehörten zu den erfragten Wissensbeständen, deren Zahl und Kategorien sich im Laufe des 19. Jahrhunderts beständig erweiterten. Boten schon die seit dem 18. Jahrhundert angelegten Tabellen eine gute Grundlage für nationale und internationale Vergleiche,

198 Insa Großkraumbach: Der Polizist im Rampenlicht – Eine Beleuchtung des preußisch-blauen Kostüms des 19. Jahrhunderts, in: Heide Buchner (Hg.): Nach Rang und Stand: deutsche Ziviluniformen im 19. Jahrhundert. Eine Ausstellung im Deutschen Textilmuseum, 24. März bis 23. Juni 2002, Krefeld 2002, S. 112–119; Timo Luks: Schiffbrüchige des Lebens. Polizeidiener und ihr Publikum im neunzehnten Jahrhundert, Göttingen 2019; Elisabeth Hackspiel-Mikosch/Stefan Haas (Hg.): Die zivile Uniform als symbolische Kommunikation/Civilian Uniforms as Symbolic Communication: Kleidung zwischen Repräsentation, Imagination und Konsumption in Europa vom 18. bis 21. Jahrhundert. Sartorial Representation, Imagination, and Consumption in Europe (18th to 21st Century), Stuttgart 2017.

199 Zimmermann, Haspe, S. 40.

so erlaubten die Karten der nationalen Territorien zusätzlich eine Visualisierung des Zahlenmaterials.

Eine wichtige Ressource der Region war die Steinkohle, die seit der frühen Neuzeit nebergewerblich abgebaut und überwiegend lokal genutzt wurde. Das Wissen über ihre Lagerung und Vorkommen war bis zum Ende des 18. Jahrhunderts an die Bergbaupraxis gebunden. Seither wuchs das Interesse an der Geologie im Allgemeinen und der Kohle und anderer nutzbarer Ressourcen im Besonderen, was mit den wirtschaftlichen Interessen der Staaten, aber auch der generellen Frage nach dem Alter und der Entstehung der Erde zusammenhing. Die Geschichtlichkeit der Natur steht im Zentrum der Geologie, einer sich seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelnden und im Verlauf des Jahrhunderts professionalisierenden Wissenschaft. Sie nutzte die Statistik für Rückschlüsse und Prognosen über die Ressourcen und visualisierte sie im kartografischen Raum mit verschiedenen Maßstäben. Das ohnehin große Interesse wuchs mit der Bedeutung der Kohle für die wirtschaftliche Entwicklung und die Industrialisierung in der betrachteten Region. Kaum ein Reiseführer, kein Schulbuch und kein Atlas verzichteten bis ins 20. Jahrhundert auf geologische Beschreibungen und Karten. Das Konzept und der Begriff „Ruhrgebiet“ entstammen diesem Wissenschaftskontext, da mit ihm die geografischen Bedingungen und geologischen Formationen entlang der Ruhr gefasst wurden.

Das geologische Wissen ermöglichte in Verbindung mit neuen technischen Fördermöglichkeiten wie dem Einsatz von Dampfmaschinen den Abbau der Kohle in immer größeren Tiefen und in nördlicher Ausdehnung von der Ruhr. Eine unabdingbare Voraussetzung war eine Infrastruktur, die den Abtransport der Kohlen erlaubte, deren Nutzungsradius sich seit dem frühen 19. Jahrhundert weit über den lokalen Rahmen ausgedehnt hatte. Der Ausbau der Infrastrukturen von den Flüssen und Straßen über die Eisenbahn bis hin zu den Kanälen bedurfte des Wissens der Statistik und insbesondere des Vermessungswesens, zumal sehr gute Kenntnisse des Terrains bis heute eine der Voraussetzungen wirtschaftlichen Bauens sind.

Grundlegende Entscheidungen zur Anlage von Häfen und Verkehrsknotenpunkten, die damals getroffen wurden, charakterisieren und prägen noch heute die Raumstruktur des Ruhrgebiets. Schon im 19. Jahrhundert war

es eine Dauerbaustelle über und unter der Erde, und der permanente Wandel seiner Struktur hielt das Vermessungswesen beschäftigt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde im Zuge von Bergschäden eine umfassende Neuvermessung angesetzt, die sich erstmals jenseits der Verwaltungsgrenzen auf einen durch Vermessungspunkte im Terrain und auf der Karte definierten Raum bezog, der neben der eher technokratischen Bezeichnung als Rheinisch-Westfälischer Industriebezirk zunehmend öfter auch offiziell die Bezeichnung „Ruhrgebiet“ erhielt. Deshalb kann diese Vermessung im Hinblick auf die in diesem Kapitel vorgestellten Prozesse als die amtliche Geburtsstunde des „Ruhrgebiets“ bezeichnet werden.

DEM CHAOS IRGENDWIE HERR WERDEN*

Die Transformation von Arbeits- und Wirtschaftsorganisation im langen 19. Jahrhundert

Das Ruhrgebiet ist ein merkwürdig schillernd' Ding. Eigentlich gibt es gute Gründe, es einfach zu ignorieren, dieses „Ruhrgebiet“. Da sind die drängenden Herausforderungen unserer Zeit, die Frage, wie mit einem Raum umzugehen ist, der wirtschaftlich als „strukturell schwach“ etikettiert wird und sozial irgendwie als „zurückgeblieben“ gilt, der zwar in ferner Vergangenheit das pulsierende „industrielle Herz“ der deutschen Wirtschaft war, der bei heutigen Analysten aber kaum noch unter Potenzialverdacht gerät und den die Politik eher mit spitzen als mit proaktiven Fingern anfasst. Den Herausforderungen der großen Transformation, und keineswegs nur den ökologischen, sondern auch den sozialen und wirtschaftlichen, scheint es nicht gewachsen zu sein, dieses „Ruhrgebiet“.

Wie sollte das auch gehen? Wie einer Region Dynamik attestieren, die unter Stadtplanern bekannt ist für ihren „toxischen Ruhrmythos“, den man freilich präziser als die Last einer *kohl(en)rabenschwarzen Vergangenheit* bezeichnen sollte?¹ Zu den großen Vorbildern, einem Silicon Valley etwa oder anderen und heute pulsierenden Tech-Clustern, will das Ruhrgebiet mit seiner Old Economy jedenfalls so gar nicht passen.² Denn das Ruhrgebiet wird noch immer erinnert als Raum, in dem eine Handvoll „Ruhrbarone“ nicht nur Zechen und Werke beherrschte, sondern zugleich und in despektierlicher Weise die „Masse“ Mensch mit besonderer Härte unter-

drückte, das Ganze in einer Umgebung, die sich vor lauter Rauch und Dreck kaum genau betrachten ließ, wobei die Wohnverhältnisse ohnehin derart karg und dürrtig waren, dass das fehlende Sichtfeld nur wenig ausmachte, schließlich mangelte es an einem vom Bürgertum getragenen und interessanten Kulturleben ohnehin und gänzlich.³ Die Vorstellung einer großen Transformation in die postindustrielle Moderne, sie fällt vor dem Hintergrund dieser angestaubten Vorstellungen wirklich schwer.

Das allzu simpel gezeichnete Bild der kohlenrabenschwarzen Vergangenheit aber trägt. Die Entstehung und die Entwicklung des Ruhrgebiets sind um einiges vielschichtiger, verschränkter und komplexer, als es die Vorstellung vom kohlenrabenschwarzen Raum nahelegt, und vor allem handelt es sich keineswegs um die Geschichte einer linearen, und damit strukturinduzierten Entwicklung. Tatsächlich war es mit der Einigkeit unter den „Ruhrbaronen“ nicht weit her, die vermeintlich weit vorgreifende Hinterzimmerpolitik der Industriellen war weit weniger konform, als oftmals angenommen wird. Und tatsächlich waren auch die gelebte Solidarität der Arbeiter im Ruhrgebiet um einiges disparater und die Lebensräume deutlich segregierter, als allgemein unterstellt wird. Entscheidungen, der Industriellen genauso wie der Arbeiter, wurden vielfach reaktiv und vegetativ, weniger aber zukunftsanti-

* Dieser Beitrag ist Thomas Welskopp gewidmet. Wir hatten geplant, den Beitrag gemeinsam zu verfassen. Erste konzeptionelle Überlegungen konnten wir noch austauschen, bevor Thomas Welskopp im August 2021 plötzlich und viel zu früh verstorben ist. Unnötig zu vermerken, dass er gefehlt hat.

1 Thomas Sevcik: Ruhrstadt: Das Ende des Ruhrgebiets (Gastbeitrag), in: Die Zeit (online), 13.11.2022.

2 Rolf Wagenführ: Die Industriewirtschaft. Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion 1860 bis 1932. Sonderheft der Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Berlin 1933, v.a. S. 19.

3 Simone Derix: Personalisierte Macht. Erinnerungsort Ruhrbarone, in: Stefan Berger u.a. (Hg.): Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets, Essen 2019, S. 296–312.

zipierend und reflektiert getroffen. Und so war auch das Kräfteverhältnis von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen kein simpler Antagonismus, sondern mal eine unüberbrückbare Kluft, mal ein Kontrast, bisweilen ein frühzeitig gelöster Konflikt und manchmal sogar eine eingespielte Konfliktbeziehung. In aller Regel aber war es eine funktionsfähige Arbeitsbeziehung, die die Spektren von Wirtschaft und Arbeit in den Betrieben und Werken des Ruhrgebiets verklammerte.

Die skizzierte und allzu simple Vorstellung der kohlenrabenschwarzen Vergangenheit, eingerahmt von den monströsen Fördertürmen und den rauchenden Schloten, wurde seit dem Ende des 19. Jahrhunderts stilisiert. Verbreitung fand sie insbesondere im 20. Jahrhundert, vor allem in den 1920er und 1970er Jahren.⁴ Verankerung im kollektiven Gedächtnis fand sie damit ausgerechnet in den Phasen, in denen es mit der montanindustriellen Überlegenheit und Herrlichkeit vorbei schien.⁵ Die kohlenrabenschwarze Vergangenheit diente lange, mitunter bis heute, als Negativprojektion, und zwar besonders außerhalb des Ruhrgebiets. Im Zuge des bewusst zum Thema gemachten „Strukturwandels“ wurde diesem dunklen und von außen gezeichneten Bild dann von den Kulturschaffenden aus dem Ruhrgebietsinneren eine sozialromantisierende Komplementärerzählung entgegengesetzt. Aus harten Arbeits- und Lebensbedingungen wurde ein soziales Elixier mit Teilhabeversprechen, eine vermeintlich gemeinsame Geschichtserfahrung wurde vereinheitlicht und dabei auch gehörig verklärt und simplifiziert.⁶ Vor die monströse und abstrakte Kulisse aus Fördertürmen wurde der „Kumpel“ gesetzt, der, schwarz vom Kohlenstaub und schweißnass, lachend die weißen Zähne zeigte.⁷

Beide Bilder existieren als Projektionen fort, sie sind bis in unsere Gegenwart ausgesprochen tief verankert in der regionalen und auch der überregionalen Erinnerung. Gleichwohl, mit der tatsächlichen Entwicklung von Wirtschaft und Arbeit hat die simple Ruhrgebiets-

erzählung – und zwar weder die kohlenrabenschwarze Fassung noch ihr romantisierender Komplementär – nur wenig zu tun. Man hat diese Erzählungen zu historisieren und in der Realität, den Strukturen, den Erwartungs- und Handlungsräumen der Vergangenheit zu sehen. Vom politischen Flickenteppich des ausgehenden 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, und damit der Entwicklung im langen 19. Jahrhundert, war es ein weiter Weg, gerade für jenen Raum, aus dem das Ruhrgebiet konstruiert wurde. Auf die Lebensrealität der meisten Zeitgenoss:innen des 19. Jahrhunderts jedenfalls sind das Wohlstandsniveau und die Partizipationsmöglichkeiten in Gesellschaft und Kultur, in Politik und Wirtschaft, die wir heute als völlig normal erachten, nicht übertragbar. Es ist der Vorzug der historischen Betrachtung, dass sie von der aktuellen und ein wenig ins Stocken geratenen Diskussion um die Zukunft(sfähigkeit) des Ruhrgebiets abstrahieren kann, die Vergangenheitsprojektionen dabei ausklammern und sich mittels gezielter Fragen an die Vergangenheit an dieses Gebiet heranzutasten in der Lage ist. Heute lässt sich – wie zu zeigen sein wird – eine Geschichte des Ruhrgebiets schreiben, ohne der im 19. und besonders im 20. Jahrhundert stetig mitschwingenden nationalen oder gar nationalistischen Einfärbung zu erliegen, etwa bei dem Versuch, die zugezogenen Polen entweder als „voll-deutsch“ oder „voll-anders“ zu vereinnahmen oder eben auszuschließen. Auch lässt sich heute nüchterner auf die vermeintliche Allmacht der Industriellen blicken und zeigen, dass es statt einer gezielten Planung mehr die Logik eines Wachstums- und Expansionspfades war, der das Handeln der Industriellen bestimmte. Und heute lässt sich zudem, vor dem Hintergrund eingespielter und regelgebundener industrieller Beziehungen, der Weg hin zu einer modernen Aushandlung zwischen Arbeits- und Wirtschaftsorganisation darstellen, ohne dass sozialistische, katholizistische oder manchesterliberale Ideologeme den Blick verstellen oder fortwährend

4 Helen Wagner: Vergangenheit als Zukunft. Geschichtskultur und Strukturwandel im Ruhrgebiet, Wien u.a. 2022; Jan-Pieter Barbian: „Schau in den Ofen, da glüht die Kraft“. Der Widerschein des Ruhrgebiets in der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts, in: Karl Ditt/Klaus Tenfelde (Hg.): Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn u.a. 2007, S. 289–311.

5 S. etwa Dariya Manova: „Sterbende Kohle“ und „flüssiges Gold“. Rohstoffnarrative der Zwischenkriegszeit, Göttingen 2021.

6 Hans Heinrich Blotevogel: Die Region Ruhrgebiet zwischen Konstruktion und Dekonstruktion, in: Westfälische Forschungen 52, 2002, S. 453–488.

7 Dagmar Kift: Die Männerwelt des Bergbaus, in: SBR-Schriften, Bochum 2011, S. 13 f.

als Vision für ein besseres Ruhrgebiet mitschwingen. Denn das ist das eigentliche Kernproblem sowohl der kohlenrabenschwarzen als auch der sozialromantischen Ruhrgebietsvorstellung: Immer zielte sie auf die Zukunft ab, die als grandios oder schlicht katastrophal antizipiert wurde. Ob nun die vermeintlich drohende Gefahr eines revolutionär entfesselten Flächenbrands oder eine Verödung gleich dem US-amerikanischen Rust Belt vorhergesehen wurde, leitend bei der Konstruktion dieser Vorstellungen und Erzählungen war die Vorwegnahme der Zukunft. Historiker:innen aber können und sollten über die Zukunft keine Aussagen machen; ihr Thema ist die Vergangenheit. Das kann die vergangene Zukunft sein, die Vorstellung der Zeitgenoss:innen von ihrer eigenen oder gesellschaftlichen Zukunft also. Auch können Historiker:innen die vergangene Erinnerungsschaffung verfolgen.⁸

Für das Ruhrgebiet ist der Blick auf das vergangene Deutungshandeln eine wichtige Perspektive. Denn mit diesem Blick wird evident: In der nachträglich vorgenommenen Sinn- und Geschichtskonstruktion bekommt man es mit unzähligen Titanen und Helden zu tun. In den Geschichtskonstruktionen des Ruhrgebiets waren sie es, die starken, die eigenwilligen und die deutschen Männer, die einen Industrieraum, der seinesgleichen suchte, erschufen und – in einer positiven wie in einer negativen Lesart – dem Ruhrgebiet ihren Stempel aufdrückten.⁹ Gezielter in die übergeordneten historischen Zusammenhänge eingeordnet aber ist eindeutig: Dass es unter den Industriellen *Titane* gab, das war der Ausdruck von heftiger Konkurrenz und damit von einem beständigen Gegeneinander. Der Krupp-Konzern glorifizierte Alfred Krupp, der Thyssen-Konzern August Thyssen, der Haniel-Konzern verfügte mit der Reusch-Dynastie über vorzeigbare und keineswegs willfähige Konzernlenker. Die GBAG hatte es nach dem Zweiten Weltkrieg mit Emil Kirdorf schwerer. Aber vorher – besonders als Kirdorf 1938 verstarb – wurde der Manager in fast grotesker Weise glorifiziert.

Ähnliches lässt sich für die *Helden* der Gewerkschaften, für Heinrich Imbusch vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter und Otto Hue vom Alten Verband, feststellen. Allerdings, derartige Titane und Helden,



Totenmaske Emil Kirdorfs (1938).

Die bronzene Maske wurde anlässlich des Todes von Emil Kirdorf angefertigt – im Falle von Kirdorf nahm die Verehrung als Titan makabre Züge an; s. Eva-Maria Roelevink: Des Unternehmers „volkstümliche“ Biographie, oder: wie die Ruhrkohlenindustrie Geschichte machte, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 1, 2018, S. 33–68.

Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, 030007261001.

die gab es auch außerhalb des Ruhrgebiets, und zwar ebenfalls unzählige. Zweifelsohne waren die Helden und Titane an Emscher, Lippe, Rhein und Ruhr alles wichtige Zeitgenossen und sicherlich hatte ihr Wirken enorme Bedeutung für das Leben vieler Menschen im Industriebezirk. Und trotzdem ist ihre Lebens- und Schaffensgeschichte nicht per se gleichzusetzen mit der Entwicklung des Ruhrgebiets. Die „Geschichte der großen Männer“, sie ist nicht nur verkürzend, sie lässt auch die vielen gescheiterten Vorhaben wie auch die verschiedenen „Massen“ der Menschen, die keineswegs dieselben Erfahrungen teilten, außen vor. Und sie erklärt tatsächlich wenig, lässt sie doch den sozioökonomischen

⁸ Wagner, Vergangenheit als Zukunft, S. 7–12, S. 31–39.

⁹ Derix, Personalisierte Macht, S. 309–312.

Kitt und damit die strukturellen Bedingungen sowie die organisierte Handlungskoordination der vermeintlich singulären Entscheidungen außen vor.

Und deshalb beginnen wir also noch einmal von vorn: Das Ruhrgebiet entwickelte sich zu einem merkwürdig schillernd' Ding. Das war ein komplexer Prozess und keineswegs ein linear und automatisiert ablaufender Strukturtrend, der von einzelnen und herausragenden Figuren gezielt gesteuert wurde, sondern, und ganz anders, war die merkwürdige Genese und Eigenart des Ruhrgebiets die Folge von Chaos,¹⁰ von einem wilden Konglomerat aus Interessenbildungs- und -durchsetzungsbewegungen auf beschränktem Raum. Sinn wurde der Ordnung des Chaos erst später verliehen. Er wurde dabei stark auf die Entscheidungen Einzelner reduziert und dann hineinkonstruiert und eingeschrieben in die kollektive Erinnerung, die sich bis heute in zwei markanten Lesarten ausdrückt.

Anders und weniger personenzentriert betrachtet, schälte sich aus einem chaotischen Konglomerat im Laufe des 19. Jahrhunderts ein starkes – und auch beharrliches – Organisationssetting heraus, das sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht, im Übrigen auch in ökologischer Hinsicht, im 20. Jahrhundert strukturbildend und handlungsprägend wirkte und in einigen Bereichen wohl auch heute noch Ausdruck einer fest eingegossenen Starre und Zuständigkeit ist. Dieses Organisationssetting, das für Einzelne maßgeblich war, das aber eher über Interessengruppen, weniger durch die Taten Einzelner charakterisiert werden kann, bedeutete für die zu treffenden Entscheidungen ein Korsett, eine Beschränkung der Handlungsoptionen also, und zwar für die Helden der Gewerkschaften und auch für die Titanen der Wirtschaft. Nachvollziehen lässt sich dieses Setting nicht nur, aber auch mit einer engeren Betrachtung der Transformation von Arbeits- und Wirtschaftsorganisation im 19. Jahrhundert. Der folgende Beitrag versucht diese Entwicklung nachzuverfolgen. Dem liegt die Überlegung zugrunde, dass das eigentli-

che Besondere des Ruhrgebiets in dem spezifischen Verhältnis von Wirtschafts- und Arbeitsorganisation liegt.

Raum ohne Staat

Das Ruhrgebiet charakterisiert bis heute, dass es keine politische Einheit bildet. Eine solche, mit einem politischen Zentrum, einer politischen und zentralen Koordination, einer übergeordneten politischen Administration, die für einheitliche Rahmenbedingungen sorgte, hat es auch nie gegeben. Das Ruhrgebiet wurde und wird bis heute nicht als Ganzes, sondern multipolar administriert und regiert. Auch wenn in Vergangenheit und Gegenwart immer mal wieder Zeitgenoss:innen auftreten, die behaupten, Düsseldorf fungiere als „Schreibtisch“ des Ruhrgebiets, dann ist das allenfalls die halbe Wahrheit. Die Unterschiede zwischen den Städten des Ruhrgebiets und der karnevalischen Rheinstadt könnten kaum größer sein.

Aber auch innerhalb des Ruhrgebiets, gewissermaßen anvisiert als selbstgenügsame und abgeschirmte Insel, fällt es schwer, ein politisches Steuerungszentrum auszumachen. Die kommunale Entwicklung Essens unterschied sich erheblich von der Recklinghausens und Mülheims – weniger „Ruhr-“ denn „Rhein“stadt – unterlag lange anderen kommunalen Verwaltungsregularien als die alte Reichs- und Hansestadt Dortmund.¹¹ Sollte es so etwas wie ein *Hidden Capital* des Ruhrgebiets geben, das zwar nicht gewählt und demokratisch legitimiert, aber durch Einfluss und Koordinationsgewalt maßgebend wirken kann, dann liegt das allerdings und mit ziemlicher Sicherheit im wohlhabenderen Süden und nicht im Norden des Ruhrgebiets. Der Sozialäquator des Ruhrgebiets, der heute gemeinhin an der A40 festgemacht wird, bildete sich im 19. Jahrhundert, wenn die Grenze auch keine Verkehrsader für LKW und PKW, sondern eine Wassergrenze war, und entlang der Kloake des Gebiets, der Emscher, verlief.¹² Auch die meisten der Koordinationspunkte für die Interessenaushandlung liegen bis heute im Süden, vor allem in Essen. Al-

10 Franz-Josef Brüggemeier/Thomas Rommelspacher: Umwelt, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 513.

11 Hans Luther: Zusammenbruch und Jahre nach dem ersten Krieg in Essen. Erinnerungen des Oberbürgermeisters Dr. jur. Dr. med. h.c. Hans Luther, Sonderdruck, Essen 1958, S. 8.

12 Lutz Budraß/Eva-Maria Roelevink: Die Macht der Entwässerung. Die Emscher-Genossenschaft und die Erfindung des Ruhrgebiets, Bielefeld 2024; Detlef Vonde: Revier der großen Dörfer. Industrialisierung und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet, Essen 1989, S. 15 f.

lerdings, eine ebenso wichtige Grenze verlief zunächst zwischen West und Ost. Sie wurde erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts durch das segregierte Wachstum von Süd nach Nord abgelöst. Wie auch immer, es ist unwahrscheinlich, dass es sie auf Sicht geben wird, die immer mal wieder diskutierte Ruhrhauptstadt, schon allein des Namens wegen.¹³ Denn im Ruhrgebiet gehen eben nicht nur die Stadtbezeichnungen ineinander über, was oft als großes Ganzes missinterpretiert wird. Die gelben Stadteingangs- und -ausgangsschilder bedeuten keineswegs nur eine räumliche Verdichtung, sondern sie markieren Grenzen, kommunalpolitische in jedem Fall.

Mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Genese der Interessenformationen insbesondere des 19. Jahrhunderts lässt sich überspitzt formulieren, dass die aktiv betriebene Nicht-Regierung durch „Berlin“ eine der wohl prägendsten Kollektiverfahrungen der Menschen im Ruhrgebiet, unabhängig ob Arbeiter oder Industrieller, darstellte.¹⁴ „Berlin“ war nicht nur geografisch weit weg, sondern auch sonst zunächst nur wenig an diesem Gebiet im seit 1815 preußischen Westen interessiert. Und als sich das wirtschaftliche Gewicht abzeichnete, der Raum schließlich zum „industriellen Herz“ geworden war, erschien die damit einhergehende sozioökonomische Herausforderung so außerordentlich und außerdem für die Regierungs- und Staatsbeamten derart unique, dass man Problemlösungen und die Verankerung von Regulationsmechanismen am liebsten der Selbstorganisation vor Ort überließ, statt sie zu oktroyieren.¹⁵

Tatsächlich wurde aus dem Ruhrgebiet unzählige Male, von verschiedenster Seite und durchaus vehement nach Ordnung durch das politische Zentrum gerufen. Vorgenommen wurde sie aber nicht und wenn, dann nur zeitverzögert und auch insgesamt nur wenig ordnend. Zwar schickte „Berlin“ zum Ende des 19. Jahrhunderts seine aussichtsreichsten Ministerialbeamten in den Industriebezirk,¹⁶ das aber in erster Linie, damit sie die aus Berliner Sicht einflussreiche und nur schwer überschaubare Chaosstruktur studierten, Kon-

takte knüpften und die nebenbei erlernten Winkelzüge später anderswo einsetzen konnten. Im 19. Jahrhundert zögerte „Berlin“ und veränderte die Rahmenbedingungen nur, wenn sich vor Ort keine „Macht“ fand, die die Ordnung selbsttätig herstellen konnte. Es war deshalb die Selbstorganisation, die das eigentliche Signum des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert darstellte. Man half sich selbst, das durchaus, wenn auch verspätet, in der Vorstellung liberalisierter Entscheidungsräume, keineswegs aber war man dabei „frei“. Denn für „Berlin“ war wichtig, dass die nationale Zugehörigkeit und auch Untertänigkeit herausgestellt wurden, und zwar unabhängig von Forderung oder Interessensformation.

Selbstredend gelang das den Vertretern der Wirtschaft besser als den lohnabhängigen Arbeitern, die per se als politisiert galten und dabei gleichgesetzt wurden, entweder mit der verhassten Sozialdemokratie auf Reichsebene oder den ebenfalls aus Sicht des Obrigkeitsstaats widerspenstigen, jedenfalls nicht verlässlichen Katholiken. Allerdings, auch die Beziehung von „Berlin“ und den Wirtschaftsvertretern und Industriellen war keineswegs eine rein verbundene oder harmonische. Von der Ministerialbürokratie und der Regierung wurden die Industriellen durchaus mit Argwohn betrachtet. Die Verbürgerlichung, der Bau repräsentativer Wohndomizile, das von einigen, aber längst nicht allen übernommene politische Engagement, die Kultivierung einer gemeinsamen Frontstellung gegen die Sozialdemokratie, das alles waren auch Versuche der Industriellen, in die Elite des Obrigkeitsstaates aufzusteigen. Vollends gelang das nur wenigen, etwa, wenn ihnen Adelstitel verliehen wurden. Nichtsdestotrotz, den einen Hegemon hatte das Ruhrgebiet in Berlin nicht und auch in Düsseldorf oder in Münster war der starke und regulierende, ja, der eine problemlösende Staat nicht zu finden. Das Fehlen staatlich übergeordneter Einflussnahme wurde kompensiert durch Maßnahmen der Selbstorganisation und war daher begleitet von der Schaffung unzähliger Organisationskörper, die in ihrer Logik nicht etwa die Gemeininteressen des Industriebezirks in den Vordergrund

13 Dietmar Bleidick: Ort ohne Ort? Erinnerungsort Ruhrstadt, in: Stefan Berger u.a. (Hg.): Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets, Essen 2019, S. 46–63.

14 Gary Herrigel: Industrial Constructions: The Sources of German industrial Power, Cambridge 1996, S. 3–19, S. 34–57, S. 120 f.

15 Luther, Zusammenbruch, S. 67, S. 93.

16 Ottfried Dascher: Einführung in die Quellenkunde zum Ruhrgebiet, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 570.

stellten, sondern Partikularinteressen vertraten. Und da ein politisches Zentrum fehlte, bürgerte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Selbstbezeichnung „Rheinisch-Westfälischer Kohlen- und Industriebezirk“ ein. Lediglich durch einen Bindestrich verbunden und zusammengefügt aus zwei Provinzteilen, auf der Grundlage von Kohlenvorkommen und einer nicht weiter spezifizierten Industrie, vertraten aber von gemeinsam organisierten Interessen, war dies die zeitgenössisch geläufigste Gebietsbezeichnung. Die Bezeichnung „Ruhrgebiet“ dagegen setzte sich erst seit den 1920er und dann vollends seit den 1970er Jahren durch.¹⁷

Zunehmende statt abnehmende soziale Unterschiede

Von zunehmenden Unterschieden, aber nicht einem einheitlichen Standard waren die Lebensverhältnisse geprägt. Bis in unsere Tage klafft zwischen dem Süden und dem Norden des Ruhrgebiets eine erhebliche Wohlstandslücke, die weniger gekennzeichnet ist durch einen gelebten Revolutionsgeist oder eine Krawallneigung als vielmehr durch eine bemerkenswerte Akzeptanz der „Verhältnisse“. Der „Ruhri“, sollte es diesen Einheits-typ denn überhaupt geben, lebt und bewegt sich vorwiegend auf seiner Scholle, ob sie ihm nun gehört oder gemietet ist. Und er mag sie. Was kümmert ihn da die Distinktions- oder Kirchturmpolitik der benachbarten Stadt, die ohnehin nicht an der Ruhr, sondern an der Em-scher liegt? Wenn es ihn heute wegzieht, den „Ruhri“, dann ganz aus seinem „Revier“ heraus, nach Köln, Hamburg oder besser noch nach Berlin, mitunter nach Frankfurt, kaum aber nach München.

Den entdeckungsfreudigen Ruhrgebietsmenschen zieht es in die Stadt, das lässt sich feststellen. Dann hören die Gemeinsamkeiten allerdings schon auf. Aus dem Inneren heraus stellt es keine Einheit dar, das Ruhrgebiet, ganz besonders nicht sozial.¹⁸ Denn es war die Erfahrung der Segregation durch die eigenartigen Stadt-Land-Unterschiede im 19. Jahrhundert, die den Raum entscheidend geprägt haben.¹⁹ Und da das Ruhrgebiet nie eine zentrale, oder eine auf ein Zentrum zulaufende städtebauliche Urbanität ausbildete, blieb die Lebenserfahrung halbländlich geprägt, besonders im Norden. Es war dabei ein relativer, aber kein übermäßiger, hart erarbeiteter Wohlstand, weniger aber die Erfahrung von bitterer Armut, die auf die Menschen im 19. Jahrhundert im Ruhrgebiet einwirkte. Das Unzufriedenheitspotenzial – jedenfalls das als existentiell wahrgenommene – wurde dadurch stark eingedämmt. Die Annahme einer „Fundamentalpolitisierung“ als Folge karger und bettelarmer Lebensverhältnisse ist für das Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts deutlich zu scharf. Die berüchtigten Mietskasernenstädte, die gab es in Berlin und in anderen industriellen Zentren, kaum aber im Ruhrgebiet.²⁰

Stärker als eine vermeintliche Fundamentalpolitisierung wirkte das Streben nach Aufstieg und nach einer Verortung in dem als unübersichtlich und chaotisch wahrgenommenen Raum. Denn eigentlich waren die Aufstiegsmöglichkeiten im 19. Jahrhundert nicht schlecht. Im Vergleich waren sie, auch für Zugewanderte, durchaus beachtlich. Bis zum Hauer konnte er es, obschon überwiegend ungelernt, jedenfalls in einigen Zeitfenstern, bringen, der Zuwanderer, und das war deutlich mehr als das, was in Schlesien möglich war.²¹ Schwieriger wurde das Leben für den in aller

¹⁷ Manfred Rasch: Zwei Provinzen – ein Wirtschaftsraum? Zur Wahrnehmung des „Ruhrgebiets“ durch Montanindustrielle im 19. Jahrhundert, in Karl Ditt/Klaus Tenfelde (Hg.): Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn u.a. 2007, S. 225–258, v.a. Tab. S. 259–261.

¹⁸ Klaus Peter Strohmeier/David Gehne/Sebastian Kurtenbach: Kleinräumige Segregationseffekte von Bergwerksstilllegungen im Ruhrgebiet am Beispiel ausgewählter Kommunen (ZEFIR-Materialien, RUB, Bd. 7), 2015; Susanne Henle: Industriekultur und Architektur, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 242 f.

¹⁹ Dieter Langewiesche: „Staat“ und „Kommune“. Zum Wandel der Staatsaufgaben in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 248, 1989, S. 621–635.

²⁰ Ebd., Zit. S. 630.

²¹ Christoph Kleßmann: Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet: Soziale Lage und gewerkschaftliche Organisation, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.): Glück auf, Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979, S. 116–118.

Regel jungen und ungebundenen Zugezogenen erst mit der Bindung, mit der Gründung einer Familie, der Zeugung vieler Kinder und im fortgeschrittenen Alter.²² Da zwar die Einstiegslohne in der Industrie hoch waren, es dann aber keine dynamische Erhöhung mit steigender Erfahrung gab, hielt das Einkommensniveau mit der individuellen Entwicklung nicht Schritt. Eine Entlastung durch ein zweites Einkommen war eher die Ausnahme als die Regel. Denn im Ruhrgebiet ging die Arbeiterfrau zumeist keiner Arbeit nach, jedenfalls nicht für Lohn, und schon gar nicht im Bergbau oder in der Hütte. Das war keineswegs die Konsequenz einer Verbürgerlichung oder der Versuch, bürgerliche Lebensweisen zu imitieren, sondern es gab kaum Erwerbstätigkeitsmöglichkeiten für „sie“.²³

Die fehlende oder nur spärlich vorhandene Möglichkeit, im Ruhrgebiet als Diensthilfskraft zu arbeiten, ist wohl eines der deutlichsten Kennzeichen für die nur schmale bürgerliche Bewohnerschicht, aber auch dafür, dass eine Verstädterung hier nicht stattfand, sondern es lediglich zu einer, wenn auch außerordentlichen, räumlichen Verdichtung kam.²⁴ Alle Hände voll zu tun hatte „sie“ trotzdem. Die vielen Kinder und die verbreitete und als proletarische Sittenwidrigkeit verdamnte Kostgängerei wurden von den Arbeiterfrauen gestemmt, auch die von den Montanunternehmen geförderte Selbstversorgung durch die Bewirtschaftung von Stall und Garten und auch die vielen Umzüge im Leben einer Arbeiterfamilie waren wohl zuvorderst eine Angelegenheit der Frauen, die der Fluktuation, also der Kündigung und dann der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle dagegen die Sache der arbeitenden Männer.²⁵ Beides, die nur spärliche weibliche Lohnarbeit und ihr breiter Ausschluss von den

über „Assoziationen“ vorgenommenen Vergesellschaftungen²⁶ und zudem die häufigen Umzüge, hemmte die Ausbildung eines übergreifenden Zusammenhalts in erheblichem Maße. Eine stark vergemeinschaftende Bedeutung kam der Konfession zu, das aber eben nur partiell, besonders ausgeprägt wohl unter den katholischen Zuwander:innen, und damit keineswegs umfassend. In der katholischen Soziallehre fand sie sich aber immerhin, die Aufforderung zum „Solidarismus“.²⁷

Selbstverständlich entwickelten sich ein gemeinsames Handeln und auch kollektivierte Interessen, aber die *eine* solidarische Ausformung zu dem *einen* kollektiv handelnden Akteur bildete sich im 19. Jahrhundert nicht. Bemerkenswert an der Geschichte der Arbeit im Ruhrgebiet ist, dass die Solidarisierung als Möglichkeit, gemeinsame Interessen durchzusetzen, ausgesprochen spät wahrgenommen, spät mobilisiert und spät formalisiert werden konnte und wurde. Die Ursachen für die sozialen Unterschiede, die es bis heute zuhauf gibt, die aber hingenommen und wenig kritisiert werden, wurzeln in der Vergangenheit und in der ungestümen Wachstumszeit des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert, sie sind aber verworrener und deutlich weniger stringent als man zunächst annehmen will.

Wirtschaftliche Differenz statt montanhomogen

Wirtschaftlich ist das Ruhrgebiet heute keine kohlenraubenschwarze Veranstaltung mehr. Und auch historisch gesehen, mit Blick auf das 19. Jahrhundert, war die Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebiets facettenreicher als die Vorstellung vom „montanindustriellen Treibhaus[]“ es annehmen lässt.²⁸ Die oft identifizierte Einheit von Kohle, Eisen und Stahl durch die Verbundwirtschaft war

22 Heinz Reif: Soziale Lage und Erfahrungen des alternden Fabrikarbeiters in der Schwerindustrie des westlichen Ruhrgebiets während der Hochindustrialisierung, in: Archiv für Sozialgeschichte 22, 1982, S. 6–14, S. 26–37.

23 Kift, Männerwelt, S. 7 f.

24 Toni Pierenkemper: „Dienstbotenfrage“ und Dienstmädchenarbeitsmarkt am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte 28, 1988, S. 174 f., S. 176 f., S. 188 f.

25 Werner Berg: Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Großbritannien im Übergang zum „organisierten Kapitalismus“. Unternehmer, Angestellte, Arbeiter und Staat im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes und von Südwales 1850–1914, Berlin 1984, S. 265–268.

26 Ulrike Weckel: Der „mächtige Geist der Assoziation“. Ein- und Ausgrenzungen bei der Geselligkeit der Geschlechter im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 38, 1998, Zit. S. 57, S. 57–77.

27 Dietmar Süß/Meik Woyke: Der Geruch von Weihrauch und Achselschweiß? Überlegungen zu einer Geschichte der Solidarität, in: Archiv für Sozialgeschichte 60, 2020, S. 11–27, Zit. S. 13.

28 Werner Plumpe: Kapital und Finanzmarkt, in: Karl-Peter Ellerbrock (Hg.): Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert, Münster 2017, Zit. S. 118.

eine zwar bald organisierte, aber bereits auf Betriebsebene nur scheinbare; zudem waren andere Gewerbe- und Industriezweige selbstverständlich vorhanden.

Dabei litt die Wirtschaft des Ruhrgebiets unter einem Manko: „Banks and bourse are the beating heart of any economy, taking money from where it is in surplus and lending it out again to where it is most needed.“²⁹ Die Ausbildung eines leistungsfähigen Finanzsystems fand im Ruhrgebiet aber nicht statt. Aus der Tatsache, dass sich trotz pulsierender und kapitalintensiver Montanwirtschaft keine im Ruhrgebiet angesiedelte Banken- und Finanzwirtschaft für die Industriefinanzierung ausbildete, oder dem Umstand, dass sich viele Unternehmen des Maschinenbaus eher außerhalb des Ruhrgebiets ansiedelten, die Konsumgüterproduktion im Ruhrgebiet niedriger blieb als außerhalb, lässt sich aber nicht schlussfolgern, dass es keine anderen Gewerbe gab. Sie hatten es allerdings schwer, denn die Kehrseite des sich bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts einstellenden montanwirtschaftlichen Übergewichts, die geologische Ursachen hatte – Bergbau lässt sich eben nur betreiben, wo es abbaubare Vorkommen gibt –, bedeutete eben auch, dass sich die Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern seit der Schaffung einer massentransportfähigen Infrastruktur effizient besorgen ließ. Die Lebensmittelversorgung erfolgte von außen und kam aus dem Münsterland, aus Ostwestfalen, dem Lippegebiet und den Niederlanden.³⁰

Heute wird das Ruhrgebiet kaum mehr über die gegenwärtige Wirtschaftsstruktur eingeordnet, verknüpft ist es vielmehr noch immer mit der Montanwirtschaft der Vergangenheit. Fast enttäuscht äußern sich Besucher darüber, dass es heute „erstaunlich grün“ ist im Ruhrgebiet, dass die Luft nicht ruß- und rauchschwanger ist, es sich sogar ganz gut atmen lässt, im Ruhrgebiet. Dass es kurios ist, binnen weniger Minuten in einer Stadt zu sein und dass nur wenige Straßenzüge hinter der etwas heruntergekommenen Einkaufszone die Wohnsiedlung mit Eigentum beginnt, während auf der anderen Straßenseite die Bausünden der 1950er bis 1970er Jahre ein

etwaig aufkommendes wohliges Gefühl gleich wieder im Keim ersticken. Dass es Grünflächen gibt, viele sogar, sie sich aber nicht als gezielt und ehrwürdig angelegter Ring um den Stadtkern legen, sondern oftmals als große und nicht mehr genutzte Industrieflächen auf merkwürdige Art da sind, dass einige der in die Grünflächen integrierten Industriedenkmäler bei Nacht bunt angestrahlt werden und es statt altem Baumbestand eher widerstandsfähige Birken sind, die die Vegetation ausmachen. Für die auswärtigen Betrachter:innen konfligiert das heutige Ruhrgebiet sicherlich mit der Vorstellung der kohlenrabenschwarzen und montanindustriellen Vergangenheit. Das tut die sozialromantische Komplementärerzählung aber auch. Man hört ihn zwar hier und da, den verehrten Ruhrgebietslang – hart, aber herzlich –, im Supermarkt zum Beispiel.³¹ Aber je nachdem, in welchem Straßenzug des weiterhin hoch segregierten Raumes man sich befindet, wird das Bild heute dominiert von einer der vielen modernen und postmodernen Subkulturen, die sich auch anderswo finden lassen. Für einen grundlegenden Deutungswandel und eine neue Wahrnehmung des Ruhrgebiets reicht es wohl aber noch nicht, dafür ist das Bild der kohlenrabenschwarzen Vergangenheit, aber auch das des sozialromantischen Zusammenhalts, noch zu stark.

Denn es ist auch heute noch ausgesprochen schwierig, es kennenzulernen, dieses Ruhrgebiet. Die Besuchsplannung jedenfalls ist anspruchsvoller als der Besuch irgendeiner Metropole. Die aufwendig erhaltene Industriekultur, die touristischen Besucherorte des Ruhrgebiets, sind im Süden konzentriert und zugleich dezentral verstreut. Für den Besucher, der sich Orientierung von einer Karte verspricht, ist keineswegs verständlich, warum der Raum nach einem Fluss benannt ist, der eher am Rande als im Zentrum der Städte- und Siedlungsagglomeration verläuft. Die Ruhr als namensgebender Fluss, zwar frühzeitig ausgebaut, war schon sehr bald nach dem Take-Off – dem Moment also, in dem das wirtschaftliche Wachstum eine große Dynamik und eine eigene Logik ausbildet – nicht mehr die wirtschaftliche

29 John M. Kleeberg: *The Disconto-Gesellschaft and German Industrialization: A Critical Examination of the Career of a German Universal Bank, 1851–1914*, (Ms. Oxford) 1988, Zit. S. 116.

30 Dieter Ziegler: *Verkehr und Transport*, in: Karl-Peter Ellerbrock (Hg.): *Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert*, Münster 2017, S. 696 f.

31 Ludger Claßen: „Undazzollense uns woanners erss mal nammachen!“. Erinnerungsort „Ruhrdeutsch“, in: Stefan Berger u.a. (Hg.): *Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets*, Essen 2019, S. 633–648.

Hauptschlagader des Gebiets. In der eigentlichen Wachstumsphase war es ein anderer Fluss, der das Ruhrgebiet mittig durchschnitt. Die Emscher transportierte allerdings weder Güter noch Menschen, sie transportierte den Dreck, die giftigen Industrieabfälle, die Grubenwasser und die organischen Hinterlassenschaften der vielen Menschen aus dem Gebiet heraus. Mit dem offen geführten Abwasserkanal wollte man sich allerdings nicht identifizieren; daher wurde von den Zeitgenoss:innen auch nicht im Geringsten darüber nachgedacht, ihren Arbeits- und Wohnraum als „Emschergebiet“ zu bezeichnen. Die bis heute sozialräumliche Gliederung des Ruhrgebiets war eine Konsequenz des montanindustriellen Übergewichts. Andere Branchen und Industriezweige hatten daran kaum einen Anteil. Denn natürlich wurde auch das organisiert.

Organisation als Imperativ

Das Ruhrgebiet entwickelte sich als Industrie- und Ballungsregion im 19. Jahrhundert und im innerdeutschen Vergleich verspätet, dann aber ausgesprochen zügig und schubhaft. Der Umstand, dass eine einheitliche politische Linienführung fehlte und keine einheitliche Strukturpolitik betrieben wurde, sorgte zunächst für hochgradig chaotische Verhältnisse. Die Landgemeinden wuchsen in einem ähnlichen und außerordentlichen Tempo wie die alten Städte, vom Süden an der Ruhr hoch in den Norden, zur Emscher, und dann weiter in die Lippegegend.³² Der wesentliche Treiber dieses Wachstumsschubs war der Kohlenbergbau. Er war standortgebunden, ließ sich also nicht verlagern. Und das hatte raumgestaltende und auch raumprägende Konsequenzen.

Die Preisanfälligkeit der Kohlenmärkte und die Konjunkturanfälligkeit der Eisen- und Stahlmärkte hatten Effekte auf den regionalen Arbeitsmarkt und das Leben der Menschen, und zwar unabhängig davon, ob sie nun im „Pütt“ arbeiteten, Puddler oder Hüttenarbeiter waren, in der Bauindustrie ihren Lebensunterhalt

verdienten oder als eine der wenigen Näherinnen im Nebenerwerb zur Aufbesserung des Familieneinkommens beitrugen. Die Schwankungen der Preise und der Konjunkturen, insbesondere zwischen den 1850er und 1890er Jahren, wirkten tief hinein in die Strategiebildung und -planung der Industriellen, genauso wie in die Lebensverhältnisse der oft just zugezogenen Menschen. Bei den Industriellen setzte sich sukzessive die gemeinsam vorgenommene Koordination, die Absicherung ihrer unternehmerischen Entscheidungen mittels organisierter und eigens reglementierter Bedingungen, durch. Ebenso setzte sich bei den Arbeitern vor dem Hintergrund starker Repression und dem Gefühl individueller Ohnmacht das Bewusstsein durch, dass es aussichtsreicher war, gemeinsam für die Verbesserung der eigenen Lage einzutreten. Die Suche nach dem richtigen „Organisationsprinzip“ wurde zentral, für Unternehmer wie für Arbeiter.³³

Aber das war ein Prozess mit Lernerfolgen und mit wiederholten Erfahrungen des Scheiterns, und keineswegs setzte er unmittelbar mit der Industrialisierung ein. Veränderung und Wandel im Ruhrgebiet waren nicht allein von einem abstrakten Wirtschaftswachstum oder einem technischen Wandel bestimmt, dem die Menschen – ob nun Unternehmer oder Arbeiter – ausgeliefert waren, sondern sie waren das Ergebnis von Entscheidungskonstellationen und damit nicht zuletzt die Folge von „aktivierbarem Entscheidungspotential“.³⁴ Der sich aus dem Chaos herausbildende Imperativ zur Selbstorganisation schlug sich in Zusammenschlussbestrebungen nieder. „Die Konkurrenzwirtschaft bedeutete die vollständige und stets erneuerte Reorganisation des produktiven Organismus in der Richtung privatwirtschaftlicher – und in sehr vielen Fällen auch sozialer – Zweckmäßigkeit durch die Methode des Niederkonkurrierens des privatwirtschaftlich – und in sehr vielen Fällen auch sozial – Unangepaßten“,³⁵ so formulierte es Joseph Schumpeter.

32 Klaus Tenfelde: Soziale Schichtung, Klassenbildung und Konfliktlagen im Ruhrgebiet, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 128.

33 Gerhard Beier: Einheitsgewerkschaft: Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte 13, 1973, S. 207.

34 Margrit Müller: Organisatorischer Strukturwandel als Reaktion auf wahrgenommene Knappheit, in: Hans Siegenthaler (Hg.): Ressourcenverknappung als Problem der Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1990, Zit. S. 142.

35 Joseph Schumpeter: Art. Unternehmer, in: HdSW, Bd. 8, 1928, S. 476–487, Zit. S. 478.

Dieser Druck sorgte im Ruhrgebiet nicht etwa dafür, dass das eigene und individuelle Interesse – sei es nun das des Industriellen oder das des Arbeitnehmers – im Alleingang durchgesetzt wurde. Vielmehr entwickelte sich die Organisation zum wesentlichen Vehikel für die Interessendurchsetzung. Sie wurde zum Mittel der Wahl. Denn für die Menschen, die bereits in der Gegend lebten, und auch für die große Zahl derjenigen, die ins Ruhrgebiet zogen, stellte sich bald heraus, dass ein Alleingang die Möglichkeit zum Erfolg keineswegs erhöhte. Da reichte ein Spaziergang über den Hof eines Werks, der Gang in eine Kneipe oder der Abend im Knappenverein oder auch im Klub, um zu erleben, dass das ausgeschlossen war. Denn es war zügig dicht und eng, regelrecht überfüllt. Diese Erfahrung verringerte Segregationseffekte nicht, sondern steigerte sie. Den Einzelnen wurde auf diese Weise aber bewusst, dass es große Interessenübereinstimmungen mit vielen anderen gab. Und so fand man sich, dann wurde organisiert und reorganisiert, natürlich Vereine für die wenige Freizeit, aber auch exklusivere Zusammenkünfte wurden geschaffen.

Nicht wenige Vereine und Vereinigungen blieben lockere Zusammenkünfte. Keineswegs – etwa bei den Arbeitern – mündete ein reges Vereinsleben zwangsläufig in starke und geschlossen agierende Gewerkschaften. Als „Kartell[] auf dem Arbeitsmarkt“, mit einem Gegner, den Arbeitgebern, war die Gewerkschaft lediglich *eine* unter vielen Möglichkeiten der Organisation.³⁶ Aber manche Vereine und Vereinigungen wurden langsam zu kristallinen Interessensformationen, mit Statuten und dann formalen Regularien, die auch die Missachtung oder das Zuwiderhandeln sanktionierten und auf diese Weise eine starke Geschlossenheit auf der einen Seite und eine Herausbildung von kollektiv geteilten Interessen oder Zuständigkeiten auf der anderen Seite ermöglichten. Aus technischen Kreisen und Klubs bil-

deten sich zuweilen Vereine zur politischen Interessendurchsetzung. Dort wurde die Durchschlagsfähigkeit zur Durchsetzung der eigenen Interessen getestet und dann, nicht selten, in eine neue Interessenformation verlagert.³⁷

Die Zeitgenoss:innen des 19. Jahrhunderts durchlebten einen Wandel, von dem wir uns heute kaum mehr eine Vorstellung machen können. Die Erfahrung war tief und einschneidend, permanent, und er griff die meisten der alten und von den Älteren übernommenen Wahrheiten ganz grundsätzlich an. Das erzeugte eine erhebliche Bewegung und kumulativ wirkend auch Druck, bemerkenswerterweise wurde er im Ruhrgebiet aber nicht durch Maschinenstürmerei aus dem Kessel gelassen.³⁸ Ohnehin haben Streiks – und auch Aussperrungen – zwar als zentral für die Aushandlung des Verhältnisses von Arbeit und Wirtschaft in der Moderne zu gelten; hüten sollte man sich allerdings davor, den Streik oder die Aussperrung als „normal“ zu bewerten. Das gilt in besonderem Maße für das Ruhrgebiet, wo, entgegen dem Erinnern an die großen Arbeitskämpfe, die Streikneigung insgesamt gering war und auch die Industriellen in erster Linie mehr an ruhigen Abläufen in ihren Betrieben interessiert waren als daran, die soziale Frage in ihren Werken zu lösen.³⁹ Hüten sollte man sich aber auch, daraus ein grundsätzlich ausgeglichenes Verhältnis von Arbeit und Wirtschaft abzuleiten. Der Druck wurde vielmehr kanalisiert und bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in ein organisiertes Netz gebracht.

Interessenorganisation bot die Möglichkeit, die Belange und Forderungen zu ordnen, zu gewichten und zu vertreten. Sie war ein zentrales Mittel der Selbstorganisation. Das setzte ein starkes Autonomieverständnis des Einzelnen voraus, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts keineswegs verankert war. Der Einzelne hatte sich gewissermaßen zunächst selbst zu ermächtigen,

36 Thomas Welskopp: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000, Zit. S. 256.

37 Thomas Welskopp: Der Betrieb als soziales Handlungsfeld: Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte, in: GG 1, 1996, S. 126–133.

38 Rolf Peter Sieferle: Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984, S. 66–71, S. 81 f.

39 Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann: Zur Geschichte des Streiks in Deutschland, in: dies. (Hg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 9–11; Jan Kellershohn: Streiknarrative zwischen gewerkschaftlichen und regionalen Zeitschichten, in: Stefan Berger u.a. (Hg.): Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets, Essen 2019, S. 846–863.

bevor er eine Identifikation des eigenen Interesses vornehmen konnte. Denn die vorindustrielle Zeit kannte keine Verbände, Gewerkschaften oder Interessenorganisationen in einem modernen, uns heute geläufigen, funktionsdifferenzierten Sinne. Ordnung wurde bis weit in das 19. Jahrhundert noch in der Ordnungstradition der Ständegesellschaft hergestellt, wobei die Position und die Teilhabe an gesellschaftsrelevanten Fragen aus der Standeszugehörigkeit heraus abgeleitet wurde.⁴⁰ Für das spätere Ruhrgebiet war das eine wichtige Vorprägung, denn erst mit dem Übergang zur modernen Wettbewerbsgesellschaft, der „Konkurrenzwirtschaft“ wie Schumpeter formulierte, veränderte sich das grundlegend, und zwar zuerst für die Unternehmer und erst später für die Arbeiter. Für alle Zeitgenossen aber wurde offenbar, dass kollektive Akteure mit Interessenbindung – und nicht mehr nach Standeszugehörigkeit gegeben – wirksame Körperschaften für die Vertretung der eigenen Ziele darstellten.⁴¹

Moderne Organisationen – und im Unterschied zu vorindustriellen Zwangsgemeinschaften wie etwa Zünften – vertreten partielle Interessen. Die moderne Organisation integriert damit nie die gesamte Person, gewissermaßen den ganzen Menschen, sondern bündelt Ausschnitte eines aktiven oder passiven Interesses. Für das 19. Jahrhundert hieß das: Wenn die Organisation gebildet war, musste aus den kollektivierte Partikularinteressen eine Vertretung nach außen hergestellt werden.⁴² Eine Organisation war dabei immer mit einer sich wandelnden und zudem organisierten Umwelt konfrontiert, sie musste sich daher fortwährend anpassen und dabei die Möglichkeiten und Erwartungen nach außen austarieren. Eine Organisation hatte aber nicht bloß nach außen, sondern auch nach innen zu wirken: Sie hatte die Interessen der Mitglieder zu koordinieren und auf eine gemeinsame Linie zu bringen und sie hatte die Ziele nach außen zu verdichten und möglichst durchzusetzen. Formulierte Ziele und Forderungen im Falle eines gewerkschaftlich geführten Streiks, aber auch die Kollektivierung der Entscheidung gegen die Aufnah-

me eines Arbeitskampfes, was der weit häufigere Fall war, konnten eine solche Linie darstellen. Die internen Aushandlungsprozesse sind dabei nicht zu unterschätzen. Oftmals, eigentlich in aller Regel, war der Prozess der inneren Abstimmung der Mitgliedsinteressen mit erheblichen Informations-, Aushandlungs- und auch Kommunikationsproblemen verbunden und keineswegs trivial, zumal sich bei Organisationen mit vielen Mitgliedern alsbald eine Distanz zwischen den Organisationsfunktionären und der Mitgliedschaft ausbildete.

So war gerade die Streikneigung der lohnabhängigen Mitgliedschaft an konjunkturellen Tiefpunkten am höchsten. Gewerkschaftsfunktionäre dagegen wussten frühzeitig, dass Zugeständnisse der Arbeitgeberseite, wenn überhaupt, eher im konjunkturellen Auftrieb durchsetzbar waren. Die Funktionäre mussten sich deshalb bemühen, einen Streikausbruch in der als akut wahrgenommenen Krisensituation zu verhindern und auf den Zeitpunkt relativer Verbesserung zu verschieben. Dieses Missverhältnis von akut artikuliertem und kollektivem Handlungsdruck und dem Versuch der Planung durch die Gewerkschaftsspitzen sorgte für erhebliche Konflikte innerhalb der Gewerkschaften, zumal sie im Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert an die Lebenslage ihrer Mitglieder geknüpft blieben. Die Mitgliedschaft in einer der Richtungsgewerkschaften war und bedeutete mehr als die Interessenvertretung dem Arbeitgeber gegenüber. Ein leitendes Motiv für die Mitgliedschaft konnte auch die Ethnie sein, die Konfession oder die politische Ausrichtung. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft bedeutete folglich nicht allein das artikuliert Interesse nach einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, sondern griff weiter aus: Sie bedeutete auch soziale, politische und nationale Zuordnung. Dieser Umstand, der durch die gegenseitigen Abgrenzungsbestrebungen der Gewerkschaften und ihres Profils nur noch verstärkt wurde, schwächte die Gewerkschaftsentwicklung im 19. Jahrhundert erheblich. So war der erreichte Mobilitätsgrad zwar beachtlich, er blieb aber hinter den Möglichkeiten zurück. Insgesamt vollzogen die Gewerk-

⁴⁰ Clemens Wischermann: Die institutionelle Revolution in Deutschland (1800–1870), in: ders./Anne Nieberding (Hg.): Die institutionelle Revolution. Eine Einführung in die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2004, S. 126.

⁴¹ Ebd., S. 126 f.

⁴² Karl E. Weick: Der Prozeß des Organisierens. Übersetzt von Gerhard Hauck, Frankfurt a.M. 1985, S. 11–38; Welskopp, Betrieb, S. 126–139.

schaften im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts den Sprung zur modernen Organisation deshalb nicht.⁴³

Gleichwohl, von Trial-and-Error-Erfahrungen geprägt waren auch die Organisationsversuche der Industriellen. Zunächst dominierte hier die Vertretung allgemeiner industrieller Interessen, und zwar um eine Mitsprache oder überhaupt Sprachfähigkeit den politischen Entscheidern gegenüber zu erlangen. Dann bildeten sich regionale und branchenspezifische Organisationen, schließlich politische Kampfverbände und zudem – aber erst sehr spät – entschieden sich die Ruhrindustriellen für eine gezielte und organisatorisch eigenständige Arbeitgebervertretung für den Kampf gegen die organisierten Arbeiter. Auch unter den Industriellen gab es erhebliche Reibungen, Konflikte und damit einhergehend Verschiebungen im Organisationsgeflecht. Ihre Organisation entwickelte sich genauso wenig gradlinig oder linear, wie die gewerkschaftliche Formierung zu Richtungsgewerkschaften planvoll verlief.⁴⁴

Es waren selbstgegebene, im staatlich vorgegebenen rechtlichen Primärrahmen konsensual hergestellte und dann durchgesetzte Sekundärregeln, die die Organisationen beider Spektren zusammenhielten. Das je selbstgegebene Regelkorsett, besonders wenn der Regelverstoß mit Sanktionen belegt war, bildete dabei den Treiber für den gezielten Regelbruch und fungierte gleichsam als Ansatzpunkt für die Veränderung der Organisationsordnung.⁴⁵ Durchgestochene Informationen bei exklusiver Interessenbindung, in einem Syndikat etwa, oder angedrohte Austrittsbewegungen ganzer Belegschaften aus einer Gewerkschaft gehörten zu solchen Regelbrüchen. Die entscheidende Frage war dann, ob es der betreffenden Organisation gelang, eine Klugheit – einen Ausgleich – aus Regelmissachtung und Regeleinhaltung

zu generieren und damit Bindung, Stabilität und auf dieser Grundlage schließlich auch Durchsetzungsfähigkeit nach außen zu erzeugen.⁴⁶

Regelbruch und Regelanpassung waren zentral für die Funktionsfähigkeit einer Organisation. Anders als die alte, oft missverstandene These von Max Weber, die als Folge (politischer) Bürokratie Erstarrung annahm,⁴⁷ war es gerade in der Entstehungsphase der modernen Organisationen wesentlich, Regelbrüche zu integrieren, um Veränderungen an der Organisation vornehmen zu können. Aus einer historischen Betrachtung ist ein Weber entlehnter Idealtyp ohnehin zu vernachlässigen; besonders die Organisationsentwicklung des Ruhrgebiets lässt sich kaum in dieser Weise verstehen. Organisationsmacht bedeutet vielmehr, die inhärente Dynamik von Organisationen ernst zu nehmen und sie nicht auf primärrechtlich gesetzte Hierarchisierungen oder perspektivisch auf eine politisch vorgenommene Rahmensezung zu verengen. In der idealtypischen Sicht bliebe die Organisationsentwicklung in den Spektren Arbeit und Wirtschaft letztlich auf die bloße Verteilung von Besitz oder eben Nicht-Besitz reduziert. In einer etwas erweiterten Sicht stellt Organisationsmacht dagegen eine Beziehung bzw. ein fortwährend aufeinander bezogenes Kräfteverhältnis dar, und zwar nach innen wie nach außen und zwischen den Organisationen.⁴⁸ Und unter dieser Perspektive ist dann keineswegs klar, dass *die Ruhrbarone* im 19. Jahrhundert die Herrschaft über *die Arbeiter* erlangten und als Machthaber *die Masse* in die Rolle der bloß Untergebenen zwangen.

Mit einem vergleichenden Blick auf die britische Entwicklung zeigt sich, kausal oder strukturell vorgegeben war dieses Kräfteverhältnis, das gerne aus dem 20. Jahrhundert, insbesondere den 1920er Jahren, auf das 19. Jahrhundert zurückprojiziert wird, ohnehin nicht.

⁴³ Berg, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 306 f.

⁴⁴ Beier, *Einheitsgewerkschaft*, S. 207–210.

⁴⁵ Stefan Kühl: *Brauchbare Illegalität. Vom Nutzen des Regelbruchs in Organisationen*, Frankfurt a. M. 2020, S. 10 f., S. 17.

⁴⁶ Ebd., S. 37.

⁴⁷ Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie*. Unvollendet, 1919–1920. MWG I/23, hrsg. v. Knut Borchardt, Edith Hanke und Wolfgang Schluchter, v.a. Kap. 1, § 5–§ 16; Renate Mayntz: *Max Webers Idealtyp der Bürokratie und die Organisationssoziologie*, in: dies. (Hg.): *Bürokratische Organisation*, Köln u.a. 1969, S. 27–35.

⁴⁸ Erhard Friedberg: *Zur Politologie von Organisationen*, in: Willi Küpper/Günther Ortmann (Hg.): *Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen*, Opladen 1988, S. 39–52; Werner Plumpe: *Industrielle Beziehungen*, in: Gerold Ambrosius/Dietmar Petzina/Werner Plumpe (Hg.): *Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen*, 2. Aufl., München 2006, S. 391, S. 394–396, S. 412–421.

Die Industriellenorganisationen im britischen Bergbau etwa entwickelten sich erst im späten 19. Jahrhundert und eindeutig als Reaktion auf die erfolgreiche Organisation der Bergarbeiter. Anders aber als im Ruhrbergbau waren die Bergarbeitergewerkschaften dort strikt interessen- und kaum lagebezogen. Wenn sich auch seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die industriellen Beziehungen dort zu einer Konfliktbeziehung entwickelten, waren die Unterschiede zwischen dem Ruhrbergbau und dem britischen Format industrieller Beziehungen besonders im 19. Jahrhundert erheblich.⁴⁹ Anders gestalteten sich die Verhältnisse in den belgischen Montanrevieren. Dort kam es seit den 1840er Jahren zu Zusammenschlüssen der Arbeitgeber. Kartelle und Syndikate wurden gegründet, aber auch Zusammenschlüsse gegen die Arbeitnehmer vorgenommen. Die Gewerkschaftsentwicklung verlief dort etwa zeitgleich und damit eher im Gleichschritt denn als Ergebnis eines organisatorischen Reiz-Reaktion-Schemas.⁵⁰ Im US-amerikanischen Kohlenbergbau wiederum, der gemessen an der Förderung die europäischen Kohlenregionen bei weitem übertraf, allerdings auch einen schier gigantischen Binnenmarkt zur Verfügung hatte, kam es schon seit den 1840er Jahren zur Gewerkschaftsbildung. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts setzten sich dort Tarifverträge durch, die auf dem Prinzip der „konkurrierenden Gleichheit“ basierten.⁵¹ Konzentrationstendenzen gab es dort zwar auch, was sich in Großbritannien und den USA aber nicht entwickelte, war eine tief organisierte Kartellierung und Syndizierung unter Unternehmenseignern. Für die im Ruhrgebiet ausgesprochen gewerkschaftsbeißende Haltung der Industriellen war die Kartellierung und Syndizierung indes von entschei-

dender Bedeutung, obschon die Kartelle formal nie für die Regelung der Arbeitsbeziehungen zuständig waren. Im Organisationssetting, das sich im Ruhrgebiet bildete, war die Syndizierung dennoch entscheidend, weil sie für eine gemeinsame Produktions-, Preis- und Absatzorganisation sorgte. Damit lag eines der wenigen Felder für die Unternehmer, in dem sie außerordentliche, nicht kollektiv erwirtschaftete Gewinne erzielen konnten, in der Beeinflussung der Arbeitskosten und damit in der Lohnpolitik ihrer Werke. Die „Interessensaggregation“, die „corporate bias“, die durch die sich durchsetzenden Kartellierungen und Syndizierungen erzeugt wurde, bildete die wesentliche Grundlage für die Arbeitgeber in ihrer Haltung den Arbeitnehmern gegenüber.⁵²

Besonders im 20. Jahrhundert wurde das im 19. Jahrhundert gebildete Organisationssetting des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks von Außenstehenden gleichermaßen gefürchtet wie mit Neid betrachtet. Organisationsdichte und Organisationsvermögen bildeten die Besonderheit des Ruhrgebiets. Denn nach außen wirkten die Organisationen nicht nur geschlossen und schlagkräftig, sondern sie waren auch weit über das Ruhrgebiet hinaus von hohem Gewicht.⁵³ Die organisierte Wirtschaft und die organisierte Arbeit bildeten im Ruhrgebiet am Vorabend des Ersten Weltkriegs einen hoch aggregierten, wenn auch systemisch disparaten Gegensatz, der aber trotz Arbeitskämpfen arbeitsfähig blieb. Ohne diese Organisationskonstellation wäre der „Burgfrieden“ im Ersten Weltkrieg wohl kaum möglich gewesen.

Dieses spezifische Organisationssetting schälte sich im 19. Jahrhundert heraus; und es verleiht dem Ruhrgebiet bis heute eine besondere Prägung. Denn gerade weil

-
- 49 Roy A. Church: Ursprünge und Niedergang des „Tripartismus“ in der britischen Kohlenindustrie 1889 bis 1988, in: Gerald D. Feldman/Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989, S. 22–29.
- 50 Ginette Kurgan-van Hentenryk/Jean Puissant: Die industriellen Beziehungen im belgischen Kohlenbergbau seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in: Gerald D. Feldman/Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989, S. 165–170.
- 51 David Brody: Arbeitsbeziehungen im amerikanischen Kohlenbergbau. Probleme einer Industrie im Wandel des Wettbewerbs, in: Gerald D. Feldman/Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989, S. 66–77, Zit. S. 75.
- 52 Bernd Weisbrod: Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau. Vom „Herr-im-Haus“ zur Mitbestimmung, in: Gerald D. Feldman/Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989, Zit. S. 109.
- 53 Werner Plumpe: Unternehmerverbände und industrielle Interessenpolitik, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 656.

es keinen unangefochtenen Hegemon – und zwar weder in Politik noch in Wirtschaft und Arbeit – hervorbrachte, die Interessen vielmehr hochgradig divergent blieben, mussten sich die Einzelinteressen organisieren, zumindest um den eigenen Bedürfnissen und Erfordernissen Gehör zu verschaffen. Damit war es weniger ein wie auch immer gearteter „Wilder Westen“ aus Einzelkämpfen als vielmehr ein dichtes Organisationsnetz, das das Ruhrgebiet durchwirkte, wenn es auch eine hochgradig ambivalente und volatile Wirkung hatte. Das gilt für die vielfach konstatierte Übermacht der „Ruhrbarone“ genauso wie für die vermeintliche Ohnmacht der Arbeiterschaft. Sie waren eben nicht homogen, die Interessen, sondern es war die Organisation der hochgradig auseinanderstrebenden Interessen, die in der Retrospektive des 20. Jahrhunderts zu diesem Urteil veranlasste. Zeitgenössisch in ihrer Reinform als „Amalgamation“ oder „Syndikalismus“ bezeichnet, bildete die Interessenorganisation *das* eigentliche Bindemittel des „Ruhrgebiets“.

1. Ein zersplitterter Raum und nur wenige partikulare Interessen: Das „Ruhrgebiet“ nach 1800

Vom beschaulichen Fleckchen zur infrastrukturellen Erschließung

Um 1800 handelte es sich bei dem Raum, aus dem sich später das Ruhrgebiet entwickeln sollte, um eine Ansammlung von mehr oder weniger beschaulichen, nebeneinander liegenden und wirtschaftenden Fleckchen.⁵⁴ Sogar Wildpferde soll es im dünn besiedelten Emscherbruch gegeben haben – jedenfalls wurde das später, als es darum ging, die Bodenpreise im Emschergebiet in die Höhe zu treiben, von den adeligen Boden- und Rittergutsbesitzern einigermaßen nostalgisch so verbreitet.⁵⁵

Politisch zergliedert handelte es sich um eine Ansammlung von Gebieten, die vor allem landwirtschaftlich geprägt waren, wenn auch aufgrund der Bodenqualitäten große Unterschiede in der Bewirtschaftungsform bestanden. Eine Reihe von Städten entlang des alten Hellwegs – Duisburg, Mülheim, Essen, Bochum und Dortmund – existierte, zudem einige Ackerbürgerstädtchen.⁵⁶ Während des Übergangs vom Mittelalter in die Neuzeit hatte eine Bevölkerungsabnahme eingesetzt. Die Städte am Hellweg prosperierten nicht wie zahlreiche andere Städte von der frühneuzeitlichen Blüte, sondern sie schrumpften.⁵⁷ In den Hellwegstädten beheimatet war auch ein Handwerk, es war aufgrund der abnehmenden Bevölkerung und der eher geringen Kapitalkraft aber nicht prägend entwickelt oder auf das eine maßgebliche Gewerbe ausgerichtet.⁵⁸ In Kettwig, zur Reichsabtei Werden gehörig, dann aber dem Großherzogtum Berg zugeschlagen, gründete Johann Wilhelm Scheidt Ende des 18. Jahrhunderts eine Textilunternehmung. Die erste Maschine erwarb er deutlich später von Gottfried Wilhelm Brügelmann, der, in einiger Entfernung bei Ratingen, schon längst in diesen ersten Leitsektor der Industrialisierung investiert hatte und dazu die englische Innovation, einer Spinning Jenny ähnlich, importiert hatte. Die spätere Tuchfabrik in Kettwig brachte es zur Blüte und auch der unternehmerische Erfolg stellte sich ein. Prägend wurde die Textilindustrie für das Ruhrgebiet aber nicht, obschon die von Scheidt erreichten Absatzradien wohl beachtlich waren. Die Absatzmärkte für die das Gebiet dominierende Landwirtschaft blieben währenddessen lokal und nah. Gleichwohl, um die Wende zum 19. Jahrhundert war, wie in vielen anderen Agrarregionen, die reine Subsistenzwirtschaft bereits einer Hinwendung zur Marktingegration gewichen. Der Handel der Agrarerzeugnisse und auch der Handwerkserzeugnisse konzentrierte sich

54 Vgl. beispielhaft zur Entwicklung eines Ruhrgebietsdorfs: Helmuth Croon/Kurt Utermann: Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet, Tübingen 1958, S. 9–31.

55 Prosper Edmund Devens: Die Wildpferde im Emscherbruch, in: Vestische Zeitschrift 13, 1904, S. 17–21.

56 Axel Heimsoth: Die Wiederentdeckung des Hellwegs im 19. Jahrhundert. Die Rolle der Infrastruktur im Rahmen von Modernisierungsdebatten, in: Westfälische Zeitschrift 159, 2009, S. 303–319.

57 Wolfgang Köllmann: Beginn der Industrialisierung, in: ders. u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 16.

58 Hans Spethmann: Das Ruhrgebiet im Wechselspiel von Land und Leuten, Wirtschaft, Technik und Politik, Bd. 1: Von der Vorrömerzeit bis zur Gestaltung des Reviers in der Mitte des 19. Jahrhunderts, [1933] Nachdruck Essen 1995, S. 128–171.

auf Dortmund und Mülheim am Hellweg und Witten an der Ruhr.⁵⁹

Im Umfeld des später umrissenen Ruhrgebiets waren es um 1800 vor allem das Textilgewerbe im nördlichen Rheinland,⁶⁰ das sauerländische Kleiseisengewerbe und die siegerländische Eisenerzeugung,⁶¹ die sich protoindustriell zu Gewerbelandchaften mit überregionaler Marktorientierung und -integration entwickeln konnten.⁶² In Duisburg gab es gut ein Dutzend Tabakfabriken, die immerhin ein Sechstel der preußischen Tabakimporte verarbeiteten, in Mülheim waren einige Textil- und Papierfabriken und auch ein Lederverarbeitungsgewerbe angesiedelt; in Kettwig fertigte Scheidt seine Tuche.⁶³ Während einzelne Gewerbe damit zumindest auf dem Sprung in eine protoindustrielle Entwicklung waren, war die später so prägende Montanwirtschaft, verglichen jedenfalls mit anderen deutschen Montanregionen, stark rückständig. Bei Aachen, an der Saar und in Ober- und Niederschlesien florierte das Geschäft mit abgebauter Steinkohle längst. Die dortigen Unternehmer, ob unter staatlicher Regie

oder nicht, waren bereits über den unsystematischen „Raubbau“ von Steinkohle hinausgekommen. Dort gab es bereits verbrauchende brennstoffintensive Betriebe,⁶⁴ in denen die vor Ort geförderte Kohle zum Einsatz kam. Im späteren Ruhrgebiet war das noch ganz anders.⁶⁵ Einen Industrialisierungsfaktor stellten die reichen Kohlenvorkommen um 1800 noch nicht dar. Bekannt waren die Kohlenvorkommen aber schon lange.⁶⁶ An einigen Stellen, beiderseits der Ruhr, traten die Flöze, die in das Gestein eingebetteten Kohlenschichten, zu Tage. Über die Beschaffenheit des Deckgebirges, den Mergel, der die Vorkommen gen Norden überlagerte, die charakteristische Stockwerkstektonik, überhaupt die geologische Beschaffenheit des nordwesteuropäischen Kohlengürtels wusste man zu diesem Zeitpunkt in der Region aber noch sehr wenig.⁶⁷

Das spätere Ruhrgebiet war politisch ein Raum nicht integrierter Herrschaftsbereiche.⁶⁸ Besonders der Teil des „Ruhrgebiets“, der später zur Rheinprovinz gehörte, profitierte von der niederländischen Handelshegemonie des frühen 17. Jahrhunderts. Mit dem Niedergang

-
- 59 Friederike Scholten-Buschhoff: Die Landwirtschaft in der Ruhrzone im 19. Jahrhundert, in: Bodo Hombach (Hg.): Heimat Ruhr. Fluss, Tal, Siedlung seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Münster 2020, S. 121–129, v.a. Abb. S. 123.
 - 60 Peter Kriedte: Proto-Industrialisierung und großes Kapital: Das Seidengewerbe in Krefeld und seinem Umland bis zum Ende des Ancien Regime, in: Archiv für Sozialgeschichte 23, 1983, S. 219–266.
 - 61 Adelheid von Saldern: Netzwerke und Unternehmensentwicklung im frühen 19. Jahrhundert: Das Beispiel der Schoeller-Häuser, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 2, 2008, S. 147–176.
 - 62 Michael North: Von der atlantischen Handelsexpansion bis zu den Agrarreformen (1450–1815), in: ders. (Hg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. Aufl., München 2015, S. 144–153; Dieter Ziegler: Das Zeitalter der Industrialisierung (1815–1914), in: ebd., S. 226–229; Christian Kleinschmidt: Vom Hinterland zum internationalen Wirtschaftszentrum. „Westfalen und die Welt“ vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, in: Karl-Peter Ellerbrock (Hg.): Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert, Münster 2017, S. 23–31.
 - 63 Klara von Eyll: Kammern der gewerblichen Wirtschaft, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 605 f.
 - 64 Kriegs- und Domänenrat Richter, 1735, zit. n. Wolfgang Köllmann: Vom Knappen zum Bergarbeiter. Die Entstehung der Bergarbeiterschaft an der Ruhr, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.): Glück auf, Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979, S. 23.
 - 65 Toni Pierenkemper: Zur wirtschaftlichen Entwicklung ostmitteleuropäischer Regionen im 19. Jahrhundert, in: ders. (Hg.): Regionen und Regionale Industrialisierung. Zur wirtschaftlichen Entwicklung ostmitteleuropäischer Regionen im 19. Jahrhundert, Aachen 2009, S. 7–16; s. auch die Beiträge in: Toni Pierenkemper: Die Industrialisierung europäischer Montanregionen im 19. Jahrhundert, Stuttgart 2002.
 - 66 Kurt Pfläging: Die Wiege des Ruhrkohlenbergbaus. Die Geschichte der Zechen im südlichen Ruhrgebiet, Essen 1979, S. 12–50.
 - 67 Horst M. Bronny/Wilfried Dege: Raumpotential und Raumstruktur an der Schwelle zur Industrialisierung, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 81–110; Nora Thorade: Das Schwarze Gold. Eine Stoffgeschichte der Steinkohle im 19. Jahrhundert, Paderborn 2020, S. 3–9.
 - 68 Heinz Reif: Landwirtschaft im industriellen Ballungsraum, in: Wolfgang Köllmann (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 337–339.

des Goldenen Zeitalters war es allerdings auch mit der wirtschaftlichen Blüte schnell wieder vorbei.⁶⁹ Während der napoleonischen Zeit wurde die territoriale Zergliederung ein Stück weit reduziert. Weiterhin aber blieb der Raum von unterschiedlichen Herrschern regiert und wirtschaftspolitisch merkantil eingefasst. Die Kontinentalsperre zeigte Wirkung,⁷⁰ aber eine geringere als für die deutlich weiter entwickelten Textilzentren am Rhein. Einen beschränkten Nutzen konnten die Erfinderunternehmer, wie der aus bescheidenen Verhältnissen stammende Franz Dinnendahl, aus der Wirtschaftsblockade ziehen. Vor der Konkurrenz geschützt, konstruierte er Dampfmaschinen und tüftelte an anderen Innovationen, die in England entwickelt und dort schon längst adaptiert waren. Die aus den Niederlanden eingewanderte Familie Krupp war dagegen bereits bis zum Vorabend der Kontinentalsperre durch den Handel mit Kolonialwaren zu großem Wohlstand gekommen. Das protoindustrielle Leinen-, Garn- und Seidengewerbe im Umfeld des Ruhrgebiets und auch das Eisen- und Metallwarengewerbe des Bergischen Lands waren über Import- und Exportbeziehungen weltweit vernetzt. Die Kaufleute belieferten mit ihren angekauften Rohstoffen und Halbfertigwaren die örtlichen Gewerbetreibenden, importieren dabei aus Spanien, Italien und der Schweiz, aus der Neuen Welt und aus Asien, und sie handelten mit Kolonialwaren aus der Karibik.⁷¹ Die Krupps, Honoratioren in Essen, vertrieben zunächst Tabak und Gewürze, dann auch Porzellan, Zucker und hochwertige Textilien. Die Handelsüberschüsse wurden investiert, in Immobilien, aber auch in Gewerbe und Unternehmungen. Eine der frühen Eisenhütten des Ruhrgebiets, mit kleiner angeschlossener Gießerei, gehörte zu diesen risikostreuenden Investitionen. Helene Amalie Krupp,

„eine Frau von mehr als 50tausend Thaler[n]“,⁷² die engagiert und klug anlegte, überließ ihrem Enkel, Friedrich Krupp, die Hütte und versuchte währenddessen ihr Handelsunternehmen durch den infolge der Kontinentalsperre erheblich gestörten Handel zu steuern. Es wurde geschmuggelt, das wohl auch organisiert, wobei Krupp und ebenso Aletta Haniel in Ruhrort – wie Helene Amalie Krupp verwitwet und ebenfalls mit der Fortführung des Handelsgeschäfts befasst – von den niederländischen Netzwerken profitierten, in die ihre Handelsunternehmungen eingebunden waren. Über die „informelle Ökonomie“ des Schmuggels während der Kontinentalsperre ist nicht allzu viel bekannt.⁷³ Klar ist aber, der Enkel Helene Amalie Krupps, Friedrich Krupp, verbiss sich eher in die Eisentechnik als in die Kunstfertigkeit des Schmuggels. Als seine Großmutter 1810 verstarb, veräußerte er das eingeseessene Handelsgeschäft, das seiner Familie den Wohlstand gebracht hatte, und setzte alles auf die „Kunst des Stahlkochens“.⁷⁴ Krupp zählte damit zu den Unternehmerdynastien des späteren Ruhrgebiets, die nicht nur weltbekannt wurden, sondern bereits ein eigenes Handelsgeschäft unterhielten, als sie sich der Montanwirtschaft zuwandten. Bis das allerdings gelang, die „Kunst des Stahlkochens“ Verbreitung fand und auch die reichen Kohlenlagerstätten privatwirtschaftlich ausgebeutet werden konnten, sollte es noch Jahrzehnte dauern. Daher starben nicht wenige der technischen Pioniere, Franz Dinnendahl und auch Friedrich Krupp, mittellos, wenn auch nicht verarmt. Denn Kapital gab es im Ruhrgebiet durchaus, es war aber bis in die 1850er Jahre schwer zu mobilisieren,⁷⁵ jedenfalls stand es nicht für industrielle Wachstumsvorhaben zur Verfügung.⁷⁶ Zudem reichte die nachahmende Tüftelei für die Schaffung und Begründung prosperie-

69 Ulrich Pfister: Die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft (ca. 1450–1850): ein endogenes Modell, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2, 2003, S. 61–63.

70 Margit Schulte-Beerbühl: Schmuggel am Rhein während der Napoleonischen Kriege, in: Thomas Becker/Dominik Geppert/Helmut Rönz (Hg.): Das Rheinland auf dem Weg nach Preußen 1815–1822, Wien u.a. 2019, S. 281–304.

71 Ebd., S. 283.

72 Gottfried Wilhelm Wiskott über seine Lehrzeit, 1805, in: Klaus Tenfelde/Thomas Urban (Hg.): Das Ruhrgebiet – ein historisches Lesebuch, Bd. 1, Essen 2010, S. 104–108, Zit. S. 108.

73 Schulte-Beerbühl, Schmuggel, Zit. S. 282, S. 294–300.

74 Harold James: Krupp. Deutsche Legende und globales Unternehmen, München 2011, S. 16–19.

75 Knut Borchardt: Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Rudolf Braun u.a. (Hg.): Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte, Köln u.a. 1972, S. 216–236.

76 Richard H. Tilly: Die Industrialisierung des Ruhrgebiets und das Problem der Kapitalmobilisierung, in: ders.: Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung. Gesammelte Aufsätze, Göttingen 1980, S. 65–68.

render Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie bei weitem noch nicht aus.⁷⁷ Ohnehin waren die Tüftler, die die Hilfe von britischen, dann belgischen, französischen und holländischen Fachkräften zu nutzen wussten,⁷⁸ eher ein Übergangsphänomen. Sie wurden schon bald von den eingesessenen Kaufleuten abgelöst, die die ersten unternehmerischen Aktivitäten entfalteten. Und ihre Neuerungen waren weniger technischer Natur, sie bestanden vielmehr in „Organisationsinnovationen“.⁷⁹

Bevor sie aber aufkommen und verankert werden konnten, wurde das spätere Ruhrgebiet zunächst ein weiteres Mal neu geordnet. Mit den Beschlüssen des Wiener Kongresses kam es vollständig unter preußische Herrschaft. Werden und Essen fielen an Preußen, ebenso das Vest Recklinghausen, die Grafschaft Mark und auch die Freie Reichsstadt Dortmund. Damit war das Ruhrgebiet als einheitlich administrierter Raum aber keineswegs geschaffen. Einmal längs durch das Gebiet verlief nun die Grenze zwischen der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen.⁸⁰ Während die wirtschaftlich dynamische Rheinprovinz vor einem erneuten Ausgreifen Frankreichs schützen sollte, wurde in der Provinz Westfalen ein in Konfession und wirtschaftlicher Entwicklung eher disparates Gebiet zusammengefasst.⁸¹ Als einheitliches, wirtschaftlich und auch sozial zusammenhängendes Gebiet wurde das Ruhrgebiet aber 1815 von Friedrich Wilhelm III. nicht gesehen. Und auch im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts wurde dem Ruhrgebiet die politische Einheit nicht gewährt.⁸²

Etwa seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden Landschaften zu erschlossenen Räumen, Sumpfgebiete trockengelegt und Böden kultiviert. Zu den großen Strukturmaßnahmen gehörten auch die hydrologischen Zählungen, die Begradigungen und Korrekturen

der Flüsse als Abhilfe gegen regelmäßig wiederkehrende Hochwasser, aber auch zur verkehrsinfrastrukturellen Erschließung. Die damit einhergehende Erweiterung der Räume, die sich wirtschaftlich in einer Zunahme der Marktintegration und sozial als Steigerung der Mobilität, nicht zuletzt der Arbeitsmobilität, niederschlug, war für die Entwicklung hin zum Ruhrgebiet von großer Bedeutung.⁸³

Schon seit der Mitte des 18. Jahrhunderts war der niedere Rhein „eingehegt“ und „bezwungen“ worden, wie man es damals formulierte. Der Ober- und Mittelrhein wurde seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts einer „Korrektion“ unterzogen. Der Rhein stand damit als zentrale westeuropäische Verkehrsader zur Verfügung. Für das werdende Ruhrgebiet bedeutete das die Verbesserung der Verkehrsanbindung zunächst nach Norden und dann auch gen Süden. Seit 1804 wurde ein erheblicher Teil der bestehenden Zollstellen am Rhein abgebaut. Ein erstes, wenn auch noch mäßiges Handelswachstum setzte ein. Profitiert haben hiervon zunächst die bedeutenden Städte am Rhein, v.a. Köln. Die meisten Waren des Ruhrgebiets wurden aber nicht in Köln, sondern in Wesel umgeschlagen, denn auf diese Weise ließ sich der Kölner Stapel umgehen. Mülheim und besonders Duisburg erlebten einen Aufschwung als Handels- und Umschlagplatz für Stückgüter, eine Agglomeration von Händlern konnte sich dauerhaft etablieren, wenn auch das Geschäft vorerst im beschränkten Rahmen blieb. Ruhrort entwickelte sich dagegen zum Umschlagplatz für Massengüter, insbesondere für Kohle und Roheisen, die über die Ruhr bzw. den Rhein zugeführt wurden.⁸⁴ Die mit dem Wiener Kongress vorgenommene zwischenzeitliche Vereinigung der Niederlande und Belgiens bedeutete allerdings eine Schwächung des gerade in Bewegung geratenen Absatzgeschäfts den Rhein hi-

77 Walther Däbritz: Unternehmergestalten aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Friedrich Krupp und Franz Dinnendahl, Friedrich Harkort, Friedrich Grillo. Mit einem Anhang: Vorschlag zur Schaffung einer Rheinisch-Westfälischen Biographie, Jena 1929, S. 1–20.

78 Rainer Fremdling: Die Rolle ausländischer Facharbeiter bei der Einführung neuer Techniken im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte 24, 1984, S. 2–6, v.a. S. 15–20 u. S. 25–43.

79 Wischermann, Institutionelle Revolution, Zit. S. 83.

80 Spethmann, Bd. 1, S. 171–173; Jürgen Reulecke: Das Ruhrgebiet als städtischer Lebensraum, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 89.

81 Tenfelde, Schichtung, S. 131 f.

82 Hans Spethmann: Die Grosswirtschaft an der Ruhr. Eine Darstellung ihrer Grundlagen, Breslau 1925, S. 17–19.

83 Köllmann, Beginn, Tab. S. 36 u. S. 52.

84 Schulte-Beerbühl, Schmuggel, S. 286.

nab.⁸⁵ Die Vereinigten Niederlande verhängten für den Schutz ihrer bereits deutlich weiter entwickelten belgischen Kohlenwirtschaft einen Schutzzoll auf Importkohle. Die Händler in Mülheim orientierten sich um und forcierten nunmehr den Handel Richtung Süddeutschland; das war allerdings zunächst nur mäßig erfolgreich. Das Treideln die Ruhr hinunter machte die Kohle teuer, sodass der süddeutsche Raum günstiger mit der in der Saarregion abgebauten Kohle versorgt werden konnte. Erst 1831, mit der Mainzer Akte, die auf Sicht die Befreiung des Rheins bedeutete, und der Schaffung des Zollvereins steigerte sich der Absatz nach Süddeutschland deutlich.⁸⁶

Mit dem ausgebauten Rhein war die wichtige Nord-Süd-Verkehrs- und Transportanbindung hergestellt. Insbesondere die Städte und Gewerbe, die der Rheinprovinz zugehörig waren, lagen günstig, zumal sich seit den 1820er Jahren die Dampfschiffahrt auf dem Rhein durchsetzen konnte.⁸⁷ Für die Städte, die zur Provinz Westfalen gehörten, war die Verkehrs- und damit auch die Marktanbindung dagegen deutlich schlechter. Gerade für die westfälischen Städte wurden der Ausbau und die Kanalisierung der Ost-West-Verbindungen, die den Anschluss an den Rhein ermöglichten, daher zu einem wichtigen Anliegen.

Weitgehend bekannt und im kollektiven Gedächtnis verankert sind die Initiativen, die ergriffen wurden, um die Ruhr schiffbar zu machen. Der preußische Staat, obschon an der Ruhr, vom Tal in den Berg, bereits Kohle abgebaut wurde, interessierte sich aus fiskalischen Gründen mehr für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Saline Königsborn in Unna, weniger aber für die Transportmöglichkeiten der Ruhrkohle. Der schließlich vorgenommene Ausbau der Ruhr sollte den Planungen zufolge speziell dem Salztransport dienen.⁸⁸ Bereits 1735 lagen Ausbaupläne vor, und zwar für die

Ruhr und auch für die Lippe; realisiert wurden sie aber vorerst nicht. Erst seit 1780 war die Ruhr schließlich mit Aaken, flussabwärts unterstützt durch Segel, flussaufwärts im Treidelverkehr, befahrbar. Die auf der Ruhr verschifften Salzmengen steigerten sich planmäßig, es war aber der Transport von Ruhrkohle, der regelrecht explodierte. Profitiert haben von diesem ersten Boom insbesondere die bereits etablierten Gewerken, unter denen „die führende Oberschicht [...], d.h. die wohlhabenden, an der Industrie, vor allem, am Bergbau beteiligten Kapitalisten“ verstanden wurden. Ihr Kennzeichen war, dass sie „fast ausnahmslos den eingeborenen bürgerlichen Familien [entstammten, d. Verf.], zu denen mannigfaltige verwandtschaftliche Beziehungen bestehen geblieben waren“. Es handelte sich um zumeist regionale und familiär durch Heiratsverbindungen gestützte Netzwerke, die besonders in der späteren westfälischen Provinz stark auf die Traditionen und Privilegien der vormodernen Wirtschaft ausgerichtet blieben. Staatsbeamte oder Militärs waren dagegen in der Oberschicht des späteren Ruhrgebiets selten.⁸⁹ Zu den Gewerken zählten auch Handels- und Kohlenunternehmer, die sich, ebenfalls mittels familiärer Netzwerke, von der späteren Rheinprovinz her aufmachten, um die Möglichkeiten des Wettbewerbsprinzips zu nutzen und sich als „Unternehmer“ ganz anders zu verstehen. Hierzu zählten insbesondere die Haniels und Stinnes'.⁹⁰ Informeller Austausch, soziale Schließung nach außen und Kontaktpflege waren für diese personal stabilisierten Netzwerke zentral. Wesentlich wurde dann, dass sich die bestehenden Familien- und Verwandtschaftsnetzwerke der Oberschicht branchenbezogen verlagerten, vom Handel mit Kolonialwaren und Textilien zum Handel mit Kohle, und sich dabei auch zunehmend der Kohlenförderung zuwandten. Die Netzwerke blieben dabei zunächst in einer ausgesprochen vormodernen Fassung. Sie basierten auf

⁸⁵ Kurgan-van Hentenryk/Puissant, Belgischer Kohlenbergbau, S. 163–165.

⁸⁶ August Heinrichsbauer: Kohlenkontor Weyhenmeyer & Co. und die Süddeutsche Kohlenwirtschaft, [unveröffentl. Ms.], o. O. u. o. D. [1939], S. 5–7.

⁸⁷ Bronny, Raumpotential, S. 100.

⁸⁸ Dieter Burgholz: Salzgewinnung und -politik während des Niedergangs des alten Salinenwesens, in: Hans-Jürgen Teuteberg (Hg.): Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters“, Dortmund 1988, S. 253–255, S. 262–267.

⁸⁹ Paul Brandi: Essener Jahre (1944), in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 373–375, Zit. S. 373; Tenfelde, Schichtung, S. 129, s. auch Toni Pierenkemper: Köpfe. Einführung, in: Karl-Peter Ellerbrock (Hg.): Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert, Münster 2017, S. 44–53.

⁹⁰ Wischermann, Institutionelle Revolution, S. 73 f., S. 79–83.

sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital, was eine starke Abschließung, Distinktionsverhalten also, nach sich zog. Moderne Formen der Interessenartikulation bildeten sich einstweilen noch nicht.⁹¹ Erfolgreich waren die Oberschichten- bzw. Gewerken-Netzwerke an der Schwelle zur Industrialisierung aber allemal: denn gerade unter dem Einfluss des Ruhr-Handels-Netzwerks entwickelte sich die Ruhrschiffahrt keineswegs „frei“, sondern wurde durch das verflochtene System hochgradig konzentriert bearbeitet.⁹²

Die noch vormoderne, aber bereits exklusive Bindung des Ruhrverkehrs motivierte Andere zu alternativen Verkehrsüberlegungen. Kaum erinnert wird, dass in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sehr konkret darüber nachgedacht wurde, die Emscher durch einen neu auszuhebenden Kanal schiffbar zu machen. Unterstützer gab es für diese Überlegung einige. Für die Herrscher der Grafschaft Mark war dieser Plan besonders attraktiv, weil sich auf diesem Weg die Verkehrsabhängigkeit der Grafschaft von den Mülheimer Kaufleuten hätte brechen lassen.⁹³ Die Entscheidung für den Ausbau der Ruhr, und damit das Scheitern der Planspiele für die Emscher,⁹⁴ sind beispielhaft für die ersten und durch die Rhein-Ruhr-Netzwerke vorangetriebenen Bestrebungen, die eine Abstimmung der Gewerken der Rheinstädte voraussetzten. Gemeinsam formulierte und kollektiv eingebrachte Interessensbekundungen waren erforderlich, um für Gehör zu sorgen. Dass der Ruhr-Rhein-Verkehr schließlich ausgesprochen konzentriert, im Grunde von einer Handvoll Mülheimer und Ruhrorter Kaufmannsfamilien betrieben wurde, war ein erstes Ergebnis erfolgreicher Interessendurchsetzung. Das gelang mittels eines Schulterschlusses des Netzwerks und preußischer

Ministerialbürokratie, in einem modernen Sinne formalisiert oder organisiert war das Netzwerk aber nicht.

Soziale Bewegung? Die 1840er und 1850er Jahre

Einen Pauperismus, eine Massenarmut also, wie er in den Zentren der Märzrevolution auftrat,⁹⁵ hat es in den 1840er Jahren im „Ruhrgebiet“ nicht gegeben. Das lag nicht zuletzt daran, dass im späteren Ruhrgebiet die Phase der Protoindustrialisierung gewissermaßen ausgelassen wurde. Die zentralen Merkmale der Protoindustrialisierung, das Vorhandensein verdichteter Gewerbestrukturen, eine starke Ausrichtung auf den Absatz in überregionalen Warenmärkten und komplexe Organisationsformen – Verlage, Manufakturen, Protofabriken –, die ein starkes Bevölkerungswachstum auslösten, waren lediglich in Ansätzen, aber nicht markant vorhanden.⁹⁶ Es gab einen Handel – am Rhein –, mit der Ruhr eine Verbindung zum Rhein, Textil- und Zigarrenfabriken, und damit ein Quantum abhängiger und aus dem Handwerk stammender Lohnarbeiter. Prägend war aber weiterhin die Kleinbauernschaft. Die in den Zentren rege Vereinsbildung unter den Landwirten infolge der Hungerkrise fand im Ruhrgebiet aber kaum Niederschlag.⁹⁷ Mit einer Bevölkerungsdichte, die eher ab- als zunahm, sodass das Wachstumsniveau im Vormärz niedrig war, und einem eher schwach ausgebildeten Handwerk, gehörte das „Ruhrgebiet“ nicht zu den Zentren der sozialen und politischen Bewegung. Der im Nebenerwerb betriebene Steinkohlenbergbau an der Ruhr wirkte als Zubrot und sorgte mit dafür, dass eine heftige Pauperismuskrise nicht auftrat. Es kam nicht zu akuten Hungerkrisen und ebenso blieb das soziale Aufbegehren der Handwerker eine Ausnahmeerscheinung.⁹⁸ Streiks,

91 Saldern, Netzwerke, S. 149, S. 154, S. 158.

92 Olaf Schmidt-Rutsch: Schiffbarmachung und Schifffahrt auf der Ruhr, in: Bodo Hombach (Hg.): Heimat Ruhr. Fluss, Tal, Siedlung seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Bd. 2, Münster 2020, S. 111–125.

93 Max Horst: Die Pläne zur Schiffbarmachung der Emscher aus der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, Wanne-Eickel 1927, v.a. S. 25–33.

94 Zur später erneut aufkommenden Diskussion s. Paul Rohns: Ruhr-Canalisierung oder Emscher-Canal. Entgegnung auf die Denkschrift über die Bedeutung der Ruhr-Canalisierung und über den gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten, Hannover 1888.

95 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1815–1845/49, (Studienausgabe) München 2008, S. 281–296.

96 Ulrich Pfister: Proto-industrielles Wachstum: ein theoretisches Modell, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2, 1998, S. 21 f.

97 Hans-Joachim Behr: Staatliche Hilfen für die Landwirtschaft im Vormärz, in: Hans-Jürgen Teuteberg (Hg.): Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters“, Dortmund 1988, S. 75–93.

98 Tenfelde, Schichtung, S. 129, S. 132–139.

wie etwa der der Tucharbeiter in Lennep, im Bergischen Land, wo 1850 2.000 Arbeiter in den Ausstand traten, die gab es im Ruhrgebiet zu der Zeit nicht.⁹⁹

Ganz anders verfasste die noch keineswegs übergroße Gruppe der Bergleute im Konflikt- oder Forderungsfall Petitionen, die über den Behörden- und Beschwerdeweg gereicht, bewertet und entschieden wurden. Dieserart institutionell eingefasst waren die Bergleute im Ruhrgebiet weit entfernt davon, revolutionärem Gedankengut zu frönen.¹⁰⁰ Deutlich radikaler in ihrem Bestreben, die insbesondere wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ändern zu wollen, war im Vormärz, während und nach der Märzrevolution die durch Netzwerke stabilisierte Oberschicht. Sie brachte nicht nur die ersten Unternehmer hervor, sondern forcierte schon bald die Liberalisierung des ständisch verfassten Bergbaus, etwa im 1848 gegründeten *Berggewerkenverein zu Essen*.¹⁰¹ Von einiger Bedeutung für die Ausformung eines modernen Organisationswesens war dieser Verein, weil er sich von dem ganzheitlichen Prinzip der sozialen, kulturellen und ökonomischen Netzwerke löste und mit einer politischen Zwecksetzung ausgestattet für ein Partikularinteresse – die Befreiung des Bergbaus vom einschnürenden Direktionsprinzip – eintrat. Das bis dahin geltende Prinzip, das des Netzwerks, das ganze Personen, und nicht allein in ihrem ökonomischen Interesse, sondern auch in ihrer sozialen und kulturellen Verortung integriert hatte, befand sich bei den Unternehmern nunmehr, zumindest in der Tendenz, in der Auflösung.

Die erste Bewegung unter Arbeitern verbreitete sich indes nicht unter Berg- oder gar Hüttenarbeitern, sondern in den noch stark im Handwerk verhafteten Gewerben. Es waren Buchdrucker, Tabak- und Zigarrenarbeiter,

die sich während der 1848er-Revolution zu ersten Gewerkschaften, und zwar auf nationaler Ebene, zusammenfanden.¹⁰² Aufrührerische Buchdrucker gab es im späteren Ruhrgebiet eher wenige, wenn es auch Buchdruckervereine gab; Zigarrenarbeiter aber gab es einige. Am Rhein gelegen, basierte das Gewerbe auf guten Importbeziehungen zu den Niederlanden, nicht auf teurer Technik.¹⁰³ Daher entstand am Rhein und in Duisburg nicht von ungefähr ein Zentrum der niederrheinischen Arbeiterbewegung, die im Kern aber keine Arbeiter-, sondern eine Handwerkerbewegung blieb. Die Speerspitze der Zigarrenarbeiter in Duisburg, Martin Adolph Arronge, war zunächst Meister in einer der Duisburger Fabriken. Arronge wurde schließlich sogar, als einer der unternehmensnahen, jedenfalls gesprächsbereiten Arbeitervertreter, zum Präsidenten der *Association der Zigarrenarbeiter Deutschlands* gewählt. Neben festen Löhnen forderte Arronge, und damit auf der Linie der Association,¹⁰⁴ ein Verbot von Kinder- und auch Frauenarbeit, ferner richtete er eine Unterstützungskasse ein. Trotz seines gemäßigten Kurses – Arronge war keineswegs ein Revolutionär – löste sich der Verein jedoch auf Druck der preußischen Regierung bald auf.¹⁰⁵

Wenn auch dieses Beispiel auf den ersten Blick für eine lange Gewerkschaftstradition im Ruhrgebiet spricht, ist dieser Eindruck doch trügerisch und falsch. Nicht nur hatte Arronge kaum ruhrgebietspezifische Forderungen erhoben, auch ebte die versprengte Bewegung im Ruhrgebiet – und anders als in anderen sich entwickelnden industriellen Inseln – nach der Revolution schnell wieder ab. Das lag nicht nur daran, dass die Zigarrenarbeiter wie auch die Buchdrucker Einfluss in der sich formierenden Arbeiterbewegung verloren hatten, son-

99 Dieter Dowe: Legale Interessenvertretung und Streik. Der Arbeitskampf in den Tuchfabriken des Kreises Lennep (Bergisches Land) 1850, in: Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 31–52.

100 Tenfelde, Schichtung, S. 191.

101 Karl Rohe/Wolfgang Jäger/Uwe Dorow: Politische Gesellschaft und politische Kultur, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 421.

102 Welskopp, Brüderlichkeit, S. 257.

103 Margit Schulte-Beerbühl: Zwischen Leinen und Zigarren. Von Westfalen in die Karibik, nach Afrika und zurück (ca. 1660–1922), in: Marianne Bechhaus-Gerst/Fabian Fechner/Stefanie Michels (Hg.): Nordrhein-Westfalen und der Imperialismus, Berlin 2022, S. 79.

104 Franz Klüss: Die älteste deutsche Gewerkschaft. Die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes, Karlsruhe 1905, S. 3 f.

105 Willy Buschak: Gewerkschaftliche Organisation, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 732.

dern auch daran, dass die revolutionären Kräfte das spätere Ruhrgebiet verließen, entweder um der Verfolgung durch die Behörden zu entgehen oder um sich in den politischen Zentren der Sozialdemokratie, in Hamburg, Leipzig, Wuppertal, Braunschweig und dann auch in Berlin, zu engagieren. Das Revolutionspotenzial im Ruhrgebiet war 1848 und in den Jahren danach ausgesprochen gering. Die sich langsam entwickelnden Gewerbe bedeuteten eine erhebliche Verbesserung des Lebensstandards der noch vorwiegend in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung, und die Bergarbeiter waren längst noch nicht „freigesetzt“ und zusammenschluss- oder gewerkschaftsmotiviert. Und der noch sehr langsam zunehmenden Zahl der Zuwander:innen war im Ruhrgebiet etwas möglich, das in ihren Geburtsorten aus sozioökonomischen Gründen kaum denkbar war: Sie konnten ohne Beschränkung heiraten, eine Familie gründen und sich viele Kinder leisten, was dem Ruhrgebiet die im 19. Jahrhundert charakteristisch hohen und weit überdurchschnittlichen Geburtenüberschüsse einbrachte.¹⁰⁶ Während der 1840er und 1850er Jahre aber war das Ruhrgebiet alles andere als ein Hotspot der Revolution oder sozialpolitischer Unruheherd.¹⁰⁷

Wirtschaftliche Bewegung? Eisenbahnboom und industrielles Wachstum seit den 1840er Jahren

Die Aktivitäten der Unternehmer, der Gewerken im Besonderen, für die Liberalisierung des Bergbaus und auch für den Anschluss an das sich im Aufbau befindliche Eisenbahnnetz waren dagegen umso stärker.¹⁰⁸ Denn das Ruhrgebiet war keineswegs ein Raum, der früh vom Eisenbahnfieber erfasst wurde oder hier als „First Mover“ wirkte. Nach der 1835 erfolgten Eröffnung der ersten kurzen Strecke Nürnberg – Fürth wurde eine Strecke in Sachsen gebaut, denn der privat vorgenommene Eisen-

bahnbau präferierte nicht die Personenkilometer, sondern die Tonnenkilometer, die transportierten Güter also. Etwa seit der zweiten Hälfte der 1840er Jahre kam für das Ruhrgebiet Bewegung in die Transport- und Verkehrsfrage. Schritt für Schritt wurden Duisburg, Dortmund und Hamm an die Köln-Mindener Eisenbahn angeschlossen, die Bergisch-Märkische Bahn verband Wetter und Dortmund.¹⁰⁹ In der Tendenz wurden die Ost-West-Verbindungen stark, die Nord-Süd-Verbindungen innerhalb des Ruhrgebiets dagegen weniger forciert.¹¹⁰ Besonders für den Personenverkehr, d.h. also die Möglichkeit für den kommunikativen Austausch der Menschen im Ruhrgebiet, blieb das während des gesamten 19. Jahrhunderts ein Problem.¹¹¹ Wirtschaftlich bedeuteten der Ausbau und der Anschluss an das Eisenbahnnetz auf Sicht eine Konkurrenz zu den Wasserstraßen und ihren Händlernetzen. Dauerhaft sanken infolge dieser Wettbewerbskonstellation die Fracht- und Transportkosten bald ab und ermöglichten so eine stärkere Marktintegration.¹¹²

Der Eisenbahnbau schuf den wesentlichen Wachstumsimpuls, und zwar gerade für die sich im Aufbruch befindliche Montanindustrie des Ruhrgebiets. Für den Eisenbahnbau waren große Mengen Schienen, Räder und Kohle von Nöten. Und importieren wollte man die notwendigen Güter möglichst nicht. Nicht nur als Transportmittel, sondern besonders als Nachfrageaggregat trieb der Eisenbahnbau die Förderausweitung des Steinkohlenbergbaus sowie der Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie an.¹¹³ Zum Zentrum des Lokomotivbaus wurde das Ruhrgebiet, trotz der zeitgenössisch als günstig bewerteten Rohstoffgrundlage und der Tüftleraktivitäten der Pioniere seit den 1810er Jahren aber keineswegs.¹¹⁴ Mit Borsig und Wöhlert in Berlin, Kessler in Baden, der Maschinenfabrik Esslingen in Württemberg

¹⁰⁶ Tenfelde, Schichtung, S. 146, S. 157 u. Tab. S. 157.

¹⁰⁷ Richard H. Tilly: Sozialer Protest als Gegenstand historischer Forschung, in: ders.: Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung. Gesammelte Aufsätze, Göttingen 1980, Tab. 1, S. 178.

¹⁰⁸ Hermann Korte: Die Entfaltung der Industriestruktur, in: Wolfgang Köllmann (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 576–581.

¹⁰⁹ Weber, Entfaltung, S. 247–255.

¹¹⁰ Spethmann, Grosswirtschaft, S. 14.

¹¹¹ Klaus Tenfelde: Arbeiterschaft, Arbeitsmarkt und Kommunikationsstrukturen im Ruhrgebiet der 50er Jahre des 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 16, 1976, S. 39–59.

¹¹² Spethmann, Grosswirtschaft, S. 134.

¹¹³ Rainer Fremdling: Eisenbahnen und das deutsche Wirtschaftswachstum 1840–1876, 2. Aufl., Dortmund 1985, v.a. S. 60–85.

¹¹⁴ Weber, Entfaltung, S. 223.

Eva-Maria Roelevink

und Hartmann in Sachsen siedelte sich keiner der maßgeblichen Lokomotivbauer im Ruhrgebiet an.¹¹⁵

2. Die Entwicklung der Montanindustrie und die einseitige Interessenformation bis in die 1850er Jahre

Befreiung von der ständischen Fessel: Vom Direktions- zum Inspektionsprinzip

Geografisch weit entfernt befanden sich besonders in Sachsen die ersten Regionen, denen der Übergang von der vorindustriell oder protoindustriell geprägten Gewerberegion zu einer industrialisierenden Region gelang. Das hatte einiges mit den rechtlichen Rahmenbedingungen zu tun, die in Sachsen infolge von Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum frühzeitiger liberalisiert und damit auf Wettbewerbskurs gebracht worden waren. In den preußischen Gebieten verlief die Liberalisierung anders. Die preußischen Reformen seit 1807 zielten in erster Linie auf Ostelbien ab, auch waren sie keineswegs gänzlich davon motiviert, ein Wachstum in der Wirtschaft zu stimulieren. Sie hatten trotzdem starke Effekte und führten zu einer „multisectoral strategy of rural development“.¹¹⁶ Zum Grundsatz wurde 1808:

„Es ist dem Staate und seinen einzelnen Gliedern immer am zugänglichsten, die Gewerbe jedesmal ihrem natürlichen Gang zu überlassen, das heißt: keine derselben Vorzugsweise durch besondere Unterstützungen zu begünstigen oder zu heben, aber auch keine in ihrem Entstehen, ihrem Betriebe und Ausbreiten zu beschränken, insofern das Rechtsprinzip dabei nicht

verletzt wird, oder sie nicht gegen Religion, gute Sitten und Staatsverfassung anstoßen.“¹¹⁷

1810 wurden zudem der Zunftzwang aufgehoben und die freie Gewerbeausübung ermöglicht, wenn die Umsetzung auch dauerte und nach dem Wiener Kongress 1815 zunächst nicht weiter und gezielt an der umfassenden Durchsetzung gearbeitet wurde.¹¹⁸ Bis zum Wiener Kongress hatte sich im deutschen Wirtschaftsgebiet bereits eine Vielzahl gewerblicher und industrialisierender Inseln gebildet, deren Kennzeichen eine starke Handels-, wenn nicht sogar Exportorientierung war.¹¹⁹

Das spätere Ruhrgebiet konnte um 1815 allerdings schwerlich als eine dieser sich industrialisierenden Inseln bezeichnet werden. Denn während Handel und Gewerbe aus der staatlichen Sicherung und den Zünften entlassen worden waren, und sich die Gewerbebezweige damit sukzessive unter Wettbewerbsbedingungen entwickeln konnten, bildete der Abbau von Mineralien, zu denen die Steinkohle gehörte, eine wesentliche Ausnahme. Der Großteil des Steinkohlenbergbaus im späteren Ruhrgebiet fiel unter die 1766 ausgegebene „Revidierte Bergordnung für das Herzogtum Cleve, das Fürstentum Meurs und die Grafschaft Mark“. Mit der Revision hatte der preußische Staat seine Verfügungs- und Kontrollrechte über den Kohlenbergbau nicht etwa gelockert, sondern gefestigt.¹²⁰ Denn die „Erfahrung“ habe „bezeugt, wie sehr es Bergwerks-Liebhavern zum Schaden und Nachteil gereicht, wenn ihnen die Einrichtung des Baues [...] allein überlassen“ bliebe. „Unordnungen“, Streitigkeiten zwischen den Gewerken etwa, oder Konflikte zwischen den Gewerken und den „Arbeitern wegen des Arbeits-Lohns“ sollten, so war es bezweckt, mit der Revision beseitigt werden.¹²¹ Der Steinkohlenbergbau unterstand damit weiterhin einer staatlich-ständi-

¹¹⁵ Ziegler, *Revolution*, S. 77.

¹¹⁶ Richard H. Tilly/Michael Kopsidis: *From Old Regime to Industrial State. A History of German Industrialization from the Eighteenth Century to World War I*, Chicago 2020, Zit. S. 81.

¹¹⁷ § 34 der Geschäftsinstruktion der Regierung, 1808, zit. nach Wischermann: *Institutionelle Revolution*, S. 59 f.

¹¹⁸ Wischermann: *Institutionelle Revolution*, S. 65–73.

¹¹⁹ Ebd., S. 51–154.

¹²⁰ Protokoll des Wettiner Bergmeisters August Heinrich Decker über [...] Bereisung der Kohlenabbaugebiete in der Grafschaft Mark (1735), in: Tenfelde/Urban, *Lesebuch*, S. 88 f.

¹²¹ Revidierte Berg-Ordnung [...], 29.4.1766, in: Tenfelde/Urban, *Lesebuch*, S. 133–136, Zit. S. 133.

schen Ordnung und steckte in einer Zwangsjacke aus staatlicher Direktive und privatem Eigentum.¹²²

In Preußen existierten neben der Revidierten Bergordnung eine Vielzahl Bergordnungen, wobei sie in Hinblick auf den Abbau von Steinkohle, der fiskalpolitisch lange uninteressant war, eher nachlässig denn rigoros gehandhabt wurden.¹²³ In der Provinz Westfalen war es dann Freiherr Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein, der das berühmte Direktionsprinzip durchsetzte und mit einer sehr viel strafferen Führung der Zechen durch die Bergämter versah. Vom Stein war nach einer steilen Karriere 1803 zum Oberkammerpräsidenten sämtlicher Verwaltungsinstanzen und damit zum „Superminister“ ernannt worden.¹²⁴ Mit königlicher Rückendeckung gelang es ihm, die Gewerken zur Offenlegung ihrer Grubenrechnungen zu zwingen. Das bildete den Hebel für die Durchsetzung einer rigoros gehandhabten Direktion über Förderung, Preise und Löhne im Ruhrbergbau. Die rechtliche Position der Gewerken wurde mit der Verankerung des Direktionsprinzips auf den reinen Kapital- bzw. Kuxbesitz beschränkt, was durchaus nicht ohne Risiko war, denn es bestand eine Zulußpflicht, die dahin ging, dass Verluste von den Kuxbesitzern gemäß ihrem Anteil an der Gewerkschaft ausgeglichen werden mussten. Aber nicht die Gewerken, sondern die Bergämter entschieden über Investitionen und führten über die Steiger die Aufsicht über den Betrieb. Das Bergamt trat zudem als Arbeitgeber auf, indem es die Löhne festsetzte, die Einstellungen vornahm und auch Strafen verhängte.

Die erst spät, zu Beginn des 19. Jahrhunderts vollzogene Durchsetzung des Direktionsprinzips wirft ein wichtiges Schlaglicht auf die Ausgangslage von sowohl Wirtschafts- als auch Arbeitsinteressen im späteren Ruhrgebiet: Denn vom Stein konnte die entschiedene Durchsetzung des Direktionsprinzips nur deshalb gelingen, weil die Gewerken zu dem Zeitpunkt noch aus-



Reichsfreiherr Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein, 1798.

Das Portrait zeigt den jugendlichen vom Stein, als „Superminister“ wurde er erst später zentral für die Durchsetzung des Direktionsprinzips im Ruhrgebiet. Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, 027200176001.

gesprochen schwach aufgestellt waren und dem um sich greifenden liberalen Wettbewerbsdenken längst noch nicht verfallen waren. Unorganisiert, wenig kapitalkräftig und kaum wachstumsorientiert hatten sie kaum Widerstand geleistet.¹²⁵

Während für andere Bereiche der Wirtschaft also bereits die Gewerbefreiheit galt, wurde im Kohlenbergbau

- 122** Harald Wixforth: Der Kampf um die Bergbaufreiheit. Zur Geschichte der preußischen Bergrechtsreform von 1826 bis 1846, in: Hartmut Berghoff/Dieter Ziegler (Hg.): Pionier oder Nachzügler? Vergleichende Studien zur Geschichte Großbritanniens und Deutschlands im Zeitalter der Industrialisierung, Bochum 1995, S. 63; Wischermann, Institutionelle Revolution, S. 93–97.
- 123** Wolfram Fischer: Die Stellung der Preußischen Bergrechtsreform von 1851–1865 in der Wirtschafts- und Sozialverfassung des 19. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 3, 1961, S. 523.
- 124** Thomas Welskopp: Sattelzeitgenosse. Freiherr Karl vom Stein zwischen Bergbauverwaltung und gesellschaftlicher Reform in Preußen, in: Historische Zeitschrift 2, 2000, S. 347–372, Zit. S. 362.
- 125** Ebd., S. 365–367.

das Rad zurückgedreht und statt auf eine wirtschaftliche Liberalisierung wurde auf das Direktionsprinzip gesetzt. Das hatte für das spätere Ruhrgebiet eine wichtige Konsequenz. Nicht nur schufen die rechtlichen Bedingungen der im Gebiet geltenden unterschiedlichen Bergordnungen ein erhebliches Ungleichgewicht, sie bedeuteten auch, dass der Kohlenbergbau von der sich in der Modernisierung befindlichen Wirtschaftsentwicklung schlicht ausgenommen war. Die Menge der geförderten Kohle, genauso wie der Preis und der Absatz, wurden vom zuständigen Bergamt dirigiert, ebenso war es das Bergamt, das die Gedinge festlegte und über die Arbeitsbedingungen der Bergleute bestimmte. Freizügigkeit existierte für die Bergleute nicht, wollten sie nicht ihre Knappschaftsansprüche verlieren.¹²⁶ Die Knappschaft, die Zwangs- und Standesorganisation der Bergleute, die zudem auch für die Vorbringung von Beschwerden der Bergleute zuständig war,¹²⁷ hatte hierbei nicht allein eine verwaltende und sichernde Funktion, sie war auch die zentrale Institution für das soziale und gesellschaftliche Leben der ständischen Bergleute.¹²⁸

Die Bergleute im Ruhrgebiet formierten sich also erst unter dem Direktionsprinzip zu einer ständischen Berufsgruppe. Ausgenommen vom Wehrdienst, wenn auch der Kriegsdienst freiwillig möglich war, und mit weiteren Vorzügen ausgestattet, etwa einer eigenen Gerichtsbarkeit, konstituierte sich die Bergarbeiterschaft als eine hochgradig privilegierte Berufsgruppe.¹²⁹ Das hatte Folgen, nicht zuletzt für das Selbstverständnis und das Distinktionsbedürfnis der Bergleute. Sie grenzten sich von den „Lohnarbeitern“ ab und sahen sich nicht etwa in einer Schicksalsgemeinschaft mit der Textil- oder Zigarrenarbeiterschaft in den Rheinstädten.¹³⁰ Die

Bergleute bildeten ein eigenes Selbstverständnis aus, schließlich wurden sie nicht bezahlt und diszipliniert von den dem liberalen Kapitalismus verfallenen Fabrikbesitzern, sondern sie wurden „angelegt“ und von den Bergämtern gegen Gehorsam mit Privilegien ausgestattet. Die Bergleute im sich bildenden Ruhrgebiet wähten sich nunmehr als „Staatsangestellte“ und sie verhielten sich auch so.¹³¹

Von einigen, aber keineswegs allen Gewerken wurden indes schon bald Versuche unternommen, etwa vom bereits erwähnten Berggewerkschaftenverein zu Essen, das Direktionsprinzip schnellstmöglich wieder zu beseitigen.¹³² Auch durchaus erfolgreiche Versuche, die rigiden Vorgaben zu unterlaufen, kamen bald auf. Findig gingen insbesondere Franz Haniel und Mathias Stinnes vor. Als Gewerken, die hundert Prozent der von ihren Gewerkschaften abgebauten Kohle abnahmen, blieb ihnen die Preisstellung freigestellt, schließlich kamen ihre Kohlen aus Sicht des Bergamtes nicht auf den Markt. Die Bergbehörden trugen damit dazu bei, wenn auch nicht intendiert, einen schnell wachsenden und zunehmend starken Kohlenhandel zu fördern, der sich bald in Großhandel, Platz- und Kleinhandel ausdifferenzierte und frühzeitig mit eigenen Transportkapazitäten verbunden wurde.¹³³ Auch die Mengen für die ersten Kokereien waren, da sie nicht zu den auf den Zechen geförderten Kohlen für den Markt im engeren Sinne zählten, von der staatlichen Direktion ausgenommen.¹³⁴ Und auch in der Arbeiterfrage war das Direktionsprinzip nicht ohne Lücken. Zwar waren die Zuweisung und Arbeit der Bergleute durch die Bergämter vorgenommen und reguliert, nicht aber die der Bergtagelöhner. Sie ließen sich als Bergarbeiter zweiter Klasse, als elastische „Reservear-

¹²⁶ Fischer, Bergrechtsreform, S. 523–525.

¹²⁷ Tenfelde, Schichtung, S. 189.

¹²⁸ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 286.

¹²⁹ Klaus Tenfelde: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Bonn 1981, S. 63–161.

¹³⁰ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 285 f.

¹³¹ Tenfelde, Bergarbeiterschaft, S. 81–90, Zit. S. 90.

¹³² Stefan Przigoda: Unternehmensverbände im Ruhrbergbau. Zur Geschichte von Bergbau-Verein und Zechenverband 1858–1933, Bochum 2002, S. 26–28.

¹³³ Karl Borchardt/Werner Piltz: Der deutsche Kohlenhandel, in: Handbuch der Kohlenwirtschaft. Ein Nachschlagewerk für Kohlenerzeuger, Kohlenhändler und Kohlenverbraucher, Berlin 1926, S. 441–445.

¹³⁴ Carl-Ludwig Holtfrerich: Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. Eine Führungssektoranalyse, Dortmund 1973, S. 29; Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 56.

mee“ von den Gewerken und unabhängig von den Vorgaben der Bergämter auf den Zechen beschäftigen.¹³⁵ Die in dieser Weise vorgehenden Gewerken blieben nicht dabei stehen, die Vorgaben im eigenen Interesse zu unterlaufen, sie begannen zudem damit, gezielt gegen die Investitionsbeschränkung, die das Direktionsprinzip bedeutete, vorzugehen. Es waren besonders die kapitalkräftigen Gewerken der Rheinprovinz, die hier aktiv wurden. 1826 gelang es einer Gruppe Gewerken, die Erlaubnis einen Tiefbauschacht abzuteufen – was die zuständige Bergbehörde zuvor und jahrelang abgelehnt hatte – zu erstreiten. Damit hatten sie sich dem Direktionsprinzip, das auf strengstem Gehorsam basierte, auf offiziellem Weg mit Erfolg widersetzt. Die Gewerken des Ruhr-Rhein-Netzwerkes, darunter Haniel und Stinnes, aber auch diejenigen aus der Provinz Westfalen traten nun verstärkt und zunehmend koordiniert für die freie Disposition über ihr bergbauliches Eigentum ein. An verschiedenen Stellen des späteren Ruhrgebiets bildete sich ein bunter Reigen aus Vereinen und Klubs, die der Abstimmung und der Koordination der in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander liegenden Betriebe dienten.¹³⁶

Etwas um 1830 wurde aus der Forderung nach Dispositionsfreiheit ein offen ausgetragener Konflikt zwischen Gewerken und Bergbehörden. Für die Gewerken wurde er wortgewaltig von Friedrich Harkort, einem zwar unternehmerisch nur wenig erfolgreichen, dafür aber einflussreichen Medien- und Politprofi seiner Zeit,¹³⁷ der ihm auch die Bezeichnung „Vater des Ruhrreviers“ eingebracht hat, geführt.¹³⁸ In einer 1834 versendeten Petition hatten einige Gewerken die Konsequenzen der ständischen Fessel regelrecht seziert. Auch hatten sie dort dem von Beamtenseite ventilierten Vorwurf, sie beabsichtigten ein „Monopol“ zu errichten, entschieden widersprochen. Bezugnehmend auf den Bergarbeiterstand führten sie aus:

„Der Arbeiter, lediglich abhängig von den Beamten, heute auf dieser und nach kurzer Zeit wieder auf einer anderen Grube angelegt, kann kein Interesse für eine Grube gewinnen; er bleibt den Gewerken völlig fremd und sieht nicht diese, sondern die Beamten als seine Brotherrschaft an, weil sie ja nur von diesen abhängen. Und diese Arbeiter beenden ihre Tagewerke häufig genug in fünf bis sechs Stunden und leisten ein Drittel weniger, als sie nach Verhältnis ihrer Kräfte und ihres Lohns gegen jeden anderen Arbeiter sehr füglich leisten könnten.“

Die Gewerken drangen also nicht nur darauf, über Preis, Förderung und Absatz selbst zu entscheiden, sondern forderten zudem, die Verfügung über die Bergleute in die eigenen Hände zu bekommen, denn, so die allerdings nur implizit gemachte Klage, die Behörden könnten keinen effektiven Einfluss auf die Arbeitszeit und Arbeitsautonomie der Bergleute nehmen. Die „Arbeiter“ entschieden eigenständig über ihre Arbeit und Leistung, so ist das Zitat zu verstehen. Lohnrückerei sei nicht ihre Absicht, so bekräftigten die Gewerken dann, denn schließlich seien sie es, „die das meiste Interesse haben, einen tüchtigen Bergmannsstand immer mehr zu befördern“.¹³⁹

Die Auslösung der Bergleute aus der ständischen Fassung zählte also zu den Forderungen der Gewerken. Obschon nicht direkt adressiert, sondern als Verfügungsmasse behandelt, reagierten die Bergleute, allerdings nicht geschlossen, sondern tief gespalten, auf den Konflikt zwischen Gewerken und Bergbehörden. Als eigenständige Streitpartei traten sie, allen von den Gewerken vorgebrachten Klagen über die vermeintlich selbstständigen Arbeitsentscheidungen der Bergleute zum Trotz, nicht auf. Sie blieben mit ihren Interessensbekundungen im Windschatten der preußischen Bergbehörden und nutzten Briefe an die Revierbeamten und

135 Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 113; Gerhard Adelman: Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, Bonn 1962, S. 44.

136 Przigoda, Unternehmensverbände, S. 26.

137 S. ausführlich zur Vorgeschichte Stefan Gorißen: Vom Handelshaus zum Unternehmen. Sozialgeschichte der Firma Harkort im Zeitalter der Protoindustrie (1720–1820), Göttingen 2002.

138 Däbritz, Unternehmergestalten, Zit. S. 21; Pierenkemper, Köpfe, S. 54–56.

139 Petition der Gewerken der Grafschaft Mark [...] an den Kronprinzen, 19.12.1834, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 164–167, Zit. S. 166, S. 167.

Bergbehörden, um den eigenen Positionen Ausdruck zu verleihen. Die Entscheidung überließen sie, dem Prinzip des Gehorsams folgend, den Behörden. „Wen sie von Monath October noch keinen bessern lohn beko[mmen,] so wollen sie Andern Mittel gebrauchen“, so hieß es in einem etwas schneidiger formulierten Brief.¹⁴⁰ Eine eigene Sprachfähigkeit oder die Forderung nach Teilhabe an dem Konflikt erhoben sie aber nicht. Die Bergleute verließen sich darauf, dass die Bergämter ihre Interessen wahrnehmen und sie als Stand schützen würden.

Zur Befreiung von der Fessel des Direktionsprinzips reichte die Interessenartikulation einer Handvoll wachstumsorientierter Gewerken aber nicht aus. Ein Marktfaktor kam dazu. Die Kanalisierung der Ruhr und damit die Verkehrsanbindung an den Rhein hatte für eine steigende Exporttätigkeit in das Vereinigte Königreich der Niederlande gesorgt. Handelsbeziehungen waren ausgebaut, die Handelslogistik erweitert worden. Als Belgien sich 1830 von den Niederlanden trennte, erhoben die Niederlande hohe Zölle auf belgische Kohle. Schnell tat sich in den Niederlanden eine Versorgungslücke auf, die sich für die Ruhrorter und Mülheimer Kohlenhändler und Gewerken als Möglichkeit darstellte, ihr Geschäft erheblich zu erweitern und damit gleichzeitig den Druck auf die Bergbehörden zu erhöhen. Die Bergbehörden gaben dem Druck schließlich nach und erteilten nun eher die Genehmigungen für vorgeschlagene Tiefbauschächte. Denn etwa zeitgleich, 1832, war es erstmals gelungen, den Mergel zu durchstoßen und damit eines der zentralen Probleme bei der Niederbringung der senkrechten Tiefbauschächte – die ansitzenden Wasser – technisch zu lösen. Damit konnten nun die reichen Vorkommen gen Norden aufgeschlossen und die wertvollen Fettkohlenschichten gefördert werden.¹⁴¹ Bis 1850 waren bereits 15 Mergelzechen gegründet worden; bald darauf wurde auch gezielt mit der Kokserzeugung begonnen.¹⁴² Die Forderungen auf Gewährung der Freiheit zur selbstständigen und selbstverantwortlichen Unter-

nehmensführung rissen nun nicht mehr ab, und zwar im rheinländischen wie im westfälischen Teil des Ruhrgebiets. Und doch wäre es falsch, alle Gewerken über einen Kamm zu scheren und von einem gemeinsamen Vorgehen für eine Abänderung der rigiden Bergrechtsbestimmungen auszugehen. Es waren die kapitalkräftigen, oftmals in den Handel integrierten Gewerken, die sich für eine vom Bergamt befreite Dispositionsfreiheit einsetzten. Das waren längst nicht alle, und vor allem nicht die Gewerken der Kleinstzechen an der unteren Ruhr.¹⁴³

Hatte das preußische Innenministerium bereits 1826 den Auftrag erhalten, ein Bergrecht, das für das gesamte preußische Staatsgebiet gelten sollte, auszuarbeiten, so blieben die verschiedenen Entwürfe zunächst in den verschlungenen Gängen der preußischen Ministerialbürokratie stecken. Denn besonders das bereits frühzeitig und in Auseinandersetzung mit dem französischen Bergrecht in die Diskussion eingebrachte Inspektionsprinzip, das eine starke Einschränkung der Kompetenzen der Bergbehörden bedeutete, stieß auf den heftigen Widerstand der Beamten und auch der bergbautreibenden ober-schlesischen Magnaten. Bis zur Märzrevolution gelang es der Front aus Bergbeamten und Magnaten, die Reformbestrebungen erfolgreich zurückzudrängen.¹⁴⁴ Erst nach der Revolution und nachdem die Ministerien neu geordnet worden waren, kam Bewegung in den Reformierungsauftrag.¹⁴⁵

Das Allgemeine Berggesetz, das 1865 erlassen wurde, wurde schließlich insbesondere für das „rheinisch-westfälische Kohlengebiet“ geschaffen. Es griff in einer zweckdienlichen Weise in die inzwischen geltenden Eigentumsrechte ein. Neben die Grundeigentumsrechte trat ein Sonderrecht für bergbauliche Mineralien, darunter für Steinkohle. Die festgestellte Bergbaufreiheit bedeutete, dass das Recht, Steinkohle abzubauen, nunmehr jedem verliehen werden konnte. Mit anderen Worten: In der geänderten Rechtstaxonomie wog das Recht

¹⁴⁰ Anonymer Drohbrieff an den Revierbeamten Klotz, 1830, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 459.

¹⁴¹ Kurt Wiedenfeld: Ein Jahrhundert rheinischer Montan-Industrie. Bergbau, Eisenindustrie, Metallindustrie, Maschinenbau. 1815–1915, Bonn 1916, S. 56–60.

¹⁴² Bronny, Raumpotential, S. 98 f.

¹⁴³ Hartmann, Weg, S. 17; s. auch: Protocoll der achten öffentlichen Sitzung, 27.5.1848, Antrag Gustav Höfken in der Frankfurter Nationalversammlung, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 170 f.

¹⁴⁴ Wixforth, Bergbaufreiheit, S. 64–72.

¹⁴⁵ Weber, Entfaltung, S. 207.

auf den Abbau der Mineralien schwerer als das Recht des Grundeigentümers. Damit wurden großflächige Enteignungen möglich, die für die weitere Erschließung der Kohlenvorkommen im Ruhrgebiet wesentlich, für die oberschlesische Montanregion aufgrund der dortigen Konstellation – Eigentümer und Bergbaugesellschaften fielen weitgehend in eins – aber kaum von Relevanz waren.¹⁴⁶ Zwar war im Falle der Enteignung eine Entschädigung zu entrichten, für die Ausweitung des Kohlenbergbaus im Ruhrgebiet, die sog. Nordwanderung, war die gewährte rechtliche Sonderstellung aber zentral. Die im Allgemeinen Berggesetz für die preußischen Staaten verankerten Sonderrechte, die den Eigentümern von Bergwerken zugestanden wurden, waren sehr viel weitgehender als die, die etwa für Bergwerksbesitzer in Frankreich oder England galten. Der Ruhrkohlenbergbau war damit entfesselter als die anderen europäischen Kohlenregionen, wenn er im Vergleich auch erst spät aus dem Korsett der staatlichen Direktion befreit worden war.¹⁴⁷

Bevor das Allgemeine Berggesetz 1865 die Vereinheitlichung und die Novellierung des preußischen Bergrechts insgesamt abschloss, wurde das Direktionsprinzip aber schon seit 1851 sukzessive zurückgenommen. Tatsächlich waren die meisten Grundsätze, besonders wenn es sich um die Fragen der Betriebsführung und -planung handelte, bereits derart durchlöchert, dass die einzelnen Änderungen als nachträgliche Rechtsetzung bereits bestehender Zustände zu interpretieren sind. Den Gewerken war die Betonung dieses Umstandes besonders wichtig. So ließ sich dann etwa in der 1865 erstmals erschienenen „Glückauf“,¹⁴⁸ der Zeitschrift des Bergbauvereins, zum Abschluss des Reformprozesses lesen:

„Es ist also dies Letztere [das Allgemeine Berggesetz, d. Verf.] nichts Neues, kein legislatorisches Experiment, sondern im Wesentlichen, unter Abschneidung der veralteten und unbrauchbaren Rechtsnormen,

nur die Kodifikation der Rechtsgrundsätze und Verwaltungsmaximen, welche sich im Laufe der Zeiten als segensreich für unseren Bergbau herausgebildet und bewährt haben, hervorgegangen aus der Tendenz, den Bedürfnissen des Bergbaus nach dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik, im Sinne der ausgedehntesten Selbstverwaltung, Rechnung zu tragen.“¹⁴⁹

Die offizielle Vereinszeitschrift der Gewerken bekräftigte die „segensreichen“ Möglichkeiten, die diese endgültige Liberalisierung bedeutete, dies allerdings ohne die vorherige Ordnung oder die Bergämter in ein negatives Licht zu rücken. Das sagt einiges aus über die Haltung der Gewerken, die sich zwar abgrenzen, aber keineswegs in einen Gegensatz zu den Bergämtern, denen die Inspektion bzw. Überwachung ja blieb, setzen wollten. Klar erkennbar wird hier: Es war beabsichtigt, eine kooperative, keine konfrontative Position der entfesselten Gewerken zu den Bergämtern herzustellen.¹⁵⁰

Obschon eine bereits bestehende Praxis damit in Recht gegossen wurde, gilt es doch die einzelnen Etappen der Novellierung zu unterscheiden: Der Novellierungsprozess wurde 1851 mit dem *Miteigentümergesetz* eingeleitet. Damit gaben die Bergbehörden zunächst die Verfügungsgewalt über den bergbaulichen Betrieb an die Zecheneigentümer ab. Dieser Teil war am einfachsten zu verankern. Insofern als die Bergämter mit der Abschätzung der insbesondere durch den Eisenbahnboom wachsenden, aber stark schwankenden Kohlennachfrage zunehmend überfordert waren und jede Fehleinschätzung der Marktentwicklung von den Gewerken gegen das Direktionsprinzip verwendet werden konnte, war es nur folgerichtig, die Verantwortung an die Zechenbesitzer abzutreten. Mit dem *Miteigentümergesetz* waren die Gewerken nunmehr für die Investitionen, die Förderung, die Preisstellung und damit auch für die Gewinne und Verluste selbst verantwortlich. Damit einhergehend veränderte sich bereits jetzt die Stellung der

¹⁴⁶ Reif, Landwirtschaft, S. 347.

¹⁴⁷ Jakob Vogel: Moderner Traditionalismus. Mythos und Realität des Bergwerkseigentums im preußisch-deutschen Bergrecht des 19. Jahrhunderts, in: Hannes Siegrist/David Sugarman (Hg.): Eigentum im internationalen Vergleich, 18.–20. Jahrhundert, Göttingen 1999, S. 185–208.

¹⁴⁸ Przigoda, Unternehmensverbände, S. 138 f.

¹⁴⁹ Art. Glückauf, 1.10.1865, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, Zit. S. 214 f.

¹⁵⁰ Przigoda, Unternehmensverbände, S. 38–41.

Steiger, der beaufsichtigenden Techniker in den Bergbaubetrieben also, nicht aber die Stellung der Bergleute.¹⁵¹ Seit 1851 wurde zudem die Besteuerung (der sog. Zehnte) Stück für Stück herabgesetzt. Bis 1862 wurde die Bergwerksabgabe von 13 Prozent auf zwei Prozent, berechnet auf die absatzfähige Förderung, reduziert. Anders als die Verfügung über die Zechenleitung war die Freisetzung der Bergleute aus dem ständischen Format deutlich schwieriger. Aufgebrochen wurde das ständische Prinzip schließlich über die Sicherungsinstitution der Bergleute. Mit dem *Knappschaftsgesetz* von 1854 erfolgte zunächst eine Privatisierung der Knappschaften. Damit wurde die ständische Sicherung der Bergleute in Form des Sozialverbands abgeschafft und in die Fassung einer öffentlich-rechtlichen Versicherung, die Knappschaftsvereine, überführt. Trotz Namensgleichheit war die Knappschaft nunmehr im Grunde eine Sozialversicherung, wobei die Mitgliedschaft für die Bergarbeiter obligatorisch war.¹⁵² Das institutionelle Kernstück, das den ständischen Bergleuten ihre Privilegierung verschafft hatte, war damit Geschichte. Erst jetzt, nachdem die bergständische Sicherung abgelöst worden war, konnten die Bergbehörden die Verfügung über den Arbeitsmarkt aufgeben. Mit dem *Freizügigkeitsgesetz* konnte nun, 1860, das Verfügungsrecht der Bergämter über Einstellungen, Entlassungen und Sanktionierung aufgegeben werden. Fortan war das Arbeitsverhältnis eine Privatangelegenheit zwischen Bergarbeitern und Unternehmern, das über einen „freien“ Arbeitsvertrag geschlossen wurde. Allerdings: Der Vertragsbruch durch die Arbeitnehmer wurde nicht – wie bei einem freien Arbeitsvertrag üblich – mit einer Konventionalstrafe belegt, sondern konnte vom Arbeitgeber mit disziplinarischen Strafen geahndet werden. Auf diese Weise wurde die Tradition der Gehorsamspflicht fortgeführt, das aber, ohne dass es dafür ein institutionelles Gegenstück oder Zugeständnis für die Seite der Bergarbeiter

gegeben hätte.¹⁵³ Besonders im Konjunkturohoch war der „freie“ Arbeitsvertrag für Arbeiter wie für Zechenleitungen von Vorteil, im Konjunktur- und Preistief waren die Arbeiter dagegen strukturell im Nachteil und der Verlängerung der Schichtzeiten, ungünstig festgesetzten Gedingen und Kündigungen schutzlos ausgeliefert.¹⁵⁴ Das Privileg praktisch unkündbarer Arbeitsplätze war ersatzlos entfallen.¹⁵⁵ Damit hatten die Bergarbeiter ihre Sonderstellung, die sie zuvor als Bergleute noch besessen hatten, vollends eingebüßt, während die Verfügungs-, Kontroll- und Entscheidungsgewalt, war der Arbeitsvertrag einmal geschlossen, auf die Zechenbesitzer übergegangen war.

Nicht alle, aber viele der Gewerken begaben sich nach 1851 auf Wachstums- und Expansionspfad, weiteten ihre Förderung aus und begannen mit der Niederbringung neuer Schächte. Darüber hinaus zog es nun viele Investoren und Bergbautreibende, insbesondere aus England, Irland, Frankreich und Belgien ins Ruhrgebiet. Mit der rechtlichen Verankerung des Inspektionsprinzips war die Rolle der Bergbehörden auf eine technische Kontrollaufgabe reduziert worden. Die Haltung und das Vorgehen der Zechenbesitzer waren in dieser Hinsicht eindeutig: Zwar ließ man die Schächte so bauen, dass sie ihren wirtschaftlichen Zweck erfüllten, weniger aber wurde auf Sicherheitsanforderungen geachtet. Die Devise war: Man dürfe sich unter „keinen Umständen [...] mit dem Revierbeamten streiten“, so formulierte es etwa Hugo Stinnes.¹⁵⁶ Das taten die Zechenbesitzer auch nicht, dafür sorgte nicht zuletzt der von den Gewerken gegründete Bergbauverein, der sich in besonderem Maße für die gute Beziehung und die Fühlungnahme zu den Bergämtern einsetzte. Und so wurde aus dem Verhältnis von Bergbehörden und Zechenverwaltungen, das unter den Regeln des Direktionsprinzips eine klare Hierarchiebeziehung gewesen war, für den kurzen Zeitraum bis 1851 eine konfligierende Beziehung und im weiteren Ver-

151 Trischler, Steiger, S. 36.

152 Tobias Jopp: The Hazard of Merger by Absorption: Why some Knappschaften merged and others did not, 1861 to 1920, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 1, 2011, S. 75–85.

153 Adelman, Betriebsverfassung, S. 86 f.

154 Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 114 f.

155 Gunther Kühne: Das deutsche Bergrecht von 1865 bis zur Gegenwart, in: Klaus Tenfelde/Toni Pierenkemper (Hg.): Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3: Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Münster 2016, S. 495–531, hier S. 495–501.

156 Hugo Stinnes an August Thyssen, Mai 1901, in: Rasch/Tenfelde, Briefwechsel, Zit. S. 192.

lauf des 19. Jahrhunderts eine friedliche Koexistenz. Die praktische Tätigkeit der Bergarbeiter änderte sich durch die neue Freizügigkeit dagegen nicht, auch nicht auf längere Sicht. Weiterhin, wie während des Direktionsprinzips, waren es die Kameradschaften, die unter Tage, bestehend aus Gespannen von zumeist fünf Mann, ihren Arbeitsprozess in Handarbeit, selbsttätig und gemeinsam bewältigten. Die dieserart weitergeführte Kooperationsform wurde der Nukleus für die Organisation von Freizeit- und Zusammenkünften der Bergarbeiter, wenn man die Solidarität unter den Bergarbeitern auch nicht sozialromantisch verklären sollte. Denn sie wurde großflächig mittels Abgrenzung, etwa durch den Dauerkonflikt mit dem Steiger, hergestellt und stabilisiert.¹⁵⁷ Denn auch die Scharnierstellung der Steiger, als Aushandlungspartner für die Festlegung der Gedinge, blieb formal erhalten. Nur waren es jetzt die Zechenbesitzer, die die Vorgabe für die Gedingefestlegung an die Steiger gaben und nicht mehr die Bergämter.

Technisch beförderte Expansion zur Eisen- und Stahlindustrie

Selbstredend hatte es neben dem Kohlenbergbau auch andere Gewerbe im Ruhrgebiet gegeben. Die am Hellweg während des Mittelalters gebildete Kaufmannsschicht hatte allerdings seit der Frühen Neuzeit erheblich an Substanz verloren. Im späteren Ruhrgebiet wurden im Nebenerwerb durchaus Leinenwebereien und auch Webstühle betrieben. Auch Ledergewerbe, Seifensiedereien und Mühlengewerbe, für Papier, Öl und Getreide, existierten, zudem die Tabakmanufakturen. Es waren diese stark handwerklich geprägten, aber relativ an Bedeutung verlierenden Gewerbe, die im Laufe des 19. Jahrhunderts die eigentliche Stütze der Sozialdemo-

kratie im Ruhrgebiet bilden sollten, weniger aber die bald dominierenden Berg- und Hüttenarbeiter.¹⁵⁸

Die Gewerbeentwicklung war zu Beginn des 19. Jahrhunderts eher klein und beschaulich, kaum aber wachstumsgetrieben. Zwar war bereits Mitte des 18. Jahrhunderts mit der Hütte Gute Hoffnung (der späteren Gutehoffnungshütte) eine erste Eisenhütte entstanden; ihre Entwicklung blieb allerdings zunächst stecken. Die eisenschaffenden prosperierenden Gebiete lagen noch anderswo, an der Saar, im Hunsrück, in der Eifel, im Lahn-Dill-Gebiet, im Harz, in Sachsen und in Schlesien.¹⁵⁹ Erst um 1830 bildete sich im Raum Sterkrade langsam eine Hüttenindustrie.¹⁶⁰ Bis 1850 betrug die Roheisenerzeugung des Ruhrgebiets aber gerade einmal fünf Prozent der gesamtdeutschen Roheisenerzeugung; der Anteil steigerte sich erst in der zweiten Jahrhunderthälfte beträchtlich, bis zur Reichsgründung auf 26 und bis 1913 auf knapp 43 Prozent.¹⁶¹

Entwicklungsimpulse gingen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts vom vorindustriellen und stark handwerklich geprägten Maschinenbau aus. Franz Dinnendahl und Friedrich Harkort konstruierten und eiferten dem englischen Wissens- und Technikstand nach, wobei es beiden besonders die Konstruktion von Dampfmaschinen angetan hatte. Sie scheiterten. Und auch Friedrich Krupp opferte den Wohlstand seiner Familie der „Nacherfindung“ des Tiegelstahlgusses.¹⁶² Im Kontakt standen diese Tüftler selbstverständlich, etwa im durch das preußische Finanzministerium 1821 gegründeten *Verein für die Beförderung des Gewerbefleißes*. Die Tüftler aus dem Ruhrgebiet nahmen dort aber keine meinungsbildende oder gar dominante Position ein.¹⁶³ Der Verein war in Berlin gegründet worden und diente in erster Linie der Kommunikation zwischen Regierung und Industriellen, etwa durch die Ausrichtung von Ge-

¹⁵⁷ Hickey, Bergmannsarbeit, S. 64–67.

¹⁵⁸ Hans-Otto Hemmer: Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 86.

¹⁵⁹ Wilfried Feldenkirchen: Zum Einfluss der Standortfaktoren auf die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets (bis 1914), in: Fritz Blach (Hg.): Entwicklungsprobleme einer Region. Das Beispiel Rheinland und Westfalen im 19. Jahrhundert, Berlin 1981, S. 47.

¹⁶⁰ Köllmann, Beginn, S. 55–66.

¹⁶¹ Feldenkirchen, Standortfaktoren, S. 47.

¹⁶² Däbritz, Unternehmergestalten, S. 9–20.

¹⁶³ Weber, Entfaltung, S. 221.

werbeausstellungen. Er fungierte damit insbesondere als Kontakt- und Informationsnetzwerk eines aufstrebenden Gewerbezweigs, herausragend war die Position des Ruhrgebiets hier aber nicht.¹⁶⁴

Ohnehin entwickelte sich die eisenschaffende Industrie im Ruhrgebiet zunächst und bis in die 1860er Jahre eher parallel und weniger im später so charakteristischen Verbund oder Zusammenhang mit dem Steinkohlenbergbau. Es ist wichtig, die Entwicklung der Roheisenproduktion von der Entwicklung der Stahlherstellung zu unterscheiden. Denn für die Zeitgenossen sah es zunächst so aus, dass neben den Kohlenvorkommen im Umfeld des Ruhrgebiets auch förderfähige Eisenerze vorkamen. Dieser geologisch eher seltene Fall motivierte zu einiger Aktivität und zog eisenerzeugende und eisenverarbeitende Investoren von außerhalb des Ruhrgebiets an. Die Raseneisenstein-Vorkommen (engl. Blackband), die nur wenige Zentimeter unter der Erdoberfläche lagerten, waren bereits in der Vormoderne bekannt. In Lünen, Lippstadt und Gütersloh etwa, eher zum münsterländisch-ostwestfälischen Raum und nicht zum später umrissenen Raum Ruhrgebiet zählend, mehrten sich die aussichtsreichen Mutungen seit den 1820er Jahren. Zu Beginn der 1850er Jahre wurden schließlich auch im Ruhrgebiet sog. Kohleneisensteinvorkommen, eine besondere Form der Rasenerze, entdeckt und auch eine Reihe von Feldern gemutet.¹⁶⁵

Insbesondere der Hörder Verein und auch die Henrichshütte bei Hattingen wurden Anfang und gegen Mitte der 1850er Jahre in der Annahme dieser gleich zweifachen Rohstoffausstattung, nämlich von Erz und Kohle, gegründet. Allerdings stellte sich bald heraus, dass die Rasensteinerze weder quantitativ noch qualitativ den Anforderungen der wachsenden Eisen- und Stahlnachfrage genügten. Für die Eisen- und Stahlindustrie war es daher weniger der Rechtsrahmen, der die Entwick-

lung hemmte. Denn eine institutionelle Entfesselung – vergleichbar mit dem Steinkohlenbergbau – war für den Abbau nicht erforderlich. Stattdessen stellte sich heraus, dass die Vorkommen begrenzt waren. Stärker und frühzeitiger als auf den Steinkohlenbergbau wirkten auf die Verankerung und Etablierung der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet die Gewerbefreiheit und zudem die Transportkosten. Insofern als es in den 1850er Jahren etwa zehn Tonnen Kohle für die Erzeugung einer Tonne Roheisen bedurfte, bedeuteten die reichen Kohlenvorkommen, und nachdem sich im Hinblick auf das regional vorkommende Blackband Ernüchterung eingestellt hatte, den entscheidenden Standortfaktor für die Ansiedlung der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet.¹⁶⁶ Die Rohstofffrage war zu dem Zeitpunkt zuvorderst eine Transportfrage, denn der Transport- und damit Kostenaufwand für den Bezug von Kohle, einem im Wert-Gewicht-Verhältnis sperrigen Gut von geringem Wert, war höher als der von Eisenerz, das ein im Vergleich besseres Wert-Gewicht-Verhältnis aufwies und damit relativ günstiger bezogen werden konnte.¹⁶⁷

Zunehmend verlagerten deshalb die Eisengewerbe- und Eisenindustriebetreiber aus dem Umfeld ihre Werke, etwa aus dem Siegerland,¹⁶⁸ ins Ruhrgebiet und zur Kohle.¹⁶⁹ Denn nicht nur für die Verhüttung, auch für die aus England importierte Verfahrenstechnik, die Herstellung von Stahl aus Roheisen durch das Puddelverfahren, waren erhebliche Mengen Kohle notwendig.¹⁷⁰ Bei dem Verfahren wurde das Roheisen gefrischt, und zwar durch die Handarbeit von Puddlern, die mit einem Stab den Eisenbrei durchzurühren hatten, um es zur Oxidation zu bringen und so den Reinheitsgrad zu erhöhen. Das gepuddelte Eisen ließ sich mithilfe von Walzen weiterverarbeiten, was eine der Grundvoraussetzungen für die Befriedigung des Bedarfs der Eisenbahngesellschaften war. Besonders die Gutehoffnungshütte (GHH) und

¹⁶⁴ Köllmann, Beginn, S. 70–79, Zit. S. 75.

¹⁶⁵ Daniel Sobanski: Bergbau und Eisenindustrie zwischen dem Ruhrgebiet und Ostwestfalen. Die Entwicklung der Eisenhütte Westfalia 1823–1876, in: Blog der Historischen Kommission für Westfalen (LWL), o. S.

¹⁶⁶ Feldenkirchen, Standortfaktoren, S. 50 f.; Ulrike Gilhaus: „Schmerzenskinder Industrie“. Umweltverschmutzung, Umweltpolitik und sozialer Protest im Industriezeitalter in Westfalen 1845–1914, Paderborn 2015, S. 28–35.

¹⁶⁷ Rolf Regul: Die Wettbewerbslage der Steinkohle, Berlin 1933, S. 6; Fremdling, Eisenbahnen, S. 60–70.

¹⁶⁸ Rainer Fremdling: Standorte und Entwicklung der Eisenindustrie, in: Hans-Jürgen Teuteberg (Hg.): Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters“, Dortmund 1988, S. 300–306.

¹⁶⁹ Spethmann, Grosswirtschaft, S. 21.

¹⁷⁰ Weber, Entfaltung, Abb. S. 258.

die Phoenix-Hütte bauten ihre Puddelkapazitäten bis Mitte der 1850er Jahre erheblich aus.¹⁷¹ Zunächst wurde in großem Umfang fertiges Roheisen insbesondere aus England importiert. Tatsächlich basierten die Stahlerzeugung sowie die Fabrikation von Halb- und Fertigzeugen im Ruhrgebiet zunächst überwiegend auf importiertem Roheisen. Erst mit dem Schutzzoll, der 1844 verhängt wurde, wurde es für die Industriellen attraktiver, Roheisen auch selbst herzustellen.¹⁷² Die Etablierung der Eisen- und Stahlindustrie verlief damit im Ruhrgebiet entgegen der Fertigungsabfolge: Nicht vom Rohstoff zum Endprodukt entwickelte und differenzierte sich die Eisen- und Stahlindustrie, sondern zunächst und seit den 1830er Jahren hatte die Stahlproduktion auf der Grundlage von importiertem Roheisen kräftig angezogen. Seit den 1850er Jahren steigerte sich dann auch die Roheisenproduktion – und damit die Vorstufe zur Stahlerzeugung – stark. Bis in die 1860er Jahre hatten sich schließlich sowohl die Roheisen- als auch die Stahlerzeugung als wirtschaftsprägende Industriezweige im Ruhrgebiet etabliert. Zunehmend wuchsen Roheisen- und Stahlerzeugung zusammen, die Hochofen-, Puddel- und Walzwerke wurden also integriert.¹⁷³ Wie Pilze schossen nun neue Werke und Anlagen aus dem Boden.

Während sich im Steinkohlenbergbau die ersten Zusammenschlüsse der Gewerken als Interessenkoalitionen gegen das Direktionsprinzip und die Bergbehörden entwickelt hatten, bildeten sich in der Eisen- und Stahlindustrie die ersten Interessenvereinigungen aus dem Impuls der Industriellen und Techniker, über Innovationen aus dem taktgebenden England zu beraten. Der 1860 gegründete *Technische Verein für das Eisenhüttenwesen*, der 1880 in *Verein Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh)* umbenannt wurde, wurde auch für die Eisen- und Stahlindustriellen des Ruhrgebiets in dieser Hinsicht zentral, wenn er auch nicht als eigentlicher Interessenverband einzuordnen ist, obgleich er sich für die Durchsetzung gemeinsamer Interessen der Eisenindustriellen einsetzte, besonders für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Für die Eisenindustriellen an der Ruhr war es der Bezug von Siegererzen und Erzen aus dem Lahn-Dill-Gebiet, aber zunehmend auch der Erzimport, der von besonderem Interesse war. Es ist daher selbsterklärend, dass sich die Eisen- und Stahlbarone in den überregionalen Vereinen engagierten. Insbesondere seitdem das Bessemerverfahren in den 1870er Jahren im Ruhrgebiet breite Adaption fand, das Puddel-Verfahren damit durch ein stärker mechanisiertes Verfahren abgelöst wurde, steigerte sich die Kapitalintensivität der Eisen- und Stahlindustrie enorm. Die Bessemerbirnen, in denen das Roheisen zu Stahl gekocht wurde, legten eine neue Grundlage für die massenhafte Erzeugung von Stahl. Nicht nur mussten die Bessemerbirnen gebaut und aufgestellt werden, sondern sie erhöhten in einer Vorwärts- und Rückwärtskopplung den Einsatz von Roheisen und die Stahlerzeugung stark. Damit einher ging eine Vergrößerung der Walzwerke und der anschließenden Fertigungsstufen. Während in der Saarregion an der Herstellung durch das Puddelverfahren, insbesondere wegen der dort eingesetzten phosphorhaltigen Minette, einstweilen festgehalten wurde, adaptierten die Ruhrwerke, da hier die eigene und nahe Erzgrundlage fehlte, das Bessemerverfahren zügiger. Seit 1862 wurde es bei Krupp, ab 1864 beim Bochumer Verein eingesetzt. Bei beiden Unternehmen handelte es sich nicht um Unternehmen, die für den Massenmarkt Puddeleisen erzeugt hatten, sondern um Gussstahlwerke, die mit der Integration des Verfahrens den anhaltenden Impuls aus dem Eisenbahnbau aufnahmen und nun ebenfalls in die Fabrikation von Eisenbahnschienen einstiegen.¹⁷⁴

Mit der breiten Adaption des Bessemerverfahrens nahm auch die Notwendigkeit, ausländische Erze aus Schweden, Spanien und Nordafrika zu importieren, zu.¹⁷⁵ Für die allgemeine Verbesserung der Transport- und Verkehrsverhältnisse setzte sich der Technische Verein für das Eisenhüttenwesen stark ein. Im Kern aber blieb er ein Branchenverband mit einem besonderen Schwerpunkt in der Beratung und Diskussion technischer Fragen. Auf die Unternehmensstrategien

171 Thomas Welskopp: Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994, S. 61–66.

172 Dieter Ziegler: Die industrielle Revolution, Darmstadt 2005, S. 71–75; Welskopp, Arbeit und Macht, S. 65 f.

173 Tab., in: Ziegler, Revolution, S. 76.

174 Welskopp, Arbeit und Macht, S. 77 f.

175 Feldenkirchen, Standortfaktoren, S. 52 f.

und die -politik griff er nicht aus; und keineswegs folgten die „Ruhrbarone“ den Empfehlungen des Vereins blind. Es ist bezeichnend, dass die vom Technischen Verein vertretene Vereinslinie, die dahin ging, von einer Integration der Eisen-, Stahl- und Kohleunternehmen abzusehen, von den Ruhrindustriellen in der Sache nicht ernst genommen wurde. Die Eisenindustriellen des Ruhrgebiets wähten darin eine reine Kompromiss- und Schutzhaltung derjenigen Industriellen, die sich dem Expansionspfad verweigerten.¹⁷⁶ Zu dem von den Industriellen im Ruhrgebiet eingeschlagenen Wachstums- und Expansionspfad gab es also durchaus Alternativen. Der von den meisten „Ruhrbaronen“ seit den 1860er Jahren betretene Wachstums- und Massentahlpfad aber setzte auf die Realisierung von Skaleneffekten und damit auf ein Größen- und Mengenwachstum der Unternehmen.¹⁷⁷ Bei konstant gehaltenen Betriebskosten ließen sich mittels der Erhöhung der Ausbringung hohe Gewinne erwirtschaften. Die Voraussetzung dafür bildeten allerdings stabile Fixkosten, darunter auch Arbeitskosten, und zudem eine anhaltend hohe Nachfrage. Bei gesättigtem Markt oder schwächelnder Nachfrage kippte der diesertart erzeugte Gewinnvorteil ins Gegenteil.

Die Landwirtschaft, die das Gebiet vormals beherrscht hatte, verlagerte sich durch die zunehmende industrielle Ansiedlung der Eisen- und Stahlunternehmen und die stärker ausgreifenden Zechenanlagen in die umliegenden Randgebiete und fand nunmehr wunderbare Bedingungen für eine Intensivierung. Im Vergleich zu den umliegenden Gebieten stiegen die Lohnsätze, wenn die Landwirtschaft auch stark auf Tagelöhner angewiesen blieb. Aufgrund des „häufigen Wechsels von Leuten“ waren vergleichsweise hohe „Jahreslöhne von 70–80 Thlr. für einen Knecht“ keine Seltenheit.¹⁷⁸ Mit dem durch den Pull-Effekt der Industrie ausgelösten Zuzug der vielen Menschen ins Ruhrgebiet und dem damit einhergehenden Bevölkerungswachstum bildete sich ein schier gigantischer Verbrauchermarkt nebst einer Transport-

infrastruktur, die sich sehen lassen konnte. Einen Mangel an Arbeitskräften hatten die landwirtschaftlichen Betriebe dabei nicht zu beklagen. Wer die harte Arbeit auf den Zechen und in den Werken nicht mehr leisten konnte, ging zuvorderst in die Landwirtschaft. Auch der Bezug von günstigem Dünger war kein Problem: Thomasmehl und dann auch Emscherschlamm waren im Umfeld des Ruhrgebiets schon bald ausgesprochen günstig zu haben.¹⁷⁹

Die Agrarstruktur blieb dabei kleinbäuerlich geprägt, wohingegen die Abnehmer schon bald konzentriert auftraten. Eine schlagkräftige regionale Organisation der landwirtschaftlichen Interessen entwickelte sich nicht. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wurden aber auch die Bauern des Ruhrgebiets vom *Bund der Landwirte* vertreten.¹⁸⁰ Der Bund, der ein mächtiger Verband insbesondere der ostelbischen Großgrundbesitzer war, setzte sich entsprechend seiner stimmungswaltigen Mitglieder für den Schutz der binnenländischen Getreidepreise und die Absperrung des Marktes vor der ausländischen Konkurrenz ein. Für die Landwirtschaft des Ruhrgebiets war diese Ausrichtung eher nebenrangig. Von regionaler Bedeutung war da schon eher der *Verein für die bedrohten Interessen der Landwirtschaft an der Ruhr und Lenne*. Der Verein engagierte sich jedoch nie im Spektrum der Arbeits- und Wirtschaftsorganisation. Er setzte sich für eine strengere polizeiliche Überwachung der Industriebetriebe ein. Die Bauern litten erheblich unter der Umweltverschmutzung ihres Grundeigentums, besonders der Gewässer, aber auch des Bodens und der Luft durch die industrielle Erfassung des Ruhrgebiets. Neben den Forderungen nach stärkerer Kontrolle durch den Staat war es ein Aufbäumen gegen die Abnahme ihres gesellschaftlichen und politischen Einflusses, das die Landwirtschaftsbetreiber motivierte. Eine herausragende Rolle im Verein nahmen weniger die Kleinbauern als die westfälischen Adeligen ein, die für die Gebiete nördlich der Emscher gegen die vorstoßenden Zechenverwaltun-

¹⁷⁶ Kirdorf, Erinnerungen, S. 24.

¹⁷⁷ Welskopp, Arbeit und Macht, S. 68.

¹⁷⁸ August Meitzen: Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preussischen Staates nach dem Gebietsumfange vor 1866. Im Auftrage Ihrer Excellenzen des Ministers der Finanzen und des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten unter Benutzung der amtlichen Quellen, Bd. 2, Berlin 1869, Zit. S. 110, S. 111, S. 113. Meitzen, ein zeitgenössischer Statistiker, verglich hier die Löhne in der Provinz Westfalen und in der Rheinprovinz, ebd. S. 109–115.

¹⁷⁹ Reif, Landwirtschaft, S. 354–362.

¹⁸⁰ Puhle, Interessenpolitik, S. 65 f.

gen um möglichst hohe Entschädigungen stritten. Als diese Eigentumsfragen nach der Jahrhundertwende gelöst waren, zogen die Adeligen sich zurück, und der Einfluss des Vereins ging rapide zurück.¹⁸¹

Auch das Handwerk erlebte im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk keinesfalls einen Abstieg, machte aber einen starken Wandel durch. Die Schwerpunkte des Handwerks passten sich der Transformation zum montanindustriellen Ruhrgebiet an. Besonders das Bauhandwerk erlebte einen Aufschwung, der eng an die Entwicklung der Industrie geknüpft war.¹⁸² Das Handwerk, genauer die Schneidereien und die Nähereien, wurden zum großen und stärksten Gewerbe, in dem die Frauen des Ruhrgebiets beschäftigt waren.¹⁸³ Der Anteil der Frauenerwerbstätigkeit im Ruhrgebiet hielt mit dem Bevölkerungswachstum aber nicht Schritt; er blieb dauerhaft unter dem (reichs-)deutschen Durchschnitt.¹⁸⁴

Nachdem die Gilden aufgelöst worden waren, bildeten sich erst seit den 1870er Jahren vereinzelt Innungen und Handwerksvereine, und am Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Handwerkskammern schließlich als Körperschaften des öffentlichen Rechts geschaffen. Die Innungen kultivierten einen stark geselligen Charakter, bildeten aber kaum interessenpolitische Ziele oder Organisationsweisen aus.¹⁸⁵

Auch die Handelskammern, obschon sie seit dem frühen 19. Jahrhundert auch im Ruhrgebiet gegründet wurden, hatten für die Aushandlung im Spektrum von Arbeit und Wirtschaft keine besondere Bedeutung.¹⁸⁶ Sie agierten unter den Bedingungen der städtischen und unübersichtlichen Entwicklungen bereits in den 1860er Jahren regelrecht verschlafen.¹⁸⁷ Das lag auch daran, dass in den Kammern zunächst nur gewer-

besteuerpflichtige Unternehmungen Mitglied werden konnten. Da der Bergbau keiner Gewerbesteuerpflicht unterlag, war er auch nicht in den Kammern vertreten. Die Kammern waren damit nicht nur beitragschwach, sondern mussten auch ohne die zwar noch wachsende, aber bald schon wichtigste Industriegruppe auskommen. Erst mit der Liberalisierung des Bergbaus änderte sich das. Für die eigene Interessenpolitik wurden die Kammern von den Mitgliedern aber ohnehin nicht genutzt, das nicht zuletzt, weil die Kammern gewissermaßen zu den Wirtschaftsberichterstattem Preußens bzw. später des preußischen Handelsministeriums wurden. Der betriebenen Interessenpolitik der Industriellen im Ruhrgebiet entsprach diese Art von einseitigem Informationsfluss aber in keiner Weise. Für die Industriellen war klar, die „großen Interessenverbände [waren] viel freier und stoßkräftiger“ als die Handelskammern, die sie ohnehin weniger industrie- als handelsdominiert fanden.¹⁸⁸ Und so wurden die Kammern zwar Teil des Organisationssettings des Ruhrgebiets, sie prägten es aber nicht. Nicht „staatlicher Korporatismus“, sondern selbst- und unabhängig verwaltete Interessen wurden zum Kennzeichen der industriellen Interessenpolitik.¹⁸⁹ Zu einiger Bedeutung gelangte immerhin Wilhelm Hirsch, der seit 1897 die Geschäftsführung der Essener Kammer innehatte.¹⁹⁰ Zentraler als diese Funktion war für die Industriellen allerdings Hirschs vorherige Position: Hirsch war beim *Centralverband Deutscher Industrieller (CDI)* tätig gewesen und hatte dort mit einigem Erfolg die Interessen der Eisen- und Stahlindustriellen des Ruhrgebiets vertreten, die neben der süddeutschen Baumwollindustrie wesentlich für die Ausrichtung dieses mächtigen Verbandes wurden.¹⁹¹

181 Gilhaus, „Schmerzenskinder“, S. 457–468.

182 Wilfried Reininghaus: Entwicklung und Struktur des Handwerks, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 399–404.

183 Reininghaus, Entwicklung, S. 408 f.

184 Tenfelde, Schichtung, S. 147.

185 Reininghaus, Entwicklung, S. 428 f.

186 Friedrich Zunkel: Das Wachsen der unternehmerischen Verbände in Rheinland-Westfalen in den 1850er Jahren [1962], in: Heinz Josef Varain (Hg.): Interessenverbände in Deutschland, Gütersloh 1973, S. 65 f.

187 Rückblick der Handelskammer Essen, 1864, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 212.

188 Eyll, Kammern, Zit. S. 620; Kirdorf, Erinnerungen, S. 16.

189 Przigoda, Unternehmensverbände, S. 15, S. 20; Eyll, Kammern, S. 608.

190 Eyll, Kammern, S. 614 f.

191 Hartmut Kaelble: Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895–1914, Berlin 1967, S. 3–9; S. 51–60.

Soziale Verschiebung durch Differenzierung

In den Hüttenwerken war die Arbeit im Team gefragt. Die physische Anforderung an Puddler- und die Hüttenarbeitergruppen war enorm. Auch die Arbeit der Kameradschaften auf den Zechen war Schwerstarbeit. Rheuma, Lungen-, Herz- und Nierenschädigungen traten beinahe zwangsweise auf, in der Regel waren die Bergarbeiter als Mittvierziger „bergfertig“.¹⁹² Die Lebenserwartung der Puddler war noch niedriger.¹⁹³ Sowohl im Kohlenbergbau als auch in der Eisen- und Stahlindustrie war zunächst großes Erfahrungswissen erforderlich. Als Hilfsarbeiter beginnend, dauerte es Jahre, bis die Erfahrung ausreichte, um am Hochofen oder in der Walzstraße eingesetzt zu werden. Um vom Schlepper bis vor die Kohle zu kommen, waren ebenfalls Jahre der Arbeit erforderlich.

Die Arbeit auf den Hütten wie auch die Arbeit unter Tage war eine fürchterliche „Maloche“ und sie blieb es im gesamten 19. Jahrhundert. Die Wirkung der von der Modernisierung getragenen Veränderungen der Arbeitsabläufe in der Eisen- und Stahlindustrie war stärker als auf den Zechen. In der Eisen- und Stahlindustrie fand eine starke Ausdifferenzierung statt, im Kohlenbergbau blieb die Hierarchie im Grunde erhalten. Die Arbeit in beiden Industrien charakterisierte, dass Erfahrung in der praktischen Ausführung der Tätigkeiten unabdingbar war, sie aber den erforderlichen Kraftaufwand und die Unfallrisiken im 19. Jahrhundert nicht kompensieren konnte.¹⁹⁴ Das erklärt, warum die innerhalb der Werke, aber auch außerhalb im gesellschaftlichen Leben zur Schau gestellte Männlichkeit, die Betonung von Härte und Kraft, zentral für das Selbstverständnis dieser Arbeitergruppen wurde. Die Männlichkeit betonte durch Abgrenzung Eigenschaften, die man bei den Angestellten und den Verwaltungen der Industriewerke nicht wählte. Angestellte, Werksdirektoren und die „Ruhr-

barone“ waren mächtig – die Industriearbeiter waren männlich. Die Männlichkeit wurde zu einer Art Grundkonsens im Selbstverständnis der Arbeiter.¹⁹⁵

Andere und für das Selbstverständnis relevante Attribute für die subjektive Selbsteinschätzung der Arbeiter gingen indes zügig und auch weit auseinander. Der traditionelle Bergmann gab seinen Standesdünkel, besonders im südlichen Teil des Ruhrgebiets, für einige Generationen weiter. Für die erhebliche Zahl der zuströmenden Arbeiter, besonders aus Schlesien, wurde ihre katholische Konfession identitätsprägend und war subjektiv von hoher Bedeutung; für die Masuren war es nicht die katholische, sondern die evangelische Konfession, die eine stark identitätsstiftende Wirkung entfaltete. In der Hüttenindustrie indes waren das Erfahrungswissen um die Reaktion des Materials und die relativ höhere Bedeutung technischer Fertigkeiten identitätsbildend und aufgrund der weiteren Differenzierung der Arbeitsanforderungen wohl auch der Hauptgrund, warum der Zusammenschluss unter den Hüttenarbeitern lange nicht erfolgte, während er unter den Bergleuten, wenn auch nicht in *einem* Zusammenschluss, schließlich gelang.

3. Wachstum ins Chaos: von den 1860er Jahren bis in die 1880er Jahre

Bis zum Beginn der 1850er Jahre hatte das „Ruhrgebiet“ eine montangewerbliche Prägung erhalten, besonders der Kohlenbergbau und die Eisenindustrie hatten sich in ihrer starken Bedeutung bereits von den anderen Gewerben abgesetzt.¹⁹⁶ Allein 1854 wurden 70 Bohrungen durchgeführt und unzählige Mutungsrechte vergeben. 1856 wurden nicht weniger als 42 neue Tiefbauzechen in Betrieb genommen, darunter Dahlbusch, Rhein-Elbe,

¹⁹² Stephen Hickey: Bergmannsarbeit an der Ruhr vor dem Ersten Weltkrieg, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.): Glück auf, Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979, S. 59.

¹⁹³ Brüggemeier, Grubengold, S. 129.

¹⁹⁴ Lars Bluma: Der Körper des Bergmanns in der Industrialisierung. Biopolitik im Ruhrkohlenbergbau 1890–1980, in: ders./Karsten Uhl (Hg.): Kontrollierte Arbeit – disziplinierte Körper? Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Industriearbeit im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2012, S. 40 f., S. 51–58.

¹⁹⁵ Martin Dröge: Männlichkeiten im Ruhrbergbau. Die Tagebücher Karl Friedrich Kolbows als Zeugnisse männlicher Identität, in: Geschichte im Westen 29, 2014, S. 75–95; Thomas Mania: „Weiße was – nen Schnaps?“. Die Gaststätte als Kommunikationszentrum. Theorie und Praxis am Beispiel eines Dortmunder Wohnquartiers, Münster u.a. 1997, S. 94–108.

¹⁹⁶ Tenfelde, Schichtung, S. 139.

Hibernia, Shamrock und Hansa.¹⁹⁷ Es handelte sich aber weiterhin um diverse Wachstumskerne, aber noch keine im Median adäquat zu beziffernde und die Region insgesamt erfassende Struktur oder eine Entwicklung, die von einer Gruppe „Ruhrbarone“ gemeinsam und in geheimer Absprache vorgenommen worden wäre. Ganz im Gegenteil. Die Entwicklungsdynamik der Wachstumskerne aber war so rege und auch ansteckend, dass es seit den 1850er Jahren die „industrielle Reservearmee“ aus dem Umfeld ins Ruhrgebiet zog. Aus dem Münsterland und vom Niederrhein strömten etwa 150.000 Arbeitsmigrant:innen, vor allem Männer, „an die Ruhr“. Sie gingen kaum in die Textilindustrie oder die anderen vorhandenen Gewerbe, die relativ und absolut stark zurückfielen, sondern wurden von den Bergbau- und Hüttenbetrieben absorbiert. Dem Zuzug aus dem Umland folgten in erheblicher Zahl Zuwander:innen aus Hessen, aber auch den Niederlanden, und schließlich zogen vor allem Arbeitsmigrant:innen, und zwar mit preußischer Staatszugehörigkeit, aus den vier Ostprovinzen, aus Posen, Schlesien sowie West- und Ostpreußen, ins Ruhrgebiet.¹⁹⁸

Das Treiben wirkte bunt durchmischt. Pull- und Push-Faktoren griffen bei der Arbeitsmigration ineinander über. Der sozioökonomische Druck, die jeweilige Heimat zu verlassen, war groß, und das waren die Verheißungen, im Ruhrgebiet zu Arbeit und zu relativem Wohlstand zu kommen, auch. Die Hoffnungen auf eine im Vergleich gut bezahlte Lohnarbeit wurden oft erfüllt, allerdings entsprachen die Lebensbedingungen im Ruhrgebiet den Erwartungen in aller Regel nicht. Nicht nur war der Wohnraum für die zuziehenden Massen knapp, auch die kommunalen Infrastrukturen waren, sofern überhaupt vorhanden, der Zuwanderung kaum gewachsen.¹⁹⁹ Ethnisch segregiert war die Zuwanderung

von Anfang an. Ob der Zuwanderer eine Wohnung fand, sich in einem Schlafhaus unterbringen ließ oder aber als Kostgänger bei einer Familie unterkroch, war von Anfang an eine Frage der „Landsmannschaft“.²⁰⁰ Die explodierenden Siedlungen lagen auch, aber nicht nur, in den alten Stadtzentren oder Ortskernen. Besonders die Ansiedlungen im nördlichen Teil in der Nähe der Zechen und Hüttenwerke explodierten schier. Eine Vielzahl ganz neuer Städte und Gemeinden entstand, während die infrastrukturelle Erschließung deutlich hinterherhinkte.²⁰¹ Besonders der vormals landwirtschaftlich dominierte und periphere Raum zur Emscher hin geriet in Bewegung und wurde zum Ansiedlungsgebiet. Das stellte subjektiv mitunter eine Verbesserung dar, aber längst nicht immer.²⁰²

Nicht nur mutige und zukunftsoptimistische Arbeiter zogen ins Ruhrgebiet. Auch Unternehmer und Industrielle wanderten in den aufstrebenden und sich im Aufbruch befindlichen Raum. Bereits während der 1850er Jahren war ein großer Teil von ihnen zugewandert, vor allem aus dem Aachener und Eifeler Raum. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts waren es besonders viele.²⁰³ August Thyssen etwa siedelte aus dem Aachener Revier ins Ruhrgebiet über und schaffte mittels der Ausnutzung seines Verwandtennetzwerks die Grundlage für den Thyssen-Konzern.²⁰⁴ Insbesondere von der Rheinschiene, aber auch aus dem Ausland, weniger aber aus Ost- und Süddeutschland zog es unternehmerisch Tätige ins Ruhrgebiet.²⁰⁵

Mit Blick auf den Kohlenbergbau und ebenso die Eisen- und Stahlindustrie können die 1850er Jahre gar nicht stark genug herausgestellt werden. Die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbswirtschaft waren hergestellt, die traditionell noch vorhandenen Gewerbestrukturen wirkten gerade auf diese neuen Sektoren

197 Spethmann, Grosswirtschaft, S. 22.

198 Tenfelde, Schichtung, S. 140.

199 Reulecke, Urbanisierung, S. 98–101.

200 Brüggemeier, Leben, S. 66.

201 Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 271–277.

202 Budraß/Roelevink, Entwässerung, S. 25–71.

203 Hansjoachim Henning: Soziale Vernetzung an Rhein und Ruhr. Anmerkungen zur regionalen Mobilität unternehmerisch Tätiger, in: Hein Hoebink (Hg.): Staat und Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1816–1991, Essen 1992, S. 89 f., Tab. S. 93; Toni Pie-renkemper: Die westfälischen Schwerindustriellen 1852–1913. Soziale Strukturen und unternehmerischer Erfolg, Göttingen 1979, Tab. S. 40, Tab. S. 41.

204 Jörg Lesczenski: August Thyssen 1842–1926. Lebenswelt eines Wirtschaftsbürgers, Essen 2008.

205 Henning, Vernetzung, S. 99 f.

kaum mehr einschränkend. In dieser Situation entschied sich eine große Zahl Industrieller im Ruhrgebiet für ein Mengen- und Förderwachstum und wählte dafür eine Expansionsstrategie, und das singulär. Die 1850er Jahre waren durch ein starkes Wettbewerbsverhalten, nicht ein gemeinsames Vorgehen geprägt.

Koordinierte oder gar kollektive und betriebsübergreifende Entscheidungen wurden noch nicht vorgenommen, wenn auch die bestehenden informellen Netzwerke und Vereine weiterhin stark genutzt wurden.²⁰⁶ Die Entscheidungen aber für die Expansionsstrategien unter der Bedingung der unregulierten Konkurrenz wurden von Eigentümerunternehmen getroffen, sie konnten diese aber ohne Unterstützung von außerhalb nicht umsetzen. Denn für die Realisierung der Wachstumsstrategien reichte das im Ruhrgebiet vorhandene Kapital nicht aus. Es mussten Kontakte geknüpft, bestehende – vor allem aus dem Kolonialwarenhandel stammende – Verbindungen wieder aufgenommen und Kreditbeziehungen eingegangen werden. Kurzfristig zeigten sich die Folgen dieser Entscheidungen für die Unternehmer der Montanindustrie in extremen Preis- und Konjunkturschwankungen. Auf mittlere Sicht zeigte sich dann, dass die Expansionsstrategien der 1850er Jahre die Grundlage für starke Lock-in-Effekte schufen, mit gravierenden Folgen: Wie sich zeigen sollte, war der seit den 1850er Jahren beschrittene Pfad der Expansions- und Kostensenkungsstrategie nicht mehr ohne weiteres zu verlassen.

Die verhängnisvolle Beziehung von Preis und Kapazität

Die sukzessiv vorgenommene Liberalisierung des Bergbaus hatte tiefgehende Folgen für das Verhältnis von Arbeit und Wirtschaft. Die nunmehr niedergebrachten Tiefbauschächte waren nicht nur tiefer und damit teurer, sondern sie beschäftigten auch mehr Menschen. Belegschaftsstärken von 400 bis 500 Mann auf den Anlagen waren schon sehr bald keine Seltenheit mehr. Die starke Förderausweitung gründete auf dem Übergang

zum Tiefbau, getragen aber wurde sie durch die erhebliche Vermehrung der Betriebspunkte und die Handarbeit der stark wachsenden Belegschaften.²⁰⁷ Waren 1816 gut 3.400 „Staatsbeamte“ im Kohlenbergbau tätig, schnellte die mittlere Belegschaft nach dem Freizügigkeitsgesetz auf 14.000 Bergleute hinauf. 1863 waren es bereits 33.300, 1879 76.500 und 1913 waren im Mittel knapp 402.000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet beschäftigt.²⁰⁸ Dem stand eine ähnlich rapide Förderentwicklung gegenüber. 1816 wurden im Ruhrgebiet etwa eine halbe Million Tonnen Steinkohle gefördert, bis 1850 wurde die Förderung auf etwa zwei Millionen Tonnen erhöht; bis zum ersten und heftigen Preistief – 1869 – förderten die Zechen im Ruhrgebiet bereits 6,4 Millionen Tonnen, 1879 – am zweiten Preistiefpunkt – war die Förderung auf gut 20 Millionen Tonnen gesteigert worden. Bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs erreichte die Förderung mehr als 110 Millionen Jahrestonnen. Damit hatte der Rheinisch-Westfälische Industriebezirk die anderen deutschen Kohlenregionen weit hinter sich gelassen. Das Ruhrgebiet war zum mit Abstand größten Kohlenrevier im Reich geworden.²⁰⁹

Aus der quantitativen Gesamtschau war die konjunkturelle Entwicklung im Ruhrbergbau besonders zwischen den 1850er und 1890er Jahren durch ein ungestümes Förderwachstum und gleichzeitig heftige Preisausschläge charakterisiert. Die zunächst tragenden Sektoren der deutschen Wirtschaft, die Textilindustrie und der Eisenbahnbau, waren im späteren Ruhrgebiet weniger stark verankert als in den anderen deutschen Industrialisierungsiseln. Das Ruhrgebiet nahm an der deutschen Konjunkturentwicklung daher verzögert, aber dann, seit den 1850er und 1860er Jahren, als Treiber teil. Zweifelsohne war es der Kohlenbergbau, der besonders nach 1851 zum dominierenden Wachstumsmotor des Ruhrgebiets wurde.²¹⁰ Seit 1851 wechselte die Phase des „tendenziellen Wachstums“, das immerhin mehr als fünf Prozent pro Jahr betragen hatte, in eine Phase eines „verstärkten Wachstums“ mit Wachstumsraten von jährlich durchschnittlich neun Prozent über. Nicht

²⁰⁶ Müller, Organisierter Strukturwandel, S. 145.

²⁰⁷ Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 111.

²⁰⁸ Holtfrerich, Wirtschaftsgeschichte, Tab. S. 51 f.

²⁰⁹ Holtfrerich, Wirtschaftsgeschichte, Tab. S. 16–18.

²¹⁰ Toni Pierenkemper: Struktur und Entwicklung der Schwerindustrie in Oberschlesien und im westfälischen Ruhrgebiet, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 2, 1979, S. 5.

nur steigerte sich die Förderung praktisch mit dem Miteigentümergegesetz.²¹¹ Auch die Erhöhung der Belegschaften hielt mit diesem Wachstum Schritt. Auf lange Sicht bewegten sich die Löhne mit der Förderungsentwicklung; sie stiegen zwischen 1850 und 1874 deutlich, von 1874 bis zum Ersten Weltkrieg entwickelten sie sich im Mittel allerdings nur schwach wachsend.²¹²

Die Zechenbesitzer gerieten mit ihrer Freisetzung durch das Miteigentümergegesetz in die Abhängigkeit von einer nunmehr gänzlich unregulierten Preisentwicklung. Mit heftigen Preissteigerungs- bzw. dann Preisverfallsschüben waren die Preisausschläge auf dem deutschen Kohlenmarkt seit der Liberalisierung extrem. Die Preisentwicklung war alles andere als stabil oder gleichmäßig. Das ist nicht nur mit der schubweisen Veränderung der Nachfrage und dem Saisongeschäft mit Kohle für den Hausbrand zu erklären.²¹³ Denn dass die Steinkohle der grundlegende, ja, nicht ersetzbare Stoff für die Industrialisierung und Modernisierung der gesamten Wirtschaft war, das wussten die Zechenbesitzer im Ruhrgebiet sehr genau. Im Wissen, dass die Kohle als Energieressource zentral war, für die Eisenbahn, für die Eisen- und Stahlindustrie und für den Hausbrand im Besonderen, entstand ein Klima für eine trügerische Euphorie und auch für eine vermeintliche Sicherheit im Hinblick auf die Investitionsvorhaben, besonders seitdem bekannt wurde, welch hohe Qualität die mächtigen Fettkohlenflöze nördlich der Ruhr aufwiesen. Zwar wurden viele Zechenbesitzer vom Preisverfall getroffen, nicht wenige von ihnen mussten in den 1860er Jahren und in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre ihre Förderung aufgeben. Während der Hochpreisphasen aber kannte die Gründer- und Expansionseuphorie kaum Grenzen. Besonders das hohe Preisniveau der 1850er Jahre setzte starke Investitionsanreize für die bereits aktiven Gewerke und auch für auswärtige Investoren.

„Industrialisierung“ bedeutete eben nicht nur eine Modernisierung der Wirtschaftsverfassung, Wirtschaftswachstum und ein Aus-dem-Boden-Schießen von neuen Werken, sondern sie basierte auf den Möglichkeiten der Kapitalakkumulation. Und das Ruhrge-

biet profitierte davon, dass viel Kapital nach Anlage und Beschäftigung suchte.²¹⁴ Die seit den 1850er Jahren getätigten Investitionen machten den Ruhrbergbau zu einer gleichzeitig kapital- wie arbeitsintensiven Industrie. Denn Investitionsanreize in der Kohlenwirtschaft ließen sich im 19. Jahrhundert kaum technisch umsetzen; Investitionen bedeuteten also keineswegs eine Modernisierung durch die Einführung neuer Verfahren, Maschinen oder Abbaumethoden. Ganz anders blieb die Bergbau- und Fördertechnik im 19. Jahrhundert, sieht man einmal vom Übergang zum Tiefbau ab, bemerkenswert konstant. Preisinduzierte Investitionsanreize bedeuteten deshalb und eigentlich alternativlos: die Erhöhung der Förderung durch die Niederbringung weiterer Schächte und Schachtanlagen, bei einem vergleichsweise stabilen Verhältnis von Förderung zu Arbeitseinsatz. Die Entscheidungen für Investitionen in die neuen Schächte waren also weniger durch den technischen Fortschritt als vielmehr durch die hohen Preise angereizt. Die Wirkung dieser Investitionen trat dann geballt und zeitverzögert auf; keineswegs aber basierte sie auf gemeinsam getroffenen Investitionsentscheidungen der „Ruhrbarone“. Die Ausreifungszeit für die Niederbringung und die Inbetriebnahme der neuen Schächte und Schachtanlagen lag bei etwa acht Jahren. Erst dann kamen die neuen Kapazitäten auf den Markt.

Verheerend war dann die kumulative Wirkung. Knapp zehn Jahre nach der Liberalisierung und dem Preishoch kam es zur massiven und schubweisen Erhöhung des Kohlenangebots, für das kein Markt vorhanden war, obgleich die Kohlennachfrage im 19. Jahrhundert beständig stieg. Mit anderen Worten: Die Preisstürze wurden von den Zechenbesitzern selbst ausgelöst. Sie drängten, da sie ihre Investitionsentscheidungen etwa zeitgleich getroffen hatten, mit ihren erhöhten Kapazitäten auch etwa zeitgleich auf den Markt. Die Preisniedergänge infolge der 1850er- und 1870er-Investitionsentscheidungen lassen sich mit den Tiefpunkten 1863 und 1879 recht präzise bestimmen. „Schädlich“ – um eine später oft angewandte Formulierung anzubringen – war die Wirkung, weil die Angebotselastizität im Kohlenberg-

211 Holtfrerich, Wirtschaftsgeschichte, S. 24–31.

212 Ebd., Tab. S. 59–61.

213 Carl-Ludwig Holtfrerich: Relative Preise, Kapazität und Produktion in der deutschen Kohlen- und Eisenindustrie 1850–1913, in: Hans Siegenthaler (Hg.): Ressourcenverknappung als Problem der Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1990, S. 110 f.

214 Tilly, Kapitalmarkt, S. 152.

bau ausgesprochen gering war. Eugen Schmalenbach, der dazu in den 1920er Jahren den Begriff „Kostendegression“ prägte, formulierte, das sei eine Entwicklung, bei der „der Anteil der fixen Kosten immer größer geworden ist, und zwar so sehr, daß schließlich der Anteil der fixen Kosten für die Produktionsgestaltung bestimmend wurde“.²¹⁵ Eine kurzfristige Anpassung der Kohlenförderung auf Preis- oder Nachfragerückgänge wurde mit den steigenden Investitionen, dem in die Schachtanlagen investierten und gewissermaßen „stehenden Kapital“, immer schwieriger. Die Kostenstruktur der Zechen nach den vorgenommenen und hohen Investitionen bedingte, dass das Förderniveau möglichst aufrechterhalten werden musste, um wenigstens die Fixkosten hereinzuholen und den erforderlichen Kapitaleinsatz zu leisten. Für stabile Erträge aber war die Auslastung der Schachtanlagen unerlässlich. Das spiegelte sich auch in den Beschäftigtenzahlen: Sie waren – verglichen mit Branchen, in denen sich eine Fabrik ohne große oder teure Anlagen einfach schließen ließ – durchaus beständig. Zu Entlassungswellen kam es dann, wenn Schächte oder Zechen geschlossen werden mussten, weniger aber wurden Kündigungen infolge von Konjunktur- und Preisschwankungen ausgesprochen.²¹⁶ Vielmehr wurde die Förderung über die Arbeitszeit mittels Über- bzw. Feierschichten angepasst.²¹⁷ Ein gemeinsames Vorgehen während des Booms der 1850er Jahre gab es nicht; und auch die bis in die 1870er Jahre gegründeten Zusammenschlüsse der Zechenbesitzer wirkten keineswegs strategieentscheidend auf die einzelnen Investitionsentscheidungen. Von der Direktion der Bergämter befreit, gingen die Gewerke und Investoren zunächst und einigermaßen kompromisslos ihre eigenen Wege. Weiter noch: Sie trieben sich, in unmittelbarer Nachbarschaft liegend, mit ihren Bohrungen, Mutungen, Berechnungen und Schachtniederbringungen gegenseitig an. Aus der Tatsache, dass die Investitionen zu ähnlicher Zeit vorgenommen wurden, sollte man also keineswegs

eine gemeinsam oder kollektiv ersonnene Strategie der „Ruhrbarone“ ableiten. Ganz anders war das Konkurrenz- und Wettbewerbsverhalten der Zechenbesitzer seit den 1850er Jahren außerordentlich, gerade weil man in etwa die gleichen Wachstumsstrategien gewählt hatte. Das quantitativ beeindruckende Wachstum verlief bis in die 1890er Jahre unkoordiniert, unreguliert und ohne ein kommunikatives oder strategisches Zentrum. Im Ruhrkohlenbergbau herrschte „Wirtschaftsanarchie“.²¹⁸

Die kumulativen, aber eben nicht gemeinsam getroffenen Entscheidungen für das Mengenwachstum, die Economies-of-Scale-Strategie hatte in der Eisen- und Stahlindustrie eine andere Logik als im Kohlenbergbau. Aber beide Montanindustrien im Ruhrgebiet setzten auf Größenwachstum. Dabei war die Wirkung der Konjunkturausschläge in der eisenschaffenden Industrie stärker als in der Kohlenwirtschaft. Denn anders als im Ruhrbergbau, wo außer Grubenholz keine Rohstoffe zugeführt werden mussten und die Förderung insbesondere auf dem deutschen Binnenmarkt und über den Rhein in die Niederlande abgesetzt wurde, war die Eisen- und Stahlindustrie in besonders starkem Maße von der Weltmarktentwicklung abhängig. Das galt für den Import von Roheisen wie Erzen und ebenso für den Export.²¹⁹ Und im Unterschied zum Kohlenbergbau bewirkte die Adaption technischer Neuerungen durch die neuen Verfahren – dem Puddel-, dem Bessemer-, dann dem Thomas- und schließlich dem Siemens-Martin-Verfahren – die Ausweitung der Produktionskapazitäten. Sowohl die Eisen- und Stahlindustrie als auch der Kohlenbergbau entwickelten sich seit den 1850er und 1860er Jahren zu höchst kapitalintensiven Industrien, beide blieben dabei aber ausgesprochen arbeitsintensiv.²²⁰ Im direkten Vergleich waren die Effekte der Adaption der technischen Fortschritte in der Eisen- und Stahlindustrie größer: Die Ruhrkohlenwirtschaft war stark preis- und konjunkturanfällig, die Ruhreisen- und Ruhrstahlindustrie ebenso, allerdings verliefen die

215 Eugen Schmalenbach: Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung, in: Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung 5, 1928, Zit. S. 243.

216 Holtfrerich, Relative Preise, S. 115–118.

217 Hickey, Bergmannsarbeit, S. 52–57.

218 Kurt Wiedenfeld: Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, Bonn 1912, Zit. S. 1 u. S. 146.

219 Steven B. Webb: Cartels, Technology, and Growth in the German Steel Industry, 1879 to 1914, in: The Journal of Economic History 2, 1980, S. 319–327.

220 Brüggemeier, Leben, S. 80 f.; Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 41.

Mengen- und Preiskonjunkturen hier, aufgrund der Abhängigkeit vom Weltmarkt, synchroner.²²¹

Das Wachstum der deutschen Roheisenproduktion seit 1850 bis in die 1890er Jahre lässt sich in zwei Phasen untergliedern: Zwischen 1850 und der Gründerkrise wuchs sie um knapp elf Prozent pro Jahr, seit der Gründerkrise bis 1893 im Durchschnitt um gut vier Prozent. Im Unterschied zum Kohlenbergbau, der – drastisch formuliert – seine Förderung entweder halten oder wachsen musste, war die Roheisenproduktion anpassungsfähiger und in der Tendenz elastischer als die Kohlenförderung. Und noch etwas unterschied die Entwicklung der Roheisenpreise als Gradmesser für die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie von den Kohlenpreisen. Während die Kohlenpreise im Verlauf des 19. Jahrhunderts, trotz der erheblichen Preisschwankungen, im Mittel stiegen, sanken die Roheisenpreise im langfristigen Trend ab. Das war die Folge steigender Kapazitäten durch die Einführung neuer Verfahren. Hier waren es stärker als im Kohlenbergbau technische Neuerungen, die die Investitionstätigkeit anregten und dann ebenfalls, wenn auch in schwächerer Ausprägung, für schubweise vorgenommene Kapazitätserhöhungen sorgten. Allerdings drückten die Kapazitätsausweitungen hier schneller auf den Markt als beim Kohlenbergbau, die Ausreifungszeit der Hochöfen lag mit durchschnittlich drei Jahren deutlich unter der Ausreifung neuer Schachtanlagen. Die Roheisenproduktion kennzeichnete also bald ein außerordentliches Mengenwachstum, das deutlich über die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes hinausging, besonders nachdem der Eisenbahnboom abebbte. Die Eisen- und Stahlindustrie war daher, und deutlich stärker als der Ruhrbergbau, exportabhängig und damit stärker weltmarktorientiert.²²²

Die Eisenhütten waren wie die anderen Gewerbe mit der Gewerbeordnung freigesetzt worden. Zwar hatten auch die Hütten in der Rheinprovinz formal den Bergämtern unterstanden, allerdings waren die Bergämter hier lediglich aufsichtführend, aber nicht leitend oder direktiv. Im Ruhrgebiet agierte die entstehende Eisen-

und Hüttenindustrie daher mit ihrer Ansiedlung unter freien Bedingungen. Auch hier herrschten bald „Anarchie“ und ein starkes Wettbewerbsverhalten, wenn auch die Produktdifferenzierung schon bald sehr viel höher war als im Kohlenbergbau. Gemeinsame Absprachen oder eine strategische Zusammenarbeit fanden sich hier zunächst ebenfalls nicht. Gemeinsam setzten sich die Maschinenbau-, Eisen- und Hüttenindustriellen für die Verbesserung der Verkehrs- und Transportbedingungen ein, die für sie aufgrund der Rohstoffabhängigkeit von Erzen wesentlich war. Und sie profitierten frühzeitig vom Zollschutz: Zwischen 1844 und 1865 wurde die Roheisenproduktion durch Zölle geschützt. Das war nicht allein das Ergebnis erfolgreicher Interessenpolitik der „Ruhrbarone“, aber von ihnen stark, wenn auch noch nicht in Zusammenarbeit, forciert worden.²²³

„Sozialpatriarchalismus“ und Degradierung durch Ausdifferenzierung

Formal waren sowohl die Bergarbeiter wie auch die Zechenbesitzer im Hinblick auf die zu schließenden Arbeitsverträge frei in ihrer Handlung, Haltung und in der Wahl der Mittel ihrer Interessendurchsetzung. Für die Hütten- und Eisenarbeiter und die Betriebsleitungen galt ähnliches. Die Abschaffung des Direktionsprinzips änderte dabei für die Gewerker alles, für die Bergarbeiter aber zunächst wenig. Die Bergämter hatten die Bergleute strukturell und als Standesgruppe geschützt, sie aber keineswegs als vollwertige Beamte behandelt. Jede Art von Kritik an der „Obrigkeit“ war hart geahndet worden. Die Zechenleitungen übernahmen dieses auf unbedingte Disziplin und strikte Unterwerfung ausgerichtete Format der Belegschaftsführung, gerade weil der Bergbau arbeitsintensiv blieb und hier kein Mechanisierungs- oder Rationalisierungseffekt durchschlug.

Keineswegs folgte der Freisetzung der Bergarbeiter daher eine nennenswerte Verhandlungsmacht. An die Stelle der Regelsysteme und der Strafkataloge der Bergämter traten nun die Arbeitsordnungen der Zechen. „Zu-spät-Kommen“, „Streit“, Fluchen, Trinkerei, insbesondere aber

221 Reinhard Spree: Die Wachstumszyklen der deutschen Wirtschaft von 1848 bis 1880. Mit einem konjunkturstatistischen Anhang, Berlin 1977, S. 163–192.

222 Holtfrerich, Relative Preise, S. 119–122; Webb, German Steel Industry.

223 Weber, Entfaltung, S. 206–209.

„Ungehorsam“ wurden mit Strafen und Strafzahlungen belegt und geahndet.²²⁴ Wie ehemals reagierten die Bergarbeiter mit Petitionen und Eingaben, auch auf den Verlust ihrer vormals privilegierten Absicherung: „Verdient der Bergmann, der, von solchen Gefahren umgeben, die Schätze der Tiefe an's Licht fördert, nicht für sich, sondern für die Gewerke, verdient er nicht die alten, durch Königl. Gesetze verbrieften Rechte?“ Die Bergarbeiter beschwerten sich also durchaus, aber sie begehrten trotz des Anwachsens ihrer quantitativen Stärke nicht auf.²²⁵ Zwar fanden die Bergarbeiter zusammen, sie pflegten eine rege Vereinskultur. Dies war aber keineswegs Ausdruck einer geschlossenen Selbstermächtigung, ebenso waren ihre Interessensbekundungen nicht homogen. Vielmehr fielen die Reaktionen auf ihre Freisetzung gemischt aus. Während die einen die neue Freizügigkeit begrüßten, wurden von anderen die Nachteile, vor allem die wegfallende Privilegierung, als Verlust wahrgenommen.²²⁶ Die Bergarbeiter schlossen sich nicht und initiativ als Gegenpol zu den ebenfalls nicht homogenen und unorganisierten Arbeitgebern zusammen, sondern sie wandten sich, wenn auch oftmals gemeinsam und nicht allein, an ihre vorherigen Arbeitgeber, die Bergbehörden, und als dies nicht half, da die Bergbehörden die Kompetenz nicht mehr besaßen und auch nicht willens waren, sich einzuschalten, wandten sie sich an den König.

Die Bergleute formulierten Petitionen, Bittbriefe und Eingaben,²²⁷ in denen sie um „wirksamen Schutz“ ersuchten und ihre „Not“ konstatierten, nicht selten mit Hinweis auf die Lebenshaltungskosten, die sie detailliert aufführten. Sie prangerten darüber hinaus die Verlängerung ihrer Arbeitszeiten unter den liberalisierten Bedingungen und die Lohnpolitik der Zechenleitungen an. An ihren neuen Vertragspartnern kritisierten sie die Herabsetzung ihres Status: „Sie [die Gewerke,

d. Verf.] betrachten uns nur als willenlose Maschinen und Arbeitsinstrumente“, so hieß es in einer Bittschrift von 1867.²²⁸ Die gewählten Mittel, die Petition oder die Kollektivbeschwerde, waren indes keine neue Errungenschaft oder ein neues Kampfmittel. Petitionen waren schon während der Zeit des Direktionsprinzips die gängige Methode gewesen, mit der die Bergleute ihre Interessen artikuliert hatten.²²⁹ Und zur Zeit des Direktionsprinzips hatte diese Art, für das eigene Interesse einzutreten, auch Erfolg gehabt. Beschwerden stießen bürokratisch vorgenommene Überprüfungen, in aller Regel durch die Einholung von Gutachten, an. Den Beschwerden wurde nachgegangen und dann eine Entscheidung herbeigeführt. Das war ein hochgradig formalisierter Weg der Konfliktregulierung. Nach der Liberalisierung wurde dieser Weg allerdings zum „Toten Mann“. Die Bergämter reagierten nicht mehr schützend auf die Petitionen und die Zechenbesitzer nahmen in aller Regel allerhöchstens Notiz von den Beschwerden. Meistens lehnten sie auch das ab. Zunächst und seit den 1850er Jahren bedeutete das montanindustrielle Wachstum im Ruhrbergbau also ein wildes Durcheinander. Organisiert waren die Interessen nicht, und zwar weder auf Seiten der Industrie noch auf Seiten der Arbeiter. Und auch die Voraussetzungen für ein koordiniertes und gemeinsames Vorgehen, ein Bewusstsein für die Folgen der Entscheidungen einzelner, die hier kumulativ wirkten, waren ebenso wenig vorhanden wie kommunikative Zentren der Aushandlung. Der Ruhrbergbau zeigte sich als eine wilde Melange aus Einzelinteressen und Einzelentscheidungen.²³⁰

Ganz ähnlich, aber nicht identisch gestalteten sich auch die Beziehungen in der Eisen- und Stahlindustrie. Die Beziehung zwischen Arbeitern und den Eisen- und Stahlindustriellen unterschied sich bis in die 1890er Jah-

²²⁴ Strafbestimmungen und Arbeitsordnung der Zeche Hundsnoeken, Essen, 22.11.1860, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 232–234.

²²⁵ Immediateingabe der Bergleute der Grafschaft Mark zum Knappschaftsstatut, 12.6.1858, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 460–462, Zit. S. 461 u. S. 462.

²²⁶ Hartmann, Weg, S. 24–26.

²²⁷ Kollektive Bittschrift von Bergleuten, Hardensteiner Revier, an das Oberbergamt Dortmund, 1855, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 411 f.

²²⁸ Kollektive Immediatbeschwerde v. Bergleuten aus dem Essener Bezirk, 29.6.1867, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 234–238.

²²⁹ Klaus Tenfelde/Helmuth Trischler (Hg.): Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden von Bergleuten im Zeitalter der Industrialisierung, München 1986, S. 21–31.

²³⁰ Plumpe, Interessenverbände, S. 662.

re nur graduell von den Beziehungen im Ruhrbergbau. Auch hier wurde der Arbeitsvertrag zentral, auch in der Eisen- und Stahlindustrie bedeutete der Vertragsschluss eine Unterordnung unter die Leitung der Betriebe. Allerdings war der Lohn der qualifizierten Eisenarbeiter höher und durch den Akkordlohn zunächst an das Team gebunden, der sich im weitesten Sinne mit dem Gedingelohn der Bergarbeiter vergleichen lässt. Innerhalb der Betriebshierarchien wurden Kontrollmechanismen und -instanzen verankert, die über die Qualität der Fertigung entschieden, was sich unmittelbar auf den Lohn auswirkte.²³¹ Wie im Kohlenbergbau auch war die Regelung der Beziehung von Arbeiter und Betrieb eine Angelegenheit der Betriebsleitungen, sie war aber nicht übergeordnet oder gar gemeinsam koordiniert oder formal zentralisiert. Die Unterschiede unter den Eisen- und Hüttenarbeitern waren bis in die 1880er/1890er Jahre erheblich, sodass Zusammenschlüsse oder Vereinigungen der Arbeitnehmer selten, und wenn sie existierten, hochgradig differenziert waren. Die Spreizung zwischen den Löhnen der Facharbeiter, oft auch Stammarbeiter oder qualifizierte Eisenarbeiter genannt, und der Entlohnung der Hilfs- und ungelernten Arbeiter war eklatant.²³² Die wichtigen Scharnierstellungen zwischen der Unternehmens- bzw. Betriebsleitung und den Arbeitern bekleidete im Bergbau der Steiger, in der Eisen- und Stahlindustrie der Meister.

Das Bevölkerungswachstum, das zu einer Verdichtung der Städte und zu einer Reihe neuer städtischer Siedlungen führte, erschien nur in der Sicht von außen auf das Ruhrgebiet als ein einheitliches und explosionsartiges Wachstum. Den Motor für die Ansiedlung bildete zunächst die Nachfrage der Zechen und Hüttenwerke. In einem zweiten Schritt – und erst verzögert – folgten die städtebaulichen und abhängigen Industrien, besonders die Bauindustrie. Um 1880 knackte das Ruhrgebiet

die Marke von einer Million Einwohnern, bis 1914 verdreifachte sich die Bevölkerungszahl. Das Wachstum verlief nicht gradlinig und linear, sondern sprunghaft und innerregional unterschiedlich. Das vereinfachte nicht, sondern erschwerte die Herausbildung homogener Lebensformen und Solidarbeziehungen.²³³ Besonders die Zugezogenen, die in die Hütten und auf die Zechen gingen, hier mit einem Mal in großindustriellen Betrieben arbeiteten, unter großer Anonymität, wendeten sich nicht selten unmittelbar wieder ab. Zwar war eine Rückkehr in die Herkunftsgebiete für die meisten keine Option, waren die Verhältnisse im Ruhrgebiet für sie doch freier und damit subjektiv besser, aber es dauerte oftmals mehrere Arbeitsverträge, bis sie einen Arbeitsplatz gefunden hatten, der für sie akzeptabel war, oder sie hatten das „Pech“ zu heiraten, womit die Verpflichtungen zunahmen und auch die Haushaltsmittel erheblich zusammenschmolzen.²³⁴ Der Lohn für einen einzelnen ungebundenen Mann war hoch, er steigerte sich dann aber nicht oder passte sich, wie heute durch Steuerfreibeträge oder ähnliches, an die individuelle Lebenslage an. In der Tendenz folgte die zuziehende Bevölkerung gewissermaßen dem Bergbau von der Ruhr ausgehend gen Norden.²³⁵ Das Bevölkerungswachstum war dabei zunächst ein importiertes, kein natürliches. Das Ruhrgebiet profitierte als wachsender Industrie-raum von der Binnenwanderung und der Ost-West-(Fern)Wanderung.²³⁶

Seit den 1850er Jahren hatten starke Binnenwanderungen in ganz Deutschland eingesetzt. Aus den ländlichen Gebieten zog es die jungen Menschen in die wachsenden Industrieinseln, von denen das Ruhrgebiet eine späte, aber dafür massiv wachsende war. Seit Beginn der 1850er Jahre hatten die Unternehmen gezielt damit begonnen, insbesondere Hauer in Nieder- und Oberschlesien anzuwerben.²³⁷ Das Umfeld, auf das die

231 Welskopp, Arbeit und Macht, S. 129–133.

232 Reif, Arbeitsprozesse, v.a. S. 59–76.

233 Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 207–209.

234 Hickey, Bergmannsarbeit, S. 62 f.

235 Wolfgang Köllmann/Frank Hoffmann/Andreas A. Maul: Bevölkerungsgeschichte, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 111–197.

236 Klaus J. Bade: „Preußengänger“ und „Abwehrpolitik“: Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 24, 1984, S. 96 f.

237 Franz Haniel an Oberbergamt Dortmund, 30.9.1853, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 199–200, s. auch: Tab., in Thorade, Gold, S. 68.

eingeladenen Arbeitskräfte trafen, war gedrängter als etwa im beschaulichen Waldenburg, wo zwar der Kohlenbergbau dominierte, sich aber ein dichtes Gedränge von Betrieben und Industrien nicht entwickelt hatte.²³⁸ Bis in die 1870er Jahre waren es besonders Essen, Gelsenkirchen und Witten, die schier explodierten.²³⁹ Das Ruhrgebiet wuchs vor allem durch Zuzug männlicher jüngerer Arbeitskräfte, die, zunehmend auch aus den ländlichen Gebieten der preußischen Ostprovinzen zuwandernd, ihre soziokulturelle Prägung mitbrachten. Und im Ruhrgebiet angekommen zu sein, bedeutete eine von Standeszwängen befreite frühe Heirat und viele Kinder. Das Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts war daher eine ausgesprochen junge Gesellschaft.

Es bildete sich ein Umgang der Unternehmer mit „seinen“ Arbeitern heraus, der als „Sozialpatriarchalismus“ bezeichnet werden kann. Auch hier waren die Unterschiede beträchtlich und stark vom jeweiligen Betrieb oder der Zeche abhängig. Der enge Arbeitsmarkt und der zumindest bis in die 1880er/90er Jahre hohe Bedarf an gelernten und erfahrenen Facharbeitern führte zu einem zwar unterschiedlich ausgeprägten, aber im Grunde in allen Betrieben verankerten Prämiensystem. In den Fertigungs- und Förderbereichen, die zentral waren, übernahmen die Unternehmer die Rolle, die vorher die Bergämter im Bergbau übernommen hatten. Das Direktionsprinzip wurde damit, zumindest ein Stück weit, in der Wertvorstellung von sowohl Arbeitern wie auch den Industriellen als „moralische Reserveverfassung“ weitergeführt.²⁴⁰ Die Unternehmer erwarteten und forderten die Unterordnung der Arbeitskräfte, dafür waren sie zur Fürsorge bereit. Allerdings waren die Unternehmer dabei nur wenig geneigt, sich in die tatsächliche Lebensrealität der Arbeitnehmer hineinzusetzen oder finanziell mit der Gießkanne vorzugehen.²⁴¹ Die betriebliche Sozialfürsorge der Industriellen hatte einen marktrationalen Charakter, und entsprechend prämierten sie partiell, nicht umfassend und alle. Besonders wo

Arbeitskräfte mit langjähriger Erfahrung von Nöten waren, versuchten die Unternehmer die Bindung der Arbeitnehmer durch Privilegien, Wohnungsbau sowie Prämien- und zusätzliche Vergütungssysteme zu erhöhen.²⁴² Für die ungelernten Arbeiter galt das weniger.

Die schiere Masse der Arbeiter im Ruhrgebiet und die quantitativ dahinter deutlich zurückbleibende Mittelschicht bedeutete, dass sich im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk die für das 19. Jahrhundert so charakteristische „bürgerliche Gesellschaft“ nicht entwickelte. Allerdings, auch als typische „Arbeitergesellschaft“ kann die Gesellschaft des Ruhrgebiets nicht bezeichnet werden. Das 19. Jahrhundert war – auch im Ruhrgebiet – durch die Zunahme der sozialen Ungleichheit gekennzeichnet, und obwohl zumindest eine prinzipielle Durchlässigkeit bestand, zementierten und verstopften die Aufstiegskanäle seit den 1880er Jahren spürbar. Weiterhin lag das Lohnniveau hoch, wenn sich die Schere auch zunehmend – nicht zuletzt in der zweiten Jahrhunderthälfte durch die Ausdifferenzierung der Berufe – öffnete. Dennoch gehörten die im Ruhrgebiet gezahlten Löhne zu den höchsten im Deutschen Reich.²⁴³ Dass der enge Arbeitsmarkt die notwendigen Arbeitskräfte nicht mehr hervorbringen konnte und auch das alte Handwerk und die Gewerbestruktur mit dem in Gang gesetzten Aufschwung überfordert waren, zeigte sich aber nicht zuletzt an den Lebenshaltungskosten. „Das Leben ist hier in diesen kleinen Städten beinahe so teuer wie in den größten Hauptstädten Deutschlands“, hielt ein Eisenbahnreisender Mitte der 1850er Jahre und nicht ohne Verwunderung fest.²⁴⁴ Als wichtiger Wert und Gradmesser für die Entwicklung der Lebenslage der Arbeiter kann die Schaffung von Eigentum gelten. Und hier ist das Ergebnis klar: Es gelang nur wenigen Familien der Arbeiterschicht zu Eigentum zu kommen, mit der Gründerkrise nahm der Anteil der Eigentümer unter der Arbeiterschaft dann sogar scharf ab.²⁴⁵ Auch die Wertschätzung nahm ab. Die wachsenden Belegschaft-

²³⁸ Thorade, Gold, S. 62–69.

²³⁹ Köllmann u.a., Bevölkerungsgeschichte, S. 159–164.

²⁴⁰ Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 113.

²⁴¹ Plumpe, Interessenpolitik, S. 712.

²⁴² Reif, Arbeitsprozesse, S. 92–120.

²⁴³ Tenfelde, Schichtung, S. 160.

²⁴⁴ Levin Schücking, Reise längs der Köln-Mindener Eisenbahn, 1856, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 201–203, Zit. S. 201.

²⁴⁵ Tenfelde, Schichtung, S. 163.

ten, die mit immer mehr Zwischeninstanzen und Zwischenstellen konfrontiert waren und ihre Werks- oder Zechenleitung kaum mehr zu Gesicht bekamen, nahmen die von den Betriebsleitungen verfügbaren Vorgaben zunehmend als Willkürregime wahr.²⁴⁶

Die Entwicklung der Infrastrukturen – besonders in der Gesundheitsfürsorge und in der Wasserver- sowie -entsorgung – hielt im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk nicht mit dem deutschen Durchschnitt Schritt.²⁴⁷ Hier fiel das Ruhrgebiet zurück, sodass auch die „Proletarierkrankheiten“ länger und flächiger Bestand hatten als in anderen Gebieten.²⁴⁸ Das war nicht nur, aber auch das Ergebnis des „praktisch-nüchtern“ vorgenommenen Siedlungsbaus der Industrie.²⁴⁹ Sie bauten, kostensparend, nicht in den Städten, sondern in der Nähe ihrer Werke und Zechen, verstärkt aber erst seit den 1890er Jahren für die „Masse“ ihrer Arbeiter. Bis in die 1890er Jahre wurde bevorzugt für ausgewählte Arbeitergruppen gebaut: für Steiger, Meister und Maschinisten.²⁵⁰ Die infrastrukturelle Erschließung wurde dabei stark vernachlässigt. Zudem gab es erhebliche Unterschiede hinsichtlich der als „ortsüblich“ anerkannten Belastung: Im Süden des Ruhrgebiets waren die Wohnverhältnisse akzeptabel, nördlich der Emscher – wo vorwiegend die zugezogenen Arbeiter wohnten – waren sie aufgrund der mangelnden und nur wenig ausgebauten Infrastruktur deutlich schlechter.²⁵¹ Schier entsetzliche „Kalamitäten“ existierten in der Emscherniederung, so ein Gutachter noch 1903. Nur „nachträglich“ und in schweren Fällen würden Zechen und Aufsichtsbehörden hier tätig, so der Gutachter weiter: „Das einzige Mittel, um die aus der Verunreinigung der Gewässer entsprin-

genden Gefahren auf das geringste Maß herabzudrücken, besteht [...] in der Herstellung ordnungsmäßiger Kanalisation, damit das bewohnte Terrain gesundet.“²⁵² Es sollte bis weit ins 20. Jahrhundert dauern, bis diese infrastrukturellen „Kalamitäten“ für den Industriebezirk behoben waren.

Der überwiegende Teil der Zuziehenden stammte während der ersten Gründungszeit aber noch aus dem regionalen Umfeld. Die zugezogenen Arbeiter liebten das Zusammenleben in „Konkubinaten“, vermerkte der Bochumer Bürgermeister naserümpfend, auch mit Blick auf das sich durch den Zuzug junger Männer einstellende Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern. Eine Steigerung der Prostitution war seiner Ansicht nach die Folge.²⁵³ Auch in anderer Hinsicht bedeutete der massiv einsetzende Zuzug Friktionen. Die Unternehmer, zwar froh über die Entlastung des lokalen und weitgehend ausgeschöpften Arbeitsmarktes, fanden zunächst keineswegs, dass sie auch den Wohnraum für alle zu stellen hatten. Erst nach der Jahrhundertwende wurde die „Wohnungsfrage“ wie auch die Bereitstellung einer Infrastruktur wirklich zur kommunalen Aufgabe, die die Kommunen nicht zuletzt aus städteplanerischen Gründen – die insbesondere in der gegenseitigen Konkurrenz und den Eingemeindungen zu suchen sind und darin, dass man „die Polen und die Sozialdemokraten“ in den Gemeindevertretungen ausschließen konnte²⁵⁴ – als eigene Aufgabe für sich reklamierten.²⁵⁵ Zwar wurde 1875 schließlich das „Fluchtliniengesetz“ verabschiedet, womit die Möglichkeit bestand, die Erschließungskosten auf die Bauherren abzuwälzen. Die Verankerung aber dauerte, weil die industriellen Bauherren sich ei-

²⁴⁶ Ebd., S. 161.

²⁴⁷ Frank Uekötter: Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, München 2007, S. 14–20; Budraß/Roelevink, Entwässerung, S. 75–94.

²⁴⁸ Tenfelde, Schichtung, S. 156.

²⁴⁹ Heinrichsbauer, Industrielle Siedlung, Zit. S. 24.

²⁵⁰ Franz-Josef Brüggemeier: „Volle Kost voll“. Die Wohnungsverhältnisse der Bergleute an der Ruhr um die Jahrhundertwende, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.): Glück auf, Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979, S. 157.

²⁵¹ Franz-Josef Brüggemeier/Thomas Rommelspacher: Blauer Himmel über der Ruhr. Geschichte der Umwelt im Ruhrgebiet 1840–1990, Essen 1992, S. 35–47, S. 77–79, S. 89–93.

²⁵² Gutachten über die sanitären Verhältnisse in der Emscherniederung, 1903, in: Brüggemeier/Rommelspacher, Blauer Himmel, S. 142–147, Zit. S. 143 u. S. 147.

²⁵³ Zit. Statistische Darstellung der Stadt Bochum, 25.7.1863, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 211 f.

²⁵⁴ Alfred zu Nieden an den Regierungspräsidenten in Arnsberg, 20.5.1908, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 311–316, Zit. S. 315.

²⁵⁵ Erich Zweigert: Verwaltung der Stadt Essen, 1902, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 302–304, Zit. S. 304.



Kolonie der Gelsenkirchener Bergwerks-AG in Wattenscheid. Die Kolonie wurde zu Beginn der 1860er Jahre erbaut, die Aufnahme stammt aus den 1930er Jahren. Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, 027700118001.

ner pauschalen Annahme verweigerten und auch aus anderen Gründen in großem Stil den Boden über ihren Schächten aufgekauft hatten.²⁵⁶ Das hatte raumstrukturelle Folgen, besonders für den Norden des Ruhrgebiets, zumal gerade die Bergbauunternehmen praktisch keine Steuern zahlten.²⁵⁷ Im Norden lebten zweitweise bis zu 84 Prozent der Menschen in zecheneigenen Wohnungen und in den nördlichen Städten Gelsenkirchen, Oberhausen, Gladbeck, Herne und Hamborn sowie in den nördlichen Landkreisen betrug der Anteil der Arbeiter bis zu 90 Prozent.²⁵⁸ Die Effekte des Wohnungsbaus der Industrie waren für die sozioökonomische Zergliederung des Ruhrgebiets ganz enorm: Zwar sahen die Industriellen einigen Sinn darin, gerade ihre nördlich gelegenen Schacht- und Werksanlagen mit nahen Kolonien zu bestücken, um auf diese Weise die Wege zu verkürzen und auch um die Arbeiter mit ihren Familien zu segregieren. Für die erheblichen Infrastrukturkosten, die etwa durch die Kanalisation dieser Siedlungen auf der „grünen Wiese“ erforderlich waren, sahen sie sich aber lange Zeit nicht zuständig.²⁵⁹

Schlaglichter: Die erste Gründerzeit

Die Gewerken reagierten auf die Erlangung der Verfügungs- und Entscheidungsgewalt über ihre Zechen keineswegs im Gleichschritt, sondern eigen. Die Entscheidung zur Expansion, zur Ausweitung der Förderkapazitäten, aber wurde zuhauf getroffen; zwischen 1852 und 1857 entstanden 85 neue Bergwerksgesellschaften im Ruhrgebiet.²⁶⁰ Mit dem Allgemeinen Berggesetz waren die Kuxe, die Anteilsscheine an einer bergwerkrechtlichen Gewerkschaft, „mobilisiert“ worden.²⁶¹ Sie wurden beweglicher und damit leichter handelbar. Damit setzte ein wilder Spekulationshandel mit Kuxen ein. Mit der technischen Möglichkeit, die Mergeldecke zu durchstoßen und die Kohlenförderung im Tiefbau vorzunehmen, stieg der Investitionsbedarf erheblich. Die Mittel, die erforderlich waren, um die Tiefbauschächte niederzubringen und sie technisch in Stand zu halten, besonders der Wasserführung Herr zu werden, erforderten erhebliche Investitionen. Das Kapital der meisten bereits engagierten Gewerken reichte dazu nicht aus. Von einiger Relevanz für die ersten größeren Investiti-

²⁵⁶ Reulecke, Lebensraum, S. 78 f.; Henle, Industriekultur, S. 220–275.

²⁵⁷ Hartmann, Weg, S. 54–56.

²⁵⁸ Tenfelde, Schichtung, S. 164, S. 170.

²⁵⁹ S. dazu etwa Ernst Grahn: Die Gerichtsverhandlungen über die Gelsenkirchener Typhusepidemie im Jahre 1901, in: Journal für Gasbeleuchtung [...], in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 307–309.

²⁶⁰ Pierenkemper, Die westfälischen Schwerindustriellen, S. 92–109.

²⁶¹ Tony Kellen: Friedrich Grillo. Lebensbild eines Grossindustriellen, Essen 1913, Zit. S. 14.

onen wurden deshalb ausländische Investoren. Kapital aus England und Belgien, wo die Montanreviere schon deutlich weiterentwickelt waren, wurde im Ruhrgebiet und überwiegend in Form von Direktinvestitionen eingesetzt; etwa ein Drittel des während der sogenannten ersten Gründerzeit der 1850er Jahre investierten Kapitals war ausländisches Kapital.²⁶² Die Investoren stellten dabei das Kapital und, nicht zu unterschätzen, auch das Know-how.

Als herausragendes Beispiel kann hier William Thomas Mulvany gelten. Bei ihm flossen die Vermittlung von ausländischem Kapital und die Vermittlung von technischem Wissen zusammen. Der Ire, ein „Selfmade-man“, der für seinen Aufstieg in England zum Protestantismus konvertiert war, kam 1854 ins Ruhrgebiet.²⁶³ Mulvany wurde als Vertreter irischer und englischer Investoren mit der Gründung einer Bergwerksgesellschaft, der Gewerkschaft Hibernia in Gelsenkirchen, beauftragt.²⁶⁴ Zu der Zeit war der Kapitalmarkt in England überkapitalisiert, sodass englisches Kapital in großem Stil exportiert wurde. Eine Ausnahmeerscheinung war das englische Investitionsengagement im Ruhrgebiet daher nicht.²⁶⁵ Im Ruhrgebiet übernahm Mulvany dann auch bald die Leitung der Gewerkschaft Shamrock, die in Herne gegründet wurde. An die Köln-Mindener Eisenbahn angeschlossen, nahm Hibernia 1858, Shamrock 1859 die Förderung auf. Mulvany brachte Facharbeiter aus Irland und England mit, die die sog. Tübbinge, eiserne Ausbauringe, in den Schachtbau einführten, was die Niederbringung sicherer gegen die wasserführenden Schichten abschloss. Als Innovator genoss Mulvany schon bald hohes Ansehen bei den Behörden. Als in Herne, längst noch nicht Stadt, aber völlig abhängig von der Zeche, 1861 die Bergarbeiter die Arbeit niederlegten, bat Mulvany für die arbeitswilligen Arbeiter auf dem Weg zum Schacht um Begleitschutz durch die örtliche Polizei. Der wurde ihm gewährt, und weiter noch, die

Arbeitsverweigerer wurden auch gleich namentlich polizeilich erfasst.²⁶⁶

Während die Beziehung von Mulvany zu den Behörden regelrecht harmonisch war, er also eine starke, fast übermächtige kommunalpolitische Stellung einnehmen konnte, wurde er von den eingesessenen Gewerken und Eigentümerunternehmen deutlich kritischer gesehen. 1864 wurde Mulvany, dem zuvorderst von Friedrich Grillo, Spross einer Essener Kaufmannsfamilie, Vetternwirtschaft bei der Zechenführung und eine laxer Investitionstätigkeit vorgeworfen wurde, auf Beschluss der Gewerkenversammlungen beider Zechen entlassen. Erst später, 1872, koordinierte Mulvany im Auftrag der inzwischen stark veränderten Gewerkezusammensetzung der Zechen die Überführung der Gewerkschaften in die Aktiengesellschaft Hibernia. Damit trat er immer weniger als Vertreter der Investoren oder Manager auf, sondern wurde immer mehr zum Organisator der industriellen Interessen nach außen. Mulvany war, mit der 1873 beginnenden Gründerkrise umso mehr, überzeugt davon, dass die industriellen Interessen im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk eine stärkere Abstimmung benötigten. So avancierte er als bedeutender Innovator, aber nicht als Vertreter der alten Gewerken- und Oberschicht, zum ausgesprochen aktiven Interessenkoordinator. Er gehörte 1858 zu den Gründern des *Bergbauvereins*, wurde dort aber von den dominierenden Gewerken, Grillo im Besonderen, isoliert. Mulvany verlegte seine Organisationsbemühungen dann und mit einigem Erfolg auf den 1871 gegründeten *Verein für die Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (Langnamverein)*, der in besonderem Maße die Interessen der regionalen Eisen- und Stahlindustriellen, weniger aber die des Ruhrbergbaus vertrat.²⁶⁷

Wie am Beispiel von Mulvany und der Niederbringung der Schachtanlagen in Gelsenkirchen und Her-

²⁶² Weber, Entfaltung, S. 214, s. auch Tab. S. 215 f.

²⁶³ Winschuh, Verein, Zit. S. 25.

²⁶⁴ Gebhardt, Ruhrbergbau, S. 330 f.

²⁶⁵ Richard H. Tilly: Zur Entwicklung des Kapitalmarktes und Industrialisierung im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 2, 1973, S. 148–152.

²⁶⁶ W. Thomas Mulvany an Ehren-Amtmann Herne, 27.5.1861, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 462 f.

²⁶⁷ Michael A. Kanther: William Thomas Mulvany, in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter: <https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/william-thomas-mulvany/DE-2086/lido/5d64f08ae586a5.28381496> [zuletzt aufgerufen am 22.6.2023]; Winschuh, Verein, S. 25–31.



William Thomas Mulvany, undatiertes Portrait.
Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok)
beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, 027200139002.

ne deutlich wird, reichten in der anbrechenden ersten Gründerzeit zu Beginn der 1850er Jahre die lokalen Finanznetzwerke nicht mehr aus. Der Goldrausch, der nicht zuletzt durch die institutionelle Freisetzung und den Rückzug der Bergämter ausgelöst worden war, schuf eine regelrechte Raubritterstimmung. Zahlreiche Neugründungen und viele Stilllegungen, besonders der Südrandzechen, brachten das Gebiet auch räumlich gen Norden in Bewegung. Für die Gewerke und die wachstumsambitionierten Industriellen musste es nun darum gehen, die Industriefinanzierung auf eine breitere Grundlage zu stellen. Denn finanzwirtschaftlich war das Ruhrgebiet eine Terra Incognita. Eigene und kapi-

talkräftige Finanzhäuser standen nicht zur Verfügung. Die Unternehmer im westfälischen Teil versuchten zunächst die lokal verfügbaren Mittel zu akkumulieren. Ihr 1856 eingereichter Antrag auf Konzessionierung einer Dortmunder Privat-Aktienbank wurde auch genehmigt. Ihre Tätigkeit nahm sie jedoch nie auf.²⁶⁸ Bis in die 1840er Jahre hatte die wohlhabende Oberschicht in die Vorhaben investiert. Die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel reichten mit dem Übergang zum Tiefbau und zur Adaption der neuen technischen Verfahren aber nicht mehr aus.²⁶⁹

Es waren die Kölner Privatbanken, die die ersten größeren Kapitallücken stopften. Die Kölner Bankhäuser, darunter der A. Schaaffhausen'scher Bankverein, der lange als „Hofbankier“²⁷⁰ agiert hatte, hatten sich zwischen den 1830er und 1850er Jahren durch ihr Engagement im Eisenbahnbau stark weiterentwickelt.²⁷¹ Seit Anfang der 1850er Jahre wurden die Verbindungen zwischen den Kölner Bankhäusern und den Gewerken im Ruhrgebiet enger. Allerdings waren die privaten Bankhäuser risikoscheu; sie vergaben eher kurz- als langfristige Kredite, was mit der Ausreifung der schwerindustriellen Investitionen bald in Konflikt geriet.²⁷² Schaaffhausen etwa war an der Gründung des Bochumer Vereins und der Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb beteiligt. Auf beiden Seiten – der Seite der Banken und auch der Seite der Unternehmen – reichte die Unternehmensform der Einzelunternehmung bzw. die Gewerkschaft neueren Rechts nicht mehr aus. Die Finanzierung musste auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Während aus den Privatbanken Aktienbanken wurden, wurden nun auch einige Neugründungen im Ruhrgebiet als Aktiengesellschaft vorgenommen. Hatte die Eisenbahnfinanzierung die Vorzüge dieser Unternehmensform gezeigt, so sorgte die Niederbringung der Tiefbauschächte für den Durchbruch dieser Unternehmensform in den 1850er, besonders aber den 1860er Jahren.²⁷³ Für beide Seiten, die Banken und die Industriellen, stellte die Aktiengesellschaft eine neue

²⁶⁸ Hartmann, Weg, S. 14.

²⁶⁹ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 85.

²⁷⁰ Wilfried Feldenkirchen: Kölner Banken und die Entwicklung des Ruhrgebiets, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 1, 1982, Zit. S. 83.

²⁷¹ Tilly, Entwicklung des Kapitalmarktes, S. 153–160.

²⁷² Burhop, Kreditbanken, S. 80–89.

²⁷³ Wischermann, Institutionelle Revolution, S. 86–89.

Unternehmensform dar. Sie veränderte nicht nur die Eigentumsstrukturen von Banken und Unternehmen, sondern machte auch eine neue Organisation von Kontrolle, Befugnissen und Rechenschaftspflicht zwischen Anteilseignern und Unternehmensleitung erforderlich. Und: Die Unternehmensform der Aktiengesellschaft bildete die Voraussetzung dafür, dass seit den 1870er und 1880er Jahren die Manager der Unternehmen auch in Organisations- und Verbandsfragen zunehmend das Ruder übernehmen konnten, während die Eigentümer insgesamt an Einfluss verloren. In der ersten Gründerzeit der 1850er Jahre aber war der uns heute so geläufige Ordnungs- und Handlungsrahmen, die Corporate Governance, noch nicht weitergehend ausgebildet. Nicht wenige der ersten Aktiengesellschaften wurden schnell wieder liquidiert, eine zweite Konkurswelle löste dann die Gründerkrise seit 1873 aus, die zuerst auf die industriefinanzierenden Banken und dann auf die unternehmerischen Aktiengesellschaften im Ruhrgebiet durchschlug. Die Lücken, die die Kölner Privatbanken ließen, vor allem die der Beteiligung an Aktiengesellschaften, wurden dann zunehmend von den Berliner Großbanken geschlossen.²⁷⁴

Die Bergbau-Gesellschaft Concordia in Oberhausen etwa, 1850 maßgeblich von der Familie Haniel gegründet, zählte zu den ersten Aktiengesellschaften im Ruhrgebiet. Geplant mit einem Grundkapital von 550.000 Talern erhielt sie die königliche Genehmigung, als die Hälfte des Grundkapitals gezeichnet war.²⁷⁵ Die Niederbringung ihrer ersten Tiefbauschachtanlage gelang noch mit eigenen Mitteln, für den 1855 beschlossenen zweiten Schacht benötigte die Gesellschaft aber bereits eine größere Anleihe. 1856 beschloss die Generalversammlung die Niederbringung einer weiteren Schachtanlage, die als Ausgründung – und von einer neu gegründeten Aktiengesellschaft – betrieben werden sollte. Dafür erhielten die Initiatoren jedoch keine Genehmigung, weil sie die Finanzierung nicht zusammenbringen konnten.

Ironischerweise geriet der BAG Concordia das zum Vorteil. Sie wandte sich von dem Vorhaben zunächst ab und verschaffte sich dann die Mittel, um die von den bereits niedergebrachten Anlagen geförderte Kohle aufzubereiten. Das erwies sich als großer Vorzug, als die Krise auf den Kohlenbergbau durchschlug. Denn die BAG Concordia erzeugte mit ihren Koksöfen ein Produkt, das sich auch im Preis- und Konjunkturtief gut verkaufen ließ. Die erste Gründerkrise überstand die BAG daher weitgehend unbeschadet. Einige Jahre später, als die Gründerkrise in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre zu einer anhaltenden Depression geworden war, musste die BAG Concordia allerdings liquidiert werden. 1877 wurde sie neu gegründet, das aber nicht mehr als Aktiengesellschaft, sondern in der Form einer Gewerkschaft neuen Rechts. Das war ein zunehmender Trend. Nicht wenige Unternehmer kehrten infolge der Depression zur Gesellschaftsform der Gewerkschaft neueren Rechts zurück und wandten sich von der Unternehmensform der Aktiengesellschaft zunächst wieder ab.²⁷⁶

Die Expansion, die das Ruhrgebiet erfasst hatte, löste einen Impuls für die Zusammenarbeit, und zwar der Eisenhütten und der Bergwerke im 1852 in Halle gegründeten *Zollvereinsländischen Eisenhütten- und Bergwerksverein*, aus. Der gemeinsame Nenner, unter dem die Industriellen sich zusammenfanden, bestand in dem Ziel, die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern und damit insbesondere Einfluss zu nehmen auf das sich in der Entwicklung befindliche Eisenbahnnetz und das Tarifwesen. Der Geschäftsführer, Justus Wilhelm Oechelhäuser, zwischen 1852 und 1856 zugleich Bürgermeister Mülheims, bestens vernetzt in das preußische Handelsministerium, ist vor allem für sein sozialpolitisches Engagement bekannt; er führte in Mülheim das sog. Elberfelder System der Armenfürsorge ein.²⁷⁷ Es sollte im gesamten Ruhrgebiet Aufnahme finden; ein nennenswerter Munizipalsozialismus verbreitete sich allerdings erst nach der Jahrhundertwende.²⁷⁸ Im Eisen-

²⁷⁴ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 85.

²⁷⁵ Statut der Bergbau-Gesellschaft Concordia, 1850, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 192–194.

²⁷⁶ Gerhard Gebhardt: Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen, Essen 1957, S. 100 f.

²⁷⁷ Art. Oechelhäuser, Justus Wilhelm von, in: Eckhard Hansen/Florian Tennstedt: Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, Bd. 1, Kassel 2010, S. 119 f.; Wolfgang R. Krabbe: Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung, Göttingen 1989, S. 101 f.

²⁷⁸ Reulecke, Lebensraum, S. 109.

hütten- und Bergwerksverein spielte diese sozialpolitische Aktivität von Oechelhäuser ohnehin kaum eine Rolle; für die Armenfürsorge sahen sich die Industrielken nicht zuständig.

In den 1850er Jahren kam es zu unmittelbaren Verbindungen zwischen Zechen und Eisen- und Stahlunternehmen, aber eher nachholend, gewissermaßen als zweite Wahl. Die GHH schloss 1854 die Zeche Oberhausen an, der Phoenix pachtete Carolus Magnus und Graf Beust. Der Hörder Verein schloss die Zeche Schleswig an, der Bochumer Verein erwarb Ver. Maria und Steinbank. Ferner begannen die Hütten mit dem Erwerb von Erzgruben.²⁷⁹ Die Gründung des Hörder Vereins, 1852 zu Beginn der ersten Gründerzeit, war noch damit beworben worden, dass 1849 „sehr reiche Lager von Kohlen-Eisenstein“ entdeckt worden waren.²⁸⁰ Und auf dieser Grundlage wurde auch der Standort des Hörder Vereins gewählt. Am Ende waren die meisten dieser Gründungen, die genau diese zweifache Rohstoffausstattung ausnutzen wollten und dabei die Förderung von Kohle und Erz planten, nicht von Erfolg gekrönt. Sogar während der 1850er Jahre, als die Rasensteinerze noch als bedeutend galten, war die tatsächliche Selbstversorgung mit im Ruhrgebiet geförderten Blackband stark schwankend. Seit Anfang der 1860er Jahre nahm der Einsatz der Raseneisenerze ab.²⁸¹ Nunmehr konzentrierte sich die Eisenindustrie verstärkt auf die Kohlengrundlage. Im Zuge dessen begann die erste Integration von Zechen. Die notwendigen Erze aber mussten von außerhalb bezogen werden.

Krise und Interessenzusammenschluss: der Bergbauverein

War der Zollvereinsländische Eisenhütten- und Bergwerksverein noch ein übergreifender Branchenverein, bedeutete die Gründung des *Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund (Bergbauverein)* 1858 die Schaffung eines klar regional ausgerichteten Interessenverbandes für die Gewerken des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbezirks.²⁸² Die Grün-

dung war die Reaktion der wachstumsambitionierten Gewerken des Bergamtsbezirks Essen-Werden auf einen Preissturz und zugleich eine Ausgründungsbewegung aus dem Zollvereinsländischen Eisenhütten- und Bergwerksverein.²⁸³ Mitglieder, und das machte den Bergbauverein zu einem modernen Verband, wurden nicht natürliche Personen, sondern Vertreter bergbaulicher Gesellschaften und sogar Zusammenschlüsse. Auch die *Vereinigung Märkischer Gewerke* und die *Essen-Werdensche Steinkohlenhandlung*, die bezirklichen oder reviereterminierten Partikularinteressengruppen, traten dem Bergbauverein bei.²⁸⁴

Gerade weil längst nicht nur im Kohlenbergbau, sondern auch in der Eisen- und Stahlindustrie, im Bausektor und im Transportgewerbe die Geschäfte im Industriebezirk boomten, bildete sich bei den Gewerken schon bald ein starkes Distinktionsbedürfnis. Die Krisenerfahrung seit 1857 motivierte sie dann zu einem gemeinsamen Vorgehen, das nicht nur auf das eigene Revier, sondern auf den gesamten Rheinisch-Westfälischen Kohlenbezirk abzielte. Die Identifikation dieses Interesses war ein Prozess, aber kein Selbstläufer. Die erste Anlaufstelle, an der die Gewerken versucht hatten, für die Vertretung ihrer spezifischen Interessen zu werben, war der Zollvereinsländische Eisenhütten- und Bergwerksverein gewesen. Er hatte aber auf die Interessen der Zechen aus Sicht der Gewerken nicht adäquat reagiert. Am Tiefpunkt der Krise hatte sich für die Gewerken herausgestellt, dass sich die von ihnen gewünschten Maßnahmen erheblich von den Überlegungen der Eisen- und Stahlunternehmer unterschieden. Während die Eigentümer der Eisenhütten sich für einen liberalen Kurs aussprachen, waren die Zechenbesitzer vom handelsliberalen Kurs nicht mehr überzeugt. Die auseinanderstrebenden Interessen in der Handelspolitik sind leicht zu erklären: für die Gewerken musste es darum gehen, die deutschen Binnenmärkte möglichst unter die eigene Kontrolle zu bekommen, für sie war die richtige Handelspolitik eine, die den deutschen Markt in der Krise vor der ausländischen, insbesondere der britischen Koh-

²⁷⁹ Spethmann, Grosswirtschaft, S. 166–170.

²⁸⁰ Prospectus zur Errichtung einer AG ‚Hörder Verein‘, 1852, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 195–198, Zit. S. 196.

²⁸¹ S. Weber, Entfaltung, S. 264–271.

²⁸² Przigoda, Unternehmensverbände, S. 30–35.

²⁸³ Holtfrerich, Wirtschaftsgeschichte, Abb. S. 21.

²⁸⁴ Przigoda, Unternehmensverbände, S. 33; Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 92.

le abspernte. Für die Eisen- und Stahlunternehmen war dagegen eine liberale Handelspolitik vor dem Hintergrund der zunehmenden Notwendigkeit, Erze zu importieren, und aufgrund der steigenden Exportorientierung wesentlich. Die Zechenbesitzer sahen sich mit dem Beginn des Preissturzes den Entwicklungen nicht gewachsen und waren daher bereit, gemeinsam nach Lösungen zu suchen.²⁸⁵

Der Weg zur Gründung des Bergbauvereins war allerdings keineswegs durch das Ziehen an einem Strang gekennzeichnet. Während sich eine Gewerkegruppe für die Bildung eines „Privatvereins“ eingesetzt hatte, hatte eine andere Gruppe die Idee einer Gewerke-Kammer unterstützt und damit einen deutlich staatsnäheren Interessenzusammenschluss forciert.²⁸⁶ Am Ende entschied die Mehrheit: Der überwiegende Teil der Gewerke sprach sich für das Format des „Privatvereins“ aus.²⁸⁷ In direkter Abwägung der Alternativen wurde die „Selbstverwaltung“ damit konsensfähig.²⁸⁸ Obschon es der „Privatverein“ wurde, wurde die Gründung des Bergbauvereins von staatlicher Seite wohlwollend aufgenommen. Das ist insofern bemerkenswert, als zum Gründungszeitpunkt das Koalitionsverbot bestand und formal keineswegs nur für die Zusammenschlüsse von Arbeiterorganisationen galt. Von politischer Seite wurde dem Bergbauverein aber keine Beschränkung auferlegt. Hier deutete sich ein staatliches Messen mit zweierlei Maß bereits an. Anders als im Feld der Arbeit wurde es üblich, Zusammenschlüsse und Interesseninformationen der Wirtschaft nicht zu ahnden.²⁸⁹

Zunächst überwogen die Essener Bezirksinteressen deutlich gegenüber denen Bochums und denen der märkischen Zechen.²⁹⁰ Die Leitung des Bergbauvereins übernahm mit Friedrich Hammacher eine Persönlichkeit, die es fertigbrachte, auch die unschlüssigen und nicht feder-

führenden Zechenbesitzer für eine gemeinsame Interessenabstimmung zu mobilisieren. Hammacher, Sohn eines Essigbrauereibesitzers aus Essen, war als Revolutionär und Sozialist 1848 wegen Hochverrats verhaftet und inhaftiert worden. 1851 aus der Haft entlassen wurde der studierte Jurist Rechtsberater in einer Kanzlei in Mülheim. In dieser Funktion übernahm er die ihm zugelegte Leitung des Bergbauvereins also zunächst als Auftragnehmer. Erst seit den 1860er Jahren, als sich der Bergbauverein als einflussreiche und kommunikative Schnittstelle etabliert hatte, wurde Hammacher als Informations- und Wissensträger in den Verwaltungsrat verschiedener Bergwerksgesellschaften berufen. Waren zunächst lediglich 50 Prozent der Kohlenförderung im Bergbauverein als Mitglied vereint, gelang es bis 1900 praktisch alle Zechengesellschaften im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk zu integrieren.²⁹¹ Der Bergbauverein entwickelte sich dabei zunächst zu einer Interessenformation, die von den Zechenbesitzern dominiert wurde. Mitglieder konnten zwar Bergbaugesellschaften werden, für Alleinbesitzer aber sah die Satzung ein besonders starkes Mitgliedsrecht vor.²⁹² Hammacher, besonders aber die umtriebigen Eigentümerunternehmer und Gewerke mit ihren geerbten Kontakten aus dem alten Rhein-Ruhr-Netzwerk, wie etwa Friedrich Grillo, schlossen die Beteiligung von „Managern“ zunächst rundweg aus. Nur ausgesuchte Personen konnten als Ehrenmitglied in den Bergbauverein aufgenommen werden.²⁹³ Die innere Struktur war gleichzeitig aber nicht nach Person, sondern nach Beschäftigten gewichtet: auf 50 Mann Belegschaft entfiel eine Stimme. Damit hatten bald die Zechengesellschaften und -eigentümer, die der Expansionsstrategie gefolgt waren, das Sagen, wohingegen insbesondere die Gewerke der Südrandzechen Einfluss verloren.²⁹⁴

²⁸⁵ Plumpe, Interessenpolitik, S. 669–671.

²⁸⁶ Von der Heydt an den Oberpräsidenten von Westfalen, 1.4.1859, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 355 f.

²⁸⁷ Przigoda, Unternehmensverbände, S. 27–29.

²⁸⁸ Schreiben des Bergbauvereins an die „in Betracht kommenden Behörden“, 17.2.1859, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, Zit. S. 355; Plumpe, Interessenpolitik, S. 669 f.

²⁸⁹ Wischermann, Institutionelle Revolution, S. 137.

²⁹⁰ Przigoda, Unternehmensverbände, S. 31 f., Tab. S. 32.

²⁹¹ Art. Hammacher, Friedrich Adolf, in: Hansen/Tennstedt, Biographisches Lexikon, S. 63 f.; Przigoda, Unternehmensverbände, S. 150–153.

²⁹² Przigoda, Unternehmensverbände, S. 33.

²⁹³ Kellen, Grillo, S. 30.

²⁹⁴ Przigoda, Unternehmensverbände, S. 35.

Zunächst wurde dem Bergbauverein von seinen Mitgliedern ein polyfunktionales Aufgabenrepertoire gestellt. Auch die Abdeckung rudimentärer Arbeitgeberverbandsfunktionen zählte dazu. Wichtiger für die Mitglieder aber war, dass der Bergbauverein die Beziehung zu den Bergbehörden in die bereits angerissene kooperative Koexistenz überführte. Schon 1861 setzte er sich mit Erfolg dafür ein, dass – bevor die Behörden gemäß des Inspektionsprinzips neue Anordnungen erließen – die Stellungnahme des Bergbauvereins zu der betreffenden Anordnung angenommen und zudem als gutachterliche Position gewichtet wurde. Der Bergbauverein nahm auf diese Weise auf die Details des Preußischen Berggesetzes von 1865 erfolgreich Einfluss.²⁹⁵ Und auch von den Beamten der Bergbehörden, bestens vernetzt untereinander, wurde der Bergbauverein schon bald als Institution für die Glättung der Friktionen in den lokalen, aber auch den außerhalb des Ruhrgebiets liegenden Bergbauregionen gesehen. 1868 etwa schrieb das Dortmunder Oberbergamt, wohl wissend, dass die Zechenleitungen unter dem engen Arbeitsmarkt litten und auch nicht davor zurückschreckten, sich die Bergarbeiter gegenseitig abspenstig zu machen, den Bergbauverein an und informierte, in Ostpreußen, wo nach einer Zeit der Missernten besonders schlechte Bedingungen herrschten, ließen sich Arbeiter mit Aussicht auf Erfolg rekrutieren. Die Bergbehörde würde dabei behilflich sein, das allerdings nur, so stellte die Bergbehörde klar, wenn die Bergwerke auch für die „Unterkunft“ Sorge tragen würden.²⁹⁶

Diese Aufforderung ist aufschlussreich. Denn zu den wesentlichen Aufgaben des Bergbauvereins gehörte auch, den Versuch der schnell wachsenden Kommunen, die danach strebten, die Zechen zu einer Beteiligung an den Infrastrukturkosten zu bewegen, zurückzudrängen. Darauf nahm das Bergamt hier Bezug. Der Bergbauverein wurde damit nicht nur zur Kommunikationsschnittstelle zwischen Bergbehörden und Zechen, sondern erhielt gleichzeitig eine Pufferfunktion für die an die Ze-

chen gerichteten kommunalen Aufgaben.²⁹⁷ Besonderen Wert legte der Bergbauverein deshalb schon bald darauf, seine politische Zuverlässigkeit zu bekunden, und das nicht nur den Bergbaubehörden oder den Kommunen im Ruhrgebiet gegenüber, sondern auch an die preußische bzw. die Reichsleitung gerichtet.²⁹⁸ Stück für Stück entwickelte der Bergbauverein sich zum „institutionellen Rückgrat“ der Ruhrkohlenwirtschaft.²⁹⁹

Stark konzentrierte er sich zunächst auf wirtschaftliche Fragen, auf den Ausbau der Transportinfrastruktur, dann auf technische Probleme insbesondere im Hinblick auf die Inspektion der Bergämter und auch rechtliche Fragen, insbesondere Haftungsfragen. Auch Fragen der Sozialpolitik wurden im Bergbauverein verhandelt, wenn sie auch zunächst für die Gewerken alles andere als einen zentralen Rang einnahmen. Das Organisationshandeln des Bergbauvereins unterstand dabei einer stark zentralistischen Struktur. Insofern als das Stimmgewicht der Mitglieder und auch ihre Beiträge nach Belegschaftsgröße und dann auch nach der Förderung bemessen wurden, stellte sich bald ein Übergewicht der großen Bergbaugesellschaften ein, das sich an den Namen der Vorsitzenden ablesen lässt: Auf den einigermaßen unabhängigen Hammacher folgten Interessenvertreter der einflussreichsten Großunternehmen: 1890 wurde Hanns Jencke (Krupp) Vorsitzender, 1905 Eduard Kleine (Gelsenkirchner Bergwerks-AG [GBAG]), und mit Gustav Randebrock wurde 1909 wiederum ein Manager der GBAG zum Vorsitzenden gewählt. Seit 1912 wurde der Bergbauverein von Alfred Hugenberg (Krupp) geleitet.³⁰⁰

Besonders die nachrückende, jüngere Generation nach Hammacher war kompromissloser als die Gruppe der Gründergewerken, besonders wenn es um Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik ging.³⁰¹ Die nachrückenden Zechenleiter standen für eine unbedingte Autorität der Unternehmer und damit für den berüchtigten Herr-im-Haus-Standpunkt. Die fürsorgliche Seite des

²⁹⁵ Ebd., S. 35–40.

²⁹⁶ Oberbergamt Dortmund an Bergbauverein, 10.1.1868, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 217 f.

²⁹⁷ August Heinrichsbauer: Die Wasserwirtschaft im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, Essen 1936, S. 30–33.

²⁹⁸ Friedrich Hammacher (Vorsitzender des Bergbauvereins), Ordentliche Generalversammlung des Bergbauvereins, 27.7.1871, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 219 f., Zit. S. 220.

²⁹⁹ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, Zit. S. 93.

³⁰⁰ Plumpe, Interessenpolitik, S. 671 f.

³⁰¹ Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 117.

Sozialpatriarchalismus rückte unter ihrem Einfluss in den Hintergrund und wich einem „autoritären Patriarchalismus“.³⁰² 1874 etwa wurde die Position des Bergbauvereins zur „Beschäftigung jugendlicher Arbeiter“ diskutiert. Die gesetzliche Regelung entsprechend der Gewerbeordnung hielten die Zechendirektoren für zu restriktiv, sie forderten eine Revision der erlaubten Arbeitsstunden für die Jugendlichen. Das große Nachwuchsproblem, das der Bergbau habe, so ihre Erklärung, sei auch die Folge der Arbeitszeitbegrenzung für jugendliche Arbeitskräfte. Die jungen Arbeiter würden, ob schon sie Kinder von Bergarbeitern seien, aus diesem Grund in andere Gewerbe getrieben. Die zeitliche Beschränkung hielten sie für falsch, schließlich seien es ja nur „ganz leichte Arbeiten, zu denen die Jugendlichen herangezogen würden, als Bremser, Wettertüröffner, Anknebler, Pferdeknechte“.³⁰³ Dahinter steckte selbstverständlich etwas anderes. Die jungen Arbeitskräfte waren günstig zu haben und zudem, so das Kalkül, ließen sich die Jungen frühzeitig in die harte Arbeit unter Tage hineinsozialisieren. Die Beschäftigung junger Arbeiter stellte für die Zechenleitungen eine Möglichkeit dar, das Arbeitskräfteproblem durch früh angelegte Arbeiter zu mindern. Die Zechendirektoren wussten sehr genau, dass ihre hohen Einstiegsgehälter lockten und setzten auf die Gewöhnung der jungen Arbeitskräfte an die harte Arbeit. Über Ausbildungs- oder Lehranteile nachzudenken, hielten sie dagegen für überflüssig.³⁰⁴

Ein erstes Tauziehen von Arbeit und Wirtschaft?

Der Arbeitskampf von 1858/59

1858, nachdem das Knappschaftsgesetz erlassen, aber noch bevor das Freizügigkeitsgesetz verabschiedet worden war, setzte das Bergamt Essen in der rheinischen Provinz und in Absprache mit den Bezirksgewerken die Löhne um 20 Prozent herab. Die Bergarbeiter auf Ver. Sälzer & Neuack, Carolus Magnus, Graf Beust und Königin Elisabeth verweigerten daraufhin die Einfahrt und wandten sich an das Bergamt. Zu einem Streik, einer or-

ganisierten Arbeitsniederlegung, kam es jedoch nicht. Die Auflehnung von 1858 blieb als Vorform des Streiks, als Arbeitskampf stecken.³⁰⁵

Wenn die Bergleute der betreffenden Zechen auch Delegierte aus ihrer Mitte wählten, die mit dem Bergamt in Verhandlung treten sollten, so blieb der Organisationsgrad doch noch sehr gering. Tatsächlich war es zu diesem Zeitpunkt mit einer gewerkschaftlichen Organisation der Bergarbeiter im Ruhrgebiet noch nicht allzu weit her. Es handelte sich um ein partikulares, auf den Essener Bezirk begrenztes Aufbäumen. Nicht zuletzt wirkten hier die Unterschiede der Lebenslagen im schnell wachsenden Raum. Während im älteren und südlichen Teil des Ruhrgebiets katholische und sozialchristliche Reformvertreter erfolgreich darin waren, die Bergleute in Vereinen zu vernetzen, stand der nördliche Teil, wenn auch nicht gänzlich, unter dem Einfluss sozialdemokratischer Mobilisierungsversuche. Die sozialdemokratische Bewegung blieb dabei allerdings, und zwar deutlich, hinter den Mobilisierungserfolgen der christlich-sozialen Bewegung zurück.³⁰⁶ Gemessen an den Arbeitskämpfen in anderen Industriegebieten blieben sie im Ruhrgebiet in den 1850er Jahren von rückständigem Zuschnitt.³⁰⁷ Wie auch der Arbeitskampf der Essener Zechen deutlich macht, war das Vertrauen der Bergleute in die Bergämter längst noch nicht gebrochen. Erst langsam verloren sie den Glauben an die staatliche Fürsorge und die Bergämter. Und erst auf die sich dann einstellende Ernüchterung konnte die Organisation ihrer Interessen folgen.³⁰⁸

Es ist dabei wesentlich zu sehen, dass sich der punktuell aufglimmende Protest auf den traditionsreichen Essener Zechen abspielte, nicht aber auf den neuen und deutlich größeren Schachtanlagen. In den gerade erschlossenen und weiter Richtung Norden befindlichen Revieren des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbezirks blieben Streiks oder andere Formen des Protests zunächst aus. Obwohl die Lebens- und Wohnbedingungen dort schwieriger waren, der Ton sicherlich rauer war

³⁰² Kaelble, CDI, S. 55 f., Zit. S. 56.

³⁰³ Bergbauverein, Bericht der Generalversammlung, 18.12.1874, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 240–242, Zit. S. 241 f.

³⁰⁴ Hartmann, Weg, S. 82 f.

³⁰⁵ Tenfelde/Volkman, Geschichte des Streiks, S. 16.

³⁰⁶ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 294.

³⁰⁷ Tenfelde, Schichtung, S. 191.

³⁰⁸ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 292.

und es auch viel mehr Bergleute waren, die dort einfuhren, zeigten sich die Zugezogenen friedfertiger als die Bergleute im älteren und südlicheren Teil des Ruhrgebiets. Das erklärt sich auch aus der Wahrnehmung der individuellen Lebenslage. Die Zugezogenen empfanden ihr neues Leben als eine – vor allem selbstbestimmte – Verbesserung. Im südlichen Teil des Reviers dagegen erlebten die Bergleute nicht nur die Preis- und Konjunktumschwünge stärker und waren konfrontiert mit Zechenschließungen. Lohnherabsetzungen wurden hier nicht nur als wirtschaftliche Einbuße, sondern auch als soziale Degradierung ihres „Standes“ verstanden. Gegen den insbesondere sozialen Abstieg gingen die Bergleute im älteren Ruhrgebiet aber zunächst nur punktuell vor.³⁰⁹

Die Reaktion des Bergbauvereins auf den Arbeitskampf im Essener Revier äußerte sich in einer stärkeren Hinwendung zum Ordnungsfeld der Arbeits- und Arbeiterorganisation. Die Lösung, nach langen Diskussionen, bestand in der Empfehlung, Arbeitsordnungen flächendeckend einzuführen. Eine Formalisierung und Vereinheitlichung der Arbeitsordnungen sollte für eine möglichst gebietsumfassende Linie der Arbeitgeber sorgen. 1860 wurden die vom Bergbauverein ausgearbeiteten Musterordnungen an die Mitglieder verschickt. Während ihrer Diskussionen hatten sich die Gewerken darauf verständigt, die rigorosen Strafbestimmungen, über die die Bergämter verfügt hatten, zur Grundlage für ihre Arbeitsordnungen zu machen: Unpünktlichkeit, „Ungehorsam“ und auch die Nicht-Befolgung von Anordnungen sowie „unsittliches Betragen“ wurden geahndet.³¹⁰ Die konsensual erarbeitete Reaktion der Unternehmer auf das punktuelle Aufbäumen der Arbeiterschaft bestand in der Empfehlung eines rigiden und die Bergbehörden imitierenden Umgangs. Wesentlich ist aber auch: Der Bergbauverein als Institution war zwar zum Kommunikationszentrum der Zecheninteressen geworden, seine Reichweite für Vorgaben im Feld Arbeit

reichte aber keineswegs bis in die Zechen hinein. Die vom Bergbauverein verschickte Musterarbeitsordnung blieb eine Empfehlung, sie wurde aber nicht zur verpflichtenden Selbstbeschränkung. Die Arbeitsordnungen der Zechen glichen sich mit der Musterordnung an, sie waren aber auch nach 1860 keineswegs deckungsgleich oder vereinheitlicht. Wenn die Organisation im Spektrum der Wirtschaft damit also auch deutlich weiter entwickelt war als die Organisation der Arbeiter: Eine bindende und gleichmachende Wirkung hatten die Beschlüsse des Bergbauvereins für den Umgang mit den Arbeitern noch nicht.

Gewerkschaftsbildungen und organisierte Unternehmerinteressen am Ende der 1860er Jahre

Bis zum Ende der 1860er Jahre bestand in Preußen mit dem Koalitionsverbot ein Bündnisverbot. In der Systematisierung und Ordnung der Interessen zu Zusammenschlüssen wurde ein Problem für die preußische Staatsordnung und auch für die liberale Wirtschaftsverfassung gesehen.³¹¹ Das galt längst nicht nur für die sozialdemokratisch oder sonst wie als „sozialistisch“ etikettierten Vereine, sondern auch etwa für Zusammenschlüsse in der Landwirtschaft.³¹² Mit dem Koalitionsverbot wurde die Interessenbildung, besonders aber die Interessenorganisation unterdrückt, und das höchst selektiv. Wie skizziert, wurde etwa in dem 1858 gegründeten Bergbauverein kein Zusammenschluss oder Bündnis, das gegen das Koalitionsverbot verstieß, gesehen.

Als die selektive Anwendung des Koalitionsverbots nicht mehr so recht greifen wollte und sich eine große Streikwelle in Preußen Bahn brach, änderte sich das politische Vorgehen, das aber nicht aus sozialpolitischen Gründen.³¹³ Die 1869 erfolgte Aufhebung des Verbots bedeutete auch nicht die Einführung einer Koalitionsfreiheit, wenn es auch auf den ersten Blick den Anschein hatte, wenn es da hieß: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerb-

³⁰⁹ Tenfelde, Schichtung, S. 193.

³¹⁰ Hartmann, Weg, S. 26.

³¹¹ Wischermann, Institutionelle Revolution, S. 128.

³¹² Hans-Jürgen Puhle: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1967, S. 36–40.

³¹³ Karl Friedrich Born: Sozialpolitische Probleme und Bestrebungen in Deutschland von 1848 bis zur Bismarckschen Sozialgesetzgebung [1959], in: Heinz Josef Varain (Hg.): Interessenverbände in Deutschland, Gütersloh 1973, S. 78 f.

liche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben.“³¹⁴ Denn im Weiteren wurde der „unzulässige Druck“ durch berufsspezifische Interessenorganisationen zu einer Verletzung des Arbeitsvertrages erklärt.³¹⁵ Mit dieser Klausel waren etwa Arbeitsniederlegungen legitim, aber nicht legal.³¹⁶ Immerhin war es „den Arbeitern aber jetzt wenigstens möglich, sich zu organisieren“, so Heinrich Imbusch, der spätere Vorsitzende des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter.³¹⁷ Die Aufhebung des Koalitionsverbots hemmte die Streikwelle in Preußen aber nicht; ganz im Gegenteil nahm sie zu und lief mit der Gründung des Kaiserreichs und dann der Gründerkrise auf einen vorläufigen Höhepunkt zu. Das schließlich 1878 im Reich erlassene Sozialistengesetz ist deshalb auch zu verstehen als Versuch, die Aufhebung des Koalitionsverbots – und zwar bezogen auf die eine Bewegung, nämlich die Sozialdemokratie – rückgängig zu machen. Gerade Industriellenvereine, wobei die des Ruhrgebiets nicht federführend waren, hatten sich dafür eingesetzt.³¹⁸ Dennoch, zunächst und bevor das Sozialistengesetz erlassen wurde, kam nach der Aufhebung des Koalitionsverbots Bewegung in die Organisation der Arbeiter. Auch im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk tat sich etwas, wenn man ihn auch nicht zu den Kerngebieten der gewerkschaftlichen Mobilisierung zählen kann.

Im September 1868 kam es auf der Zeche Victoria Mathias & Gustav, und damit abermals in Essen, zur Arbeitsniederlegung. Wieder hatte ein Preistief für die

Herabsetzung der Löhne gesorgt. Unterstützung fanden die Bergarbeiter beim *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV)*, der ersten Massenorganisation der Arbeiterbewegung, die sich fünf Jahre zuvor in Leipzig gegründet hatte. Der ADAV, gerade unter der frühen Prägung durch Ferdinand Lassalle, verstand sich nicht als Gewerkschaft, sondern als politische Partei.³¹⁹ Im Ruhrgebiet kam dieses politisierte Format und anders als in anderen deutschen Industriebezirken schlecht an. Während in Ruhrort lediglich „30 Mitglieder“, in Duisburg immerhin „220 Mitglieder“ geschätzt wurden, war die Ausbeute in „Essen“, das wie skizziert ein starker Schwerpunkt für die Bewegung in sowohl dem Arbeitgeber- als auch im Arbeitnehmerlager war, mager. Der Widerwille Essener Gaststättenbetreiber, die die Räume für die Versammlungen des ADAV aus Mangel an Alternativen zur Verfügung stellen mussten, sei verantwortlich: „Die Wierthe sagen, sie hätten so [schon] genug zu tun.“³²⁰ Ein Delegierter des ADAV aus Essen klagte 1874: „Die Pfaffen sind die gefährlichsten Feinde unserer Sache.“³²¹ Die Konsequenz der Lassalle'schen Konzeption, die dahin ging, die Gewerkschaften zugunsten der politischen Partei abzulehnen und die Arbeiter in die Partei zu integrieren, traf bei der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets – die inzwischen deutlich von den Montanindustrien dominiert wurde – auf Ablehnung. Tatsächlich sollte es bis zur Mitte der 1870er Jahre dauern, bis sich der Begriff „Gewerkschaft“ überhaupt einbürgerte. Und auch das Prinzip „Gewerkschaft“, die Ausgestaltung und die Organisationsweise, war zum Ende der 1860er Jahre noch keineswegs etabliert, besonders nicht unter den Bergarbeitern.³²² Organisationsbewegungen innerhalb der

314 Zit. n. Mathias Schmoeckel: Rechtsgeschichte der Wirtschaft, Tübingen 2008, S. 355.

315 Ebd., S. 355 f.

316 Saul, Repression, S. 226–266.

317 Heinrich Imbusch: Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung [1908]. Mit einer Einleitung zum Nachdruck von Klaus Tenfelde, Berlin/Bonn 1980, Zit. S. 159.

318 Lothar Machtan: „Im Vertrauen auf unsere gerechte Sache ...“. Streikbewegungen der Industriearbeiter in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 52 f.

319 Stefan Berger: Social Democracy and the Working Class in the Nineteenth and Twentieth Century Germany, New York 2000, S. 49–53.

320 Zit. Caspar Bergrath, 26.7.1864; Caspar Bergrath: Ein Brief aus den Anfängen der lasselleanischen Agitation in Duisburg-Ruhrort, in: AfS 3, 1963, S. 561–562, Zit. S. 562.

321 Lademacher, Wirtschaft, Zit. S. 129.

322 Karl-Alexander Hellfaier: Probleme und Quellen der Frühgeschichte der Sozialdemokratie in Westfalen, in: AfS 3, 1963, S. 164–169.

Arbeiterschaft waren zwar vorhanden, sie waren aber zersplittert und darüber hinaus in der Zielsetzung keineswegs geeint: „Zank, Streit, Skandal und gegenseitige Verhetzung und Verfeindung, das war es, womit [sich] die Arbeiter an Stelle einer geregelten Agitation“ aufrieben und dabei „ihren noch fernstehenden Brüdern die Bewegung gründlich“ verleiteten.³²³

Für das Ruhrgebiet galt diese drastische Beschreibung allemal. Dem ADAV gelang der Einbruch oder die verstärkte Mobilisierung im Ruhrgebiet, etwa über sein Engagement in der Arbeitsniederlegung von 1868, nicht. Stärker als die Linie des ADAV wirkte in diesem Arbeitskampf weiterhin die in Essen wirkmächtige Ständestraktion der Bergarbeiter. Immerhin, diesmal wählten die Arbeiter keine „Delegierten“, sondern mit „Deputierten“ politische Interessenvertreter. Deputiert oder delegiert, ihre Abordnung kam sie teuer zu stehen. Die gewählten Arbeitervertreter wurden festgesetzt und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Unter ihnen war auch ein ADAVler, der, obschon kein Belegschaftsmitglied, zum Vertreter gewählt worden war. Auch er wurde inhaftiert. Nach seiner Entlassung versuchte der „Agitator“ verstärkt zu mobilisieren: er provozierte, suchte die Konfrontation mit der Polizei und den Behörden, betrieb aber kaum Mobilisierungsarbeit. Dieses stark politische und weniger gewerkschaftliche Auftreten aktivierte die Essener Bergleute aber nicht. Massenweise Anhänger konnte er nicht gewinnen. Auch der Einfluss von Carl Wilhelm Tölcke, dem sprichwörtlichen Vater der westfälischen Sozialdemokratie, sollte für die Gewerkschaftsentwicklung im Ruhrgebiet nicht zu hoch bewertet werden.³²⁴

Die Aufhebung des Koalitionsverbots änderte an dem Problem, dass es zunächst nicht gelang, das Ruhrgebiet flächendeckend zu mobilisieren, nichts. Nicht nur, dass die Initiatoren von Arbeitsniederlegungen weiterhin

angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt werden konnten, womit, zumindest mittelbar, auch die Organisation von Gewerkschaften de facto strafbar blieb.³²⁵ Die ersten Gewerkschaftsgründungen im Ruhrgebiet blieben aufgrund der permanenten Repression von außen, aber auch der mangelnden Bereitschaft der Belegschaften, sich zu mobilisieren, partikular. 1868 bildeten sich zwar kleinere Ortsstellen des *Allgemeinen Deutschen Zimmerer-Vereins* in Dortmund, Essen und später dann auch in Bochum. 1869 fand auch die Gründungsversammlung für eine *Allgemeine Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter*, die vom ADAV unter der Leitung von Tölcke organisiert wurde, statt. Allerdings wurde der Verein schon bald als „Übertretung des Verbindungsverbots“ gewertet, sodass weitergehende Organisationsversuche zügig eingestellt wurden. Auch die zeitgleich erkennbaren, wenn auch deutlich zurückhaltenden Organisationsbestrebungen unter den Metallarbeitern gingen an den Arbeitern im Ruhrgebiet weitgehend vorbei.³²⁶ Die Lassalle'sche Formel „[d]en Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer zu machen“ und „jenes ehrene und grausame Gesetz“ zu beseitigen, das den Arbeitslohn bestimmte,³²⁷ verhallte im Ruhrgebiet weitgehend. Und Lassalle selbst interessierte sich zuvorderst für die Arbeiter in den Maschinenfabriken, in den Werften und Baumwollspinnereien, sie waren für ihn die Lohnabhängigen der „Großindustrie“. Bei den Kongressen des Lassalle'schen Arbeiterverbandes waren zwar Vertreter aus den Ruhrgebietsstädten vertreten, die starken Brückenköpfe der Bewegung aber befanden sich anderswo – in Hamburg, Berlin, Leipzig, Dresden, Glauchau, Chemnitz, Braunschweig, Stuttgart, Wuppertal und Solingen.³²⁸ Tiefe Wurzeln schlug der ADAV im Ruhrgebiet also nicht.³²⁹ Die Konzeption, die Lassalle vertrat, war im Ruhrgebiet nicht anschlussfähig, sie fand Anklang

³²³ Carl Wilh.[elm] Tölcke: Ein Leitfaden für die Agitatoren, Bevollmächtigten und Mitglieder des Vereins, Berlin 1873, Zit. S. 66.

³²⁴ Hartmann, Weg, S. 35–37.

³²⁵ Ebd., S. 33.

³²⁶ Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 733 f.

³²⁷ Ferdinand Lassalle, Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, 1.3.1863, in: Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatistische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 2. Aufl., Berlin/Bonn 1984, Zit. S. 120.

³²⁸ Thomas Welskopp: Vernetzte Vereinslandschaften. Zur Briefkommunikation in der frühen deutschen Sozialdemokratie, in: Jürgen Herres u.a. (Hg.): Politische Netzwerke durch Briefkommunikation. Briefkultur der politischen Oppositionsbewegungen und früheren Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert, Berlin 2002, S. 112 f.

³²⁹ Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 734 f.

in den Städten, im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk aber fehlten der erforderliche Nährboden, die Urbanität und auch eine breite Handwerkerschicht.³³⁰

Die Reaktion der Industriellen auf die ersten Zusammenschlüsse und Organisationsbestrebungen der Arbeiter war, obschon von einem „roten Gespenst“ im Ruhrgebiet kaum die Rede sein konnte, geradezu reflexhaft durch eine entschiedene Ablehnung charakterisiert. Das chaotische Wachstum der Betriebe, und damit auch der Belegschaften, überforderte auch die Ruhrbarone: „[W]ir müssen unseren braven Leuten Schutz bieten, dass sie nicht mit Gesindel zusammengebracht werden. Ich wünsche daher [...] eine strengere Kontrolle über die Leute, ihre Vergangenheit, ihr Treiben und Leben. Wir müssen selbst unsere Privatpolizei haben, die besser instruiert ist als die städtische“, so fand etwa Alfred Krupp.³³¹

Für die Industriellen rückte die Sozialdemokratie dabei sehr wohl in ihre Wahrnehmung, denn auch sie lasen Zeitung und nahmen die politisierte Streikwelle, die sich praktisch mit der Reichsgründung über das frisch ausgelobte Kaiserreich ausbreitete,³³² zur Kenntnis. Auf keinen Fall aber waren sie geneigt, die Herrschaft über ihre Betriebe zu teilen oder die Politisierung ihrer Belegschaften zuzulassen. Diese Härte nach „unten“, den abhängigen Lohnarbeitern gegenüber, ist dabei auch als soziales Abgrenzungsverhalten einzuordnen. Denn die freie Verfügung über Eigentum und Betrieb existierte in der inzwischen dominierenden Montanindustrie noch nicht allzu lange. Auch strebten viele Unternehmer nach gesellschaftlichem Aufstieg – keineswegs war ein Unternehmer per se eine hochrangige Persönlichkeit im jungen Kaiserreich. Sich mit den Arbeitern, von denen man sich maximal abgrenzen wollte, zu verbünden, ihnen Mitsprache oder auch nur eine Stimme zu gewähren, das schlossen die meisten Ruhrbarone auch deshalb ganz grundsätzlich aus. Und genau diese Haltung wurde auch von ihnen erwartet. Gerade von den Unternehmern des Rheinisch-Westfälischen Industrie-

bezirks erwartete der Obrigkeitsstaat die Eindämmung der etwaigen sozialdemokratischen Zusammenschlüsse. Dem Verständnis der Ruhrbarone nach gehörte die Verfügung über die Arbeiter und ihre Arbeitszeit den Arbeitgebern, die dies per Arbeitsvertrag und formal von den Arbeitern erworben hatten.³³³ Lohnzugeständnisse wurden als Wohltat und Mildtätigkeit betrachtet, nicht aber waren Lohnsteigerungen die Folge eines gemeinsam geschaffenen wirtschaftlichen Erfolgs. Das „betriebswirtschaftliche Evangelium“ der Industriellen bestand in der Distinktion von und der größtmöglichen Distanz zu den Arbeitskräften im eigenen Betrieb.³³⁴ Ein auch individuelles Aufbegehren der Belegschaften gegen dieses Verständnis gab es selbstverständlich. Die Fluktuation, der wiederholte Arbeitsplatzwechsel also, das Beschmieren von Anschlagszetteln der Betriebsleitung, dann Diskussionen in Kneipen und im Verein waren Usus und wohl auch lange Zeit ausreichend, um die Unzufriedenheit der Belegschaften einzuhegen. Im Ruhrgebiet blieben die Zusammenschlüsse der sich abgrenzenden Arbeiterschaften punktuell, führten aber nicht zu größeren Streikaktionen. Für die ersten Jahre des Kaiserreichs ist das nicht weiter erstaunlich. Denn die Gründung des Kaiserreichs schlug sich in einem politischen Hofieren der Montanindustrie nieder, deren aussichtsreichstes Erzeugergebiet das „Ruhrgebiet“ geworden war, und das schloss die Arbeiter durchaus ein.

Von den Industriellen aber wurde dieses Hofieren als längst fällige Einladung zur Beteiligung, insbesondere an der Diskussion um die Wirtschaftspolitik, aufgenommen. Nur zwei Monate nach der Reichsgründung wurde der *Verein für die Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen* gegründet. Otto von Bismarck bezeichnete ihn als „Langnamverein“, was in zweifacher Hinsicht aufschlussreich ist: Tatsächlich konzentrierte sich der Langnamverein erstens stark auf „Berlin“, zweitens verdeutlicht die Bezeichnung den typischen und für Bismarck charakteristischen Umgang mit „der Wirtschaft“: Als wirtschaftlicher Autodidakti-

³³⁰ Rohe/Jäger/Dorow, Gesellschaft, S. 444.

³³¹ Alfred Krupp an Direktorium, 30.12.1871, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, Zit. S. 269.

³³² Dowe, Streikbewegungen, S. 53.

³³³ Hans Jürgen Teuteberg: Die Doktrin des ökonomischen Liberalismus und ihre Gegner, dargestellt an der prinzipiellen Erörterung des Arbeitsvertrages im ‚Verein für Socialpolitik‘ (1872–1905), in: Helmut Coing/Walter Wilhelm (Hg.): Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1977, S. 59 f.

³³⁴ Machtan, Streikbewegungen, Zit. S. 55.

ker war er in hohem Maße an einer folgsamen und dem Obrigkeitsstaat dienlichen Wirtschaft interessiert. Dazu war er bereit, mit den Wirtschaftsvertretern, ob nun Eigentümer- oder Angestelltenunternehmer, zu paktieren; als gleichrangig sah „Fürst Bismarck“ die „Ruhrbarone“ aber bei weitem nicht an.³³⁵ Der Langnamverein wurde, während der Bergbauverein zuvorderst nach innen und ins „Ruhrgebiet“ hineinwirkte, zu dem auf das politische Zentrum – und damit nach außen – gerichteten Komplementär.

Initiiert von einem Bielefelder Textilindustriellen, der einen „Kohlentag“ mit dem Ziel, die „Abstellung der Kohlen-Kalamität“ durch die Verbesserung der Kohlentransporte zu organisieren, veranstaltete,³³⁶ stand am Ende die Übereinkunft, weitere Treffen abzuhalten und die Interessen der Industriellen stärker zu artikulieren. Bereits auf dem zweiten „Kohlentag“ wurde der Langnamverein gegründet, und bereits hier verschob sich das Gewicht von Ostwestfalen auf den Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk.³³⁷ Dass der zu gründende Verein nicht, wie besonders von den Zechenbesitzern im Vorfeld befürchtet worden war, zu einer Unmuts- und Kritikveranstaltung gegen den Ruhrbergbau wurde, dafür waren insbesondere Mulvany und Gustav Natorp, seit 1864 der Geschäftsführer des Bergbauvereins,³³⁸ eingetreten. Sie besuchten den „Kohlentag“ und forderten den Ausgleich zwischen den Förder- und Verbraucherunternehmen, und zwar auf der Grundlage der „nützlichen“ Verbesserung der Verkehrsverhältnisse,³³⁹ einem Interesse, das bei allen anwesenden Industrievertretern vorhanden war. Der Langnamverein wurde einvernehmlich als „Verkehrsverein“ gegründet und entsprechend dieser Zielsetzung wurde Mulvany, der aus der inneren Organisationsentwicklung des „Ruhr-

gebiets“ immer weiter herausgedrängt worden war, zum ersten Vorsitzenden gewählt.³⁴⁰

Die „Organisation“ zur „Vorstellung bei den Behörden“, die fehle der Wirtschaft, so Mulvany zur Zwecksetzung des Vereins.³⁴¹ Mulvany war bereits in Irland und England Experte für Wasserstraßen, wozu auch die Wasserver- und -entsorgung zählte, gewesen. Hierzu, einer der großen sozialpolitischen oder auch hygienischen Herausforderungen, machte er aber keine Vorschläge, obschon die Verhältnisse im Ruhrgebiet inzwischen absonderlich bis desaströs geworden waren. Mulvany interessierte sich ausschließlich für die Wirtschaft und den Wirtschaftsverkehr. Sozialpolitik hingegen war für ihn auch weiterhin eine betriebliche und damit eine von jedem Unternehmen selbst und eigenständig zu bewältigende Aufgabe. Der Langnamverein war bei seiner Gründung eine Verbindung von Aufsteiger- und Anerkennungsinteressenten der preußisch-westlichen Wirtschaft – und er verfolgte zudem ein sehr konkretes Ziel, das sich hinter den eher nebulösen „Verkehrsfragen“ versteckte. Tatsächlich bezweckte der Verein die Fühlung zu den Behörden herzustellen, weil die Industriellen befürchteten, bei den Verteilungskämpfen um den Einfluss auf Elsass-Lothringen, das nunmehr zum Reich gehörte, ins Hintertreffen zu geraten.³⁴² Konkretes Ziel des Langnamvereins, der mit den gewählten Personalien zuvorderst die Interessen der „Ruhrbarone“ vertrat, war es, die transporttechnische und für das Ruhrgebiet günstige Verbindung zwischen den lothringischen Erzvorkommen und der Fettkohle des Ruhrgebiets bzw. der Hütten- und Eisenwerke zu stärken, und das, wenn möglich, exklusiv.

Bei der konkreten Umsetzung und auch in anderen Interessenfeldern gingen die Meinungen der Mitglieder aber schon sehr bald auseinander. Als etwa die Frage der

³³⁵ Michael Epkenhans: Otto von Bismarck und die Wirtschaft – Pragmatiker oder Programmatiker? in: ders./Ulrich von Hehl (Hg.): Otto von Bismarck und die Wirtschaft, Paderborn u.a. 2013, S. 229–246.

³³⁶ Josef Winschuh: Der Verein mit dem langen Namen. Geschichte eines Wirtschaftsverbandes, Berlin 1932, S. 3.

³³⁷ Ebd., S. 13.

³³⁸ Przigoda, Unternehmensverbände, S. 169–172.

³³⁹ Winschuh, Verein, Zit. S. 13.

³⁴⁰ Ebd., Zit. S. 16.

³⁴¹ Ebd., Zit. S. 19, Zit. S. 24.

³⁴² Markus Nievelstein: Der Zug nach der Minette. Deutsche Unternehmen in Lothringen 1871–1918. Handlungsspielräume und Strategien im Spannungsfeld des deutsch-französischen Grenzgebietes, Bochum 1993, S. 12–37, S. 69–113.

Verstaatlichung der Eisenbahnen in den Vordergrund rückte, konnte man sich im Langnamverein nicht auf eine gemeinsame Position einigen.³⁴³ Das galt auch für die virulente Frage der Handelspolitik. Denn zunächst hatte der Langnamverein sowohl Freihandels- als auch Schutzzollinteressen vereint. Im Zuge der mit der Gründerkrise einsetzenden Diskussion um die Veränderung der Außenhandelspolitik³⁴⁴ gingen die im Verein vertretenen Interessen derart auseinander, dass die Freihändler, darunter der Verbandsinitiator aus Bielefeld, den Verein praktisch geschlossen verließen.³⁴⁵

Zum einflussreichen Geschäftsführer wurde nun, von den Eisen- und Stahlindustriellen des Ruhrgebiets installiert, Henry Axel Bueck, der 1873 neben der Geschäftsführung des Langnamvereins bald auch die Geschäftsführung der *Nordwestlichen Gruppe* des 1874 gegründeten *Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller* übernahm.³⁴⁶ Denn die Austritte der Freihändler hatten den Langnamverein geschwächt, sodass er mit seiner Schutzzollforderung zunächst nicht durchkam. Mit dem *Centralverband deutscher Industrieller (CDI)* wurde deshalb 1876 ein nationaler Interessenverband gegründet. Und mit diesem Organisationsnetz im Rücken gelang es Bueck nun, die Schutzzollinteressen der Eisen- und Stahlindustriellen des Ruhrgebiets zur kollektivierten Kernforderung der gesamten deutschen Eisen- und Stahlindustrie zu erklären.³⁴⁷

Die Nordwestliche Gruppe war die erste Ausgründungsbewegung aus dem Langnamverein, war ebenfalls maßgeblich von Mulvany vorangetrieben worden und bezog zur Schutzzollfrage eine klare Position: Um jeden Preis sollte, ja musste eine Schutzzollmauer errichtet werden. Das Interesse der Eisen- und Stahlindustriellen an den Schutzzöllen war klar. Sie dienten in erster Linie dazu, und das wurde öffentlich auch so vertreten, den

deutschen Binnenmarkt von der weiterhin überlegenen britischen Konkurrenz abzuschirmen. Um dies zu erreichen, wurde der CDI als „Agitationsverband“ gegründet und mit Bueck ein Organisationstalent mit dem richtigen Lebenslauf engagiert. Als Spross eines Arztes, der dann zunächst als Landwirtschaftslobbyist gewirkt hatte, war er maßgeblich für das geschlossene Vorgehen von Agrar- und Eisen- und Stahlinteressen, die als geschlossene Front erheblich zur zollpolitischen Wende seit 1879 beitrugen.³⁴⁸ Als der Schutzzoll verhängt war, bedeutete er für die Eisen- und Stahlunternehmen des Ruhrgebiets einen weiteren Vorteil als nur die Absperrung des Marktes: Er machte es möglich, die Binnenmarktpreise anzuheben und gleichzeitig die Exportpreise herabzusetzen und auf diese Weise die Grundlage für ein weiteres Größenwachstum zu schaffen. Auch wenn die deutsche Eisen- und Stahlindustrie auf dem Weltmarkt weiterhin hinter der britischen Konkurrenz zurückstand, ließ sich mittels der Kombination von Kartellabsprachen und Schutzzöllen eine zwar riskante, aber nicht unsichere Wachstumsstrategie verfolgen.³⁴⁹

Erst nach dem Erfolg in der Schutzzollfrage wandte sich der Langnamverein der Bekämpfung der Arbeiterbewegung zu. Nach Bueck, der 1887 ganz zum CDI überwechselte, wurde mit Wilhelm Beumer ein neuer Verbandsfunktionär als loyales Sprachrohr der Eisen- und Stahlinteressen des „Ruhrgebiets“ ins Amt gehoben. Besonders auf die Bismarck'sche Sozialversicherungsgesetzgebung nahm er maßgeblichen Einfluss. Hiernach wechselte der Langnamverein erneut den Hut: Nun und bis 1914 engagierte er sich für die wirtschaftlichen Facetten der imperialistischen Ziele des Reiches: für die Militärvorlagen und die Kolonialpolitik, das auch, um die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets in ihren Handels- und Exportinteressen zu unterstützen.³⁵⁰

343 Winschuh, Verein, S. 33 f., S. 41 f.

344 Catherine Davis: Spekulation und Korruption: Zur Sozial- und Diskursgeschichte des Gründerkrachs und der „Panic of 1873“, in: Archiv für Sozialgeschichte 56, 2016, S. 171–180.

345 Plumpe, Interessenpolitik, S. 673 f.

346 Winschuh, Verein, S. 43.

347 Ebd., S. 60–62.

348 Kaelble, CDI, S. 3–9, Zit. S. 4.

349 Wengenroth, Unternehmensstrategie, S. 290–294.

350 Winschuh, Verein, S. 81–87, S. 91–113.

4. Die 1870er Jahre: Lock-in der Wirtschaft und Lock-out der Arbeit

Der nicht aufgenommene Fehdehandschuh: Massenstreik 1872

Bis zur Reichsgründung war das „Ruhrgebiet“ alles andere als eine Streikregion. Soziale Unruhen waren selten, und wenn, dann kamen die Impulse von außerhalb, etwa den Mittelgebirgstälern im Bergischen Land, dem märkischen Sauerland oder vom Rhein her.³⁵¹ Die Gründerjahre seit etwa 1870 bedeuteten im „Ruhrgebiet“ eine neue Welle um sich greifender Euphorie. Es wurde emsig investiert, die Geschäfte florierten. Arbeitskräfte wurden händeringend gesucht und die Unternehmen setzten zu einer weiteren Expansion an. Das war auch sichtbar. Besonders das Baugewerbe boomte. Die Löhne stiegen, zumindest partiell, es stiegen aber auch die Lebensmittelpreise. Auch im Spektrum der Arbeit nahm die Organisationsdichte deutlich zu, besonders im Baugewerbe. Für die Gruppe der Maurer, Steinhauer und Klempner wurden Delegierte zu den Kongressen des Deutschen Zimmererbundes und zum Metallarbeiterkongress entsandt.³⁵²

Während des Gründerbooms schien es besonders den Zechen prächtig zu gehen.³⁵³ Die Bergarbeiter des Essener Bezirks wollten an diesem Boom teilhaben und forderten höhere Löhne. Aus einem reaktiven Vorgehen wurde ein aktives Begehrt, das in der Lage war, die Bergarbeiter zu einem gemeinsamen Vorgehen zu motivieren; Belegschaften von 20 Zechen beteiligten sich, wählten Delegierte, formulierten ihre Forderungen und schickten sie Anfang Juni 1872 an die Zechenverwaltungen. Eine konkrete Streikplanung lag nicht vor, vielmehr hofften die Belegschaften darauf, dass ihren Forderungen entsprochen würde. Die Zechenleitungen aber reagierten nicht und lehnten Lohnzugeständnisse ab. Die Belegschaften entschieden sich dann, und zwar im Einzelnen, nicht aber im zechenübergreifenden Kollektiv, für den Streik. Im Verlauf des Junis hatten 41 Essener Zechen-

belegschaften die Arbeit niedergelegt. Ein Flächenbrand wurde daraus nicht; in Oberhausen und in Dortmund flammten zwar kurze Protestbewegungen auf, vereinzelt kam es auch zu Arbeitsniederlegungen, die übergreifende Ausweitung auf einen den ganzen Kohlenbezirk umfassenden Streik gelang aber nicht.³⁵⁴

Ein wesentlicher organisatorischer Fortschritt auf Seiten der Arbeiter bestand aber darin, dass Unterstützungsgelder eingesammelt wurden; dies zur Aufgabe des Streikkomitees zu machen, war neu und für die künftigen Streikorganisationen zentral.³⁵⁵ Wie wichtig die Zusammensetzung des Streikkomitees als Koordinations- und Organisationszentrum war, zeigte sich während des Streiks sehr deutlich: Das Streikkomitee setzte sich aus Essener Delegierten zusammen. Die Bewegung hatte im Essener Revier ihren Anfang genommen, fast selbsterklärend, dass die Delegierten aus den Reihen des Essener Bezirks gewählt wurden. Als es allerdings um die etwaige Ausweitung des Streiks auf die anderen Reviere im Ruhrgebiet ging, wurde genau das ein Problem. Die Belegschaften in Oberhausen und Dortmund waren auf die Informationen der Essener Delegierten angewiesen, hatten aber keine gewählten eigenen Vertreter im Komitee. Das bedeutete nicht nur ein Informationsproblem, sondern verdeutlicht auch die bereits stark entwickelte Segregation der Arbeit im „Ruhrgebiet“. Für einen Dortmunder oder Oberhausener Bergarbeiter war es schlicht abwegig und fern der eigenen Lebensrealität, Bergmann hin oder her, sich von einem Essener Delegierten vertreten zu lassen.³⁵⁶ Organisations- und Hilfsangebote, etwa vom ADAV genauso wie von den christlich-sozialen Gruppen, lehnten die Essener Delegierten ab. Sie entschieden, sich keineswegs instrumentalisieren zu lassen für die Interessen der größeren und politischen Organisationen oder Parteien. Und die Unterstützung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), die zu dem Zeitpunkt noch nicht mit dem ADAV fusioniert hatte, blieb distanziert. Zwar klärte Karl Marx in einem Artikel, der im Volksstaat

³⁵¹ Christian Zumbrägel: Vom Verschwinden und Fortbestehen des Alten. Kleinwasserkraft an Ruhr und Wupper (1860–1920), in: Westfälische Forschungen 68 (2018), S. 307–314.

³⁵² Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 735.

³⁵³ Pierenkemper, Die westfälischen Schwerindustriellen, S. 109–114.

³⁵⁴ Hartmann, Weg, S. 37–39.

³⁵⁵ Machtan, Streikbewegungen, S. 63, S. 69.

³⁵⁶ Ebd., S. 70.

im Juli 1872 erschien, die Bergarbeiter über das „ewige Jammergeschrei der Bourgeois“ auf. Allerdings ging er dann nicht auf die Ruhrbergleute, ihre Forderungen oder die Situation im Ruhrgebiet ein. Stattdessen berichtete Marx ausführlich über die englische Arbeiterschaft und die englische Kohlenwirtschaft, die ihn ohnehin deutlich mehr interessierte als die Entwicklungen des ersten Massenstreiks im Ruhrgebiet. Lediglich das Postulat, dass sie ihre Forderungen nicht fallen lassen sollten, war bei Marx nachzulesen. Mit anderen Worten: Das Ruhrgebiet war, auch 1872, noch keine besondere „Kampfzone“ der SDAP.³⁵⁷ Stattdessen ließ der Streik im „alten“ Essener Bezirk noch einen Rest des Sonderstatus erkennen, den die Bergarbeiter als „Standesgruppe“ während der Zeit des Direktionsprinzips genossen hatten.³⁵⁸

Dieser erste größere Streik veranlasste die Zechenbesitzer, ihre Haltung stärker als zuvor und regelrecht paradigmatisch festzulegen. Und anders als die Streikenden, die sich zwar über die einzelnen Betriebsgrenzen hinaus abstimmten, aber mit ihren Forderungen die jeweilige Zechenverwaltung adressieren mussten, stimmten sich die Zechenbesitzer in ihrem institutionellen Rückgrat, dem Bergbauverein, gemeinsam ab.

Hatte dieser zuvor eine Reihe von polyfunktionalen Aufgaben für die Zechenbesitzer wahrgenommen, so avancierte die Abwehr der Forderungen der Bergarbeiter nun zu einer wichtigen, fast zentralen Aufgabe des Vereins. Die Beratungen im Bergbauverein kamen zügig zu einer geschlossenen Position: Die Zechenbesitzer lehnten Verhandlungen, und damit die Schaffung eines Aushandlungs- und Kommunikationsraums für den Ausgleich der Interessen von Wirtschaft und Arbeit, kategorisch ab. Dazu verweigerten sie es, wie von den Delegierten der Bergleute vorgeschlagen, eine Delegation von Zechenbesitzern für Verhandlungen zu bestimmen.³⁵⁹ Ein „frivoler“ Vorwand sei es gewesen, der den Streik verursacht habe, so hieß es von Emil Krabler, Direktor des Kölner-Bergwerk-Vereins, im Bergbauver-

ein, als über die gemeinsame Resolution beraten wurde. Die von den Streikenden erhobenen Forderungen, Lohnsteigerungen und auch solche zur Wohnungsnot, seien gänzlich von der Hand zu weisen. Krabler resümierte die im Verband hergestellte Linie der Zechenbesitzer derart: „Prinzipiell sind daher die Gewerken entschlossen [...], überhaupt in keine Verhandlungen einzutreten, denn schon mit dem einen Schritt der Verhandlung wäre dem Streik seine Berechtigung zuerkannt.“ Die Zechenbesitzer hatten sich damit nicht nur entschieden, die Forderungen in der Situation des Konjunkturhochs abzulehnen, sondern weiter noch, sie hatten zudem festgeschrieben, die Arbeiter nicht einmal als Verhandlungs- und Konfliktpartei anzuerkennen.³⁶⁰

Bereits jetzt platzierten die Zechenbesitzer ein öffentlichkeitswirksames Argument, das auch später immer wieder bemüht wurde und in der Realität des Obrigkeitsstaates zwar salonfähig, im Grunde genommen aber der „Arbeiterbewegung“ einen Politisierungsgrad zuschrieb, der den Verhältnissen im Ruhrgebiet nicht entsprach: Der Streik, so kolportierten die Zechenbesitzer, sei durch „fremdartige Elemente“ in die Belegschaften hinein getragen worden.³⁶¹ Die „Ursache“ des Streiks, so formulierte es der Bergbauverein dann einige Tage später noch einmal deutlicher, läge in den „irrigen Anschauungen der Arbeiter über die wirtschaftlichen Verhältnisse“, zudem sei der Streik motiviert von „Unzufriedenheit“, die in den politischen und gesellschaftlichen, nicht aber den wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen sei. Das Bevölkerungswachstum im Ruhrgebiet habe soziale Missstände, insbesondere hinsichtlich der Wohnsituation, hervorgerufen, für die die Zechenbesitzer aber nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Und obwohl die Zustände in Dortmund, Bochum und Witten ganz ähnlich seien, sei dort kein vergleichbarer „Missmut“ zu finden.³⁶² Und gerade weil, so fand Mulvany gar, die wahren Interessen von Arbeitgebern und

357 Karl Marx: Art. An die streikenden Bergarbeiter im Ruhrthal, in: Der Volksstaat. Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerksgeossen 60, 27.7.1872, Zit. o. S.

358 Hartmann, Weg, S. 40.

359 Ebd., S. 41.

360 Vortrag, Emil Krabler, Generalversammlung des Bergbauvereins, 9.7.1872, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 357 f., Zit. S. 358.

361 Hartmann, Weg, Zit. S. 42.

362 Rede, Vorsitzender Friedrich Hammacher, 21.7.1872, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 465 f.

Arbeitnehmern im Kern identisch seien, müsse jedes Zugeständnis abgelehnt werden.³⁶³

Von „identischen“ Interessen konnte selbstverständlich keine Rede sein. Wie bereits rund zehn Jahre zuvor, im Fall der Arbeitsniederlegung auf der Zeche Shamrock, ersuchten die Zechenbesitzer des Essener Reviers – und zwar nunmehr über den Bergbauverein koordiniert – um Begleitschutz für die arbeitswilligen Bergarbeiter und erhielten die tatkräftige Unterstützung der Polizei.³⁶⁴ Die Streikenden, die sich vom Beschwerdeweg und damit dem vormals etablierten Vorgehen als „Stand“ inzwischen verabschiedet hatten und nun alles daran setzten, mit dem Vertragspartner – den einzelnen Unternehmern – zu verhandeln, konnten dagegen auf keinerlei Unterstützung der Behörden bauen. Sie scheiterten an der geschlossenen Front der Zechenbesitzer, die sich über den Bergbauverein organisiert hatte und zechenindividuelle Verhandlungen rundweg blockierte. Der Bergbauverein mobilisierte eine starke Geschlossenheit unter den Essener Bergwerksbesitzern, denen sich die Zechenbesitzer der anderen Reviere anschlossen. Es war zum Konsens geworden, dass man den Streikenden in keinem Punkt entgegenkam.

Im Vergleich dazu war die Organisation der Streikenden weit weniger schlagkräftig. Keineswegs hatte eine Gewerkschaft leitend oder koordinierend hinter den Arbeitsniederlegungen gestanden. Eine weitergehende Mobilisierung der Bewegungen, die nach dem Streik durchaus angezeigt war, wurde dann durch den Erlass des Sozialistengesetzes 1878 zurückgedrängt. Mit dem Sozialistengesetz wurden im Reich bis 1890 sowohl die sozialistischen Parteien als auch die Gewerkschaftsbewegung unterdrückt. Dabei wurde, und zwar durchaus gezielt, der „Schrecken der Sozialdemokratie“ erheblich überbewertet und stark politisiert. Denn tatsächlich war die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts keineswegs sozialdemokratisch und vom „roten Gespenst“ politisch indoktriniert, sondern stark national

und konfessionell geprägt. Außerdem tobte ein heftiger Konflikt zwischen der inzwischen gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und der freien Gewerkschaftsbewegung. Die Formel, „daß ohne politischen Kampf die Gewerkschaftsorganisation nicht ausreicht und daß ohne politische Parteiorganisation der Sieg nicht möglich ist“, so formulierte es Wilhelm Liebknecht, stieß bei den Gewerkschaftsorganisatoren im Ruhrgebiet eher auf taube Ohren. Zwar forderte Liebknecht ein „festes Zusammenstehen“ von sozialdemokratischer Partei und gewerkschaftlicher Arbeiterorganisation,³⁶⁵ allerdings hatte sich die SAP seit 1890 wieder einem stärker marxistischen Programm verschrieben. Für die meisten Arbeiter des Ruhrgebiets war die damit einhergehende progressive Aussicht eher unattraktiv, und die Gewerkschaftsorganisatoren im Ruhrgebiet wussten das. Im Ruhrgebiet existierte keine außergewöhnlich starke Sozialdemokratie, als das Sozialistengesetz verabschiedet wurde.³⁶⁶

Politisch wirksamer war, gerade für die Zuwander:innen, ihre Konfession, besonders der durch ihren Katholizismus zum Ausdruck kommende „Eigen-Sinn“.³⁶⁷ Der politische Katholizismus schlug im Ruhrgebiet deutlich tiefere Wurzeln als die politische Sozialdemokratie. Die sich entwickelnde christlich geprägte Arbeiterbewegung war ausgesprochen sozial orientiert. Und das war es auch, was die Menschen stärker band: Nicht eine Revolution oder die Veränderung des Systems in ferner Zukunft mobilisierten die Arbeiter, sondern der Wunsch, sozial anzukommen und ein „rechtschaffenes“ Leben zu führen. Befördert wurde das durch einen katholischen Glauben, der sowohl Identität und Bindung als auch Anpassung erlaubte. Zudem, und nicht zu unterschätzen: Vordergründig als Bekämpfung der Sozialdemokratie eingefasst, verlief die eigentliche und zu dem Zeitpunkt wirksame Konfliktlinie zwischen der vorwiegend protestantischen Unternehmerschaft und der Masse der katholischen Arbeiter.³⁶⁸

³⁶³ Hartmann, Weg, S. 43.

³⁶⁴ Eingabe der Deputierten von 29 Zechen im Raum Essen an die Königliche Regierung zu Düsseldorf, 19.6.1872, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 464 f.

³⁶⁵ Wilhelm Liebknecht: Rede des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Liebknecht über den Kölner Parteitag mit besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsbewegung, Bielefeld 1893, S. 12 ff., Zit. S. 15.

³⁶⁶ Rohe/Jäger/Dorow, Gesellschaft, S. 445.

³⁶⁷ Berger, Social Democracy, S. 66–72.

³⁶⁸ Rohe/Jäger/Dorow, Gesellschaft, S. 451.

Tatsächlich waren auch für den Streik 1872 die katholischen Knappenvereine und weniger sozialdemokratische oder sozialistische „Agitatoren“ relevant.³⁶⁹ Gesellige Vereine standen im Ruhrgebiet hoch im Kurs. Während die „Vereinsmeierei“ von der dünnen bürgerlichen Schicht in den Städten belächelt und manchmal auch mit Argwohn betrachtet wurde, hatte sich ein lebhaftes, wenn auch stark segregiertes Vereinsleben in den Bezirken ausgebildet. Nicht selten von katholischen Geistlichen organisiert, sprossen Knappen-, Wohltätigkeits-, Gesangs-, Tauben- und Tierzuchtvereine, später auch Turn- und Sportvereine.³⁷⁰ Sie dienten in erster Linie der geselligen Zusammenkunft und wurden besonders nach der „Freisetzung“ gegründet.³⁷¹ Sie avancierten zu Orten für die Pflege der Berufsehre, und zwar besonders seitdem die Wertschätzung für den Beruf des Bergarbeiters abnahm.³⁷² Und statt für sozialdemokratische oder gar sozialistische Überzeugungen waren die Ruhrbergarbeiter in besonderem Maße für den nach 1871 zur Staatsräson erhobenen Nationalismus anfällig.

Deutlich wird das besonders am Zulauf der Kriegervereine. Diese warben: „Tretet ein in die Kriegervereine und arbeitet lebendig an ihren Aufgaben mit“, und bekräftigten die „Kameradschaft“, die „Kaisertreue“ und den „teutonischen Zorn“ als Grundprinzipien. Das kam gut an, nicht zuletzt bei den Bergarbeitern.³⁷³ Ihre Mitgliedschaft in den Kriegervereinen zeigte den geteilten Nationalismus an,³⁷⁴ besonders weil die Bergleute als Stand vom Kriegsdienst ja ausgenommen waren. Umso stärker betonte ihre Mitgliedschaft das Bekenntnis zum Reich. Die „Hurravereine“ wurden von den Vorläufern der Gewerkschaften – nicht zuletzt, weil in den Kriegervereinen Stimmung gegen die gewerkschaftliche Organisation, besonders der „freien“ sozialdemokratischen, gemacht wurde – zwar abgelehnt. Nichtsdestotrotz, während die Gewerkschaftsentwicklung im

Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts durch stark schwankende Mitgliedszahlen charakterisiert war, verzeichneten die Kriegervereine ein konstantes Wachstum. Sowohl ihre Anzahl als auch ihre Mitgliederzahlen steigerten sich. Dort ging es auch weniger um Distinktion. Polen und Masuren wurden genauso wie Arbeiter, die aus dem Ruhrgebiet stammten oder aus dem Umfeld zugezogen waren, in großer Zahl Mitglied in den Kriegervereinen.³⁷⁵

Auf den Streik von 1872 folgten vielzählige Versuche, die Interessen der Bergarbeiter durch eine Gewerkschaft zu bündeln, allerdings stießen diese Organisationsbemühungen auf die Abwehr von Unternehmern, die Stimmung machten, und Behörden, die die Entwicklung formal zurückdrängten. Auch der im Oktober 1872 angemeldete *Rheinisch-Westfälische Grubenarbeiterverband* erhielt die behördliche Genehmigung nicht.³⁷⁶ Während die Organisationsversuche der Arbeiter rigide blockiert wurden, systematisierten die Zechenverwaltungen ihre Instrumente gegen Streiks, besonders die Gegenmaßnahme der Aussperrung, die sie zunehmend kalkuliert einsetzten. Die Dortmunder Zechenverwaltungen etwa vereinbarten 1877 gemeinsam eine Verschärfung ihrer Arbeitsordnungen. Der damit klar provozierte Ausstand wurde mit Aussperrungen beantwortet, schuf die Grundlage für anschließende Kündigungen und zudem den Vorwand für den Abschluss neuer Arbeitsverträge mit den Bergarbeitern, die die geänderten Arbeitsordnungen damit zu akzeptieren hatten.³⁷⁷ Zudem nutzten die Zechenleitungen in der auf die Gründerkrise folgenden Depression die Möglichkeit, die Bergarbeiter „freizusetzen“, die sich aus Sicht der Grubenverwaltungen aufrührerisch gezeigt hatten. Die Gründerkrise, die im Bergbau etwas zeitverzögert seit 1875 ihren Tribut forderte und mit Entlassungswellen beantwortet wurde, wirkte auf die Bergarbeiter daher

369 Tenfelde, Schichtung, S. 195.

370 Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 286 f.

371 S. etwa Aufruf, Recklinghausen, zur Gründung eines Vereins, 25.10.1867, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 414.

372 Tenfelde, Schichtung, S. 161.

373 A. Westphal: Kriegervereine gegen Sozialdemokratie. Ein Mahnwort an die gebildeten Stände, 2. Aufl., Berlin 1899, Zit. S. 16.

374 Thomas Rohkrämer: Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, München 1990, S. 27–29, S. 35–37.

375 Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 288 f.

376 Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 735.

377 Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 115.

wie eine Vergeltung. Auch die kleineren Streiks, die zwischen 1874 und 1877 von den Bergarbeitern geführt wurden, verschafften keine Änderung. Die Zechenbesitzer, die als geschlossene Front über ihr Sprachrohr – den Bergbauverein – auftraten, ließen nicht mit sich handeln. Die von den Bergarbeitern nach dem verlorenen Streik erlebte und geteilte Erfahrung war, dass sie gegen die Front von Unternehmern und „Obrigkeit“ kaum etwas ausrichten konnten.³⁷⁸

Ein „Kind der Not“: das Schienenkartell

Die zeitgenössische Nationalökonomie entdeckte die Konzentrationsneigung in der Wirtschaft spät. Erst 1883, und damit einige Zeit, nachdem die erste Kartellierungswelle bereits durch die Wirtschaft gewabert war, formulierte Friedrich Kleinwächter seine bekannte Kartelldefinition, wonach unter einem Kartell ein „Übereinkommen der Produzenten, und zwar der Unternehmer der nämlichen Branche“ zu verstehen war. Der Zweck des Zusammenschlusses bestand Kleinwächter zufolge darin, „die schrankenlose Konkurrenz der Unternehmer untereinander einigermaßen zu beseitigen und die Produktion mehr oder weniger derart zu regeln, dass dieselbe wenigstens annähernd dem Bedarfe angepasst werde, speziell beabsichtigen Kartelle eine etwaige Überproduktion zu verhindern“. Kartelle, das seien „Kinder der Not“, urteilte Kleinwächter dann weiter und mit Blick auf den Umstand, dass diese Art der organisierten Absprache seit der Gründerkrise vermehrt auftrat.³⁷⁹

Kleinwächters Einordnung wurde wiederholt hinterfragt und korrigiert. Sie lässt sich heute wohl kaum mehr halten. Denn die Kartellierungsneigung überstand die Krise und tendierte bald dahin, die Expansion der Unternehmen durch die kartellierte Festsetzung von Preisen und Verkauf zu stabilisieren und sie damit unabhängiger zu machen von den wilden Kapriolen, die die Märkte seit der Liberalisierung zeigten. Auch die Verhinderung von Überkapazitäten wurde durch die Zusammenschlüsse keineswegs erreicht.³⁸⁰ Zentral ist hier, dass

diese Kooperation der Unternehmer, die auf ein gemeinsames Vorgehen abzielte, erst verspätet entdeckt wurde. Das gilt für die Wissenschaft, Nationalökonomien wie Juristen, und auch für den Staat. Und das hatte Folgen: Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts blieben Kartelle, überhaupt „Übereinkommen der Produzenten“, ohne staatliche Regulierung. Dass kein Bewusstsein für die Kartellierung und ihre Folgen existierte, bedeutet indes nicht, dass es sie nicht gab: „Ich erinnere mich sehr wohl der bezüglichen Zustände [...]“, so formulierte es Hanns Jencke, der Primus Inter Pares bei Krupp, retrospektiv. Und weiter: „In der Eisenindustrie gab es eine Schienen-, eine Bandagen-Gemeinschaft, aber die Thatsache dieses Bestehens durfte nicht gekannt sein: so sehr hatte man noch mit dem Vorurtheil der öffentlichen Meinung, mit dem Vorurtheil der Industriellen und der Staatsbehörden zu rechnen.“³⁸¹

Es war die Eisen- und Stahlindustrie, die im Ruhrgebiet aus der Überlegung einer stärkeren Zusammenarbeit eine erste Kartellabsprache formte. Der Druck für ein gemeinsames Vorgehen war die Folge des durch die Kapazitätssteigerung erzeugten Exportdrucks und der Markt- und Preisentwicklung seit der Gründerkrise. Die Absprachen zielten auf die gemeinsame Bearbeitung der Exportmärkte ab. Bereits 1868 hatten sich der Hörder Verein, der Bochumer Verein und Krupp auf feste Preisabsprachen für Bessemerschienen geeinigt: Mittels hoher Preise auf dem Binnenmarkt und niedriger Exportpreise – keineswegs aber „Verlustpreisen“ – sollte eine stabile Kostendeckung erreicht werden.³⁸²

Während im Steinkohlenbergbau die Gründerkrise erst verspätet seit 1875 durchschlug, war die Eisen- und Stahlindustrie von der Gründerkrise praktisch unmittelbar betroffen. Die Unternehmer reagierten 1873 mit der Errichtung des *Schienensubmissionskartells* auf die Krise, an dem sich alle Schienenproduzenten beteiligten.³⁸³ Maßgeblich unterstützt wurde es von einer Reihe von Banken, die im internationalen Eisen(bahn-)geschäft involviert waren, Sal. Oppenheim, A. Schaaffhausen'scher

³⁷⁸ Tenfelde, Schichtung, S. 195.

³⁷⁹ Fritz Blauch: Kartell- und Monopolpolitik im kaiserzeitlichen Deutschland. Das Problem der Marktmacht im deutschen Reichstag zwischen 1879 und 1914, Düsseldorf 1973, Zit. S. 25 f.

³⁸⁰ Thomas Jovović: Deutschland und die Kartelle – eine unendliche Geschichte, in: JWG 1, 2012, S. 237–252.

³⁸¹ Kirdorf, Erinnerungen, Zit. S. 20.

³⁸² Wengenroth, Unternehmensstrategien, S. 137, S. 147–151.

³⁸³ Ebd., S. 138.

Bankverein und Disconto-Gesellschaft.³⁸⁴ Auch dieses Kartell wurde zunächst für die Abstimmung des Exportgeschäfts gegründet. Inzwischen mussten rund zwei Drittel der Kapazitäten der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets exportiert werden, weil die Nachfrage unmittelbar mit der Krise einbrach und der Binnenmarkt ohnehin zu klein für die geschaffenen Kapazitäten war. 1876 wurde das Kartell erneuert und dabei auf den deutschen Binnenmarkt ausgeweitet. Geleitet wurde es von Louis Baare. Baare hatte als kaufmännischer Angestellter der Köln-Mindener Eisenbahn gearbeitet und war 1855 kaufmännischer Direktor des Bochumer Vereins geworden. In dieser Position gefestigt, musste Baare zu Beginn der Gründerkrise ganz besonders an einer Stabilisierung und der Absprache der Verkäufe gelegen sein. Der Bochumer Verein hatte erheblich expandiert, und das kreditbasiert. Mit der Krise rutschte der Bochumer Verein in eine existentielle Krise, die über das gemeinsame Vorgehen abgefedert werden konnte. Aber schon die nächststehende Verlängerung des Kartells stand auf wackeligen Füßen, denn das gemeinsame Vorgehen konnte nur dann erfolgreich sein, wenn der Schutzzoll auf Stahlschienen weiterhin galt, der deutsche Markt also geschützt war und sich die Dumpingverkäufe im Ausland durch die hohen Inlandspreise gegenfinanzieren ließen. Zu Jahresbeginn 1877 fiel der Schutzzoll auf Stahlschienen allerdings zunächst. Das Kartell blieb danach zwar auf einer informellen Grundlage bestehen, ohne den Schutzzoll fehlte dem Kartell aber die Grundlage.³⁸⁵

Als die US-amerikanische Nachfrage nach Schienen stark anzog und sich die Situation auf dem Weltmarkt 1879 entspannte, verbesserte sich die Geschäftslage der Schienenhersteller schlagartig. Die Exportpreise konnten erhöht werden und auch auf dem deutschen Binnenmarkt zog die Nachfrage nach Eisenschienen langsam wieder an. Die Kartellneigung in der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets ging nun umgehend wieder zurück. Während Alfred Krupp polterte, es in diesem Kartell ohnehin nur mit „Fuschern“ zu tun zu haben,

war es Baare, der das Kartell schließlich zum Scheitern brachte. Mit seinem Vorschlag, die Beteiligungsquoten neu zu verhandeln, war das Wettbewerbsverhalten der Beteiligten neu entfacht; für die Verlängerung des Kartells fehlte einstweilen der nötige Rückhalt unter den beteiligten Industriellen.³⁸⁶ Zunächst schien sich Kleinwächters Beobachtung also zu bestätigen: Kartelle, das waren offenbar nur „Kinder der Not“, aber keine Dauerlösung für die wettbewerbsgetriebenen Unternehmer.

Die Gründerkrise und der Lock-in der Montanindustrie

Während der ersten Gründerzeit der 1850er Jahre war das lose und politisch unverbundene Gebiet auf der Grundlage der wirtschaftlichen Expansion zum Ruhrgebiet geworden. Ungeheure Kapitalmengen waren investiert worden. Das hatte erhebliche Strukturprobleme – insbesondere Überkapazitäten – zur Folge. Während der zweiten Gründerzeit, zwischen 1871 und 1873, wurde erneut erheblich investiert, etwa 180 Millionen Mark wurden durch Um- und Neugründungen, Kapitalerhöhungen und dergleichen im Ruhrgebiet eingesetzt.³⁸⁷ Die Gründerkrise seit 1873 ließ deutlich werden, dass die mit den Investitionen vorgenommenen Kapazitätserhöhungen für die hochkapitalisierten Unternehmen nicht nur ein unternehmensindividuelles Strategieproblem waren, sondern sich zu einem handfesten „Strukturdilemma“ ausgewachsen hatten.³⁸⁸ In der Montanindustrie des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks kam es damit zum Lock-in. Für die Montanindustrie, und besonders für den Kohlenbergbau, wurde die mangelnde Angebotselastizität zum Kernproblem: Die Kohlenförderung ließ sich zwar in einem Nachfragehoch mittels der Erhöhung der Schichten steigern, sie ließ sich in den Phasen des Konjunkturtiefs, aufgrund der Kostenstruktur, aber nur sehr eingeschränkt senken.³⁸⁹

1869 war im Norddeutschen Bund die Gewerbefreiheit eingeführt worden, 1870 die zuvor bestehende und restriktive Konzessionspflicht in Preußen für die Grün-

³⁸⁴ Weber, Entfaltung, S. 281.

³⁸⁵ Wengenroth, Unternehmensstrategien, S. 138–146.

³⁸⁶ Ebd., S. 154–161.

³⁸⁷ Tilly, Industrialisierung Ruhrgebiet, S. 71.

³⁸⁸ Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, Zit. S. 111.

³⁸⁹ Church, Ursprünge; Brody, Arbeitsbeziehungen, S. 66 f.

derung von Aktiengesellschaften in eine Registrierungs-pflicht überführt worden. Beides befeuerte einen Boom, der sich in einer enormen Gründungswelle niederschlug. Auch im Ruhrgebiet wurde neu gegründet, zudem wurden große Mengen frisches Kapital investiert. Durch die Reparationszahlungen Frankreichs nach dem Deutsch-Französischen Krieg wurde die Hausse weiter angeheizt. Der Börsenkrach in Wien, im Mai 1873, beendete das Gründerfieber, bei dem nicht nur seriös investiert worden war, sondern auch Spekulations- und Betrugsgeschäfte arge Blüten getrieben hatten.³⁹⁰ Während der Gründerjahre der 1870er Jahre stiegen die Bergbaupapiere – Kuxe wie Aktien – erheblich im Wert. Ein „Bull Run“ auf die Papiere setzte ein, Kuxe wurden in einem neuen Maße „mobilisiert“, gehandelt also und nicht nur gehalten, und dass, obwohl sich die meisten Schächte der neu gegründeten Gesellschaften noch in der Abteufung befanden. Nicht wenige Investoren erwarben Kuxscheine, ohne dabei imstande zu sein, die bei den Neugründungen beinahe zwangsläufig anfallende Zubuße aufbringen zu können. Als der Gründerboom in die Gründerkrise umschlug, wurde umgehend nicht nur in einem erheblichem Umfang Kapital abgezogen, gleichzeitig kriselte es auch auf den montanindustriellen Absatzmärkten. Mit der Gründerkrise, die bis in die 1890er Jahre andauerte, und dem damit einhergehenden verminderten Wachstum und einer langen Phase der Deflation, ging es für die Unternehmen nun nicht mehr um Expansion, sondern um die Intensivierung und die Konzentration ihrer Betriebe.³⁹¹ Auch die Arbeiter zogen Konsequenzen aus der Krise: Aus Angst, von einer der Entlassungswellen erfasst zu werden, nahm die Motivation für die gewerkschaftliche Organisation, die während der Gründerjahre punktuell sichtbar geworden war, zügig wieder ab.³⁹²

Die Unternehmensgründungen der ersten Gründerzeit waren von einem scharfen Konkurrenzkampf geprägt. Die Concordia BAG hatte frühzeitig auf die Herstellung von Koks gesetzt, die GBAG auf Skaleneffekte, auf ein Wachstum also, das betriebswirtschaftlich einen

starken Fokus auf die Selbstkosten pro Tonne bedeutete. Andere hatten zusätzlich eine Integrationsstrategie – etwa von Handelsgesellschaften für den Schiffstransport – verfolgt, um das Risiko zu verteilen und die Kontrolle über die Selbstkosten möglichst umfassend in der eigenen Hand zu halten. Für den Eisenbahntransport setzten sich sukzessive feste Eisenbahntarife durch, die die Industriellen allerdings nicht im eigenen Interesse beeinflussen konnten. Ob der Tarif hoch oder niedrig lag, die Konsequenzen oder auch Vorteile hatten alle Unternehmen zu teilen, er bedeutete aber keinen unternehmensindividuellen Wettbewerbsvorteil. Für die Unternehmen, die an der Ruhr oder in Rheinnähe lagen, war es daher naheliegend, eigene Handelsgesellschaften zu gründen bzw. das Handelsgeschäft, das etwa in Ruhrort schon frühzeitig mit der Förderung verbunden gewesen war, auszuweiten. Waren 1856 gerade einmal drei Kohlenhandelsgesellschaften in Besitz von Zechengesellschaften, waren es bis 1870 bereits 13.³⁹³

Die internationale Gründerkrise griff dann zeitverzögert auch auf den Ruhrbergbau aus. Und sie hatte starke Auswirkungen. Die Dividenden brachen stark ein. Hatten die Aktiengesellschaften 1872 noch bis zu 40 oder gar 60 Prozent Dividende ausgeschüttet, gingen die Ausschüttungen scharf – auf unter zehn Prozent – zurück, nicht wenige Aktiengesellschaften schlossen sogar mit einem Verlust ab.³⁹⁴ Mit Sorge blickten die Industriellen auf die Entwicklung ihrer Selbstkosten; und sie kamen in großer Zahl zu einer Schlussfolgerung: Die Erhöhung der sog. Fixkosten bedeutete, dass das variable, also das anpassungsfähige Potenzial, das eine Senkung der Selbstkosten herbeizuführen in der Lage war, besonders in den Lohnzahlungen lag. Sie stabil zu halten oder in Krisenzeiten zu drücken, wurde für die Zechenleitungen daher zentral.³⁹⁵

Mittels Diversifikation in Handel, Veredelung und dann vertikaler Integration lebten die Unternehmen seit der Mitte der 1870er Jahre einen heftigen Konkurrenzkampf aus. Die „schöpferische Zerstörung“ dieses Prozesses führte zur Schließung der noch verbliebenen

³⁹⁰ Plumpe, Kapital und Finanzmarkt, S. 132.

³⁹¹ Trischler, Steiger, S. 38 f.

³⁹² Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 735.

³⁹³ Heinrichsbauer, Kohlenkontor, S. 7 f.

³⁹⁴ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 39 f.

³⁹⁵ Ebd., S. 48 f.

Kleinstzechen an der Ruhr, aber auch zum Kollaps einiger der gerade erst gegründeten integrierten Großunternehmen. Die Zechenbesitzer standen unter erheblichem Druck, sich gegen die Nachbarzechen durchzusetzen, und zwar umso mehr, als die während des Konjunkturoberhochs beschlossenen neuen Tiefbauschächte erneut, wie bereits infolge des ersten Gründerbooms der 1850er Jahre, etwa zeitgleich die Förderung aufnahmen. Die deutschen genauso wie die internationalen Kohlenmärkte waren zwar durch eine zunehmende Aufnahmefähigkeit charakterisiert. Mit der Förderausweitung und der Niederbringung von immer mehr Schachtanlagen war aber auch immer mehr Kapital – und zwar anteilig immer mehr Fremdkapital – in den Anlagen gebunden. Für die Zechen, besonders die auf die Erwirtschaftung von Skaleneffekten ausgerichteten Gesellschaften, bedeutete die Gründerkrise daher eine zunehmende Abhängigkeit von den (Groß-)Banken. Die Gründerkrise äußerte sich für die rasant gewachsene Montanindustrie im Ruhrgebiet als Konjunkturkrise nebst einer Preisdepression, die fast 20 Jahre andauerte.³⁹⁶ Mit der relativen Verbesserung seit Ende der 1880er Jahre versuchten die Unternehmen, ihre Kreditbeziehungen zu den Banken abzuändern, um die Kontroll- und Rechenschaftsansprüche der Banken soweit es ging zurückzudrängen.³⁹⁷ Vor dem Hintergrund, dass den Unternehmen aber zunehmend die Möglichkeiten für die Entwicklung fehlten, setzten sie auf Zusammenschluss und gemeinsame Lösungen.

Die im Bergbauverein zunächst diskutierte Lösung bestand nicht etwa, was zunächst plausibel erscheinen mag, in einer gemeinschaftlich beschlossenen Herabsetzung der Förderung. Die Zechenbesitzer und -leitungen der neuen Nordzechen ließen das, da sie unter stärkeren finanziellen Zwängen standen, nicht zu. Die Lösung der Überkapazitätskrise wurde stattdessen gewissermaßen externalisiert. Einigkeit bestand darüber, die inneren Zechen- und Betriebsverhältnisse nicht anzu-

tasten.³⁹⁸ Ähnlich zur Eisen- und Stahlindustrie, die es mit ihrem Schienenkartell vorgemacht hatte, wurde die Lösung von einer Zechengruppe in der gemeinsam vorgenommenen Bearbeitung der Absatzgebiete gesehen. Zunächst wurde daher der Ausbau der Wasserstraßen und der Kanäle forciert, dann mit den Eisenbahngesellschaften über Tarifiermächtigungen verhandelt, das auch, um die Absatzradien zu vergrößern. Mit dem Zusammenwachsen der Eisenbahnlinien entstanden nicht nur die neuen Städte an der Emscher – Oberhausen, Borbeck, Altenessen, Gelsenkirchen und Wanne etwa –, sondern zunehmend ließen sich die Eisenbahngesellschaften nun auf Differentialtarife ein. Nach und nach wurden dann Staffeltarife und schließlich der Einpfennigstarif verankert. Er war von ober-schlesischen Industrien und nicht etwa den „Ruhrbaronen“ durchgesetzt worden und konnte nachholend dann auch bei anderen Eisenbahngesellschaften im Westen implementiert werden.³⁹⁹ Die Bemessungsgrundlage für den Einpfennigstarif bildeten die Preise der englischen Kohle aus Northumberland und Durham, die auf den deutschen Kohlenmärkten weiterhin eine große Rolle spielte.⁴⁰⁰ Besonders wichtig wurde die Einflussnahme auf die Tarifgestaltung nach der schrittweisen Verstaatlichung der Eisenbahnen, denn die preußische und dann Reichsregierung war aus fiskalischen Gründen an hohen Tarifen interessiert und nur in Ausnahmen bereit, Sondertarife zu gewähren.⁴⁰¹

Neben der Ausweitung der Absatzgebiete, was nunmehr insbesondere auch der Bergbau forcierte, wurde der Garant für die Prosperität in einer abgeschotteten hohen Preispolitik gesehen. Da sich die ostelbischen Agrarier, die in starkem Maße mit dem amerikanischen Weizen zu kämpfen hatten,⁴⁰² für eine ähnliche Lösung entschieden, schlossen sich die Agrarier sowie die Eisen- und Stahlindustriellen zum berüchtigten Bündnis von „Roggen und Eisen“, das treffender allerdings als das Bündnis von „Kohle, Eisen und Roggen“ zu bezeichnen

³⁹⁶ Plumpe, Interessenpolitik, S. 688.

³⁹⁷ Plumpe, Kapital und Finanzmarkt, S. 122.

³⁹⁸ Gustav Natorp zu den Aufgaben des Bergbauvereins in der Wirtschaftskrise, 1874, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 360.

³⁹⁹ Fremdling, Eisenbahnen, S. 64.

⁴⁰⁰ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 89.

⁴⁰¹ Fremdling, Eisenbahnen, S. 55–60.

⁴⁰² Kevin O'Rourke/Jeffrey G. Williamson: Globalization and History. The Evolution of a nineteenth-Century Atlantic Economy, 2. Aufl., Cambridge 2000, S. 41–53.

ist, zusammen. Die Forderung nach und das gezielte Lobbying für den Schutzzoll waren insbesondere von der Eisen- und Stahlindustrie, unter Buecks Koordination, vorangetrieben worden. Die „Kohlenbarone“ hatten sich erst spät, aber dann vehement, auf die Seite der Eisen- und Stahlindustriellen geschlagen. Das Interesse der „Kohlenbarone“ an der Verankerung von Kohleneinfuhrzöllen war jedoch gering. Für sie war der Export ein wesentliches Absatzventil und sie wollten etwaige Schutzzollreaktionen anderer Staaten nicht riskieren.⁴⁰³ Erst in der Enquete, die 1876 eingerichtet wurde, sprachen sich schließlich auch die Vertreter des Ruhrkohlenbergbaus für die Schutzzölle aus.⁴⁰⁴ Und erst das ermöglichte 1878 deren Durchsetzung und bedeutete das Ende der Freihandelszeit des Reiches.⁴⁰⁵

Die Krise schlug sich währenddessen für die Bergarbeiter in einer Zunahme der verordneten Feierschichten, die die Gedinge der Bergleute erheblich reduzierten, und dann auch in Entlassungen nieder, eine „Kalamität“, die aus Sicht der Stadtoberen „weniger der allgemeinen Lage des Bergbaus [als] den schlechten Finanzverhältnissen“ der Aktiengesellschaften anzulasten war.⁴⁰⁶ „Das Lohnniveau war so niedrig, daß vielfach Elend und Not herrschten“, so rekapitulierte sogar eine Unternehmensfestschrift.⁴⁰⁷ Die Entlassenen sollten in ihre „Heimat“ zurückkehren; deshalb wurden neben den als aufrührerisch geltenden Arbeitern gerade die unverheirateten und zugezogenen Arbeiter entlassen. Der „Notstand“ sei, so fanden die städtischen Leitungen, zwar noch nicht eingetreten, aber Vorkehrungen, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, wurden von den Kommunen für notwendig erachtet.⁴⁰⁸ Während für das Dortmunder Revier durchaus eine Krawallgefahr konstatiert wurde, wurde die Situation im Oberhausener Revier zwar drastischer eingeschätzt,

die dortige „Kalamität“ wirkte sich nach Einschätzung eines Bergmeisters aber weniger in „Exzessen“ aus. Auch fand er nicht, dass die sozialdemokratischen und christlich-sozialen Verlockungen auf mehr Resonanz stießen als in „normalen Zeiten“.⁴⁰⁹ In den offiziellen Verlautbarungen der Städte wurde besonders die Angst vor der „sozialistischen Agitation“ geschürt. So seien die Preissteigerungen in Folge der Krise in der Lage, ein „Proletariat“ zu schaffen, das sich von dem „christlich-sozialen-Arbeiter-Verein“ [!] einfangen lassen könnte, so befürchtete etwa der Bürgermeister Essens im März 1873. Eine „gewaltsame Eruption der Massen“ und eine „gewaltsame[] soziale[] Revolution“ hielt er für durchaus denkbar.⁴¹⁰

Die Kommunen waren bereits mit dem Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahrzehnte überlastet; mit einer Bevölkerung aber, in der große Teile arbeitslos und einkommensschwach würden, sahen sie sich gänzlich überfordert, besonders wenn sie in die Fänge „ultramontaner“ Interessen gerieten. Während die Behörden sich um die Eindämmung der aus ihrer Sicht drohenden Revolutionsgefahr kümmerten, rutschten die Zechen nicht nur in eine problematische Verschiebung von Eigen- und Fremdkapital, sondern trieben die Preiskrise durch die Konkurrenz untereinander weiter an. Die Unterbietungsstrategien der einzelnen Zechengesellschaften wirkten auf außenstehende Beobachter derart unversöhnlich, dass der Düsseldorfer Regierungspräsident eine „Vereinigung“ der Interessen gegen Ende der 1870er Jahre für ausgeschlossen hielt.⁴¹¹ Eine Vereinigung war dann aber auch nicht nötig; der wirtschaftliche Aufschwung trat just ein.

⁴⁰³ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 90 f.

⁴⁰⁴ Hartmann, Weg, S. 60–62.

⁴⁰⁵ Plumpe, Interessenpolitik, S. 689.

⁴⁰⁶ Protokoll, Verhandlungen des Arnsberger Regierungspräsidenten und der Kommunalbehörden, 5.2.1877, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 244 f., Zit. S. 244.

⁴⁰⁷ Freundt, Kapital und Arbeit, Zit. S. 55.

⁴⁰⁸ Protokoll, Verhandlungen des Arnsberger Regierungspräsidenten und der Kommunalbehörden, 5.2.1877, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 244 f., Zit. S. 245.

⁴⁰⁹ Bergmeister Selbach, Oberhausen, an Oberbergamt Dortmund, 7.2.1877, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 246–248.

⁴¹⁰ Gustav Hache an Regierungspräsident Düsseldorf, 30.3.1873, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 220–222.

⁴¹¹ Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten an Koblenzer Oberpräsidenten, 28.1.1878, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 223–225.

Endlich Gewerkschaftsbildung? Das Sozialistengesetz und das Abebben der Gewerkschaftsbewegung

Unmittelbar mit dem Anziehen der Kohlenpreise waren im Essener Bezirk einzelne Belegschaften in den Ausstand getreten, hatten mangels Organisation ihre Arbeitsverweigerung aber bald wieder aufgegeben.⁴¹² Ausgehend vom Essener Bezirk mehrten sich aber nun die Organisationsversuche. Ende 1877 wurde ein Vereinigungsaufruf veröffentlicht, keineswegs der einzige und auch nicht der erste. Während der Gründerkrise, so wurde hier aufgeführt, sei der Preisdruck an die Arbeiter weitergegeben worden. Da sich aber nun eine Besserung abzeichne und die Kohlenpreise stiegen, seien auch die Löhne wieder anzuheben. Gegen einen „Zwist“ untereinander sollte „gemeinsam“ ein großer Bund geschlossen werden, denn: „Sind jemals die Börsenspekulanten [...], wenn es für sie galt, die geduldigen Schafe zu scheren, darüber uneins geworden, dass sie Christen oder Juden, Liberale oder Reaktionäre, Freimaurer oder Synagogenbrüder waren? Niemals!“⁴¹³ Und weiter war zu lesen: Der Zusammenschluss sollte dabei keinen politischen oder religiösen Zwecken dienen, sondern allein eine Vertretung der Arbeiterinteressen darstellen.

Die angedeutete Bildung der einen, großen Gewerkschaft scheiterte aber.⁴¹⁴ Zwar gelang 1877 die Gründung als *Vereinigung der Bergleute von Rheinland und Westfalen* und sie verzeichnete auch enormen Zulauf. Binnen weniger Wochen verfügte die Gewerkschaft bereits über rund 17.000 Mitglieder. Der Widerstand von Geistlichen, dem bürgerlichen Zentrum, besonders aber von Seiten des Bergbauvereins gegen die Gründung war aber vehement. Dem „Rädelsführer“ Anton Rosenkranz und seinen Mitstreitern wurde gekündigt.⁴¹⁵ Die Vereinigung wurde zerschlagen, die Verbandsleitungen festgesetzt und zu Haftstrafen verurteilt, der Rest der Bewegung

durch das Sozialistengesetz abgeräumt.⁴¹⁶ Das gelang vor allem aufgrund des Beschlusses, der im Bergbauverein getroffen worden war: Jeder Bergmann, der Mitglied in der Vereinigung würde, sollte sofort entlassen werden. Der Organisationsversuch ist dennoch beachtenswert, weil es den Initiatoren darum ging, katholische Arbeitervereine und sozialdemokratische Vereine, gewissermaßen das Rückgrat der lebensweltlichen Bewegungen, in einer Gewerkschaft zu vereinen, und zwar unter der Nutzung des Streiks als gemeinsamem Mittel für die Erzwingung besserer Arbeits- und Lohnverhältnisse.⁴¹⁷

Als „Hochdruckkammer der Verfolgung“ hat Hans-Ulrich Wehler das 1878 erlassene und mehrfach verlängerte Sozialistengesetz bezeichnet. Anlass des von Bismarck brutal genutzten Mittels gegen den „kommunistischen Ameisenhaufen“ waren zwei Attentate, die auf den Kaiser verübt worden waren.⁴¹⁸ Als „Vorbote[n] des Umsturzes“ wurden die Attentate zügig auch von den Industrieverbänden, etwa dem Langnamverein, verurteilt.⁴¹⁹ Zweifelsohne hatte das Sozialistengesetz tiefgehende Folgen für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie; vernichtet aber hat es die Anfänge der gewerkschaftlichen Organisation.⁴²⁰

Etwaige „Früchte durch die sozialdemokratische Agitation“ wurden besonders im Ruhrgebiet als problematisch angesehen. Ein besonders realistisches Bild war das nicht. Denn viele „Früchte“ hatte die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet bis dahin gar nicht ernten können. Dennoch sendeten der Langnamverein wie auch die anderen Verbände zügig ihr Bekenntnis, dafür zu sorgen, dass in den Betrieben gegen die „sozialistischen Umtriebe“ vorgegangen würde. Den Industriellen war dieses Bekenntnis an die Regierung wichtig; damit sollte dem etwaigen Vorwurf, die „kalt-heißen Utopien des Marxismus“ in ihren Betrieben geduldet zu haben, be-

⁴¹² Düsseldorf Regierungspräsident an Koblenzer Oberpräsident, 28.1.1878, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 223–225.

⁴¹³ Zeitungsausschnitt, Rheinisch-Westfälischer Volksfreund, Essen, 17.11.1877, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 466 f., Zit. S. 466.

⁴¹⁴ Hemmer, Bergarbeiterbewegung, S. 94–100; Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 514–522.

⁴¹⁵ Lademacher, Wirtschaft, Zit. S. 131.

⁴¹⁶ Berger, Social Democracy, S. 72–76.

⁴¹⁷ Lademacher, Wirtschaft, S. 132; Welskopp, Vereinslandschaften, S. 101–103.

⁴¹⁸ Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, (Studienausgabe) München 2008, Zit. S. 799–801, Zit. S. 799.

⁴¹⁹ Winschuh, Verein, S. 65.

⁴²⁰ Horst Lademacher: Wirtschaft, Arbeiterschaft und Arbeiterorganisation in der Rheinprovinz am Vorabend des Sozialistengesetzes 1878, in: Archiv für Sozialgeschichte 15, 1975, S. 117–120, S. 129–134.

gegnert werden. Im Windschatten des staatlich verordneten Vorgehens gegen die Sozialdemokratie sahen sie die Möglichkeit, den eigenen „Herr-im-Haus-Standpunkt“ nicht nur zu verteidigen, sondern die durch die Aufhebung des Koalitionsverbots gewährten Freiheiten zu kassieren.⁴²¹ Denn besonders die „Industrie“, so hieß es in einem Runderlass des preußischen Handelsministers, sollte sich aufgerufen sehen, „durch eine energische und vereinte und planmäßige Selbsttätigkeit dafür zu sorgen, dass jene Agitationen von dem in ihrem Unternehmen beschäftigten Personal ferngehalten und [...] beseitigt werden.“ Der Handelsminister setzte auf das Durchgreifen der „Korporationen“ – der Unternehmerorganisationen also: Diese hätten in ihrem „Kreis die Erkenntnis zu verbreiten und zu befestigen, dass der Stand der Arbeitgeber nicht nur eine dringende patriotische Anforderung erfüllt, sondern auch seinem eigentlichen Lebensinteresse dient, wenn er den natürlichen Einfluss, welchen er auf die Arbeiter auszuüben vermag, in entschiedenerer und planmäßiger Weise dazu benutzt.“⁴²² Damit hatten die Unternehmer einen Freibrief, irgendwie ‚agitatorisch‘ wirkende Arbeiter zu entlassen. Den Unternehmern war das nur recht, denn tatsächlich war es im Ruhrgebiet schwierig, das Sozialistengesetz zur Anwendung zu bringen. Auf die „christlich-soziale Partei“, die gegenüber der Sozialdemokratie deutlich stärker war, ließ es sich einstweilen gar nicht anwenden.⁴²³ Umso wichtiger war der Freibrief des Handelsministers.

Der Handelsminister hatte seine Aufforderung zum proaktiven Vorgehen verschickt, bevor das Sozialistengesetz, das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, am 21. Oktober 1878 erlassen wurde. Paragraph 1 stellte unmissverständlich fest, dass „Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken“, zu verbieten seien. Als dehnbar und

auslegungsfähig erwies sich der Nachsatz, der die Bestrafung und das Verbot auf jegliche „auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen“, die „die Eintracht der Bevölkerungsklassen“ gefährden würden, ausweitete. Mit anderen Worten: Gewerkschaften, die sich politisch positionierten, gar der Sozialdemokratie zugeordnet werden konnten, fielen unter das Verbot.⁴²⁴ Paragraph 2 stellte ferner fest, dass das Gesetz auch auf Genossenschaften und „eingeschriebene Hilfskassen“ Anwendung zu finden habe. Selbstständige Kassenvereine wurden nicht verboten, aber unter staatliche Aufsicht gestellt (§ 3), die in Paragraph 4 genauer erläutert wurde, umfassend war und den Gewerkschaften die Kontrolle über ihre Kassen nahm. Es galten ferner ein scharfes Versammlungsverbot, ein weitreichendes Publikationsverbot von Druckschriften, ein Verbot, Mitgliedsbeiträge einzusammeln und ein Verbot, Versammlungsräume an „verbotene Vereine“ zu vermieten. Die Strafbestimmungen waren drastisch: Geldstrafen, aber auch Gefängnisstrafen waren möglich.⁴²⁵

Unmittelbar, 1878 und 1879, kamen zunächst die Verfolgungen, darauf folgten die Säuberungen in den Betrieben. Unzählige sozialdemokratische Vereine wurden verboten, ebenso Ortsvereine und ihre Unterstützungskassen; Gefängnisstrafen wurden verhängt und Ausweisungen vollzogen. Als sich 1882 der Sturm ein wenig gelegt hatte, kam es zur Gründung neuer Vereine, die unmittelbar nach ihrer Gründung repressiv angegangen wurden. 1884 zirkulierte gar der Vorschlag, Gewerkschaften per Reichsgesetz unter Staatsaufsicht zu stellen. Das ließ sich zwar nicht realisieren, aber auf die neue Streikwelle folgten neue Verfolgungswellen, bei denen die Bestimmungen erneut rigide und einseitig ausgelegt wurden. 1886 wurde mit dem berühmten Streikerlass Robert von Puttkamers endgültig jede noch

⁴²¹ Winschuh, Verein, Zit. S. 65 f., S. 66–71.

⁴²² Runderlass des preußischen Handelsministers von Maybach an alle Oberbergämter, 13.6.1878, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 469, Zit. ebd.

⁴²³ Erlass des preußischen Innenministers an die Regierung Düsseldorf, 11.10.1878, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 470.

⁴²⁴ Schmoeckel, Rechtsgeschichte, S. 357.

⁴²⁵ Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, in: RGBl. 1878, S. 351.

bestehende Hoffnung auf einen liberalen Beamtenstaat zerstört.⁴²⁶

Das Sozialistengesetz bedeutete das vorläufige Ende der Gewerkschaftsbildungsbewegung und -initiativen im Reich. Ausgenommen die „Hirsche“, der geflügelten Bezeichnung für die unternehmensnahen *Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine*, wurde bereits der Versuch der Gewerkschaftsgründung verfolgt. Für die „Hirsche“ bedeutete das Sozialistengesetz dagegen ein Vakuum, in das sie mit einigem Erfolg stießen. Max Hirsch, der stark in Berlin und Sachsen aktive Gewerkschafter, war hier maßgebend. 1868 hatte er gemeinsam mit Franz Duncker die liberalen Gewerkvereine geschaffen.⁴²⁷ Statt zu klagen „wie die Weiber“, ginge es darum, „[w]ie Männer Abhilfe zu schaffen“.⁴²⁸ Gelingen müsse dies durch Organisation, die, wie auf einem Schiff, bei dem die vielen Matrosen „muthig, besonnen und ausdauernd und einmüthig dem Kommando des Steuermanns folgen“, anzuordnen sei.⁴²⁹ Die gelben Gewerkvereine, so Hirsch, und nicht ohne Seitenhieb auf die Konkurrenz, seien keine Versprechungen von „Schwindlern“, sondern „solide Bauten“.⁴³⁰ Die Hirsche strebten nach einer Gleichberechtigung für die Aushandlung und den Abschluss der Arbeitsverträge, auch forderten sie angemessene Löhne. Im Unterschied zu den anderen – insbesondere den vom Obrigkeitsstaat wie von den Unternehmern angefeindeten „Socialdemokraten“ und den „Ultramontanen“ – sollte das aber in Zusammenarbeit mit den „berechtigten Interessen“ der Unternehmer erreicht werden.⁴³¹ 1886 kam Hirsch schließlich persönlich ins Ruhrgebiet, um für die gelbe Gewerkschaft zu werben. Ende der 1880er Jahre war die Mobilisierungsbilanz, mit 40 Ortsvereinen und

3.000 Mitgliedern, ordentlich.⁴³² Die Bedeutung der Hirsche war im Ruhrgebiet allerdings keine überdauernde. Seit Beginn der 1890er Jahre ging die Zahl der Mitglieder zurück.⁴³³

Im Ruhrgebiet bedeutete das Sozialistengesetz, abgesehen von den Hirschen, das Abebben einer ohnehin nur wenig ausgebildeten Gewerkschaftsbewegung. Das Sozialistengesetz traf auf eine segregierte und national gesinnte arbeitende Bevölkerung, sodass das Gesetz die Arbeiterschaft den weniger verfolgten katholischen Vereinen regelrecht zuführte.⁴³⁴ Für die Unternehmer war die Bekämpfung der Ultramontanen daher schon bald sehr viel wichtiger als die Abwehr der „Sozialisten“, deren Verfolgung zwar eine Frage der Staatsräson war, für die Unternehmer aber klar hinter dem Mobilisierungspotenzial der christlich-sozialen Bewegung zurückblieb.⁴³⁵ Insgesamt hemmte das Sozialistengesetz die ohnehin eher stockende Organisations- und Zusammenschlussbewegung unter den Arbeitern im Ruhrgebiet. Erst nachdem die weitere Verlängerung des Gesetzes 1890 gescheitert war, setzte sich statt der lokalen Vereinsorganisation das Zentralverbandsprinzip durch. Aufs Reich gesehen war die Tendenz eindeutig: Während es die zersplitterten und wenig geeinten Industrien schon bald mit mitgliedsstarken Gewerkschaften zu tun bekamen, war die Gewerkschaftsbildung in den hochzentrierten und großindustriell geprägten Gebieten schwächer ausgebildet. Dort blieb der Mobilitätsgrad der Gewerkschaften niedrig.⁴³⁶

426 Klaus Saul: Zwischen Repression und Integration. Staat, Gewerkschaften und Arbeitskampf im kaiserzeitlichen Deutschland 1884–1914, in: Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 210–215.

427 Art. Hirsch, Max, in: Hansen/Tennstedt: Lexikon, S. 74 f.

428 Max Hirsch: Was bezwecken die Gewerkvereine? Ein Merk- und Mahnwort für alle deutschen Handwerker und Arbeiter, 15. Aufl., Berlin 1891, Zit. S. 3.

429 Ebd., Zit. S. 3.

430 Ebd., Zit. S. 4.

431 Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 317 f.

432 Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 737.

433 Ebd., S. 757 f.

434 Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 295.

435 Kirdorf, Erinnerungen, passim.

436 Tenfelde/Volkmann, Geschichte des Streiks, S. 22 f.

Die Banken, die GBAG und Friedrich Grillo: Vom bankengestützten Monopoly zum gemeinsa- men Handeln

Beispielhaft festmachen lässt sich die Erfahrung des Lock-in der Montanunternehmen an der Errichtung und Entwicklung der Gelsenkirchener Bergwerks-AG (GBAG), die in Verbindung mit der Disconto-Gesellschaft vorgenommen wurde und außerdem eng mit Friedrich Grillo verknüpft ist.⁴³⁷ Geleitet von „[h]ochherzigen Impulsen und Rücksichtslosigkeit“, ragte Grillo unter den Gewerken des alten Rhein-Ruhr-Netzwerkes heraus. Grillo spielte im Ruhrgebiet regelrecht Monopoly.⁴³⁸ Er löste die lange vorherrschende Eigentümerbindung der Bergbaugesellschaften und stellte die Niederbringung, den Ausbau der Schächte und die Konsolidierung des Felderbesitzes auf eine erweiterte Finanzgrundlage, die das traditionelle Prinzip von Ausbeute und Zubeuße um die Hereinnahme von namenlosem Fremdkapital erweiterte.

Grillo hat dieses Vorgehen in der ersten Gründerzeit der 1850er Jahre entwickelt. Zu der Zeit war es die Privatbank Sal. Oppenheim, die eine große Rolle spielte und die mit der seit den 1850er Jahren aufstrebenden Disconto-Gesellschaft, einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, eng verbandelt war.⁴³⁹ In den 1870er Jahren brachte Grillo seine Konzeption als strategischen Grundpfeiler zur Perfektion. Seine Gründungen der 1850er Jahre stießen bis zur Emscher, seine Gründungen der 1870er Jahre bis zur Lippe vor. Grillo war nicht nur von der Wachstums- und Expansionsstrategie und den Synergieeffekten des Großbetriebs überzeugt, sondern auch von der Idee, Kohle und Erz bzw. die Eisen- und Stahlerzeugung in einen betriebstechnischen Zusammenhang zu bringen. Trotz der Preis- und Konjunkturkrisen der 1860er Jahre, die durchaus gegen diese Art der Expansion sprachen, und einer Reihe von Rückschlägen gründete und konsolidierte Grillo rastlos weiter. Er handelte allerdings

nicht allein. Er benötigte viel Kapital für seine Vorhaben und obschon er es zu einigem Wohlstand brachte, reichten seine Mittel nicht aus.

Da es weiterhin keine im Ruhrgebiet ansässigen kapitalkräftigen und industriefinanzierenden Banken gab und der Kapitalhunger der Industriellen durch das Expansionskonzept nur noch weiter gestiegen war, engagierte sich Grillo für die Schaffung einer Bank, die 1871 als Essener Creditanstalt (ECA) auch gegründet wurde. So erfolgreich die ECA auch war, sie blieb eine Regionalbank, die mit großen Investitionsvorhaben überfordert war. Für diese Vorhaben brauchte es das Kapital der D-Banken.⁴⁴⁰ Grillo brachte insbesondere die Disconto-Gesellschaft dazu, sich weitergehend im Ruhrgebiet zu engagieren.⁴⁴¹ Für die Disconto-Gesellschaft, bei der just das Geschäft mit der Eisenbahnfinanzierung abflaute bzw. sich ins Ausland verlagerte, wurde die Investitions- und Industriefinanzierungsaktivität im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk damit zunehmend attraktiv.⁴⁴² Die anderen D-Banken, die Darmstädter Bank, die Deutsche Bank und die Dresdner Bank, engagierten sich erst seit den 1890er Jahren verstärkt im Ruhrgebiet. Neben dem Schalker Hüttenverein und vielen anderen Gründungen zählte auch die 1873 geschaffene GBAG zu den von Grillo und der Disconto-Gesellschaft geschaffenen Unternehmen.⁴⁴³

Einen, den die Gründerkrise in den Konkurs und schließlich sogar in die Haft trieb, war Bethel Henry Strousberg, den man landläufig eher weniger mit dem Ruhrgebiet in Verbindung bringt. Der bekannte „Eisenbahnkönig“ verfolgte die unternehmerische Idee, alles für den Eisenbahnbau Erforderliche, von den Vorprodukten über Schienen und Lokomotiven, in einer Hand zu produzieren und zu fertigen. Hierzu hatte er auch erhebliche Investitionen im Ruhrgebiet getätigt.⁴⁴⁴ Strousbergs Integrationsstrategie führte bereits 1870 zum Kollaps, weil er sich bei seinen Bauvorhaben, insbeson-

⁴³⁷ Friedrich A. Freundt: Kapital und Arbeit. [Festschrift f. Emil Kirdorf], [1926] Berlin 1929, S. 35–38.

⁴³⁸ Zit. Schulz-Briesen, Zit. n. Kellen, Grillo, S. 94.

⁴³⁹ Kleeberg, Disconto-Gesellschaft, S. 94–104.

⁴⁴⁰ Walther Däbritz: Denkschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Essener Credit-Anstalt in Essen, Essen 1922.

⁴⁴¹ Kleeberg, Disconto-Gesellschaft, S. 25–44.

⁴⁴² Ebd., S. 75.

⁴⁴³ Weber, Entfaltung, S. 217–219.

⁴⁴⁴ Carsten Burhop: Die Kreditbanken in der Gründerzeit, Stuttgart 2004, S. 226.

dere dem Bahnbau in Rumänien, übernommen hatte und keinen Schutz durch die Banken erfuhr.⁴⁴⁵

Seine Dortmunder Hütte musste er deshalb zunächst verpfänden und dann verkaufen.⁴⁴⁶ Strousberg fälltte im Nachgang des Strousberg-Skandals, einer der großen Korruptionsaffären im Kaiserreich,⁴⁴⁷ und in seiner Verteidigungsschrift ein vernichtendes Urteil über Grillo, der ihm in Zusammenarbeit mit der Disconto-Gesellschaft auf dem Höhepunkt des Gründerbooms die Hütte abgekauft hatte. Strousberg wettete: „Die Bankwelt war bereit, ihn [Grillo, d. Verf.] zu tragen und so führte er eine Manie in Bergwerkspekulation ein“, und weiter: „Die Disconto-Gesellschaft tat nichts auf diesem Gebiete ohne Herrn Grillo, und ihm folgte das Publikum. [...] Grillo, der vom Bergwerkswesen nichts versteht, der eigentlich nur ein äusserst schlauer, aber beschränkter Kopf ist, war so von sich eingenommen, dass er sich mit dem Vorhandenen nicht begnügte.“⁴⁴⁸

Tatsächlich wurde diese Übernahme die wohl größte Fehlentscheidung von Großbank und Grillo. Die auf der Grundlage der Dortmunder Hütte 1872 geschmiedete Dortmunder Union, der die Heinrichshütte, das Hochofenwerk Neuschottland und die Zechen Glückauf-Tiefbau zugefügt wurden, vereinte über 50 Puddelöfen, ein Bessemerwerk, mehrere Walzstraßen, ein Schienenwalzwerk, mehr als fünf Hochofenwerke, dann verschiedene Kohlenzechen und Eisensteingruben sowie eine Maschinenfabrik. Bereits im ersten Geschäftsjahr erwarb die Dortmunder Union darüber hinaus Eisenerzgruben und Hochöfen in Schweden. Am Ende der Gründerjahre war die Dortmunder Union das größte Unternehmen im Ruhrgebiet. Trotz dieser ausgreifenden Aktivitäten blieb die Erzgrundlage unzureichend. Zudem waren die Anlagen der Dortmunder Union deutlich zu hoch bewertet und die Aktien zu einem viel zu hohen Kurs ausgegeben worden; die von Disconto-Gesellschaft und Grillo geformte Dortmunder Union avancierte zur „Kapitalzerkleinerungsmaschine“.⁴⁴⁹ Unter den Bedingungen der hereinbrechenden Gründerkrise hatte die



Friedrich Grillo, späterer Abzug einer Vorlage, undat.
Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok)
beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, 027200065001.

Unternehmung keine Möglichkeit, die ungeheuren Kapazitäten auszunutzen, zumal die einzelnen Standorte transporttechnisch nicht günstig lagen und auch die zentrale Führung, die Verankerung einer Leitung des integrierten Werks, nicht gelang. Auch ein eilig vorgenommener Strategiewechsel brachte nicht die erwünschte Stabilisierung. Erst nach 1910, mit Hugo Stinnes an der Spitze, wurde die Dortmunder Union erfolgreich.⁴⁵⁰

Andere Grillo-Gründungen waren sehr viel einträglicher. Besonders profitabel war die 1872 realisierte Übernahme der Saline Königsborn in Unna, die zu Grillos „Cash Cow“ wurde. Was das Salzgeschäft für Grillo war, war der Kuxscheinhandel mit Kalipapieren für die Disconto-Gesellschaft. In diesen bergbaulichen Aktivitäten waren sie ausgesprochen erfolgreich.⁴⁵¹ Gemeinsam

⁴⁴⁵ Davis, *Spekulation*, S. 173; Wiedenfeld, *Jahrhundert*, S. 59.

⁴⁴⁶ Kleeberg, *Disconto-Gesellschaft*, S. 66–75.

⁴⁴⁷ Anna Rothfuss: *Korruption im Kaiserreich: Debatten und Skandale zwischen 1871 und 1914*, Göttingen 2019, S. 49–82.

⁴⁴⁸ Zit. n. Kellen, Grillo, S. 40 f.

⁴⁴⁹ Kleeberg, *Disconto-Gesellschaft*, S. 220–306, Zit. S. 245.

⁴⁵⁰ Kellen, Grillo, S. 44–53.

⁴⁵¹ Ebd., S. 58–65; Kleeberg, *Disconto-Gesellschaft*, S. 354.

übernahmen Grillo und die Disconto-Gesellschaft dann die Zechen Rheinelbe und Alma bei Gelsenkirchen. Die Schächte waren von einem deutsch-französischen Finanzkonsortium aufgeschlossen worden. Diese bereits in der Förderung stehenden Anlagen wurden die Grundlage für die GBAG. Sie entwickelte sich nach verschiedenen Konsolidierungen und Übernahmen erfolgreich. Bis zum Beginn der 1890er Jahre war die GBAG zu einer der großen drei Zechengesellschaften im Ruhrgebiet geworden.⁴⁵²

Grillo war kein Unternehmertyp aus dem Lehrbuch. Obschon er sich zur Riege der Gewerken des alten Rhein-Ruhr-Netzwerkes zählen lässt, agierte er eher als Finanzmann und Spekulant. Denn er verwuchs mit keinem „seiner“ Unternehmen. Besonders nach der Reichsgründung kleidete Grillo sein Monopolspiel zunehmend nationalistisch ein. Ein besonderes Augenmerk warf er auf die von ausländischen Kapitalgebern kontrollierten Zechen Dahlbusch und Hibernia, und dann auf Rheinelbe und Alma.⁴⁵³ Grillo hatte zur Reichsgründung immense Mittel zur Verfügung, die er investieren wollte. Er nutzte seinen Ruf als Gründer, der besonders seit der Schaffung der Dortmunder Union legendär war, jedenfalls so lange die Unwuchten dieses Konglomerats noch nicht aufgedeckt waren. Es waren nicht nur, aber auch Grillos Übernahmen, die dafür sorgten, dass ausländische Investoren ihren Einfluss im Ruhrgebiet nun zunehmend verloren.⁴⁵⁴ Tatsächlich aber hatte der Umstand, dass die GBAG die Gründerkrise überstand, mit den guten Lieferverträgen zu tun, die das ausländische Finanzkonsortium den neuen Aktionären überließ: Die Fettkohlen aus den Schächten von Alma und Rheinelbe hatten in diversen Eisenbahngeschäften vertraglich gesicherte feste Abnehmer. Darüber hinaus bestanden lukrative, d.h.

mit langer Laufzeit versehene Verträge mit Paris und anderen französischen Städten.⁴⁵⁵ Es waren diese Lieferverträge, die der GBAG über die Gründerkrise halfen. Erst in zweiter Linie war das der Erfolg von Emil Kirdorf, dem später so hoch- und vielgelobten und von Grillo eingesetzten Manager der GBAG.⁴⁵⁶

Bis in die 1880er Jahre – und für diese Entwicklung steht Grillos Aktivität beispielhaft – wurde im Ruhrgebiet also durchaus visionär, aber unausgeglichen expandiert, fusioniert, konsolidiert und gegründet und dabei auch „germanisiert“. Das konnte nicht im Alleingang oder einzelnen, wenn auch wohlhabenden Industriellen gelingen, sondern dazu benötigte es kapitalkräftige Unterstützung. Wesentlich ist: Mit Mathias Stinnes (bzw. Gerhard Küchen), Franz Haniel und Friedrich Grillo im Besonderen waren es weiterhin Eigentümerunternehmer, die in der Expansionsphase zentral waren.⁴⁵⁷ Erst gegen Ende der 1880er Jahre schälte sich mit drei großen Bergbaugesellschaften, der Harpener Bergbau AG, Hibernia AG und GBAG, ein Triumvirat im Ruhrkohlenbergbau heraus, das damit begann, die Fusions- und Konzentrationsbewegung in geordnete und stärker gemeinsam abgestimmte Bahnen zu bringen. Zu diesem Zeitpunkt lag die Führung der Unternehmen aber nicht mehr bei den Eigentümerunternehmern, sondern bei einer Managerriege, die durch ihre Ausbildung zum Bergassessoren über geteilte Wertvorstellungen verfügte und daher eher bereit war, die Arena des scharfen Konkurrenzkampfes zu verlassen.⁴⁵⁸ Grillo hat diesen Wandel nicht mehr erlebt; seine Zeit der rastlosen und wilden Gründertätigkeiten, durch „Genie und Irrsinn“ gekennzeichnet,⁴⁵⁹ endete Ende der 1880er Jahre. Nach einem Aufenthalt in einer Heilanstalt starb er 1888.⁴⁶⁰

⁴⁵² Simmersbach, Bruno: Die wirtschaftliche Entwicklung der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft von 1873 bis 1904, Freiberg 1906, S. 3–53.

⁴⁵³ Kleeberg, Disconto-Gesellschaft, S. 358.

⁴⁵⁴ Weber, Entfaltung, S. 217.

⁴⁵⁵ Kleeberg, Disconto-Gesellschaft, S. 363–365.

⁴⁵⁶ Eva-Maria Roelevink: Die Handlungskompetenz eines Managers: Der Aufstieg Emil Kirdorfs und die Gelsenkirchener Bergwerks-AG, 1873–1903/04, in: VSWG 3, 2017, S. 380–385.

⁴⁵⁷ Weber, Entfaltung, S. 232.

⁴⁵⁸ Bernd Faulenbach: Preußische Bergassessoren im privaten Ruhrbergbau, 1865–1914, in: Peter Lundgreen/André Grelon (Hg.): Ingenieure in Deutschland, 1770–1990, Frankfurt a. M. 1994, S. 192–197; Przigoda, Unternehmensverbände, Tab. S. 147.

⁴⁵⁹ Freundt, Kapital und Arbeit, Zit. S. 43.

⁴⁶⁰ Däbritz, Unternehmergestalten, S. 31–44.

Grillo hatte sich stark im Bergbauverein engagiert und zählte dort zu den Einflussreichen unter den Gewerken. Während der Gründerkrise machte der Bergbauverein einen Formwandel durch. Die Mitglieder begannen damit, sich nicht nur über die unsicheren Kapital- und Marktverhältnisse auszutauschen, sondern über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Der damit einhergehende Funktionswandel des Bergbauvereins war ein langwieriger Prozess, der langsam seit dem Preistief Ende der 1860er Jahre Fahrt aufnahm. Als dann zeitverzögert die Gründerkrise den Ruhrbergbau mit voller Wucht traf, rückte der Bergbauverein von seinem bisherigen Vorgehen, die äußeren Rahmenbedingungen im Interesse der Zechenbesitzer zu beeinflussen, ab. Erstmals richtete er sich an die Zechenleitungen und ihren ureigenen Herrschaftsbereich: Der Bergbauverein empfahl seinen Mitgliedern eine gemeinsam und gleichmäßig vorgenommene Fördersenkung. Die Resolution, die den Mitgliedern die gemeinsame Fördersenkung empfahl, wurde zwar angenommen, löste dann aber heftige und kontroverse Diskussionen über die Bemessung der auf die einzelnen Mitglieder entfallenden Senkungen aus. Keine pauschale Fördereinschränkung, sondern eine der jeweiligen Unternehmens- und Finanzstruktur angepasste Einschränkung sollte es sein, so setzten es besonders die wachstumsambitionierten Mitglieder durch. Diese Überlegung, keineswegs eine gleichmäßige, sondern eine den betriebswirtschaftlichen Bedingungen einzelner Unternehmen angepasste Reduktion vorzunehmen, bildete schließlich die Grundlage für die 1878 ausgearbeitete und vom Bergbauverein empfohlene erste Förderkonvention.⁴⁶¹ Obwohl sie keine Strafbestimmungen für den Fall, dass einzelne Mitglieder ausscherten, enthielt, und daher keinen Erfolg hatte – die Zechen schlossen vielmehr weiterhin Kaufverträge, die der Konvention entgegenliefen –, bildete sie die Grundlage für die nun einsetzenden, wenn auch immer wieder abgebrochenen Verhandlungen, die auf eine Kartellierung zusteuerten.

Trotz der gemeinsam beschlossenen Förderkonvention setzten die Zechen weiterhin auf Wachstum. Statt einer Fördersenkung stieg die geförderte Kohlenmenge also weiter. Eine Alternative zur Förderkonvention

wurde daher bald in einem Absatzventil gesehen, wie es auch für die Eisen- und Stahlindustrie so wichtig war. Ein gemeinsam forciertem Absatz ins Ausland, insbesondere über den Rhein, sollte den Überkapazitäten den notwendigen Absatz verschaffen.

Bereits 1876 war, ebenfalls aus dem Bergbauverein heraus, das „Kohlenausfuhrkomitee“ eingerichtet worden,⁴⁶² das revierweise – je nach Transportlage der Zechen im Ruhrgebiet – gemeinsame Ausfuhrvereine koordinierte. Bis in die 1890er Jahre wurden immer mal wieder locker verfasste Ausfuhrvereine gebildet, sie waren aber nur wenig erfolgreich. Denn innerhalb und zwischen den revierweisen Ausfuhrvereinen wurden keine festen Mengen- und Preisabsprachen getroffen. Sobald eine Bergbaugesellschaft eine neue Schachanlage in Betrieb nahm, änderte sich das Gefüge, was zu neuen Aushandlungen und Preiskämpfen führte, aber weiterhin nicht für berechenbare Bedingungen sorgte. Die Lösungsstrategien für die Überkapazitäten waren also einstweilen von großen Unterschieden gekennzeichnet. Während die wachsenden, aber verkehrstechnisch ungünstig gelegenen Zechen sich auf die Lösung durch eine Förderkonvention verlegten, forcierten die an den Wasserstraßen gelegenen Zechen die Ausweitung des Absatzes. Seit der Gründerkrise wurden beide Lösungswege erprobt; tief verankert wurde keiner von beiden. Vielmehr zeichnete sich ab: Die „Zechenbarone“ waren auf dem Weg, den „Eisen- und Stahlbaronen“ auf einem stärker abgestimmten und gemeinsam betriebenen Weg zu folgen.

Bewegung in der Bevölkerung: „feine Unterschiede“ statt pauschaler Solidarität

Die Gründerkrise, überhaupt die konjunkturellen Ausschläge schlugen sich direkt in der Bevölkerungsbewegung nieder, weniger aber mündete dies in einer aktiven Gewerkschaftsbewegung. Nach der Gründerkrise verlangte sich das explosionsartige Bevölkerungswachstum in den Norden, die bereits übervollen Städte im Süden blieben nunmehr hinter den Wachstumsraten der Nordgemeinden zurück. Auch kamen die Zuwander:innen längst nicht mehr aus dem agrarisch geprägten Umfeld, sondern vermehrt aus „Ostmitteldeutschland“.⁴⁶³

⁴⁶¹ Kellen, Grillo, S. 79.

⁴⁶² Weber, Entfaltung, S. 235.

⁴⁶³ Köllmann u.a., Bevölkerungsgeschichte, S. 165–181.

Seit Beginn der 1870er Jahre wurden die ersten Arbeitskräfte in Oberschlesien angeworben. Einer Schätzung von Wolfgang Köllmann et. al. zufolge waren bis 1914 325.000 Polen und 180.000 Masuren ins Ruhrgebiet gezogen.⁴⁶⁴ Vom Sprachrohr der Ruhrindustriellen, dem Lobbyisten August Heinrichsbauer, hieß es in einer Publikation von 1936[!]: „Grundfalsch wäre es, alle aus dem Osten ausgewanderten Arbeiter als minderwertig anzusehen. Unter den sogenannten ‚Polacken‘ z. B. befand sich ein sehr hoher Prozentsatz von Masuren, einem tiefreligiösen, königstreuen Volk.“⁴⁶⁵ Und schon 1908, in der Festschrift zum 50-jährigen Bestehen des Bergbauvereins, hieß es: „Es wäre nun falsch, alle aus Ostdeutschland zugewanderten Belegschaftsmitglieder als Angehörige der polnischen Nationalität anzusprechen.“⁴⁶⁶ Im nationalistischen Jargon hieß es dann weiter:

„Es bedarf wohl keiner besonderen Hervorhebung, daß sich der Bergbau-Verein den Bedenken, welche die Zuwanderung der zahlreichen, an Kultur niedrigstehenden volksfremden Elemente in das Vereinsgebiet hervorzurufen geeignet ist, wo sie in dichten Massen zusammensitzend ihr abgesondertes nationales Dasein führen, niemals verschlossen hat. Sollte jedoch der Ruhrbergbau seine wirtschaftliche Aufgabe erfüllen, d.h. in erster Linie den Markt mit der erforderlichen Kohle versorgen, so mußte er zur Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte, die er in seinem eigenen Bezirke nicht in ausreichendem Maße vorfindet, auf die fremdsprachigen Gebiete Deutschlands und des Auslands zurückgreifen.“⁴⁶⁷

Die Industriellen verteidigten ihre Anwerbepraxis also, und zwar auch später, als das nationalistische Denken nicht nur etabliert war, sondern auch zur Programmatik gehörte. Denn sie profitierten von dem Zuzug und nicht nur davon, dass die Zuwanderer die Lücken im engen Arbeitsmarkt auffüllten, sondern auch davon, dass erhebliche

ethnische Konflikte unter den Arbeitern existierten. Diese Konflikte hemmten die Organisationsbestrebungen unter den Arbeitern nachhaltig; und das war den Industriellen mehr als recht.

Im langen 19. Jahrhundert wurden keine festen Ausbildungsstandards für die Arbeit im Bergbau und im Hüttenwesen festgelegt. Denn sowohl im Kohlenbergbau als auch in der Eisen- und Stahlindustrie nahm die Bedeutung der „Arbeitsorientierung“ für die Unternehmen ab. Waren etwa während der Zeit des Puddelverfahrens in der Eisen- und Stahlindustrie oder – als besonders extremes Beispiel – beim Tiegelstahlguss langjährig erfahrene Arbeitskräfte erforderlich, gingen die Anforderungen an die Arbeitskräfte im Laufe des 19. Jahrhunderts in der Eisen- und Stahlindustrie mit dem Bessemerverfahren bereits stark zurück. Die Arbeiten konnten zunehmend von kurz oder nicht angelernten Arbeitskräften erledigt werden,⁴⁶⁸ was wohl die eigentliche Ursache dafür sein dürfte, dass sich kein starkes Ausbildungssystem im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts entwickelte bzw. die Industriellen keinerlei Veranlassung sahen, daran etwas zu ändern und eigene umfassende Ausbildungssysteme zu verankern. Gerade das Gros der zugewanderten Arbeitskräfte, besonders seit den 1880er Jahren, war ungelern.⁴⁶⁹

Gleichwohl ist es zu einfach und auch holzschnittartig, „die Arbeiter“ als große und interessengleiche Gruppe zu homogenisieren. Zwischen der ungelerten Arbeiterschaft und der sog. Facharbeiterschaft bestanden große Unterschiede. Die vielzähligen und immer weiter ausdifferenzierten Zwischenstufen in den Betrieben taten das ihrige. Die allgemein bekannten Krupp-Arbeiter, die „Kruppianer“ etwa, denen oftmals pauschal unterstellt wurde, sie seien nicht sozialdemokratisch, weil sie durch außergewöhnliche Sozialleistungen befriedet würden, entsprachen bei genauerer Betrachtung dem überwiegenden Teil der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet nicht. Richtig ist, die Krupp'sche Stammarbeiterschaft war eine zunächst und auch unter allen

⁴⁶⁴ Ebd., S. 181.

⁴⁶⁵ Heinrichsbauer, Siedlungen, Zit. S. 21.

⁴⁶⁶ Ernst Jüngst (Bearb.): Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Vereins für die Bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen, 1858–1908, Essen 1908, Zit. S. 108.

⁴⁶⁷ Ebd., Zit. S. 112.

⁴⁶⁸ Feldenkirchen, Standortfaktoren, S. 65.

⁴⁶⁹ Tenfelde, Schichtung, S. 146.

Arbeitern des Unternehmens privilegierte Arbeitnehmergruppe, deren Bedeutung in dem wachsenden Unternehmen aber abnahm. Und nicht nur das. Besonders die Stammarbeiter wurden durch das vielgliedrige Sozialwerk des Unternehmens gebunden. Allerdings, die Wohlfahrts- und Sozialpolitik von Krupp, wie auch die der anderen Unternehmen – Krupp war hier also keineswegs der vielbemühte „Sonderfall“ –, war eine partielle, keine von denen alle Arbeiter in gleichem Maße profitierten.⁴⁷⁰ Und so hatte der durch Wohnungs- und Häuserbau, Konsumanstalten und dergleichen formal weitergeführte Sozialpatriarchalismus auch den Effekt, dass er die Unterschiede in den Betriebshierarchien sichtbar machte und so die Solidarität unter den Arbeitern nicht etwa stärkte, sondern schwächte. In dem, was man sich in den Konsumanstalten leisten konnte, daran, ob man ein Haus oder eine Wohnung hatte mieten können, oder daran, ob ein Zaun um das Haus herum angelegt war, drückten sich die „feinen Unterschiede“ aus – und das sehr sichtbar.

An den Arbeitsbedingungen der Bergleute änderte sich durch das Wachstum der Unternehmen wenig.⁴⁷¹ Die Einfahrt veränderte sich selbstverständlich, sie verlängerte sich. Unter Tage war nach der Jahrhundertwende, aber zögerlich, die Pressluft eingeführt worden.⁴⁷² Seit 1888 war die Einfahrt über Seilkörbe erlaubt, die Einführung von Sprengstoffen führte zu Leistungssteigerungen, erhöhte aber auch das Risiko für die Bergleute, an der Staublung zu erkranken.⁴⁷³ Im langen 19. Jahrhundert blieb der Kohlenabbau im Ruhrgebiet aber weitgehend Handarbeit. Was sich allerdings durch Ausdifferenzierung veränderte, waren die Betriebshierarchien. Mit den stark wachsenden Belegschaften entwickelten sich ausdifferenzierte Stufen- und Rangfolgen und verschlungene innerbetriebliche Hierarchiegefüge, die keineswegs homogen waren.

Seit den 1870er Jahren war die räumliche Erschließungs- und Chaosstruktur im Ruhrgebiet einem deut-

lichen Nord-Süd-Gefälle gewichen. Die städtischen Verwaltungs- und Administrationsstrukturen im Süden entwickelten sich und wurden ausgeweitet, der Ausbau im nördlichen Teil des Ruhrgebiets fiel dahinter stark zurück.⁴⁷⁴ Das Chaos setzte sich gewissermaßen in Bewegung und verschob sich in den Norden. Die Industriellen bagatellisierten die Bewegungen der Arbeiterschaft gerne, besonders aber externalisierten sie die Auswüchse: „Die kommunistischen und sozialistischen Wahnvorstellungen werden dem deutschen Arbeiter, wissenschaftlich, ökonomisch präpariert, eingepflegt“, hieß es etwa in einer Festschrift der GBAG. Jeder Glaube würde umgestoßen, es drohe, so hieß es weiter, der „Kampf zwischen Kapital und Arbeit“.⁴⁷⁵

5. Aus dem Chaos wird Struktur: Die 1880er Jahre

Mit dem Übergang in die 1880er Jahre entwickelten sich zunehmend Bemühungen, die darauf abzielten, Ordnung in den Wildwuchs von Arbeit und Wirtschaft zu bringen. Das galt für Unternehmer wie für Arbeiter gleichermaßen. Zu Beginn der 1880er Jahre war das Ruhrgebiet zu einer Industrieregion herangewachsen, die sich von den anderen schwerindustriellen Zentren des Reiches abgesetzt hatte. 30 Prozent des im deutschen Zollgebiet produzierten Roheisens, 57 Prozent des produzierten Stahls und 49 Prozent der Steinkohlenförderung stammten aus dem Ruhrgebiet.⁴⁷⁶

Kartellierung für den Export und Wandel der Leitungsschicht

Nach der Zeit, in der weltwirtschaftlich zunächst die Baumwoll- und die Textilindustrie, dann die Kohlenwirtschaft treibend gewesen waren, brach seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts das „Zeitalter des Stahls“ an. In einem positiven Licht gesehen, und im Reich ge-

⁴⁷⁰ Heinz Reif: „Ein seltener Kreise von Freunden“. Arbeitsprozesse und Arbeitserfahrung bei Krupp 1840–1914, in: Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeit und Arbeitserfahrung in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 92–120.

⁴⁷¹ Weber, Entfaltung, S. 234.

⁴⁷² Hickey, Bergmannsarbeit, S. 50.

⁴⁷³ Weber, Entfaltung, S. 243 f.

⁴⁷⁴ Reulecke, Lebensraum, S. 105.

⁴⁷⁵ Freundt, Kapital und Arbeit, Zit. S. 47 f.

⁴⁷⁶ Weber, Entfaltung, Tab. u. Abb. S. 203.

feiert, hatte Großbritannien die auf dem Weltmarkt führende Rolle in diesem Sektor eingebüßt, während die US-amerikanische und deutsche Eisen- und Stahlindustrie sich auf die ersten beiden Plätze vorgeschoben hatten.⁴⁷⁷ In eher negativem Licht gesehen war die deutsche Position auf dem Weltmarkt die Folge eines Expansionskurses, der auf „Verbesserungsinnovationen“⁴⁷⁸ beruhte und mittels einer Strategie der Skaleneffekte umgesetzt worden war. Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie hatte seit den 1870er Jahren erhebliche Überkapazitäten entwickelt, die die strategische Manövrierfähigkeit der Unternehmen de facto stark einschränkten. Die Unternehmensleitungen begannen damit, sich besonders mit den Lohnkosten zu beschäftigen und diese durch Differenzierung insgesamt zu drücken. Denn der Wettbewerb war scharf und der Anteil der Löhne an den Gesamtkosten hoch.

Auch die vormals dominante britische Stahlindustrie litt unter Überkapazitäten. Ein Zollschutz wurde von den Briten nicht verhängt, aber auch die britischen Produzenten profitierten von staatlicher Unterstützung. „[T]echnische Anweisungen“ sorgten für einen Wettbewerbsvorteil, der von der britischen Eisen- und Stahlindustrie besonders in Indien genutzt wurde, wo durch den Eisenbahnbau eine schier riesige Nachfrage bestand. Die deutschen Eisen- und Stahlindustriellen dagegen benötigten, nachdem der Eisenbahnboom in Deutschland an Zug verlor, ein Exportventil für ihre Kapazitäten. Aufgrund der „Economies-of-Scale-Strategie“, die hohe Fixkosten bedeutete, war der Export zu Schleuderpreisen, d.h. unter Gewinn, aber kostendeckend, rechnerisch sinnvoller als die Reduktion der Kapazitäten. Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie konzentrierte sich besonders auf Absatzmärkte, auf denen keine eigene große Eisen- und Stahlproduktion existierte und wo sich die britische Konkurrenz über Dumpingpreise zurückdrängen ließ, es also keinen informellen Schutz durch das Empire gab: Italien, Spanien und Russland.⁴⁷⁹

Die zusammenwachsende Eisen- und Stahlindustrie war keineswegs bei der Schaffung von Großunternehmen und im gegenseitigen Konkurrenzkampf stehen geblieben, sondern hatte sich, wie skizziert, spätestens mit der Reichsgründung in den für sie zentralen wirtschaftspolitischen Fragen gemeinsam und erfolgreich Gehör verschafft. Von einer klar interessengeleiteten Arbeitgeberpolitik war aber noch nicht allzu viel zu sehen. Vielmehr reichten die Eisen- und Stahlverbände, der Langnamverein und die Nordwestliche Gruppe aus Sicht der Unternehmer vollkommen aus. Die Belegschaften aber händelten sie selbst und eigenständig; auch hier wurden die Interessen der Arbeiter durch Nichtanerkennung abgewehrt und zurückgestaut.

Erst seit der Zunahme der Konflikte in den 1880er Jahren begannen die Industriellen in den Verbänden mit der Ausarbeitung von konkreten Kampfstrategien, die sich gegen die Belegschaften richteten. Dass sie sich hierbei klar und fast ausnahmslos in ein konservatives und auch reaktionäres Lager begaben, war nicht allein Ausdruck einer vermeintlich politischen Haltung, die sich in Treue gegenüber dem Reich, dem Kaiser und dem Thron ausdrückte, sondern Bestandteil einer sehr handfesten und wirtschaftlichen Interessenpolitik.⁴⁸⁰ Für die Industriellen war es naheliegender, Einfluss über die Ministerialbürokratie und die Reichsleitung zu nehmen, als zu versuchen, die eigene Interessenpolitik über die Beeinflussung des preußischen Landtags oder gar des Reichstags – und damit den Parteien – voranzutreiben.⁴⁸¹

Der Druck für die Unternehmen auf den internationalen Märkten stieg, als Anfang der 1880er Jahre die Konjunktur nachgab. Einen Ausweg wähten die Eisen- und Stahlindustriellen nunmehr in einer internationalen Kartellierung. 1883 waren es bemerkenswerterweise ausgerechnet die britischen Eisen- und Stahlindustriellen, die bis dahin kaum kartellierten Marktabsprachen zugeneigt waren, die versuchten, ein *Internationales Schienenkartell* zu formen. Sie luden die deutschen, ins-

⁴⁷⁷ Wengenroth, Unternehmensstrategien, S. 13.

⁴⁷⁸ Zit., ebd., S. 18.

⁴⁷⁹ Robert C. Allen: International Competition in Iron and Steel, 1850–1913, in: The Journal of Economic History 39, 1979, S. 911–937.

⁴⁸⁰ Plumpe, Interessenpolitik, S. 676, S. 690.

⁴⁸¹ Eva-Maria Roelevink/Dieter Ziegler: Wie organisiert war der Kapitalismus im Kaiserreich? Verbände, Kartelle und personelle Verflechtungen, in: Ulrich Pfister u.a. (Hg.): Deutschland 1871. Die Nationalstaatsbildung und der Weg in die moderne Wirtschaft, Tübingen 2021, S. 247–250.



„Die Bezwungung des Stahls“ (Heinrich Kley: Die Krupp'schen Teufel, 1912/13).

Das Gemälde feiert das „Zeitalter des Stahls“, die Beherrschung des störrischen und eigenwilligen Materials durch den Menschen. Die „Teufel“ haben nichts mehr zu tun.

(LWL-Museen für Industriekultur, Dortmund).

besondere die Ruhrgebietsindustriellen und die belgischen Eisen- und Stahlproduzenten nach London ein, um die Möglichkeiten für eine internationale Marktregulierung auszuloten. Die „Ruhrbarone“ gingen mit einer starken Position in die Verhandlungen. Schon ein Jahr zuvor hatten sie sich mit den belgischen und österreichischen Schienenproduzenten auf eine Kontingentierung geeinigt, sodass ein ausgehandeltes Quotenverhältnis bereits austariert war. Die britischen Industriellen hingegen, ohne eine eigene Kartelltradition und daher auch nicht weiter erfahren im Gerangel um Klauseln, Quoten und die Unterschiede zwischen Richt- und Verkaufspreisen, gingen als Außenseiter und geschwächt in die Verhandlungen. Die Vereinbarung gelang, wurde

aber schon 1886 von den britischen Beteiligten wieder aufgekündigt.⁴⁸²

Für die internationale Kartellierung hatten die „Ruhr-eisen- und Stahlbarone“ einträglich zusammengearbeitet. Ganz anders sah das innerhalb des Ruhrgebiets aus: Als Ende der 1870er Jahre das Thomasverfahren zur Stahlherstellung adaptiert wurde, und damit noch leistungsfähigere Hochöfen in Betrieb gehen konnten, war es mit der Einträglichkeit vorbei. Die Umstellungskosten vom Bessemer- auf das Thomasverfahren waren gering. Die Bedeutung des neuen Verfahrens lag in der Möglichkeit der Flexibilisierung der Erzbezüge. Das Thomasverfahren machte eine Verwendung auch von phosphorhaltigen Eisenerzen für die Stahlerzeugung

⁴⁸² Wengenroth, Unternehmensstrategien, S. 167–173.

möglich, weshalb die von den Ruhrindustriellen dominierten Eisen- und Stahlverbände sich in besonderer Weise, wie ausgeführt, für die Beziehungen zu Elsass-Lothringen eingesetzt hatten. Der sich dann entspannende Wettlauf um die Eisenerzbezüge war es,⁴⁸³ der ein gemeinsames Vorgehen einstweilen wieder uninteressant machte. Die Roheisenproduktion verlagerte sich tendenziell, aber nicht umfassend, hin zur Erzbasis.

August Thyssen etwa zog mit seiner Roheisenproduktion nach Lothringen,⁴⁸⁴ während die Industriellen, die sich dagegen entschieden, im Ruhrgebiet einen Schritt weiter in Richtung Weiterverarbeitung taten. Abgesehen vom Krupp-Konzern, der sich bereits in großem Umfang spanische Gruben und Erzbezüge gesichert hatte, und damit auf die phosphorfreie Stahlerzeugung verzichten konnte, setzten besonders die Rheinischen Stahlwerke und der Hörder Verein den neuen Wettkampf um die Rohstoffversorgung in Gang.⁴⁸⁵ Im Zuge dessen weiteten sich die Produktpaletten aus, womit eine Zusammenarbeit in Form von produktbasierten Absprachen oder gar der Kartellierung der Produkte immer schwieriger zu organisieren waren. Auch war die Zeit, in der Schienen als Schrittmacher der Eisen- und Stahlindustrie hatten gelten können, vorbei.⁴⁸⁶ 1886 wurde zwar noch die *Deutsche Schwellengemeinschaft* geschlossen. Wichtiger als das Eisenbahngeschäft in geordnete und für die Unternehmen berechenbare Bahnen zu bringen, wurde es aber, die neuen und durch die Nutzung noch leistungsfähigerer Hochöfen weiter steigenden Kapazitäten produktspezifisch zu diversifizieren. 1886 wurde daher der *Rheinisch-Westfälische Roheisenverband* geschaffen; er zielte auf die Organisation der Roheisenarten und nicht der Produkte ab.

Der Verband hatte Vorläufer. Das 1862 in Köln gegründete „Weißblech-Kontor“ zählt als das älteste Syndikat der deutschen Eisenindustrie; der erste Verkaufsverein war wohl bereits Anfang der 1840er Jahre in Oberlahnstein entstanden. Vom Verbund aus Kohle und Eisen war zu dem Zeitpunkt noch wenig zu sehen; das

Syndikat gründete sich vielmehr, um die „Kohlenpreise“ durch gemeinschaftliche Abnahme „herunterzubringen“.⁴⁸⁷ Die Eisen- und Stahlbarone im Ruhrgebiet fanden sich 1873 zunächst in einem „Statistischen Verband“ zusammen. Hierbei handelte es sich nicht um ein Kartell oder ein Syndikat, sondern um regelmäßige Zusammenkünfte, bei denen sich die Eigentümer-Unternehmer über technische Details austauschten. Wahrscheinlich wurden hier erste, wenn auch informelle Arrangements geschlossen. 1882 wurde schließlich ein Vertrag zwischen den Ruhreisenwerken und den nassauischen Hochofenwerken geschlossen, der auf eine gemeinsame Preisstellung für Puddeleisen abzielte. Bezweckt war damit, den gemeinsamen Konkurrenten, die siegerländische Eisenindustrie, zu bekämpfen. Offenbar haben die Eisenindustriellen des Ruhrgebiets sich sehr bald an den nassauischen Industriellen und der aus ihrer Sicht rückständigen Ausrichtung gestört. Die Gründung des Rheinisch-Westfälischen Roheisen-Verbandes bedeutete gewissermaßen die Verlagerung ihrer Interessen in einen eigenen Zusammenschluss und auch den Austritt aus dem Arrangement von 1882. Die Geschäftsführung übernahm Emil Schrödter, der gleichzeitig Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute war. Die getroffenen Preisabsprachen über Mindestpreise umfassten alle Roheisen-Sorten (Gießerei-, Hämatit-, Bessemer-, Thomas- und Puddelroheisen). In allen Sorten erfolgreich war die Konvention nicht. Besonders die Preisbindung des Gießerei-Roheisens gelang nicht, hier waren die etablierten Handelsstrukturen zu stark. 1893 wurde der Verband schließlich aufgelöst.⁴⁸⁸

In der Eisen- und Stahlindustrie, aber auch im Kohlenbergbau wurde seit den 1880er Jahren ein gemeinsames Vorgehen forciert. Denn, so hieß es einigermassen einbrennend, aber aufschlussreich in einer Festschrift für Emil Kirdorf: „Nur mit Sparen und mit Fleiß, durch technische Ausgestaltung der einzelnen Zechen und durch Hebung der Leistung des Bergmanns ist aber nicht zu helfen. Wenn die Löhne an das Existenzminimum he-

⁴⁸³ Weber, Entfaltung, S. 288 f.

⁴⁸⁴ Nievelstein, Zug nach der Minette, S. 149–165.

⁴⁸⁵ Weber, Entfaltung, S. 281–288, Tab. S. 284.

⁴⁸⁶ Wengenroth, Unternehmensstrategien, S. 174, S. 270–290.

⁴⁸⁷ Arthur Klotzbach: Der Roheisen-Verband. Ein geschichtlicher Rückblick auf die Zusammenschlußbestrebungen in der deutschen Hochofen-Industrie, Düsseldorf 1926, S. 3, Zit. S. 4.

⁴⁸⁸ Ebd., S. 23–30.

rankommen, hört die Möglichkeit auf, in dieser Weise bessere Betriebsergebnisse zu erzielen.⁴⁸⁹ Unter den Bergbaugesellschaften hatte sich mit der GBAG, Harpen und Hibernia ein förderstarkes Dreigestirn von den anderen Bergbaugesellschaften abgesetzt, das sich sukzessive zum Triumvirat des Ruhrkohlenbergbaus zusammenraufte. Sie alle gingen auf während der 1850er Jahre gegründete Schachtanlagen zurück, hatten mittels Konsolidation und Übernahmen expandiert und auch während der Gründerkrise Fusionen und Konsolidierungen vorgenommen.⁴⁹⁰ Während der 1880er Jahre führten sie diese Wachstumskurse fort. Die GBAG schloss die Zeche Ver. Stein und Hardenberg, die Zeche Erin und schließlich die Zeche Monopol an. Zudem wurde der Westfälische Grubenverein angeschlossen, ein bereits beachtliches Konglomerat aus den Gelsenkirchener Zechen Hansa, Zollern und Germania.

Anfang der 1880er Jahre wurde deutlich, dass die Zechen der Fixkostenfalle nicht entkommen konnten, jedenfalls nicht durch Einzelverhalten. Gerade aber, weil sich nicht die eine Bergbaugesellschaft als dominant positioniert hatte und in der Lage war, den Kurs der Reviere, geschweige denn des gesamten Ruhrgebiets vorzugeben, versprach eine koordinierte Absprache Abhilfe. Das institutionelle und etablierte Rückgrat der Zechen, der Bergbauverein, versuchte zunächst die Grundlage für eine „betriebliche Gesamtlösung“ zu schaffen. Das war selbstverständlich, obwohl inzwischen mehrere Zechengesellschaften nicht mehr von Eigentümer-, sondern von Managerunternehmern geführt wurden, für die Zechenbesitzer undenkbar, hätte dies doch die Unterwerfung unter eine gemeinsame Leitung bedeutet. Erneut diskutiert wurde eine gemeinsame Fördereinschränkung. Diesmal versuchte der Bergbauverein ein Sanktionssystem zu etablieren, das angewendet werden sollte, wenn die Zechen die festgelegten Fördermengen überschritten. Das Vorhaben scheiterte jedoch, und zwar vor Gericht. Als Ende der 1880er Jahre die Konjunkturlaute vorüber war, wurden die Versuche abgebrochen.⁴⁹¹

Anfang der 1870er Jahre hatte Grillo Emil Kirdorf, den Spross einer verarmten Textilunternehmerfamilie aus Mettmann, als Bergwerksverwalter engagiert.⁴⁹² Kirdorfs Stellung war zu diesem Zeitpunkt alles andere als beneidenswert. Die Gewerken im Bergbau machten es „[e]inem, der zur Mitarbeit berufen, aber nicht geldlich beteiligt war, sehr schwer [...] zur Geltung zu kommen“, klagte Kirdorf in seinen Erinnerungen.⁴⁹³ Er befand sich in einer starken Abhängigkeit von den Gewerken, insbesondere zu Grillo, und besaß nur wenig eigenen Handlungsspielraum. Kirdorf gelang es erst nach Jahren, Aufnahme im Bergbauverein zu finden. Die Gewerken hatten die Aufnahme eines „nicht geldlich“ Beteiligten immer wieder abgelehnt. Sukzessive aber nahm der Einfluss der Eigentümerunternehmer ab und ließ Raum für die Strategieentwicklung der Managerunternehmer. Bei den Aktiengesellschaften trennten sich Eigentum und Leitung auch formal. Anteilsmäßig wurden die Gewerken, wie Grillo, zugunsten einer stärkeren Eigentümerbeteiligung der großen Banken – im Falle der GBAG, der Disconto-Gesellschaft – zurückgedrängt. Für die effektive Führung des Zechenkonglomerats bedeutete das ein Vakuum, das Kirdorf zu nutzen verstand.

Nicht zuletzt als Folge der Gründerkrise, die den Bankendruck erheblich erhöht und die ungeplante und nicht abgestimmte Strategie der Förderausweitung der Unternehmen demaskiert hatte, gelang es den Angestelltenunternehmern nun in zunehmender Weise, sich in den Vordergrund zu drängen. Insofern die meisten von ihnen die Ausbildung zum Bergassessoren durchlaufen hatten – Kirdorf bildete hier eine Ausnahme – und während der Gründerkrise das Problem der Preiselastizität der Kohle erfahren hatten, konzentrierten sie ihre technizistisch geprägten Strategieüberlegungen auf die Senkung und Beeinflussung der zecheneigenen Kostenstruktur.

Und sie waren sich des Lock-in der von ihnen verwalteten und geleiteten Unternehmen sehr bewusst. Die Marktkoordination – so war jedenfalls die Wahrnehmung – unterwarf sie einer vom Markt vorgegebenen

⁴⁸⁹ Freundt, Kapital und Arbeit, Zit. S. 32.

⁴⁹⁰ Däbritz, Unternehmergestalten, S. 42 f.

⁴⁹¹ Weber, Entfaltung, Zit. S. 235.

⁴⁹² Emil Kirdorf: Erinnerungen 1847–1930 (der Familie gewidmet, nicht für die Öffentlichkeit bestimmt), als Ms. gedruckt bei Bagel (Düsseldorf) 1930, S. 5.

⁴⁹³ Ebd., Zit. S. 6.

Entwicklung, die sie nicht beeinflussen konnten. Sie wählten sich abhängig von den Preisstürzen, den Nachfrageschwankungen und den Krisen auf den Finanzmärkten, die für sie zentral geworden waren, insofern in den Anlagen in erheblichem Umfang Fremdkapital steckte. Während die Generation der Eigentümerunternehmer Monopoly gespielt hatte, wenn auch das Beispiel Grillos sicherlich als extrem zu gelten hat, zog seit den 1880er Jahren mit den Bergassessoren eine neue Leitungsgruppe in die Zechengesellschaften ein. Ihre Ausbildung war eine staatliche und wurde in den Bergschulen vorgenommen. Ein hoher Anteil praktischer Erfahrung führte die Anwärter in die altehrwürdigen deutschen Bergbaureviere, nach Freiberg, Clausthal, Aachen und auch nach Berlin. Eine derartige Kaderschule wurde im Ruhrgebiet nicht geschaffen. Die Ausbildung zum Bergassessor beinhaltete neben der Vermittlung von theoretischem und technischem Wissen Praxiszeiten, in denen die Anwärter den Bergbau „von der Pike auf“ erlernten. Erst daran anschließend konnte das Studium aufgenommen werden. Mehrere Prüfungen und die mit acht Jahren lange Studienzeit sorgten dafür, dass die Bewerber aus wohlhabenden Schichten stammten, womit die geförderte Tendenz des sozialen Zusammengehörigkeitsgefühls weiter verstärkt wurde.⁴⁹⁴ Die staatliche Ausbildung produzierte mehr Assessoren als im Staatsbergbau nötig waren, viele Absolventen gingen daher in den privaten Bergbau. Ihre gemeinsame Ausbildung mit denjenigen, die später in die Bergbehörden gingen, bedeutete ganz praktisch, dass die Managerassessoren und die Bergbeamten eine Sprache teilten, die die Beziehung zwischen den Bergämtern und den Betrieben stabilisierte.⁴⁹⁵

Technisch geschult, praktisch erfahren und national bis nationalistisch eingestellt, autoritär geschult und gekennzeichnet durch eine hohe Gruppenkohäsion,⁴⁹⁶ war ihr Umgang mit den Zechen ein distanzierterer. Es waren ja nicht die Gründungen und Zechen der Bergassessoren; sie verwalteten die Betriebe lediglich. Diese Angestelltenmanager blickten deutlich abgeklärter

auf die wirtschaftliche Entwicklung, sahen in den Zechen nicht „ihre“ Schöpfung, sondern eine Ansammlung von betrieblichen Einheiten, die sich effizient und möglichst risikoavers steuern lassen mussten. Den Pfad des Wachstums verließen sie dabei nicht, sie konnten ihn auch nicht verlassen, ein Gesundshrumpfen war mit der Konstellation aus hohen Fixkosten und starker Kreditabhängigkeit kaum möglich. Eine Verringerung der Abhängigkeit von den Banken wurde vielmehr zu einem der Ziele der jetzt einsetzenden Koordinationsbemühungen, die im Ergebnis darauf hinausliefen, die „Spielregeln“ im Sinne der Manager und Unternehmer zu verändern.⁴⁹⁷ Die Intensivierung der Arbeitsabläufe nach innen, etwa durch eine pauschale und de facto Festlegung von Übersichten,⁴⁹⁸ und damit eine Kosteneinsparung, sowie die Schaffung stabiler Rahmenbedingungen nach außen durch gemeinsame Koordination bildeten nun die Devise.

Im Hinblick auf ihr Einkommen konnten die Angestelltenunternehmer und Bergassessoren nicht zu den Gewerken und Miteigentümern der Gesellschaften aufschließen.⁴⁹⁹ Emil Kirdorf gelang es zwar, bis 1914 ein beachtliches Vermögen zusammenzubringen, das aber, weil er seit 1893 als allgemein anerkannte Zentralfigur des Ruhrkohlsyndikats in die Aufsichtsräte diverser Aktiengesellschaften berufen worden war. Aus seinem Gehalt als Angestelltenmanager der GBAG gelang ihm das nicht. Bergassessoren wurden während ihrer Ausbildung weniger auf marktliberale Vorstellungen und einen Innovationsimperativ denn auf Obergkeit und Gehorsam verpflichtet. Das wirkte sich auf die Zechenverwaltungsorganisation aus. Unbedingter Gehorsam und unbedingte Autorität waren wesentlich. Kirdorf, ob schon kein Bergassessor, aber habituell mit ihnen ganz auf einer Linie, formulierte dies retrospektiv derart: Die deutsche Kohlenwirtschaft sei „den fremden Industrien überlegen“, und zwar aufgrund „der vorzüglichen Ordnung und Zucht, die in den deutschen Betrieben herrschte“. Und weiter, wenn „wir stark an dem Grundsatz festgehalten haben, die Ordnung, den Herrenstand-

⁴⁹⁴ Berg, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 378–385.

⁴⁹⁵ Weisbrod, *Arbeitgeberpolitik*, S. 116.

⁴⁹⁶ Faulenbach, *Bergassessoren*, S. 197–202.

⁴⁹⁷ Müller, *Organisatorischer Strukturwandel*, S. 148.

⁴⁹⁸ Hickey, *Bergmannsarbeit*, S. 54 f.

⁴⁹⁹ Berg, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tab. S. 386.

Studenten der Bergakademie Berlin im Wintersemester 1877/78.
Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum,
027200244001.



punkt [...] aufrecht zu erhalten, so sind wir überzeugt [...], dass wir dabei das Rechte getan haben: unsere Pflicht erfüllt und unserem Gewissen gemäß gehandelt haben“.⁵⁰⁰ Rhetorisch in eine klare Hierarchie aus Autorität und Unterordnung verkleidet, verbarg sich dahinter eine Sehnsucht nach Anerkennung. Die Bergassessoren strebten nach wirtschaftlichem Erfolg, aber auch nach sozialem Aufstieg. Denn formal blieben sie im privaten Ruhrbergbau Angestellte und damit in letzter Konsequenz „Arbeiter“.⁵⁰¹ Sie trieb, und zwar auch als Gruppe, ein Aufstiegszweck an, der sich in einem kompromisslosen Verhalten „nach unten“ ausdrückte. Damit änderte sich nicht nur die Leitung der Zechen, sondern auch die Wahrnehmung der Kostenstrukturen. In stärkerer Wei-

se wurde die Fixkostenproblematik jetzt nicht nur beklagt, sondern in ihrer Logik untersucht. Die durch die hohen Anlageinvestitionen erheblichen Fixkosten fielen an, unabhängig davon, ob die Anlagen voll ausgelastet waren oder nicht. Und sie mussten bedient werden. Für die Manager wurde daher die Lohnpolitik zentral: Gewissermaßen als variable Größe konnten die Löhne, anders als die Fixkosten, gedrückt werden.⁵⁰² Die Löhne niedrig zu halten und die Ausnutzung der Arbeitskräfte zu intensivieren, wurde maßgebend und auch zunehmend als gemeinsame Aufgabe forciert.

Mit dem Gedinge stand dafür ein hervorragender Hebel zur Verfügung.⁵⁰³ Der Gedingelohn war eine spezifische Lohnform, die die Gewerken nach der Li-

500 Ebd., Zit. S. 395, S. 385–387.

501 Ebd., S. 406–410.

502 Brügge-meier, *Leben*, S. 133–135.

503 Hartmann, Weg, S. 70–78.

beralisierung in die privaten Arbeitsverträge übernommen hatten. Das Gedinge wurde zwischen dem Ältesten einer Kameradschaft und dem technischen Grubenbeamten, in aller Regel dem Steiger, ausgehandelt. Anders als etwa in Südwales waren die Gedinge im Ruhrbergbau nicht fixiert oder stabil, sondern praktisch monatlich veränderbar. Darin lag für die Zechenleitungen der Gestaltungsspielraum und gleichsam ein erhebliches Konfliktpotenzial. Es hatte eine vormoderne Wurzel: Während die Liberalisierung im Kohlenbergbau die Zecheneigentümer und dann die Bergleute freigesetzt hatte, war die Aushandlung des Gedinges in der vormodernen Form bestehen geblieben.⁵⁰⁴ Die Wiegenkontrollen der geförderten Kohle wurden über Tage und anders als etwa in Südwales nicht von überbetrieblicher oder neutraler Stelle vorgenommen. Das enorme Größenwachstum der Zechengesellschaften veränderte die betrieblichen Zechenstrukturen, die Stellen zwischen Zechenleitung und Bergmann wuchsen zu einem unübersichtlichen Geflecht, in dem die Zechenleitungen den Druck der Intensivierung nach unten durchreichten.⁵⁰⁵ Während im britischen Bergbau im 19. Jahrhundert die „mittelgroße Zeche“ erhalten blieb, wobei nicht selten über 80 Prozent der Bergleute gewerkschaftlich organisiert waren, wurden die Einheiten im Ruhrbergbau deutlich größer.⁵⁰⁶ Und insbesondere die Bergassessoren verstanden es, damit umzugehen.

Gewerkschaftlicher Neuanfang durch Vereine

Die „Hirsche“ hatten sich unter den rigiden Bedingungen – die freilich mehr die anderen Gewerkschaftsbewegungen einschränkten – eine Grundlage verschaffen können, aber im Ruhrgebiet keineswegs eine umfassende Organisation erreicht. Deutlich erfolgreicher war die Mobilisierung, die von Seiten der christlich-sozialen

Bewegung erreicht wurde.⁵⁰⁷ Ihre Grundlage, primär der katholische Glaube, besaß im Ruhrgebiet einiges Mobilisierungspotenzial, nicht zuletzt unter den zugewanderten Arbeitern. Es war dabei gerade nicht die berufsspezifische Ausrichtung, sondern die Konfession, die attraktiv und in der Lage war, eine größere Arbeiterschaft in Bewegung zu setzen. Besonders im Baugewerbe ließen sich dieserart verschiedene Berufe zusammenfassen. Kaum von der christlich-sozialen Bewegung erfasst wurden weiterhin die Metallarbeiter.⁵⁰⁸ Unzufriedenheit und Proteste ließen sich hier kaum in Mobilisierungserfolge übersetzen.⁵⁰⁹

Auch in die Organisation der Bergarbeiter kam seit der Mitte der 1880er Jahre Bewegung. 1885 wurde mit dem *Rechtsschutzverein für die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirks Dortmund* ein Verein gegründet, der sich bei etwaigen Rechtsproblemen einschaltete. Allerdings, da ein Arbeitsrecht im heutigen Sinne nicht existierte, konnte der Verein lediglich Individual-, nicht aber die Kollektivinteressen der Bergarbeiter vertreten. Im Grunde genommen war der Verein ein Knappschaftsorgan, trotzdem stieß er mit seiner Arbeit wiederholt an die Grenzen, die das Sozialistengesetz gezogen hatte. 1886 waren ihm bereits 12.000 Bergleute beigetreten. Der Rechtsschutzverein setzte sich insbesondere für die Restauration der verlorenen Privilegien der Bergleute ein, zuvorderst die Pension. Trotz dieser eher rückwärtsgerichteten Ausrichtung zeigte seine Gründung doch einen wichtigen Wandel an: Die alte Standesorganisation der Bergleute, die Knappschaft, veränderte ihr selbstorganisiertes Aufgabenprofil. Zwar handelte es sich nicht um eine Gewerkschaft, auch bereitete der Verein konkret keine Arbeitskonflikte vor, aber er wurde zu einer zentralen Informations- und Vernetzungsstelle für die Bergarbeiter. Damit bereitete die Knappschaft gewissermaßen auf die Gewerkschaftsbildung vor.⁵¹⁰

⁵⁰⁴ Trischler, Steiger, S. 16.

⁵⁰⁵ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 219 f., S. 233 f.

⁵⁰⁶ Roy A. Church: Ursprünge und Niedergang des „Tripartismus“ in der britischen Kohlenindustrie 1889 bis 1988, in: Gerald D. Feldman/Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989, S. 19 f.; Brüggemeier, Grubengold, S. 211.

⁵⁰⁷ Gabriele Clemens: „Erziehung zu anständiger Unterhaltung“. Das Theaterspiel in den katholischen Gesellen- und Arbeitervereinen im deutschen Kaiserreich, Paderborn 2000, S. 13–17.

⁵⁰⁸ Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 737.

⁵⁰⁹ Crew, Berufliche Lage, S. 72 f.

⁵¹⁰ Hartmann, Weg, S. 145–148.

Eine Ausweitung der Mitgliedschaft auf die Hüttenarbeiter aber scheiterte. Und auch die Bergarbeiter traten schon bald in großer Zahl wieder aus dem Rechtsschutzverein aus. Die Austritte waren nicht das Ergebnis einer relativen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Vielmehr fühlten sich die Bergarbeiter in ihren Interessen nicht ausreichend und umfassend vertreten. Große Unzufriedenheit bestand also weiter, sie steigerte sich sogar. Partikular und auf einzelne Belegschaften begrenzt, kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen in den Betrieben, die sich weniger an den Pensionszahlungen als stärker an den gegenwärtigen Problemlagen der Bergarbeiter entzündeten: Die zurückgehenden Löhne und die gleichzeitig vorgenommene Verlängerung der Arbeitszeiten als Folge der Intensivierung der Betriebe.⁵¹¹

Die Politisierung der Knappenvereine war seit den 1870er Jahren zurückgedrängt worden, trotzdem hatte sich ein reges und unterstützendes Vereinswesen etabliert. In den Vereinen spielte die gegenseitige Sozialkontrolle eine große Rolle. Wenn sich ein bergmännisches Mitglied unflätig verhielt, fluchte oder durch einen unsittlichen Lebenswandel auffiel, wurde keine Unterstützung, etwa im Krankheitsfall, gewährt.⁵¹² Die Vereine übten auf diese Weise eine selbstregulative Funktion aus, und zwar eine sozial umfassende und teilweise auch konfessionelle, aber keine eindeutig interessenbestimmte. Um zu verhindern, dass sich „sozialistische[] und kirchenpolitische[], staatsfeindliche[] Tendenzen“ ausbreiteten, wurde die Genehmigung neuer Vereine streng kontrolliert.⁵¹³ Während die katholischen Arbeitervereine vielzählig waren, gelang es erst 1882 einen evangelischen Arbeiterverein zu gründen.⁵¹⁴ Alle Bekenntnisse, „in Wahrheit [...] die festesten Bollwerke gegen alle Umsturzideen, die mächtigsten Vorkämpfer

für Thron und Altar“ zu sein, halfen den Knappenvereinen, wenn sie sich denn politisierten, nicht.⁵¹⁵ Die große Mehrheit der Knappenvereine und Arbeitervereine blieb streng katholisch geprägt.⁵¹⁶

Der große Bergarbeiterstreik 1889

Der bekannte große Streik, der 1889 ausbrach, war kein vorbereiteter Streik großer Gewerkschaften oder gar ein gezielt ausgelöster Arbeitskampf, koordiniert von einer Gewerkschaft. Vielmehr löste er eine gewisse „Organisationseuphorie“ erst aus.⁵¹⁷ Bis 1889 standen die Bergleute den Zechenverwaltungen atomistisch und weitgehend unorganisiert gegenüber. Noch am Vorabend des Streiks war ein Aufruf für einen Delegiertentag veröffentlicht worden, der ein neues und konkretes Bemühen um die Bildung einer Gewerkschaft anzeigte. Dieses Mal aber wurde die Diskussion über eine Gründung nicht durch die Behörden oder die Unternehmer vereitelt, sondern durch die Bergarbeiter selbst. Statt auf die Gründung einer Interessenvertretung zu warten, die ohnehin kaum genehmigt würde, begaben sie sich in den Streik. Natürlich erreichte der Aufruf zur Bildung einer Delegiertenversammlung auch die Unternehmer. Sie bezichtigten umgehend die Knappenvereine, einen Streik vorzubereiten: Wie gewohnt kolportierten sie, die Arbeitsbeziehungen würden „von außen“ gestört. Dienlich war ihnen dabei, dass für Juli 1889 in Paris ein internationaler Arbeiterkongress geplant war. Hier verorteten die Industriellen die Quelle des etwaigen Aufbegehrens „ihrer“ Arbeiter.⁵¹⁸

Tatsächlich aber hatte sich die Zuspitzung im Verhältnis von Arbeit und Wirtschaft bereits seit längerem angekündigt. Die Folgen der Gründerkrise schienen gebannt, die Konjunktur hatte auch für die Arbeiter erkennbar angezogen. Die wirtschaftliche Verbesserung

⁵¹¹ Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 738.

⁵¹² Statuten des Bergmannsvereins Glückauf, Dortmund, 1872, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 414 f.

⁵¹³ Oberpräsident von Westfalen an die Königliche Regierung in Arnsberg, 30.6.1873, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 416 f., Zit. S. 417.

⁵¹⁴ Paul Göhre: Die evangelisch-soziale Bewegung, 1896, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 421 f.

⁵¹⁵ Bericht über das X. Verbandsfest der kath. Vereine Dortmunds, Tremonia, 2.6.1890, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 423–426, Zit. S. 426.

⁵¹⁶ Art. Christliche Gewerkschaften und die konfessionellen Arbeiter- und Knappenvereine, Der Bergknappe, 20.1.1906, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 432.

⁵¹⁷ Zit. n. Schmoekel, Rechtsgeschichte, S. 357.

⁵¹⁸ Hartmann, Weg, S. 149.

hatte aber keine Verbesserung der Löhne oder der Arbeitssituation gebracht, im Gegenteil. Wie während der Krise hielt der Leistungsdruck, der über die Steiger an die Kameradschaften weitergegeben wurde, an. Einige Knappschaftsvereine propagierten in dieser Situation den Streik als Mittel der Interessendurchsetzung. Bald wurden von den einzelnen Belegschaften Delegierte gewählt, die sich wiederum mit den Delegierten der anderen Zechen zur Abstimmung zusammenfanden. Damit war die vorgenommene Streikorganisation der Arbeiter gewissermaßen eine zweifache: Die Knappenvereine und die gewählten Belegschaftsdelegierten wurden zu den den Streik vorbereitenden Kommunikationsschnittstellen.⁵¹⁹ Dafür, dass die Organisation des Streiks unter den weiterhin geltenden repressiven Bedingungen nur eine Ad-hoc-Organisation sein konnte, war sie erstaunlich effizient.⁵²⁰ Die Unzufriedenheit der Bergleute hatte sich kulminiert und das mobilisierte sie, nicht aber eine vermeintlich von außen vorgenommene Steuerung oder Agitation. Keinesfalls handelte sich bei dem Streik um ein „Machwerk der Sozialdemokratie“.⁵²¹ Wesentlich war auch: Der 1889 im Ruhrgebiet entfesselte Bergarbeiterstreik machte nicht im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk halt, sondern weitete sich auf das Aachener Revier, die Kohlenreviere in Nieder- und Oberschlesien, auf die Saarregion und auch auf das sächsische Revier aus. Und, auch das war neu, er wurde in der Allgemeinheit zur Kenntnis genommen und in der bürgerlichen Öffentlichkeit breit diskutiert.⁵²²

Die Streikvorbereitung war eine sorgsame; die Belegschaften verhielten sich besonnen und ruhig. Impulsgebend war die Arbeitsniederlegung am 25. April 1889 auf der Zeche Präsident in Bochum. Die Zeche hatte sich während der ersten Gründerzeit „vorzüglich“ entwickelt, am Ende der 1850er Jahre gehörte sie zu den größten Anlagen im Ruhrgebiet. Mitte der 1860er Jahre, mit dem Absturz der Kohlenpreise, war die Gewerkschaft allerdings in ernste Zahlungsschwierigkeiten geraten und

von der Disconto-Gesellschaft ersteigert worden. Auch in diesem Fall war es das Gespann aus Disconto-Gesellschaft und Grillo, das die Grundlage für die Bochumer Bergbau-AG legte, mit der Zeche Präsident im Zentrum. Zügig wurde ein zweiter Schacht abgeteuft, der 1873, mit Beginn der Gründerkrise, die Förderung aufnahm.⁵²³ Die Zeche Präsident zählte damit Ende der 1880er Jahre zu den großen Zechen und zu der Gruppe der wachsenden Betriebskomplexe, bei denen die Anonymisierung und die Distanz zwischen Arbeitgeber bzw. Zechenleitung und Bergarbeitern enorme Ausmaße angenommen hatte. Nach der Übernahme durch die Disconto-Gesellschaft hatte der Druck auf die Arbeiter stark zugenommen, gleichzeitig lag die Zeche in Bochum und damit in einem Revier des Ruhrgebiets, das sich früh entwickelt hatte, wo also die Erinnerung an die „alte Zeit“ unter der Direktion durch das Bergamt ebenso wie die Erinnerung an den Bergarbeiterstand noch vorhanden war. Der Ärger der Bergleute in den wachsenden Zechen richtete sich dabei nicht nur an die Unternehmer oder Vorstände, die für sie inzwischen ein weit entferntes Abstraktum waren. Ihr Ärger richtete sich zunehmend an die Steiger, die direkten Vorgesetzten der Gedingegemeinschaften,⁵²⁴ und das umso mehr, als sie sich als technische Angestellte den Kameradschaften gegenüber instrumentalisieren ließen. Die Steiger waren es dann auch, die den Begleitschutz für die Streikbrecher leisteten und die Streikenden namentlich bei den Zechenleitungen anzeigten.⁵²⁵

Die Steiger standen zwischen den Arbeitgebern und den Bergleuten und waren damit in der Position, als Informations- und Druckstelle beider Seiten zu wirken. Sie waren konkret damit konfrontiert, Konflikte abzufedern oder eben auch zu verstärken. Während der Zeit des Direktionsprinzips waren sie die Vertreter der Bergbehörden auf den Zechen gewesen, nach ihrer Liberalisierung, die sie als Berufsgruppe etwa zehn Jahre vor den Bergarbeitern freisetzte, wurden sie zu Angestellten der

⁵¹⁹ Tenfelde, Schichtung, S. 196 f.

⁵²⁰ Brüggemeier, Leben, S. 182 f.

⁵²¹ Ebd., Zit. S. 183.

⁵²² Saul, Repression, S. 214 f.

⁵²³ Gebhardt, Ruhrbergbau, Zit. S. 404.

⁵²⁴ Hartmann, Weg, S. 155.

⁵²⁵ Trischler, Steiger, S. 73 f.

Bergwerke.⁵²⁶ Hatten die Steiger während der Zeit des Direktionsprinzips Fehlverhalten ausschließlich bei den Bergbehörden anzeigen dürfen, so erhielten sie mit der Liberalisierung von den Zechenbesitzern eine Sanktions- und Bestrafungskompetenz.⁵²⁷ Auch deshalb konnte das Prinzip des Gehorsams erhalten bleiben. Während der Stabilisierungskrise im Anschluss an die Gründerkrise nach 1873 wurden relativ betrachtet mehr Steiger als Bergarbeiter angelegt, die Angestelltengruppe dabei ausdifferenziert (Betriebsführer, Obersteiger, Fahrsteiger, Wettersteiger, Reviersteiger u.v.m.) und damit an die Erfordernisse der wachsenden Betriebe angepasst. Für ihre Loyalität gegenüber den Zechenleitungen erhielten die Steiger Prämien, die neben dem Lohn, der fest und damit anders als der Lohn der Bergarbeiter berechenbar war, vergeben wurden. Erreichte das vom Steiger beaufsichtigte und kontrollierte Abbaurevier das Soll, wurde die Prämie gewährt; erreichte das Revier das gestellte Förderziel nicht, wurde sie gestrichen.⁵²⁸ Tatsächlich war also die Konfrontation von Arbeitern und Unternehmen im Ruhrbergbau mehr als eine simple Zweiteilung oder Polarisierung. Die Beziehung, und zwar aus der Tradition des Direktionsprinzips heraus, war vielmehr ein Konfliktfeld mit drei Interessengruppen: den Unternehmen, den Steigern und den Arbeitern.

Während der Expansionsphase zum Großbetrieb, die mit einer Vermehrung der Betriebspunkte einherging, bedeutete der Übergang zum Pfeilerbau eine Ausdehnung der Grubenbauten. Die Verbesserung der Fördertechnik, zunächst durch Pferde, dann Lokomotiven und die Schüttelrutsche, war – zumindest bei den großen Zechen – Ende der 1880er und Anfang der 1890er Jahre vorgenommen worden. Verbesserungen ließen sich mit den Möglichkeiten der Fördertechnik nicht mehr erzielen. Das Einsparpotenzial lag für die Zechenleitungen nunmehr und praktisch ausschließlich bei den Arbeits- und Lohnkosten. Damit verschoben sich auch die Leistungsanforderungen, die von den Zechenverwaltungen an die Steiger gestellt wurden. Hatten zunächst die technischen Details im Vordergrund gestanden, wurden ihre

„disziplinarischen Aufgaben“ nun zentraler. Kontrolle und Disziplin, durch das Prämiensystem als Anreizsystem verankert, bildeten nunmehr den Kern der Aufgaben der Steiger. Für die Gruppe der Steiger bedeuteten die auf Leistungssteigerung hochgesetzten Sollzahlen eine Verringerung des eigenen Entscheidungsspielraums in der Welt unter Tage. Besonders die Reviersteiger waren einem zunehmenden und erheblichen Druck ausgesetzt, und sie gaben ihn an die Kameradschaften weiter.⁵²⁹

Das äußerte sich in einer erheblichen und zunehmenden Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern. Die Arbeitsniederlegung auf Zeche Präsident breitete sich schnell und unterstützt durch die Knappschaftsvereine und die Delegierten aus. Als in Gelsenkirchen, auf der Zeche Shamrock, junge und polnische Schlepper gekündigt und am Tag darauf von der Polizei drangsaliert wurden, die Polizei dabei auch zu den Waffen griff, verbreitete sich dieses drastische Vorgehen wie ein Lauffeuer. Ungewöhnlich war das Einschreiten der Polizei prinzipiell nicht. Vielmehr war die Atmosphäre in den Revieren inzwischen derart aufgeheizt, dass ein Übergreifen des Streiks regelrecht in der Luft lag. Es hatte zahlreiche Versammlungen und Zusammenkünfte gegeben. „[T]umultartig“ kam es schließlich zum Zusammenschluss der Bergleute.⁵³⁰ Vereinzelt war es zudem zu Ausschreitungen gekommen, oft auf den Werks- oder Zechengeländen, vereinzelt aber auch auf den Straßen. Sie waren aber punktuell geblieben. Mit einem Mal aber entzündete sich ein Flächenbrand, der nicht zuletzt Folge der uneinheitlichen Reaktion der Städte und Kommunen war. Während für die Provinz Westfalen eine harte Gangart festgeschrieben und dazu auch militärische Unterstützung angefordert wurde, zeigte der Regierungspräsident der Rheinprovinz Verständnis für den Streik der Bergarbeiter. Er verzichtete auf den massiven Einsatz der Polizei und auch darauf, das Militär anzufordern.⁵³¹

Bis Mitte Mai hatten sich 90.000 von 104.000 Bergarbeitern der Streikbewegung angeschlossen. Mit rund 90 Prozent Streikbeteiligung bildete das den Höhepunkt

526 Ebd., S. 32–36.

527 Ebd., S. 65 f.

528 Ebd., S. 44–48, Tab. S. 49.

529 Ebd., S. 48–63.

530 Hartmann, Weg, S. 153.

531 Brüggemeier, Leben, S. 183, S. 186.

der Mobilisierung; danach nahm die Zahl der Streikenden ab. Ein Problem der Streikbewegung war die Artikulation konkreter Forderungen. Um sich ein Bild von der allgemeinen Entwicklung des Streiks zu verschaffen, brauchten die Bergarbeiter in den einzelnen Revieren die Öffentlichkeit, genauer: die berichtende Presse. Sie wirkte insofern unterstützend, als sie sich zumindest anfangs auf die Seite der Streikenden schlug. Kommunikativ effizient organisiert war die Bewegung aber nicht.⁵³² Auch die Forderungen der Streikenden wurden erst verspätet formuliert und veröffentlicht. Damit war der Informationsfluss unter den Streikenden eines der Kernprobleme. Die kommunikative Herstellung eines geschlossenen und revierübergreifenden Vorgehens wurde der Bewegung zur Schwäche. Die Entscheidung, um eine Audienz beim Kaiser zu bitten und eine kleine Gruppe Delegierter für diesen Zweck zu wählen, war auch keineswegs die konsensual getroffene Entscheidung eines übergeordneten und gewissermaßen von allen streikenden Belegschaften legitimierten Streikkomitees, sondern der Beschluss *einer* Versammlung in Dorstfeld.⁵³³

Die Zechenbesitzer reagierten auf die um sich greifende Streikbewegung routiniert. Wie zuvor erprobt, lehnten die Zechenbesitzer und Zechenleitungen betriebsindividuelle Reaktionen rundweg ab. Hart und unnachgiebig weigerten sie sich, mit den Bergleuten und ihren gewählten Delegierten in irgendeine Art von Austausch oder Verhandlung einzutreten.⁵³⁴ Da die Arbeitseinstellungen der Bergleute ohne „vorherige Kündigung[en]“ erfolgt seien, sei der Streik ungesetzlich, hieß es in der Verlautbarung, die der Bergbauverein, der erneut als abschirmendes Rückgrat der Zechenbesitzer fungierte, veröffentlichte. Der den Zechenbesitzern „ungesetzlich aufgenötigte Kampf“ müsse durch die „Machtverhältnisse“ entschieden werden, hieß es weiter.⁵³⁵

Friedrich Hammacher, der Vorsitzende des Bergbauvereins, forderte am 8. Mai von den Behörden, den „Belagerungszustand“ zu verhängen, um die Grundlage für den Einsatz des Militärs zu schaffen und gleichzeitig für die Aufhebung der Presse- und Versammlungsfreiheit zu sorgen. Ferner forderte Hammacher die Schließung der Gaststätten. Bei den beiden letzteren Forderungen ging es zuvorderst darum, den Streikenden ihre informative Basis zu entziehen. Während die Forderung nach einem Militäreinsatz nicht weniger als eine schlichte Gewaltandrohung war, wäre mit der Aufhebung der Pressefreiheit und der Schließung der Gaststätten die Schwachstelle der Streikenden, ihre Kommunikation, empfindlich getroffen worden.⁵³⁶ Im Detail stimmten die Industriellen ihre Haltung aber nicht mit den örtlichen Behörden ab. Das wurde zu einem Problem, weil die Behörden nicht geeint und pauschal auf der Seite der Industriellen standen. Schwierig sei es, hieß es vage in einem Bericht an den Handelsminister und den Minister des Inneren in Berlin, überhaupt die Zwecksetzung der Arbeitsniederlegung in Erfahrung zu bringen, eine „allgemeine Organisation“ sei jedenfalls nicht feststellbar. Der gemeinsame Nenner der vielstimmigen Forderungen seien wohl höhere Löhne.⁵³⁷

Die Behörden hielten sich zunächst zurück. Erst mit einiger Verzögerung und als die Appelle des Bergbauvereins an die Arbeiterschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht fruchteten, schlugen sie sich auf die Seite der Zechenbesitzer. Der Forderung der Unternehmer, den Belagerungszustand auszurufen, wurde aber nicht entsprochen. Bismarck war mit der Durchbringung seiner Sozialgesetzgebung, zu der Zeit die Alters- und Invalidenversicherung, an einem Scheideweg; auch plante er die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Den Belagerungszustand zu erklären, wäre für ihn und seine Ziele ein Zeichen der Schwäche gewesen und hätte zudem den Eindruck erweckt, dass der Obrigkeitsstaat die Ar-

532 Hartmann, Weg, Zit. S. 161.

533 Ebd., S. 162.

534 Maura Kealey: Kampfstrategien der Unternehmerschaft im Ruhrbergbau seit dem Bergarbeiterstreik von 1889, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.): Glück auf, Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979, S. 180–183.

535 Erklärung des Bergbauvereins, 11.5.1889, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 266 f., Zit. S. 267.

536 Saul, Repression, S. 215 f.

537 Bericht des Regierungspräsidenten an den Handelsminister und den Minister des Inneren, 10.5.1889, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 471 f.

beiter systematisch unterdrücke. Das galt es aus seiner Sicht zu verhindern.⁵³⁸ Auch die Schließung der Gaststätten wurde nicht verfügt. Die örtlichen Behörden wiesen die Polizeikräfte lediglich an, die Gaststätten verstärkt in den Blick zu nehmen.⁵³⁹

Während des Streiks bildete sich auf der Seite der Bergarbeiter ein Organisationsdesign, das auf zwei Pfeilern stand: die Bergarbeiterversammlungen – die stark auf die Reviere begrenzt waren und die der Diskussion und der Informationsvermittlung unter den einzelnen Belegschaften dienten – und die zentralen Streikkomitees – die gewissermaßen die Funktion hatten, die Informationsstränge und Handlungsvorgaben zusammenzuführen. Das gewählte zentrale Streikkomitee vereinte Delegierte aus den wichtigsten Revieren, war aber in keiner Weise demokratisch oder paritätisch aufgesetzt. Wie schon während des ersten Massenstreiks, 1872, waren die Belegschaften der südlich gelegenen Zechen überrepräsentiert, die Interessen der im nördlichen Ruhrgebiet arbeitenden Bergarbeiter dagegen stark unterrepräsentiert.⁵⁴⁰ Für die Wirkung des Streiks war indes wesentlich, dass erstmals die öffentliche Meinung Relevanz entfaltete. Nicht nur wurde der Rheinisch-Westfälische Industriebezirk mit einem Mal ein Thema, das auch fernab des Ruhrgebiets, in Berlin und in anderen Bergbauregionen, zur Kenntnis genommen wurde. Die eindrucksvollen Sammlungen und Spenden bezeugten nicht nur eine Presseberichterstattung, die für die Streikenden Partei ergriff, sondern auch, dass bürgerliche Kreise, und zwar weit über das Ruhrgebiet hinaus, die harte und kompromisslose Haltung der Ruhrbarone kritisch sah.⁵⁴¹

Im Dreikaiserjahr 1888 war Wilhelm II. mit 29 Jahren zum deutschen Kaiser gekrönt worden. In seinen ersten Regierungsjahren wählte und inszenierte er sich als

„sozialer Kaiser“ – als Helfer der Armen und Unterdrückten würde er auftreten, kündigte er an.⁵⁴² Die Sozialversicherung, die seit 1883 von Bismarck implementiert wurde, und deren Kernstück zum Regierungsantritt von Wilhelm II. noch nicht verankert war, war nicht zuletzt der Versuch, dem Mobilisierungspotenzial der Arbeiterbewegung mittels staatlicher Maßnahmen den Boden zu entziehen. Ein zentraler Punkt während der Debatten um die Ausgestaltung des Gesetzeswerks war die rechtliche Frage nach der etwaigen Verankerung eines Verursacherprinzips. Die Debatte endete zugunsten der Wirtschaft, die ein Verursacherprinzip, und längst nicht nur aus finanziellen Motiven, rigoros abgelehnt hatte.⁵⁴³ Den Ruhrbaronen war das noch nicht genug. Kirdorf wetterte im Nachhinein gegen die kaiserliche Hinwendung zu einer stärkeren staatlichen Sozialpolitik: Sie sei nicht nur die eigentliche Ursache der Entlassung von Bismarck gewesen, sondern sei außerdem Ausdruck für „die ganze falsche Politik des unfähigen Herrschers, die schließlich zur Zersetzung und zum Verfall Deutschlands“ geführt habe.⁵⁴⁴ Im Streikjahr 1889 entschied der Kaiser jedenfalls, und gegen den Rat von Bismarck, eine Delegation der streikenden Bergleute in Berlin zu empfangen.⁵⁴⁵ Am 14. Mai 1889 gewährte der Kaiser Ludwig Schröder, Friedrich Bunte und August Siegel eine Audienz. Den Vertretern der Zechen gewährte er dieses Privileg erst zwei Tage später. Ob dies aber tatsächlich eine öffentlich zur Schau gestellte Parteinahme für die Bergarbeiter war, und damit ein gezielter kaiserlicher Eingriff in den Arbeitskampf, lässt sich abschließend wohl nicht mehr klären. Klar ist aber, dass es eine gute Woche nach der Audienz gelang, die Alters- und Invalidenversicherung durch den Reichstag zu bringen. Die Audienz, die die Anerkennung der Streikenden durch den Kaiser öffentlich machte, bedeutete indes für

538 Saul, *Repression*, S. 216.

539 Hartmann, *Weg*, S. 163.

540 Ebd., S. 165.

541 Brüggemeier/Rommelspacher, *Blauer Himmel*, S. 114.

542 Mommsen, *Kaiser*, S. 38.

543 Franz-Josef Brüggemeier: Eine Kränkung des Rechtsgefühls? Soziale Frage, Umweltprobleme und Verursacherprinzip im 19. Jahrhundert, in: Werner Abelshauser (Hg.): *Umweltgeschichte. Umweltverträgliches Wirtschaften in historischer Perspektive*, Göttingen 1994, S. 107 f., S. 123–126.

544 Kirdorf, *Erinnerungen*, Zit. S. 9.

545 Wolfgang J. Mommsen: *War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten*, München 2002, S. 27, S. 35–38.

die Zechenbesitzer nichts anderes – und zwar sehr manifest – als einen erheblichen Druck, sich auf die Streikenden zuzubewegen.⁵⁴⁶

Die Delegierten der Bergarbeiter erläuterten dem Kaiser während ihrer Audienz ihre Forderungen, die Herstellung der „von unseren Vätern ererbte[n] achtstündige[n] Schichtzeit“ sowie eine Lohnerhöhung und bekräftigten, auf die Unterstützung des Kaisers zu hoffen. Sie beriefen sich auf die Zeit des Direktionsprinzips und die Tradition des staatlichen Schutzes ihres „Standes“. Der Kaiser sagte, ohne eine Position zu beziehen, immerhin eine Untersuchung zu, womit er sich zumindest rhetorisch in den Dienst der alten Tradition stellte. Sollte sich aber, so äußerte der Kaiser dann drohend, herausstellen, dass Sozialdemokraten die „Schuld“ am Streik hätten, „so werde Ich alle Meine Macht einsetzen, und Meine Macht ist stark. Dann werde Ich aber auch alles über den Haufen schießen lassen.“ Nur dann also, wenn sich für den Kaiser herausstellen würde, dass der Streik nicht sozialdemokratisch organisiert und motiviert sei, könnten sich die Streikenden des Schutzes durch ihren Kaiser sicher sein.⁵⁴⁷ Damit war die Reaktion der Obrigkeit auf die vorgebrachten Forderungen ausweichend und hinhaltend. Die Kaiserdelegierten jedenfalls wurden nur wenig später strafrechtlich verfolgt. Die Audienz wie auch der Streik selbst blieben ohne Folgen; ihre Forderungen konnten die Bergleute mit dieser Anerkennung nicht durchsetzen. Der Zugewinn für die Seite der Arbeiter war ein anderer. Weniger die obrigkeitliche Unterstützung als die öffentliche Meinung stärkte die sich in der Entfaltung befindliche Bergarbeiterorganisation.⁵⁴⁸

Hammacher, ebenfalls in Berlin, wähnte sich offenbar unter erheblichem Zugzwang und stimmte einem Treffen mit den Kaiserdelegierten zu. Am Ende der Be-

sprechung stand das „Berliner Protokoll“, das die Forderungen der Delegierten festhielt. Das war zwar keine Anerkennung der Streikenden als Konfliktpartei,⁵⁴⁹ trotzdem hatte Hammacher mit diesem Schritt die Verbandslinie, Verhandlungen kategorisch abzulehnen, verlassen. Denn das Protokoll hielt zudem fest, dass die „Wünsche“ der Bergarbeiter die Grundlage für eine Beilegung des Streiks waren.⁵⁵⁰

Zurück im Ruhrgebiet kam die Reaktion für Hammacher prompt. Im Bergbauverein war man zwar inzwischen geteilter Ansicht, aber die Mitglieder fanden keineswegs, dass eine geschlossene und einheitliche Arbeiterpolitik die Sache des Bergbauvereins oder gar die von Hammacher sei. Lediglich, dass „jede Grubenverwaltung [...] bereit und ernstlich entschlossen ist, den Arbeitern“ in der Lohnfrage entgegenzukommen, war im Bergbauverein konsensfähig.⁵⁵¹ Die „Verständigung“ könne aber ausschließlich zwischen Zeche und Arbeitern vorgenommen werden.⁵⁵² Hammacher hatte sein Gesicht verloren. Besonders stark wehte ihm der Wind von den Angestelltenmanagern entgegen, die sich während des Streiks zusammengefunden hatten und ansetzten, endgültig die Meinungsführerschaft im Bergbauverein zu übernehmen.⁵⁵³ Hammacher wurde gezwungen, sein Entgegenkommen rückgängig zu machen. Der Bergbauverein gab die Erklärung ab, das Berliner Protokoll nicht zu akzeptieren.⁵⁵⁴ Beim überwiegenden Teil der Mitglieder des Bergbauvereins stieß die kaiserliche Einmischung genauso auf Ablehnung wie das einzelgängerische Vorgehen ihres Vorsitzenden.⁵⁵⁵

Die Kaiserdelegierten, einigermmaßen ratlos, wandten sich erneut an Hammacher, in der Hoffnung, das in Berlin aufgenommene Gespräch weiterführen zu können. Sie schätzten die Position von Hammacher aber falsch ein. Hammacher hatte sich in den Augen der maßgebli-

⁵⁴⁶ Saul, *Repression*, S. 217 f.

⁵⁴⁷ August Siegel, *Mein Lebenskampf* (1931) zur Audienz beim Kaiser, 15.5.1889, in: Tenfelde/Urban, *Lesebuch*, S. 472–474, Zit. S. 474.

⁵⁴⁸ Tenfelde, *Schlichtung*, Zit. S. 197.

⁵⁴⁹ Hartmann, *Weg*, S. 135.

⁵⁵⁰ Ebd., S. 166 f.

⁵⁵¹ Jüngst, *Festschrift*, Zit. S. 144.

⁵⁵² Ebd., S. 145.

⁵⁵³ Kealey, *Kampfstrategien*, S. 183–196.

⁵⁵⁴ Hartmann, *Weg*, S. 167.

⁵⁵⁵ Weisbrod, *Arbeitgeberpolitik*, S. 117 f.

chen Zechenmanager unmöglich gemacht; weder hatte er das Mandat noch die Verfügungsmacht, irgendwelche Zugeständnisse im Namen der Zechenbesitzer zu machen. Hammacher wurde auf der nächsten Versammlung des Bergbauvereins am 23. Mai 1889 vereinsöffentlich kompromittiert – und im Februar 1890 von Hanns Jencke abgelöst. Gemeinsam mit den Zechenmanagern, v.a. Emil Kirdorf, Emil Krabler und Robert Müser, entwickelte sich der Bergbauverein nun endgültig zur Abwehrstelle gegen die Bergarbeiter und zur Schutzorganisation gegen den Einfluss von staatlichen Stellen.⁵⁵⁶ Ferner wurde nun eine „Unternehmerdelegation“, die Abwehrmaßnahmen und Kampfmittel beraten sollte, gebildet und dabei auf Vertreter gesetzt, von denen keinerlei Zugeständnis zu erwarten war: Mit Emil Krabler im Zentrum handelte es sich um Hardliner, die das Berliner Protokoll rundweg ablehnten. Der Bergbauverein wappnete sich, lehnte Verhandlungen mit der Seite der Bergarbeiter aber weiterhin ab.

Der Bergarbeiterbewegung fehlte indes weiterhin die Koordination; auch die Kaiserdelegierten wurden sich nicht einig, wie in dieser Situation weiter verfahren werden sollte. Nach langen Debatten entschieden sie, die Streikbeilegung zu empfehlen. Damit wurde den übergeordneten und gewählten Streikorganisationseinheiten die Grundlage entzogen. Die Entscheidungen über das weitere Vorgehen wurden an die einzelnen Zechen und an die Belegschaften zurückgegeben. Die Bewegung zerfaserte. Auf Initiative einzelner trafen sich einige Delegierte zwar ein weiteres Mal mit Hammacher, der von Gustav Natorp, dem Geschäftsführer des Bergbauvereins, begleitet wurde. Die Besprechung verlief aber ergebnislos; Hammacher erklärte diesmal deutlich, keinerlei Zugeständnisse machen zu können. Und damit brach die Geschlossenheit der Bewegung zusammen. Der überwiegende Teil der Belegschaften entschied sich für die Beilegung des Streiks. Die Zechendelegierten hatten keine Möglichkeit mehr, Einfluss zu nehmen. Die Unternehmerseite war geeint, die Seite der Streikenden war aufgegeben. In dieser Situation platzierte der Bergbauverein nun sein Ultimatum: Wiederaufnahme der Arbeit oder Entlassung der „Arbeitsunwilligen“.⁵⁵⁷ An-



Gustav Natorp.

Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, 027200405088.

fang Juni wurde der Streik von den Belegschaften abgebrochen. Und der Bergbauverein, der sich als Sieger des Machtkampfes betrachtete, lud erstmals keinen Vertreter der Regierung zu seiner Jahresversammlung ein.⁵⁵⁸

Die Streikbewegung flackerte 1899 auf Herner Zechen noch einmal auf. Im Fokus standen nun die „unserer Arbeitsbevölkerung zusetzenden Polen“.⁵⁵⁹ Am 23. Juni waren einige junge und polnische Schlepper in den Streik getreten. Weitere Arbeiter schlossen sich an; die Bewegung blieb aber auf den Herner Raum beschränkt. Der Unmut der Herner Arbeiter resultierte auch daraus, dass sie über die Erhöhung der Knappschaftsbeiträge, die sie nicht leisten wollten, erbost waren, obwohl dies mit der Unterstützung der Delegierten vereinbart worden war.

⁵⁵⁶ Kealey, Kampfstrategien, S. 191 f.

⁵⁵⁷ Hartmann, Weg, S. 168–175.

⁵⁵⁸ Kealey, Kampfstrategien, S. 191.

⁵⁵⁹ Brüggemeier, Leben, Zit. S. 202.

Allerdings waren sie darüber nicht informiert worden, was ein bezeichnendes Licht auf die Kommunikation und damit letztlich auch Machtgewichte innerhalb der Bewegung wirft.

Die Reaktion des Herner Landrats war scharf,⁵⁶⁰ der Polizeieinsatz massiv.⁵⁶¹ Nachts kam es zu Ausschreitungen, es flogen Steine auf Polizisten, die Polizisten schossen. Erst nach einer Woche waren die Straßenkämpfe mit Hilfe von 2.000 Fußsoldaten und 150 berittenen Soldaten unter Kontrolle gebracht. Während dieser „Herner Polenrevolte“, wie Zeitungen die Aufstände nannten, wurden etliche junge Polen erschossen.⁵⁶² Das Echo war gewaltig. Die Arbeitervereine, aber auch Organisationseinheiten der Arbeiter lehnten eine klare Solidarisierung jedoch ab. Und nicht nur das: Zwar nahmen sie in ihren Reaktionen die Aufständischen in Schutz, kleideten dies aber in eine zeittypische nationalistische Schematisierung. Sie ordneten die polnischen Bergarbeiter als „unmündige Kinder“ ein, die auf einer „niedrigen Kulturstufe“ stünden. Auch die Behörden bedienten sich ähnlicher Argumente und verurteilten das vermeintlich kriminelle und gewalttätige Vorgehen der polnischen Bergarbeiter scharf, wohl aus dem Kalkül heraus, das brutale Vorgehen der Obrigkeit zu rechtfertigen. Für die polnischen Bergarbeiter offenbarte sich eine nationalistische Front aus Behörden, Unternehmern und Arbeiterorganisationen.⁵⁶³

Ein konkretes Ergebnis brachte der Streik nicht. Die Forderungen hatten aber eine neue öffentliche Aufmerksamkeit erfahren, die auf mittlere Sicht zur Einrichtung von Arbeitsausschüssen und der Normierung der Arbeitsordnungen führte.⁵⁶⁴ Der Auslöser für die „Untersuchung der Arbeitsbeziehungen im Steinkohlenbergbau“ war jedoch zweifelsohne der Streik von 1889. Der Obrigkeitsstaat ließ, wie es der Kaiser den Delegierten zugesagt hatte, die vorgebrachten Beschwerden von einer eigens eingerichteten Kommission untersuchen und die

Ergebnisse in einer Denkschrift zusammenfassen.⁵⁶⁵ Die Denkschrift, die vom Minister des Inneren in Berlin in Auftrag gegeben wurde, lässt sich aber schwerlich als Begründung für ein aktiveres Engagement des Staates einordnen. Die Denkschrift stellte vielmehr den Status quo fest, und zwar auf existierender Rechtsgrundlage. Die Schichtdauer etwa, so wurde festgehalten, sei Sache der Parteien, die den Arbeitsvertrag schlossen; eine Handhabe des Staates für eine Regulierung bestünde nicht. Zur kritisierten Praxis der Oberschichten stellte die Denkschrift fest, dass genaue Regelungen eher selten in den untersuchten Arbeitsordnungen aufgeführt seien und die befragten Zechendirektoren nur wenig Detailkenntnis über die von ihnen verfügbaren Arbeitsordnungen zu Protokoll geben könnten. Auch die Strafmaßnahmen, die nicht nur von den Betriebsleitern, sondern zum Ärger der Bergleute auch von den Steigern verhängt wurden, wurden nicht weiter geahndet oder reglementiert. Im Gegenteil, es bestünde unter Tage die Notwendigkeit für „strengste Ordnung“ und die Arbeitsordnung sei das Mittel der Arbeitgeber, um diese Ordnung herzustellen. Immerhin stellte die Denkschrift fest, dass die „Ungleichheit in der Machtstellung“ bedenkenswert sei. Maßnahmen bzw. eine Veränderung der Regeln, die der Staat ja selbst festgelegt hatte, wurden aber nicht empfohlen. Die Behörden, und das Innenministerium im Besonderen, stellten sich hinter die Steiger, denen während des Streiks vorgeworfen worden war, ihre Machtstellung im eigenen Interesse auszunutzen. Die Denkschrift stellte hierzu fest, es bestünde ein „gutes Verhältnis“, wobei sie aber bezeichnenderweise offenließ, zu wem.⁵⁶⁶

Der Streik zementierte die bestehende und unausgeglichene Rechtskonstellation, und diese zeigte auch auf die anderen Berufsgruppen im Ruhrgebiet Wirkung. Auch in der Hüttenindustrie setzte sich der von den

⁵⁶⁰ Bekanntmachung des Landrats, 27.6.1899, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 477 f.

⁵⁶¹ Brüggemeier, *Leben*, S. 205 f.

⁵⁶² Art. [Theodor Reismann-Grone]: Zum Herner Streik-Prozeß, *Rheinische Zeitung*, 5.12.1899, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 301 f.; Brüggemeier, *Leben*, S. 202 f.

⁵⁶³ Brüggemeier, *Leben*, S. 204–210.

⁵⁶⁴ Tenfelde, *Sozialgeschichte*, S. 273–282.

⁵⁶⁵ Tenfelde, *Schichtung*, S. 198.

⁵⁶⁶ Denkschrift über die Arbeitsbeziehungen im Steinkohlenbergbau 1890, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 251–254, Zit. S. 253 f.

Zeichenbesitzern standhaft verteidigte „Herr-im-Haus-Standpunkt“ nun endgültig durch.⁵⁶⁷

Nachholende Gewerkschaftsbildung und die Formalisierung der Kampfmittel gegen Streiks

Sehr deutlich hatte der Streik den Bergarbeitern vor Augen geführt, dass ihre Interessenvertretung nicht ausreichte – aber sie gingen organisationsmotiviert aus dem Streik hervor. Teilhabe hatte er ihnen zwar nicht gebracht, aber er hatte gezeigt, dass ihr Aufbegehren Konsequenzen hatte, dass sie Unterstützung fanden, ja, dass sie im Kollektiv sogar das Staatsoberhaupt zu einer Einmischung provozieren konnten. Von der Ad-hoc-Streikorganisation blieben als mögliche Grundlage für eine über den Streik hinausreichende Organisation die Zechendelegierten und die Kaiserdelegierten übrig. Einigen konnten sie sich nicht, sie fanden sich nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammen.

Reste der Bewegung konnten aber für eine Gewerkschaftsbildung mobilisiert werden. Im August 1889 wurde in Dorstfeld unter Anwesenheit von 200 Delegierten von 66 Zechen und 66 Knappenvereinen mit dem *Verband zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen in Rheinland und Westfalen (Alter Verband)* ein bewusst überkonfessioneller Zusammenschluss geschaffen.⁵⁶⁸ Obwohl die Statuten des Alten Verbands genehmigt worden waren,⁵⁶⁹ wurde der Verband polizeilich überwacht.⁵⁷⁰ Dessen ungeachtet gelang mit der Gründung des Alten Verbands die Schaffung einer stabilen gewerkschaftlichen Organisation. Der Streik von 1889 wurde zum letzten Streik, bei dem die „ständische Orientierung“ noch durchgeschienen hatte. Jetzt, mit der Gründung einer Gewerkschaft, setzte eine „Rationalisierung des Arbeitskampfes“ ein. Unter immer mehr Bergleuten setzte sich durch, dass sie ihre Interessen organisieren mussten.⁵⁷¹

Auch weiterhin wurde ihnen das nicht leicht gemacht. Gastwirte etwa wurden unter Druck gesetzt, ihre Räume für Versammlungen nicht zur Verfügung zu stellen.⁵⁷² Ein großes Problem für den Alten Verband, wie auch die nachfolgend gegründeten Gewerkschaften, war die Organisationsbindung: Mitglieder konnten jederzeit aus der Gewerkschaft austreten. Und auch die Möglichkeit, die Mitgliedsbeiträge einzuholen, war in den Statuten nur unzureichend verankerbar. Ein Gewerkschaftsmitglied, das seinen Beitrag nicht zahlte, hatte rechtlich lediglich „Spielschulden“, ein Tatbestand, der für die Gewerkschaften kaum ein Hebel war, ihre Einnahmen und die Mitgliederdisziplin zu stabilisieren.⁵⁷³ Umso wichtiger wurde die ideelle und soziale Bindung der Mitglieder. Die Differenzierung der Gewerkschaften und ihre Profilierung in der Lebenslage der Mitglieder, insbesondere mittels katholischer und sozialdemokratischer Überzeugungen, bildete ein Surrogat für das formalrechtlich nicht zu verankernde Bindungsproblem. Heinrich Imbusch allerdings hob später in seiner geschichtlichen Darstellung von 1908 anderes hervor: Den Leitern des neuen Verbands habe die gewerkschaftliche Schulung gefehlt: „Manche von ihnen, wie z. B. Bunte und Schröder [zwei der drei „Kaiserdelegierten“, d. Verf.], waren ihrer mangelhaften Schulbildung wegen nicht einmal imstande, halbwegs fehlerfrei zu schreiben. Diese Leute übernahmen nun die Leitung der neuen Organisation.“⁵⁷⁴ Ein Gegenverband war daher unausweichlich, so Imbusch retrospektiv und etwas rechtfertigend.

Rechtlich waren die Zechenverwaltungen auch weiterhin klar im Vorteil: Sie konnten ihre Arbeiter auffordern, bestimmten Gewerkschaften nicht beizutreten, sie konnten – und rechtlich statthaft – Arbeiter entlassen, und zwar aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Damit stellte die Gewerkschaftsmitgliedschaft für den einzelnen Arbeiter ein erhebliches und

⁵⁶⁷ Tenfelde, Schichtung, S. 199.

⁵⁶⁸ Brüggemeier, Leben, S. 184.

⁵⁶⁹ Bericht des Dortmunder Landrats an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, 19.8.1889, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 474 f.

⁵⁷⁰ Runderlass Regierungspräsident Düsseldorf, 2.10.1889, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 475 f.

⁵⁷¹ Brüggemeier, Leben, Zit. S. 185.

⁵⁷² Ebd., S. 189 f.

⁵⁷³ Saul, Repression, S. 226.

⁵⁷⁴ Imbusch, Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation, Zit. S. 313 f.

persönlich zu tragendes Risiko dar.⁵⁷⁵ Insgesamt hatten die Zechenbesitzer im Hinblick auf die Formierung einer Abwehrorganisation auch nach 1889 die Nase vorn. Mit dem Bergbauverein verfügten sie über eine gut vernetzte und organisatorisch weit entwickelte Kommunikationsschnittstelle – nach innen wie nach außen. Für sie musste es nach Beendigung des Streiks darum gehen, die Zusage des Kaisers, die Prüfung der Verhältnisse und die etwaige Novellierung und Anpassung des Berggesetzes so weit wie möglich im eigenen Interesse zu beeinflussen. Schon seit Beginn der 1880er Jahre hatte sich eine Verschiebung des Leitungspersonals abgezeichnet. Jetzt, nach dem großen Streik, wurden die Gewerker verdrängt und durch die Manager ersetzt. Hatten die Bergwerksbesitzer, wie auch Hammacher, noch an der Formel des Sozialpatriarchalismus festgehalten und daran, in den Unternehmen eine „Familie“ zu sehen, so war der Blick der Bergassessoren auf die Bergarbeiter ein wesentlich kälterer. Sie verfolgten den „Herr-im-Haus-Standpunkt“, und zwar ohne einen aus der Tradition heraus abgeleiteten Standesdünkel.⁵⁷⁶

Die Novellierung des Berggesetzes, die schließlich 1892 kam, war deshalb keineswegs ein Mehr an Wasser auf die Mühlen der Arbeiter. Zwar wurden Arbeitsordnungen jetzt obligatorisch, über die Ausgestaltung und damit einen Rechtsschutz oder eine veränderte Absicherung für die Arbeiter war in der Gesetzesänderung aber nichts zu lesen. Dem hatte der Bergbauverein erfolgreich gegengearbeitet. Das galt auch für die Arbeiterausschüsse, die zwar eingerichtet, deren Entscheidungsbefugnisse aber stark beschränkt blieben.⁵⁷⁷ Und nicht zuletzt waren die neuen Regeln, die eingeführt wurden, etwa das Verbot, die Abkehrscheine zu kennzeichnen, derart verfasst, dass sie ohne große Probleme von den Arbeitgebern unterlaufen werden konnten.⁵⁷⁸

Die Mitglieder im Bergbauverein beharrten derweil auf ihrem Standpunkt, verstärkten dabei ihre Zechenwehren und forderten von den Behörden mit einigem Erfolg den Ausbau ihrer Polizeistärken. Die Polizeikapazitäten in den Städten und Kommunen wurden erheblich ausgeweitet.⁵⁷⁹ Die Bergassessoren im Bergbauverein blieben auch nicht etwa bei der Beeinflussung des Rechtsrahmens und der Behörden stehen. Mit dem *Ausstands-Versicherungs-Verband* schufen sie, als erste Stelle dieser Art im Reich,⁵⁸⁰ eine Kasse, die den Zweck hatte, die wirtschaftlichen Schäden der Zechen im Streikfall auszugleichen. Knapp 94 Prozent der Zechen schlossen sich dem Verband unmittelbar an. Bereits zur Gründung enthielt der Fonds 1,6 Millionen Mark.⁵⁸¹ Große Beteiligte, wie die GBAG mit ihren 1887 rund 5.000 Beschäftigten, zahlten monatlich etwa 600 Mark.⁵⁸² Der Ausstands-Versicherungs-Verband unterteilte das Ruhrgebiet in acht bergbauliche Bezirke; für jeden Bezirk wurde ein Ausschuss gebildet. Das muss als Weiterentwicklung der Organisation gewertet werden. Während mit dem Bergbauverein das institutionelle Rückgrat erhalten blieb, sorgten die regionalen Ausschüsse zusätzlich für die Verankerung dezentraler Gelenkstellen. Die Unternehmerseite flexibilisierte ihre Abwehr nach 1889 und machte sie damit anpassungsfähig. Die Stimmverteilung in den Ausschüssen wurde nach der Jahresförderung bemessen, womit gesichert war, dass die großen Zechengesellschaften das Sagen hatten.⁵⁸³ Der Verband formalisierte einen wirksamen Anreiz: Die Kasse verankerte, dass nur gezahlt wurde, wenn die Zechenleitungen keinerlei Zugeständnisse an die Belegschaften machten. In den Statuten war festgelegt, dass Entschädigungen nur dann ausgezahlt wurden, wenn die Zechenleitungen dem Druck der Belegschaft nicht nachgaben. Von den Behörden wurde diese anreizbasierte Zementierung der Unternehmerposition sehr wohl kritisch

⁵⁷⁵ Saul, *Repression*, S. 226.

⁵⁷⁶ Brüggemeier, *Leben*, S. 191.

⁵⁷⁷ Ebd., S. 187.

⁵⁷⁸ Tenfelde, *Schlichtung*, S. 198.

⁵⁷⁹ Ralph Jessen: *Polizei im Industrierevier. Modernisierung und Herrschaftspraxis im westfälischen Ruhrgebiet 1848–1914*, Göttingen 1991, S. 76–101.

⁵⁸⁰ Weisbrod, *Arbeitgeberpolitik*, S. 118; Przigoda, *Unternehmensverbände*, S. 80, S. 85–91.

⁵⁸¹ Jüngst, *Festschrift*, S. 151.

⁵⁸² Kealey, *Kampfstrategien*, S. 195.

⁵⁸³ Berg, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 401 f.

gewesen. Die Anerkennung der Behörden fand der Ausstands-Versicherungs-Verband daher nicht. Allerdings: Verboten oder irgendwie geahndet wurde diese selbstgeschaffene Zwangsdisziplinierungsorganisation auch nicht.⁵⁸⁴ Unmissverständlich machte Hanns Jencke als neuer Vorsitzender des Bergbauvereins im Februar 1890 klar, dass der Arbeiter seinem Arbeitgeber nur so lange gleichberechtigt gegenüberstünde, bis der Arbeitsvertrag geschlossen sei. Danach sei er nichts anderes als ein Untergebener, der strenger, fast militärischer Zucht zu unterwerfen sei.⁵⁸⁵ Und weiter: „Ich erkenne kein Recht des Staates an, dem Arbeitgeber den Inhalt der Arbeitsordnung vorzuschreiben, und kein Recht des Arbeiters, sich über den Inhalt der Arbeitsordnung dergestalt zu äußern, daß er vor Erlaß gehört werden muß.“⁵⁸⁶

Auch die Staats- und Behördenseite zog ihre Rückschlüsse aus dem großen Streik von 1889. Wie schon der Umgang mit dem Ausstands-Versicherungs-Verband erkennen ließ, zog die Obrigkeit sich demonstrativ zurück. Die „Einmischung“ des Kaisers hatte kein gutes Licht auf die Regierung und seine Beamtenschaft geworfen. Der Rückzug des Staates ist hier allerdings nicht zu verwechseln mit Neutralität. Ganz im Gegenteil war die Haltung Ausdruck des „Verzicht[s] auf Neutralität“.⁵⁸⁷ Die Zurückdrängung der Arbeiterbewegung lag nun wieder ganz und vollständig in der Hand der Arbeitgeber.⁵⁸⁸

Die Spaltung der Gewerkschaften

Gut ein halbes Jahr nach der Gründung des Alten Verbands wurde im März 1890 mit dem *Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiterverein Glückauf zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund (Bergarbeiterverein)* ein christlicher Bergarbeiterverband geschaffen. Mit dieser Gründung zeichnete sich die Spaltung der Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet ab. Der Alte Verband wandelte sich zur

sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft, während der Bergarbeiterverein zur Grundlage für eine neue christlich-katholische Gewerkschaft wurde.

Bemerkenswerterweise war die Spaltung zunächst keine, die die Arbeiter des gesamten Ruhrgebiets trennte. Im Duisburger Raum, gewissermaßen der Wiege der gewerkschaftlichen Bewegung, arbeiteten beide Verbände auch nach der Gründung des Bergarbeitervereins zusammen.⁵⁸⁹ Der Bergarbeiterverein aber hatte kein Glück. Der Verband hatte initiativ beschlossen, die Gewerkschaftsbeiträge möglichst gering zu halten, um dem Alten Verband möglichst viele Mitglieder abspensig zu machen, eine Strategie, die ihn bald in den Ruin trieb. Schon 1894 löste er sich auf. Der Nachfolger aber, der *Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund (Gewerkverein)*, hatte Bestand.

Für dessen Gründung hatten sowohl katholische als auch evangelische Kirchenvertreter und zudem eine Reihe von sozialreformerischen Bürgerlichen Pate gestanden. Zentraler Organisator und erster Vorsitzender wurde August Brust, ein Essener Bergmann. Die Schaffung einer Einheitsorganisation für den Bergbau war mit dieser zweiten Gewerkschaft aber nunmehr versperrt.⁵⁹⁰ Die Initiatoren verankerten das Ziel, für eine „friedliche Übereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ einzutreten, was entsprechend Aufnahme in den Gründungsstatuten fand.⁵⁹¹ Der Verein verordnete sich zudem eine patriotische Grundlage, die Treue zu „Kaiser und Reich“ war zentral. Jedes Mitglied hatte ferner mit seinem Eintritt und der Anerkennung der Satzung seine Gegnerschaft zur Sozialdemokratie – und damit zum Alten Verband – zu bekunden.⁵⁹² Auch die etwaigen Kampfmittel des Gewerkvereins waren im Gründungsstatut zunächst beschränkt: Petitionen und Eingaben, nicht aber Streiks, plante der Gewerkverein einzusetzen. Unter der Leitung von Heinrich Imbusch,

584 Brügge-meier, Leben, S. 191 f.

585 Saul, Repression, S. 222.

586 Zit. Jencke n. Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 119.

587 Zit. Saul, Repression, S. 230.

588 Saul, Repression, S. 224.

589 Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 739.

590 Irmgard Steinisch: Der Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.): Glück auf, Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979, S. 273.

591 Brügge-meier, Leben, S. 197 f.

592 Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 740.

obschon erst seit 1919 Vorsitzender des Gewerkvereins, veränderte der Gewerkverein dann, aber erst nach einigen Jahren, seine Ausrichtung. 1898, in Reaktion auf einen Streik in Osnabrück, entschied sich die Gewerkschaftsführung dafür, kampffähig zu werden.⁵⁹³ Das brachte den Gewerkverein in ein schwieriges Fahrwasser: Inhaltlich und programmatisch damit kaum mehr vom Alten Verband zu unterscheiden, stand er nunmehr in konfrontativer Stellung zu den Zechenleitungen, musste dabei seine eigenständige Position gegen den Alten Verband aber behaupten. Und jetzt setzte sich ein sozialkonservativer Katholizismus durch. Die Spaltung in die Richtungsgewerkschaften, die effektiv eine Schwächung der gesamten Gewerkschaftsbewegung im Ruhrgebiet bedeutete, ließ sich kaum mehr verändern.⁵⁹⁴

Die Gründung und dann die Veränderung des Gewerkvereins löste beim Alten Verband ebenfalls einen Wandel aus. Aus dem Alten Verband, der als überkonfessionelle Organisation gegründet worden war, wurde unter der Herausforderung der starken christlichen Gewerkschaft eine klar der Sozialdemokratie zuneigende Gewerkschaft. Das brachte ihn zunächst in arge Bedrängnis. 1891 hatte der Alte Verband es auf 50.000 Mitglieder gebracht. Nach der Austrittswelle von 1894 hatte die Gewerkschaft nur noch 3.500 Mitglieder.⁵⁹⁵ Der sich entspannende Dauerkonflikt zwischen Altem Verband und Gewerkverein wurde von zwei zentralen Figuren als Sprecher geführt: Otto Hue als Speerspitze des Alten Verbands und Heinrich Imbusch als Treiber und Kopf des Gewerkvereins lieferten sich eine erbitterte, durchaus persönliche und auch über die Presse und Veröffentlichungen ausgetragene und andauernde Auseinandersetzung.⁵⁹⁶ Während Hue zunächst als gelernter Schlosser Metallarbeiter gewesen war, hatte Imbusch den richtigen „Stallgeruch“: Er war Bergarbeiter auf der Zeche Oberhausen gewesen.⁵⁹⁷ Die Konfession, die ohne-

hin seit der Expansionszeit zentral gewesen war, spielte nunmehr eine wichtige Rolle. Während der Nordwesten des Ruhrgebiets eher stark katholisch geprägt war, war der Osten, besonders der Südosten, protestantisch geprägt.⁵⁹⁸ Die Auseinandersetzung, die für die Gewerkschaften ein Buhlen um ihre Mitgliedermilieus bedeutete, überlagerte zunehmend ihre Zweckbestimmung, die regulierende Konfliktstellung zu den Unternehmern. Und sie bot den organisierten Zechenmanagern ein Argument, die Forderungen der Gewerkschaften jetzt erst recht nicht anzuerkennen. Denn schließlich waren die durch die Gewerkschaften vorgebrachten Forderungen keine, die der Meinung der gesamten Belegschaften entsprächen.⁵⁹⁹

Wie beim Bergbauverein auf Unternehmerseite, so ist es auch bei den Arbeitern deutlich zu einfach, die Position der Gewerkschaften mit den Interessen und Positionen der Arbeiter gleichzusetzen. Tatsächlich gibt es starke Hinweise darauf, dass die Arbeiter öfter in den Streik getreten wären, wenn sie nicht von beiden Gewerkschaften und ihrer starken Fokussierung auf den Machtkampf im eigenen Spektrum ausgebrems worden wären.⁶⁰⁰ Auf beiden Seiten bildeten sich eigene Interessen, Logiken und Beharrungskräfte auch innerhalb der Organisationen aus. Als Organisationskörper, die zumindest im Hinblick auf die Beziehung zu den Unternehmen ähnliche Interessen zu vertreten hatten, musste es für beide Gewerkschaften darum gehen, das Gewicht im eigenen Spektrum zu erhöhen. Und das taten sie durch Abgrenzung. Der Gewerkverein geißelte den Alten Verband als durchsichtige Tarngesellschaft der Sozialdemokraten, der Alte Verband fand im Gewerkverein nichts als den verlängerten Arm bürgerlicher und kirchlicher Interessen. Die Rivalität zwischen den Gewerkschaften war enorm, besonders nach Pha-

⁵⁹³ Brüggemeier, *Leben*, S. 199.

⁵⁹⁴ Steinisch, *Gewerkverein*, S. 275 f.

⁵⁹⁵ Buschak, *Gewerkschaftliche Organisation*, S. 739.

⁵⁹⁶ Klaus Tenfelde: Heinrich Imbusch: Einführung in Leben und Werk, in: Heinrich Imbusch: *Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung* [1908]. Mit einer Einleitung zum Nachdruck von Klaus Tenfelde, Berlin/Bonn 1980, S. V–XXXVIII, Zit. S. VII.

⁵⁹⁷ Ebd., Zit. S. XII f.

⁵⁹⁸ Tenfelde, *Schichtung*, S. 203 f.

⁵⁹⁹ Brüggemeier, *Leben*, S. 195.

⁶⁰⁰ Tenfelde, *Schichtung*, S. 201.

sen der partiellen Zusammenarbeit, und nicht zuletzt: Sie band Ressourcen.⁶⁰¹

Mit der Existenz des einen institutionellen Rückgrats der Zechen, dem Bergbauverein, war die Interessenbindung unter den Zechenleitungen einfacher. Die Einigkeit der großen drei Zechengesellschaften, die sich inzwischen deutlich von den mittelgroßen Zechengesellschaften abgesetzt hatten, zog gewissermaßen die mittleren und kleineren Zechen nach. Die gesetzten Anreize und die Festlegung, dass Entscheidungen nach der Förderhöhe vorgenommen wurden, bedeutete die Herstellung einer Einigkeit im Interesse der großen Zechengesellschaften. Bei den Arbeitern war das anders, schon allein, weil sich nicht die eine Gewerkschaft für ihre Interessen oder Berufsgruppe bildete, sondern mehrere. Dabei blieb das Abgrenzungs- und auch Distinktionsverhalten unter den Bergarbeitern weiterhin groß. Besonders die polnischen Zuwanderer neigten zu auffälliger und bunter Kleidung – und griffen damit zu einem sichtbaren Mittel der Abgrenzung. Auch das Vereinswesen und die Kneipenkultur, als Orte für die Politisierung der Arbeiter, waren breit und milieuspezifisch aufgefächert.⁶⁰² Allerdings sollte man die Bedeutung der Kneipe im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts nicht allzu hoch bewerten. Entgegen der allgemeinen und durch den heutigen Kult um die Kioske verstärkten Vorstellung herrschte im Ruhrgebiet keineswegs ein Überfluss, sondern ein Mangel an Gaststätten. Im Kaiserreich war die Kneipendichte im Vergleich die geringste im Reich. Zudem waren die Gaststätten in den Orts- und Stadtkernen, weniger oder kaum in den Kolonien gelegen. Auch deshalb kamen nach dem Streik von 1889 und mit der Einsicht, dass das gesellige Miteinander auch positive Organisationseffekte hatte, die sog. Schnapskasinos zum Durchbruch. Bei den Schnapskasinos handelte es sich nicht um Vereine, die polizeilich einfach hätten überwacht werden können, sondern um Genossenschaften. Dieserart hatten sie keine Polizei- oder Sperrstunde zu befürchten und waren satzungsgemäß zum Zweck der Erholung und der Geselligkeit gegründet worden. Besonders der Alte Verband organisierte über die Schnapska-

sinos eine rege Agitations- und Versammlungstätigkeit, die als Mittel gegen Mitgliederschwund wirken sollte. Aber schon 1896 war es mit den Schnapskasinos vorbei. Der Reichstag verhängte eine Konzessionspflicht für den Alkoholausschank, die auch für Genossenschaften galt. Trotzdem, für ein kurzes Zeitfenster bildeten sie einen zentralen Raum für die Organisation.⁶⁰³

Zwischen 1895 und 1905 konnten beide Gewerkschaften eine Steigerung ihrer Mitgliedszahlen realisieren. Das kulminierte mit der Bevölkerungsentwicklung im Ruhrgebiet. Das Bevölkerungswachstum war zunehmend das Ergebnis hoher Geburtenraten, während der Zuzug zwar stark blieb, aber im Verhältnis abnahm. Viele Bergarbeiter waren sesshaft geworden. Trotzdem wuchsen die Gewerkschaften keineswegs im Gleichschritt mit der Anzahl der Bergleute. Tatsächlich ließ sich der überwiegende Teil der Bergleute nicht gewerkschaftlich vertreten, sondern ging solitär, gewissermaßen selbstständig, gegen schlechte Arbeitsbedingungen vor. Die Fluktuation, die Abkehr von der einen Zeche und die Arbeitsaufnahme an einer anderen Zeche, war ausgesprochen stark ausgebildet, stärker als im Rest des Reichs. Besonders ausgeprägt war der Arbeitsplatzwechsel und damit auch der Wechsel des Wohnorts im Norden des Ruhrgebiets.⁶⁰⁴ Obschon die Zechenbesitzer mit dem Bau von Wohnungen und Kolonien, den Versuchen der Arbeitsmarktkontrolle durch gekennzeichnete Abkehrscheine und Schwarze Listen oder mittels Loyalitätserwerb durch betriebliche Sozialpolitik in die Bindung der Arbeiter zu den Zechen investierten, ist doch klar, dass die betriebliche Sozialpolitik der Unternehmen keine umfassende war und sich nicht auf alle Arbeitnehmer bezog, sondern ausgesprochen differenzierte Anreize und Bindungsangebote unterbreitete. Die Zechen im Norden zahlten bekanntermaßen höhere Löhne, um Bergarbeiter dorthin zu locken, die Lebensbedingungen waren dort aber auch deutlich eintöniger und schlechter.⁶⁰⁵ Mitunter konnten die Lohnunterschiede zwischen dem Süden und dem Norden bis zu 15 Prozent betragen. Diese Lücke im Organisationsnetz der Unternehmer, so dicht es auch in anderer Hinsicht war,

⁶⁰¹ Brüggemeier, *Leben*, S. 199.

⁶⁰² Karl Kautsky: *Der Alkoholismus und seine Bekämpfung*, in: *Die Neue Zeit* (Serie: Heft 27, 28, 29, 30, 37), 1890/91.

⁶⁰³ Brüggemeier, *Leben*, S. 143–151.

⁶⁰⁴ Ebd., S. 60–62.

⁶⁰⁵ Heinrichsbauer, *Siedlung*, S. 21.

bildete den eigentlichen Grund für die hohe Fluktuation im Bergbau.

Bergassessor Hans von und zu Loewenstein,⁶⁰⁶ der den Zechenverband leitete, war das sehr klar. Es gelang ihm aber nicht, eine stärkere Geschlossenheit – gewissermaßen eine Tarifbindung ohne die Beteiligung der Bergarbeiter – unter den Zechenleitungen herzustellen.⁶⁰⁷ Zwar war die Fluktuation den meisten Zechenbesitzern genauso ein Dorn im Auge wie den Gewerkschaften, die lebensweltlichen Unterschiede im nördlichen und südlichen Ruhrgebiet waren aber so eklatant, dass die Nordzechen nicht glaubten, auf die höheren Lohnanreize verzichten zu können. Denn besonders für die jungen und neu Zugewanderten war der Wechsel der Zeche oder des Arbeitsplatzes gang und gäbe. Ihr erster Anlegeort lag in aller Regel im Norden. Bald schon aber zog es sie in die Emschergegend und auch in den Süden, um sich dann, wenn die Integration nicht gelang, wieder im Norden anlegen zu lassen. Vielfach wurde die starke Fluktuation als individueller Protest oder Widerstand gegen die harten Arbeitsbedingungen gewertet. Das ist die eine Seite und bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung. Zentral ist aber auch, dass der Umstand der eher wachsenden als abnehmenden Fluktuation auch ein Schlaglicht auf die formierte Unternehmerorganisation wirft: Die Fluktuationsbewegungen zeigten den Zug der Arbeiter zu Zechen, die attraktiver waren, wo die Gedinge besser waren und wo die Steiger als kooperativer galten. Gleichzeitig verweisen die Abkehr und die neue Anlegung aber auch dahin, wo im segregierten Ruhrgebiet die Lebensbedingungen als wertiger galten. Es zeigt sich hier, dass die erreichte Geschlossenheit der Unternehmer nach 1889 keineswegs zu verwechseln ist mit der Aufgabe eigener Vorgehensweisen. Der durch den Fixkostendruck der Zechen untereinander beförderte Konkurrenzkampf köchelte weiter, allen vom Bergbauverein entwickelten und vereinheitlichten Organisationsmodi zum Trotz. Und nicht zuletzt wird damit offenbar, dass das aus dem Chaos herausgewachsene Nord-Süd-Gefälle Konsequenzen hatte.

6. Syndizierung und organisierter Konflikt: von den 1890er Jahren bis 1913

Bekanntermaßen war der Obrigkeitsstaat des Kaiserreichs keine sozialdemokratische Veranstaltung. Nationalismus und die Gegnerschaft zu „Sozialdemokraten“ waren wesentlich, auch für die organisierten Industrielleninteressen, denn nicht nur aus Überzeugung, sondern auch taktisch war die gemeinsame Frontstellung von Industriellen und Obrigkeitsstaat ein wichtiges Bindemittel, an dem die Industriellen schon aus wirtschaftlichen Motiven ein Interesse haben mussten. Seit den späten 1880er Jahren hatte der autoritäre Obrigkeitsstaat den politischen Liberalismus endgültig abgelöst. Davon profitierten die Industriellen im Ruhrgebiet nicht nur, sie hatten sich auch mit Nachdruck für dieses Format eingesetzt. Die neue Managergeneration verteidigte die Interessen der Montanindustrie, besonders auch in der Frontstellung gegen die Gewerkschaften. Jede Art von Anerkennung oder einem Weg hin zu einer Verhandlung mit den Arbeitnehmern wurde kategorisch abgelehnt, besonders seitdem 1889 mit Hammacher de facto eine Verhandlung stattgefunden hatte.⁶⁰⁸

Zwischen den 1890er Jahren und 1914 entwickelte sich ein ausdifferenziertes Organisations- und Verbandsnetz in der Montanindustrie, das besonders außerhalb des Ruhrgebiets regelrecht gefürchtet war. Der junge Gustav Stresemann, der in Sachsen zunächst zum wichtigen Verbandsfunktionär avancierte, bevor er Politiker wurde, bemerkte 1905 neidvoll, „dass für die preußische Regierung die rheinisch-westfälische Industrie schlechthin *die Industrie* darstellt“. In Sachsen dagegen – für Stresemann das zweite und wesentliche deutsche Industriegebiet – fehle dagegen noch einiges, „um uns auch nur annähernd gleiche Zustände zu schaffen“.⁶⁰⁹

Nur oberflächlich lässt sich das von den Industriellen errichtete Organisationssetting in das etablierte Gliederungsschema von Fachverband, Regionalverband und Arbeitgeberverband einordnen. Die Organisationsstrukturen überlappten sich, auch die Organisationsziele griffen teilweise weit über den verankerten Satzungszweck

⁶⁰⁶ Przigoda, Unternehmensverbände, S. 178 f.

⁶⁰⁷ Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 125.

⁶⁰⁸ Plumpe, Interessenpolitik, S. 664 f.

⁶⁰⁹ Zit. Art. Gustav Stresemann, in: Sächsische Industrie, 1, 1904/05, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 382 f., Zit. S. 383, dazu auch: Plumpe, Industrielle Interessenpolitik, S. 655 ff.

hinaus; sie standen außerdem durch Personalunionen in einem engen Zusammenhang. Auch innerhalb dieses Settings blieben sowohl die Unternehmen und ihre Führungskräfte Konkurrenten, genauso wie auch die Gewerkschaften und ihre Leitungen an die sozialen und kulturellen Lebenslagen ihrer Mitglieder gebunden blieben. Trotz der Versuche, insbesondere die christliche und die sozialdemokratische Gewerkschaft stärker miteinander zu verbinden, waren auch sie am Ende Gegner, nur dass ihre Währung nicht in den Produktionskapazitäten und realisierten Gewinnen, sondern in der Mitgliederstärke und der Fähigkeit bestand, die Mitglieder in ihrem Interesse zu lenken und zu unterstützen.⁶¹⁰

Die Schaffung eines einheitlichen bzw. homogenen Interesses gelang auf keiner der beiden Seiten. Weder verfügte die Wirtschaft 1914 über den einen schwerindustriellen Trust noch gelang die Schaffung einer parteiübergreifenden und die Arbeiterschaft insgesamt vertretenden Einheitsgewerkschaft. Dass die Industrieverbände und die Gewerkschaften seit den 1890er Jahren erheblich an Gewicht – auch außerhalb des engeren Ruhrgebiets – zulegen konnten, wurzelte vor allem in der Bürokratisierung und Formalisierung der jeweiligen Organisation.⁶¹¹

In die Verbände zogen Verbandsfunktionäre, zunehmend gelernte Juristen, ein und die Gewerkschaften wurden ebenfalls von hoch spezialisierten Fachkräften geführt. Das hatte einen Komplementär in der Betriebsorganisation der Unternehmen. Seit den 1890er Jahren waren die Eigentümer zunehmend von Führungskräften, die als Manager aber keine ausschlaggebende Beteiligung an den Unternehmen besaßen, ersetzt worden. Sie betrieben eine Intensivierung, führten aber auch eine Differenzierung der Betriebshierarchien ein. Seit den 1890er Jahren gab es daher „den Arbeiter“ nicht mehr, sondern die jeweilige Stellung innerhalb der Arbeiterschaft war eine ausdifferenzierte und fein aufgegliederte Taxonomie von Über- und Unterordnung, die dem einzelnen Arbeiter die Identifikation mit „den anderen“ erschwerte, nicht zuletzt, weil sich in den gleichförmigen und segregierten Siedlungen die „feinen Unterschiede“ sehr wohl sehen ließen. Im Vergleich dazu hatten sich die Manager einander stärker angeglichen.

Als Verwalter der Kapitalgeber war es nicht das „eigene Unternehmen“, das sie lenkten. Die vielfach geteilte Ausbildungserfahrung erleichterte ihnen ein stärker kooperatives Vorgehen.

Politisch hatte sich im Ruhrgebiet erst seit den 1890er Jahren der Konflikt zwischen christlicher und sozialdemokratischer Linie voll ausgebildet. Auf Kosten des Zentrums wurden nun immer mehr Arbeiter zu Wählern der Sozialdemokratie. Die Verschiebung bzw. Erweiterung war bedeutend, zumal das nationalliberale Lager, das die Industriellen mehrheitlich unterstützten, das aber auch lange viele Stimmen von den Arbeitern bekommen hatte, unter erheblichen Konflikten litt, die nur noch durch die „Sammlungsbewegung“ von nationalen und protestantischen Kreisen notdürftig überbrückt werden konnte.⁶¹²

Der Weg von der Konvention zum Kartell und hin zur Syndizierung

Der 1886 gegründete *Roheisenverband* war eine lockere Preiskonvention gewesen, die gerade im Segment des Gießereiroheisens kaum Erfolg haben konnte, weil starke Handelsstrukturen zwischen den Produzenten und den Abnehmern etabliert waren. Folgerichtig unternahmen die „Eisenbarone“ bald – mit dem Ziel, den Handel auszuschalten – Versuche, den Verkauf zu zentralisieren. Zunächst wurde 1888 eine Verkaufsstelle für den Verkauf von Puddel-Roheisen gegründet. Der Verband beschloss zudem die Einrichtung einer Kampfkasse, die es ab 1890 ermöglichte, die nicht beigetretenen Hochofenwerke, besonders die des Siegerlandes, preislich zu unterbieten. Der Konjunkturunbruch 1890 schwächte den Verband. Es zeigte sich, dass die Verkaufsstelle nicht in der Lage war, die von den Werken angemeldeten Kapazitäten abzunehmen. Trotzdem wurde die Verkaufsstelle verlängert und ausgeweitet; 1894 gelang es, die Siegerländer Hochofenwerke geschlossen zur Mitgliedschaft zu bewegen. Seit 1890 waren zudem die anderen Rohseissegmente in den Verband aufgenommen worden: 1891 hatten sich die Thomasstahlwerke, insbesondere der Schalker Gruben- und Hüttenverein, der Vulkan und der Hörder Verein, angeschlossen. Von hoher Bedeutung war, dass auch die Fa. Carl Spaeter, und damit lothrin-

⁶¹⁰ Plumpe, Interessenpolitik, S. 659, S. 662.

⁶¹¹ Ebd., S. 664; Dascher, Quellenkunde, S. 570 f.

⁶¹² Rohe/Jäger/Dorow, Gesellschaft, S. 454–460.

gisch-luxemburgische Hochofenwerke, dem Verband beitraten. Auch für die anderen Roheisen-Sorten gelang es, Verkaufsstellen zu errichten. Im Unterschied zum Ruhrkohlenbergbau war die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets nicht nur in ihrer Verbands-, sondern auch in ihrer Kartellbildungsentwicklung von Anfang an über das engere Ruhrgebiet hinaus aktiv.⁶¹³

Seit 1895 wurden zunächst die Verkaufsstellen des Roheisenverbandes zusammengeführt. Das war ein zäher Prozess. Die einzelnen Mitglieder drangen vor der Syndikatsgründung darauf, dass ihre Verkaufsbeteiligung angepasst, also hochgesetzt wurde. Mehrfach musste die Syndikatsgründung deshalb verschoben werden. Im Oktober folgte die Gründung des Rheinisch-Westfälischen Roheisen-Syndikats, im Dezember wurde hieraus – inklusive der Siegerländer Hochofenwerke – das *Roheisen-Syndikat*. Es übernahm die Auftragsvergabe und den Verkauf auf dem deutschen Binnenmarkt. Vom „Ideal eines Syndikats“ war es aber noch weit entfernt. Der gemeinsame Verkauf bezog sich allein auf den deutschen Binnenmarkt. Auch bestand das „Syndikat“ lediglich auf Basis von Einzelverträgen, es besaß aber keine Eigenständigkeit, war also nicht als Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung aufgesetzt, sodass auch keine gemeinsame Abrechnung oder Verrechnung vorgenommen werden konnte. Das Roheisen-Syndikat existierte auf der Basis einer schier unübersichtlichen Anzahl von Einzel-, Unter- und Verkaufsverträgen; zudem gelang es dem Zusammenschluss nicht, alle Hochofenwerke zum Beitritt zu bewegen, sodass das Außenseiterproblem hoch blieb und die Wirkung des Kartells schwächte.⁶¹⁴

Als Wirtschafts- und Handelsgut mit einer im Vergleich zu den Produkten der Eisen- und Stahlindustrie erheblich geringeren Wertschöpfungstiefe und aufgrund der Unterschiede in den Absatzmärkten nahm die Kartellierung der Ruhrkohle einen anderen Weg als die Kartellierungsbemühungen der Eisenbarone. Erste Versuche, die Förderkapazitäten der Nachfragentwicklung in Folge der Gründerkrise anzupassen, waren gescheitert. Unter dem Eindruck der Gründerkrise und als schließlich der Beginn einer andauernden Depressi-

on erkannt wurde, veränderte sich das. Zwischen dem Ende der 1870er Jahre und der Syndizierung des Ruhrbergbaus 1893 wurden vier Förderkonventionen und neun Preiskonventionen geschlossen. Sie alle scheiterten, sobald die Konjunktur anzog und die Kohlenpreise wieder stiegen; lediglich die Gaskohlenvereinigung, die aber aus geologischen Gründen nur wenige Mitglieder zählte, war stabiler.⁶¹⁵

Nachdem der Versuch, die Förderung oder die Preise der Zechen gemeinsam zu koordinieren, gescheitert war, wurden seit 1884 die Verhandlungen für eine gemeinsame und weitergehende Lösung wieder aufgenommen. Die Kommission, die der Bergbauverein für die Ausarbeitung eines Vorschlags einsetzte, war durch einige „junge Wilde“ besetzt: Grillo war als Gewerke in der Kommission, mit Bruno Schulz-Briesen (Dahlbusch), Emil Krabler (Kölner Bergwerks-Verein), Emil Kirdorf und Eduard Kleine (beide GBAG) war es aber die nachkommende Führungsschicht der Bergassessoren und Manager, die auf eine stärker formalisierte Zusammenarbeit der Zechen drängte. 1886 kam ein Konventionsvertrag zustande, der auf die Stabilisierung der Preise durch Absprache abzielte. Dieser ging weiter als die zuvor getesteten Konventionen, weil er als Ausgleich für etwaige Mindereinnahmen eine gemeinsame Kasse vorsah.⁶¹⁶ Allerdings scheiterte auch dieses, wenn auch bereits weiter gereifte Arrangement. Insofern als den Zechen und Bergbaugesellschaften ihre Verkaufsorganisation weiterhin freigestellt war, ging es besonders bei den großen Abschlüssen mit den Gaswerken oder Eisenbahnen auch um die Gewährung von Rabatten. Die von den Zechen zugestandenen Rabattgaben durchlöchernten die Konvention. Es zeigte sich, eine gemeinsam vorgenommene und organisierte Preisstellung reichte nicht aus, um die Konkurrenz der Zechenverwaltungen und Zechenbesitzer untereinander auszuschalten.

Neben den über den Bergbauverein koordinierten Verhandlungen für den gesamten Ruhrbergbau kam es zur Bildung regionaler Vertriebsgesellschaften innerhalb des Ruhrgebiets. Auch sie wurden von den Mitgliedern unterlaufen, zeigten den Zechenleitungen aber, dass es einen Wettbewerbsvorteil bedeute-

⁶¹³ Klotzbach, Roheisen-Verband, S. 30–49.

⁶¹⁴ Ebd., S. 69–82.

⁶¹⁵ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 92 f.

⁶¹⁶ Kellen, Grillo, S. 79 f.

te, wenn sie sich logistisch und gemeinsam gegen den Kohlenhandel zusammenschlossen. In diesem Fall lag der entscheidende Fortschritt in der Formalisierung der Absprachen durch die gemeinsame Verkaufseinrichtung.⁶¹⁷ Für den Kohlentransport auf dem Rhein wurden zwischen 1885 und 1891 erfolgreich Verhandlungen zwischen den Kohlenhändlern und -reedern geführt, die zunächst eine Kontingentierung, dann eine Schlepp- und Transportkonvention und schließlich sogar eine Zusammenfassung des Handels verschiedener kohlenfördernder Regionen – Aachen, Saar- und Ruhrregion – umfassten. Diese Bestrebungen erhöhten für die Bergwerksgesellschaften im Ruhrgebiet, die über keine eigenen Kohlenhandelskapazitäten, sondern lediglich über einen Anschluss an die Eisenbahn verfügten, den Druck. Denn auf die Bildung eines Händler-Kohlenkartells, auf das man selbst keinen Einfluss nehmen konnte, wollten sie es nicht ankommen lassen.⁶¹⁸

Fritz Hammacher formulierte schließlich 1887 in seiner Funktion als Vorsitzender des Bergbauvereins und mit dem Hinweis auf die Erfolge der Revierverkaufsstellen, es ginge darum, ein „Finanzsyndikat für den Absatz der Kohleproduktion“ zu schaffen.⁶¹⁹ Das Zitat wurde oft missverstanden und dahingehend ausgelegt, dass die Großbanken als die eigentlichen Initiatoren der Syndizierung des Ruhrkohlenbergbaus auftraten. Richtig ist, die Banken, allen voran die Disconto-Gesellschaft, befürworteten eine stärkere Zusammenarbeit, um die Risiken der Kohlenwirtschaft zu begrenzen und damit das in den Schachtanlagen investierte Kapital zu schützen. Allerdings ging es gerade den Eigentümerunternehmen und den Managern im Bergbauverein darum, den Einfluss der Großbanken zugunsten einer exklusiven Bindung der Bergbaugesellschaften möglichst zurückzudrängen.⁶²⁰ Hammacher meinte aber etwas ganz anderes. Er griff den 1884 von den „jungen Wilden“ unterbreiteten Vorschlag auf, eine Ausgleichskasse an eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft zu knüpfen. Eine

gemeinsame Finanzierung und damit eine deutlich weitergehende Organisation als etwa im Roheisen-Syndikat, wurde damit ins Auge gefasst. Zunächst wurde die *Westfälische Berggewerkschaftskasse*, deren eigentlicher Zweck die Förderung von Bergschulen und sozialen Einrichtungen war, vom Bergbauverein umfunktionierte: Sie sollte eine Abgabe erheben, um die Mittel beim Wechsel der Konjunktur und nach festgelegten Regeln an die Zechen auszuschütten.⁶²¹ Dies war konsensfähig bei den Zechengesellschaften, nicht aber unter den gemischten Werken, den Eisen- und Stahlunternehmen mit angeschlossenen Zechen. Namentlich die Gutehoffnungshütte (GHH) weigerte sich, die Abgabe – die auf die Förderung berechnet, nicht aber den Selbstverbrauch einbezog, was für die GHH eine relative Schlechterstellung dargestellt hätte – zu leisten. Per Gerichtsbeschluss wurde die Abgaberegulierung über die Westfälische Berggewerkschaftskasse gekippt. Das war ein wichtiges Scheitern, denn das gemeinsame Vorgehen musste damit, so wurde offensichtlich, in einem eigenständigen Organisationskörper vorgenommen werden.

Der Verwaltungsrat der GBAG hatte bereits zu Beginn der 1880er Jahre für eine „Konzentration“ im Ruhrbergbau geworben. Allerdings hatte die GBAG gleichzeitig angedeutet, die Vorherrschaft im Ruhrbergbau übernehmen zu wollen. Ganz ähnlich hatte Mulvany 1882 für die Hibernia-BAG eine revierweise vorgenommene Zusammenlegung angepriesen.⁶²² Im Bergbauverein, zu dessen Vorstand Eduard Kleine seit 1874 gehörte, wurde auf der Grundlage dieser von großen Bergbaugesellschaften unterbreiteten Vorschläge eine Denkschrift mit dem Ziel einer „Aufbesserung der Lage“ in Umlauf gebracht. Auch sie richtete sich gegen die Zersplitterung im Bergbau und folgte den Vorschlägen von GBAG und Hibernia, vier größere „Komplexe“ zu schaffen. Das Klagelied, das Kleine anstimmte, war schrill und dramatisch: Die „gesamte Sachlage“, so Kleine, sei, „daß unser Kohlenbergbau nur so lange Anlagekapital angemessen

⁶¹⁷ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 93.

⁶¹⁸ Heinrichsbauer, Kohlenkontor, S. 9–11.

⁶¹⁹ Kellen, Grillo, Zit. S. 81.

⁶²⁰ Eva-Maria Roelevink/Dieter Ziegler: „Bankenmacht“ im Ruhrbergbau. Die Disconto-Gesellschaft und die Gelsenkirchener Bergwerks-AG 1873–1904, in: Westfälische Forschungen 67, 2017, S. 117–142.

⁶²¹ Stefan Moitra: Das Wissensrevier. 150 Jahre Bergbauforschung und Ausbildung bei der Westfälischen Berggewerkschaftskasse/DMT-Gesellschaft für Lehre und Bildung. Geschichte einer Institution, Bochum 2014, S. 29–43.

⁶²² Hartmann, Weg, S. 66–68.

verzinst hat, wie eine scharfe Regelung der Production durch den Staat erfolgte“. Die Kredit- und auch die Zubu-ßfähigkeit seien nunmehr erschöpft; und das, obwohl die Qualität der Ruhrkohle der englischen ebenbürtig sei und die „Verhältnisse“ im Ruhrgebiet ausgesprochen günstig seien. Als Ursache für die schlechte Lage machte Kleine die „Zersplitterung unseres Bergbaues“ verantwortlich, die rund 200 Zechen seien „nicht unter einen Hut zu bringen“. Kleine äußerte sich auch zur „Selbstkosten“-Problematik, die inzwischen ein andauerndes Leiden der Zechen darstellte: Um die Selbstkosten zu erwirtschaften, dränge jede Zeche danach, die Förderung zu erhöhen. Abhilfe sei und könne nicht von außen erwartet werden, sondern müsse selbst vorgenommen werden. Ein „Syndicat“ schloss Kleine als Lösung zu diesem Zeitpunkt aber noch aus.⁶²³

1887 wurde eine neue Kommission eingesetzt, bei der insbesondere Emil Kirdorf sein Organisationstalent unter Beweis stellte. Es war aber nicht nur Kirdorfs Fähigkeit, die hier zur Entfaltung kam. Hinzu kam, dass Kirdorf Vertrauen unter den Mitgliedern des Bergbauvereins genoss. Anders als die Gründerunternehmer, wie Grillo, die fortwährend unter dem Verdacht gestanden hatten, die Verhandlungen zum eigenen Zweck instrumentalisieren zu wollen, galt Kirdorf als Manager ohne Eigentum und damit als einigermaßen unabhängig.⁶²⁴ Als Grillo erkrankte und 1888 verstarb, erlangte Kirdorf die Beifreiheit, seine Konzeption, die er nicht als eine Dominanz der GBAG über die anderen Zechengesellschaften, sondern als organisiertes Miteinander inszenierte, glaubhaft zu vertreten. Kirdorf arbeitete nun die entscheidende Denkschrift aus, die beide Konzeptionen zusammenband: Ein Kohlen-Syndikat und eine Kohlenhandelsgesellschaft sollten gebildet werden, die die Preisstellung und den Verkauf gemeinsam bündelten, wobei die Eigenständigkeit der einzelnen

Zechengesellschaften erhalten bleiben sollte.⁶²⁵ „Wie oft musste Vater da reisen, um Kohlen zu verkaufen bei der Eisenbahn, bei Eisen- u. Hüttenwerken. Und waren sie glücklich verkauft, wurden sie oft ohne Grund beanstandet, um den Preis zu drücken“, so erinnerte sich die Tochter des Bochumer Gewerkes Heinrich Grimberg, der an einer Reihe von Gründungen Friedrich Grillos beteiligt war. Als einschneidend erinnerte sie die Gründung des Ruhrkohlsyndikats. Seit dessen Gründung sei „das alles anders“ geworden.⁶²⁶

Tatsächlich war die Gründung des *Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats (RWKS)* im Februar 1893 ein Meisterwerk unternehmerischer Selbstorganisationsfähigkeit. Und auch wenn die Erinnerungen von Maria Marckhoff sicherlich überzeichnet waren: Die Zeit, in der Beanstandungen und starke Kohlenhändler die Zechenbesitzer, besonders die der kleineren Zechen, gegeneinander ausgespielt hatten, endete mit der Syndikatsgründung. Jahre hatte das Tauziehen um die Funktionen und die Zuständigkeit des Selbstorganisationskörpers gedauert. Der Konkurrenzkampf der Zechen bis 1893 war ein Streben nach Vorherrschaft gewesen, der am Ende aber eher nachteilige Effekte gehabt hatte. Mit der Syndikatsgründung machte das Konkurrenzverhalten einen Formwandel durch, keineswegs aber wurde es aufgehoben. Der Wettbewerb verlagerte sich vielmehr, und zwar in das Innere des Syndikats.⁶²⁷

Mit der Gründung als Aktiengesellschaft wurde das Syndikat unmittelbar – und anders etwa als beim Roh-eisen – als juristische Person etabliert. Die AG RWKS schloss mit den Mitgliedern einen Vertrag, der den Zweck hatte, „unter diesen [den Mitgliedern, d. Verf.] für die Zukunft eine ungesunde Konkurrenz auf dem Kohlenmärkte auszuschließen“. Dazu wurden die Beteiligung am Absatz, die sog. Beteiligungsziffer, die Preisstellung und die Lieferbedingungen vom Syndikat

⁶²³ Eduard Kleine: Die Aufbesserung der Lage des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus, Denkschrift v. 3.4.1885 (Auszug), in: Stephanie Tilly: Wirtschaft und Politik, in: Karl-Peter Ellerbrock (Hg.): Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert, Münster 2017, S. 549–553, Zit. S. 550 f.

⁶²⁴ Roelevink, Manager, S. 393–398.

⁶²⁵ Kellen, Grillo, S. 82.

⁶²⁶ Erinnerungen Maria Marckhoffs an ihren Vater Heinrich Grimberg (1933), in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 362 f., Zit. S. 363.

⁶²⁷ Przigoda, Unternehmensverbände, S. 75.

zentralisiert und koordiniert.⁶²⁸ Mit der zunächst auf fünf Jahre vorgenommenen Syndikatsgründung verringerten sich die Preisschwankungen; in der Tendenz wurde das Kohlenpreisniveau außerdem angehoben.⁶²⁹ Das RWKS schuf einen exklusiven Koordinations- und Entscheidungsraum für die Bergbaugesellschaften. Das waren zunächst die „reinen Zechen“, seit 1903 auch die Hüttenzechen.⁶³⁰ Es gab sich eigene und ausgesprochen komplexe Spielregeln, die als rechtliche Klauseln und Regeln eine formale „Gleichheit“ der Mitglieder erzeugten,⁶³¹ es aber gleichzeitig erlaubten, auf der Grundlage der Syndikatsrechte unternehmensindividuelle Strategien zu verfolgen. Das Wissen um die syndikatsrechtlichen Hebel und Kniffe zur Durchsetzung der zecheneigenen Interessen war im Syndikat keineswegs gleich verteilt. Die Ausschusstruktur mit ihrer Sitzverteilung nach entsprechender Beteiligungsziffer sorgte dafür, dass das Organisationswissen um die Vorteile und Möglichkeiten de facto ungleich verteilt blieb. Das war der eigentliche Grund dafür, dass die Existenz des Syndikats den Wettbewerb keineswegs ausschaltete. Das Syndikat band den Wettbewerb aber an selbstorganisierte Spielregeln und konnte die nunmehr vermarktete „Ruhrkohle“ als Rechtsperson vertreten, Preise, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen fixieren und auf diese Weise das Geschehen auf dem deutschen und auch einigen ausländischen Kohlenmärkten stark beeinflussen.

Als Organisation erzielte das Syndikat nach innen und nach außen Wirkungen, diese sind aber zu unterscheiden und keineswegs allein auf einen „monopolisierten“ Aggregatzustand zu reduzieren. Das mit dem RWKS erzeugte Organisationssetting bewirkte nicht zuletzt einen gemeinsamen Informationsertrag,⁶³² der die einzelnen Unternehmen etwa in ihrer Beziehung

zu den Banken gleichzeitig schützte und nominell über ihre „Quote“ bezifferte. Es wurde für die Bergbaugesellschaften gängig, in ihren Geschäftsberichten die Beteiligungsziffer aufzuführen, um den Rang der Zeche zu taxieren. Gleichzeitig konnten etwaige Absatzprobleme nun externalisiert und dem Syndikat angelastet werden.⁶³³ Damit veränderte das Syndikat die Beziehung der Bergbaugesellschaften zu den Banken. Nicht nur die ausgeschütteten Dividenden stabilisierten sich mit der Syndikatsgründung schlagartig, zunehmend verließen sich die Banken – zunächst die Disconto- und dann auch die nachfolgenden großen D-Banken – auf die prosperierende Selbstverwaltung der Zechen. Es gibt also gute Gründe dafür anzunehmen, dass der gezielte Versuch, den Einfluss der Kapitalgeber auszuschalten, zu einer weiteren Formalisierung der Syndikatsstruktur geführt hat. Der Ruhrkohlenbergbau hatte sich mit dem RWKS eine eigene Rentabilitätsinstitution geschaffen. Die Rentabilität im Kohlenbergbau lag dabei im Vergleich zwar unterhalb der der Textil-, Tabak- und chemischen Industrie, war aber nunmehr stabil und deutlich über dem Durchschnitt.⁶³⁴

Die Syndikatsgründung wurde als „eines der größten wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Zeit“ bezeichnet. Otto Hue urteilte, die „Kartellierung und Syndizierung [habe] den Unternehmern bedeutende wirtschaftliche Vorteile verschafft und naturgemäß ihre Stellung gegenüber den Arbeitern erheblich verstärkt“. Und weiter: „Wohl behaupten die Interessenten, [...] die Kartelle und Syndikate kümmerten sich nicht um die Arbeiterverhältnisse, übten darauf keinen Einfluß aus.“ Eine reine Schutzbehauptung, so Hue. Für den Alten Verband lag die einzig mögliche Abhilfe gegen die Syndizierung in der „Verstaatlichung der Bergwerke!“⁶³⁵ Tatsächlich veränderte die Syndikatsgründung, obschon das Syndikat

628 Syndikatsvertrag, v. 16./19.2.1893, in: O.V.: Die Syndikatsverträge des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, Essen 1933, Zit. S. 5; Christian Böse: Kartellpolitik im Kaiserreich. Das Kohlensyndikat und die Absatzorganisation im Ruhrbergbau 1893–1919, Berlin/Boston 2018, S. 27–83.

629 Holtfrerich, Relative Preise, S. 112.

630 Alfred Bührmann: Syndikatsrecht im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat 1893–1945, Essen 1953.

631 Müller, Organisatorischer Strukturwandel, Zit. S. 149.

632 Ebd., S. 152.

633 Eva-Maria Roelevink: Organisierte Intransparenz. Das Kohlensyndikat und der niederländische Markt 1915–1932, München 2015, S. 41–76.

634 Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 127; Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 100.

635 Otto Hue: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit [1910]. Mit einer Einführung zum Nachdruck von Hans Mommsen, Bd. 2, Bonn 1981, S. 548–550, Zit. 548 f.

sich in seinen Verhandlungen nie mit den Arbeitern befasste, die Bedingungen für die Zechen und damit auch deren Lohnpolitik.⁶³⁶ Indem das RWKS das Selbstkostengefüge stabilisierte, blieb als einer der Bereiche der einzelnen Bergbauunternehmen, mit dem sie sich einen Vorteil den anderen Syndikatsmitgliedern gegenüber verschaffen konnten, insbesondere die selbstgesteuerte Veränderung der Lohn- und Arbeitskosten übrig. Sie wurden zum ersten – und im Grunde auch, nachdem die erheblichen Mittel investiert und in den Anlagen gebunden waren – Mittel, um Krisen, Absatzstockungen und Kapitalmarktprobleme in einem unternehmensindividuellen Sinn abzufedern. Deshalb wurde es auch zentral für die Strategie der Industriellen, zu behaupten, das Syndikat habe mit der Arbeiterfrage „nicht das Geringste“ zu tun.⁶³⁷ Tatsächlich aber bildete es erst die Grundlage für eine noch rigidere Arbeiterpolitik seit den 1890er Jahren, wobei der Bergbauverein weiterhin als öffentlichkeitswirksamer Puffer und kommunizierende Institution nach außen auftrat.

Nachdem das Syndikat die ersten Jahre überstanden hatte, begann die eigentliche Phase des Verbundes von „Kohle, Eisen und Stahl“ bzw. im Syndikatsjargon der „Hüttenzeche“. Die GHH, Krupp, der Hörder Verein, der Bochumer Verein und Thyssen begannen nun verstärkt, Zechenbesitz zu erwerben und wuchsen dadurch erneut und erheblich.⁶³⁸ Besonders August Thyssen investierte und wurde für viele, besonders auch für die Gewerke überraschend, plötzlich zum größten Felderbesitzer im Ruhrgebiet. Es wäre daher gänzlich falsch, aus der Existenz des RWKS eine Homogenisierung der Interessen der beteiligten Zechenbesitzer abzuleiten oder zu unterstellen, der Zusammenschluss läge in der Logik des Kohlenbergbaus. In England bildeten sich keine vergleichbaren Organisationsstrukturen.⁶³⁹ Vielmehr wurde – etwa im Bereich der Nebenproduktgewinnung – gerade deshalb nach 1893 verstärkt investiert, weil die Nebenprodukte nicht in den Organisationsrahmen des Syndikats fie-

len. Erst nach und nach wurden für Ammoniak, Benzol und Teer eigenständige Verkaufskartelle und -syndikate geschaffen. Im Syndikatsinneren herrschte keineswegs die zigarrenschwängere Atmosphäre harmonie- und leutseliger Herren: Vielmehr war die ausbuchstabilisierte Syndikatssyntax, das Vertrags- und Regelsystem des Syndikats, Gegenstand andauernder und heftiger Auseinandersetzungen. Das Syndikat kanalisierte Interessen und einte unter einer Verwaltung einen Großteil der betriebswirtschaftlich relevanten Aufgaben der Mitglieder, aber es schaltete den Wettbewerb und die Suche nach unternehmensindividuellen Vorteilen nie aus.

Die Syndizierung hatte Effekte: eine relative Preisstabilität,⁶⁴⁰ eine zwar nicht diktierte, aber berechenbare Förderentwicklung und ein gut funktionierendes Absatzsystem.⁶⁴¹ Die durch das RWKS erwirkte Stabilisierung kam auch den Bergarbeitern durchaus zugute. Die Preiskrisen und Preisstürze gingen zurück, Entlassungswellen kamen zwar vor, sie verliefen aber deutlich milder als während der Wettbewerbsjahre seit 1851. Problematisch war indes, dass die Syndizierung eine Schließungswelle der älteren Südrandzechen nach sich zog. Sie wurden aufgekauft, die Beteiligungsziffer übernommen und die Schächte geschlossen.⁶⁴²

Die Kartellierung und Syndizierung waren keine isolierten Entwicklungen, sondern die Kartelle und Syndikate verknüpften und verbanden ihre Interessen untereinander, genauso wie die Verbände sich miteinander verzahnten. Das *Roheisen-Syndikat* etwa hatte auch nach der Konzentration erhebliche Probleme damit, den Absatz und den Handel unter Kontrolle zu bringen. Zwar versuchte man, den Handel zu knebeln und über Exklusivbindungen besonders das englische und schottische Gießerei-Roheisen vom deutschen Markt fernzuhalten. Durchgreifenden Erfolg hatte das Syndikat damit allerdings nicht.⁶⁴³ Zum Ende der 1890er Jahre schuf das Syndikat mit der Einführung von Ausfuhrvergütungen ein organisiertes und hilfreiches Mittel für die

⁶³⁶ Trischler, Steiger, S. 39 f.

⁶³⁷ Zit. Kirdorf n. Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 127.

⁶³⁸ Weber, Entfaltung, Tab. S. 240.

⁶³⁹ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 160 f.

⁶⁴⁰ Holtfrerich, Wirtschaftsgeschichte, S. 15–26.

⁶⁴¹ Böse, Kartellpolitik, S. 65–83; Roelevink, Organisierte Intransparenz, S. 41–76.

⁶⁴² Hugo Stinnes an August Thyssen, 22.3.1904, in: Rasch/Feldman, Briefwechsel, S. 251.

⁶⁴³ Klotzbach, Roheisen-Syndikat, S. 88 f.

Hebung der Exporte. Für sie wurden nun Rückvergütungen aus einer vorher gemeinsam gefüllten Umlagekasse gewährt. 1897 wurden 6,66 Mark Ausfuhrunterstützung pro Tonne verarbeitetes Roheisen, das exportiert wurde, ausbezahlt. Vom Roheisen-Syndikat entwickelt und angewendet, machte das System Schule und führte zu einer Zusammenarbeit der Kartelle. Das RWKS, der Halbzweig-Verband und das lothringisch-luxemburgische Roheisen-Syndikat beteiligten sich an dem System, das seit 1902 über die sog. Abrechnungsstelle für Ausfuhr zentral koordiniert wurde. In Konjunkturtiefs wirkte die Ausfuhrvergütung stabilisierend, während sie bei guter Lage auf dem Weltmarkt schrittweise zurückgefahren wurde.⁶⁴⁴

Arbeit und Konflikt seit den 1890er Jahren

Im Bergbau waren es v.a. die Steiger, die die Arbeiteraristokratie bildeten. Insgesamt lässt sich im langen 19. Jahrhundert eine Steigerung der Löhne im Ruhrgebiet bei einer stufenreichen Ausdifferenzierung der Lohngruppen feststellen. Dabei aber steigerten sich die Hauerlöhne nicht in gleichem Ausmaß wie Löhne in den anderen seit den 1890er Jahren stärker dynamisch wachsenden Branchen, etwa der Chemieindustrie. Schon 1889 lagen die Bergarbeiterlöhne nicht mehr an der Spitze der Lohnskala, bis 1909 waren sie ins Mittelfeld abgerutscht.⁶⁴⁵

Arbeiter war nicht gleich Arbeiter. Der Zuzug von Arbeitern, die ja gezielt in Gebieten mit Niedriglöhnen und prekärer Wirtschaftsstruktur angeworben wurden, dämpfte den Lohndruck für die Unternehmer erheblich, deshalb wurde der Zuzug mit Nachdruck forciert.⁶⁴⁶ Der andauernde Zuzug von Arbeitskräften ins Ruhrgebiet und die damit oft verknüpfte Vorstellung einer offenen Aufstiegsstruktur und eines „Melting Pot“ sind indes schief. Der Aufstieg war für ungelernte Arbeiter, die es durchaus bis zum Hauer bringen konnten, zwar möglich, aber nur für eine begrenzte Zahl und das auch nur in den dynamischen Wachstumsphasen. Seit

den 1890er Jahren verschlossen sich die Aufstiegskanäle zunehmend. Die Selbstrekrutierungsquote unter den Steigern, die zumeist aus den alten südlichen Teilen des Ruhrgebiets stammten, war hoch genug, um den Bedarf an dieser Berufsgruppe zu decken.⁶⁴⁷ Ohnehin war es für ambitionierte Aufsteiger mit protestantischer Konfession leichter als für Katholiken, den Sprung vom Hauer zum Steiger zu meistern. Damit war es nicht zuletzt für die Zuwanderer, die mehrheitlich katholisch waren, auch sozial erschwert, aufzusteigen.⁶⁴⁸ Indem sich die Aufstiegschancen verringerten, nahm das Prestige des Bergarbeiters rasant ab. Wenn möglich, kehrten die Arbeiter dem Bergbau nun den Rücken zu. Nicht nur blieb die Fluktuation hoch, auch die Abwanderungsziffern stiegen beträchtlich. Allein zwischen 1901 und 1906 zog es 10.000 Mann pro Jahr aus dem Ruhrbergbau in andere Industrien und Gewerbe. Auch die vormals starke Selbstrekrutierung über Bergarbeiterdynastien nahm ab. Nach 1900 gingen nur noch 40 Prozent der Bergarbeitersöhne in den Bergbau. Die Bergmänner empfahlen ihren Söhnen immer weniger, ihnen nachzufolgen, waren sie doch längst nichts Besonderes mehr.⁶⁴⁹

Der Umstand, dass die zunehmende Unzufriedenheit erst verspätet in eine starke Streikkultur transformiert werden konnte, kann auch als das Ergebnis erfolgreicher Angestelltenarbeit gesehen werden. Es ist davon auszugehen, dass die ausgleichende Wirkung der Steiger die Organisationsmotivation der Bergleute bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts vermindert hat. Denn dem Steiger fiel, jedenfalls in der Kommunikation mit den Kameradschaften, die Aushandlung des Gedinges zu. Seit der Stabilisierungskrise, die Konsolidierung hieß, für die Bergleute aber Intensivierung bedeutete, gelang es den Steigern immer weniger, den Ausgleich zwischen den Zechen- und Betriebsleitungen und den Kameradschaften vor Ort zu leisten. Die Steiger waren die zunehmend unter dem Druck der Zechenleitungen stehende Gruppe innerhalb der Belegschaften. Durch die Zunahme des Verwaltungsaufwands wurde ihre Arbeit im-

⁶⁴⁴ Willi Morgenroth: Die Exportpolitik der Kartelle. Untersuchungen über die handelspolitische Bedeutung des Kartellwesens, Leipzig 1907, S. 52–56.

⁶⁴⁵ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 257 f., S. 344.

⁶⁴⁶ Ebd., S. 262.

⁶⁴⁷ Tenfelde, Schichtung, S. 161.

⁶⁴⁸ Trischler, Steiger, S. 95.

⁶⁴⁹ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 246 f.

mer stärker ausdifferenziert und die Forderungen und Erwartungen an sie wurden in zunehmender Weise formalisiert. Ihre Beziehung zu den Arbeitern – besonders für die Aushandlung der Gedinge – blieb aber bestehen. Immer stärker wurde der Kostendruck von den Zechenleitungen die Unternehmenshierarchie hinab an die Steiger weitergegeben.⁶⁵⁰ „Lau[e]“ Steiger standen bei den Kameradschaften hoch im Kurs, „schneidige“ Steiger wurden dagegen von den Zechenbesitzern gefördert und prämiert.⁶⁵¹ Das Gros der Steiger war daher daran interessiert, für die gewünschte hohe Förderleistung zu sorgen. Das hierbei zunehmend angewandte Mittel des Wagennullens erfreute sich besonders großer Beliebtheit: Wurde ein Wagen – und zwar wenn er über Tage ankam – genullt, reduzierte sich das Gedinge, die Förderleistung aber stieg. Die Steiger setzten unter dem Druck der Zechenleitungen die Praxis des Wagennullens seit den 1890er Jahren verstärkt als Mittel der Disziplinierung der Bergleute ein. Und damit: Der berüchtigte „Grubenmilitarismus“ wurde seit den 1880/90er Jahren von den Steigern durchgesetzt: Sie strafften, sie leiteten die Betriebe nach den Preis- und Förderungsanordnungen der Zechenverwaltungen, sie legten Bergarbeiter an, sie entließen, sie belohnten und sie handelten die Gedinge aus.⁶⁵² Dass das Gefüge der Arbeiter untereinander dabei zum Gegenstand von Auseinandersetzungen und Konflikten wurde, zeigt sich nicht zuletzt an der abnehmenden Vehemenz, mit der auf eine Lohnsteigerung gedrungen wurde. Während des Streiks 1889 war die Forderung nach Lohnsteigerungen die Kernforderung der Streikenden gewesen. Das war bei den nachfolgenden großen Streiks 1905 und 1912 nicht mehr der Fall. Höhere Löhne wurden weiterhin gefordert, sie fielen in ihrer Bedeutung aber zurück, während die von den Bergleuten abgelehnten Praktiken der Steiger in den Forderungen vorrückten.⁶⁵³

Die technischen Angestellten bildeten in den wachsenden Großunternehmen eine wichtige und seit den 1880er Jahren besonders stark wachsende Gruppe.⁶⁵⁴ Ihre Bedingungen waren im Vergleich zu den „Arbeitern“ deutlich besser. Sie erhielten ein Festgehalt und Prämien bzw. Gratifikationen, ihre Gehälter stiegen, sie lebten oft in besseren Wohnungen und Häusern, sie arbeiteten länger, d.h. sie wurden älter, und sie hatten weniger Kinder zu versorgen.⁶⁵⁵ Bei den technischen Angestellten war das Bewusstsein, eine eigene Berufsgruppe darzustellen, fest etabliert. Das Selbstverständnis war bereits während der Zeit des Direktionsprinzips durch die Abgrenzung von den Bergarbeitern hergestellt worden. Sie wähten sich als ausführende Hand der Zechenverwaltungen und orientierten sich in diese Richtung. Ihr erster Verband, der 1886 gegründete *Verband technischer Grubenbeamter im Oberbergamtsbezirk Dortmund*, zeigt das sehr deutlich. Zu den Prinzipien des Verbands zählte, nicht gegen die Werksleitung zu agieren. Es ist bezeichnend, dass der Verband hierbei Orientierung, ja eine Unterwerfung unter die Zechenverwaltung vorgab,⁶⁵⁶ der Bergbauverein es aber dennoch ablehnte, ihn als Verband anzuerkennen. Denn die Gewerken und Zechenmanager schlossen sich ihrerseits nach unten ab und wähten sich keineswegs auf einer Stufe oder auch nur in der Nähe ihrer Angestellten. Trotz dieser Ablehnung stärkte der Verband technischer Grubenbeamter die Zechenbesitzer und bekämpfte in den Betrieben besonders die sozialdemokratische „Agitation“. Die Organisation der Angestellten war damit eher die Folge der allgemeinen Organisationsbewegung. Mit einer Strategie oder kalkulierten Konfrontation verbundene Forderungen bildete der Verband nicht aus.⁶⁵⁷

Ein exklusiver Steigerverband gründete sich 1890 mit dem *Rheinisch-Westfälischen Steigerverband*. Er wurde in Abgrenzung zum Verein der technischen Grubenbeamten gegründet und belegt damit, dass es auch inner-

⁶⁵⁰ Ebd., S. 231–233.

⁶⁵¹ Art. Die Stellung der Steiger zu den Bergarbeitern, in: *Tremonia*, 6.7.1889, in: Tenfelde/Urban, *Lesebuch*, S. 249 f., Zit. S. 249.

⁶⁵² Berg, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 350.

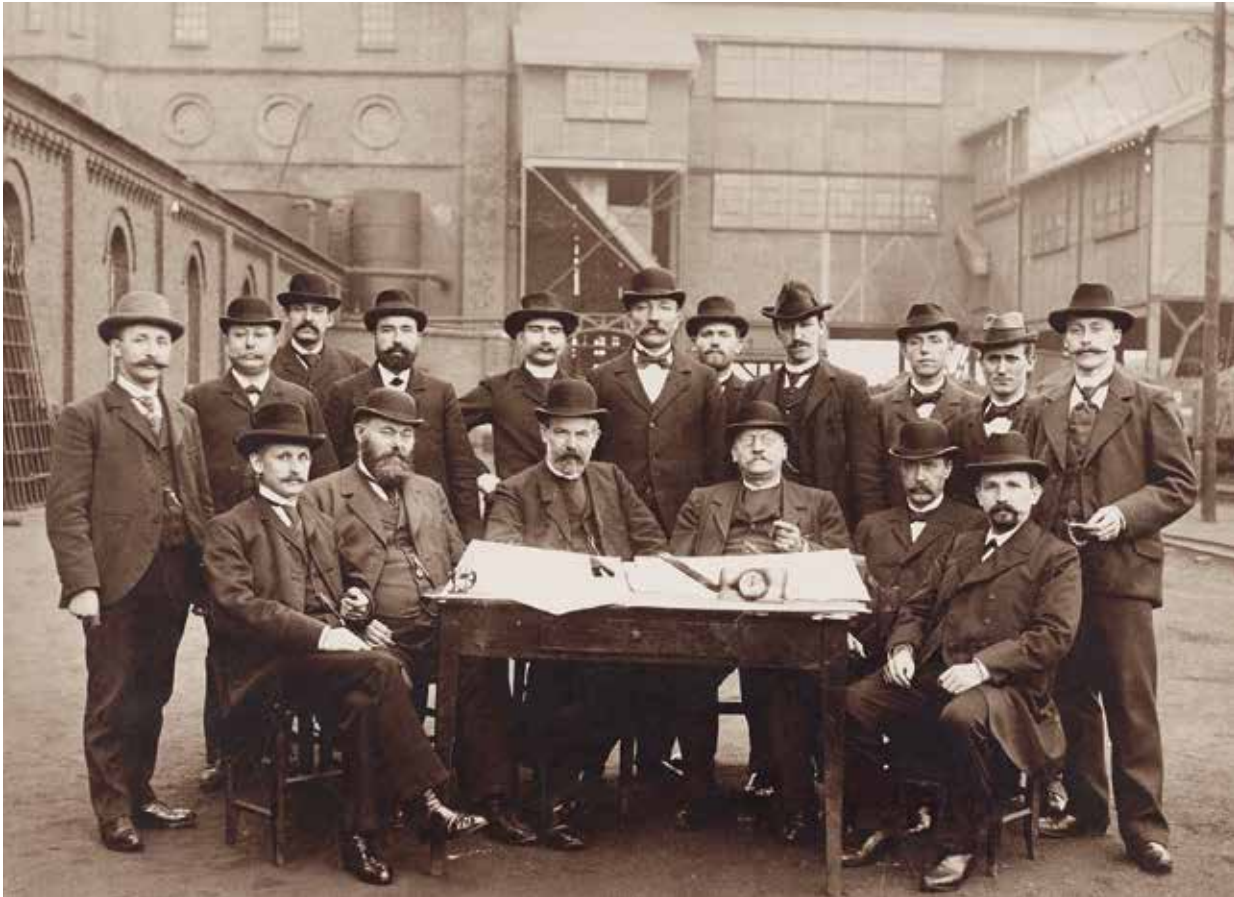
⁶⁵³ Brüggemeier, *Leben*, S. 165.

⁶⁵⁴ Berg, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 221–223.

⁶⁵⁵ Ebd., S. 328–337.

⁶⁵⁶ Trischler, *Steiger*, S. 126 f., S. 130 f.

⁶⁵⁷ Berg, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 362.



Beamte der Zeche Hannover 3/4, 1893.

Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, 027200250001

halb dieser Berufsgruppe Differenzen gab.⁶⁵⁸ Doch die Entwicklung des Steigerverbandes blieb stecken, es gelang nicht, ihn zu einer Gewerkschaft zu formen. Bereits 1891 wurde er wieder sang- und klanglos begraben. Erst 1907 gelang es, mit dem *Deutschen Steigerverband* eine dauerhafte Gewerkschaft zu etablieren. Da er eigene Forderungen erhob, wurde er vom Bergbauverein nicht anerkannt. Die Ablehnung trieb den Verband verhalten in die Nähe der Arbeitergewerkschaften, zu nah aber wurde die Beziehung nicht.⁶⁵⁹ Zentral wurde hier insbesondere Georg Werner. Ihm, einem ehemaligen Steiger auf der Zeche Neumühl, war die Gründung inklusive einer Genehmigung geglückt. Er versuchte den Verband zu vernetzen und in das zunehmend dichter werdende Organisationssetting im Ruhrgebiet einzufügen. Die Poli-

tik – das Zentrum und auch die Freisinnigen – lehnten die Zusammenarbeit ab, ebenso die Nationalliberalen und Konservativen. Erst als die Anbindung zu einer der Parteien misslang, versuchte Werner den Verband gewerkschaftlich auszurichten. Er kam dabei zunächst mit dem Gewerkverein und dann auch mit dem Alten Verband in Kontakt. Weil diese Verbindungen von den Zechenverwaltungen wie von den Behörden negativ bewertet wurden, schlug der Steigerverband nun auch härtere Töne gegenüber den Zechenverwaltungen und Zechenbesitzern an. Der Steigerverband forderte schließlich gar, das Prämiensystem abzuschaffen. Seit 1909 nahmen die Repressionen gegenüber dem Steigerverband als Folge seines „Linksrutsches“ zu. Er wurde nun ebenso bekämpft wie die Gewerkschaften der

⁶⁵⁸ Trischler, Steiger, S. 131.

⁶⁵⁹ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 364–366.

Arbeiter. In noch stärkerem Maße als ohnehin schon wählten sich die Zechenverwaltungen unter dem geballten Druck ihrer Arbeiter- und Angestelltenschaft. In des blieb es dabei; die Steiger fusionierten keineswegs mit den Arbeitergewerkschaften. Eine Interessenkongruenz stellte sich nicht ein. Der Großteil der Steiger hielt die Praxis, sich sozial nach unten abzuschotten, bei.⁶⁶⁰

Die Interessengruppen innerhalb der „Arbeiterschaft“ differenzierten sich seit den 1890er Jahren also stark aus. Besonders mit dem Wachstum und der Intensivierung der Betriebe profilierten sie ihre soziale Lage, ihre Milieuzugehörigkeit und auch ihre Forderungen. 1897 brachte es der Gewerkverein auf rund 21.000 Mitglieder, der Alte Verband zählte rund 18.000. Der Wettkampf um die Mitgliederzahl war die eine Seite der Medaille. Die andere Seite war, dass der Gegensatz die internen Auseinandersetzungen anheizte und zur Schärfung des Profils beider Verbände beitrug. In ihren konkreten Forderungen waren die Gewerkschaften kaum mehr voneinander zu unterscheiden. Was die Verbände voneinander trennte, war ihre ideelle und ideologische Zukunftsvision. Austausch und Kontakt hat es zwischen den führenden Funktionären der beiden großen Gewerkschaften beinahe durchgehend gegeben, wenn er auch schwierig blieb und in der jeweiligen Gewerkschaftsöffentlichkeit eher die vermeintlichen Schwächen der anderen Gewerkschaft herausgestellt wurden. Unter den vielzähligen Klagen, Forderungen und diskutierten Missständen aber schälten sich drei Kernforderungen heraus, auf die sich eigentlich alle Gewerkschaften einigen konnten: Die Reduktion der Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne (bzw. Gedinge) und die Abschaffung der Sanktionierung durch die Grubenbeamten. Das waren seit den 1890er Jahren defensive Forderungen. Es ging darum, den Status Quo zu erhalten, also zu verhindern, dass die Arbeitszeiten mittels des Ausschlusses der Ein- und Ausfahrzeiten faktisch verlängert wurden und die Gedinge durch das Wagennulln fortwährend reduziert wurden.⁶⁶¹

Insgesamt blieb die Gewerkschaftsorganisation in der Montanindustrie des Ruhrgebiets unvollständig und im reichsdeutschen Vergleich rückständig. Besonders in den Branchen, die wie z. B. Druckereien oder das Baugewerbe weniger Aufmerksamkeit genossen, war die Organisationsneigung der Arbeiter viel höher und erreichte mitunter über 50 Prozent. Die Gewerkschaft der Drucker erkämpfte sogar Tarifverträge. Unter den Bergarbeitern dagegen, der quantitativ mit einigem Abstand größten Arbeitergruppe, lag der erreichte Organisationsgrad dagegen um 1900 gerade einmal bei etwa 25 Prozent. Die Zentren lagen in den alten Städten, weniger aber im Norden des Industriebezirks.⁶⁶² Inzwischen hatten sich der Norden und der Süden des Ruhrgebiets endgültig auseinandersegregiert. Aus Unternehmenssicht positiv apostrophiert als „Auflockerung“ der Siedlungsstruktur,⁶⁶³ entstammten 1893 25 Prozent der im Ruhrbergbau tätigen Bergarbeiter aus den ostelbischen Provinzen, knapp drei Prozent waren Ausländer. Das änderte sich bis 1912 noch einmal stark: Bis 1912 war der Anteil der Bergleute, die aus den preußischen Ostprovinzen zugezogen waren, auf gut 36 Prozent angestiegen, der Anteil der Bergleute aus dem Ausland belief sich gar auf gut acht Prozent.⁶⁶⁴ Es weckt einen falschen Eindruck, die Ziffern im Median zu lesen. Das Gros der Zugewanderten arbeitete und wohnte im Norden des Ruhrgebiets. Die hohe Segregation im Raum hemmte die Solidarisierung.

Beton- und Hüttenarbeiter blieben regelrecht gewerkschaftsfern. Vielfach wurde dies auf den Mangel einer Organisationskultur zurückgeführt.⁶⁶⁵ Das Problem lag aber auch darin, dass sich die Gewerkschaften vor dem Hintergrund der Erinnerung an den Kulturkampf und natürlich das Sozialistengesetz davor hüteten, eine allzu gegnerische Position zur Obrigkeit einzunehmen. Und das bedeutete, bei den sozialpolitisch eindeutigen Differenzen zu eben dieser Obrigkeit, dass das „Deutschsein“ besonders stark herausgestellt wurde. Das richtete sich nicht nur nach außen, sondern bedeutete auch nach innen, dass die Gewerkschaften ein erhebliches Mit-

⁶⁶⁰ Trischler, Steiger, S. 134–140, S. 145.

⁶⁶¹ Ebd., S. 66–73.

⁶⁶² Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 741.

⁶⁶³ Heinrichsbauer, Siedlung, Zit. S. 23.

⁶⁶⁴ Tenfelde, Schichtung, S. 162.

⁶⁶⁵ Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 744–766.

Seiten systematisierte Wanderungsmobilisierung. Die Betriebe entsendeten gezielt Vertreter, die für das Ruhrgebiet als „Traumland der Sehnsucht“ warben, gaben Anwerbegeld, Zigarren und Alkohol aus und organisierten Tanzveranstaltungen. Die Arbeitsverträge wurden dann noch in der „Heimat“ geschlossen.⁶⁶⁸ Die „Polen“ organisierten ihren Zuzug derweil nicht selten in Gruppen. Besonders der Volkskundler Wilhelm Brepohl hat später aus den Zuwander:innen, den „aus dem Osten kommenden Elementen“, den Typus der „Ruhrpolen“ stilisiert, eine ausgesprochen einebnende und einem nationalistischen Denken entspringende Kategorisierung.⁶⁶⁹ Schon sehr bald wurden „die Polen“ als Gefahr für die deutsche Nation gesehen, gegen die es sich, auch aufgrund der durch die Zuwanderung vermeintlich steigenden Kriminalität, zu „wappnen“ galt. Die Obrigkeit fürchtete zudem eine „Radikalisierung der Arbeitermassen“.⁶⁷⁰ Entsprechend zielte der verlaubliche Umgang auf eine Assimilation ab: Die „Ruhrpolen“ sollten sich in die „höherstehende“ deutsche Kultur einfügen.⁶⁷¹

Die „Polen“, ihre „Rasse“, ihre „Sprache“, ihre Religiosität und ihr polnischer Nationalismus stellten für den nationalistischen *Alldeutschen Verband* eine Aufgabe dar. Mit der „richtigen“ Behandlung, so hieß es, könne eine „Eindeutschung“ wohl gelingen. Zu den von den Alldeutschen empfohlenen „Maßregeln“ gehörten: die „Abneigung“ der Deutschen gegen die Polen zu „regeln“, Beschimpfungen als „Polacken“ seien nicht dienlich und die Aufnahme von Polen in deutsche Vereine sei zu unterstützen. Auch der Eindeutschung der Namen sei „entgegenzukommen“, die Arbeitgeber, insbesondere aber die Behörden sollten das unterstützen. Allerdings sollte aus Sicht der Alldeutschen nur „reichsdeutschen Po-

len“ die Zuwanderung gestattet werden, nicht aber den „ausländischen Polen“. Eigene Zeitschriften, überhaupt eine polnische Presse, sollten unterbunden werden. Versammlungen seien in der „Landessprache“ abzuhalten, polnische Vereine seien zu beaufsichtigen, es sei darauf hinzuwirken, dass Zuwanderer ohne Sprach- und Schreibfähigkeiten des Deutschen „überhaupt nicht im Bergbau beschäftigt werden dürfen“, so empfahlen die Alldeutschen. Und weiter: Die Arbeitgeber dürften „Umtriebe“ nicht dulden, „polnische Agitatoren“ seien zu entlassen. Und schließlich sollte der „Kohlen- und Eisenbezirk“ endlich zu einem Verwaltungsbezirk vereinigt werden, um die „gemeinsame Behandlung der Polen“ zu erleichtern.⁶⁷² Die Alldeutschen instrumentalisieren die „Polenfrage“ und erklärten sie zuvorderst zu einer Aufgabe der Behörden und weniger der Unternehmen.

Wilhelm Brepohl, der später die Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet leitete und auch über die NS-Zeit hinaus eine vielfach zitierte Stimme blieb,⁶⁷³ hat das in anderer Richtung interpretiert. Brepohl schrieb „den Polen“ eine starke Aufstandsneigung zu, indem er konstatierte, „daß im Übrigen die Radikalisierung der Arbeitermassen untrennbar verbunden ist mit dem Einströmen der Menschen aus dem Osten“. Und weiter: „Es ist nicht so als ob die Menschen in den preußischen Provinzen radikaler oder revolutionärer wären als im Westen – das Umgekehrte wäre vielleicht richtig –; es ist aber so, daß Menschen, die sich nicht mehr in eine Heimat eingebettet fühlen, in einem anderen Wertesystem leben müssen und ein verändertes Verhältnis zur Umwelt und zu den Mitmenschen haben.“⁶⁷⁴ Brepohl lokalisierte das vermeintlich aufrührerische Verhalten „der Polen“ vor allem in der von ihm definierten „Emscherz-

⁶⁶⁸ Ebd., Zit. S. 110, S. 113.

⁶⁶⁹ Jens Adamski: Überlegungen zur industriellen Kulturraumforschung. Zu Wilhelm Brepohl: „Die Heimat als Beziehungsfeld – Entwurf einer soziologischen Theorie der Heimat“, in: Norman Braun u.a. (Hg.): *Begriffe – Positionen – Debatten. Eine Relektüre von 65 Jahren Soziale Welt*, Baden-Baden 2014, S. 11–17.

⁶⁷⁰ Brepohl, *Industrievolk*, Zit. S. 192, Zit. S. 205 u. S. 206.

⁶⁷¹ Horst Pöttker/Harald Bader: *Gescheiterte Integration? Polnische Migration und Presse im Ruhrgebiet vor 1914*, in: Rainer Geißler/Horst Pöttker (Hg.): *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Forschungsbefunde*, Bielefeld 2009, S. 15–46.

⁶⁷² Gutachten des Alldeutschen Verbandes zur „Polenfrage“, 1901, in: Tenfelde/Urban, *Lesebuch*, S. 426–428.

⁶⁷³ Vgl. dazu etwa Wilhelm Brepohl: *Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform, dargestellt am Ruhrgebiet*, Tübingen 1957.

⁶⁷⁴ Richard H. Tilly: *Sozialer Protest als Gegenstand historischer Forschung*, in: ders.: *Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung. Gesammelte Aufsätze*, Göttingen 1980, Zit. S. 179 f.

one“,⁶⁷⁵ im mittleren bis nördlichen Teil des Ruhrgebiets also. Tatsächlich wurde der überwiegende Teil „der Polen“ klar im Norden des Ruhrgebiets, und zwar dort in den ländlichen Werks- und Zechenkolonien, weniger aber den städtischen Gebieten, wohnhaft. Und auch im Süden wurden „die Polen“ eher in den Landgebieten, seltener in den alten Hellwegstädten angelegt.⁶⁷⁶

Der Blick auf die tatsächliche Streikbewegung zeigt indes deutlich: Das „radikale“ Potenzial lag sehr viel stärker im Süden und in den alten Städten des Ruhrgebiets, kaum aber im Norden. Die von Brepohl vertretene „Entwurzelungsthese“, wonach die Zuwanderer – besonders die aus Schlesien – aufrührerischer seien und stärker zu Protest neigten, weil sie sich weniger gebunden fühlten, stand also auf ausgesprochen wackeligen Füßen. Ohnehin wird es in der Forschung mit Recht kritisch gesehen, wenn aus kulturellen Unterschieden, deren Manifestation eine beidseitige ist, kausal eine soziale Handlung abgeleitet wird – wie besonders in den stark nationalistisch geprägten Forschungen von Brepohl geschehen. Und nicht zuletzt ist die von Brepohl unterstrichene Homogenisierung und Anpassung „der Polen“ eine Charakterisierung, die den Fakten nur wenig Rechnung trägt. Der Zuzug war organisiert; als Kettenwanderung führte das keineswegs dazu, dass sich „der Pole“ im Ruhrgebiet niederließ und sich „heimatlos“ einer deutschen Kultur unterwarf, die es bei genauer Betrachtung überhaupt nicht gab. Weder existierte im 19. Jahrhundert eine „Ruhrgebietsidentität“ noch die eine starke Solidarität unter „den Arbeitern“. Und allein waren die vermeintlich „Heimatlosen“ auch nicht. Viele Posener zog es nach Herne, und Hamborn-Marxloh galt durchaus spezifiziert als „Posen am Rhein“.⁶⁷⁷ Zuwanderer aus Westpreußen begaben sich oft nach Wattenscheid und die evangelischen Masuren strömten in großer Zahl nach Gelsenkirchen. Aber nicht nur das. Stärker auf die Herkunfts- und Ansiedlungsregionen bezogen zeigt sich,

die Zuwanderung war eine sozial ausgesprochen enge. Bottrop etwa zog Wanderer aus Oberschlesien an und gilt bis heute einigermaßen fehl als „Klein-Warschau“.⁶⁷⁸ Tatsächlich entstammten „die Polen“ keineswegs und gleichmäßig verteilt aus allen Teilen Oberschlesiens, sondern sehr viel raumspezifischer zog es Zuwanderer aus den Kreisen Rybnik und Ratibor (Racibórz) nach Bottrop; die meisten wurden auf Prosper I und Prosper II angelegt. In beiden Kreisen lebten besonders viele Mähren, Tschechen also, und von ihnen wanderten viele ins Ruhrgebiet aus. „Den Polen“ also eine abgeschlossene „polnische Identität“ zu unterstellen, die sich gewissermaßen durch Gruppenstärke von der „deutschen“ Identität im Ruhrgebiet abgrenzen musste, geht fehl, besonders für das 19. Jahrhundert. Obschon nicht wenige weiterzogen, bewirkte die keineswegs planlose, sondern seit den 1890er Jahren stark organisierte Kettenwanderung ins Ruhrgebiet die Entstehung von „wandernden Dörfern“, und zwar besonders im nördlichen Teil des Ruhrgebiets. Dort war der Bedarf an Arbeitskräften besonders groß und der in Aussicht gestellte Lohn deutlich höher als in der alten „Heimat“. Zunächst in Schlafhäusern untergebracht, wurden für die Arbeiter bald Siedlungen gebaut. Mit dem Nachzug der Familien und ihrer Unterbringung in den Zechenwohnungen und -häusern nahm das ohnehin eher befürchtete als faktische Krawall- und Exzessverhalten zügig ab. Selbstverständlich standen die zugezogenen „Polen“ mit ihren Heimnetzwerken im brieflichen Kontakt; Kostgänger wurde dann nicht irgendwer, sondern in der Regel ein bekannter oder zumindest bekannt vermittelter Zuwanderer. Das verstärkte die soziale Bindung, ebenso das gegenseitige und auf dem katholischen Glauben fußende Kontroll- und Sanktionsverhalten. In den Siedlungen bildeten sich ethnisch geprägte Straßenzüge, die von den bauenden Zechen auch attraktiv gestaltet wurden.⁶⁷⁹ Besonders im südlichen Ruhrgebietsteil war das Distinktionsbe-

675 S. Köllmann, Beginn der Industrialisierung, S. 12–22; Wilhelm Brepohl: Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform, dargestellt am Ruhrgebiet, Tübingen 1957, S. 1–28.

676 S. Tab. Kleßmann, Polnische Bergarbeiter, S. 114.

677 Kleßmann, Polnische Bergarbeiter Zit. S. 110; Richard C. Murphy: Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Das Beispiel Bottrop, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.): Glück auf, Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979, S. 92.

678 Lutz Budraß: Von Biertultau (Biertuttowy) nach Batenbrock. Oberschlesier in Bottrop, in: ders./Barbara Kalinowska-Wójcik/Andrzej Michalczyk (Hg.), Essen 2013, S. 111.

679 Ebd., S. 112–137.

dürfnis hoch. Polnische Vereinsgründungen wurden in aller Regel kritisch bewertet, von den Bürgern, den Stadtviereckern, den Unternehmern, den Gewerkschaften und auch von den Arbeitern. Von einer „riesenhaften Binnenwanderung“ „polnischer Muttersprachler“ und anderer Zuwanderer berichtete Hue, die aus seiner Sicht die „Ausbreitung und Festigung der gewerkschaftlichen Organisation“ bedeuten musste, das aber, indem die Zuwanderer sich ein- und unterordneten.⁶⁸⁰

Wie die anderen Arbeitergruppen bildeten auch die zugezogenen „Polen“ eigene Vereine. Unter der Masse der Vereine fielen sie zunächst nicht weiter auf. Seit dem Beginn der 1890er Jahre und mit der ersten richtig großen Zuwanderungswelle wurden die Zusammenschlussbestrebungen auffallender, zumal die Haltung der Obrigkeit zu den „Polen“ zunehmend zu einer „erzwungenen Assimilation“ kippte.⁶⁸¹ Besonders die Revierpresse reagierte auf die Herausgabe des „Wiarus Polski“, der ersten polnischen Zeitung im Ruhrgebiet, scharf.⁶⁸² Die etwaige Politisierung „der Polen“ wurde auch von den Behörden mit Argwohn betrachtet, schließlich bestand die verordnete Lösung im zeitgenössischen Germanisierungsdiskurs darin, „die Polen“ zu verdeutschen: Mit zehn Prozent waren die polnischen bzw. polnisch sprachigen Einwohner die größte Minorität im Kaiserreich. Sie waren preußische Untertanen, keineswegs Ausländer, galten aber dennoch als „Reichsfeinde“.⁶⁸³ Ihnen sollte die eigene Sprache – in Schulen usw. – genommen werden und Umzüge mit polnischen Fahnen sollten unterbunden werden.⁶⁸⁴ Sie sollten sich anpassen und dann aufgehen in der „deutschen Kultur“. Die beidseitige Tendenz der Abschottung förderte dieses Ziel selbstverständlich nicht, im Gegenteil. Regelrecht im Schnelldurchlauf, verglichen jedenfalls mit der Gewerkschaftsbildung in der Montanindustrie insgesamt, setzten „die Polen“ im seit den 1890er Jahren zur Struktur gewordenen Organisationsgeflecht eigene Akzente und schufen eigene, ihre Interessen vertretende Orga-

nisationen. 1902 gründete sich mit der *Zjednoczenie Zawodowe Polskie* (ZZP) eine eigene berufsübergreifende Gewerkschaft, das nicht zuletzt, weil die Gewerkschaften der Bergarbeiter, der Alte Verband und auch der Gewerkverein, „die Polen“ eher ausgeschlossen als gezielt mobilisiert hatten. Der neu gegründeten polnischen Gewerkschaft fehle „aber auch jedes andere Bedürfnis als das der national-polnischen Parteiführer“, so Hue abschätzig.⁶⁸⁵ Die beiden großen Gewerkschaften, besonders der christliche Gewerkverein, wählten sich unter „Germanisierungsdruck“ und unterstützten etwa die Unterdrückung der polnischen Sprache. Statt unter der wachsenden Anzahl „der Polen“ zu werben, hatten sie die Arbeiter mit der Forderung nach unbedingter Unterordnung unter die „deutsche Kultur“ konfrontiert. Erst als die Gründung der ZZP geglückt war und diese rasch wuchs, bemühten sich die großen Gewerkschaften stärker um die Einbeziehung „der Polen“. Denn besonders für den Gewerkverein stellte sich schnell heraus, dass sich die Forderungen der beiden stark katholisch geprägten Gewerkschaften kaum voneinander unterschieden.⁶⁸⁶

Die Organisation der Gewerkschaften und ihr Verhältnis zueinander blieben ein Problem. Die Fluktuation und die starken Zuwanderungen bedeuteten erhebliche Kommunikationsprobleme und machten deutlich: Die mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft praktisch einhergehenden sozialen Verortungen gingen erheblich auseinander. Von den kurzfristigen und sehr ähnlichen Zielen abgesehen, trennte den Alten Verband, den Gewerkverein und die ZZP die langfristige Zielperspektive: Während der Alte Verband, zumindest formal, daran festhielt, dass der Bergbau verstaatlicht werden müsse, lehnten die katholischen Gewerkschaften, der Gewerkverein und ebenso die ZZP, diese Zielvorstellung ab. Im Hinblick auf die Bewertung und die Wahl der Streikmittel waren sich die Organisationen aber ausgesprochen einig. Sie beharrten darauf, die Unternehmerseite an den Verhandlungstisch zu bringen. In der Anerken-

⁶⁸⁰ Hue, Bergarbeiter, Bd. 2, Zit. S. 563 u. S. 560.

⁶⁸¹ Piotr Szlanta: Der „Polenfresser“ gegen die „Reichsfeinde“: Kaiser Wilhelm II. und die Polen 1888–1918, Wiesbaden 2022, Zit. S. 196.

⁶⁸² Pöttker/Bader, Gescheiterte Integration, S. 33–41.

⁶⁸³ Szlanta, „Polenfresser“, S. 3 f.

⁶⁸⁴ Kleßmann, Polnische Bergarbeiter, S. 116–118.

⁶⁸⁵ Hue, Bergarbeiter, Bd. 2, Zit. S. 564.

⁶⁸⁶ Kleßmann, Polnische Bergarbeiter, S. 119–124.

nung als Konfliktpartei lag aus ihrer Sicht der Schlüssel für den Ausgleich. Sie pflegten damit eine stark sozialromantisierende Vorstellung, die die Unternehmerseite, besonders das Management der Großunternehmen, sicher nicht teilte.⁶⁸⁷ Auch innerhalb der Gewerkschaften wurde zunehmend stereotyp und auch nationalistisch argumentiert: So würden die Zechenverwaltungen Arbeiter aus dem Ausland unter „Vorspiegelung falscher Thatsachen“ ins Ruhrgebiet locken, aber eine Kontrolle von Gesundheit, Eignung und Sprachfähigkeit, die würde von den Arbeitgebern nicht vorgenommen. So sei etwa die grassierende Wurmkrankheit durch die Zugewogenen eingeschleppt worden, kaum aber wurde sie auf die hygienisch rückständigen Zustände unter Tage, für die die Zechenleitungen verantwortlich waren, zurückgeführt. „Raffen wir uns nicht auf zur Organisation, so wird noch mehr Schindluder mit uns gespielt. Entweder Organisiren wir uns, oder wir gehen zu Grunde.“⁶⁸⁸ Statt aber ohne nationalistische Scheuklappen zu „organisiren“, rieben sich die Gewerkschaften im Inneren auf, weil sie in ihrem Distinktionsverhalten nicht inklusiv, sondern exklusiv wirkten. Ihr Abgrenzungsverhalten nach außen wurde auch im Inneren repliziert. Damit schärften sie die formalen Arbeits- und Betriebshierarchien, den Nationalismus und die Konfessionskonflikte, sie glichen sie aber nicht zugunsten einer übergreifenden Solidarisierung aus.

1903/1904: Eine Wendemarke für Arbeit und Wirtschaft

1903 verhandelten in Sachsen die Textilarbeiter mit den Fabrikanten über die Einführung des Zehnstundentages. Nachdem die Verhandlungen gescheitert waren, traten rund 600 Crimmitschauer Arbeiter in den Streik. Die Unternehmer reagierten und sperrten die Textilarbeiter – rund 800 – aus. Wäre dieser Streik auf Crimmitschau begrenzt geblieben, wäre dies ein üblicher Arbeitskampf geblieben und damit im Grunde ein Routinekonflikt zwischen Arbeit und Wirtschaft.

Sehr zum Ärger der Fabrikanten ließ er sich aber nicht regional eingrenzen. Die Fabrikanten mussten um die Unterstützung ihrer Branchenkollegen bitten. Damit eskalierte der Konflikt und weitete sich aus. Was die Textilfabrikanten in Sachsen geschwächt hatte, war der Mangel an einer gemeinsamen Organisation, die die Abwehr und die Kampfmaßnahmen koordinierte.⁶⁸⁹ Aufgegriffen vom *Centralverband Deutscher Industrieller (CDI)* wurde der Crimmitschauer Streik der Impulsgeber für einen Organisationsschub auf der Arbeitgeberseite. Reichsweit wurden eigene Arbeitgeberverbände, als Ergänzung zu den Fach- und Industrieverbänden, nun forciert und die Kampfmittel gegen die Arbeiterbewegungen professionalisiert.⁶⁹⁰

Schon vor der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes, was von den Industriellen mehrheitlich als Rückzug des Staates gewertet wurde, hatte es in verschiedenen Regionen des Reiches Arbeitgeberverbände gegeben. Aber erst mit dem Crimmitschauer Streik wurde die Schaffung einer branchenübergreifenden und allgemeinen Arbeitgebervertretung und -politik von den Unternehmern als Erfordernis bewertet. Zügig und auf der Grundlage des bereits bestehenden Verbandsnetzes der Wirtschaft entstanden 1904 verbundene Arbeitgeberverbände. Besonders in den Industrien, wo die Arbeiterbewegung und -organisation eher schwach ausgebildet war, und damit insbesondere in der Montanindustrie, gelang das aufgrund der schon bestehenden Verbandsorganisation zügig. Für die Montanindustrie des Ruhrgebiets wurde die *Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände (HDA)* zentral. Neben ihr war die Textilindustrie maßgeblich, ferner der Braunkohlenbergbau sowie Industrien der Papier- und Glasfabrikation. Der HDA wurde die Arbeitgeberstelle für die Großindustrie und personell wie organisatorisch eng mit dem CDI verknüpft. Sein Komplementär, der *Verein Deutscher Arbeitgeberverbände (VDA)*, war mit seinen Mitgliedern aus der Metallindustrie, dem Holz- und Baugewerbe ebenfalls für das Ruhrgebiet relevant, wenn auch der HDA

⁶⁸⁷ Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 304 f.

⁶⁸⁸ Rede von Johannes Leimpeters, Bergarbeiterversammlung Dortmund-Eving, 16.3.1902, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 478–480, Zit. S. 479.

⁶⁸⁹ Hans-Peter Ullmann: Unternehmerschaft, Arbeitgeberverbände und Streikbewegung 1890–1914, in: Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 194, S. 196 f.

⁶⁹⁰ Ullmann, Unternehmerschaft, S. 194.

klar dominant war. Direkt trat der HDA im Ruhrgebiet nur wenig in Erscheinung. Ohnehin waren die Ruhrbarone im HDA engagiert, um die eigene kompromisslose und aus ihrer Sicht erfolgreiche Haltung auch in andere Branchen zu exportieren. Ihnen ging es um die Festlegung einer möglichst umfassenden „schröff anti-gewerkschaftlichen Linie“. Gerade in finanzieller Hinsicht, in Hinblick also auf die zu leistende Umlage für die Entschädigungsfonds, waren sie aber zurückhaltend, wussten sie doch sehr genau um den Umstand, dass in anderen Branchen – namentlich der Textilindustrie – deutlich häufiger gestreikt wurde. Die Ruhrbarone nutzten den HDA durchaus auch als ideologische Plattform, die eigene Selbstorganisation wollte man aber keineswegs durch Verallgemeinerung schleifen. Es waren auch deshalb besonders die Metallindustriellen – die im VDA organisiert waren, reichsweit eher kleinbetrieblich und oft mit lokalen oder fabrikbezogenen Streiks konfrontiert waren –, die auf eine Fusion von VDA und HDA hinarbeiteten. Sie gelang schließlich kurz vor dem Ersten Weltkrieg.⁶⁹¹

Auch im Ruhrgebiet wurde 1903 gestreikt, wenn die Wellenbewegung auch nicht so ausgreifend war wie in Crimmitschau. 1903 war als Streikerfolg der erste Tarifvertrag im Baugewerbe geschlossen worden; zudem wurde die Arbeitszeit verkürzt, Überstunden wurden gesondert gezahlt und die Löhne insgesamt angehoben. Nachdem dieser Abschluss in Essen gelungen war, folgten weitere Ruhrgebietsstädte.⁶⁹² In der Montanindustrie stieß das natürlich auf scharfe Ablehnung. Dort begann man nun mit der Systematisierung von Präventivstrategien, die den Ausbruch von Streiks möglichst verhindern sollten. Die Einführung der berüchtigten Schwarzen Listen und dann die gezielte Förderung der „Gelben“ zählte dazu.⁶⁹³

Zu den Strategien, die im Falle des Streiks angewendet werden sollten, zählte die Aussperrung. Aussperrungen zielten darauf ab, die Kapazitäten der Gewerkschaftskassen maximal zu beanspruchen und die Streiks damit möglichst unattraktiv für die Gewerkschaften zu

machen. Die Aussperrung bildete das wohl drastischste Mittel der Arbeitgeber, und sie war nicht ohne Nachteile. Denn die Aussperrung trieb die noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Gewerkschaften regelrecht in die Arme. Dazu waren sie teuer und wurden in der Öffentlichkeit ausgesprochen negativ aufgenommen. Zentral für die Organisation der Aussperrung war das Mittel der Streikentschädigung, das in einzelnen Regionalverbänden – etwa dem Ausstands-Versicherungs-Verband – bereits lange eingeführt war. Den Unternehmen wurde eine Entschädigung gezahlt, wenn sie von einem Streik betroffen waren. Besonders effektiv wirkte hierbei die Regelung, dass die Entschädigung nur gezahlt wurde, wenn die Aussperrung erfolgte. Bei den Unternehmern hatte sich das Format der organisierten „Selbsthilfe“ endgültig durchgesetzt, und zwar so weit, dass es überregional und national implementiert wurde.⁶⁹⁴ Auch in den großen Industrieverbänden, etwa dem CDI, wurde der Einfluss der „Syndikatsdirektoren“, des Kohlensyndikats, des Roheisensyndikats und des Stahlwerksverbands nunmehr manifest. Immer mehr gelang es den Ruhrbaronen, ihre Position zur Arbeiterbewegung auf andere Branchen und Regionen auszuweiten.⁶⁹⁵

Noch weniger als im Bergbau waren Streiks in der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets ein Konfliktmittel. Mehr der Streik in Crimmitschau als die tatsächliche Organisation der Hütten- und Stahlwerksarbeiter motivierte dazu, eine Arbeitgeberorganisation zu gründen, eine Anregung, die der CDI bereits seit den 1890er Jahren immer wieder vorgebracht hatte.⁶⁹⁶ Die Eisen- und Stahlindustriellen waren vor der Formalisierung einer Arbeitgeberorganisation zurückgeschreckt, wohl aus Angst, an den gemeinsam aufzubringenden Kosten außerhalb des eigenen Einflussbereichs beteiligt zu werden, aber wohl auch aus der Haltung heraus, dass die Existenz einer derartigen Organisation schon ein halber Schritt zur Anerkennung der Arbeitnehmerorganisationen und ihrer Forderungen war.

⁶⁹¹ Ebd., S. 195–207.

⁶⁹² Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 749.

⁶⁹³ Ullmann, Unternehmerschaft, S. 199 f.

⁶⁹⁴ Ebd., S. 199–203, Zit. S. 203.

⁶⁹⁵ Kaelble, Interessenpolitik, S. 68–80, Zit. S. 67.

⁶⁹⁶ Henning, Dokumentation, S. 29.

Auch der 1904 gegründete *Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Arbeitnordwest)* zielte eindeutig auf die „Unterdrückung der Gewerkschaften“.⁶⁹⁷ In der Satzung wurde als Zweck die „Herbeiführung und die Bewahrung guter Beziehungen zwischen den Verbandsmitgliedern und ihren Arbeitnehmern“ angeführt, nur konnte von „Beziehungen“ natürlich keine Rede sein.⁶⁹⁸ Die dort fixierten Pflichten und etwaigen Vertragsstrafen waren saftig. Der Verband sicherte sich damit bereits zur Gründung den formalen Rahmen dafür, dass die von Arbeitnordwest gefassten Beschlüsse von den Mitgliedern auch befolgt wurden. Für die Klärung von Konflikten wurde – wie bei den meisten Verbänden, Kartellen und sonstigen Organen der Unternehmen – der Rechtsweg zugunsten einer Schiedsgerichtslösung ausgeklammert.⁶⁹⁹

Auch in anderer Hinsicht waren die Jahre 1903 und 1904 für die Montanindustrie im Ruhrgebiet zentral. 1903 waren die „Hüttenzechen“ in das RWKS aufgenommen worden, zudem gelang mit der Schaffung des Kohlenkontors die Kartellierung des Kohlenhandels auf dem Rhein. Für beides – den Beitritt der Hüttenzechen und auch die exklusive Bindung des Kohlenhandels – war Hugo Stinnes maßgeblich. Stinnes, der eine möglichst syndikatsunabhängige Position für seine Hüttenzechen anstrebte, musste sich in diesem Fall aber beugen. Emil Kirdorf mit seiner durch die anderen „Syndikatsdirektoren“ gestützten Politik, das Organisationszentrum der Kohlenwirtschaft im Syndikat zu belassen, setzte sich durch.⁷⁰⁰ Das war mit erheblichen Konflikten verbunden, die sich insbesondere auf das sog. Selbstverbrauchsrecht konzentrierten. Die Auseinandersetzungen nahmen scharfe Formen an. Besonders als die GBAG – von Kirdorf geführt – nach 1903 zur neuen Expansion ansetzte und dabei die Position von Kirdorf im

Syndikat nutzte, war dieser Wachstumsschub den anderen großen Mitgliedern ein Dorn im Auge. Denn die geschaffene Interessengemeinschaft zwischen GBAG und dem Aachener Hütten-Aktien-Verein Rothe Erde bedeutete den Schritt der größten „reinen Zeche“ zum integrierten Konzern und damit zur „Hüttenzeche“. Unter den Industriellen wurde dies als Schritt zur montanindustriellen Trustbildung gewertet, was das Konkurrenzgefüge im Ruhrgebiet erneut ganz erheblich unter Spannung setzte.⁷⁰¹ Jetzt aber spielte sich der Konkurrenzkampf im selbstorganisierten Syndikats- und Kartellrahmen ab. Es ging darum, „daß wir noch mehr Macht im Syndikat bekommen“, so formulierte Stinnes.⁷⁰² August Thyssen und Stinnes verbündeten sich schließlich gegen Kirdorf. Wer hier „die Rolle des Intriganten“ spielte und wer eine „Puppe“ in wessen Hand war, blieb lange unklar. Denn im Hintergrund der neuerlichen Konzentrationsbewegung, die durch die Kartellierung von Kohle, Eisen und Stahl befördert wurde, führten die großen Banken, insbesondere die Disconto-Gesellschaft und die Deutsche Bank, eine erbitterte Auseinandersetzung um die Finanzherrschaft im Ruhrgebiet.⁷⁰³ Klar ist: Wenn auch Kirdorf zur Gründung des Kohlensyndikats gerade sein Format als Angestelltenmanager geholfen hatte, war er durch seine Position im Kohlensyndikat und bei der Expansion der GBAG zum integrierten Konzern nach 1903 nicht mehr „unabhängig“, sondern gerierte sich wie die Großen unter den Eigentümerunternehmern. August Thyssen jedenfalls wurde die „Stellung“ Kirdorfs „unerträglich“, sie sei eine „übermächtige“.⁷⁰⁴ Erst 1909 traten die letzten Hüttenzechen dem Kohlensyndikat bei. Die neue Wettbewerbsphase war fürs Erste ausgestanden. Aber anders als bis in die 1890er Jahre hatte sie nicht zu Preisstürzen geführt.

1904 gelang, nach langen Vorverhandlungen, die Gründung des *Stahlwerksverbands*, einem Verkaufskar-

⁶⁹⁷ Plumpe, Interessenpolitik, Zit. S. 677.

⁶⁹⁸ Henning, Dokumentation, Satzung, 1904, Zit. S. 30.

⁶⁹⁹ Ebd., S. 31 f.

⁷⁰⁰ Heinrichsbauer, Kohlenkontor, S. 15–20 f.

⁷⁰¹ Gerald D. Feldman: Zwischen Zusammenarbeit und Konflikt: Die komplizierte Beziehung zwischen Hugo Stinnes und August Thyssen, in: Manfred Rasch/ders. (Hg.): August Thyssen und Hugo Stinnes. Ein Briefwechsel 1898–1922. Bearb. u. annotiert von Vera Schmidt, München 2003, S. 120.

⁷⁰² Hugo Stinnes an August Thyssen, 2.2.1904, in: Rasch/Feldman, Briefwechsel, Zit. S. 240.

⁷⁰³ Hugo Stinnes an August Thyssen, 21.3.1904, in: ebd., S. 248–250, Zit. S. 249.

⁷⁰⁴ August Thyssen an Hugo Stinnes, 21.8.1904, in: ebd., S. 258 f., Zit. S. 258.



Karikatur „Wie das Kohlensyndikat im Ruhrrevier um das Gemeinwohl bemüht ist“, 1904.

Die Karikatur visualisiert das Ruhrsyndikat in zeittypischer Darstellung. Der Octopus, als Inkarnation des Bösen, kam Ende des 19. Jahrhunderts mit dem investigativen Journalismus in den USA auf. Dort wurde v.a. die Kritik an den Trusts (v.a. im Zusammenhang mit der Darstellung der Standard Oil Company) mit einem Octopus illustriert und damit zum Ausdruck gebracht: Die unterstellten Monopolgiganten waren anpassungsfähig, ausgestattet mit Tentakeln, die die Beute – hier Fabriken und Menschen – in Besitz nahmen; dazu: Daniel Damler: Konzern und Moderne. Die verbundene juristische Person in der visuellen Kultur 1880–1980, Frankfurt a.M. 2016, S. 21–31; S. 73–84. Titelseite, Der Wahre Jacob, 31.5.1904.

tell. Zentral bei der Gründung waren Adolph Kirdorf („Kirdorf Aachen“), der Bruder von Emil Kirdorf („Kirdorf Gelsenkirchen“), und Ernst Poensgen.⁷⁰⁵ Das Brüdergespann Kirdorf setzte sich hier für die vertikale Integrationsstrategie ein, wofür nicht nur eine Syndizierung der Kohlengrundlage, sondern auch eine Bindung der Stahlwerke sinnvoll war.⁷⁰⁶ Der Stahlwerksverband orientierte sich am Organisationsdesign des Kohlensyndikats. Auch im Fall des Stahlwerksverbandes wurde eine „betriebstechnische Gesamtlösung“ ausgeschlossen. Keine Fusion, sondern eine markt- und absatzorganisierende Verbundstelle stellte der Stahlwerksverband dar. Vollständig integriert hat der Stahlwerksverband aber weder alle Eisen- und Stahlunternehmen des Ruhrgebiets noch gelang es, die heterogenen Produkte kartelliert zu vertreiben.⁷⁰⁷ Auch die Erweiterung des Mitgliederkreises auf die oberschlesische Eisen- und Stahlindustrie 1909 wirkte sich zunächst schwächend aus. Erst während der Weimarer Republik und als Vorbereiter der Vereinigten Stahlwerke kam der Stahlwerksverband als „Syndikat“ zu seiner richtigen Blüte. Bis 1914 lag die Bedeutung des Stahlwerksverbands vor allem in der Normierung und Glättung der Preise für Halb- und Fertigfabrikate durch Kontingentierung; er hatte damit eher eine Informations- und Aushandlungsfunktion unter den Eisen- und Stahlunternehmern, weniger aber eine eindeutig und prozentual feststellbare Marktmacht. Die Jahre 1903 und 1904 brachten den Ruhrbaronen also starke Konkurrenzkämpfe und dann einen großen Konzentrationsschub. Die damit einhergehende Professionalisierung des Organisationssettings auf Seiten der Unternehmen ging mit einer weiteren Erschwernis für die Arbeiter einher. Denn die Zusammenlegungen und Fusionen bedeuteten auch eine Reihe von Stilllegungen und Entlassungen. Das war für die Arbeiter in den betroffenen Zechen eine existentiell bedrohliche Entwicklung. Die Gewerkschaftsspitzen aber waren nicht in Kampfstimmung. Keineswegs nahmen die Ge-

werkschaften die Unzufriedenheit auf, vielmehr drängten sie den Unmut ihrer Mitglieder zurück.⁷⁰⁸

Dabei bewirkte der Konzentrationsschub die Aktivierung eines Akteurs, der sich stark zurückgezogen hatte: die des Staates. Hatte er sich ohnehin in die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebiets kaum eingemischt, hatte sich die „Obrigkeit“ während des Bergarbeiterstreiks 1889 sichtbar als neutrale Ausgleichsstelle positionieren wollen, war aber damit gescheitert. In der Konsequenz hatte sich der Staat auch öffentlich aus den Belangen des „Ruhrgebiets“ weitgehend zurückgezogen. Mit den bald ventilierten Überlegungen zu einer Muttungssperre, die 1905 als Lex Gamp verankert wurde, tauchte er, zunächst als Rahmengeber, wieder auf. Die „Lex Gamp“ zeigte im Ruhrgebiet kaum Effekte. Die großen Gesellschaften hatten vorsorglich, noch bevor die Lex Gamp in Kraft trat, ihren Felderbesitz noch einmal ausgeweitet.

Aber nicht nur als Rahmengeber trat der Staat nun in Erscheinung, er betätigte sich auch auf eine neue Weise. Er versuchte die BAG Hibernia – weiterhin eine der drei großen Zechengesellschaften – durch geheime Aktienübernahme zu verstaatlichen. Vor dem Hintergrund der Flottenrüstung war dem Staat daran gelegen, seine Kohlenversorgung möglichst exklusiv zu sichern. Die Syndizierung der Kohlenwirtschaft durch das Kohlensyndikat und auch der Konzentrationsschub im Ruhrgebiet ließen besonders im Handelsministerium die Sorgen um eine etwaige staatliche Abhängigkeit von den Ruhrbaronen aufkeimen. Handelsminister Theodor von Möller, der als wichtiges Mitglied des Langnamvereins die Konzentrationsbewegung argwöhnisch beobachtet hatte und wähnte, die zunehmende Integration würde dem Kohlenmarkt immer mehr Kohle entziehen, womit die Preise und auch die Verhandlungsmacht des RWKS um ein Weiteres ansteigen würden, bat Eugen Gutmann von der Dresdner Bank, Hibernia-Aktien verdeckt für den preussischen Staat zu erwerben.

705 August Thyssen an Hugo Stinnes, 21.8.1904, in: ebd., S. 258 f., Zit. S. 259.

706 Kirdorf, Erinnerungen, S. 24.

707 Gerald Spindler: Recht und Konzern. Interdependenzen der Rechts- und Unternehmensentwicklung in Deutschland und den USA zwischen 1870 und 1933, Tübingen 1993, S. 99 f.

708 Brüggemeier, Leben, S. 84 f.

Gutmanns Vorgehen wurde von Carl Fürstenberg von der Berliner Handels-Gesellschaft aufgedeckt und den Ruhrbaronen zugeflüstert.⁷⁰⁹ Gegen die Übernahme organisierte der Ruhrbergbau, im Besonderen das RWKS und nicht etwa der Bergbauverein, einen starken und erfolgreichen Widerstand. Bei der Hibernia wurde eine Kapitalerhöhung durchgeführt, die den Übernahmepreis für den preußischen Fiskus in schwindelerregende Höhe trieb. Mittels der Ausgabe von Schutzaktien wurde die Aktiengesellschaft zudem gegen die Übernahme abgesperrt.⁷¹⁰ Besonders Stinnes, der fand, man habe „Alles“ aufzubieten – „auch Syndikatsmittel“ –, um die Verstaatlichung zu vereiteln, hatte in diesem Fall Kirdorf auf seiner Seite.⁷¹¹ Die Ruhrbarone wehrten den Angriff mit großer Geschlossenheit ab. Große Heiterkeit erntete Kirdorf deshalb 1905 im Verein für Socialpolitik für seine ironische Bemerkung: „[I]ch kenne keine Klasse im bürgerlichen Leben unseres Staates, die von geringerem politischen Einfluss ist als die Industrie [an Rhein und Ruhr, d. Verf.].“ Die Industriellen hätten doch „leider“ gar nichts zu sagen.⁷¹²

1905: Das Jahr der Konfrontation und der Streiks

1905 kam es zu einem Ausbruch heftiger Konflikte zwischen den Zechenleitungen und den Bergarbeitern, zwischen den Brauereibesitzern und den Brauereiarbeitern sowie zwischen den Baugewerbetreibenden und den Bauarbeitern.⁷¹³ Die Arbeitgeberseite aller drei Industriezweige wehrte sich und legte eine unnachgiebige Haltung an den Tag. Die Arbeiterinteressen schienen sich konsolidiert zu haben, umso heftiger waren die Arbeitskonflikte.⁷¹⁴

Im Baugewerbe hatte sich der Konjunkturauftrieb schnell gezeigt. Die Bauarbeiter Dortmunds, denen es

1903 nicht gelungen war, einen Tarifvertrag zu erzwingen, entschieden sich zum Handeln. Um Aussperrungen zu vermeiden, wandten sich die Gruppen – Maurer, Steinträger (Hucker), Bauarbeiter – zunächst an die Innungen, die ihnen jedoch die Unterstützung versagten. Die Arbeitgeber reagierten mit Aussperrungen, hatten damit letztlich aber keinen Erfolg. Die Gewerkschaften wurden anerkannt, die Lohnerhöhungen wurden vorgenommen. Anders als im Baugewerbe waren in den Brauereien Tarifverträge überhaupt noch nicht verankert. Als zwei Brauereiarbeitern gekündigt wurde, verhängten die Gewerkschaften einen Boykott, woraufhin die Brauereiunternehmer damit drohten, die Arbeiter auszusperrten. Ein Ergebnis brachte die Auseinandersetzung nicht, beide Seiten gaben schlussendlich nach. Allerdings hatten sich die Gewerkschaften als Organisation der Brauereiarbeiter damit etabliert.⁷¹⁵

1903 war zudem die Arbeitszeit der Bergleute verlängert worden. Dazu kamen die effektiven Lohnsenkungen, die zunehmend von den Konflikten zwischen den Steigern und Kameradschaften gekennzeichnet waren; auch die Praxis des Wagennullens hatte stark zugenommen. Und nicht zuletzt war es zu einer explosionsartigen Ausbreitung der Wurmkrankheit gekommen; allein 1904 waren 14.000 Bergleute erkrankt. Auf der Zeche Bruchstraße, in Langendreer, die zum Stinnes-Konzern gehörte und von Gustav Knepper reorganisiert worden war,⁷¹⁶ kam es im November 1904 zur Auseinandersetzung, als eine Verlängerung der Ein- und Ausfahrzeiten um eine halbe Stunde verkündet wurde. Die Belegschaft verweigerte die Einfahrt und wählte Delegierte, die mit Hugo Stinnes, dem Zechenbesitzer, verhandeln sollten. Stinnes aber war nicht bereit, mit den Vertretern zu verhandeln. Zwar beantwortete er die an ihn adressierten

709 Feldman, Zusammenarbeit und Konflikt, S. 121. Ausf. Dietmar Bleidick: Die Hibernia-Affäre. Der Streit um den preußischen Staatsbergbau im Ruhrgebiet zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Bochum 1999.

710 S. dazu etwa die Erklärung der Handelskammer Bochum, August 1904, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 381 f.

711 Hugo Stinnes an August Thyssen, 30.7.1904, in: Rasch/Feldman, Briefwechsel, Zit. S. 254; Feldman, Zusammenarbeit und Konflikt, S. 122.

712 Emil Kirdorf, Referat, Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik, 27.9.1905, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 383 f., Zit. S. 384.

713 Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 749.

714 Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 112.

715 Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 750 f.

716 Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 120.

Schreiben des Berggewerbegerichts,⁷¹⁷ aber er empfing die Delegierten nicht.⁷¹⁸

Unterstützung fand Stinnes beim Bergbauverein, der in gewohnter Rhetorik eine „sozialdemokratische“ und „ultramontane Verhetzung“ als Streikursache ins Feld führte und verbreitete.⁷¹⁹ Verhandlungen fanden nicht statt; wieder versuchten die Arbeitgeber den Unmut zurückzustauen. Seit dem 7. Januar 1905 trat dann eine zunehmende Anzahl der Belegschaften in den Streik. Die Unzufriedenheit der Bergleute war inzwischen so groß, dass sich immer mehr Belegschaften anschlossen, und zwar unabhängig von den Gewerkschaften. Am 9. Januar befanden sich bereits 12.000 Bergleute im Streik, zwei Tage später waren es 42.000 und am 12. Januar fuhrten 64.000 Bergleute nicht ein.⁷²⁰ Die Gewerkschaften hatten sich dem Streik zunächst verwehrt. Am 12. Januar überwandten sie aber ihre Rivalität, traten zusammen und bildeten ein Streikkomitee. Eine Alternative hatte eigentlich nicht bestanden, faktisch wurden die Zechen ja bereits bestreikt. Als die Gewerkschaften schließlich gemeinsam am 16. Januar den Generalstreik ausriefen, hatten bereits 210.000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt. Für das Streikkomitee musste es nun darum gehen, die Bewegung unter Kontrolle zu bringen, um die Forderungen zu systematisieren. Zu großen Ausschreitungen kam es nicht. Dem von den Gewerkschaften gebildeten Streikkomitee gelang es, das Unruhe- und Krawallpotenzial einzudämmen. Dabei half, dass der Streik auf großes Verständnis der Ruhrgebietsbewohner stieß, auch des Bürgertums, und weit über das Ruhrgebiet hinaus.

Geschützt und verteidigt vom Bergbauverein und den anhängenden Organisationen, verweigerten die Zechenbesitzer wie gewohnt jedwedes Entgegenkommen. Auch wurden die Zechen, die ihre Förderung, die Preisstellung und ihren Absatz ja inzwischen über das Kohlensyndikat abwickelten, von dem Generalstreik weniger stark getroffen als die Gewerkschaftsfunktionäre

gehofft hatten. Die Kohlenhandelsgesellschaften des Syndikats hatten, nachdem es 1900/1901 zu einer vom Syndikat verursachten Kohlenkrise gekommen war, die heftige öffentliche Kritik provoziert hatte, ihre Lagerbestände gefüllt. Damit war das Syndikat bestens gerüstet, als es zum Streik kam.⁷²¹ Während des Streiks wurde das RWKS gezielt unpolitisch – und damit auch sozialpolitisch abstinente – aus der Diskussion herausgehalten und fortwährend auf den Bergbauverein verwiesen. Der Bergbauverein versicherte indes Reichskanzler Bülow, er führe einen „Kampf gegen die Sozialdemokratie“. Immerhin, Bülow ließ sich von den vom Bergbauverein abgebrannten Nebelkerzen nicht beeindrucken, sondern setzte sich für die bereits seit längerem angekündigte Bergrechtsnovelle ein.⁷²² Im Machtkampf zwischen Zechen und Gewerkschaften mussten schließlich die Gewerkschaften im Februar 1905 nachgeben, als ihre finanziellen Mittel erschöpft waren. Die Wirkung und Bedeutung der Gewerkschaften wurde von den Bergarbeitern nach dem Streikabbruch negativ beurteilt.⁷²³ Der Streik hatte ihnen gezeigt, dass sich die Schere zwischen den Gewerkschaftsführern und den Mitgliedern stark auseinanderentwickelt hatte. Die Belegschaften wollten Streikergebnisse sehen, die Gewerkschaftsfunktionäre dagegen hofften darauf, dass die Bergrechtsnovelle eine Besserstellung – und das hieß für sie die formale Anerkennung der Gewerkschaften – bringen würde. Klar wurde: In den Gewerkschaften hatten Gewerkschaftsfunktionäre die Lenkung übernommen. Sie sollten zwar ihrem Auftrag nach für die Arbeiter agieren, mit der Lebens- und Arbeitswirklichkeit der Mitglieder und ihren sehr gegenwärtigen und konkreten Forderungen hatten die Handlungsweisen der Gewerkschaften aber immer weniger zu tun.⁷²⁴

Die Arbeitgeberseite hatte, wie bereits Hugo Stinnes, alle Versuche einer Verständigung mit den Gewerkschaften abgelehnt. Obwohl der Streik ausgesprochen ruhig verlief und es für ein massives Vorgehen von

717 [Konrad] Engel: Zum Ausstände der Bergarbeiter im Ruhrbezirk, Berlin 1905, S. 10 f.

718 Brüggemeier, Leben, S. 165–167, S. 211 f.

719 Kirdorf, Erinnerungen, S. 22.

720 Brüggemeier, Leben, S. 212.

721 Heinrichsbauer, Kohlenkontor, S. 22.

722 Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 120 f.

723 Brüggemeier, Leben, S. 222.

724 Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 311–316.

Polizei- und Militärkräften wenig Veranlassung gab, formulierte der Bergbauverein in gewohnter Manier Eingaben, die das vermeintlich aggressive Vorgehen der Streikenden betonten und mit denen die Behörden zu einem scharfen Vorgehen veranlasst werden sollten. Die Notwendigkeit für einen Militäreinsatz wurde von den Behörden aber nicht gesehen. Ganz im Gegenteil, so berichtete ein Polizeikommissar, sei die Disziplin der Arbeiter, die er während einer Versammlung beobachtet habe, geradezu vorbildlich. Gewalt oder Aggression stellte er nicht fest.⁷²⁵ Er notierte, die Versammlung habe insbesondere das „System Stinnes“ kritisiert. Hinter dem „System“, das auf den Stinnes-Zechen, aber auch bei den großen Zechengesellschaften Einzug gehalten hatte, verbarg sich die verstärkte Verankerung von Kontrollinstanzen, von Inspektoren und Fahrsteigern also. Härte und Brutalität der Inspektoren wurden über ein gesetztes Anreizsystem gezielt gefördert.⁷²⁶ Die eigene „Welt“⁷²⁷ der Bergarbeiter wurde durch die eingeführten scharfen Kontrollen weiter beschränkt. Das gab dem Beruf des Bergarbeiters einen weiteren Knacks. Das zeigte sich zügig, nachdem der Streik abgebrochen werden musste. Eine erhebliche Fluktuations- und Abwanderungswelle setzte praktisch mit dem Streikende ein. Hugo Stinnes führte das aber kaum auf das zum geflügelten Wort avancierte „System Stinnes“ zurück. Gewohnt und routiniert beschwerte er sich im August 1905 bei August Thyssen und bat diesen, seine „Beamten“ dafür zu tadeln, dass sie ihm 150 Arbeiter abspenstig gemacht hätten. Thyssen hatte offenbar versucht, Profit aus der Kritik am „System Stinnes“ zu schlagen und gezielt Arbeiter bei den Stinnes-Zechen abzuwerben.⁷²⁸

Insofern die Behörden vor Ort eine neutrale Haltung eingenommen und der vom Bergbauverein geforderten

Verstärkung der Polizei und der Forderung nach einem Militäreinsatz nicht nachgekommen waren, um „Sicherheit und Ruhe“ zu gewährleisten,⁷²⁹ fanden die Industriellen, etwa Kirdorf, die Regierung habe sich nunmehr auf die Seite „unseres Gegners“ gestellt.⁷³⁰ Allerdings sollte man diese Klage nicht allzu hoch gewichten. Während des Streiks hatten die Behörden die Unternehmen durchaus unterstützt. Zechenwohnungen, die von Bergleuten und Streikenden bewohnt waren, waren etwa zwangsgeräumt worden.⁷³¹ Die Weigerung, das Militär anzufordern, wirkt daher nur auf den ersten Blick wie ein Kurswechsel der örtlichen Behörden. Tatsächlich wurde von den Behörden nach dem Streik eine Verstärkung der Polizeikräfte forciert. Auch genehmigten die Behörden die Aufwertung der „Zechenwehren“ und erhoben sie in den Rang einer „Hilfspolizei“. Den Gewerkschaften dagegen wurde eine Genehmigung für die von ihnen geschaffenen Ordnungsdienste verwehrt.⁷³²

Die Bergarbeiter waren der Aufforderung der Gewerkschaften, den Streik zu beenden, nur zögernd nachgekommen.⁷³³ Sie waren ausgesprochen unzufrieden mit dem Ergebnis und machten das Scheitern auch am Verhalten der Gewerkschaften fest. Die Gewerkschaftsfunktionäre hofften auf eine Aufwertung durch die Novellierung des Berggesetzes;⁷³⁴ wieder aber wurde keine umfassende Novellierung vorgenommen. Wie schon nach dem Streik von 1889 blieben die Änderungen punktuell: Die Arbeitszeit wurde auf 8,5 Stunden einschließlich der Ein- und Ausfahrt verkürzt. Theoretisch wurde das Wagennullen verboten, in der Praxis aber weitergeführt. Auch wurden nun Arbeiterausschüsse eingeführt, allerdings, und anders als die Gewerkschaften gehofft hatten, waren sie praktisch machtlos, in der strittigen Lohnfrage hatten sie keinerlei Mitsprachebefugnis.⁷³⁵

725 Bericht des Königlichen Bezirks-Polizei-Kommissars an den Regierungspräsidenten Arnsberg, 28.12.1904, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 480–483.

726 Berg, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 350–354.

727 Brüggemeier, Leben, S. 118–124, Zit. S. 233.

728 Hugo Stinnes an August Thyssen, 19.8.1905; August Thyssen an Hugo Stinnes, 23.8.1905, in: Rasch/Feldman, Briefwechsel, S. 322–326.

729 Erlass des Landrats von Ruhrort, 19.1.1905, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 484.

730 Geschäftsbericht der GBAG, 1906, in: Tenfelde/Urban, S. 484 f., Zit. S. 485.

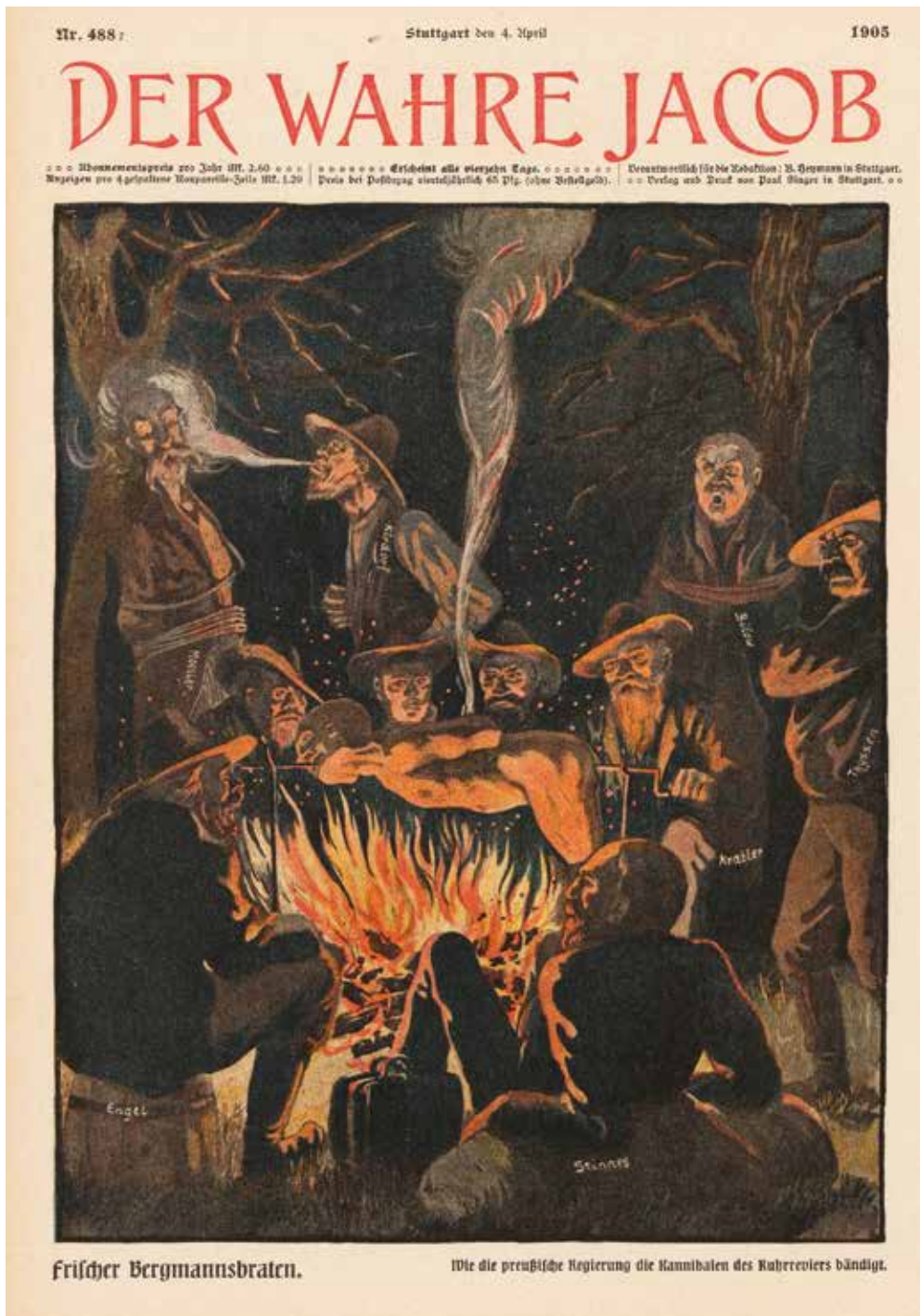
731 Landrat Kötter an Bürgermeister Ruhrort, 31.3.1905, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 431.

732 Brüggemeier, Leben, S. 224.

733 Buschak, Gewerkschaftliche Organisierung, S. 751 f.

734 Brüggemeier, Leben, S. 215–219.

735 Buschak, Gewerkschaftliche Organisierung, S. 752.



Karikatur „Frischer Bergmannsbraten. Wie die preußische Regierung die Kannibalen des Ruhrreviers bändigt“, 1905.

In dieser Illustration wird der nackte und ausgelieferte Bergmann von Emil Krabler gegrillt, während Emil Kirdorf dem angebundenen „Moeller“, dem preußischen Handelsminister und vormaligen Interessenvertreter in Langnamverein und CDI, den Rauch entgegenbläst; auch Reichskanzler Bülow sind die Hände gebunden.

Titelseite, Der Wahre Jacob, 4.4.1905.

Damit war die Bilanz des Streikjahres für die Gewerkschaften durchwachsen, besonders der Alte Verband hatte eine Niederlage erlitten und ging geschwächt und mit deutlichem Mitgliederschwund aus dem Streik hervor. Hier wirkte auch die Einmischung der sozialdemokratischen Partei, die der Gewerkschaft vorwarf, den Streik gebrochen zu haben.⁷³⁶ Für den Alten Verband war das ein Problem. Denn erst seit dem Mannheimer Abkommen von 1906 wurde den „Freien Gewerkschaften“ eine größere Unabhängigkeit von der SPD gewährt.⁷³⁷ Finanziell ausgeblutet waren alle Gewerkschaften nach dem Streik, auch der Gewerkverein.⁷³⁸ Und auch eine stärkere Zusammenarbeit unter den Gewerkschaften wurde nicht erreicht. Im Gegenteil. Unmittelbar nach der Beendigung des Streiks brachen unter den Gewerkschaften die alten Konflikte wieder auf.⁷³⁹

Wie ehemals wurde die Diskussion über die aus dem Streik etwaig zu ziehenden Konsequenzen für die Zechen im Bergbauverein vorgenommen. Dort entschied man, die Maßnahmen weiter zu verschärfen. 1908 wurde aus dem Bergbauverein heraus der *Zechenverband* gegründet.⁷⁴⁰ Er übernahm nicht nur die alte Kassenfunktion des Ausstand-Versicherungs-Verbandes, sondern machte eine stärkere Kontrolle der Bergarbeiter zu seiner Aufgabe. Das auch, weil die Manager die örtlichen Behörden als nicht mehr verlässlich beurteilten. Er systematisierte die Regelung für das Mittel der Aussperrung, keineswegs also setzten die Zechenmanager auf den HDA.

Die Regeln, die der Zechenverband orchestrierte, waren schärfer. Bergarbeiter, die fortan die 14-tägige Kündigungsfrist nicht einhielten, wurden für sechs Monate im gesamten Ruhrgebiet gesperrt. Der Zechenverband verschickte bald nach seiner Gründung alle zwei Wochen Schwarze Listen, auf denen die Namen der Gesperrten und sonst wie auffällig gewordener Bergleute

vermerkt waren; die Listen waren sehr umfangreich und konnten bis zu 5.000 Namen enthalten.⁷⁴¹ Gegen das Mittel der Schwarzen Listen strengten die Gewerkschaften eine Klage an. Das schließlich gefällte Urteil gab ihnen Recht und wertete die Schwarzen Listen als Eingriff in die Freizügigkeit laut dem Berggesetz.⁷⁴² 1909 verständigte man sich im Zechenverband deshalb auf die Einführung von Arbeitsnachweisen. Sie sollten die Fluktuation kontrollieren und gleichzeitig als Druckmittel eingesetzt werden. Im Grunde handelte es sich um den Versuch, die Freizügigkeit der Bergarbeiter nach den Regeln der Arbeitgeber einzuschränken. Bemerkenswerterweise schlossen sich dagegen alle vier Bergarbeitergewerkschaften, der Alte Verband, der Gewerkverein, die ZZP und auch die „Gelben“ zusammen, um „Einspruch“ gegen die Einführung einzulegen. Nicht grundsätzlich seien die Gewerkschaften gegen die Einführung der Arbeitsnachweise, aber das habe auf einer „paritätischen“ Grundlage zu geschehen, so die Gewerkschaften. Im „Interesse des Friedens“, so baten sie, möge sich der Zechenverband mit den Gewerkschaften in Verbindung setzen.⁷⁴³ Wie gewohnt folgten die Arbeitgeber der Einladung zur Verhandlung nicht. Auch der Zechenverband war nicht als Kommunikations- oder Verhandlungsorganisation geschaffen worden.

Während sich die Industriellen damit noch einmal und verstärkt hinter ihrem „Herr-im-Haus-Standpunkt“ verschanzten, diesen zum Argument machten, jegliche Anerkennung der Gewerkschaften abzulehnen und auch weiterhin jede Art von Kritik als „Agitation“ verunglimpften und zurückdrängten, erhielten die Gewerkschaften neue Schützenhilfe, und zwar aus der Wissenschaft. Die jüngere Richtung der Historischen Schule der Nationalökonomie zeigte ein großes Interesse am Format der britischen Gewerkschaften, den Trade Unions, aber auch am Ruhrgebiet,⁷⁴⁴ und forderte nicht

⁷³⁶ Brüggemeier, *Leben*, S. 216.

⁷³⁷ Berg, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 312.

⁷³⁸ Steinisch, *Gewerkverein*, S. 277.

⁷³⁹ Brüggemeier, *Leben*, S. 220 f.

⁷⁴⁰ Przigoda, *Unternehmensverbände*, S. 91–98.

⁷⁴¹ Brüggemeier, *Leben*, S. 226 f.

⁷⁴² Hue, *Bergarbeiter*, Bd. 2, Zit. S. 655–660.

⁷⁴³ Eingabe der vier Gewerkschaften an den Zechenverband, 19.10.1909, in: Tenfelde/Urban, *Lesebuch*, S. 262 f., Zit. S. 263.

⁷⁴⁴ Lorenz Pieper: *Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier*, Stuttgart 1903. Die Studie wurde besonders von Lujo Brentano unterstützt.

nur die Einführung genormter Arbeitsordnungen, sondern auch, dass die Arbeitgeber mit den Gewerkschaften in Verhandlung treten sollten und sie damit als rechtmäßige Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen. Kirdorf begab sich 1905 auf Einladung des Vereins für Sozialpolitik nach Mannheim, um dort alle an die Zechen gerichteten Forderungen „vom Lehrstuhl herab“ brüsk zurückzuweisen.⁷⁴⁵ Immerhin, in seiner Rede machte er zumindest deutlich, dass er – wie die meisten Industriellen im Ruhrgebiet – das eigentliche Problem weniger in der „Sozialdemokratie“ als vielmehr in der Mobilisierungsfähigkeit der Katholiken sah: „Ich lehne es ab, mit christlichen Gewerkschaften zu verhandeln, denn ich halte die christlichen Gewerkschaften für noch viel gefährlicher[] als die sozialdemokratischen“, so Kirdorf.⁷⁴⁶ Die Unterstützung der Nationalökonomie verbesserte das Ansehen der Gewerkschaften im Reich. Folgen für das Organisationssetting im Ruhrgebiet hatte das aber nicht. Denn die Unternehmer wiederholten gebetsmühlenartig ein stechendes Argument: Wie konnten die zusammengeschlossenen Arbeitgeber eine Gewerkschaft anerkennen und mit ihr verhandeln, wenn es doch mehrere gab, die behaupteten, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, noch dazu, wenn mit dem Alten Verband eine Verbindung darunter war, die schon allein aus Gründen der Staatsräson abzulehnen war?

Zu den mittelbaren Folgen des Streiks von 1905 zählte der Beginn der Organisation der Metall- und Hüttenarbeiter, die vorher kaum oder gar nicht organisiert gewesen waren. Zwischen 1904 und 1913 wurden lediglich 14 Hüttenarbeiterstreiks registriert.⁷⁴⁷ „Nun sollte man meinen“, so die Verfasser eines Aufrufs, „dass gerade eine solche Stadt [Gelsenkirchen, d. Verf.] eine Hochburg der modernen Arbeiterbewegung sein müsste, denn nirgends tritt der blutgierige Kapitalismus so brutal und rücksichtslos auf wie hier. Aber weit gefehlt.“⁷⁴⁸ Tatsächlich stand die Organisation der Metallarbeiter deutlich hinter den bereits verspätet gegründeten Gewerkschaften der Bergarbeiter zurück. Zwischen den

1880er und 1890er Jahren war die Produktion in der Eisen- und Stahlindustrie vom „Team-“ auf das „Drive-System“ umgestellt worden. Angetrieben durch die Umstellung insbesondere auf das Thomas-Verfahren bedeutete dies einen erheblichen Rationalisierungseffekt, der sich in der Beschleunigung der Abläufe und der Produktion äußerte. Auch in der Eisen- und Stahlindustrie wurde im Zuge dessen intensiviert. Die Erzeugung wurde auf den „Stofffluss“ umgestellt, die Arbeitsorganisation dabei differenziert und optimiert. Während die Meister – ähnlich zu den Steigern im Bergbau – ihre Pufferfunktion hielten und den Intensivierungsdruck der Betriebsleitungen nach unten weiterreichten, waren es statt Teams zunehmend „Kolonnen“, die angetrieben vom Meister über die Reduktion der Akkordlöhne gegängelt wurden. Ein zunehmender Teil der Arbeit konnte nunmehr von unqualifizierten Arbeitskräften vorgenommen werden, die Schere zwischen Spitzenarbeitern und Hilfsarbeitern ging infolgedessen auch hier erheblich auseinander. Das förderte die Solidarität unter den Metall- und Hüttenarbeitern nicht, sondern trieb auch sie auseinander.⁷⁴⁹

Gleichzeitig kippte der Arbeitsmarkt; die Unternehmer gaben den Lohnforderungen nicht mehr einfach nach, sondern hatten mit der Differenzierung, die ja auch eine Ausdifferenzierung von Lohngruppen bedeutete, ein Mittel in der Hand, um die Arbeitskräfte flexibel anzuwerben und wieder zu entlassen. Wie auch in der Bergarbeiterschaft wurden die Gewerkschaftsbildungen in der Hüttenindustrie von den konfessionellen Unterschieden und zudem von der Hierarchisierung in den Betrieben, weniger aber durch die Sozialdemokratie geprägt. Der *Deutsche Metallarbeiter-Verband (DMV)*, der seit den 1890er Jahren auch im Ruhrgebiet mit seiner Mitgliederwerbung begann, stand in einem starken Konkurrenzverhältnis zum *Christlichen Metallarbeiterverband (CMV)*, der v.a. die katholischen Hüttenarbeiter ansprach. Beiden Gewerkschaften gelang es dabei nicht, die Distanz zwischen den Gewerkschaftsspitzen

⁷⁴⁵ Wünsch, Verein, Zit. S. 74.

⁷⁴⁶ Zit. n. Flugschriften der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 7 (1906): Der organisierte Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter, S. 7 f.

⁷⁴⁷ Tenfelde, Schichtung, S. 205.

⁷⁴⁸ Werbung, *Deutsche Metallarbeiter-Zeitung*, 15.9.1905, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 487–489, Zit. S. 488.

⁷⁴⁹ Marco Swiniartski: *Der Deutsche Metallarbeiter-Verband 1891–1933. Eine Gewerkschaft im Spannungsfeld zwischen Arbeitern, Betrieb und Politik*, Köln u.a. 2017, S. 90–102; Welskopp, *Arbeit und Macht*, S. 271–297.



„Achtung! Bergarbeiter Achtung!“

Das Plakat ruft zum Zusammenschluss von Interessengemeinschaften im Kampf um höhere Löhne (Dreibund-Streik) auf.

Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, Bergbau-Archiv (BBA) P 1218.

und der Betriebsbasis abzufedern, das auch, weil die Gewerkschaftsfunktionäre in aller Regel gelernte Handwerker waren, die zu mobilisierende Arbeiterschaft aber zunehmend aus Hilfsarbeitern bestand, die sich nicht repräsentiert sahen und von den Gewerkschaften auch nicht repräsentiert wurden.⁷⁵⁰ Der Organisationsgrad unter den Metallarbeitern blieb infolgedessen ausgesprochen gering; im Vergleich zu den Bergarbeitern blieben die Metallarbeiter eine unorganisierte Arbeitnehmergruppe.⁷⁵¹

Mittelfristig folgte dem Streik von 1905 eine neue, wenn auch kleine Abspaltungsbewegung. 1910 entstand ausgehend von einem Arbeitskampf auf der Zeche Lucas in Dortmund eine anarcho-syndikalistische Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.⁷⁵² Ihre Gründung war die Folge der Krise des Alten Verbands nach 1905.⁷⁵³ Besonders mitgliederstark und erfolgreich wurde sie jedoch nicht, ihr Einfluss blieb ein lokaler.⁷⁵⁴

7. Schluss: Die Beziehung von Arbeit und Wirtschaft am Ende des langen 19. Jahrhunderts

Zum letzten großen Bergarbeiterstreik vor dem Ersten Weltkrieg kam es 1912. Anders als bei den vorherigen großen Streiks wurde er geplant und dann auch vom „Dreibund“ gezielt ausgelöst. Der Dreibund war das Bündnis von Altem Verband, ZZP und den „Hirschen“. Der Gewerkverein schloss sich dem Zusammenschluss nicht an.⁷⁵⁵ Die Bergarbeiter waren allerdings 1905, als sie sich selbst mobilisiert hatten, deutlich hoffnungsfreudiger und geeinter, als sie es unter der Streikorganisation des Dreibunds waren.⁷⁵⁶ Daher wurde dieser Arbeitskampf des Dreibunds gegen die Zechenbesitzer auch zum Kampf der Bergarbeiter gegen die Bergarbeiter.

Etwa um 1908 hatte sich die Konjunktur eingetrübt, die Preise, insbesondere für Lebensmittel, waren gestiegen, während die Löhne stagnierten oder sogar tendenziell sanken. Die Gewerkschaften standen zu der Zeit unter erheblichem Legitimationsdruck. Sie waren zunehmend mit dem Vorwurf konfrontiert, ihren Biss ver-

⁷⁵⁰ Swiniartzki, Metallarbeiter-Verband, S. 105–108.

⁷⁵¹ Crew, Berufliche Lage, S. 74–76.

⁷⁵² Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 754; Flugblatt „An die Bergsklaven“, ca. 1910, in: Tenfelde/Urban, Lesebuch, S. 492–496.

⁷⁵³ Klaus Tenfelde: Linksradikale Strömungen in der Ruhrbergarbeiterschaft 1905 bis 1919, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.): Glück auf, Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979, S. 205–212.

⁷⁵⁴ Ebd., S. 200.

⁷⁵⁵ Kleßmann, Polnische Bergarbeiter, S. 127.

⁷⁵⁶ Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 112.



Streikkommando, Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Schachtanlage 1/6 am 26.3.1912.

Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, 021900037003.

loren zu haben, die Interessen ihrer Mitglieder also nicht mehr angemessen zu vertreten. Waren die Mitgliedszahlen bereits nach 1905 zurückgegangen, so hielt die Entwicklung der Mitgliederzahlen auch relativ mit der wachsenden Bergarbeiterschaft nicht mehr Schritt.⁷⁵⁷ Die Gründung der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft machte besonders die Spitzen des Alten Verbandes nervös. Keineswegs wollten sie es hinnehmen, dass ein Teil der Mitglieder zu den „Anarchos“ abwanderte. Die Gewerkschaften fanden unter diesem Druck, den die abwandernden Mitglieder auf die Gewerkschaftsfunktionäre ausübten, zusammen und einigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen mit dem Ziel, eine Erhöhung der Löhne zu erzwingen.⁷⁵⁸ Der Gewerkverein blieb bereits während dieser Vorverhandlungen außen vor und verweigerte seine Beteiligung in der Hoffnung, in eine Ver-

handlung mit dem Zechenverband eintreten zu können. Das schwächte nicht nur alle Gewerkschaften und die Legitimität des Dreibunds, sondern schadete auch dem Gewerkverein.⁷⁵⁹

Im Frühjahr 1912 kam der Dreibund überein, dass die Chancen, die Lohnforderungen durchzusetzen, gut seien, denn in England, weiterhin die größte Kohlenexportation und auch auf dem deutschen Binnenmarkt der schärfste Wettbewerber der Ruhrkohle, stand ein Streik ebenfalls kurz bevor. Der Ausfall der englischen Kohle auf den Märkten wurde zum Faustpfand in der Hand der Gewerkschaften. Sie rechneten damit, dass der Staat im Fall einer durch den Streik ausgelösten Kohlenkrise – sollte die Arbeitgeberseite sich nicht bewegen – einschreiten würde.⁷⁶⁰ Am 11. März begann der geplante Streik; etwa 190.000 Bergarbeiter, knapp die Hälfte der

⁷⁵⁷ Tenfelde, Linkradikale Strömungen, S. 208 f.

⁷⁵⁸ Brüggemeier, Leben, S. 227 f.

⁷⁵⁹ Steinisch, Gewerkverein, S. 280 f.

⁷⁶⁰ Brüggemeier, Leben, S. 230.

Gesamtbelegschaft im Ruhrgebiet, legten die Arbeit – wie von den Gewerkschaften verordnet – ruhig und diszipliniert nieder. Auf dem Höhepunkt des Streiks lag die Beteiligung bei etwas über 60 Prozent der Bergarbeiter. Der überwiegende Teil der Nicht-Streikenden war im Gewerkverein organisiert.⁷⁶¹

Nicht zwischen den Zechenleitungen und den streikenden Arbeitern, sondern zwischen streikenden und nicht-streikenden Bergmännern kam es zu Ausschreitungen. Das bildete den Hebel für das Einschreiten der örtlichen Behörden.⁷⁶² Wie schon bei den vorherigen Streiks nutzten die Zechenmanager die Beschwerde über die Ausschreitungen dazu, sich bei den Behörden für ein entschiedenes Eingreifen einzusetzen. Auch konnte der Streik von der Arbeitgeberseite aufgrund der Uneinigkeit der Gewerkschaften infolge des Fernbleibens des Gewerkvereins sehr überzeugend als „politischer Streik“ verunglimpft werden. Kaum aber konnte der Dreibund mit seinem Argument durchdringen, dass er den Konflikt stellvertretend für alle Bergarbeiter im Ruhrgebiet führte.⁷⁶³ Die Situation auf den Straßen bezeugte ja das Gegenteil. Ein starker Rückhalt der Öffentlichkeit blieb den Streikenden diesmal versagt. Am 14. Februar wurde das Militär angefordert, insgesamt 5.000 Soldaten rückten in Dortmund und Hamm sowie in Recklinghausen ein. Ihr massives Auftreten ließ die Bergarbeiter zurückweichen. Nach nur elf Tagen sah sich der Dreibund gezwungen, das Streikende zu beschließen.⁷⁶⁴

Der Streik ging für die Gewerkschaften, und zwar sowohl für die des Dreibunds als auch den Gewerkverein, schlecht aus. Der Organisationsgrad sank im Nachgang des verlorenen Streiks erheblich. 1913 waren nur noch gut 31 Prozent der Bergarbeiter gewerkschaftlich organisiert, 1912 waren es noch knapp 40 Prozent und 1909 sogar knapp 58 Prozent gewesen. Die Bergarbeiter hatten offensichtlich das Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit einer Organisationsform verloren, die sie ohnehin erst verspätet für sich entdeckt hatten. Besonders der

Alte Verband verlor zwischen 1910 und 1913 fast 16.000 Mitglieder, aber auch der streikunwillige Gewerkverein verzeichnete heftige Mitgliedereinbußen.⁷⁶⁵

Die Unternehmenseite hatte dagegen organisiert reagiert und gewonnen. Sie hatte nach den Streiks von 1889 und 1905 ihre Kampfmittel stetig erhöht, professionalisiert und eine Geschlossenheit erreicht, die auf einer tiefreichenden Organisation im Spektrum der Wirtschaft aufsetzte. Nach 1912 kam die gezielte Förderung der „Gelben“ dazu. Und sie war erfolgreich. Viele der im Alten Verband und dem Gewerkverein organisierten Bergarbeiter traten nicht nur aus dem Christlichen Gewerkverein und dem Alten Verband aus, sondern gleich in die von den Zechen unterstützten gelben Werkvereine ein.⁷⁶⁶ Bis 1914 stieg die Mitgliederzahl der in den Gelben Werkvereinen organisierten Bergarbeiter auf 21.000 an.⁷⁶⁷

Und auch darüber hinaus strebte das Organisationsnetz der Unternehmer auf seinen Höhepunkt hin. 1913 erreichte die Wirtschaft des Ruhrgebiets mit dem von ihnen unterstützten „Kartell der schaffenden Stände“ wohl den Zenit der Vernetzung und Organisationsmacht. In dem Kartell hatten sich der CDI, der Bund der Landwirte und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband verständigt. Obschon daraus keine neue und schlagkräftige Industrievereinigung folgte, die Spezialisierung und Ausdifferenzierung der Interessenverbände vielmehr weiter voranschritt, war man auf breiter Ebene, regional, in den Provinzen und auf Reichsebene kommunikations- wie bündnisfähig und ausgesprochen verhandlungsstark.⁷⁶⁸

Darin lag die eigentliche Bedeutung des Kartells. Die gemeinsame Schnittmenge bildeten der Imperialismus und kolonialwirtschaftliche Überzeugungen, die sich zu einer Nationaleuphorie und einem wirtschaftlichen Irrglauben steigerten und sich im Ersten Weltkrieg als verhängnisvoll erweisen sollten.

⁷⁶¹ Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 754.

⁷⁶² Brüggemeier, Leben, S. 230.

⁷⁶³ Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 121.

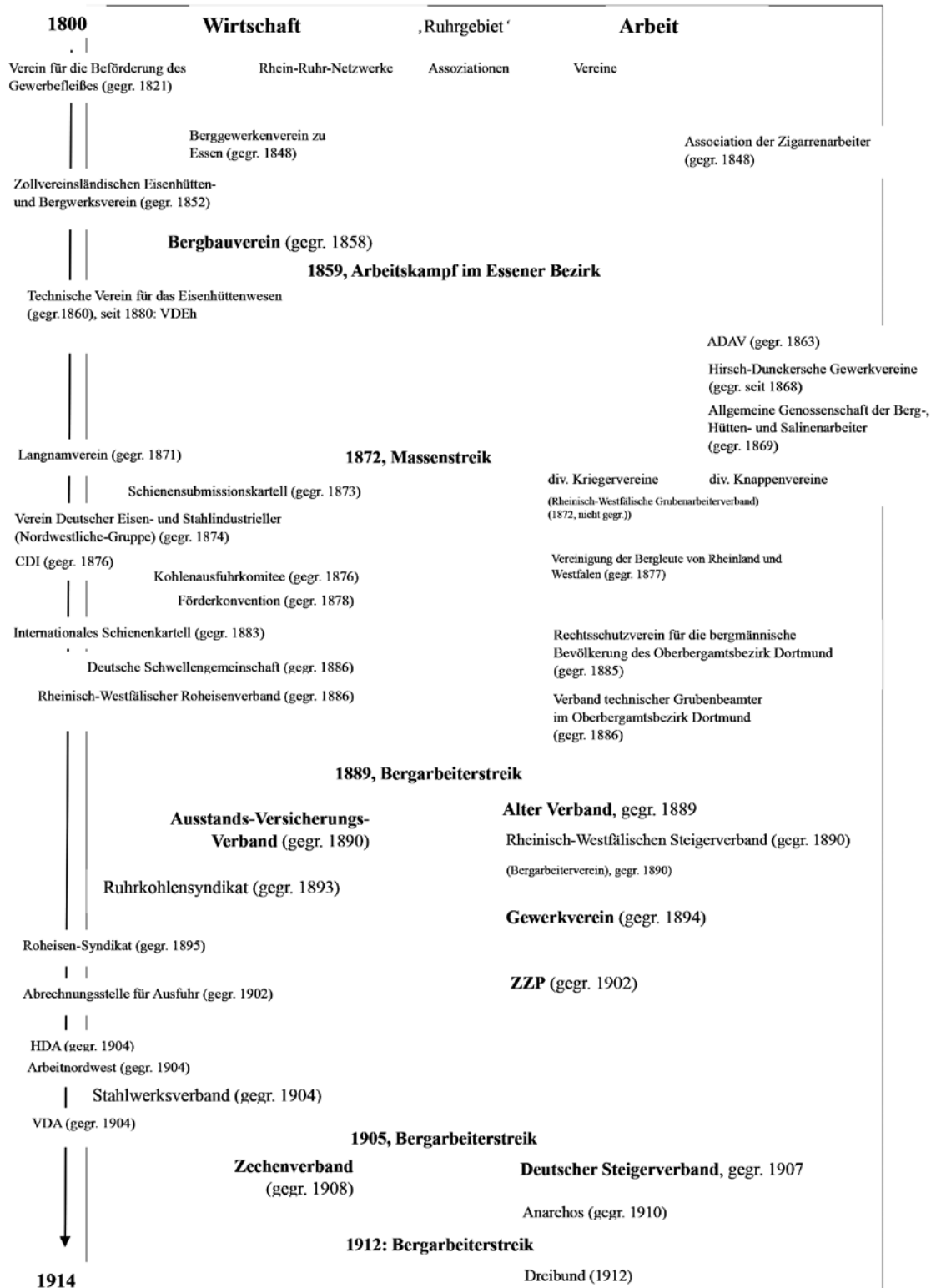
⁷⁶⁴ Brüggemeier, Leben, S. 231.

⁷⁶⁵ Ebd., S. 232.

⁷⁶⁶ Buschak, Gewerkschaftliche Organisation, S. 755.

⁷⁶⁷ Brüggemeier, Leben, S. 232.

⁷⁶⁸ Kaelble, Interessenpolitik, S. 134 f.

Die Formierung der Interessen im Ruhrgebiet, 1800–1914

Die Formierung der Interessenorganisationen im Ruhrgebiet, 1800–1914.
Eigene Darstellung.

Im Ruhrgebiet stand das ausgefeilte und ausdifferenzierte Organisationssetting der Wirtschaft einer Organisation der Arbeiter gegenüber, die auf der sozialen Lage aufbaute, schwach geblieben war und sich insbesondere im Gegeneinander derart aufgerieben hatte, dass sie bei weitem nicht stark genug war, um es mit der Verbands- und Zusammenschlussmacht der Arbeitgeber aufnehmen zu können. Im Spektrum der Wirtschaft hatten sich die Organisationen differenziert und effizient verschränkt, im Spektrum der Arbeit hatten sich die Organisationen eher gegeneinander abgeschlossen anstatt kooperativ zusammengefunden. Die Arbeitgeber hatten daher ihren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertretenen Sozialpatriarchalismus abstreifen können, sich selbstregulativ organisiert und dabei einen „Herr-im-Haus-Standpunkt“ angeeignet, der kompromisslos und zudem dank des Organisationssettings für alle Beteiligten attraktiv war.⁷⁶⁹ Die Bergarbeiter dagegen hatten keinen der großen Streiks klar für sich entscheiden können. Geradezu resigniert formulierte es Otto Hue: „Die Unternehmer im Ruhrgebiet werden wir überhaupt nicht besiegen, dem Kirdorf und Genossen können wir sowenig das Brot als den Kohlenabsatz hinwegstreiken.“⁷⁷⁰ Zentral ist hierbei, so richtig die Bewertung von Hue im Hinblick auf die Organisation der Wirtschaft auch war, dass er die nicht genutzten Möglichkeiten der Gewerkschaften ausließ. Dabei war die Bindung der Gewerkschaften an die soziale Lage ein wohl zentraler, vielleicht sogar der entscheidende Hemmschuh der Gewerkschaftsbewegung im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts.

Im Vergleich der Organisationsfähigkeit und Organisationsmacht in den Spektren Arbeit und Wirtschaft zeigt sich, dass die Unterschiede in der Organisation und in der Organisationstiefe durchaus eine Rückwirkung auf die Haltung der staatlichen Stellen waren. Dennoch wäre es verfehlt, „den Staat“ als dritte Größe in dem Konflikt einzuordnen. Die Zeit, in der der Staat tatsächlich auf die Beziehung zwischen Arbeit und Wirtschaft regulierend eingriff, sollte im 20. Jahrhundert erst noch kommen.

Während die Arbeiter im 19. Jahrhundert – insbesondere die Bergarbeiter – sich erst spät von ihrer

Schutzmacht verabschiedeten und lange auf die Rücken- deckung des Staates hofften, waren der Organisationsimpuls und die Stoßrichtung des Zusammenschlusses der Unternehmer von Anfang an in Abgrenzung zum Staat vorgenommen worden. Die Abgrenzung wurzelte in dem Streben nach unternehmerischer Unabhängigkeit, verstärkt seit der Märzrevolution, und adressierte den Staat lediglich als Rahmengeber. Die Organisationen der Wirtschaft bauten aber nicht darauf, dass der Staat es schon richten würde. Dass die Organisationen der Arbeit auf eben diese Unterstützung setzten, ist ausgesprochen bemerkenswert, besonders wenn man die Repression, die Germanisierungspolitik und die Hemmnisse betrachtet, die der Staat als örtliche Behörde, als Provinz-, Preußische- oder Reichsregierung auf die Gewerkschaftsbewegungen ausübte.

Hier ist zentral, dass die gebildeten Organisationskörperschaften und auch Organisationslinien deutlich partieller wirkten als gemeinhin unterstellt wird. Die beiden großen und als Gegenpole organisierten Spektren Wirtschaft und Arbeit gab es nicht, viel eher ist eine anhaltende Organisationstransformation und -ausdifferenzierung sichtbar, die die quer liegenden Konflikte und Spannungen deutlich werden lässt: Die Spannung zwischen den „Nationen“ war erheblich, und zwar bei den Arbeitern wie in der Wirtschaft. Während die Unternehmer – zumindest rhetorisch – die Gründerjahre dazu nutzten, das ausländische Kapital möglichst aus dem Ruhrgebiet herauszukaufen, war das Verhältnis insbesondere zwischen „Deutschen“ und „Polen“ keineswegs konfliktfrei, im Gegenteil, das Abgrenzungsverhalten verschärfte sich. Ähnliches ist für die Konfession festzustellen. Während die Konfession bei den Unternehmern, Webers Protestantischer Ethik zum Trotz, weniger eine Rolle im organisatorischen Handeln spielte, war die konfessionelle Zugehörigkeit für die Arbeiter – besonders die Bergarbeiter – für die Identität und die Wahl ihrer Organisationszugehörigkeit von hoher Bedeutung, und zwar gerade weil die Gewerkschaften sich nicht von der ganzheitlichen Vertretung der Soziallage lösen und zu einer reinen Arbeitsinteressenorganisation übergangen. Keineswegs war es im 19. Jahrhundert eine sozialdemokratische oder sozialistische Bindekraft bzw. Solidari-

⁷⁶⁹ Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 116.

⁷⁷⁰ Brüggemeier, Leben, Zit. S. 233.

tät, die die Arbeiterkultur im Ruhrgebiet prägte.⁷⁷¹ Im Gegenteil: Die Lebenslagen der Arbeiter gingen zunehmend auseinander und den Gewerkschaften gelang es nicht, die Kluft zu überwinden. Erst im Ersten Weltkrieg wurden die Unternehmer vom Staat gezwungen, ihre Position, die Gewerkschaften nicht anzuerkennen, zu räumen. Nicht geräumt haben sie ihren wirtschaftlichen Ordnungsanspruch, und zwar trotz erheblichen staatlichen Drucks.⁷⁷²

771 Weisbrod, Arbeitgeberpolitik, S. 123.

772 Roelevink, Organisierte Intransparenz, S. 98–125.

EINE INDUSTRIEGESELLSCHAFT ENTSTEHT

1. Einleitung

Das Ruhrgebiet ist einer der Fälle, in denen die Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts zur entscheidenden Ressource einer regionalen Identität und eines distinkten Regionalbewusstseins geworden ist. Es ähnelt darin anderen Industrieregionen, etwa Lancashire oder Tampere, deren Selbstverständnis – und längst auch touristische Vermarktung – vornehmlich auf das industrielle Erbe rekurriert.¹ Einer Region, die zunächst „weitgehend ohne Geschichte und Tradition“ war und „ohne eigene politisch-administrative Institution“ existierte, bot der industrie- und sozialgeschichtliche Rückblick einen Bezugspunkt für das im Ruhrgebiet erst spät im 20. Jahrhundert entstehende Regionalbewusstsein. Das gilt umso mehr, als dass Wirtschaftsstruktur und Gesellschaft des Ruhrgebiets als Produkt des Industrialisierungsprozesses seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gelten.² Regionale Identität und Regionalbewusstsein leben dabei in besonderer Weise von Erzählungen, die sich auf sozialhistorische Basisprozesse beziehen: Industrialisierung, Migration und soziale Mobilität, die Entstehung der Arbeiterbewegung oder die Herausbildung einer (industriellen) Klassengesellschaft. Das Zusammentreffen und die Ausgestaltung dieser Basisprozesse im Verlauf des 19. Jahrhunderts machten das Ruhrgebiet in der Wahrnehmung vieler zu einer paradigmatischen Industriegesellschaft und begründeten die vermeintliche Eigenheit des „Ruhrvolks“ als „Industrievolk im Wandel“ (Wilhelm Brepohl). Die damit verbundenen Bilder, Assoziationen und Deutungsmuster haben sich als außerordentlich langlebig erwiesen

und ihre Wirkung auch in der Sozialgeschichtsschreibung entfaltet. Das Ruhrgebiet begegnet uns dabei als eine Region, „die im 19. Jahrhundert zu einem Land der Hoffnung für Hunderttausende von Zuwanderern wurde“, und zu deren Verwandlung in eine Industrieregion „Einheimische und Fremde, Westfalen und Rheinländer, Deutsche aus allen Provinzen und Staaten des Reiches, Polen, Masuren, Iren und Niederländer“ ihren Beitrag geleistet haben. Zugleich begegnet uns das Ruhrgebiet als eine Region, in der sich „von Bergbau und Eisenindustrie geprägte“ Lebensformen, Sprachbilder und Identitäten bildeten. Das Ruhrgebiet: „[I]ndustrielles Herz des Deutschen Reiches“ und zugleich „bedeutendes Labor gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umgestaltung im industriellen Zeitalter“; so jedenfalls fassten es die Herausgeber in ihrem Vorwort zu einer gewichtigen Geschichte des Ruhrgebiets im Industriezeitalter 1990 zusammen.³

Derartige Deutungen sind zumeist mit einer bestimmten, an der Entwicklung des Bergbaus und der (industriellen) Bevölkerung orientierten Periodisierung verbunden. Die Geschichte beginnt dann mit der Würdigung der Steinkohle als wichtigem Rohstoff im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und dem Übergang von einem unplanmäßigen Raubbau zu einer expandierenden Förderung, getragen von einer beständigen Zuwanderung qualifizierter Bergleute aus Mansfeld, dem Harz oder dem Erzgebirge. Zu dieser Erzählung gehört aber auch, dass die Entwicklung der Region, vor allem ihrer Städte, um 1800 und noch für einige Jahrzehnte danach nur wenig dynamisch verlief. Dem schloss sich in den 1830er und 1840er Jahren eine – mit Blick auf die

-
- 1 Siehe etwa: Keijo Rantonen (Hg.): *Living Industrial Past. Perspectives to Industrial History in the Tampere Region*, Tampere 2010.
 - 2 Stefan Goch: Die Selbstwahrnehmung des Ruhrgebiets in der Nachkriegszeit, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 39 (2008), S. 21–47.
 - 3 Wolfgang Köllmann/Hermann Korte/Dietmar Petzina/Wolfhard Weber: Vorwort, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hg.): *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter*, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 7–9, hier: S. 7.

Industrialisierung so bezeichnete – Take-off-Phase an, in der wichtige Bahnprojekte (etwa die Köln-Mindener Eisenbahn) realisiert, eine regelmäßige Dampfschiffahrt auf dem Rhein etabliert und der Bergbau mit dem Durchbruch der Mergeldecke sowie der Expansion in die Hellwegzone massiv vorangetrieben wurden. Für die folgenden Phasen bis zum Ersten Weltkrieg rückten dann Fragen des rasanten Bevölkerungswachstums, der Verstädterung, des Übergangs zum Großbetrieb sowie der sozialen Konflikte und Arbeitskämpfe in den Vordergrund.⁴

Jede Darstellung der Sozialgeschichte des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert muss sich also den vielschichtigen Überformungen und oft auch politisch motivierten Indienstnahmen ihres Gegenstands stellen. Einerseits beinhaltet das die Frage, wie bestimmte sozialgeschichtliche Entwicklungen zur Herausbildung verschiedener Narrative oder auch stereotyper Bilder des Ruhrgebiets beigetragen haben (und beitragen).⁵ Eine Sozialgeschichte des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert muss in Rechnung stellen, dass sich mit ihr immer wieder Vorstellungen davon verbanden – und verbinden –, wie eine Industriegesellschaft nicht nur historisch aussah, sondern auch aussehen könnte oder in Zukunft aussehen sollte. Stets ging und geht es dabei um Fragen sozialer Ordnung, Stabilität und (nationaler) Zugehörigkeit. Fragen der Sozialstruktur, sozialer Ungleichheit, Mobilität und Migration waren immer auch mit einer komplexen diskursiven Problematisierung verbunden.

Andererseits lenkt es die Aufmerksamkeit auf Themen, die an den Rand gedrängt wurden. Das betrifft prekäre Arbeits- und Lebensformen, etwa des Klein- und Kleinstunternehmertums oder die Übergänge zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen, die nicht ohne Weiteres in das Modell des großbetrieblichen Industriekapitalismus passen, das lange Zeit als histori-

scher Normalfall und Fluchtpunkt der Geschichte des 19. Jahrhunderts galt.⁶ Es betrifft aber auch die vielfältigen Formen und Ebenen sozialer Zugehörigkeit, die angesichts einer Konzentration auf die sozialen Großgruppen der Arbeiterschaft und des Bürgertums oft aus dem Blick geraten. Mein Beitrag setzt hier an. Er erzählt die Sozialgeschichte des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert ein Stück weit von den Rändern her. Zahlreiche vertraute Themen bleiben dabei weiterhin wichtig, aber die Akzentsetzungen, Gewichtungen und Bezüge verschieben sich. Die Frage nach der Sozialstruktur der Ruhrgebietsgesellschaft sowie ihres Zusammenhangs mit verschiedenen Phasen der Industrialisierung bildet dabei den Ausgangspunkt. Sie wird jedoch mit einer Perspektive verbunden, die die Überlagerungen und fließenden Grenzen zwischen sozialen Milieus, Klassen und Schichten betont. Im Zentrum stehen daher die Überkreuzungen verschiedener Formen sozialer Zugehörigkeit, der Ab- und Ausgrenzung, die sich nicht zuletzt in zeitgenössischen Selbstbeschreibungen und Konzepten sozialer Ordnung zeigen.

2. Das „Ruhrvolk“ als Fluchtpunkt?

Die Arbeiten des Volkskundlers Wilhelm Brepohl sind – trotz Brepohls Nähe zum Nationalsozialismus und seiner bis in die 1970er Jahre beibehaltenen völkischen Argumentationsmuster – zu einem zentralen Bezugspunkt für die Sozialgeschichte des Ruhrgebiets geworden.⁷ In den 1930er Jahren entwickelte Brepohl das Programm einer industriellen Kulturräumforschung, die ganz entscheidend um das Ruhrgebiet kreiste. Bereits 1934 existierten Pläne, im Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk eine volkskundliche und bevölkerungspolitische Abteilung einzurichten, die sich der

4 Jürgen Reulecke: Ein Drama in fünf Akten. Zweihundert Jahre Sozialgeschichte des Ruhrgebiets im Überblick, in: ders.: Vom Kohlenpott zu Deutschlands „starkem Stück“. Beiträge zu einer Sozialgeschichte des Ruhrgebiets, Bonn 1990, S. 9–25.

5 Zum Ruhrgebiet in der Geschichtsschreibung siehe den Beitrag von Stefan Berger im dritten Band dieser Reihe zur Geschichte des Ruhrgebiets.

6 Timo Luks: Prekarität. Eine nützliche Kategorie der historischen Kapitalismusanalyse, in: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 51–80.

7 Zum Folgenden: Jens Adamski: Ärzte des sozialen Lebens. Die Sozialforschungsstelle Dortmund 1946–1969, Essen 2009, S. 75–103; Karl Ditt: Von der Volks- zur Sozialgeschichte? Wandlungen der Interpretation des „Ruhrvolks“ bei Wilhelm Brepohl 1920–1960, in: Westfälische Forschungen 60 (2010), S. 221–258; Karsten Linne: Das Ruhrgebiet als Testfall. NS-Soziologie zwischen Rassismus und Sozialtechnologie, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte 4 (1995), S. 181–209.

Erforschung der „Volksseele an der Ruhr“ und den Spezifika des „Ruhrvolkstums“ widmen sollte. Brepohl interessierte sich für Sitten, Gebräuche, Feiern, Glaube, Sprache usw., die er im Sinne der Entstehung eines neuen „Stammes- und Volkstums“ deutete. Die Frage der Zuwanderung spielte dabei eine besondere Rolle. Der über das gesamte 19. Jahrhundert hindurch zahlenmäßig beachtliche, verschiedene Phasen durchlaufende und demografischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen folgende Zuzug unterschiedlicher Gruppen ins Ruhrgebiet stellte für Brepohl – und nicht nur für ihn – das entscheidende Faktum der Ruhrgebietsgeschichte dar. Zugleich handelte es sich in dieser Perspektive um die zentrale soziale Herausforderung einer entstehenden Industriegesellschaft. Das Ruhrgebiet konnte zu einem paradigmatischen Fall werden, weil es diese Herausforderung in einer bestimmten Weise bearbeitet und gemeistert habe. Die entscheidende Frage, der sich Brepohls erste einschlägige Studie, *Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung* (1948), widmete, lautete dementsprechend,

„welche inneren Umwandlungen die Menschen unter den Wirkungen des Industrie-Daseins und seines Milieus durchmachen mußten und wie sich daraus mit der Zeit ein neuer Typus deutschen Menschentums entwickelt. [...] Es war nicht die Absicht – und das sei besonders betont –, den Ruhrmenschen als Arbeiter zu erkennen und zu verstehen, sondern als Menschen überhaupt, als Teil eines biologisch schon weitgehend verflochtenen und in sich versippten soziologisch sich mehr und mehr durchgliedernden Volkskörpers.“⁸

Ruhrgebietsforschung war hier „Stammeskunde“, und sie ruhte auf der Annahme, dass sich das „Ruhrvolk“ im Verlauf des 19. Jahrhunderts über die verschiedenen Phasen der Industrialisierung hinweg herausgebildet habe. Im Unterschied zu einer sozialgeschichtlichen Perspektive, die die vielschichtigen, immer auch kon-

flikthaften Beziehungen zwischen sozialen Gruppen thematisiert und (Industrie-)Gesellschaften zugleich über ihre inneren Differenzierungen und Widersprüche zu begreifen sucht, interessierte sich Brepohl nicht für die heterogene Gesellschaft, sondern für ein homogenes Volk, das er durchaus biologisch zu bestimmen suchte. Seine selbstgestellte Aufgabe bestand im Nachweis der Existenz des „Ruhrvolks“ als eines *neuen* „Stammes“, der durch die besonderen Umstände der Industrialisierung überhaupt erst in die „innere Geschichte des deutschen Volkes“ getreten sei. Das „Ruhrvolk“ sei im 19. Jahrhundert an einer historischen Wegmarke entstanden – just zu jenem Zeitpunkt, als sich das „deutsche Volk“ in einem Zustand „zwischen der Auflösung oder Umbildung des alten Stammestums und der Entwicklung dessen“ befand, „was man Proletariat zu nennen pflegt“.⁹

Das Ruhrgebiet erlangte seine Bedeutung, weil hier zwar eindeutig eine Industrieregion entstanden war – eine der beeindruckendsten Industrieregionen überhaupt –, diese aber zumindest mittel- und längerfristig kein elendes, massenhaftes, wurzelloses, ungebundenes „Proletariat“ hervorgebracht habe, sondern ein „Volk“. Brepohl betonte, dass in der Expansionsphase des Ruhrgebiets zunächst keine „gottlosen Proletarier“ kamen, sondern gottesfürchtige, bodenständige Westfalen, die für die Zukunft „im Untergrund des Industrievolkstums“ als Stabilitätsanker dienten.¹⁰ Sein „Ruhrvolk“ war keine gesichts- und charakterlose, uniforme Menschenmasse und eben auch kein Proletariat. Gern gestand er zu, dass die Industrie „eine unvorstellbar vielseitige Arbeiterschaft“ erziehe, dass also im „Ruhrvolk“ große Gegensätze in Temperament, Begabung und Naturell zu finden seien: zunächst der „schwerfällige, schweigsame Bergmann, dessen Arbeit noch viel vom Elementaren hat“; dann aber auch die „Energietypen in der Eisenindustrie, die hellwache entschlossene Männer heranbildet“; schließlich die „schematisch denkenden oder unbewußt kühnen Finder und Erfinder neuer Arbeitsweisen“.¹¹ Auch wenn die Industrie all dieser Typen, und wohl auch noch anderer be-

8 Wilhelm Brepohl: *Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Recklinghausen 1948, S. 3.

9 Ebd., S. 6.

10 Brepohl, *Aufbau*, S. 66.

11 Wilhelm Brepohl: *Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform. Dargestellt am Ruhrgebiet*, Tübingen 1957, S. 102 f.

dürfe, um erfolgreich zu sein, so lasse sich doch nur ein kleiner Teil davon im sozialen und ökonomischen Sinn als „Proletariat“ bestimmen. Zwar habe es früher „in diesem Volk viele proletarische Naturen“ gegeben und auch heute gäbe es wohl noch einige „Proletarier“, aber man könne nicht sagen, dass „dieses ganze Ruhrvolk proletarisch sei“. Freilich, es bleibt ein Geheimnis, was denn jene ausgeprägten Merkmale, „Volk zu sein“, waren, auf deren Grundlage es unmöglich sein sollte, das „Volk an der Ruhr“ als „Proletariat“ zu bezeichnen.¹²

Eine Pointe in Brepohls Industrievolkskunde bestand darin, die soziale und wirtschaftliche Dynamisierung, die mit dem Aufstieg der Industrie verbunden war, nicht als solche zu verdammen oder gar rückgängig machen zu wollen. Es ging vielmehr darum, sich dieser Dynamik zu stellen und den unvermeidlichen und durchaus auch zu begrüßenden Wandel zu kanalisieren und in geordnete Bahnen zu lenken. Das „Ruhrvolk“ entstand in seiner Schilderung im Einklang mit der schrittweisen Erschließung verschiedener sozialräumlicher Zonen (Ruhrzone, Hellwegzone, Emscherzone, vestische und Lippezone). „In jeder dieser Zonen hat sich die Industrie in anderer Form angesiedelt, sind die Gemeinwesen in eigener Weise geformt und hat sich das Volkstum in einmalig bestimmter Art ausgebildet.“ Mit Blick auf die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung beschrieb Brepohl einen Prozess der Um- und Neubildung. Wie nirgendwo sonst sei die Binnenwanderung im Ruhrgebiet zum bestimmenden Faktor geworden. Es sei eine „fast erstaunliche Tatsache“, dass sich „dieses Land“ als „zusammengehörende Einheit“ erkenne, obwohl es doch „eben erst“ aus einer „Völkervermischung größten Ausmaßes“ entstanden sei. Für Brepohl war das Ruhrgebiet ein Raum, der „durch einen geschlossenen, geschichtlichen Ablauf entstanden“ sei. Im Ruhrgebiet werde ein „Gemisch von Menschen sehr verschiedener Herkunft“ und durch ein besonderes „Schicksalsbewußtsein“ zusammengehalten – und so ein „wertvolles neues Volkstum“ geschaffen. Als „Raum- und Geschichtstatsache“ sei das Ruhrgebiet „also gleichzeitig beides: ein Stück Erdoberfläche und die Bewegung einer Wirtschafts-

Arbeits- und Lebensform in diesem Raum“.¹³ Mitte der 1950er Jahre stilisierte Brepohl das Ruhrgebiet zum Prototyp einer *dynamischen* Gesellschaft, in der „kein Teil und erst recht nicht das Ganze von einem Zeitpunkt ab stabil und statisch zu sehen ist“. An der Existenz eines „Ruhrvolks“ gab es für ihn keinen Zweifel mehr, nur sei ebenso klar, dass dieses auch weiterhin „in sich ‚unruhig‘, d. h. in Bewegung“ bleibe.¹⁴ Damit wurde die Sozialgeschichte des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert zur Geschichte der Entstehung eines „Volks von Industriegesellschaften“ und das Ruhrgebiet selbst zu einem „Laboratorium“, in dem „die latenten inneren Anlagen eines Stammes, seine Festigkeit und seine Wandelbarkeit geradezu experimentell ermittelt werden“.¹⁵

Brepohls Perspektive stieß auf breite Zustimmung, auch innerhalb der Sozialgeschichtsschreibung der ersten Nachkriegsjahrzehnte, weil sie sich, wie der Historiker Jens Adamski schreibt, „als ein Mittel zur Stiftung einer eigenständigen Identität“ und zur „Untermauerung eines selbstständigen regionalen Bewusstseins“ zu eignen schien. „Aus emotionaler Sicht war die Industrievolkskunde dementsprechend von großer Bedeutung, und die prinzipiell positive Bewertung der zur Vereinheitlichung der Bevölkerung im Ruhrgebiet führenden Umformungsprozesse verdrängte die Fragen nach soziokulturellen sowie milieubedingten Differenzierungen, die dem erwünschten Bild einer homogenen Ruhrgebietsidentität ohnehin nicht zweckdienlich gewesen wären.“¹⁶ Hier liegt der Schlüssel für den sich aus der Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts speisenden Schmelztiegelmythos. Umgekehrt zeigt sich die Bedeutung der Beschäftigung mit dem Ruhrgebiet für die Sozialgeschichte. Das Ruhrgebiet wurde schrittweise zum paradigmatischen Fall einer Industriegesellschaft, deren soziale Ordnung prekär war. Bereits in den 1930ern zeichnete sich jedoch eine sozialintegrative Erzählung ab, die bis in die 1960er Jahre weitgehend ungebrochen fortwirkte. Diese Erzählung imaginierte eine ehemals intakte, harmonische Gesellschaftsordnung, die dann durch einen beschleunigten sozialen Wandel mit Auflösung bedroht war, schließlich aber in eine neue Ordnung

¹² Ebd., S. 200 f.

¹³ Brepohl, Aufbau, S. 29–38.

¹⁴ Brepohl, Industrievolk, S. 8 f.

¹⁵ Ebd., S. 106.

¹⁶ Adamski, Ärzte, S. 98.

überführt werden könne.¹⁷ Überbleibsel dieser Perspektive finden sich auch noch in der Sozialgeschichtsschreibung der 1960er Jahre, etwa in Wolfram Fischers Würdigung der preußischen Bergrechtsreformen als „Beweis“ dafür, dass „die liberale Epoche nicht notwendigerweise zu einer Atomisierung der Gesellschaft und zur Schaffung eines ungebundenen Proletariats führen mußte“. Ausgehend davon verteidigte Fischer die frühe Industriegesellschaft gegen den Vorwurf, „sie habe zwar wirtschaftliche Kräfte freigesetzt, damit aber auch die soziale Ordnung zerstört und das Recht des stärkeren proklamiert“. Vielmehr es sei – in Ansätzen zumindest – gelungen, „die durch Bevölkerungsdruck, soziale Emanzipation und wirtschaftliches Wachstum entstandenen gesellschaftlichen Zerrungen zu einer neuen Ordnung hinzuführen, ohne dabei entweder in ein unproduktives Zurückdämmen sich entfaltender Kräfte oder in ein resignierendes Laissez-faire zu verfallen“.¹⁸ Fischer konnte sich „ein Industrieviertel wie das unsrige“ durchaus als „gesellschaftlich völlig unstrukturiert, bloß von einer wie Flugsand sich hin und her wehen lassenden Arbeiterbevölkerung“ vorstellen. Dank einer umsichtigen Sozialpolitik, vor allem aber durch das verantwortungsvolle Wirken der Unternehmerschaft sei eine solche Entwicklung im Ruhrgebiet „vermieden“ worden.¹⁹ Liest man die Studien des Sozialhistorikers Fischer – ebenso wie diejenigen des Volkskundlers Brepohl – als Quelle, dann wird erkennbar, wie sehr beide am Mythos einer gegliederten und strukturierten Gesellschaft schrieben, die sie im Ruhrgebiet entdeckten. Die neuere Sozialgeschichtsschreibung zum Ruhrgebiet hat sich deutlich von dieser Erzählung gelöst. An die Stelle einer linearen Geschichte tritt dann eine Vielfalt von Entwicklungen, die keineswegs immer miteinander im Einklang standen, und es treten zahlreiche Widersprüche und Bruchlinien hervor, die eine alles andere als homogene Gesellschaft zeigen.

3. Die Struktur der Ruhrgebietsgesellschaft

Die Entstehung einer Industriegesellschaft, wie sie sich im Ruhrgebiet während des 19. Jahrhunderts abspielte, zeigt sich rückblickend zunächst in der Bevölkerungsentwicklung, dem Verhältnis von Stadt und Land, der sozialen und gewerblichen Gliederung, bestimmten Formen sozialer und räumlicher Mobilität, aber auch in einem spezifischen Profil hinsichtlich Alter und Geschlecht sowie in Fragen der sozialen Schichtung und Ungleichheit. Die Darstellung der damit verbundenen Entwicklungstendenzen bietet den notwendigen Hintergrund für eine Diskussion prägender Sozialfiguren und Selbstbeschreibungen der Ruhrgebietsgesellschaft. Dabei kommen die Merkmale einer Region zum Vorschein, die sich nicht nur, wie andere Regionen auch, industrialisierte, sondern das in einer bestimmten Weise tat. Innerhalb der vielfältigen Sozial- und Gewerbestruktur des Rheinlands und Westfalens – mit seinen groß- und mittelbäuerlichen Gebieten, textil- und metallgewerblichen Inseln, alten Hütten, Wein- und Obstbaulandschaften, Handels- und Hafenstädten usw. – steht Westfalen für einen Industrialisierungspfad, der von Rohstoffvorkommen, namentlich Steinkohle, abhing und im Unterschied zu den konsumgüterorientierten Gewerbergeregionen beispielsweise Sachsens eines äußeren Anstoßes bedurfte: der große Bedarf an Kohle und Stahl, zugewanderte Unternehmer, Techniker und Arbeiter. Ohne diese Impulse, so die plausible Vermutung der älteren Sozialgeschichtsschreibung, wären die alten Reichsstädte und geistlichen Stifte, Dortmund und Essen an erster Stelle, „die kleinen Landstädte geblieben, die sie bis in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren“.²⁰

Die Geschichte der Industrialisierung war eine Geschichte verschiedener Industrialisierungspfade. Industriegesellschaften entstanden nicht nur auf unterschiedlichen Wegen. Als Setting aus räumlichen,

17 Thomas Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, München 2001, S. 107 f., 206–210.

18 Wolfram Fischer: Das wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungsbild der preußischen Bergrechtsreform 1851–1865, in: ders.: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze, Studien, Vorträge, Göttingen 1972, S. 139–147, hier: S. 147.

19 Wolfram Fischer: Die Bedeutung der preußischen Bergrechtsreform (1851–1865) für den industriellen Ausbau des Ruhrgebiets, in: ders.: Wirtschaft, S. 161–178, hier: S. 177.

20 Wolfram Fischer: „Stadien und Typen“ der Industrialisierung in Deutschland. Zum Problem ihrer regionalen Differenzierung, in: ders.: Wirtschaft, S. 464–473, hier: S. 471.

Timo Luks

demografischen, sozialen, ökonomischen, politischen und sonstigen Voraussetzungen und Entwicklungen nahmen sie vielmehr eine je eigene Gestalt an. Für das Ruhrgebiet folgt die klassische Erzählung, die in ihrer Grundrichtung sicher auch nicht falsch ist, der Nordwanderung des Bergbaus als entscheidendem Industrialisierungsfaktor. Diese Erzählung hebt auf den sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts abzeichnenden Strukturwandel einer ländlich geprägten Region zum „bedeutendsten Industriegebiet Westdeutschlands“ ab. Die Dominanz von Bergbau und Schwerindustrie gilt als entscheidender Faktor des Aufstiegs dieser Wirtschaftslandschaft.²¹ Das dadurch entstehende Bild profiliert das Ruhrgebiet gegenüber anderen Gewerbe- und Industrieregionen, seien es nun andere montan- und schwerindustriell konnotierte Regionen oder protoindustriell und durch Konsumgüter geprägte Gewerbeflandschaften. Es trägt aber zu einer gewissen Teleologie bei und lässt die Gesellschaft des Ruhrgebiets homogener erscheinen, als sie es war. Trotz der sicher nicht falschen These einer schwerindustriellen Monostruktur wurde auch die ökonomische Expansion des Ruhrgebiets „durch ein differenziertes Muster geprägt“, das sich im zeitlichen Verlauf seit den 1850er Jahren mehrfach verschob.²²

Bevölkerungsentwicklung

1816 zählte das Ruhrgebiet etwas über 220.000 Einwohner:innen. 1858 waren es mehr als doppelt so viele, im Jahr der Reichsgründung 723.000 und 1905 2,6 Millionen Einwohner:innen. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts wurde das Ruhrgebiet zum Bevölkerungsschwerpunkt Westdeutschlands. Dabei handelte es sich allerdings um einen langen Prozess.²³ Noch 1871 übertraf die Einwohnerzahl der bergisch-märkischen Gewerbeflandschaft mit Barmen, Elberfeld, Remscheid, Iserlohn und Solingen diejenige der fünf größten Ruhrstädte, die es zusammen auf knapp 160.000 Einwohner:innen brachten – gegenüber knapp 200.000 Einwohner:innen im bergisch-märkischen Land. 1905 hatte sich das Verhältnis umgekehrt. Dortmund, Essen, Duisburg, Mülheim und

Hamm zählten nun zusammen gut 721.000 Einwohner:innen, während die Bevölkerungszahl der älteren Gewerbeflandschaft bei rund 462.000 lag. Im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es im Ruhrgebiet sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zu anderen Regionen zu einem massiven Bevölkerungswachstum, das noch einmal über den schon beachtlichen Wachstumsraten im Reichsdurchschnitt lag. Die jährlichen Zuwachsraten lagen im Ruhrgebiet in den Jahrzehnten nach 1871 bei knapp 38 Prozent, in der Emscherzone bei über 50 Prozent (bis in die 1850er Jahre hatten sie bei rund 16 Prozent gelegen) und in der Ruhrzone bereits seit 1816 kontinuierlich um die 25 Prozent. Das Bevölkerungswachstum betraf alle Zonen, entfaltete aber eine je eigene Dynamik. In allen Fällen ereignete sich der entscheidende Schub im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, das allerdings schon vor dem Hintergrund beachtlicher Wachstumsraten in den Jahrzehnten zuvor. Die Bevölkerungsdichte erhöhte sich im genannten Zeitraum von 67 auf 790 Einwohner:innen je Quadratkilometer. In der Hellwegzone lag sie 1905 bei fast 1.700. Die 1816 noch unterdurchschnittlich dünn besiedelte Emscherzone brachte es Anfang des 20. Jahrhunderts auf 1.254 Einwohner:innen je Quadratkilometer. Hinsichtlich der demografischen Schwerpunkte verschoben sich die Gewichtungen im Verlauf des 19. Jahrhunderts deutlich: Das Zurückfallen der Ruhr ging mit einem wachsenden Übergewicht der Hellweg- und Emscherzone einher. Diese Entwicklungen spiegeln den unterschiedlichen Beginn und Verlauf des Industrialisierungsprozesses. Während sich die Industrialisierung in der frühen Phase noch auf die Ruhrzone und parallel zur ersten Nordwanderung des Bergbaus auf die Hellwegzone konzentrierte, reflektiert das Bevölkerungswachstum zwischen den späten 1850er Jahren und der Reichsgründung das Vordringen in die Emscherzone, vor allem aber den Ausbau des Hüttenwesens. Das Zurückbleiben der Bevölkerungsentwicklung in agrarisch geprägten Regionen ist nicht zuletzt auf Wanderungsbewegungen zugunsten der dynamischeren industriellen

21 Wolfgang Köllmann: Beginn der Industrialisierung, in: ders. u.a. (Hg.): Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 11–79, hier: S. 13.

22 Toni Pierenkemper: Regionale Differenzierung im östlichen Ruhrgebiet 1850–1887. Dargestellt am Beispiel der Einführung der Dampfkraft, in: Rainer Fremdling u.a. (Hg.): Industrialisierung und Raum. Studien zur regionalen Differenzierung in Deutschland des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1979, S. 165–191.

23 Die folgenden Ausführungen stützen sich auf: Wolfgang Köllmann/Frank Hoffmann/Andreas E. Maul: Bevölkerungsgeschichte, in: Köllmann u.a. (Hg.): Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 111–197.

Kerne zurückzuführen. Das massive Bevölkerungswachstum im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, das das Ruhrgebiet als Ganzes betraf, steht dagegen im Zusammenhang mit der Hochindustrialisierung, das heißt der Entstehung und Dynamik schwerindustrieller Großbetriebe, die nicht zuletzt eine bedeutende Fernwanderung in Gang setzten. In demografischer Sicht lässt sich die Entstehung der Industriegesellschaft im Ruhrgebiet – die Entstehung des Ruhrgebiets *als* Industriegesellschaft – über ein durchgängiges, immer wieder massiv beschleunigtes Bevölkerungswachstum charakterisieren. Einerseits setzte das eine gewisse Eigendynamik in Gang, andererseits lässt sich die Bevölkerungs- nicht von der industriellen Entwicklung trennen. Beides zusammen trug dazu bei, dass das Ruhrgebiet eine charakteristische Struktur ausbildete und zu einer distinkten, wenn auch binnendifferenzierten Region wurde.

Stadt und Land

Um 1800 war die Ruhrzone dünn besiedelt und trug dörflichen Charakter, geprägt von mittel- und kleinbäuerlichen Anwesen, Ackerbürgerstädten und Kirchdörfern. Abgesehen von den Hellwegstädten und Teilen des Ruhrufers blieb sie es noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Die meisten Städte wuchsen bis in die 1840er Jahre nicht oder nur wenig über ihren mittelalterlichen Kern hinaus. Die Mehrheit der in Handel und Handwerk beschäftigten Bevölkerung betrieb landwirtschaftlichen Nebenerwerb. Mülheim, Duisburg oder Ruhrort wichen aufgrund ihrer Rolle als Umschlagplätze im Handel zwischen Rhein und Ruhr etwas von diesem Muster ab. Die Städte des Ruhrtals waren überwiegend Handwerker- bzw. Gewerbestädte und sie erfüllten ansonsten eine Vermittlerfunktion zwischen der bergisch-märkischen Gewerberegion und dem agrarischen Überschussgebiet am Hellweg. Selbst die Hellwegstädte hatten längst nicht mehr die Bedeutung, die sie zu Zeiten der Hanse

hatten. Auch die Hellwegzone war weithin ein Agrargebiet, dessen Städte Mittelpunkt für das ländliche Umland waren.²⁴ Duisburg war die einzige dieser Städte, die gegenüber dem Mittelalter einen Bevölkerungszuwachs verzeichnet hatte. Dortmund stagnierte als sozial und gewerblich wenig dynamische Ackerbürgerstadt, ähnlich Bochum und Wattenscheid seit der Hansezeit. Eine zeitgenössische Beschreibung aus dem Jahr 1788 hielt fest: „Dortmund, zu dem eine Ebene von etwa 2 Meilen, in welcher 13 Dörfer liegen, gehört, ist selbst ein großes Dorf mit Mauern, eine Stunde im Umkreis, worin alle Bürger Ackerleute sind. Der Boden ist fruchtbar.“²⁵ Zur Stadt im engeren Sinn, so konstatierte der Dortmunder Publizist und Ratsherr Arnold Mallinckrodt, gehörten über zweitausend Morgen Feldmark bzw. Ackerland. „Die Bürger sind indessen nicht die alleinigen Eigenthümer der Feldmark“, vielmehr sei wohl ein Fünftel des Ackerlands „nicht allein im Besitz ‚von hiesigen Bauern‘“, sondern werde „auch von Fremden der anliegenden Oerter, zum Nachtheile der hiesigen Stadt, besessen“. Gegenwärtig ernährten die Gemeinweiden 1.400 Kühe. Bei einer Teilung und Umwandlung in Privateigentum dürften sie wohl, so Mallinckrodt's Vermutung, deutlich ertragreicher werden.²⁶ Der Gelsenkirchener Raum bot ebenfalls das Bild einer Agrarlandschaft. Lediglich die Kirchdörfer Gelsenkirchen und Buer waren keine rein bäuerlichen Siedlungen, wurden sie doch vor allem von Handwerkern und Händlern mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb bewohnt.²⁷

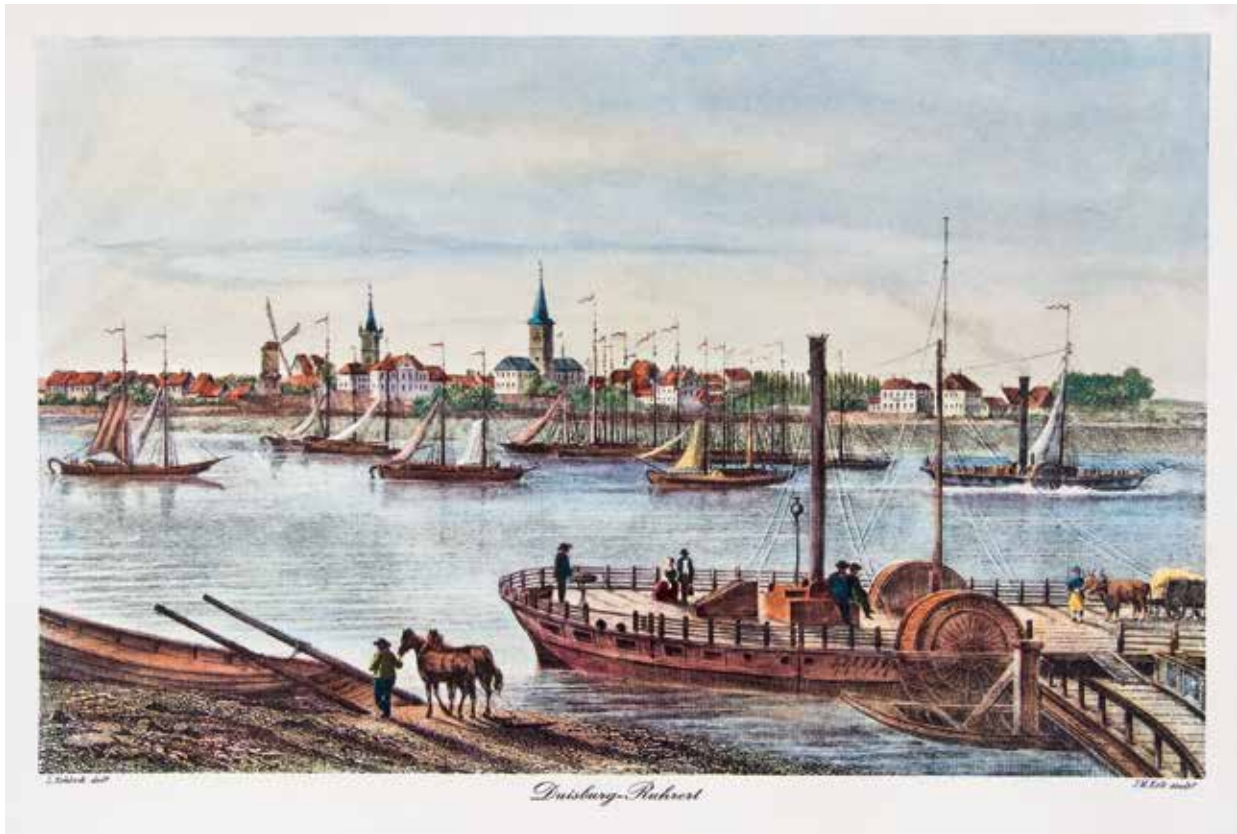
Insgesamt betrachtet nahm die Urbanisierung im Ruhrgebiet eine andere Entwicklung als in anderen Regionen. Verstädterung blieb bis in die 1890er Jahre deutlich hinter der Bevölkerungs- und industriellen Entwicklung zurück. Stärker als andernorts war die Urbanisierung an der Ruhr durch rasant wachsende „Industriedörfer“ geprägt, in denen dörfliche Verwaltungsordnungen fortbestanden und denen ein

24 Als Überblick: Horst M. Bronny/Wilfried Dege: Raumpotential und Raumstruktur an der Schwelle zur Industrialisierung, in: Köllmann u.a. (Hg.): Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 81–110.

25 Zitiert nach: Karin Schambach: „Fabriken gedeihen bekanntlich nicht in einer Ackerstadt“. Dortmund im Umbruch?, in: Lothar Gall (Hg.): Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch 1780–1820, München 1991, S. 143–182, hier: S. 149.

26 Arnold Mallinckrodt: Versuch über die Verfaßung der kaiserlichen und des heiligen römischen Reichs freyen Stadt Dortmund, Dortmund 1795, Bd. 1, S. 34–35.

27 Stefan Goch: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen, 1848–1975, Düsseldorf 1990, S. 43 f.



Duisburg-Ruhrort, Panorama mit Rhein, um 1820, Ludwig Rohbock (Zeichner); Josef Maximilian Kolb (Stecher), Farbdruck (Reproduktion; Original: kolorierter Stich).

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (R 4 Nr. 7082 UF).

Mindestmaß an Selbstverwaltung verweigert blieb.²⁸ Die Unterscheidung zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung ist daher im Einzelfall nicht leicht zu treffen. Das wiederum ist zwar kein Spezifikum des Ruhrgebiets, sondern eher ein gemeinsames Merkmal zahlreicher frühindustrieller Regionen. Angesichts der späteren schwer- und montanindustriellen Prägung sowie der rasanten Verstädterung des Ruhrgebiets geriet dieser Ausgangspunkt stellenweise jedoch etwas aus dem Blick. In sozialgeografischer Perspektive fällt auf, dass sich der Gegensatz städtischer und ländlicher Gemeinden von der Ruhrtalzone zur Hellwegzone nach Norden hin reduzierte und Richtung Emscher-Lippe-Raum noch weiter abschwächte. „Die Städte des Emscher-Lippe-Raumes wiesen um 1820 noch kein typisches städtisches Flächennutzungsgefüge auf.“²⁹ Auf

der Grundlage einer detaillierten Auswertung der Wahllisten für den westfälischen Provinziallandtag des Jahres 1826 hat der Sozialhistoriker Wolfgang Köllmann die Frage diskutiert, ob sich Städte wie Dortmund, Hagen, Iserlohn, Bielefeld, Minden oder Münster, „die entweder schon an der Schwelle der Industrialisierung standen oder aber besondere überörtliche Handels- und Verwaltungsfunktionen besaßen“, hinsichtlich ihrer Struktur von Kleinstädten mit vorwiegender Ackerbürgerschaft unterschieden. Sein Befund fiel negativ aus. Zwar existierten gewisse Unterschiede, diese wuchsen sich aber nicht zu „grundsätzlichen Gegensätzen“ aus, weil einerseits die industrielle Entwicklung noch in den Anfängen steckte, andererseits aber auch die fraglichen Städte „Zentren rein bäuerlicher Gebiete waren“. Auch die größeren Städte trugen weiterhin ländliche Züge

²⁸ Stefan Goch: Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet, Essen 2002, S. 69–73; Köllmann, Beginn, S. 16–22.

²⁹ Bronny/Dege, Raumpotential, S. 105 f.



Duisburg-Ruhrort, Hafen mit Schifferbörse, 1916, gedruckte s/w-Postkarte nach Foto.
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (R 4 Nr. 39862).

und die kleineren Städte behielten ihre traditionelle Funktion als Sitz des ländlichen Handels, Spezialhandwerks oder von Amts- und Kreisbehörden. Die maßgeblichen (wahlberechtigten) Schichten unterschieden sich in den Klein- und Mittelstädten kaum, zumal das stadt-sässige Köttertum ebenso wie Kleingewerbe und Kleinhandwerk politisch und sozial marginalisiert wurden. Umgekehrt rückten landsässige Industrielle und Gewerbetreibende „in die gleichen Positionen wie das Bauern-tum trotz geringeren Grundbesitzes“.³⁰

In den 1840er Jahren lebte knapp ein Drittel der Ruhrgebietsbevölkerung in Städten, bei denen es sich mehrheitlich um Orte mit kaum mehr als zweitausend Einwohner:innen handelte. Bis zur Jahrhundertwende verdoppelte sich der Anteil der städtischen Bevölkerung. In aller Deutlichkeit zeigt sich das an den sozialräumli-

chen und demografischen Verschiebungen, die mit der Gründung der Phoenix-Hütte in Laar 1852/53 einhergingen. Dabei handelte es sich in gewisser Weise um den Sonderfall der Gründung eines schwerindustriellen Großbetriebs „auf der grünen Wiese“, der dadurch aber bestimmte Zusammenhänge klar zu erkennen gibt. Meiderich und Beeck gehörten zu diesem Zeitpunkt zum Typus von Fabrikdörfern, deren Entwicklung für den Prozess der Verstädterung des Ruhrgebiets ebenso prägend war wie diejenige der zentralen Städte. Die mit Industrialisierung und Wanderungsbewegungen verbundene Dynamik kleiner und zunächst agrarisch strukturierter Landgemeinden übertraf die Entwicklung der älteren Kernstädte des Ruhrgebiets, „die an sich schon als typische Beispiele eines extrem dynamisch verlaufenden Verstädterungsprozesses gelten. Vor al-

³⁰ Wolfgang Köllmann: Friedrich Harkort, Düsseldorf 1964, S. 190 f.

lem die Rolle des industriellen Wachstums als Motor der Entwicklung tritt wesentlich schärfer hervor.³¹ Mit der Phoenix-Hütte begann für die genannten Orte eine neue Epoche, in der vom Charakter „dünnbesiedelter Landgemeinden“ nicht mehr viel blieb. Die Bürgermeisterei Beek umfasste 1843 ein Kirchdorf (Beek), den kleineren ländlichen Wohnplatz Laar sowie einige „noch nicht zu Dorfschaften zusammengewachsene Streusiedlungen“. Laar zählte zu diesem Zeitpunkt 28 Wohnhäuser und sieben landwirtschaftliche Gebäude bei 240 Einwohner:innen. Im Kirchdorf Beek existierten, bei 976 Einwohner:innen, 99 Wohnhäuser und 31 landwirtschaftliche Gebäude. Die 3.395 Einwohner:innen Meiderichs verteilten sich auf 448 Wohnhäuser, während im Ort 228 landwirtschaftliche Gebäude gezählt wurden. Mitte der 1850er Jahre setzte im Duisburger Raum eine beachtliche Entwicklung ein, auch wenn nicht alle Gemeinden und Gemeindeteile sofort oder im gleichen Maß davon erfasst wurden. Zieht man die Entwicklung in den verschiedenen Zonen zum Vergleich heran, wird ersichtlich, dass die Bevölkerung der Gemeinde Beek erheblich schneller und Meiderich deutlich langsamer wuchs als die Hellweg- beziehungsweise Emscherzone insgesamt, die mit 166 bzw. 178 Prozent den höchsten Zuwachs erzielten (im gesamten Ruhrgebiet wuchs die Bevölkerung zwischen 1852 und 1871 um 88 Prozent). Danach verlangsamte sich der Trend merklich. Beeks Bevölkerung wuchs zwischen 1871 und 1895 um 46 Prozent und lag damit unter dem Ruhrgebietsdurchschnitt. Meiderich wuchs im selben Zeitraum mit Blick auf das Ruhrgebiet insgesamt zwar überdurchschnittlich, erreichte aber auch nicht die Spitzenwerte der südlichen Emscherzone.

Für die Zeit seit dem Ende der 1850er Jahre ist der Zusammenhang von Großzechen und Verstädterung evident, insbesondere für die Emscherzone. Die rasant wachsenden Industriedörfer, also etwa Gelsenkirchen, Wanne-Eickel, Castrop-Rauxel, Herne, Borbeck, Altenessen usw., stehen dabei für einen additiven Verstädte-

rungsprozess: zuerst die Zeche, dann Schritt für Schritt immer weitere „städtische“ Elemente (Schulen, Kirchen, Geschäftsstraßen usw.). Mit Verzögerung folgten jene Städte, deren Entwicklung von der Eisenindustrie bedingt war: Oberhausen und Hörde oder, weniger ausgeprägt, Hattingen, Duisburg, Mülheim, Ruhrort und dann natürlich Dortmund, Essen und Bochum, deren Entwicklung in den 1860er Jahren ganz entscheidend durch Hütten und Walzwerke bestimmt wurde.³² Duisburgs Einwohnerzahl wuchs zwischen 1848 und 1904 von gut 8.900 auf knapp 107.000, diejenige Dortmunds von knapp 30.000 (1865) auf nahezu 215.000 im Jahr 1910. Die höchsten jährlichen Zuwachsraten fielen in die frühen und mittleren 1870er Jahre (ca. 40 Prozent), bevor sie nach einer Phase verlangsamten Wachstums ab Mitte der 1890er Jahre wieder deutlich über 20 Prozent lagen. Für die besonders dynamischen Wachstumsphasen waren massive Wanderungsgewinne zu verzeichnen, deren Anteil am Bevölkerungswachstum der Jahre 1865/70 fast bei drei Vierteln und 1910 bei knapp der Hälfte lag. Essen erlebte in diesem Zeitraum ein Wachstum von 35.000 auf 295.000 Einwohner:innen. Gelsenkirchen zählte 1867 5.000 Einwohner:innen und verzeichnete ein schrittweises Wachstum bis zum Ende des Jahrhunderts (37.000 Einwohner:innen im Jahr 1900), bevor die Einwohnerzahl förmlich explodierte: 1905 betrug sie 147.000 und 1910 knapp 170.000.³³ Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts wurde das Ruhrgebiet, so Wolfgang Kaschubas zugespitzte Formulierung, zum Paradebeispiel eines industriellen Raums, in dem alle Lebensbereiche durch die vorhandenen Industriebetriebe geprägt und strukturiert wurden, und der sich markant etwa von Berlin unterschied, das im gleichen Zeitraum zum „urbanen Laboratorium“ wurde.³⁴ Der Prozess der Entstehung einer Industriegesellschaft ging im Ruhrgebiet mit der Herausbildung einer vielschichtigen Raumstruktur einher, in der naturräumliche, demografische, politisch-administrative und wirtschaftliche Faktoren ineinandergriffen und sich überlagerten. In sozial-, aber auch

31 Ulrich Zumdick: Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet. Die Belegschaft der Phoenix-Hütte in Duisburg-Laar 1853–1914, Stuttgart 1990, S. 22.

32 Jürgen Reulecke: Schwerindustrie und Bergbau als Städtegründer. Das Ruhrgebiet und das Siegerland im Vergleich, in: ders.: Kohlenpott, S. 27–47.

33 Dazu insgesamt: Köllmann/Hoffmann/Maul, Bevölkerungsgeschichte, S. 153–163.

34 Wolfgang Kaschuba: Die Überwindung der Distanz. Zeit und Raum in der europäischen Moderne, Frankfurt a. M. 2004, S. 199–204.

raumgeschichtlicher Perspektive sind diese Überlagerungen und das Nebeneinander von Siedlungsformen und Raumpraktiken entscheidend.³⁵

Soziale und gewerbliche Gliederung

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterschied sich die Sozialstruktur des Ruhrgebiets kaum von anderen, eher ländlichen Regionen mit kleinstädtischer Prägung. In sozialer und gewerblicher Hinsicht heißt das zunächst vor allem, dass Handwerk, Handel und dem tertiären Sektor insgesamt eine herausgehobene Bedeutung zukam. Gewerbliche Aktivitäten waren vornehmlich, aber nicht ausschließlich auf lokale und regionale Versorgung und Nachfrage ausgerichtet, ergänzt um eine sich früh abzeichnende regionale Spezialisierung und Arbeitsteilung. Das heißt allerdings nicht, dass man es mit einer statischen, stagnierenden und nivellierten Gesellschaft zu tun hätte. Einerseits waren soziale Unterschiede und Ungleichheiten erheblich, andererseits existierten in einer zunehmend verflochtenen und sich verdichtenden Region wie dem Ruhrgebiet stets Wachstumspotenziale und ein beachtliches Ausmaß sozialer Mobilität. Charakteristisch für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war – im Ruhrgebiet ebenso wie in vergleichbaren Regionen – eine soziale und gewerbliche Heterogenität mit fließenden Grenzen zwischen einigen, aber selbstverständlich nicht zwischen allen sozialen Milieus und Beschäftigungsfeldern.³⁶ Peter Nikolaus Harkort, Gutsbesitzer und Unternehmer, stellte 1809 eine Statistik für die nicht untypische Gemeinde Ennepestraße zusammen, zu der das Landgut der Familie gehörte. Er zählte bei 2.500 Einwohner:innen 104 Höfe und 333 Kotten, gut 40 Schmiedehämmer unterschiedlicher Art, eine Schleifkotte und zwei Bleichereien. Die amtliche Landaufnahme des Jahres 1806 zählte 4.500 Einwohner:innen, 143 Bauernhöfe und Güter über 15 Morgen sowie 344 Kotten. In gewerblicher Hinsicht verzeichnete die Landaufnahme 21 Schmieden mit 66 Arbeitern sowie 44 Stahl- und Eisenwarenfabriken mit 211 Arbeitern. Darüber hinaus wurden sechs Schmiedemeister mit zwölf Gesellen und Lehrlingen sowie 112 Messer-

schmiede mit 106 Gesellen und Lehrlingen gezählt. Demgegenüber fiel das Textilgewerbe deutlich ab: vier Bleichen mit 17 Arbeitern, eine Färberei, drei Webstühle für Leinenwaren, ein Bandstuhl für Woll- und Leinenbänder, eine Strumpfwirkerei und drei Gerbereien mit sieben Arbeitern. Hinzu kamen gut 150 Meister, Gesellen und Lehrlinge verschiedener Handwerke (Schuhmacher, Zimmerleute, Maurer, Bäcker usw.). Das entsprach „dem Besatz, den die Einwohnerschaft zur Eigenversorgung benötigte“.³⁷ Mit der protoindustriell geprägten Struktur, die neben Landwirtschaft und Versorgungshandwerk vor allem eine zunehmend auch verlagsmäßig organisierte Kleineisenproduktion erkennen ließ, gehörte die Gemeinde Ennepestraße, wie das Bergische und märkische Land insgesamt, zum Typus der durchaus modernen, diversifizierten und integrierten Gewerbergionen mit einer entsprechenden sozialen Struktur, die vielerorts die Voraussetzungen für die spätere Industrialisierung schufen.³⁸ Das spätere Ruhrgebiet bzw. Rheinisch-Westfälische Industrievier verfügte über einige dieser für die Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts aufschlussreichen Kerne, die allerdings – in sozialer wie auch gewerblicher Hinsicht – je eigene Profile aufwiesen.

Trotz des bescheidenen Ausmaßes der städtischen und gewerblichen Entwicklung existierte im Ruhrgebiet bereits um 1800 eine wohlhabende *Kaufmannsschicht*, die beispielsweise in Duisburg den Handel mit bergisch-märkischen Eisen- und Textilprodukten in Richtung Niederlande sowie Kolonialwaren und Textilrohstoffen in umgekehrter Richtung verantwortete. Justus von Gruner, preußischer Rechts- und Staatswissenschaftler sowie erfolgreicher Karrierebeamter, konstatierte in seiner Reisebeschreibung aus dem Jahr 1802:

„Ehemals gehörte Duisburg zur Hanse, und noch jetzt ist ihr Handel sehr blühend, theils durch Speditionen der Fabrikate aus der Grafschaft Mark und dem Herzogthum Berg nach Holland, theils durch eigene Manufakturwaren, deren Verfertigung eine Menge Menschen ernährt. Die Tuchfabriken sind die vor-

³⁵ Siehe dazu den Beitrag von Ute Schneider in diesem Band.

³⁶ Meine Ausführungen stützen sich auf: Köllmann, Beginn; Klaus Tenfelde: Soziale Schichtung und soziale Konflikte, in: Köllmann u.a. (Hg.): Ruhrgebiet, Bd. 2, S. 121–217.

³⁷ Köllmann, Harkort, S. 34 f.

³⁸ Siehe dazu den Beitrag von Hiram Kümper in diesem Band.

Timo Luks

züglichsten, obwohl sie, wie der ganze Handel, auch durch den jezzigen Krieg und die Veränderung des linken Rheinufer gelitten haben.“³⁹

Ähnlich verhielt es sich in Mülheim, allerdings hinsichtlich der Stellung im Kohlehandel. Diese Gegebenheiten begünstigten die Entstehung einer in sich geschlossenen Kaufmannschaft, und sie schufen günstige Voraussetzungen für die Entwicklung des Bergbaus, in dem sich Mülheimer Kaufleute zunehmend engagierten. In der Regel handelte es sich allerdings um einige wenige Familien, die eng verwandt waren. Hier bildete sich eine kleine städtische Oberschicht heraus – die Haniels in Ruhrort oder die Stinnes in Mülheim –, die durch ihre Tätigkeit in Handel und Speditionswesen zu Wohlstand gekommen war. Dieser Wohlstand ließ sich anschließend in anderen Bereichen investieren. Die Essener Kaufmannschaft behauptete eine gewisse Position im Binnen- und Fernhandel, nicht zuletzt aufgrund enger Verbindungen mit der Ruhrorter und Mülheimer Spedition. Auch in Essen waren es wenige Familien, die bereits im 18. Jahrhundert einiges an Vermögen angehäuft hatten und den Handel weiterhin beherrschten: Krupp, Waldthausen und Huyssen. Auch die Essener Kaufleute investierten ihr Kapital im Bergbau, im entstehenden Hüttenwesen, in der Ruhrschifffahrt und in Grundbesitz. Zeitgenössischen Beobachtern wie Gruner, der aus protestantisch-säkularer Perspektive abfällig auf die „rückständigen“ Zustände im katholischen Westfalen blickte, kam das allerdings nicht sonderlich beeindruckend vor. Im Gegenteil, um 1800 drängte sich der Eindruck eines gewissen Niedergangs auf. „Alle Industrie“, so schrieb er, „verschwindet allmählich; die Fabriken wollen hier unter diesen Umständen nicht aufkommen, und man hilft ihnen auch von Obrigkeitwegen nicht auf. – Nur wenige Kaufleute führen einen bedeutenden Handel. Das Gewerbe ist durch strenge Zünfte niedergedrückt.“⁴⁰ An der relativen Bedeutung des Handels besteht aber kein Zweifel. Trotz des Bedeutungsverlusts gegenüber der Hansezeit gilt das auch für Dortmund. Dortmunder Kaufleute betätigten sich primär im Kom-

missions- und Transithandel, das heißt in der Vermittlung von Geschäften zwischen Frankfurt am Main und den Niederlanden oder von Sachsen und Schlesien nach Westdeutschland. Das umfasste den Handel mit Eisenwaren aus dem Sauerland, westfälischer Leinwand, sächsischen und schlesischen Tuchwaren, englischen Textilien oder Lederwaren und Wein aus Süddeutschland. Obwohl der Ackerbau in Dortmund, so Arnold Mallinckrodt, „ein Haupt-Nahrungszweig“ war, blühte um 1800 auch

„die Handlung sowohl im Kleinen, welche durch den Verkehr mit den benachbarten Ortschaften ihre Aufnahme erhält, als auch im Großen, welche in den jüngeren Jahren ungemein gewonnen hat, indem man jetzt gegen 15 Großhandlungen, theils größere, theils kleinere zählt, deren mehrere aus zwey, auch drey Gesellschaften bestehen“.⁴¹

In gewerblicher Hinsicht spielte das *Textilgewerbe*, insbesondere die Leinenweberei, im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle. Eine Zählung des Jahres 1819 ergab für die Ruhr- und Hellwegzone 459 haupt- und 463 nebegewerblich betriebene Webstühle: 60 (36) im Kreis Dinslaken, 128 (37) im Kreis Essen, 159 (79) im Kreis Bochum und 76 (284) im Kreis Dortmund. Die im Vergleich deutlich höhere Anzahl nebegewerblich betriebener Webstühle im Kreis Dortmund weist auf die Bedeutung der Leinenweberei als ländlichen Nebenerwerb hin. Als Haupterwerbsquelle in der Stadt verlor sie jedoch an Bedeutung.⁴² Um die Wende zum 19. Jahrhundert nahm selbst der sonst so strenge Gruner dieses Arrangement als blühende Gewerbelandschaft wahr. Es könne, so geriet er ins Schwärmen, „keinen reizendern und in jeder Hinsicht unterhaltendern Weg geben, als den von Elberfeld nach Hagen“. Dem „höchst romantischen Wupperthal“ und „bergischen Eldorado“ schloss sich ein Weg „wie eine einzige Gewerbetreibende Stadt“ an, „manchmal von stilleren romantischen Naturpartien“ durchschnitten.

39 Justus von Gruner: *Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung oder Schilderung des sittlichen und bürgerlichen Zustandes Westphalens am Ende des achtzehnten Jahrhunderts*. Zweiter Theil, Frankfurt a. M. 1802, S. 239.

40 Ebd., S. 259.

41 Mallinckrodt, *Versuch*, Bd. 1, S. 41; zur Struktur des Dortmunder Handels: Schambach, *Fabriken*, S. 150.

42 Köllmann, *Beginn*, S. 62 f.

„Die Heerstraße ist zu beiden Seiten mit Fabrikhäusern und Arbeiterwohnungen von allerlei Art garnirt – ein beständiges lebenvolles Getreibe; ein unaufhörliches arbeitsames Geräusch von Mühlen, Hämmern, Spindeln u. s. w.; überall thätige Menschen, überall rege Hände und zufriedener Fleiß; lange Karavanen von schwer beladenen Frachtwägen, welche die Produkte der Erwerbsamkeit aus-, und Wägen mit Kohlen und Eisen, welche den Arbeitsstoff zuführen; dazwischen manchmal ein augenblickliches stilles Thal, oder die ruhige heitre Höhe eines Hügels, von dem man die durch Natur und Industrie gesegnete lachende Gegend überblickt.“⁴³

Auch anderen Reisenden fiel das auf. Der Theologe und Schriftsteller Johann Moritz Schwager bemerkte in seiner *Reise durch Westphalen, bis an und über den Rhein* (1804) die „umliegenden guten Bleichen, und verschiedene Manufakturen von Tuch“, die „halbleinenen und halbbaumwollenen Waaren, vorzüglich aber eine Menge Eisenwerker, Rohstahlhämmer, Stabhämmer, Sensenfabriken, Tuchscheerfabriken, u. s. w., und der bedeutende Handel mit diesen Produkten“. Zwei Jahre nach Gruner rief auch Schwager – zu diesem Zeitpunkt seit 30 Jahren Pfarrer im Ravensbrücker Kirchspiel Jöllenbeck und einer der führenden Vertreter der weltlichen Aufklärung und des kirchlichen Rationalismus in Westfalen und im Rheinland – seinen Leserinnen und Lesern in Erinnerung, dass Hagen „ein nach und nach durch Fabriken entstandener, angenehmer Ort“ sei.⁴⁴ Zeitgenössische Dortmunder Stimmen klagten dagegen eher darüber, dass die ehemals blühenden Fabriken „sehr abgenommen“ hätten, obwohl die Beschäftigungszahlen im Textilgewerbe nach wie vor beachtlich waren. Man finde, so Arnold Mallinckrodt,

„nur noch einige wenige Hutmacher, welche ihre Fabricaten außer dem hiesigen Absatze auf den umliegenden Jahrmärkten stückweise verkaufen; mehrere

Nagelschmiede, welche an eine hiesige ansehnliche Großhandlung abliefern; einige wenige unbedeutende Gerbereyen, dann aber noch sehr viele Weber, deren wir über 100 Meister zählen. Sie weben theils für die Einwohner der Stadt und Grafschaft, theils aber auch hauptsächlich für die umliegenden Gegenden.“⁴⁵

Der *Bergbau* nahm sich im frühen 19. Jahrhundert demgegenüber nach wie vor bescheiden aus. Das Gebiet um Essen, so Gruner, habe nicht nur einen sehr fruchtbaren Boden, der Getreide liefere, sondern vor allem „Steinkohlegebirge, die aber bei weitem nicht ertragen, was sie könnten, indem sie nicht regelmäßig gegraben, sondern nur nach dem jedesmaligen Interesse von unstudierten Praktikern willkürlich geraubt werden“.⁴⁶ Im Steinkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund existierten 1815 173 Zechen, die 3.062 Bergleute beschäftigten. Bis 1830 wuchs die Zahl der Beschäftigten kontinuierlich auf 4.457. Die durchschnittliche Zechenbelegschaft wuchs von 17,7 auf 25,9. Mitte des 19. Jahrhunderts waren, rechnet man die circa 12.000 Bergleute und ihre Angehörigen zusammen, 16 Prozent der Ruhrgebietsbevölkerung bergbaulich geprägt. Einige wenige davon waren als königliche Beamte der Oberschicht und einige hundert als Unter- und Grubenbeamte (Steiger, Schichtmeister, Kohlenmesser) der bergbaulichen Mittelschicht zuzurechnen. Ein halbes Jahrhundert nach Gruners Klage über die nur willkürlich grabenden „unstudierten Praktiker“ im Steinkohlenbergbau Essens stellte der Gymnasiallehrer und Reiseschriftsteller Gerhard Löbker bereits fest: „Die Bevölkerung der Stadt und des ganzen Stifts Essen verdankt ihren Wohlstand dem Bergbau. Der Betrieb der Steinkohlen verdankt seinen Flor zunächst den Dampfmaschinen und der Schiffbarmachung der Ruhr.“⁴⁷

Mitte des 19. Jahrhunderts war das Ruhrgebiet mithin erkennbar gewerblich und industriell geprägt. Die relative Bedeutung der Landwirtschaft ging früher als

⁴³ Gruner, Wallfahrt, S. 350–355.

⁴⁴ Johann Moritz Schwager: *Bemerkungen auf einer Reise durch Westphalen, bis an und über den Rhein* [1804], Bielefeld 1987, S. 68–69; siehe auch: Olaf Eimer: Der Pfarrer und Schriftsteller Johann Moritz Schwager auf einer „Reise durch Westphalen, bis an und über den Rhein“, in: ebd., S. 397–413.

⁴⁵ Mallinckrodt, Versuch, Bd. 1, S. 41 f.

⁴⁶ Gruner, Wallfahrt, S. 248.

⁴⁷ Gerhard Löbker: *Wanderungen durch das Ruhrthal*, Münster 1852, S. 19 f.

in anderen Regionen zurück, auch wenn der Anteil der ausschließlich landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung um die Jahrhundertmitte noch beachtlich war. Zumindest muss man hier festhalten, dass Zeitgenoss:innen mit Blick auf das Ruhrgebiet den *Wandel in Richtung* einer industriellen Prägung aufmerksam registrierten. Der englische Autor Thomas Charles Banfield schrieb 1846 über Mülheim (und das Bergische Land), dass die Bevölkerung deutlich stärker durch das produzierende Gewerbe als landwirtschaftlich geprägt und die Gegend zu sehr von gewerblicher und industrieller Vielfalt geprägt sei, um landwirtschaftlich von besonderem Interesse zu sein. Das Ruhrgebiet im engeren Sinn sei in dieser Hinsicht noch bemerkenswerter. Banfield prophezeite der Industrie im Ruhrdistrikt bereits Mitte der 1840er Jahre ein schnelles und dauerhaftes Wachstum.⁴⁸ Andere Reisende verzeichneten für Mülheim um die Jahrhundertmitte zahlreiche Dampfmaschinen, Tabak-, Baumwoll-, Tuch- und Lederfabriken sowie Steinkohlengruben, und in der Grafschaft Mark erblickten sie eine Region, die „reich an Erzeugnissen des Bodens“ sei. Als wichtigstes dieser Erzeugnisse wurde die Steinkohle identifiziert, „welche in der Tiefe des Erdbodens in solcher Fülle sich vorfindet, daß die Lager in vielen Jahrhunderten noch nicht gehoben und erschöpft sein werden“. Das Ruhrtal ernähre nicht nur Tausende Bergleute, Fuhrleute und Schiffer, sondern es mache sie wohlhabend. Die Steinkohle bringe „das Geld ins Land hinein“. Nicht zuletzt hätten aber auch „die vielfachen Fabrikate in Eisen-, Stahl- und Wollenwaren gerechte Anerkennung in der Handelswelt gefunden“. ⁴⁹ Der Schriftsteller Levin Schücking beobachtete 1855 während seiner Eisenbahnreise durch Westfalen:

„Das Land selbst hat einen hohen Grad von Cultur, von Industrie und von Wohlhabenheit unter der preußischen Verwaltung erreicht. Es beutet mit betriebsamer Thätigkeit die Schätze seines Bodens aus, und entwickelt sich stellenweise immer mehr zu ei-

nem Fabrikdistrict nach englischem Maßstab. Die Gußstahlfabriken, die Kohlenzechen, die Schmelzereien und Gießereien vermehren sich von Jahr zu Jahr; von Jahr zu Jahr wächst die Anzahl der Schiffe auf den beiden Flüssen, der Lippe und der Ruhr.“⁵⁰

Im Jahr 1849 waren im Ruhrgebiet noch etwas über 40 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, wenn auch mit erheblichen Unterschieden. In den Städten – Essen, Bochum oder Dortmund – war der Anteil vornehmlich landwirtschaftlich Beschäftigter sehr gering, lediglich in Duisburg und Recklinghausen lag er deutlich darüber. Hier zeigen sich wichtige innerregionale Unterschiede. „Bis in die 1880er Jahre“, darauf weist der Sozialwissenschaftler Stefan Goch in seiner Arbeitergeschichte Gelsenkirchens hin, „war die Hauptbeschäftigung der Bevölkerung des Kreises Recklinghausen die Landwirtschaft; bis in die 1870er Jahre behielt[en] das Kirchdorf Buer und die umliegenden Bauernschaften den Charakter einer reinen Agrarlandschaft“.⁵¹ Gleichzeitig war allerdings selbst in dünn besiedelten Landgemeinden wie Laar, Beeck und Meiderich bereits vor den einschneidenden Veränderungen, die die Gründung der Phoenix-Hütte 1852/1853 bedeutete, ein erheblicher Anteil der Bevölkerung außerhalb der Landwirtschaft beschäftigt, jedenfalls lässt sich das aus der relativ geringen Anzahl landwirtschaftlicher Gebäude in den fraglichen Gemeinden schließen.⁵² In den Kreisen war inzwischen über die Hälfte der Beschäftigten vornehmlich gewerblich tätig. Der Anteil industriell Beschäftigter im engeren Sinn war, mit Ausnahme Dortmunds und Essens, nach wie vor niedrig. Gemessen an den Beschäftigungszahlen wurden die Kernkreise des Ruhrgebiets – Duisburg, Bochum und Dortmund – weiterhin durch die Textilindustrie mit etwas über 5.000 Beschäftigten dominiert, gefolgt von 2.120 Beschäftigten in der Roheisenherstellung und 1.806 in der Metallverarbeitung. Hinzu kamen etwas über 14.000 Handwerker, davon knapp 8.000 Meister, 3.798 mehrheitlich selbst-

⁴⁸ Thomas Charles Banfield: *Industry of the Rhine: agriculture. Embracing a view of the social condition of the rural population of that district*, London 1846, S. 40; ders.: *Industry of the Rhine: manufactures. Embracing a view of the social condition of the manufacturing population of that district*, London 1848, S. 36.

⁴⁹ Löbker, *Wanderungen*, S. 54 f.

⁵⁰ Levin Schücking: *Eine Eisenbahnfahrt durch Westfalen*, Leipzig 1855, S. 70.

⁵¹ Goch, *Arbeiterbewegung*, S. 47.

⁵² Zumdick, *Hüttenarbeiter*, S. 52 f.

ständig im Handel beschäftigte Personen, eine ähnliche Zahl Beschäftigter in Transport und Beherbergung sowie einige Hundert Beamte und Pensionäre. Die überwältigende Mehrheit der Beschäftigten waren „Handarbeiter“ (13.671, davon 2.528 Frauen), im Landbau (43.574) oder als Gesinde beschäftigt (17.749, davon 10.839 Frauen). In Bochum machten Handwerksmeister, Lehrlinge und Gesellen 1858 ein Fünftel der Erwerbsbevölkerung aus, etwas über fünf Prozent waren selbstständige Industrielle und Kaufleute, zehn Prozent der Erwerbsbevölkerung Berg- und 20 Prozent Fabrikarbeiter. Der Anteil der Tagelöhner sowie derjenige des männlichen und weiblichen Dienstpersonals bewegte sich in einer ähnlichen Größenordnung.⁵³

Bis in die 1840er Jahre und oft noch darüber hinaus waren die Städte des Ruhrgebiets mehrheitlich kleine und kleinere Handels- und Handwerksstädte. Handwerker gehörten zur erweiterten städtischen Honoratiorenschicht, etwa als Stadtverordnete. Allerdings wurden sie, aber auch kleine und mittlere Kaufleute, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in verschiedenen Städten zunehmend durch Großkaufleute und Industrielle – oder deren Delegierte und Repräsentanten – verdrängt. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war der handwerkliche Charakter verschiedener Städte aber noch prägend. Die Handwerkerdichte – und damit ein wichtiger Indikator zur Einschätzung des Ein- und Auskommens – lag im Ruhrgebiet am Beginn der Industrialisierung, bei erkennbaren regionalen Unterschieden, insgesamt über dem preußischen Durchschnitt. Um die Jahrhundertmitte existierten, wie gerade erwähnt, in den Kernkreisen des Ruhrgebiets, in Duisburg, Bochum und Dortmund, circa 14.000 Handwerker, davon ungefähr 8.000 Meister. In den Landkreisen Dortmund, Bochum und Duisburg waren das im Jahr 1849 zwischen 35 und knapp 40 selbstständige Handwerker pro eintausend Einwohner:innen – gegenüber knapp 25 in Preußen. Meister, Gesellen und Lehrlinge zusammengekommen, lag der Anteil der Handwerksbevölkerung in den genannten Ruhrkreisen zwischen 5,4 und 7,2 Prozent. Zudem wuchs die Zahl der Selbstständigen, die

zumeist im Handwerk tätig waren, beispielsweise im Regierungsbezirk Arnsberg, während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schneller als die Bevölkerung insgesamt. Insbesondere die sogenannten Massenhandwerke – also zum Beispiel Schuhmacher, Schneider oder Tischler – erfuhren einen größeren Zulauf. Allerdings war die wirtschaftliche Situation in diesen Handwerken so, dass nur etwas mehr als die Hälfte aller Meister einen Gesellen beschäftigte und alle anderen sich als Alleinmeister durchschlugen. Die Nahrungshandwerke, Bäcker und Fleischer etwa, waren eher unterrepräsentiert. Nach 1850 verschoben sich die Relationen. Mit der industriellen Expansionsphase setzte ein Bedeutungsverlust selbstständiger Tätigkeiten nicht zuletzt im Handwerk ein. Die Zahl der Handwerker – Meister, Gesellen, Lehrlinge, Gehilfen – wuchs in absoluten Zahlen zwar weiterhin, blieb aber hinter dem Bevölkerungswachstum zurück. Am Umstand, dass die Mehrheit der Meister in den Nahrungs- und Bekleidungshandwerken als Alleinmeister tätig war, änderte sich bis in die 1860er Jahre allerdings nichts. Auffällig ist auch das Mobilitätsverhalten. Das Ruhrgebietshandwerk war während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet. „Für das Baugewerbe“, so schreibt der Historiker Wilfried Reininghaus in seiner Studie zum Ruhrgebietshandwerk, „waren noch um 1900 saisonale Wanderungen kennzeichnend. In allen Bauberufen zogen Handwerker im Winter entweder in Bergwerke oder in ihre Heimatorte. Beim Hauptarbeitsnachweis der Handwerkskammer Dortmund meldeten sich im Rekordjahr 1908/09 20.007 Arbeitssuchende, darunter überwiegend Maurer oder baunahe Handwerker wie Klempner, Maler und Schlosser.“⁵⁴

In gewerblicher Hinsicht, das vielleicht als Zwischenfazit, existierte eine „textilindustrielle Zwischenzone“, die sich „zwischen die meist kleingewerblichen Zentren der Roheisenherstellung und -verarbeitung im Süden und den entstehenden montanindustriellen Wirtschaftsraum im Norden geschoben hatte“.⁵⁵ Im Handwerk zeigten sich parallel dazu erste Entwicklungstendenzen in Richtung eines Zuliefercharakters

53 David F. Crew: Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860–1914, Frankfurt a. M. u.a. 1980, S. 21.

54 Wilfried Reininghaus: Entwicklung und Struktur des Handwerks, in: Köllmann u.a. (Hg.): Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 395–433, hier: S. 401.

55 Klaus Tenfelde: Arbeiterschaft, Arbeitsmarkt und Kommunikationsstrukturen im Ruhrgebiet in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte 16 (1976), S. 1–59, hier: S. 8.

für Bergbau und Metallverarbeitung. Mit der Nordwanderung des Bergbaus setzte dann schließlich ein Trend zum Großbetrieb und ein damit verbundenes, fortgesetztes und gegenüber anderen Gewerbebranchen überproportionales Beschäftigungswachstum sowie ein Anstieg des vom Bergbau lebenden Bevölkerungsanteils ein.

Aus Perspektive des Arbeitsmarkts brachten bereits die ersten Jahrzehnte der Industrialisierung im Ruhrgebiet eine Bewegung weg von der Landwirtschaft in Gang. Obwohl die Löhne des ländlichen Gesindes und von Tagelöhnern seit den 1860er Jahren „im Schlepptau der industriellen Lohnentwicklung“ drastisch anstiegen, änderte das nur wenig an der Abwanderung vor allem des männlichen Gesindes in die Industrie. Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt geriet in zunehmende Abhängigkeit vom industriellen Arbeitsmarkt und es bildeten sich neue Formen der Verflechtung heraus. Das lag an einer ausgeprägt selektiven Arbeitskräftenachfrage seitens der Schwerindustrie, die sich auf junge kräftige Männer konzentrierte, während die Ruhrindustrie kaum Arbeitsmöglichkeiten für Frauen, Unfall- und Altersinvaliden oder männliche Heranwachsende bot. „Diese ‚Nischen‘ des industriellen Arbeitsmarktes konnte der Industrielandwirt nutzen“, etwa indem er in immer stärkerem Umfang „die Gruppe der Berg- und Hütteninvaliden“ nutzte, „die in der Regel relativ früh, in einem Alter zwischen 40 und 50 Jahren, auf Dauer arbeitsunfähig geworden waren und ihre zumeist karge Rente durch landwirtschaftlichen Zuverdienst aufbesserten“.⁵⁶

Insgesamt brachten die 1850er bis 1870er Jahre eine signifikante Veränderung der Erwerbsstruktur, die nun zunehmend von der Schwerindustrie und den entstehenden Großbetrieben (mit über 500 Beschäftigten) geprägt wurde. Franz Ignatz Pieler, ein studierter Theologe, Archivar und Lehrer, der sich nach seiner Pensionierung schriftstellerisch der westfälischen Heimatkunde und Landesgeschichte widmete, veröffentlichte 1871 einen Bericht über eine Eisenbahnreise. Dem ist beispielsweise zu entnehmen, dass Hagen als Stadt in günstiger Lage

aufblühe, dass Industrie und Handel „einen großartigen Aufschwung“ nähmen und „rasch wieder neue Keime für künftige Entwicklung“ bildeten.

„Ganz in der Nähe des Bahnhofes sehen wir die rußigen Dächer und ragenden Schornsteine zahlreicher Gewerbeanlagen; es sind die Eisenwerke von Funke und Elbers, von Asbek-Osthaus-Eicken und Comp., und von Köppern; die Eisengießereien von Proll und Lohmann, von Schwemann; ferner die Eisenwerke von Harkort und von Gebrüder Tenhaeff.“⁵⁷

Noch auffälliger, so schrieb der Eisenbahnreisende, sei das „rasche Emporblühen“ Dortmunds in neuester Zeit. Vom Alten sei nichts geblieben als die „absterbende Fehmlinde, welche auf einem bei Abtragung des Bahnhofes geschonten, etwa 10 Fuß hohen Hügel den ganzen Raum überschaut“. An die Stelle des Alten sei nun aber etwas nicht weniger Großartiges, nicht weniger Bedeutendes „für die bürgerliche Fortentwicklung“ getreten. Als er vor einiger Zeit das erste Mal in Dortmund war, so Pieler, „hatte die Stadt die Physiognomie einer eigentlichen Ackerstadt“. Jetzt wachse sie „in raschem Fortschritte zu einer Großstadt heran“. Über Bochum, Essen und Oberhausen berichtete der aufmerksame Reisende ähnliches. So fielen ihm „sogleich als das Charakteristische der Gegend von Bochum die überall emporragenden Schornsteine auf“. In Essen habe der Kohlereichtum eine bedeutende Eisenindustrie hervorgebracht, die – mit der Krupp'schen Gussstahlfabrik – „ihres Gleichen in der ganzen Welt“ suche. „Vor Jahrhunderten lag die Stadt tatsächlich bei dem Stift Essen; heute könnte man sagen, Essen liege bei der neuen Stadt Krupp.“ Oberhausen sei überhaupt erst vor Kurzem als Stadt entstanden. „Die Existenz der neuen Stadt beruht ganz auf der Kohlen- und Eisen-Industrie und den durch diese hervorgerufenen Handels- und Verkehrsanstalten.“⁵⁸

Der massive und kontinuierliche, lediglich kurzfristig unterbrochene Aufwärtstrend der Beschäftigungszahlen im Bergbau zwischen den 1860er Jahren und dem Beginn des Ersten Weltkriegs gehört zu den wich-

⁵⁶ Heinz Reif: Landwirtschaft im industriellen Ballungsraum, in: Köllmann u.a. (Hg.): Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 337–393, hier: S. 388 f.

⁵⁷ Franz I. Pieler: Das Ruhrthal. Reise auf der neuen Ruhrthal-Eisenbahn mit Ausflügen in die Umgegend, Arnsberg 1881 [1871], S. 168.

⁵⁸ Für die vorangegangenen Zitate: ebd., S. 258–261, S. 293, S. 318 f.



Bahnhof Schalke-Nord mit posierendem Personal, 1905.
Fotograf unbekannt, Institut für Stadtgeschichte Gelsenkirchen (FS I 11674).

tigsten Kennzeichen der Sozialgeschichte des Ruhrgebiets. Parallel dazu wurden andere Wirtschaftszweige an den Rand gedrängt. Unverkennbar ist beispielsweise ein Bedeutungsverlust selbstständiger, handwerklich-gewerblicher Tätigkeit. Absolut wuchs die Zahl der Beschäftigten im Handwerk zwar weiter an, im Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung zeigte sich dennoch ein Rückgang, insbesondere seit den 1860er Jahren. 1871 war in Bochum mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Bergwerken, Gießereien sowie industriellen Groß- und Kleinbetrieben tätig. Der Handel beschäftigte knapp sechs Prozent der Bochumer Bevölkerung. Ein Viertel der Beschäftigten war als Dienstbotinnen und Dienstboten in privaten Haushalten tätig. Das waren 1.567 Männer und 1.782 Frauen. Zum Vergleich: In der Krupp'schen „Villa Hügel“ in Essen waren 1876 66 Menschen dauerhaft beschäftigt. Hinzu kam eine größere Zahl Bauarbeiter und Tagelöhner. 1902 wurden 570 und

am Beginn des Ersten Weltkriegs 648 Bedienstete zur Bewirtschaftung dieser „speziellen Betriebsstätte“ benötigt. Der langjährige Hügelverwalter Karl Bernsau listete Anfang des 20. Jahrhunderts den Personalbedarf für die inzwischen 80 Gebäude auf und kam zu der Schlussfolgerung: „Um den Qualitätsstandard auf dem Hügel zu halten, würden mindestens 327 Arbeiter benötigt. Diese Anzahl verstand er ausdrücklich als Sparvorschlag für die ‚stille Zeit‘, also wenn keine Neu- und Umbauten im Gange waren. Hinzu kamen noch die leitenden ‚Beamten‘ – Verwalter, Haus- und Stallmeister, Obergärtner, Architekt und Bauführer –, diverse Angestellte sowie das gesamte Haus-, Büro- und Stallpersonal.“⁵⁹ Bochum, um zu diesem Beispiel zurückzukehren, wandelte sich in eine zunehmend schwerindustriell geprägte Stadt, deren Gewerbestruktur sich erst gegen Ende des Jahrhunderts diversifizierte, erkennbar etwa am steigenden Anteil der Beschäftigtenzahlen in Handel und Transport

59 Stephen Pielhoff/Waltraud Murauer-Ziebach: Im Hause Krupp. Die Bediensteten der Villa Hügel, Berlin u.a. 2021, S. 33–35.

Timo Luks

sowie der Zahl der Beamten und Angehörigen der freien Berufe. Hinsichtlich der Industriebeschäftigten zeigte sich seit den 1880er Jahren eine Gewichtsverschiebung vom Bergbau zur Metallverarbeitung, wobei erster in absoluten Zahlen weiterhin der gewichtigste Sektor blieb. Im Duisburger Raum trat Ende des Jahrhunderts eine Wachablösung ein, das heißt, der Anteil der im Hüttenwesen Beschäftigten überstieg hier denjenigen der im Bergbau Beschäftigten deutlich.⁶⁰

Statistische Momentaufnahmen der Jahrhundertwende zeigen den fundamentalen Wandel, den die Ruhrgebietsgesellschaft im Verlauf des 19. Jahrhunderts durchlaufen hatte. Der Anteil der land- und forstwirtschaftlich Tätigen fiel in den Kernkreisen kaum noch ins Gewicht (er lag bei etwas über vier Prozent), lediglich Ruhrort, Recklinghausen und der Landkreis Dortmund wiesen überdurchschnittliche Beschäftigungszahlen auf. Gut zwei Drittel der ruhrgrößtstädtischen Erwerbsbevölkerung war, mit einem deutlichen Schwerpunkt im Bergbau und Hüttenwesen, in Industrie und Handwerk beschäftigt (davon zwischen 80 und 90 Prozent als lohnabhängige Arbeiter und Arbeiterinnen), zehn bis 20 Prozent waren in Handel und Verkehr tätig (ungefähr ein Viertel als Selbstständige). In Hagen dominierte 1907 die Beschäftigung in Industrie und Handel deutlich (59 Prozent und von diesen zwei Drittel in der Metallindustrie, mit weitem Vorsprung vor dem Baugewerbe), gefolgt von derjenigen in Handel und Verkehr (23 Prozent).⁶¹ In diesen Zahlen lässt sich das Bild einer schwerindustriell und durch Großbetriebe geprägten Region erkennen: eine Gesellschaft der Industriearbeiterschaft, die für die Wahrnehmung des Ruhrgebiets prägend wurde.

Migration und Mobilität

Migrationsprozesse und bestimmte Mobilitätsmuster spielten für die Herausbildung der Industriegesellschaft des Ruhrgebiets eine zentrale Rolle – und sie prägten die Wahrnehmung und Struktur dieser Gesellschaft in gleicher Weise wie Bergbau und Schwerindustrie. Die rasante Bevölkerungszunahme stand deutlicher als

andernorts in einem direkten Zusammenhang mit der voranschreitenden und sich beschleunigenden Industrialisierung. Insbesondere seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zeigten sich einige grundlegende Trends, die die Entwicklung des Ruhrgebiets prägten. Erstens schrieben sich saisonale Routinen und konjunkturelle Schwankungen erkennbar in Mobilitätsmuster ein. Zweitens unterschied sich das Ausmaß der Mobilität nach Berufen. Drittens bildeten sich permanente „foreign communities“ (James H. Jackson) und damit ein kultureller Pluralismus heraus.

Es ist unbestritten, dass das Zusammenspiel dieser Entwicklungen den Charakter der Ruhrgebietsstädte dauerhaft veränderte. Bei den Zuwander:innen handelte es sich, von Ausnahmen wie der Anwerbung bergmännischer und industrieller Spezialisten mit besonderen Kenntnissen neuer Maschinen abgesehen, im Wesentlichen um nicht oder nur gering Qualifizierte. Seit Ende der 1860er Jahre gewann allerdings auch der Anteil technischer und sonstiger Angestellter unter den Zugewanderten an Gewicht. Sieht man vom steigenden Umfang der Wanderungsbewegungen ab, lässt sich darin durchaus die Fortschreibung eines älteren Musters erkennen, denn bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren generell unqualifizierte und unselbstständig Beschäftigte mobiler als qualifizierte und selbstständige Gruppen.⁶² Der Historiker David Crew betont in seiner Sozialgeschichte Bochums, dass sich „Ausmaß und Dimension der regionalen (geographischen) Mobilität unter dem Einfluß der Industrialisierung“ zwar radikal veränderten, „die Art von Menschen, die wanderten“, im Wesentlichen aber gleich blieb:

„Ebenso wie in der vorindustriellen Gesellschaft rekrutierte sich die Durchgangsbbevölkerung zum größten Teil aus wirtschaftlich gescheiterten Existenzen oder sozialen Außenseitern. Die fest ansässigen und ehrbaren Einwohner der neuen Industriestädte konnten daher die zu- und abwandernde Bevölkerung weitgehend mit dem gleichen sozialen Vokabular

⁶⁰ Crew, Bochum, S. 21–32; Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 130–133.

⁶¹ Rainer Stöcker: Noch bleibt der volle Tag uns zu ersiegen. Geschichte der Hagener Arbeiterbewegung 1848–1923, Essen 1984, S. 14.

⁶² Siehe im Detail: Dieter Langewiesche: Mobilität in deutschen Mittel- und Großstädten. Aspekte der Binnenwanderung im 19. und 20. Jahrhundert, in: Werner Conze u. a. (Hg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 70–93.

beschreiben wie es ihre Vorfahren aus der vorindustriellen Zeit getan hatten. Es war nicht nötig, die Einstellung zur Mobilität zu ändern, schon deshalb nicht, weil die soziale und moralische Bedeutung der Wanderungsbewegung sich grundsätzlich nicht verändert hatte.“⁶³

Migration und Mobilität waren in sozialgeschichtlicher Hinsicht also komplexe Phänomene. Sie sind nicht nur statistisch zu erfassen, sondern berühren Fragen der sozialen Ordnung, des Zusammenlebens und der kollektiven Imaginationen darüber, wie eine Gesellschaft aussah und aussehen sollte. In diesem Sinn gehörte ein erhebliches Ausmaß steten Unterwegsseins zu den entstehenden Industriegesellschaften des 19. Jahrhunderts und damit auch zur Gesellschaft des Ruhrgebiets. Dabei überlagerten und verstärkten sich Tendenzen, die einerseits aus der grundsätzlichen Prekarität vor- und frühindustrieller Arbeits- und Lebensverhältnisse, andererseits aus der Dynamik neu entstehender oder expandierender Industrien resultierten.

In der industriellen Experimentierphase um 1820 standen die Suche nach und Anwerbung von spezialisierten Fachkräften im Zentrum der Zuwanderungsfrage. Die Klage über Eignung und Qualifikation deutscher Handwerker gehörte zum festen Repertoire der frühen Fabrikgründer. So rekrutierte Friedrich Harkort zwischen 1819 und 1826 in mehreren Anläufen englische Ingenieure und Techniker. Harkort ging von Anfang an davon aus, dass das Vorhaben seiner *Mechanischen Werkstätte* nur gelingen könne, wenn inländische Arbeiter durch erfahrene englische Meister angelernt würden. „Die meisten der in England Abgeworbenen“, so fasst der Harkort-Biograf Wolfgang Köllmann die Schwierigkeiten dieses Unterfangens zusammen, „waren aber echte Fremdenlegionäre der Industrie, die er ‚sozusagen vom Galgen herunterschneiden‘ mußte; der ‚Übermut und die Völlerei der Ausländer‘ gehörte[n] zu den größten Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte.“⁶⁴ Letzteres blieb ein Ärgernis, wie ein Brief zeigt, den Har-

kort am 10. Oktober 1821 von seinem Buchhalter Friedrich Tappen erhielt:

„Herrn Thomas ist jetzt so leid, mit den Engländern umzugehen und wäre es zu wünschen, einige ordentliche deutsche Former zu haben, damit die Engländer alle herausgepeitscht werden könnten, man muß jetzt noch hierbei Piano mit sie spielen, denn sie sprechen gleich schon vom Weggehen, wenn man sie nur nicht freundlich ansieht.“⁶⁵

Bei Herrn Thomas handelte es sich im Übrigen auch um einen Engländer, der allerdings seit längerem eine Werkstatt in Pempelfort bei Düsseldorf geführt hatte, bevor er Teilhaber Harkorts wurde. Für den einzelnen Unternehmer mochten „Fremdenlegionäre der Industrie“ ein Ärgernis sein, ihre Bedeutung für die Geschichte der Industrialisierung des Ruhrgebiets und anderer Regionen liegt freilich gerade darin, dass sie regelmäßig weiterzogen und ihre Kenntnisse in andere Betriebe einbrachten, nachdem sie beispielsweise Harkort verlassen hatten. Gegenüber den „Mechanikern“ kam der Bergbau im frühen 19. Jahrhundert größtenteils ohne ausländische Facharbeiter aus. Zahlenmäßig fiel die Fernwanderung vor 1850 hier kaum ins Gewicht. Allein die Zechen des irischen Repräsentanten und Unternehmers William Thomas Mulvany, Hibernia in Gelsenkirchen (seit 1855) und Shamrock in Herne (seit 1856), zogen etliche Führungskräfte und Bergleute aus Irland und England an, vor allem beim Schacht- und Grubenbau, bei der Instandhaltung von Maschinen und für bestimmte Sonderaufgaben. In der Eisenindustrie kamen in den 1850er Jahren einige belgische Fachleute aus Charleroi und Lüttich ins Ruhrgebiet, zumeist über Aachen, gründeten kleine Kolonien oder zogen in andere Regionen weiter. Vor allem die neuen Kokshochöfen wurden vielfach von belgischen Schmelzmeistern betrieben, die zudem ihre deutschen Kollegen ausbildeten. So rekrutierte die Phoenix-Hütte in den Jahren nach der Gründung (1852/1853) einen größeren Teil der Facharbeiter aus Belgien. Darüber hinaus erfolgten im Hüttenwesen – anders als im

63 David F. Crew: Regionale Mobilität und Arbeiterklasse. Das Beispiel Bochum 1880–1901, in: Geschichte und Gesellschaft 1 (1975), S. 99–120, hier: S. 99 f.

64 Köllmann, Friedrich Harkort, S. 64.

65 Zitiert nach: ebd., S. 68.

Ruhrbergbau – allerdings keine großangelegten Anwerbeaktionen. Stattdessen setzten Unternehmen auf die wechselseitige Abwerbung von Facharbeitern mittels Lohnanreizen.⁶⁶ Ab diesem Zeitpunkt waren im Ruhrgebiet auch einige mehr oder weniger prominente ausländische Unternehmer tätig, Mulvany wurde genannt, die aber zahlenmäßig nicht ins Gewicht fielen. Damit sind die für die späteren Schmelztiegel Erzählungen wie auch die sozialgeschichtliche These eines entstehenden kulturellen Pluralismus wichtigen Bezugspunkte benannt, auch wenn die frühe Fernwanderung zahlenmäßig überschaubar war und lediglich eng begrenzte gesellschaftliche Bereiche betraf.

Eine deutliche, zuwanderungsbedingte Expansion der Arbeiterschaft setzte im Ruhrgebiet ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ein und beschleunigte sich rasch.⁶⁷ Binnenwanderung war in der zweiten Jahrhunderthälfte ein alltägliches Phänomen, auch wenn es sich in quantitativer Hinsicht nicht um einen kontinuierlichen Wachstumsprozess handelte, sondern immer wieder, je nach Gemeinde oder besonderen Umständen, Schwankungen und Unterschiede auftraten. Der Ruhrorter Korrespondent der Rhein- und Ruhrzeitung, das zur Illustration, schrieb 1854 angesichts der neu errichteten Phoenix-Hütte:

„In großartigen Dimensionen erhebt sich dieser Phoenix nicht aus der Asche, sondern aus dem Lehm. Die Baustelle sieht an Werktagen einem Ameisenhaufen im Großen nicht unähnlich [...]. Es versteht sich von selbst, daß die Nähe eines solchen Etablissements durch den Zusammenfluß von Menschen aus verschiedenen Gegenden auf die Verhältnisse des kleinen Ruhrort nicht ohne Einfluß bleiben kann. Industrie und Gewerbefleiß nehmen zu. Neue Geschäfte werden gegründet, die bestehenden heben sich mehr und mehr, und der Wohlstand im allgemeinen ist im Wachsen.“⁶⁸

Die massive Zuwanderung seit den 1870er Jahren gilt zu recht als ein „wesentliches Element des regionalen Entwicklungsprozesses“ (Stefan Goch) im Ruhrgebiet. Das galt zunächst und vor allem für den Bergbau. Dieser war nicht nur im Ruhrgebiet lange Zeit in ein Geflecht aus regelmäßigen Wanderungsbewegungen eingebunden. Dabei handelte es sich primär um einen binnen-deutschen Zuzug, etwa durch Bergleute aus Mansfeld oder dem Erzgebirge, der historisch weit zurückreichte. Bereits seit den 1830er Jahren war die Zuwanderung in den Bergbau beträchtlich, allerdings handelte es sich weitgehend um Nahwanderung. Die durchschnittliche Entfernung zur Herkunftsregion wuchs im Verlauf des Jahrhunderts allerdings schrittweise an. Ähnliches gilt für die entstehende Hüttenindustrie und die von ihr geprägten Ortschaften und Landkreise. In Meiderich und Beeck stammte die Mehrheit der Zuwanderer aus dem Kreis Duisburg und dem Regierungsbezirk Düsseldorf. Zu- und Abwanderungen innerhalb der Kreisgrenzen weisen zumindest zum Teil darauf hin, dass sich hier ein Agglomerationsraum herausbildete.⁶⁹ Für Duisburg wurde allerdings auch rekonstruiert, dass der Anteil der Zuwanderung aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf zwischen 1845 und 1890 von fast 80 auf 60 Prozent zurückging, während derjenige von Zuwanderern aus dem restlichen Preußen und anderen Regionen von zusammen 20 auf 40 Prozent stieg. In Bochum lag der Anteil der Nahwanderung noch 1871 bei ungefähr der Hälfte der Zuwanderer, mit fallender Tendenz.⁷⁰

Eine detaillierte Analyse der Herkunft und Mobilitätsmuster der Arbeiter der Duisburger Phoenix-Hütte zeigt, dass sich deren Arbeiterschaft – wie insgesamt in der Hüttenindustrie und auch im Bergbau – überwiegend aus Zuwanderern zusammensetzte. Lediglich 14 Prozent aller in den Jahrzehnten vor 1902 beschäftigten Arbeiter der Hütte waren im heutigen Duisburger Stadtgebiet geboren worden. Nur ein Viertel stammte aus einem Umkreis von 100 Kilometern. Zuwanderer aus

66 Dazu insgesamt: Rainer Fremdling: Die Rolle ausländischer Facharbeiter bei der Einführung neuer Techniken im Deutschland des 19. Jahrhunderts (Textilindustrie, Maschinenbau, Schwerindustrie), in: Archiv für Sozialgeschichte 24 (1984), S. 1–45; Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 294.

67 Franz-Josef Brüggemeier: Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute, München 2018, S. 71–77.

68 Zitiert nach: Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 83.

69 Ebd., S. 95.

70 Crew, Bochum, S. 70 u. 80; James H. Jackson: Migration and urbanization in the Ruhr Valley (1821–1914), Boston 1997, S. 194; Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 94–96.

den „frühindustrialisierten Gebieten Rheinlands und Westfalens wie dem Bergischen Land oder dem märkischen Raum“, so Ulrich Zumdick, „waren Einzelfälle, ebenso selten waren Zuwanderer aus dem Kernbereich des Ruhrgebiets“. Unter den – im Verhältnis wenigen – Nahwanderern stellten Zuwanderer aus den ländlichen Gebieten des Niederrheins die Mehrheit, „für die der Duisburger Raum das nächste zu erreichende Industriezentrum darstellte.“ Die stärkste Gruppe unter der Belegschaft der Phoenix-Hütte stellten die „Mittelwanderer“, die eine Distanz von 100 bis zu 250 Kilometern vom Heimat- beziehungsweise Geburtsort überwunden hatten, also etwa aus dem Hunsrück oder der Eifel kamen. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um eine ländliche Zuwanderung. Zwei Drittel der Phoenix-Belegschaft, um bei diesem Beispiel zu bleiben, kamen aus Orten mit weniger als eintausend Einwohner:innen, lediglich 15 Prozent aus Städten mit über fünftausend Einwohner:innen. „Die Ortsgebürtigen“ – so der aufschlussreiche Vergleich Zumdicks – „waren unter der bei den jeweiligen amtlichen Zählungen erfassten Bevölkerung der im Einzugsbereich der Phoenix-Hütte liegenden Städte und Gemeinden immer wesentlich stärker vertreten als in der Phoenix-Hütte.“⁷¹ Die generelle Beobachtung, dass unqualifizierte und unselbstständig Beschäftigte in der Regel mobiler waren als qualifizierte und selbstständige, bestätigt sich auch beim Blick auf die Belegschaft des Duisburger Hüttenwerks. Während unter den Ungelernten 15 Prozent bereits vor Werkseintritt ortsansässig waren, war der entsprechende Anteil unter den handwerklich qualifizierten Arbeitern, den Spezial- bzw. Metallfacharbeitern und Meistern rund doppelt so hoch. Zudem handelte es sich bei der qualifizierten Zuwanderung, also derjenigen gelernter Arbeiter, überproportional um eine städtische Zuwanderung, während ungelernte Arbeiter in der Regel der ländlichen Bevölkerung entstammten.⁷² Zuzügler:innen ins Ruhrgebiet überwandten also, das zeigen die skizzierten Beispiele, in der Tendenz immer größere Distanzen von ihrem jeweiligen Geburts- oder letzten Wohnort, auch wenn es in zeitlicher Hinsicht Unterschiede zwi-

schen Unternehmen, Branchen und Regionen gab. Mit der weitgehenden Ausschöpfung des lokalen und regionalen Arbeitskräftepotenzials richteten sich die verstärkten Anwerbestrategien nun systematisch auf die preußischen Ostprovinzen, also etwa Posen und Schlesien. Gleichzeitig setzte eine Wanderungsbewegung u.a. aus Masuren ein, nicht nur in den Bergbau, sondern auch in die Hüttenwerke.

Der Bevölkerungszuwachs der Ruhrgebietsstädte insbesondere seit den 1870er Jahren war zu erheblichen Teilen auf Zuwanderung zurückzuführen. Allerdings handelte es sich bei einem genauen Blick nicht um eine einfache Zuwanderungsbewegung, sondern um ein Geflecht aus Zu- und Abwanderungen, Elementen von Saisonwanderung, inner- und interstädtischer Mobilität. Anfang des 20. Jahrhunderts betrug der Anteil der vor Ort geborenen in den meisten Gemeinden des Ruhrgebiets weniger als die Hälfte aller Einwohner:innen.⁷³ In Duisburg stieg die jährliche Migrationsrate von den 1850er bis zu den 1910er Jahren von 23 auf 46 Prozent. Knapp die Hälfte der Zugezogenen verblieb fünf und mehr Jahre in der Stadt, ein Drittel zog allerdings bereits nach wenigen Monaten weiter. Dieses Muster blieb im benannten Zeitraum stabil. Das bedeutete für Gemeinden wie Meiderich ein massives Wanderungsvolumen Jahr für Jahr, das sich im Jahrzehnt um 1900 noch einmal erheblich ausweitete.⁷⁴ In Bochum waren 1871 zwei Drittel der Einwohner:innen zugewandert. Eine Erhebung des Jahres 1907 zeigt, dass lediglich knapp ein Viertel der Arbeitskräfte in der Stadt geboren war. Zwischen 1880 und 1900 verzeichnete die lokale Polizeistatistik 232.092 zugewanderte Personen, während im selben Zeitraum 194.836 Personen die Stadt verließen. „Das zeugt“, so Crew, „von einer bemerkenswert unbeständigen Stadtbevölkerung; das Nettovolumen der Bevölkerungsfuktuation in den zwei Jahrzehnten von 1880 bis 1900 belief sich auf das Dreizehnfache der gesamten Bevölkerung des Jahres 1880 und fast auf das Vierzehnfache des Nettozuwachses 1880 bis 1900.“ Das bedeutet, dass in jedem einzelnen Jahr ein knappes Fünftel der Bochumer Stadtbevölkerung aus Menschen

71 Für das Vorangegangene: Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 105–109.

72 Ebd., S. 112 f.

73 Köllmann/Hoffmann/Maul, Bevölkerungsgeschichte, S. 167–171.

74 James H. Jackson: Migration in Duisburg (1867–1890). Occupational and Familial Contexts, in: Journal of Urban History 8 (1982), S. 235–270; Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 91.

bestand, die erst innerhalb der letzten zwölf Monate eingetroffen waren. Es ist unwahrscheinlich, dass sehr viele der Neuankömmlinge länger als das folgende Jahr blieben, schließlich verließ regelmäßig ein Drittel der Bevölkerung jedes Jahr die Stadt. Viele dieser Abwanderer und Abwanderinnen dürften kurz zuvor noch Zuwander:innen gewesen sein.⁷⁵ Die gerade erst zugewanderten Arbeitskräfte, das zeigt auch das Beispiel der Phoenix-Hütte, waren und blieben nach ihrem Eintritt in das Werk die „am stärksten fluktuierende Gruppe“. 80 Prozent verblieben nicht länger als ein Jahr. Bei ortsgewöhnlichen Arbeitern und bereits länger ansässigen Zugewanderten lag der Anteil bei lediglich 50 Prozent. Vor allem Fernwander:innen verließen das Werk zum weitestgrößten Teil binnen Jahresfrist wieder, während Nahwanderer und Nahwanderinnen in der Tendenz länger verweilten.⁷⁶ In jedem Fall zeigt die Sozialgeschichte der Arbeiterschaft, etwa im Hüttenwesen, dass die Fluktuation schwerpunktmäßig ganz eindeutig im ersten Jahr der Beschäftigung lag. Bereits innerhalb des ersten Vierteljahres verließen knapp 40 Prozent der neu eingestellten Arbeiter das Werk wieder. Von den Verbleibenden schieden 27 Prozent in den folgenden drei Monaten aus. Insgesamt beliefen sich die Abgänge innerhalb des ersten Jahres durchweg auf rund 70 Prozent. Die Austrittsintensität sank dann allerdings mit zunehmender Beschäftigungsdauer und verharrte nach circa fünfjähriger Dienstzeit auf niedrigem Niveau. Arbeitsplatzwechsel innerhalb kürzester Frist waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Massenphänomen. „In einem bestimmten Alter und unter bestimmten Lebensumständen nur eine sehr lose Bindung an den Arbeitsplatz zu haben, galt im Bewußtsein der Arbeiterschaft als normal und wurde auch vom Unternehmen nicht rigoros bestraft. Jüngere Arbeiter hatten bei einem Austritt nicht zu befürchten, keine andere Arbeitsstelle mehr zu finden.“⁷⁷

Bestimmte Formen der Wanderung, dieses Thema ist für die Sozialgeschichte der entstehenden Industriegesellschaften des 19. Jahrhunderts wichtig und wiederholt diskutiert worden, hingen wiederum mit einer spezifisch ausgeprägten sozialen Auf- bzw. Abwärtsmo-

bilität zusammen. Abwanderer rekrutierten sich mehrheitlich aus den gerade Angekommenen und es waren häufiger ledige und junge Arbeiter, die rasch weiterzogen, oder solche, die zur Gruppe sozialer Absteiger zählten. Wer einen festen und einigermaßen gut entlohnenden Arbeitsplatz und/oder eine Familie hatte, blieb in der Regel länger, oft dauerhaft an einem Ort. Unter den Abgewanderten waren un- und angelernte Arbeiter zahlreicher, unter den sesshaften die gelernten. Hinzu kam, dass sesshafte Arbeiter häufiger in ihrem jeweiligen Beruf blieben, während mit einer Abwanderung oft ein Berufswechsel und sozialer Abstieg verbunden war. Insbesondere für Facharbeiter ging mit der Abwanderung ein Wechsel in ungelernte oder angelernte Tätigkeiten einher. Während beispielsweise in Bochum in den 1880er Jahren unter den sesshaften Facharbeitern und Handwerkern zehn Prozent in den Bereich ungelernter oder angelernter Tätigkeiten rutschten, war der entsprechende Anteil unter den Abgewanderten doppelt so hoch. Besonders ausgeprägt war die Kluft bei Metallfacharbeitern. Unter den Handarbeitern, die Bochum zwischen 1880 und 1890 verließen, fanden sich zahlreiche soziale Absteiger. „Männer, die vom Facharbeiter zum Hilfsarbeiter herabgesunken waren“, so fasst Crew die sozialen und mentalen Dimensionen dieses Vorgangs zusammen,

„scheinen die Fähigkeit und den Willen verloren zu haben, eine stabile Lebensgrundlage für sich und ihre Familien in der Stadt zu schaffen. Für solche Männer jedoch, die an ihrer regelmäßigen, gutbezahlten Facharbeit festhielten und teilweise sogar einen gewissen Grad an sozialem Aufstieg erreichten, war Bochum sicher eine sehr attraktive Stadt. So bedeutete die Fähigkeit, länger als nur ein paar Jahre in ein und derselben Gemeinde zu leben, in jener Zeit bereits einen erheblichen Erfolg, denn es setzte in der Regel voraus, daß der Arbeiter eine regelmäßige und relativ attraktive Arbeit gefunden und beibehalten hatte, die ihm auch einige Aufstiegschancen bot.“⁷⁸

⁷⁵ Crew, Mobilität, S. 100 f.

⁷⁶ Zum Vorangegangenen insgesamt: Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 119 f.

⁷⁷ Ebd., S. 306 u. 314.

⁷⁸ Crew, Mobilität, S. 69–85 u. 110–112.

Diejenigen, die seit Geburt oder bereits lange Zeit in der Stadt oder ihrem unmittelbaren Umfeld lebten, fanden in der Regel einen deutlich leichteren Zugang zur städtischen „Arbeiteraristokratie“. Für Duisburg lässt sich Ähnliches beobachten. Seit den 1890er Jahren fanden sich unter den Zuwander:innen immer häufiger Angehörige sozial „verwundbarer“ Gruppen: alleinstehende Frauen oder alleinerziehende Mütter mit einem oder mehreren Kindern, aber auch jüngere Zuwander:innen als in den Jahrzehnten zuvor. Der soziale, wirtschaftliche und berufliche Status der Zuwandernden wurde vielfältiger, und das wiederum beeinflusste die Perspektiven nach der Ankunft. Allerdings hieß das nicht zwingend, dass unqualifizierte Arbeiter und Arbeiterinnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen die mobilste Gruppe waren. Als solche begegnen uns oft eher Handwerker, die die Stadt innerhalb des ersten Jahres in großer Zahl bereits wieder verließen.⁷⁹

In der Migrationsgeschichte des Ruhrgebiets, vor allem im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, fand und findet jene Bevölkerungsgruppe besondere Aufmerksamkeit, die „in der Forschung allgemein als Ruhrpolen bezeichnet wird“.⁸⁰ Zwischen 1840 und 1910 zog eine halbe Million polnischsprachiger preußischer Staatsangehöriger ins Ruhrgebiet. An dieser Gruppe zeigt sich exemplarisch, wie groß die Schwierigkeiten waren, auf die die zeitgenössische amtliche Statistik – und damit auch die heutige Migrationsgeschichte – in ihrem Bemühen stieß, Zuwander:innen und Zuwanderergruppen zu klassifizieren und zu kategorisieren. Eine Industriegesellschaft *in Bewegung* dingfest zu machen, war tatsächlich keine einfache Sache. So hieß es in einem Bericht des Dortmunder Oberbürgermeisters an den Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 31. Dezember 1904:

„Anliegend überreiche ich die Nachweisung der hier wohnhaften Polen. Die Zahlen sind gelegentlich der

diesjährigen Personenstandsaufnahme ermittelt; sie können aber nach meinem Dafürhalten Anspruch auf absolute Richtigkeit nicht erheben, sondern nur als vielleicht annähernd richtig bezeichnet werden, da eine Grenze, wer als Pole anzusehen ist, nicht gegeben ist und auch kaum gegeben werden kann. Weder die Abstammung aus den östlichen Provinzen oder der polnisch klingende Name noch die Kenntnis der polnischen Sprache können allein maßgebend sein. Es ist in der Hauptsache bei der Aufnahme so zu verfahren, daß alle diejenigen Personen als Polen gerechnet sind, die sich allgemein der polnischen Sprache als Umgangssprache bedienen: In vielen Fällen haben die Leute besonders gewünscht, nicht zu den Polen gerechnet zu werden, und haben betont, sie seien Deutsche bzw. Preußen, während ein anderer Teil jede Auskunft überhaupt verweigert hat. Die Bezeichnung der Leute als Polen beruht somit zum größten Teil auf den Gutachten der Beamten, die mit der Aufnahme betraut gewesen waren. Von diesen eine gleichmäßige Beurteilung der Angelegenheit zu verlangen oder auch nur zu erwarten, ist bei der Verschiedenheit der Auffassungsgaben und der Bildung der Polizeiuunterbeamten ausgeschlossen.“⁸¹

Dieser Bericht zeigt die grundlegenden Schwierigkeiten auf, die sich bei der Suche nach verlässlichen und eindeutigen Kriterien ergeben, mit deren Hilfe eine Bevölkerung entlang nationaler Herkunft vermessen werden soll – weil eben, wie der Dortmunder Oberbürgermeister sehr wohl erkannte, der Klang eines Namens, der ehemalige Wohnort und selbst die Alltagssprache nicht immer aussagekräftig waren. Er zeigt aber auch das Spannungsfeld auf, das in einer migrantisch geprägten Gesellschaft zwischen Selbst- und Fremdbezeichnung existiert. Zugewanderte rangen mit den Behörden und teilweise gegen die „Gutachten der Beamten“ – Beam-

⁷⁹ Jackson, Migration, S. 251–266.

⁸⁰ Dazu und zum Folgenden: Sylvia Haida: Die Ruhrpolen. Nationale und konfessionelle Identität im Bewusstsein und im Alltag 1871–1918, Bonn 2012; Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin 1986, S. 45–84; Christoph Kleßmann: Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978; Brian Joseph McCook: The borders of integration. Polish migrants in Germany and the United States, 1870–1924, Athens/Ohio 2011.

⁸¹ Bericht vom 31. Dezember 1904 betreffend Polenstatistik von dem Oberbürgermeister Dortmund an den Regierungspräsidenten zu Arnsberg, zitiert nach: Haida, Ruhrpolen, S. 47 f.

Timo Luks

te deren „Auffassungsgabe“ und „Bildung“ noch dazu selbst in der Einschätzung ihres obersten Vorgesetzten nicht über jeden Zweifel erhaben waren – darum, ob sie als Pole, Preuße oder Deutscher gezählt oder am liebsten überhaupt nicht in dieser Weise klassifiziert werden sollten und wollten.

Gustav Koepper hatte in seiner Feier der großen Industrien des Ruhrgebiets, der Schlote, Schächte und Hütten aus dem Jahr 1899 generell zwar wenig zu den sozialen Zuständen im Ruhrgebiet und seinen Städten zu sagen. Seine einleitende Beschreibung Essens zeigt jedoch, dass und wie soziale Ordnung zunehmend als Nationalitätenfrage formatiert und das Ruhrgebiet zum bevorzugten Anschauungsmaterial dafür wurde. Wortgewaltig heißt es in der fraglichen Passage:

„Nirgendwo ist das Durcheinander der Nationalitäten größer als hier; wir finden nichts Aehnliches, ob wir das Deutsche Reich von Süd nach Nord, von Ost nach West durchwandern. Unwillkürlich erinnert man sich an die australischen und kalifornischen Goldgräberstädte, deren Bevölkerung eine ähnliche Zusammensetzung gehabt haben wird, und tatsächlich haben sich hier ähnliche soziale Verhältnisse herausgebildet. Am meisten fallen uns die Polen auf, die in solchen Scharen diesen Industriezentren zustreben, daß sie eine Calamität für das Land geworden sind. Sie bilden hier mit ihren Polenklubs, dem zähen Festhalten an ihrer Nationalität und dem Zusammenhalten untereinander einen Staat im Staate und haben ihre eigenen Kirchen, Prediger und Zeitungen. Diese Polen repräsentieren hier absolut nicht diejenigen guten Eigenschaften, die man ihnen sonst wohl nachrühmt. Im Gegensatz zum eingeborenen Arbeiter zeigen sie sich vielfach unanstellig und widerstrebend, sodaß man in manchen Fabriken bereits davon Abstand genommen hat, zu anderen als Tagelöhnerzwecken noch Polen heranzuziehen. Mehr als der einheimische Arbeiterstand sind sie dem Trunke ergeben und im Rausche ebenso wie die Italiener erschreckend roh und händelsüchtig; sie haben am

meisten dazu beigetragen, die Gegend der großen Kohlenzechen in Verruf zu bringen. [...] Das lawinenartige Anwachsen des Armenetats in Städten wie Essen, Dortmund und Bochum ist lediglich auf diese Einwanderer zurückzuführen! [...] Weniger oft begegnen wir dem Italiener, denn er eignet sich weder für den Bergbau noch für die Fabrik; bei Erdarbeiten wie Bahn- und Kanalbauten treffen wir ihn mit Vorliebe. [...] Außerdem ist noch Holland und das deutschredende Oesterreich unter den fremden Nationalitäten vertreten, die hier dem Innern der Erde seine Schätze zu entreißen streben; hier und dort ein Böhme, selten ein Ungar.“⁸²

Unterschiedliche nationale Zugehörigkeiten bedrohten in dieser Weltsicht zumindest potenziell die soziale Ordnung, die als homogene Ordnung, als nationale Gesellschaft, gedacht wurde. Innerhalb dieses Programms einer Nationalisierung, die auf verschiedenen Ebenen ablief, wird auch verständlich, warum zum Beispiel ein Plakat im Rahmen einer Anwerbeaktion aus dem Jahr 1905 den angesprochenen Masuren versprach, „sie würden in der Werkssiedlung ‚ganz unter sich‘ bleiben und hätten mit ‚Polen, Österreichern usw. nichts zu tun‘. Jeder könne denken, er befinde sich in seiner masurischen Heimat.“⁸³ Bei Gustav Koepper, aber damit war er bei weitem nicht allein, zog das die zitierten Setzungen über vermeintliche Nationalcharaktere nach sich, einschließlich einer sich angeblich qua Nationalität ergebenden Eignung oder Nicht-Eignung für diese oder jene Arbeit. Ebenso auffällig und aufschlussreich ist Koeppers Polenfixierung. Auch damit war er um 1900 nicht allein. In den zeitgenössischen Debatten war die polnischsprachige Migration ins Ruhrgebiet nicht mehr zuerst eine Frage einer wachsenden (Berg-)Arbeiterbevölkerung. Sie war vielmehr zur Frage einer nationalen Minderheit geworden. Der Verweis auf die „australischen und kalifornischen Goldgräberstädte“ zeigt, woran sich die Zukunft des Ruhrgebiets zu entscheiden schien: Drohte ein Absinken in gesetzlose Zustände – oder konnte die moderne Industriegesellschaft zum Schmelztiegel werden?

⁸² Gustav Koepper: In Plutos Reich. Wanderungen durch Schacht und Hütte im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk, Berlin 1899, S. 10 f.

⁸³ Brüggemeier, Grubengold, S. 153. Vgl. Thomas Parent: Gute Wohnung, hoher Lohn. Zukunftsversprechen für polnische Immigranten ins Ruhrgebiet und ihre Einlösung, in: Landschaftsverband Rheinland/Rheinisches Industriemuseum Oberhausen (Hg.): War die Zukunft früher besser? Visionen für das Ruhrgebiet, Bottrop u.a., 2000, S. 43–60.

Für einige Ruhrgebietsdenker des Kaiserreichs entschied sich diese Frage am Charakter und Verhalten der polnischen Zuwanderer. Im Sinne der historischen Analogie Koeppers: Mit Menschen, die „dem Trunke ergeben und im Rausche erschreckend roh und händelsüchtig“ waren, konnte eine Goldgräberstadt vermutlich umgehen, mit „dem zähen Festhalten“ einiger „an ihrer Nationalität und dem Zusammenhalten untereinander“ schon weniger.

Mehrheitlich handelte es sich bei den polnischen oder polnischsprachigen Zuwander:innen um ungelernte Arbeitskräfte, deren bisherige Lebensweise agrarisch geprägt war. Der Schwerpunkt dieser Migrationsbewegung lag im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler spricht von einer sich „nach dem Schneeballsystem sprunghaft vermehrenden polnischen Diaspora“ im Ruhrgebiet zwischen 1890 und 1910. In diesem Zeitraum wuchs die polnische Ruhrgebietsbevölkerung von 30.000 auf 300.000. Wehler analysierte diese Zuwanderung als Prozess der Entstehung einer nationalen Minderheit und als Beispiel eines typischen Akkulturationsprozesses, in dessen Verlauf sich eine vornehmlich ländliche Bevölkerung in eine moderne Industriegesellschaft einpasste, mit allen damit verbundenen Schwierigkeiten. Dieser Prozess spielte für die Ausformulierung der These des Ruhrgebiets als Schmelztiegel eine zentrale Rolle. „Im soziologischen und sozialpsychologischen Sinne“, so schrieb Wehler Anfang der 1960er Jahre, böten die westdeutschen Polen „ein bisher zu wenig beachtetes Beispiel dafür, wie eine sprachliche Minderheit die soziale Desintegration zu bewältigen versucht hat, der sie durch den freiwilligen Überwechsel aus ihrer vorherrschend statisch und agrarisch strukturierten Heimat in die andersnationalen Umgebung einer dynamischen Industriegesellschaft mit städtischem Gepräge ausgesetzt war.“ Informelle Gruppen, landsmannschaftlich organisierte Verbände, konfessionelle Vereine usw. erscheinen aus dieser Perspektive als „Reaktion auf die verwirrende neue Umwelt“

und Versuch der Neuankömmlinge, „diese Umwelt vertrauter zu machen“ und „Verhaltenssicherheit zu geben“. Für Wehler war klar, dass „die detaillierte Untersuchung dieser allmählichen Eingliederung wichtige Aufschlüsse zur Sozialgeschichte und historischen Soziologie des Ruhrgebiets liefern müsste“.⁸⁴

In die Beschäftigung mit den „Ruhrpolen“ schrieben sich schrittweise Themen ein, die nicht mehr nur Probleme moderner Industrie-, sondern eben auch mehr oder weniger gegenwärtiger Migrationsgesellschaften betrafen: die rechtliche Stellung von Migrantinnen und Migranten, eine (diskriminierende) „Germanisierungs-“ und Sprachpolitik, die Entstehung einer „sehr fest abgeschlossenen, geradezu militant nationalpolitischen Subkultur auf breiter Basis und mit zäher Beharrungskraft“, Fragen der Einbürgerung usw. Ulrich Herbert resümierte 1986 in seiner *Geschichte der Ausländerbeschäftigung*, dass hier zwei Tendenzen nebeneinander bestanden: einerseits „Ansätze zu einem gemischt-kulturellen Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft des Ruhrgebiets, das für eine Übergangszeit Züge von einem fruchtbaren Nebeneinander zweier Nationalkulturen trug“, sich dann aber mit der allmählichen „Integration der polnischen Minderheit in die deutsche Ruhrgebietsgesellschaft“ abschliß; andererseits aber auch „das Fortbestehen antipolnischer Ressentiments, die vor allem in den seit Mitte der 1920er Jahre an Bedeutung zunehmenden rechtsradikalen Gruppen und Parteien Anhängern fanden“.⁸⁵

Die jüngere Forschung bemüht sich, eine allzu starre Gegenüberstellung von „aufnehmender“ Gesellschaft und polnischer „Subkultur“ aufzulösen, weil es sich eben nicht „um zwei national weitgehend homogene und im Wesentlichen voneinander getrennte Entitäten gehandelt“ habe. Stattdessen gerät „eine plurale Gesellschaft in der Ruhrregion“ in den Blick; eine „Erweiterung des kulturellen Lebens“, die „mit der allmählichen Bildung und Wiederbelebung von transnational organisierten ‚Sozialräumen‘ in der Ruhrregion“ einherging.⁸⁶

84 Hans-Ulrich Wehler: Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: ders. (Hg.): *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln 1966, S. 437–455, hier: S. 444 f.; vgl. Susanne Peters-Schildgen: Von Ost nach West: Migration ins Ruhrgebiet. Geschichte und Forschungslage, in: Dagmar Kift/Dietmar Osses (Hg.): *Polen – Ruhr. Zuwanderung zwischen 1871 und heute*, Essen 2007, S. 15–24.

85 Herbert, *Geschichte*, S. 84.

86 Anne Friedrichs: Migration und Vergesellschaftung jenseits des nationalen Paradigmas. Neue Perspektiven auf die Geschichte der „Ruhrpolen“, in: Jochen Oltmer (Hg.): *Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration*, Wiesbaden 2018, S. 39–68, hier: S. 40 f. u. 58.

Auch in dieser jüngsten Volte wird deutlich, wie sehr das Ruhrgebiet und die Frage nach den Besonderheiten der Ruhrgebietsgesellschaft mit jeweils gegenwärtigen Vorstellungen und Entwürfen sozialer Ordnung und des Zusammenlebens verbunden sind – und diesen wiederum reichhaltiges Anschauungsmaterial liefern.

Auffällig ist die regionale Verteilung der polnischsprachigen Migration: Einerseits siedelten sich polnische Zuwanderer eher in den ländlich strukturierten Randgebieten an, andererseits zeigte sich rasch eine „landmannschaftliche“ Konzentration mit homogenen masurischen und schlesischen Kolonien. In Westfalen ließen sich Polen in den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster nieder, in Nordrhein im Regierungsbezirk Düsseldorf. Die Kreise Recklinghausen, Dortmund, Gelsenkirchen, Oberhausen, Bochum und Essen wurden zu Zentren der polnischen Einwanderung. Grundsätzlich siedelten sich polnischsprachige Arbeitskräfte in fast jeder Stadt und Gemeinde des Ruhrgebiets an, oft aber eben nach Herkunftsprovinzen sortiert und eher in kleinen Gemeinden: Polen aus der Provinz Posen in Oberhausen und Wanne-Eickel, Masuren in Gelsenkirchen, Oberschlesier in Bottrop und Westpreußen in Wattencheid. Darüber hinaus existierten größere polnische Ansiedlungen generell um die Städte – Bochum, Dinslaken, Dortmund, Duisburg, Essen, Recklinghausen, Habbighorst, Hagen, Hamm, Hamborn, Hattingen, Herne, Hörde, Mülheim an der Ruhr und Ruhrort – herum. Das erleichterte den Lebensalltag und es ermöglichte Neuankömmlingen rasche Orientierung.⁸⁷

Im Hintergrund dieser massiven, sehr spezifischen Migrationsbewegung standen einerseits die erhebliche Bevölkerungszunahme in den ländlichen Teilen Preußens bei gleichzeitiger Industrialisierung der Landwirtschaft mit der Folge eines reduzierten Arbeitskräftebedarfs, andererseits eine „einseitige Industrialisierung“, die sich primär in Mittel- und Westdeutschland sowie Schlesien abspielte.⁸⁸ In den zeitgenössischen Diskussionen im Kaiserreich stand zunächst freilich nicht die Beschäftigung in der Industrie, sondern diejenige in der (ostelbischen) Landwirtschaft im Vordergrund. Um 1900 waren lediglich elf Prozent der „Auslandspolen“ in Preußen in Industriebetrieben beschäftigt, verteilt auf die Bereiche

Steine und Erden, Bergbau und Hüttenwesen sowie das Baugewerbe, und dort vor allem als ungelernete Arbeiter und bei körperlich besonders anstrengenden Tätigkeiten. Im Ruhrbergbau stieg der Anteil ausländischer Arbeiter kontinuierlich von knapp drei (1893) auf neun Prozent (1908). Polnische sowie west- und ostpreussische Zuwanderer machten zusammen in einigen Ruhrgebietsstädten bald die Hälfte der Zechenbelegschaften aus.

Die Gruppe der polnischen und polnischsprachigen Zugewanderten wies eine relativ einheitliche Struktur auf. Mehrheitlich handelte es sich um Angehörige der „Arbeiter- und Handwerkerklasse“, die im Ruhrgebiet, wie erwähnt, mehrheitlich im Bergbau oder als Hüttenarbeiter tätig waren. Etwa 80 bis 90 Prozent der polnischen Beschäftigten waren im Bergbau tätig, auch wenn es für die Zeit vor 1906 keine wirklich verlässlichen Daten gibt. Allerdings sank dieser Anteil kontinuierlich zugunsten einer ansteigenden Zahl polnischer Handwerker, Kaufleute und Kleinunternehmer. Der Historiker Christoph Kleßmann deutet das als Zeichen eines sozialen Aufstiegs. „Die konstant anwachsenden Zahlen von Polen in Branchen außerhalb des Bergbaus zeigen“, so schreibt er, „dass vielen Einwanderern, sofern sie nicht von Anfang an in anderen Industrien Arbeit gefunden hatten, der Sprung in sozial höher bewertete Berufe gelungen sein muß, auch wenn der Gesamtanteil der im Bergbau Beschäftigten unter den Polen konstant sehr groß blieb.“⁸⁹ Entscheidend waren auch hier die beachtlichen regionalen Unterschiede. Sozialer Aufstieg – zumindest aber berufliche Mobilität – hing von der gewerblichen Struktur der jeweiligen Region, also vor allem vom Vorhandensein anderer Arbeitsmöglichkeiten ab. Im nördlichen Ruhrgebiet war der Anteil von Polen, die in anderen Bereichen als dem Bergbau tätig waren, daher im Vergleich zur Ruhr- oder Hellwegzone geringer.

Alter und Geschlecht

Als entstehende Industriegesellschaft, die durch eine bestimmte gewerbliche Struktur und spezielle Mobilitätsmuster gekennzeichnet war, wies die Ruhrgebietsgesellschaft im 19. Jahrhundert auch hinsichtlich

⁸⁷ Haida, Ruhrpolen, S. 56.

⁸⁸ Wehler, Polen, S. 439.

⁸⁹ Kleßmann, Bergarbeiter, S. 70.

der Kategorien Alter und Geschlecht einige charakteristische Merkmale auf. Typisch für die industriellen, durch Bergbau und Hüttenindustrie geprägten Zuwanderungsregionen des Ruhrgebiets war zunächst eine auffällige Altersstruktur, waren diese Regionen in demografischer Hinsicht doch durchschnittlich sehr jung. So waren im Gelsenkirchener Raum Anfang der 1890er Jahre 18,7 Prozent aller Bergarbeiter bis 20 Jahre bzw. 55,5 Prozent bis 30 Jahre alt, und nur 17,6 Prozent älter als 40 Jahre.⁹⁰ Daneben wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass ein „Männerüberschuss“ zu den zentralen Merkmalen der Bevölkerungs- und Sozialstruktur des Ruhrgebiets im Zeitalter der Industrialisierung gehörte. Das wurde vor allem auf eine höhere Wanderungsbereitschaft von Männern zurückgeführt, die ihrerseits die Beschäftigungsmöglichkeiten im Ruhrgebiet reflektierte. Die im engen Sinn vor Ort geborenen Bevölkerungsteile wiesen gegenüber den zugewanderten Bevölkerungsteilen einen dementsprechend höheren Frauenanteil auf.⁹¹ Mehrheitlich handelte es sich sowohl bei den Zugewanderten als auch bei den Abwanderern beispielsweise in Bochum um Junggesellen. „Unverheiratete junge Leute ohne sorgebefürchtete Kinder waren außerordentlich mobil, während Ehepaare sehr viel mehr zur Sesshaftigkeit neigten.“ In den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts machten unverheiratete, größtenteils männliche Arbeiter unter 25 Jahren über 80 Prozent der „Durchgangsbevölkerung“ aus, „obwohl sie nur eine Minderheit in der Stadtbevölkerung insgesamt darstellten.“⁹² Ähnliche Verhältnisse wurden für Duisburg rekonstruiert. Demnach waren drei Viertel der zuwandernden Bevölkerung junge, unverheiratete Erwachsene im Alter von 15 bis 40 Jahren, und es migrierten dreimal mehr Männer als Frauen. Innerhalb benachbarter Gemeinden konnten sich aber deutliche Unterschiede zeigen. So waren beispielsweise die Geschlechterproportionen in Beeck und Meiderich ähnlich, in Beeck waren die Zuwanderer jedoch zu einem deutlich höheren Anteil jung und unverheiratet, während in Meiderich auch erwachsene, verheiratete oder verwitwete Männer zahlenmäßig ins Gewicht fielen. Bei

den Zuwanderinnen unterschied sich das Profil in beiden Orten nicht. Insgesamt kam es zwischen den 1860er und 1890er Jahren zu gewissen Verschiebungen. Einerseits stieg der Anteil der Frauen, andererseits wurde die Gruppe der Zuwander:innen hinsichtlich ihrer beruflichen Stellung vielfältiger.⁹³

Der Blick auf die polnischsprachige Migration unterstreicht die angesprochenen Tendenzen: Um 1890 waren es noch mehr als doppelt so viele, vorwiegend unverheiratete Männer wie Frauen, die ins Ruhrgebiet zogen (25.539 Männer, 10.145 Frauen). Bis 1910 ging der „Männerüberschuss“ jedoch erkennbar zurück (171.892 Männer, 131.930 Frauen). Diese Verschiebung deutet auf Familiennachzug bzw. eine rasche Verheiratung zahlreicher Männer nach ihrer Ankunft im Ruhrgebiet hin. Die Geschlechterproportion näherte sich also an, war aber auch in den nächsten Jahren nicht ausgeglichen. Hinsichtlich der Altersstruktur verhielt es sich ähnlich. Um 1890 waren über 40 Prozent der polnischsprachigen Männer und 30 Prozent der Frauen zwischen 20 und 30 Jahren alt und jeweils um die 20 Prozent zwischen 30 und 40. Der Anteil der Unverheirateten lag unter polnischsprachigen Bergleuten mit knapp 45 Prozent (so eine Erhebung aus dem Jahr 1893) merklich über dem Durchschnitt unter den Ruhrbergleuten.⁹⁴

Blickt man an dieser Stelle gesondert auf die Beschäftigung von Frauen, dann werden erhebliche Unterschiede deutlich. Anfang und Mitte des 19. Jahrhunderts war und blieb die überwältigende Mehrheit der Frauen im Dienstleistungssektor beschäftigt, wie etwa das Beispiel Duisburgs zeigt: 1810 waren es fast neunzig und 1843 noch 86 Prozent. Das umfasste Tätigkeiten als Hausangestellte ebenso wie Gelegenheitsarbeiten und den Betrieb von Pensionen. Auffällig ist die sich verschiebende Relation der Geschlechter, denn Anfang des Jahrhunderts waren immerhin auch noch 45 Prozent der Männer im Dienstleistungssektor tätig, Anfang der 1840er Jahre dagegen nur noch etwas über 20 Prozent. Dieser Rückgang machte sich vor allem im Bereich der Hausangestellten sowie dem Betrieb von Pensionen bemerkbar – letzteres wurde zur nahezu ausschließlich

90 Goch, Arbeiterbewegung, S. 105.

91 Köllmann/Hoffmann/Maul, Bevölkerungsgeschichte, S. 167–171.

92 Crew, Mobilität, S. 103.

93 Jackson, Migration, S. 205–207 u. 250–266; Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 97–103.

94 Kleßmann, Bergarbeiter, S. 41 f.; siehe auch: Haida, Ruhrpolen, S. 13.

Timo Luks

weiblichen Domäne. Seit 1810 ging der Anteil derjenigen Frauen, die ihr Ein- und Auskommen mittels Gelegenheitsarbeiten sicherten, allerdings erheblich zurück. 1843 lag er unter zwei Prozent. Die Beschäftigung von Frauen in Handwerk, Handel, Industrie, Land- und Forstwirtschaft blieb in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert sehr gering und fiel gemessen am Dienstleistungssektor nicht ins Gewicht.⁹⁵

Zu Beginn der 1860er Jahre bezogen gut zwei Drittel der Bevölkerung des Ruhrgebiets ihr hauptsächliches Familieneinkommen aus unselbstständiger Arbeit im Bergbau, in den Fabriken der Eisenindustrie oder durch sonstige gewerbliche Tätigkeiten. Gleichzeitig wuchs der Frauenanteil im Bereich lohnabhängiger, unselbstständiger Arbeit deutlich, wobei Frauen zunächst primär im ländlichen und kleinstädtischen Dienstleistungssektor tätig waren. Für junge unverheiratete Frauen boten sich traditionell Beschäftigungsmöglichkeiten als Hausangestellte. Dieses Arbeitsmarktsegment war allerdings in einigen der Ruhrgebietsstädte nicht sonderlich groß. Demgegenüber gewannen Einkommensmöglichkeiten an Bedeutung, die mehr oder weniger direkt mit der Bevölkerungsentwicklung und dem Städtewachstum in Zusammenhang standen. Insbesondere verheiratete Frauen boten seit den 1850er und 1860er Jahren zahlreiche Dienstleistungen für die wachsende (industrielle) Arbeiterschaft an: als Hauswirtin, Köchin, Näherin, Wäscherin usw. Für Duisburg schlägt James H. Jackson 40 Prozent der weiblichen Beschäftigten der Kategorie der „boarding housekeepers“ zu. In ähnlicher Größenordnung bewegten sich die Zahlen bei häuslichen Dienstleistungen. Von den weiblichen Hausangestellten waren über 90 Prozent unverheiratet. Ihr Durchschnittsalter lag bei ungefähr 22 Jahren. Unter den Hauswirtinnen gab es dagegen kaum alleinstehende Frauen, und das Durchschnittsalter lag bei etwas über 40 Jahren.

Die Beschäftigungsstruktur blieb mit Blick auf das Geschlechterverhältnis bis zum Jahrhundertende weitgehend stabil. Industrielle Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen blieben selten – in Duisburg waren 1867 bzw. 1890 knapp fünf bzw. 7,7 Prozent der Frauen in Fabriken tätig –, vor allem dann, wenn es sich um Orte handelte, die von der Schwerindustrie dominiert wurden.

Unter den Fabrikarbeiterinnen waren im Duisburger Fall mit gewissen Schwankungen und Branchenunterschieden drei Viertel alleinstehende Frauen, deren Durchschnittsalter zwischen demjenigen der jüngeren Hausangestellten und demjenigen der älteren Hauswirtinnen lag.⁹⁶ In Meiderich fanden Frauen – bei einer Mitte der 1860er Jahre sehr geringen Frauenerwerbsquote – primär in der Landwirtschaft eine hauptberufliche Beschäftigung, „wo ihr Anteil am Gesinde sogar geringfügig höher lag als der der Männer“. Die übrigen Frauen waren u.a. als Dienstbotinnen beschäftigt. Mit der Entwicklung zur Industriestadt nahm die Frauenerwerbsquote kontinuierlich, aber nicht massiv zu. 1895 waren zehn Prozent aller hauptberuflich Erwerbstätigen Frauen. „Wie schon 1867“, so Ulrich Zumdick, „stellten die Frauen in der Landwirtschaft immer noch einen besonders großen Teil der Beschäftigten.“ Mit der Industrialisierung trat dann jedoch eine Vergrößerung der bürgerlichen Mittelschichten ein, die in Gewerbe, Verwaltung und freien Berufen beschäftigt war. Und das wiederum sorgte dafür, dass „auch 1895 der größte Teil der Frauen, die in Meiderich erwerbstätig waren, als Dienstboten beschäftigt waren“. Bis 1907 stieg der Anteil erwerbstätiger Frauen in Duisburg auf etwas über 15 Prozent. Von den 12.000 im Hauptberuf erwerbstätigen Frauen war knapp die Hälfte als Dienstbotinnen tätig. Jenseits der Textilindustrie im weitesten Sinn waren Frauen nur vereinzelt in der Industrie beschäftigt. In Handel und Gastgewerbe waren erwerbstätige Frauen mit einem Anteil von zwischen 39 und 55 Prozent „bei weitem keine geringe Minderheit mehr“; anders als im Verkehrsbereich, im öffentlichen Dienst oder in den freien Berufen.⁹⁷ Die Arbeitsmarktsituation, in der sich Frauen im Ruhrgebiet wiederfanden, verschärfte sich für polnische Frauen, stießen sie doch noch einmal auf besondere Schwierigkeiten, als Dienstmädchen, Hilfskräfte in der Gastronomie oder Verkäuferinnen in Stellung zu kommen. Die skizzierten Schwerpunkte, die sich in ähnlicher Weise auch in anderen Städten des Ruhrgebiets zeigten, sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass beispielsweise in Bochum 1871 gut ein Drittel der erwerbstätigen Frauen in Industriebetrieben tätig war. Allerdings waren auch nur vier Prozent der in Indust-

⁹⁵ Zahlen nach: Jackson, *Migration*, S. 51.

⁹⁶ Ebd., S. 134–137.

⁹⁷ Zumdick, *Hüttenarbeiter*, S. 128–135.

rie und Handwerk Beschäftigten Frauen, während es im textilindustriell geprägten Barmen gut ein Viertel war. Die Schwierigkeiten für Frauen verstärkten sich in einer Stadt wie Bochum dadurch, dass der Arbeitsmarkt für Dienstbotinnen überschaubar war und dort zudem eher Töchter aus dem ländlichen Umland eingestellt wurden. Gegen Ende des Jahrhunderts stieg der Anteil erwerbstätiger Frauen insgesamt massiv an. Auffällig ist jedoch, dass er – aufgrund der beschriebenen wirtschaftlichen Struktur, aber auch aufgrund der Charakteristika der Stadt- und Bevölkerungsentwicklung – im Ruhrgebiet gegenüber dem Reichsdurchschnitt stets etwas geringer ausfiel.⁹⁸

Ungleiche Milieus

Das Einkommen spielt eine entscheidende Rolle bei der Ausgestaltung sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft, auch wenn andere Faktoren ähnlich wichtig sind. Zunächst geht es um die Höhe des Einkommens von Einzelnen, Familien oder sozialen Gruppen. In den Blick geraten dabei Fragen des Lebensstandards, den ein bestimmtes Einkommen ermöglicht. Diese lassen sich unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten, also Nahrung, Wohnung, Kleidung usw., beantworten. Sozialgeschichtlich ist nicht nur von Interesse, wie sich die Einkommensverhältnisse und der Lebensstandard bestimmter Gruppen allgemein gestalten, sondern vor allem auch die Positionierung verschiedener Milieus im Verhältnis zueinander. Ausschlaggebend ist indes nicht die Höhe des Einkommens allein. Vielmehr ist auch die Art des Einkommens oder besser: die jeweilige Kombination unterschiedlicher Einkommensarten entscheidend, denn verschiedene Einkommensarten bieten ein je unterschiedliches Niveau sozialer Sicherheit. Das Lohneinkommen einer Fabrikarbeiterin und eines Fabrikarbeiters unterlag den Konjunkturen des industriellen Arbeitsmarkts. Daraus ergaben sich Unsicherheiten, die bei anderen, weniger direkt mit dem industriellen Konjunkturzyklus verbundenen Einkommensarten (etwa dem Gehalt von städtischen Angestellten, aber auch Miet-, Pacht- und Zinseinnahmen, also Kapitalerträgen im weitesten Sinn) in dieser Form nicht vorkamen. Unter diesen Voraussetzungen wirkten Ein-

kommen aus diesem oder jenem Nebenerwerbszweig stabilisierend. Das betraf landwirtschaftliche Tätigkeiten, unabhängig davon, ob es um Güter für den eigenen Verbrauch oder für den Verkauf ging. Es betraf aber auch andere selbstständige Tätigkeiten, etwa die Vermietung eines Zimmers oder einer Schlafstelle oder den Betrieb eines kleinen Geschäfts. Wer dagegen ausschließlich von selbstständiger Arbeit lebte, hatte andere Herausforderungen zu meistern und erlebte Unsicherheit auf eine andere Art. Dabei machte es einen Unterschied, ob sich Selbstständigkeit auf einen kleinen Handwerksmeister, seinen vielleicht sehr viel wohlhabenderen Kollegen in einem anderen Handwerk, einen Wirt, den Inhaber – oder die Inhaberin – eines Krämerladens oder gutsituierte Angehörige der freien Berufe (Ärzte, Anwälte, Notare usw.) bezog. Mit Blick auf Einkommen und Lebensstandard umfassten sowohl selbstständige als auch abhängige Beschäftigung eine breite Spanne, im letzteren Fall beispielsweise vom ungelerten Hilfsarbeiter bis zum leitenden technischen Angestellten eines Industriebetriebs.

Natürlich überlagerten sich Fragen des Einkommens und Lebensstandards unmittelbar mit solchen von Besitz und Vermögen. Immobilienbesitz und Kapitalvermögen – sowohl ererbt als auch erworben – konnte selbst Einkommen generieren und ein Maß an Sicherheit gewähren, das für vermögens- und besitzlose Schichten, die allein auf ihr Lohn- oder Erwerbseinkommen angewiesen waren, außer Reichweite lag. Es gehört zu den Charakteristika der entstehenden Industriegesellschaft des Ruhrgebiets, dass Arbeiter, wann immer möglich, ihr ganzes Familieneinkommen auf den Zweck des Eigenheimerwerbs ausrichteten, weil sie darin nicht zuletzt Mittel und Ausweis größerer sozialer Sicherheit sahen. Hauseigentümer fanden sich wesentlich häufiger unter den sozialen Aufsteigern als Mieter.⁹⁹ Hausbesitz war in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung im Ruhrgebiet keine Seltenheit, vor allem im Bergbau nicht. Der Anteil der Hausbesitzer unter den Bergleuten schwankte zwischen den verschiedenen Revieren allerdings deutlich. „Während in den alten Bergbaugebieten“, so das Resümee der Historiker Franz-Josef Brüggemeier und Lutz Niethammer, „der Anteil der Bergleute in Ei-

⁹⁸ Zum Vorangegangenen: Crew, Bochum, S. 62–64; Haida, Ruhrpolen, S. 267 f.; Tenfelde, Schichtung, S. 147 f.

⁹⁹ Crew, Bochum, S. 110 f.

genhäusern verhältnismäßig hoch war, fehlten solche Voraussetzungen in den neuen nördlichen Gebieten“.¹⁰⁰ In Dortmund oder Oberhausen lag er 1873 bei etwas über 20 Prozent. In Hamm, Witten, Dahlhausen und Werden war immerhin noch (etwas mehr als) jeder zehnte Bergmann Hausbesitzer, während das in Essen oder Bochum für lediglich fünf oder sechs von hundert Bergleuten mit ihren Familien galt. Auch eine Differenzierung nach Zechen zeigt erhebliche Unterschiede. In einigen Fällen war 1873 ein Drittel der Belegschaft Hausbesitzer, in anderen waren es deutlich unter zehn Prozent. Zwei Jahrzehnte später hatten sich die Verhältnisse bei insgesamt fallender Tendenz deutlich angeglichen. Der Anteil Besitzender an den Belegschaften überstieg 1893 nur noch im Ausnahmefall 20 Prozent.¹⁰¹

Insgesamt nahm die Zahl bergmännischer Hausbesitzer – im Verhältnis zur Entwicklung der Belegschaften – seit Ende der 1860er Jahre beständig ab. Zwar war es nie die Mehrheit der Bergleute, die über Wohneigentum verfügte. Die „Ansiedlungsbestrebungen“ setzten sich jedoch vor allem im südlichen Hellwegstreifen über die 1870er Jahre hinaus fort und haben „örtlich in den Gründerjahren sogar erst ihren Höhepunkt gefunden, während in derselben Zeit in den nördlichen Abräumen mit dem Anstieg der Grundstückspreise jede Aussicht auf Erwerb eines Anwesens mit einer landwirtschaftlichen Anbaufläche bis zu 1 Hektar geschwunden ist“.¹⁰² Wer bisher nicht gebaut hatte, sollte angesichts der Einkommensentwicklung zukünftig dazu kaum noch die Chance erhalten. Die mit Immobilienbesitz und anderen Vermögensformen verbundenen Entwicklungen trugen mittel- und langfristig erheblich zur Verfestigung einer strukturellen sozialen Ungleichheit bei. Unmittelbare Auswirkungen auf den Lebensstandard hatte freilich das Einkommen.

Im *Handwerk* waren auskömmliche Einkommen möglich. Allerdings waren es oft lediglich einzelne oder einige wenige Meister, die in bestimmten Gewerben be-

achtlichen ökonomischen Erfolg hatten, während sich andere in deutlich prekären Verhältnissen bewegten. Die Polarisierung zwischen den verschiedenen Gewerbezweigen, aber auch innerhalb einzelner Handwerke gehört zu den charakteristischen Merkmalen der Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts, das sich so auch in den Städten des Ruhrgebiets abzeichnete. David Crew identifiziert für Bochum im Jahr 1840 über 20 verschiedene Gewerbe, mit denen sich ein – keineswegs üppiges – Einkommen über zweihundert Taler erzielen ließ, darunter zahlreiche Handwerke, überproportional etwa Schneider, Tischler oder Schmiede, aber auch verschiedene Händler. In den folgenden Jahrzehnten, mit voranschreitender Industrialisierung, gestaltete sich die Situation schwieriger. In den 1860er Jahren waren in Bochum durchgängig kaum mehr als 15–17 Prozent der Handwerker gewerbesteuerpflichtig (1884 waren nur noch 8,9 Prozent), das Einkommen aller anderen lag unter der dafür maßgeblichen Schwelle. Von den 127 Handwerkern, die 1875 gewerbesteuerpflichtig waren, wurden 1884 57 überhaupt nicht mehr veranlagt, 63 weiterhin als Handwerker, zwei als Gastwirt und sechs als Kaufleute.¹⁰³ In Düsseldorf, das zum Vergleich, wurden gerade einmal 50 Prozent der Handwerker zur Einkommenssteuer veranlagt, bei einem stabilen Konsens darüber, dass Jahreseinkommen von unter zweihundert Talern nicht versteuert werden sollten. Von den steuerlich Veranlagten fiel wiederum die Hälfte in die unterste Steuerklasse und unter den wenigen höher Veranlagten befanden sich wohlhabende Handwerker, „die auch bei den Fabrikanten oder Kaufleuten firmieren könnten, wie ein Eisenhändler, der sich als Schlosser bezeichnet“. Entscheidend ist hier, dass es zwar erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Handwerkern gab, die Zahl der nicht zur Einkommenssteuer Veranlagten mit kleinen und kleinsten Einkommen jedoch „in allen Handwerkszweigen, auch bei den relativ besser gestellten Bäckern und Metzgern stark vertreten“ war.¹⁰⁴

¹⁰⁰ Franz-Josef Brüggemeier/Lutz Niethammer: Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie. Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg, in: Jürgen Reulecke u. a. (Hg.): Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 135–176, hier: S. 143.

¹⁰¹ Klaus Tenfelde: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn 1977, S. 299.

¹⁰² Ebd., S. 323 f.

¹⁰³ Crew, Bochum, S. 20, 26 u. 128.

¹⁰⁴ Friedrich Lenger: Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878, Göttingen 1986, S. 41 u. 63 f.



Schlachthof der Stadt Gelsenkirchen (1885–1910) an der Ahstraße 40a. Innenhof, Pferdewagen verschiedener Metzger, 1910. Fotograf unbekannt, Institut für Stadtgeschichte Gelsenkirchen (FS I 00530).

Schnapsbrennerei Termeer, Bauherr
Ferdinand Brüning, an der Bahnhofstraße/Ecke
Ahstraße, 1910.
Fotograf: Franz Donner, Institut für
Stadtgeschichte Gelsenkirchen (FS I 03483).



Das *bergmännische Familieneinkommen* konnte, nimmt man Lohn und beispielsweise landwirtschaftlichen Zuverdienst zusammen, demjenigen eines Handwerksmeisters entsprechen. Wolfgang Köllmann kalkuliert

den Jahreslohn eines Hauers im Essen-Werden'schen Revier im Jahr 1830 auf 84 Taler, während Schlepper zwischen 56 und 74 Taler verdienten. Tagesarbeiter brachten es auf 60 Taler, Nachtwächter auf 56 und

Kohlenmesser auf 60 Taler, Zimmerleute dagegen auf 136 (Meister), 103 (Gesellen) bzw. 74 Taler (Lehrlinge).¹⁰⁵ Zum Vergleich: Der durchschnittliche Jahreslohn aller Arbeiter bei Krupp lag 1833 bei 90 und der Höchstverdienst eines angelernten Feinschleifers bei 132 Talern. Der jährliche Nahrungsmittelbedarf für eine fünfköpfige Familie belief sich 1825 auf 72 Taler. Mit Blick auf den Lebensstandard war entscheidend, ob und in welchem Umfang Nahrungsmittel durch eigene Landwirtschaft selbst erzeugt wurden oder jugendliche Söhne bereits als Schlepper arbeiten konnten. Von der Mitte der 1820er bis Mitte der 1840er Jahre bewegten sich die Löhne der Bergarbeiter stabil auf einem Niveau zwischen 84 und 130 Talern, je nach Anzahl der geleisteten Schichten. Das mittlere Niveau lag bei 102 Talern. Grubensteiger verdienten mindestens ein Drittel mehr, teilweise auch das Doppelte eines Bergmanns. In Zeiten niedriger Lebensmittelpreise konnten Steiger, im Unterschied zu Bergarbeitern, damit durchaus Rücklagen bilden, so dass sie und ihre Familien sich stabil und deutlich über dem Existenzminimum bewegten. In den 1840er Jahren verdienten Hauer im Ruhrrevier täglich ca. 13–14 Silbergroschen, Schlepper um die zehn Silbergroschen. Das Einkommen von Handwerkern, die auf einer Zeche angestellt waren (Schmiede, Schreiner usw.) lag etwas höher, allerdings bei längerer Arbeitszeit. Grubenbeamte verdienten monatlich 16–20 Taler und das Jahreseinkommen eines Revierbeamten lag bei 400 Talern. Damit ließen sich die Grundaussgaben einer Familie einigermaßen bewältigen, allerdings auf einem Niveau, das zwar stabil, aber nicht viel über dem minimalen Bedarf lag. Hinzu kam, dass sich seit Mitte der 1850er Jahre ständige Unterschiede innerhalb der Bergarbeiterschaft durch die Lohnentwicklung abschliffen, weil ungelernete und angeworbene Bergarbeiter in Konjunkturphasen durchaus mehr verdienen konnten als reguläre Bergleute mit ihren festen Knappschaftssätzen. 1873 betrug der durchschnittliche Jahreslohn 1071 Mark, bei gewissen Schwankungen zwischen den Revieren: von 852 Mark in Werden bis zu 1.144 Mark in Bochum.

Anfang des 20. Jahrhunderts verdienten Tagesarbeiter im Bergbau bei einer Achtstundenschicht knapp

vier Mark, während Schlepper und Hauer einen Verdienst von über sechs Mark erzielen konnten. Die innerbetrieblichen Unterschiede waren beträchtlich, vor allem entlang des beruflichen und sozialen Status. Um die Differenz zu verdeutlichen: „Unter Tage“ wurden 1889 im Ruhrbergbau durchschnittlich 1.028 Mark verdient, und dieser Betrag stieg bis 1911 auf 1.666 Mark. Das Einkommen von Angestellten im Bergbau lag dagegen 1889 bereits bei durchschnittlich 1.506 und 1911 bei 2.556 Mark. Das durchschnittliche Gehalt der Steiger lag um 1910 für Anfänger bei – monatlich – 188 (staatlich) bzw. 196 Mark (privat). Berufserfahrung bedeutete hier aber massive Einkommensgewinne. Mit zehnjähriger Erfahrung lag das Einkommen bei 273 bzw. 298 Mark; ab 16 Jahren als Steiger betrug es 323 bzw. 308 Mark. Selbst innerhalb der technischen Angestellten existierten erhebliche Gehaltsunterschiede. Rechnet man Prämien und Zulagen ein, betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen von Hilfssteigern 2.300–3.300 Mark, dasjenige von Reviersteigern 3.200–4.000 und dasjenige von Fahrsteigern 4.200–6.000 Mark. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Betriebsführers (einschließlich Prämien und Zulagen) bewegte sich dagegen zwischen 5.400 und 10.000 Mark. Das war im Rückblick eine tatsächlich beachtliche Entwicklung, berücksichtigt man, dass Steigergehälter Anfang des 19. Jahrhunderts teilweise noch unter den Löhnen der Bergarbeiter lagen und wohl nicht ausreichten, um eine Familie zu ernähren. Jenseits der Unterschiede in der Einkommenshöhe ist aber auch noch etwas anderes auffällig: Seit Ende der 1880er Jahre erlebten Steiger und Angestellte im Bergbau nicht nur eine kontinuierliche, sondern vor allem eine konjunkturunabhängige Steigerung ihres Einkommens. Zudem stieg ihr Einkommen mit zunehmendem Lebensalter, während Arbeiter im Alter deutliche Einbußen erleiden mussten.

Einkommen in den skizzierten Dimensionen galten zeitgenössisch als auskömmlich, und von offizieller Seite wurde argumentiert, dass damit nicht nur der Lebensunterhalt bestritten, sondern bei sparsamer Haushaltung auch Rücklagen gebildet werden könnten. Eine fünfköpfige bergmännische Familie in Gel-

105 Dazu und zum Folgenden: Franz-Josef Brüggemeier: *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau, 1889–1919*, München 1983, S. 26; Köllmann, *Beginn*, S. 44–46; Tenfelde, *Sozialgeschichte*, S. 208 f.; ders., *Arbeiterschaft*, S. 30–32; Helmuth Trischler: *Steiger im deutschen Bergbau. Zur Sozialgeschichte der technischen Angestellten 1815–1945*, München 1988, S. 27–29 u. 98–101.

senkirchen hatte Mitte der 1870er Jahre mit Ausgaben von 1.470 Mark für Nahrungsmittel sowie Miete, Kleidung, Feuerung und Licht, Steuern und dergleichen zu rechnen. Für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie im Kreis Bochum schlugen 1.140–1.270 Mark in der Stadt und 995–1.150 Mark auf dem Land zu Buche. In Dortmund waren es 1889 1.249 und in Essen 1.000 Mark. Franz-Josef Brüggemeiers Aufstellung der Jahreslöhne, Lebensmittelposten und Reallöhne für die Jahre 1886–1912 zeigt einen deutlichen Aufwärtstrend, der lediglich im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts unterbrochen und in den Jahren 1907 und 1908 etwas verzögert wurde. Die Reallohnentwicklung blieb zwar erkennbar hinter der durchschnittlichen Steigerung der Jahreslöhne zurück, fiel aber dennoch merklich aus. Während sich der Jahreslohn im genannten Zeitraum verdoppelte, erfuhren die durchschnittlichen Reallöhne eine Steigerung von immerhin auch noch knapp 60 Prozent. Der bergmännische Jahresverdienst lag durchgängig über dem Existenzminimum, das zwischen 1909 und 1914 allmählich von 1.132 auf 1.279 Mark stieg (und damit knapp über der Eingangsbesoldung beispielsweise eines städtischen Unterbeamten, etwa eines Polizeidieners in Dortmund lag), bevor die Kriegsjahre einen sprunghaften Anstieg brachten. Das bergmännische Jahreseinkommen lag in den Vorkriegsjahren mit gewissen Schwankungen zwischen 300 und 500 Mark darüber. Im Krieg rückten Einkommen und Existenzminimum enger aneinander.¹⁰⁶

Die Situation der polnischen Bergarbeiter unterschied sich hinsichtlich der Löhne kaum von derjenigen ihrer deutschen Kollegen, auch weil sie mehrheitlich in den Zechen des nördlichen Ruhrgebiets tätig waren, deren Einkommensniveau über demjenigen im südlichen Revier lag. Aber auch hier galt, dass der langsame Anstieg der Durchschnittslöhne nicht zwingend einen Anstieg des Lebensstandards mit sich brachte, zumal es immer wieder Phasen einer mitunter erheblichen Steigerung der Lebensmittelpreise gab. Eine Erhebung aus dem Jahr 1912 (für knapp fünfhundert Hamborner Familien) gewährt einen zumindest punktuellen Einblick in das Haushaltsbudget eines Ruhrbergarbeiters. Unter den erfassten Haushaltsvorständen befanden sich 281 Berg- und 165 Fabrikarbeiter. In der eher groben Einteilung der Erhebung teilten sich die Familien in vier Klassen. Zur



Reparatur-Zimmerhauer im Streckenbau, Zeche Blankenburg, Magnesium-Moment-Photografie von Fr. Schätzke in Bochum, o. D., Papierabzug, s-w.

Aus: A. Nieden: Der Nystagmus der Bergleute, Wiesbaden 1894, Deutsches Bergbau-Museum Bochum (022900289001).

ersten Klasse (diejenigen, die „ohne Luxus zwar, aber auch ohne Entbehrungen in einem behaglichen Heim ein auskömmliches Dasein“ führten) gehörten 22,4 Prozent der Bergleute und 13,9 Prozent der Fabrikarbeiter. Der zweiten Klasse (diejenigen, „die nur mit äußerster Kraftanstrengung der Frau, recht oft auf Kosten von deren Gesundheit, die Wohnung, Kleidung und Nahrung der Familienmitglieder in den Grenzen des Auskömmlichen halten können“) schlug die Erhebung 41,6 Prozent der Bergarbeiter und 35,7 Prozent der Fabrikarbeiter zu. Die Klassen drei und vier bezeichneten diejenigen, „die trotz guten Willens den ungünstigen Lebensverhältnissen unterlagen oder deren Hauswesen völliger Verwahrlosung anheimgefallen ist“. Dazu zählten 10,3 bzw. 25,6 Prozent der Berg- und 14,5 bzw. 35,7 Prozent der Fabrik-

¹⁰⁶ Brüggemeier, *Leben*, S. 284.

arbeiterfamilien. Trotz aller Unsicherheiten hinsichtlich derartiger Zahlen ist auffällig, dass zwischen Bergleuten und Fabrikarbeitern ein deutlicher Unterschied bestand. Letzteren gelang es seltener, ein „auskömmliches Dasein“ zu führen; und sie gerieten häufiger „unter die Räder“.¹⁰⁷

Der industriellen Arbeiterklasse insgesamt ging es im Ruhrgebiet deutlich besser als in anderen Regionen. „Das Ruhrgebiet“, so schreibt Klaus Tenfelde, „war alles andere als eine Kernregion des ‚Pauperismus‘, jener durch hohes Bevölkerungswachstum bei höchst unzureichenden Erwerbsmöglichkeiten hervorgerufenen Strukturkrise des Vormärz.“¹⁰⁸ Dabei ist natürlich in Rechnung zu stellen, dass die Hochphase des Pauperismus in den 1830er und 1840er Jahren lag und die Situation zwanzig oder dreißig Jahre später sich auch in pauperisierten Regionen teilweise deutlich gebessert hatte. Um aber auch zu verdeutlichen, was „besser“ in diesem Zusammenhang hieß, hilft ein Blick in die Bochumer Armenstatistik. Demzufolge war zwischen Mitte der 1860er und Mitte der 1880er Jahre nur selten weniger als ein Drittel der Bevölkerung auf permanente Unterstützung angewiesen. Die mittelfristig fallende Tendenz der Folgejahre verhinderte nicht, dass die Unterstützungsquote auch in den 1880er und 1890er Jahren noch um die 20 Prozent lag. 1875 verdienten zwischen zwei Drittel und drei Viertel der Bochumer Arbeitsbevölkerung weniger als 900 Mark im Jahr. Diese Arbeiter und ihre Familien bewegten sich damit an der Grenze des Existenzminimums. Um die Wende zum 20. Jahrhundert waren es immer noch knapp unter 40 Prozent. Dennoch: Seit Mitte der 1870er Jahre verbesserte sich die Einkommenssituation kontinuierlich, unabhängig von der Arbeitsmarktlage. Unmittelbare Not ging in den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts zurück, die permanente wirtschaftliche Unsicherheit blieb aber bestehen. Das galt vor allem in der Schwerindustrie, deren Arbeiter in der Regel weniger Möglichkeiten hatten, Einkommensausfälle durch Nebentätigkeiten aufzufangen; und es galt in mehr oder weniger monoindustriell geprägten Städten.¹⁰⁹

Die „geradezu fieberhafte Gründungstätigkeit in der Eisenindustrie“ (Ulrich Zumdick) in den 1850er Jahren

wirkte sich dort markant auf die Löhne und Lohnstruktur aus. Schritt für Schritt wurden die Hüttenarbeiter zu den bestbezahlten Industriearbeitern des Ruhrgebiets. Ende der 1860er Jahre verdrängten sie die Bergarbeiter von dieser Position. Die Hüttenarbeiter zogen an den Bergarbeitern nicht nur vorbei, sondern rückten auch gegenüber anderen Industriezweigen auf die Spitzenposition der Lohnskala und verblieben dort bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs. Angesichts der erheblichen Teuerung in den 1850er Jahren reichten die Lohnsteigerungen zunächst kaum aus, um eine mehrköpfige Familie ohne ein zusätzliches Einkommen zu ernähren. Das änderte sich erst infolge des Konjunkturaufschwungs und einer längeren Boomphase Ende der 1860er Jahre. In dieser Situation trafen steigende Löhne auf stagnierende oder leicht zurückgehende Lebensmittelpreise. Verschiedene Beispiele der 1870er Jahre zeigen, dass sich der Jahresetat etwa einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie ungefähr auf dem Niveau des durchschnittlichen Jahreslohns eines Hüttenarbeiters bewegte, irgendwo zwischen 1.000 und 1.200 Mark. Die Reallohnsteigerungen der frühen 1870er Jahre beliefen sich auf bis zu 20 Prozent. Damit wurde es erstmalig möglich, den Unterhalt mehr oder weniger allein aus dem Verdienst des Familienvaters zu bestreiten. Zusätzliche Einnahmen konnten unter diesen Voraussetzungen in eine Verbesserung des Lebensstandards fließen. Konkret: Es öffneten sich Möglichkeiten, „mehr Geld für Hausrat, Kleidung und besseres Essen auszugeben“. Für Lebensmittel – einschließlich einer wöchentlichen Fleischmahlzeit – Feuerung, Miete für eine Zweizimmerwohnung einschließlich Stallung, Steuern und Krankenkasse, so eine zeitgenössische Erhebung für das Jahr 1878, hatte eine vierköpfige Arbeiterfamilie ein Budget von täglich 3,85 Mark zu veranschlagen. In den folgenden 15 Jahren blieben die Lebenshaltungskosten im mittelfristigen Trend stabil, während die Löhne kontinuierlich um etwa ein Drittel stiegen. Die größten Reallohnzuwächse lagen in den Jahren 1896 bis 1900.¹¹⁰

Innerhalb der Hüttenwerke pendelte sich die Lohnstruktur trotz bestehender Unterschiede rasch auf einem mittleren Niveau ein. Im Unterschied zu anderen

¹⁰⁷ Kleßmann, Bergarbeiter, S. 54 f.

¹⁰⁸ Tenfelde, Schichtung, S. 138 f.

¹⁰⁹ Crew, Bochum, S. 32, 57–68 u. 88.

¹¹⁰ Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 194 u. 214–228.

Branchen bildeten die Hüttenarbeiter, jedenfalls in Lohnfragen, eine vergleichsweise homogene Gruppe. Dennoch blieben gewisse Verschiebungen in der relativen Positionierung von Arbeitergruppen nicht aus. In den 1850er und 1860er Jahren hatten die Löhne der ersten und zweiten Schmelzer diejenigen aller übrigen Arbeiter noch deutlich übertroffen, handelte es sich bei ihnen doch um die wichtigsten Arbeiter am Hochofen. Der Hochofentechniker Franz Lürmann, der mit seiner Erfindung des Schlackenofens erheblich zur Entwertung der Position der Schmelzer beitrug, hatte sie als die „hohen Priester der Hochöfen“ bezeichnet, die mit einem „geheimnisvollen Nimbus“ umgeben seien. In dem Maß, wie die Schmelzer ihre besondere Position im Produktionsprozess verloren, änderte sich das. In der Folgezeit verdienten die ersten Schmelzer zwar immer noch überdurchschnittlich, die zweiten Schmelzer aber bereits nicht mehr. Immer häufiger trafen Schmelzer auf ungelernte Arbeiter, die körperlich anstrengende Tätigkeiten verrichteten – und besser bezahlt wurden als selbst die ersten Schmelzer. 1900 verdienten erste Schmelzer einen durchschnittlichen Schichtlohn von 4,68 Mark. Zum selben Zeitpunkt wurden jedoch bereits mehrere Hundert Arbeiter aus neun Kategorien höher entlohnt: neben den genannten die Aufschieber an den Gichtaufzügen, Erzladler, Erzfahrer und Koksfahrer sowie die zwei beschäftigten Dachdecker. Innerhalb der zahlreichen Arbeiterkategorien, in die die Beschäftigten der Phoenix-Hütte eingeteilt waren, verdienten 1895 die ersten Schweißer, die den höchsten durchschnittlichen Schichtlohn erzielten, 8,50 Mark. Am unteren Ende der Skala kamen Handlanger auf einen Schichtlohn von 3,08 Mark. Die ersten Puddler, die Walzer, zweiten Schweißer, Hammerschmiede, Koquillenarbeiter und Martinofenarbeiter erzielten einen Schichtlohn von durchschnittlich über sechs Mark. Alle anderen bewegten sich dazwischen.¹¹¹

Vergleichbare Prozesse zeigen sich auch bei den Arbeitern Krupps. Einerseits gehörte es dort seit den 1820er Jahren zum Selbstverständnis Friedrichs und dann auch Alfred Krupps, *unterhalb* der höchsten Leitungsebene möglichst flache Hierarchien zu wahren und eine allzu große Lohnspreizung zu verhindern. Das durchschnitt-

liche Jahreseinkommen der Hammerschmiede lag bis Mitte der 1820er Jahre bei 180–200 Reichstalern, Arbeiter (Schmiedemeister) verdienten jährlich 140–150 Reichstaler und Gesellenarbeiter 120–125. „Bei den Tagelöhnern schwankte es, aufs Jahr hochgerechnet und durchgehende Beschäftigung unterstellt, zwischen 75 und 110. Und selbst der ‚Faktor‘ und der Buchhalter verdienten nicht mehr als 250–300 Reichstaler, also rund das dreifache eines Tagelöhners.“¹¹² 50 Jahre später hatte sich nicht nur die Schere zwischen Arbeitern und (leitenden) Angestellten weiter geöffnet, sondern auch eine deutlich überdurchschnittlich entlohnte Gruppe spezialisierter Arbeiter herausgebildet. Innerhalb dieser Gruppe, den Puddlern, wurden die Lohnunterschiede zwar geringer, gleichzeitig gehörten sie als Ganzes weiterhin zu den Spitzenverdienern und erzielten häufig mehr als das doppelte des durchschnittlichen Arbeiterlohns. Die nicht nur symbolische Trennlinie verlief bei Krupp zwischen Arbeitern aller Art und Spezialisierungen auf der einen und den „Beamten“ auf der anderen Seite. Mitte der 1890er Jahre lag die Grenze bei einem Jahresgehalt von 2.000 Mark, das den Zugang zur Krupp'schen Beamten-Pensions-, Witwen- und Waisenkasse markierte. Neben Angestellten des Unternehmens stießen bei Krupp einige der langjährigen Bediensteten der Villa Hügel auf dieses Niveau vor. „1902 verdiente der Erste Diener Friedrich Hirschfeld 2500 Mark im Jahr, hinzu kamen 180 Mark ‚Montierungsgeld‘ für Livree und Dienstuniform sowie freie Beköstigung im Wert von 320 Mark. So kam er letztlich auf das gleiche Jahresgehalt wie Privatsekretär Otto Marotz.“ Der langjährige Hausmeister Theodor Herms verdiente 1902 1.900 Mark und stand damit an fünfter Stelle im Gehaltsgefüge des Hügelpersonals. In den untergeordneten Positionen sahen die Löhne anders aus: 120–180 Mark plus zusätzliche Sachleistungen wie Kost und Logis für Dienstmägde, zwischen 360 und 1.200 Mark für Diener, 720 Mark für eine Haushälterin oder 1.200–1.300 Mark für Pferdeknechte. Im Verwaltungsbereich lagen die Gehälter höher: 9.000 Mark für den Leiter der Hügelverwaltung plus Sachbezüge im Wert von 1.500 Mark.¹¹³

Die soziale Schichtung der Ruhrgebietsstädte wurde seit dem frühen 19. Jahrhundert durch ein Zusammen-

¹¹¹ Ebd., S. 153–161 u. 208.

¹¹² Lothar Gall: Krupp. Der Aufstieg eines Industrieimperiums, Berlin 2000, S. 37 f.; siehe auch: Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 168.

¹¹³ Im Detail: Pielhoff/Murauer-Ziebach, Krupp, S. 114–120.

spiel zwischen Art und Höhe des Einkommens geprägt. Für das Ruhrgebiet zeichnet sich ein übergreifender Trend ab, in dessen Verlauf ein immer größerer Anteil der Bevölkerung das hauptsächliche Familieneinkommen aus unselbstständiger Arbeit – zunehmend im Bergbau und in den Fabriken der Eisenindustrie, aber auch im Dienstleistungssektor – bezog. In den frühen 1860er Jahren waren es bereits zwei Drittel der Bevölkerung. Selbstständige Einkommen in Gastronomie, Handel, Verkehr oder Handwerk fielen in ihrer relativen Bedeutung gegenüber lohnabhängiger Arbeit quantitativ immer weniger ins Gewicht. Vor dem Hintergrund dieses Trends wird ein genauerer Blick auf die soziale Schichtung sowie die Ausprägung sozialer Ungleichheit im Ruhrgebiet möglich.

1807 setzte sich die Gruppe der Höchstbesteuerten in Dortmund zu jeweils knapp zwölf Prozent aus Adel, Militär und Bürokratie sowie Angehörigen des Bildungsbürgertums zusammen.¹¹⁴ Zwei Drittel der Höchstbesteuerten kamen aus dem Stadtbürgertum. Aufschlussreich sind vor allem die Berufe – und damit auch die Einkommensarten – innerhalb dieser Gruppen. Auffällig ist der hohe Anteil von Hof- und Staatsbeamten oder von Geistlichen, dann aber vor allem von Inhabern bürgerlicher Ämter, von Kauf- und Handelsleuten, Wirten und Bierbrauern. Knapp sieben Prozent der Höchstbesteuerten waren Handwerker. 1828 hatte sich an dieser Struktur nur wenig geändert. Lediglich der Anteil der Kaufleute in der ersten und der Anteil der Handwerker in der zweiten Steuerklasse hatten sich etwas erhöht. Die schmale Oberschicht sowie die gehobene, zumindest in sozialer und ökonomischer Hinsicht gutsituierte und etablierte Mittelschicht setzte sich also weitgehend aus einem bestimmten Segment des Amtspersonals und denjenigen Bürger:innen zusammen, die ihr Einkommen aus selbstständiger gewerblicher Tätigkeit zogen. In absoluten Zahlen war dieses Milieu allerdings überschaubar: 1807 zählten in Dortmund 28 Personen zur ersten und 75 Personen zur zweiten Steuerklasse, 1828 waren es 38 und 102 Personen. Die Gruppe, die definitiv nicht lohnabhängig war und ihren Lebensunter-

halt auch nicht durch selbstständige Erwerbstätigkeit bestritt, umfasste in Dortmund um 1840 67 Personen. Sie bestand zu diesem Zeitpunkt noch mehrheitlich aus Staats- und Justizbeamten, aber auch Geistlichen und Medizинern sowie vereinzelt Offizieren, Bergbaubeamten, Ingenieuren oder Technikern in verschiedener Funktion. Dass die Einkommensart nicht automatisch mit einer bestimmten Einkommenshöhe in Verbindung stand, zeigt das Beispiel der Geistlichen und Pfarrer. Während die Historikerin Karin Schambach in der Liste der Höchstbesteuerten 1807 drei Geistliche in der ersten und sechs in der zweiten Klasse identifizierte (1828 waren es noch jeweils zwei), klagte der Theologe Johann Moritz Schwager 1804 darüber, dass in Dortmund neun lutherische Prediger lebten und wirkten, „deren Gehalt für vier höchstens fünf nicht zu viel wäre“.¹¹⁵ Sozialgeschichtliche Auswertungen der sozialen Schichtung Westfalens ergaben für die Mitte der 1820er Jahre ein relativ einheitliches Bild. In Dortmund, das zu diesem Zeitpunkt etwa 34.000 Einwohner:innen hatte, gehörten 1.600 zur großbäuerlichen Schicht, 600 Personen zählten zur Honoratiorenschicht. Dazu kamen 450 Verbeamtete und Angehörige der freien Berufe. 2.450 Einwohner:innen zählten zur mittelbäuerlichen und 2.100 zur bürgerlichen Schicht. Gegenüber diesen überschaubaren Größenordnungen dominierte die klein- und unterbäuerliche Schicht, der Köllmann 19.550 Einwohner:innen zuschlug, sowie die klein- und unterbürgerliche Schicht mit 7.550 Angehörigen. In Bochum und Hagen waren die Verhältnisse bei kleineren Unterschieden ähnlich. So hatte Hagen eine prozentual schmalere großbäuerliche Schicht, und in Dortmund fiel das Kleinbürgertum gegenüber der klein- und unterbäuerlichen Schicht etwas stärker ins Gewicht als in Bochum oder Hagen.¹¹⁶ Um 1890 machten Angestellte und Selbstständige – also der Kern städtischer Mittelschichten – in den fünf größten Städten des Ruhrgebiets weniger als 25 Prozent aus, während diese Gruppe in Städten außerhalb des Ruhrgebiets durchaus die Hälfte der Stadtbevölkerung ausmachen konnte.¹¹⁷

¹¹⁴ Zum Folgenden: Karin Schambach: Stadtbürgertum und industrieller Umbruch. Dortmund 1780–1870, München 1996, S. 53, 147 u. 162.

¹¹⁵ Schwager, Bemerkungen, S. 62.

¹¹⁶ Köllmann, Friedrich Harkort, S. 195–200.

¹¹⁷ Goch, Arbeiterbewegung, S. 54.

Springt man ins frühe 20. Jahrhundert, dann fällt der Proletarisierungsprozess auf. Für das schwerindustriell geprägte Duisburg rechnet Zumdick 370 Personen, also kein halbes Prozent der Bevölkerung, der Oberschicht zu. 15.191 Personen, das war ein Bevölkerungsanteil von 18 Prozent, gehörte zur Mittelschicht (Kaufleute, Fabrikanten, leitende Beamte, Angestellte und mittlere Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende). 3.985 Personen – untere Beamte und vor allem Handwerker und Gewerbetreibende ohne Gesellen, also: Soloselbstständige in heutiger Diktion – beschreibt er als „proletaroid“. Das Proletariat im engeren Sinn bestand aus 66.083 Personen, also 78,5 Prozent der Bevölkerung. „Die industrielle oder in Handel und Verkehr tätige Oberschicht“, so sein Resümee, „war in Duisburg verschwindend gering, und auch zur Mittelschicht gehörte noch nicht einmal ein Fünftel der Bevölkerung.“ Mit vier Fünfteln der Erwerbsbevölkerung, die „der Industriearbeiterschaft, proletaroiden Existenzen und anderen Unterschichten zuzurechnen“ war, unterschied sich die Duisburger Sozialstruktur zwar deutlich von beispielsweise der älteren Gewerbestadt Barmen, entsprach aber in etwa den Verhältnissen Bochums an der Wende zum 20. Jahrhundert.¹¹⁸

Die soziale Schichtung der Ruhrgebietsgesellschaft, vor allem der expandierenden Städte – also das Vorhandensein und der Umfang bestimmter Schichten und Milieus – trieb die Zeitgenoss:innen bereits um die Jahrhundertmitte um. Gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen, Diagnosen sozialer Probleme und sozialpolitischer Herausforderungen kreisten seit Mitte des 19. Jahrhunderts deutlicher und direkter um Fragen sozialer Schichtung, die man im Ruhrgebiet in besonderer Ausprägung zu erkennen glaubte. Das (Nicht-)Vorhandensein einer bürgerlichen Mittelschicht, die sich entweder nie habe ausbilden können oder angesichts der beschleunigten Urbanisierung und Industrialisierung unter Druck geriet, wurde zu einem Schlüsselproblem. Diese Frage wurde in dem Maß drängender, wie die alten Ackerbürgerstädte unter dem Einfluss von Zechenausbau oder schwerindustriellen Betrieben rasant expandierten, mit den ehemals außerhalb liegenden Zechen- und Fabrikbezirken zusammenrückten – und

Stadterhebungsverfahren sowie, später, Diskussionen um Eingemeindungen auf die Tagesordnung rückten. In diesem Zusammenhang spielten Fragen der „Bürgerlichkeit“ einer Stadt, also „nach dem Vorhandensein einer das städtische Leben tragenden Mittel- und Oberschicht“ eine zentrale Rolle. Dabei ging es einerseits um das „durch das Bürgertum repräsentierte Steueraufkommen“, andererseits aber vor allem um „urbane Qualität“, also etwa bestimmte Formen von Kultur und Geselligkeit, die „eine bürgerliche Trägerschicht der kommunalen Selbstverwaltung garantieren“ sollte. „Das Fehlen eines ‚gesunden Mittelstands‘, mittelständischer Fachleute und akademisch gebildeter Personen, die als potentielle Mitglieder einer arbeitsfähigen Stadtverordnetenversammlung angesehen werden konnten, war“, so Jürgen Reulecke, „über Jahre hinweg das Argument, mit dem der für Hamborn zuständige Landrat die Stadterhebung dieses größten Industriedorfs abgelehnt hatte.“ Das Argument bezog sich auf die „allzu große Abhängigkeit der wenigen vorhandenen Mitglieder des Mittelstands von der Großindustrie“.¹¹⁹ Als der Düsseldorfer Regierungspräsident 1898 gegenüber dem preußischen Innenministerium eine Stellungnahme zum Antrag der Landgemeinde Altenessen auf „Verleihung der Städte-Ordnung“ abgab, bündelte er im Grunde alle Argumente *gegen* eine solche Verleihung. Dabei griffen Vorstellungen einer bestimmten sozial-räumlichen Gliederung, Bebauung und Flächennutzung, einer städtischen oder eben nicht städtischen Sozialstruktur und Schichtung sowie Fragen des Einkommens und Vermögens ineinander. Um diese argumentative Verschachtelung zu verdeutlichen und aufzuzeigen, dass bereits zeitgenössische Akteure ein Bewusstsein für eine durchaus komplexe Problemlage hatten, soll die Passage in ganzer Länge zitiert werden:

„Zwar betrug die Einwohnerzahl nach der letzten Volkszählung 20984 und nach der letzten Personenaufnahme im November vorigen Jahres 22384 Seelen, also weit mehr als viele Städte des Staatsgebiets zählen, Altenessen teilt aber das Schicksal vieler Industriegemeinden des Westens, nur ein Konglomerat von weit über das platte Land hin verstreut

¹¹⁸ Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 137.

¹¹⁹ Jürgen Reulecke: Städtischer Lebensraum, in: Köllmann u.a. (Hg.): Ruhrgebiet, Bd. 2, S. 67–120, hier S. 86.

ten Zechen-Arbeiterkolonien, einzelnen Häusern von Gruben- pp. Beamten, kleinen Gewerbetreibenden, von Kirchen, Schulhäusern pp. zu bilden, ohne über bloße Ansätze zur geschlossenen städtischen Bebauung bisher hinweggekommen zu sein. Diese Arbeitergemeinden des Industriebezirks unterscheiden sich hierin ganz wesentlich von den großen Vororts-Landgemeinden bei Berlin und anderen großen Städten des Ostens, welche sich ja von letzteren kaum noch abheben und bei denen daher auch das Verlangen nach der Städte-Ordnung berechtigt sein mag. Von dem 1090 ha. umfassenden Areal der Gemeinde Altenessen sind einschließlich der Hofräume und Gärten nur 218 ha. bebaut, während 789 ha. dazwischenliegenden Landes noch landwirtschaftlich benutzt werden. [...] Von den 22384 Einwohnern gehören 29 zu Gewerbetreibenden in Großbetrieben, 2101 zu Gewerbetreibenden in Kleinbetrieben, 112 zum Stande der selbständigen Landwirte, 315 zu den landwirtschaftlichen Arbeitern und Dienstboten, 1670 zu den Staats-, Gemeinde- und Privatbeamten, aber 18157 zu den stark fluktuierenden Bergleuten und anderen gewerblichen Arbeitern, die also 81,1 % der ganzen Bevölkerung ausmachen, während ein Hauptterritorium städtischen Lebens, der seßhafte Bürgerstand, überhaupt fehlt. Steuerlich sind 39 % aller Zensiten überhaupt nicht staatseinkommenssteuerpflichtig, 85 % aller Zensiten haben nicht über 1200 M., 97,5 % aller Zensiten nicht über 3000 M. Einkommen. Nur 2 % beziehen ein Einkommen von 3000 bis 6000 M. und bloß 1,2 % ein Einkommen von mehr als 6000 M. 70,7 % aller Wohngebäude in Altenessen sind kleine Arbeiterhäuser. Weitere 18,5 % sind gleichfalls kleinere Häuser bis zu 750 M. Nutzungswert. Zur Gewerbesteuer sind nur 205 selbständige Gewerbetreibende unter 22384 Einwohnern veranlagt, von denen 18 auf Großbetriebe und 182 auf Kleinbetriebe entfallen, steuerfrei sind dagegen 389 Gewerbetreibende. Die hiernach außerordentlich beschränkte Leistungs-

fähigkeit der Gemeinde kann auch auf kein nennenswertes Vermögen zurückgreifen.“¹²⁰

Dabei war die Mittelschicht im Ruhrgebiet noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts umfangreicher als beispielsweise im übrigen Preußen. Sie umfasste ungefähr 30 Prozent der Bevölkerung, erfuhr aber einen Abschmelzprozess, der einerseits aus dem Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung und andererseits aus der Expansion der Arbeiterklasse resultierte. Die Zahl derer (Fabrik- und Bergarbeiter, Transport- und Handarbeiter sowie Handwerksgelesen), die „in Abhängigkeit von Lohneinkommen“ lebte, belief sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf 55 Prozent der Ruhrgebietsbevölkerung, „wie immer sich dies durch landwirtschaftlichen Nebenerwerb oder unregelmäßige Beschäftigungsform differenzierte“. Die Forschung schlägt für das Ruhrgebiet um 1850 knapp zwei Drittel der Bevölkerung der Unterschicht (mit der Bergarbeiter-, Fabrikarbeiter- und Handarbeiterbevölkerung als größten und relativ gleichstarken Gruppen) zu, knapp zehn Prozent der unteren Mittelschicht (handwerkliche Alleinmeister, Soloselbstständige, Hausierer usw.) und den Rest der „echten Mittel- bzw. Oberschicht“. In letzterer dominierten Handwerksmeister und Selbstständige mit mehreren Gesellen oder Gehilfen, Beamte und Pensionäre sowie Bauern.¹²¹

4. Sozialfiguren einer Industriegesellschaft

Die quantitative Perspektive des vorangegangenen Kapitels macht die Sozialstruktur der Ruhrgebietsgesellschaft in ihren groben Zügen und langen Linien sichtbar. In diesem Kapitel stehen nun zentrale Sozialfiguren im Vordergrund. Gemeint sind damit Topoi und Wahrnehmungsmuster, mit deren Hilfe Zeitgenossinnen und Zeitgenossen ihre Gegenwart problematisierten und soziale Ordnung verhandelten – indem sie beispielsweise den Zusammenhang von Arbeit und Geschlecht, Wohnformen und Zusammenleben, Moral und Charak-

¹²⁰ Bericht des Regierungspräsidiums Düsseldorf, an Ministerium des Innern Berlin, 16.8.1898; betr.: Verleihung der Städte-Ordnung an die Landgemeinde Altenessen im Kreise Essen-Land, in: Lutz Niethammer (Hg.): Umständliche Erläuterung der seelischen Störung eines Communalbaumeisters in Preußens größtem Industriedorf oder Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung, Frankfurt a. M. 1979, S. 83–87.

¹²¹ Tenfelde, Schichtung, S. 137 f.

ter in eine je spezifische Ordnung brachten.¹²² Dazu gehört auch die Frage, wie die Gesellschaft des Ruhrgebiets für die Zeitgenoss:innen aussah und wie sie diese Gesellschaft beschrieben. Erkannten diejenigen, die die Region durchreisten, in der Weise eine Ruhrgebiets- und Industriegesellschaft, wie wir sie auch heute noch kennen? Welche Eigenheiten bescheinigten sie dieser Gesellschaft? Wie grenzten sie sie von anderen Regionen ab? Wie versuchten sozialpolitische Reformer, ihre soziale Umgebung zu ordnen und in den Griff zu bekommen? Welche sozialen Gruppen, Milieus oder Klassen identifizierten sie überhaupt und in welcher Weise?

Aufschluss über die skizzierten Fragen bieten zeitgenössische Reiseberichte oder sozial- und wirtschaftspolitische Abhandlungen. Anhand dieser Quellen lässt sich eine schrittweise Annäherung an das erkennen, was wir heute als paradigmatische Industrieregion zu verstehen gelernt haben. Berichte der 1800er und 1810er Jahre wählten in der Regel das alte westfälische Territorium als Bezugspunkt, streiften das spätere Ruhrgebiet nur am Rande und konzentrierten sich auf die Landschaft, den Zustand der städtischen Gemeinwesen oder den Gewerbefleiß der Menschen. Texte der 1850er und 1860er Jahre standen im Zeichen der Eisenbahn, die hier eine Brücke zwischen den *sentimental journeys* des frühen 19. und der Industrie- und Technikbegeisterung späterer Berichte schlug. Schließlich, so schrieb Gerhard Löbker 1852, folge die Kultur heute ebenso der Eisenbahn, wie sie ehemals den Flüssen gefolgt sei.¹²³ Einerseits begegnet uns das Ruhrtal dabei als eine „Route der Kleinstädte, Dörfer und der ausgiebig vorgestellten Berggruben“, andererseits finden sich erste Beschreibungen einer Industrielandschaft im Werden, etwa mit Blick auf die Hochöfen an der Emscher und in Oberhausen. An der Wende zum 20. Jahrhundert geriet explizit das Rheinisch-Westfälische Revier als „Industrielandschaft“ und damit „die neue, durch die industrielle Überformung der älteren Landschaft entstandene Region Ruhrgebiet“ in den Blick. Aus der Eisenbahnreise

wurden systematische Darstellungen von Industrie und Arbeit im Ruhrkohlenbezirk.

Ein Vergleich mit der Geschichte der auf den Rhein gerichteten Landschaftswahrnehmung ist hier aufschlussreich.¹²⁴ In beiden Fällen dominierten um 1800 Imaginationen einer Gewerberegion im Sinn eines aufgeklärten, merkantilistisch grundierten Absolutismus. Mit Blick auf den Rhein wurde diese Wahrnehmung jedoch zunehmend romantisch überformt, sodass die Eisenbahn um 1850 bereits als Zerstörung des „romantischen Rheins“ gelten konnte – während sie just in diesem Moment für das Ruhrgebiet zum Symbol des Beginns einer industriellen Zukunft wurde. Während sich in Rheinbeschreibungen die zuvor „selbstverständliche Eintracht von Romantik und Industrie“ (Thomas Etzemüller) bereits seit Anfang der 1830er Jahre verlor, entstand für das Ruhrgebiet kurze Zeit später die Projektion einer Industrielandschaft. Vor diesem Hintergrund entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass eine Ausstellung, die 1913 – ausgerechnet – in Essen gezeigt wurde, das Sauerland als Verkörperung einer Landschaft entwarf, die durch Industrieferne und Schönheit gekennzeichnet war.

Soziale Milieus und Gruppen, Fragen des Zusammenlebens und der sozialen Ordnung stehen in Reisebeschreibungen oft am Rand oder müssen indirekt erschlossen werden, um Einblicke in die Sozialgeschichte des Ruhrgebiets zu gewinnen. Das folgende Kapitel unternimmt einen Versuch in diese Richtung – und kann sich dabei auf eine reichhaltige Forschung stützen. Im Mittelpunkt der Darstellung steht zunächst das Verhältnis von Stadt und Bürgertum, etwa die Frage der An- oder Abwesenheit eines ruhrstädtischen Bürgertums oder der Kontur städtischer Eliten. Dem folgt ein Blick auf die Gesellschaft der Bergleute, in der das Ruhrgebiet lange seine ikonische Gestalt zu finden schien. Die zahlreichen Verbindungen zwischen Bergbau, Landwirtschaft und landwirtschaftlichem Nebenerwerb, die im Anschluss daran diskutiert werden, machen deutlich,

122 Vgl. Timo Luks: Das Unsichtbare sichtbar machen – das Sichtbare problematisieren? Intervenierende Soziographie als Gegenwartsdiagnose, oder: Die Herausforderung der factory girls, in: Thomas Alkemeyer u.a. (Hg.): Gegenwartsdiagnosen. Kulturelle Formen gesellschaftlicher Selbstproblematisierung in der Moderne, Bielefeld 2019, S. 127–145.

123 Löbker, Wanderungen, S. 7; dazu und zum Folgenden insgesamt: Jens Wietschorke: Die Formierung einer Kulturlandschaft als „innere Regionalisierung“. Das Ruhrgebiet in der Reiseliteratur 1800–1914, in: Jan-Pieter Barbian u.a. (Hg.): Die Entdeckung des Ruhrgebiets in der Literatur, Essen 2009, S. 55–70.

124 Dazu: Thomas Etzemüller: Landschaft und Nation. Rhein – Dalarna – England, Bielefeld 2022, S. 30–57.

dass das Ruhrgebiet nicht nur eine montanindustrielle Region war, sondern eine Region, in der unterschiedliche Tätigkeiten und Einkommensformen ineinandergriffen, sodass soziale Unterscheidungen häufig nicht trennscharf waren. Komplettiert wird das Bild durch ein Porträt dreier sozialer Gruppen bzw. Sozialfiguren, die unterschiedliche Perspektiven auf die Ruhrgebietsgesellschaft ermöglichen: das industrielle Aufsichtspersonal, also Steiger, Meister und Vorarbeiter, die mit dem neuen Typus des Großbetriebs an Bedeutung gewannen; die Unternehmer, sowohl in ihren kaufmännischen als auch industriellen Kostümen, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts als Typus einen deutlichen Wandel durchliefen und zu Ikonen stilisiert wurden; schließlich die Klein- und Kleinstgewerbetreibenden, die in prekärer Selbstständigkeit und im Schatten der großen Industrie um ihr Ein- und Auskommen rangen.

Städte ohne Bürger – Bürger ohne Städte

In der sozialhistorischen Forschung zum 19. Jahrhundert ist umstritten, ob sich die bürgerlichen Eliten als Stadtbürgertum im engeren Sinn oder eher als stadtssässiges Bürgertum charakterisieren lassen, also die Stadt lediglich „der Ort war, an und in dem dieses Bürgertum sich manifestierte, obwohl es ökonomisch auf den Weltmarkt und kulturell auf die bürgerlichen Eliten“ jenseits eines lokalen Horizonts orientiert war.¹²⁵ Das ständisch geprägte, rechtlich privilegierte und am Herkommen festhaltende Stadtbürgertum galt in der Forschung lange Zeit als nur wenig dynamische Gruppe, der es „vor allem um die Bewahrung ihrer politischen und gesellschaftlichen Stellung und um die Garantie ihres wirtschaftlichen Auskommens, um den ‚Nahrungsschutz‘“ gegangen sei.¹²⁶ Im Zentrum der Forschung zum Stadt- bzw. städtischen Bürgertum steht seit den 1990er Jahren die Frage, welche Rolle diese soziale Formation im Prozess der Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft seit dem späten 18. Jahrhundert spielte. Diese Rolle wiederum konnte sich je nach Stadttypus – traditionsreiche Handels- und Gewerbestädte,

Industriestädte, Verwaltungsstädte, Universitätsstädte usw. – ganz unterschiedlich gestalten, umso mehr, je deutlicher zahlreiche Städte im Verlauf des 19. Jahrhunderts ihren Charakter veränderten. Lothar Gall kommt zu dem Schluss, dass die „gesteigerte Dynamik“ der gesellschaftlichen Entwicklung „ihr Fundament auch, ja, vielfach in erster Linie in der Stadt, im städtischen Bürgertum“ fand. Hinzu kommt, dass das Bürgertum selbst einen rasanten Wandel durchlief, in dessen Folge sich die Zusammensetzung städtischer Führungsschichten merklich veränderte. Zu den zentralen Konfliktlinien der Stadt- und Bürgertumsgeschichte weiter Teile des 19. Jahrhunderts gehörte das Mit- und Gegeneinander alter und neuer Eliten, also alteingesessener Familien auf der einen und Aufsteigern sowie Außenseitern auf der anderen Seite. Das wiederum wirft die Frage nach der „Integrationskraft der traditionellen Führungsschichten gegenüber von außen kommenden oder in der Stadt selbst aufsteigenden neuen Kräften“ auf, die sich insgesamt und über einen längeren Zeitraum gesehen als recht hoch erwies. Vor diesem Hintergrund hat Gall auf die längeren, in die Spätphase der ständischen Gesellschaft zurückreichenden Linien eines „neuen Klassenbildungsprozesses“ hingewiesen, also einen Prozess der „neuen sozialen Gruppenbildung und Abgrenzung“, der dort am raschesten vorankam, wo sich eine besondere wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik zeigte: in großen Handelsstädten oder frühindustriellen Gewerbezentren.

Für das Ruhrgebiet erweist sich die Kopplung von Stadt und Bürgertum aufgrund der Spezifika von Industrialisierung und Urbanisierung als Herausforderung.¹²⁷ Es fällt auf, dass die späteren Industriestädte des Ruhrgebiets – Bochum, Dortmund, Essen – „in sozialer Hinsicht vielfach noch in älteren Verhältnissen“ verhaftet waren. „Das heißt, ihr Bürgertum bildete, in charakteristischer ständischer Gliederung und Hierarchie, zumindest auf den ersten Blick noch eine stärkere Einheit – mit deutlichen Abwehrtendenzen gegenüber größeren ökonomischen oder rechtlichen Veränderungsbestrebun-

¹²⁵ Philipp Sarasin: Stadt der Bürger. Bürgerliche Macht und städtische Gesellschaft: Basel 1846–1914, Göttingen 1997, S. 12–17.

¹²⁶ Dazu und zum Folgenden: Lothar Gall: Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch 1780–1820, in: ders. (Hg.): Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch 1780–1820, München 1991, S. 1–18.

¹²⁷ Als Überblick: Stefan Goch: Stadtgeschichtsforschung im Ruhrgebiet. Ein Forschungs- und Literaturbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 34 (1994), S. 441–475.

gen und ihren Wortführern in Staat und Wirtschaft.“¹²⁸ Auch in den Ruhrgebietsstädten formierten sich jedoch schrittweise konkurrierende – bürgerliche – Führungsschichten, die sozialen oder gewerblichen Reformbestrebungen gegenüber aufgeschlossen waren oder sie systematisch vorantrieben. Dieses (neue) Ruhrgebietsbürgertum blieb hinsichtlich seiner Bedeutung jedoch bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinter demjenigen beispielsweise Kölns oder Aachens zurück und zudem weitgehend kleinbürgerlich geprägt. In der Konsequenz spielte das Ruhrgebiet (anders als zum Beispiel das Rheinland) in der Bürgertumsforschung lange Zeit keine prominente Rolle, während stadthistorische Fallstudien zu Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen oder Oberhausen eine größere Nähe zur Industrie- und Arbeitergeschichte aufweisen, als das bei anderen Regionen der Fall ist. In der Schriftenreihe „Stadt und Bürgertum“ (1990–2011) finden sich, neben einigen Überblicksbänden, Fallstudien zu Augsburg und München, Frankfurt am Main, Wiesbaden und Wetzlar, Bremen, Hamburg, Köln und Münster. Karin Schambachs bereits zitierte Studie zum Dortmunder Stadtbürgertum ist die Ausnahme von der Regel.

Mit Blick auf den Charakter und die Besonderheiten der Ruhrgebietsstädte stellt sich zunächst die Frage nach den *Konturen des Stadtbürgertums* und dem *Verhältnis alter und neuer Eliten*. Dieses Verhältnis zeigt sich nicht zuletzt in der *Zusammensetzung und Besetzung städtischer Gremien und Ämter*. Die Besonderheit Dortmunds gegenüber den „Industriedörfern“, die sich im Verlauf des späteren 19. Jahrhunderts rasant entwickeln sollten, bestand darin, dass hier bereits um 1800 ein identifizierbares Stadtbürgertum existierte. Wie in anderen Städten auch, war die städtische Sozialordnung durch eine elaborierte rechtliche Differenzierung zwischen Bürger:innen und Einwohner:innen und dann wiederum zwischen Vollbürgern, Kleinbürgern und Ausbürgern gekennzeichnet, die nicht in der Stadt lebten, aber über bürgerliche Rechte verfügten und den damit verbundenen Pflichten unterlagen. „Den größten Teil der Einwohnerschaft“, so Schambach, „machte das rechtlose Gesinde aus. Ökonomische, soziale und politische Vorrechte waren an das Bürgerrecht geknüpft: das Recht,

einer Zunft beizutreten, einen eigenen Nahrungsstand zu gründen und das Anrecht auf die Armenmittel der Stadt. Dagegen standen die Pflichten, Bürgergeld zu zahlen, eine bestimmte Summe für den Löscheimer beizusteuern, die Mauern zu bewachen und Gräben, Mauern und Wege zu bauen.“ Geistliche und Gymnasiallehrer waren von entsprechenden Pflichten befreit, andere entzogen sich den Pflichten, weil sie bewusst auf den Erwerb des Bürgerrechts verzichteten. „Diese Personen waren dann trotzdem zu Schatzzahlungen verpflichtet, und der Rat konnte sie zwingen, innerhalb von 14 Tagen den Antrag auf Annahme als Bürger zu stellen. Kamen sie dieser Aufforderung nicht nach, konnten sie auch ausgewiesen werden.“¹²⁹ Voraussetzung des Bürgerrechts war Besitz in der Stadt, nicht ein bestimmter Beruf oder eine bestimmte Bildung. Die Aufnahmegebühr betrug im 18. Jahrhundert fünf Reichstaler, diejenige für das sogenannte kleine Bürgerrecht die Hälfte. Mit dem großen Bürgerrecht waren nicht nur Ratsfähigkeit verbunden, sondern auch das Privileg des Erwerbs von Liegenschaften in der Feldmark sowie die Möglichkeit, Vieh auf die Gemeinweiden zu treiben, und ebenso das Jagdrecht. Bürgersöhne mussten für die Verleihung des Bürgerrechts keine Gebühr entrichten und im Unterschied zu Zugezogenen keinen Eid leisten. Schambach stellte in ihrer Analyse des Dortmunder Bürgertums ein starkes Übergewicht „geborener Bürger“ gegenüber „geschworenen Bürgern“ fest, auch weil sich der Zuzug in die Stadt in Grenzen hielt. Im späten 18. Jahrhundert wurde die Auslegung des Bürgerrechts gegenüber Zugezogenen daher gelockert, vor allem um Angehörigen bestimmter Gewerbe „und solchen, die sich ein Verdienst erworben hatten“, den Zugang zu erleichtern, etwa durch Erlass der Gebühren. Einhellige Zustimmung der etablierten Ratsherren fand das nicht. Arnold Mallinckrodt beklagte in seinem mehrbändigen *Versuch über die Verfassung der Kaiserlichen und des heiligen römischen Reichs freyen Stadt Dortmund* (1795) eine zu lockere Aufnahmepolitik, dass man also „bey Ertheilung des Bürgerrechts im Ganzen nicht sorgfältiger“ sei. Erhielte nahezu jeder, der darum nachsuchte, das Bürgerrecht, würden „viele höchst dürftige und wohl gar unnütze Bürger, welche durch den Ruf der wohlfeilen Lebensart

128 Gall, Bürgertum, S. 15; vgl. auch: Wolfgang R. Krabbe: Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung, Göttingen 1989, S. 60.

129 Schambach, Fabriken, S. 147.

Timo Luks

und des leichteren Erwerbes, durch die hiesigen Vortheile, z. B. der Gemeinweiden und der vielen Armenmittel, deren Genuß leider noch ohne Arbeit erlangt werden kann, angelockt“. Mallinckrodt konstatierte zudem ein – wie er meinte: reichsstädttypisches – „Mißtrauen der Bürgerschaft gegen den Rath“, „die Despotie eines oder einiger weniger übereinstimmender Einzelnen“, „eine schlechte schläfrige Justiz“ sowie „Neid und Mißgunst gegen solche, die sich etwa durch Geschicklichkeit und Thätigkeit auszeichnen“.¹³⁰ Damit wies er sehr deutlich auf die zahlreichen Spannungen innerhalb des städtischen Bürgertums hin.

Die städtische Oberschicht des Ruhrgebiets rekrutierte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts weitgehend aus dem älteren, ortsansässigen, kaufmännischen und rheinisch orientierten Bürgertum, war dennoch aber keineswegs statisch. Lothar Gall hat für das Stadtbürgertum insgesamt zwei Phasen eines markanten Wandels identifiziert: erstens die rasche „Ablösung der altständisch-patrizischen Elite durch die führenden Vertreter des ‚neuen‘ Bürgertums“ um 1800, in deren Folge eine „für Aufsteiger offene bürgerliche Leistungselite“ entstand; zweitens eine „neuerliche Abschießung der städtischen Elite, der mittlerweile fest etablierten neuen bürgerlichen Führungsschicht“, in den 1840er und 1850er Jahren. Trotz ihres Anspruchs, die gesamte Bürgerschaft zu repräsentieren, hatte die Zugehörigkeit „sehr deutlich markierte Grenzen“. Ausschlaggebend waren „ein hohes Maß an materieller und persönlicher Unabhängigkeit, das der großen Mehrheit der Vertreter der bürgerlichen Mittelschicht unerreichbar war“, eine gewisse Bildung sowie eine gesellschaftliche Respektabilität und spezifisch bürgerliche Reputation. Diese gründete nicht lediglich in wirtschaftlichem Erfolg oder Bildung, sondern wurde „in erster Linie durch den persönlichen Einsatz für überindividuelle Ziele und Aufgaben, durch praktisch bewiesenen Bürgersinn im Dienst des Ganzen, im politischen und sozialen Engagement für die Stadt, für das Gemeinwesen, für Staat und Gesellschaft“ ideologisch begründet. Unter diesen Voraussetzungen überrascht es nicht, dass es nur wenigen gelang, einen entsprechenden Aufstieg zu bewerkstel-

ligen, zumal die neue städtische Führungsschicht um die Jahrhundertmitte, unter dem Eindruck „wachsender ökonomisch-sozialer, aber auch politischer Interessengegensätze innerhalb des Stadtbürgertums [...] mehr und mehr klassenmäßig verhärtete“.¹³¹

Trotz der Tendenzen zur Abgeschlossenheit – und mit gewissen Unterschieden im Vergleich zum Patriziat anderer Reichsstädte – blieb das Dortmunder Honoratorentum einigermaßen durchlässig. Aufstrebenden Persönlichkeiten und Familien war es durchaus möglich, über verschiedene Ehrenämter, durch Heirat usw. in den Kreis der städtischen Elite aufzusteigen. Die vertikale soziale Mobilität war relativ hoch. Demnach handelte es sich bei den Dortmunder Honoratioren um eine soziale Gruppe, „die ein Gefühl für ihre herausragende Stellung gewonnen und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickelt hatte“.¹³² Das Beispiel Wilhelm Brands mag das illustrieren. Brand wurde 1797 in Unna als Sohn eines Steuereinnehmers geboren. Nach dem Besuch der Elementarschule und eines Gymnasiums absolvierte er ein Jurastudium in Halle an der Saale, Wittenberg und Berlin. Im Anschluss daran war er beim Berliner Stadtgericht tätig, wechselte dann aber wohl auch aus finanziellen Gründen zum Land- und Stadtgericht Unna und nach bestandener zweiter Prüfung zum Oberlandesgericht Hamm. Mitte der 1820er Jahre verließ er das Gericht und trat stattdessen in den Dienst eines Assessors, den er bei seinen Geschäften unterstützte. Brands Versuche, neuerlich in den Stadtdienst zu gelangen, wurden durch die Verlobung und Heirat mit Franziska Constanze Hagen, der Tochter des Hammer Oberlandesgerichtsarchivars, begünstigt. Auch aufgrund der Unterstützung des Schwiegervaters wurde er im Juni 1826 zum Land- und Stadtgerichtsassessor in Iserlohn ernannt. Die Stelle war mit einem jährlichen Gehalt von 500 Talern verbunden. Damit war allerdings eine „standesgemäße“ Lebensführung – auch „angesichts der teuren Wohnungs- und Lebensverhältnisse in der Industriestadt Iserlohn“ – kaum zu gewährleisten, zumal die Familie wuchs. Da zahlreiche Gesuche um Beförderung oder dauerhafte Gehaltsaufbesserung unberücksichtigt blieben, schied er aus dem Staatsdienst aus und trat im September 1833 als

¹³⁰ Mallinckrodt, Versuch, Bd. 1, S. 36–38.

¹³¹ Lothar Gall: Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, in: ders. (Hg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 1–12, hier: S. 6–8.

¹³² Schambach, Fabriken, S. 155 f.

Justizkommissar in das Dortmunder Land- und Stadtgericht ein. Dort, so Schambach, begann sein „kometenhafter beruflicher und gesellschaftlicher Aufstieg“. Nach kurzer Zeit wurde Brand zum Gemeinderat ernannt, trat der renommierten „Gesellschaft Casino“ bei und sah sich 1840 in der Lage, ein Haus mit zehn Schlaf- bzw. Fremdenzimmern in guter Lage für 4.500 Taler zu erwerben. „Innerhalb von nur sieben Jahren“, so Schambach, „hatte sich Brand, der als ein Nobody in die Stadt gekommen war, ein solches Ansehen unter seinen Mitbürgern erworben, daß er nicht nur ökonomisch, sondern auch gesellschaftlich eine herausragende Stellung in der Stadt einnahm. Mit 43 Jahren zählte er auch im Vergleich zu solchen Elitenmitgliedern, die eine bessere Startposition als er gehabt hatten, zu den jüngeren Mitgliedern der Elite, deren Altersdurchschnitt bei knapp 48 Jahren lag.“ Zu dieser Stellung gehörten in späteren Jahren der Vorsitz des neugegründeten Musikvereins, der Vorsitz der Casino-Gesellschaft, Mitgliedschaften in den Verwaltungsgremien der städtischen Sparkasse, der Gasanstalt, der höheren Töchterschule und des Gymnasiums. Politisch engagierte sich Brand als Gemeinderatsmitglied, Kreisdeputierter, Stadtverordneter usw.¹³³

Die Stadtverwaltung war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Angelegenheit des gewerblichen Bürgertums. Das spiegelte sich im für zahlreiche Städte und Regionen verallgemeinerbaren Sozialprofil kommunaler Mandatsträger: Kaufleute und wohlhabendere Handwerksmeister waren in den Bürgervertretungen stark vertreten; Magistrate und Stadträte rekrutierten sich aus der Gruppe der örtlichen Großkaufleute, Bankiers und Fabrikanten.¹³⁴ Ende des 18. Jahrhunderts waren die Dortmunder Ratsherren und Erbsassen mehrheitlich Juristen aus wohlhabenden Kaufmannsfamilien und, zum Beispiel durch ererbten Grundbesitz, finanziell unabhängig. Aber auch wohlhabende Handwerker waren vertreten. Auffällig ist in jedem Fall die Dominanz von Angehörigen des traditionellen Stadtbürgertums im Rat, die wohl auch deshalb so deutlich ausfiel, weil die sozialen Gruppen des Adels, des Hof- und Staatsbeamtenums, aber auch des Bildungsbürgertums im engeren Sinn (Geistliche, Mediziner, Ingenieure usw.) innerhalb der Dortmunder Stadtgesellschaft in dieser Zeit noch

kaum ins Gewicht fielen. Trotz der politischen und administrativen Umbrüche der Jahre um 1800 herrschte hinsichtlich der städtischen Ämter eine beachtliche Kontinuität, das heißt, im Magistrat waren weiterhin Angehörige jener Honoratiorenschicht vertreten, „die bereits in der reichsstädtischen Zeit die einflußreichen Positionen in der Stadt innegehabt hatten“.¹³⁵ Dabei zeigen sich beachtliche familiäre Kontinuitäten. Die Familie Mallinckrodt etwa ist seit 1491 in Dortmund nachweisbar und behauptete über lange Zeit ihren Platz unter den Dortmunder Honoratiorenfamilien. Zwischen 1605 und 1802 saßen 16 Familienmitglieder im Rat, darunter ein zweiter und zwei regierende Bürgermeister sowie vier Stadtrichter. Der Jurist Heinrich Zacharias Hermann Mallinckrodt war Ratsmitglied seit 1761 und seit 1782 regierender Bürgermeister. Sein zweiter Sohn folgte dem Vater nach dessen Tod und kurz vor dem Abschluss des Jurastudiums 1788 in den Rat. Kurz darauf übernahm Arnold Mallinckrodt eine Ratsstelle. Einzelne Familien beanspruchten bestimmte Ratssitze förmlich für sich. Rechtlich war das zulässig, solange nicht Verwandte ersten Grades gleichzeitig im Rat saßen. „Die Honoratioren der Stadt“, so Schambachs Urteil mit Blick auf Familien wie die Beurhaus, Küpfer und Mallinckrodt, „nahmen sich sogar das Recht heraus, die Bürgermeisterstellen zu besetzen“. Die Zusammensetzung der politischen Gremien war also noch im Vormärz durch Kontinuität gekennzeichnet. Kennzeichen dieser Kontinuität waren einerseits sehr lange Amtszeiten einzelner Amtsträger, andererseits aber auch, wie angesprochen, die hervorgehobene Stellung alteingesessener Familien. Im Dortmunder Fall kamen die Angehörigen der städtischen Elite über das gesamte 19. Jahrhundert hinweg mehrheitlich aus der Stadt, dem Kreis Dortmund oder dem Regierungsbezirk Arnsberg. Die städtische Elite Dortmunds war in geografischer Hinsicht also sehr homogen und wenig mobil. Verstärkt wurde das durch Heiratskreise, die ein ähnlich lokales Profil aufwiesen. Dennoch gab es gewisse Verschiebungen, die sich in Dortmund etwa darin zeigten, dass einige Ratsposten an die neue soziale Gruppe der Staatsbeamten gingen.

Die Wahl von Gemeinderäten und Beigeordneten rekurrierte auf Grundbesitz und ein bestimmtes Mindest-

133 Schambach, Stadtbürgertum, S. 216–221.

134 Michael Schäfer: Geschichte des Bürgertums. Eine Einführung, Köln 2009, S. 57.

135 Dazu und zum Folgenden: Schambach, Fabriken, S. 156–167; dies., Stadtbürgertum, S. 77–83 u. 139 f.

einkommen als Voraussetzung, um wählen zu dürfen und gewählt werden zu können.¹³⁶ In Bochum sahen die Regelungen bei der erstmalig 1843 durchgeführten Gemeinderatswahl für das aktive Wahlrecht Grundbesitz im Wert von 300 Talern sowie ein gewerbliches Einkommen von 200 Talern vor. Ohne gewerbliche Tätigkeit betrug die Höhe des geforderten Mindesteinkommens 400 Taler. Das passive Wahlrecht erforderte Grundeigentum im Wert von 1.500 sowie ein Jahreseinkommen von mindestens 500 Talern. Mit Blick auf die Vermögens- und Einkommensverhältnisse bedeutete das, dass „neben wohlhabenden Kaufleuten, höheren Beamten und freiberuflich tätigen Bürgern auch einige Wirte, Einzelhändler und mittlere Handwerker in die Stadtverordnetenversammlungen der Ruhrgebietsstädte einziehen“ konnten. Im Umfeld der Einführung kommunaler Selbstverwaltung in den Ruhrgebietsstädten zwischen Mitte der 1830er und 1840er Jahre setzten sich die gewählten Gemeinderäte und Stadtverordnetenversammlungen primär aus Vertretern des wohlhabenden Honoratiorentums zusammen. In Mülheim gehörten Textil- und Papierfabrikanten, Spediteure und Kohlenhändler, Gewerken und Anteilseigner der Eisenindustrie dazu, die begonnen hatten, die Gremien zu dominieren. In Dortmund oder Bochum war das noch nicht der Fall. In Duisburg und Essen traten Großkaufleute und Industrielle zwar ebenfalls prominenter hervor, Handwerker und mittlere Gewerbetreibende waren aber auch noch nicht gänzlich verdrängt worden. „Gerade in diesen Ruhrgebietsstädten“, so Wolfgang R. Krabbe, guter Kenner der Geschichte kommunaler Leistungsverwaltung, machte sich in den folgenden Jahrzehnten „der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlrechts besonders drastisch bemerkbar, weil sich hier die Vermögens- und Einkommensunterschiede innerhalb des Bürgertums dramatisch vergrößerten“. Im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigte sich in den Städten des Ruhrgebiets eine schrittweise Zurückdrängung des Einflusses der alteingesessenen Honoratiorenfamilien, aber auch des einheimischen, eher handwerklichen Mittelstandes durch die Neubürger, die mit fortschreitender Industrialisierung zuzogen. Der teilweise auch freiwillige Rückzug alteingesessener Familien aus der Kommunalpolitik, den Jürgen Reulecke beobachtet hat,

bedeutete allerdings keinen Verzicht auf Einflussnahme. Immer häufiger übten die alten und neuen Eliten diesen Einfluss jedoch nicht mehr direkt und persönlich aus. Unternehmer- und Industriellenfamilien gingen dazu über, leitende Angestellte, Justiziere oder Ingenieure in die jeweiligen Gremien zu schicken, oder aber ausgewählte Rechtsanwälte, Steuerberater und Geschäftspartner, die in unterschiedlichem Grad von ihnen abhängig waren, bei der Kandidatur zu unterstützen. In der Folge gewannen seit den 1880er Jahren Vertreter der Schwerindustrie erheblichen Einfluss in der Essener Kommunalverwaltung. Andernorts, etwa in Bochum, konnte sich das kleinbürgerlich geprägte Honoratiorentum, zumeist Kaufleute, kleine Gewerbetreibende und Handwerker, länger halten, auch wenn Direktoren, Anteilseigner, Justiziere des Bergbaus und natürlich die Repräsentanten des größten Werks der örtlichen Eisen- und Stahlindustrie, des Bochumer Vereins, deutlich an Einfluss gewannen. Auch in Dortmund übernahmen die Vertreter der großen Eisen- und Stahlwerke, Bergwerke und Großbrauereien, Fabrikanten und Justiziere der großen Firmen die Stadtverordnetenversammlung.

Neben den städtischen Eliten – und den kleinen wie mittleren Gewerbetreibenden, von denen noch ausführlich die Rede sein wird – gehört auch das *Personal der Städte* zum Gegenstandsbereich der Sozialgeschichte. Die Gruppe der städtischen Bediensteten, die zunächst nicht unbedingt groß war, umfasste prekäre, oft der Unterschicht zugehörige Grenzexistenzen. Sie konnte jedoch zu einem der Kristallisationspunkte einer städtischen Mittelschicht werden.

Dem städtischen Amts- und Dienstpersonal begegnete man im Ruhrgebiet wie andernorts zunächst am Stadttor. Diese Begegnungen waren, wie Johann Moritz Schwager 1804 berichtete, nicht immer besonders erbaulich. Auf dem Weg nach Dortmund, zu „unserm Freunde Dr. Arnold Mallin[c]krodt, dem Herausgeber des Westfälischen Anzeigers“, traf Schwager eines Tages gegen elf Uhr abends am Stadttor ein, „vor welchem kaum ein Hund Obdach finden würde, aber hier mußten wir für heute unser Ziel finden“. Das Tor war bereits verschlossen und der Einlass wurde verwehrt. Der Torwächter ließ nicht mit sich handeln, obwohl man ihm einen Taler bot, damit er einige Schritte in die Stadt ging, um

¹³⁶ Zum Folgenden: Krabbe, Stadt, S. 60–62; Reulecke, Lebensraum, S. 97–102.

„dem Herrn Dr. Mallinkrodt, der doch auch eine Magistratsperson sey, zu sagen, daß wir da wären; seine Pflicht war unbestechlich, und unser einziger Trost war und blieb: daß des andern Morgens um 4 Uhr das Thor würde geöffnet werden“. Zwar hatte man schon während der Reise gehört, „daß die Thorhüter in Reichsstädten nicht mit sich spassen ließen, wir hielten aber ein wenig auf uns und unsere Connexion – bis wirs erfuhren: daß wir mehr auf uns gehalten hatten, denn sichs gebührte“.¹³⁷ Am nächsten Morgen erfuhr man, so die Pointe dieser kleinen Erzählung des reisenden Pfarrers, dass der Schlüssel die ganze Zeit am Tor war – und nicht beim ersten Bürgermeister, den der Torwächter vorgeblich nicht hatte wecken wollen. Die Situation an den Stadttoren, das muss man zur Entschuldigung Dortmunds hinzufügen, war bis in die 1830er Jahre überall eher schwierig, um es milde zu formulieren. Unzuverlässiges Personal mit fraglichem Leumund, ruppigem Verhalten und kärglichem Lohn, persönliche Zwistigkeiten oder Kompetenzgerangel, umständliche, mitunter willkürliche Kontrollen von Papieren oder unklare Zollbestimmungen – all das machte Reisenden das Leben schwer. Einen besonderen Reformeifer legten Stadtmagistrate in diesen Angelegenheiten nicht an den Tag. Im Zweifelsfall konzentrierten sie sich auf einzelne Vorfälle, bei denen ein Reisender beispielsweise Klage aufgrund einer allzu heftigen Beleidigung oder einer derben bzw. als ungerecht empfundenen Behandlung einlegte.¹³⁸ Auch Arnold Mallinckrodt hatte sich in seinem erwähnten *Versuch über die Verfassung der Kaiserlichen und des heiligen römischen Reichs freyen Stadt Dortmund* dem niederen Stadtpersonal, das seinen Freund bereits am Stadttor ärgerte, wohlweislich nicht gewidmet, sondern seine Ausführungen auf den Rat und die verschiedenen Collegien der Stadt beschränkt.

Um das städtische Verwaltungs- und Dienstpersonal war es über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus tatsächlich nicht sonderlich gut bestellt. Zur Bewältigung der überschaubaren Aufgaben der Hoheits- und Vermögensverwaltung reichte es in der Regel aus, „wenn dem

Gemeindevorstand ein bis zwei juristisch qualifizierte Magistratspersonen angehörten, wenn in der Zentralverwaltung einige Sekretäre, Buchhalter, Schreiber und Boten beschäftigt waren, wenn mehrere Polizeibeamte, Nachtwächter und Feldhüter für Ruhe und Ordnung sorgten und ein paar Lehrer die Kinder unterrichteten“.¹³⁹ Angesichts dessen verwundet es nicht, dass Reisende Zustände beschrieben, die wenig schmeichelhaft für die später großen Städte des Ruhrgebiets waren. Schwager fand die Dortmunder Straßen und Bürgerhäuser, eigentlich die Stadt insgesamt, „häßlicher“ als in seiner Zeit als Gymnasiast, gestand aber ein, dass das auch dem „Rosenroth“ seiner Erinnerung nach über vierzigjähriger Abwesenheit geschuldet sein könne.¹⁴⁰ Justus von Gruner fand Dortmund – wie eigentlich alle der kleineren Reichsstädte – „im Aeussern und Innern gleich sehr verwahrloset“. Überall zeigten sich „hässliche Polizeimängel“ aller Art: schlecht gepflasterte Straßen, zerfallende Häuser oder Unreinlichkeit. In Essen war es nicht besser. „Indeß kümmert das die Bürgerschaft wenig; so lange der Magistrat sie nicht geradezu angreift, bleibt sie mit Allem zufrieden.“¹⁴¹

Derartige Schilderungen haben ihren Charme und sind durchaus amüsant. Sozialgeschichtlich ist vor allem interessant, dass in den Ruhrgebietsstädten um 1800 kaum das benötigte städtische Dienstpersonal existierte. Andernorts war dieses subalterne Personal Teil eines prekären Milieus städtischer Unterschichten und bot verarmten Handwerkern, verabschiedeten Soldaten, Tagelöhnern, Boten und Gehilfen aller Art Aussicht auf ein auskömmlicheres Einkommen und eine gewisse soziale Stabilität. Notariatsgehilfen, Amtsboten, Schreiber, aber auch Nacht- und Torwächter oder Polizeidiener bildeten zusammen mit Packboten, Postboten, Aushilfsbriefträgern oder Austrägern, Magazinern, Fabrikportiers, Hausmeistern, Kutschern, häuslichem Gesinde, Heimarbeiter:innen, Handwerksgesellen, Krämern, Hökern oder Schankwirten eine städtische und frühindustrielle Dienstleistungs-kategorie. Deren Entstehung verweist auf die sozialhistorisch wiederholt be-

¹³⁷ Schwager, Bemerkungen, S. 48 f.

¹³⁸ Vgl. Timo Luks: Schiffbrüchige des Lebens. Polizeidiener und ihr Publikum im neunzehnten Jahrhundert, Wien u. a. 2019, S. 263–276.

¹³⁹ Krabbe, Stadt, S. 129.

¹⁴⁰ Schwager, Bemerkungen, S. 51 f.

¹⁴¹ Gruner, Wallfahrt, S. 247–253 u. 370.



Gruppenaufnahme der Stadtverwaltung in Buer, 1910.
Fotograf unbekannt, Institut für Stadtgeschichte Gelsenkirchen (FS V 20260).

schriebene Transformation der Unterschichten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als eine der sozialhistorischen Voraussetzungen für die Entstehung der Arbeiterklasse.¹⁴²

Erst mit dem Ausbau einer Leistungsverwaltung seit 1880 setzte sich langsam ein städtisches Berufsbeamtentum durch, und es kam zu einem deutlichen Anstieg der Zahl kommunaler Beschäftigter, vor allem aufgrund der Vermehrung und Vergrößerung kommunaler Betriebe. Anfang der 1870er Jahre gab es beispielsweise in Dortmund weniger als drei Dutzend Beschäftigte im städtischen Dienst, darunter sechs Bürodiener, sechs Nachtwächter und zehn Polizeidiener. 1907 existierte ein Verwaltungsstab von 1.139 Personen. In Duisburg gab es zu diesem Zeitpunkt 1.036 und in Essen 981 städtische Angestellte. Das schnelle Anwachsen der Zahl festbesoldeter städtischer Beamter, Angestellter und Arbeiter gehört zu den wichtigsten stadt- und so-

zialgeschichtlichen Entwicklungslinien seit dem späten 19. Jahrhundert.¹⁴³ Verdeutlichen lässt sich das an der städtischen Polizei.

In dem Maß, wie mit voranschreitender Industrialisierung die „Ungebundenheit“ der Arbeiterschaft ins Zentrum bürgerlicher Sorge rückte und traditionelle Autoritätsmuster (etwa die Handwerksverfassung) erodierten, brachte man zunächst die Disziplinierungskapazitäten des Fabriksystems ins Gespräch, konzentrierte sich dann aber rasch auf eine Reform und einen Ausbau städtischer Polizeimannschaften. Die verwaltungsrechtlichen Dimensionen dieses Prozesses, etwa die Spannungen zwischen kommunaler und staatlicher Polizeizuständigkeit, können an dieser Stelle vernachlässigt werden. Wichtiger ist der schrittweise Ausbau der Mannschaftenstärken, einschließlich der Rekrutierung des Polizeipersonals. Mitte des 19. Jahrhunderts zielte die Rekrutierung auf einen bestimmten Typus. Zur Ver-

¹⁴² Jürgen Kocka/Jürgen Schmidt: *Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse*, Bonn 2015, S. 38–47; Gerhard Schildt: *Tagelöhner, Gesellen, Arbeiter. Sozialgeschichte der vorindustriellen und industriellen Arbeiter in Braunschweig, 1830–1880*, Stuttgart 1986.

¹⁴³ Krabbe, *Stadt*, S. 130 f.; Reulecke, *Lebensraum*, S. 97 u. 103 f.

Polizeigebäude Erle,
Cranger Straße, 1909.
Fotograf unbekannt, Institut für
Stadtgeschichte Gelsenkirchen
(FS V 20327).



mehrung der Kreisschutzmannschaft, so argumentierte etwa der Bochumer Landrat, sollten „unbescholtene, zuverlässige, wehrhafte und entschlossene Kreis-Einsassen“ gewonnen werden; und als solche galten zu diesem Zeitpunkt Bergleute, denen eine besondere Loyalität gegenüber dem (preußischen) Staat und „ständische Bindung“ attestiert wurden. Allerdings erlahmte der Reformeifer rasch, und es kam zu einem „schleichenden Verfall der ohnehin schwachen Polizeikräfte im westfälischen Industriegebiet“, wie der Historiker Ralph Jessen schreibt. In der Folge stagnierte oder fiel die Polizeidichte in allen Ruhrgebietsstädten, nirgends taten mehr als 40 Polizeibeamte pro 100.000 Einwohner:innen Dienst. In einigen Städten, etwa Iserlohn oder Hagen, lag die Polizeidichte sogar nur bei der Hälfte. Das Minimum erreichte Gelsenkirchen 1888 mit 17 Polizeidienern pro 100.000 Einwohner:innen, also: vier Polizeidiener für eine Stadt mit 24.000 Einwohner:innen, davon ein Großteil zugewanderte Bergleute. Die Entwicklung des Polizeipersonals blieb deutlich hinter der demografischen Entwicklung zurück. In absoluten Zahlen bildete das Polizeipersonal für sich genommen also keine signifikante soziale Gruppe. Dennoch wuchs die Zahl der Polizeidiener beständig ebenso wie diejenige des unteren städtischen Personals insgesamt, auch wenn es dafür keine ähnlich präzisen Zahlen gibt wie für die Polizei. In den 1870er und 1880er Jahren erfuhren die Polizei-

mannschaften von Bochum, Dortmund, Hagen oder Gelsenkirchen immer wieder eine eher sprunghafte als kontinuierliche Erweiterung, die dann auch wieder stagnierte. Als Folge kleinerer Reformen verfügte die Dortmunder Polizei 1875 über 51 untere Exekutivbeamte, reduzierte deren Zahl einige Jahre später aus finanziellen Gründen aber wieder auf 47, um dann längere Zeit auf ungefähr diesem Niveau zu verbleiben – bei einem markanten Wachstum der städtischen Bevölkerung im gleichen Zeitraum. Innerhalb des Ruhrgebiets gab es zudem beachtliche Unterschiede zwischen Bochum, Dortmund und Hagen auf der einen und den Landkreisen sowie kleineren Städten auf der anderen Seite, deren Polizeidichte deutlich geringer war. Die Hälfte der mittleren und höheren Polizeibeamten des Bezirks tat 1890 Dienst in den genannten Städten. Die übrigen gut 20 Inspektoren, Kommissare und Wachtmeister verteilten sich auf die restlichen Ruhrkreise.

Trotz des in Preußen formal bestehenden Rekrutierungsmonopols der Armee wurde die Polizei im Ruhrgebiet seit dem späten 19. Jahrhundert für einige Arbeiter ein Stück weit zum Aufstiegskanal. Das galt vor allem für die lokale Arbeitsbevölkerung. In Dortmund stammten um 1900 70 Prozent der Schutzleute, die zuvor als Arbeiter oder im öffentlichen Dienst tätig waren, aus der Stadt und weitere gut 16 Prozent aus der näheren Umgebung. Bei Militäranwärtern mit Zivilversor-

gunungsschein dominierte dagegen die Fernwanderung, wechselten diese doch mehr oder weniger übergangslos aus ihrer jeweiligen Garnison in den Polizeidienst einer Ruhrgebietsstadt. Dass der Polizeidienst zum Aufstiegskanal werden konnte, lag vor allem daran, dass die Kommunen aus verschiedenen Gründen und auf unterschiedlichen Wegen das Armeemonopol bei der Stellenbesetzung unterliefen, auch wenn das immer wieder zu Konflikten mit dem Innenministerium führte. So mussten beispielsweise in Bochum 1880 einige Polizeidiener auf ministeriale Anweisung ungeachtet ihrer langjährigen Dienstleistung hin entlassen und „durch ausgediente Unteroffiziere“ ersetzt werden. Ähnliche Fälle sind auch für andere Ruhrgebietsstädte, etwa für Dortmund, dokumentiert. Dort mussten 1882 fünf Schutzmäner auf Druck der Bezirksregierung gegen „anstellungsbe-rechtigte Militärpersonen“ ausgetauscht werden; bei zwanzig weiteren Beamten, „die ebenfalls nicht dem staatlichen Rekrutierungskriterium entsprachen, kam die Arnsberger Regierung nicht umhin, ihre weitere Beschäftigung zu genehmigen, weil sich nach öffentlicher Ausschreibung der Stellen keine qualifizierten civilversorgungs-berechtigten Bewerber gemeldet hatten“.¹⁴⁴ Studien zur Sozialgeschichte der Polizei sprechen in diesem Zusammenhang vom doppelten Prozess einer Demilitarisierung und Proletarisierung städtischer Polizeimannschaften, trotz der Widerstände des Ministeriums. Auffällig war das vor allem in den Großstädten. 1898 betrug der Anteil der Militäranwärter unter den Wachtmeistern, Sergeanten und Schutzleuten in Dortmund 48, in Duisburg 39, in Krefeld 34, in Düsseldorf 28, in Barmen 23, in Essen 19, in Hagen 16 und in Oberhausen gerade fünf Prozent. In den folgenden Jahren verschoben sich diese Relationen noch einmal deutlich zugunsten des Zivilpersonals. Mit Ausnahme der Wachtmeister, die in der Hierarchie der Polizeimannschaften eine gehobene Position einnahmen, verlor sich die Militärnähe des Personals zusehends. Und so klagte beispielsweise der Hagener Polizeiinspektor bereits 1889, dass „die Stelleninhaber sich meistens aus dem Arbeiterstande rekrutieren. Civilversorgungsberechtigte, durch eine längere Militärdienstzeit disziplinierte Personen melden sich nur in ganz seltenen Fällen.“¹⁴⁵ Im

späten 19. Jahrhundert waren über 40 Prozent der Dortmunder Schutzleute vor ihrem Diensteintritt als gelernte oder ungelernte Arbeiter beschäftigt. Ein Drittel kam aus anderen Bereichen des kommunalen oder sonstigen öffentlichen Diensts. Diese Schutzleute hatten eine Vergangenheit als Straßenbahnschaffner oder -fahrer, Rangierer und dergleichen hinter sich.

Die ersten Jahrgänge der 1905 gegründeten Polizeischule für den Regierungsbezirk Arnsberg zeigen ein ähnliches Bild. Von den 487 Anwärtern der Jahrgänge 1906–1912 hatte ein Drittel zuvor einen Handwerksberuf ausgeübt, in den seltensten Fällen wohl als selbstständiger Meister. Ein weiteres Drittel rekrutierte sich aus der Bergarbeiterschaft und etwas über 15 Prozent waren Fabrikarbeiter. Die Gruppe der aktiven Soldaten, aber auch der Angehörigen niedriger öffentlicher Dienste hatte demgegenüber nur noch marginale Bedeutung. Die meisten Anwärter hatten neben ihrem Militärdienst längere Erfahrung in ihrem zivilen Beruf. Entsprechend höher war das Alter der Anwärter wie auch das Eintrittsalter in den Polizeidienst. Dass es sich für Handwerker, Bergleute oder Fabrikarbeiter um durchaus attraktive Stellen handelte, zeigt der Umstand, dass Bewerber aus diesen Bereichen die Kosten für die Polizeischule selbst tragen mussten und dies ohne Anstellungsgarantie taten. Die Kosten von 75 bis 100 Mark entsprachen in etwa dem durchschnittlichen Monatsverdienst eines Arbeiters. Zudem hatten sie während der zweimonatigen Ausbildung ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Nicht nur wuchs der Anteil der „selbstzahlenden, stellungslosen Schüler“ seit 1907 rasant an (auf bis zu 80 Prozent). Auch in absoluten Zahlen überstieg die Zahl der Interessenten schnell die Ausbildungskapazitäten und vor allem die Zahl der danach verfügbaren Stellen. Infolge dieses Absolventenüberschusses fand nach 1910 mehr als ein Drittel keine Stelle. „Die Bereitschaft, nicht unerhebliche Bildungsinvestitionen auf eigenes Risiko zu erbringen“, so Jessen in seiner Studie zur *Polizei im Industrievier*,

„deutet ebenso wie die starke Nachfrage nach Ausbildungsplätzen darauf hin, daß Arbeiter in der kommunalen Polizei eine ernstzunehmende berufliche Alternative erblickten. Die Expansion des Appara-

¹⁴⁴ Ralph Jessen: *Polizei im Industrievier. Modernisierung und Herrschaftspraxis im westfälischen Ruhrgebiet 1848–1914*, Göttingen 1991, S. 160 f.

¹⁴⁵ Zitiert nach: ebd., S. 162.

tes und der gleichzeitige Rückzug der an attraktiveren Stellen auf dem Teilarbeitsmarkt des öffentlichen Dienstes interessierten Militäranwärter öffnete den Arbeitern der Region einen jener ‚Kanäle der sozialen Mobilität‘, die bei globalen Urteilen über die geringen Mobilitätschancen von Arbeitern im Kaiserreich leicht übersehen werden.“¹⁴⁶

In sozialer Hinsicht war diese relativ neue Situation – der städtische Polizeidienst als Aufstiegskanal und Karrierechance für Arbeiter – etwas anderes als die Versuche prekärer Grenzexistenzen, die sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, so hatte es ein Polizeiwissenschaftler 1861 formuliert,

„wie Schiffbrüchige aus den stürmischen Wogen des Lebens [...] auf die öde Klippe der Polizeimannschaft gerettet haben. Verunglückte Handwerker, Schulmeister, Comptoiristen, Copisten, Lakaien, Jäger, Musikanten, Kellner und Hausknechte, ja sogar bestrafte Verbrecher finden immer noch Zuflucht bei der Polizei.“¹⁴⁷

Um den bisherigen Durchgang abzurunden, soll *das bürgerliche und soziale Leben in den Ruhrgebietsstädten* zumindest noch angesprochen werden, ohne dass an dieser Stelle eine ausführliche Darstellung städtischer und stadtbürgerlicher Lebenswelten und Sozialisationsräume nötig ist.¹⁴⁸ Arnold Mallinckrodt bescheinigte Dortmund, wie mehr oder weniger allen Reichsstädten an der Wende zum 19. Jahrhundert, einen Mangel an Gemeinnutz und „edlem Patriotismus“. Das Wohl des Ganzen sei nicht mehr Triebfeder des Handelns der Bürger. Mallinckrodt beklagte einen maroden Zustand der Finanzen, ein mangelhaftes Erziehungssystem, ein unordentliches Rechnungswesen, schlechte und nachlässige „Polizey“ sowie eine „Liebe zum Alten, Schlendrian und Trägheit“.¹⁴⁹ Mit dem, was man bürgerliches Leben oder städtische Öffentlichkeit nennen könnte, war es also nicht weit her. In Dortmund, so Justus von Gru-

ner, herrsche ein Mangel an geselligen Vergnügungen jenseits des Rauchens, Klatschens, Essens und Trinkens und ebenso ein Mangel an feiner Bildung und geselliger Kultur. An angenehme Unterhaltungen sei kaum zu denken, Konzerte, Kunst, Geschmack und sittliche Freude seien nicht heimisch. In Hagen wiederum dürfe ein Fremder nicht darauf rechnen, „glanzvolle Vergnügungen zu finden“; allein, „wenn biedere Gastfreundschaft, muntere, zwanglose Geselligkeit, und eine gebildete Unterhaltung, ihn befriedigen können, so wird er mit seinem hiesigem Aufenthalt gewiß zufrieden seyn“. In Duisburg fand Gruner ebenfalls keine „unterhaltenen Vergnügungen“. Es existierte lediglich „ein Klub aus den Mitgliedern der wohlhabendsten Gelehrten und Kaufleuten [sic] zusammengesetzt, in dem man täglich abends um 5 Uhr zusammenkommt“ und sich mit Kartenspiel unterhalte. „Wer hierin kein Vergnügen findet, sucht dies vergebens.“ Die örtliche Universität sei mit nunmehr lediglich noch hundert Studenten in ihrer Bedeutung merklich gesunken, und es „gehört in der That viel Muth und Lust dazu, unter diesen wenig aufmunternden Umständen sein Amt mit Eifer zu verwalten“. Philosophische Spekulation habe die Professoren noch nicht ergriffen. Selbst „Kantische Prinzipien“ gelten noch „für Beschwörungs-Formeln der philosophischen Hexenmeister, welche hier unbarmherzig von den orthodoxen Kathedern gerichtet werden“.¹⁵⁰

Allerdings konstatiert Schambach in ihrer Fallstudie zu Dortmund bereits für die 1810er Jahre eine sichtbare Dynamisierung der Stadtgesellschaft, die sich etwa im Vereinswesen zeigte. In der 1812 gegründeten, laut Statut der geselligen Vergnügung dienenden Casino-Gesellschaft versammelte sich die gehobene Beamten- und wohlhabende Kaufmannschaft. Die früheste überlieferte Mitgliederliste aus dem Jahr 1823 wies unter den knapp einhundert Mitgliedern 50 Prozent Wirtschaftsbürger, zehn Prozent Vertreter bürgerlicher Berufe und 40 Prozent Staatsbeamte und Offiziere aus. Hinzu kamen „Auswärtige Mitglieder“, unter ihnen mehrere adlige Gutsbesitzer. „Durch seine Exklusivität und die

¹⁴⁶ Ebd., S. 168 f.

¹⁴⁷ Friedrich Christian Benedikt Avé-Lallemant: Die Krisis der deutschen Polizei, Leipzig 1861, S. 21; siehe dazu auch: Luks, Schiffbrüchige, S. 35–43.

¹⁴⁸ Siehe dazu den Beitrag von Nicolai Hanning in diesem Band.

¹⁴⁹ Mallinckrodt, Versuch, Bd. 1, S. 2–20.

¹⁵⁰ Für die vorangegangenen Zitate: Gruner, Wallfahrt, Bd. 2, S. 214, 242 u. 355.

Verbindung von Wirtschaftsbürgertum und Beamten-schaft“, so Schambach, „wurde das Casino zum gesellschaftlichen Mittelpunkt der Stadt.“¹⁵¹ Die deutliche Ausweitung und Dynamisierung des Sozial- und Vereinslebens setzte sich in den 1840er und 1850er Jahren fort. Im Vergleich zu anderen Städten blieb die Entwicklung aber dennoch zurück, existierten andernorts zu dieser Zeit beispielsweise auch Museums- oder Kunstvereine, die es in dieser Form in Dortmund noch nicht gab. Damit zeigte sich dann doch eine gewisse Kluft gegenüber Städten außerhalb des Ruhrgebiets, in denen das bürgerliche Vereinsleben eine längere Tradition hatte und in den Jahrzehnten nach 1800 rasant expandierte, auch wenn die Vereine hinsichtlich ihrer Tätigkeiten und Ziele einen Wandel durchliefen und dabei beispielsweise politisch-aufklärerische Themen gegenüber Unterhaltung und Geselligkeit oder Fragen der Gewerbeentwicklung in den Hintergrund traten. So oder so boten sich Foren einer Zusammenarbeit, zumindest des regelmäßigen Zusammentreffens verschiedener Stränge des Wirtschafts- und Bildungsbürgertums, von Kaufleuten und Fabrikanten mit Staatsbeamten, Wissenschaftlern und anderen Akademikern. Das Vereinsleben und die Konstituierung einer städtischen Oberschicht – einschließlich des gewerblichen und des akademischen Bürgertums der jeweiligen Stadt – hingen auf das Engste miteinander zusammen. Ob dabei eher die kaufmännisch-unternehmerischen Eliten, der ansässige Adel und gehobene Verwaltungsbeamte oder Professoren den Ton angaben, hing von dem Charakter und der Funktion der jeweiligen Stadt ab. „Die Honoratiorengesellschaften“, so Michael Schäfers Resümee, „spielten eine bedeutende Rolle bei der Formung einer neuen ‚überständischen‘ städtischen Elite“; vor allem eben deshalb, weil sie Raum für geselligen Umgang von Menschen mit unterschiedlichen sozialen und beruflichen Hintergründen boten. Angehörige alter Ratsfamilien trafen auf wohlhabende Kaufleute, denen der Zugang zur „politischen Oligarchie“ verwehrt blieb; erfolgreiche Aufsteiger und Zuwanderer trafen auf alteingesessene Honoratioren. Angehörige des Wirtschaftsbürgertums (Kaufleute, Bankiers, Fabrikanten) begegneten hier re-

gelmäßig Beamten und Angehörigen der freien Berufe, also Ärzten, Rechtsanwälten oder Gelehrten. „Hier zählten ‚Bildung‘, beruflicher Erfolg und wirtschaftliche Unabhängigkeit – nicht aber ständische Zuordnungen wie Herkunft, Konfession, Gewerbe oder Beruf. Allerdings war es nicht unbedingt ausgemacht, dass solche Gesellschaften tatsächlich eine gesamtbürgerliche Elite der Stadt vereinten.“¹⁵² Im Ruhrgebiet waren diese Entwicklungen auch vorhanden, allerdings nicht immer besonders ausgeprägt oder greifbar. Immerhin, spätestens seit den 1880er Jahren hatte sich ein in zahlreichen, oft kleineren Vereinen organisiertes „bürgerliches Reformpotential“ herausgebildet, das in sozialer Hinsicht recht homogen – bildungsbürgerlich – war, aber enge Beziehungen zur staatlichen Bürokratie und zu besitzbürgerlichen Kreisen pflegte.¹⁵³

Alles Ständische verdampft? Die Gesellschaft der Bergleute

Die rasant wachsenden Beschäftigungszahlen, der Bruch zwischen altem und neuem Bergbau in den 1860er Jahren, die rechtliche und soziale Stellung der Bergleute zwischen „Stand“ und „Klasse“, die Besonderheiten des bergmännischen Arbeitsplatzes, aber auch der Lebenswelt und Familienökonomie – all das macht den Bergmann und eben nicht den städtischen Bediensteten oder den bürgerlichen Rats Herrn zur Schlüsselfigur der Sozialgeschichte des Ruhrgebiets und verleiht ihm seine nahezu ikonische Gestalt. Die Gesellschaft der Bergleute geriet dabei als ein soziales Labor in den Blick von Zeitgenoss:innen wie auch späteren Beobachter:innen, in dem industriegesellschaftliche Formen des Zusammenlebens ebenso erprobt wurden, wie sie sich beobachten ließen. Für das 19. Jahrhundert ist vor allem eine Entwicklung markant: die durch eine Reihe von Reformen sukzessive bewerkstelligte Liberalisierung des Bergbaus, die dessen soziale und ökonomische Charakteristika merklich veränderte. Dazu gehört nicht zuletzt die Durchsetzung eines bergmännischen Arbeitsmarkts, der den Bergbau näher an die Gegebenheiten anderer Branchen rückte. Stete Auseinandersetzungen um die Aufrechterhaltung, Anpassung oder Abschaffung ständischer Privilegien

¹⁵¹ Schambach, Fabriken, S. 163–176; dies., Stadtbürgertum, S. 54 f. u. 195–202.

¹⁵² Schäfer, Geschichte, S. 57–60.

¹⁵³ Jürgen Reulecke: Bürgerliche Sozialreformer und der Bergarbeiterstreik an der Ruhr im Jahre 1889, in: ders.: Kohlenpott, S. 77–99.

wie auch die Abgrenzung des Bergmannsstands von anderen Teilen der Arbeiterschaft gehören zum Grundton der Sozialgeschichte der im Ruhrgebiet entstehenden Industriegesellschaft. Das schließt auch den Umstand ein, dass Bergleute ihre Anliegen in Petitionen und Beschwerden individueller oder kollektiver Natur bis in die 1860er Jahre stets als Forderung nach Wiederherstellung „alter Rechte“ vortrugen.

„Durch ihre Bindung an den Staat, die Sicherung des Arbeitsplatzes und die objektive, von den Gewerken unabhängige Festsetzung des Lohnes und der Acht-Stunden-Schicht“, so resümiert Köllmann die Situation, die sich im Lauf des 18. Jahrhunderts verfestigt hatte, „unterschieden sich die Bergleute schon von allen anderen Arbeitern“. Köllmann spricht von den Bergleuten als „ständische Sondergruppe“, die „gesellschaftlich gegenüber den städtischen und ländlichen Unterschichten abgehoben“ und sozial durch die 1767 eingerichtete Knappschaftskasse abgesichert war. Demnach genossen Bergleute, die nach Ableistung eines Treueeids im Knappschaftsregister eingetragen waren, einen durch Generalprivileg versicherten „besonderen königlichen Schutz“. Ihnen wurden „Niederlassungsfreiheit, Sicherheit der Wohnung und Hilfen durch die Behörden bei der Wohnungnahme“ ebenso zugesichert wie die Befreiung „von persönlichen Lasten und Diensten“, solange sie „keinem anderen Erwerb nachgingen oder ‚contribuable Stellen besitzen und acquirieren‘, d. h. Grundbesitz erwerben, auf dem solche Lasten und Dienste lagen. Sie unterstanden allein der Gerichtsbarkeit des Bergamts.“¹⁵⁴

Die revidierte Bergordnung von 1786, die auf Reformvorschläge des Freiherrn vom Stein zurückging, der 1784 zum Oberbergrat und Direktor des märkischen Bergamts berufen worden war, goss die Gesellschaft der Bergleute in die Schablone einer hierarchisch gegliederten Ordnung. Das geschah in Form einer Ausbildungs- und Rangordnung, die das ständische Sonderbewusstsein fördern sollte. In der sozialhistorischen Forschung wurde das als Versuch beschrieben, eine an militärische Hierarchien erinnernde Struktur über die Bergverwaltungen in die Arbeitsverhältnisse zu verlängern.

Gleichzeitig spiegelte dieses Bemühen ständische Ordnungsvorstellungen, denen gemäß jedes Individuum innerhalb festgefügtter sozialer Gruppen verortet wurde – und der Staat als Garant ständischer Ordnung auftrat. Die bergmännische Gesellschaft umfasste neben den Knappen, also den eigentlichen Bergleuten im ständischen Sinn, Bergtagelöhner als zweite Gruppe. Diese wurden in der Regel in Spitzenzeiten beschäftigt, benötigten zur „Aufnahme der Beschäftigung einen Erlaubnisschein der Bergbehörde“, hatten aber „keinen Anteil an den Privilegien und der Knappschaftsversicherung“. In diesen Fällen war die Bergarbeit ein Nebenerwerb, der besonders für „ländliche Kleinbesitzer“ geeignet war.¹⁵⁵ Die Knappschaftsordnungen der folgenden Jahre und Jahrzehnte – in ihnen kamen Bergtagelöhner nicht vor – festigten eine Einteilung in Bergleute I. und II. Klasse (erstmalig angelegte Bergleute im Alter von bis zu 25 Jahren) und regelten die Möglichkeit eines Aufstiegs in die I. Klasse nach einer Lehr- und Probezeit.

In den 1850er und 1860er Jahren kam es zu einer Reihe von Reformen in Richtung einer Liberalisierung des Bergbaus. Kohlehändler wie Haniel oder Stinnes hatten das schon länger gefordert. Konkret brachten die Veränderungen eine schrittweise Entmachtung des (preußischen) Staats als Betreiber von Kohlegruben, während die Knappschaft bei der Regulierung von Löhnen und Arbeitsbedingungen weiterhin der entscheidende Akteur blieb, die Bergleute also ihre gegenüber anderen Arbeitern errungene ständische Privilegierung wahrten. Nach dieser Reformperiode blieben die bergbaurechtlichen Regelungen bis in das frühe 20. Jahrhundert, von kleineren Anpassungen abgesehen, mehr oder weniger stabil.¹⁵⁶ Die viel zitierte preußische Bergrechtsreform (1865) brachte die konkurrierenden Werte von sozialer Absicherung und wirtschaftlicher Freiheit in ein neues Verhältnis. In der älteren Forschung wurde insbesondere ein „Befreiungseffekt“ hinsichtlich des Unternehmergeists konstatiert. „Vieles von dem, was das Ruhrgebiet groß gemacht hat, das Pionierhafte an ihm“, so der Sozialhistoriker Wolfram Fischer, ist „ohne diese Unternehmerinitiative nicht zu denken.“ Ohne die Bergrechtsreform hätten „viele berühmt gewordene

¹⁵⁴ Köllmann, Beginn, S. 29.

¹⁵⁵ Ebd., S. 35–37.

¹⁵⁶ Im Detail: Wolhard Weber: Entfaltung der Industriegesellschaft, in: Köllmann u.a. (Hg.): Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 199–336, hier: S. 207–219.

Namen“, Krupp und Thyssen, Haniel und Stinnes, Grillo und Strousberg, sich kaum „in ihrer ganzen Eigenart entfalten“ können. Ohne Zweifel habe die Reform soziale Mobilität in einem größeren Umfang möglich gemacht und in jedem Fall die „Entlassung des Unternehmers wie des Arbeiters in Bergbau und Hüttenindustrie“ aus „der staatlichen Aufsicht und Fürsorge die sozialen Umschichtungen“ erleichtert.¹⁵⁷ Darüber hinaus hat Fischer der Bergrechtsreform eine strukturierende Funktion zugeschrieben, die darin bestand, den Übergang in die industrielle Gesellschaft in geordnete Bahnen zu lenken. Diese Funktion erfüllte sie durch ihren Kompromisscharakter, der sich insbesondere an den arbeitsrechtlichen Bestimmungen zeigte, verwirklichten diese doch einerseits „den liberalen Grundsatz der Vertragsfreiheit zwischen den Sozialpartnern“, schlossen andererseits „aber die Sorge für das Wohl der Bergarbeiter nicht aus“. Die Reform begünstigte zwar die Auflösung älterer patriarchalischer Verhältnisse und zielte auf eine – durchaus heftig kritisierte – Gleichstellung der Bergleute mit den Industriearbeitern, institutionalisierte gleichzeitig aber Mechanismen der sozialen Absicherung und Selbstverwaltung. Diese wurden als korporative Zwangsversicherung im Unterschied zu freiwilligen Versicherungsvereinen nicht zuletzt zu einem Modellfall der Sozialversicherung in Deutschland. Wolfram Fischers Interpretation der preußischen Bergrechtsreform zielt in paradigmatischer Weise auf die Frage der sozialen Ordnung und des sozialen Zusammenlebens in einer Industriegesellschaft. Die Bergrechtsreform symbolisiert dabei – wie „keine andere Gewerbeordnung“ – die Verbindung eines „freiheitlichen Prinzips der Wirtschaftsgestaltung mit verantwortungsbewußten sozialpolitischen Handlungsvorschriften“.¹⁵⁸ Fischer betont ihren Beitrag zum Aufbau einer neuen Sozial- und Wirtschaftsverfassung. Die Bergrechtsreform sei Ausdruck „neuer korporativer und staatlicher Gestaltungskräfte“, die eine „Atomisierung der Gesellschaft“ ebenso verhindert hätten wie die „Schaffung eines ungebundenen Proletariats“.¹⁵⁹

Die sozial- und wirtschaftsgeschichtlich bedeutsamste Entwicklung – die, in Fischers Lesart, durch die preußische Bergrechtsreform sowohl begünstigt als auch

eingehegt wurde – war die Herausbildung von Arbeitsmärkten. Die herausgehobene Stellung der Bergleute gegenüber weitgehend recht- und besitzlosen Fabrik- oder Eisenbahnarbeitern, aber auch gegenüber Handwerkern, die mit dem Ende der Zunftverfassung zunehmend unter Druck gerieten, lag auch darin begründet, dass sie, anders als die genannten Gruppen, eben nicht direkt dem Arbeitsmarkt ausgesetzt waren, der im Bergbau vor Mitte des 19. Jahrhunderts auch noch kaum existierte. In den 1850er Jahren änderte sich das. Eine zunehmende „Auslieferung an das Marktgeschehen“ wurde zur allgemeinen Erfahrung, und zwar bei günstiger Konjunktur ebenso wie in Krisenzeiten. Effekte des Absatzmarkts wirkten infolge einer langsamen Erosion amtlicher Preisfestlegung in die Betriebsorganisation hinein, das heißt, die Dynamik von Angebot und Nachfrage schlug direkter auf Fragen der Löhne und Beschäftigungszahlen durch. Die Entstehung von Kapitalmärkten drängte in eine ähnliche Richtung. Vor diesem Hintergrund entstand um 1850 im Ruhrgebiet erstmals ein regionaler industrieller Arbeitsmarkt. Die arbeitsmarktliche Freisetzung der Bergarbeiterschaft dürfte der entscheidende Faktor dieser Entwicklung gewesen sein, in Verbindung mit neuen Formen der Rekrutierung seitens der Zechen. So häuften sich beispielsweise öffentliche Stellenausschreibungen oder einzelne Zechen gingen bereits zu einer aktiveren Anwerbepolitik über, auch schon in Oberschlesien. Diese Formatierung von Erfahrungen und Beziehungen durch einen Arbeitsmarkt hatte verschiedene Effekte: Einerseits mussten etwa die durch Knappschaftsprivilegien abgesicherten Bergleute erleben, dass ihre regulierten Löhne in Phasen einer günstigen Konjunktur durchaus hinter den Löhnen ungelernter, angeworbener Arbeiter zurückbleiben konnten. Andererseits machte der Bergbau, erstmals 1858, nun auch Erfahrungen mit Konjunkturkrisen, die sich in einem Beschäftigungsrückgang niederschlugen und Beschäftigung den zyklischen Bewegungen des Marktes auslieferten. Das wiederum spürten zunächst und vor allem ungelernete Zuwanderer und Tagelöhner. „Für die nichtständische Arbeiterschaft im Bergbau und für die Beschäftigten der meisten Hütten- und Walzwerke haben die Krisenjahre erstmals die nun wiederkehren-

157 Fischer, Bedeutung, S. 173 f.

158 Für die vorangegangenen Zitate: Fischer, Ordnungsbild, S. 143 u. 147.

159 Fischer, Bedeutung, S. 176 f.

de Erfahrung der Auslieferung an ein gemeinsames Los und der Identität dieses Gruppenschicksals gebracht.“¹⁶⁰

Vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen ist *eine* Veränderung der Gesellschaft der Bergleute besonders auffällig. Mit den Bergrechtsreformen und der Reduktion obrigkeitlicher Aufsicht im Bergbau verloren die traditionellen Qualifikationserwartungen an Bedeutung. Gerade in Phasen der Expansion wurde das deutlich. „Schuster, Schneider und landwirtschaftliche Arbeiter“, so hieß es in einem Bericht des Oberbergamts, „wurden sogenannte Bergleute und wurden bald mit Arbeiten betraut, die weder ihren individuellen Fähigkeiten noch ihrer Erfahrung und Ausbildung entsprachen.“¹⁶¹ Der Bergbau wurde schrittweise „zum Eingangsberuf für Unqualifizierte, Ungelernte, Handarbeiter und Tagelöhner“. Das wiederum ging, darauf werde ich zurückkommen, ebenso mit einem Abstieg innerhalb der gewerblich-industriellen Lohnhierarchie einher wie mit einer veränderten binnenräumlichen Differenzierung, die den Bergbau „nur noch als absolut zwar stark expandierenden, relativ freilich hinter der Expansion der Neben- und Folgeindustrien zurückbleibenden Gewerbebezweig auswies“.¹⁶² Damit war eine deutliche ökonomische Schlechterstellung verbunden, die sich beispielsweise in einem seit der Bergrechtsreform rückläufigen Anteil bergmännischer Hausbesitzer zeigte. Einkommensentwicklung und Entwicklung der Grundstückspreise, insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet, ließen Hausbesitz seit den 1870er Jahren zunehmend illusorisch erscheinen. Während Einkommen und sozialer wie auch rechtlicher Status die Bergleute also bis zur Bergrechtsreform deutlich von anderen Arbeitern und erst recht von Unterschichtenexistenzen abhoben, zeigte sich danach eine „generelle Umwertung der Schichtungskriterien“: „die Abschleifung ständischer Unterschiede, das Vordringen marktverwertbarer Merkmale, darunter des Besitzes und des Einkommens, und eines entsprechenden Unterschiedsbewußtseins als Grenzmarken in einem sich neu formierenden Schichtgefüge“.¹⁶³

Landwirtschaft und landwirtschaftlicher Zuverdienst

Aus der Perspektive des volkstümelnden Sozialkonservatismus, für den nicht nur Wilhelm Brepohl steht, war die frühe Sozialgeschichte des Ruhrgebiets durch die Abwesenheit jener sozialen Probleme und Konflikte gekennzeichnet, die man später mit der Industrialisierung in Verbindung brachte: Entwurzelung, Vermassung, Proletarisierung oder Klassenkampf. All das sei im älteren, noch nicht gänzlich auf kapitalistischen Ertrag eingestellten Ruhrbergbau unbekannt gewesen. Brepohl identifizierte die landwirtschaftliche Einbindung des Bergmanns und seiner Familie als einen der Hauptgründe dafür. Er prägte in diesem Zusammenhang das Schlagwort des „Hauers“, der immer auch „Bauer“ war. Diese Kopplung war für Brepohl der Garant von Heimatverbundenheit und (im Wortsinn) Bodenhaftung, einer bestimmten Gemütsprägung, Traditionsorientierung, sozialen Stabilität und nicht zuletzt einer gewissen Krisenfestigkeit in wirtschaftlicher Hinsicht. „Nichterben- de Bauernsöhne“, die im Bergbau Anstellung fanden, behielten wie selbstverständlich ein kleines Ackerstück und einig Vieh, und sie teilten ihre Arbeitszeit zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Tätigkeit auf. Der „Hauer“, der immer auch „Bauer“ war; Bergmannsfamilien, die keine Proletarier, sondern Pächter oder Kötter gewesen seien; ein Bergbau, der in die bäuerliche, patriarchalische und gänzlich „unproletarische“ Kultur eingebettet blieb – so sah Brepohl das Ruhrgebiet in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.¹⁶⁴ Sozialhistorische Forschungen haben allerdings gezeigt, dass die Zahl der haupt- oder nebegewerblich in der Landwirtschaft tätigen Menschen bereits im Verlauf der 1840er Jahre abnahm. Aber auch davon abgesehen ist es nicht sinnvoll, jede Art landwirtschaftlicher Tätigkeit als Ausdruck einer bäuerlichen Kultur zu interpretieren. Einerseits waren derartige Tätigkeiten oft Teil einer seit langem etablierten „Ökonomie des Notbehelfs“ (Olwen Hufton), also der steten Suche nach und Kombination von Ressourcen der Subsistenzsicherung. Andererseits

¹⁶⁰ Tenfelde, Arbeiterschaft, S. 16 u. 37.

¹⁶¹ Zitiert nach: Brüggemeier, Grubengold, S. 106.

¹⁶² Klaus Tenfelde: Bildung und sozialer Aufstieg im Ruhrbergbau vor 1914. Vorläufige Überlegungen, in: Werner Conze u.a. (Hg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 465–493, hier: S. 481 f.

¹⁶³ Tenfelde, Schichtung, S. 129.

¹⁶⁴ Brepohl, Aufbau, S. 40–47.

zeigt ein Blick auf die voranschreitende Kapitalisierung der Landwirtschaft und ihre Bedeutung für die spätere industrielle Kapitalakkumulation oder auf die Konflikte in protoindustriell geprägten Gewerbeazonen ein anderes Bild als eine vorkapitalistische, unproletarische, bäuerliche Idylle. Sozialhistorisch ergibt sich vielmehr, wie der Sozialhistoriker Josef Mooser für Westfalen konstatiert, das Bild einer „heterogenen Symbiose der hausindustriellen, subsistenzorientierten ländlichen Familienwirtschaft und der gewinnorientierten handelskapitalistischen Unternehmung (zumeist) in der Stadt, die sowohl die gewerbliche Wirtschaft als auch die ländliche Gesellschaft dynamisierte“.¹⁶⁵

Es gehört zur frühen Geschichte des europäischen Bergbaus, nicht nur im Ruhrgebiet, dass Kohlenförderung vielerorts zunächst und teilweise bis ins 19. Jahrhundert von bäuerlichen Familien oder dörflichen Gemeinschaften auf dem eigenen Grund und Boden betrieben wurde. Erst langsam kristallisierte sich mit dem Zechenwachstum eine Gruppe hauptberuflicher Bergleute heraus. Lange Zeit arbeiteten sie aber weiterhin mit Tagelöhnern zusammen, die nach Bedarfslage eingestellt wurden bzw. außerhalb der arbeitsintensiven Saison in der Landwirtschaft dort abkömmlich waren. Mit einer kontinuierlichen, ganzjährigen Beschäftigung konnten aber auch hauptberufliche Bergleute nicht ohne Weiteres rechnen.¹⁶⁶ Das Zusammenspiel von Landwirtschaft, ländlichem Nebenerwerb und Bergbau ist evident und markiert eine spezifische Konfiguration, die man gar nicht in den Rahmen einer volkstümlichen Bauernromantik pressen muss. Unbestritten ist, dass Bergleute mehrheitlich und lange Zeit ländlich verhaftet waren und blieben, dass das aber ganz unterschiedliche Gründe hatte und verschiedene Formen annehmen konnte. Die Bergordnungen und Knappschaftsregularien achteten zum Teil explizit darauf, dass den Bergleuten die Möglichkeit einer landwirtschaftlichen Nebentätigkeit offenblieb, und diese wiederum waren dazu auch gezwungen, „wenn sie ein einigermaßen auskömmli-

ches Leben führen wollten“.¹⁶⁷ Hier ging es darum, Löhne dauerhaft durch alternative – eben landwirtschaftliche – Tätigkeiten zu stützen oder überhaupt erst auf ein bestimmtes Gesamtniveau zu heben und gleichzeitig saisonale sowie konjunkturelle Schwankungen auszugleichen. Innerhalb der Zechen schuf das auch Probleme und Ungerechtigkeiten. So beklagten sich mehrere Ibbenbürener Bergschmiede Ende 1856 gegenüber dem Oberbergamt Dortmund, dass sie nicht nur hinsichtlich der Löhne gegenüber den Hauern benachteiligt seien, sondern selbst bei einer Gleichstellung in Sachen Entlohnung gegenüber diesen immer noch im Nachteil seien,

„indem dieselben bei einer täglichen 12stündigen Arbeit immer noch etwas Zeit gewinnen um ihren Acker mit besorgen zu können, ja auch wohl mal einen ganzen Tag darauf verwenden und dieses nachher wieder einholen können, während wir, da wir von Morgens bis Abends beschäftigt sind, gar keine Zeit hierzu übrig haben und unseren ganzen Acker fast durch fremde Hände bearbeiten lassen müssen.“¹⁶⁸

Die bergmännischen Löhne waren keine Hungerlöhne, aber eben auch nicht außergewöhnlich hoch. Deshalb und aus einer traditionellen Prägung heraus war und blieb bergmännische Arbeit landwirtschaftlich abgesichert. Zunächst waren es, wie erwähnt, Kötter und Kleinbauern, die im Rahmen relativ großzügiger Regelungen des Bergrechts in geringem Umfang Kohle förderten oder anderweitig, eben landwirtschaftlich, ein Zusatzeinkommen schürften. Die „Tradition bäuerlichen Nebenerwerbs hatte im Vormärz vor allem in den Bergbaugebieten südlich Bochums und Essens formende Kraft“. Diese „Kötterbergleute“ verfügten häufig über eine erstaunliche Finanzkraft und zählten wohl zur „gehobenen sozialen Schicht“, deren Stellung, Einkommen und Vermögen sich „aus der günstigen saisonalen Verknüpfung zweier Erwerbszweige erklärte“. Die Größe der von Bergleuten bewirtschafteten Parzellen überschritt

165 Josef Mooser: *Ländliche Klassengesellschaft 1770–1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen*, Göttingen 1984, S. 29.

166 Brüggemeier, Grubengold, S. 33–38.

167 Köllmann, Beginn, S. 46.

168 Gesuch mehrerer Ibbenbürener Bergschmiede an das Oberbergamt Dortmund um Gleichstellung in der Entlohnung mit den Hauern, 28.12.1856, in: Klaus Tenfelde/Helmuth Trischler (Hg.): *Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden von Bergleuten im Zeitalter der Industrialisierung*, München 1986, S. 127 f.

nur selten wenige Morgen, deren Bewirtschaftung gemeinsam mit Frauen und Kindern bewerkstelligt wurde. Ihre Kotten unterschieden sich kaum von denjenigen der rein ländlichen Bevölkerung: „[s]ie bestanden aus Wohnung, Stall und Lagerraum.“¹⁶⁹ In weiten Teilen vor allem des südlichen Reviers bot sich das Bild einer kargen Lebensweise, die auf die unmittelbaren Lebensbedürfnisse abgestellt war, aber auch vereinzelt Konsummöglichkeiten schuf, die über die bloße Subsistenz hinausgingen.

Den Kötterbergleuten traten reine Kötter zur Seite, die sich personelle Unterstützung aus dem Umfeld des Bergbaus holten. Der 1867 im Kreis Bochum geborene, vom Bremsjungen zum Grubenbeamten aufgestiegene Otto Faust erinnerte sich Mitte der 1930er Jahre daran, dass die wirtschaftliche Lage der Familie nach dem Tod des Vaters äußerst ungünstig war. Die älteste Tochter hatte bereits eine Stelle gefunden und war außer Haus und auch die ältesten Söhne waren nach der Konfirmation „in lohnbringender Arbeit“.¹⁷⁰ Dass sie mit ihrem „kärglichen Lohn“ überhaupt auskamen, war nur möglich, weil sie sich „Quartier bei einem Kötter oder kleinem Bauern suchten, wo sie Gelegenheit hatten, durch Arbeiten auf dem Lande sich die Verpflegung ganz oder teilweise zu verdienen. Das waren die Pensionsstellen, wo der Kostgänger ‚mitarbeiten‘ mußte.“ Die Mutter konnten sie finanziell nicht unterstützen. Angesichts der schmalen Knappschaftsrente bestehend aus Witwen- und Kindergeld war die Mutter darauf angewiesen, „durch Arbeiten außer Haus etwas für den Unterhalt der Familie nebenbei zu verdienen, und wenn es auch nur Kleidungsstücke für die Kinder oder sonstige Naturalien waren“. Unter diesen finanziellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen tauschte die Familie die Wohnung in Kornharpen im Norden Bochums gegen eine in Laerheide, einer inzwischen zu Bochum gehörenden Gemeinde, damals aber „rein ländlichen Gegend“. Dieser Umzug folgte, jedenfalls in der Erinnerung des Sohns, rein ökonomischen Notwendigkeiten, denn in Laerheide „wohnten viele kleine Bauern und Kötter und in der nächsten Umgebung auch größere Grundbesitzer, wo es immer Arbeit sowohl für die Mutter als auch für uns heranwachsende Kinder gab“. Die Familie bewohnte einige

Zimmer im Dachgeschoss bei einem Wirt und Kolonialwarenhändler. Otto verdiente sich dort „an manchen Sonntagnachmittagen [...] durch Kegelaufsetzen ein paar Groschen [...], die wir sehr gut gebrauchen konnten“. Auch anschließende Umzüge folgten dieser Logik: zunächst in ein Haus in Steinkuhl, das einer „alteingesessenen Kötterfamilie“ gehörte, von denen es einige zu leitenden Beamten im Bergbau gebracht hatten und die älteste Tochter an einen Grubenbeamten verheiratet worden war. Ein späterer Umzug innerhalb Steinkuhls führte die Fausts zu einer Wohnung, die über einen eindeutigen und ins Gewicht fallenden Vorteil verfügte. Zu ihr gehörten

„ein großer Garten und so viel Feldland, daß wir außer den Kartoffeln, die wir benötigten, auch noch ein Stück mit Roggen besäen konnten. Dadurch war es uns möglich geworden, etwas Vieh zu halten. Sofort wurden zwei Ziegen und ein Schwein angeschafft. Eine ganze Anzahl Hühner legten wir uns zu, die gar nicht mal so besonders viel Auslauf hatten, ohne daß sie irgend jemandem Schaden zufügten. Jetzt war es uns auch möglich, Kaninchen zu halten, und ein sehnlicher Wunsch von uns Jungens wurde damit erfüllt. [...] Wir Kinder bekamen jeder ein kleines Stück Gartenland zugeteilt, das jeder nach seinem Geschmack bestellen und ausnützen konnte. Wir verlegten uns in der Hauptsache auf Blumenzucht. Ein reger Tauschhandel mit Blumenpflanzen und -samen mit anderen Kindern setzte jedes Jahr im Frühling ein, während der Blütezeit besuchten wir uns dann gegenseitig und bewunderten die Erfolge unserer Blumenzucht.“

Je näher sich die Familie – und das gilt vermutlich für sehr viele bergmännische Familien – durch die Größe und Ergiebigkeit eines verfügbaren Gartens, Feld- und Wiesenstücks in Richtung „Selbsterzeugung“ bewegte, desto mehr wurde das als Wohlstandsgewinn erinnert: bessere und gesündere Ernährung, aber auch der Umstand, dass nun nicht mehr das gesamte Barvermögen für Lebensmittel aufzuwenden war, sondern ein Teil „für Bekleidung und andere Anschaffungen freigemacht

169 Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 115–122.

170 Dazu und zum Folgenden: Otto Faust: Vom Bremsjungen zum Betriebsinspektor. Ein Leben im Ruhrbergbau (1867–1914), Essen 1989, S. S. 25–31.

Timo Luks

werden“ konnte. Nicht nur die Mutter und „die Jungens“, auch der Stiefvater, ebenfalls Bergmann, suchte in Zeiten niedriger Löhne und einer größer werdenden Familie „neben seiner körperlich schweren Arbeit in der Grube durch Nebenarbeit bei den Köttern und kleinen Bauern seine Einnahmen etwas aufzubessern“. Gelegenheit dazu bot sich insbesondere während der Erntezeit, in der der Stiefvater – die Zeit landwirtschaftlicher Maschinen war noch nicht so recht angebrochen – „vier Uhr morgens oder noch früher“ hinauszog, um auf Wiesen oder Feldern „je nach der Zeit Gras oder Korn zu mähen“. In der unmittelbaren Nachbarschaft lebte eine Familie, bei der sich das Verhältnis landwirtschaftlichen Erwerbs und Nebenerwerbs gerade umgekehrt verhielt. Bei den Nachbarn war der älteste Sohn lediglich nebenbei Bergmann:

„Wenn er auch in den Zeiten, wo auf dem Felde besonders viel Arbeit war, manche Schicht auf der Zeche feiern mußte, so war doch sein Verdienst auf der Zeche nicht ganz zu entbehren. Um nun die Feierschichten nach Möglichkeit einzuschränken, wurden wir Jungens einfach für die leichteren Landarbeiten wie Eggen, Walzen usw. herangeholt.“

Auch Alfred Krupp erkannte die Vorteile eines ländlichen Lebens, etwa Selbstversorgungspotenziale und die Chancen der Vermarktung landwirtschaftlicher und Gartenprodukte. 1864 hatte er in Bredeney, südlich von Essen, ein Gelände auf dem Hügel erworben, in dessen Zentrum „der gutsähnliche Klosterbuschhof“ lag. Im Rahmen seiner Pläne für einen großzügigen Wohnsitz, der „auch folgenden Generationen den ‚Comfort der kleinen Häuslichkeit‘ bieten konnte und zugleich für eine ‚große Gesellschaft mit Ersten Ansprüchen‘ genügte“, kaufte er zahlreiche umliegende Kotten, Höfe, Ackerflächen und Waldungen auf. Zu Baubeginn 1870 umfassten die Planungen Wohnungen für Angestellte und Arbeiter auf dem Gelände, eine Feuerwache, Stalungen, Wagen-Remisen, eine Reitbahn, Wirtschaftsgebäude und Werkstätten, Gärtnereien und Treibhäuser für Obst, Gemüse, exotische Früchte und Blumen, einen Vorrats- und Eiskeller, einen Hühnerhof und ein Bienen-

haus sowie einiges an Freizeitinfrastruktur.¹⁷¹ Die umfangreich betriebene Vieh- und Gartenwirtschaft trug einiges zur Selbstversorgung der Hügelgesellschaft bei. Alfred Krupp sah sich früh in der „Rolle eines Gutsherrn und Landwirts“. „Nach wenigen Jahren“, so schreiben Stephan Pielhoff und Waltraud Murbauer-Ziebach, „war der Hügel ein autarker Betrieb mit Land-, Jagd- und Forstwirtschaft.“ Nicht ohne Grund gehörten die Obergärtner zu den bestbezahlten Angestellten. Friedrich Bete verdiente in dieser Funktion 3.600 Mark im Jahr, freie Wohnung, Heizmaterial, Leuchtgas und Gemüse aus den Gärtnereien. Im Jahr 1902 waren auf dem Hügel zwei Obergärtner und 16 Gehilfen angestellt, die sich um die Park-, Blumen-, Garten- und Anzuchtanlagen sowie die Gemüsegärtnerei kümmerten und darüber hinaus mit Obst- und Weinbau usw. beschäftigt waren. Nach dem Ersten Weltkrieg, genauer: während der wirtschaftlichen Krisenjahre der Weimarer Republik, wurde die Hügelgärtnerei mit der Fabrikgärtnerei zusammengeschlossen. Diese wurde zudem auf gewinnorientierte Produktion umgestellt. Gerade in der wirtschaftlich schwierigen Nachkriegszeit brachte der Verkauf von Gartenprodukten – an Laufkundschaft, aber auch in Form von Lieferungen an Privathaushalte – Gewinne ein.

„Die Hügelgärtnerei dagegen war mit ihren kostbaren Pflanzenkulturen und vielen Treibhäusern vor allem auf Qualität und Exotik spezialisiert. Rentabilitätsgedanken waren der Belegschaft weitgehend fremd geblieben. Erst während des Ersten Weltkrieges stellt[e] man alle gärtnerischen ‚Luxusarbeiten‘ ein und forcierte den Gemüseanbau. Der Übergang von der ‚Herrschaftsgärtnerei‘ zur ‚Verkaufsgärtnerei‘ war so gesehen ein echter Kulturschock, zumal er nicht zuletzt bedeutete, die Hügelgärtnerei als Verkaufsstelle für die Laufkundschaft zu öffnen.“¹⁷²

Die Möglichkeiten eines agrarischen Nebenerwerbs hingen von der Verfügbarkeit nutzbaren Bodens ab. Zunächst lässt sich beobachten, dass im Ruhrgebiet der Anteil von Kartoffelanbau- und Gartenlandflächen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche bis 1914 durch-

¹⁷¹ Pielhoff/Murbauer-Ziebach, Krupp, S. 18–20.

¹⁷² Ebd., S. 176.

weg stieg, sodass „die Region insgesamt einen besonders hohen Anteil kleinparzellierter landwirtschaftlicher Nutzflächen bis zu zwei Hektar aufwies“. Der Anteil der Zechenbelegschaften, „der durch Besitz oder Pacht feste Wurzeln schlug“, wurde jedoch schrittweise kleiner, auch wenn die Zechengesellschaften durch eine bestimmte Art des Werkwohnungsbaus „eine Übergangszone der Seßhaftmachung für zuziehende Neubergleute“ schufen.¹⁷³ Um 1900 verfügten 86 Prozent der Zechenwohnungen über einen Garten und 96 Prozent über einen Stall, boten also den Vorteil eines gewissen Maßes an Selbstversorgung. Für die aus ländlich-agrarischen Verhältnissen zugewanderten, etwa polnischen Bergleute hatte das zudem in psychologischer Hinsicht eine Brückenfunktion. In der zeitgenössischen Beschreibung eines ruhrpolnischen Bergmanns hieß es:

„Diese neue Wohnung war richtig schön. Sie lag zwischen zwei Bauernhöfen, inmitten von Wiesen und Feldern, in der Nähe eines Waldes. [...] Neben dieser Wohnung (vier große Zimmer) hatten wir einen großen Garten und einen Schweinestall. Wir hatten die ganze Zeit zwei Schweine, 20–30 Hühner, vier Ziegen, 10–15 Gänse und sehr viele Kaninchen. Also lebten wir sehr gut.“¹⁷⁴

Trotz derartiger Schilderungen wurde der Rahmen für landwirtschaftliche Nebentätigkeiten aber doch enger, das heißt Feld- oder Gartenstücke seltener bzw. kleiner oder die verfügbare Zeit knapper – auch wenn Reformer seit den 1890er Jahren zunehmend in eine Art Landromantik verfielen und „Landhaussiedlungen en miniature, die von den englischen Cottage-Siedlungen beeinflusst waren“, propagierten.¹⁷⁵ Überlegungen hinsichtlich landwirtschaftlicher Nebenerwerbschancen konnten dabei schon einmal aus dem Blick geraten. Im Kontext der voranschreitenden Industrialisierung verlor der traditionelle bergmännische Familienhaushalt – „mit seiner Tendenz zur kinderreichen Mehrgenerationenfamilie, zum ländlichen Kotten- und Grundbesitz und zur zumindest partiellen Nahrungs-

cherung durch Bestellung größerer Anbauflächen und Viehhaltung“ – gegenüber der städtischen Arbeiterfamilie „als Eingenerationenfamilie mit langfristig abnehmender Kinderzahl und – auf der Einnahme- und Ausgabenseite – vollkommen marktabhängiger Haushaltsführung“ an Gewicht.¹⁷⁶ Auch ohne eigenes Feld- oder Gartenstück bot sich freilich dem einen oder anderen Bergmann hin und wieder die Gelegenheit, jenseits der Zechen etwas zu unternehmen. Otto Faust erinnerte sich in den 1930er Jahren an eine Belegschaft in seinem Revier – hauptsächlich Ansässige der benachbarten Orte –, die

„zum Teil tiefversteckt in den Wäldern des naheliegenden Ardeygebirges, teilweise sogar in primitiven, selbsthergestellten Hütten [wohnten], die fast in jedem Fall von großen Hunden bewacht wurden. Auch die ganze Innenausstattung war aus alten Kisten und Kasten in eigener Werkstatt angefertigt worden; es war auch nur das unbedingt Notwendige vorhanden. An den Sonntagen ging ich des Morgens, wenigstens im Sommer oder an schönen Frühlingstagen, sehr oft in die herrlichen Wälder des nahen Ardeys und oft traf ich dann tief im Walde einen oder mehrere von meinen Leuten, die dort in irgendeinem Strauch die unvermeidliche Flinte versteckt hatten, sie aber stets früh genug hervorholten, sobald etwas schießbares in Sicht kam. Als Arbeiter waren die Leute fleißig und unbedingt zuverlässig, aber das Wilddieben konnten sie nicht lassen. Selbst in der Schonzeit schossen sie alles, was ihnen vor die Flinte kam. Sie vertraten den Standpunkt, das Wild sei nicht für Einzelne, sondern für alle da.“¹⁷⁷

Die Entwicklung der Grundstücks- und Immobilienpreise im Verhältnis zur Lohnentwicklung machte es Bergleuten in den Jahrzehnten nach der Bergrechtsreform immer schwerer und teils unmöglich, zu Hausbesitzern zu werden. Gerade im nördlichen Revier schwand im Verlauf der 1870er Jahre „jede Aussicht auf Erwerb eines Anwesens mit einer landwirtschaftlichen An-

173 Tenfelde, Schichtung, S. 163.

174 Zitiert nach: Haida, Ruhrpolen, S. 250; vgl. auch: Brüggemeier, Grubengold, S. 49 f.

175 Susanne Henle: Industriekultur und Architektur, in: Köllmann u.a. (Hg.): Ruhrgebiet, Bd. 2, S. 219–289, hier: S. 250.

176 Tenfelde, Arbeiterschaft, S. 47 f.

177 Faust, Bremsjungen, S. 115.



Essen. Stadtmitte, Königstraße,
Gärtnerei Rave, um 1900.
Fotograf unbekannt, Fotoarchiv
Ruhr Museum (SBS_d383).

baufäche bis zu 1 Hektar“. Gleichzeitig versprach ländlicher Zuerwerb unter den Konsumbedingungen der Industriegesellschaft immer weniger Nutzen. Haus- und Grundbesitz bedeutete eben nicht nur eine erhebliche Arbeitsbelastung zusätzlich zur betrieblichen Arbeit, sondern konnte auch zu einer finanziellen Bürde werden, etwa mit Blick auf Instandhaltung und zu leistende Abgaben. Hinzu kam tatsächlich aber auch etwas Grundsätzliches, wie Klaus Tenfelde betont: „Berücksichtigt man die in Gebieten hoher Ansässigkeit niedrigeren Löhne“, so schreibt er, „erscheint die ländliche Lebenshaltung mit Kleinbesitz und agrarischem Zuerwerb nicht mehr als Inbegriff besonderen Wohlstands, sondern als karge, mühselige Haushaltsführung ohne die Annehmlichkeiten des Stadtlebens.“¹⁷⁸ Otto Faust, der 1882 im Alter von 15 Jahren seine erste Zechenschicht fuhr, blickte später auf eine nicht untypische Konstellation zurück. „Wenn dieser Lohn auch sehr niedrig war, so war es doch eine kleine Vermehrung unseres Bareinkommens. Das war umso mehr zu begrüßen, weil wir nun nicht mehr in der Lage waren, die Arbeit auf dem Land in demselben Umfang weiter zu betreiben wie früher.“ Die Kinder aus zweiter Ehe seiner Mutter, so erinnerte er sich, wurden im Unterhalt teurer,

waren aber noch nicht in der Lage, in Feld und Garten mitzuarbeiten. Daher habe die Familie ein zugemietetes Feld abgeben müssen. „Dafür aber mußte das Bareinkommen vergrößert werden, was durch meines Bruders und meine Beschäftigung erreicht war.“¹⁷⁹ Die knappen Bemerkungen zeigen auf, wie anspruchsvoll die Voraussetzungen waren, um eine komplexe Alltags- und Familienökonomie aufrechtzuerhalten sowie verschiedene Einkommen und Einkommensarten – von denen eben nicht jedes Einkommen ein „Bareinkommen“ war – immer wieder neu auszutarieren.

Stellt man schließlich in Rechnung, dass auch im Ruhrgebiet nicht jeder Bergmann landwirtschaftlich tätig und mancher Bauer eben nur Bauer war, dass also weiterhin Landwirtschaft im engeren Sinn betrieben wurde, verschärft sich das Problem des verfügbaren Bodens und der Bodenkonkurrenz noch einmal. Die Landnachfrage der Industrie und die erzielbaren Preise selbst für Böden, die landwirtschaftlich wenig ertragreich waren, brachten zahlreiche Bauern, aber auch adlige Gutsbesitzer dazu, „ihr Land bereitwillig abzugeben und innerhalb oder außerhalb des Ruhrgebiets neues zu erwerben oder – im Falle der Bauern – als Gastwirte, Brennereibesitzer, Bau- und Fuhrunterneh-

¹⁷⁸ Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 323 f.

¹⁷⁹ Faust, Bremsjungen, S. 46.

mer oder gar als Rentiers („Geldbauern“) in eine städtische Lebensform überzuwechseln“. Kleinere Bauern und nichterbende Söhne wanderten immer häufiger in die Industriearbeiterschaft oder in das kleinbürgerlich geprägte Gewerbe ab. Ende des 19. Jahrhunderts häuften sich Fälle, in denen Bauern ihre Höfe zwar verkauften, dann aber als Pächter weiter bewirtschafteten. Im Umkreis der „verstädterten Kernzone“ konkurrierten Bauern mit Zupachtbedarf zudem mit Industriearbeitern, die die Pachten durch ihre Nachfrage nach Parzellen in Höhen trieben, „die eine bäuerliche Pachtung nicht erwirtschaften konnte“. Das wiederum begünstigte die bäuerliche Praxis, das Land gleich selbst in Parzellen an Industriearbeiter zu verpachten, „teils unbearbeitet, teils mit Früchten bestellt, die von den Pächtern abgeerntet wurden“. Das sparte Arbeit und erhöhte die Einnahmen.¹⁸⁰ Diese Entwicklung in den Kernzonen des Ruhrgebiets wird noch einmal deutlicher, wenn man sie mit den Verhältnissen kontrastiert, die Josef Mooser für das östliche Westfalen rekonstruiert. Dort nämlich entstand seit Mitte des 19. Jahrhunderts zwar nicht unbedingt der Typus des agrarkapitalistischen bäuerlichen Unternehmers, „sozusagen der Dorf-Bourgeois“, sondern ein „Bauer mit einem verstärkten besitzständischen Bewußtsein, der die mit der Konjunktur und dem ökonomischen Liberalismus gegebenen Chancen und Risiken für Reichtum und Ansehen nutzte“ – und zu diesem Zweck verschiedene Elemente kapitalistischen Wirtschaftsverhaltens zusammenführte, etwa Gewinnorientierung, betriebswirtschaftliches Denken, eine Orientierung an Marktveränderungen und die Bereitschaft, Marktchancen rücksichtslos auszunutzen.¹⁸¹

Zwischen allen Stühlen: Steiger, Meister, Aufsichtspersonal

Auf die Besonderheiten industrieller und bergmännischer Arbeitsplätze, die damit verbundenen Solidaritätsformen und „arbeitsteiligen Funktionszuweisungen“ (Klaus Tenfelde) sowie deren fundamentalen Wandel im Verlauf des 19. Jahrhunderts muss an dieser Stelle nicht im Detail eingegangen werden.¹⁸² Die Entstehung

einer neuen sozialen Gruppe – der Steiger, der Meister, des Aufsichtspersonals usw. – ist mit Blick auf die Sozialgeschichte einer entstehenden Industriegesellschaft allerdings von hoher Bedeutung, nicht zuletzt deshalb, weil sich damit die Grenzen und Übergänge zwischen Arbeiterschaft und Kleinbürgertum, zwischen industrieller Klasse und bürgerlicher Mittelschicht verschieben. Zahlreichen Ruhrgebietsstädten wurde im Zuge dieser Entwicklung ein Segment eingefügt, das vorher kaum erkennbar war: eine Art neuer Mittelschicht, die in sich nicht einheitlich war und sich über technisch-administrative Tätigkeiten und Qualifikationen sowie ein gehobeneres, in der Regel weniger unsicheres Gehalt auszeichnete. Der sich seit den 1860er Jahren langsam, aber deutlich vollziehende Transformationsprozess, in dessen Verlauf sich eine mittlere industrielle Bürokratie im weitesten Sinn herausbildete, berührt demnach sowohl sozial- als auch industrie- und unternehmensgeschichtliche Fragen. Steiger und Werkstattmeister, um nur diese prominentesten und wichtigsten Beispiele heranzuziehen, nahmen aufgrund ihres spezifischen Wissens über den Produktionsprozess eine herausgehobene Stellung ein. Ihr Charakter und ihr Auftreten, so die Historikerin Elaine G. Spencer, die sich dem Aufsichtspersonal in der Schwerindustrie vor 1914 gewidmet hat, prägten die konkreten Arbeitsbedingungen in der Regel sehr viel direkter und stärker als die allgemeine Politik der Unternehmensleitungen. Aus diesem Grund – und weil Meister, Steiger usw. oft bewusst privilegiert wurden – entstanden immer wieder Konflikte mit den Arbeitern. Aber auch das Verhältnis zu Unternehmensleitungen war nicht immer spannungsfrei, bedrohten doch beispielsweise die Einführung neuer Managementmethoden, die Einrichtung neuer Hierarchieebenen oder die Ausweitung der Zahl der technischen und Verwaltungsbeamten die Stellung des traditionellen Aufsichtspersonals samt seiner Aufstiegspektiven. Soziale Differenzierung und eine Entpersönlichung der innerbetrieblichen Beziehungen hingen hier also zusammen.¹⁸³ Verschiebungen in der Rekrutierung von Arbeitern und Angestellten oder Veränderun-

¹⁸⁰ Reif, Landwirtschaft, S. 346–349.

¹⁸¹ Mooser, Klassengesellschaft, S. 224 f.

¹⁸² Siehe dazu den Beitrag von Eva-Maria Roelevink in diesem Band.

¹⁸³ Elaine G. Spencer: Between capital and labor. Supervisory personnel in Ruhr heavy industry before 1914, in: Journal of Social History 9 (1975), S. 178–192.

gen ihrer innerbetrieblichen Stellung und Beziehungen hatten Auswirkungen auf die soziale Struktur und das soziale Leben in den Industriestädten des Ruhrgebiets.

Der Ruhrbergbau wie auch der Bergbau in Preußen generell litten nach 1815 an einem zeitgenössisch wahrgenommenen und diskutierten Mangel an Steigern. Im Ruhrbergbau widersetzten sich die Gewerke bis in die 1840er Jahre einer merklichen Vermehrung der Aufsichtsposten, die aus betriebstechnischen Gründen und unter den Bedingungen expandierender Zechen geboten schien. Immer wieder wurden Steiger und Aufsichtshauer in Bochum, Essen oder Dortmund gegen den Willen der Gewerke eingestellt. Trotz gewisser Verbesserungen war es Mitte des 19. Jahrhunderts immer noch möglich, dass ein Steiger mehrere Gruben beaufsichtigte. In größeren Zechen hatte aber doch eine funktionale Differenzierung der Grubenbeamten eingesetzt, etwa in verschiedene Klassen von Steigern, in deren Folge nicht zuletzt die Zahl der Beamten insgesamt stieg.¹⁸⁴ Von den 6.717 Beschäftigten, die 1851 im Bergamt Bochum verzeichnet waren, waren 6.260 Bergarbeiter. Hinzu kamen 19 Königliche Unterbeamte und 29 Bergamtsbedienstete sowie gut 100 Steiger, etwa ebenso viele Schichtmeister, zudem 38 Kontrolleure bzw. Kohlenmesser und 72 Maschinenwärter. Im zahlenmäßig etwas kleineren Bergamt Essen waren die Verhältnisse ähnlich, allerdings mit dem Unterschied, dass die Zahl der Schichtmeister deutlich niedriger und diejenige der Maschinenwärter deutlich höher war. Der seit 1860 deutliche Trend zum Großbetrieb erzwang im Bergbau eine stärkere funktionale Differenzierung in Leitung, Planung und Verwaltung einerseits sowie Gewinnung und Förderung andererseits. Bezüglich der Belegschaften ausgewählter Zechen Mitte der 1870er Jahre schlüsselt Klaus Tenfelde auf: Steiger und Aufsichtspersonal machten im Durchschnitt 1,64 Prozent der Belegschaften aus, 47,57 Prozent waren Hauer und Lehrhauer, 31,64 Prozent Schlepper und andere Grubenarbeiter, 18,99 Prozent zählten zum Übertagepersonal. Der Anteil des Übertagepersonals fiel in den folgenden Jahren leicht, derjenige der Steiger blieb in etwa konstant. Seit den 1880er Jahren wuchs die

Zahl der Grubenbeamten und des Aufsichtspersonals mit unterschiedlichen Positionen und Funktionen in eine „anonyme Größenordnung“ (Wolfhard Weber) hinein. 1890 existierten im Ruhrbergbau 4.200 und 1910 10.500 technische Beamte. Das entsprach einem stabilen Verhältnis von einem Beamten auf etwas mehr als 30 Arbeiter. Zum Vergleich: 1850 gab es lediglich 277 Grubenbeamte (bei 12.321 Arbeitern), 1875 waren es 2.857 Beamte (bei 81.247 Arbeitern). Das deutliche Anwachsen der Zahl des Aufsichtspersonals umfasste alle Teilgruppen gleichermaßen: Betriebsführer, Ober-, Fahr-, Wetter-, Revier-, Maschinen- und Hilfssteiger, Fahrhauer. In quantitativer Hinsicht sind vor allem die 1.786 Reviersteiger und 1.130 Fahrhauer hervorzuheben.¹⁸⁵ „Nach dem Fortfall der Bergämter 1861“, so die konzise Beschreibung der inneren Struktur der Bergbaugesellschaft des Historikers Wolfhard Weber, „gab es um 1900 im Ruhrgebiet 17 Reviere, die jeweils von einem Bergassessor geleitet wurden. Diese hatten 1899 je einen Einfahrer zur Erleichterung ihrer Dienstgeschäfte erhalten. Mit gleicher akademischer Ausbildung, doch ohne festes Gehalt bereiteten sich noch Reviergehilfen auf diese Tätigkeit vor, während Inspektoren die staatlichen Werke beaufsichtigten.“ Zu den insgesamt 85 Beamten (Stand 1904) kamen 8.300 und 1910 schließlich 10.500 „Privatbeamte“, also Angestellte der Zechen. „Unter dem Bergwerksdirektor führte ein Betriebsdirektor die Zeche (bei Gewerkschaften: Repräsentanten), Obersteiger und Fahrsteiger nahmen Funktionen über der Ebene des Steigers ein. Dann folgte die große Schar der Steiger und unter ihnen Hilfssteiger, Fahrhauer und Schichtmeister.“¹⁸⁶

Als soziale Gruppe, und darum geht es hier, waren die Steiger durch ihre staatsbeamtenähnliche Stellung, ihr Gehalt sowie bestimmte Ausbildungs- und Rekrutierungswege gekennzeichnet. Während das Einkommen eines Steigers um 1816 teilweise noch unter dem Bergarbeiterlohn liegen konnte, setzte in den Jahrzehnten danach eine kontinuierliche Steigerung und eine bewusst auch über das Gehalt betriebene (ständische) Differenzierung gegenüber den Bergarbeitern ein, bis hin zum doppelten Gehalt. Die staatsbeamtenähnliche

¹⁸⁴ Trischler, Steiger, S. 14–17.

¹⁸⁵ Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 246–248; ders.: Der bergmännische Arbeitsplatz während der Hochindustrialisierung (1890 bis 1914), in: Werner Conze u.a. (Hg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 283–335, hier: S. 297; Trischler, Steiger, S. 48 f.; Weber, Entfaltung, S. 237 f.

¹⁸⁶ Weber, Entfaltung, S. 210.



Belegschaft der Schachtanlage, Zeche Prosper II, 1880.

Gruppenaufnahme, von links: Heinrich Lüning, Grubensteiger; Peter Zimmermann, Materialienverwalter; Franz Kerkhoff, Grubensteiger; Aurel Heß, Obersteiger; Friedrich Haarmann, Tagesbetriebsführer; Hermann Gehring, Grubensteiger; Reinhold Schumann, Grubensteiger, später Wohnungsverwalter; stehend, von links: Franke, Maurermeister; Hermann Barremeier, Brückenaufseher; Georg Redemann, Bürobeamter; Johann Roßbach, Schmiedemeister; Maris, Grubensteiger; Ernst, Grubensteiger; Burre, Grubensteiger; Johann Dördelmann, Brückenaufseher; Heinrich Urselmann, Schichtmeister.

Deutsches Bergbau-Museum Bochum (070850390701).

Stellung wiederum zeigte sich zum Beispiel in den Regularien zur Einstellung, Versetzung und Entlassung. Der Unterschied zu Staatsbeamten bestand darin, dass Steiger nicht aus dem Staatsetat bezahlt wurden und keinen Pensionsanspruch hatten. Helmuth Trischler spricht von einer Stellung „zwischen Staats- und Privatbeamten“.¹⁸⁷ In Sachen Ausbildung und Rekrutierung markierte die systematische Einführung und Ausweitung von Bergschulen im Ruhrgebiet, etwa in Essen, nach 1815 einen wichtigen Einschnitt. Zunächst auf den *Bergbeamten*-nachwuchs ausgerichtet, etablierte sich in den 1820er und 1830er Jahren die dann typische Differenzierung in zwei Ausbildungsklassen: für Bergbeamte *und* Bergleute, die für die Position eines Steigers oder Schichtmeis-

ters geschult wurden. Das wiederum schuf in dem Maß Konfliktpotenzial, wie die Bergschulausbildung zur Voraussetzung wurde, um als Steiger eingestellt oder befördert zu werden – und damit das traditionell bei der Besetzung dieses Postens geltende Prinzip der Anciennität und Selbstrekrutierung infrage gestellt und unterlaufen wurde. In den Fällen, in denen alle Faktoren zusammenkamen, konnte die Zuteilung beispielsweise einer Obersteigerstelle als gerechter Anspruch geltend gemacht werden, wie das Gesuch eines Steigers an das Bergamt vom 3. September 1838 verdeutlicht:

¹⁸⁷ Trischler, Steiger, S. 18.

Timo Luks



Altes Werksbild, Zeche Prosper II, Belegschaft der Schmiede, Schlosserei und Holzverwaltung, 1882.

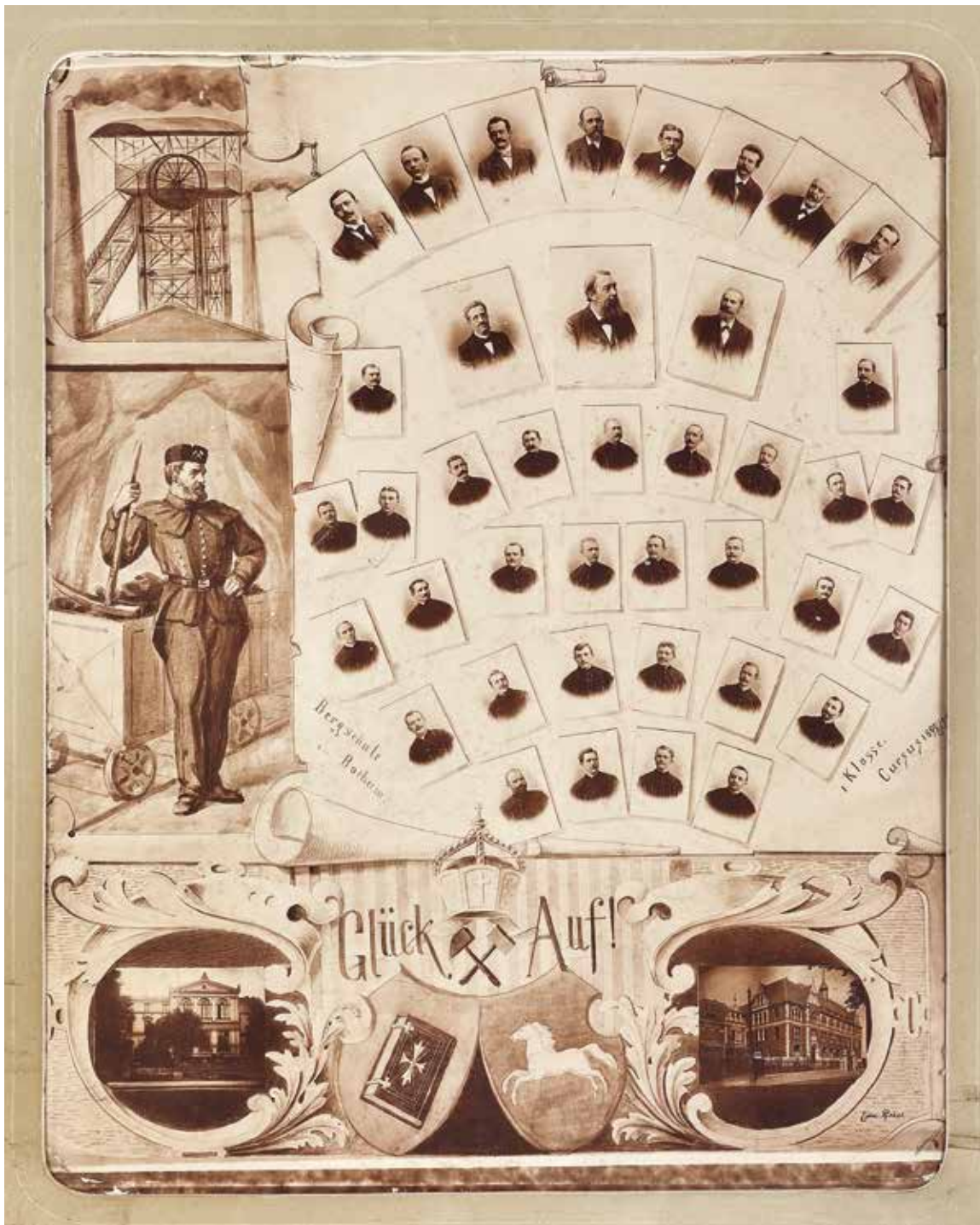
Gruppenaufnahme; hintere Reihe, stehend, von links: 1. Werner Jünger; 2. Theodor Haake; 3. Heinrich Angemeer; 4. Josef Baumeister; 5. Johann Blambeck; 6. Fritz Kellermann; Theodor Norpoth; mittlere Reihe, von links: 8. Wilhelm Angemeer; 9. Heinrich Stratmann; 10. Julius Köhler; 11. Karl Lochtkämper; 12. Friedr. Haarmann; 13. Heinrich Langenbusch; 14. Wilh. Siepmann; 15. Johann Allekotte; 16. Johann Roßbach; 17. Heinrich Stratmann; 18. Werner Schlagkamp; 19. Josef Hüsken; 20. Heinrich Hüsken; vordere Reihe, sitzend bzw. hockend, von links: 21. Wilhelm Hans; 22. Gerh. Steinmann; 23. Berh. Schulte v. Walde; 24. Daniel Matheis; 25. Franz Bergendahl.

Deutsches Bergbau-Museum Bochum (070850432401).

„Königlich Wohllöbliches Berg-Amt!

Zur Sicherung meiner Subsistenz widmete ich mich, ebenso wie mein Vater der auf der Zeche Sanct Johannes Erbstollen in Function gewesen ist, jetzt pensionierter Schichtmeister Conrad Wiele, dem Bergmannsstande. Im Jahre 1811 wurde ich meinem Wunsch gemäß als Bergmann angelegt und arbeitete in dieser Eigenschaft bis zum Jahr 1817 auf verschiedenen Gruben des Hardensteiner Revieres. In den Jahren 1817 und 1818 frequentirte ich die Bochumer Bergschule, und nach Vollendung des Bergschul-Cursus trat ich, um meiner Militairpflicht zu genügen, bei der 2. Compagnie der 7. Pionier-Abtheilung ein. Im Jahre 1822 vom Militairdienst entlassen, wurde ich

noch in demselben Jahre auf der Zeche Frielinghauß als Schichtmeister angestellt und 5 Jahre als Steiger auf den Zechen Tulipan, Gottsegnedich, Sanct Georg und Theophilus befördert. Als nun im Jahre 1830 die Zeche Gibraltar Erbstollen in Betrieb gesetzt wurde, wählte mich die Gewerkschaft dieser Zeche zu ihrem Steiger und in dieser Eigenschaft fungire ich bis jetzt. Ich glaube sagen zu dürfen, auf der begonnenen Laufbahn mich mit den Grundsätzen des practischen Bergbaus so vertraut gemacht zu haben, daß ich nicht allein meinem Steigerposten, sondern sogar einem Obersteigerposten zur Zufriedenheit vorstehen könne. [...] So wollte ich Ein Königl. Wohllobliches Bergamt ganz gehorsamst bitten: mich, bei Einsetzung



Erinnerungsblatt „Bergschule Bochum, 1. Klasse, Cursus 1898/99“.

Links oben Fördergerüst-Kopf, darunter ein Bergmann in preußischer Uniform mit Keilhaue an einen Förderwagen gelehnt, rechts davon Portraitfotos. In oberer Reihe mit acht Fotos: Lehrpersonal, darunter drei größere Portraits, in der Mitte Schulleiter Hugo Schultz, rechts und links davon zwei weitere Lehrer der Schule. Die 29 darunter angeordneten kleineren Portraits stellen die Schüler des Kurses dar.

Unten „Glück Auf“ mit Bergbauemblem über zwei Wappen, rechts das Gebäude der Westfälischen Berggewerkschaftskasse an der Her-ner Str., links ein nicht identifizierbares Gebäude.

Deutsches Bergbau-Museum Bochum (030004381001).

Timo Luks

einer solchen Vacanz geneigtest als Obersteiger anstellen zu wollen.“¹⁸⁸

Generell herrschte unter Bergleuten Skepsis gegenüber der Berufung von Steigern, die aus den Bergschulen kamen – und immer häufiger Söhne von Lehrern, Förstern, Zollbeamten usw. waren. Im Unterschied zu anderen Revieren war die Quote der Bergmannssöhne unter den Bergschülern im Ruhrbergbau allerdings hoch, wenn auch zunächst überproportional durch die Söhne von Gruben- und Bergbeamten repräsentiert. Um 1840 setzte allerdings eine deutliche soziale Öffnung ein, sodass um 1842 bereits ein Drittel bis zur Hälfte der Bergschüler *Bergarbeiterkinder* waren. In den 1910er Jahren stellte sich ein stabiles Verhältnis ein: Der Anteil der Bergbeamtensöhne unter den Bergschülern lag in der Regel bei gut zehn Prozent, derjenige der Bergarbeitersöhne bei regelmäßig um die 60 Prozent und derjenige der Söhne von Nichtbergleuten bei ungefähr einem Viertel. Sozialgeschichtlich entscheidend waren auch hier das langsame Aufbrechen ständischer Selbstrekrutierung und ein Trend zu größerer Mobilität. Die Ausbildung der *Bergbeamten* durchlief seit dem späten 19. Jahrhundert jedoch auch eine merkliche Akademisierung und schloss sich als Aufstiegskanal für Bergleute und ihre Söhne. Für diese blieb nunmehr lediglich die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs innerhalb ihres Berufsfelds über technische Angestelltenposten.¹⁸⁹ In welcher Weise die Bergschulen Hoffnungen auf berufliches Fortkommen und damit auch finanzielle Verbesserung weckten, zeigt das Bittgesuch einer Bergmannsfrau um Zulassung ihres Mannes zur Bergschule vom 23. September 1895. Faktisch handelte es sich um eine Bitte, ihrem Mann und damit ihr die dafür nötigen Mittel von 100 Mark zu gewähren. Ihr Ehemann, so schrieb sie, „möchte gern die Bergschule absolvieren, um seine Mutter, die jetzt im zehnten Jahre vollständig gelähmt ist, ein sorgenfreies Alter bereiten zu können, was ihm als Arbeiter schwerfallen würde“. Die Bitte wurde abschlägig beschieden;

einerseits, weil der fragliche Bergmann nie einem staatlich betriebenen, sondern ausschließlich privaten Bergwerken angehört habe; andererseits, weil er, wie der Revierbeamte dem Oberbergamt mitteilte, trotz guter Führung im Dienst aufgrund ungenügender Prüfungsergebnisse nicht aufgenommen werden könne.¹⁹⁰

Das angesprochene Grundproblem des sozialen Aufstiegs wie auch die „innere Schichtung der montanindustriell bestimmten Arbeiterklasse“ (Klaus Tenfelde) gehören zu den Kernthemen der Sozialgeschichte des Ruhrgebiets als einer dynamischen Industriegesellschaft. Soziale Aufwärtsmobilität wurde im Bergbau durch die nur gering ausgeprägten Unterschiede hinsichtlich der Qualifikation erleichtert. „Der Aufstieg etwa vom Schlepper zum Hauer“, so Tenfelde, „war für jedermann zu bewältigen“. Die „eigentliche Klassengrenze zur angestellten Mittelschicht im Betrieb“ war dagegen, wie angesprochen, ausgeprägt. „Auch diese Grenze war im Prinzip zu überwinden, und die Selbstrekrutierungsrate der Steiger im Ruhrbergbau aus ihrer eigenen und der Bergarbeitergruppe ist erheblich gewesen.“¹⁹¹ Die – innerhalb eines gewissen Rahmens – raschen Aufstiegsmöglichkeiten sind auch für die polnischsprachigen Bergleute auffällig. So erinnerte sich zum Beispiel Marcin Bugzel:

„Nach zwei Jahren avancierte ich zum Gehilfen des Hauers, später zum jungen Hauer. Ich verdiente nicht schlecht. Das Durchschnittseinkommen lag bei 180 Mark. Ich wohnte als Kostgänger bei einer Bergmannsfamilie. Für Verpflegung, Wäsche und die Unterkunft bezahlte ich 50 Mark monatlich, also blieben mir für weitere Ausgaben 130 Mark im Monat. Das war eine ordentliche Summe, vor allem vor dem Hintergrund, daß ein guter Anzug 50–60 Mark, gute Schuhe 20–25 Mark gekostet haben. In einem Wort, man konnte davon in dieser Zeit gut leben und sogar etwas Geld sparen.“¹⁹²

188 Gesuch eines Steigers an das Bergamt um Zuteilung einer Obersteigerstelle, 3.9.1838, in: Tenfelde/Trischler (Hg.), *Stufen*, S. 94 f.

189 Trischler, *Steiger*, S. 20–26 u. 91–93.

190 Bittgesuch einer Bergmannsfrau an den Kaiser um Zulassung ihres Mannes zur Bergschule, 23.9.1895, in: Tenfelde/Trischler (Hg.), *Stufen*, S. 311 f.

191 Tenfelde, *Schichtung*, S. 161.

192 Zitiert nach: Haida, *Ruhrpolen*, S. 277 f.

Ein derartiger Aufstieg dauerte in der Regel vier oder fünf Jahre, und er hatte außerhalb des Bergbaus keine wirkliche Entsprechung, vor allem nicht in Industriezweigen mit deutlich spezialisierteren Qualifikationsanforderungen.

Otto Faust wiederum, aus dessen Erinnerungen bereits mehrfach zitiert wurde, stieg im Verlauf seines Berufslebens vom Bremsjungen zum Betriebsführer auf. Das war beachtlich, aber dennoch kein Einzelfall. Der Weg verlief „in Form eines langwährenden Auswahlprozesses“. Er erforderte körperliche Robustheit, ein „Mindestmaß an Intelligenz“ und natürlich eine „gewisse Portion Glück“ und „unbändige[n] Ehrgeiz, überdurchschnittliche Energie und Anpassungsfähigkeit“. „Nur unter Einsatz aller körperlicher und geistiger Reserven und unter Zurückstellung aller sonstiger Interessen“, so beschreibt der Historiker Anselm Faust den exemplarischen Aufstieg seines Großvaters, „konnte die zeitweise beträchtliche Doppelbelastung durch Berufstätigkeit und Weiterbildung durchgestanden werden. Dies erforderte Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst, aber auch gegenüber der Familie, den Berufskollegen und -konkurrenten.“¹⁹³ Otto Fausts Vater (Jahrgang 1825), ein gelernter Schmied, der die väterliche Werkstatt nicht hatte übernehmen können, kam um die Jahrhundertmitte „in das Industriegebiet, das damals schon langsam seine Entwicklung begann und manchem arbeitswilligen und vorwärtsstrebenden Menschen Arbeitsgelegenheit bot“. Dort fand er Arbeit als Zechenschmied, wurde Schmiedemeister und blieb es bis zu seinem Tod. Der Sohn wiederum (Jahrgang 1867) wurde Bergmann und besuchte die Bergschule, davon profitierend, dass in Folge der massiven Erweiterung der Zechen für eine „bessere Beaufsichtigung der unzuverlässigen Arbeiter [...] mehr Beamte benötigt“ wurden.¹⁹⁴ Dem folgte einige Zeit später eine Betriebsführerausbildung.

Folgt man dem Historiker Thomas Welskopp und seiner herausragenden Rekonstruktion der Arbeits- und Sozialbeziehungen in der Eisen- und Stahlindustrie, lassen sich seit den 1860er Jahren ganz unterschiedliche Kooperationsformen erkennen, die die Position im

Produktionsprozess, aber auch den sozialen Status der Arbeiter prägten. Im Rahmen der von Welskopp beschriebenen Team- und kolonnenförmigen Kooperation in den Schmiedewerken der 1860 bis 1880er Jahre herrschte neben einer eher lockeren Einbindung „gleichartiger Produktionsarbeitergruppen“ vor allem eine „scharfe Scheidung zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit“. Die einzelnen Produktionsgruppen verantworteten die autonome Durchführung jeweils eines, durchaus komplexen Fertigungsschrittes. Teamförmige Kooperation griff bei qualifizierten Handarbeiten, die „nicht in Einzelarbeit verrichtet werden können, sondern das arbeitsteilige Zusammenwirken mehrerer qualifizierter Arbeitskräfte erfordern“. Kolonnenartige Kooperationsformen prägten dagegen die Zusammenarbeit bei einfachen Handarbeiten, also vor allem physischer und wenig qualifizierter Arbeit. „Kolonnen“, so Welskopp, „sind homogene Arbeitsgruppen unter der Führung zentraler Aufsichtsinstanzen. Die beherrschende Form sozialer Beziehungen in diesen Gruppen ist die hierarchische Beziehung zwischen Aufseher, Vorarbeiter oder Meister und jedem einzelnen Kolonnenmitglied.“¹⁹⁵ Innerhalb der durch Erfahrungswissen und handwerkliche Geschicklichkeit geprägten Teams war der Meister dagegen „erster Mann“ innerhalb der Arbeitsgruppe – gleichzeitig Vorarbeiter und Vorgesetzter, der mit seiner Arbeitsgruppe arbeitete und den Routinearbeitsprozess autonom leitete. Diese Doppelstellung des Meisters war das entscheidende Strukturmerkmal des Teamsystems innerhalb der Arbeits- und Kooperationsbeziehungen. Mit der Herausbildung eines neuartigen Produktionssystems seit den 1880er Jahren – entlang der Basisinnovation der Fließstahlproduktion – veränderten sich die Kooperationsformen sowie das Verhältnis zwischen Arbeitskraft und Anlage erkennbar. Vor allem erforderte das neue System eine erhöhte Koordinationsleistung und zentrale Steuerung der Vorgänge. Das trieb Zentralisierungsprozesse hinsichtlich der Produktionsentscheidungen, Dispositionsspielräume und Steuerungsfunktionen voran und verwischte die Grenzen zwischen qualifizierten und unqualifizier-

193 Anselm Faust: Einleitung, in: Otto Faust: Vom Bremsjungen zum Betriebsinspektor. Ein Leben im Ruhrbergbau (1867–1914), Essen 1989, S. 8–22, hier: S. 15.

194 Faust, Bremsjungen, S. 23 u. 59.

195 Thomas Welskopp: Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994, S. 113 f.

Timo Luks

ten Tätigkeiten. Meister und Betriebsleiter gerieten unter den neuen Bedingungen zunehmend in die Position von „Antreibern“ – und damit in Distanz zu den Arbeitsgruppen. Welskopp spricht in diesem Zusammenhang von einer Duplizierung der Spitzenarbeitsposition in eine nicht mitarbeitende Leitungs- und Koordinierungsposition und hochqualifizierte „Erstmannstellen“. Der Meistertitel wurde dabei zu einem durch Qualifikationsprozesse erworbenen beruflichen Grad, verbunden mit neuer Autorität und unbeschränkter Befehlsmöglichkeit im Arbeitsprozess. Gleichzeitig nahm die Zahl der Ingenieure zu, die nun vermehrt als „Leistungsinstanzen“ in die Betriebe einzogen und in noch einmal größerer sozialer Distanz zu den Arbeitern und den aus den Reihen der Arbeiterschaft hervorgehenden Meistern standen. Die neuerlichen einschneidenden Produktionsveränderungen seit den 1910er Jahren verstärkten einige dieser Trends noch einmal. Das wiederum brachte nicht zwingend eine pauschale Dequalifizierung der Arbeit mit sich, sondern wirkte in Richtung einer Verlagerung von Qualifikationsinhalten sowie einer Verschiebung der Qualifikationsstruktur, etwa im Sinne einer Vervielfältigung qualifizierter Produktionsarbeiterpositionen. Die Meisterposition erfuhr dabei einen Machtverlust im Betrieb, entstanden doch neben und unter den Meistern verschiedene weitere Arbeiterpositionen, deren Aufgabe in Organisation und Koordination bestand. Zugleich setzten sich indirekte Formen der Kontrolle durch, deren Träger die Ingenieure wurden.¹⁹⁶

Exemplarisch nachvollziehen lassen sich die skizzierten Entwicklungen bei Krupp. Unter den Wachstumsbedingungen der 1850er und 1860er Jahre war „Meister“ seit 1851 ein formeller Titel und eine Position, die mit der Verantwortung für eine jeweilige Werkstatt verbunden war. Die Installierung der Meister als Werkstattleiter kam der Etablierung einer neuen formellen Hierarchieebene gleich, die der Logik spezifischer Tätigkeitsbereiche (Schmelzbau, Schlosserei, Fräseerei, Schleiferei, Hammerwerk, Kleinschmiede) folgte. Damit löste sich die Meisterbezeichnung aus ihrem handwerklichen Kontext, handelte es sich bis dato doch auch in der Fabrik in der Regel um Handwerker, die ihren Titel im Werk

einfach weiterführten. Alfred Krupp beschrieb ihre Rolle 1873 in bereits nostalgischer Weise:

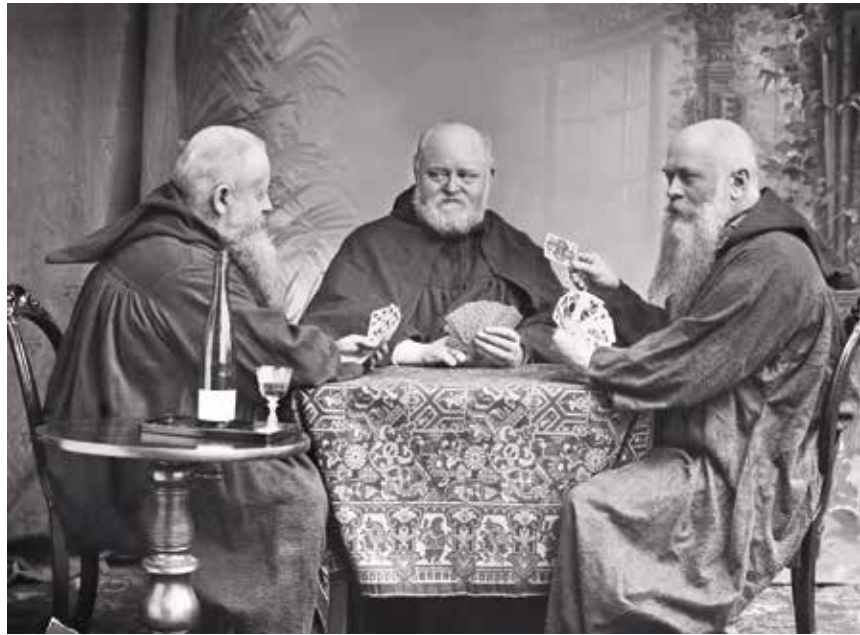
„Werkführer und Meister sollen nicht aus bequemer Häuslichkeit, aus Wohlleben, Schlafrock und Pantoffeln, sondern aus praktischer Arbeit (selbst die besten der Arbeiter, wenn Angreifen nothwendig ist) hervorgehen. Von der Pike an steigend kennen sie allein die Arbeit, den Werth des Materials und der Zeit, den Werth des Mannes und seiner Leistung. Gewöhnt an Arbeit, behalten sie Verständnis und Sinn dafür, begreifen, daß der Vorsteher mit dem Arbeiter an- und abtreten muß, scheuen sich nicht, selbst den Hammer oder die Feile in die Hand zu nehmen, den Ofen zu heizen, kurz, irgendwo anzugreifen, wo eine Hand, eine Kraft, eine größere Geschicklichkeit fehlt. Zu solcher Stellung und Thätigkeit ist ein einfacher Sinn erforderlich, der sich (außer um sein Haus) nicht um andere Dinge bekümmert, der nicht abgeleitet wird durch Verfolg von Studien, Kunst oder andere Passionen, der die Arbeit nicht als eine Last, als eine unangenehme nothwendige Bedingung für den Lohn und Unterhalt betrachtet, sondern ihr mit Lust nachgeht. Wer mit schwerer Arbeit um sein Brod gekämpft hat, der hat sich als tüchtig bewährt zur Meisterschaft, zum Werkführer und höher hinauf – das ist der Mann.“¹⁹⁷

Seit den 1850er Jahren setzte – neben dem Anwachsen der Schicht der Angestellten und der voranschreitenden Differenzierung von technischen Bereichen sowie dem wachsenden Verwaltungssektor – eine innere Differenzierung in Betriebsführer, Obermeister, Meister und Aufseher innerhalb der Werkstätten ein. Der soziale Abstand zwischen Obermeistern oder Meistern und den Arbeitern wuchs dabei beständig und zeigte sich im Werkswohnungsbau, durch den Bau distinguerter Meisterwohnungen, auch nach außen. Parallel zu dieser sozialen Aufwertung erlebten die Meister aber eben eine innerbetriebliche Einengung ihrer Kompetenzen, die durch die angesprochene Schaffung weiterer Hierarchieebenen über ihnen bewirkt wurde. Zwischen die Betriebsführung und die von Aufsehern, Meistern und

¹⁹⁶ Im Detail: ebd., S. 319–340 u. S. 535–559.

¹⁹⁷ Zitiert nach: Gall, Krupp, S. 104 f.; dort findet sich auch die Rekonstruktion der Funktion und des Bedeutungswandels des „Meisters“ insgesamt.

Die als Mönche verkleideten Krupp-Beamten Lindner, Rys und Bierwirth beim Skatspielen, 1890. Fotograf: Heinrich Fleischhauer, Fotoarchiv Ruhr Museum (SBS_d1357).



Obermeistern aus ihrer Mitte geleitete Arbeiterschaft, so resümiert Lothar Gall dieses Kapitel der Arbeitsorganisation in seiner Unternehmensgeschichte, „schob sich rasch eine wachsende Schicht von vielfach akademisch gebildeten, zunächst mehrheitlich jüngeren Technikern und Laufleuten, die sich als ‚Beamte‘, also als Angestellte des Unternehmens, von den älteren Obermeistern und Meistern deutlich abhoben und bald auch ihnen gegenüber abgrenzten.“ Damit wurde zugleich der zuvor noch mögliche Weg „vom einfachen Arbeiter zum Betriebsführer“ verbaut. „Die ‚Beamtenschaft‘, zumal die akademisch gebildete“, so Gall, „bildete eine eigene, in sich im Lauf der Entwicklung hierarchisch immer stärker untergliederte Gruppe mit eigenen Karrieremustern und schließlich auch eigenen Standesorganisationen wie dem Casino-Verein.“¹⁹⁸ Das hatte Auswirkungen, die vor allem ältere Meister zu spüren bekamen. Deren Aufstiegsperspektiven verengten sich mit der immer ausgeprägteren und undurchlässigeren Grenze zwischen den Beamten und „der eigentlichen Arbeiterschaft mit Obermeistern und Meistern an der Spitze“ erheblich. Gall identifiziert die Position des Betriebsführers als Grenzlinie.

„Diese bis in die 1860er Jahre zumindest teilweise noch mit aufgestiegenen Meistern besetzte Stelle wurde seit den 1870er Jahren in aller Regel gezielt mit extern angeworbenen Fachkräften besetzt, für die eine akademische Vorbildung eine immer größere Rolle spielte. [...] Die in den ersten Jahrzehnten des Unternehmens – bis auf wenige Spitzenpositionen – zumindest dem Anspruch nach bestehende durchgehende Aufstiegschance zerbrach damit in getrennte, verkürzte Karrierewege, also Arbeiter-Meister-Obermeister, Techniker-Betriebsführer, Ingenieur-Ressortchef, Prokurist-Direktor, Bürobeamter-Bürovorsteher.“¹⁹⁹

Position und Funktion im Produktionsprozess, Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten sowie die Fragen des sozialen Status – damit sind zentrale sozialgeschichtliche Themen benannt, die sich beim Blick auf die Gruppe der Meister in den industriellen Großbetrieben stellen. Die durch Unternehmensentwicklung und Neuerungen im Produktionsprozess bedingte und vorangetriebene innerbetriebliche soziale Differenzierung sowie die Etablierung neuer sozialer Gruppen gehört zu den Strukturmerkmalen der Ruhrgebietsgesellschaft als Indust-

¹⁹⁸ Gall, Krupp, S. 212.

¹⁹⁹ Ebd., S. 210–212.

Timo Luks

riegesellschaft. Sozialer und formeller Status konnten dabei durchaus auseinandertreten, wie das Beispiel der Phoenix-Hütte zeigt. Laut Hüttenordnung von 1885/1891 hatten bis dato „sämtliche Meister formell den gleichen Status“ wie Arbeiter. Sie waren den Bestimmungen der Fabrikordnung unterworfen und wurden im Tagelohn beschäftigt. Demgegenüber galten Aufseher und Obermeister als „Privatbeamte“.

„Seit 1892 wurden die nun als Werkmeister bezeichneten Meister sowie die Aufseher und Obermeister deutlich von den Arbeitern unterschieden. Allerdings blieben die Übergänge noch fließend. Vorarbeiter wurden z. T. als Beamte behandelt, Hilfsmeister und Platzmeister als Arbeiter. Zu Meistern aufgestiegene Arbeiter wurden teilweise aus den Stammlisten gestrichen, wahlweise wurden sie dort als Arbeiter weitergeführt.“²⁰⁰

Zudem wies die Gruppe der Meister eine im Vergleich zu anderen Gruppen hohe betriebliche Stabilität auf, und vor allem: Der Anteil von Meistern war bei Neueinstellungen seit den 1880er Jahren deutlich rückläufig, während innerbetrieblicher Aufstieg an Gewicht gewann und die Mehrheit der Meister intern rekrutiert wurde. 1866–1875 traf das auf 40, 1876–1885 auf 27, 1886–1895 auf 57 und 1896–1902 auf 67 Prozent der in der Stammliste geführten Meister zu. „Prinzipiell“, so resümiert Ulrich Zumdick die Aufstiegschancen für Hüttenarbeiter im Allgemeinen und für Meister im Besonderen, „war ein Aufstieg innerhalb kürzester Frist möglich, kam jedoch in der Praxis nur in Ausnahmefällen vor.“ Die Wahrscheinlichkeit eines Aufstiegs vergrößerte sich in der Regel mit zunehmender Beschäftigungsdauer. Andersherum galt allerdings auch: Wenn nach einer Beschäftigung über mehrere Jahre kein Aufstieg erfolgt war, war er kaum noch möglich. Eine Ausnahme stellten diejenigen dar, denen es gelang „die Barriere zwischen ihrer Position als Arbeiter und der als Vorarbeiter, Aufseher, Meister etc.“ zu überspringen. „Ein derartiger

Aufstieg trat in der Regel erst nach langjähriger Beschäftigung ein.“²⁰¹

Kaufleute, Unternehmer, Industrielle

In der älteren Ruhrgebietsgeschichte spielte die Betonung des „pionierhaften“ Charakters und der „Unternehmerinitiative“ Einzelner eine wichtige Rolle. Bereits Wilhelm Brepohl hatte davon gesprochen, dass „der neue Zeitgeist“, den er mit der Nordwanderung des Bergbaus anbrechen sah, „neue Männer“ auf den Plan gerufen habe, „die dank ihrer Energie, ihrer Phantasie und ihrem Wagemut“ die Entwicklung vorantrieben. Brepohl trieb die Frage nach Herkunft und Charakter der frühen Unternehmer um. Das wiederum war für ihn nicht vom besonderen Charakter des Ruhrgebiets zu trennen. Seit „den frühesten Zeiten“, so schrieb er, „bestand die Grenze zwischen dem Fränkisch-Römischen und dem Germanisch-Sächsischen, eine Tatsache, die sich bis heute noch nicht ganz überlebt hat. Drüben Rheinländer mit Unternehmungsgeist, hier Westfalen, die mehr Werksge辛nung hatten“. Das habe sich nicht zuletzt in unterschiedliche Unternehmertypen übersetzt: den Typus des „Händlerunternehmers“ im Rheinland, verkörpert durch Friedrich Grillo oder Hugo Stinnes, und denjenigen des „Produzentenunternehmers“ à la Thyssen und Krupp.²⁰² Die Frage regionaler Wesensunterschiede und ihrer Bedeutung für das Unternehmertum im Ruhrgebiet hat die Sozialgeschichte auch nach Brepohl längere Zeit beschäftigt, insgesamt etwas über Gebühr, wie es im Rückblick erscheint. Dabei wurde auf eine mitten „durch das niederrheinische Industriegebiet“ verlaufende „spürbare Grenze“ verwiesen: „zwischen den im reicheren Rheintal lebenden, leicht beweglichen, unternehmungslustigen, einfallsreichen und entschlußfreudigen, aber auch nicht immer ausdauernden Rheinländern“ auf der einen Seite und den „im Münsterland und den rauen und wenig fruchtbaren Bergländern des Märkischen Landes aufgewachsenen, ruhigen, beharrlichen, nüchternen, aber auch starrköpfigen Westfalen“ auf der anderen Seite.²⁰³ Im Hintergrund derartiger Schilderungen standen offenkundig eine bestimmte

²⁰⁰ Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 297–298.

²⁰¹ Ebd., S. 324.

²⁰² Im Detail: Brepohl, Aufbau, S. 51–61.

²⁰³ Friedrich Zunkel: Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1834–1879. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, Köln 1962, S. 32 f.

Vorstellung erfolgreichen industriellen Unternehmertums und die Idee einer glücklichen Fügung, derzufolge im Ruhrgebiet alle nötigen mentalitätsgeschichtlichen Puzzleteile zueinanderfanden. Dass hier zudem Regionalstereotypen die Analyse überlagerten, liegt auf der Hand. Es ist, so mag man mit ein wenig Ironie anfügen, tatsächlich auch ein historisch glücklicher Zufall, dass alle günstigen unternehmerischen Eigenschaften und Wesenszüge auf relativ kleinem Raum nebeneinander lagen und sich nur ineinander zu fügen brauchten.

Kein anderes mitteleuropäisches Industriegebiet, so unterstreicht Wolfram Fischer in einem später publizierten Vortrag aus dem Jahr 1961, besitze „ähnlich viele berühmt gewordene Namen“ wie das Ruhrgebiet: Krupp und Thyssen, Haniel und Stinnes, Grillo und Stroussberg. Dass diese sich „in ihrer ganzen Eigenart entfalten konnten“, lag für Fischer nicht zuletzt an der Bergrechtsreform des Jahres 1861, die größere soziale Mobilität ermöglicht und die unternehmerische Tätigkeit befreit habe.²⁰⁴ Forschungen zum rheinisch-westfälischen Unternehmertum betonen regelmäßig die Bedeutung der liberalen Reformen nach 1850, die den Ruhrbergbau und in der Folge auch andere Industrien im Ruhrgebiet „von den Fesseln staatlicher Reglementierung befreit“ und damit wirtschaftlichen Aufschwung initiiert hätten.²⁰⁵ Aus beiden Strängen – den rheinischen „Händlerunternehmern“ und den westfälischen „Produzentenunternehmern“ – entstand, folgt man der skizzierten Lesart, ein neues kapitalistisches Unternehmertum. Zum Verständnis dieses Typus ist es hilfreich, an den Nationalökonom Joseph A. Schumpeter zu erinnern, der die Funktion des Unternehmers darin sah,

„die Produktionsstruktur zu reformieren oder zu revolutionieren entweder durch die Ausnützung einer Erfindung oder, allgemeiner, einer noch unerprobten technischen Möglichkeit zur Produktion einer neuen Ware bzw. zur Produktion einer alten auf neue Weise, oder durch die Erschließung einer neuen Rohstoff-

quelle oder eines neuen Absatzgebietes oder durch die Reorganisation einer Industrie usw.“²⁰⁶

Diese Charakterisierung wird in wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Arbeiten zum Unternehmertum im Ruhrgebiet mitunter explizit aufgegriffen, scheint das Bild des „Unternehmers als schöpferischer Neuerer“, wie Gerhard Adelmann in seiner zitierten Studie unterstreicht, doch geradezu auf die „Pionierunternehmer der jungen Ruhrindustrie, einen Franz Haniel, Mathias Stinnes, Alfred Krupp, Gustav Mevissen oder Friedrich Grillo“ gemünzt zu sein. Es wird gern übersehen, dass Schumpeter sich den Unternehmern des 19. Jahrhunderts an anderer Stelle durchaus ironisierend näherte. Auf industriellem Gebiet sei die „liberale Epoche“, wie er das Jahrhundert der Haniel, Stinnes, Krupp, Mevissen, Grillo usw. nannte, durch „miteinander konkurrierende Familienunternehmungen“ gekennzeichnet gewesen – und wir alle

„kennen den Typus des industriellen Bürgers und seine starken und schwachen Seiten. Wir alle kennen insbesondere auch das Schema seiner Motivation: Er arbeitet nach dem Diktat eines Pflichtbegriffs, der orientiert war an dem Gedeihen der Unternehmung einerseits – einer konkret bestimmten, individuellen Unternehmung, die er bis auf das Gemäuer arational liebte – und an dem naturhaften und naturstarken Willen, die Position jenes Kreises zu erhalten und zu bessern, der sein Zentrum im Familienhause hatte, andererseits. Beide Momente wirkten so sehr auf Ansammlung und produktive Verwendung des Erworbenen, daß für diesen Typus der Oberflächensatz, daß man wirtschaftet, um zu verzehren – die hedonische Motivreihe –, fast zur Karikatur wird.“²⁰⁷

Heroische Stilisierungen prägten die Wahrnehmung der Industiepioniere des Ruhrgebiets schon lange, bevor Schumpeter die Unternehmerfunktion ausbuchstabierte, und sie dienten und dienen der Wirtschafts- und

²⁰⁴ Fischer, Bedeutung, S. 173 f.

²⁰⁵ Gerhard Adelmann: Führende Unternehmer in Rheinland und in Westfalen, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 35 (1971), S. 335–352, hier: S. 338.

²⁰⁶ Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 2005 [1942], S. 214.

²⁰⁷ Joseph A. Schumpeter: Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute [1929], in: ders.: Schriften zur Ökonomie und Soziologie, hg. v. Lisa Herzog/Axel Honneth, Berlin 2016, S. 78–102, hier: S. 83.

Sozialgeschichte des Unternehmertums immer wieder als Bezugspunkt.²⁰⁸ Die Sozialfigur des modernen, kapitalistischen, heroischen und dynamischen, kurz: Schumpeter'schen Unternehmers zeigte sich im Ruhrgebiet wie andernorts, darauf hat die Forschung wiederholt hingewiesen, sowohl als Eigentümer als auch in Person angestellter Direktoren. Ausprägung, Entwicklung und Verhältnis dieser Typen unterschieden sich je nach Branche und Region. Während der rheinische Teil des Ruhrbergbaus in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung einen hohen Anteil von Eigentümer-Unternehmern aufwies, wurde der westfälische Bergbau bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts von Kapitalgesellschaften betrieben, der Typus des Angestellten-Unternehmers begegnet uns entsprechend häufiger. Allerdings beteiligten sich einige der Kapitaleigner aktiv an der Unternehmensführung. In der Frühzeit der Aktiengesellschaften war es nicht unüblich, dass „die Unternehmerfunktionen vom angestellten Direktor und einem oder mehreren Verwaltungsratsmitgliedern gemeinsam ausgeübt wurden“. Einige taten das derart intensiv, dass die angestellten Direktoren zu „bloßen Befehlsempfängern“ wurden, wenn auch oft nur in der Gründungsphase des jeweiligen Unternehmens.²⁰⁹ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzog sich zudem ein Wandel innerhalb der Gruppe der Eigentümer-Unternehmer. In immer stärkerem Maß gehörten zum Profil nicht mehr in erster Linie ein technisch-handwerkliches Wissen und Können oder ein gewisser Erfindergeist, der in der Frühphase der Industrialisierung noch eine Rolle spielte. Wichtiger wurden stattdessen die Verfügung über Kapital sowie kaufmännisches Geschick. Das fragliche Kapital war in der Regel ererbtes Kapital. Bei der Genese des industriellen Unternehmertums des Ruhrgebiets handelte es sich in großen Teilen um einen intergenerationellen Transformationsprozess väterlichen bzw. familiären Vermögens.

Um die skizzierten Zusammenhänge sozialgeschichtlich zu konturieren, ist es notwendig, die soziale, berufliche und regionale Herkunft der sozialen Gruppe der

Unternehmer herauszuarbeiten. Dabei fällt sofort die Zugehörigkeit der führenden Industriellen zum Bürgertum auf, einschließlich einer ausgeprägten Tendenz der Selbstrekrutierung dieser Schicht, die sich etwa im Heiratsverhalten zeigte. Zudem wird deutlich, dass während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine neue soziale Elite entstand, die sich in beruflicher und gewerblicher Hinsicht aus dem Handel und, zu einem deutlich geringeren Anteil, aus dem Handwerk bzw. dem älteren produzierenden Gewerbe heraus entwickelte. Entlang der angesprochenen Unterscheidung von Eigentümer- und Angestellten-Unternehmern gerät darüber hinaus die Entstehung der Sozialfigur des modernen Managers in den Blick. Schließlich fällt sozialgeschichtlich auch ins Gewicht, dass es sich bei den Unternehmern und Industriellen des Ruhrgebiets um eine rheinische und westfälische Elite handelte, Fernwanderung also kaum eine Rolle spielte, auch wenn es unter ihnen einige prominente Namen gab, die aus dem Ausland kamen. All die genannten Aspekte lassen sich systematisch darstellen. Vollständig wird das Bild allerdings nur durch eine Diskussion unternehmerischer Vorstellungswelten, oder besser: der zeitgenössischen Vorstellungen von Unternehmertum, etwa bei denen, die Unternehmen gründeten oder die Möglichkeit hatten, etablierte Unternehmen zu übernehmen. Dabei ist fraglich, ob das Bild des risikobereiten „schöpferischen Erneuerers“ tatsächlich so gut für die „Pionierunternehmer der jungen Ruhrindustrie“ passt, wie manchmal behauptet – oder ob nicht vielleicht ein anderes Bild angemessener ist.

Mehr oder weniger alle führenden Industriellen gehörten ihrer *sozialen Herkunft* nach dem Bürgertum an, auch wenn sie keine einheitliche Schicht bildeten. Bedingt durch Unternehmensgröße, Vermögen und Besitz zeigten sich teilweise erhebliche Unterschiede, ebenso in Sachen Lebensführung, die großbürgerlich oder adlig-aristokratisch oder kleinbürgerlich anmuten konnte. Schichtbildung verlief mitunter quer durch das Unternehmertum. So zeigt Adelman, dass es beispielsweise

208 Die Ausführungen dieses Teilkapitels stützen sich auf: Adelman, Unternehmer; Hansjoachim Henning: Soziale Verflechtungen der Unternehmer in Westfalen 1860–1914. Ein Beitrag zur Diskussion um die Stellung der Unternehmer in der Gesellschaft des deutschen Kaiserreiches, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 23 (1978), S. 1–30; Toni Pierenkemper: Die westfälischen Schwerindustriellen 1852–1913. Soziale Struktur und unternehmerischer Erfolg, Göttingen 1979; Zunkel, Unternehmer.

209 Adelman, Unternehmer, S. 339.

kaum verwandtschaftliche Bindungen zwischen montan- und textilindustriellen Familien, also zwischen großen und mittleren Unternehmen gab. „Man heiratete in den ersten Jahrzehnten nach 1850 in bekannten Fabrikantenkreisen der Branche und der Heimat, wenn man nicht schon damals vereinzelt, häufiger seit den 1870er Jahren, eheliche Verbindungen zum höheren Beamtentum oder auch zum Adel knüpfte.“²¹⁰ Der Wirtschaftshistoriker Hansjoachim Henning spricht für die Phase nach 1860 von einer „zunehmenden Herkunftsverflechtung westfälischer Großunternehmer mit der Kerngruppe des Besitzbürgertums“. Diese Verflechtung war gleichzeitig mit einer scharfen Abgrenzung von anderen sozialen Gruppen verbunden. Es handelte sich nicht um soziale, sondern um gruppeninterne Mobilität: um „die typische Ergänzung einer Elite, deren Ziel die Bewahrung ihrer Funktionen war“. Über Heirat intensivierte Kontakte von Großunternehmern zu anderen bürgerlichen Gruppen fielen kaum ins Gewicht. Dabei spielten soziale und ökonomische Überlegungen eine zentrale Rolle. Eigentümer-Unternehmen suchten, wie Henning ausführt, „eine Familienverbindung untereinander, wobei auf familiengleiche Branche und tunlichst gleichen Besitzstand geachtet wurde. Damit konnte Konkurrenz aus dem Wege geräumt oder zumindest abgeschwächt werden.“ In diesem Konnubium lässt sich ein Streben nach sozialer Exklusivität gegenüber anderen sozialen Gruppen, aber auch innerhalb der eigenen Teilgruppe erkennen. Auch unter den gewerblichen Unternehmern, die nicht im engeren Sinn als Großunternehmer zu zählen sind, also kleine und mittlere Kaufleute und Fabrikanten, dominierte die Heirat in der eigenen Gruppe. Das verstärkte „den Verbund des Besitzbürgertums wiederum vorwiegend im Bereich des Kleinbürgertums“, während „eine gleich enge Verbindung im Großbürgertum durch die fehlende Gegenseitigkeit des Kontaktes zwischen den Gruppen des Besitz- und des Bildungsbürgertums nicht zustande kam“.²¹¹ Angesichts der ausgeprägten Endogamie in unternehmerischen und wirtschaftsbürgerlichen Kreisen – einer Heiratsordnung, in der sich die Berufsstruktur der Schwiegerväter weitgehend mit derjenigen der Väter deckte – blieb um-

gekehrt auch die Einheirat von Unternehmern in traditionelle Elitenberufe selten.

Neben der sozialen Herkunft und Zugehörigkeit sind die *beruflichen und gewerblichen Hintergründe* des Ruhrgebietsunternehmertums vielfach Gegenstand der Forschung geworden. Dabei entstand ein kohärentes Bild. Im Rheinland stammten die bedeutendsten Eigentümer-Unternehmer aus dem Kaufmannsstand (Haniel, Stinnes, Waldthausen, Grillo, Mevissen usw.), in weniger prominenten Fällen auch aus dem Handwerk. Im westfälischen Bergbau dominierten bürgerliche Gutsbesitzer als Kapitaleigner, ergänzt um Angehörige der freien Berufe, etwa Juristen, oder des höheren Staatsdiensts. Hinsichtlich der beruflichen Herkunft Bochumer Industrieller, das als Beispiel, ist ein deutliches Übergewicht von Händlern und Kaufleuten auf der einen sowie Fabrikanten und Firmendirektoren auf der anderen Seite festzustellen. Mit einem gewissen Abstand rekrutierte sich die Industriellengruppe Bochums auch aus dem Kreis der Beamten und Angestellten sowie der freien Berufe und – in Maßen – aus dem Handwerk. Das lässt sich als Verdrängung des älteren Typus des kleinen Unternehmers und Eigentümers interpretieren. „Das wichtigste Merkmal der Bochumer Industriellenelite war“, so David Crew, dass „sie sich im Lauf der Zeit immer mehr nach außen abschloß.“ Sozialer Aufstieg in diese Gruppe war möglich, wies aber deutliche Grenzen auf. Einige Industrielle „hatten sich aus der Schicht der Handwerker oder kleinen Ladenbesitzer zu kleinen Industrieunternehmern hochgearbeitet, am deutlichsten in der metallverarbeitenden Industrie und im Maschinenbau. Andere, wie Baare oder die Zechendirektoren, waren aus den Reihen der Staatsbeamten gekommen und waren sozial noch weiter aufgestiegen.“²¹² Mit Blick auf die Sozialstruktur westfälischer Schwerindustrieller zwischen 1852 und 1913 erweisen sich ältere Vorstellungen eines weitverbreiteten Aufstiegs aus handwerklichen und vorunternehmerischen Tätigkeiten sowie einer weitgefächerten sozialen Rekrutierung des Unternehmertums lediglich als ein „verbreitetes Klischee“, das durch die sozialgeschichtliche Forschung inzwischen zurückgewiesen wurde. Der typische Industrielle dieser frühen Phase war nicht der „emporgekommene Handwerksmeister“,

²¹⁰ Ebd., S. 347 f.

²¹¹ Für die vorangegangenen Zitate: Henning, Verflechtungen, S. 11–15 u. 23–27.

²¹² Crew, Bochum, S. 116–121.

sondern es handelte sich um Personen, „die zuvor eine verwandte oder zumindest weitgehend sozial gleichrangige Berufstätigkeit ausgeübt hatten“.²¹³ Lediglich unter den kleinen und mittleren gewerblichen Unternehmern war der Zustrom aus der Handwerkerschaft stark und sank nie unter ein Fünftel. In diesem enger gefassten Milieu, nicht im Unternehmertum insgesamt, finden sich Hinweise „auf den Aufstiegswillen und auf die Aufstiegsmöglichkeiten der Handwerker ebenso wie auch auf die geringe soziale Abgrenzung der Unternehmer gegenüber dieser statusverwandten Gruppe“.²¹⁴ Hier zeigt sich aber auch, dass die Grenze zwischen Handwerk und kleinem oder mittlerem Unternehmertum fließend war, denn im strengen Sinn war bereits jeder auf eigene Rechnung arbeitende Handwerksmeister mit eigener Werkstatt irgendwie auch „Unternehmer“, zumindest potenziell, und er wurde es mit jeder Betriebserweiterung mehr. Ein mittlerer Gewerbebetrieb hatte mit einem größeren Handwerksbetrieb mehr gemein als mit einer Großzeche oder einem Hüttenwerk.

Die Angestellten-Unternehmer des Ruhrgebiets markieren einen wichtigen Schritt in der Geschichte der *Sozialfigur des modernen Managers*. Die Direktoren der Bergwerksunternehmen rekrutierten sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts aus dem Kreis der staatlichen Bergbaubeamten und seit den 1870er Jahren immer deutlicher auch aus dem Kreis der akademisch gebildeten Bergassessoren, die zum „Prototyp des angestellten Bergwerksunternehmers in Westfalen und auch im Rheinland“ (Gerhard Adelman) wurden. Die Vertreter dieser sozialen Gruppe, so Franz-Josef Brüggemeier, hatten „eine der angesehenen Bergakademien besucht, genossen als Bergassessoren hohes Ansehen und besaßen ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein. Sie waren als Jagd- und Corpsbrüder oder auch durch Verwandtschaftsbeziehungen miteinander verbunden, trugen mit Stolz den Titel des Reserveoffiziers, den im Ruhrbergbau zur Jahrhundertwende neun von zehn der Assessoren innehatten, und glichen einer abgeschlossenen Kaste.“²¹⁵ Daneben etablierte sich zunehmend aber auch ein anderer Weg ins Management. Der kaufmännisch

ausgebildete Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Emil Kirdorf, hatte seinen Aufstieg im Ruhrbergbau beispielsweise als Buchhalter begonnen. In der Schwerindustrie kamen zunächst zwar zahlreiche der „Industriepioniere“ aus dem Kaufmannsstand, oft verbunden mit einem ausgeprägteren technischen Know-how. Mit wachsenden Unternehmensgrößen gewannen aber auch hier angestellte Direktoren an Bedeutung. Diese verfügten häufiger über einen juristischen oder Verwaltungshintergrund, wie etwa der sächsische Finanzrat Hanns Jencke, der von 1887 bis 1902 de facto die Geschäfte Krupps leitete. Zum Prototyp des angestellten Unternehmers wurde der ehemalige Eisenbahn- und Zollbeamte Louis Baare, der von 1854 bis 1895 als kaufmännischer bzw. Generaldirektor des Bochumer Vereins tätig war. Im Vergleich des höheren Managements mit der Gruppe der Eigentümer-Unternehmer zeigen sich einige aufschlussreiche Unterschiede. Die soziale Selbstrekrutierung war im Milieu leitender Angestellter und Direktoren der Großindustrie deutlich geringer ausgeprägt. Einerseits gelangten häufiger mittlere Fabrikanten oder Kaufleute in entsprechende Positionen, andererseits stieg ein kleinerer Personenkreis aus Männern auf, die zwar nur über ein relativ kleines Vermögen verfügten, dafür aber über große geschäftliche Erfahrungen und eine kaufmännische oder kaufmännisch-technische Vorbildung. Diese Männer brachten ihr „auf niedrigerer Stufe“ erworbenes Wissen, nicht ihren Besitz, in die Leitung dieses oder jenes größeren Unternehmens ein. In ähnlicher Weise vollzog sich die vereinzelte Ergänzung der Gruppe der Großunternehmer aus der akademisch gebildeten Beamtschaft hauptsächlich über das hohe Management.²¹⁶ In diesem Zusammenhang nicht unwichtig ist auch ein „ansehnliches Maß an betrieblicher Mobilität“. Demnach begannen knapp 60 Prozent der westfälischen Schwerindustriellen ihre Karrieren „auf der unteren Ebene der betrieblichen Hierarchie“, auffällig häufig außerhalb des Bergbaus. 70 Prozent der Bergbauunternehmer begannen ihre Karrieren dagegen „schon auf der Ebene der Direktion“ und nur in geringerem Umfang „auf der mittleren Ebene“.²¹⁷

²¹³ Pierenkemper, Schwerindustrielle, S. 46 f.

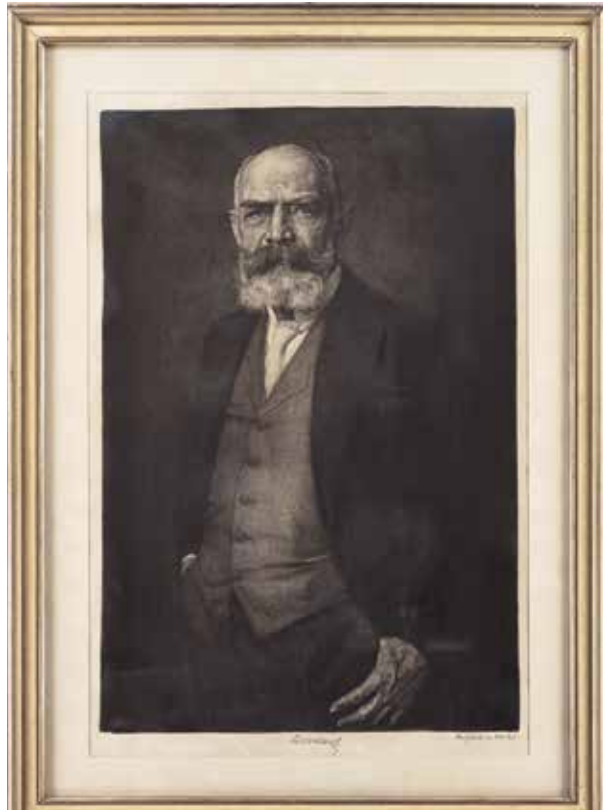
²¹⁴ Henning, Verflechtungen, S. 21 f.

²¹⁵ Brüggemeier, Grubengold, S. 138 f.

²¹⁶ Henning, Verflechtungen, S. 7–10.

²¹⁷ Pierenkemper, Schwerindustrielle, S. 84.

Bei den Unternehmern und Industriellen des Ruhrgebiets handelte es sich – mit Blick auf ihre *regionale Herkunft* – um eine vornehmlich rheinische und westfälische Elite. Bezüglich der noch vorindustriellen Unternehmer und Unternehmerfamilien Rheinlands und Westfalens konstatiert Friedrich Zunkel, dass diese „überwiegend bodenständig waren“ und „ihre Mobilität verhältnismäßig gering blieb“. Erst im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts änderte sich das langsam, „als vorzugsweise im Bergischen Land, am Niederrhein und im Aachener Raum Produktion und weltweiter Export [...] – bedingt durch das Ansteigen des Bedarfs an gewerblichen Gütern – einen bedeutenden Aufschwung nahmen.“ Schritt für Schritt bildeten sich engere Beziehungen zwischen den einzelnen Gewerbe- und Industriezentren heraus, getragen und unterstützt von Eheschließungen führender Unternehmerfamilien über örtliche Grenzen hinaus.²¹⁸ Sozialgeschichtliche Studien haben sich inzwischen wiederholt der regionalen Herkunft des Unternehmertums im Ruhrgebiet gewidmet. Die Gründungswelle der späten 1840er und 1850er Jahre im Bergbau, das konnte dabei gezeigt werden, wurde zunächst durch einheimische Kohlegroßhändler wie Haniel oder Stinnes, dann aber auch durch Einheimische mit unterschiedlichem beruflichem Hintergrund getragen. Das sorgte in Sachen unternehmerischer Tätigkeit für eine Kontinuität, die im Bergbau bis in die 1870er Jahre reichte. Die Präsenz einzelner ausländischer Unternehmer änderte an diesem Gesamtbild wenig. In der Eisen- und Stahlindustrie fanden sich ebenfalls zahlreiche heimische Unternehmer, „aber stärker als beim Bergbau auch Techniker, Ingenieure und Manager aus anderen Regionen ein, welche die großbetrieblichen Probleme nicht als Eigentümer, sondern als am Erfolg beteiligte Angestellte bzw. Direktoren lösten“.²¹⁹ Diese Differenzierung wurde vielfach bestätigt. Demnach dominierten unter den rheinischen Eigentümer-Unternehmern Männer, die „vornehmlich aus den Städten“ stammten, „in denen sie ihre Unternehmungen aufbauten“. Unter den westfälischen Industriellen finden sich dagegen, vor allem unter den Generaldirektoren, Zugewanderte „aus allen Teilen Deutschlands“.²²⁰ Knapp ein Drittel der westfälischen Schwerindustriellen war in der Region



Dr.-Ing. Emil Kirdorf, Geh. Kommerzienrat, (1847–1938), Radierung, Rudolf Schulte im Hofe, 1913.

Der Anlass für das Malen des Bildes war das 40-jährige Jubiläum der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. (Laut Heinz Krufft, Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Bergbau, Bad Godesberg).

Deutsches Bergbau-Museum Bochum (030350618001).

gebürtig. „Der Rest“, so Toni Pierenkemper, „stammt[e] jeweils etwa zur Hälfte aus der näheren Umgebung oder aus weiter entfernten deutschen Regionen“, knapp sieben Prozent aus dem Ausland. Pierenkemper schlussfolgert daher, nicht ganz überraschend, dass ein enger Zusammenhang zwischen Unternehmerkarrieren und Eigentum bestand, spielten doch vor allem in der Frühphase und im Bergbau „Grund- und Bodenbesitz sowie Ortskenntnisse eine große Rolle bei der Abschätzung der Profitabilität einer Zechengründung“. Das wiederum erkläre die prominente Rolle von Gutsbesitzern unter den

²¹⁸ Zunkel, Unternehmer, S. 19–21.

²¹⁹ Weber, Entfaltung, S. 272.

²²⁰ Adelman, Unternehmer, S. 343.

(Mit-)Gründern verschiedener Zechen. „Die besondere Bedeutung des Eigentums galt aber auch für die Unternehmen der Eisenindustrie, die ja meist als kleine private Einzelunternehmen gegründet wurden.“²²¹

Bezieht man *zeitgenössische Vorstellungen von Unternehmertum* in die sozialgeschichtliche Betrachtung ein, etwa bei jenen, die Unternehmen gründeten oder übernahmen, lässt sich die Reichweite des Bilds des „schöpferischen Erneuerers“ eruieren. Die subjektive Motivation von Unternehmersöhnen, ihren Vätern zu folgen, war unterschiedlich ausgeprägt und unterlag aufschlussreichen Schwankungen. So steigerte der konjunkturelle Aufschwung der 1850er und 1860er Jahre entsprechende Neigungen vor allem der älteren Söhne, da „diese Zeit günstige Aussichten bot, das Erbe zu mehren und die Funktionen der Väter zu tradieren.“²²² Günstige konjunkturelle Umstände stärkten die ausgeführte Tendenz der Selbstrekrutierung, sieht man von gewissen Schwankungen ab, die sich beispielsweise in Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise von 1857/1858 und den Gründerkrach abzeichneten und eine gewisse Tendenz von Unternehmersöhnen mit sich brachten, sich auf „sichere“ Berufe etwa im akademisch gebildeten Beamtentum zurückzuziehen. „Die Parallelität zwischen Selbstrekrutierung und Konjunkturverlauf“, so resümiert Hans-Joachim Henning, „ist augenfällig und verdeutlicht, daß in Zeiten gutgehender Geschäfte vorwiegend die ältesten Söhne der gewerblichen Unternehmer gern bereit waren, das Risiko des Unternehmerberufes auf sich zu nehmen und das Vätererbe fortzuführen, in dem sie sich eine wirtschaftliche Selbständigkeit erhalten konnten.“ Dass sich entsprechende Bemühungen auch unter schlechten konjunkturellen Bedingungen zeigten, deutet auf die Anziehungskraft des Ideals der Selbstständigkeit im Bürgertum des 19. Jahrhunderts hin. Die im Vergleich zur Unternehmensnachfolge wohl sicherere Beamtenlaufbahn „blieb überwiegend den nachgeborenen Söhnen vorbehalten. Die Ältesten zogen sich lieber auf eine Tätigkeit im Bereich der kaufmännischen und technischen Angestellten zurück; eine Position, die als Durchgangsstadium die wirtschaftliche Unselbständigkeit ertragen ließ, weil sie durch verwandte Tätigkeit

die Rückkehr zum väterlichen Status nicht versperrte und oft durch den erweiterten Erfahrungsbereich sogar förderte.“²²³

Die Frage nach der Stilisierung der „Industrieepioniere“ des Ruhrgebiets als heroische, dynamische, risikobereite, kühne, beharrliche und weitsichtige Unternehmer lässt sich am besten entlang einiger Beispiele diskutieren. Die ältere Wirtschafts- und Sozialgeschichte hat in dieser Hinsicht auf einen historischen Einschnitt und generationellen Bruch hingewiesen. Während sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch viele Unternehmer der „hausindustriell organisierten Weberei und Kleineisenindustrie“ zuwandten, auch aufgrund des relativ geringen Kapitalaufwands, „zogen betrieblich verwertbare technische Erfindungen und chancenreiche ökonomische Neuerungen doch bald junge und wagemutige Männer an“. Diese Männer waren Haniel, Harkort und Co. Diese „erste Generation der zahlreichen aus kleinbürgerlichen Verhältnissen kommenden Unternehmer“ gelangte zumeist „noch nicht über einen kleinen oder mittleren Gewerbebetrieb hinaus, und erst die gebildeteren, besser gestellten, in ihrer sozialen Stellung bereits gehobenen Söhne brachten die Firma dann zu größerer Blüte.“²²⁴ Dass der Verweis eines Aufstiegs aus dem „Nichts“ in dieser *Invention of Tradition* eher der metaphorischen Stilisierung bestimmter Unternehmerpersönlichkeiten und nicht einer präzisen sozialgeschichtlichen Charakterisierung dient, dürfte nach den Ausführungen zur sozialen und familiären Herkunft der rheinisch-westfälischen Unternehmer klar sein. Ein Aufstieg aus den untersten Bevölkerungsschichten, also denjenigen, die tatsächlich nichts hatten, fand nicht statt und auch derjenige von Handwerksmeistern, die ihre Werkstätten und Betriebe sukzessive vergrößerten, fand in der Regel früh eine Grenze. Die „Pioniergeschichte“ (Adrian Daub), die den Blick auf das Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert lange prägte, teilweise noch prägt und immer wieder als Blaupause für die Zukunft der Region aktualisiert wird, ähnelt auffallend jenen Geschichten, die in jüngster Zeit über das Silicon Valley erzählt werden. Es sind Geschichten der Diskontinuität und Disruption, in denen radikal

²²¹ Pierenkemper, Schwerindustrielle, S. 41 f.

²²² Henning, Verflechtungen, S. 6.

²²³ Ebd., S. 21.

²²⁴ Zunkel, Unternehmer, S. 22–25.

Neues scheinbar aus dem Nichts entsteht, weil die „Pioniere“ einer neuen Zeit alles wagen – und oft genug gewinnen. Diese Geschichten blenden systematisch aus, dass es in der Regel, im Ruhr Valley wie auch im Silicon Valley, *altes* Geld ist, das *neue* Unternehmungen ermöglicht; Geld, das über lange Zeiträume erworben wurde und in Form von Immobilien oder Familienstiftungen weitergegeben wird.²²⁵ Man mag es für eine Ironie der Geschichte halten, dass die Helden des digitalen Zeitalters mitunter ähnlich beschrieben werden wie diejenigen des schwerindustriellen.

In ihrer Einleitung zur Autobiografie von *Franz Haniel* empfahlen die Herausgeber 1979 den Lebenslauf Haniels als „Leitfaden durch die oft verwirrenden geschichtlichen Entwicklungen während der ersten 60 bis 70 Jahre Ruhrgebietsentstehung“. In seiner Person und in seinen Unternehmungen, so schrieben sie,

„erscheinen eine Reihe von typischen Zügen der rheinisch-westfälischen Industrie der frühen Zeit verdichtet und anschaulich erkennbar. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts ist Franz Haniel an führender Stelle an fast allen wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen und Neuerungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beteiligt. [...] Als Franz Haniel sich Ende der [18]50er Jahre aufs ‚Altenteil‘ zurückzieht, sind die Grundlinien für den ungeheuren wirtschaftlichen und technischen Aufschwung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets gelegt.“²²⁶

An Haniels Text – niedergeschrieben zwischen 1858 und 1862, als eine Art Nekrolog für die Familie, nicht zur Veröffentlichung gedacht und nach den ersten Notizen wohl auch nicht weiter überarbeitet – fallen heutigen Leserinnen und Lesern wohl zuerst eine gewisse Lakonie und der unpräzise Ton auf. Haniel protokollierte eher, als dass er reflektierte, und das führte im Ergebnis zu einer Ansammlung kleiner und kleinerer Begebenheiten im Lebens- und Geschäftsgang. Er schilderte den Umstand, dass die Mutter nach dem Tod des Vaters das



Johannes Franziskus (Franz) Haniel, Geh. Kommerzienrat (1779–1868); Reproduktion eines Porträt-Gemäldes, Papierabzug, s-w, o. D.
Deutsches Bergbau-Museum (027200066001).

Geschäft fortführte und dabei wenig Hilfe erhielt. Dennoch dehnten sich vor allem die Speditionsgeschäfte beständig aus, und er wurde des Öfteren herangezogen, um Briefe abzuschreiben, ankommende Waren zu kontrollieren oder die Frachtpapiere aufzusetzen: „die Schule wurde vergessen; von dieser Zeit an [1794], war meine Hülfe auf dem Comptoir fast unumgänglich nötig; es gab zu viel zu schreiben und ich blieb stets auf unserm Comptoir und besorgte vorzüglich die Spedition[,] wofür ich große Liebhaberei bekam“.²²⁷ Immer wieder erfahren wir, dass das Speditionswesen Franz Haniels „damaliges Lieblings Geschäft“ war, und wir können ihn da-

²²⁵ Vgl. Adrian Daub: Die Erben des Silicon Valley, in: Merkur 876 (2022), S. 20–32.

²²⁶ Bodo Herzog/Klaus J. Mattheier: Einleitende Bemerkungen zur Autobiographie von Franz Haniel, in: Bodo Herzog u.a. (Hg.): Franz Haniel (1779–1868). Materialien, Dokumente und Untersuchungen zu Leben und Werk des Industiepioniers Franz Haniel, Bonn 1979, S. 9–12, hier: S. 9.

²²⁷ Franz Haniel: Autobiographie, in: Bodo Herzog u.a. (Hg.): Franz Haniel (1779–1868). Materialien, Dokumente und Untersuchungen zu Leben und Werk des Industiepioniers Franz Haniel, Bonn 1979, S. 13–125, hier: S. 27.

Timo Luks

bei beobachten, wie er seine praktischen Kenntnisse in den Kontoren nicht nur der Familie immer weiter vervollkommnete. Als er 1799 nach einer kaufmännischen Lehrzeit ins Familiengeschäft zurückkehrte, fand er dieses in schlechtem Zustand. Er fand es

„von dem früheren schönen baren Fonds fast entblößt und hatte große Mühe und Verdruß, diese leichtfertig ohne Zinsen verliehenen Gelder zurückzubekommen, welches nur mit Mühe, Zeit und Zinsenverlust zum Theil gelang [...]. [D]as Jahr 1799 war daher nicht angenehm, indem ich mehr das Geschäft, und mein Bruder Gerhard zu viel die Jagd liebte; ich arbeitete daher die Separation mit meinen Geschwistern vor; mein ältester Bruder W[ilhel]m hatte sich im Jahre 1796 verheiratet und sich in Duisburg etablirt, wo derselbe ein Spedition und Commissions pp Geschäfte betrieb in Colonial Waaren handelte und viele unglückliche Speculationen und Unternehmungen machte, wodurch er im Verfolg sein ganzes Vermögen verlor und sich ruinirte; meine Schwester verheiratet sich im Jahr 1799 oder 1800 mit dem Herrn Gottlob Jacobi, Hütten Direktor der Fürstin von Eßen über die Eisenhütte St. Antoni und NeuEßen und Kornmühle Oberhausen; da beide ihre separate Geschäfte und Stellung nachgingen, so veranlaßte ich die Separation in der Art, daß unser Aelterliches Vermögen inventarisiert, festgesetzt und was im Verfolg extra und mehr als unsere Haushaltung mit der Mutter und unsere sonstige Ausgaben erübrigt oder gewonnen würde, dieses für unsere beiderseitige Rechnung meines Bruders Gerhard und mir, seye, wogegen wir den Bestand des Vermögens garantirten – von 1799 bis 1805 vermehrten wir, mein Bruder Gerhard und ich unsere Thätigkeit, vergrößerten unser beiderseitige gemeinschaftliche Geschäfte und Glück; außer unsere Spedition, Commission, Fracht, Holz, Kohlen, Handel pp Wein und speculirten wir oft auf Colonial Waaren, gewannen merklich an Weizen.“²²⁸

Das unternehmerische Selbstverständnis Haniels, das zeigt die zitierte Passage, drehte sich um unglückliche oder eben glückliche „Speculationen“; und zwar

nicht nur in der geschilderten Phase um 1800, in der die geschäftliche Tätigkeit um Speditions- und Commissionsgeschäfte kreiste. Vielmehr schien ihm das entsprechende Vokabular auch im Rückblick – als er um 1860 seine Erinnerungen notierte – angemessen und geeignet, um Geschäftigkeit zu beschreiben. Das fügte sich tatsächlich in eine generelle Entwicklung: Seit dem späten 18. Jahrhundert wurde der Begriff der Spekulation zunehmend gebräuchlich, um den riskanten Wechsel zwischen verschiedenen Geschäftsfeldern und eine Orientierung an einmaligen Gelegenheiten zu beschreiben. Damit gelangte ein philosophischer und theologischer Begriff in den Bereich der Ökonomie, um eben „eine besondere Hellsichtigkeit und Bereitschaft zur Erkundung von Möglichkeiten“ zu bezeichnen.

„Der spekulative, hellsichtige Kaufmann trat gleichsam aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit, übertrug das Ideal der Aufklärung ins Ökonomische. [...] Als Träger solch notwendiger, produktiver Wagniskultur erblickte man im Zeitalter der Industrialisierung allerdings nicht mehr jene Universalkaufleute, die heute in Getreide und morgen in Wein handelten, sondern ‚Entrepreneure‘ oder ‚Unternehmer‘, welche in gewisser Hinsicht in die Fußstapfen frühneuzeitlicher Projektentwickler traten.“²²⁹

Haniel scheint mit seinem Vokabular und Selbstverständnis am Beginn der hier anklingenden Verschiebung zu stehen.

Aufschlussreich ist, dass Franz Haniel auch die Geschichte der Gutehoffnungshütte in erster Linie nicht als Geschichte der Produktion, sondern als Geschichte juristischer und Finanzierungsprobleme erzählte, die sich zunächst beim Versuch ergaben, die Hütte von der „Wittib Krupp“ zu erwerben, die dann aber auch die Beziehungen zwischen ihm, seinem Bruder Gerhard, Heinrich Arnold Huyssen und Gottlob Jacobi als Gesellschafter betrafen. Als der Kauf endlich über die Bühne gegangen war, begannen die Schwierigkeiten eigentlich erst, jedenfalls sind Haniels Schilderungen hier im Vergleich zu anderen Passagen der Autobiografie recht umfangreich. Er berichtete von den Geldproblemen Huyssens

²²⁸ Ebd., S. 45.

²²⁹ Alexander Engel: Risikoökonomie. Eine Geschichte des Börsenterminhandels, Frankfurt a. M. u.a. 2021, S. 79 f.

und den Versuchen, Kapital aufzutreiben, das dann mit 4,5 Prozent Zinsen zu Buche schlug. Das habe wohl auch daran gelegen, dass „der alte Vater Huyssen seine Revenüen verzehrte“ und seinen Kindern „nichts mitgeben“ konnte. Das wiederum machte den Einstieg des jungen Huyssens in das gemeinsame Unternehmen durchaus nicht leichter – verankerte aber jedes Detail dauerhaft in Haniels Erinnerung:

„[U]nser neuer Compagnon konnte daher auch gar nichts einlegen, sondern wir drei alte Compagnons mußten aus unser erspartes und früher erworbenes Vermögen mit Ausschluß der 3000 Cronthaler den übrigen ganzen Rest berichtigen, ebenso wenig konnte der neue Associé aus unser privat Capital und Inventar nebst Betrieb von Antoni, Neu Essen und Oberhausen das geringste abtragen und wurde nur sein $\frac{1}{4}$ Gewinn oder Dividende darauf berechnet, damit dieses nicht bekannt wurde, mußte der Buchhalter Noot solches alle auf Cladden notiren, wobei eine Summe zu kurz kam, die Noot berechnet und Huyssen nicht anerkennen wolte. Weil Noot der Schwager von Jacobi dagegen Huyssen mein und meines Bruders Schwager war, so haben wir drei alte Compagnons um keinen Scandal und größere Feindschaft zu veranlassen, den Verlust getragen; – die Freundschaft mit Huyssen war aufgehoben [...]. [B]ei diesen Verhältnissen hatte ich viel zu leiden und hielt mich von Sterkrade zurück, wobei ich mein Geschäft in Ruhrort um so viel thätiger betrieb; mußte dahin gegen den Fonds der Eisenhütte, Capital, Zinsen und Dividende ganz bis zum Todt von Jacobi um alle Streitigkeiten zu meiden entbehren! Diese wurden zum Betrieb und Ausdehnung des Eisenhütten Geschäfts verwandt.“²³⁰

Nur wenige Jahre, nachdem Franz Haniel rückblickend über den „alten Vater Huyssen“ den Kopf schüttelte, der „seine Revenüen verzehrte“ und den Kindern daher nichts mitgeben konnte (weshalb die Brüder Haniel auf Jahre hinaus auf „Zinsen und Dividende“ verzichten und ihr eigenes „erspartes und früher erworbenes Vermögen“ in die gemeinsame Unternehmung einbringen mussten), arbeitete Karl Marx an seiner großen *Kri-*

tik der politischen Ökonomie und brachte eine Passage zu Papier, die eine Art Verallgemeinerung der Haniel-Huyssen'schen Anekdote ist:

„Gegenüber der altadligen Gesinnung, die, wie Hegel richtig sagt, ‚im Verzehren des Vorhandenen besteht‘ und namentlich auch im Luxus persönlicher Dienste sich breitmacht, war es für die bürgerliche Ökonomie entscheidend wichtig, die Akkumulation des Kapitals als erste Bürgerpflicht zu verkünden und unermüdlich zu predigen: man kann nicht akkumulieren, wenn man seine ganze Revenue aufißt, statt einen guten Teil davon zu verausgaben in Werbung zuchüssiger produktiver Arbeiter, die mehr einbringen, als sie kosten.“²³¹

Die Marx'sche Passage ließe sich wiederum mit Haniel fortschreiben, der – in der eigentlich einzigen Passage seiner Autobiografie, in der er sich eine größere Eitelkeit gönnt – den Erfolg der Hüttengewerkschaft und Handlung Jacobi, Haniel & Huyssen (JHH) auf die nach dem Tod Jacobis endlich institutionalisierte regelmäßige Anwesenheit jeweils eines der drei Gesellschafter in Sterkrade zurückführte. Vor allem aber resultierte der Erfolg daraus, dass man die Fonds im Geschäft beließ und den eigenen Lebensunterhalt „von unserm privat Geschäft und Vermögen“ bestritt. Haniel beschrieb diese Entscheidung als Ergebnis eines beständigen Kampfs, den er mit den anderen Teilhabern hatte ausfechten müssen.²³²

Von der bescheiden kokettierenden Feststellung Franz Haniels, zum Erfolg der Gutehoffnungshütte „vorzüglich beigetragen“ zu haben, war es doch ein längerer Weg bis zu den Heldenlegenden, die einige Jahre nach seinem Tod überliefert wurden. Als Franz Ignatz Pieler eine *Reise auf der neuen Ruhrthal-Eisenbahn mit Ausflügen in die Umgegend* unternahm (sein Reisebericht erschien 1871 in erster und 1881 in „verbesselter und vervollständigter Auflage“), war er noch ganz beseelt vom doppelten Glück der Reichsgründung und des industriellen Aufschwungs. Vom kommenden Gründerkrach und der bevorstehenden Börsenpanik (1873) ahnte er noch nichts. An geeigneter Stelle seines Berichts kam er auf Haniel

230 Haniel, Autobiographie, S. 55 f.

231 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (Marx-Engels-Werke, Bd. 23), Berlin 1979 [1867], S. 615 f.

232 Haniel, Autobiographie, S. 70.

zu sprechen. Angesichts des 1878 eingeweihten Reiterdenkmals zu Ehren König Friedrich Wilhelms III. auf dem Kölner Heumarkt wies Pieler auf das an der Südseite angebrachte Flachrelief hin. Dieses Relief widmet sich der industriellen Entwicklung Preußens. Neben dem Seidenfabrikanten Friedrich Freiherr von Diergardt und dem Lokomotiven-Produzenten August Borsig zeigt es eben auch Franz Haniel. Dieser blickt konzentriert in einen Hochofen und führt behutsam den Arm eines Arbeiters, der den Ofen beschickt.²³³ Pieler zitierte einen erläuternden Text – „Die großen Eisenwerke an der Ruhr von Haniel sind in vollem Gange, kräftige Arbeiter strecken das glühende Eisen für Herstellung der brausenden Dampfschiffe, die den nun freien deutschen Rhein befahren“, – und bemerkte, Haniels Werk werde hier mit vollem Recht zum Sinnbild „des Aufblühens einer segensreichen Gewerbetätigkeit im freien Vaterlande“. Sein Name sei „aufs engste verknüpft mit der Geschichte der Industrie in den Preußischen Westprovinzen, deren Aufschwung er nicht nur erlebt, sondern zum großen Theile mit herbeigeführt hat“. Pieler betonte Haniels Herkunft aus einer „alten Kaufmannsfamilie, in welcher Thatkraft und ein weiter Blick gleichsam erblich waren“. Bereits Großvater und Vater Haniel hätten sich in „gefährvollen Lagen“ durch „kluge Entscheidungen“ hervorgetan und so der Vaterstadt gedient. Die Charakterisierung Franz Haniels, die Pieler in seinem Reisebericht bot, gereicht Schumpeter zur Ehre:

„Wie Haniel in allen erwähnten Geschäftszweigen und öffentlichen Einrichtungen mit richtigem Blick die neuen Erfindungen und gewerblichen Fortschritte so wie die Forderungen der Zeit nach ihrem Werthe schätzte und das erprobte Gute sofort in Anwendung brachte; so sehen wir ihn auch in seiner dem Bergbau gewidmeten Thätigkeit mit an der Spitze jener kühnen Unternehmer, welche, geleitet von der Wissenschaft und unterstützt von den Fortschritten der Technik, besonders in Benutzung der Dampfkraft, so wie in richtiger Würdigung der Zeitverhältnisse, in immer tiefere Tiefen der Erde vordringen.“²³⁴

Franz Haniel war nur einer der industriellen Heroen des Ruhrgebiets, nur einer, der zum Idealtypus des wagemutigen, zielstrebigsten und weitsichtigen Unternehmers stilisiert werden konnte und wurde. „In der Volksüberlieferung“, so schreibt Wolfgang Köllmann in seiner biografischen Studie, werde *Friedrich Harkort* „als bürgerlicher ‚Heros‘ des 19. Jahrhunderts gefeiert“ und erscheine „als Prototyp des westdeutschen Bürgerlichen im Spannungsfeld der Kräfte zwischen Französischer Revolution und deutscher Reichsgründung“, der die Entwicklungen der „technisch-industriellen Epoche“ mitgestaltend beeinflusst habe.²³⁵ Der wirtschaftliche Aufstieg der Familie hatte in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts begonnen: mit der Bewirtschaftung eines Landguts, der Einrichtung einer Schmiede und – vor allem – dem Eisenwarenhandel (Sensen, Schneidmesser, Sägen, Nägel, Draht usw.). Ein erheblicher Anteil der gehandelten Waren stammte nicht aus der eigenen Schmiede, sondern wurde zugekauft. Zu diesem Zweck existierten früh Lieferverträge mit verschiedenen Schmieden. Das bildete die für die Wirtschafts- und Sozialverfassung des märkischen Kleineisengebietes charakteristische Verschränkung agrarischer und gewerblicher Ordnung passgenau ab. Innerhalb dieses dezentralen und verlagsmäßig organisierten Produktionssystems waren die Übergänge zwischen Kaufleuten, Handwerkern und Landwirten fließend. Das Produktionssystem der märkischen Kleineisenindustrie, in dem sich die Familie Harkort bewegte, war in dieser Hinsicht typisch. „Als Nahrungsgrundlage“, so resümiert Köllmann,

„besaßen die Schmiede eine kleine – entweder eigene oder gepachtete – Landwirtschaft, die durch die Familie bewirtschaftet wurde. [...] War also der ‚Unternehmer‘ zugleich Gutsbesitzer, so war der Hammerschmied Kötter, so daß sich auch von unten her die alte agrarische Sozialordnung in der gewerblichen wiederherstellte. Die landwirtschaftliche Nahrungsgrundlage bedeutete in jedem Fall eine gewisse Existenzsicherung, so daß die Schmiede auch in Kri-

²³³ Vgl. Das Reiterdenkmal zu Ehren von König Friedrich Wilhelm III., <https://www.stadt-koeln.de/artikel/67586/index.html> [zuletzt aufgerufen am 22.3.2024].

²³⁴ Pieler, Ruhrthal, S. 327.

²³⁵ Köllmann, Friedrich Harkort, S. 5 f.

senzeiten nicht verelenden, in günstigen Zeiten es zu einem bescheidenen Wohlstand bringen konnten.“

Einrichtung war von feiner Erfindung, und weislich berechnet.“²³⁷

Als Unternehmer waren die Harkorts, obwohl sie eigene Schmieden betrieben, in erster Linie Verleger und Kaufleute, die für die vertraglich an sie gebundenen Schmiede Lieferanten, Zwischenhändler und Bankiers waren. Dieses System war „dadurch gekennzeichnet, daß eine agrarische Ordnung ohne Positionswechsel einzelner Personen oder auch einzelner Gruppen in eine gewerbliche Ordnung übergeht, wobei bis ins 19. Jahrhundert hinein Landwirtschaft und Gewerbe – bei allmählicher Akzentverschiebung auf die gewerbliche Tätigkeit – verbunden blieben“. Die gewerbliche und agrarische Führungsschicht fiel hier in eins: Großbäuerliche Besitzer wurden „zu Unternehmern und Kaufleuten und führten daneben bäuerliche Gutswirtschaften weiter, die nicht nur eine gewisse Existenzgrundlage, sondern auch die Kreditwürdigkeit sicherten“.²³⁶

Die Verhältnisse auf Harkorten, die unternehmerischen Aktivitäten der Familie sowie die damit verbundene soziale und gewerbliche Vorstellungswelt zeigen idealtypisch, dass sich im Ruhrgebiet über einen längeren Zeitraum eine spezifische Konstellation von Landwirtschaft, landwirtschaftlichem Nebenerwerb und Industrie auch jenseits des Bergbaus herausgebildet hatte. Als Johann Moritz Schwager auf seiner Reise durch Westfalen im Haus Harkorten – einem der „schönsten Zeugnisse der bergischen Baukunst der Rokokozeit“ (Wolfgang Köllmann), das 1756 von Eberhard Haarmann, einem der bedeutendsten Baukünstler des Bergischen Lands errichtet worden war – einkehrte, bemerkte er, dass die „mit Hämmern besetzte Ennepe“ aus vormaligen Landwirten, „Reidemeister und Farbrickanten“ und aus einem Bauernhof „ein prächtiges Gut mit schönen Gebäuden“ gemacht habe. Peter (Nikolaus) Harkort sei

„ein gebildeter Mann, Kaufmann und Oekonom; seine Felder strotzen von herrlichem Korne, die Waldungen verrieten Geschmack und Forstgenie, und alle Anlagen den denkenden Kopf. Er hatte eine Brandtweinbrennerei von fünf Stockwerken erbaut, jede

Der angesprochene Peter Nikolaus hatte das Familiengut und Handelsgeschäft 1780 zusammen mit seinem älteren Bruder Johann Caspar IV., dem Vater Friedrich Harkorts, übernommen. Während sich der jüngere Bruder vornehmlich um die Handlung kümmerte, fühlte sich der ältere der beiden zur Landwirtschaft hingezogen. Er war ebenso bemüht, den „Geist kaufmännischer Rechenhaftigkeit“ in die Gutsverwaltung einzuführen, wie er an agrarwissenschaftlichen Verbesserungen interessiert war und in dieser Angelegenheit beispielsweise mit Albrecht Thaer, dem Begründer der modernen, wissenschaftlich gestützten Landwirtschaft, korrespondierte. Seit 1798 kümmerte sich Johann Caspar IV. allein um die landwirtschaftlichen Güter: um den Ausbau des Guts, die Steigerung der Rentabilität, gewerbliche Erweiterungen in Form einer Tabaksmühle, Branntweinbrennerei und Kalkbrennerei.

Friedrich Harkort richtete nach einer kaufmännischen Lehre in Barmen und einer Teilnahme an den Befreiungskriegen auf dem Familiengut eine Gerberei ein und betrieb mit seinem Bruder Johann Caspar V. einen Kupferhammer im Deilbachtal bei Langenberg. Angesichts mangelnden Erfolgs und wenig günstiger Aussichten zog sich der Bruder bereits ein Jahr später zurück. 1820 wurde der Betrieb liquidiert. Unbeeindruckt von den Verlusten, die dieses erste Unternehmen einbrachte, wandte sich Harkort dem großen Plan einer mechanischen Werkstätte zu. „Auch hier“, so Köllmann, „hatten verwandtschaftliche Beziehungen geholfen.“ Der Schwiegervater seines Bruders Carl, der Elberfelder Großkaufmann und Bankier Jakob Aders, vermittelte einen Kontakt zu Johann Heinrich Daniel Kamp, mit dem er den „Glauben an einen notwendigen industriellen Fortschritt“ teilte. Kamp, Harkort und der Engländer Thomas gingen in der Folge eine Teilhaberschaft für eine Maschinenfabrik ein. Thomas, „der in Pempelfort bei Düsseldorf eine kleine Werkstätte eingerichtet hatte“, brachte das Inventar ein.²³⁸ Die Partnerschaft wurde allerdings bereits Anfang 1826 wieder gelöst. Die *Mechanische Werkstätte* geriet 1830/1831 in eine schwe-

²³⁶ Ebd., S. 15–17.

²³⁷ Schwager, Bemerkungen, S. 73.

²³⁸ Köllmann, Friedrich Harkort, S. 61.

Timo Luks

re Krise, in der Friedrich Harkort teilweise auf brüderliche Überbrückungskredite zurückgreifen konnte, den Betrieb drei Jahre später aber dennoch aufgeben musste. Damit war die Karriere als Unternehmer nach einer Reihe heftiger Misserfolge vorbei. Nach dem Ausscheiden aus dem Betrieb der Mechanischen Werkstätte standen Schulden von 11.400 Reichstalern zu Buche. 3.400 Taler wurden umgehend beglichen, die Restschuld sollte er bis 1843 abtragen. Als Sicherheit hatte Harkort seinen gesamten in der Gemeinde Wetter liegenden Grundbesitz hinterlegt. Die letzten Schulden wurden erst 1864 durch einen Vergleich mit den Erben Kamps beglichen. Zwischenzeitliche Versuche, unternehmerisch im Eisenbahn- oder Schiffsbau zu reüssieren, verliefen sich. Im März 1837 schrieb die junge Auguste Harkort ebenso verzweifelt wie aufschlussreich an ihren Onkel Johann Caspar V. Darin hieß es:

„Lieber Onkel! Gewiß bist Du sehr verwundert, wenn Du Zeilen von meiner Hand erblickst, allein es ist eine sehr nötige Sache weshalb ich Dir zu schreiben habe, wenn auch etwas sonderbar, und daher hoffe ich wirst Du mir meine Freiheit verzeihen. Es ist nämlich wegen der Fabrik, denn obwohl ich von dergleichen Dingen nicht viel Verstand habe, sehe ich doch wohl, wie alles in derselben drunter und drüber geht, und welches Unwesen herrscht. Wie es im Hombruch hergeht weiß ich nicht, aber alle die dort hingehen, sind voll Verwunderung über die Unordnung dort, und daß vor einiger Zeit die ganze Maschine zerbrochen ist, hast Du gewiß gehört. Da hat Vater nun den Herrn Meeß hingesetzt, der, wenn das Gerücht wahr ist, wegen Untreue von Herrn Kamp fortgekommen ist, wo er schrecklich gewirtschaftet haben soll. Hier geht es nicht besser. Dreyer, der früher die Aufsicht führte, macht die Reise mit, und also ist kein Mensch der Ordnung hält, denn von Tangermann lassen sich die Leute nichts sagen. Tangermann hat, wie Fritz sagt, schon mehrere Aufträge für Maschinen zurückgewiesen, und gestern sagen die Arbeiter zu unserer Magd, wenn wir etwas zu machen hätten, sollten wir es ihnen nur bringen, denn sie hätten doch keine Arbeit und wüßten nicht, was sie machen sollten. Das

schlimmste von allem ist, daß kein Geld da ist. Mehrere Wechsel sind schon fällig und zurückgewiesen wurden und Fritz geht ja wegen dieser Angelegenheit nach Harkorten. Sieh, lieber Onkel, über dies alles ärgere ich mich sehr, und kann doch nicht helfen, und da wollte ich Dich bitten, ob Du nicht Herrn Dahlmann auf einen Tag herüber schicken könntest, daß er einmal nachsieht und die Leute Respekt bekommen, der Vater wird Dir gewiß sehr dankbar sein. Daß wir vom Vater noch keine Nachricht haben, ängstigt uns sehr, ich habe darum nach Duisburg geschrieben und werde morgen wohl Antwort bekommen. Gerne schreibe ich mehr, aber Fritz steht neben mir und treibt, weshalb Du auch mein schreckliches Schreiben entschuldigen mußt. Mit viel Liebe Deine Auguste Harkort.“²³⁹

Von den klassischen, von Max Weber zum Idealtypus des kapitalistischen Geists stilisierten Einstellungen, Verhaltensweisen und Formen der Lebensführung ist in diesem Brief wenig zu erkennen. Ein „spezifisch gearteter Rationalismus“ (Max Weber), rationale Betriebsorganisation und Buchführung, Rechenhaftigkeit, Geschäftsklugheit und Berufspflicht, innerweltliche Askese – Friedrich Harkorts Fabrik erscheint in den Schilderungen seiner Tochter eher als das Gegenmodell zu all dem. Als Unternehmer entsprach Harkort – sein Biograf Wolfgang Köllmann attestiert ihm ein „ungewöhnlich großes Selbstbewußtsein und Vertrauen in seine technische Geschicklichkeit“, ungeachtet der nicht existenten technischen Ausbildung – einem Typus des frühindustriellen Unternehmers, dessen Aktivitäten stets etwas Laienhaftes und ein Moment des Zufälligen hatten und der so lange weitermachte, wie er frisches Geld mobilisieren konnte. Letzteres gelang Harkort aufgrund sozialer Verbindungen und familiärer Ressourcen länger als anderen. „Dieser Mangel, Mittel und Pläne in Übereinstimmung bringen zu können“, so Köllmann, „ließ Friedrich Harkort in seinen industriellen Unternehmungen scheitern. Sein ganzes Leben und Wirken stand unter dem Mißverhältnis von Wollen und Können, im Zeichen einer stürmischen Unbeständigkeit, die ein Ziel, das gerade erst erkannt war und erobert werden woll-

239 Zitiert nach: ebd., S. 114 f.

te, bereits als erreicht und vergessen ansah.“²⁴⁰ Harkort selbst schrieb 1844 mit allgemeiner Stoßrichtung, aber auch aufschlussreich für sein Selbstverständnis:

„Die Industrie hat gleich dem Grundbesitz bereits eine mächtige Aristocratie gebildet, täglich an Einfluß wachsend, weil sie gleich der englischen Pairie sich stets aus den Reihen des Glücks und der Kapacitäten ergänzen. [...] Ihre Fäden umspannen alle Welttheile und in jenen Fernen, wohin der Könige Zepter nicht reicht, gilt, in Verbindung mit dem Handel, ihre Bürgschaft unter allen Zonen. [...] Aus dieser gewerbtreibenden Menge ragen die großen Industriellen; gleich den Kondottieris des Mittelalters sammeln sie gegen Gold Alt und Jung aus allen Völkern unter ihre Fahnen, Gewinn oder Verlust der Unternehmung wagend auf eigene Gefahr. Den Kampf der Konkurrenz ringend unter sich, führen sie gleichzeitig den unblutigen Krieg der Nationen nach außen. Kapital und Talent des Unternehmers halten die lockere Schaar zusammen, er verabschiedet oder wirbt wie Glück oder Umstände es erheischen; Gold ist das einzige Band, wenn der Führer fällt, zerstäubt das Geleite! Dieses Gefolge der Industrie, häufig ohne feste Heimath, ohne Hoffnung oder Zukunft, heute vergeudend, um morgen zu darben, fängt an durch seine bedenklich wachsende Zahl der Wohlfahrt der bürgerlichen Gesellschaft gefährlich zu werden.“²⁴¹

Harkorts Beschreibung der „alle Welttheile“ umspannenden, industriellen „Aristocratie“ nimmt offenkundig bestimmte Aspekte vorweg, die Karl Marx und Friedrich Engels nur wenige Jahre später im *Manifest der Kommunistischen Partei* der „Bourgeoisie“ zuschrieben, die in ihrem „Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte“ beständig „über die ganze Erdku-

gel“ jage und mit den „wohlfeilen Preisen ihrer Waren“ alle Nationen zwingen, sich der kapitalistischen Produktionsweise zu unterwerfen.²⁴² Davon abgesehen, und das ist an dieser Stelle wichtiger, skizzierte Harkort im Vergleich mit den „Kondottieris des Mittelalters“, die „Alt und Jung aus allen Völkern unter ihre Fahnen“ sammeln und gleichsam industrielle Söldnerheere schaffen, die sich jederzeit wieder auflösen drohen, einen Typus des kapitalistischen Unternehmers, der in den Arbeiten Werner Sombarts und Max Webers eine prominente Rolle spielt – als Sozialfigur aus der *frühen* Phase des Kapitalismus. Weber sprach diesbezüglich von einem „politisch oder spekulativ orientierten ‚Abenteurer‘-Kapitalismus“, den er dem historischen Judentum zuschrieb und vom rationalen Kapitalismus abgrenzte.²⁴³ Sombart verankerte den Kapitalismus ganz ähnlich im „tiefsten Grunde der europäischen Seele“ und verwies auf „Faustens Geist“: einen Geist der Unruhe und Unrast. Es seien die von diesem Geist beseelten „Unternehmenden“, „die sich die Welt erobern; die Schaffenden, die Lebendigen; die Nicht-Beschaulichen, Nicht-Genießenden, Nicht-Weltflüchtigen, Nicht-Weltverneinenden“. Abzulesen sei all das an: „Raubrittertum“, „Schatzgräberei“, „Alchymie“, „Projektemacherei“, „Darlehenswucher“.²⁴⁴

Sombart verwies explizit auf „kaufmännische Abenteurer oder abenteuernde Kaufleute“, und er erblickte in ihnen Männer, die „aus den Bahnen der mittelalterlichen Gegebenheiten heraustraten und neue Wege des Erwerbes beschritten“. Diese „merchants adventurers“ leisteten im „ganz gewöhnlichen Warenhandel“ das, „was ihre Väter und Brüder mit Goldsuchen und Alchymie und Raubrittertum versuchten“. Im Unternehmertum des 17. und 18. Jahrhunderts steckte für Sombart vor allem „Abenteurergeist“, handelte es sich doch um eine unternehmerische Welt, in der es von „Projektanten und Spekulanten“ wimmelte.²⁴⁵ Harkort hatte das in

²⁴⁰ Ebd., S. 55.

²⁴¹ Friedrich Harkort: Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation und Emancipation der untern Klassen, Elberfeld 1844, S. 47 f.

²⁴² Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei [1847], in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, Berlin 1977, S. 459–493, hier: S. 465 f.

²⁴³ Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus [1904/1905], in: ders.: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, München 2010, S. 65–276, hier: S. 189.

²⁴⁴ Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, München u.a. 1927 [1902], Bd. I.1, S. 327 f.

²⁴⁵ Ebd., Bd. II.1., S. 25.

seinen allgemeinen Ausführungen ganz ähnlich dargelegt, in seiner geschilderten unternehmerischen Praxis bis zu einem gewissen Punkt aber wohl selbst dem entsprochen, was er im Abstrakten kritisch sah. Harkort war vielleicht kein „Speculant“ à la Franz Haniel, aber eben doch ein „Projektant“ im Sombart'schen Sinn. Der Sozialtypus des Projektemachers gilt inzwischen als ein Schlüssel zum Verständnis frühkapitalistischen Unternehmertums und gleichzeitig als eine Art „kulturelle Ikone“ postmoderner Ökonomien. Die Ambivalenzen des Unternehmerischen vor allem im Vormärz – die sich bei Harkort ebenso zeigen wie bei Marx, Engels und zahlreichen frühsozialistischen Projektemachern – lassen sich damit tatsächlich gut fassen. „Der Projektemacher“, so der Kulturwissenschaftler Patrick Eiden-Offe,

„taucht im Umbruch zu modernen, zu kapitalistischen Verhältnissen auf; er ist eine Figur der gesellschaftlichen Transformation. Diese ereilt ihn persönlich, er ist ein ‚aus der Bahn Geworfener‘: einer, der permanent mit der Kontingenz nicht zuletzt seiner eigenen Zukunft rechnet. Das Projekt des Projektemachers ist die Idee zu einer Verbesserung (von was auch immer), die sich nicht als bloße Phantasterei präsentiert, sondern, die Bedingungen ihrer Realisierung, ihrer erfolgreichen Umsetzung mitbedenkt.“

Eiden-Offe weist darauf hin, dass sich aus den zahlreichen Projektemachern der Zeit „ein bestimmter Sozialtypus“ präparieren lässt, den für ihn Engels „wiederum fast in Reinform“ verkörpere: „Herkunft aus mittlerem oder gehobenem Wirtschaftsbürgertum; Abitur, aber zumeist kein oder nur ein abgebrochenes Studium, dafür Lehre in einem kaufmännischen Beruf“. Hinzu komme die Begegnung mit politischen und künstlerischen Avantgarden, oft während des Studiums oder der Lehrzeit in einer Metropole. Eiden-Offe bemerkt, dass auffällig viele der vormärzlichen Projektemacher aus dem Rheinland kamen und „durch Herkunft oder Ausbildung mit der sich in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts gerade dort besonders dynamisch entwickelnden kapitalistischen Wirtschaft verbunden“ waren. In dieser Ausprägung rückten „Projektemacher“ und „Entre-

preneur“ eng zusammen. „Engels ist ein Unternehmer, der seinen wirtschaftlichen Erfolg im globalen Baumwollgeschäft in seine gleichfalls globalen revolutionären Projekte reinvestiert.“ Im Pendeln zwischen beiden Figuren geht es um Nuancen. Den Unterschied macht einzig der Erfolg aus: „Der Unternehmer ist ein Projektemacher, der sein Projekt durchgebracht hat.“²⁴⁶

In diesem Sinn stürzte sich nun auch Friedrich Harkort in immer neue Abenteuer: Den unternehmerischen Projekten folgten unumwunden publizistische und sozialpolitische, die die zweite Hälfte seines Lebens prägen sollten. Im Detail muss das hier nicht interessieren, mit einer Ausnahme: seinem eigenwilligen Entwurf der Zukunft des rheinisch-westfälischen Reviers. Der landwirtschaftliche, gewerbliche, kaufmännische und dann auch industrielle Nexus, den ich bereits ausgeführt habe, prägte die Vorstellungen Harkorts über die Zukunft von Industrie und Gesellschaft nicht nur im Ruhrgebiet. Vor dem Hintergrund der Familiengeschichte überrascht es nicht sonderlich, dass agronomische Kenntnisse, oder besser: ihre Zurschaustellung, auch dann noch Teil des Harkort'schen Selbstverständnisses waren, als die Familie die Industrialisierung des Ruhrgebiets entschieden vorantrieb. Friedrich Harkort profilierte sich in seinen sozialpolitischen Schriften der 1840er und 1850er Jahre stärker, als man es vom „Vater des Ruhrgebiets“ vermuten würde, als Kenner agrarwirtschaftlicher Verhältnisse und nachdrückliche Stimme einer Modernisierung der Landwirtschaft – mit anti-ostelbischer Stoßrichtung. Mitte der 1850er Jahre wandte er sich in einer kleinen Schrift mit dem bezeichnenden Titel *Ueber das Proletariat, die Theilbarkeit des Grundbesitzes und die Erzeugung billigerer Lebensmittel. Nebst einem Anhang: Bemerkungen über die verschiedenen Düngungsmittel und deren Verwendung* gegen die Vorstellung, dass die Fabriken „vorzugsweise Demoralisation und Armuth im Gefolge führen sollen“. Vielmehr wären es die „seit Jahren steigenden Preise der Lebensmittel“, die die Fabrikarbeiter wie „überhaupt die mittleren und unteren Klassen“ niederdrückten. Nicht punktuelle Wohltätigkeit, sondern allein eine „bessere Bodenkultur und dadurch zu erzielende höhere Aerndten können durchgreifende Abhilfe gewähren“. In Harkorts Loblied der

246 Patrick Eiden-Offe: Frederick Engels, Entrepreneur. Marx und Engels als Projektemacher, in: Merkur 762 (2012), S. 1045–1053, hier: S. 1046 f.

„Vorteile einer besseren Kultur kleiner Grundstücke“ waren tatsächlich beide Komponenten entscheidend: die *kleinen* Grundstücke ebenso wie agronomische Verbesserungen. Letzteres zeigte sich in seinem Interesse an modernen Düngemitteln sowie der publizistischen Vorführung entsprechender Detailkenntnisse über zu erwartende Ertragssteigerungen oder die Wahl des richtigen Präparats je nach Bodenbeschaffenheit und Pflanzenart. Und da verwundert es auch nicht, dass Harkort die Unternehmer in die Pflicht nahm, den Mangel an künstlichen Düngemitteln auszugleichen, unter dem garten- und landbauende Arbeiter litten. Einerseits sollte man die Anschaffung kleinerer Mengen an schwefelsaurem Knochenmehl, Guano, Salpeter, Salz, Gips usw. erleichtern, andererseits „sollten die Fabrikherren, im eigenen Interesse, durch Anschaffung von Vorräthen hülfsreiche Hand leisten“.²⁴⁷

Die Teilung bäuerlichen Grundbesitzes hatte Friedrich Harkort bereits während seiner Zeit im Westfälischen Provinziallandtag beschäftigt. Dort war im November 1833 eine neue Erbfolgeordnung diskutiert worden, die im Entwurf die Gutsübernahme in einer Hand vorsah. Die Miterbenden sollten nach Abzug der Erbschaftsschulden und Lasten einen bestimmten Betrag als Abfindung erhalten. Harkort gehörte zu denjenigen, die entschieden „gegen die Anwendung dieses Gesetzes für die von ihnen vertretenen Fabrikgegenden“ protestierten. Wolfgang Köllmann arbeitet heraus, dass der Protest vor allem von Abgeordneten der Ackerbürgerstädte des Münsterlands und des Sauerlands getragen wurde. Harkort und seine Mitstreiter beschworen die Gefahr der Verelendung und des Herabsinkens großer Teile der ländlichen Bevölkerung in den „Knechtsstand“. „Offensichtlich“, so Köllmann, „versprach man sich von der Einführung der Realteilung die Entstehung einer gewerblichen Bevölkerungsschicht mit eigenwirtschaftlicher Nahrungsgrundlage bei entsprechender Intensivierung der Abbaumethoden, wie sie gerade in der Mark – und in den Ackerbürgerstädten – auch bestanden.“ Das war der Versuch, lokale Verhältnisse und Sonderentwicklungen auf das große Ganze zu übertra-

gen, ohne dabei zu berücksichtigen, „welche Schäden eine Zerschlagung des bäuerlichen Besitzes gerade in den als gewerbliche Standorte ungeeigneten großbäuerlichen Gebieten der Provinz Westfalen für die gesamte Wirtschaft der Provinz und des Staates hervorrufen mußte“.²⁴⁸

Harkort hielt allzu große Landgüter für einen „künstlichen Zustand“, resultierend aus einem „Uebergewicht des Capitals gegen die Arbeitskraft“. Derartige Güter, die es im Ruhrbezirk so nicht gab, erzeugten „ein Pachtsystem, welches auch unter den Ackerbautreibenden Proletarier schafft“. 1844 – ein Jahr vor der großen Hungersnot – verwies Harkort bereits auf das abschreckende Beispiel Irlands. Das dortige System sei durch mehrfache „Afterverpachtungen“ des Bodens gekennzeichnet, bevor dieser „in die Hände des letzten armseligen Häuslers kommt“. In England, das ebenfalls kein Vorbild sei, betrieben die „Gentlemen Farmer“ Landwirtschaft „fabrikmäßig“. Ihre Tagelöhner „bauen kein eigenes Grundstück, finden nur periodische Beschäftigung und fallen fast regelmäßig der Gemeindeunterstützung anheim; daher die fast unerschwinglichen Armenraten, die allein dem preussischen Staatseinkommen gleich sind“. Dem Missverhältnis weniger großer Grundeigentümer auf der einen und zahlreicher kleiner Pächter auf der anderen Seite (und dann die große Zahl landloser Farmarbeiter) setzte Harkort die französischen Verhältnisse entgegen. Dort seien in Folge der durch die Revolution bewirkten Teilungen „50 Millionen Hectaren Kulturland in 125 Millionen Parzellen vertheilt und 5 Millionen Familien Grundbesitzer“.²⁴⁹ In der Beurteilung Englands war Harkort sich nicht immer so sicher. Der kritischen Einschätzung aus dem Jahr 1844 stellte er elf Jahre später eine positivere Beurteilung gegenüber. 1855 sprach er davon, dass man in England die Bewirtschaftung großer Güter längst zu Grabe getragen habe, dass gegenwärtig 286.000 kleine Pacht- und Eigenhöfe (unter 104 Acres) existierten, die 90.000 Arbeiter beschäftigten. „Handel und Gewerbe schaffen das Kapital und den Markt und so ist der engl. Ackerbau, durch die Leistungen der kleinen Pächter, das Muster für Europa geworden, obgleich die

247 Für die vorangegangenen Zitate: Friedrich Harkort: Ueber das Proletariat, die Theilbarkeit des Grundbesitzes und die Erzeugung billigerer Lebensmittel. Nebst einem Anhang: Bemerkungen über die verschiedenen Düngungsmittel und deren Verwendung, Hagen 1855, S. 3–13.

248 Köllmann, Friedrich Harkort, S. 177 f.

249 Harkort, Bemerkungen, S. 28 f.

Timo Luks

englischen Staatsökonomen das Pachtsystem als nachteilig für die höchste Kultur betrachten.“²⁵⁰ Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Harkort Verhältnisse als Vorbild empfahl, die alles andere als das gelebte Ideal sozialen Friedens waren. Das Verhältnis von Pächtern und Landarbeitern (Harkort schien beide Gruppen nicht trennscharf unterscheiden zu können) war in England außerordentlich spannungsreich. Davon zeugen nicht zuletzt die sogenannten Swing Riots, die 1830 20 Counties ergriffen und die als „greatest machine-breaking episode in English history“ (Eric J. Hobsbawm/George Rudé) gelten. Das englische System führte in einem Ausmaß zur Proletarisierung und Pauperisierung der Landarbeiter, das Harkort wohl nicht im Detail durchschaute oder, was vielleicht mit Blick auf seine Äußerungen der Jahre 1844 und 1855 näher liegt, als der Vergangenheit zugehörig erachtete. In seiner älteren, gegenüber den englischen Verhältnissen skeptischeren Schrift hatte er immerhin noch auf Probleme hingewiesen, etwa Landlosigkeit und Unterstützungsbedürftigkeit, die Historiker ähnlich benennen.²⁵¹

Argumentationssicherer war Harkort in anderer Hinsicht, dem interregionalen Vergleich in Preußen. Hier spitzte er seine Ideen auf einen Vergleich Pommerns (als Ackerbau treibende Region mit geschlossenen Gütern) und Westfalens („wo Ackerbau und Industrie Hand in Hand gehen und Theilbarkeit gilt“) zu, um die Mär der „Verelendung“ breiter Bevölkerungsschichten durch die Fabriken zu widerlegen. Seine Bilanz fiel eindeutig aus: Pommern – mit all seinen großen Land- und Rittergütern – weise eine geringere Zahl Steuerpflichtiger und auch ein geringeres Steueraufkommen als Westfalen auf. Ebenso blieben die Lebenserwartung sowie die Qualität der Wohnungen und Schulen hinter Westfalen zurück. Nicht zuletzt übersteige die Zahl der unehelichen Kinder in Pommern diejenige in Westfalen. So viel zum Thema Moral und Sittlichkeit. „Da sehen wir“, so Harkort,

„die schmachlichen Folgen jener patriarchalischen Wirtschaft, welche den Menschen beschränkt, ei-

nen eigenen Hausstand zu gründen. Gibt es eine schmutzigere Quelle des Proletariats als wie diese? Welche Antwort haben die Ritter, so stets die Familie als Grundsäule des Staats im Munde führen, auf diese Anklage?“²⁵²

Nicht eine vermeintlich höhere Ergiebigkeit des Bodens, sondern „Theilbarkeit“ und vor allem „die Gemeinschaft von Ackerbau und Gewerbe“, die „jeder müßigen Hand“ Beschäftigung gewähre, seien der Garant einer besseren Nutzung des Bodens. Westfalen schneide deshalb besser ab, weil man „die Gartencultur fast ausschließlich in den Händen kleiner Besitzer“ finde, „welche die Märkte mit Gemüse versorgen“. Die „kleine Kultur“ habe schlicht „den Vortheil des billigeren Arbeitslohns, der Benutzung der günstigen Witterung und des direkten Interesses der ganzen Familie am Viehstande und der Aerndte voraus“. Während verarmte Arbeiter Pommern aus Mangel an Beschäftigung verließen, blühe Westfalen auf, weil Industrie und Landwirtschaft Hand in Hand gingen.

„Auch die beim Landbau freie Zeit findet passende Verwendung, ohne Aufreibung der Kräfte, wenn sie auf einfache Zweige der Industrie gerichtet wird. Allein eben diese Nebenbeschäftigungen, z. B. Korbmacher-Arbeiten, Mattenflechten, Stroh Hüte, Bindfaden-Spinnen, Seidenbau, Stricken grober Wollenwaaren, Anfertigung hölzerner Geschirre, die Kultur von Handelsfrüchten u. s. w. verlangen eine größere Regsamkeit des Geistes wie die ländliche Indolenz und Langeweile der Ofenbank gewöhnlich gestattet.“²⁵³

Kurz und gut, die Erfahrung zeige, dass „derjenige Fabrikarbeiter das sicherste Auskommen hat, welcher ein Stück Land und sei [es] auch nur einige Ruthen groß, für Gartenfrüchte und Kartoffeln bebaut und eine Ziege oder Kuh dabei hält.“²⁵⁴ Die Organisation der Fabriken selbst könne – und müsse – diesem Umstand Rechnung tragen. Ein gesetzlich normierter Maximalarbeitstag,

²⁵⁰ Harkort, Proletariat, S. 8.

²⁵¹ Klassisch und nach wie vor lesenswert: Eric J. Hobsbawm/George Rudé: Captain Swing, London 2014 [1969].

²⁵² Dazu und für die folgenden Zitate: Harkort, Proletariat, S. 6–8.

²⁵³ Harkort, Bemerkungen, S. 33 f.

²⁵⁴ Harkort, Proletariat, S. 10.

wie er im Bergbau existiere, erlaube nicht nur, dass „ein mäßiger Lohn erworben“, sondern auch, dass „die freie Zeit auf ländliche und häusliche Arbeiten verwendet“ werden könne, „denn fast jeder Knappe besitzt oder miethet eine kleine Wirthschaft, so einen Theil der Nahrungsmittel liefert“.²⁵⁵ Harkort stellte sich für das Ruhrgebiet keine Zukunft als Agrargesellschaft vor, sondern eine Industriegesellschaft, in der landwirtschaftliche Tätigkeiten einen produktiven, der Entwicklung förderlichen Platz haben sollten. Seine Vorstellungen der Zukunft einer Industrielandschaft trugen allerdings nostalgische Züge. Im Wesentlichen reflektierten sie die Wirtschafts- und Sozialverfassung des märkischen Kleineisengebietes, die Harkort aus seiner Jugend gut kannte. Die Gemeinde Ennepestraße, einschließlich Harkorten, war Anfang des 19. Jahrhunderts klein- und mittelbäuerlich geprägt, verfügte gleichzeitig aber auch über ein bedeutendes Gewerbe. „Eine Gewerbelandschaft von dieser Struktur“, so Köllmanns treffende Beobachtung, „sollte Friedrich Harkort später bei seinen sozialpolitischen Vorstellungen als besonders empfehlenswert vor Augen stehen. Hier verbanden sich landwirtschaftliche Nahrungsgrundlage und gewerblicher Zuverdienst, so daß diese Form früher Gewerbetätigkeit besonders krisenfest war, vor allem, wenn man sie aus der Sicht des bedeutendsten Handelshauses der Bürgermeisterei Ennepestraße erleben konnte.“²⁵⁶

Die Familie Krupp gehörte seit dem 16. Jahrhundert zur Schicht Essener Kaufleute, zunächst vor allem als Weinhändler, und früh zu den „ersten Familien“, die, wie der Schriftsteller und Redakteur Gustav Koepper in seinen *Wanderungen durch Schacht und Hütte im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk* (1899) bemerkte, „der Stadt und dem Fürstenthume gar manchen verdienten Mann geschenkt hatte“.²⁵⁷ Familienmitglieder übten regelmäßig städtische Ämter aus. Sie waren Rentmeister, Stadtssekretäre oder Bürgermeister. Das Bild einer etablierten Familie, so betont Lothar Gall in seiner Unternehmens- und Familiengeschichte, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass man „in jeder Generation aufs Neue“ zu kämpfen gehabt hatte, und dieser Umstand zugleich

„ein ständiger Antrieb gewesen“ war, „nicht auszuruhen, sich nicht dem Lebensgenuss hinzugeben, sich der Gnade Gottes auch im Irdischen zu versichern – durch Pflichterfüllung, durch Arbeitsaskese, durch Einsatz aller Kräfte“. Die Familie „blieb im übertragenen Sinne ‚hungrig‘, stets unternehmungslustig und wagemutig, gehörte eigentlich nie zu den saturierten Familien, die es, wie überall im Stadtbürgertum, auch in Essen gab. Die Kehrseite war eine gewisse Unstetigkeit, eine ständige Unruhe, die Neigung zum Einzelgängertum, ja zum Eigenbrötlertum.“²⁵⁸ Diese allgemeine Charakterisierung verweist implizit auf den Unternehmertypus, den Joseph A. Schumpeter geschildert hatte, einschließlich der ins Karikatureske gehenden Züge. Ebenso ist eine eigentümliche Mischung aus unternehmerischem Abenteuerum, innerweltlicher Askese und spezifischer Rationalität erkennbar, die sich in den Überlegungen von Max Weber oder Werner Sombart findet.

Die Grundlagen Krupp'schen Unternehmertums lagen im Handelsgeschäft und wurden vor allem von Helene Amalie Krupp, geborene Ascherfeld, gelegt – „eine thatkräftige Frau von hoher Begabung“, so Gustav Koepper. „Wittib Krupp“, die das Handelsgeschäft über eine längere Zeit erfolgreich leitete, kam selbst aus einer Kaufmannsfamilie. Freilich war es der Witwenstand, der ihr eigenständiges unternehmerisches Handeln überhaupt erst ermöglichte. Einerseits erweiterte sie die Geschäfte mit Tuchen, Leinen oder Porzellan erheblich. Andererseits dehnte sie das Betätigungsfeld auf den Kolonialhandel aus und trieb eine auch räumliche Expansion – Holland, Hamburg, Bremen, London – voran. Hinzu kamen Tabakhandel und Verlagstätigkeit im Textilsektor. Die Unternehmensgewinne flossen unter anderem in Grundbesitz und Bergbaubeteiligungen. 1799 erwarb die unternehmerische Witwe die Sterkrader Gutehoffnungshütte, die sie 1807 ihrem Enkel Friedrich übertrug. Dieser wäre „wohl niemals mit der Eisenindustrie in Berührung gekommen, wenn nicht durch besondere Umstände eine Eisenhütte an die Familie gekommen wäre“.²⁵⁹ Für Koepper, der die Episode 1899 rekapituliert, begann just damit – mit einem historischen Zufall,

255 Harkort, Bemerkungen, S. 45.

256 Köllmann, Friedrich Harkort, S. 35.

257 Koepper, Reich, S. 148.

258 Gall, Krupp, S. 10 f. Die folgenden Ausführungen zur Familien- und Unternehmensgeschichte stützen sich auf diese Arbeit.

259 Koepper, Reich, S. 149.

Timo Luks

wenn man so will – eine neue Ära der Eisen- und Stahlindustrie in Deutschland. Den marktgerechten Kaufpreis (12.000 Reichstaler) stundete die Großmutter dem Enkel zinsfrei, das benötigte Betriebskapital lieh sie ihm zum üblichen Jahreszinssatz von vier Prozent. Ein Jahr später wurde das Geschäft rückgängig gemacht und Helene Amalie verkaufte die Hütte 1808 anderweitig: an die Brüder Haniel und Heinrich Arnold Huyssen, die sich mit Gottlob Jacobi zusammentaten, der seinerseits bereits von der Witwe Krupp engagiert worden und seit 1799 Anteilseigner gewesen war. Auch wenn Friedrich Krupps erster Versuch als Hüttenunternehmer von Großmutter Gnaden also rasch beendet schien, handelte es sich rückblickend doch lediglich um eine kurze Unterbrechung in einer Kette unternehmerischer Anläufe, die über das Handelsgeschäft der Familie hinauswiesen. Als Helene Amalie Krupp 1810 starb, hinterließ sie jedem ihrer drei Enkel „ein zwar nicht gewaltiges, aber doch beträchtliches Vermögen“, bestehend aus dem Handelshaus sowie Bergwerks- und Immobilienbesitz im Wert von insgesamt 120.000 Reichstalern. Das damalige Durchschnittseinkommen eines einigermaßen situierten Stadtbürgers lag bei ungefähr 300 bis 400 Talern im Jahr, wie Gall zum Vergleich anführt. Ein Großteil des Erbes – ungefähr zwei Drittel – bestand allerdings aus ausstehenden Forderungen oder kurzfristig nicht realisierbaren Werten. Dennoch, und das ist vielleicht der entscheidende Punkt, wurden die Enkel damit in bisher ungekanntem Ausmaß innerhalb und außerhalb der erweiterten Familie kreditwürdig.

Friedrich Krupp gründete mit dem großmütterlichen Kapital 1811 seine Gussstahlfabrik. Diese Unternehmung darf man wohl mit einigem Recht als Spielplatz der Projektemacherei bezeichnen, nicht zuletzt, weil nicht einmal klar war, ob und wie die Produktion von Gussstahl überhaupt gelingen würde. Krupps unternehmerische Tätigkeit war zunächst und zuallererst eine Suche nach dem nötigen Know-how. Dazu holte er die weitgehend mittellosen Brüder Carl Georg und Wilhelm Ludwig von Kechel ins Boot und sicherte ihnen eine Gewinnbeteiligung zu. Diese beiden außer Dienst gestellten nassauischen Offiziere waren zwar nicht völlig unfähig, wie Gall betont, aber eben auch nicht die ausgewiesenen Fachleute, als die sie sich angeboten hat-

ten. Dennoch wandelte Krupp die Beteiligung der Brüder 1813 in einen lebenslänglichen Angestelltenvertrag um, stattete sie also mit einem gewinnunabhängigen, sicheren Einkommen aus. Die Produktion kam jedoch nicht in Gang, die Schulden häuften sich, das großelterliche Erbe war nach kurzer Zeit weitgehend aufgebraucht. Nach der gerichtlich bewirkten Trennung von den Kechels fand sich mit dem Mechaniker Friedrich Nicolai ein neuer Partner. Nicolai verfügte zwar über ein vom preußischen Oberbergamt verliehenes Patent, das ihm die Fähigkeit bescheinigte, Gussstahl nach eigenem Rezept herstellen zu können, nur erwies sich das als produktionsuntauglich. Auch diese Partnerschaft führte zu wenig mehr als Rechtsstreitigkeiten. Gustav Koepfer charakterisierte Friedrich Krupp als jemanden, der stets vollkommen auf ein „Problem“ fixiert war, das einer „Lösung“ harrete: „wie einer jener mittelalterlichen Alchemisten saß er bei Tag und Nacht hinter seinen Tiegeln“, auf der Suche nach einem Gussstahlrezept. Statt einfach die Geschäfte des Vaters weiterzuführen, schien ihm das „auf die Dauer nicht zu genügen; es drängte ihn, seine Erfindung sich und der Welt nutzbar zu machen“. Krupp erscheint hier als „Erfinder“-Unternehmer, den zudem – anders als Nicolai – „Ausdauer und Beharrlichkeit“ ausgezeichnet hätten.²⁶⁰ Zunächst ging es mit der Gussstahlfabrik aber trotz des schleppenden Beginns und verschiedener Rückschläge weiter, vor allem deshalb, weil Krupp über einige Reserven verfügte (die von der Großmutter geerbten Grundstücke sowie Teile des mütterlichen Vermögens). 1824 folgte aber doch der Absturz. Lothar Gall interpretiert die Krupp'sche Frühgeschichte als charakteristisch für das frühindustrielle Unternehmertum. Friedrich Krupp und viele andere in seiner Zeit setzten demnach „auf ein bestimmtes Segment in einem oft gerade erst in Andeutungen, mehr in Zukunftsvisionen erkennbaren Markt neuer Bedürfnisse und Anwendungsmöglichkeiten“ – und hielten daran unbeirrt fest. „Unzählige“, so Gall, seien „dabei gescheitert, mit unrealistischen, unzeitgemäßen, praxisfernen, oft auch nur zunächst nicht durchsetzbaren Ideen, an widrigen Umständen, persönlichen Widerständen, erfolgreicheren Konkurrenten, an mangelndem Verständnis und Wissen, sei es auf technischem, sei es auf kaufmännischem Gebiet, auch an Kapitalmangel.“ Den

260 Ebd., S. 150–152.

Erfolgreichen wiederum wird rückblickend eine „Neigung“ zugeschrieben, „auf das ganz Neue, auf ihrem Wesen nach unsichere Märkte der Zukunft zu setzen“ – und eben nicht auf die „bekannten, in ihren Chancen scheinbar klarer zu berechnenden Märkte der Gegenwart“. „Dementsprechend waren sie oft kritisch beäugte, nicht selten zunächst als Fantasten und Wirkköpfe betrachtete Außenseiter ihrer Gegenwart, sprich der jeweiligen etablierten Gesellschaft. Außenseiter freilich nur in Ausnahmefällen, vor allem, was das frühindustrielle Unternehmertum angeht, auch in sozialer Hinsicht.“²⁶¹ Im Fall Friedrich Krupps hatten sich ab einem gewissen Punkt, wie Koepper betonte, auch „die meisten Verwandten“ zurückgezogen, sie waren „längst an dem Glücke verzweifelt, an dem jener selbst niemals irre geworden und mieden den seiner Aufgabe treu Bleibenden, weil sie ihn für halsstarrig hielten“.²⁶²

Die weitere Geschichte Krupps muss hier nicht im Detail geschildert werden. Sie wurde Schritt für Schritt zu einer Heldengeschichte gemacht, in deren Mittelpunkt Alfred Krupp, der Sohn Friedrichs, stand und steht. Gustav Koepper erinnerte 1899 an einen jungen Mann, der lange „an des Vaters Seite vor den glühenden Tiegeln gestanden und das brodelnde Eisen beobachtet“ hatte, das „die Zukunft der Industrie bedeutete“. Verantwortungsbewusst hatte er sich nach dem Tod des Vaters „unendliche Mühsal“ auf die „jungen Schultern“ geladen.

„Eine zärtliche Liebe zu seiner Mutter und zu seinen Geschwistern machte ihm die Last leicht, und das stolze Gefühl seiner Verantwortlichkeit gab ihm eine Festigkeit des Willens und eine Ausdauer, die unsere Bewunderung hervorrufen muß. In aller Frühe, bevor noch die beiden Arbeiter kamen, stand der Knabe schon in der Werkstätte, das Tagewerk vorbereitend und mit kundiger Hand die Tiegel beschickend. Dann stand er neben den Gesellen, im Arbeiterkittel, und vollendete an jedem Tage aufs neue das schwierige Kunststück, zugleich Lehrling und Meister zu sein.“

Alfred Krupp begegnet uns in derartigen Heroisierungen als jemand, „der aus eigener Macht etwas geworden war, der erwarb, was niemals vorher jemand erreicht

hatte: ein Königtum der Industrie“. Krupp war alles in einem: „Meister und Geselle, Packer, Gießer, Schlosser, Schmied, Reisender und Buchhalter“, und er war jemand, der mit scharfem Blick die „Zeiger der Zeit“ erkannt hatte. Jenseits der Erkenntnis, dass ein großer Unternehmer natürlich die Uhr lesen konnte, ist hier noch einmal zu unterstreichen, dass auch während Alfred Krupps Zeit an der Spitze des Unternehmens immer wieder Teile des familiären Vermögens mobilisiert werden mussten (und eben auch konnten!), um das Geschäft zu stützen. „Vielen Freunden und Verwandten“, so resümiert Gall die Lage Mitte der 1830er Jahre, „erschien die Fabrik noch immer als ein Fass ohne Boden, sie fürchteten, ihre Darlehen als verlorene Zuschüsse abschreiben zu müssen. Einer dieser inzwischen völlig ernüchterten Geldgeber war der reaktivierte Offizier Johann Christian Friedrich von Müller, der angeheiratete Onkel Alfred Krupps, der mit der Schwester seines Vaters verheiratet war.“ Ausgerechnet der Sohn des ernüchterten Onkels, Carl Friedrich von Müller, erklärte sich aber bereit, eine Bürgschaft zu übernehmen und schloss 1834 einen die Gussstahlfabrik betreffenden Gesellschaftervertrag mit seinem Vetter Alfred. Auch er schied 1844 aus, „wohl nicht zuletzt entnervt durch das ständige Auf und Ab und die sich nach kurzen Beruhigungsphasen regelmäßig zuspitzenden Finanzverhältnisse, die nicht selten an den Rand der Katastrophe führten: Zeitweise hatte dieser sein Gut, also seine eigentliche Existenzgrundlage, an [den Kölner Bankier] Herstatt verpfänden müssen.“²⁶³

Ausgehend von den Krupp'schen Verhältnissen lässt sich die These formulieren, dass der ernüchterte und entnervte, aber dennoch immer wieder in dieses oder jenes Unternehmen einsteigende private Investor, der auf die eine oder andere Weise soziale oder verwandtschaftliche Beziehungen mit diesem oder jenem Unternehmer unterhielt, die eigentlich entscheidende Sozialfigur der Epoche der Industrialisierung gewesen sein könnte, nicht nur im Ruhrgebiet. In ihrer Auswertung der Sozialstruktur der Dortmunder Aktionäre der Paulinenhütte Mitte der 1850er Jahre – sie machten drei Fünftel aller Aktionäre aus – kann Karin Schambach zeigen, dass mehr als die Hälfte aus dem Stadtbürgertum kam (Bankiers, Kauf- und Handelsleute, Fabrikanten,

²⁶¹ Gall, Krupp, S. 34.

²⁶² Koepper, Reich, S. 153, für die folgenden Zitate: ebd., S. 156 f.

²⁶³ Gall, Krupp, S. 51 u. 56.

Timo Luks

Wirte, Bierbrauer, Landwirte, Handwerker); und damit deutlich mehr als aus dem Bildungsbürgertum, dem Adel, dem Militär oder der Gruppe der Hof- und Staatsbeamten. Unter den Großaktionären stachen insbesondere Kaufleute hervor. Betrachtet man die Dortmunder Aktionäre der Montanindustrie insgesamt als eigene soziale Gruppe, dann ist deren städtbürgerliche Prägung sogar noch deutlicher.²⁶⁴ Bereits Friedrich Zunkel hat in seiner älteren Studie zur Sozialgeschichte des rheinisch-westfälischen Unternehmertums auf das vielfältige Profil der frühen Kapitalgeber hingewiesen, die sich trotz einer zeitgenössischen intellektuellen Opposition gegenüber einer „Vergötterung der Aktie“ (Karl Grün) seit spätestens den 1850er Jahren in großer Zahl „an Aktienemissionen und Effektspekulationen“ beteiligten. „Angelockt durch verheißungsvolle Prospekte mit großzügigen Versprechungen auf hohe Dividenden und steigende Börsenkurse [...] hofften sie auf diesem Wege schnell und mühelos reich zu werden.“²⁶⁵

Selbstständig und prekär

Selbstständigkeit war im 19. Jahrhundert der „archimedische Punkt bürgerlicher Lebensführung“, der nicht nur innerhalb des Bürgertums neben Arbeit und Bildung zum dritten „Grundwert“ wurde. Aus der allgemeinen und allgegenwärtigen Forderung, „sich jeweils selbst um die Ausgestaltung der eigenen Stellung und des eigenen Lebensweges zu kümmern“, so der Historiker Manfred Hettling, wurde die Verpflichtung abgeleitet, „sich auch in seinen materiellen Bedürfnissen selber zu helfen, ohne einen Anspruch zu haben auf die Unterstützung gesellschaftlicher Institutionen wie Gemeinden, Zünften, Genossenschaften“.²⁶⁶ Wege, um diese doppelte, ebenso persönliche wie wirtschaftliche Selbstständigkeit zu erlangen, zu wahren und zu verteidigen, existierten im 19. Jahrhundert viele. Die damit verbundenen Lebenslagen, Bemühungen und Zukunftsvorstellungen unterschieden sich freilich erheblich.

Auf der einen Seite des Spektrums finden sich die mittleren und großen Unternehmer in Handel, Bergbau und Schwerindustrie – und deren Söhne, die das väterliche und Familienvermögen nutzen konnten und nutz-

ten, um die eigene Selbstständigkeit abzusichern oder neue Projekte in Angriff zu nehmen. Vor allem die ältesten Söhne von Unternehmern, daran sei erinnert, versuchten den väterlichen Beruf zu ergreifen und dem Vater nachzufolgen. Bot sich diese Möglichkeit nicht oder waren die konjunkturellen Aussichten allzu düster, blieb eine Tätigkeit als kaufmännischer oder technischer Angestellter. In einer derartigen Position ließ sich die „wirtschaftliche Unselbstständigkeit ertragen“ (Hansjoachim Henning) und der Glaube aufrechterhalten, dass eine Rückkehr zum väterlichen Status nicht gänzlich versperrt war. In sozioökonomischer Hinsicht griff dabei nicht zuletzt eine Abgrenzung von all jenen, die in Dienstverhältnissen standen, auch wenn diese Verhältnisse ebenfalls breit gefächert waren. Nicht die Höhe, sondern vor allem die Art des Einkommens war also entscheidend, sollte Einkommen idealerweise doch entweder aus selbstständiger, freier Tätigkeit oder, noch besser, aus Besitz und Vermögen fließen.

Auf der anderen Seite des Spektrums steht die über große Zahl derjenigen, die sich im Handwerk oder mit irgendeinem kleinen, oft kurzlebigen Geschäft durchschlugen. In der zeitgenössischen Terminologie wurde diese Gruppe regelmäßig als „Handarbeiter“ kategorisiert. Gemeint waren damit all jene Personen, die selbstständig von ihrer Hände Arbeit lebten, als Näherinnen, Wäscherinnen, Tagelöhner, Holzhauer, Chaussee- und Eisenbahnarbeiter und dergleichen. Josef Mooser weist darauf hin, dass nicht der „manuell-körperliche“ Charakter der jeweiligen Tätigkeit entscheidend war, sondern die Frage, ob jemand „in einem festen abhängigen Arbeitsverhältnis“ stand. Diejenigen agrarischen, handwerklichen und industriellen Beschäftigten, die das taten, fielen in die Kategorie der Arbeiter, die mit derjenigen der Handarbeiter nicht deckungsgleich war. Auch hier wird also die soziale und ökonomische, aber eben auch moralische Bedeutung von Selbstständigkeit deutlich. Das galt selbst dann, wenn sich diese Selbstständigkeit für „Handarbeiter“, wie Mooser betont, „in der dauernden Suche nach (Lohn-)Arbeit“ erschöpfte und faktisch „nur kurzfristige, saisonale oder gegenstandsspezifische und daher häufig wechselnde Arbeit“ mein-

²⁶⁴ Im Detail: Schambach, Stadtbürgertum, S. 292–318.

²⁶⁵ Zunkel, Unternehmer, S. 51 f.

²⁶⁶ Manfred Hettling: Die persönliche Selbstständigkeit. Der archimedische Punkt bürgerlicher Lebensführung, in: ders. (Hg.): Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000, S. 57–78, hier: S. 59 f.

te.²⁶⁷ Mit Blick auf die Einkommensverhältnisse brachte Selbstständigkeit gegenüber unselbstständiger Beschäftigung in der Mehrheit der Fälle nicht zwingend einen Einkommensvorteil.

Selbstständigkeit war im 19. Jahrhundert demnach eng mit Prekarität verknüpft. Und das meinte, wie der französische Historiker Jacques Rancière in seiner Studie zur französischen Arbeitergeschichte schreibt: „Oszillation zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit, Entwicklung von Teilzeitarbeit und allen Formen der Unregelmäßigkeit; Vervielfältigung auch derer, die eine Ausbildung für eine Arbeit haben und eine andere tun, die in einer Welt arbeiten und in einer anderen leben.“²⁶⁸ Dieser stete Wechsel ist das vielleicht entscheidende Merkmal jener prekären Selbstständigkeit, die die Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts prägte. Dass es sich um eine der bestimmenden Dynamiken auch der Ruhrgebietsgesellschaft handelte, zeigen zeitgenössische Stimmen recht deutlich. Während der Engländer Thomas Charles Banfield, aus dessen Reisebericht bereits zitiert wurde, am Vorabend der industriellen Revolution noch feststellte, dass an der Ruhr eine „fluktuierende Masse von Arbeitsanwärtern, die von Ort zu Ort wandern“ fehle, zeigte sich der in Bochum erscheinende *Märkische Sprecher* 1853 verwundert, „wie rasch bei freiem Verkehr die in einem Gewerbebezirk entbehrlich gewordenen Arbeitskräfte in einen anderen Nahrungszweig übergehen“. Und er fügte die ebenso suggestive wie rhetorische Frage an: „Wie vielen brotlos gewordenen Kellnern begegnet man nicht als Schaffner am Eisenbahnwagen?“²⁶⁹ Bei diesem Hin- und Herwechseln zwischen unterschiedlichen Beschäftigungen handelte es sich im Ruhrgebiet wie überall um die sozialgeschichtliche Signatur des 19. Jahrhunderts schlechthin. Einiges davon ließ sich als sozialer Aufstieg deuten, anderes eher als Abstieg, vieles war keines von beidem.

Neben den diskutierten Wanderungsbewegungen und unterschiedlichen Formen sozialer Mobilität gehörte eben auch das Umherziehen der Menschen zum Zweck der Arbeitssuche und Arbeit zu den aufmerk-

sam registrierten Merkmalen einer Industriegesellschaft. Der Nationalökonom Gustav Schmoller schrieb 1889, das „letzte Resultat unserer heutigen sozialen Zustände“ sei „eine hausierende Vagabundage der ganzen arbeitenden Bevölkerung, ein Durcheinanderschütteln der Menschen von Ort zu Ort, von Geschäft zu Geschäft, wie es selbst die Nomaden nicht kannten“.²⁷⁰ Das war nicht unbedingt allein auf das Ruhrgebiet gemünzt, kann als Beobachtung aber für einen Wahrnehmungsmodus stehen, der die Suche nach den Spezifika der Ruhrgebietsgesellschaft während der Industrialisierung prägte. Vieles kreiste dabei um das Problem fluktuierender Arbeitermassen, um Unstetigkeit und soziale Instabilität. Schmoller machte das Problem an Wanderungsbewegungen, aber auch an der Prekarität von Beschäftigungsverhältnissen fest, greifbar etwa im Phänomen ständig wechselnder Belegschaften sowie dem oft nur temporären Charakter von Wohnarrangements. Rückblickend sind Formen des sozialen Auf- und Abstiegs ergänzend in die Gleichung einzusetzen.

Im Kontext der Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts sind Selbstständigkeit und handwerkliche bzw. kleingewerbliche Betriebe nicht identisch mit dem spezifischen Unternehmertypus, den Joseph A. Schumpeter in die Debatte eingebracht hat. Schumpeter selbst nahm eine aufschlussreiche Abgrenzung vor: Unternehmer seien „nicht bloß jene ‚selbständigen‘ Wirtschaftssubjekte der Verkehrswirtschaft, die man so zu nennen pflegt“, sondern alle, „welche die für den Begriff konstitutive Funktion tatsächlich erfüllen, auch wenn sie, wie gegenwärtig immer häufiger, ‚unselbständige‘ Angestellte einer Aktiengesellschaft sind.“ Selbstständigkeit allein genüge nicht, um von Unternehmertum im strengen Sinn reden zu können. Ebenso wie „nicht alle selbständigen, für eigene Rechnung handelnden Wirtschaftssubjekte“ Unternehmer wären, sei auch „Eigentum am Betrieb“ oder „überhaupt irgendwelches Vermögen“ kein wesentliches Merkmal des Unternehmersbegriffs.²⁷¹ Schumpeter unterstrich ebenfalls, dass unternehmerische Neuerungen keineswegs immer

267 Mooser, Klassengesellschaft, S. 240.

268 Jacques Rancière: Die Nacht der Proletarier. Archive des Arbeitertraums, Wien u.a. 2013, S. 18.

269 Zitiert nach: Tenfelde, Arbeiterschaft, S. 38.

270 Zitiert nach: Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 82.

271 Joseph A. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmerr Gewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, Berlin 1952 [1926], S. 111 f.

spektakulär sein müssen, und auch die „Belohnung“ für unternehmerischen Erfolg mitunter eher mäßig ausfalle. Die Neuerung, mit der jemand unternehmerisch reüssiere, müsse nicht Bessemerstahl oder der Verbrennungsmotor sein. Es könne sich ebenso gut um ein neues Bratwurstrezept handeln.²⁷² Damit ist der Horizont eines Klein- und Kleinstunternehmertums jenseits industrieller Großunternehmen umrissen, das sich zwischen einer traditionellen „Ökonomie des Notbehelfs“ (Olwen H. Hufton) auf der einen und verschiedenen Formen prekärer Selbstständigkeit auf der anderen Seite bewegte. Die Betätigungsfelder waren stets außerordentlich vielfältig. Georg Simmel sah es um 1900 als Charakteristikum moderner Großstädte an, dass es dort eine „große Anzahl von Berufen“ gebe, die „keine objektive Form und Entschiedenheit der Betätigung“ aufwiesen. Er identifizierte zahlreiche Menschen, die als die „unbestimmten Existenzen der Großstädte“ von „verschiedenartigsten, zufällig sich bietenden Gelegenheiten, etwas zu verdienen“, lebten.²⁷³ Im Grunde beschrieb er damit eine Konstellation, die an den Großstädten um 1900 besonders deutlich zu erkennen gewesen sein mag, die aber zugleich Grundzüge der Lebensweise weiter Teile der Bevölkerung während des 19. Jahrhunderts beschreibt.

Das *Handwerk* markierte im 19. Jahrhundert eine selbstständige – und oft auch prekäre – Tätigkeit par excellence. In der Geschichtswissenschaft konkurrierten lange zwei gegensätzliche Deutungen hinsichtlich des Handwerks im Prozess der Industrialisierung. Die pessimistische Interpretation ging von einem Niedergang der handwerklichen Produktionsweise aus. Dagegen betonte eine optimistische Sicht die Dynamik und Anpassungsfähigkeit. Beide Sichtweisen wurden relativiert. Jenseits eines weitgehenden Verdrängungsprozesses oder einer durchweg erfolgreichen Anpassung an die Erfordernisse der industriellen Produktion zeichnet sich „das Bild eines meist mühsamen Sich-Behauptens mit Hilfe einer abgemagerten Technik“ ab. „Die technischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraus-

setzungen der Selbstständigkeit in Handwerk und Klein-gewerbe“, so resümiert der Technikhistoriker Ulrich Wengenroth, „waren weitgehend prekär und wurden auch so empfunden.“²⁷⁴ Die Forschung hat eine zunehmende Polarisierung als entscheidendes Merkmal der Handwerksgeschichte identifiziert: einerseits zwischen verschiedenen Handwerken, andererseits innerhalb einzelner Zweige. Erfolgreiche Handwerksmeister konnten mit ihrem Einkommen in den Bereich der gehobenen Mittelschicht und teilweise sogar der Oberschicht vorstoßen, während sich das Einkommen zahlreicher anderer auf Tagelöhnniveau bewegte. Friedrich Lenger spricht in seiner Studie zur Sozialgeschichte des Handwerks von einem allgegenwärtigen „Sockel proletaroider Klein- und Alleinmeister“. „Der Masse der vormärzlichen Handwerker ging es kaum besser als den Gesellen oder den städtischen Tagelöhnern.“²⁷⁵ Diese für das Handwerk im Zeitalter der Industrialisierung typische Polarisierung prägte auch die Situation in den Ruhrgebietsstädten. Hier boten sich denjenigen, die – wie Bäcker, Fleischer, Bau- und Zuliefererhandwerke – von „der Versorgung der industriellen Großstadt“ profitierten, beträchtliche Chancen auf ein wirtschaftliches Fortkommen. „Ein kümmerliches Dasein“, so Wilfried Reininghaus, fristeten dagegen alle Berufe, „die mit industrieller Fertigung nicht konkurrieren konnten (Tischler, Schneider, Schuhmacher) oder die angesichts der Sonderbedingungen des Ruhrgebiets wenig verdienen konnten.“²⁷⁶

Auffällig und aufschlussreich ist in sozialgeschichtlicher Hinsicht vor allem die ausgeprägte Fluktuation im Umfeld des Handwerks. Die hohe Rate von Stellenwechseln war einer der Gründe, der Meister davon abhielt, Gesellen einzustellen, mussten sie doch damit rechnen, dass diese bald wieder abwanderten. Hinzu kam ein Mangel an Lehrlingen, weil junge Leute ab einem bestimmten Zeitpunkt lieber gleich in die Fabriken gingen, wo sie von Anfang an gut verdienten, anstatt einen Umweg über das Handwerk zu nehmen. Das re-

272 Joseph A. Schumpeter: Comments on a plan for the study of entrepreneurship, in: ders.: The economics and sociology of capitalism, Princeton, New Jersey 1991, S. 406–428, hier: S. 412.

273 Georg Simmel: Philosophie des Geldes, Frankfurt a.M. 1989 [1900], S. 596 f.

274 Ulrich Wengenroth: Einleitung, in: ders. (Hg.): Prekäre Selbstständigkeit. Zur Standortbestimmung von Handwerk, Haus-industrie und Klein-gewerbe im Industrialisierungsprozess, Stuttgart 1989, S. 1–5, hier: S. 5.

275 Friedrich Lenger: Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt a. M. 1998, S. 58.

276 Reininghaus, Entwicklung, S. 412.

Essen, Brandstraße 16, Metzgerei Gassmann (in der Tür: Metzgermeister Eduard Gassmann), um 1890. Fotograf unbekannt, Fotoarchiv Ruhr Museum (ABS7.047:943(E)C58).



Essen, Brandstraße, Nordseite, Oberländische Bäckerei von J. P. Wolber, um 1890. Fotograf unbekannt, Fotoarchiv Ruhr Museum (SBS_f348).



gelmäßige Ausscheiden aus dem Handwerksberuf ging allerdings nicht zwangsläufig mit einem Wegzug aus der jeweiligen Stadt einher. „Von 24 Maurermeistern in Dortmund“ im Jahr 1873 „verblieben bis 1895 sechs in

diesem Beruf, weitere sieben übten in Dortmund andere Berufe als Schlosser, Schreiner oder Ziegeleibesitzer aus.“ Die hohe innerstädtische Mobilität, etwa durch zahlreiche Wechsel in die Industrie, aber auch der Fortzug aus

einer Stadt und das Nachrücken von Zuwanderern, dürfte „die meisten örtlichen Teilarbeitsmärkte im Handwerk in Unruhe versetzt haben“.²⁷⁷ Auch dieser Befund muss kontextualisiert werden. Unter den Bedingungen der Industrialisierung war, wie der Vergleichsfall Düsseldorf zeigt, ein erhebliches Maß an Berufsstabilität möglich. Friedrich Lenger spricht von 70 Prozent der in Düsseldorf 1867/1875 ansässigen Handwerksmeister, die ihren Beruf auch nach zwölf oder 20 Jahren noch selbstständig ausübten. Ein Zehntel der Meister verlor seine Selbstständigkeit, blieb dem erlernten Handwerk aber als Geselle erhalten. Der Anteil derer, die in andere Zweige wechselten, sich als Tagelöhner oder Fabrikarbeiter verdingten, lag noch darunter. Besonders hoch war die Zahl der Meister, die ihre Selbstständigkeit verloren, im Schneiderhandwerk, ganz überwiegend ältere Meister. Unter günstigeren Konjunkturbedingungen gelang es einigen, in die Selbstständigkeit zurückzukehren, teilweise auch mehrmals. In unterschiedlichem Ausmaß und mit branchenspezifischer Ausprägung waren die Übergänge zwischen selbstständigem und unselbstständigem Gewerbebetrieb fließend. Vor allem das Schneiderhandwerk erlebte einen hohen „Abstrom“ in den Kleinhandel und einen „in anderen Gewerben nicht nachweisbaren Übergang von Handwerksmeistern in die Fabrik“. Trotz alledem spricht aber einiges für den Gesamtbefund einer relativen Stabilität. Über die 1860er und 1870er Jahre hinweg blieben drei Viertel der Gesellen in ihrem Handwerk tätig. Der Anteil derjenigen, die dieses selbstständig ausübten, unterlag allerdings heftigen Schwankungen und bewegte sich zwischen 25 und 75 Prozent der Gesellen. Bei denen, die den Sprung in die Selbstständigkeit bewerkstelligten, blieb diese eine unsichere Angelegenheit. „Der Weg in die Selbstständigkeit“, so Lengers Resümee, „ist dem verheirateten Gesellen also keineswegs verbaut, er verliert nur, angesichts der Fragilität dieser Selbstständigkeit, an Bedeutung. Erreichen die meisten Gesellen auch die handwerkliche Selbstständigkeit, so erreichen sie jedoch nicht die Stabilität des selbstständigen Gewerbebetriebes, die die 1855 schon Selbständigen mit Ausnahme der Schneider auch 1867 auszeichnet.“ Der Grad der Berufsvererbung, auch

dies ein Indikator beruflicher Mobilität und Stabilität, wies zwischen den verschiedenen Handwerken beachtliche Unterschiede auf. Besonders hoch war er im Düsseldorfer Fall bei Schreibern und Metallhandwerkern, deren Söhne zu gut zwei Dritteln den Beruf des Vaters ergriffen. Die Zahl der Söhne von Schreinermeistern oder Metallhandwerksmeistern, die als Fabrikarbeiter oder Tagelöhner arbeiteten, war noch Mitte der 1870er Jahre gering. Letzteres traf allerdings für die meisten Handwerke zu.²⁷⁸ Es ist eine offene Frage, ob vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen allgemeine Schlussfolgerungen über Art und Ausmaß sozialer Mobilität im Handwerk, also des sozialen Auf- und Abstiegs, möglich sind. Einerseits boten sich in expandierenden Industriestädten, deren Sozialstruktur stärker differenziert war als diejenige vorindustrieller Gemeinden, „beträchtlich mehr Chancen für die Beschäftigung und Mobilität“. Andererseits wurden diese Möglichkeiten „von denselben ökonomischen Prozessen stark eingengt, die sie geschaffen hatten“.²⁷⁹

Sozialstatistische Auswertungen ergeben für Bochum Ende des 19. Jahrhunderts das Bild einer Gesellschaft, die „weder völlig unbeweglich“ noch „besonders mobil“ war. Für Handwerker und Facharbeiter lässt sich vielfach sowohl ein sozialer Aufstieg als auch Abstieg beobachten, wobei Handwerker im Vergleich häufiger einen Aufstieg erlebten. „Die große Mehrheit blieb in ihrem Beruf. Die Berufswechsler verbesserten ihre Situation nur in sehr bescheidenem Umfang. Ungelernte und angelernte Arbeiter hatten nur sehr geringe Chancen, auf eine höhere Position aufzusteigen.“ Horizontale Mobilität – der Wechsel zwischen mehr oder weniger gleichartigen Beschäftigungen – war im letzten Fall weit häufiger als vertikale Mobilität. Gegenüber ungelernten und angelernten Arbeitern waren Facharbeiter und Handwerker mobiler, „aber sie sahen sich im gleichen Umfang der Gefahr ausgesetzt, in die Schicht der Hilfsarbeiter abzusteigen, wie für sie die Chance bestand, nicht mehr körperlich arbeiten zu müssen“.²⁸⁰ Die skizzierten Entwicklungen machen deutlich, dass der Weg aus dem Handwerk heraus immer eine realistische Option war, entweder als bewusste Entscheidung mit dem

²⁷⁷ Ebd., S. 402.

²⁷⁸ Im Detail: Lenger, Kleinbürgertum, S. 96–109.

²⁷⁹ Crew, Bochum, S. 31 f.

²⁸⁰ Ebd., S. 91 f.

Ziel, diese oder jene ökonomische Chance zu ergreifen, oder gezwungenermaßen, weil sich der eigene Betrieb nicht länger aufrechterhalten ließ und die Aufgabe der Selbstständigkeit letztlich nicht zu vermeiden war.

Der Aufstieg oder auch nur Wechsel von Handwerkern in den Kreis des gewerblichen oder industriellen Unternehmertums war unter den Bedingungen der (frühen) Industrialisierung zwar möglich, aber, wie gesehen, selten und blieb auf Einzelfälle beschränkt. Wenn überhaupt, dann kann von einem solchen Aufstieg lediglich im Bereich des kleinen und mittleren gewerblichen Unternehmertums gesprochen werden, in den Handwerker regelmäßig vorstießen. Das lässt sich als „Hinweis auf den Aufstiegswillen und auf die Aufstiegsmöglichkeiten der Handwerker“ (Hansjoachim Henning) deuten. Die „Unruhe“ (Wilfried Reininghaus), die im Verlauf der Industrialisierung in den handwerklichen Arbeitsmarkt des Ruhrgebiets gekommen war, zeigt sich rückblickend neben dem Wechsel etwa in den Kleinhandel vor allem an der Verschränkung mit der Industrie. Reininghaus führt das in dieser Hinsicht aufschlussreiche Beispiel eines Krupparbeiters der ersten Generation an: Es handelte sich um einen ehemals selbstständigen Schneider, der nach zähen Versuchen, im eigenen Gewerbe zu bestehen, zunächst wieder als Geselle in einem großen Herrengarderobegeschäft beschäftigt war, sich dann als Heimarbeiter mit Aufträgen verschiedener Geschäfte versuchte, bevor er im Alter von 38 Jahren als Hilfsarbeiter und dann als Schneider in die Sattlerei bei Krupp eintrat. Als in der Sattlerei eine der beiden Schneiderstellen gestrichen wurde, endete er als Flaschenspüler und Flaschenfüller in der Krupp'schen Konsumanstalt.²⁸¹ Der Umstand, dass Handwerksmeister ihre Qualifikation in die expandierenden Fabriken, vor allem der metallverarbeitenden Betriebe, einbrachten, fiel ab einem bestimmten Zeitpunkt deutlich ins Gewicht. Dort bot insbesondere die Position des fachlich qualifizierten, als Vorarbeiter und Vorgesetzter fungierenden Meisters neue Chancen.

Im Zuge der Installierung von Meistern als Werkstattleiter bei Krupp in den 1870er Jahren, auf die ich hinge-

wiesen habe, brachte das jedoch auch eine schrittweise Herauslösung des Meistertitels aus seinen handwerklichen Zusammenhängen mit sich. Der Sozialhistoriker Rudolf Boch spricht für die Kleiseisenindustrie des Bergischen Lands, aber nicht untypisch für eine bestimmte Konstellation seit den 1870er Jahren, von „Handwerker-Arbeitern“. Diejenigen, die bestimmte Spezialberufe ausübten, etwa die Schleifer, „waren keine Fabrikarbeiter im klassischen Sinn“. Es handelte sich um „Arbeiter, weil sie freie Lohnarbeiter waren, und sie waren Handwerker, weil sie, sei es in der Fabrik oder im Kleingewerbe, in handwerkliche Arbeitsprozesse eingebunden waren, in einer handwerklichen Arbeitssituation standen“. Im Verlauf und in Folge des rasanten Strukturwandels in der Schneidwarenindustrie seit Mitte der 1870er Jahre wechselten zahlreiche Handschmiedemeister als Facharbeiter in die fabrikmäßig organisierten mechanischen Schlägereien. Zahlreiche Schmiede wurden mithin zu Lohnarbeitern. Andere versuchten, ihre Selbstständigkeit – etwa in heimgewerblicher Tätigkeit für Spezialartikel – zu behaupten.²⁸²

Das Einkommen der Fabrikhandwerker zeigt für das Ruhrgebiet ein ambivalentes Bild. Handwerker, die auf Zechen angestellt waren, verdienten in den 1840er Jahren zwar durchschnittlich mehr als die Mehrheit der Bergarbeiter, dies allerdings bei längerer Arbeitszeit. Das bereits zitierte Gesuch mehrerer Ibbenbürener Bergschmiede an das Oberbergamt Dortmund vom Jahresende 1856 – es ging um die Gleichstellung in der Entlohnung mit den Hauern – verdeutlicht das nachdrücklich. Dabei schmiedeten sie ihr Argument aus unterschiedlichen Stücken. Sie verwiesen auf ihre Lehrzeit und das gezahlte Lehrgeld, während „ein gewöhnlicher Bergmann gleich beim Eintritte sein Geld schon verdiente, weshalb wir jetzt eher mehr als dieselben und nicht, wie jetzt der Fall, weniger verdienen müßten“. Vor allem aber führten sie die längeren Arbeitszeiten und die damit verbundenen Umstände an. Bescheiden bat man aber nicht um eine Besserstellung, sondern lediglich um eine Gleichstellung mit den Hauern, obschon sie dann immer noch im Nachteil wären, da sie im Unter-

²⁸¹ Reininghaus, *Entwicklung*, S. 402.

²⁸² Rudolf Boch: *Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914*, Göttingen 1985, S. 20 u. 114 f.

schied zu den Hauern nur wenig Zeit hätten, um ihre Ackerstücke zu bewirtschaften.²⁸³ In den Stahlwerken wiederum nahm das zahlenmäßige Gewicht der Fabrikhandwerker seit den 1860er Jahren zwar immer weiter zu; ihre Entlohnung bewegte sich dagegen auf durchschnittlichem Niveau, und sie blieben hinter dem Einkommen der „Hüttenfacharbeiter alten Schlags“, also den Puddlern, Schweißern und Walzern sowie denjenigen Arbeitergruppen zurück, die „extrem anstrengende Arbeiten verrichteten“. Insbesondere die in den Nebenbetrieben großer Hüttenwerke beschäftigten Schlosser, Dreher, Schmiede usw. verdienten durchgängig weniger als die ungelernten oder angelernten Arbeiter im unmittelbaren Produktionsprozess.²⁸⁴ Demgegenüber lag, das zum Vergleich, das Einkommen der qualifizierten Handwerker-Arbeiter der Solinger Schleifberufe noch Ende des 19. Jahrhunderts deutlich über demjenigen gelernter Arbeiter im Maschinenbau oder in der Metallverarbeitung beispielsweise bei Krupp, aber auch demjenigen der Handwerker-Arbeiter im Baugewerbe.²⁸⁵

Um 1800 und weit darüber hinaus war die Gesellschaft des Ruhrgebiets nicht nur eine Gesellschaft des Handwerks, sondern auch eine der *Klein- und Kleinstunternehmer*. Das fügte sich in eine wirtschafts- und sozialgeschichtliche Konstellation, die weite Teile des 19. Jahrhunderts prägte und über das Ruhrgebiet hinauswies. Die Wirtschaftshistorikerin Susanne Schötz arbeitet in ihrer Studie zu Leipziger Viktualienhändlern und Gastwirten heraus, dass deren Zahl zwischen 1830 und 1870 erheblich wuchs – „zu einem Zeitpunkt, da die vordringende kapitalistische Warenproduktion andere Angehörige der selbständigen Mittelschichten, so nicht wenige ‚kleine‘ Handwerker und Bauern, aus traditioneller Selbständigkeit riß, wenn sie deren Gewerbe erfaßte“.²⁸⁶ Die Geschäfte und Geschäftsmodelle, um die es hier geht, waren einerseits sehr heterogen und sie spielten sich andererseits oft in einem derart be-

grenzten Rahmen ab, dass jede Möglichkeit dieses oder jenes noch so kleinen Zusatzeinkommens genutzt werden musste – bis zu dem Punkt, an dem die Geschäftspraktiken fraglich wurden. Johann Moritz Schwager sah sich beispielsweise bei seiner Reise durch Westfalen in Dortmund gezwungen, „einen Fuhrmann mit drei Pferden“ zu nehmen, obwohl er und seine Mitreisenden „mit zweien doch leichter gefahren wären“. „Allein“, so notierte Schwager, „der Fuhrmann hatte drei Pferde, und wollte nur zehrungsfrei fahren, das dritte mußten wir also unterhalten, und nun merkten wir erst die enorme Theuerung des Hafers.“²⁸⁷ Ob es sich bei derartigen Praktiken um die betrügerische Gier eines Fuhrunternehmers oder um ein Kleinstunternehmen mit außerordentlich engen Spielräumen handelte, das mag sich je nach Standpunkt anders darstellen. Jedenfalls herrschten in der „Welt der kleinen Unternehmen“, so konstatieren Heinz-Gerhard Haupt und Geoffrey Crossick in ihrer Sozialgeschichte des europäischen Kleinbürgertums, eine „tiefgreifende soziale Heterogenität“ und ein „hoher Grad an sozialer Instabilität“: auf der einen Seite gutsituierte Händler und Handwerksmeister, oft mit mehreren Angestellten und der Perspektive, ihre Unternehmen weiterzuvererben; auf der anderen Seite „die Betreiber winziger und unbedeutender Geschäfte und Werkstätten, die nur deshalb eröffnet wurden, weil ihnen durch ökonomische Krisen andere Möglichkeiten versperrt waren, den Lebensunterhalt zu verdienen“.²⁸⁸

Grundbesitzende Bergleute hatten bis zur Jahrhundertmitte faktisch die Möglichkeit, sich mit einem kleinen Unternehmen selbstständig zu machen, um auf diese Weise einen sozialen Aufstieg zu bewerkstelligen. Der Weg in den Kleinhandel war mehr oder weniger der einzige Weg in die Selbstständigkeit, der Arbeitern jedweder Couleur im Ruhrgebiet offenstand. Für alles andere fehlten in der Regel die Mittel. Dennoch wurde das oft als Chance zur Verbesserung der eigenen Lage begrif-

283 Gesuch mehrerer Ibbenbürener Bergschmiede an das Oberbergamt Dortmund um Gleichstellung in der Entlohnung mit den Hauern, 28.12.1856, in: Tenfelde/Trischler (Hg.), *Stufen*, S. 127 f.

284 Zumdick, *Hüttenarbeiter*, S. 175 f. u. 207 f.

285 Boch, *Handwerker-Sozialisten*, S. 120 f.

286 Susanne Schötz: Zur Konstituierung „kleiner“ Selbständiger während der bürgerlichen Umwälzung in Leipzig. Ein Beitrag zur messestädtischen Sozialgeschichte, in: *Jahrbuch für Geschichte* 38 (1989), S. 39–94, hier: S. 40.

287 Schwager, *Bemerkungen*, S. 63.

288 Heinz-Gerhard Haupt/Geoffrey Crossick: *Die Kleinbürger. Eine europäische Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts*, München 1998, S. 18 f.

fen.²⁸⁹ Problematisch war es dagegen, zumindest in den Jahrzehnten vor der Bergrechtsreform, wenn die Ehefrau eines Bergmanns einen kleinen Laden eröffnen wollte. Im Dezember 1820 schrieb beispielsweise der Steiger Bock an das Märkische Bergamt:

„Zufolge Wohlloblicher Bergamtlicher Verfügung vom 21. v. M., so den 29. v. M. zu meinen Händen gekommen ist, soll der Kramladen so durch meine Frau geführt wird: sofort aufhören, indem mich aber Nahrungssorgen drücken, so bin ich froh, daß meine Frau im Stande ist durch Handlung etwas mit in der Haushaltung zu verdienen, denn mit dem Steigergehalt von 15 Thaler Courant kann ich nicht auskommen. Würde mir nun wohlgeneigtest von Einem Königl. Wohlloblichen Bergamte eine solche Versorgung zugeteilt die meinen benötigten Unterhalt bestreiten könnte, dann würde ich gar nicht säumen meiner Frau ihre Handlung gänzlich zu untersagen, ohngeachtet noch verschiedene die beinahe noch einmal so stark im Gehalte stehen, Gastwirtschaft und Kramladen, in ihrem Häuschen haben. Sollte aber nun der Befehl Königl. Wohllobl. Bergamts nicht anders sein: daß durchaus durch eine Frau kein Nebenverdienst zur Unterhaltung der Haushaltung zugeführt werden darf; so muß ich ganz gehorsamst um eine solche Versorgung bitten, wodurch ich meinen benötigten Unterhalt bestreiten kann.“²⁹⁰

Das Bergamt bestand auf der sofortigen Einstellung der Ladentätigkeit. Als Begründung diente allein der Hinweis, dass „Höherer Verfügung zufolge“ den Revier- und Grubenbeamten „die Führung von Kramladen und ähnlichem Nebengewerbe bei Verlust ihres Postens untersagt“ sei. Verstöße gegen das Verbot einer Nebentätigkeit beschäftigten die betroffenen Bergleute und Bergämter vor 1861 regelmäßig. Auffällig ist, dass sich die Argumentation aller Beteiligten innerhalb einer Vorstellung bergmännischer Familienökonomie bewegte. Demnach wurde die *eigenständige* Tätigkeit der Ehefrau als *Nebentätigkeit* des Ehemanns betrachtet, für den wiederum eine Gehaltssteigerung als die eigentlich wünschenswerte und der ehefrauliche Betrieb ei-

nes Kramladens oder einer Gastwirtschaft lediglich die Notlösung angesichts eines eigenen Einkommens war, das sich für eine angemessene Haushaltsführung als zu knapp erwies.

Neben Bemühungen um ein kleines Geschäft finden sich auch Beispiele für den Versuch, in das frühere Handwerk zurückzukehren. Im Sommer 1890 bat etwa der Bergarbeiter Anton Radziejinski den Kaiser um „Unterstützung zur Rückkehr in sein angestammtes Sattlerhandwerk“. In seinem offenbar nicht eigenhändig aufgesetzten Gesuch hieß es:

„Es sind bereits drei Jahre sein meiner verhehlung; und mich dieser umstand zwang, mein Sattlerhandwerk niederzulegen und mich dem Bergarbeiterstande zuzugesellen. Und dis allein aus dem grunde; weil die Eltern meiner jungen Frau, zwar eine brave Lehrer Familie aber ein so zahlreiches Nachkommen besitzen, daß an eine mithilfe oder mitgift auch nicht im entferntesten zu denken war. [...] Meine Eltern sind gänzlich arme Leute mein Vater ist Gutssattler auf dem Gräflichen Rittergut zu Gr. Waplitze auch im Kreise Stuhm und erhält an Jahresgehalt von 140 Mark an baarem Gelde eine freie Wohnung nebst einigen naturalien, besitzen vier Kinder von denen ein jeder seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten muß und auf eine etwaige mithilfe nicht die rede sein darf. Nun hatten wir uns nach der Provinz Westphalen begeben um hier unsern Herd zu gründen mit Kummer und schwern sorgen hatten wir nun schwer zu kämpfen, dazu gesellte sich noch der geringe verdienst in den beiden ersten Jahren der mich beinahe zur Verzweiflung trieb. Nun häuften sich die Schulden immer mehr an und dazu schenkte uns der Liebe Gott auch noch zwei Kinder welche jetzt im Alter von 1 und 2 Jahren stehen die Krankheit war bei uns auch häufiger Gast und des infolgedessen, daß ich den schweren Grubenarbeiten nicht gewachsen bin und sich daher meine Noth immer mehr in die länge zieht. Da habe ich nun mich der alleinigen Hoffnung anheim gegeben, Ihre Kaiserliche Hohe Majestät wollen Gnädigst meine Bitte erhören und mir eine kleine mithilfe ge-

²⁸⁹ Tenfelde, Schichtung, S. 129 u. 161–167.

²⁹⁰ Gesuch des Steigers Bock an das Märkische Bergamt um die Genehmigung der Nebentätigkeit seiner Frau bzw. um Erhöhung seiner Bezüge, 8.12.1820, in: Tenfelde/Trischler (Hg.), Stufen, S. 75 f.; dort auch das folgende Zitat.

wären indem ich dan wieder zu meinem Handwerk zurückkehren könnte.“²⁹¹

Bergassessor Richard, der Bochumer Revierbeamte, kommentierte die zitierte Bitte um Startkapital in einem Schreiben an das Oberbergamt Dortmund knapp einen Monat später damit, dass die Eingabe „dem heißen Wunsch des Bittstellers entsprungen“ sei, „sich mit Hilfe der erhofften Unterstützung ein selbständiges Sattlergeschäft zu gründen, damit er des nicht mehr nöthig hat, die ihm verhaßte Bergarbeit zu verrichten“. Vermutlich waren es wirtschaftliche Motive, die Anton Radziejnski einst dazu gebracht hatten, sein Handwerk aufzugeben und es als Bergarbeiter zu versuchen (wann das war, wissen wir nicht). Geht man davon aus, dass das als selbstständiger Sattler potenziell zu erzielende Einkommen nicht nur unsicher, sondern selbst unter günstigen Umständen überschaubar war, dann wird plausibel, dass es wohl tatsächlich die Art der Arbeit war, die für Radziejnski zum Problem geworden war. Das muss nicht heißen, dass sie ihm „verhaßt“ gewesen wäre, wie der Revierbeamte vermutete. Es deutet eher darauf hin, dass die körperliche Konstitution einfach keinen ausreichenden Verdienst ermöglichte.

Es konnten also unterschiedliche Gründe sein, die jemanden (zurück) in eine selbstständige Tätigkeit zogen. „Aufstiegswillige Bergarbeiter“, so argumentiert David Crew in seiner Sozialgeschichte Bochums, richteten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts „offenbar ihre ganze Energie darauf“, „dem Arbeiterdasein zu entkommen und ein kleines Geschäft zu eröffnen“. Im Vergleich zu anderen Arbeitern gelang das nicht zuletzt deshalb häufiger, weil Bergleute eher in der Lage waren, Kapital dafür anzusparen. Gleichzeitig waren die Aufstiegschancen innerhalb der Betriebshierarchien des Bergbaus enger als beispielsweise in der Metallindustrie. Ab einem gewissen Punkt war die Eröffnung eines kleinen Ladens demnach die einzig wirkliche Möglichkeit der Verbesserung. In Bochum existierte um die Jahrhundertwende eine hohe Zahl von „Einmannbetrieben“, die kaum über Kapital verfügten. Eine Auswertung der Gewerbesteuerlisten zeigt zudem, dass in der Industrie-

stadt Jahr für Jahr eine beachtliche Zahl an Betrieben neu gegründet oder eben aufgegeben wurde. Im Zeitraum von 1880 bis 1896 waren jährlich zwischen 16 und 37 Prozent der geführten Betriebe Neugründungen, während gleichzeitig zwischen elf und 16 Prozent aller Betriebe in jedem Jahr verschwanden.²⁹²

Bei der Mehrheit der kleinen Geschäfte handelte es sich um Gastwirtschaften oder Viktualienhandel. Susanne Schötz betont in ihrer Leipziger Fallstudie, dass vor allem die geringen Eintrittshürden – insbesondere das benötigte Kapital und etwaige Spezialkenntnisse – entscheidend waren. Aus diesem Grund wurde „das Lebensmittelgewerbe zu einem Sammelbecken verschiedenster, häufig deklassierter sozialer Elemente“. Allerdings war das Lebensmittelgewerbe selbst wiederum krisenanfällig, sodass nicht wenige „ihre meist geringe Habe“ erneut verloren, wenn kleinere Spekulationen fehlschlügen oder sich Marktlagen rasch veränderten. Mit Blick auf die Steuersätze stellt Schötz eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der Mehrheit der Viktualienhändler und der Masse der Facharbeiter, Kellner, Hausknechte, Markthelfer, Post- oder Eisenbahnbeamten fest. Damit bestätigen sich zeitgenössische Diagnosen, die das fragliche Segment des Kleinbürgertums als „unstete Masse von Handwerkern und Kleinhändlern“ (Friedrich Engels) beschrieben, die eine „schwankende Existenz führte“ und der „fluktuierendste Teil der Bevölkerung“ sei. Ein Drittel der – Leipziger – Viktualienhändler stammte aus Arbeiterhaushalten. Für Söhne aus Arbeiterfamilien bot sich hier tatsächlich die Möglichkeit sozialen Aufstiegs: ein potenzielles Aufrücken „in eine der untersten selbständigen Mittelschichten gegenüber den in jedem Fall nicht selbständigen, überwiegend lohnabhängigen Positionen der Väter“. Daneben rekrutierten sich Viktualienhändler aus dem Bereich des Handwerks, vor allem aus der Gruppe der Gesellen, denen der Sprung in die Selbstständigkeit nicht gelang, sowie der „temporären ungelernen Gesindetätigkeit“. Letztere boten Spielräume, um über Jahre „das notwendige Kapital für eine selbständige Existenz“ zusammenzubringen.²⁹³ Im Ruhrgebiet

²⁹¹ Gesuch eines Bergmanns an den Kaiser um Gewährung einer Unterstützung zur Rückkehr in sein angestammtes Sattlerhandwerk, 5.7.1890, in: ebd., S. 281 f.; dort auch das folgende Zitat.

²⁹² Dazu insgesamt: Crew, Bochum, S. 27 f., 95 f. u. 129.

²⁹³ Zum Vorangegangenen insgesamt: Schötz, Konstituierung, S. 42–53.



Ansichtspostkarte: oben links: Gaststätte und Fuhrunternehmen Joh. Kupper, Bismarckstr. 237; oben rechts: Zeche Consolidation III/IV; unten links: Bismarckstraße von der Gaststätte Kupper in Richtung Trinenkamp, 1899. Fotograf: Max Westermann, Institut für Stadtgeschichte Gelsenkirchen (FS I 06852).

scheint dieser Weg gegenüber der Verflechtung mit industrieller Arbeit weniger ins Gewicht zu fallen.

Wo zahlreiche Männer und Frauen der entstehenden Industriegesellschaft des Ruhrgebiets in der Eröffnung eines kleinen Geschäfts die Chance für ein besseres Fortkommen erblickten, die vermutlich einzige, die überhaupt erreichbar erschien, da blieb von anderer Seite die Kritik an der so entstehenden Geschäftslandschaft nicht aus. Friedrich Harkort pries 1844 den wohlthätigen Einfluss des Großhandels auf die Versorgung der „untern Klassen“ und ventilierte dabei auch die Idee von Konsumvereinen, die mit ihrer Verhandlungsmacht günstigere Preise und bessere Qualität lebensnotwendiger Waren erzielen könnten.

„Auch der Kleinhandel trägt zur Nationalwohlfahrt bei, allein nur bis zu einer gewissen Grenze. Bei zu

kleinem Umschlage hört der Händler auf, productiv zu sein, er wird ein Schmarotzer der Gesellschaft, die ihn durch ungebührliche Preise ernähren muß. Der Mann welcher täglich zwei Maaß Branntwein zu hundert Procent in Fingerhüthen verzapft, könnte offenbar seine Kräfte nützlicher verwenden. Der Reiche kauft in größeren Läden um dreißig bis hundert Procent billiger als der Arme bei diesen Schmarotzern. Die untern Klassen der Industriellen sind, bei geringen Mitteln und kleinem Bedarf an Kolonialwaaren und Victualien, meist an diese Zwischenhändler verwiesen, welche den kärglichen Lohn noch ungemein verkümmern. Der Arbeiter, welcher auf gemiethetem Boden den häuslichen Bedarf theilweise selbst zieht, kommt deshalb besser fort, als jener der täglich mit den Hökern verkehren muß, aus demselben Grunde genügt auf dem Lande ein geringerer Lohn.“²⁹⁴

294 Harkort, Bemerkungen, S. 54 f.; siehe dazu auch: Gerhard Huck: Arbeiterkonsumverein und Verbraucherorganisation. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Ruhrgebiet 1860–1914, in: Reulecke u.a. (Hg.): Fabrik, S. 215–245, sowie den Beitrag von Nicolai Hanning in diesem Band.

Der „in Fingerhüthen“ verzapfte Brantwein verweist, das aber nur nebenbei bemerkt, auf den Umstand, dass das Ruhrgebiet im Reichsdurchschnitt kontinuierlich die geringste Kneipendichte und einen deutlichen Mangel an Gastwirtschaften aufwies. Ob die spätere Lösung der Ruhrarbeiter – die Gründung genossenschaftlich organisierter „Schnapskasinos“ – in Harkorts Sinn gewesen wäre, darf nüchtern betrachtet bezweifelt werden.²⁹⁵ Auch aus Arbeitersicht waren die Erfahrungen mit geschäftstüchtigen Klein- und Kleinsthändlern nicht immer erquicklich, zumal dann nicht, wenn verschiedene Geschäfte miteinander verschränkt waren, um möglichst große Profite abschöpfen zu können. Der Bergmann Otto Faust erinnerte sich an einen Gastwirt, bei dem er ein Zimmer bezogen hatte. Da dieser gleichzeitig „die Stelle eines Oberstallmeisters bei der Firma van Eupen in Essen, die auf vielen Zechen, so auch auf Osterfeld, die Grubenpferde stellte“, innehatte, war er mit vielen Grubenbeamten bekannt; ein Umstand, der ihm und seinen Geschäftsfreunden bei der Vermittlung und Vermietung von Zimmern half. Auch an Faust vermittelte er eine Wohnung, und zwar „ganz in seiner Nähe bei dem Wirt Sebus, der sein Haus durch einen Anbau wesentlich vergrößert hatte“. Dieser Hauswirt

„betrieb neben der Gastwirtschaft ein Kolonialwarengeschäft und nahm nun als ganz selbstverständlich an, daß ich in seiner Wirtschaft verkehren und auch unseren ganzen Bedarf an Waren bei ihm decken müsse. Beides aber fiel mir gar nicht ein, das ließ ich mir nicht vorschreiben; und so wurde das Verhältnis bald sehr gespannt.“²⁹⁶

Das war das Gegenmodell zum ausgeführten Ideal der „Selbsterzeugung“, das Otto Faust in seinen Erinnerungen an frühere Jahre evoziert hatte und das wiederum durch die geschilderten fragwürdigen Geschäftspraktiken eines Vermieters, Gastwirts und Händlers umso strahlender und verlockender wirken musste.

Die wichtiger werdenden Konsumvereine, die zahlreichen informellen Dienstleistungen, die Arbeiterinnen und Arbeiter oder deren jeweilige Ehepartner bzw. Ehe-

partnerinnen unter der Hand füreinander erbrachten, aber auch die direkt spürbaren Auswirkungen kleiner und kleinster Lohnschwankungen machten allerdings auch den lokalen Handwerkern, Laden- und Geschäftsinhabern das Leben nicht leichter; und zwar umso mehr, je schwerindustrieller ein Kreis geprägt war. Die Handelskammern wiesen in ihren Analysen spätestens um 1900 auf die damit verbundenen Probleme hin: die Abhängigkeit der Gewerbetreibenden vom Einkommen der Arbeiter und damit auch den Konjunkturbewegungen der dominierenden Industriezweige, der Wettbewerb um Kunden mit den subventionierten Werkläden oder Konsumgenossenschaften usw. Die Lage war derart, dass es eine „nicht unbeträchtliche Zahl der Kinder“ vorzog, „nicht das Geschäft ihres Vaters zu übernehmen, sondern lieber eine Stelle im öffentlichen Dienst, als Angestellter oder in den freien Berufen zu suchen“.²⁹⁷ Allerdings muss man hier auch betonen: Erfolgsaussichten und Erfolg hingen von den Startvoraussetzungen ab. Für Ludger Führkötter, der zum Dienstpersonal auf der Essener Villa Hügel gehörte, dürften sie besser gewesen sein als für die meisten Berg- und Industriearbeiter. Führkötter, der in den letzten sieben Lebensjahren Alfred Krupps persönlicher Kammerdiener gewesen war, wagte 1890 den Sprung in die Selbstständigkeit. Er übernahm die Verwaltung der Bierhalle am Fuß des Hügels und pachtete kurz darauf die „Bootshaus-Restaurations“ hinzu. Zudem übernahm er die Oberaufsicht der Sportanlagen an der Ruhr. „Mit diesen drei Standbeinen“, so Stephen Pielhoff und Waltraud Murauer-Ziebach, „verdiente er um 1904 rund 4350 Mark im Jahr und hatte freie Wohnung auf dem Hügel. Im Gehaltsgefüge entsprach sein Jahreseinkommen den Einkünften eines leitenden Angestellten der Hügelverwaltung.“²⁹⁸

Wie erwähnt, galten ein Abgang aus der Schwerindustrie sowie die Eröffnung eines kleinen Geschäfts unter Berg- und Hüttenarbeitern als durchaus attraktive Option, die einen moderaten sozialen Aufstieg und eine Verbesserung der Lebenssituation versprach. Derartige Wechsel werden in der Forschung entsprechend gedeutet. Das gilt beispielsweise für die statistisch fassbare Tendenz des anteiligen Rückgangs der im Bergbau

²⁹⁵ Siehe dazu: Brüggemeier/Niethammer, Schlafgänger, S. 158–163.

²⁹⁶ Faust, Bremsjungen, S. 125–127.

²⁹⁷ Crew, Bochum, S. 150–152; siehe auch: Reininghaus, Entwicklung, S. 415 f.

²⁹⁸ Pielhoff/Murauer-Ziebach, Krupp, S. 47.

beschäftigten polnischen Zuwanderer – zugunsten einer *größeren Zahl polnischer Handwerker, Kaufleute und Kleinunternehmer*. In dem Maß, wie polnische Familien dauerhaft im Ruhrgebiet Fuß fassten, bildete sich auch eine „polnische Infrastruktur“ heraus. Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, so eine Zählung Sylwia Haidas, gab es 600 polnische Läden, 100 Schuster, 70 Metzger, zehn Restaurants, 70 Buchhandlungen, drei Verlage und zwei polnische Banken. Vereinzelt hatten diese Geschäfte eine polnische Beschilderung. Teilweise hatten deutsche Geschäfte polnisches Personal eingestellt, aus eigenem Geschäftsinteresse, nicht weil die polnische Kundschaft es verlangt hätte, wie ein Bericht der Polizeiverwaltung Oberhausens notierte. Zudem bildeten sich polnische Konsumvereine zum Zweck des gemeinschaftlichen Wareneinkaufs.²⁹⁹ In der Anfangsphase seit den 1890er Jahren entstanden überall in den Zentren polnischer Einwanderung kleine Krämerläden und vor allem Lebensmittelgeschäfte, Bäckerläden, Schustereien, Friseurgeschäfte und kleine Buch- und Devotionalienläden. Unter den 2.073 polnischen Gewerbetreibenden des Ruhrgebiets, Stand 1912, stellten Lebensmittelhändler mit 32,8 Prozent die größte Gruppe, 18,3 Prozent waren Schneider, 8,9 Prozent Schuhmacher, 4,4 Prozent Flaschenbierhändler und 3,7 Prozent Friseure. Der Anteil von Polen an der Gesamtzahl der selbstständig Gewerbetreibenden und Handwerker war mit eineinhalb Prozent zwar niedrig, in den einzelnen Land- und Stadtkreisen aber auch sehr verschieden: Dortmund-Land mit 5,2 Prozent, Gelsenkirchen-Land mit 7,8, Herne mit 6,4, Recklinghausen-Stadt mit 10,7, Recklinghausen-Land mit 5,3, Hamm mit 5,6 und Oberhausen mit 4,6 Prozent. Aber auch in diesen Kreisen lag „der polnische Anteil am Mittelstand beträchtlich unter dem jeweiligen polnischen Bevölkerungsprozentsatz“. „Die Besitzer“ der verschiedenen Geschäfte „waren Berg- oder Fabrikarbeiter, die sich das Betriebskapital zusammengespарт und von polnischen Banken geliehen hatten und deren Frauen oder Töchter oft das Geschäft führten“. In der Regel blieben diese Geschäfte auf den lokalen Raum beschränkt. Kleßmann verweist auf eine Vielzahl von „Fehlspekulationen und Bankrotts“, die sich an absolut und relativ rückläufigen

Zahlen ablesen lasse. Wurden 1902 in den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster (ohne Berücksichtigung des Regierungsbezirks Düsseldorf) 1.519 polnische Gewerbetreibende gezählt, so waren es vier Jahre später nur noch 1.127 und 1912, bei einer massiv angewachsenen polnischen Bevölkerung, 1.426. Das hatte vor allem damit zu tun, dass deutsche Geschäfte sich zunehmend besser auf die polnischsprachige Kundschaft einstellten und diese gezielter umwarben.³⁰⁰

Über die Art der Geschäfte geben einige Beispiele Auskunft. Der polnische Ruhrbergmann Stanisław Drygas erinnerte sich, dass es in Herne, als seine Familie dort 1902 ankam, ein polnisches Geschäft gab, dasjenige von „Jankowiak in der Neuerstraße“, das Haushaltsbedarf führte und in dem seine Mutter „später stets den ganzen Krimskrams besorgt hat, weil sie dort in ihrer Muttersprache reden konnte“.³⁰¹ Daneben

„gab es bei uns noch ein anderes polnisches Geschäft, das Geschäft von Józefowski, mit Papiererzeugnissen und Devotionalien in der Bahnhofstrasse. Im Schaufenster lagen chaotisch hingeworfene polnische Broschüren, manchmal war auch ein polnisches Buch sichtbar. In der Regel jedoch war das Fenster mit liturgischem Gerät und polnischen und deutschen Gebetbüchern vollgestopft. Das dritte polnische Geschäft war die Metzgerei in der Neuerstraße. Es gab keinen polnischen Bäcker in Herne, aber wir kauften das Brot bei einem Polen, der in der Nachbarstadt eine Bäckerei hatte, in Bruch, also in Recklinghausen. Uns und sehr vielen Landsleuten brachte er das Brot nach Hause. Er nahm kein Geld, sondern schrieb jedes Mal in sein und in unser Kreditbuch die Sorte und Anzahl des genommenen Brotes, damit er am Zahltag alles zusammenrechnen konnte und den Betrag von uns einziehen konnte. Dieses System des Einkaufens auf Kredit war üblich. Zu diesen Bedingungen kauften wir bei Jankowiak unseren Herd und die Bergmannsbank, identisch wie bei unserem Onkel. Diese wurde zum wichtigsten Gegenstand in der Küche.“

²⁹⁹ Haida, Ruhrpolen, S. 264 f.

³⁰⁰ Kleßmann, Bergarbeiter, S. 133 f.

³⁰¹ Für dieses und die folgenden Zitate: Haida, Ruhrpolen, S. 262 f.

Timo Luks

In Drygas' Erinnerung war die Eröffnung eines kleinen Geschäfts das Ziel vieler polnischer Familien, für das sie nach Möglichkeit alles taten.

„Um einen kleinen Kramladen zu eröffnen, arbeiteten ganze Familien. Die Väter der Familien machten Überstunden auf der Zeche, um so viel Geld wie nur möglich nach Hause zu bringen, die Mütter nahmen unterschiedliche Arbeiten an, sogar Kinder halfen. Wenn man eine entsprechende Summe beisammen hatte, eröffnete man ein Geschäft, in dem die Töchter arbeiteten, während die Väter weiterhin schwer auf der Zeche arbeiten gingen.“

Einerseits ließen sich dabei Karrieren machen und ein beachtlicher Aufstieg bewältigen. Drygas berichtete von einem Zechenarbeiter, der nicht mehr als andere auch verdiente, aber sehr sparsam lebte und mit dem gesparten Geld eine „Mineralwasserfabrik“ eröffnete. „Er muss“, so Drygas,

„daran sehr gut verdient haben, da er nach einiger Zeit an eine Bäckerei dachte. Er holte aus der Heimat einen Fachmann und begann Brot zu backen. Er war hier konkurrenzlos. [...] Letztlich eröffnete er ein Lebensmittelgeschäft, welches von seiner Frau geführt wurde, während er das Brot ausfuhr. Nach ein paar Jahren wurde er Hauptteilhaber der Malzkafeeefabrik in Gelsenkirchen.“

Andere Beispiele deuten auf eine hochgradig prekäre Welt hin. So versuchte sich ein Bergmann, der aufgrund seines Engagements für die polnische Berufsvereinigung (ZZP) entlassen worden war, mit einem Pferd und zwei Fuhrwagen im Verkauf von Kohle und Bier, die er den Kunden direkt nach Hause lieferte. Bei Privatabnehmern verdiente er pro Flasche Bier zweieinhalb Pfennige, einen Pfennig weniger bei der Abgabe an Lebensmittellager. Das war knapp bemessen.

„Und wenn die Abnehmer es den Kindern erlaubten mit den leeren Flaschen zu spielen und der Gummiverschluss verloren ging, der zwei Pfennige kostete,

dann verfiel auch der Verdienst. Und es kam oft vor, dass nicht nur der Gummiverschluss, sondern auch die Flasche verloren ging, und eine Entschädigung zu verlangen war nicht ratsam, da die Konkurrenz groß war.“

Doch Krämerläden, Fuhrgeschäfte und dergleichen waren nicht die einzigen Wege, um Geld zu verdienen. Eine weitere – großflächig genutzte – Möglichkeit ergab sich aus den typischen Familien-, Wohn- und Lebensformen im Ruhrgebiet während der Industrialisierung.³⁰²

Von besonderer Bedeutung war das *Kost- und Schlafgängerwesen als Geschäftsmodell*, das heißt als besonders aufschlussreiche und für die Ruhrgebietsgesellschaft seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts charakteristische Form eines prekären Klein- und Kleinstunternehmertums. Untermietverhältnisse spielten bereits in der ersten Jahrhunderthälfte eine Rolle. Als Einkommensquelle waren sie keine Erfindung der Hochindustrialisierung. 1810 hatten zum Beispiel 18 Prozent der Duisburger Haushalte Untermieter aufgenommen, bis 1843 halbierte sich der Anteil allerdings. 1867 lag der Anteil von Haushalten mit Untermietern wieder bei etwas über 22 Prozent und 1890 bei knapp 20 Prozent.³⁰³ Das Kost- und Schlafgängerwesen ist im Lauf der Zeit zum Sinnbild des Lebens im Ruhrgebiet geworden. Es gilt als kreative Lösung und Anpassungsleistung einer Gesellschaft, deren Bevölkerung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine rasante Expansion von Bergbau und Industrie und im Zusammenhang damit einen bis dato nicht gekannten Zuzug erlebte. Einerseits stand diese Wohnpraxis – neben dem Umstand, dass Zuwanderer auch nach ihrer Ankunft im Ruhrgebiet außerordentlich mobil blieben – im Zentrum zeitgenössischer Ängste und Befürchtungen eines Moral- und Kulturverfalls der „wurzellosen“ Arbeiterbevölkerung. Andererseits handelte es sich beim Kost- und Schlafgängerwesen aber eben auch um ein klein- und kleinstunternehmerisches Geschäftsmodell von außerordentlicher Bedeutung.

Die anhaltende, massive, sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts noch einmal beschleunigende Zuwanderung ins Ruhrgebiet schuf eine erhebliche Wohnnachfrage und begründete neue Geschäftsmöglichkeiten. Für

³⁰² Siehe dazu den Beitrag von Nicolai Hannig in diesem Band.

³⁰³ Jackson, Migration, S. 55 u. 163.

„kapitalkräftige Grundbesitzer, Wirte oder auch Spekulanten“ eröffneten sich Gelegenheiten, als Investoren oder Bauherren auf dem Wohnungsmarkt zu reüssieren. Von individuellen Gewinnchancen abgesehen, ließ sich die Arbeiterwohnfrage so freilich nicht lösen. Die Zahl der auf diese Weise errichteten Häuser und bereitgestellten Wohnungen blieb gering, zumal „ein kapitalkräftiges Bürgertum“ im Ruhrgebiet weitgehend fehlte. Das galt umso mehr, als eine „ausufernde Grundstücksspekulation“ die Rentabilität von Mietwohnungen merklich beeinträchtigte, und ohnehin „die Beteiligung am Wohnungsmarkt nicht die profitabelste Art der Kapitalanlage war“. Entsprechend der örtlichen Verhältnisse zeigten sich dabei gewisse Unterschiede. „In Meiderich“, so Zumdick, „gestaltete sich der Wohnungsmarkt im Vergleich zu Beeck günstiger, weil sich hier bürgerliche Mittelschichten allmählich stärker herausbildeten.“ Dennoch, so berichtete der Meidericher Bürgermeister Mitte November 1890 an den Ruhrorter Landrat, seien die örtlichen Bauunternehmer „nicht so situiert, daß sie auf ihr Risiko hin Bauten errichten könnten“.³⁰⁴

Auch für die bereits ansässige, halbwegs etablierte Arbeiterbevölkerung boten sich geschäftliche Chancen, die aus der Beschaffenheit des Wohnungsmarkts resultierten. Einige dieser Möglichkeiten habe ich bereits diskutiert: beispielsweise die Eröffnung von Wirtshäusern, kleinen Krämerläden, Wäschereien oder Nähereien, aber auch die im Einzelfall einen beachtlichen Umfang erreichende, vielleicht auch zunehmend professionalisierte Versorgung von Kollegen und deren Familien mit Lebensmitteln aus eigener landwirtschaftlicher Produktion. Hausbesitz und Werkswohnungen boten in unterschiedlichem Ausmaß, das habe ich ausgeführt, die Möglichkeit eines landwirtschaftlichen Zu- und Nebenerwerbs oder zumindest Mittel und Wege, um das Haushaltsbudget merklich zu entlasten. Zusätzlich war die Aufnahme von Kost- und Schlafgängern oder die Untervermietung eines oder mehrerer Zimmer gängige Praxis. Diese Praxis beschränkte sich nicht auf Hausbesitzer oder diejenigen, die eine Werkswohnung bezogen hatten. Im Wesentlichen nahmen Arbeiterfamilien Schlafgänger auf. Mittelschichtsfamilien, etwa Bäcker, Metzger, Wirte, Kleinhändler, aber auch untere Indus-

trieangestellte, vermieteten zwar auch an Kost- oder Quartiergänger. Sie vermieteten aber in erster Linie an „Angehörige der Mittelschicht“, „die sich im Unterschied zur Arbeiterschaft in der Regel ein eigenes Zimmer zur Untermiete leisten konnten“.³⁰⁵ Die Wohnsituation in den expandierenden Ruhrstädten begünstigte das nicht nur, sondern erforderte geradezu alternative Modelle der Unterbringung und Beherbergung.

Mit dem Einsetzen der massiven Zuwanderung in den 1870er Jahren spielten zunächst von den Zechen eingerichtete Schlafhäuser eine wichtige Rolle. Diese Menagen und Logierhäuser unterschiedlicher Größe und Qualität dienten vor allem jungen und ledigen Zuwanderern als erste Anlaufstelle. Aus Sicht der Zechen war das die einfachste und kostengünstigste Lösung. Einige der Schlafhäuser, beispielsweise die 1852 bei der Zeche von der Heydt in Herne eingerichtete Massenunterkunft, waren derart mangelhaft, dass, so eine zeitgenössische Stimme, „Schlafgeld, wie dies in ordentlich eingerichteten Schlafsälen geschieht, nicht erhoben werden konnte“, weil die Bergleute anfangs auf losem Stroh, dann auf Strohsäcken, aber immer noch auf dem Boden nächtigen mussten.³⁰⁶ Die Einrichtungen stießen schnell auf Ablehnung seitens der Neuankömmlinge. Grund dafür waren unter anderem die beengten räumlichen Verhältnisse sowie die schlechten hygienischen und sanitären Zustände. Das bot Konfliktstoff und zog Ortsbegehungen nach sich, die Aufschluss über den Zustand einzelner Häuser bringen sollten. In einem Bericht über ein Schlafhaus der Duisburger Phoenixhütte wurden zunächst die sanitären Einrichtungen beschrieben: insgesamt 56 Waschbecken auf zwei Stockwerken („Kippbecken mit Wasser Zu- und Ablauf“), Wasserleitungen für kaltes und warmes Wasser und zusätzlich „eine Badeanstalt, die jetzt mit Brausebädern eingerichtet wird“. Jeder Bewohner erhalte wöchentlich ein neues Handtuch. „Jeden Tag“ würden „die Stuben durch die Wärter ausgefegt, obwohl es nach der Kasernenordnung von der Belegschaft selbst zu geschehen hat. Im Jahre ist Viermal großer Putz, wobei die Kasernenräume sämtlich gescheuert und die Spinde gereinigt werden.“ Letztlich liege es aber am „Ordnungssinn der einzelnen Kasernenbewohner“, in welchem Zustand sie

304 Zitiert nach: Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 248; siehe auch: Brüggemeier, Grubengold, S. 155 f.

305 Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 256 f.

306 Zitiert nach: Brüggemeier, Grubengold, S. 160.

ihre Sachen hielten und wie sie „für Ordnung in den Stuben tagsüber sorgen wollen“.³⁰⁷ Sieht man von den offen fremdenfeindlichen Formulierungen ab, die die Verantwortung für mangelhafte Zustände dem Charakter der größtenteils polnischen Belegschaft zuschrieben, um die „Kasernenleitung“ aus eben dieser Verantwortung zu entlassen, so zeigt der Duktus des zitierten Berichts, dass die Zechengesellschaften beim Betrieb derartiger Unterkünfte eher an die Unterbringung von Rekruten im Militär als an die Beherbergung von Gästen in einer Pension dachten.

Die Forschung hat einen raschen Aufwärtstrend im Kost- und Schlafgängerwesen seit Mitte der 1870er Jahre herausgearbeitet. Demnach stieg die Zahl der Quartiergeber zwischen 1879 und 1885 von circa 4.500 auf 7.700 und diejenige der Kostnehmer von rund 8.500 auf 15.500. Im Jahr 1881 wurden gut 6.000 Räume vermietet, vier Jahre später waren es 8.500. „In voller Blüte“, so notierte der Bürgermeister Laars 1888 in einem Verwaltungsbericht, „steht das Kostgängerwesen in Laar, wo alle Arbeiterfamilien die nur irgendwie entbehrlichen Räume den Kostgängern miethweise abtreten“.³⁰⁸ Eine Aufstellung des Jahres 1878 ergab für Meiderich 306 und für die Bürgermeisterei Beeck 220 Schlafgänger, die bei 245 bzw. 160 Familien untergekommen waren. Das war im Vergleich nicht besonders viel, entsprach aber immer noch einem Zehntel der Haushalte, „während direkt in Laar der Anteil noch wesentlich höher lag“. Der Trend wies seit den 1880er Jahren deutlich nach oben. In der ersten Hälfte der 1890er Jahre wurden in jedem Jahr zwischen 500 und 800 Schlafgänger bei der Meidericher Polizeibehörde angemeldet; nach der Jahrhundertwende waren es über 1.000.³⁰⁹ Zwar unterschied sich die Schlafgänger- und Zimmermietquote beispielsweise Essens um 1900 kaum von derjenigen in Berlin, und sie lag deutlich unter der Quote Frankfurts. 1914 hatte aber tatsächlich die Hälfte der bergmännischen Familien einen oder teilweise mehrere Untermieter. Auch unter ökonomischen Aspekten fiel das ins Gewicht. In Essen, so schrieb der Statistiker Otto Wiedfeldt, der dem „Af-

termietwesen“ 1902 eine umfangreiche Untersuchung widmete, würden damit alles in allem 2.199.986 Mark eingenommen, 1,78 Millionen Mark allein durch die Vermietung von Zimmern und Schlafstellen – und vielleicht einen Morgenkaffee. Laut Wiedfeldts Berechnung entsprach das drei Prozent des gesamten in der Stadt veranlagten Einkommens und 15 Prozent des Essener Mietaufkommens.³¹⁰

Der Trend zur Untervermietung hing erstens mit der angesprochenen Abneigung gegenüber der Unterbringung in Schlafhäusern zusammen. Wer in einem Schlafhaus logierte, versuchte in der Regel so schnell wie möglich irgendwo als Schlafgänger unterzukommen. 1900 existierten im Ruhrgebiet zwar immer noch 14 Schlafhäuser mit 500 Betten und 20 Menagen mit 1.820 Plätzen.³¹¹ Aber mit Blick auf die Bevölkerungszahl und Belegschaftsgrößen war das tatsächlich nicht viel. Zweitens spielte der Werkwohnungsbau eine Rolle. Dieser kam zwar seit den 1870er Jahren in Gang, zunächst allerdings nur sehr langsam. Selbst auf dem Höhepunkt erreichte der Bau kaum ein Ausmaß, das der Mehrheit der Bergleute und ihren Familien ein angemessenes Wohnen ermöglichen konnte. Für das südliche Revier existierten 1893 2.257 Wohnungen in Zechenbesitz, in denen 4.144 Bergleute lebten. Das entsprach 7,4 Prozent der Belegschaften. Im nördlichen Revier waren es 8.119 Wohnungen, in denen 14.338 Arbeiter, also 14,6 Prozent der Belegschaft, untergebracht waren. Knapp zehn Jahre später verfügte das südliche Revier über 5.268 und das nördliche über 20.977 Zechenwohnungen, die 8.560 bzw. 39.419 Bergleuten Unterkunft boten. Der Anteil der Belegschaften in Zechenwohnungen war also innerhalb weniger Jahre auf 12,2 bzw. 25,3 Prozent gestiegen.

Das war eine beachtliche Entwicklung. Die Zechensiedlungen verfügten zudem über die größte Dichte an polnischen Zuwanderern. In Altenbochum beispielsweise machten polnische Bergarbeiter einen Anteil von 27,25 Prozent aus und in Bottrop lebte 1910 die Hälfte aller erwachsenen Polen in einer Zechenwohnung. Dieser ansteigende Trend setzte sich bis zum Beginn des Ersten

³⁰⁷ Zitiert nach: Haida, Ruhrpolen, S. 254.

³⁰⁸ Zitiert nach: Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 255; für die genannten Zahlen: Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 329.

³⁰⁹ Zumdick, Hüttenarbeiter, S. 256.

³¹⁰ Otto Wiedfeldt: Das Aftermietwesen in der Stadt Essen nach der Aufnahme vom 1. Dezember 1900. Im Auftrag des Oberbürgermeisters bearbeitet durch das Statistische Amt, Essen 1902, S. 44–47.

³¹¹ Dazu und zum Folgenden: Brüggemeier, Leben, S. 52–58 u. 274–276; Haida, Ruhrpolen, S. 248–255.

Weltkriegs fort. Dennoch: Ohne die Praxis der Untermiete, so eine Schätzung von Franz-Josef Brüggemeier, hätten 1914 bestenfalls 20 bis 30 Prozent der Belegschaften in Zechensiedlungen wohnen können. Dass nach 1900 deutlich mehr Bergleute in Zechenwohnungen untergebracht waren, lag daran, dass „die 25.396 Familien, die 1900 eine Werkswohnung nutzten“, 13.649 Untermieter beherbergten, „die sich damit im Durchschnitt bei nahezu 54 Prozent der Haushalte fanden. Ähnliche Zahlen liegen auch für private Wohnungen vor, so dass um 1913 etwa 80.000 Bergleute nicht auf dem freien Markt oder in Zechenwohnungen, sondern bei Arbeitskollegen und Familien eine Unterkunft fanden.“³¹²

Trotz des in absoluten Zahlen stets beachtlichen Umfangs des Kostgängertums zeigten sich doch auch gewisse Verschiebungen. Während sich die Zahl der polnischen und masurischen Haushaltsvorstände zwischen 1902 und 1912 mehr als verdoppelte, blieb die Zahl der Kostgänger im gleichen Zeitraum einigermaßen stabil oder wuchs nur langsam. 1902 kam auf jeden Haushaltsvorstand ein Kostgänger. 1912 existierten doppelt so viele Haushaltsvorstände wie Kostgänger.³¹³ Auch für einzelne Werkswohnungssiedlungen konnte es abweichende Trends geben, die in Richtung eines deutlichen Rückgangs der Zahl der Haushalte mit Kostgängern sowie eine Reduktion der in einem Haushalt lebenden Personen auf die Angehörigen der „Kernfamilie“ wiesen.³¹⁴ Insgesamt aber gilt: Ohne die Möglichkeit, ein Zimmer oder auch nur eine Schlafstelle zu mieten, wären einerseits zahlreiche Menschen nur schwer anderweitig oder in deutlich schwierigeren Verhältnissen untergekommen. Andererseits bot sich Arbeiterfamilien durch Untervermietung eine zusätzliche Einnahmequelle, wenn auch auf Kosten des eigenen Wohnkomforts. Einige Familien planten Untervermietungen von Anfang an ein – und mieteten bewusst eine größere, dafür geeignete Wohnung an. Ungeachtet wiederkehrender Klagen über die verbreitete Schlafgängerei arrangierten

sich die Zechen, die zudem aufgrund des allgemeinen Wohnraum Mangels darauf angewiesen waren, rasch damit. Teilweise bewarben sie Werkswohnungen bereits mit dem Hinweis auf eine mögliche Untervermietung. Ein Anwerbeauftrag des frühen 20. Jahrhunderts rechnete vor:

„Da in einem Zimmer vier Kostgänger gehalten werden können, wird die Miete also in jedem Monat um 4 Mark geringer; ganz abgesehen davon, was die Familie an den Kostgängern selbst verdient. Wenn also eine Familie vier Zimmer hat, würde sie monatlich 4 mal 4 = 16 Mark zu bezahlen haben. Hält sie nun 4 Kostgänger, so würde die Miete nur 12 Mark betragen.“³¹⁵

Für die Familien bedeuteten die Aufnahme von Schlaf- bzw. Kostgängern oder Zimmervermietung die Möglichkeit, wirtschaftliche Krisen besser zu überstehen oder Einkommensengpässe, die durch den Familienzyklus oder konjunkturelle Schwankungen bedingt waren, auszugleichen. Das war umso wichtiger, weil Frauen im Ruhrgebiet kaum alternative Hinzuverdienstmöglichkeiten offenstanden, vor allem in durch die Schwerindustrie geprägten Städten wie Duisburg. Zudem spielten Veränderungen der familiären Verhältnisse in die Notwendigkeiten eines Zuverdienstes hinein. Otto Faust erinnerte sich an seine – nicht sehr erfreuliche – Zeit als Kostgänger im Haus eines Bergbeamten, dessen Gattin früher Näherin gewesen sei, sich nun aber um aufgenommene Kostgänger kümmerte, wenn auch nicht besonders freundlich.³¹⁶ Franz-Josef Brüggemeier weist darauf hin, dass das Schlaf- und Kostgängerwesen ohne die Tätigkeit von Frauen in der umrissenen Form und dem beachtlichen Ausmaß kaum möglich gewesen wäre. Die kostenlose Arbeit der Ehefrauen und Mütter sei von den Befürwortern dieser Wohnform stets einkalkuliert worden.

³¹² Brüggemeier, Grubengold, S. 159–161.

³¹³ Brüggemeier, Leben, S. 285; McCook, Borders, S. 31.

³¹⁴ Antje Kraus: Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen von Hütten- und Bergarbeiterfamilien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Arbeitersiedlungen der Carlshütte in Büdelsdorf (Rendsburg) und der Zeche Rheinlbe/Alma in Ückendorf (Gelsenkirchen), in: Werner Conze u. a. (Hg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 163–194, hier: S. 172 f.

³¹⁵ Zitiert nach: Brüggemeier/Niethammer, Schlafgänger, S. 155.

³¹⁶ Faust, Bremsjungen, S. 119 f.

„Die Schlafgänger entrichteten zwar ein Entgelt, doch der größte Teil der Frauenarbeit im Hause blieb unbezahlt – und unbeachtet. [...] Die Besorgung des Haushalts, die Erziehung der Kinder, der Umgang mit Schlafgängern, die Kontakte zu Nachbarn, diese und andere Bestandteile des alltäglichen Lebens wurden in erster Linie über Frauen vermittelt, und sie haben deren Stellung innerhalb der Familie bzw. nach außen bestimmt.“³¹⁷

Allerdings: Teilweise haben die von Brüggemeier benannten Tätigkeiten nicht mit dem Kost- und Schlafgängerwesen zu tun, teilweise ist zu fragen, ob eine Umwandlung in eine entlohnte Tätigkeit möglich bzw. wünschenswert war oder ob vergleichbare Tätigkeiten nicht auch von Ehemännern ohne Entlohnung erbracht wurden (zum Beispiel die „Kontakte mit den Nachbarn“ oder die nicht unwichtige Suche nach Kost- und Schlafgängern unter den Kollegen). Vor allem überzeugt die Trennung des entrichteten Entgelts der Untermieter von den Tätigkeiten der Frauen nicht wirklich. Denn wofür sollte dieses Entgelt entrichtet werden, wenn nicht für die Bereitstellung einer Schlafstelle oder eines Zimmers – einschließlich der damit verbundenen „Serviceleistungen“? Kann man davon sprechen, dass das Waschen oder Flicken von Bettwäsche oder das Kochen von Kaffee „unentlohnt“ erfolgte, wenn man ein Bett vermietete und ein morgendlicher Imbiss Teil der Vereinbarung war? Angemessener ist es vermutlich, das Verständnis von Ökonomie, das sich hier zeigt, um eine soziale Dimension zu ergänzen, also nicht von vornherein bezahlte Dienstleistungen und kostenlose Hilfeleistungen gegeneinanderzustellen. Die jeweiligen Arrangements, so Brüggemeier, „boten wichtige Hilfen, wenn Wirtinnen zerrissene Kleider der Schlafburschen flickten, die Wäsche besorgten, Strümpfe stopften oder am Sonntag dafür sorgten, dass ‚er ein reines Vorhemdchen hatte‘. Schlafleute konnten diese oder andere Hilfsleistungen erfahren, ‚ohne erst Wege zu machen oder jeden Nadelstich besonders mit Geld‘ entlohnen zu müssen.“³¹⁸ Es handelte sich um Tätigkeiten, so heißt es weiter, die Frauen sowohl für ihre Familien als auch für

die Schlafleute erbrachten. Da letztere für all das aber sehr wohl bezahlten und einige der alltäglichen Arbeiten von Frauen – etwa kleine Nähaufträge, die Arbeit im Garten oder die Versorgung des Viehs – auch in anderen Fällen ein Einkommen generierten, liegt die Einschätzung nahe, dass die Grenze zwischen Familien- und Erwerbsarbeit weniger klar war, als es aus heutiger Sicht scheinen mag.

Mit dem Kost- und Schlafgängerwesen waren von Anfang an ambivalente Haltungen und Einschätzungen verbunden. Zeitgenössische Schreckensvisionen speisten sich aus mehreren Quellen. „An erster Stelle“, so schreibt Franz-Josef Brüggemeier, „ist die Zuwanderung anfänglich bodenständiger, dann jedoch immer fremdartiger erscheinender Arbeiter zu nennen.“ Fremdartigkeit und Unruhe erschienen umso bedrohlicher, als die Zuwanderer, einmal im Ruhrgebiet angekommen, auch weiterhin außerordentlich mobil blieben. Das Schlaf- und Kostgängerwesen hatte daran seinen Anteil und wurde regelmäßig beklagt, auch wenn die dahintersteckenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten in der Regel nicht geleugnet wurden.³¹⁹ Aus Sicht derjenigen, die zeitgenössisch tatsächlich Bekanntschaft mit dem Schlaf- und Kostgängerwesen machten, waren die Erfahrungen wechselhaft. Der Bergmann Otto Faust etwa hatte im Verlauf seines Lebens unterschiedliche Erfahrungen mit verschiedenen Formen der Kostgängerei gemacht (die Mitarbeit bei einem Kötter gegen Kost und Logis in der Jugend, die Unterkunft bei einer Beamte ngattin, die ihn schikaniert hat, in den ersten Jahren des Arbeitslebens usw.). Er erkannte zwar die wirtschaftlichen Zwänge an, die dahintersteckten, kam aber dennoch zu einer wenig günstigen Gesamteinschätzung:

„Als weiteres, größeres Übel wirkte sich das Kostgängerwesen aus, das sich im Laufe der Zeit immer weiter ausbreitete. Selbst Leute, die keine besonderen Räume dafür frei machen konnten, suchten durch Halten von Kostgängern ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Das war aber nicht geeignet, die Sittlichkeit und Moral zu heben, besonders wenn in der Familie auch

³¹⁷ Brüggemeier, *Leben*, S. 52–68 u. 279.

³¹⁸ Brüggemeier, *Grubengold*, S. 162.

³¹⁹ Brüggemeier, *Leben*, S. 16 f. u. 22 f.

noch größere Kinder weiblichen Geschlechts vorhanden waren.“³²⁰

In dem Maß, wie das Kost- und Schlafgängerwesen sich verbreitete, wurden moralisierende Diskussionen und moralische Bedenken seitens einiger Vertreterinnen und Vertreter der bürgerlichen Mittelschicht zunehmend durch gewerbepolizeiliche Regulierungsversuche ergänzt und überlagert. Darin steckte zumindest implizit die Anerkennung der Unter- und Nachvermietung als gewerbliche Praxis, die – wie andere Gewerbe auch – zu beaufsichtigen und zu kontrollieren war. Insbesondere die mitunter sehr beengten räumlichen Verhältnisse wie auch die realen oder gemutmaßten hygienischen Zustände wurden zum Gegenstand der Regulierung. So erließ beispielsweise der Regierungspräsident von Arnsberg 1891 eine Verordnung, die das Zusammenleben regeln sollte. Demnach sollte unter anderem „das Bettstroh halbjährlich erneuert werden, die Bettwäsche sollte alle sechs Wochen und die Handtücher alle 14 Tage gewechselt werden. Der Raum sollte einmal jährlich getüncht werden, und die Vermieter sollten die Räume der Kostgänger täglich mindestens eine halbe Stunde gut lüften.“³²¹

Die Ambivalenz der zeitgenössischen Beurteilung zeigte sich auch in der umfangreichen statistischen Untersuchung Otto Wiedfeldts. Einerseits identifizierte Wiedfeldt die „fremden Einlogierer“ als Ursache „ungünstiger Wohndichtigkeit“. Zwar sollte man doch annehmen können, so schrieb er, dass nur solche Haushalte „fremde Leute“ aufnehmen würden, „deren Wohnung für ihren eigenen Bedarf zu groß ist, die also ihren Raumüberschuß abgeben und verwerten will“. Deshalb – und weil es Polizeiverordnungen gebe, die „Mindestraumforderungen“ regelten – sollte „normalerweise unter den Wohnungen, in welchen sich fremde Leute finden, wenig oder keine übermäßig besetzt“ sein.³²² Die Auswertung zeige allerdings etwas anderes. Der Essener Statistiker setzte einen Raum pro Person als hinreichend an und kam auf dieser Grundlage zu dem Ergebnis, dass in Essen 24.415 Wohnungen dem nicht genügten. Insgesamt kämen 1,4 Personen auf einen Wohnraum (in Werkwohnungen durchschnittlich

sogar 1,77 Personen). Bei der Hälfte der ungenügenden Wohnungen machte Wiedfeldt Einlogierer als Ursache aus. Auf die konkreten Zahlen kommt es an dieser Stelle nicht an. Wichtig ist lediglich die Schlussfolgerung, wonach die anschwellende Zahl der „Aftervermietungen“ eigentlich hinreichend große Wohnungen zu überfüllten Wohnungen mache – und zwar umso mehr, je größer die Wohnung sei (bei den Fünf- und Sechszimmerwohnungen müssten 80 Prozent als überbelegt gelten). Gegen Ende seiner Studie fand Wiedfeldt harte Worte für die Wohnverhältnisse unter den Bedingungen eines verbreiteten „Aftermietwesens“. Neben erhöhter Wohndichte und verkürzter Wohndauer – auf den „vielfach nur temporären Charakter“ der Anmietung einer Wohnung und die Praxis regelmäßiger Umzüge weisen Sozialhistoriker seither immer wieder hin – stehe es „bei den Wirts- wie bei den Schlafleuten um die hygienischen, moralischen und kulturellen Forderungen übel“. Andererseits aber kam auch der Essener Statistiker nicht umhin, von einem generellen Verbot der Praxis abzuraten. Wohnungspolitisch sei – neben dem Bau geeigneter Wohnungen sowie dem Ausbau von Logierhäusern, den auch Otto Faust als sinnvolle Alternative pries, obwohl die Arbeiter hier längst mit den Füßen abgestimmt hatten – vor allem auf „Besserung der verbleibenden Schlafstellen“ durch Regulierung zu setzen. Es gelte vor allem, Mindestanforderungen bezüglich der Räume und ihrer Ausstattung durchzusetzen und mittelfristig auf eine Ersetzung der Schlafstellen durch Zimmervermietung hinzuwirken. Das Interessante an Otto Wiedfeldts zitierter Schlussbemerkung: Er sah sich dazu genötigt, weil ihm schwante, dass seine vorangegangene Auswertung der wirtschaftlichen Seite des „Aftermietwesens“ ganz andere Schlüsse nahelegen könnte. Kapitelweise hatte er die beträchtlichen Einnahmen der Wirtinnen und Wirte und die moderaten Kosten für die Einlogierten minutiös aufgeschlüsselt, auch wenn er die mit Vermietungen zu erzielende „Rendite“ etwas relativierte; und erst dadurch fühlte er die Notwendigkeit, vor einer ausschließlich die finanzielle Seite berücksichtigenden Einschätzung zu warnen, würden dabei doch die angesprochenen negativen Auswirkungen übersehen.

³²⁰ Faust, Bremsjungen, S. 176.

³²¹ Haida, Ruhrpolen, S. 255.

³²² Wiedfeldt, Aftermietwesen, S. 15; für die folgenden Zitate: ebd., S. 32–45.

Was Wiedfeldt in Sachen Ökonomie des „Aftermietwesens“ zusammentrug, ist tatsächlich beachtlich. Seine Ausführungen zeigen, wie verbreitet, aber auch wie heterogen das Ganze war. Unter den Haus- und Wohnungseigentümern, aber auch unter denjenigen, die über eine Dienstwohnung verfügten, hätten „diejenigen mit mittlerem und hohem Einkommen am häufigsten fremde Einlogierer und zwar besonders Zimmermieter“. Vermietungen an Schlafgänger fänden sich dagegen eher bei Haushalten der untersten Einkommensstufen (bis zu 1.200 Mark). Unter den zur Miete Wohnenden fanden sich Einlogierer am häufigsten in der mittleren Einkommensklasse (1.650–1.800 Mark). Die angesprochenen Einkommensniveaus entsprachen im ersten Fall in etwa dem Jahreseinkommen eines Bergmanns (das 1911 für Untertagearbeit ungefähr bei 1.600 Mark lag) bzw. im zweiten Fall demjenigen von Steigern oder Angestellten im Bergbau, die 1911 circa 2.500 Mark verdienen konnten. *Schlafstellenvermietung* und *Zimmervermietung* zielten zwar beide auf die Erschließung einer Einnahmequelle. Es handelte sich aber um parallellaufende Praktiken unterschiedlicher sozialer und Einkommensgruppen. In den „ungünstiger gestellten Schichten der Bevölkerung“ beschritt man den Weg der Vermietung von Schlafstellen, „mittelmäßig gestellte Haushaltungen“ vermieteten dagegen eher Zimmer. In jedem Fall handelte es sich um eine mögliche Einnahmequelle, die pragmatisch gegen andere abgewogen und gegebenenfalls mit anderen Quellen kombiniert wurde. Mit Blick auf Untervermietung oder eine anderweitige gewerbliche Nutzung der Wohnung

„wird im allgemeinen eine Familie, die derartiger Nebenquellen bedarf, entweder aus der einen oder aus der anderen schöpfen, je nachdem sie diese oder jene für ergiebiger oder für weniger unangenehm erachtet. Eine Ausnahme hiervon machen 267 Essener Haushaltungen, die fremde Leute aufgenommen haben und dessen ungeachtet noch ihre Wohnung zu gewerblichen Zwecken benutzen. Derartig in doppelter Weise ungünstige Zustände finden sich also in 6 % aller Wohnungen mit fremden Einlogierten.“

Wiedfeldt zielte in seiner Abhandlung vor allem auf die Rolle der Frauen im „Aftermietwesen“. Dabei ging es ihm um die Nutzung der Arbeitskraft der Frau, um

Arbeitsbelastung und Zeitbudgets. In einem Haushalt ohne kleine Kinder hätte die Frau „vielfach überreichlich Zeit“, da die Arbeitskraft mit der Instandhaltung der Wohnung „nicht voll beschäftigt“ sei. Es sei verständlich, dass sich solche Familien Wohnungen nähmen, die über ihren Wohnbedarf hinausgingen – und dann einige Zimmer vermieteten, „um hierdurch die Arbeitskraft der Frau wirtschaftlich besser nutzbar zu machen und so eine Quelle von Nebeneinnahmen zu erschließen, die ihnen einen größeren Lebenskomfort und Lebensgenuß gestattet“. In 70 Prozent der Haushalte, die Einlogierer aufgenommen hatten, existierten nun aber kleine Kinder. Die Folge sei entweder eine Überlastung der Frau oder eine Vernachlässigung und ungenügende Versorgung sowohl der Kinder als auch der Untermieter. Das Dilemma bestehe darin, dass gerade in Familien mit unerwachsenen Kindern „mehr Mittel erforderlich oder wenigstens wünschenswert erscheinen, als sie das Einkommen des Mannes aus seiner Berufsarbeit gewährt“.

Der Entwurf einer Ökonomie des Nebenerwerbs, die sich als Mobilisierung weiblicher Arbeitskraft und Zeitressourcen präsentierte, traute den betroffenen Frauen dennoch nicht ganz über den Weg. Die „Aufnahme fremder Elemente in die Haushaltung“, so Wiedfeldt, erzeuge zahlreiche Reibungen und mache „die Leitung des ganzen Haushaltes schwieriger“. Daher sei „für derartig erweiterte Haushaltungen männliche Leitung erwünscht oder erforderlich“, auch wenn die Wirtin für den Mieter die wichtigere Bezugsperson sei. Faktisch würden in Essen jedoch 720 von 4.244 Haushalten mit Untermietern von Frauen geleitet, aufgrund besonderer wirtschaftlicher Umstände. „Witwen, geschiedene oder sonst allein stehende Frauen“, so schrieb er, „können bei dem sehr geringen Umfang von eigentlicher gewerblicher Frau enarbeit sich in Essen kaum anders als durch Aftervermietung ernähren, wenn sie sich nicht als Putzfrau etc. Arbeit suchen wollen.“ Auch Frauen aus „höheren sozialen Schichten“ böte sich – „soweit sie keinen besonderen Beruf erlernt haben“ – kaum eine andere Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Wiedfeldt hob hervor, dass Frauen hier ihre „fast stets vorhandenen wirtschaftlichen Kenntnisse und Fertigkeiten nutzbringend und einträglich verwerten“ könnten. Müsse eine Frau Kinder oder pflegebedürftige Angehörige ernähren, liege der Vorteil darin, dass sie im Unterschied zu nahezu

allen anderen Erwerbstätigkeiten bei der Vermietung nicht das Haus verlassen müsse. Nicht zuletzt sei das

„hauswirtschaftliche Arbeitsfeld der Frau [...] durch die Beschränktheit großstädtischer Wohnungen, durch die Herausbildung häuslicher Tätigkeiten zu selbständigen Erwerbszweigen gegen früher und in Vergleichung mit ländlichen oder kleinstädtischen Verhältnissen merklich kleiner geworden, sodaß der jetzt brach liegende Teil der Frauenarbeitskraft für eine weitere Tätigkeit frei ist“.

Innerhalb des „Aftermietwesens“ zeigte sich schließlich auch ein grundlegender Unterschied hinsichtlich der Bedeutung des jeweiligen Geschäftsmodells. Die Vermietung von Zimmern wurde in über der Hälfte der Fälle als „geschäftsmäßiger Erwerb“ betrieben, stellte also den Hauptverdienst und eigentlichen Erwerb dar. Das heißt: Man begnügte sich nicht mit einem Zuverdienst, der mit der Vermietung nur eines Zimmers zu erzielen war. Wiedfeldt identifizierte einige hundert Haushalte, ungefähr drei Prozent der Fälle, in denen die Mieteinnahmen die Erträge aus der Berufsarbeit des Mannes überschritten. Aber auch hier existierten Unterschiede, je nach Modell. Teilweise deckten die Einnahmen ein Zehntel der Miete, teilweise stiegen sie auf das sechs-, acht- oder zehnfache der Miete – bei Schlafstellen, Zimmervermietung und Pensionsbetrieb bzw. Kostgeberei. Die Rentabilität steige mit jedem zusätzlichen Schläfer, auch wenn Arbeiterfamilien den erzielten „Unternehmensgewinn“ in der Regel etwas überschätzten, weil sie etwa die Abnutzung der Wohnung nicht in die Rechnung einbezogen. Dennoch, in zahlreichen Fällen erschließe die „Kostgeberei“, also die „von der Frau geleistete, oft recht bedeutende“, merkliche höhere Einnahmen, auch gegenüber dem Verdienst vieler Männer. Neben der „wirtschaftlichen Tüchtigkeit und der Arbeitsfähigkeit der Frau“ hingen diese Einnahmen freilich auch von der Verfügung über „ein bestimmtes Kapital“ ab, „das in pränumerando zu entrichtender Wohnungsmiete, in Möbeln, Wäsche, eventuell auch in Lebensmitteln, teils als festes, teils als umlaufendes Kapital angelegt sein muß“. Kostgeberei und „Aftervermietung“ wurden dann – besonders häufig bei alleinstehenden Frauen, so Wiedfeldt – „in stärkerem Maße“ zu einem „Gewerbe“ gemacht. Letzteres gelte vor allem für Zimmervermie-

rinnen, die sich „aus den sogenannten mittleren Schichten rekrutieren“ und abgesehen von „Klavierunterricht o. ä.“ kaum andere Erwerbsmöglichkeiten hätten. Alleinstehende oder verwitwete Arbeiterinnen müssten sich dagegen nicht allein auf die Zimmervermietung konzentrieren, weil sie sich „als Putzfrauen, durch Zeitungstragen usw. etwas verdienen können“.

5. Fazit

Deutungen und Selbstdeutungen des Ruhrgebiets als einer paradigmatischen Industrieregion sind vielfach in sozialhistorischen Basisprozessen verankert. Sie beziehen sich auf die mit der Industrialisierung verbundenen Formen von Migration und sozialer Mobilität oder die Entstehung einer (industriellen) Klassengesellschaft. Innerhalb dieses Rahmens lässt sich die historisch nicht unplausible, aber doch auch mythisch überhöhte These der Ruhrgebietsgesellschaft als Schmelztiegel situieren. Das wird in der Regel an die Geschichte des Bergbaus und die Dynamik der Schwerindustrie gekoppelt. Aus heutiger Perspektive und auf der Grundlage der reichhaltigen sozialhistorischen Forschung wird freilich deutlich, wo die Grenzen dieser Perspektive liegen.

Unbestreitbar haben wir es beim Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert mit einer zunehmend (schwer-)industriell geprägten Klassengesellschaft zu tun. Allerdings schloss das nicht aus, dass alte und neue Formen von Klein- und Kleinstunternehmertum oder Übergänge zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen bedeutsam blieben oder im Schatten der Bergbaugesellschaft sogar an Bedeutung gewannen. Arbeits- und Lebenswelten waren und blieben prekär, also durch ein Maß an Unsicherheit und Unregelmäßigkeit gekennzeichnet, das nicht im Bild des schwer arbeitenden, aber über die Zeit einen anständigen Lebensstandard erreichenden, lebenslangen Bergmanns aufgeht. Gleichzeitig erweisen sich die Formen sozialer Zugehörigkeit in einer solchen Gesellschaft, geprägt durch Migration, soziale Differenzierung und soziale Ungleichheit, als vielfältig.

Mit Blick auf die Sozialstruktur der Ruhrgebietsgesellschaft erweist sich der massive Bevölkerungszuwachs im Verlauf des 19. Jahrhunderts als entscheidender Faktor. Einerseits bedeutete das eine merkliche Verschiebung der demografischen Schwerpunkte innerhalb der

deutschen Länder bzw. des Reichs. Andererseits ging damit eine Verschiebung innerhalb des späteren rheinisch-westfälischen Industriereviers einher: zuungunsten der bergisch-märkischen Gewerbeflandschaft, die hinter dem Aufstieg der Ruhrstädte zunehmend zurückblieb. Im Verlauf dieser Entwicklungen verlor das Ruhrgebiet seinen dörflichen Charakter mit zahlreichen mittel- und kleinbäuerlichen Anwesen, Ackerbürgerstädten und Kirchdörfern. Gegenüber anderen Regionen blieb die Verstädterung bis in die 1890er Jahre aber doch merklich hinter der Bevölkerungs- und industriellen Entwicklung zurück. Im Ruhrgebiet entstand der Typus des Industriedorfs, das durch rasantes Bevölkerungswachstum und industrielle Dynamik gekennzeichnet war, allerdings in dörflichen Verwaltungsordnungen verhaftet blieb.

Die Sozialstruktur des Ruhrgebiets entsprach in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Wesentlichen derjenigen anderer ländlich-kleinstädtischer Regionen. Handel, Handwerk und tertiärer Sektor prägten die Sozialstruktur. Diese Bereiche waren hauptsächlich auf lokale und regionale Versorgung ausgerichtet. Das Maß sozialer Ungleichheit war erheblich und soziale Mobilität – in beide Richtungen – durchaus nicht vernachlässigbar. Es existierten zahlreiche protoindustrielle Zonen, die – etwa in der Textil- und Kleiseisenindustrie – hochdynamisch waren. Die Anfänge des Bergbaus nahmen sich dagegen bescheiden aus, auch wenn die Zahl der Beschäftigten wie auch die Größe der Zechenbelegschaften bereits im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts kontinuierlich wuchsen. Die signifikante und dauerhafte Veränderung der Erwerbsstruktur ereignete sich zwischen den 1850er und 1870er Jahren. In dieser Phase erlangten Schwerindustrie und Großbetrieb ihre vorherrschende Stellung. Vor allem ist der massive und kontinuierliche Aufwärtstrend der Beschäftigungszahlen im Bergbau zu nennen, der sich mit Unterbrechungen bis zum Ersten Weltkrieg fortsetzte. Seit den 1880er Jahren gewann aber auch die Eisenverarbeitung deutlich an Bedeutung.

Die Industriegesellschaft des Ruhrgebiets war durch Migration und bestimmte Mobilitätsmuster gekennzeichnet. Dabei ist auffällig, dass sich einerseits saisonale Routinen und andererseits konjunkturelle Schwankungen in die Muster und Rhythmen einschrieben. Der neben regionalen Unterschieden wichtigste Aspekt bestand in der Herausbildung permanenter „fo-

reign communities“ (James H. Jackson) und damit eines kulturellen Pluralismus. Im Wesentlichen handelte es sich um gering qualifizierte Zuwanderung. Erst seit Ende der 1860er Jahre stieg der Anteil technischer und sonstiger Angestellter unter den Zuwanderern merklich. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts beschleunigte sich die zuwanderungsbedingte Expansion der Arbeiterschaft rasch. Vor allem die massive Zuwanderung seit den 1870er Jahren, durch die Entwicklung des Bergbaus vorangetrieben, trug erheblich zur Entwicklung des Ruhrgebiets bei. Während es sich zunächst vornehmlich um Nahwanderung handelte, wuchs die Entfernung zur Herkunftsregion immer weiter an. Hinter dem zuwanderungsbedingten Bevölkerungswachstum verbarg sich ein komplexes Geschehen aus Zu- und Abwanderung, das zudem mit sozialer Mobilität verbunden war. Angesichts der polnischsprachigen Migration des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts verbanden sich darüber hinaus Diskussionen um die soziale und Arbeiterfrage mit solchen der Nationalitätenfrage. Die polnische und polnischsprachige Zuwanderung war mehrheitlich agrarisch geprägt und es handelte sich um ungelernte Arbeitskräfte. Diese Zuwanderergruppe war relativ homogen. Die überwältigende Mehrheit war im Bergbau oder als Hüttenarbeiter tätig, im Verlauf der 1900er Jahre sank der Anteil allerdings zugunsten einer ansteigenden Zahl polnischer Handwerker, Kaufleute und Kleinunternehmer.

Industrielle Entwicklung und Mobilitätsmuster machten das Ruhrgebiet im Vergleich zu anderen Regionen zu einer jungen und ebenso zu einer „männlichen“ Gesellschaft. Vor allem lag das daran, dass die Ruhrgebietsindustrien jungen männlichen und unverheirateten Zuwanderern bessere Beschäftigungschancen boten. In der Zeit nach der Jahrhundertwende veränderte sich das ein Stück weit, weil sich einerseits zugewanderte Männer verheirateten und andererseits der Familiennachzug stärker ins Gewicht fiel. Das migrantische Ruhrgebiet wurde älter und mit Blick auf Familiengründung und weitere Binnenmigration auch sesshafter.

Die erheblichen Einkommens- und Vermögensunterschiede, die sich im Ruhrgebiet wie in anderen sich industrialisierenden Regionen immer deutlicher zeigten, kamen mit Blick auf die Arbeiterschaft lange Zeit vor allem in der Frage des Hausbesitzes zur Geltung. Wann immer möglich, richteten Arbeiterfamilien ihr Ein-

kommen auf den Hauserwerb aus. Das versprach größere soziale Sicherheit und war zudem Ausweis eines gelungenen, wenn auch moderaten Aufstiegs. Vor allem im Bergbau war Hausbesitz in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung keine Seltenheit. Seit dem Ende der 1860er gelang das allerdings immer weniger Arbeiterfamilien. Auch im Handwerk verstärkte sich die Polarisierung der Einkommen. Die Industrialisierung produzierte hier Gewinner und Verlierer. Demgegenüber erzielten Bergmannsfamilien im Vergleich hohe Einkommen und konnten ihren Lebensstandard über landwirtschaftlichen Zuerwerb aufbessern. Aber auch hier fällt die interne Staffelung zwischen Hauern, Steigern, Bergbeamten usw. auf. Insgesamt ging es der industriellen Arbeiterklasse im Ruhrgebiet aber doch besser als in anderen Regionen, und das hatte viel mit der langanhaltenden Expansion und Dynamik zunächst des Bergbaus und dann der Hüttenindustrie zu tun.

In zeitgenössischen Problematisierungen des Ruhrgebiets kristallisierten sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts bestimmte Sozialfiguren heraus, also Topoi und Wahrnehmungsmuster, mit deren Hilfe der Zusammenhang von Arbeit und Geschlecht, Wohnformen und Zusammenleben, Moral und Charakter in eine je spezifische Ordnung gebracht wurde. Mit Blick auf das städtische Bürgertum sind von Zeitgenoss:innen wie auch in der späteren Forschung einige Besonderheiten hervorgehoben worden, die aus der spezifischen Kopplung von Industrialisierung und Urbanisierung resultierten. Vor allem wurde beobachtet, dass Städte wie Bochum, Dortmund oder Essen hinsichtlich ihrer sozialen Ordnung noch längere Zeit älteren Mustern verhaftet blieben. Konkret: Es existierte ein ständisch gegliedertes Bürgertum, das homogen und rechtlichen wie ökonomischen Veränderungen gegenüber wenig aufgeschlossen war. Dennoch entstanden schrittweise konkurrierende Führungsschichten, die als neues Bürgertum in den Städten des Ruhrgebiets allerdings erst langsam Bedeutung erlangten, später und gebremster als andernorts. Bei der Besetzung städtischer Gremien und Ämter dominierten weiterhin Angehörige alteingesessener Bürgerfamilien. Diese waren in der Regel kaufmännisch orientiert. Ihr Einfluss wurde erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückgedrängt. Mit fortschreitender Industrialisierung gewannen Unternehmer- und Industriellenfamilien an Einfluss, den sie in städtischen

Gremien immer häufiger indirekt ausübten, indem sie beispielsweise ausgewählte Rechtsanwälte, Steuerberater und Geschäftspartner bei einer Kandidatur unterstützten. Seit den 1880er Jahren war das Gewicht von Vertretern der Schwerindustrie etwa in der Essener Kommunalverwaltung kaum zu übersehen. Entsprechend der in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht zögerlichen Verstädterung war die Zahl der städtischen Bediensteten im Ruhrgebiet gering. Erst mit den 1880er Jahren kam es zum Aufbau städtischer Leistungsverwaltungen mit einer erheblichen Vermehrung des Personals. Das wiederum bot auf den unteren und mittleren Rängen, etwa bei den städtischen Polizeimannschaften, neue Beschäftigungsmöglichkeiten, die für Berg- oder Industriearbeiter unter bestimmten Umständen attraktiv und ein sozialer Aufstieg sein konnten.

Zur ikonischen Figur der Sozialgeschichte des Ruhrgebiets wurde der Bergmann. Wieder und wieder wurden die Besonderheiten des bergmännischen Arbeitsplatzes, seiner Lebenswelt und Familienökonomie betont. Die Beschreibungen der Figur des Bergmanns kreisen um die Herauslösung aus einer ständisch gerahmten Berufswelt mit ihren Rechten und Privilegien sowie die Abgrenzung von anderen Teilen der industriellen Arbeiterschaft. Das Bild des Bergmanns blieb entsprechend auf die regelmäßigen Reformen des Bergrechts bezogen, die vor allem ab der Mitte des 19. Jahrhunderts deutliche Züge einer Liberalisierung trugen und die Arbeitswelten des Bergmanns denjenigen anderer Industriearbeiter annäherten. Beschreibungen des Ruhrgebietsbergmanns rückten insbesondere dessen besondere „Bodenständigkeit“ in den Blick, sahen ihn also gerade nicht als entwurzelte Figur, als „Proletarier“, sondern betonten die vielfältigen Verbindungen bergmännischer und landwirtschaftlicher Tätigkeit. Landwirtschaftlicher Nebenerwerb gehörte tatsächlich zur Lebensrealität zahlreicher Bergmannsfamilien. Das wiederum wirkte als Absicherung des Einkommens und gewährte mehr Stabilität und Sicherheit als die Arbeit im Bergbau allein. Handelte es sich zunächst um kommerzielle Unterfangen, so verschob sich der Fokus seit den 1860er Jahren in Richtung der Selbstversorgungspotenziale, die mit kleinen Parzellen verbunden waren. Damit wurde Landwirtschaft zu (Klein-)Gartenarbeit.

Innerhalb des Bergbaus und der entstehenden Schwerindustrie, das gehört zu den Auffälligkeiten der

Ruhrgebietsgesellschaft, entstand im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine neue soziale Gruppe, die zahlenmäßig immer mehr ins Gewicht fiel: die Steiger, Meister und das industrielle Aufsichtspersonal sowie die industriellen Angestellten mit technisch-administrativen Tätigkeiten und Qualifikationen. Diese Gruppe schob sich in gewisser Weise zwischen industrielle Arbeiterschaft und bürgerliche Mittelschicht. Das veränderte die soziale Struktur und Schichtung der Ruhrgebietsstädte ebenso nachhaltig wie innerbetriebliche Hierarchien.

Beschreibungen des „pionierhaften“ Charakters und der „Unternehmerinitiative“ Einzelner spielen für die Geschichte des Ruhrgebiets eine wichtige Rolle. Immer wieder finden sich zu Heroen der Industrialisierung stilisierte Unternehmerfiguren mit den Namen Grillo, Stinnes, Haniel, Thyssen, Krupp usw. Die Sozialgeschichte hat hier aber auch einen Wandel herausgearbeitet, der das Bild und die soziale Realität des Unternehmertums betrifft: Eigentümer-Unternehmer wurden im Verlauf des 19. Jahrhunderts seltener, Kapitalgesellschaften und mit ihnen der Typus des angestellten Direktors wurden wichtiger. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts veränderte sich zudem das Anforderungsprofil (erfolgreichen) Unternehmertums. In immer stärkerem Maß gehörte dazu nicht mehr primär technisch-handwerkliches Wissen und Können oder Erfindergeist, sondern die Verfügung über Kapital sowie kaufmännisches Geschick. Das fragliche Kapital war in der Regel ererbtes Kapital oder Kapital, das sich über die familiären Bindungen und Beziehungen mobilisieren ließ. Das wiederum war umso leichter, als dass es sich nahezu durchweg um Angehörige des gehobenen Bürgertums mit deutlichen Tendenzen sozialer Abschließung handelte.

Der Fokus auf das Ruhrgebiet als bergmännisch und schwerindustriell geprägte Industriegesellschaft hat mitunter übersehen lassen, dass auch hier selbstständiges Klein- und Kleinstunternehmertum unter oft prekären Bedingungen die Lebensrealität zahlreicher Menschen und Familien prägten – und zwar nicht nur in Ausnahmefällen als Notbehelf, sondern durchaus als gegenüber einer Beschäftigung in Bergbau und Schwerindustrie bevorzugte Art und Weise, den Lebensunterhalt zu verdienen. Das verweist darauf, dass wirtschaftliche Selbstständigkeit als solche wertgeschätzt wurde. Das umschloss das Handwerk, aber auch das ganze Spek-

trum von Gastwirtschaften, Krämerläden, Pensionen und Dienstleistungen aller Art, die im Umfeld expandierender Industrien und Städte ein reichhaltiges Betätigungsfeld mit entsprechender Nachfrage und immer wieder neuen Nischen fanden. Nicht zuletzt ist hier das Kost- und Schlafgängerwesen mit seinen vielfältigen Ausprägungen zu nennen. Gerade Bergleute, die über ein höheres Einkommen verfügten, nutzten ihr bescheidenes Kapital immer wieder für eine Geschäftsgründung. Die Eröffnung eines kleinen Geschäfts galt unter Berg- und Hüttenarbeitern als durchaus attraktive Option, die einen moderaten sozialen Aufstieg und eine Verbesserung der Lebenssituation versprach. So zeigt sich etwa die Tendenz eines anteiligen Rückgangs der im Bergbau beschäftigten polnischen Zuwanderer – zugunsten einer größeren Zahl polnischer Handwerker, Kaufleute und Kleinunternehmer. Das wiederum zeigt, dass eine Gesellschaft sehr wohl von Bergbau und Schwerindustrie geprägt und dominiert werden konnte, dabei aber gleichzeitig immer neue Möglichkeiten eines Ein- und Auskommens schuf.

LEBEN IM INDUSTRIEREVIER

Alltag, Arbeit und Umwelt im 19. Jahrhundert

1. Lebenswelten: Freizeit, Feierabend und Vereine

Um 1830 war Essen ein Landstädtchen. Seit 1800 war die Bevölkerungszahl nur leicht von rund 3.400 auf 5.400 Einwohner:innen gewachsen. Deren Lebenswelt war weitgehend agrarisch geprägt. Die meisten Essener und Essenerinnen wohnten in zweigeschossigen Fachwerkhäusern, deren Dächer mit Stroh gedeckt und deren Fassaden mit Schiefer verkleidet waren. Viele hielten eine eigene Milchkuh und ein Mastschwein. Zugang zu Wasser hatten sie über Brunnen und Zapfstellen, die durch die schon im Mittelalter angelegte Kaupenleitung mit Sammelbecken nahe der Stadt verbunden waren. Schon aus zeitgenössischer Sicht war die städtische vorindustrielle Infrastruktur problematisch: Das Essener Straßenpflaster könne „wegen der darin befindlichen vielen Hügel, Kloaken und Löcher selbst bei Tage besonders bei Frostwetter nicht ohne Gefahr passiert werden“, hielt ein Verwaltungsbeamter 1810 fest.¹ Ähnlich beschrieben auch Reisende die Stadt. Die Umgebung sei „anmutig sanft, saftig frisch mit fruchtbarem Boden, geeignet, sich in beschaulicher Ruhe niederzulassen. Die Stadt selbst sei hingegen „schmutzig“, „ohne Schwung und Leben, unsicher, häßlich und verfallen“.²

Als mit den ersten Kohlenzechen und Fabriken mehr Arbeiter nach Essen kamen, zogen sie zunächst in den Stadtkern und besiedelten dort jeden noch so kleinen bewohnbaren Winkel. Die ersten Industrieansiedlungen, die sich zunächst ringförmig um die Stadt gruppier-

ten, erreichten die Arbeiter aus der Innenstadt zu Fuß. In anderen Hellwegstädten verhielt es sich gleich. Arbeiter drängten mangels Alternativen in die Stadtkerne und nutzten die vorhandenen Bauten als Unterkunft, darunter auch Ställe, Schuppen und Dachgeschosse, die man notdürftig zu Wohnungen umbaute. Die Freiflächen zwischen Stadt und Industrieansiedlungen standen lange Zeit leer oder wurden weiter für Ackerbau und Viehzucht genutzt. Nur vereinzelt schlossen neue Wohnhäuser diese Lücken. Selbst Stadtansichten aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vermitteln noch einen Eindruck davon, wie Häuserreihen teilweise „wie Mauern mitten in Wiesen und Feldern“ stehen, „abstrakte, isolierte Bruchstücke, zusammenhanglos, planlos und in ihrer Zufälligkeit auf die Basis der unvollkommenen Stadtwerdung verweisend“.³

Wohnen

Wohnen war im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts keine Selbstverständlichkeit, sondern ein zentrales Problem. Verantwortlich war dafür das rasante Bevölkerungswachstum. In vielen Tagebüchern und Berichten sind uns Klagen von Menschen über schlechte Wohnverhältnisse und zu wenige Unterkünfte überliefert. Noch 1886 hielt der zweite Dortmunder Bürgermeister fest, dass nicht nur in seiner Stadt, sondern im gesamten Revier eine veritable „Wohnungsnot“ vorherrschte. In der Stadtmitte stünde nach wie vor „eine ziemliche Anzahl alter notdürftig erhaltener Häuser mit niedrigen Stockwerken, kleinen Zimmern, mangelhaften Aufgängen,

- 1 Thomas Dupke: Kohle, Krupp und Kommunalentwicklung. Die Karriere eines Landstädtchens (1803–1914), in: Ulrich Borsdorf (Hg.): Essen. Geschichte einer Stadt, Bottrop/Essen 2002, S. 266–367, hier S. 277.
- 2 Daniel Stemmerich: Am Anfang war die Not, in: Ruhrlandmuseum (Hg.): Vom Hausen zum Wohnen. Wohnungsbau für Arbeiter zur Zeit der Industrialisierung: Essen, ein Beispiel, Essen 1988, S. 4–11, hier S. 5 f.
- 3 Ebd., S. 5 f.

kleinen winkligen Höfen und zum Wohnen nicht besonders geeigneten Neben- und Hinterhäusern, welche den Arbeitern als Wohnstätte dienten“.⁴

Im öffentlichen Gedächtnis haben sich eher andere Erinnerungen verankert. Eingepägt haben sich Bilder von Arbeitersiedlungen und Gartenstädten, wie sie in Großbritannien, in Belgien oder Frankreich bereits ab Mitte des 18. Jahrhunderts entstanden und später auch im Ruhrgebiet zu finden waren. Auf der Route der Industriekultur sind heute noch einige Siedlungen zu entdecken, wie etwa die Margarethenhöhe in Essen oder die Gartenstadt Welheim, eine Bottroper Arbeitersiedlung, die zu Beginn des Ersten Weltkriegs errichtet und 1923 fertiggestellt wurde. Die heute zumeist umfassend modernisierten und aufgehübschten Häuser mit ihren fachwerkähnlichen Verzierungen und repräsentativ gestalteten Grünflächen erwecken auf den ersten Blick nicht den Eindruck vergangener Wohnungsnot. Sie wirken geräumig, pittoresk und repräsentativ. Sie verschleiern, dass die Wohnrealität bei ihrer Errichtung eine ganz andere war. Meist teilten sich Familien mit weiteren Personen eine Wohnfläche von 35 Quadratmetern. Auch war die Arbeitersiedlung keineswegs die dominante Wohnform für Arbeiter:innen des Ruhrgebiets, sondern das Mietshaus.

Dennoch ging die zeitgenössische Forschung lange Zeit davon aus, dass die Wohnverhältnisse im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts deutlich entspannter seien als etwa in Großstädten Mittel- oder Ostdeutschlands. Vor Augen hatte man eine lockere Siedlungsverteilung mit Kleinhäusern in ländlicher Umgebung, wie etwa auf dem Gebiet der späteren Gemeinde Oberhausen, wo bereits Mitte des 18. Jahrhunderts einige Hütten-, Walz- und Hammerwerke entstanden waren, Vorläufer der späteren Gutehoffnungshütte. Eine solche Siedlungsstruktur ermöglichte in der Tat ein weitaus angenehmeres Leben und Wohnen als die beengten Verhältnisse in Berlin oder Breslau. Das Bild, das man sich von der

Wohnsituation an Rhein und Ruhr machte, ging zurück auf die sogenannte Streusiedlung, die damals „traditionelle ländliche Siedlungsform im Ruhrgebiet“. Viele Dorfbewohner lebten um 1800 noch als Kötter, als Arbeiter mit „ländlichem Nebenerwerb“ in recht geräumigen Häusern, den Kotten.⁵ Zumeist bewohnte eine Mehrgenerationenfamilie ein Haus mit bis zu drei Zimmern, kleinem Stall und einem Garten als landwirtschaftliche Nutzfläche. Damit stand ihr eine Wohnfläche zur Verfügung, die sich kaum von städtischen Wohnungen der damaligen Zeit unterschied. Allerdings lebte im frühen 19. Jahrhundert nur ein Drittel der Berg- und Hüttenarbeiter in ihrem eigenen Kotten. Die meisten wohnten als Einlieger auf Bauernhöfen.⁶ Im Vergleich dazu hatten die Häuser des mittleren Bürgertums Mitte des 19. Jahrhunderts in der Regel bis zu zwölf Zimmer, die jedoch zumeist zwei Familien bewohnten.

Bis etwa 1850 mag also das Bild eines offenen, durchaus geräumigen und ländlichen Siedlungsraums zumindest für einen Teil der Ruhrgebietsbevölkerung zutreffend sein. Doch danach wendete sich das Blatt. Die Bevölkerung wuchs rasant, und mit ihr stieg auch die Bewohnerzahl pro Haus und Wohnung. In Oberhausen, wo bis zur Bürgermeistereigründung 1862 lange Zeit nur einzelne Vorgängerwerke der Gutehoffnungshütte auf brachem Heidefeld angesiedelt waren, lebten Mitte des 19. Jahrhunderts rund 6.000 und zu Beginn des Ersten Weltkriegs bereits 100.000 Menschen. Das lag weniger an Eingemeindungen, sondern an Zuwanderung und stetig steigenden Geburtenraten vor allem unter der Arbeiterschaft.⁷ Damit stieg auch die Anzahl der Bewohner:innen pro Haus, in Essen und Gelsenkirchen zwischen 1840 und 1871 um mehr als das Doppelte.⁸ In den Altstädten entstanden bis zur Jahrhundertwende zahlreiche Elendsquartiere, in denen viele Arbeiter:innen unter katastrophalen hygienischen Verhältnissen lebten, zumeist mit Ställen, Abtritten und Gruben in den Häusern. Epidemien mit zahlreichen Todesopfern waren

4 Zit. nach Franz-Josef Brüggemeier: *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889–1919*, München 1983, S. 41.

5 Siehe dazu auch den Beitrag von Hiram Kümper in diesem Band.

6 Renate Kastorff-Viehmänn: *Wohnungsbau für Arbeiter. Das Beispiel Ruhrgebiet bis 1914*, Aachen 1981, S. 19 f.

7 Heinz Reif: *Stadtentwicklung und Viertelbildung im Ruhrgebiet: Oberhausen 1850 bis 1929*, in: Wolfgang Hardtwig/Klaus Tenfelde (Hg.): *Soziale Räume in der Urbanisierung. Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850 bis 1933*, München 1990, S. 155–174, hier S. 156.

8 Kastorff-Viehmänn, *Wohnungsbau*, S. 20.

die Folge.⁹ Einige mussten in Scheunen und Stallungen ausweichen, die von Frischwasser und der Abwasserentsorgung abgeschnitten waren. Die Zahlen zu Belegungsquoten in diesen Quartieren unterscheiden sich zum Teil recht stark, zumal die Zahl der Bewohner:innen schwankte und viele es vermieden, sich offiziell zu melden. Schätzungen zum Essener Weberstraßenviertel und Bezirk zum Heiligen Geist reichen von etwa 20 bis hin zu 50 Personen pro Haus.¹⁰ In den 1870er Jahren, als die Wohnungsnot in den größeren Städten besonders dramatisch war, schnellte auch die Obdachlosigkeit in die Höhe. In den Wintermonaten verbrachten daher viele die Nacht in Polizeigefängnissen, Verwaltungsgebäuden, Lazaretten oder Baracken.¹¹

Die Anzahl an Wohngebäuden erhöhte sich ebenfalls rasant, wenngleich dieser Anstieg das schnelle Bevölkerungswachstum keineswegs kompensieren konnte. Bäuerliche Grundbesitzer und Teile des Bürgertums erkannten die Gunst der Stunde. Sie erweiterten schnell ihre Bestandsimmobilien oder bauten neue Häuser, die sie lukrativ an die Zugezogenen vermieteten. Unter den Bergleuten gab es hingegen immer weniger Hausbesitzer. Schon immer waren Bergarbeiter, die ein eigenes Haus besaßen, in der Minderheit. Doch der rückläufige Trend seit Mitte des 19. Jahrhunderts war kaum zu übersehen, was vor allem an den steigenden Grundstückspreisen lag. Um 1850 kostete der Morgen Land im Kreis Essen noch 400–500 Mark. Etwa 30 Jahre später musste man bereits 2.000–3.000 Mark bezahlen. Gleiches galt für Bochum, wo ein Morgen Land schon 1874 3.000 Mark kostete.

Fanden Bergleute dann doch Mittel und Weg, um an ein Grundstück zu kommen, so übernahmen sie den Hausbau meist selbst und mithilfe ihrer Nachbarn, zumal sie über ihre Zechenverwaltungen Baumaterialien zum Selbstkostenpreis beziehen konnten. Die Preisentwicklung der Grundstücke konnten sie dadurch jedoch kaum abmildern.¹² Dem „Spekulationsfieber“, so der Historiker Franz-Josef Brüggemeier, hatten sie kaum etwas

entgegenzusetzen. In einem Dortmunder Außenbezirk stieg zwischen 1884 und 1901 der Preis für einen Hektar Land von 4.200 auf 35.000 Mark. In Hamborn musste man sechs Jahre später bereits 140.000 Mark für einen Hektar Bauland zahlen. Die Kommunen waren an diesem Marktgeschehen beteiligt und erkannten ihrerseits die sich bietenden Möglichkeiten, um Profite zu machen. Teilweise wandten sie sich sogar gegen Initiativen für Wohnungsgenossenschaften und verfolgten zusammen mit den Zechen eine gewinnorientierte Bodenpolitik.¹³

Die im 21. Jahrhundert so erbittert diskutierte Wohnungs- und vor allem Spekulationsfrage begegnet uns also bereits im Ruhrgebiet um 1900. Wer über genügend Kapital verfügte, konnte mithilfe von Land- und Immobilienbesitz schnell sehr reich werden. Terrain- oder auch Wohnungsbaugesellschaften entstanden, die große Grundstücke erwarben, bebauten und anschließend mit Gewinn weiterverkauften. Dadurch verteuerten sich Grundstücke und Immobilien immer weiter. Außergewöhnlich waren diese Entwicklungen damals jedoch nicht. Ähnliches spielte sich auch in anderen Großstädten des Reichs ab. Eine Besonderheit des Ruhrgebiets war es vielmehr, dass die bürgerliche Schicht zahlenmäßig zu klein und auch nicht wohlhabend genug war, um Abhilfe durch Grunderwerb und Mietangebote zu schaffen.¹⁴

Kommunen und Landkreise versuchten eher von den eigentlichen Ursachen der Wohnungsnot abzulenken. Sie beschäftigten sich weniger mit niedrigen Löhnen, hohen Mieten oder der fehlenden Bereitschaft, in den Wohnungsbau zu investieren. Stattdessen versuchten sie die Problematik zu moralisieren und auf das Sozialleben zu schieben. Der Lüdinghausener Landrat ging 1890 zum Beispiel ganz in diesem Sinne davon aus, dass nur eine Gesetzgebung „auf sittlichem Gebiete“ Abhilfe schaffen könne. Man solle doch einfach das „Alter der Ehemündigkeit“ erhöhen und eine „Strafe auf Trunksucht, Verführung und Unzucht“ setzen. Hinter solchen Positionen verbargen sich eine weit verbreite-

⁹ Dazu mehr in Kapitel 2.2.

¹⁰ Friedrich Meisenburg: Die Cholera in Essen im Jahre 1966, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 70 (1955), S. 71–91, hier S. 78 f.

¹¹ Hierzu und zum Vorgenannten: Kastorff-Viehmann, Wohnungsbau, S. 20 f.

¹² Klaus Tenfelde: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Bonn 1981, S. 324.

¹³ Brüggemeier, Leben, S. 42 u. 44.

¹⁴ Brüggemeier, Leben, S. 42.

te Ansicht und Politik. Nicht die Kommunalpolitik, die Unternehmen oder der aus dem Ruder gelaufene Immobilienmarkt seien für die Wohnungsnot verantwortlich, sondern die Arbeiter:innen selbst. Ihr Lebensstil und ihr unsittliches Verhalten führten die Problematik herbei.¹⁵

Zugleich gerieten im Ruhrgebiet die großen Unternehmen in die Pflicht, Wohnraum für ihre Arbeiter:innen zur Verfügung zu stellen, zumal sie selbst umfangreichen Landbesitz hatten. Die Zechengesellschaften waren über die Jahre dazu übergegangen, weite Flächen Land zu erwerben, um Ansprüchen auf Schadenersatz zu entgehen, die sich aus Bergschäden ergeben konnten. Damit hatten sie die Spekulationen und Preissteigerungen auf dem Wohnungsmarkt weiter angeheizt. Die seit Mitte des 19. Jahrhunderts entstehenden Werksiedlungen und sogenannten Kolonien waren also eine dringend notwendige Kompensation.¹⁶ Die Unternehmer errichteten die Wohnungen zumeist dort, wo ihre Zechen und Hüttenwerke sie brauchten: in direkter Umgebung der Betriebe. Damit kurbelten sie die „Zersiedlung der Region“ weiter an und sorgten dafür, dass immer mehr Städte gleichsam aus dem Nichts entstanden.¹⁷ Die Kommunalverwaltungen waren mit dem rasanten Wachstum der Industrie und dem dadurch entstehenden Wohnraumbedarf für die Beschäftigten schnell überfordert. Daher schoben sie die Verantwortung an die Unternehmen. Der Essener Stadtbaumeister stellte noch Ende des 19. Jahrhunderts klar, dass es „in erster Linie Sache der sich so glücklich schätzenden industriellen Werke“ sei, „für ein gutes Unterkommen der für sie so notwendigen Arbeitermassen Sorge zu tragen“.¹⁸

Noch 1873 wohnten rund sieben Prozent der ledigen Bergleute des Ruhrgebiets in Schlafhäusern. Die Bedingungen waren zum Teil erbärmlich. Eng zusammengedrängt schliefen sie auf dem Boden, anfangs sogar nur

auf losem Stroh. Zum Ende des 19. Jahrhunderts besserten sich die Bedingungen, weshalb sie nun für Zuwanderer und Pendler eine preisgünstige Wohnalternative boten. Allerdings blieben Bergleute selten für längere Zeit in den Schlafhäusern, zumal sie dort einer strengen Kontrolle unterworfen waren. Glücksspiele, Rauchen und Besuche waren untersagt, weshalb sich die meisten schon bald nach ihrer Ankunft nach neuen Wohnmöglichkeiten umsahen, meist als Schlaf- und Kostgänger bei einer Bergarbeiterfamilie.¹⁹

Ein zentraler Lösungsansatz für die desolate Wohnsituation war die Arbeiterkolonie. Mitte der 1980er Jahre befanden sich im Ruhrgebiet noch rund 280 sogenannte Bergarbeiterkolonien.²⁰ Der Begriff „Arbeiterkolonie“ wurde bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts geläufig. Er war verwandt mit dem Begriff der „Armenkolonie“, hatte jedoch zwei Bedeutungen. Mit Armenkolonie beschrieb man in der Regel eine „Ansiedlung von Mittellosen“, die im Sinne der Armenfürsorge dazu diente, „Arme, Obdachlose und vermeintlich Arbeitsunwillige an eine geregelte Arbeit“ heranzuführen. Der Begriff „Arbeiterkolonie“ trat zunächst in genau dieser Bedeutung an die Stelle des Terminus „Armenkolonie“. Doch er hatte noch eine weitere Bedeutungsebene: Mit der Industrialisierung etablierte sich der Begriff als Bezeichnung für die meist gezielte Ansiedlung von Fabrikarbeitern. Mit Armenfürsorge hatte diese Wortbedeutung nun nichts mehr zu tun,²¹ gemeint war vielmehr eine Art Werkwohnungsbau, dessen Wurzeln bis in das 17. Jahrhundert zurückreichen. Der Staat Preußen förderte in seiner Rolle als Bergwerkseigentümer zu dieser Zeit und später vor allem unter Friedrich dem Großen Ansiedlungen zu gewerblichen Zwecken und Landarbeiterkolonien, auch in der Rheinprovinz. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begannen immer mehr pri-

¹⁵ Zit. nach Brüggemeier, *Leben*, S. 45.

¹⁶ Heinz Reif: *Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846–1929*, Textband, Köln/Bonn 1993, S. 108.

¹⁷ Benjamin Ziemann/Klaus Tenfelde: *Die Entwicklung der Städte bis zum Ersten Weltkrieg*, in: Klaus Tenfelde/Thomas Urban (Hg.): *Das Ruhrgebiet – Ein historisches Lesebuch*, Bd. 1, Essen 2010, S. 281–340, hier S. 282.

¹⁸ Zit. nach Brüggemeier: *Leben*, S. 41.

¹⁹ Franz-Josef Brüggemeier: *Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute*, München 2018, S. 160 f.

²⁰ Heinrich Klein: *Die Bergmannswohnungen. Bewirtschaftung und Sicherung durch RAG: Geburtsfehler bei der Gründung?*, in: Lothar F. Neumann (Hg.): *Die Ruhrkohle AG. Sozialökonomische Unternehmensbiographie eines Konzerns*, Bochum 1987, S. 141–165, hier S. 148.

²¹ Anna Brasch: Art. „Arbeiterkolonie“. Version 07/2021, zuerst 03/2021. In: *Wortgeschichte digital – ZDL*, <https://www.zdl.org/wb/wortgeschichten/Arbeiterkolonie> [zuletzt aufgerufen am 31.8.2022].

vatwirtschaftliche Unternehmen, Wohnungen für ihre Beschäftigten zu bauen. In England setzte dieser Trend bereits etwas eher ein. Zu den frühesten Beispielen des Ruhrgebiets zählen die Werkswohnungen der Ratinger Spinnerei Cromford, der Saline Königsborn bei Unna (beide 1820er Jahre) sowie die Siedlungen „Alter Clarenberg“ der Hörder Hermannshütte und „Eisenheim“ der Oberhausener Gutehoffnungshütte.²² Der Historiker Heinz Reif beschreibt diese Wohnungen und Kolonien als „notwendige[s] Zubehör“ der großen Betriebe. Sie entstanden, weil sie notwendig waren und den stetig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften gewährleisten sollten.²³ Zudem sollten sie Arbeiter enger an die Fabrik binden, insbesondere die spezialisierten Arbeitskräfte.

Die Wohnungsbestände hatten in den boomenden Regionen und Städten ihre Grenze erreicht. Staatliche und private Neubauintiativen reichten nicht aus, um die vielen Menschen unterzubringen, die ihrer Arbeit nachzogen – so auch in Essen, wo Mitte des 19. Jahrhunderts die bis dahin umfassendste Arbeiterkolonie entstand. Die Gussstahlfabrik Fried. Krupp baute 1855 ein erstes Schlaf- und Speisehaus, die „Arbeiter-Menage“ für etwa 200 Arbeiter. 1861 folgte der Bau von zehn Meisterwohnungen, zwei Jahre später kamen dann weitere rund 140 Werkswohnungen hinzu, die Siedlung Alt-Westend. Weitere zehn Jahre später befanden sich bereits knapp 2.400 Arbeiterwohnungen am Krupp'schen Fabrikgelände.²⁴

Viele der von Krupp errichteten Arbeiterkolonien sind heute nicht mehr erhalten. Einen Großteil ließ das Unternehmen bereits in den 1930er Jahren wieder abreißen, da es die Flächen zur Expansion seiner Produktionsstätten nutzen wollte und sich der Wohnungsmarkt im Vergleich zu früheren Jahrzehnten etwas entspannt hatte. In den 1860er Jahren jedoch war von Entspannung keine Spur, im Gegenteil: In Essen war die Wohnsituation dramatisch. Auf ein Arbeiterhaus kamen im Schnitt 23 Bewohner:innen.²⁵ Die Siedlungen Westend im Süden und Cronenberg im Westen des weitläufigen Firmenareals (fertiggestellt 1874) sorgten für Abhilfe, zumindest für die Firma Krupp, die sogar ein

eigenes Baubüro einrichtete. Doch Arbeiterkolonien wie diese führten nicht nur dazu, dass mehr Arbeiter ein Dach über dem Kopf hatten und sich mit weniger Personen ihre Wohnquadratmeter teilen mussten. Sie griffen auch in das Sozialleben ein, prägten den Arbeitsalltag und veränderten Gewohnheiten. Die Erbauer versprachen sich ökonomische Vorteile, da Kolonien, so ihr Plan, karitativ und zugleich disziplinierend wirken sollten.²⁶ Daher lohnt es sich, das Wohnen in den Essener bzw. den Altendorfer Arbeiterkolonien etwas genauer zu betrachten – bis zur Eingemeindung 1901 befand sich Krupps Gussstahlfabrik noch auf dem Gebiet der Bürgermeisterei Altendorf.

Schon die Lage in direkter Umgebung des Betriebs lässt einige Rückschlüsse über die Anlage der Kolonie zu. So ging es den Verantwortlichen zunächst darum, kurze Wege zu schaffen und es den Arbeitern zu ermöglichen, ihre Mittagspause daheim zu verbringen und anschließend schnell wieder in der Produktionsstätte zu sein. Zudem sollten die Bewohner:innen ermuntert werden, die meiste Zeit in den Kolonien oder im Betrieb zu verbringen. Daher entstanden in den Siedlungen auch Magazinbauten und sogenannte Konsumanstalten für Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter, Gemeinschaftshäuser und Freizeiteinrichtungen wie Bierhallen und Musikzelte.

Die Nähe des Wohnorts zum Arbeitsplatz war jedoch nicht nur ein Merkmal des Arbeiterwohnens. Auch die besser Gestellten, etwa die höheren Beamten, leitende Angestellte und Unternehmer lebten bis Ende des 19. Jahrhunderts zumeist in unmittelbarer Nähe ihrer Arbeitsstelle. Fast alle Wege ging man zu Fuß; lange Arbeitszeiten und die Verantwortung, bei Problemen im Betrieb schnell wieder vor Ort sein zu müssen, ließen keine allzu große Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsplatz zu. Im Ruhrgebiet teilten sich die unterschiedlichen Klassen also zunächst all die Belastungen, die mit dem betriebsnahen Wohnen einhergingen, die Emissionen, den Lärm sowie die enge Bindung an die Arbeitsstätte. Erst um die Jahrhundertwende differen-

22 Krupp Wohnungsbau GmbH (Hg.): Krupp Wohnungsbau im Ruhrgebiet 1861–1984. Chronik, Essen 1985, S. 1.

23 Reif, Stadt, S. 108.

24 Wohlfahrtseinrichtungen I–III: Wohlfahrtseinrichtungen der Gußstahlfabrik von Friedrich Krupp zu Essen a. d. Ruhr, 3. Aufl., Essen 1902, S. 4 f.

25 Walter Kieß: Urbanismus im Industriezeitalter. Von der klassizistischen Stadt zur Garden City, Berlin 1991, S. 374.

26 Brüggemeier, Grubengold, S. 187.



In der Regel grenzten Arbeiterkolonien direkt an die Betriebe, wie hier in Mengede (später zu Dortmund gehörig). Ansichtskarte um 1920.

Montanhistorisches Dokumentationszentrum (montan.dok) beim Deutschen Bergbau-Museum Bochum, 027700196001.

zierten sich die Wohngebiete. Die Straßenbahn, die Verbreitung des Fahrrads und eine allgemein verbesserte Verkehrsinfrastruktur erlaubten es, größere Entfernungen in kürzerer Zeit zu überwinden, was wiederum Wohngebiete entmischte. Immer mehr segregierte Arbeiter- und bürgerliche Viertel entstanden, die sich nun auch durch eine vergleichsweise bessere Raum- und Luftqualität auszeichneten.²⁷

Ästhetisch waren die Gebäude in den Arbeitersiedlungen eher schlicht und anspruchslos gestaltet. Die ersten Häuserreihen in der Essener Kolonie Westend aus den 1860er Jahren waren zweigeschossige Bauten mit Zwei- und wenigen Dreiraumwohnungen mit Wohnküche und Schlafzimmer auf 35 bis 57 Quadratmetern – in der ersten Bauphase mit Fachwerkobergeschoss, später mit unverputzten Ziegelfassaden und ausgebauten Dachgeschossen. Spätestens mit der zweiten Bauphase 1871 lässt sich der Versuch erkennen, eine in sich geschlossene Siedlungsstruktur anzulegen. Die Architektur akzentuierte nun auch stärker den Außenraum im Bezug zu den Gebäuden. Es entstanden zentrale Plätze, Abgrenzungen zu Straßen und Zugänge zu den Einrichtungen innerhalb der Kolonie. Die Arbeitersiedlung sollte auf diese Weise autonom werden, indem sie Wohnraum schuf, Konsum- und Freizeitmöglichkeiten bot und kurze Arbeitswege ermöglichte. Diese enge Anbindung an den Betrieb sorgte jedoch für zahlreiche Einschränkun-

gen. Häufig liefen Eisenbahnschienen mit regelmäßigen, auch nächtlichen Transporten quer durch die Wohnquartiere. Das grenzte nicht nur die Bewegungsfreiheit ein. Man hatte auch Lärm und Schmutz direkt vor der Haustür.

Die 1874 fertiggestellte Kolonie Cronenberg, die Krupp im Westen des Fabrikgeländes errichtete, war im Vergleich dazu noch einmal deutlich größer. Auf knapp 20 Hektaren errichtete das Unternehmen rund 1.400 Wohnungen in Häuserreihen, wie man sie bereits in der zweiten Bauphase des Westends eingesetzt hatte. Die Planer legten hier nun noch mehr Wert auf aufgelockerte Anordnungen der Häuserzeilen, ein System mit Haupt- und Nebenstraßen, Bepflanzungen mit verschiedenen Baumarten und Vorgärten. Es entstanden sogar ein eigener Park und ein öffentlicher Marktplatz, um den sich Geschäfte, Gemeinschaftsgebäude und Freizeiteinrichtungen gruppieren. Schließlich wartete die Kolonie Cronenberg noch mit zwei Schulgebäuden auf. Damit war in kürzester Zeit eine Siedlung mit rund 8.000 Einwohner:innen entstanden, die durch ihre Gestalt und Autonomie einer Kleinstadt gleichkam. Darüber hinaus waren in der Kolonie Cronenberg die Fassaden nun auch optisch etwas aufwändiger gestaltet, um den höheren Wohnkomfort anzudeuten und die Siedlung prestigeträchtiger erscheinen zu lassen.

²⁷ Reif, Stadt, S. 307 f.

Im Bergbau lassen sich, wenn auch etwas verspätet, ganz ähnliche Entwicklungen ausmachen. Um 1900 wohnten rund 20 Prozent der Bergarbeiter in Zechenwohnungen: Knapp 50.000 Bergarbeiter lebten mit ihren Familien in 25.000 Wohnungen. Der verstärkte Wohnungsbau setzte hier erst Ende des 19. Jahrhunderts ein. Zwischen 1890 und dem Beginn des Ersten Weltkriegs wuchs die Belegschaft durchschnittlich um 12.000 Arbeiter pro Jahr, mitunter gar um bis zu 30.000. Unterzubringen waren also fast im Jahrestakt Bergleute und Angehörige, die ansonsten eine mittelgroße Stadt bevölkerten. Zugute kam den Zechen hier, dass sie bereits über reichlich Grundbesitz verfügten, bei der Knappschafft günstige Kredite erhielten und hohe Gewinne erwirtschafteten. Die Investitionen hielten sich also in Grenzen, zudem waren Wohnungen, die häufig sogar mit Ställen und Gärten ausgestattet waren, ein geeignetes Lockmittel, um Arbeiter für den eigenen Betrieb anzuwerben.²⁸ Die Wohnungen der ersten Bauphase waren jedoch eher schlicht und im Vergleich zu den neueren Kruppsiedlungen klein und eng. Erst in der zweiten Bauphase verbesserten sich Ausstattung und Anlage. 1900 warteten insgesamt 86 Prozent der Zechenwohnungen mit einem Garten und 96 Prozent mit einem Stall auf.²⁹ Diese hatten einen ganz praktischen Nutzen: Über die Bestellung des eigenen Gartens sollten Arbeiter, die ohnehin häufig ländlicher Herkunft waren, ihre Haushaltskassen entlasten.³⁰

Kolonien zählten daher zu den begehrteren Wohngegenden. Ihre Wohnungen waren im Vergleich zum freien Wohnungsmarkt geräumiger, besser ausgestattet und günstiger. Die Zechen warben mit Mietkosten, die um die Hälfte günstiger waren und gaben an, dass rund 37 Prozent ihrer Wohnungen drei und 47 Prozent sogar vier Zimmer hätten. Daher dürfte es kaum überraschen, dass zu Beginn des Ersten Weltkriegs mehr als ein Drittel der Bergleute in einer Zechensiedlung wohnte. Gleichwohl waren Arbeiterfamilien im 19. Jahrhundert deutlich mobiler als zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Um 1900 zogen etwa ein Drittel der Familien einmal im Jahr und mehr als die Hälfte alle zwei Jahre um.³¹ Bessere und größere Wohnungen waren häufig der Anreiz. Dadurch spielten die Arbeiter den Ball zurück ins Feld ihrer Betriebe, denen es nicht entging, dass sie mit guten Wohnbedingungen zuverlässige Arbeiter gewinnen konnten.

Allerdings kann man die Wohnungsaufteilungen nicht mit heutigen Standards gleichsetzen. Eine Vierzimmerwohnung kam zum Beispiel nur auf rund 50 Quadratmeter Wohnfläche. Beheizt war allein die große Wohnküche, in der sich nicht nur die Familie, sondern auch Untermieter die meiste Zeit aufhielten, in der Regel jüngere ledige Männer, die sich keine eigene Wohnung leisten konnten und daher als Kostgänger bei Familien lebten. Kinder schliefen zu zweit oder dritt in einem Bett, das häufig nur mit Stroh ausgekleidet war. Lange Zeit mussten Arbeiter ihre Wohnungen noch mit Kerzen oder Petroleumlampen beleuchten, da die Kommunen sie erst spät an die Gas- und Stromnetze anschlossen. Straßenlaternen gab es kaum. Die wenigsten Kolonien verfügten über Wasseranschlüsse in den Wohnungen. Vielmehr trafen sich die Anwohner:innen draußen auf den Straßen an den Zapfsäulen, wo sie zu Schichtwechseln und anderen Stoßzeiten in langen Schlangen anstanden, um Wasser zu holen. Im Ruhrgebiet des späten 19. Jahrhunderts wurden diese Orte zu zentralen Begegnungsstätten des alltäglichen Lebens.³² Allerdings führte dies auch zu schichtspezifischer Isolation und herkunftsbedingten Konflikten. Neben den Kontakten zu Handwerkern oder den Beschäftigten in den kleineren Läden der Kolonie gab es kaum Begegnungen mit anderen. Viele Zechenangestellte lebten zwar auch in den Siedlungen, allerdings in eigenen Vierteln und Häusern. Hinzu kamen Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und häufig polnischsprachigen Zuwanderern aus Posen, Schlesien oder Ostpreußen, die – dem Mythos vom Schmelztiegel zum Trotz – bis zum Ersten Weltkrieg

²⁸ Brüggemeier, *Leben*, S. 47 f.

²⁹ Ebd., S. 49.

³⁰ Ebd., S. 50.

³¹ Angelika Wuszow: *Trautes Heim – Glück allein? Arbeiterwohnen im Industrierevier um 1900*, in: Ruhrlandmuseum Essen (Hg.): *Die Erfindung des Ruhrgebiets. Arbeit und Alltag um 1900. Katalog zur sozialhistorischen Dauerausstellung*, Essen 2000, S. 213–238, hier S. 228.

³² Brüggemeier, *Leben*, S. 52.

die zwischenmenschlichen Beziehungen im Ruhrgebiet prägten.³³

So etwas wie Privatsphäre existierte in Arbeiterwohnungen kaum. Zwar hatte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts eine Trennung zwischen Erwerbsarbeit und dem privaten Familienbereich entwickelt, der zugleich als „Schutz- und Schonraum“ diente. Allerdings galt dies fast ausschließlich für bürgerliche Kreise. Während zum Beispiel im Essener Zentrum wie an der hier abgebildeten Kettwiger Straße zahlreiche neue Gründerzeitbauten die Straßen in mondäne Flaniermeilen mit exklusivem Wohnraum verwandelten, wucherten am Stadtrand gedrängte Siedlungen für die vielen neuankommenden Industriearbeiter. Bis 1905 galt Wohnraum erst als überbelegt, wenn mehr als fünf Menschen ein Zimmer bewohnten, unabhängig von Geschlecht und Alter. Sich allein oder zu zweit in einem Zimmer aufzuhalten, war praktisch unmöglich. Dafür sorgten nicht nur die Kinder, auch die Schlaf- und Kostgänger hoben jeden Anflug von Privatsphäre auf. Häufig waren dies Arbeitskollegen, Verwandte oder Bekannte, die ins Ruhrgebiet gezogen waren und durch ihre Zuschüsse die Haushaltskasse der Gastgeberfamilie aufbesserten. „Mein Schlafrum war die große Kammer. Hier schliefen wir drei Kostgänger [...] in zwei Betten“, schrieb ein Bergarbeiter im Rückblick auf seine Zeit in Gelsenkirchen-Neustadt 1899. „Diese zweischläfrigen Betten sind beinahe 2 Meter breit, so daß das Schlafen von zwei Personen in einem Bett etwas Selbstverständliches ist.“³⁴

Bei Kostgängern aus dem Betrieb, in dem auch der Familienvater arbeitete, gewährten die Unternehmen häufig einen Mietnachlass dafür, dass größere Familien junge Arbeiter in ihren Werkswohnungen aufnehmen. Erst diese kleinen Zugewinne machten das Leben einigermaßen erträglich. In bürgerlicher Perspektive galten diese „proletarische Selbsthilfe“, diese „halboffenen Familien“ jedoch als Einfallstor zur Unsittlichkeit. Privates und Öffentliches, Familie und Beruf seien nicht

ausreichend voneinander getrennt, zumal sich alle Bewohner:innen auch körperlich zu nahe kämen, indem sie meist sogar ihre Betten teilten.³⁵

Der Werkswohnungsbau, wie ihn Krupp seit Mitte des 19. Jahrhunderts oder etwas später auch die Zechenbetriebe haben, wird häufig auch als „paternalistischer Wohnungsbau“ beschrieben. Damit sind vor allem die Motivation des Unternehmens für den Bau von Arbeiterkolonien gemeint und das sich dahinter verbergende Selbstverständnis. Der Wohnungsbau wies sicherlich einige soziale, vielleicht sogar karitative Züge auf. Im Kern diente er jedoch dazu, wirtschaftliche Stabilität zu garantieren und Arbeiter:innen stärker an den Betrieb zu binden. Alfred Krupp, der sich auch persönlich für den Siedlungsbau einsetzte, erwartete als Gegenleistung Loyalität und dass sich seine Beschäftigten politisch disziplinierten. Er verstand sich als eine Art „Territorialherr“, der über sein Reich bestimmte.³⁶ In „meinem Hause wie auf meinem Boden“ sei und bleibe er der „Herr“, ließ Krupp 1872 in einem Aufruf an die „Arbeiter der Gußstahlfabrik“ verlauten. Dazu passte auch der Leitsatz, dass das Wohnen auf dem Krupp-Gelände stets exklusiv zu sein habe, wie Krupp noch 1887 kurz vor seinem Tod festhielt: „In unseren Colonien darf niemals ein Anderer einen Besitz haben und grundsätzlich sollten keine Anderen als Arbeiter der Fabrik (und Meister) dort wohnen.“³⁷

Dieses Selbstverständnis zeigte sich auch bei anderen Unternehmen. In den 1880er Jahren ließ die Zeche Kurl in Kamen-Methler rund 20 Arbeiterhäuser errichten. Da die Verantwortlichen schnell Wohnraum für ihre dringend benötigten Arbeitskräfte schaffen wollten, begannen sie mit dem Bau, noch bevor sie eine Baugenehmigung der Gemeinde erhalten hatten. Diese versuchte daraufhin, die Zeche nachträglich zu Leistungen und Verantwortungen zu verpflichten, die nach ihrer Ansicht zu einem solchen Bauprojekt dazugehörten. Darunter fielen zum Beispiel der Unterhalt öffentli-

³³ Vgl. dazu den Beitrag von Eva-Maria Roelevink in diesem Band.

³⁴ Zit. nach Klaus Saul u.a. (Hg.): Arbeiterfamilien im Kaiserreich. Materialien zur Sozialgeschichte in Deutschland 1871–1914, Düsseldorf 1982, S. 144.

³⁵ Brüggemeier, Leben, S. 62; Wuszow, Trautes Heim, S. 231 f.

³⁶ Steffen Krämer: Deutsche Unternehmer und ihre Arbeiterkolonien im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Uwe Altröck/Grisha Bertram (Hg.): Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure – Strategien – Strukturen, Bielefeld 2012, S. 179–197, hier S. 187.

³⁷ Zit. nach ebd.



Bahnhofsvorplatz, Beginn der Kettwiger Straße, Essen 1905.
Heinrich Leimkühler/Fotoarchiv Ruhr Museum.

cher Zuwege, Zahlungen in die Armenkasse sowie eine Beteiligung an der Schul-, Polizei- und Kirchenfinanzierung. Dazu war die Zechengesellschaft jedoch nicht bereit und ließ stattdessen die gesamte Kolonie wieder abtragen. Eine solche Reaktion war kein Einzelfall. Häufig schoben Kommunen und Unternehmen die Verantwortung für den Aufbau und Erhalt von Infrastrukturen hin und her. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts standen zahlreiche Wohnhäuser im Ruhrgebiet an Straßen, die noch nicht einmal gepflastert waren, ohne Energieversorgung, Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr oder Müllabfuhr.³⁸

Ein Wohnsitz in einer Zechensiedlung oder einer der fünf Krupp'schen Kolonien bedeutete jedenfalls deutlich mehr, als nur ein Dach über dem Kopf und einen Platz

zum Schlafen zu haben. Die einheitliche Gestaltung der Siedlungen entsprach in der Regel den Lebensweisen der Bewohner:innen. Die eigenen Krisen- und Glücksmomente, Herausforderungen und Probleme waren häufig auch die der Nachbarn. Das schweißte zusammen und sorgte für einen relativ homogenen Erfahrungshaushalt. Die im Vergleich zu heutigen Wohnsituationen im Ruhrgebiet außerordentlich engen Wohnverhältnisse prägten das Zusammenleben. Spezifische Kommunikations- und Verhaltensweisen, Solidarität und Selbsthilfe, verschiedene Formen der Konfliktaustragung und das Leben in „halboffenen Familien“ blieben stets aufs Wohnen bezogen.³⁹

Zugleich sollten Kolonien immer auch der Außen- darstellung dienen. Das zeigt kein Beispiel so gut wie

38 Thomas Parent/Thomas Stachelhaus: Stadtlandschaft Ruhrrevier. Bilder und Texte zur Verstädterung einer Region unter dem Einfluß von Kohle und Stahl, Essen 1991, S. 25.

39 Wuszow: Trautes Heim, S. 236 u. 238.



Kaiser Wilhelm bei den Pfründnerhäusern in der Siedlung Altenhof, 1912. Aus dem Album „Hundertjahrfeier der Fried. Krupp A.G. Essen/Ruhr, August 1912“.

Historisches Archiv Krupp, Essen, (WA 16 v 10.7).

die Parksiedlung, die sogenannte Invaliden- und Pensionärskolonie Altenhof, die erste ihrer Art im Ruhrgebiet, die die Firma Krupp 1892 zu errichten begann. Die wirtschaftliche Prosperität hatte ein solches Prestige-Projekt möglich gemacht, das zehn unterschiedlich verzierte Haustypen mit 186 Wohnungen, üppige Gärten und malerische Straßenbilder vorsah, ganz im Stil englischer Vorbilder aus den Jahren um 1800. Dazu passten die pathetischen und scheinbar selbstlosen Motivationen, die sich in der zeitgenössischen Unternehmenskommunikation finden. Hier war von einem „Ausdruck der Dankbarkeit und Sorge der Fabrikleitung gegenüber der Werksgemeinschaft“ die Rede.⁴⁰

Solche Selbstdarstellungen dienten zugleich dazu, Bauprojekte wie die Parksiedlung zu vermarkten. Das Unternehmen wusste sie gekonnt in Szene zu setzen, indem es genehme Publikationen zu seinen Vorhaben förderte oder gleich eigene Hefte und Broschüren herausbrachte. Darin hieß es etwa: „In der äusseren Erscheinung der Kolonie ist trockene Einförmigkeit thunlichst zu vermeiden. Bei Gleichartigkeit der Grundrisse der verschiedenen Systeme soll durch verschiedenartige Ausbildung der Fassaden eine Belebung des Strassenbildes versucht werden.“⁴¹ Höhepunkt dieser Inszenierung war der Kaiserbesuch in der Kolonie Altenhof im Rahmen der Hundertjahrfeier der Gussstahlfabrik 1912. Der Besuch folgte einer aufwendigen Choreografie, die

⁴⁰ Zit. nach Daniel Stemmrich: Die Siedlung als Programm. Untersuchungen zum Arbeiterwohnungsbau anhand Kruppischer Siedlungen zwischen 1861 und 1907, Hildesheim/New York 1981, S. 212.

⁴¹ Kleine Wohngebäude für invalide Arbeiter in Essen, in: Deutsche Konkurrenzen II (1893), Heft 6, S. 1, zit. nach Stemmrich, Siedlung, S. 223 f.



Krupp-Siedlung Am Brandenbusch, Essen, 1906. Aus dem Album „Fried. Krupp A.G. Gussstahlfabrik Essen/Ruhr. Ansichten aus den Wohlfahrtseinrichtungen“.

Historisches Archiv Krupp, Essen (WA 16 i 9.38.20).

vorsah, dass die Straßen mit zahlreichen Begeisterten gesäumt waren.⁴² Die umfangreiche fotografische Dokumentation rundete den Kaiserbesuch nicht nur ab, sondern war ein wesentlicher Bestandteil der gesamten Inszenierung. Die geschossenen Bilder fanden sich später in Werbeblättern und Broschüren, Zeitungsartikeln und Jubiläumsbänden.

Darüber hinaus stellte das Unternehmen bereits 1875 ganze Mappen mit mehreren Aufnahmen und Grundrissen neuer Arbeitersiedlungen zusammen, die man wiederum zu Werbezwecken an Geschäftspartner und andere Multiplikatoren verteilte. Diese ersten Bilder wirkten im Vergleich zu den Fotografien zum Kaiserbesuch noch recht steril, da wegen längerer Belichtungszeiten keine Menschen zu sehen waren. Mit den Fortschritten der Fototechnik änderte sich jedoch das Erscheinungsbild solcher Werbeaufnahmen. Immer

mehr Menschen traten in die Szenerie. Auffällig ist jedoch, dass in der Siedlungsfotografie nur äußerst selten Arbeiter auftauchten. Im Vordergrund standen spielende Kinder und Ehefrauen, die ein harmonisch-familiäres Flair transportieren und soziales Miteinander in den Kolonien symbolisieren sollten.⁴³

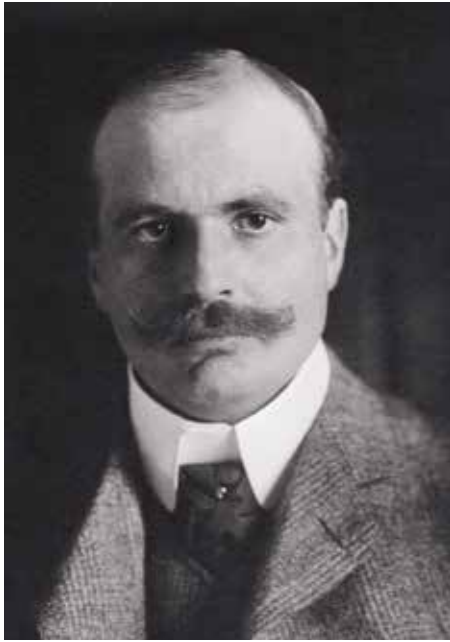
Gleichzeitig konnte man mit Einrichtungen wie den Parksiedlungen ausgewählte Arbeiter an bürgerlichen Idealen und bürgerlichem Stilempfinden teilhaben lassen.⁴⁴ Schnell zeigte sich jedoch, dass die einzelnen Wohnungen kaum auf die Bedürfnisse der Bewohner:innen zugeschnitten waren. Immerhin zielte die Architektur darauf ab, mehr Privatbereiche und Individualität zum Beispiel durch separate Verandaeingänge zu bieten.⁴⁵ Eingebettet waren solche Wohnprojekte Krupps in eine breite betriebliche Sozialpolitik, die von Schulbesuch und Konsumangeboten über eine Kranken- und Invali-

⁴² Klaus Tenfelde: Der „Kruppianer“ – Die Geburt eines Mythos aus dem Geist der „Werksgemeinschaft“, in: *Ferrum* 78 (2006), S. 35–45, hier S. 40.

⁴³ Ralf Stremmel: Leit-Motive. Betriebliche Sozialeinrichtungen, in: Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung (Hg.): *Krupp. Fotografien aus zwei Jahrhunderten*, Berlin/München 2011, S. 143 f., hier S. 143.

⁴⁴ Kastorff-Viehmänn, *Wohnungsbau*, S. 123.

⁴⁵ Stemmerich, *Siedlung*, S. 222.



Georg Metzendorf, Porträt 1906.
Copyright: Dr. Rainer Metzendorf.

ditätsversicherung bis hin zur Firmensparkasse und einer werkseigenen Bücherhalle reichte.

Deutlich erkennen lassen sich im Werkwohnungsbau auch die Einflüsse der um 1900 erstarkenden Gartenstadtbewegung. Die aus England importierten Entwürfe, die auf den Parlamentsstenografen und Stadtplaner Ebenezer Howard zurückgingen, verbreiteten sich um die Jahrhundertwende in weiten Teilen Europas.⁴⁶ Die Gartenstadtidée lag Ende des 19. Jahrhunderts förmlich in der Luft. Das zeigen auch Initiativen in Deutschland. Der völkisch-antisemitische Publizist Theodor Fritsch hatte in seinem Buch die „Stadt der Zukunft“ 1896 bereits ähnliche Thesen wie Howard vertreten.⁴⁷ Auch die vielen Werkssiedlungen, allen voran der Altenhof in Essen, lassen sich als Vorläufer verstehen. Vielerorts gründeten sich Ortsgruppen und Gesellschaften, die zum

Teil sogar eigene Bauprojekte finanzierten. Die Idee war simpel, aber revolutionär: Es sollten Siedlungen als Neugründungen entstehen, die aus kleinen Häusern im Grünen mit eigenen Gärten bestanden. Zielgruppe, und das war das Entscheidende, waren Arbeiter, die man aus der räumlichen Enge befreien wollte. Dahinter standen außerdem lebensreformerische Absichten, künstlerische und ästhetische Motive. Naturverbundenheit und Nationalkonservatismus gingen Hand in Hand. Einigen Aktivisten galt die überfüllte Großstadt mit ihrer vermeintlich unsittlichen Arbeiterschaft als Keimzelle eines Trends, der traditionale Familienstrukturen und gesellschaftliche Ordnungen zersetze. Der Nationalökonom Carl Johannes Fuchs resümierte 1910 in diesem Sinne: „Die Gartenstadt beseitigt nicht nur direkt die hygienischen und moralischen Schäden des Massenmietshauses, sondern sie bedeutet auch indirekt einen Fortschritt in beiden Beziehungen, weil das Wohnen in ihr zu einer Verminderung des Kneipenlebens und des Alkoholismus führt – mit allen hygienischen und moralischen Folgen.“⁴⁸ Die Gartenstadt, in die die Bewegung weitaus mehr projizierte, als sie zu leisten im Stande war, sollte also nicht nur die Wohnungsfrage lösen, sondern auch die Gesellschaft als solche verbessern.

Die vielen Gärten der Zechen- und späteren Kruppsiedlungen waren also nicht nur Zierde oder Blickfang. Sie waren Ausdruck wohnreformerischer Ansätze. In Kolonien wie Altenhof ließen sich bereits einige Versatzstücke des Trends finden. In der Herner Siedlung Teutoburgia, Baubeginn 1909 auf rund 21 Hektar, konzipiert von Otto Berndt, oder auf der Essener Margarethenhöhe war er unverkennbar.⁴⁹ Die Initiative für den Bau der Margarethenhöhe ging auf Margarethe Krupp zurück, die Witwe Friedrich Alfred Krupps, der 1902 verstorben war. 1906 hatte sie die Margarethe-Krupp-Stiftung für Wohnungsfürsorge gegründet. Ziel dieser Stiftung war die „Wohnfürsorge für die minderbemittelten Klassen“. Gemeint waren damit diejenigen, die einen soliden Ver-

⁴⁶ Ebenezer Howard: *To-Morrow: A Peaceful Path to Real Reform*, 1898; Neuauflage 1902 unter dem Titel *Garden Cities of To-Morrow*, 1902; in deutscher Übersetzung: *Gartenstädte in Sicht*, Jena 1907.

⁴⁷ Theodor Fritsch: *Die Stadt der Zukunft*, Leipzig 1896.

⁴⁸ Carl Johannes Fuchs: *Gartenstadt und Heimatschutz*, in: *Die deutsche Gartenstadtgesellschaft*, Berlin 1911, S. 83, zit. nach Michael Clarke: *Traumstädte? Die Kruppsche Gartenstadt Margarethenhöhe und die Anfänge des genossenschaftlichen Wohnungsbaus*, in: *Ruhrlandmuseum*, Hausen, S. 70–92, hier S. 71.

⁴⁹ Michael Clarke: *Teutoburgia. Eine Zechensiedlung als Gartenstadt*, in: Frank Braßel (Hg.): *„Nichts ist so schön wie ...“*. *Geschichte und Geschichten aus Herne und Wanne-Eickel*, Essen 1991, S. 340–342.



Gartenstadt Hüttenau bei Hattingen (Ruhr), ca. 1920.

Aus: Stadt Hattingen (Hg.): Gestaltungshandbuch Gartenstadt Hüttenau Hattingen Welper, Hattingen 2016, S. 14.

dienst hatten, aber dennoch nicht über genug Kapital verfügten, um sich ein Eigenheim leisten zu können. Das Stiftungsvermögen von einer Million Mark floss in den Bau der Margarethenhöhe im 1905 von Essen eingemeindeten Rüttenscheid. Verantwortlich für den Bau war der damals mit 33 Jahren noch recht junge Bensheimer Architekt und Stadtplaner Georg Metzendorf, den ein Regierungserlass für dieses Projekt sogar von Auflagen und gesetzlichen Bestimmungen befreit hatte. Errichtet wurde die Siedlung nach Metzendorfs Plänen als experimentelles „Gesamtkunstwerk, gestaltet wie aus einem Guss von der landschaftlichen Einbindung bis zum letzten Türknopf“, so der Kunsthistoriker Walter Buschmann.⁵⁰

Eine klassische Werkssiedlung war die Margarethenhöhe also nicht. Metzendorf war auch nicht in Krupps Baubüro, sondern als Architekt der Stadt Essen angestellt.⁵¹ Zielgruppe der Siedlung waren der Mittelstand, Facharbeiter und ihre Familien, mittlere und gehobene Beamte. Die Belegschaft Krupps hatte als Mieter Vorrang, so Margarethe Krupp, zugleich sollte die Margarethenhöhe aber auch allen anderen Essener Einwohner:innen offenstehen. Über die Jahre pendelte sich daher ein etwa hälftiges Verhältnis ein. Ideen der Gartenstadtbewegung fanden sich zuhauf in der Essener Siedlung. Sie lag fernab vom Gestank und Lärm der Betriebe in grüner Umgebung, war durchkreuzt von verwinkelten Straßen, bebaut mit Kleinwohnhäusern mit Giebeldächern, umsäumt von reich bepflanzten Gär-

⁵⁰ Walter Buschmann: Siedlung Margarethenhöhe, in: Rheinische Industriekultur. Routen, Orte und Objekte, <http://www.rheinische-industriekultur.de/objekte/Essen/siedlMargarethen/margarethenhoehe.html> [zuletzt aufgerufen am 28.1.2024].

⁵¹ Rainer Metzendorf: Die Margarethenhöhe und die Gartenstadtbewegung im Kontext des 20. Jahrhunderts, in: Heinrich Theodor Grütter (Hg.): Die Gartenstadt Margarethenhöhe. Architektur und Geschichte, Essen 2014, S. 21–46, hier S. 28.

Tab. 1: Wohnungen von Bergleuten auf Zechen des Ruhrgebiets (1893), in Prozent (Tabelle übernommen aus: Brüggemeier/Niethammer, Schlafgänger, S. 142).

	SÜDLICHES* REVIER	NÖRDLICHES** REVIER
Hausbesitzer, die im eigenen Haus wohnen	14,77	8,02
Hausbesitzer, die zur Miete bzw. Untermiete wohnen	1,60	1,97
Bewohner von Dienstwohnungen	2,14	1,93
Hauptmieter in Kolonien	5,28	9,76
(Zum Vergleich dasselbe 1900)	(7,76)	(13,10)
Sonstige Hauptmieter	53,94	49,47
Bewohner von Schlafhäusern	0,79	0,77
Einlieger (Untermieter, Schlafgänger)	21,49	28,06
Alle	100,00	100,00
% absolut	34.226	87.774

* südliches Revier: Dortmund-S., Witten, Hattingen, Bochum-S., Essen-S., Werden.

** Nördliches Revier: Recklinghausen, Dortmund-O. und-W., Bochum-N., Herne, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Essen-O. und-W., Oberhausen.

ten. Das Gesamtbild erinnerte an eine Kleinstadt aus dem Mittelalter, ein „Rothenburg ob der Ruhr“.⁵² Auch technisch war die Margarethenhöhe auf gehobenem Stand. Metzendorf hatte ein miteinander verbundenes Koch- und Heizsystem entworfen, das mit Bade- und Wascheinrichtungen kombiniert war, ein damals sehr modernes und ausgefeiltes System, das mit seinen Ideen zum Energiesparen und -weiterverwenden an heutige Wohnkonzepte erinnert.

Nur ein Jahr nachdem Metzendorf seine Arbeit als Architekt der Stadt Essen aufgenommen und die Margarethenhöhe zu planen begonnen hatte, erhielt er ein weiteres Engagement. Im Hattinger Stadtteil Welper entwarf er etwa zeitgleich die heute weniger bekannte Arbeitersiedlung Hüttenau nach Gartenstadtprinzipien.⁵³ Bereits 1919 lebten rund 2.000 Menschen hier, größtenteils Arbeiter des nahegelegenen Hüttenwerks.⁵⁴ In einer zeitgenössischen Überblicksdarstellung zu frühen Gartenstädten hieß es dazu voller Bewunderung:

„Die Häuser [...] enthalten im Erdgeschoß, außer einer Wohnstube, eine sogenannte Wohnküche mit einer daneben befindlichen Spülküche, in der das Wa-

schen, Geschirrspülen und sonstige Dampf und üblen Geruch erzeugende Arbeiten verrichtet werden und auch die Badeeinrichtung untergebracht ist. Im Obergeschoß liegen 2–3 Schlafzimmer und im Dach ist ein genügender Trockenraum vorgesehen. Ganz besonderer Wert ist auf die Ventilation und die Heizungsanlage gelegt. Die lästige Hitze im Sommer soll mittels einer automatischen Ventilationsanlage über dem Herd abgesaugt werden. Im Winter wird die überschüssige Wärme des Herdes, die sonst unverbraucht in den Schornstein abgeht, zur Erwärmung des benachbarten Wohnzimmers benutzt. Vom Herd, bezw. dem Ofen des Wohnzimmers aus wird ferner warme Luft nach den oberen Schlafräumen geleitet, so daß diese keine besondere Heizung benötigen. Die Häuser gehören in ihrer vorzüglichen Grundrißlösung, in ihrer praktisch technischen Durchbildung und ihrer künstlerischen Gestaltung zum allerbesten, was der neue Kleinhausbau in Deutschland geschaffen hat.“⁵⁵

⁵² Metzendorf, Margarethenhöhe, S. 34.

⁵³ Gartenstadt Hüttenau eG: Denkschrift über den Ausbau der Gartenstadt Hüttenau bei Blankenstein a. d. R., Essen 1911.

⁵⁴ Stadt Hattingen (Hg.): Gestaltungshandbuch Gartenstadt Hüttenau Hattingen Welper, Hattingen 2016, S. 13.

⁵⁵ Die Deutsche Gartenstadtbewegung. Zusammenfassende Darstellung über den heutigen Stand der Bewegung, Berlin 1911, S. 47 u. 49.

Für das Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts zeichnen sich insgesamt also vier verschiedene Wohnformen ab.⁵⁶ Die etwas besser Gestellten, meist durch Erbschaft an Geld gekommen, konnten sich ein eigenes kleines Haus bauen, die Bergmannskate bzw. den Kotten, häufig mit Nutzgarten. Mit voranschreitender Industrialisierung trat diese erste und traditionellste Art des Arbeiterwohnens jedoch in den Hintergrund. Zweitens ist der private Mietwohnungsmarkt zu nennen. Dieser war vor allem dort von Bedeutung, wo sich Betriebe in schon vorhandene Siedlungsstrukturen einfügten. Grund- und Hausbesitzer passten sich schnell an den stetigen Bevölkerungszuwachs an und versuchten den geringen Raum, den sie hatten, möglichst lukrativ zu vermieten. Hier wohnte man zumeist in überbelegten Wohnungen ohne eigene sanitäre Einrichtungen und zu überkauerten Mieten. Die Fluktuation war daher besonders hoch. Drittens entwickelte sich unter diesen ohnehin schon angespannten Verhältnissen ein Kostgänger- und Untermietermarkt. Teils wohnten mehrere Familien zusammen, teils mieteten sich einzelne Arbeiter in Familienhaushalte ein. Die heute vielleicht bekannteste Wohnform des Ruhrgebiets war – viertens – die Arbeiterkolonie. Um ihren enormen Bedarf an Arbeiter:innen zu decken, mussten die großen Betriebe selbst zu Wohnungsbauern und Vermietern werden. Die Spannbreite an Wohnformen war hier breit: Sie reichte von Männerheimen mit riesigen Schlafsälen, den sogenannten Menagen – 1870 existierten im Ruhrgebiet wohl rund 35 –, über schlichte Familienunterkünfte in neu angelegten Arbeiterkolonien, bis hin zu üppig begrünten, komfortablen und architektonisch raffinierten Gartenstädten – wobei letztere einer kleinen auserwählten Schicht vorbehalten blieben.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs waren im Ruhrgebiet rund 35 Prozent der Bergleute Mieter einer Werkswoh-

nung. Das ist zweifelsohne eine hohe Zahl, vor allem im europäischen Vergleich. Sie zeigt aber auch, dass die Mehrheit anderweitig unterkam, zu einem kleinen Teil tatsächlich in eigenen Häusern, andererseits in Wohnungen auf dem freien Mietmarkt. Rund 80.000 Bergleute wohnten als Schlaf- und Kostgänger zur Untermiete.⁵⁷

Konsum, Freizeit und Rollenbilder

„Sie lesen nichts und fragen auch nichts. Außerhalb ihrer täglichen Sorgen ist keine Welt mehr für sie da. [...] Ihnen allen kommt das Leben so zwecklos vor.“ Diese Zeilen schrieb 1913 Li Fischer-Eckert, Soziologin und Frauenrechtlerin, über Arbeiterfrauen in Hamborn. Zwei Jahre zuvor hatte sie sich für ihre Doktorarbeit in die später von Duisburg eingemeindete rheinische Arbeiterstadt begeben und rund 500 Arbeiterfrauen nach ihrer Herkunft, Ausbildung und ihren Einstellungen befragt. Vergleichen wir ihre Studie mit heutigen soziologischen Arbeiten, so fällt Fischer-Eckerts emotionaler, leidenschaftlicher und moralisierender Ton auf. Dieser war in Studien um die Jahrhundertwende jedoch keine Seltenheit und mitnichten auf das Geschlecht der Verfasserin zurückzuführen, wie man später kolportierte. Vielmehr lässt er Fischer-Eckerts starke Anteilnahme an den Schicksalen vieler Arbeiterfamilien erkennen und verweist auf das kämpferische und sozialreformerische Engagement der in Saarbrücken geborenen Autorin.⁵⁸ Den Arbeiterinnen sei jegliche Lebensfreude abhandengekommen. „Einseitig, lichtlos drück[en] der Hunger und die Blöße ihrer Kinder sie unter die Herrschaft des nacktesten Materialismus“, hielt Fischer-Eckert emphatisch fest, „und je schwerer und notwendiger die materielle Befriedigungsmöglichkeit zu beschaffen ist, desto mehr treibt ihr innerer Mensch in einen Zustand der Unzufriedenheit und Lebensverbitterung hinein, die seelischen Selbstmord gleichkommt.“⁵⁹

56 Die folgende Zusammenfassung nach Franz J. Brüggemeier/Lutz Niethammer: Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie. Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg, in: Jürgen Reulecke/Wolfhard Weber (Hg.): Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 135–175, hier S. 141–143.

57 Brüggemeier, Grubengold, S. 157, 159.

58 Vgl. Dietlinde Linscheidt-Modersohn: Li (Fischer)-Eckert (1882–1942). Frauenrechtlerin und Pionierin der Sozialarbeit, in: Von Griet zu Emma. Beiträge zur Geschichte von Frauen in Duisburg vom Mittelalter bis heute, hrsg. v. Stadt Duisburg, Frauenbüro, Duisburg 2000, S. 108–110.

59 Li Fischer-Eckert: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn, Hagen 1913, S. 133 u. 134.



Li Fischer-Eckert, aus: *Die Welt der Frau*, 1912.
Copyright: Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel.

Bereits anhand dieser wenigen Zeilen erkennen wir, dass Fischer-Eckert nicht in den bekannten bürgerlichen Chor der Jahrhundertwende einstimmt – auch wenn ihre Beobachtungen von einer gewissen Faszination des Fremden gekennzeichnet sind. Den weitverbreiteten Vorwurf, eine unersättliche Vergnügungssucht treibe die Arbeiterschaft in den selbstverschuldeten Ruin, teilte sie nicht. Stattdessen forderte sie Mutterschutzwochen, wie wir sie auch heute kennen, die Gründung von Wohnungsgenossenschaften, Lohnerhöhungen und eine Annäherung der sozialen Klassen.⁶⁰ Auch erkannte und beschrieb sie recht deutlich, dass Arbeit nicht allein in Erwerbsarbeit aufging. Die sogenannte Hausarbeit gelte es in die Arbeitsdefinition mit einzubeziehen. Im

Verlauf des 19. Jahrhunderts hatte sich die Hausarbeit vom klassischen Erwerbsleben getrennt. Man dachte den gemeinsamen Haushalt nicht mehr unbedingt als Wirtschaftseinheit, in der die Ehepartner zusammen das Auskommen sicherten. Die Industrialisierung trieb die arbeitende Bevölkerung aus ihren Häusern in den Betrieb, wo sie Unternehmen für ihre Arbeit direkt entlohnten. In der Regel waren dies die Männer, die als Arbeiter, Angestellte oder Beamte tätig wurden, während Frauen zu Hausfrauen wurden. Hausarbeit und Familie galten als Privatsphäre und fielen in den Verantwortungsbereich der Frauen. In bürgerlichen Haushalten funktionierte diese artifizielle Trennung häufig reibungsloser als in Arbeiterfamilien, die zumeist auf Nebeneinkünfte der Ehefrauen und Töchter angewiesen waren. Festgeschrieben war diese Aufteilung auch im Bürgerlichen Gesetzbuch, das zum 1. Januar 1900 in Paragraph 1354 festhielt, dass dem Mann die „Entscheidung in allen das gemeinschaftliche Eheleben betreffenden Angelegenheiten“ obliege. Die Frau hingegen habe laut Paragraph 1356 „das gemeinsame Hauswesen zu leiten“.⁶¹

De facto waren Frauen jedoch häufig eine Art inoffizielles „Familienoberhaupt“, so haben es zumindest schon einige zeitgenössische Beobachter beschrieben. Bis ins letzte Detail belegen lässt sich eine solch plakative Beschreibung zwar nicht, aber wir können davon ausgehen, dass gerade Arbeiterfrauen eine zentrale Rolle in der Lebensorganisation der gesamten Familie zukam. Sie erledigten die Besorgungen, erzogen die Kinder, managten die Untervermietung und das Schlaf- und Kostgängerwesen. Sie kümmerten sich um die Arbeitsbekleidung ihrer Männer, versorgten das Vieh, pflegten die Gärten und waren für alle anderen Familien- und Haushaltsangelegenheiten verantwortlich.⁶² Zudem zählte die Preußische Statistik 1861 rund zwei Millionen „weibliche Erwerbspersonen“, darunter 56 Prozent Mägde und Arbeiterinnen in der Landwirtschaft, 28 Prozent außerhalb des Fabrikgewerbes und fünf Prozent in Fabriken. Die vielen zuverdienenden Frauen zählte die

60 Dietlinde Linscheidt-Modersohn: Li (Fischer)-Eckert (1882–1942). Frauenrechtlerin und Pionierin der Sozialarbeit, in: Stadt Duisburg, Frauenbüro (Hg.): *Von Griet zu Emma. Beiträge zur Geschichte von Frauen in Duisburg vom Mittelalter bis heute*, Duisburg 2000, S. 108–110.

61 Sabine Heise: *Frauen-Arbeiten – Zwischen Beruf und Berufung*, in: LWL-Portal, Westfälische Geschichte (https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/input_felder/langDatensatz_ebene4.php?urlID=405&url_tabelle=tab_web-segmente [zuletzt aufgerufen am 28.1.2024]).

62 Brüggemeier, Grubengold, S. 162.

Statistik hier noch nicht mit. Ein Großteil verließ mit der Heirat oder Geburt des ersten Kindes wieder die Arbeitsstelle, vor allem in den Fabriken. Frauenerwerbsarbeit in der Fabrik war also stark lebensphasen- und altersspezifisch.⁶³ Die Beschäftigung von Frauen im Ruhrbergbau blieb im 19. Jahrhundert insgesamt marginal – einer Umfrage von 1874 zufolge waren nur 18 Frauen beschäftigt, allerdings über Tage. Daran änderten auch Initiativen aus Belgien und Oberschlesien nichts, Frauen im Untertagebergbau zu beschäftigen. Ganz im Gegenteil, im Ruhrgebiet verschärften Unternehmen und Politik eher ihre Regelungen, bis 1878 ein allgemeines Verbot der Grubenarbeit für Frauen in Kraft trat. Schließlich sei „Bergbau keine Weiberarbeit“, hieß es im Abgeordnetenhaus.⁶⁴

Die Arbeitswelt des Ruhrgebiets, so zumindest der gängige Eindruck, war eine Männerwelt. Das lag insbesondere daran, dass im 19. Jahrhundert die Branchen des Bergbaus und des Hüttenwesens das Erwerbsleben an der Ruhr prägten. Während in einigen eher „feudal vorgeprägten Gebieten“ lange Zeit auch sogenannte Produktionsfamilien den Bergbau trugen, war die Eisen- und Stahlindustrie im Grunde eine „reine Männerindustrie“, wie der Historiker Thomas Welskopp schreibt. „Selbst in den Mobilisierungsphasen der Weltkriege drangen Frauen bis auf wenige Ausnahmen nicht in die eigentlichen Hüttenbereiche der Hochofenanlagen, Stahl- und Walzwerke vor, und die Schwerindustrie drängte nach Überwindung dieser Ausnahmesituationen ihre weiblichen Arbeitskräfte jeweils umgehend und energisch wieder aus den Belegschaften hinaus.“⁶⁵ Vor allem aufgrund der hohen physischen Belastung sahen Arbeitgeber davon ab, Frauen in ihren Betrieben zu beschäftigen. Dass dahinter wiederum kulturelle, in der Regel männliche Vorstellungen von geschlechtsspezifischer Leistungsfähigkeit und -bereitschaft steckten, reflektierten sie nur in den wenigsten Fällen. Stattdessen zementierten sie damit Sichtweisen, in denen Frauen-

arbeit im Bergbau als Zeitverschwendung galt. Sie schade gar dem Ertrag. Solche Einstellungen entwickelten schon bald ein Eigenleben und führten zu allerlei kranken Ansichten, dass etwa Frauen im Bergbau Unglück bringen, moralisch verderblich wirken oder gar gottesslästerlich seien. Der Mann verkörpere Kraft, habe einen schaffenden Charakter und müsse daher erwerben, während die Frau für Schönheit stehe, in sich gekehrt und von erhaltendem Charakter sei, glaubte der Brockhaus 1815 zu wissen.⁶⁶

Zuschreibungen wie diese scheinen den Lebenswelten und Rollenbildern des Ruhrgebiets ihren Stempel aufgedrückt zu haben, zumeist sogar bis weit in das 20. Jahrhundert hinein. Doch wenn wir etwas genauer hinsehen, erkennen wir einige Anhaltspunkte, die diese außerordentliche Prägekraft zumindest teilweise relativieren. Da sind zum Beispiel die Statistiken: Zeitgenössische Erhebungen verzeichneten im Kriegsjahr 1916 rund 35.000 Frauen, die im deutschen Stein- und Braunkohlenbergbau sowie im Salz- und Erzbergbau beschäftigt waren. Diese Zahl ist beachtlich, allerdings spiegeln sich in ihr in erster Linie kriegsbedingte Umverteilungen. Zudem handelte es sich bei den ausgeübten Tätigkeiten vorwiegend um Büro- und Reinigungsarbeiten. Zum anderen – und dies ist im Grunde viel aussagekräftiger als das Zahlenverhältnis zwischen erwerbstätigen Frauen und Männern – gab es vielfältige „Wechselwirkungen“, ja Abhängigkeiten, zwischen der bergmännischen Lebens- und Arbeitswelt und der der Frauen.⁶⁷

Die eingangs bereits aufgezählten Tätigkeiten, die den Frauen zufielen, etwa die Garten-, Stall- und Kleidungspflege, Reinigung und Kostgängerverwaltung, waren kein entbehrlicher Zeitvertreib. Vielmehr waren sie fester Bestandteil eines gemeinsamen Alltags, auf dem das Familien- und Arbeitsleben basierte. Die von Frauen verantwortete Selbstversorgung durch Garten und Vieh entlastete die Haushaltskasse. Sie war sogar in die Lohnzahlungen der Bergwerke eingepreist und

63 Jürgen Kocka: Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse, Bonn 2015, S. 158 u. 161.

64 Zit. nach Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 271.

65 Thomas Welskopp: Leben im Rhythmus der Hütte. Geschlechterbeziehungen in Stahlarbeitergemeinden des Ruhrgebiets und Pennsylvanias, 1890–1920, in: Westfälische Forschungen 45 (1995), S. 205–241, hier S. 210.

66 Zit. nach Karin Hausen: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen, Stuttgart 1976, S. 363–393, hier S. 366.

67 Dagmar Kift: Die Männerwelt des Bergbaus, Bochum 2011, S. 11.

damit gleichsam eine Verpflichtung, wollte man ein erträgliches Auskommen haben. Gleiches gilt für das Kost- und Schlafgängerwesen, das vor allem im Ruhrgebiet mit seinen beengten Wohnverhältnissen, der außerordentlich hohen Mobilität der Arbeiter und der stetig zunehmenden Zuwanderung eine große organisatorische Herausforderung war. Die zusätzlichen Einnahmen besserten die Monatseinkünfte auf und entlasteten die Mietzahlungen. Zugleich entspannte das weit verbreitete Schlafgängertum, zumindest aus Sicht der Arbeitgeber, den Wohnungsmarkt und begrenzte die Ansprüche an den Bau von Arbeiterkolonien. Schließlich befreiten Frauen durch ihre Pflege und Reparatur von Arbeitskleidung die Betriebe von der Aufgabe, diese instand zu halten oder neu anzuschaffen. Mit diesem Selbstversorgungs- und Zugewinnsystem waren Frauen sowohl in die vermeintlich männliche Arbeitswelt als auch in die „Produktionsorganisation und -kalkulation der Zechnunternehmer“ einbezogen.⁶⁸

Schon anhand dieser wenigen Beispiele zeigt sich, dass die Kategorie Geschlecht sehr hilfreich dabei sein kann, die Geschichte des Ruhrgebiets und seiner Lebenswelten aufzuschlüsseln. Die Historikerin Dagmar Kift nutzte zur Erklärung dieser Relevanz die Metapher des Zechentors. Denken wir etwa die Männer- und Frauenwelt des Ruhrbergbaus zusammen, so wäre das Zechentor eine „optisch markante“ und „juristisch relevante“ Grenze, weil sich hinter ihr eben fast ausschließlich Männer bewegten. Allerdings, so Kift, war diese Grenze „strukturell [...] durchlässig“, da Männer- und Frauenwelt zu größten Teilen in einer Familienwelt zusammenfanden, in der jeder elementare Beiträge leistete, die über das Wohlergehen und Auskommen bestimmten.⁶⁹

Diese Arbeitsteilung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frauen im Grunde kaum Zugang zu Industriezweigen wie der Stahlarbeit hatten. Die körperlichen Anforderungen spielten dabei sicherlich eine zentrale, wenn auch nicht die alleinige Rolle. Nicht weniger

entscheidend war die Konstruktion maskuliner Arbeiteridentitäten. In der Stahlindustrie der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gaben „hochqualifizierte Hochofenschmelzer, Puddler und Walzer“ den Ton an, schreibt Thomas Welskopp. Sie „formten ein betriebsnahes Netzwerk aus kampfkraftigen Solidarstrukturen aus, das sich aus einem ausgeprägten Berufsstolz, einem elaborierten Verhaltenskodex und einem dezidierten Interesse an der exklusiven Abschottung ihrer privilegierten Stellung in den Werken gegenüber der starken Minderheit der ungelernten Hilfs- und Transportarbeiterschaft bzw. den ‚neuen‘ ethnischen Zuwanderergruppen speiste, die zunehmend in diese Ränge einströmten“. Damit bildete sich ein männerbündisches, zum Teil kultisches Verhalten, das auf „Berufsstolz, Qualifikationsbewusstsein“ und der „Heroisierung von Körperkraft“ fußte. Bekräftigt durch innerbetriebliche „Box- und Ringkämpfe“ zementierten die Arbeiter eine „männliche Berufskultur“, die Frauen allenfalls bei Festen oder Kirmessen begleiten konnten.⁷⁰

Als sich in den 1880er Jahren die Arbeit in der Stahlindustrie teilmechanisierte, setzte sich die Kolonnenarbeit durch. Damit blieb die Arbeit zwar weiterhin vor allem physisch, doch sie war weniger qualifiziert, dafür aber strenger hierarchisiert. Aufseher, Vorarbeiter oder Meister befehligten als Führungsperson ihre Kolonne, die sich aus mehreren ähnlich qualifizierten Arbeitern zusammensetzte.⁷¹ Dieses neue System aus selbst nicht manuell arbeitenden Führungsinstanzen und Kolonnenarbeitern degradierte Letztere und zwang sie in eine untergeordnete Rolle, in der sie immer stärkeren physischen Anforderungen und nicht selten rücksichtsloser Antreiberei und körperlicher Gewalt ausgesetzt waren. Dadurch erodierte wiederum der traditionell männliche Berufsstolz der Hüttenarbeiter und wich einer gewissen Sprachlosigkeit in der Kolonnenstruktur. Der „selbstbewusste Männlichkeitskult der Stahlarbeiter wurde mehr und mehr auf seine defensiven Elemente

68 Jutta den Jong: Bergarbeiterinnen – oder Die Andere Arbeit für den Bergbau, in: Deutsches Bergbau-Museum Bochum (Hg.): Frauen und Bergbau. Zeugnisse aus fünf Jahrhunderten. Ausstellung des Deutschen Bergbau-Museums Bochum vom 29. August bis 10. Dezember 1989, Bochum 1989, S. 70–75, hier S. 75.

69 Kift, Männerwelt, S. 28.

70 Zit. nach Welskopp, Leben, S. 212.

71 Ralf Banken: Die Industrialisierung der Saarregion 1815–1914, Bd. 2: Take-off-Phase und Hochindustrialisierung 1850–1914, Stuttgart 2003, S. 425.

zurechtgestutzt“.⁷² Viele kompensierten diese Degradierung durch rassistische und xenophobe Ausgrenzungen vor allem gegenüber polnischsprachigen Migranten, diffamiert als „Polacken“. Andere wiederum schufen sich neue Bezugspunkte, indem sie ihr Arbeitsumfeld vergeschlechtlichten. Vermeintlich schwer zu kontrollierenden Schmelzvorgängen und Oberflächenstrukturen schrieben Arbeiter weibliche Eigenschaften zu, während sie ihren Kränen und anderen Großmechaniken männliche Vornamen gaben.⁷³

Unter dem Begriff der „Arbeiterkultur“ versucht die historische Forschung, Wahrnehmungen und Lebensweisen der sogenannten unterbürgerlichen Schichten in den Blick zu nehmen, ihre Erfahrungen und Werte, ihr Verhalten und ihre Ausdrucksformen. Erstmals tauchte der Begriff in Otto Rühles 1930 veröffentlichter „Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats“ auf. Über die Volkskundler Will-Erich Peuckert und Wilhelm Brepohl landete er schließlich in der Sozialgeschichte und inspirierte dort viele Studien etwa von Gerhard A. Ritter, Jürgen Kocka oder Klaus Tenfelde. Im Anschluss daran wandte sich die Kultur- und Alltagsgeschichte dem Konzept zu und nutzte es, um „gruppen- und geschlechtsspezifische Kulturpraxen“ herauszuarbeiten, „subjektive Weltbilder und Selbstverständnisse“ im Rahmen einer „schichtenspezifischen Lebensweise“.⁷⁴ Im Vordergrund standen dabei der Arbeitsplatz und Familienbeziehungen, das kommunale Leben und Freizeitverhalten.

Das Arbeiterleben und die Arbeiterkultur im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts hatten eine spezielle Prägung.⁷⁵ Die Arbeiterschaft setzte sich größtenteils aus Zuwanderern zusammen, die im Verlauf des Jahrhunderts immer längere Migrationswege zurücklegten. Mit ihrer Ankunft im Ruhrgebiet waren sie nicht selten rund 1.000 Kilometer von ihrer Heimat entfernt. Der räumliche Abstand war dabei nur die eine Seite der Distanzierung. Hinzu kam die Konfrontation mit völlig neuen Lebensverhältnissen in dicht gedrängten, stetig wachsenden

Industriestädten, die sie als laut und dreckig wahrnahmen. Darüber hinaus war die Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert alles andere als homogen. Vielmehr teilte sie sich in viele verschiedene Gruppen auf getrennt nach Konfession, Herkunft und politischer Einstellung. Erst nach dem Ersten Weltkrieg näherten sich die Fraktionen allmählich einander an – allerdings noch sehr zaghafte. Dieses allmähliche Zusammenwachsen fußte auf unterschiedlichen Faktoren, die zum Teil in diesem Beitrag bereits angeklungen sind. Erstens sorgten das Zusammenleben auf engem Raum in den Kolonien und die halboffenen Familienstrukturen mit Schlaf- und Kostgängerwesen nicht nur für eine räumliche, sondern auch für eine kulturelle Annäherung. Allerdings galt das nur, wenn Kostgänger nicht in der Familie eines Bergmannes unterkamen, der ein paar Jahre zuvor aus derselben ostelbischen Region zugewandert war wie sie und daher denselben kulturellen Hintergrund besaß, wie es bei den sogenannten Nach-Wandernden häufig der Fall war. Zweitens kamen geteilte Erfahrungen an den Arbeitsstellen hinzu. Drittens ist die Freizeitgestaltung zu nennen.

Auf der anderen Seite ist aber auch festzuhalten, dass die zeitgenössisch kolportierte Heterogenität der Arbeiterschaft zumindest teilweise ein bürgerliches Konstrukt war.⁷⁶ Hohe Kriminalitätsraten zum Beispiel galten lange Zeit als Indiz für Anpassungsschwierigkeiten und fehlende Integrationsbereitschaft. Tatsächlich war die steigende Kriminalität eher ein Resultat verstärkter Aufmerksamkeit für Gewalt innerhalb der sogenannten Unterschichten. Rituale gewaltsamer Konfliktlösungen, die auf dörfliche Traditionen vorindustrieller Zeit zurückgingen und dazu dienten, ehrenhaftes Verhalten, Solidarität und Männlichkeit einzuüben, wurden im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zunehmend kriminalisiert. Auf diese Weise verschob sich die Wahrnehmung. Was Außenstehende als Normverletzung und

⁷² Zit. nach Welskopp, Leben, S. 213.

⁷³ Welskopp, Leben, S. 216.

⁷⁴ Wolfgang Kaschuba: Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990, S. 70; Gerhard A. Ritter: Einleitung, in: ders. (Hg.): Arbeiterkultur, Königstein 1979, S. 1.

⁷⁵ Stefan Goch: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990.

⁷⁶ Dagmar Kift: Arbeiterkulturforschung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet, in: dies. (Hg.): Kirmes – Kneipe – Kino. Arbeiterkultur im Ruhrgebiet zwischen Kommerz und Kontrolle (1850–1904), Paderborn 1992, hier S. 10 f.

Zeichen mangelnder Integration sahen, galt unter Arbeitern mitunter als Bestandteil ihrer Lebensweise.⁷⁷

Um einen besseren Einblick in die Arbeiterkultur und das Arbeiterleben zu erlangen, soll im Folgenden das Freizeitverhalten in den Vordergrund rücken. Vorwegzunehmen ist dabei allerdings, dass sich die Freizeit von Arbeitern des 19. Jahrhunderts in ihren Strukturen stark von heutigen Verhältnissen unterscheidet. In erster Linie betrifft das die Zeit für die freie Zeit. Lange gab es überhaupt keine Freizeit für das Proletariat, höchstens Erholungspausen, um sich für die bald wieder beginnende Arbeit zu regenerieren. Pausen während der Arbeit dienten einzig dazu, Mahlzeiten einzunehmen. Das vorindustrielle Kleingewerbe war auf ein Lebens- und Arbeitssystem ausgerichtet, in dessen Zentrum Produktion und Reproduktion standen. Es ging um Nahrung und Auskommen. Selbstbeschränkung galt als wichtige Eigenschaft, die die – aus Sicht der Bessergestellten – nach Möglichkeit unhinterfragten gesellschaftlichen Verhältnisse von Privilegierung und Unterprivilegierung aufrechterhielten, die typisch für die ständische Existenz bis weit ins 19. Jahrhundert waren. Prägend für die Arbeiterlebenswelt und damit auch die Freizeit war eine „Mischung aus herrschaftlichen und aus selbstgesetzten Normen“.⁷⁸

Gleichwohl nahm die Freizeit seit Mitte des 19. Jahrhunderts fast kontinuierlich zu. Nachdem der Begriff erstmals zu Beginn des 18. Jahrhunderts in pädagogischen Schriften aufgetaucht war, griffen ihn Mitte des 19. Jahrhunderts auch Karl Marx und die Arbeiterbewegung auf. Sie sahen im Gewinn von mehr Freizeit Potenzial zur „Emanzipation des Menschen“ und setzten den Freizeitbegriff im Kampf um Arbeitszeitverkürzungen ein. Freizeit war damit immer auch ein ideologisch und politisch überformter Begriff. Doch auch das vorindustrielle Ruhrgebiet kannte bereits verschiedene Gesellschaftsformen, die auf eine etablierte Freizeitkultur verweisen. Sie waren in der Regel an festliche Anlässe gebunden, die sich an Jahreszeiten und am Kirchenkalender orientierten. Frömmigkeit und Festfreude gingen oft Hand in Hand. Auf die Liturgie folgte in der Regel ausgelassenes Feiern. Hinzu kamen alltägliche Zusam-

menkünfte zum Beispiel innerhalb der Familien. Doch schon hier, um 1800, suchten die Menschen in ihrer freien Zeit den Weg nach draußen, in die Straßen und Schenken. Zugleich war die Freizeit durchsetzt mit Bräuchen und Ritualen, die dazu dienten, Identitäten zu bilden, Beziehungen anzubahnen, sich gegenüber anderen abzugrenzen oder auch Fremde zu integrieren. So hatte die Freizeit auch die Funktion, insbesondere für die vielen Zugewanderten, ihre Eindrücke der neuen Lebenswelt kulturell zu verarbeiten. Nicht nur der Arbeitsplatz, auch der Feierabend und die wenige freie Zeit, die blieb, ermöglichten es den unterschiedlichen Subkulturen, sich anzunähern.

Diese Geselligkeitstraditionen, die stark milieuspezifisch waren, trafen im Verlauf des 19. Jahrhunderts auf staatliche Regelungsansprüche. Diese betrafen nicht nur die Arbeitswelt, in die man von Seiten der Obrigkeit oder großer Konzerne neue Leistungsideale zu implementieren versuchte. Auch das Freizeitleben war betroffen: So begrenzte man Feiertage und -stunden, etablierte neue vermeintlich ideale Geschlechterrollen, die Frauen als Mütter und Gattinnen ans Haus banden, oder setzte bestimmte Hygienevorstellungen und Fabrikordnungen durch, die das Pausenverhalten regelten – alles Maßnahmen und Ideale, die einen Weg vom feudalen ins bürgerliche Zeitalter, von der Stände- in die Klassengesellschaft wiesen.

Mit der Erwerbsarbeit gingen neue Formen des Konsum- und Freizeitverhaltens einher, die sich vor allem unter ledigen Arbeiterinnen und Arbeitern beobachten lassen. Die unterbürgerlichen Schichten befreiten sich zum Teil von den alten Idealen der Selbstbeschränkung und konsumierten reichlich Genussmittel wie Tabak und Kaffee oder besuchten Kneipen. Das heißt freilich nicht, dass stets genug Geld für neue Freizeitstile vorhanden war, dazu wechselten sich zu häufig gesteigerter Konsum und Notsituation ab. Vielmehr deutete sich hier ein späterer „Grundzug künftiger proletarischer Lebensweise“ an, eine stärkere Orientierung an der Gegenwart, die Genuss als Ausgleich für harte körperliche Arbeit suchte und die Zukunft eher ausblendete.⁷⁹ In bürgerlichen Kreisen galten diese Verhaltensweisen

77 Ralph Jessen: Gewaltkriminalität im Ruhrgebiet zwischen bürgerlicher Panik und proletarischer Subkultur (1870–1914), in: Kift, Kirmes, S. 226–255.

78 Kaschuba, Lebenswelt, S. 7 f., Zit. S. 8.

79 Kaschuba, Lebenswelt, S. 16.

schnell als unmoralisch, verschwendungssüchtig und unvernünftig, während die Lokalpresse diese Zuschreibungen mit ständigen Berichten über Prügeleien und Messerstechereien bediente. Die Arbeiterhaushalte seien zu rationeller Haushaltsführung, die Arbeitergattinnen zu ausgeglichener Hauswirtschaft nicht in der Lage, so ein gängiges Pauschalurteil.

Für die Arbeiterschaft selbst hatten Freizeit und Konsum jedoch eine ausgleichende Funktion. Damit ist nicht nur die regenerative und entspannende Wirkung gemeint, sondern auch eine Vermittlungsrolle zwischen altem und neuem Umfeld, vor allem für diejenigen, die über weite Wege ins Ruhrgebiet gekommen waren. Eine zentrale Rolle spielten Kirmessen und Jahrmärkte, die schon im Agrarzeitalter großen Zulauf hatten und nun auch die Industrialisierung begleiteten. Sie erlaubten ihren Besucher:innen, Traditionen zu pflegen und zugleich Neues zu entdecken, und das sogar weitgehend schichtübergreifend. Das ist zumindest unsere heutige Sicht auf die Dinge. Zeitgenoss:innen sahen das zum Teil ganz anders: „Die Kirmes ist die Brutstätte aller Laster, Vergehen und Verbrechen, die Verleitung zur Unzucht und Trunksucht, die Stätte, wo das Kind zum Diebstahl verleitet wird und das arme Dienstmädchen zu Falle kommt“, hieß es 1899 im *Kirchlichen Anzeiger für Dortmund*. Mit einer solchen Einschätzung stand das Blatt nicht allein. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte es immer wieder Kritik und Regulierungsversuche gegeben. Nachdem 1815 das Rheinland ans Königreich Preußen gefallen war, machten höhere Beamte, die nur selten mit der Freizeitkultur an Rhein und Ruhr vertraut waren, wiederholt auf den vermeintlich ausufernden „Müßiggang“ und die übertriebene „Schwelgerei“ aufmerksam, wie man sie auf Kirmessen der ihnen ohnehin suspekten katholischen Gemeinden pflegte. Ortseinwohner verbrachten „ganze Wochen mit Gelagen, Musik und Tanzen“, hieß es 1820 in einem Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten. Dieser „Unfug“ führe nur dazu, dass Arbeiter ihren Werkstellen fernblieben und die „Moralität“ der Region gefährdeten.⁸⁰

Positionen wie diese waren jedoch keineswegs Konsens in den preußischen Amtsstuben. Andere Beamte erkannten die integrative und Erholungsfunktion der Kirmessen an und setzten sich dafür ein, dass sie dem regierungsamtlichen Regulierungseifer nicht schutzlos ausgeliefert waren. Hintergrund solcher Auseinandersetzungen war die Sorge vor politischer Instabilität. Man sah durchaus den Erholungswert, die Bedeutung der Brauchtumpflege und die Notwendigkeit, gelegentlich aus dem Arbeitstrott auszubrechen. Ohne diesen Ausgleich, so die Befürchtung, versetze man einen Großteil der Bevölkerung in Aufruhr. Als sich Kirmesgegner in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts lautstark zu Wort meldeten, darunter Vertreter der Stadtverwaltungen, der evangelischen Kirche und der Führungsetagen einiger großer Konzerne, nahm diese Debatte im Ruhrgebiet erneut an Fahrt auf. Man befürchtete nicht nur einen allgemeinen Sittenverfall, sondern eine „Entweihung der Kirmes“.⁸¹ Duisburg schaffte nach langen Diskussionen 1886 die Kirmes sogar ganz ab. Zu weit ging dem damaligen Bürgermeister Carl Lehr das „liederliche“ Treiben. Es werde ein „Unfug verübt“, so Lehr, „dessen die Polizei kaum Herr werden konnte“.⁸²

Doch was war im Verlauf des 19. Jahrhunderts passiert, dass eine so traditionsreiche Veranstaltung auf einmal derart polarisierte?

„Gewaltige Menschenströme fluteten schon lange vor der Eröffnung zum Messplatze [...]. Am Hauptbahnhofe spieen die Züge förmlich ganze Menschenknäuel aus. Ein Menschengekrabbell, wie es am Burghthor war, sieht man selbst in Berlin oder Hamburg nie auf einer Stelle vereinigt. Darin steht Dortmund wohl einzigartig dar, wenn ihm auch sonst noch manches zur Großstadt fehlt. Das Gedränge auf dem Viehmarkt kann man sich denken. Wir hatten Scherzes halber zwei Herren, welche am Eingang des Platzes wohnen, gebeten, die heranströmende Menge einigermaßen zu schätzen. Sie sind beide zu dem Resultat gekommen, daß am 1. Festnachmittage 40 bis 50.000 Men-

80 Zit. nach Bastian Gillner: Kirmes, Sedantag, Maifeier. Feste und Geselligkeit in Duisburg 1815–1933, in: Duisburger Forschungen 51 (2016), S. 133–156, hier S. 136–138.

81 Zit. nach Lisa Kosok: Jahrmarkt und Vergnügungspark, in: dies./Mathilde Jamin (Hg.): Viel Vergnügen. Öffentliche Lustbarkeiten im Ruhrgebiet der Jahrhundertwende, Essen 1992, S. 130–173, hier S. 138.

82 Zit. nach Gillner, Kirmes, S. 139.

schen auf dem Platze waren oder doch versuchten, hinaufzukommen.“

So beschrieb der *Dortmunder General-Anzeiger* 1895 den Andrang zu einer Kirmesveranstaltung auf dem städtischen Viehmarktplatz.⁸³ Ob die beiden Herren, die der Anzeiger um Zählarbeit gebeten hatte, richtig lagen oder nicht: Fest steht, dass die Besucherzahlen schon Ende des 19. Jahrhunderts enorm waren und Kirmessen nicht nur Publikum aus der unmittelbaren Nachbarschaft anzogen.

Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts fanden im Ruhrgebiet pro Jahr etwa 100 Jahrmärkte statt. Sie dauerten meist mehrere Tage und dienten dazu, Waren und Vieh zu erwerben, die es im Alltag nicht zu kaufen gab – vor allem nicht in den zwar wachsenden, aber immer noch kleinen Hellwegstädten. Damit bedienten die Jahrmärkte die stetig zunehmende Nachfrage der noch stark bäuerlich geprägten Ruhrgebietsgesellschaft nach unterschiedlichen Konsumgütern. Neben Schlacht- und Nutzvieh waren das vor allem Fleisch- und Backwaren, Tabak und Alkohol, bis hin zu Bekleidung und Werkzeug. Die Termine solcher Jahrmärkte deckten sich häufig mit Festtagen des Kirchenkalenders wie zum Beispiel Kirchweihfesten, Ostern und Pfingsten. Das war kein Zufall. Die säkularen Jahrmarktbetreiber nutzten ganz gezielt die Chance, ihren Veranstaltungen mehr Bedeutung zuteilwerden zu lassen, indem sie sie mit kirchlichen Terminen zusammenlegten. So übertrug sich die teils mehrere Tage andauernde Feierstimmung auch auf das Konsumverhalten.⁸⁴

Hieran zeigt sich, wie stark kirchlich geprägt auch Freizeit und Konsum im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts waren. Der Begriff Kirmes entstand als mundartliche Abwandlung von ‚Kirchmesse‘, einem anderen Wort für ‚Kirchweihfest‘. Durch die Zusammenlegung von Jahrmärkten und Kirchweihfesten oder anderen kirchlichen Feiertagen etablierte sich schließlich die Bezeichnung „Kirmes“, die für beides stand, Konsum und Vergnü-

gen. Denn neben dem Marktangebot wurde die Landschaft an Schaubuden immer vielfältiger. Der Besuch von Gottesdiensten und Prozessionen verband sich mit anschließendem Tanz und Brautschau, Verköstigungen, Alkoholkonsum und Glücksspiel. Neben Varietés und Konzerten, die lokale Wirte organisierten, waren Schausteller und -buden, Artisten und Tiere für die meisten Besucher:innen der Hauptanziehungspunkt einer jeden Kirmes. Polizeiverordnungen regelten zwar streng, wie und wie oft sogenannte Tanzlustbarkeiten und andere Angebote ablaufen durften. Das machte sie jedoch noch interessanter. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zählten Artisten, dressierte Tiere und Schausteller zum festen Programm, genauso wie verschiedene, teils bizarre Wettspiele, die die lange Tradition von Jahrmärkten deutlich machen. Dazu zählte etwa das „Hahneköppen“, bei dem es darum ging, einem in der Regel vorher getöteten Hahn, der Kopf über in einem Korb lag, den abwärts baumelnden Kopf abzuschlagen.

Bis zum Ende des Jahrhunderts bekam die Kirmes immer mehr Zulauf, büßte aber auch den Charakter des Besonderen ein. So war es zum Beispiel Essenern und Duisburgern um 1900 in den Frühlings- und Sommermonaten an fast jedem Wochenende möglich, eine Kirmes zu besuchen, sofern sie die neuen Verkehrsmittel nutzen konnten. In ihrer Umgebung hatten sich zahlreiche Kirmessen etabliert, die in abgestimmten Rhythmen ihre Tore öffneten. Größere Standorte versuchten dem Überdruß mit immer spektakuläreren Fahrgeschäften zu begegnen, darunter Riesenräder, Karussells und andere „fliegende Bauten“, wie man solche Attraktionen um 1900 nannte.⁸⁵ Zur Düsseldorfer Kirmes kamen 1905 rund eine Million Menschen, wie der *Düsseldorfer Generalanzeiger* schätzte. In etwa 100 Zelten und einem riesigen Außenbereich wartete ein kaum noch zu überschauendes Angebot auf die Gäste.⁸⁶ Besonders beliebt bei männlichen Besuchern waren Tingel-Tangel-Theater, in denen Schausteller- und Singspielgruppen mit Tanz-, Gesangs-, Zauber- und Kabaretteinlagen unterhielten.

⁸³ Dortmund General-Anzeiger, 16.4.1895, zit. nach Annette Krus-Bonazza: „Gewaltige Volksmassen zogen gestern zum Viehmarkt ...“ Die Dortmunder Ostermesse und Herbstkirmes, in: Gisela Framke (Hg.): 8 Stunden sind kein Tag. Freizeit und Vergnügen in Dortmund 1870 bis 1939, Heidelberg 1993, S. 113–125, Zit. S. 113.

⁸⁴ Kosok, Jahrmarkt, S. 130 f.

⁸⁵ Kosok, Jahrmarkt, S. 135 f.

⁸⁶ Lynn Abrams: Zur Entwicklung einer kommerziellen Arbeiterkultur im Ruhrgebiet (1850–1914), in: Kift, Kirmes, S. 33–59, hier S. 37.

Variété- und Singspiel-
Truppe „Concordia“. Direktion:
Willy Hegener. Ständige Adresse:
Bochum in Westfalen, Kronprin-
zenstrasse 18 (Postkarte).
Stadtarchiv Bochum.



Mit massenhaft aufgelegten Postkarten, auf denen sich die Tanzdamen aufreizend präsentierten, warben die einzelnen Gruppen für sich. Hinzu kamen Panoptiken, Wachsfigurenkabinette und Schaubuden, hinter deren Vorhängen auch allerlei Erotik geboten wurde. Kommerziell geprägt war die Kirmes allerdings schon zur Mitte des Jahrhunderts. Dafür sorgten nicht nur die vielen Unterhaltungsangebote. Auch die fahrenden Händler, Handwerker und andere Gewerbetreibenden, die Besucher:innen ihre Dienste anboten und zu ernsthaften Konkurrenten lokaler Niederlassungen wurden, gaben der Kirmes einen zunehmend kommerziellen Anstrich. Der kirchlich-traditionelle Hintergrund verblasste, auch wenn er nie ganz verloren ging, während sich die Kirmes im Ruhrgebiet zu dem Symbol einer urbanen Unterhaltungs- und Vergnügungskultur schlechthin entwickelte.

Zur Cranger Kirmes, die schon um 1900 eines der größten Volksfeste im Ruhrgebiet war, hieß es 1911 in diesem Sinne:

„Das rechte Kirmesleben begann eigentlich erst am Nachmittag. Da kamen die Vergnügungssüchtigen. Aus Herne, Bochum, Gelsenkirchen, Recklinghausen usw. kamen sie im Kutschwagen, Kremsern [Mietkutsche], mit der Elektrischen usw. in hellen Scharen,

um sich zu vergnügen und eine rechte Volksbelustigung mitzumachen. Unheimlich wurde an manchen Stellen und zu mancher Zeit das Gedränge. Über 40 Schau- und Verkaufsbuden hatten Aufstellung gefunden. Drei Dampfkarussells, vier Bodenkarussells, drei Schiffsschaukeln, ein Zirkus, ein Kasperle-Theater, ein Zauberschloss und viele andere Buden sorgten für die Unterhaltung der Besucher, denen die Hitze nicht genierte, sondern die das Kirmesleben in vollen Zügen genossen. In den dem Kirmesplatz benachbart liegenden Wirtschaften konnte man selten Platz finden. Die Wärme erzeugte anhaltenden Durst, und diesen konnte man dort an der Quelle löschen. Überall war Freikonzert oder Tanz veranstaltet. Zweifellos können die dortigen Wirte mit dem Geschäft zufrieden sein. Leider muss auch in diesem Jahr wieder eine Reihe von Diebstählen und von Schlägereien verzeichnet werden.“⁸⁷

Zum Vergnügungsangebot der Kirmessen gehörten ferner Ausstellungen von Menschen als lebende Exponate. In erster Linie waren dies Angehörige verschiedener Ethnien, die Schaubudenbetreiber zu kommerziellen Zwecken als „Fremde“ zur Schau stellten. Durch Inszenierungen, die immer wieder dem gleichen Muster

87 Wanner Zeitung, 12.8.1911, zit. nach „Hier kam der kleine Mann mehr zur Geltung“. Zeitungsbericht zur Cranger Kirmes, in: Klaus Tenfelde/Thomas Urban (Hg.): Das Ruhrgebiet. Ein historisches Lesebuch, Bd. 1, Essen 2010, S. 440 f., Zit. S. 441.

Nicolai Hanning

Tab. 2: Querschnitt zum Vergnügungsangebot auf der Cranger Kirmes um 1900. Tabelle übernommen aus Annette Krus-Bonazza: Auf Cranger Kirmes. Vom Pferdemarkt zum Oktoberfest des Westens, Münster 1992, S. 75.

VERKAUFSBUDEN	SCHAUSTELLUNGEN	FAHRGESCHÄFTE	SPIEL- UND GESCHICK- LICHKEITSGESCHÄFTE	BELUSTIGUNGS- GESCHÄFTE
Kranmarkt billiger Jakob Haushaltswaren Schmuck Spielsachen Süßigkeiten (v.a. Lebkuchen) Fisch Würstchen	Panoptikum Circus Völkerschau Tierschau Kleintheater Kasperletheater Bänkelsänger Drehorgel- und Ziehharmonikaspieler	Bodenkarussell Pferde- und Dampfkarussell Schiffschaukeln russische Schaukel	Buden mit Glücksrädern Krafthammerwerke Schießbuden	Lachkabinett Zauberschloss

folgten, bedienten sie Stereotypen über die präsentierten Gruppen und aktualisierten Klischees, die in weiten Teilen Europas bereits seit vielen Jahren verankert waren. Das Zeitalter des Imperialismus und Kolonialismus war auch auf den Kirmessen des Ruhrgebiets deutlich zu spüren. 1897 berichtete der *Dortmunder General-Anzeiger* über eine der sogenannten Wildenbuden der Ostermesse. Der Journalist des Blatts, der die Vorstellungen offensichtlich selbst besucht hatte, schilderte in seiner Reportage im Grunde alle damals üblichen Aspekte solch rassistischer Zurschaustellungen, die als Völkerschauen im Kleinformate zahlreiche Besucher anzogen. Auf der anderen Seite wird aber auch ein gewisser Überdruß deutlich, der darauf verweist, wie weit verbreitet und bekannt dieses Format bereits am Ende des 19. Jahrhunderts war. Auch den Inszenierungscharakter versuchte der Reporter zu entlarven, ohne allerdings den implizierten Rassismus und Kolonialismus infrage zu stellen:

„Ich trat ein und sah zwei Kongoneger, die mindestens schon 25 Semester auf den deutschen Jahrmärkten zugebracht haben. Die Gesellen führten einige Tänze auf, vertilgten eine Feuerspeise und zum Schluß bissen sie einem unschuldigen Kaninchen den Kopf ab. Dieses Vergnügen forderte außer dem Eintrittspreis nicht ein Trinkgeld extra. Das tollste bei der Geschichte sah ich gestern. Während sonst einer der Ausrufer die afrikanischen Häuptlinge vorführt und sich zu diesem Zweck bis an die Zähne bewaffnet, hatte man diesmal den Wildesten der Wilden vor

die Bude gestellt, ihm ein Bärenfell umgehängt und einen Tropenhut aufgestülpt. Dieser wurde als Dolmetscher vorgestellt, der seine Landsleute vorführen und sie im Zaume halten würde. Das Manöver war natürlich nur inszeniert, um die Aufmerksamkeit auf die Bude zu lenken, was auch gelang. Im Nu war das Theater ausverkauft und schmunzelnd begab sich der schwarze Reklameheld in das Innere, um unter veränderter Maske den ‚Wilden‘ zu spielen. So wird’s gemacht.“⁸⁸

Der Blick auf die Kirmes, ihre Angebote und auf das Verhalten ihrer Besucher:innen verrät uns heute allerdings noch mehr. Wir erkennen nicht nur einen deutlichen Säkularisierungs- und zeittypischen Kommerzialisierungsprozess. Die Kirmes und ihr Besuch waren immer auch ein Ausdruck klassenspezifischer Interessen. Hier, in ihrer Freizeit, artikulierten sich die Arbeiterschaft, stellte ihren Wertehorizont zur Schau und entwickelte ein Klassenbewusstsein, das prägend war für die Entstehung der „stärksten Arbeiterbewegung in Europa“, argumentiert die Historikerin Lynn Abrams.⁸⁹ Von der Hand zu weisen ist diese These sicherlich nicht. Sie übersieht nur etwas den Einfluss des Kommerzes. Besucher:innen einer klassischen Ruhrgebietskirmes bekamen ein Unterhaltungsangebot, das sich bei aller Breite doch in vorgegebenen Bahnen bewegte. Das heißt, Verhaltensnormen und Praktiken, die Besucher:innen an den Tag legten, waren durch das Angebot vorgeprägt, das freilich auf die Interessen der Kund:innen einging. Auf der anderen Seite hatten Kirmesbetreiber und ansässige

⁸⁸ Dortmundener General-Anzeiger, 24.4.1897, zit. nach Krus-Bonazza, Volksmassen, S. 114.

⁸⁹ Abrams, Entwicklung, S. 35.

Wirte, die einen Großteil der Tanzveranstaltungen organisierten, auch ganz eigene Vorstellungen davon, wie ein Vergnügungsangebot auszusehen habe – ein Angebot nämlich mit hohen Margen und guten Gewinnaussichten, das zugleich der immer strengeren Aufsicht und Reglementierung durch den Gesetzgeber standhalten konnte.⁹⁰

Vereinswesen

Neben den Kirmessen hatten sich viele verschiedene Vereine gegründet, die vor allem dazu dienten, Feste zu feiern. So sah man es zumindest in Regierungskreisen Ende des 19. Jahrhunderts. Unter „Vorwänden“ veranstalteten Arbeiter dort „Vergnügungen aller Art“. Auch den Kriegervereinen unterstellte man, „neben der berechtigten Feier an patriotischen Fest- und Gedenktagen allerlei andere Feste“ zu feiern. Verboten ließen sich die vermeintlich anstößigen Festivitäten jedoch nur schwer, da sie in geschlossenen Vereinen organisiert waren und keine öffentlichen Veranstaltungen waren. Lediglich über Polizeiverordnungen, die zum Beispiel Sperrstunden definierten, konnte man unliebsame Feiern einschränken, was sich aber auch nicht überall durchsetzen ließ. Zudem warnte beispielsweise das Oberpräsidium der Rheinprovinz davor, durch allzu resolute Durchgreifen die Arbeiter in die Hände der Gewerkschaftsbewegung zu treiben und am Ende noch mehr Vereinsgründungen anzustoßen. Die meisten Vereine, darunter neben Gesangs-, Turn- und Sportvereinen auch zahlreiche Kegel- und Lotterievereine, Ziegenzucht- und Schweineversicherungsvereine, waren aber ohnehin eher kurzlebig. Sie zeichneten sich durch eine „lockere Organisationsstruktur“, „einfache Beitrittsmöglichkeiten“ und einen „geringen Verpflichtungsgrad“ aus, was vor allem den „Bedürfnissen einer mobilen Arbeiterschaft“ entgegenkam, die darauf aus war, möglichst ungezwungen unter sich zu sein.⁹¹ Darüber hinaus waren

sie stark lokal geprägt, d.h., ihre Mitglieder rekrutierten sich häufig aus einem einzigen Viertel, manchmal sogar nur einer Straße. Dieser Lokalbezug ließ sich bereits an den Namen vieler Vereine im Ruhrgebiet ablesen, denen zumeist ein Stadtteilname angehängt war. Ihre Vereinsfarben entsprachen denen ihrer Stadt, und ihre Umzüge, auf denen sich die Vereine präsentierten und zugleich die Einheit der Stadtteilgesellschaft repräsentierten, führten in der Regel durch die Straßen ihres Viertels.⁹²

Analytisch lässt sich ein Verein, wie er sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts entwickelte, als ein „Typus sozialer Organisation verstehen, ein Zusammenschluss von – damals fast ausschließlich männlichen – Individuen, der durch Freiwilligkeit des Beitritts, der Zugehörigkeit und des Austritts, durch die formale Gleichheit der Mitglieder sowie durch die eigenständige Setzung spezifischer Zwecke definiert wird, zu deren gemeinsamer Verfolgung die Einrichtung (z.B. Satzung) und Tätigkeiten (z.B. regelmäßige Treffen) des Vereins dienen. Die Zwecke konnten unterschiedlich sein und wurden im Verlauf des 19. Jahrhunderts immer vielfältiger. Doch immer gehörte Geselligkeit dazu“, definiert der Historiker Jürgen Kocka.⁹³ Vereine waren Orte gemeinschaftlich organisierter Freizeit, die man in ihnen freiwillig und außerhalb der Arbeitszeit gestaltete. Das bedeutete jedoch nicht, dass es keine Überschneidungen zwischen Arbeitsumfeld und Vereinskultur gab, ganz im Gegenteil waren beide Bereiche eng miteinander verbunden. Ebenso nutzten viele Mitglieder ihre Freizeit in den Vereinen, um berufliche Kontakte zu knüpfen oder Kund:innen für ihre eigenen Unternehmen zu akquirieren, während für andere allein das persönliche Vergnügen zählte. Ursprünglich waren Vereine eine bürgerlich-soziale Form der Selbstorganisation, die Arbeiter adaptierten – verstärkt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.⁹⁴ Seit etwa 1850 erlebte das Vereinswesen, insbesondere die Kulturvereine, einen gigantischen

⁹⁰ Vgl. Elaine Glovka Spencer: Policing Popular Amusements in German Cities. The Case of the Prussian Rhine Province 1815–1914, in: *Journal of Urban History* 16 (1990), S. 366–385.

⁹¹ Brüggemeier, *Leben*, S. 150 f.

⁹² Klaus Nathaus: Vereinsgeselligkeit und soziale Integration von Arbeitern in Deutschland, 1860–1914. Mit einem vergleichenden Blick auf den britischen Fall, in: *Geschichte und Gesellschaft* 36 (2010), S. 37–65, hier S. 45.

⁹³ Kocka, *Arbeiterleben*, S. 370. Vgl. dazu auch Klaus Nathaus: *Organisierte Geselligkeit. Deutsche und britische Vereine im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 2009, S. 14–17.

⁹⁴ Klaus Tenfelde: *Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland (1850–1873)*, in: Otto Dann (Hg.): *Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland*, München 1984, S. 55–114.

Aufschwung, der „entscheidende Weichen im Prozeß der Vergesellschaftung stellte“. Die „im 18. Jahrhundert noch spezifisch bürgerliche Organisationsform zur Pflege der Geselligkeit mit kulturell elitären Ansprüchen“ verwandelte sich „hundert Jahre später in ein sozial relativ transparentes Massenmedium mit traditionellen, jedoch auch völlig neuen Themen zur Gestaltung der freien Zeit“.⁹⁵ Vor allem die Krieger- und Schützen-, Turn- und Gesangsvereine zählten zu den wenigen Orten, an denen beide Schichten gelegentlich miteinander in Kontakt kamen, da sie Mitglieder sowohl aus der Arbeiterschaft als auch aus dem Bürgertum ansprachen.⁹⁶ Der Männerchor Sanssouci, 1860 in Essen gegründet, ging beispielsweise auf die Initiative eines Wirts, eines Schreiners sowie eines promovierten Kaufmanns zurück. Und schon wenige Jahre nach seiner Gründung zählten mehrere Handwerker, Fabrikarbeiter und Tagelöhner zu seinen Mitgliedern.⁹⁷

Im Vormärz waren zunächst Gesangs- und Turnvereine entstanden, die Handwerksgesellen anzogen. Kriegervereine gründeten sich im Kontext der Befreiungskriege 1813/15 und dann in einer weiteren Welle im Verlauf der 1860er und 1870er Jahre. In dieser Zeitspanne stieg die Zahl der Kriegervereine zum Beispiel im Landkreis Essen von drei auf 33.⁹⁸ In diesen Vereinen traf man sich, um Erinnerungen zu pflegen, Brauchtümer zu wahren und Fürsorge zu leisten. Zugleich bedienten die Kriegervereine den „Militarismus der kleinen Leute“, indem sie Arbeitern, Bauern und Kleinbürgern eine gesellige Anlaufstelle boten, um Kriegserfahrungen zu teilen.⁹⁹ Schützenvereine hatten eine weitaus ältere Tradition und verstanden sich lange Zeit als Nachfahren mittelalterlicher Wehrverbände des Stadtbürgertums.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wurden sie jedoch immer schichtübergreifender und entwickelten sich zu geselligen Vereinen, in denen die Politik in den Hintergrund trat.¹⁰⁰ Dem Zulauf war dieser Trend jedoch nicht abträglich, im Gegenteil: Allein in Essen waren in den 1880er Jahren knapp 70 Gesangs- und etwa ein Dutzend Schützenvereine beheimatet. Auch die namensgebende Aktivität, also zum Beispiel das Schießen, trat hinter der gelebten Verbundenheit in den Hintergrund. Gleiches galt für das Singen und Turnen, dem sich die Mitglieder im Vereinsalltag und während ihrer Festivitäten eher sporadisch widmeten. „Festreden, Fahnenweihe, Umzüge, Jubilarehrungen und Gottesdienste nahmen den größten Teil der Zeit in Anspruch.“¹⁰¹

Lange Zeit führte man den Erfolg schichtenübergreifender Vereine auf den dort gelebten Nationalismus zurück, der offenbar die Fähigkeit hatte, ganz unterschiedliche Lager anzusprechen. Neuere Forschungen bestätigen dies zwar, weisen jedoch darauf hin, dass Weltanschauungen sicher die vielen Vereinsgründungen, aber nicht die teils langjährige Existenz der Vereine erklären können.¹⁰² Als der Essener Kriegerverein Meisenburg wenige Jahre nach seiner Gründung 1881 ein Fest zum Kaisergeburtstag beging, waren nur wenige Mitglieder zugegen, weshalb das „Hoch“ zu Ehren Wilhelms I. eher begeisterungslos blieb und man weitere Huldigungen des Heers erst gar nicht beging, wie es in einem späteren Bericht hieß.¹⁰³ Wichtiger für die Anziehungskraft der schichtübergreifenden Vereine war *erstens* die Tatsache, dass die Kommunen es den Arbeitern bis Ende des 19. Jahrhunderts nicht gerade leicht machten, eigene Vereine zu gründen. Die Städte arbeiteten mit strengen Genehmigungspflichten, Polizeiüberwa-

95 Ursula Krey: Vom Kulturverein zur Vereinskultur. Organisierte Geselligkeit als populäre Freizeitgestaltung nach 1850, in: Kift, Kirmes, S. 169–195, hier S. 169.

96 Elisabeth Kosok: Arbeiterfreizeit und Vereinswesen, in: Ulrich Zumdick (Hg.): Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet. Die Belegschaft der Phoenix-Hütte in Duisburg-Laar 1853–1914, Stuttgart 1990, S. 357–478, hier S. 423 f.

97 Nathaus, Vereinsgeselligkeit, S. 44.

98 Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 351.

99 Thomas Rohkrämer: Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, München 1990.

100 Vgl. Dietmar Klenke: Zwischen nationalkriegerischem Gemeinschaftsideal und bürgerlich-ziviler Modernität. Zum Vereinsnationalismus der Sänger, Schützen und Turner im Deutschen Kaiserreich, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 45 (1994), S. 207–223.

101 Nathaus, Vereinsgeselligkeit, S. 46.

102 Das Folgende nach Nathaus, Vereinsgeselligkeit, S. 47–50.

103 Zit. nach Nathaus, Vereinsgeselligkeit, S. 47.

Bauernkapelle des Pandoniumklubs Heideröschchen, Grumme (um 1900).
Stadtarchiv Bochum.



chung und anderen Repressionen, was sich nicht zuletzt am Beispiel der im Vergleich zu England späten Blütephase der deutschen Konsumvereinsbewegung in den 1890er Jahren zeigte. Arbeiter zog es daher verstärkt in bürgerlich geführte Vereine, da sie dort weniger Gängen ausgesetzt waren.

Zweitens konnten Arbeiter in schichtübergreifenden Vereinen in ihrer Freizeit Zerstreuung und Geselligkeit erfahren und zugleich praktische Hilfe erhalten, etwa durch Kontakte für die Wohnungssuche oder Kreditvergabe, aber auch durch die Teilhabe an Kranken- und Hinterbliebenenkassen, die einige Kriegervereine betrieben. Lokale Gewerbetreibende wie Bäcker oder Schuster nutzten die Vereine wiederum, um ihre Stammkundschaft zu festigen. Kneipiers und andere Kleinunternehmer unterstützten sogar häufig Vereinsgründungen mit Zuschüssen, um sich lokale Märkte zu erschließen. Vor allem die Wirte des Reviers profitierten von Vereinen, weil diese immer häufiger auf Wettbewerbe setzten und dazu andere Vereine mit ihren Mitgliedern trafen und sich im Singen, Tanzen oder Turnen maßen. Diese Veranstaltungen füllten regelmäßig und zuverlässig die Kassen hinter den Tresen. Besser betuchte Unternehmer, leitende Beamte und Kommunalpolitiker übernahmen wiederum die Rolle von „Protektoren“ und „Ehrenmitgliedern“, die die Vereine mit Zahlungen bzw. ihrem Ein-

fluss unterstützten und sich im Gegenzug eine gewisse Kontrolle über die Vorgänge innerhalb der städtischen Gesellschaft versprachen.

Drittens erlaubte es der Vereinsalltag, sich in Gruppen zu separieren, einmal durch den Mitgliederstatus, der aktiv oder passiv sein konnte, aber auch durch Trennung der Vereinsaktivitäten. Diese Praxis weist wiederum darauf hin, dass unterschiedliche Schichten zwar unter dem Dach eines Vereins zusammenkommen konnten, sich dann aber wieder in bekannter Hierarchie nach der sozialen Herkunft aufteilten. Vertreter des gehobenen Bürgertums zielten in Gesangsvereinen zum Beispiel eher auf eine Professionalisierung und kritisierten die „Musikalischen Kränzchen“, die man auf kleinbürgerlicher und Arbeiterseite bevorzugte. Diese registrierten zwar durchaus die Abschätzigkeit, die man ihnen entgegenbrachte, wenngleich sich anhand von Darbietungen erkennen lässt, dass sich Arbeiter an bürgerlichen Verhaltensweisen orientierten und ihnen die Reaktionen von Seiten des Bürgertums etwas bedeuteten.¹⁰⁴ „Der schichtenübergreifende Verein mochte also Arbeitern einen Zugang zur Stadtteilgesellschaft eröffnet haben, Freiräume für schichtenübergreifende Geselligkeit, für den sozialen Austausch zwischen zeitweilig Gleichgestellten bot er nicht. Ganz im Gegenteil bildete er die in seiner lokalen Umwelt bestehende Hierarchie im

¹⁰⁴ Krey, Kulturverein, S. 180.

Nicolai Hanning

Kleinen ab und stärkte sie dadurch.¹⁰⁵ Wirklich sozial-integrativ wirkten selbst die größeren schichtenübergreifenden Gesangsvereine nicht.¹⁰⁶

In vielen Vereinen des Ruhrgebiets vermischten sich Freizeit und Unterhaltung auf recht eigentümliche Weise mit Politik, Landschaftspflege, Naturerfahrung und pragmatisch-ökonomischen Aspekten.¹⁰⁷ Bestes Beispiel dafür sind Bienenvereine, die nach der Revolution von 1848/49 zunächst im märkischen Raum entstanden und dort neben Lehrern und Handwerkern auch viele Arbeiter anzogen.¹⁰⁸ Anfang der 1850er Jahre schlossen sich einzelne Bienenzüchter in Dortmund, Unna, Hamm und Limburg zum „Westphälisch-Rheinischen Verein für Bienenzucht und Seidenbau“ mit etwa 30 Filialvereinen zusammen. Zeitungen hatten breit über Erfolge eines schlesischen Pfarrers in der Bienenzucht berichtet, der angeblich durch spezielle Verfahren seine Honig- und Wachserträge hatte steigern können. Zugleich verstand es dieser Geistliche, seine neuen Methoden kommerziell zu vermarkten, indem er landesweit seine selbstgebauten Bienenbehausungen verkaufte und dies zudem als Gewinn für die Landschaft darstellte. Schließlich habe der Anbau von Runkelrüben, die als Ersatz für Honig dienten, der Landwirtschaft wertvolle Nutzflächen entzogen. Ihm gelang es, die Bienenzucht als „populäre Freizeitbeschäftigung“ zu etablieren, die zugleich einen lukrativen Nebenerwerb versprach, der Landschaftspflege diene und dem Menschen neue Lebensenergie verlieh. So schrieb der *Westfälische Anzeiger* für Hamm 1852: „Wie die Biene durch ihr freudiges Gsumme die Natur belebt, so erheitert ihre Pflege die Lebenslage des Menschen. Wo es Bienen gibt, sagt mit Recht der um die Obstbaumzucht und den Ackerbau so verdiente Joh. Fürst, da lebt man noch einmal so lustig!“

Doch dabei blieb es nicht. Nach den Revolutionsjahren boten die sich nun gründenden Bienenvereine auch eine willkommene Gelegenheit, politische Ambitionen in unverdächtigter Umgebung zu verfolgen. Der 1849 in Westernkotten gegründete Verein für Bienenzucht und

Seidenbau beispielsweise firmierte zeitgenössisch als „neuer demokratischer Club“. Darüber hinaus betonten die Mitglieder, dass sie „politische Kardinaltugenden“ pflegten und großen Wert auf den „Gleichheitsgrundsatz auch vor der Natur“ legten: „Die Erfahrungen lehren“, hieß es im *Patrioten* von 1849,

„daß bei richtiger Behandlung die Bienen ihrem Eigentümer einen jährlichen Gewinn von 50–100 Procent bringen und daß mancher arme Tagelöhner dadurch in den Stand versetzt wird, nicht allein seine Pächte zu decken, sondern auch zum eigenen Unterhalt Honig einzuschlagen. Die Flur ist groß und die Biene sammelt auf den Milliarden von Blättern, Blüthen und Blumen eben so eifrig für den armen Tagelöhner, als den reichen Grundbesitzer und macht, dem Einen, wie dem Andern, Wiese, Wald und Acker in gleichem Maaße zinsbar.“

Dahinter verbargen sich gewiss fürsorgliche Ambitionen, aber auch Strategien, neuerliche Proteste zu vermeiden, „um jene Quellen des Aufruhrs und der Revolutionen stopfen zu helfen“, wie es in einer späteren Ausgabe des *Patrioten* hieß. Mit öffentlichen Vorträgen und Experimenten gingen die Vereine regelrecht auf Mitgliederfang und sprachen auch Arbeiter an, die doch ökonomischen Nutzen mit unterhaltsamer Freizeitaktivität verknüpfen könnten.

Als dann noch die preußische Königin 1853 die Bienenzucht adelte, indem sie ein Protektorat für die Vereine übernahm, schien es, als habe sich ein für alle gewinnbringendes Projekt fest im Leben verschiedener Gesellschaftsschichten etabliert. Die Kommunen zeigten sich hochofrend, da sie hofften, dass der Bienenboom nun auch die Armenkassen entlasten könnte. Bürgerliche Reformer freuten sich über ein subtiles Instrument der Menschenführung, da sich die Bienenzucht ganz vortrefflich dazu eignete, Tugenden wie „Fleiß, Ausdauer, Geduld, Sparsamkeit, Genügsamkeit und eine ordent-

¹⁰⁵ Nathaus, Vereinsgeselligkeit, S. 50.

¹⁰⁶ Vgl. Christiane Eisenberg: Arbeiter, Bürger und der „bürgerliche Verein“ 1820–1870. Deutschland und England im Vergleich, in: Jürgen Kocka (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 3: Verbürgerlichung, Recht und Politik, Göttingen 1995, S. 48–80.

¹⁰⁷ Klaus Tenfelde: Vereinskultur im Ruhrgebiet. Aspekte klassenspezifischer Sozialisation, in: Ludger Heid/Julius H. Schoeps (Hg.): Arbeit und Alltag im Revier. Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im westlichen Ruhrgebiet im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Duisburg 1985, S. 22–33.

¹⁰⁸ Das Folgende nach Krey, Kulturverein, S. 173–177.

liche Lebensführung“ zu schulen. Doch so hoch gesteckt die Erwartungen waren, so schnell landeten die Vereinsmitglieder auf dem Boden der Tatsachen. Nach einiger Zeit mussten gerade die unteren Schichten erkennen, dass sie viel zu lange auf nennenswerte Erträge warten mussten und es ohne kleinere Investitionen eigentlich nicht vorangehen konnte. Gut erkennen lassen sich am Beispiel dieser Bienenvereine jedoch die Motive, die hinter den Gründungen und Mitgliedschaften steckten. Neben sozialen Belangen, der Suche nach ungezwungener Freizeit, Zerstreuung und Geselligkeit, standen politische Beweggründe und „volkskulturelle Momente“.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wirkte das Modell der stark lokal verhafteten Vereine mit strenger Traditionsorientierung und Heimatverbundenheit für viele nicht mehr zeitgemäß. Die Urbanisierung gepaart mit stetig zunehmender Mobilität der Arbeiter ließ die alten Vereine weniger attraktiv erscheinen. Die Suche nach Geselligkeit blieb allerdings verbreitet. Die Ortsgruppen der Arbeiterkulturvereine waren eine erste Anlaufstelle, nur war die dort gelebte Politisierung von Singen und Turnen nicht jedermanns Sache, vor allem nicht im Ruhrgebiet, „wo die Arbeiterkulturbewegung nur schwer Fuß fasste“. So waren allein in Essen um die Jahrhundertwende rund 175 Turn- und Sportvereine angesiedelt, während der dortige Arbeiterturnerbund „lediglich einige hundert Mitglieder zählte“. Die meisten Arbeiter wichen auf bürgerlich geführte Vereine aus, da diese weniger Restriktionen seitens der Kommunen unterworfen waren und teilweise sogar während der Polizeistunden ihre geschlossenen Vereinsfeiern abhalten konnten. Zudem luden Städte regelmäßig hiesige Turn- und Gesangsvereine ein, Abende zur Volksunterhaltung zu gestalten – allerdings nicht aus Nächstenliebe, sondern getrieben von der Motivation, Arbeiter nicht in die Hände der Sozialdemokratie fallen zu lassen.¹⁰⁹

So entstand ein gewisser Druck auf die traditionellen Vereine, sich den gewandelten Bedürfnissen anzupassen. Sie reagierten, indem sie verstärkt auf Un-

terhaltungsangebote setzten. Das zeigte sich auch in den Selbstbeschreibungen vieler Vereine, die nun weniger Wert auf ihre „stolze Geschichte“, ihre „treuen Mitglieder“ oder die „enge Verbundenheit mit der Heimat“ legten und stattdessen wieder die eigentlich namensgebenden Vereinsaktivitäten wie das Singen, Schießen oder Turnen in den Vordergrund rückten. „Der Lokalverein entwickelte sich in Richtung Freizeitverein“ und wurde zum Vermittler der Populärkultur.¹¹⁰ Die ältere Forschung ging vor diesem Hintergrund davon aus, dass es Arbeitern infolgedessen gelang, eine „vielseitige und lebendige Populärkultur nach ihren Bedürfnissen“ zu gestalten.¹¹¹ Neuere Studien schränken diesen Befund ein und verweisen darauf, dass ein Großteil der Vereine weiterhin von lokalen Eliten und deren Ressourcen abhängig war. „Diese Abhängigkeit sorgte dafür, dass der Verein ein Herrschaftsmittel in der Hand seiner bürgerlichen Förderer blieb.“¹¹² Gleichwohl ist festzustellen, dass die Unterhaltungsorientierung mit einem Gründungsboom von Vereinen einherging, die nahezu das gesamte Spektrum an Freizeitaktivitäten der Jahrhundertwende abdeckten und in eine organisierte Form brachten, von Tierzucht über das Schachspiel bis hin zum Pfeiferauchen. Viele Vereine entstanden dabei als Ausgründungen bereits bestehender Traditionsvereine, die jedoch vor allem zugereiste Arbeiter als langweilig empfanden. Neue Gesangsvereine entstanden aus Unterabteilungen von Kriegervereinen und Fußballvereine gingen aus Turnvereinen hervor.¹¹³

Fußballvereine blieben wie der Fußball an sich noch bis in die Nachkriegsjahre in bürgerlicher Hand – anders als in Großbritannien, wo der Fußballsport bereits zur Jahrhundertwende an Wochenenden zahlreiche Arbeiter in seinen Bann zog und sich zu einer der populärsten Freizeitbeschäftigungen entwickelte. Ohnehin kam die Arbeitersportbewegung im Vergleich zu anderen Regionen erst verspätet im Ruhrgebiet an. Das lag zum einen daran, dass die gesamte Arbeiterbewegung das Ruhrgebiet erst vergleichsweise spät erschloss, zum anderen machte es der starke kirchliche Einfluss in der konfessionell gespaltenen Region säkularen, rein

109 Nathaus, Vereinsgeselligkeit, S. 53 f.

110 Ebd., S. 54.

111 Kift, Arbeiterkulturforschung, S. 32.

112 Nathaus, Vereinsgeselligkeit, S. 63.

113 Siegfried Gehrman: Fußball, Vereine, Politik. Zur Sportgeschichte des Reviers 1900–1940, Essen 1988, S. 83 f.

Tab. 3: Vereinsgründungen in Essen (heutiges Stadtgebiet) zwischen 1900 und 1914 soweit ermittelbar (alle Zahlen nach Nathaus, *Geselligkeit*, S. 124).

Sport- und Turnvereine	175
Männergesangsvereine	122
Taubenzüchtervereine	mind. 80
Kaninchenzuchtvereine	29
Stenographenvereine	25
Theatervereine	17
Kanarienzüchtervereine	9
Karnevalsvereine	9
Zithervereine	6
Hundezüchtervereine	4
Spielleutevereine	3
Philatelistenvereine	3
Aquarienvereine	2 (allein in Essen-West)
Pfeifenrauchvereine	1

freizeitorientierten Sportvereinen lange Zeit schwer, Mitglieder zu rekrutieren. Schließlich sorgte auch das enge fürsorgliche Abhängigkeitsverhältnis zwischen Arbeitern und Revierindustrie dafür, dass der gewerkschaftlich organisierte Arbeitersport lange Zeit nicht Fuß fassen konnte.¹¹⁴ Der deutsche Fußballbund, zu dem 1905 433 Vereine gehörten, kam allerdings bereits auf 24.000 Mitglieder, während der 1904 als Westfalia Schalke gegründete Fußballclub Gelsenkirchen-Schalke 04 kaum mehr als 20 Mitglieder gehabt haben dürfte. Dennoch hatten der Arbeitersport und generell die Arbeitersportbewegung ihren Ursprung, zumindest in organisatorischer Hinsicht, im ausgehenden 19. Jahrhundert und der Zeit der auslaufenden Sozialistengesetze. Ihre Wurzeln gingen auf die Turnvereine zurück, die noch vor den Revolutionsjahren von 1848/49 entstanden waren und sich für ein geeintes Deutschland eingesetzt hatten. Die „Turngemeinde Dortmund“ zum Beispiel, gegründet im Sommer 1848, rief ihre Mitglieder dazu auf, „in geselliger Weise den Körper und Geist zu kräftigen und auszubilden“. Dahinter verbargen sich jedoch eher radikaldemokratische Ansichten, die dem ersten organi-

sierten Dortmunder Turnverein 1851 sogleich ein Verbot einbrachten.¹¹⁵

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden auch innerhalb der Arbeiterbildungsvereine Turnabteilungen, die jedoch von Beginn an Zielscheibe polizeilicher Regulierung, politischer Verbote und moralischer Diskreditierung waren. Gleichwohl gründete sich 1893 mit dem Arbeiter-Turnerbund (ATB) die „erste übergreifende Arbeitersportvereinigung mit sozialistischer Zielsetzung“, die trotz der Gängelungen rasant wuchs und am Vorabend des Ersten Weltkriegs bereits knapp 200.000 Mitglieder zählte.¹¹⁶ Mit der Deutschen Turnerschaft, die 1900 mehr als 600.000 Mitglieder vereinte und auch zahlreiche turnende Arbeiter anzog, stand der ATB in ständigem Konflikt. Die Turnerschaft habe sich allzu sehr auf die Seite von Thron und Altar ziehen lassen, lautete der Vorwurf, der in fast allen Ausgaben der ebenfalls 1893 gegründeten *Arbeiter-Turnzeitung* zu lesen war.

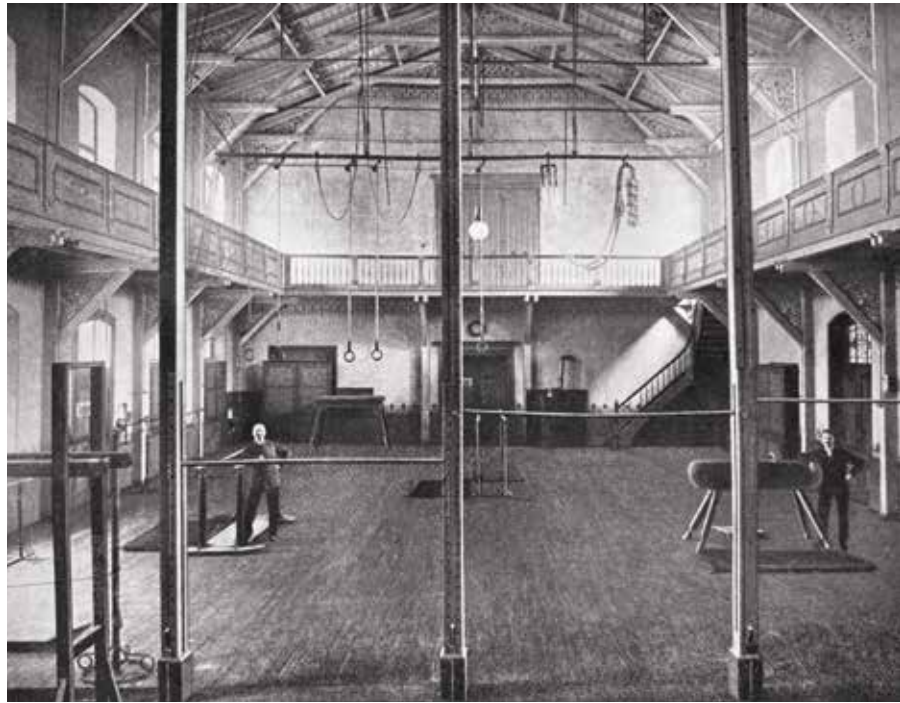
Höhepunkte in den Turn- und Sportvereinen waren, wie in anderen Vereinen auch, die Feste, Einweihungsfeiern, Gedenktage und Kaisergeburtstage. Besonders

¹¹⁴ Gerhard Hauk: „Ein schwer zu beackender Boden“. Arbeiter und Arbeitersportbewegung in Rheinland-Westfalen und an der Ruhr, in: Hans Joachim Teichler/ders. (Hg.): *Illustrierte Geschichte des Arbeitersports*, Bonn 1987, S. 63–75, hier S. 63 f.

¹¹⁵ Peter Döring: Turnen, Politik, Geselligkeit. „Eintracht 1848“ und „Arbeiterturnverein 1898“ – zwei Turnvereine im Kaiserreich, in: *Framke*, 8 Stunden, S. 311–321, Zit. S. 311.

¹¹⁶ Günther Herre: Arbeitersport, Arbeiterjugend und Obrigkeitsstaat 1893–1914, in: *Huck*, Sozialgeschichte, S. 187–205, hier S. 187 f., Zit. S. 191.

Innere Ansicht der Vereins-Turnhalle des Dortmunder Turnvereins Eintracht, um 1902.
Aus: Geschichte des Turnvereins „Eintracht“, S. 49.



beliebt waren bis zur Reichsgründung Gedenkveranstaltungen, die an die Völkerschlacht bei Leipzig erinnerten, bei denen Turner ihrem Mitwirken an den Befreiungskriegen gedachten. Im Kaiserreich dominierten als neue nationale Identitätsstiftung Sedanfeiern zur Erinnerung an den Krieg von 1870/71, die Turner häufig gemeinsam mit Krieger-, Schützen- und Gesangsvereinen begingen, auch wenn die Feiern in Kulturkampfzeiten die Einheit der Nation nur ansatzweise zu fördern vermochten, da die konfessionelle Spaltung zu groß war. Das katholische Milieu grenzten die Sedanfeiern eher aus, anstatt es national zu integrieren. Katholische Geistliche sahen in der zu feiernden monarchischen Loyalität einen Affront und auch die meisten Katholiken hielten die Feiern für eine Festivität der Liberalen gegen ihre Kirche.¹¹⁷ Die Dortmunder „Eintracht 1848“ jedenfalls gab sich Ende des 19. Jahrhunderts besonders kaisertreu und national, sandte zu Geburtstagen Glückwunschdepeschen nach Berlin und wartete 1881 zum Anlass des Stiftungsjubiläums mit markigen Festvorträgen auf. So sprach der Vereinsvorsitzende:

„Werte Festgenossen! Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt! Haben Sie soeben, wie ich überzeugt bin, aus vollstem Herzen gesungen. Es sind nicht leere Worte, sondern sie finden in den Herzen aller deutschen Turner den mächtigsten Widerhall. Das deutsche Vaterland groß, stark und einig zu sehen, ist stets das Ideal des deutschen Turners gewesen [...]. Wem sollte nicht das Herz höher schlagen bei dem Gedanken an den Mann, der Deutschland zu dem gemacht hat, was es ist, ein einiges, von den Nachbarn geachtetes und gefürchtetes Reich. In majestätischem Glanze steht unser greiser Monarch da, geliebt von seinem Volke, wie kein zweiter Fürst der Erde, bewundert von den Großen, ein Vater des Vaterlandes, ein Ideal menschlicher Vollkommenheit und Größe. Möge dieser glänzende Stern unseres Hohenzollernhauses noch lange, lange Jahre in ungetrübtem Glanze leuchten [...]. Unserem greisen deutschen Kaiser ein dreifach donnerndes Gut Heil!“

117 Ute Schneider: Politische Festkultur im 19. Jahrhundert. Die Rheinprovinz von der französischen Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1806–1918), Essen 1995, S. 238–250.

Die Beschreibung als „greiser Kaiser“ war keineswegs abschätzig gemeint. Entsprechend hieß es zum Abschluss: „Jubelnd stimmte die Versammlung ein und sang stehend die Volkshymne.“¹¹⁸ Stolz zeigte sich der Verein auch zu Beginn des Ersten Weltkriegs über die hohe Zahl an Kriegsteilnehmern und sammelte fleißig Liebesgaben, die in mehr als 4.000 Paketsendungen, inklusive Vereinszeitung, an die Vereinsmitglieder gingen, die in den Krieg gezogen waren.

Die Eintracht 1848, 1856 als Dortmunder Turnverein neu gegründet, war in ihrer Vereinszusammensetzung das Musterbeispiel eines bürgerlichen Turnvereins, der sich vor allem aus Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Handwerkern, Beamten, Ärzten, Juristen und Geistlichen zusammensetzte. Arbeiter fanden hier kaum Zugang. Stattdessen beschäftigte man einen hauptamtlichen Turndiener sowie Turnboten, die den Turnraum aufräumten, Feiern organisierten und Turnstunden vorbereiteten. Die – hier abgebildete, 1875 umgebaute – Turnhalle der Eintracht war außerordentlich groß und nach eigenem Dafürhalten „vorzüglich“ mit hochwertigen Geräten eingerichtet.¹¹⁹ Anhand der Eintracht 1848 lässt sich gut erkennen, wie sich weite Teile der bürgerlichen Turner von einem „oppositionellen und überparteilichen Motor für einen nationalpolitisch motivierten Patriotismus“ zu einem die „demokratischen Traditionen eliminierenden Nationalismus mit chauvinistischen Tendenzen“ entwickelten.¹²⁰

Ganz anders gab sich das Dortmunder Arbeiter-Pendant, der 1898 gegründete Arbeiterturnverein (ATV), der ein Jahr nach seiner Gründung dem ATB beiträt. Vom Klassenkampf schrieb der ständigen Repressionen ausgesetzte Verein in seinen Gründungsdokumenten wenig, stattdessen berief man sich ganz allgemein auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Anfangs war vieles improvisiert. Die Holzarbeiter unter den Vereinsmitgliedern fertigten die Sportgeräte, geturnt wurde in Wirtshaussälen – für Wirte im Revier eine zusätz-

liche Einnahmequelle, da die anwesenden Turner den Umsatz ankurbelten. Doch der Verein wuchs stetig, da viele Dortmunder Arbeiter immer weniger mit den von Honoratioren geführten bürgerlichen Turnvereinen der Stadt anfangen konnten. Noch vor dem Krieg verfügte der Verein über drei Abteilungen mit eigenen Vereinslokalen, die sich in der Innen- sowie in der Nord- und Südstadt befanden. Nach außen gab sich der Verein unpolitisch, um andere Arbeiter aus der Deutschen Turnerschaft zu gewinnen, die sich nicht mehr bürgerlichen Interessen unterordnen wollten, und um die staatliche Aufsicht nicht zu alarmieren. Gleichwohl beteiligte sich der Verein an Festen der Gewerkschaften, zumal sich über solche Feiern immer auch neue Mitglieder gewinnen ließen.

Das Turnen selbst bestand vorwiegend aus Geräteturnen, Ordnungs- und Freiübungen gepaart mit Leichtathletik, Ringen und spielerischen Elementen. Doch vor allem die sogenannten Freiübungen waren mit militärischen Praktiken und Körpersprachen durchsetzt. Auf Turnfesten inszenierten Vereine ihren Sport als Exerzierübung, bei der ein Vorturner hunderten Mitturnern lautstark bestimmte Übungen befahl. Diese Massenfriübungen waren vor allem unter den Funktionären der Arbeiterturnbewegung beliebt, weil sie, so die Hoffnung, „Solidarität unter Klassengenossen“ ausdrückten und „Kraft und Stärke“ demonstrierten.¹²¹ Teilweise schrieb die Forschung solche Inszenierungen und Rhetoriken fort und betonte, wie Sportfeste das „Gemüt“ ergriffen und über die „Verstandeskräfte den Willen zur Tat“ stärkten, wie sie die „Massen“ formten, sie in „Disziplin“ banden und sich durch „Sprech- und Bewegungschöre“ in ein „Weihepiel“ verwandelten.¹²² Berichte in Arbeiterzeitungen, die sich über mangelndes Interesse an Massenübungen und undiszipliniertes Verhalten während der Choreografien beklagten, deuten aber zumindest darauf hin, dass es eine gewisse Diskrepanz

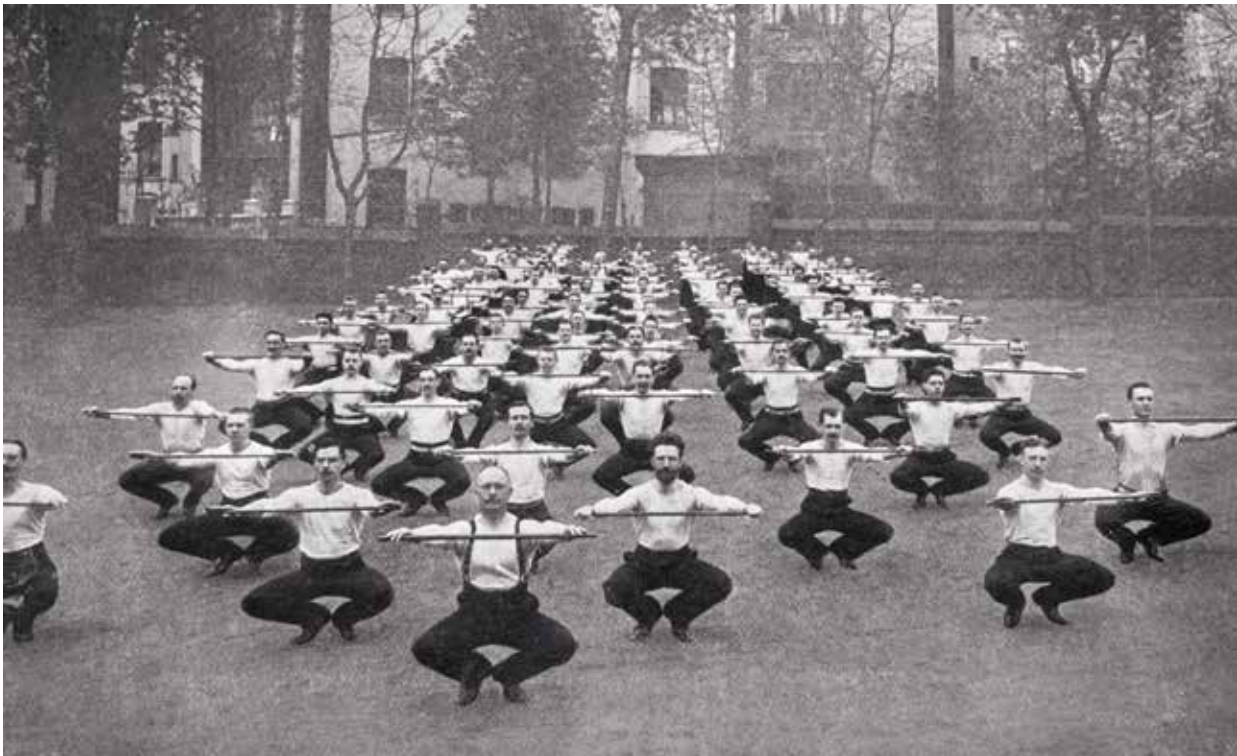
¹¹⁸ Dortmunder Zeitung, 27. Juni 1881, zit. nach Döring, Turnen, S. 312.

¹¹⁹ Geschichte des Turnvereins „Eintracht“ (Korporation) zu Dortmund von 1856 bis 1906. Zur Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins im Auftrage des Turnrates verfaßt von Wilhelm Backhaus, Dortmund 1906, S. 48.

¹²⁰ Döring, Turnen, S. 312.

¹²¹ Ebd., S. 316.

¹²² Horst Ueberhorst: Die Arbeitersportbewegung in Deutschland (1893–1933), in: Dietmar Petzina (Hg.): Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986, S. 61–67, hier S. 66.



Hauptabteilung (1. Männerabteilung) des Dortmunder Turnvereins „Eintracht“, um 1902.

Aus: Geschichte des Turnvereins „Eintracht“, S. 99.

zwischen Funktionärsinteressen und Turnpraxis der Arbeiter gab.¹²³

Die Militarisierung des Arbeiterturnens war jedoch unverkennbar. Das zeigt schon ein Blick auf den Ablauf einer typischen Turnstunde, wie ihn 1898 die *Arbeiter-Turnzeitung* beschrieb:

„Betrachten wir uns eine Turnstunde, wie ich sie hier im Verein leitete. Beginn 1/2 9 abends 1. In Riegen antreten (Die Riegen sind in Flankenreihen nebeneinander aufgestellt). Jeder Riege werden die Geräte zugeteilt. 2. An die Geräte! ... Marsch! An den Geräten angekommen ... beginnen auf ein Zeichen sämtliche Riegen das Turnen ... 3. Geräte wechseln! 4. Freiübungen. Angetreten! Nach diesem befehlen die Vorturner: Stillgestanden! Abteilung auseinander. Marsch! 5. Der Turnwart oder dessen Stellvertreter lässt die Turner hierauf in Säulen antreten. Von

hieraus erfolgt die Ortsübung zu den Freiübungen ... Sind die Freiübungen oder Ordnungsübungen vorüber, erfolgt entweder ein Abmarsch oder man lässt am Ort abtreten. Stillgestanden! Abteilung auseinander. Marsch!“¹²⁴

Einige Vereine nutzten für ihre Übungen, wie auf dem hier abgedruckten Bild zu erkennen, sogar Holz- und Eisenstangen, mit denen sie das Hantieren mit Gewehr imitierten. Zudem waren Turnstunden in der Regel stark ritualisiert. Zu Beginn oder am Ende sang man gemeinsam Lieder oder begegnete sich mit speziellen Grußformeln. Die Eintracht 1848 ging sogar so weit, dass sie ihrer Vereinsjugend Turnübungen verordnete, die Kriegslagen nachempfunden waren, schließlich wachse im Kaiserreich ein den „körperlichen Übungen entwöhntes Geschlecht“ heran, das „seine freie Zeit lieber in Cafés, Singhallen und noch schlimmeren Vergnügungs-

¹²³ Döring, Turnen, S. 316.

¹²⁴ Arbeiter-Turnzeitung, 1. März 1898, zit. nach Döring, Turnen, S. 317.

lokalen verbringt, als seine Kräfte auf Turn- und Spielplätzen und in Turnhallen zu stählen und im friedlichen Wettkampf mit Gleichgesinnten zu erproben“, wie es in einer Festschrift der Eintracht von 1906 hieß.¹²⁵

Auch wenn es sich bei solchen Darstellungen um Festvortragsrhetorik und in den Arbeiterzeitungen um die Inszenierung klassenbewusster Solidarität handelte, ist die militärische Überformung weiter Teile des Vereinsports im Kaiserreich kaum zu übersehen, und das gilt für die bürgerlichen genauso wie für die Arbeitervereine.¹²⁶ Die sich parallel entwickelnde Sportbewegung sahen beide Vereinsseiten eher kritisch, da sie viel zu tief im Kapitalismus verhaftet sei und sich individualistischen Prinzipien unterwerfe. Auch körperbezogene Argumente kamen in diesem Zusammenhang auf. Fußball, Handball oder Boxen bildeten den Körper nur unzureichend und vor allem einseitig aus, hieß es von Seiten der Arbeitersportbewegung. Sportarten wie diese seien gesundheitsgefährdend. Aufhalten konnte eine solche Kritik den allgemeinen, größtenteils von England ausgehenden Sportboom jedoch nicht, zumal sich dieser ganz gezielt vom drillgeprägten Vereinsturnen abgrenzte und neben dem Wettkampf einen vergnügungsorientierten Breitensport etablierte. Kritiker solcher Vereine, die in den Jahren 1902 und 1903 in einer regelrechten Gründungswelle vor allem in Bochum, Essen und Duisburg entstanden, diskreditierten sie immer wieder als „wilde Vereine“, die Preisturnen um Auszeichnungen und Luxusgegenstände betrieben und damit dem Egoismus Tür und Tor öffneten. Hier turnte man für Geld, Schnaps und Eichenkränze, ja sogar um Gänse, Enten und Schweine, was Fanatismus und Preisjägerei gleichkäme.¹²⁷ Zudem wirke man damit auch den Körperidealen der Arbeitersportbewegung entgegen, die die *Arbeiter-Turnerzeitung* 1904 martialisch und mit sozialdarwinistischem Unterton auf den Punkt brachte: „Als Arbeiterturner

haben wir zunächst die Aufgabe, den Körper zu stählen und widerstandsfähig zu machen [...]. Ist das nicht eine schöne, ideale Aufgabe, ist dieses Bestreben nicht eine Notwendigkeit für die Arbeiterklasse – Jawohl! Einen Kampf kann man nur mit gesunden, kräftigen Menschen führen. Der Baustein der Zukunft darf nicht krank und faul sein.“¹²⁸

Freizeitparks, Festkultur und Kinos

Mit dem freizeitorientierten Sportboom korrespondierte ein weiterer Trend, der sich im Ruhrgebiet um 1900 nach dem Vorbild anderer europäischer Großstädte verbreitete: stationäre Freizeitparks, die vornehmlich auf Schaubuden und Fahrgeschäfte setzten.¹²⁹ In Dortmund entstand zum Beispiel der Park am Fredenbaum, der nicht nur für die Einheimischen ein beliebtes Ausflugsziel war. Nachdem die Dortmunder Stadtverwaltung für die Wintermonate eine beleuchtete Eisbahn und Straßenbahnanschlüsse eingerichtet hatte, entwickelte sich der Park mit seinen vielen Karussells, einer Achterbahn und Tanzpalast zu einer weit über Dortmund hinaus beliebten Touristenattraktion.¹³⁰ Zahlreiche zeitgenössische Postkartenmotive zeugen von einem großen Bekanntheitsgrad. Die Parkbetreiber griffen alle damals bekannten Angebote auf, unter anderem die bereits geschilderte Praxis der Menschengeschichte.¹³¹ So betrieb der Park ein Schaudorf, in dem mehrere Kongolesen lebten. Hinzu kamen zahlreiche sogenannte Völkerschauen, die als Wanderausstellungen am Fredenbaum gastierten. Die Zurschaustellungen waren, wie weiter oben schon beschrieben, tief verwurzelt in kolonialem Denken. Sie bedienten bekannte rassistische Klischees, hoben eine vermeintliche Überlegenheit des Westens hervor und definierten ein abgrenzendes „Wir“ und „Die“. Mitunter durchbrachen jedoch beide Seiten die von den Veranstaltern verteilten Rollen, wenn sich

¹²⁵ Geschichte des Turnvereins „Eintracht“, S. 80.

¹²⁶ Horst Ueberhorst u.a.: Arbeitersport- und Arbeiterkulturbewegung im Ruhrgebiet, Opladen 1989, S. 263–268.

¹²⁷ Hauk, Arbeitersportbewegung, S. 64–66.

¹²⁸ Zit. nach Ueberhorst, Arbeitersport, S. 254.

¹²⁹ Sacha Szabo: Rausch und Rummel. Attraktionen auf Jahrmärkten und in Vergnügungsparks. Eine soziologische Kulturgeschichte, Bielefeld 2015.

¹³⁰ Klaus Winter: Vergnügen ohne Ende. Eine lückenhafte Chronologie des „Fredenbaum“, in: Heimat Dortmund 2 (2015), S. 27–34.

¹³¹ Vgl. Christin Fleige: Die Völkerschauen im Westfälischen Zoologischen Garten Münster. Zur Inszenierung und Rezeption des „Fremden“ (1879–1928), Münster 2023.

Am Fredenbaum
 Nur noch **3** Tage
Gustav Hagenbeck's
Grösste
Indienschau
der Welt.
 Freitag, Sonnabend, Sonntag, den 9. Okt.
3 große Volkstage.
Billige Preise:
 Loge 1.60, 1. Platz 1.05,
 2. Platz 80, 3. Platz 55 Pf.
 inkl. Billettsteuer.

Unwiderruflich:
Sonntag letzter Tag!

Das Weltstadt-Programm
 ● **Täglich – 5 – Vorstellungen** ●
 Nachm. 3, 4 1/2, 6, 7 1/2 und 9 Uhr,
 geöffnet ab 11 Uhr vormittags.
 Original-Indisches Leben und Treiben.
 Grosse gedeckte Tribünen.

Werbeanzeige „Gustav Hagenbecks Grösste Indienschau der Welt“.

Aus: Dortmunder Zeitung, 7.10.1910.

etwa Dortmunder Arbeiter mit afrikanischen Schaustellern in Kneipen trafen und man gemeinsam seine Freizeit verbrachte.¹³²

Gleichwohl sorgte diese Kommerzialisierung des Fredenbaums zum Vergnügungspark dafür, dass es Arbeiterfamilien trotz steigender Löhne nicht mehr ohne weiteres möglich war, den Park zu besuchen. Erst als sich auch das kostenlose Angebot rund um den Park, also Wanderwege, Teiche oder Sportanlagen, erweiterte, mischte sich das Publikum wieder stärker. Damit war ein ganz neuer Typus des Naherholungsgebiets entstanden, der sich nur noch teilweise an bürgerlichen Gewohnheiten des Naturerlebnisses orientierte und stärker in eine moderne Vergnügungskultur einordnete. Neben der Erholung bediente er vor allem das Bedürfnis nach Zerstreuung, Spektakel und Sensation. Was Kirmessen und Varietés nur temporär anboten, ließ sich im Vergnügungspark fortan dauerhaft erleben.¹³³

Im Dortmunder Kronenburggarten verbanden sich Ende des 19. Jahrhunderts ebenfalls Naturerlebnisse mit Kultur- und Freizeitattraktionen. Angelegt hatten die Besitzer der Kronenbrauerei einen weitflächigen Garten zwischen Dortmund und Hörde, idyllisch gelegen auf einer der höchsten Stellen der Dortmunder Feldmark. Schon in den 1850er Jahren hatte Brauereibesitzer Heinrich Wenker, der als großer Naturfreund bekannt war, einen Schankbetrieb mit Kegelbahn und Gartenbereich angelegt. In den 1890er Jahren erweiterte Wenker das Areal, erwarb zusätzliche Grundstücke mit größeren Grünflächen, errichtete ein Restaurant mit Saal, Aussichtsturm und Gartenhalle. So war „unmittelbar neben der Brauerei eine Grünanlage entstanden, die seinerzeit als der schönste öffentlich zugängliche Park in Privatbesitz galt“. Die viel zitierte grüne Oase, nach der sich der geplagte Industriearbeiter oder das Stadtbürgertum vermeintlich sehnten, war jedoch bereits im 19. Jahrhundert eine höchst artifizielle Grünfläche, eingebettet in ein Ensemble verschiedener Attraktionen und Konsummöglichkeiten. Der spektakuläre Ausblick von der Dortmunder Feldmark auf die im Tal befindliche Dortmunder Innenstadt reichte offenbar nicht, um genügend Besucher:innen in den 1905 schon rund 15 Morgen, also etwa 37.500 Quadratmeter großen Kronenpark

¹³² Vgl. Ralf Ebert: Der Lunapark am Fredenbaum, in: Framke, 8 Stunden, S. 126–130.

¹³³ Lea Althoff: Freizeitangebote im Ruhrgebiet und ihre Nutzung durch Arbeiter vor dem Ersten Weltkrieg, in: Der Anschnitt 70 (2018), S. 139–155, hier S. 146.

Nicolai Hannig



Dortmund Fredenbaum, Rote Mühle und Gebirgsbahn“ (Postkarte ca. 1910).



Vergnügungs-Park ‚Fredenbaum‘, Dortmund“ (Postkarte ca. 1910).

zu locken. Schon Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Betreiber die vor Ort angelegten Teiche, die eigentlich dazu dienten, Eis zu gewinnen, in einen See mit Schwänen, Promenade und Springbrunnen mit begehbarer Kunstfelsen und einer Romantikgrotte verwandelt. 1894 wurde zudem – ebenfalls mit finanzieller Unterstützung Wenkers – der angrenzende Kaiser-Wilhelm-Hain fertiggestellt, der fortan zusammen mit dem Kronenburggarten und einem Galopprennbahngeläuf eine weitflächige Grünanlage mit Freizeitattraktionen bot. Dass das Areal

seit 1881 auch mit der Straßenbahn erreichbar war, erhöhte seine Attraktivität zusätzlich.¹³⁴

Das Argument, dass die Urbanisierung bei Stadtbewohner:innen, vor allem bei denen, die zuvor auf dem Land gelebt hatten, ein Verlangen nach Grünflächen und Naturverbundenheit geweckt habe, findet sich auch in der Geschichte des Kleingartenwesens. Bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kamen sogenannte Armengärten als Wohlfahrtsmaßnahme und zur Selbstversorgung auf. Die um 1870 erstmals in Leipzig in Erscheinung getretenen Schrebergärten entstanden

¹³⁴ Oskar Jünger: Der Kronenburggarten, in: Framke, 8 Stunden, S. 144–152, hier S. 144 f.

hauptsächlich vor erzieherischem und jugendpflegerischem Hintergrund, ging es bürgerlichen Kreisen doch darum, die Lebensbedingungen der unteren Schichten zu verbessern und es Kindern zu ermöglichen, naturnah aufzuwachsen. Auch wenn die Kleingartenbewegung vor dem Ersten Weltkrieg im Ruhrgebiet noch überschaubar war, zeigen frühe Begründungen zur Anlage von Kleingärten, dass neben der Selbstversorgung das kompensatorische Naturerlebnis an vorderster Stelle stand. So hielt der älteste Dortmunder Kleingartenverein, der Schrebergarten-Verein 1906 e. V. schon zu seiner Gründung fest, dass es doch darum gehen müsse, „der arbeitenden, kinderreichen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, in freier Natur Erholung zu finden und durch den Anbau von Gemüse die Lage der Familien zu verbessern“. Einlösen konnte der Verein diese Absichten jedoch nicht, denn zu den Mitgliedern der ersten Stunde zählten überwiegend Beamte, Lehrer und Angestellte, die in der näheren Umgebung wohnten.¹³⁵ Offenbar war die Natursehnsucht einerseits nicht ganz so überbordend, wie es zeitgenössische Sozialreformer annahmen. Andererseits wirkten die strengen Vereinsreglements, die Bevormundung und Disziplinierung auf Arbeiterfamilien abschreckend.

Arbeiter:innen gelang es jedoch auch in diesen engen Bahnen, die durch Vorschriften von Freizeitparkbetreibern, durch kommerzialisierte Angebote und durch obrigkeitliche oder vereinsrechtliche Reglementierungen eingegrenzt waren, persönlichen Interessen nachzugehen. Ein treffendes Beispiel dafür ist der Tanz. Um 1900 entwickelten sich ganz eigene Stile, sogenannte Wackel- oder Schiebetänze, die sich an Tänzen aus den amerikanischen Südstaaten orientierten und stärker sexualisiert waren als heimische Tanzschritte – vermutlich handelte es sich hier um Vorläufer des Tangos und Foxtrotts.¹³⁶ Darüber hinaus entkamen Arbeiter:innen dem stark regulierten Arbeitsalltag, indem sie blau machten, wenn etwa die Kirmes auf einen Arbeitstag fiel. Auf diese Weise kamen sie zeitweise in den Genuss, ihre Zeit auch einmal selbstbestimmt einzuteilen. Dementsprechend blieb die Kirmes der Obrigkeit aufgrund ihrer kaum zu kontrollierenden Anziehungs-

kraft über das gesamte 19. Jahrhundert hinweg fremd. Ebenso erlaubten es die noch übriggebliebenen traditionellen Elemente der Kirmes, sich in der voranschreitenden Industrialisierung auf vertraute Handlungsmuster zurückzubessern und sich der eigenen Herkunft zu vergewissern. Dazu gehörte auch, anderen Feiern fernzubleiben, die zum Kalender der nationalen Festkultur zählten, dem Sedantag zum Beispiel oder Schützenfesten.¹³⁷ In solchen Verweigerungen und Eigenwilligkeiten artikuliert sich der Widerwille eines Großteils der Arbeiterschaft, sich in nationale Identitätskonstruktionen einbinden zu lassen.

Kommunen und Unternehmen reagierten mit Verbots- und Regeln auf die Vergnügungsveranstaltungen, meist unter dem Vorwand der Unruheprävention. Eigentlich ging es ihnen jedoch darum, eine in ihren Augen notwendige Arbeitsdisziplin und Sittlichkeit wiederherzustellen. Veranstalter von Nummernprogrammen, den sogenannten Tingel-Tangels, waren sogar dazu verpflichtet, „24 Stunden vor der beabsichtigten Vorstellung die zur Ausführung oder zum Vortrage bestimmten Stücke, Lieder, Gedichte, Textbücher und bei mimischen oder plastischen Vorstellungen eine Beschreibung des Gegenstandes derselben unter Bezeichnung der darstellenden Personen der Ordnungspolizeibehörde einzureichen“.¹³⁸ Dass solche Verbote und Einschränkungen Stückwerk blieben, zeigt, wie fest sich Kirmessen im Verlauf des 19. Jahrhunderts in der städtischen Freizeit- und Vergnügungskultur verankerten. Es war nahezu unmöglich, sie durch Bestimmungen aus dem Festkalender zu tilgen, zumal sie für die Kommunen zu wichtigen Wirtschaftsfaktoren erwachsen waren. Die vielen Verbotsdebatten verraten uns heute also, sofern wir zwischen ihren Zeilen lesen und Übertreibungen in Rechnung stellen, eine ganze Menge über das Freizeit- und Konsumverhalten von Kirmesbesucher:innen. Erstens führen sie uns das ausgeprägte Feierbedürfnis der Zeit vor Augen; zweitens verweisen sie auf teils eigensinnige Entscheidungen über den Umgang mit Sperrstunden und Arbeitspflicht; drittens deuten sie auf die verbreitete Suche nach Rausch und Eskapade sowie auf promiskuitive Lebensstile hin. Viertens zeigen

135 Kirsten Katharina Friedhoff: Gartenlust, in: Framke, 8 Stunden, S. 162–165, hier S. 162 f.

136 Dazu Gillner, Kirmes, S. 143.

137 Abrams, Entwicklung, S. 39.

138 Bürgerbuch Dortmund 1912, S. 568, zit. nach Althoff, Freizeitangebote, S. 147.

Nicolai Hanning

sie die Unsicherheit der Obrigkeiten im Umgang mit lokalen und traditionellen Fest- und Freizeitkulturen. Oftmals waren Verbote der Weisheit letzter Schluss.

Vielen bürgerlichen Sozialreformern waren die Kirmes und die mit ihr verbundenen Freizeitaktivitäten aber vor allem wegen des Alkoholkonsums ein Dorn im Auge. Die Liste an Initiativen, Debatten und Reglementierungen zur damals sogenannten Alkoholfrage war lang. In Recklinghausen gründete sich 1902 sogar ein eigener Verein, der sich auf die Fahnen schrieb, dem übermäßigen Konsum „geistiger Getränke“ entgegenzuwirken. Dessen Mitglieder rekrutierten sich jedoch überwiegend aus der Mittelschicht, die gar nicht die Adressatin war, sich aber als Kontrollinstanz verstand. Zudem versuchten viele Städte, dem vermeintlich ausufernden Alkoholenuss entgegenzuwirken, indem sie Gemeindegaststätten errichteten, die ein Gegenangebot zu kommerziellen Wirtshäusern sein sollten. Letztere hatten Sozialreformer als die Quelle allen Übels ausgemacht. Damit lagen sie nicht falsch, doch es war nicht nur der ausgeschenkte Alkohol, der Wirtshäuser für die Arbeiter so attraktiv machte. Kneipen waren die Geselligkeitsorte schlechthin, die eine wichtige Integrationsfunktion für die zugezogenen Industriearbeiter besaßen und vielen als Ersatzwohnzimmer dienten, in dem man sich die Erholung genehmigte, die einem die beengten eigenen Wohnverhältnisse nicht ermöglichten. Darüber hinaus dienten sie bisweilen als Wettbüro, aber auch als Lohnhalle und Arbeitsamt.¹³⁹

Auch wenn der Alkoholkonsum bis zum Ersten Weltkrieg etwas zurückging, blieben Regulierungsinitiativen wenig erfolgreich. Alkoholische Getränke, die auch während der Arbeit konsumiert wurden, waren weiterhin ein allseits beliebtes Genussmittel, das erschwinglich blieb und als geselligkeitsfördernd galt. Gleichwohl verfügten die Kommunen über einen Steuerungshebel, mit dem sie zumindest die Eröffnungen von Kneipen regeln konnten, und zwar über die Vergabe von Konzessionen. So mussten laut einer 1879 geänderten Gewerbeordnung Wirte gegenüber den Kommunen nachweisen, dass in dem Viertel, in dem sie ein Wirtshaus zu eröffnen planten, ein solches auch nachgefragt würde. Die Behörden legten hier sehr stren-

ge Maßstäbe an, was schließlich dazu führte, dass die Anzahl der Kneipen kaum mit der rasant wachsenden Bevölkerung mithalten konnte. Damit wies das Ruhrgebiet um 1900 überraschenderweise die niedrigste Dichte von Wirtshäusern im Reichsvergleich auf. In Hamborn beispielsweise entfielen 1900 auf eine Kneipe 546 Einwohner:innen, 1910 sogar 764. Als Reaktion darauf entstanden im Ruhrgebiet nach dem Bergarbeiterstreik von 1889, der auch zur Gründung der ersten Gewerkschaft der Ruhrbergarbeiter führte, viele genossenschaftlich organisierte Wirtshäuser, die sogenannten Schnapskasinos. Allein in Castrop öffneten zwischen 1890 und 1892 fünf solche Einrichtungen. Diese waren für die Behörden nur schwer zu kontrollieren, da sie unter das Genossenschaftsrecht fielen und von Arbeitern selbst organisiert waren – zumindest bis in die 1890er Jahre. Denn 1896 führte die Regierung auch für Genossenschaften eine Konzessionspflicht ein, mit der sie schlagartig unterbinden konnte, dass sich Schnapskasinos weiterhin so rasant verbreiteten.¹⁴⁰ Bis dahin hatten sich die Kasinos jedoch zu einem Ort der selbstbestimmten Freizeitgestaltung entwickelt, mit der es Arbeitern gelungen war, wenn auch zeitlich begrenzt, sich gegenüber kommunaler und staatlicher Gängelung zu behaupten.

Mit der Animierkneipe hatte sich um 1900 noch eine besondere Form des Wirtshauses etabliert, die auch in anderen Städten des Reichs heimisch wurde. Sie scheint etwas quer zu liegen zu anderen Orten proletarischer Freizeitkultur. Wirtshaus, Kirmes und andere Feste galten lange Zeit als Paradebeispiele für eine „Alternativkultur der Arbeiter“, denn hier habe sich eine „proletarische Gegenöffentlichkeit“ entfalten können. Die Teilhabe an dieser Gegenöffentlichkeit sei immer auch als Auflehnung gegenüber staatlicher Unterdrückung und Bevormundung zu verstehen. Freizeit und politischer Kampf seien kaum voneinander zu trennen, oder zugespitzt: „ohne Wirtshaus keine deutsche Arbeiterbewegung“. Mitunter konnte man den Eindruck gewinnen, die Forschung rechtfertige stellvertretend für weite Kreise der Arbeiter:innen nachträglich deren Freizeitaktivitäten mit dem Hinweis darauf, dass sie immer auch politisch waren und der auflehrenden Selbstbestim-

¹³⁹ Althoff, Freizeitangebote, S. 142.

¹⁴⁰ Brüggemeier, Leben, S. 143–147.

mung dienten. Der Erfolg der Animierkneipen schien dieses Vorhaben zu untergraben, ja nahezu zu provozieren, weshalb sie lange Zeit in Rückblicken nur eine untergeordnete Rolle spielten.¹⁴¹

Zeitgenössisch standen sie jedenfalls im Brennpunkt. Im *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich* hieß es 1890 entsprechend:

„Die in sehr großem Umfange stattfindende Bedienung der Gäste durch Personen weiblichen Geschlechts wird zum Teil wegen der größeren Billigkeit der weiblichen Arbeitskräfte, zum Teil aber gewählt, um dem Lokal größere Zugkraft zu verschaffen. Soweit der letztere Grund der bestimmende ist, besteht die Aufgabe des weiblichen Dienstpersonals darin, durch Einwirkung auf die Sinnlichkeit der Männer dem Lokal zahlreichere Gäste zuzuführen und Gäste zu stärkerem Genuß von Getränken, namentlich von geistigen Getränken zu verleiten. [...] Weitere charakteristische Merkmale dieser Lokale sind, daß die [...] Kellnerinnen sich nicht nach der landesüblichen Sitte der Dienstboten, sondern in der Weise der höheren Stände, mehr oder minder auffallend auch sogenannte Phantasiekostüme, im übrigen in der Regel in einer Weise kleiden, die auf die Erregung der Sinnlichkeit der Männer berechnet ist, ferner, daß die fraglichen Frauenzimmer sich in die Unterhaltung der Gäste mischen, sich mit ihnen an die Tische oder auf die Sophas setzen, auf Kosten der Gäste und in deren Gesellschaft Speisen und namentlich Getränke zu sich nehmen und mit den Gästen eine mehr oder minder unzünftige, zum Theil sich in den gröbsten Zoten bewegende Unterhaltung führen. Die Erlaubnis des Wirtes dazu, sich mit einer Kellnerin in ein besonderes Zimmer des Lokals (welches in Bierlokalen häufig durch die Aufschrift „Weinzimmer“ gekennzeichnet ist) zurückzuziehen, um dort mit der Kellnerin allein zu bleiben und Unsittlichkeiten zu treiben,

namentlich auch den Beischlaf zu vollziehen, wird in solchen Lokalen, wenn sie im wesentlichen Bierlokale sind, herkömmlich durch das Bestellen einer Flasche Wein [...] erkaufte.“¹⁴²

Ohne dezidiert Prostitutionsstätten zu sein, konnte es in Animierkneipen in der Tat nach entsprechender Bezahlung zu sexuellen Kontakten zwischen Gast und Animierdame kommen. Dass viele Besucher so weit gingen, belegen nicht zuletzt die medizinischen Debatten über Geschlechtskrankheiten bei Arbeitern und Klagen von Arbeiterfrauen über entsprechende Infektionen ihrer Männer.¹⁴³ Hinzu kam ausgiebiger Alkoholkonsum, der nach Lohnauszahlungen besonders hoch war. Bei diesem Programm blieb offenkundig wenig Raum für politischen Kampf. Das erkannte man auch in bürgerlich-sozialreformerischen Kreisen, aus denen zahlreiche Sittlichkeitsvereine, Mäßigkeitsbewegungen und Vereinigungen zur Bekämpfung der Prostitution hervorgingen. Die Essener *Soziale Revue* geißelte die Animierkneipen entsprechend als „schwere[n] Krebschaden unserer Zeit“. In Fortschreibung dieser Metaphorik hielt man sie für eine Gefahr für die „Gesundheit des Volkes“. Dies bezog sich einerseits auf die sich verbreitenden Geschlechtskrankheiten, andererseits meinten die selbsternannten Sozialreformer aber auch den übermäßigen Alkoholkonsum, zu dem Animierdamen Arbeiter auf halblegale Weise verleiteten.¹⁴⁴ Die Kommunen reagierten ähnlich wie auch schon in anderen Bereichen. Behörden kontrollierten, erließen Sperrstunden, um Schichtarbeitern die Besuchsmöglichkeit zu nehmen, oder regulierten den Alkoholausschank und die Beschäftigung der Kellnerinnen. Besonders erfolgreich waren sie aber auch hier nicht, zumal Polizisten, die mit der Kneipenkontrolle beauftragt waren, es nicht immer so genau nahmen.

141 So argumentiert Ulrich Linse: „Animierkneipen“ um 1900. Arbeitersexualität und bürgerliche Sittenreform, in: Kift, Kirmes, S. 83–118, Zit. S. 85 u. 84.

142 Die Konzessionierung des Schankbetriebes in Preußen, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich* 14 (1890), S. 501–528, Zit. S. 523 f.

143 Adolf Levenstein: Die Arbeiterfrage, München 1912, S. 243 f.; auf diese Quelle verweist bereits Linse, Animierkneipen, S. 102. Vgl. auch Ulrich Linse: Über den Prozeß der Syphilisation – Körper und Sexualität um 1900 aus ärztlicher Sicht, in: Alexander Schuller/Nikolaus Heim (Hg.): Vermessene Sexualität, Berlin u.a. 1987, S. 163–185.

144 H. Mankowski: Die Bekämpfung der Animierkneipen, in: *Soziale Revue* 9 (1909), S. 381–386, Zit. 382.

Die Kirmes mit all ihren Angeboten, die Wirtshäuser und Animierkneipen waren jedoch nicht die einzige Anlaufstelle für Freizeitaktivitäten in der rheinisch-westfälischen Industrieregion des 19. Jahrhunderts. Neben traditionellen Kirchenfesten und Prozessionen gab es zahlreiche politisch-patriotische Huldigungs- und Siegesfeiern sowie eher auf Vereins-ebene organisierte Arbeiter-, Karnevals- oder Schützenfeste.¹⁴⁵ Während Regierungspräsidenten Kirmessen und ähnliche sogenannte Tanzlustbarkeiten kritisch sahen, zeigten sie großes Interesse daran, Feiern mit nationalem Festcharakter den Weg zu ebnen, ob am Kaisergeburtstag oder Sedantag, mit dem man an jedem 2. September an die Kapitulation der französischen Armee 1870 nach der kriegsentscheidenden Schlacht bei Sedan erinnerte.¹⁴⁶ Dadurch politisierte und nationalisierte sich die Feier- und Festkultur des Ruhrgebiets, die der traditionell kirchlich, später immer stärker kommerziell geprägten Kirmes gegenüberstand und auch bürgerliche Kreise anzog.

Doch seit den 1890er Jahren mischte sich ein stark antibürgerlicher Trend unter die bestehenden Formate, der eine ideologische und noch stärker gemeinschaftsstiftende Komponente in die zeitgenössische Festkultur einbrachte, die sogenannten Maifeiern als „Kampftag der Arbeiterbewegung“. Arbeiter veranstalteten sie jeweils am 1. Mai in Erinnerung an Massenstreiks in Chicago 1886, die in Straßenkämpfe und spätere Exekutionen ausgeartet waren. Auch wenn die SPD im Oktober 1890 diesen Tag zum Tag der Arbeiterbewegung erklärte, war der 1. Mai mitnichten ein arbeitsfreier Feiertag. Schon deshalb konnten die Maifeiern nie die Anziehungskraft einer großen Kirmes entwickeln. Mehr als einige tausend Besucher:innen kamen zu den Feiern im Ruhrgebiet in der Regel nicht, wenngleich man in Berlin, Leipzig oder Hamburg, wie auch in Wuppertal und Düsseldorf weitaus mehr Menschen mobilisieren konnte. Doch es gelang den Teilnehmer:innen immerhin, eine gewisse

Subversionskraft zu entwickeln. Da die Stadtverwaltungen Demonstrationen hätten genehmigen müssen, traf man sich zu Massenspaziergängen, denn Fußgängergruppen ließen sich rechtlich nicht belangen. Fahnen, Schilder oder Spruchbänder durften bei solchen Spaziergängen nicht mitgeführt werden, weshalb man sich mit kleinen, aber sichtbaren Symbolen behelf, roten Krawatten etwa, Schleifen oder Nelken. Diese Märsche endeten zumeist in städtischen Lokalen, auf Tanzveranstaltungen oder Preisspielen – begleitet von reichlich Alkohol. Gerahmt waren diese Stationen von Vorträgen, die an die Tradition der Maifeiern erinnerten und zum Kampf für Arbeitsschutz und Arbeitszeitverkürzung aufriefen.¹⁴⁷

In Bochum antworteten die Ordnungskräfte „anfangs mit großer Härte, oftmals auch grotesker Schärfe“ auf die Feste und reagierten geradezu allergisch auf alle roten Symbole, Bändchen oder Blumen und ließen sogar einen Blumenladen schließen, der Nelken verkaufte.¹⁴⁸ Die Verkürzung der Arbeitszeit war generell ein bedeutendes Thema. Das zeigte sich nicht zuletzt im Zuge der Bergarbeiterstreiks von 1889, 1905 und 1912. Diese waren zum Teil erfolgreich, was dazu führte, dass die Arbeitszeit im Vergleich zur Mitte des 19. Jahrhunderts noch einmal deutlich sank, während sich die Löhne zwischen den 1880er Jahren und dem Beginn des Ersten Weltkriegs verdoppelten. Diese Zugewinne an Freizeit und Einkommen gingen einher mit einem weiteren Aufschwung kommerzieller Freizeit- und Unterhaltungskultur, der zur Jahrhundertwende alle europäischen Metropolen erfasste. Daran partizipierten nun auch verstärkt Frauen, denen es aufgrund ihrer vielfältigen häuslichen Aufgaben lange Zeit kaum möglich war, Freizeit und Arbeitszeit voneinander zu trennen. Daher blieben viele Freizeitangebote lange Zeit eher auf Männer ausgerichtet. Um 1900 aber sanken die Preise für Tanzcafés, Konzerte oder Kinobesuche. Viele Aktivi-

¹⁴⁵ Peter Friedemann: Feste und Feiern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1890–1914, in: Gerhard Huck (Hg.): Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980, S. 161–185.

¹⁴⁶ Wolfgang Hardtwig: Nationsbildung und politische Mentalität. Denkmal und Fest im Kaiserreich, in: ders. (Hg.): Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, S. 264–301.

¹⁴⁷ Inge Marszolek: „Jedem Ehre, Jedem Preis ...“. Maifeiern im Kaiserreich, in: Andreas Biefang/Michael Epkenhans/Klaus Tenfelde (Hg.): Das politische Zeremoniell im Deutschen Kaiserreich, Düsseldorf 2008, S. 411–432; Gillner, Kirmes, S. 151 f.

¹⁴⁸ Peter Friedemann: Anspruch und Wirklichkeit der Arbeiterkultur 1891–1933, in: Dietmar Petzina (Hg.): Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986, S. 101–111, Zit. S. 104.



Apollo-/Stadttheater Bochum, um 1910 (Postkarte).
Stadtarchiv Bochum.

täten ließen sich spontaner realisieren und brauchten keine längeren Phasen des Sparens mehr.

Ergänzt wurde das Angebot der Tingel-Tangels und anderer Nummernprogramme, meist in Wirtshäusern und Bierhallen vorgeführt, durch Varietés. Um 1900 bauten die größeren Städte dazu eigene Variététheater in bürgerlichem Stil mit Sälen, die mehr als 1.000 Besucher:innen Platz boten, untergebracht zumeist im Stadtkern zwischen den Einkaufsvierteln und Arbeiterquartieren. In Dortmund entstanden so das Walhalla- und Olympiatheater mit moderner Bühnentechnik und abendlich wechselnden Programmen. Ziel der Betreiber war es, mit ihren Varietés eine Brücke von der Arbeiter:in hin zur bürgerlichen Freizeitkultur zu schlagen. Dies gelang nicht auf Anhieb, was sich unter anderem am Beispiel des hier abgebildeten Bochumer Apollo-Theaters zeigte. 1908 am Tor zum bürgerlichen Stadtteil Ehrenfeld errichtet, musste es bereits ein Jahr nach Eröffnung Kon-

kurs anmelden. Dabei sei die Errichtung doch ein „wahrhaft bedeutsames Ereignis“ für Bochum gewesen, wie es zur Premiere am 10. Oktober 1908 im *Märkischen Sprecher* hieß: „Bochum erhält heute ein großzügig angelegtes Theatergebäude.“ Zum „ersten Male wird der jäh aus dem Provinzstädtchen sich entwickelten Großstadt ein eigener Tempel der Kunst“ spendiert, auch wenn sich das Haus der leichteren Künste verschrieben hatte, so das Blatt weiter.¹⁴⁹ Ansprechen wollte der Betreiber mit seinem Apollo-Theater vor allem das bürgerliche Publikum, das allerdings aufgrund der zunächst noch recht hohen Eintrittspreise mit dem neuen Angebot fremdelte und lieber die kleineren Variétébühnen besuchte oder ins Stadttheater ging, auch wenn dieses noch in einer Wirtshaushalle an der Rottstraße gastierte. Die Stadt übernahm daraufhin den opulenten Jugendstilbau und eröffnete darin 1910 das „Neue Stadttheater“.¹⁵⁰ Insgesamt reichte die Verbreitung der Groß-Varietés im

149 Die Eröffnung des Apollo-Theaters Bochum, in: *Märkischer Sprecher*, 10.10.1908.

150 Althoff, Freizeitangebote, S. 148.

Ruhrgebiet um 1900 aber nicht an die der europäischen Großstädte heran. Dazu hatte sich die eher an den Bedürfnissen der Arbeiter:innen orientierte Tingel-Tangel- und Bühnenkultur in den Wirtshaushinterzimmern im ausgehenden 19. Jahrhundert zu sehr etabliert.¹⁵¹

Eng verbunden mit den Varietés der Jahrhundertwende war eine technische Innovation, die sich innerhalb weniger Jahre weltweit verbreitete, die sogenannten „lebendigen Photographien“, wie man das Kino zunächst nannte. Doch so innovativ, wie uns das Aufkommen des Films heute im Rückblick erscheinen mag, war die Technik für Zeitgenossen gar nicht. Vielmehr sah man in ihr nur eine Weiterentwicklung der etablierten Variétéprogramme.¹⁵² Dementsprechend hielt man in bürgerlichen Kreisen Kinos zunächst für einen banalen Zeitvertreib, der doch eher etwas für Arbeiter:innen sei. Solche Einschätzungen waren vor allem den frühen Filminhalten und Präsentationsorten geschuldet. Im Ruhrgebiet wie auch in anderen Großstädten verbreitete sich die Kinetographie in den ersten zehn Jahren nach den Pioniervorstellungen der Gebrüder Skladanowsky in Berlin und der Lumière-Brüder in Paris 1895 zunächst über Wanderkinos und Variétéprogramme. Filmvorführer gastierten mit mobilen Projektoren auf Marktplätzen oder Jahrmärkten. Gezeigt wurden kurze Filmschnipsel wie Jonglier- und Akrobatiknummern, einfahrende Züge und boxende Kängurus. Wanderkinobetreiber wie die Düsseldorf-Familie Melich führten zum Teil auch eigene Aufnahmen vor und bereisten damit die gesamte Region von Großstädten bis in kleine Dörfer.

Im Ruhrgebiet etablierte sich der Kinetograph recht schnell, und zwar in unterschiedlichen Formaten. Zunächst sind die Wanderkinos zu nennen, die von 1895 bis etwa 1906 die ersten Erfahrungen mit der neuen Technik prägten, danach aber an Einfluss verloren, wenngleich sie im ländlichen Bereich weiterhin Filme präsentierten. Zudem installierten große Varietés eigene Projektoren in ihren Sälen und bauten Filmvorführungen als feste Nummern in ihre Abendprogramme

ein. Parallel dazu gründeten sich Ladenkinos, die im Vergleich zu Wanderkinos zwar ortsfest waren, mit späteren Kinosälen aber noch wenig zu tun hatten. Da es um 1900 relativ leicht war, ein Kino zu eröffnen, und keine spezielle Konzession vonnöten war, bauten viele Einzelhändler ihre Läden kurzerhand um und richteten eigene Filmvorführungssäle ein. Diese waren meist improvisiert und unkomfortabel. Sie zielten auf weniger gut Betuchte ab, profitierten aber vom raschen Aufbau eines Filmverleihsystems, das es ihnen erlaubte, ein abwechslungsreiches Programm anzubieten. Bis zum Ersten Weltkrieg entstanden schließlich auch die ersten größeren Lichtspieltheater und Saalkinos mit mehreren hundert Plätzen, die sich in ihrem Baustil stärker am bürgerlichen Theater orientierten und dementsprechend auch das gehobene Publikum anzusprechen versuchten.

Gleichwohl zog das frühe Kino Kritik seitens des Bürgertums auf sich. Ähnlich wie schon die Jahrmärkte- und Kirmeskultur galt unter Bürgerlichen das Lichtspielhaus als Ort des Lasters. In der Kinoreformbewegung sammelten sich die Gegner und warnten vor „gesundheitliche[r] Schädigung“ durch Kinovorführungen. Ohnehin zeichne sich der Film durch „ethische und ästhetische Minderwertigkeit“ aus und appelliere „an die niedrigen Instinkte der Massen“. Doch es waren nicht nur die gezeigten Filme, die den selbsternannten Reformern als Stein des Anstoßes galten. Auch den Ort des Kinos geißelten sie als „Lasterhöhle“. Dunkelheit und enge Sitzreihen ergäben allzu erotische Situationen, die zu moralisch verwerflichen Kontakten verführten.¹⁵³ Hier übertrugen sich offensichtlich bürgerliche Ressentiments gegen untere Schichten, die bereits aus der Kritik an den Wohnverhältnissen und am Schlaf- und Kostgängerwesen bekannt waren.

Im Dortmunder Bürgerhaus kam 1912 ein Teil der Reformbewegung zusammen und hörte den Vortrag des Hagener Oberlehrers Adolf Sellmann. Man war sich einig, so zumindest ein späterer Zeitungsbericht, dass der

¹⁵¹ Lynn Abrams: *Workers' Culture in Imperial Germany. Leisure and Recreation in the Rhineland and Westphalia*, Norwich 1988, S. 99–103.

¹⁵² Joseph Garncarz: Über die Entstehung der Kinos in Deutschland 1896–1914, in: Frank Kessler/Sabine Lenk/Martin Loiperdinger (Hg.): *Kinematographen-Programme*, Frankfurt a.M. 2002 (KINtop. Jahrbuch zur Erforschung des frühen Films 11), S. 144–158.

¹⁵³ Karl Brunner: *Der Kinetograph von heute – eine Volksgefahr*, Berlin 1913, zit. nach Wolfgang Börstinghaus u.a.: Frühes Kino in Dortmund: Ein neues Unterhaltungsmedium setzt sich durch, in: *Framke*, 8 Stunden, S. 68–80, hier S. 69.

Kinematograph als „Verbildungs- und Verdummungsinstitut“ wirke und Filme „das Publikum sexuell u. kriminell“ erregten. Bei Sellmann wie auch bei vielen anderen Kinokritikern waren solche Positionen vermengt mit Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit. Schließlich, so der Hagener Oberlehrer, erziehe der Film „nicht im vaterländischen Sinne, weil die ausländischen Filme überwiegen und diese süßliche Sentimentalität, prickelnde Pikanterie und burleske Albernheit in unser Vaterland spülen“.¹⁵⁴ Auffällig ist jedoch, dass solche Positionen nicht unwidersprochen blieben. Denn nur einen Tag nach dem Treffen der Reformer protestierte eine Dortmunder Bergmannsfrau in einem Leserbrief „energisch“ gegen die Einschätzungen Sellmanns und verwies auf die „schön und rührend“ gespielten Filme. Von den Plänen der Reformbewegung, das Kino in eine reine Bildungseinrichtung zu verwandeln, die ausschließlich Lehrfilme zeige, hielt sie wenig.¹⁵⁵

Die technische Entwicklung gab ihr schließlich Recht. Noch vor dem Ersten Weltkrieg nahmen Länge und Narrativität der Filme stetig zu, was dazu führte, dass das Kino sich immer weiter von seinem Image als Kuriosität entfernte. Es wurde zu einem selbstständigen und weitgehend unabhängigen Medium, das auch für die unteren Schichten erschwinglich blieb. Zugleich entwickelte es sich zu einem „gesellschaftlichen Erlebnisort“. Trinken, essen und rauchen gehörten hier ebenso dazu wie soziale und erotische Kontakte. Man kommentierte und diskutierte das Gezeigte und nutzte das Kino als Ort der Entspannung, wenngleich es immer wieder auch zu Pöbeleien und kleineren Krawallen kam. Vor allem für Frauen, die nur vereinzelt Kneipen oder Vereinslokale besuchten, bot sich hier eine neue Möglichkeit der Freizeitgestaltung. Das zeigte sich nicht zuletzt im Kinoprogramm, das auffallend häufig das Alltagsleben von Frauen aufgriff und ihnen zugleich durch exotische Erzählungen die Flucht aus ihrem Alltag ermöglichte.

Mit der Verbreitung des Kinos und dem stetigen Ausbau der Filmproduktion gingen sogleich Forderungen nach Filmzensur einher. Bereits sehr früh hatten Städte

Inspektoren in Kinos entsandt, die während der Vorstellungen Filme prüften und anschließend entsprechende Empfehlungen aussprachen. Da sie kaum nach übergeordneten Maßstäben, sondern meist nach eigenem Ermessen urteilten, kam es zu großen Unterschieden in der Zensur. Filme, die in Bochum liefen, konnten in Essen verboten sein. Auch war es schon bald nicht mehr möglich, alle Filme auf diese Weise zu prüfen. Dafür war das Programm der ersten rund 15 Kinojahre zu vielfältig. 1907 übernahm schließlich eine zentrale Zensurstelle in Berlin die Filmprüfung, und zwar vor den Erstaufführungen. Doch verbindlich waren die Prädikate dieser Stelle nicht, was schnell dazu führte, dass Provinzen wie Westfalen eigene Zensurbestimmungen erließen. Davon ließ man sich an Rhein und Ruhr auch nicht abbringen, als Berlin 1912 die zentrale Zensur für bindend erklärte. Die Berliner Prädikate müssten „für den hiesigen Industriebezirk eher schärfer als schwächer“ sein, hieß es von Seiten des Düsseldorfer Regierungsbezirks. Was für Berlin „passend“ sei, könne für „die hiesigen Arbeitergemeinden“ nicht per se zutreffend sein.¹⁵⁶ Polizeiinspektoren waren offensichtlich davon überzeugt, dass im Ruhrgebiet ganz andere Bedingungen vorherrschten. Man müsse die vielen Arbeiter besonders vor sogenannten Schundfilmen schützen, da sie zu Kriminalität verleiteten und zu einer gestörten Sexualität führten. Ihnen sei nicht zuzutrauen, das Kinoprogramm selbst einzuschätzen, vielmehr müsse man sie stärker bevormunden und leiten.

Mit dieser Position lehnten sich die Behörden eng an die Einschätzungen der Kinoreformbewegung an, die im Ruhrgebiet besonders engagiert auftrat. In vielen Orten wie etwa in Eickel setzten die bürgerlichen Reformer zusammen mit den Kommunen auf ein entsprechendes Gegenangebot und eröffneten eigene Gemeindekinos, die ein bildungsorientiertes Programm anboten. Ihre Pläne, den übrigen Kinos damit zumindest einen Teil des Arbeiterpublikums abzuwerben, gingen jedoch nicht auf. Vielmehr wurden sie in Windeseile vom sich stetig internationalisierenden und expandieren-

154 Adolf Sellmann: Beschaffung von Kinematographen durch die Landgemeinden. (Referat auf dem 4. Westfälischen Landgemeindetag in Münster am 15. Juni 1912.), in: Bild und Film. Zeitschrift für Lichtbilderei und Kinematographie 1 (1912), S. 86–88, zit. nach <http://www.westfaelische-geschichte.de/que1304> [zuletzt aufgerufen am 11.12.2024].

155 Zit. nach Börstinghaus u.a., Kino, S. 72.

156 Zit. nach Elisabeth Kosok: Arbeiterfreizeit und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung ihrer Erscheinungsformen und Wandlungsprozesse. 1850–1914 (Diss. Bochum), 1989, S. 292.

Nicolai Hanning

den Filmgeschäft überholt. 1910 hatten in Bochum und Dortmund bereits zehn verschiedene Kinos eröffnet, in Essen sogar 21.¹⁵⁷ Zudem bahnte sich mit der Eröffnung großer Filmpaläste im Stil bekannter Opernhäuser und Theaterbühnen bereits ein Trend an, der sich nach dem Ersten Weltkrieg vollends entfaltete: Das Kino wurde schon bald zu einem schichtübergreifenden Massenmedium, dessen Programmvielfalt ein breites Publikum anzog und sich zum Vehikel einer neuen Populärkultur entwickelte.

2. Arbeitskultur und Biopolitik

Am 11. August 1907 hielt der Metallarbeiterführer Franz Wieber auf einer Versammlung deutscher Hütten- und Walzwerksarbeiter eine flammende Rede. Er stieg mit der Feststellung ein, dass der „Aufschwung in der Produktion“ der deutschen Eisengroßindustrie an etwas Fabelhaftes grenze, fabelhaft vor allem für die „Hüttenkapitalisten“, weniger fabelhaft für die Arbeiter, deren „Lohnverhältnisse“ ganz und gar nicht ihrer Arbeitsbelastung entsprachen. In der Folge zählte Wieber als Vorsitzender des Christlich-Sozialen Metallarbeiter-Verbandes die heute weithin bekannten Aspekte fehlenden Arbeitsschutzes, der Ausbeutung von und der Geringschätzung gegenüber Arbeitern auf. Er sprach von überlangen und vor allem gesundheitsschädlichen Arbeitszeiten. Während andere Berufsstände sich längst die zehnstündige oder eine noch kürzere Arbeitszeit erkämpft hätten, seien Hüttenarbeiter noch immer zu zwölf Stunden mit „wiederkehrender vier- und zwanzigstündiger Wechselschicht“ verpflichtet. An die Arbeitskraft würden „unmenschliche Anforderungen“ gestellt, die noch dazu begleitet seien von belastendem „Rauch“ und „sonstigen Giftstoffen“. Das Leben und die Gesundheit der Arbeiter würden ruiniert. „Die hohe Unfallstatistik“ sei nicht zuletzt auf die Belastungen, die Überanstrengung und langen Arbeitszeiten zurückzuführen. Nicht viel besser sei es um die sanitären

Verhältnisse bestellt. „Wasch- und Badeeinrichtungen, Speise- und Ankleideräume“ seien in einem katastrophalen Zustand. Oft kämen „60–70 Arbeiter“ auf einen einzigen Abort. Schließlich seien Arbeiter einer „rohen Behandlung, Beschimpfung und oft sogar Mißhandlung“ ausgesetzt, einem allzu harten „Strafsystem, wie es wohl in keinem anderen Berufe anzutreffen ist“.¹⁵⁸

Der Duisburger Gewerkschaftsführer hatte sich mit der Arbeitswelt und Lebensrealität der sogenannten Feuerarbeiter auseinandergesetzt. So bezeichnete man zeitgenössisch all diejenigen, die, vornehmlich in der Industrie, vor Feuer und mit heißem Eisen arbeiteten. Seine Auflistung zeigt geradezu prototypisch die Themen an, die Gewerkschaften im 19. Jahrhundert immer wieder angingen, Themen, die den Arbeitsalltag genauso wie den Arbeitskampf prägten. Exklusiv für die Feuerarbeit galten sie freilich nicht. Vielmehr sprach Wieber Probleme an, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts in fast allen Sparten industrieller Arbeit aufkamen. Aber es lässt sich noch mehr aus seinem Auftritt herauslesen. Dass Wieber seine Rede auf einer Konferenz hielt, die Arbeiter und Gewerkschafter aus ganz Deutschland anzog, dass Presse und Politik sie aufgriffen, zeigt uns heute, wie weit die Auseinandersetzung mit der Arbeitswelt in die Öffentlichkeit hineinragte.

Die Arbeitswelt des Ruhrgebiets

Es waren vor allem das Hüttenwesen und der Bergbau, die die Arbeitswelt des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks im 19. Jahrhundert prägten. Um 1850 wurde es dank neuer Bohrtechniken und Schachtbaumethoden möglich, Mergelschichten aufzubrechen, die im Norden des Reviers die Kohleflöze überdeckten. Fortan ließ sich Kohle aus Tiefen von hunderten von Metern fördern, was der Branche einen enormen Schub verlieh.¹⁵⁹ Der Historiker Klaus Tenfelde spricht davon, dass diese beiden „Branchenkulturen“, das Hüttenwesen und der Bergbau, die „Erwerbswelt“ des Ruhrgebiets „sehr stark überformt“ hätten. Das lag sicherlich nicht nur an ihrer Bedeutung, Größe und schnellen Ex-

¹⁵⁷ Althoff, Freizeitangebote, S. 152.

¹⁵⁸ Zit. nach Hartmut Pietsch: Die Feuerarbeiter. Arbeitsverhältnisse in der Duisburger Großindustrie vor dem 1. Weltkrieg, in: Ludger Heid/Julius H. Schoeps (Hg.): Arbeit und Alltag im Revier. Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im westlichen Ruhrgebiet im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Duisburg 1985, S. 166–198, hier S. 166 f.

¹⁵⁹ Michael Zimmermann: Hauer und Schlepper, Kameradschaft und Steiger. Bergbau und Bergarbeit um 1900, in: Ruhrlandmuseum Essen, Erfindung, S. 67–85, hier S. 67.

pansion, sondern auch an der über einen langen Zeitraum gewachsenen Perspektive historischer Forschung, die wiederum von der Überlieferung abhängig war. Und diese offenbart vor allem Hinweise auf das Arbeitsleben in den beiden genannten Branchen, wenn auch meist nur aus zweiter Hand. Denn nur äußerst selten waren es die Arbeiter:innen selbst, die Auskunft über ihre Arbeitserfahrungen gaben. In der Regel waren es Schriftsteller, Zeitungen oder Behörden, die über Arbeiter:innen schrieben und so eine entsprechend gefärbte Sicht präsentierten.¹⁶⁰

Dass sich an Ruhr und Emscher im 19. Jahrhundert neben Bergbau und Hüttenwesen noch breite bauerliche Erwerbsgruppen fanden, gerät schnell in Vergessenheit, also Gesinde und Landarbeiter:innen sowie eine bedeutende Textilindustrie und Bauhandwerk wie in fast allen anderen Regionen, wie Tenfelde an anderer Stelle weiter ausführt.¹⁶¹ Ebenso ist festzuhalten, dass der rasante Aufstieg der Montanindustrie im Ruhrgebiet nicht ohne eine Vorgeschichte auskommt, die so gar nicht den Bildern entspricht, die lange Zeit die Vorstellungen von Industrialisierung und Bergbau geprägt haben. Vielerorts waren es Bauern oder auch ganze Dorfgemeinschaften, die auf ihren Grundstücken selbstständig Kohle förderten. Bis ins 19. Jahrhundert diente der Bergbau Köttern und Kleinbauern als eine Art Nebenerwerb. Diesen sogenannten Kötterbergleuten sicherte es ein mehr als auskömmliches Leben, gelegentlich Kohle zu schürfen. Zugleich zog der Bergbau in seinen frühen Jahren Tagelöhner und Ungelernte an, die sich mit ihm über Wasser zu halten versuchten.¹⁶²

Damit ist das Panorama der Arbeitswelt im Ruhrgebiet jedoch noch lange nicht vollständig. Im 19. Jahrhundert entstanden ebenfalls bereits Zweige der verarbeitenden Metallindustrie, die „Zulieferer“ war für Maschinen und den „sonstigen Produktionsbedarf der Montangewerbe“. Hinzu kamen weitere Maschinenbausparten, die Rüstungsindustrie und erste Niederlassungen der Chemie. Schließlich spielten auch die Erd- und Steinarbeit eine wichtige Rolle, vor allem im Bereich des



„Das Schiffshebewerk zu Henrichsburg. Nach einer photographischen Aufnahme von H. Weeck in Dortmund“.

Aus: E. Meinhard: Der Dortmund-Ems-Kanal, in: Die Gartenlaube, Heft 17 (1899), S. 530–532.

Eisenbahn- und Straßen-, aber auch im Hafenbau – zu erinnern ist hier beispielsweise an das alte Schiffshebewerk am Dortmund-Ems-Kanal in Henrichsburg, dessen Bau in den 1890er Jahren begann.¹⁶³

Dem gegenüber standen diejenigen, die schwere körperliche Arbeit, Unfallgefahren oder Lärm und Schmutz nur aus der Beobachterperspektive kannten: die Angestellten. Sie arbeiteten zwar auch mit ihren Händen, nur hielten sie darin Stift und Papier, Buch und Rechenmaschine. In den 1880er Jahren machten sie im Deutschen Reich allerdings nur etwa 1,5 Prozent der Erwerbstätigen aus. Ein Angestellter kam auf etwas mehr als 40 Arbeiter. Doch die Verhältnisse wandelten sich schon bis

160 Klaus Tenfelde: Arbeiterleben und Arbeiterkultur in der schwerindustriellen Erwerbswelt, in: Tenfelde/Urban, Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 399–448, hier S. 399.

161 Klaus Tenfelde: Sozialgeschichte der Arbeit, in: Franz-Josef Jelich/Bernd Faulenbach (Hg.): Literaturwegweiser zur Geschichte an Ruhr und Emscher, Essen 1999, S. 139–151, hier S. 139.

162 Brüggemeier, Grubengold, S. 33–38; Tenfelde, Bergarbeiterschaft, S. 115–122.

163 Ebd., S. 139.

zum Beginn des Ersten Weltkriegs. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen stieg auf mehr als sechs Prozent, 1925 lag er sogar bei elf Prozent. Das entsprach nun etwa einem Angestellten auf zwölf bzw. sieben Arbeiter:innen.¹⁶⁴

Der Vielgestalt der Arbeitsplätze im Ruhrgebiet steht eine nicht weniger vielfältige Perspektive auf Werk und Arbeit in der Forschung gegenüber. Nachdem die Sozialgeschichte der Arbeit in den 1970er und 1980er Jahren industrielle Arbeitsbedingungen, den Arbeitskampf und die Arbeiterkultur grundlegend und umfassend erforscht hatte, haben sich neuere Studien zunächst dem Arbeitsalltag und im Anschluss daran verstärkt geschlechterhistorischen Fragestellungen, den Images von Arbeit, Raumordnungen von Arbeitsplätzen sowie dem Arbeiterkörper genähert.¹⁶⁵ Prägend für die historische Forschung zur Arbeit im Ruhrgebiet war lange Zeit ein Modell der Klassenbildung, mit dessen Hilfe man der Frage nachging, wie die Arbeiterklasse eigentlich entstanden war. Dieses Modell unterstellte eine zielgerichtete „Homogenisierung auf allen Ebenen, der ökonomischen wie der sozialen und soziokulturellen bis hin zur ideologischen und schließlich organisatorischen Ebene“, schreibt die Historikerin Inge Marszolek. Die Arbeiterkultur dehnte sich – so die lange vorherrschende Annahme – auf die gesamte Lebenswelt der Arbeiter:innen aus, auf das Familienleben und das Wohnen, auf den Arbeitsalltag wie auch auf die Freizeit. Neue Ansätze haben dieses Klassenbildungskonzept zwar nicht grundsätzlich infrage gestellt, aber doch herausgefordert und darauf verwiesen, dass Klassenbildung im 19. Jahrhundert „dynamischer“ und „polyvalenter“ war, als lange Zeit gedacht. So waren etwa Massen- und Arbeiterkultur der Jahrhundertwende um 1900 eng miteinander verflochten.¹⁶⁶

Die Entstehung der Arbeiterkultur und Klassenbildung zwischen Lohnabhängigen und Besitzenden

führte die Forschung vor allem darauf zurück, dass die Behörden nicht müde wurden, die Selbstbestimmung der Arbeiter:innen klein zu halten und ihren Einsatz für bessere Lebensbedingungen zu stören. Solange bürgerliche Schichten Arbeiter:innen sozialhygienisch zu erziehen und disziplinieren versuchten und gleichzeitig auf ihre eigentlich doch obsoleten kulturellen Privilegien pochten, solange Arbeiterkinder unter einem undurchlässigen Bildungssystem litten, „solange mußte ein tief in der Gesellschaft verwurzelter Prozeß der Isolierung voranschreiten und die Arbeiter andererseits veranlassen, für sich ihre eigenen Formen des Umgangs miteinander in Abgrenzung zur bürgerlichen Welt, sozusagen ihre eigene kulturelle ‚Heimat‘ zu schaffen“. Doch dieser Prozess verlief keineswegs so geradlinig, wie es in der Rückschau mitunter erscheint. Vor allem die katholischen Vereine versuchten, die Gegensätze zwischen besitzender Klasse und Lohnabhängigen zu kompensieren, ihnen entgegenzuwirken und die Gesellschaftsschichten miteinander in Kontakt zu bringen. Großen Erfolg hatten sie dabei jedoch nicht.¹⁶⁷

Andererseits ist festzuhalten, dass die im Verlauf des 19. Jahrhunderts im Ruhrgebiet stark anwachsenden Zahlen Lohnabhängiger in Großbetrieben, ihre gemeinsamen Arbeitserfahrungen, die fehlenden Aufstiegschancen und trüben Zukunftsperspektiven zumindest aus Unternehmer- und Politikersicht ein beachtliches Bedrohungspotenzial entfalteten. Eine gewisse Sorge vor der geballten „proletarischen Macht“ war zu spüren, wenngleich die Zentren der Schwerindustrie nicht unbedingt auch Zentren der Arbeiterbewegung sein mussten. Entscheidender für gewerkschaftliches Engagement waren Bildungs- und Wohnfaktoren sowie die Anpassung an das Stadtleben, die in England, aber auch in Schlesien und Berlin bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Thema wurden. Daher ist das Ruhrgebiet eben nicht zur Speerspitze der europäi-

¹⁶⁴ Mathilde Jamin: Handlungsgehilfen und Stehkragenproletarier. Angestellte in der Industrie um 1900, in: Ruhrlandmuseum, Erfindung, S. 87–104, hier S. 87 u. 92.

¹⁶⁵ Karsten Uhl/Lars Bluma: Arbeit – Körper – Rationalisierung. Neue Perspektiven auf den historischen Wandel industrieller Arbeitsplätze, in: dies. (Hg.): Kontrollierte Arbeit – disziplinierte Körper? Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Industriearbeit im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2012, S. 9–31.

¹⁶⁶ Inge Marszolek: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: Borsdorf u.a., Zukunft, S. 124–137, hier S. 126. Vgl. auch Jürgen Kocka: Work as a Problem in European History, in: ders. (Hg.): Work in a Modern Society: The German Historical Experience in Comparative Perspective, New York/Oxford 2010, S. 1–16.

¹⁶⁷ Wolfgang Jäger/Klaus Tenfelde: Bildgeschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, München 1989, S. 70 f.

schen Arbeiterbewegung zu zählen.¹⁶⁸ Das folgende Kapitel integriert diese verschiedenen Perspektiven auf die Geschichte der Arbeit im Ruhrgebiet und liefert eine Zusammenschau mit einem Schwerpunkt auf der schwerindustriellen Erwerbswelt.

Arbeitsbedingungen in der Montanindustrie

Im 19. Jahrhundert wandelte sich Arbeit auf ganz grundsätzliche Weise. Industrielle Fertigungsweisen veränderten die Zeiteinteilung genauso wie sie Arbeitsprozesse erforderlich machten, die stark an maschinelle Abläufe gekoppelt waren, was sich wiederum in ganz neuen Arbeitserfahrungen niederschlug. Bereits um 1800 beschrieb der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel den möglichen Einfluss, den zum Beispiel die zunehmende Zerstückelung von Arbeitsabläufen auf die Alltagserfahrungen von Arbeiter:innen nehmen konnten: In

„demselben Verhältnisse, wie die produzierte Menge steigt, fällt der Wert der Arbeit. Die Arbeit wird umso toter, sie wird zur Maschinenarbeit, die Geschicklichkeit des Einzelnen umso unendlich beschränkter und das Bewußtsein der Fabrikarbeiter wird zur letzten Stumpfheit herabgesetzt; der Zusammenhang der einzelnen Art von Arbeit mit der unendlichen Masse der Bedürfnisse wird ganz unübersehbar und eine blinde Abhängigkeit.“¹⁶⁹

Aufklärer und Nationalökonom:innen hatten zuvor Arbeit jedoch grundsätzlich aufgewertet und sie, so der Historiker Jürgen Kocka, „als Quelle von Eigentum, Reichtum und Zivilität bzw. als Kern menschlicher Selbstverwirklichung“ gefasst. Immanuel Kant hatte dementsprechend die Muße als „leere Zeit“ ab- und die Arbeit selbst zum Lebenssinn aufgewertet: „Je mehr wir beschäftigt sind, je mehr fühlen wir, dass wir leben, und desto mehr sind wir uns unseres Lebens bewusst. In der Muße fühlen wir nicht allein, dass uns das Leben so vorbeistreichet, sondern wir fühlen auch sogar eine Leblosgigkeit.“ Dass

Kant hier stark von sich auf andere schloss, die schwer körperlich arbeiteten, mag naheliegen. Zudem gab es zahlreiche andere Stimmen, die wie Hegel auf die Mühen harter Arbeit verwiesen und den Müßiggang verteidigten. Doch „bis 1800 hatte sich in der westlichen Zivilisation der Arbeitsbegriff ein Stück weit aus seiner früher dominanten Verbindung zu Kampf, Not und Mühsal gelöst“, resümiert Kocka, „aufs Schöpferisch-Kreative hinbewegt und als Kern menschlicher – jedenfalls bürgerlicher – Identitätsbildung empfohlen“.¹⁷⁰

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts verengte sich der Arbeitsbegriff dann weitgehend unabhängig von diesen Bewertungsfragen auf Erwerbsarbeit. Er löste sich immer mehr von seiner zuvor noch gängigen Bedeutung, dass Arbeit eigentlich fast alle Tätigkeiten meinte, ob körperlich oder geistig, die „einen Zweck außerhalb ihrer selbst hatten“.¹⁷¹ Dieser enge Arbeitsbegriff ist auch der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Arbeitswelt des entstehenden Ruhrgebiets bringen lässt mit all ihren verschiedenen Branchen und Berufen, mit ihren unterschiedlich gestalteten Arbeitsplätzen und Arbeitsweisen, Arbeitsrhythmen und Arbeitsteilungen. Ein weiterer Nenner ist sicherlich die manuelle Arbeit, zeitgenössisch meist als Handarbeit bezeichnet, die sich zur Zeit der Industrialisierung im Ruhrgebiet als dominant erwies. Verknüpft waren mit dieser Arbeitsform hohe physische Belastungen bei gleichzeitig starker Abhängigkeit von der Lohnarbeit, um das eigene Auskommen und Überleben zu sichern. Die Lebenswelt der meisten Arbeiter:innen war durch diese beiden Konstanten geprägt. Freilich arbeiteten im Ruhrgebiet auch Unternehmer, Richter und Lehrer, Ärzte und Anwälte, Angestellte in Zuliefer- und Versorgungsbetrieben des Bergbaus, selbst einige wenige Selbstständige im Handel und Handwerk, die andere Arbeitserfahrungen machten, doch sie waren eindeutig in der Unterzahl. Zudem waren ihre Tätigkeiten nicht so stark regionalspezifisch wie die der meisten Arbeiter:innen.

Zu dieser Regionalspezifität zählte die Arbeit in der Montanindustrie. Damit ist nicht nur die untertägige

¹⁶⁸ Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 142.

¹⁶⁹ Zit. nach Christoph Asendorf: Batterien der Lebenskraft. Zur Geschichte der Dinge und ihrer Wahrnehmung im 19. Jahrhundert, Gießen 1984, S. 7.

¹⁷⁰ Alles Zit. nach Jürgen Kocka: Thesen zur Geschichte und Zukunft der Arbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21 (2001), S. 8–13, hier S. 8.

¹⁷¹ Ebd., S. 8.

Arbeit gemeint, sondern auch das dichte Geflecht übertägiger sogenannter Nebenbetriebe, also zum Beispiel Förderungs- und Veredelungsstätten. Etwa 20 Prozent der Belegschaften waren im Ruhrbergbau des 19. Jahrhunderts übertage beschäftigt, und zwar mit niedrigerem Lohn, in längeren Schichten und teils unter Bedingungen, die der anstrengenden untertägigen Arbeit recht nahekamen, nicht zuletzt in den Kokereien, in denen Arbeiter lange Zeit noch händisch schaufelten und transportierten.¹⁷² Die großen körperlichen Belastungen in einer Arbeitsumgebung, die dunkel, schmutzig, feucht und eng war, gingen mit vielen weiteren Eigenarten einher. Vier Aspekte davon seien im Folgenden hervorgehoben.

Erstens blieb die Bedeutung berufsspezifischer Vorbildung bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts als Qualifikationsbedingung eher marginal. Viel entscheidender waren körperliche Konstitution, Kraft und Leistungsbereitschaft. Daher war die Zahl formal qualifizierter Arbeiter im Bergbau und vor allem im Hüttenwesen vergleichsweise klein, wenngleich das implizite Wissen, also das Erfahrungswissen, entscheidend war und einigen Arbeitern sogar Karrierewege bis zum Anstellungsberuf ermöglichen konnte, etwa als Vorarbeiter oder Fahrhauer, die als Aufsichtspersonen unter Anleitung eines Steigers tätig waren. Häufig mussten die Unternehmen daher Arbeitskräfte aus anderen Montanregionen anwerben, vor allem wenn sie neue Werke aufbauen wollten. Auch in Hütten gab es einzelne Arbeitsplätze, die man eigentlich nur mit gut qualifiziertem Personal besetzen konnte. Waren zum Beispiel Walzmeister oder Puddler, die in Stahlwerken dem schwerflüssigen Roheisen durch Rühren mehr Sauerstoff zuführten und in den meisten Betrieben als Leistungsträger galten, unerfahren und unqualifiziert, konnte die Qualität des Endprodukts schnell sinken – allerdings nur bis Ende des 19. Jahrhunderts. Denn ab den 1880er Jahren machten technische Innovationen Handwerksberufe wie die des Puddlers zum Auslaufmodell.¹⁷³

Seit der Erfindung des Windfrischverfahrens durch Henry Bessemer war es möglich, in einem einzigen Konverter innerhalb von rund 20 Minuten fast drei Tonnen Roheisen zu Stahl weiterzuverarbeiten. Im reinen Puddelverfahren dauerte dieser Vorgang für die gleiche Menge etwa einen Tag. Das führte unter anderem dazu, dass zwischen 1850 und 1875 die deutsche Stahlproduktion um das 54-fache stieg und sich die großen Hüttenwerke von Handwerksbetrieben in „maschinisierte Fabriken“ verwandelten. Auch wenn die Unternehmen fortan auf qualifizierte Maschinisten angewiesen waren, zeigte der Trend für die Mehrheit der Stahlarbeiter weiter in nur eine Richtung: Dequalifikation im Produktionsbereich.¹⁷⁴ Festzuhalten bleibt also, dass die Zeitspanne zwischen dem ausgehenden 18. und dem beginnenden 20. Jahrhundert im Ruhrgebiet eine Konjunkturphase ungelerner, primär körperlich orientierter Industriearbeit war.¹⁷⁵

Zwar kannte die Hüttenindustrie viele verschiedene Tätigkeitsprofile mit bis zu 40 unterschiedlichen Arbeiterkategorien und Lohnklassen, den Erzfahrer und Gichtarbeiter, Schmelzer und Gießer, Pfannenwärter und Schlackenmann, später den Konvertermann und Ofenarbeiter, Gussbauer, Lader, Rangierer, Kipper, Träger und Platzarbeiter, in den Walzwerken den Steuer- und Maschinisten, Vor- und Hilfswalzer. Doch sollten diese differenzierten Arbeitsfelder nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie in der Regel keine hohe Qualifizierung voraussetzten. Sie waren größtenteils austauschbar, sofern man auf den Führungsposten am Hochofen ausreichend versierte Arbeiter hatte. Durch die Maschinisierung wurden Fleiß und Verlässlichkeit, Pünktlichkeit und Aufmerksamkeit wichtiger als technisches Wissen oder Arbeitserfahrung.¹⁷⁶

Im Bergbau erreichte dieser Trend der Austauschbarkeit in der Konjunkturphase seit den 1890er Jahren seinen Höhepunkt. 1889 hieß es von Seiten des Oberbergamts:

¹⁷² Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 140 f. u. 145.

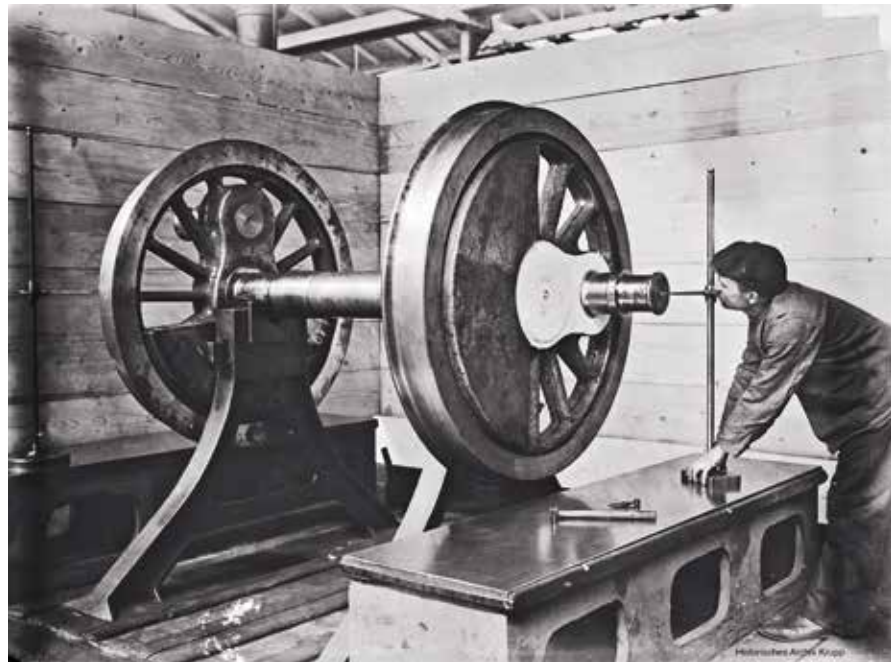
¹⁷³ Vgl. Thomas Welskopp: Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994, S. 94–102.

¹⁷⁴ Frank Kerner: Luppen, Brammen und Konverter. Die Eisen- und Stahlindustrie, in: Ruhrlandmuseum Essen, Erfindung, S. 47–65, hier S. 52 u. 54.

¹⁷⁵ Die folgende Auflistung nach Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 146.

¹⁷⁶ Kerner, Luppen, S. 56 f.

Messstand für Lokomotiven-Radsätze, Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation, um 1910.
Historisches Archiv Krupp, Essen.



„Schuster, Schneider und landwirtschaftliche Arbeiter wurden sogenannte Bergleute und wurden bald mit Arbeiten betraut, die weder ihren individuellen Fähigkeiten noch ihrer Erfahrung und Ausbildung entsprachen. Die unter der alten Gesetzgebung regelrecht ausgebildeten Bergleute gerieten bald in die Minderheit gegenüber dem sich regellos zusammensetzenden modernen Bergarbeiterstand.“

Hinter dieser Entwicklung verbarg sich eine Eigenart des Ruhrgebiets, die schon Zeitgenoss:innen auf den stürmischen Aufschwung Ende des 19. Jahrhunderts zurückführten. In anderen Regionen schaute man dementsprechend mit reichlich Skepsis auf die angeblich „höchst minderwertige Heranbildung der Bergarbeiter“ an Ruhr und Emscher.¹⁷⁷

Auf der anderen Seite bemühten sich Betriebe darum, eine feste Gruppe von Stammkräften aufzubauen. Das lässt sich gut am Beispiel des Bochumer Vereins erkennen, der 1854 aus der Gussstahlfabrik Mayer und Kühne hervorgegangen war und zunächst als Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation (BVG) bekannt wurde. Das Unternehmen prägte lange Zeit den

Bochumer Arbeitsmarkt und machte sich mit seiner Stahlglockenfabrikation auch überregional einen Namen.¹⁷⁸ Schon mit seiner Gründung setzte der Bochumer Verein darauf, einen festen Kern an Arbeitern durch Werkswohnungen und Unterstützungskassen an sich zu binden. Auch eine selektive Lehrlingsausbildung sollte dabei helfen, eine Stammarbeiterschaft heranzubilden. Hinzu kamen Ende des 19. Jahrhunderts symbolische Maßnahmen und Rituale wie Jubilärfeste, mit denen das Unternehmen Dienstjubiläen einzelner Arbeiter feierte. Damit ließ man einer ausgewählten Arbeitergruppe sowohl innerhalb des Betriebs, aber auch in der Außenwirkung Prestige zuteilwerden und steigerte die Identifikation mit dem Unternehmen.

Diese Stammarbeiter waren es auch, die die zeitgenössische Industriefotografie des Bochumer Vereins in Szene setzte. Meist lichtete sie Männer „mittleren Alters“ ab, „die für Qualifikation, Effizienz und auch Zufriedenheit stehen sollten“. In vielen, fast schon sterilen Fotos sah man sie meist bei Prüftätigkeiten in eigens für die Aufnahmen hergerichteten Settings, die wenig mit der Arbeitsrealität zu tun hatten. Dass es im Bochumer Verein viele Jahre lang keine größeren Streiks gab, ist si-

¹⁷⁷ Zit. Brüggemeier, *Leben*, S. 99 u. 100.

¹⁷⁸ Marco Rudzinski: *Ein Unternehmen und „seine“ Stadt. Der Bochumer Verein und Bochum vor dem Ersten Weltkrieg*, Essen 2012.



Belegschaft der Zeche Herberholz, Hattingen, 1883. Gut zu erkennen sind hier die noch sehr einfachen Werkzeuge wie Keilhauen und Äxte. Über die Schulter tragen die mehrheitlich Pfeife rauchenden Bergleute offene Öllampen, die man wegen ihrer Form auch „Frösche“ nannte.

Deutsches Bergbau-Museum Bochum.

cherlich auch auf diese Art der Unternehmensführung und -politik zurückzuführen. Diese „über Jahrzehnte recht erfolgreiche patriarchalische Integrationsstrategie der Unternehmensleitung stieß erst mit den veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen im Ersten Weltkrieg und [in] der Weimarer Republik an ihre Grenzen“, schreibt der Historiker Ralf Stremmel. „Jetzt griffen die Beschäftigten wiederholt zu Streiks, um ihre Interessen durchzusetzen, und jetzt hatten sie die Möglichkeit, über Betriebsräte einen gewissen Einfluss auf die Geschäftspolitik zu nehmen.“¹⁷⁹

Zweitens war die körperliche Anstrengung bei der Berufsausübung mit einer außerordentlich hohen Unfallgefahr und Krankheitsanfälligkeit verbunden, auf den

Zeichen genauso wie vor den Hochöfen. Dort waren Arbeiter mit extrem hohen Temperaturen konfrontiert, ob beim Abstich oder Transport glühenden Eisens, beim Gießen, Schmieden oder Walzen, stets strahlte das zu bearbeitende Material eine große Hitze ab. Immer wieder zogen sich Arbeiter daher schwerste Verbrennungen zu, die teilweise bis zum Tod führten. Auch in den Tiefbauzechen arbeiteten Bergleute in rund 1.000 Metern Tiefe bei meist mehr als 30 Grad Celsius und knapp 100 Prozent Luftfeuchtigkeit. Hier kam noch die Dunkelheit hinzu. Die Benzinlampen der Arbeiter erhellten den Grubenbau nur notdürftig, was die Unfallgefahr erhöhte, denn häufig wusste man schlicht nicht, wohin man tritt, wer hinter einem mit dem Gezähe, also

179 Ralf Stremmel: Industrie und Fotografie. Der „Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation“, 1854–1926, Münster 2017, S. 52.

dem Handwerkszeug, arbeitete. Dunkelheit bedeutete permanenten Stress, einmal für die Augen, die mit unkontrolliertem, krankhaftem Zittern reagierten, dem Nystagmus, aber auch für die Psyche, da Bergleute permanent wachsam sein mussten. Das galt für alle Sinne: Gefährliche Grubengase konnte man teilweise riechen, Bewegungen im Gestein kündigten sich über knarzen-des Gebälk an. Nur wer diese Gerüche und Geräusche richtig deutete, konnte sich und andere im Ernstfall retten.

Die Unfallgefahr war stets präsent, unter Tage oder bei der Maschinenarbeit genauso wie durch wiederkehrende Ofendurchbrüche oder Explosionen am Werksge-lände. Auch beim Rohstofftransport kam es häufig zu Verletzungen, was schon allein am hohen Transportbe-darf lag – Mitte des 19. Jahrhunderts war beispielsweise bei Krupp rund die Hälfte der Belegschaft mit Transport beschäftigt. Hinzu kamen nahezu dauerhafte Belastungen, die sich aus der Raumstruktur des Arbeitsplatzes ergaben, etwa durch starke Temperaturschwankun-gen. Im Winter waren Werkshallen oft zugig, im Som-mer schwül und heiß. Lärm, Staub und Giftgase taten ihr Übriges. Wirklich wirksame Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzmaßnahmen, insbesondere in der Hütten-industrie, brachten die Unternehmen erst in den 1920er Jahren auf den Weg. Die Lebenserwartung der Arbeiter war im Ruhrgebiet daher unterdurchschnittlich. Sie wa-ren verhältnismäßig früh arbeitsunfähig, „bergfertig“ hieß es zeitgenössisch. Im Ruhrgebiet reichten Anfang des 20. Jahrhunderts rund 17 Berufsjahre, um invalide zu werden. Dementsprechend fanden sich unter Tage auch nur wenige Arbeiter, die älter als 40 Jahre waren.¹⁸⁰ Diejenigen, die es ins Rentnerdasein schafften, litten un-ter den typischen chronischen Krankheiten wie etwa der Silikose (Staublunge), die sie sich während ihres Ar-beitslebens zugezogen hatten.

Drittens war Arbeit in der Montanindustrie von Zeit-rhythmen geprägt, die an Schichtmodelle geknüpft waren und dem Arbeiterkörper viel abverlangten. Im Bergbau waren dies Achtstunden-, in der Metallge-winnung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs sogar Zwölfstundenschichten an sechs Tagen in der Woche. Überstunden und Wechselschichten an den Wochen-

enden kamen hinzu – unter erbittertem Protest von Arbeitern, Gewerkschaften und Sozialreformern. Die-se strenge Rhythmik trennte so scharf wie nie zuvor Arbeits- und Familienleben voneinander und grenzte die Lohnarbeit ebenso scharf von anderen Berufen ab, etwa dem traditionellen Handwerk. Auch die Ar-beit selbst war durch meist eng getaktete Rhythmen geprägt. Zeitordnungen banden Arbeiter fest an ihren Arbeitsplatz und schrieben vor, wie Tätigkeiten zu un-terteilen waren. Möglichkeiten, Arbeitsvorgänge eigen-ständig untereinander aufzuteilen, gab es kaum noch. Ein treffendes Beispiel sind dafür die Gießvorgänge im Schmelzbau bei Krupp. Rund 700 Arbeiter waren hier in einen Vorgang eingebunden, der eine rasch und präzi-se auszuführende Tätigkeit vorsah. Bei extremer Hitze und unter großer körperlicher Anstrengung arbeiteten Schmelzer, Gießer und Ofenarbeiter im Kolonnendienst, der „bestimmten Ofenabschnitten zugeordnet“ war, so der Historiker Heinz Reif.

„Zu einer Kolonne gehörte zunächst die eigentliche Ofenmannschaft, das waren die ‚Aufschipper‘ (nur bei den Koksöfen), die Ofenstocher (1. und 2. Stocher), die ‚Brockler‘ (1. und 2. Brockler), die Tiegel und Tiegel-deckel vor dem Gießen von Staub und Schlacken rei-nigten, und der ‚Zügereinmacher‘. Dieser öffnete und schloß die Ofentüre und sorgte für das Funktionieren der extrem hitzebelasteten Ketten (Züge) und Füh-rungen, über welche die Ofentüren bewegt wurden. Hinzu kamen dann die Schmelzer und die Gießer.“¹⁸¹

Solche zeitlich eng aufeinander abgestimmten Arbeiten mit derart vielen verschiedenen Aufgaben und Arbei-tern wirkten auf Außenstehende nicht zuletzt aufgrund der menschlichen Automatisierung spektakulär. Immer wieder zog es Journalisten in die Fertigungshallen, die emphatisch über die feinteilig rhythmisierten Arbeits-vorgänge bei gleichzeitiger extremer körperlicher Belas-tung berichteten. „Bei großen Güssen holen die Arbeiter je einer Nummer [= Kolonne] bis zu 10 Tiegel, und alles geschieht in musterhafter Ordnung, ohne Commando-worte, nur nach der Signalpfeife“, schrieb ein Redakteur der Zeitschrift *Prometheus* Ende des 19. Jahrhunderts

180 Allgemeiner Knappschaftsverein Bochum: Verwaltungsbericht für das Jahr 1908, Teil 1, Bochum 1909, S. 56.

181 Heinz Reif: „Ein seltener Kreis von Freunden“. Arbeitsprozesse und Arbeitserfahrungen bei Krupp 1840–1914, in: Klaus Ten-felde (Hg.): Arbeit und Arbeitserfahrung in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 51–91, hier S. 62 f.

Nicolai Hannig

nach einem Besuch in der Krupp'schen Gussstahlfabrik, „denn ein Guß von 50 t., zu dem etwa 1200 Tiegel gehören, dauert nur ½ Stunde [...]. Es ist wohl begreiflich, daß nur unter erfahrenen Leitern vorzüglich geschulte und zuverlässige Arbeiter das Gelingen eines solchen Gusses sichern können.“¹⁸² Was in solchen Schilderungen in den Hintergrund rückte, war das autoritäre Betriebsklima, das in Zechen und Hütten vorherrschte. Wer dem gewachsen war und sich entsprechend loyal zeigte, konnte aber auch mit gewissen Privilegien rechnen, die einem der Betrieb einräumte.

Aber auch die Arbeit selbst war einem strengen Regime unterworfen, geprägt durch traditionelle Ordnungsprinzipien, Überwachung und Bestrafung. In der Stahlindustrie waren Lohnabzüge an der Tagesordnung, etwa wenn Beschäftigte zu spät kamen, unentschuldig fehlten oder fehlerhaft arbeiteten. 1907 bewegte sich die Strafzahlung für das Zuspätkommen zwischen 25 Pfennig und einer Mark. Bei einem Schichtlohn von vier bis sieben Mark war dies ein erheblicher Teil, der die Arbeiter empfindlich traf. Fehlten sie unentschuldig, kürzte ihnen der Betrieb den nächsten Schichtlohn um die Hälfte. Bei fehlerhaftem Arbeiten konnte die Strafe sogar den gesamten Schichtlohn übersteigen. Arbeiter klagten immer wieder über ein Übermaß an Disziplinarmaßnahmen, vor allem bei Streiks. Festlegen konnte diese Strafzahlungen der direkte Vorgesetzte, was den Strafzahlungen noch eine gewisse Willkür verlieh.¹⁸³ Im großen Bergarbeiterstreik 1905 forderten die Arbeiter die „Beseitigung der zu vielen und zu harten Strafen, [...] eine humane Behandlung, Bestrafung und evtl. Entlassung aller die Arbeiter mißhandelnden und beschimpfenden Beamten“, schrieb der Gewerkschafter und Reichstagsabgeordnete Otto Hue 1913 in seiner Bergarbeitergeschichte. In einem Bericht der Essener Handelskammer war zwei Jahre zuvor von ganz anderen Bedingungen zu lesen, von hohen Anteilen an Eigenverantwortung und Individualität: „Man darf doch nicht vergessen, meine Herren, daß es sich beim Bergbau um einen Betrieb handelt, bei dem es auf die individu-

elle Sorgfalt und Anstrengung des Arbeiters sowohl als auch den mittleren und höheren Beamten ankommt. [...] Der Arbeiter wie der Beamte ist mehr auf sich gestellt und muß in jedem Augenblick darauf gefaßt und in der Lage sein, selbständig und nach bestem eigenen Ermessen zu disponieren, wenn das Ganze gedeihen soll.“¹⁸⁴

Die Einschätzungen konnten nicht unterschiedlicher sein, waren jedoch auf die jeweiligen Interessen der Sprecher zurückzuführen. Zugleich finden sich genügend Belege, die zeigen, dass Unternehmensleitungen ständig darauf pochen mussten, Arbeitsordnungen einzuhalten. Immer wieder mussten sie Weisungen erneuern oder Anreize durch gute Löhne und Sozialleistungen schaffen. Offensichtlich, so lässt sich daraus schließen, fanden Arbeiter gelegentlich einen Ausweg aus dem starren System, agierten eigensinnig und ignorierten Regeln. Auch die hohe „Arbeiterfluktuation“, wie sie etwa im Bochumer Verein trotz treuer Kernbelegschaft üblich war, spricht dafür, dass nicht jeder Arbeiter gleich ein Gefangener seines Arbeitsplatzes sein musste.¹⁸⁵

Bilder, die einen Eindruck von den Arbeitsbedingungen in der Hüttenindustrie vermitteln, sind uns nur sehr wenige überliefert. Die schwierigen Lichtverhältnisse in schlecht beleuchteten Werkshallen und lange Belichtungszeiten der frühen Kameras machten es nahezu unmöglich, dynamische Arbeitsvorgänge zu fotografieren. Daher gibt es nur einen kleinen Pool an Aufnahmen, die dementsprechend oft gezeigt werden. Bei genauerem Hinsehen fällt schnell auf, dass sie gestellt sind und nur bedingt Auskunft darüber geben können, wie es um die Arbeitsbedingungen bestellt war.¹⁸⁶ Personen wirken oft statisch, wie Staffage. Einen Eindruck von den harten Arbeitsbedingungen und Unfallgefahren können sie daher kaum vermitteln.

Das erste hier abgedruckte Foto zeigt eine Arbeitssituation an einem typischen Puddelofen. In der hinteren Bildmitte ist ein Arbeiter zu erkennen, der Eisenstücke aus dem Herd zieht und auf einen Karren befördert, den wahrscheinlich die andere Person vorgefahren hat. Ne-

¹⁸² Zit. nach ebd., S. 63.

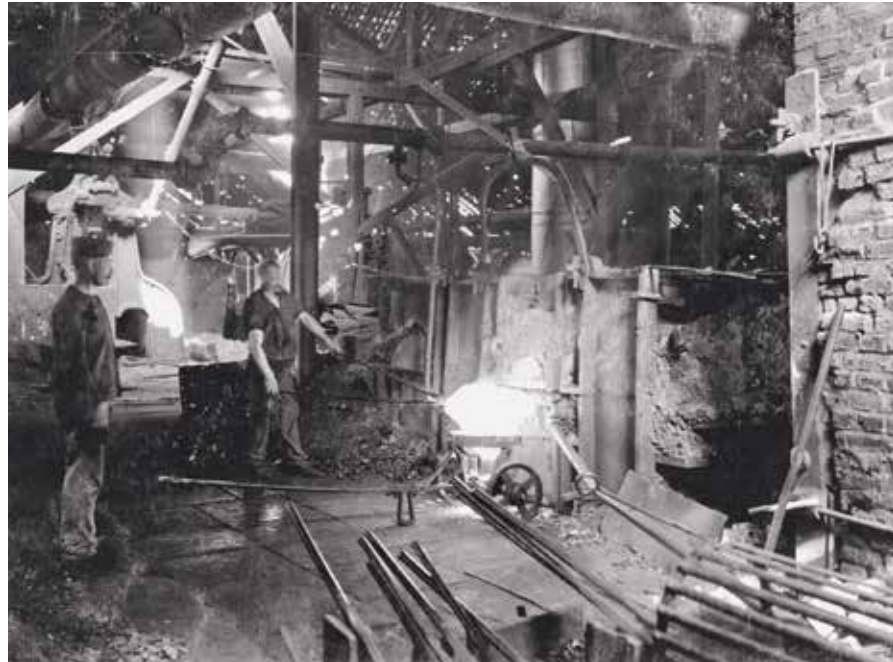
¹⁸³ Kerner, Luppen, S. 63.

¹⁸⁴ Beide Zit. nach Brüggemeier, Leben, S. 112.

¹⁸⁵ Rudzinski, Unternehmen, S. 117.

¹⁸⁶ Die folgenden Ausführungen nach Karin Dahm-Zeppenfeld/Robert Laube (Hg.): *Feuerarbeit – Bilder aus der Dortmunder Hüttenindustrie 1850–1950*, Essen 1998, S. 42 f.

Arbeit am Puddelofen, wahrscheinlich Eisenwerk Rothe Erde, Dortmund, um 1900.
thyssenkrupp Corporate Archives, Duisburg.



ben dem Ofen ist aufgehäufte Steinkohle zu erkennen, im Hintergrund eine Ableitungsanlage, noch weiter hinten ein Schmiedehammer. Die drapierten Zangen und Rührstangen im Vordergrund deuten darauf hin, dass das Bild arrangiert ist. Dennoch findet sich die Aufnahme in vielen Bildbänden, Ausstellungen und Studien zur Hüttenindustrie mit teils verschiedenen Datierungen, Provenienzen und Beschreibungen. Das Hoesch-Archiv verwahrt Abzüge, die darauf verweisen, dass das Bild immer wieder bearbeitet, ausgebessert und retuschiert wurde, um einen möglichst klaren Blick auf die, wenn auch gestellte, Arbeitssituation zu erhalten. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das Bild um 1900 entstanden, da sich einige ähnliche Bilder in einem Album aus dieser Zeit fanden, einem Album, das Fotografien aus dem Dortmunder Eisenwerk Rothe Erde enthält. Heute ist die Aufnahme nur schwer zu entschlüsseln. Sie vermittelt uns vielleicht einen vagen Eindruck davon, wie eigentlich ein Arbeitsplatz am Puddelofen beschaffen war. Die oben geschilderten harten Arbeitsbedingungen drücken sich nur ansatzweise aus. Daher verrät die Fotografie uns mehr über die zeitgenössische Inszenierung von Arbeit in der Hüttenindustrie. Technisch bedingt waren Aufnahmen wie diese aufwendig und kostspielig.

Sie mussten gut geplant sein und hatten häufig einen konkreten Anlass. Das hier diskutierte Foto sollte offenbar einen entspannten, aufgeräumten Eindruck vermitteln, es sollte Interesse wecken, vielleicht sogar Werbung für die Arbeit in der Hüttenindustrie machen.

Die zweite Aufnahme ist ein treffendes Beispiel für den großen Aufwand, den Unternehmen bereits um die Jahrhundertwende betrieben, um ihre eigenen Produkte, aber auch ihre Arbeiter und somit auch sich selbst zu inszenieren. Sie zeigt einen Bergmann und einen Steiger, die mit einem Förderwagen auf Grubenbahn-Schienen des Bochumer Vereins posieren. Zu sehen ist ein vollständig artifizielles Arrangement, das man ganz offensichtlich eigens für die Fotografie erschaffen hatte. Der Fotograf ließ zunächst einen Teil der Werkshalle mithilfe eines Vorhangs abtrennen, um für bessere Lichtverhältnisse zu sorgen. Dann verlegte man auf dem Boden Schienen und setzte den Grubenwagen darauf. Die darüber befindliche Holzkonstruktion sollte einen Grubenausbau darstellen und damit eine vermeintlich typische Arbeitssituation simulieren. Zudem steckte der Fotograf den im Vordergrund stehenden Steiger in seine Bergmannstracht.¹⁸⁷ Mit „Arbeit“ hatten solche Bilder nichts zu tun, ebenso wenig dokumentieren sie zeitgenössi-

¹⁸⁷ Stremmel, Industrie, S. 53.



Grubenbahn-Schienen mit Förderwagen, Bergmann und Steiger in Berghabit, Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation, um 1910.
Historisches Archiv Krupp, Essen.

sche Arbeitsbedingungen, Produktionsvorgänge oder gar das Selbstverständnis der Arbeiter. Vielmehr vermitteln sie einen Eindruck davon, wie die damalige Unternehmenskommunikation Fotografien einsetzte, um Arbeit in bereinigten Bildern zu inszenieren und damit ihre Außenwirkung zu steuern.

Viertens war die schwere körperliche Arbeit in den Augen zeitgenössischer Arbeitgeber auch ein Grund dafür, dass die Montanindustrie fast ausschließlich Männer einstellte. Dies war keine unbedingt neue Beschränkung, sondern eine Tradition, die im Bergbau bis in die frühe Neuzeit zurückreichte. Und es war auch keine einheitliche Beschränkung, denn in anderen Regionen war die Anzahl an Frauen in der Montanindustrie deutlich höher als im Ruhrbergbau, etwa im Transport oder in der Sortierung. Während des Ersten Weltkriegs brach diese Einstellungspolitik zeitweise auf, wenngleich die neu eingestellten Frauen vornehmlich über Tage in Kokereien und Sortieranlagen beschäftigt waren. Im Ruhrgebiet führte diese strikte Selektion jedenfalls dazu, dass sich Arbeiterfamilien in der Regel als Doppelverdienerhaushalte aufstellten, in denen Männer außer-, Frauen inhäusig arbeiteten, meist durch haushaltsnahe Dienste und die Organisation des Kost- und Schlafgängerwesens.

Aber auch diese Teilung begünstigte letztlich nur, dass sich der großen Belastungen ausgesetzte Bergmanns-

körper im Ruhrbergbau schnell zu einem „Fixpunkt“ entwickelte, der Mentalitäten, Gruppenzugehörigkeiten und Selbstverständnisse prägte – und das bereits seit der Jugend. Denn schon ab 16 Jahren konnte der Ruhrbergbau junge Männer unter Tage beschäftigen. Diese Vorgabe existierte seit den Anfängen des Bergbaus und blieb auch von der Bergrechtsreform 1851/65 unangetastet, wenngleich sich in Phasen des Arbeitskräftemangels, wie etwa in den Jahren nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, viele Unternehmen über diese Vorschrift hinwegsetzten und teils sogar Vierzehnjährige als billige Arbeitskräfte einsetzten.¹⁸⁸ Die jungen Bergleute begannen ihre Tätigkeit zumeist als Schlepper oder Bremser – den Arbeiten, die zu den anstrengendsten und gefährlichsten zählten. Von dort konnten sie zum Lehrhauer, anschließend zum Kohlenhauer aufsteigen. Sehr früh stellte sich dadurch eine gewisse Risikoaffinität im Arbeitsalltag ein, was die Konzernleitungen in Kauf nahmen, teilweise sogar guthießen, schließlich sei die Arbeit auf dem Bergwerk doch von „bester erzieherischer Wirkung“, was allzu restriktive Vorschriften nicht untergraben sollten, äußerten viele Zechenbesitzer. Revierbeamte argumentierten in eine ähnliche Richtung und betonten die „Wichtigkeit, welche die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter für die Schaffung eines tüchtigen Arbeiterstammes“ habe. Daher seien die vielen vorgeschriebenen Pausen auch weitgehend unnö-

¹⁸⁸ Brüggemeier, *Leben*, S. 94 f.

tig, denn die jungen Arbeitskräfte könnten sich ausreichend während der Arbeitsunterbrechungen erholen.¹⁸⁹

Im Vergleich etwa zum Metallarbeiter arbeitete der Bergmann in der Regel nicht allein, sondern in Arbeitsgruppen. Verlässlichkeit spielte in diesen Gruppen eine wichtige Rolle, vor allem wenn es darum ging, Gefahren zu erkennen. Da sich auch die Entlohnung an der Leistung einer Arbeitsgruppe orientierte, war man im alltäglichen Arbeitsablauf stark auf die anderen angewiesen. Meist handelte der von der Gruppe benannte Ortsälteste mit dem Steiger vor Arbeitsbeginn auf Grundlage der Arbeitsverhältnisse aus, wie hoch der Lohn ausfiel. Da die Bedingungen sich schnell verändern konnten, von Flöz zu Flöz, manchmal auch von einem Tag auf den anderen, ging es neben Kraft und Ausdauer immer auch darum, selbstständig, entscheidungs- und vor allem risikofreudig zu agieren. Der Ortsälteste, der nicht unbedingt der Älteste der Gruppe, aber dafür respektiert sein und das Vertrauen der anderen genießen musste, zeichnete sich zudem durch ein gewisses Verhandlungsgeschick aus. Auch musste er über Autorität verfügen, die ihm dabei half, seiner Gruppe eher unvorteilhafte Verhandlungsergebnisse zu verkaufen.

Zu dieser auffällig hohen Bereitschaft, Risiken einzugehen, zählte ebenso der Umgang mit Krankheiten und Verletzungen. In der „männlichen, körperzentrierten ‚Machokultur‘ der Bergleute, wie sie sich z.B. auch im Arbeitersport manifestierte“, schreibt der Historiker Lars Bluma, galt körperliche Schwäche als besonderer „Makel“, stellte „sie doch gleichsam das einzige Kapital des Bergmanns, seine Arbeitskraft, infrage, und damit seine berufliche und gesellschaftliche Rolle, z.B. als Ernährer der Familie“. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, dass viele trotz Krankheit arbeiteten und nicht selten die ohnehin schon rudimentären Sicherheitsbestimmungen missachteten, um ihre „akkord-

ähnliche Lohnvereinbarung“ erzielen zu können.¹⁹⁰ Bestimmungen, die beispielsweise die Staubbelastungen am Arbeitsplatz begrenzen sollten, unterliefen sie zum Teil ganz bewusst, um Zeit einzusparen.¹⁹¹ Vor allem unter Älteren war die Furcht groß, Leistungsfähigkeit einzubüßen, da es schnell passieren konnte, dass man sich in anderen, schlechter bezahlten Tätigkeiten wiederfand, wenn das Arbeitsvolumen nicht mehr den Vorgaben entsprach. War man nicht in die Position eines Vorgesetzten aufgestiegen, war das Altern in der Regel mit finanziellen Einbußen verbunden, was wiederum den sozialen Abstieg bedeuten konnte, wie auch in der Stahlindustrie, in der um 1900 knapp 80 Prozent der Arbeiter zwischen 16 und 35 Jahre alt waren.¹⁹² Risikoaffinität war daher eng verknüpft mit Idealen der Virilität und einer bergmännischen Konkurrenz, die sich trotz der teamorientierten Arbeitsweisen im 19. Jahrhundert weit verbreitete.

Der Historiker Steve Meyer hat diese Arbeitskultur am Beispiel der US-amerikanischen Kfz-Industrie als „rough manhood“ beschrieben.¹⁹³ Diese übte auch auf Jugendliche eine enorme Anziehungskraft aus und sorgte dafür, dass sie ihren 16. Geburtstag kaum erwarten konnten, wenn sie selbst endlich einfahren „durften“. Doch bereits nach den ersten Erfahrungen erstickten die Staubwolken den Eifer vieler Jugendlicher. Auch einige Zuwanderer wandten sich nach kurzer Zeit wieder ab. Diejenigen, die blieben, wussten vor allem den guten Verdienst zu schätzen und fügten sich schon bald in die Gemeinschaft mit ihren spezifischen Handlungsmustern, Haltungen und Überzeugungen ein.

Die Arbeitsrisiken waren im Ruhrgebiet begleitet von weiteren Alltagsrisiken, zumindest empfanden es viele Arbeiter so. Mit Beginn der starken Zuwanderung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der rasanten Urbanisierung erhielt das Ruhrgebiet schnell das Image des „Wilden Westens Preußens“. Polizeidienststellen be-

¹⁸⁹ Ebd., S. 95.

¹⁹⁰ Lars Bluma: Der Körper des Bergmanns in der Industrialisierung. Biopolitik im Ruhrkohlenbergbau 1890–1980, in: ders./Karsten Uhl (Hg.): Kontrollierte Arbeit – disziplinierte Körper? Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Industriearbeit im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2012, S. 35–72, hier S. 36 u. 51.

¹⁹¹ Vgl. Arthur McIvor/Ronald Johnston: Miner's Lung. A History of Dust Disease in British Coal Mining, Aldershot/Hampshire 2007.

¹⁹² Kerner, Luppen, S. 61.

¹⁹³ Steve Meyer: Rough Manhood. The Aggressive and Confrontational Shop Culture of U.S. Auto Workers during World War II, in: Journal of Social History 36 (2002), S. 125–147.

richteten, dass Bergleute mitunter wie selbstverständlich Schusswaffen bei sich trugen. Waffenherstellern kam dieses Image von Gewalt und Unsicherheit nur gelegen. Einige bekräftigten es sogar noch und schalteten Werbeanzeigen, die mit drastischen Bedrohungsszenarien arbeiteten. In der *Wattenscheider Zeitung* schaltete ein Waffenhändler eine Anzeige folgenden Wortlauts: „Mord! Diebstahl, Einbruch liest man täglich in den Zeitungen. Deshalb kein Mann ohne Revolver. In keinem Schlafzimmer, in keiner Familie darf der Revolver fehlen.“¹⁹⁴ Auch wenn solche Schilderungen überzeichnet waren, heizten sie die Stimmung an, zumal sich ein Großteil des Alltags ohnehin in der Öffentlichkeit abspielte, in Wirtshäusern und Schnapskasinos, auf den Straßen und Plätzen. Auch kam es immer wieder zu Krawallen wie in Herne 1899, als sich aus einem Streik, hauptsächlich polnischer Bergleute, gewalttätige Straßenkämpfe entwickelten, bei denen Polizeikräfte zwei Arbeiter erschossen und 14 weitere verletzten. Grund des Streiks waren eigentlich nur erhöhte Lohnabzüge für die Knappschaftskasse. Im Hintergrund standen aber die Unzufriedenheit über prekäre Wohnverhältnisse, die schlechten Arbeitsbedingungen und die Ressentiments von Seiten der Lokalbevölkerung.¹⁹⁵

Das hohe Maß an Risikoaffinität und rough manhood ging zugleich mit einer gesteigerten Morbidität im Bergbau einher – ein Phänomen oder besser: eine Tradition, die in der Rückschau lange Zeit unbeachtet blieb. Die Morbidität im Ruhrbergbau hing eng mit der starken Mortalitätsrate zusammen, vor allem unter jungen Bergleuten. Generell war im Kaiserreich die Lebenserwartung der Bergleute im Vergleich zu anderen Berufen sehr gering. Zurückzuführen sind diese Befunde auf die bereits angesprochenen harten Arbeitsbedingungen, die Risikokultur und das im Grunde fehlende Ausbildungssystem. Unter der großen Gruppe junger ungelernter Zuwanderer, die die Unternehmen völlig unerfahren unter Tage einsetzte und mit besonders gefährlichen Tätigkei-

ten betraute, etwa als Bremser oder Schlepper, war die Sterblichkeit besonders hoch.

Vor diesem Hintergrund mag es nicht verwundern, dass die „bergmännische Kultur ausgeprägt morbide Züge“ trug. Davon zeugen nicht zuletzt Lieder und Geschichten, die von Knappen im „Totenhemd“ und von der Einfuhr zur „letzten Seilfahrt“ erzählen. Auf den Fahnen der Knappenvereine fanden sich Inschriften wie „Tief in der Erden Schoß, wartet uns ein ernstes Los“. Ansonsten blieb die hohe Sterblichkeit von Bergleuten in der zeitgenössischen Dichtung eher randständig, der Tod zählte für viele schlicht zum Berufsrisiko. „Heldenverkürzung“ und „Fatalismus“ gingen oft Hand in Hand, was wiederum an soldatische Traditionen erinnerte, an die sich der bergmännische Umgang mit Tod und Sterben eng anlehnte. Erkennen kann man diese Verbindung einerseits auf den „Friedhöfen des Ruhrgebietes, auf denen] die Gräberfelder und Denkmäler der Opfer von Grubenkatastrophen kaum von denen der Kriegsoffer zu unterscheiden“ sind. Auch zeigten bergmännische Begräbnisse eine ähnliche Formensprache wie militärische Beisetzungen. Meist trugen Bergleute in Uniform eigenhändig den Sarg – begleitet vom Licht ihrer Grubenlampen, das sie auslöschten, sobald sie ihre Kameraden zur letzten Grubenfahrt der Erde übergeben hatten.¹⁹⁶

Den hart körperlich Arbeitenden stand im Ruhrgebiet eine seit Mitte des 19. Jahrhunderts immer größer werdende Gruppe Angestellter gegenüber. Sie arbeiteten in der Regel sitzend im sauberen Kontor, trugen gepflegte Kleidung mit weißem Kragen und kannten die Welt der schweren körperlichen Arbeit nur aus Erzählungen. Allerdings gab es Momente, in denen sich beide Arbeitswelten begegnen, und zwar immer dann, wenn Arbeiter ihren Lohn erhielten. Dazu mussten diese ins Kontor, wie man im 19. Jahrhundert die Büros und Geschäftszimmer noch nannte. Sie traten dazu leicht gebeugt an Schreibpulte, hinter denen Angestellte saßen, die die Lohnauszahlung bürokratisch abwickelten. Die frühin-

¹⁹⁴ Zit. nach Ralph Jessen: Gewaltkriminalität im Ruhrgebiet zwischen bürgerlicher Panik und proletarischer Subkultur (1870–1914), in: Kift, Kirmes, S. 226–255, hier S. 235.

¹⁹⁵ John J. Kulczycki: The Herne Polenaufstand of 1899, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 24 (2000), S. 5–17; Klaus Tenfelde: Die „Krawalle von Herne“ im Jahre 1899, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 15 (1979), S. 71–104.

¹⁹⁶ Michael Martin: Allgegenwärtiger Tod. Arbeitsbedingungen und Mortalität im Ruhr-Bergbau bis zum Ersten Weltkrieg, in: Historical Social Research 34 (2009), S. 154–173, hier S. 165, 166 u. 167.

dustriellen Unternehmen des Ruhrgebiets beschäftigten Mitte des 19. Jahrhunderts bereits einige von ihnen, die noch als „Privatbeamte“ galten. Sie gingen vornehmlich kaufmännischen Tätigkeiten in der Unternehmensleitung und -verwaltung nach. Auch wenn es sich dabei insgesamt um eine noch sehr kleine Gruppe handelte, waren sie schon damals aufgrund ihrer Qualifizierung und Bildung schwer ersetzbar, zumal ihre Tätigkeit als vertrauensvolle Aufgabe galt. Im Vergleich zu den Arbeitern waren daher nicht nur ihre Arbeitsbedingungen, sondern auch ihre Gehälter, Krankheits- und Urlaubsregelungen deutlich besser. Ihre Identifikation mit dem Unternehmen, für das sie arbeiteten, war hoch. Viele verstanden sich sogar selbst als baldige Unternehmer.¹⁹⁷

Als die Betriebe des Ruhrgebiets seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert immer weiter expandierten und ihre Marktposition dominanter wurde, setzten sie in der Produktion verstärkt auf Arbeitsteilung. Das steigerte wiederum die Anforderungen an Arbeitsplanung, -leitung und -kontrolle. Auch die Korrespondenz nahm stetig zu. Für alle diese Aufgabenfelder brauchte es Bürokräfte, die jedoch nicht mehr derart qualifiziert sein mussten wie die Privatbeamten der frühen Stunde. Zugute kamen den Unternehmen Reformen des Schulwesens, das immer mehr Arbeitskräfte ausbildete, die gut lesen, schreiben und rechnen konnten – Fähigkeiten, die für die mittlerweile ebenfalls arbeitsteilig zerlegten, äußerst schematischen Verwaltungstätigkeiten erforderlich waren. Zur Jahrhundertwende fanden sich daher zahlreiche Bürokräfte in großen Unternehmenssälen wieder, in denen sie schrieben, buchhielten oder zeichneten, inzwischen in nicht weniger gleichförmigen und wiederkehrenden Rhythmen, wie es sie auch in den Gedingekameradschaften unter Tage gab. Damit war eine ganz neue und vor allem schnell anwachsende Arbeitnehmergruppe entstanden, die sich weiterhin deutlich von den Arbeitern, aber mittlerweile auch von den Privatbeamten der Frühindustrialisierung unterschied. Zeitgenoss:innen beschrieben sie teilweise noch immer als „Beamte“ oder „Privatbeamte“. Seit den 1890er Jahren nannte man sie jedoch immer häufiger so, wie sie uns auch heutzutage noch bekannt sind: Angestellte.

Diese Gruppe gliederte sich wiederum mit ihrem stetigen Zuwachs in kaufmännische Angestellte, der größten Gruppe mit Volksschülern, die eine Kaufmannslehre absolviert hatten, Werksmeister, also qualifizierte Arbeiter, die im Betrieb aufstiegen, und technische Angestellte, die in der Regel nach der Mittleren Reife eine Fachschulausbildung hinter sich hatten.¹⁹⁸

Hinzu kamen seit etwa 1900 immer mehr Frauen, die überwiegend als Stenotypistinnen an den neuen Schreibmaschinen arbeiteten, aber deutlich schlechter bezahlt wurden als die männlichen Angestellten. Gleichwohl erhielten sie, wie auch ihre männlichen Kollegen, aber im Gegensatz zu Arbeitern, ein festes Gehalt und keinen ständig schwankenden Schichtlohn. Generell lag der Angestelltenverdienst über dem Arbeiterlohn und wurde in der Regel bei längerer Betriebszugehörigkeit erhöht, während viele Arbeiter mit Mitte 40 einen Abstieg erlebten. Die Arbeitszeiten der kaufmännischen Angestellten lagen unter denen der Arbeiter, und im Krankheitsfall konnten sie mit deutlich besseren Bedingungen rechnen. In einigen Unternehmen kamen sie sogar in den Genuss eines eigenen Eingangs, der für Arbeiter verschlossen blieb. Doch schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts wandelten sich diese Relationen.¹⁹⁹ Insbesondere in Zeiten schlechter Geschäftslagen konnten die Gehälter neu angestellter Bürokräfte Arbeiterlöhnen sehr nahekommen. Nicht selten erzielten gut qualifizierte Arbeiter sogar höhere Einkünfte. Ohnehin näherten sich die sozialen Realitäten beider Gruppen weiter an. Das lag nicht zuletzt an den sich verändernden Arbeitsbedingungen der Angestellten. Denn die meisten Unternehmen führten neue Dienstordnungen ein, die deutlich formalisierter waren als noch im 19. Jahrhundert. Hinzu kamen stärkere Kontrollen, etwa zur Pünktlichkeit und Arbeitszeiterfassung, die bislang nur aus der Arbeiterwelt bekannt waren.

In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten wurde es daher auch für viele untere Angestellte schwierig. 1906 beschwerten sich Krupp-Angestellte zum Beispiel, dass sich „die meisten Büromenschen mit dem Arbeiter in einem Range“ befänden. Ihre Gehälter reichten „nicht einmal an die Löhne der Schlosser und Dreher der Ka-

¹⁹⁷ Jamin, Handlungsgehilfen, S. 87–91.

¹⁹⁸ Ebd., S. 92 f.

¹⁹⁹ Jürgen Kocka: Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer, Göttingen 1981, S. 130–140.

nonenwerkstätten“ heran. Ganz ähnlich argumentierte vier Jahre später der Verband deutscher Privateisenbahnbeamten, als er in einer Petition an Krupp festhielt, den „Privatangestellten“ sei es aufgrund der „zunehmenden Teuerung“ nicht mehr möglich, einen „geordneten Haushalt“ zu führen. Schulden, „unbefriedigende Wohnverhältnisse“ und die „Vernachlässigung der Fürsorge für die Gesundheit der Angehörigen“ nähmen überhand.²⁰⁰ Der typische (Massen-)Angestellte hatte sich damit immer weiter von der Gruppe privilegierter Privatbeamter der Frühindustrialisierung entfernt, weshalb schon Zeitgenoss:innen von einer Proletarisierung des Angestelltenwesens sprachen.²⁰¹

Biopolitik im Ruhrbergbau

Nachdem Krankenkassen, Unfall- und Invalidenversicherungen einen Rahmen für den intervenierenden Arbeitsschutz geschaffen hatten, und sich allmählich der moderne Vorsorgestaat formierte, gerieten die vorherrschenden Verhaltensweisen, Einstellungen, Lebens- und Arbeitsbedingungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in den Blick der Sozialhygieniker. Die öffentliche Gesundheitspflege, so hatte es schon der Mediziner Rudolf Virchow Mitte des 19. Jahrhunderts gefordert, fiel in den Verantwortungsbereich des Staates.²⁰² Der Arbeiterkörper wurde nicht nur zum Teil einer Risikogruppe, für die sich fortan der Staat verstärkt verantwortlich fühlte. Er wurde auch Objekt einer neuen Wissensproduktion. Dies führte zum einen dazu, dass die Beziehung des Arbeiters zu seinem Arbeitsplatz sowie Umwelteinflüsse und Risikofaktoren zum Forschungsgegenstand avancierten; zum anderen aber auch dazu, dass im Ruhrgebiet die Knappschaft und Bergbauberufsgenossenschaft eigene Krankenhäuser errichteten und generell die medizinische Infrastruktur stark erweiterten.²⁰³ Fast jede

Abhandlung zur Hygiene um 1900 enthielt ein Kapitel, das sich mit Fragen der gewerblichen Hygiene im Bergbau beschäftigte. Mediziner debattierten das Thema auf Kongressen, und auf Messen stellten Unternehmen immer wieder neue Hygienevorrichtungen aus. Ziel der Gewerbehygiene war es, eine möglichst gesunde Arbeitsumgebung herzustellen, die wiederum dazu dienen sollte, die Produktivität zu steigern. Sie verstand sich sowohl als „umfassende Disziplin, die sich nicht auf medizinisch-naturwissenschaftliche Interventionen oder auf physiologische und toxikologische Analysen beschränkte“ als auch „als eine Form der Sozialmedizin, die die sogenannte Arbeiterfürsorge in ihrer Gesamtheit erschließen wollte“.²⁰⁴

Gesundheit war eng verbunden mit Sittlichkeit, daher erarbeiteten Sozialhygieniker auch entsprechende Maßnahmen, um Industriearbeiter zu erziehen. Diese Verbindung existierte schon Mitte des 19. Jahrhunderts, als Preußen 1845 die Allgemeine Gewerbeordnung veröffentlichte und vier Jahre später mit einer Notverordnung Arbeiter dazu zwang, in ihre berufsspezifische Krankenkasse einzutreten. Die Gesundheit der Arbeiter spielte schon damals nur eine Nebenrolle. In erster Linie ging es darum, die Armenkassen zu entlasten und die Arbeiter „sittlich-moralisch“ zu disziplinieren.²⁰⁵ Um 1900 hatte sich diese Sichtweise in bürgerlichen und Regierungskreisen etabliert. Lebensstil und Arbeitsumgebung dachten Hygieniker stets zusammen: „Der Arbeiterschutz ist ein Postulat nicht nur der Humanität und Moral, sondern vor allem auch der Volksgesundheit“, hieß es in einem Hygienehandbuch von 1897. „Je mehr der Arbeiter lernt, durch eine sittlich und physisch gesunde und ökonomische Lebensführung sich selbst zu schützen, umso größere Erfolge werden die öffentlichen

²⁰⁰ Zit. nach Jamin, Handlungsgehilfen, S. 101 f.

²⁰¹ Rudi Schmidt: Zur Geschichte der Angestellten und der Angestelltensoziologie, in: Thomas Haipeter (Hg.): Angestellte Revisited. Arbeit, Interessen und Herausforderungen für Interessenvertretungen, Wiesbaden 2016, S. 35–65, hier S. 37 f.

²⁰² Constantin Goshler: Rudolf Virchow. Mediziner, Anthropologe, Politiker, Köln 2002.

²⁰³ Ulrich Lauf: Knappschaftskrankenhäuser und -kureinrichtungen im Ruhrkohlenbergbau bis zum Ende der 1920er Jahre, in: Der Anschnitt 61 (2009), S. 302–313; Lars Bluma: Das Knappschaftsärztesystem an der Ruhr im Zeitalter der Industrialisierung, in: Michael Fessner (Hg.): Auf breiten Schultern. 750 Jahre Knappschaft. Katalog der Ausstellung des Deutschen Bergbau-Museum Bochum, Bochum 2010, S. 324–331.

²⁰⁴ Lars Bluma: Die Hygiene des Bergmanns. Zur Biopolitik im Ruhrkohlenbergbau des Kaiserreichs, in: Blätter für Technikgeschichte 73 (2011), S. 31–54.

²⁰⁵ Martin Weyer-von Schoultz: Stadt und Gesundheit im Ruhrgebiet 1850–1929. Verstädterung und kommunale Gesundheitspolitik am Beispiel der jungen Industriestadt Gelsenkirchen, Essen 1994, S. 214.

Das Knappschaftskrankenhaus in Gelsenkirchen-Ückendorf, eröffnet 1905.
Stadtarchiv Gelsenkirchen.



und privaten Bestrebungen auf dem Gebiet der Arbeiterwohl-
fahrt zeitigen.“²⁰⁶

Auch wenn die Intensität, in der man sich um die Jahrhundertwende mit dem Arbeiterkörper befasste, enorm war: Ganz neu waren diese Maßnahmen sicherlich nicht. Erste Knappschaften, in denen Bergleute organisiert waren, lassen sich schon im 12. Jahrhundert nachweisen, und die medizinische Versorgung war stets ein Teil dieser Verbünde. Der Ruhrbergbau griff diese Tradition erst mit Etablierung des Direktionsprinzips im 18. Jahrhundert auf. So entstanden erste Knappschaftsvereine, nachdem Preußen den Bergbau an der Ruhr 1767 mit dem General-Privilegium unter königlichen Schutz gestellt hatte. Zunächst standen Bergleute den Knappschaften eher kritisch gegenüber, zumal ihre obligatorische Mitgliedschaft mit Lohnabgaben verbunden war. Doch es war vor allem die medizinische Versorgung durch Arztkonsultationen, Medikamentenlieferungen oder die Gewähr von Kurbeihilfen, die dafür sorgte, dass Knappschaften schnell in der Gunst der Bergleute stiegen.²⁰⁷ Ende des 19. Jahrhunderts waren die Knappschaftsvereine – 1890 zum Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum zusammengefasst – also bereits ein

„etablierter Akteur der bergmännischen Biopolitik mit einem umfassenden Medizinalsystem, welches den Bergleuten exklusiv zur Verfügung stand“.²⁰⁸

Für alle sichtbar wurde die Biopolitik im Ruhrgebiet, als die ersten großen Knappschaftskrankenhäuser entstanden, zunächst 1905 in Gelsenkirchen-Ückendorf. Die Gebäude erschienen wie barocke Paläste, die sich auch von innen sehen lassen konnten. Technisch waren sie auf der Höhe der Zeit, verfügten über Röntgenapparate, modernste Operationssäle und umfangreiche Therapiezentren mit Zandersälen zur gymnastischen Betätigung und Bäder- sowie Massageeinrichtungen. Die Knappschaftskrankenhäuser entwickelten sich zu Zugpferden der medizinischen Infrastruktur im Ruhrgebiet und spornten andere Betreibergesellschaften an, mit ähnlich modernen Häusern nachzuziehen. Heute wirken sie wie „verräumlichte hygienische Utopien“, in denen sich viele Facetten der zeitgenössischen Sozialreform wiederfanden. Gartensäle gehörten ebenso zur Grundausrüstung wie Rückzugsräume zur „religiösen Kontemplation“. Die Gebäude sollten möglichst „lichtdurchflutet“, das Essen ausgewogen und gesund sein. Kurzum: Das Kranken-

206 Emanuel Roth: *Gewerbehygiene und Fabrikgesetzgebung*, in: Theodor Weyl (Hg.): *Handbuch der Hygiene*. Achter Band: *Gewerbehygiene mit besonderer Rücksicht auf Fabrikgesetzgebung, Unfallschutz und Wohlfahrtseinrichtungen*, Jena 1897, S. 1–78, hier S. 3, zit. nach Bluma, *Hygiene*, S. 35.

207 Heinrich Brinkmann: *Die Geschichte der Knappschaft im Ruhrgebiet*, in: *Der Kompass. Zeitschrift für Sozialversicherung im Bergbau* 77 (1967), S. 175–199.

208 Bluma, *Hygiene*, S. 39.

haus war ein vollständiger Gegenentwurf zum Arbeitsplatz des Bergmanns.²⁰⁹

Spezialisiert war das erste Knappschaftskrankenhaus in Ückendorf auf chirurgische Eingriffe. Das war dem Umstand geschuldet, dass das Unfallgeschehen unter Tage infolge von Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen stark zugenommen hatte. Die medizinische Versorgung war jedoch nur ein Teil der Strategie, mit der man den vielen Unfällen zu begegnen versuchte. Da Grubenkatastrophen schnell zu überregionalen Medienereignissen werden konnten, wuchs der Druck auf die Verantwortlichen, endlich wirksame Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Gemeint waren damit Maßnahmen zum Explosionsschutz, schärfere Aufsichtsbestimmungen und die Professionalisierung des Grubenrettungswesens.²¹⁰

Eine Katastrophe ganz anderer Natur war die Häufung von Epidemien im Ruhrgebiet. Zu den bereits im vorangegangenen Kapitel geschilderten Krankheiten, die über verunreinigtes Wasser übertragen wurden, gesellten sich Ende des 19. Jahrhunderts berufsspezifische Epidemien, ausgelöst zum Beispiel durch den Hakenwurm, der sich unter Bergleuten rasch verbreitete.²¹¹ Geschuldet war dies zum einen den klimatischen Bedingungen unter Tage, wo hohe Temperaturen und Luftfeuchtigkeit mit Dunkelheit und schlammigen Böden einhergingen. Zum anderen führten die katastrophalen sanitären Verhältnisse zu zahlreichen Brutstätten, da die Eier des sich in den menschlichen Dünndarm einnistenden Hakenwurms über den Kot der Bergleute verbreitet wurden. „Da es kaum praktikable Aborte in ausreichender Anzahl im Ruhrbergbau gab, fand der Parasit in den verschlammten, kotverunreinigten Streben und Strecken ideale Bedingungen vor.“²¹²

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts nahmen die Arbeitsausfälle durch Ankylostomiasis, also die Hakenwurminfektion, stetig zu. Zeitgenössische Schätzungen

gehen davon aus, dass zwischen 1900 und 1903 rund zehn Prozent der Bergleute mit dem Hakenwurm infiziert waren. Recht schnell identifizierte man die Epidemie als berufsspezifische Krankheit, weshalb sich Mediziner des Allgemeinen Knappschaftsvereins vehement dafür einsetzten, die Krankheit durch konsequente Hygienemaßnahmen am Arbeitsplatz des Bergmanns zu bekämpfen. Erstmals gerieten nun die komplexen „Körper-Umweltbeziehungen“ des bergmännischen Arbeitsplatzes in den Blick.²¹³ Die Schuldige war dabei schnell ausgemacht: die untertägige Arbeit. „Diese Ansteckung erfolgt ja nicht von einem Kranken auf seinen Nebenmenschen, wie es bei den Infektionskrankheiten der Fall ist“, schrieb der Knappschaftsoberarzt August Tenholt, „sondern durch die Grube.“²¹⁴

Damit lenkten Mediziner zwar mehr als deutlich den Blick auf die in vieler Hinsicht menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, der Hakenwurmbekämpfung leisteten sie jedoch einen Bärendienst, weil sie den eigentlichen Überträger, den Bergmannskörper, außer Acht ließen. Erst als sich die Bakteriologen des 1901 neu eingerichteten Hygieneinstituts in Gelsenkirchen einschalteten, kam Bewegung in die Sache. Ihre Untersuchungen und ersten Maßnahmen zeigten schnelle Erfolge, sodass die Infektionszahlen rasch zurückgingen. Das Verhalten der Bergleute veränderte sich jedoch nur langsam. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Unternehmen trotz zahlreicher Hygienemaßnahmen und verbesserter medizinischer Versorgung am Prinzip des Leistungsdrucks festhielten. Viele Bergleute hatten daher oft keine andere Wahl, als sich weiterhin risikobereit zu verhalten und bestimmte Sicherheitsvorschriften einfach zu umgehen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Arbeitsplätze im Ruhrgebiet mehr waren als Orte, an denen man bloß Tätigkeiten verrichtete, um sein Auskommen zu sichern. Schon Ende der 1970er Jahre wies die Forschung darauf hin, dass der Arbeitsplatz vielmehr ein

²⁰⁹ Ebd., S. 41.

²¹⁰ Michael Farrenkopf: „Zugepackt – heißt hier das Bergmannswort“. Die Geschichte der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im Ruhrbergbau, Bochum 2010.

²¹¹ Lars Bluma: Der Hakenwurm an der Ruhr: Umwelt, Körper und soziale Netzwerke im Bergbau des Kaiserreichs, in: Der Anschnitt. Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau 61 (2009), S. 314–329.

²¹² Bluma, Hygiene, S. 48.

²¹³ Ebd., S. 50.

²¹⁴ August Tenholt: Die Ankylostomiasis-Frage. Zusammenfassende Uebersicht, Jena 1903, S. 17, zit. nach Bluma, Hygiene, S. 50.

„Orientierungspool im Denken, Handeln und Verhalten des arbeitenden Menschen“ war.²¹⁵ Arbeitsbedingungen und -prozesse waren also, so die These, eng mit der Identitätsbildung verbunden. Ein wie auch immer geartetes Klassenbewusstsein war dafür nicht unbedingt notwendig. Etwa 30 Jahre später erweiterten neuere Forschungen zur Biopolitik im Bergbau diese Perspektive und lenkten den Blick auf das Wechselspiel zwischen dem Arbeiterkörper und seinem biologischen und technologischen Umfeld. Diese Erweiterung verstand sich zugleich als Kritik an einer allzu engen Sicht auf die fortschreitende Technisierung im 19. Jahrhundert, die den Körper marginalisiert und ihm kaum Handlungsmacht zugeschrieben habe, weil ihn, so die Grundannahme, eine spezifische Fertigungsrationale immer stärker in ein Korsett zwängte. Der Arbeiterkörper habe sich einseitig „an das technisch-materielle System des industriellen bergmännischen Arbeitsplatzes“ angepasst.²¹⁶

Dem halten neuere Forschungen entgegen, dass es nicht allein die Technisierung industrieller Arbeitsplätze war, die historischen Wandel anstieß. Gewiss, die Abhängigkeit von Technik war in der Montanindustrie hoch, Innovationen verringerten in weiten Teilen die physischen Arbeitsbelastungen. Dazu ein Beispiel aus dem Bergbau: Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts trat die Arbeit in Tiefbauschächten an die Stelle des zuvor vorherrschenden Stollenbergbaus. Musste der Bergmann also lange Zeit erst einen anstrengenden Weg zu seinem Arbeitsplatz durch den langen, zumeist leicht ansteigenden Stollen zurücklegen, so konnte er im Tiefbau mit weitaus weniger strapaziösen Seilfahrten vor Kohle gelangen. Gleichwohl wurden im Tiefbau die Anfahrtswege und damit auch die Anfahrtszeiten länger, was auch strapaziös sein konnte. Im Abbau selber dominierte bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts die Handarbeit im Verfahren des Pfeiler- oder auch Pfeiler-

bruchbaus. Sprengstoff diente vielerorts als Hilfsmittel bei besonders harter Kohle. Ab den 1890er Jahren kamen verstärkt Bohrmaschinen und etwas später, auf der Zeche Rheinpreußen seit 1906, auch erste Schüttelrutschen zum Einsatz, die den Kohle- und Bergtransport erleichtern sollten. An der schweren Handarbeit änderten diese Maschinen jedoch kaum etwas, zumal mit jedem neuen Hilfsmittel die Erwartungen an den Ertrag und die Arbeitsleistung stiegen.

Diese Mechanisierung und Maschinisierung entschärfte in mancher Hinsicht die Arbeitsbedingungen, auch wenn sie wiederum ganz neue Gefahren schufen.²¹⁷ Gleichwohl hatten sie einen erheblichen Einfluss auf das Sozialgefüge am Arbeitsplatz. „Ortskameradschaften“, die für Arbeiter immer auch „Lern-, Erfahrungs- und Schutz- sowie Lohngemeinschaften“ waren, lösten sich häufig abrupt auf.²¹⁸ Dennoch kam es in der Konjunkturphase zwischen 1890 und dem Beginn des Ersten Weltkriegs zu einem enormen Aufwuchs an Arbeitskräften im Ruhrbergbau. Allein die Anzahl der Untertagearbeiter vervierfachte sich und stieg von etwa 78.000 auf mehr als 310.000 an.²¹⁹

Die Arbeiterbewegung

Trotz der außerordentlich harten Bedingungen und entgegen gegenwärtiger Ruhrgebietsromantik war der gesamte Rheinisch-Westfälische Industriebezirk nicht unbedingt eine Pionierregion der Arbeiterbewegung.²²⁰ Das Zentrum lag vielmehr im bergisch-märkischen Raum sowie in den rheinischen Städten. Hier gewann der unter Federführung Ferdinand Lassalles 1863 in Leipzig gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) als erste Massenpartei der deutschen Arbeiterbewegung schnell an Stärke, während er mit Ausnahme Duisburgs an der Ruhr und am Hellweg wenig Einfluss hatte.²²¹ Gleichwohl kam

215 Klaus Tenfelde: Der bergmännische Arbeitsplatz während der Hochindustrialisierung (1890–1914), in: Werner Conze/Ulrich Engelhardt (Hg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 283–335, hier S. 285.

216 Bluma, Körper, S. 41.

217 Uwe Burghardt: Die Mechanisierung des Ruhrbergbaus 1890–1930, München 1995.

218 Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 144.

219 Brüggemeier, Leben, S. 94.

220 Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet siehe auch den Beitrag von Eva-Maria Roelevink in diesem Band.

221 Toni Offermann: Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung 1848/49–1860/64, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), S. 419–447.

es in der Region am 25. April 1889 zum bis dato größten Streik in Europa. Von den insgesamt etwa 104.000 Ruhrbergleuten streikten knapp 90.000, zunächst auf einer Bochumer Zeche, im Verlauf der nächsten Wochen dann auch in Essen, Gelsenkirchen und Herne. Vorausgegangen war den Streiks eine längere Berg- und Talfahrt, die in den frühen 1870er Jahren begann, als die erste Konjunkturphase im Ruhrgebiet abflaute und viele Beschäftigte im Bergbau ihren Arbeitsplatz verloren. In der Mitte des Jahrzehnts mussten innerhalb eines Jahres ganze 10.000 Bergleute gehen, was rund zwölf Prozent der Belegschaft entsprach. Als sich schon wenige Jahre später die Lage entspannte und in eine auch für die Zeitgenoss:innen so nicht erwartete Konjunkturphase umschlug, wurden in den Belegschaften Forderungen laut, an den enormen Gewinnen der Unternehmen teilzuhaben. Lange Zeit hatten Bergleute „Lohnkürzungen, längere Arbeitszeiten und schlechte Behandlungen weitgehend wehrlos“ hinnehmen müssen, „zumal das Sozialistengesetz ihre Bemühungen massiv erschwerte. Jetzt sahen sie, dass die Gewinne der Unternehmen stiegen“ und wollten selbst ein Stück vom Kuchen, zumal „die Zechen zusätzliche Überschichten durchsetzten, um die Förderung zu steigern“.²²²

In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung galt der Streik als Wendepunkt, der den gesellschaftlichen Wandel vom „Standes- zum Klassenbewußtsein“ einleitete.²²³ Erst hier habe sich im Ruhrgebiet deutlich sichtbar eine Arbeiterklasse formiert. Ältere, traditionelle Strukturen habe der Streik noch einmal sichtbar gemacht, zugleich aber neue Wege geebnet. Die Historikerin Helga Grebing hielt den Streik gar für ein „Lehrstück“, das kennzeichnete, wie ein kapitalistischer Bergbau frühneuzeitlich-ständische Strukturen allmählich abgelöst habe.²²⁴ In der Tat fällt auf, dass der Streik weder von langer Hand geplant war noch die Unterstützung von Organisationen im Hintergrund genoss. Vorausgegangen war ihm vielmehr eine Petition von etwa 5.000 Bergleuten, die forderten, dass die Unternehmen ihre Familienmitglieder zukünftig in

die Knappschaftsfürsorge einbezogen und die Knappschaftsältesten frei und direkt wählbar sein müssten. Hinzu kamen später Forderungen nach Achtstundenschichten, einer Lohnerhöhung von 15 Prozent und besseren Arbeitsbedingungen.

Nachdem der Streik auch auf andere Reviere überzugreifen begann, empfing Kaiser Wilhelm II. am 14. Mai sogar eine Delegation der streikenden Ruhrbergleute. Der Kaiser zeigte sich den Arbeitern gegenüber durchaus zugewandt, woraufhin der Bergbau-Verein als Unternehmerverband sowie einige Betriebe Zugeständnisse andeuteten. Dass die sogenannten Kaiserdelegierten, die Bergarbeiter Friedrich Bunte, Ludwig Schröder und August Siegel, überhaupt empfangen wurden, war ein großer Erfolg, zumal die Kaiseraudienz in der Medienöffentlichkeit eine große Aufmerksamkeit nach sich zog. Allerdings hielt der Großteil der Zechenunternehmer dagegen und kündigte Entlassungen an. Auch die Behörden blieben hart, ließen Truppen aufmarschieren und Aufständische verhaften. So endete der Streik ohne nennenswerte Erfolge für die Arbeiter.²²⁵

Allerdings hatten sich aus dem schnellen Zerfall des Streiks einige Schlüsse ziehen lassen. Vielen Beteiligten wurde schnell klar, dass sich ohne eine standhafte Gewerkschaft im Hintergrund zukünftig keine Erfolge erzielen ließen. Schon im August desselben Jahres kamen daher in Dorstfeld 200 Delegierte mehrerer Zechen und Knappschaftsvereine zusammen, die den „Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Rheinland und Westfalen“ ins Leben riefen, den später sogenannten Alten Verband. „Damit war zwar ein wichtiger Erfolg erzielt, der aber zugleich die Spaltung innerhalb der Bergleute vertiefte. Denn der ‚Alte Verband‘ war sozialdemokratisch geprägt, so dass 1894 als Gegenpol der ‚Gewerkverein christlicher Bergarbeiter‘ und 1902 zusätzlich eine polnische Berufsvereinigung (ZZP) entstanden.“²²⁶

Es waren vor allem diese zwei Elemente des Bergarbeiterstreiks, die Kaiserdelegation und die Spaltung der Arbeiterbewegung in mehrere Flügel, die dem Jahr

²²² Zit. nach Brüggemeier, Grubengold, S. 187.

²²³ Tenfelde, Sozialgeschichte, S. 334 u. 573.

²²⁴ Helga Grebing: Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München 1985, S. 9.

²²⁵ Karl Ditt/Dagmar Kift: Der Bergarbeiterstreik 1889. Ein Testfall für die sozialpolitische Reformfähigkeit des Kaiserreichs, in: dies. (Hg.): 1889. Bergarbeiterstreik und Wilhelminische Gesellschaft, Hagen 1989, S. 9–33.

²²⁶ Brüggemeier, Grubengold, S. 191.

1889 sowohl zeitgenössisch als auch in der Erinnerung so viel Aufmerksamkeit haben zuteilwerden lassen. Jede Fraktion versuchte in der Folge, ihre eigenen Narrative durchzusetzen, die sich zum Teil bis in die Bergbau- und Arbeitergeschichte des ausgehenden 20. Jahrhunderts fortschrieben. So etablierte sich in den Reihen des Alten Verbands schon rund 20 Jahre nach dem Streik eine Deutung, die der „marxistischen Theorie des Übergangs von der Standes- zur Klassengesellschaft folgte“, und zwar mit dem Bergarbeiterstreik von 1889 als Scharnier. Sozialdemokraten wie der Journalist Anton Bredenkamp erklärten ihn zu einer „notwendige[n] Etappe im geschichtlichen Fortschritt. Die Erinnerung an den vergangenen Streik war [...] eine Zukunftsvision, die in der Gegenwart die gewerkschaftliche Organisation erforderte. Streik war Lehrstück und gleichzeitig Verheißung.“²²⁷

In den Jahrzehnten vor dem Streik hatten Knappschaftsvereine und Betriebsversammlungen den Arbeitern im Ruhrgebiet ein gewisses Maß an Organisation ermöglicht. Zudem war eine beachtliche Solidarität vor allem unter Bergleuten entstanden. Für ein konzertiertes Aufbegehren reichte es jedoch lange Zeit nicht. Daher kam es zunächst in anderen Revieren zu größeren Konflikten und Streiks, wie etwa 1833 im französischen Anzin oder 1870 im niederschlesischen Waldenburg. Beide Aktionen endeten in einem Debakel für die Streikenden. In Anzin marschierte das Militär auf und besetzte Siedlungen und Schächte, in Waldenburg reagierten die Unternehmen harsch, kündigten Mietverträge und brachten die Behörden auf ihre Seite. Trotz Solidarität in der Öffentlichkeit und von Seiten liberaler Politiker gelang es den Arbeitern nicht, ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen, kürzeren Arbeitszeiten und besseren Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

In Niederschlesien hatte sich kurz vor den Streiks von 1870 der „Gewerkverein der Deutschen Bergarbeiter“ gegründet, in den die Arbeiter große Hoffnungen setzten. Mit Beginn der ersten Aktionen war dieser jedoch noch zu jung und konnte nicht die nötige Schlagkraft mobili-

sieren. Gewerkschaften, so zeigte sich deutlich, konnten zu dieser Zeit zwar kurzfristig viele Arbeiter organisieren und mobilisieren. „Sie benötigten aber deutlich mehr Zeit, um sich zu etablieren, genügend Mittel anzusammeln und wirksame Unterstützung zu bieten.“²²⁸ In den Revieren auf dem Kontinent fehlten im Vergleich zum britischen Bergbau die Konstanz in den Belegschaften, die Tradition und Homogenität. Viele Arbeiter wechselten häufig die Betriebe oder sahen den Bergbau nur als Durchgangsstation. Dementsprechend fanden Gewerkschafter kaum ein offenes Ohr, wenn sie Bergleute für langfristige Strategien zu gewinnen versuchten.

Das änderte sich erst, als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr Arbeitsplätze in den Industrieregionen und damit auch Konflikte zwischen Novizen und älteren erfahrenen Arbeitern entstanden, die es zu moderieren galt. Zugleich zog sich der Staat sukzessive aus dem Bergbaugeschäft und damit auch aus den Knappschaften zurück. Das führte zunächst dazu, dass neben den Bergleuten nun auch die Unternehmer in die Knappschaftskassen einzuzahlen hatten. Was auf den ersten Blick nach einem fairen Modell klang, entpuppte sich jedoch schon bald als Fallstrick für die Arbeiter. Das erkannten sie schon mit Beginn der Reformen Mitte des Jahrhunderts. Schnell gelang es nämlich den Unternehmern, die Federführung in den Knappschaften zu übernehmen, indem sie Schlüsselposten mit ihnen gewogenen Arbeitern und Steigern besetzten. Diese agierten fortan weniger im Sinne der Bergleute und sorgten dafür, dass sich die Knappschaften immer mehr an den Belangen der Zechen orientierten.²²⁹

Für eine gewisse Kompensation sorgten neu entstehende Rechtshilfevereine, freie, aber doch eng an katholische Pfarreien angegliederte Knappen- und bergmännische Arbeitervereine. Hier lebte die „ständische Welt der Symbole fort – Bergmusik, Uniformen, Festbrauchtum“.²³⁰ Doch diese Vereine dienten nicht nur der Geselligkeits- oder Traditionspflege. Sie berieten die Bergleute nicht nur, vielmehr gelang es ihnen, Arbeiter generell für Rechtsfragen zu interessieren, zudem

227 Jan Kellershohn: Streiknarrative zwischen gewerkschaftlichen und regionalen Zeitschichten. Erinnerungsort Streik, in: Berger u.a., Zeit-Räume, S. 846–863, hier S. 849 f.

228 Brüggemeier, Grubengold, S. 188.

229 Ebd., S. 182–186.

230 Inge Marszolek: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: Borsdorf u.a., Zukunft, S. 124–137, hier S. 129.

boten sie Beistand und stießen Organisierungen an.²³¹ Vorbild dafür waren ausgerechnet die Unternehmer, die sich 1858 im Verein für die Bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund zusammengeschlossen hatten.

Auch wenn diese Arbeitervereine keinen Durchbruch für die drängenden Probleme der Arbeiter brachten, ebneten sie doch den Weg, einen Bergarbeiterverband zu gründen, der Interessen auf breiter Basis bündelte. Der Bergarbeiterstreik von 1872, der zwar nicht auf so breiter Basis mobilisieren konnte wie der Streik von 1889, aber doch rund 20.000 Bergleute aus 40 Zechen dazu brachte, die Arbeit niederzulegen, war eine wichtige Etappe, zumal er in seiner Spontaneität und Erfolglosigkeit allen Beteiligten vor Augen führte, wie wichtig eine schlagkräftige Interessenvertretung war.²³² Etwa zeitgleich erlebte auch das Vereinswesen eine Blütephase, was aber in erster Linie auf die durch den Kulturkampf und das Sozialistengesetz motivierten Verfolgungen zurückzuführen war. Die Vereinswelt im Ruhrgebiet mit ihren Bildungsangeboten und ihrer Kulturpflege politisierte sich. Sie wurde zur „Arena der Einübung von Anpassungsstrategien an die Dramatik des Wandels“.²³³

Gleichwohl überstrahlte der Streik von 1889 nahezu alles – zumindest in der zeitgenössischen Erinnerung sozialdemokratischer Lesart bis zum Ersten Weltkrieg. In Kreisen des Alten Verbands hielt man ihn für das Symbol schlechthin, das den Wandel einer „unorganisierten Arbeiterschaft“ zu einer „schlagfertigen Organisation“ markierte, oder in den Worten des Gewerkschafters Otto Hue: als Übergang von der „Proletarisierung der Bergarbeiter zum Kampf um den sozialen Aufstieg“. Auf katholischer Seite betonte man hingegen eher die Bedeutung des Streiks von 1872 und verwies auf die christliche Prägung des deutschen Bergmanns, der doch in erster Linie ein frommer Diener der Obrigkeit sei und dies auch bleiben solle. Ursprung der Gewerkschaftsbewegung seien daher, so der katholische Journalist Franz Geuecke, vor allem die Versuche gewesen, im Rahmen des Streiks von 1872 einen Rheinisch-Westfälischen Grubenarbeiter-

Verband ins Leben zu rufen, der überparteilich und auch überkonfessionell sein sollte. Dieser Konflikt zwischen einer „christlich-ständischen“ und „sozialdemokratisch-marxistischen Lesart der Streiks im Ruhrgebiet“ hielt bis zum Ersten Weltkrieg an und prägte später auch die Sozialgeschichte bis weit in die 1980er Jahre. Für die eine Seite war der Streik ein „Teil der Klassenbildung“, ein „Schritt auf dem Weg in den Sozialismus“, während andere in ihm „ein Zeichen für das Fortwirken ständischer Orientierung“ sahen, „das damit auch in Zukunft eine christliche und ‚organische‘ Gesellschaft versprach“.²³⁴

3. Religion und Kirche. Zwischen Verkirchlichung und Säkularisierung

Um 1820 konnte man in Bochum und Umgebung ein Lotterielos erwerben, das mit einer Federlithographie verziert war. Im Vordergrund dieser Lotterie stand jedoch nicht die Aussicht auf einen großen Gewinn bei entsprechendem Losglück. Vielmehr zielte sie auf karitative Zwecke. Heute würde man ein solches Projekt wohl *Crowdfunding* nennen. Zu erkennen ist dieses Vorhaben bereits am Aufdruck des Loses, das einer „Lotterie zur Erbauung einer Rettungs-Anstalt für verlassene Mädchen“ diente. Die Lithographie zeigt eine Gruppe junger Mädchen und Frauen, die vor einer halb errichteten Gebäudemauer stehen und flehentlich um Obdach bitten. Darüber ist ein Schriftzug zu erkennen, der sogleich einen religiösen Hintergrund zu sehen gibt. In leichter Abwandlung von Matthäus 25,40 heißt es hier: „Was ihr einem dieser Geringsten thut, das habt ihr mir gethan.“

Die Lotterieaktion geht wohl auf Graf Adalbert von der Recke-Volmerstein zurück, der heute als einer der Gründerväter der Diakonie gilt. 1819 hatte er die „Gesellschaft der Menschenfreunde zur Rettung und Erziehung verlassener Waisen- und Verbrecherkinder“ ins Leben gerufen und damit eine der ältesten Diakonieeinrichtungen überhaupt gegründet. Schon in den Jahren zuvor hatte er obdachlose Kinder im Schloss seines Va-

²³¹ Gerhard Pomykaj: Bergarbeiterbewegung und Sozialdemokratie an der Ruhr vor und nach dem Streik von 1889, in: Arno Herzig/Erdmann Linde (Hg.): Vor hundert Jahren. Die Arbeiterbewegung in Westfalen und an der Ruhr unter dem Sozialistengesetz. Darstellung und Dokumentation, Dortmund 1978, S. 41–57, hier S. 43.

²³² Brüggemeier, Grubengold, S. 190.

²³³ Marszolek, Geschichte, S. 130.

²³⁴ Kellersohn, Streiknarrative, S. 851 u. 863.



Lotterielos mit Ansicht des Hauses Overdyck und der im Bau befindlichen „Rettungs-Anstalt für verlassene Mädchen in Bochum“, um 1820/30, Federlithografie.

LWL-Museum für Kunst und Kultur – Westfälisches Landesmuseum, Münster.

ters, Graf Philipp Heinrich Christian von der Recke von Volmerstein, aufgenommen, dem nicht mehr erhaltenen Schloss Overdyck im heutigen Bochumer Stadtteil Hamme. Infolge der napoleonischen Kriege streiften in der Region viele heimatlose Kinder umher, die kaum Anlaufstellen fanden. Um sein Vorhaben weiter auszubauen und ein eigenes Waisenhaus zu finanzieren, bat der Graf um Spenden. Sein Plan ging auf, denn schon 1822 lebten im sogenannten Rettungshaus, das Adalbert zusammen mit seinem Bruder Gotthard 1819 auf dem eigenen Gut als Rettungsanstalt Overdyck hatte errichten lassen, rund 130 Kinder. Mitte des 19. Jahrhunderts kam eine zweite Anstalt in der Trappistenabtei Düsselthal

hinzu, die zusammen mit Overdyck knapp 1.000 Kinder beherbergte. Auch wenn die ursprüngliche Bochumer Anstalt sowie das 1898 neu errichtete Stammhaus mittlerweile abgerissen sind, steht der Name Overdyck noch heute für eine traditionsreiche stiftungsbasierte evangelische Jugendhilfe.²³⁵

Das Haus Overdyck und seine Rettungsanstalt sind treffliche Beispiele für kirchlich organisierte und religiös grundierte Fürsorge im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts. Adalbert war durch die Erweckungsbewegung und die 1780 gegründete Deutsche Christentumsgesellschaft geprägt. Er zählte zu den Pionieren konfessionell-karitativen Engagements. Bis in die erste Hälfte des 19. Jahr-

²³⁵ Gerlinde Viertel: Anfänge der Rettungshausbewegung unter Adelberdt Graf von der Recke-Volmerstein (1791–1878), Köln 1993.

hunderts war Fürsorge noch meist durch Almosen finanziert und fiel einerseits in den Aufgabenbereich kommunaler Armenhäuser und Spitäler, andererseits in die Verantwortung von Ordensleuten, zum Beispiel den Franziskanern oder Ursulinen. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stiegen die Kirchen zu Fürsorgeanbietern auf, insbesondere in den Industrieregionen. Ihre Initiative war der von ihnen so wahrgenommenen Verarmung und Verelendung der Industriegesellschaft geschuldet und als Akt christlicher Pflicht und Nächstenliebe ausgeflaggt. Zugleich gingen sie mit ihrem Engagement aber auch gegen Säkularisierungstrends vor und versuchten, den Menschen einen geistlichen Rettungsanker in die Fluten des Atheismus herabzulassen. Oder anders formuliert: Die Diakonie dehnte das missionarische Engagement auf die breite, sich vermeintlich säkularisierende Gesellschaft aus.²³⁶

Das Ruhrgebiet war im 19. Jahrhundert wie kaum eine andere Industrieregion mit Kirche und Religion verwoben. In den Worten des Bochumer Theologen Günter Brakelmann: „Ohne die historische Rolle der beiden großen Konfessionen des Katholizismus und des Protestantismus, aber auch der kleineren religiösen Gemeinschaften lässt sich eine Alltagsgeschichte großer Bevölkerungsteile des industriellen Ballungsraumes des Ruhrgebietes, seine Ideen- und Mentalitätsgeschichte wie seine Wirtschafts- und Sozialgeschichte schlechterdings nicht schreiben.“²³⁷ Die karitative Ebene war dabei nur eine von vielen. Zu ihr zählten unter anderem kirchliche Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, für Kranke, Behinderte und Arme, Orden und Ausbildungshäuser für Pflegekräfte. Daneben standen die während der Industrialisierung meist im neoromanischen oder neogotischen Stil gebauten Ortskirchen, die mit ihren Friedhöfen, Gemeinde- und Vereinshäusern eine nicht zu übersehende physische Präsenz hatten. Im Ruhrgebiet des Industriezeitalters entstand kaum ein neuer Stadt- oder Ortsteil ohne kirchliche Gemeinschaftseinrichtungen. Hinzu kamen kirchliche Kindergärten und Volksschulen, Krankenhäuser und Gemeindestationen, die ebenfalls überwiegend in kirchlicher Verantwortung standen. Jeder kannte Vertreter und Repräsentanten

der Kirchen, den Pfarrer genauso wie die Gemeinde- und Kindergartenschwester, den Küster und Friedhofsgärtner. Die Menschen im Ruhrgebiet erlebten sie als wichtige Bezugspersonen vor allem während der Übergangsriten, aber auch im Alltag. Ferner waren kirchliche Vereine Anlaufstellen zur Freizeitgestaltung, teils in den jeweiligen Orten organisiert, teils überregional in größeren Verbänden. Es gab im Revier also eine hohe Sichtbarkeit und Gegenwärtigkeit des Konfessionellen.

Diese kirchliche Infrastruktur ist in ihren feinen Verästelungen gut erforscht, vor allem das karitative Engagement sowie das Vereins- und Verbandswesen. Daneben existierte jedoch eine religiöse Welt, die sich nicht unbedingt in Vereins- und Gemeindestrukturen oder der Abwehr kulturkämpferischer Invektiven, sondern in religiöser Praxis und spezifischen Frömmigkeitskulturen zeigte, gerade im Ruhrgebiet. Insbesondere die Bergeleute galten als fromm, teilweise sogar als abergläubisch, was nicht zuletzt mit den Gefahren und der Dunkelheit ihres Arbeitsplatzes zu tun hatte. Im Saarland und in Oberschlesien bekreuzigten sie sich, sobald sie ihre Häuser verließen, beteten auf dem Arbeitsweg Rosenkränze, forderten Gebetsstunden vor Schichtbeginn oder sprachen ihre Gebete mit solcher Inbrunst, dass Beobachter gar von „radikalen und irrationalen Ausformungen“ sprachen.²³⁸ Religiosität erschöpfte sich also nicht in einem Kasualienchristentum, das die Gotteshäuser zur Taufe, Kommunion oder Konfirmation, Firmung, Hochzeit und Beerdigung füllte. Auch der gelebte Glaube, Frömmigkeit und religiöse Rituale prägten den Alltag im Industriezeitalter, wenngleich diese Beobachtung noch zu differenzieren ist.

Eine weitere Ebene, auf der sich neben kirchlicher Fürsorge und religiöser Praxis die gesellschaftliche Bedeutung von Religion und Kirche für das Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert zeigt, ist der Konfessionalismus. Augenscheinlich wird dies bereits bei einem ersten Blick auf die parochialen Strukturen der im Verlauf des Jahrhunderts zunehmend gemischtkonfessionellen Ruhrgebietsstädte. Dort fand sich die gesamte kirchliche Infrastruktur in gleich doppelter Ausführung: zwei Schulen, zwei Kindergärten, zwei Gemeindehäuser,

236 Heinrich Theodor Grütter u.a. (Hg.): *Der geteilte Himmel. Reformation und religiöse Vielfalt an Rhein und Ruhr*, Essen 2017, S. 174.

237 Günter Brakelmann: *Konfessionelles Bewusstsein im Ruhrgebiet 1870 bis 1918*, in: Borsdorf, Zukunft, S. 114–123, Zit. S. 114.

238 Brüggemeier, Grubengold, S. 164.

zwei Friedhöfe und manchmal auch zwei Krankenhäuser. Die Doppelstrukturen waren Teil des Alltags, oder zumindest des alltäglichen Sehens, denn partizipiert hat man in der Regel immer nur an einer Seite dieser konfessionellen Strukturen. Äußerst selten sind sich die evangelische und katholische Seite begegnet oder gar in Austausch getreten, zumindest nicht im kirchlichen Leben. Zu groß war der „alltägliche Antagonismus zwischen Katholiken und Protestanten“, der zur „lebenspraktischen und geistig-moralischen Spaltung der sonst gemeinsamen Lebenswelten“ führte.²³⁹ Unter Tage, am Schmelzofen oder in der Fabrik ist man sich allerdings schon begegnet, in der Regel auch ohne großen Zwist, was allerdings überwiegend daran lag, dass man heikle Themen aussparte. Gleichwohl wusste jeder, wer katholisch und wer evangelisch war, damit wuchs man auf und verinnerlichte die Trennung. Dass sich trotz aller Separationen auch Annäherungen ergaben, zeigen nicht zuletzt die erbitterten Debatten über sogenannte Mischehen und gemischtkonfessionelle Liebschaften. Die heftigen Kontroversen sind ein guter Beleg dafür, dass Kontakte zwischen Katholiken und Protestanten häufiger vorkamen, als man auf den ersten Blick meinte. Im Folgenden steht jedoch zunächst die Entwicklung der Kirchenstrukturen und Fürsorge im Mittelpunkt. Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Konfessionalismus, bevor der dritte Abschnitt abschließend die religiöse Praxis im Ruhrgebiet behandelt.

Kirchenstrukturen und Fürsorge

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts nahmen sich die Kirchen verstärkt sozialen Fragen der Zeit an. Das war im Prinzip kein neuer Trend, da fürsorgliche Initiativen in christlicher Verantwortung bereits aus früheren Jahren bekannt waren. Allerdings nahm das soziale Engagement in Zeiten des Pauperismus und später der Industrialisierung neu an Fahrt auf, wenngleich es im Ruhrgebiet keinen ausgeprägten Pauperismus gegeben hat. Aus Sicht der Kirchen hatten sich die gesellschaftlichen Strukturen nachhaltig verändert und eine Hilfsbedürftigkeit breiter Bevölkerungsteile von ganz neuer Qualität entstehen lassen, die es notwendig machte, diesen Anforderungen mit großem Engagement zu begegnen. Die

eingangs benannte Initiative des Grafen Adalbert von der Recke-Volmerstein ist ein treffendes Beispiel dafür. Doch es fanden sich in anderen Städten noch weitaus mehr ähnliche Einrichtungen. In Dortmund und Hörde setzten sich die evangelischen Kirchen im Verlauf der 1850er Jahre ebenfalls für die Kinder-, vor allem für die Arbeiterkinderfürsorge ein, zunächst in Form der sogenannten Kleinkinder-Bewahrschulen, den Vorläufern von Kindergärten. In den 1870er Jahren übernahmen innerhalb der Gemeinden Diakonissen die Armen- und Krankenpflege, in den katholischen Gemeinden in der Regel die Vinzentinerinnen mit dem Vinzenz-Verein als Träger katholischer Fürsorge – zumindest bis zur Gründung des Caritasverbands 1906.²⁴⁰

Aber bleiben wir zunächst beim Beispiel Dortmund: Hier entstanden Mitte des 19. Jahrhunderts nach den ersten Arbeiterkinderheimen neben dem städtischen zwei weitere katholische Waisenhäuser, hinzu kamen Alten- und weitere Jugendheime. Die jüdische Gemeinde in Dortmund eröffnete ebenfalls ein Waisenhaus und Altersheim. Ganz konfliktfrei liefen diese Initiativen jedoch nicht ab, was sich gut an den Auseinandersetzungen zwischen der Kommune und katholischen Kirche erkennen lässt, die aufkamen, als Letztere ein zweites katholisches Krankenhaus in der Stadt eröffnen wollte. Die Stadt argumentierte, dass sie mit dem kommunalen Hospital, das sie 1850 am Westenhellweg einrichten werde, den Bedarf in der Region decke. Ein weiteres Krankenhaus sei überflüssig, zudem bezweifelte die Stadtverwaltung, dass die Kirche überhaupt die notwendigen Finanzmittel für Bau und Unterhalt eines eigenen Hospitals aufbringen könne. Der Vorschlag, dass das weitere kirchliche Krankenhaus unter der Betreuung katholischer Schwestern und evangelischer Diakonissen prinzipiell allen Patient:innen offen stehen sollte, scheiterte an einem Veto des Paderborner Erzbistums. Stattdessen hielt man an den Plänen fest und errichtete 1851 unter Federführung der Dortmunder Propsteigemeinde mit Hilfe von Spenden und wie schon 30 Jahre zuvor beim Bochumer Kinderhaus Overdyck mit Lottereeinnahmen das katholische St.-Johannes-Hospital. Zur Gründung eines evangelischen Krankenhauses kam es in der Stadt Dortmund hingegen nicht, obwohl

²³⁹ Brakelmann, Bewusstsein, S. 116.

²⁴⁰ Luntowski, Jahrhundert, S. 321.

Nicolai Hannig

es immer wieder Pläne dazu gab. Die evangelischen Patient:innen suchten daher vornehmlich das städtische Krankenhaus auf. In den umliegenden, überwiegend protestantisch geprägten Gemeinden entstanden hingegen gleich drei evangelische Krankenhäuser, 1869 in Hörde, 1898 in Lütgendortmund und 1899 in Mengede.²⁴¹

Wie bereits angedeutet, war das karitative Engagement der Kirchen nicht nur ein Akt der Nächstenliebe. Es diente auch dazu, die Mission auszuweiten, und zwar auf die Menschen vor den eigenen Kirchentoren, die sich immer weiter von den Kirchen zu entfernen drohten. Die meisten Patient:innen, Armen, Kinder und Jugendlichen waren jedoch froh, dass es die kirchlichen Einrichtungen gab, zumal diese auch eine Trendumkehr in der Betreuungs- und Behandlungsqualität einleiteten. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herrschten in den meisten Spitälern noch desolate Zustände. Die meisten kommunalen Häuser waren eher Aufbewahrungstationen mit Wärtern, die die Insassen bewachten und notdürftig versorgten. Die seit den 1840er Jahren neu ins Leben gerufenen Pflegeorden, darunter die katholischen Clemens- und Elisabethschwwestern oder die Vinzentinerinnen, betrieben hingegen die meist stiftungsfinanzierten neuen Hospitäler, in denen die Versorgungsqualität deutlich besser war.

Auf protestantischer Seite war es das Kaiserswerther Diakonissenhaus, 1836 von Pfarrer Theodor Fliedner gegründet, mit dem die evangelische Fürsorge expandierte. Diese Anstalt, die noch heute zu den großen diakonischen Unternehmen Deutschlands zählt und der schon wenige Jahre nach ihrer Gründung weitere Häuser folgten, bildete fortan junge Frauen zu Pflegekräften aus, die zu den Stützen der christlichen Fürsorge wurden und dafür zumeist darauf verzichteten, zu heiraten und selbst eine Familie zu gründen.²⁴²

Dieses Engagement und diese Aufopferung wusste man gekonnt in Szene zu setzen. Viele Stahlstiche waren in Umlauf, die die Arbeit der kirchlichen Einrichtungen zeigten und einen Eindruck von der Vielfalt christlicher Fürsorge vermittelten. 1850 fertigte zum Beispiel

der Düsseldorfer Maler Johann Baptist Sonderland einen äußerst aufwendigen Stahlstich zur Kaiserswerther Diakonissenanstalt an, der zugleich als Sammelbild gedacht war, da auch Einzeldrucke der jeweiligen Bilder in Umlauf kamen. In elf verschiedenen Szenen hielt er die verschiedenen Facetten des diakonischen Engagements fest, darunter die Arbeit im Kinderkrankensaal, einen Krankentransport, Badehäuser, ein Asyl für Frauen, die aus einer Haft entlassen waren, oder ein Seminar für Lehrerinnen. Zudem inszenierte er den Gründer Pastor Fliedner, wie er vor einer gebannten Zuhörerschaft predigte. Stiche wie dieser dienten Fliedner wiederum dazu, die Arbeit der Anstalt öffentlich zu dokumentieren, neue Spendengelder einzuwerben und seine Einrichtung weiter bekannt zu machen. Fliedner nahm als überzeugter Protestant in der Öffentlichkeit kein Blatt vor den Mund, wenn es um konfessionelle Streitigkeiten ging. In seinen Arbeitsbeziehungen agierte er hingegen eher pragmatisch. Dass Sonderland katholisch war, störte ihn offenbar nicht, zumal der Künstler mit einer Protestantin verheiratet war und seine Kinder evangelisch erziehen ließ. Fliedner engagierte Sonderland für ganz unterschiedliche Projekte, so etwa bereits 1836 für eine „Neue Bilderbibel für die Jugend“ und 1842 für eine weitere „Schul-Bilderbibel“. Immer ging es ihm jedoch darum, volksmissionarische Anliegen mit Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung zu verknüpfen. Die erwirtschafteten Überschüsse aus den Bibelveröffentlichungen, deren Anschaffung auch das preußische Kultusministerium für Lehrerseminare und Superintendenturen empfahl, dienten wiederum dazu, die Diakonissenanstalt zu kofinanzieren.²⁴³

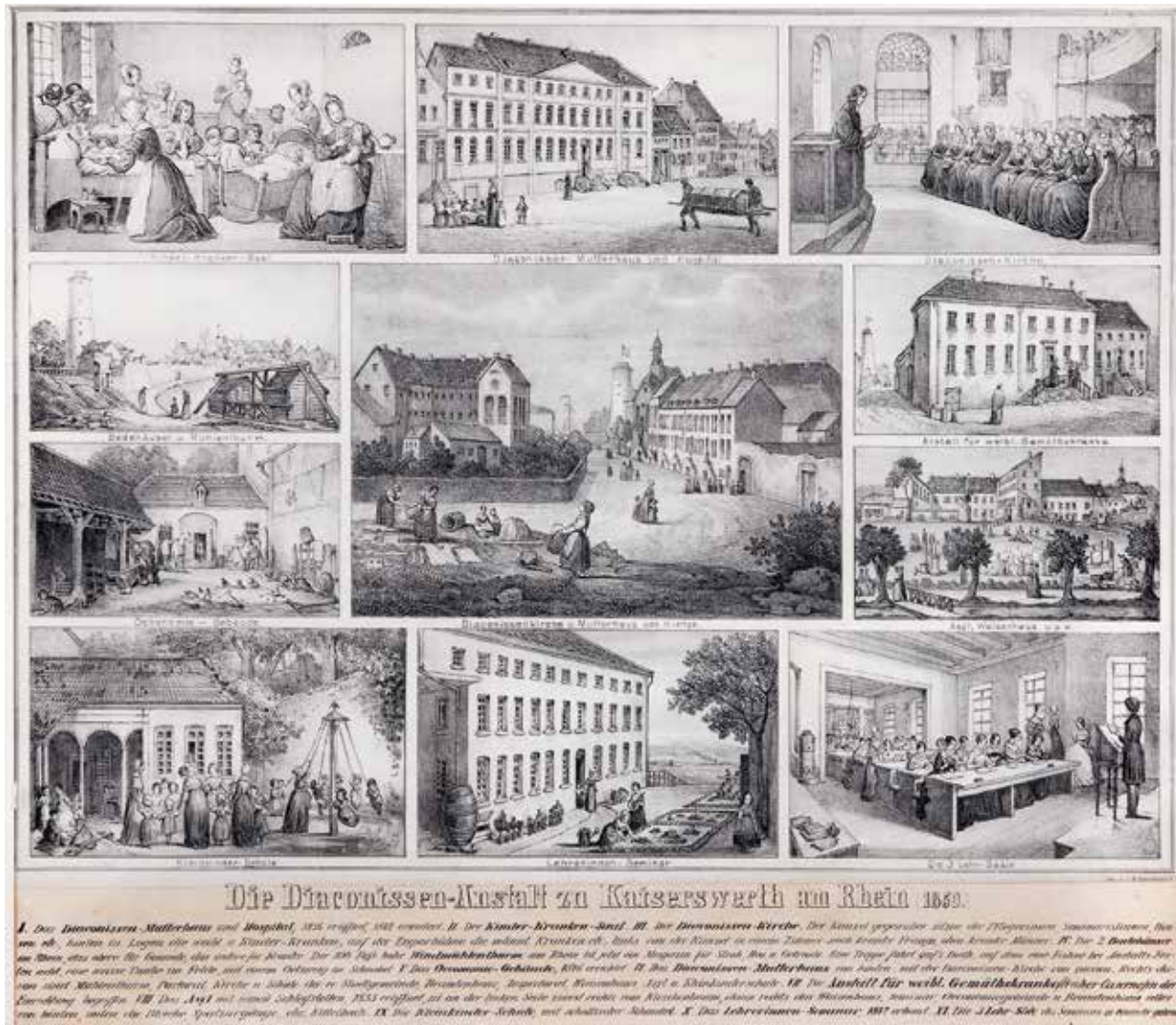
1844 entstand vor ganz ähnlichem Hintergrund das erste Essener Krankenhaus, das auf das Engagement der Ordensgemeinschaft der Barmherzigen Schwestern von der heiligen Elisabeth zurückging. Bereits 1832 war in Dorsten das erste Krankenhaus in christlicher Trägerschaft der gesamten Region entstanden, das St.-Marien-Hospital.²⁴⁴ Auf ganz ähnliche Weise engagierten sich an Rhein und Ruhr auch die jüdischen Gemeinden, wenn

²⁴¹ Ebd., S. 322 f.

²⁴² Annett Büttner: *Diakonie/Diakonissenhaus Kaiserswerth*, in: Benedikt Mauer/Enno Stahl (Hg.): *Düsseldorfer Erinnerungsorte*, Essen 2018, S. 251–255.

²⁴³ Annett Büttner: *Johann Baptist Sonderland (1805–1878). Ein katholischer Künstler im Dienst der Diakonissenanstalt*, in: *Heimat-Jahrbuch Wittlaer* 45 (2024), S. 95–106, hier S. 98 u. 103.

²⁴⁴ Grütter u.a., *Himmel*, S. 174–176.



Johann Baptist Sonderland: „Die Diakonissen-Anstalt zu Kaiserswerth am Rhein“ (1850), Fliedner-Kulturstiftung, Düsseldorf-Kaiserswerth, Pflegemuseum.

Aus: Grütter u.a., Himmel, S. 178.

auch etwas später. 1909 gründete sich in Dortmund eine erste jüdische Krankenpflegeschule. Bereits 1869 war in Köln das Israelitische Asyl für Kranke und Altersschwache entstanden, die älteste jüdische Fürsorgeeinrichtung im Rheinland. Hinzu kamen einige jüdische Wohlfahrtsvereine, ein 1888 eingerichtetes Waisenhaus in Dinslaken, ein 1905 gebautes Altersheim in Unna sowie ein Erholungsheim in Werden, gegründet 1914.²⁴⁵

Im Vergleich zu anderen Städten wie Breslau oder Berlin kam den Kirchen die Struktur des Rheinisch-West-

fälischen Industriebezirks entgegen. Die Urbanisierung entwickelte sich im Revier polyzentrisch, d.h., die Kirchen konnten die entstehenden „Kirchdorf- und Vorort-Strukturen“ sowie die verschiedenen Arbeiterkolonien mit neuen Gemeindenetzen überziehen. Dadurch zogen sie „gleichsam natürliche, bis heute gültige Grenzen“, ganz anders als in anderen sich urbanisierenden Regionen, wo Pfarreien teilweise Wohnblöcke durchschnitten und damit kaum alltagspraktische Unterteilungen vornahmen. Im Ruhrgebiet stärkten sie also eher die All-

²⁴⁵ Ebd., S. 176.

tagsnetzwerke und fügten sich recht harmonisch in die gebauten Strukturen ein. In diesen neuen Gemeinden „traf man sehr bald ganz überwiegend Seinesgleichen. Im Meer der Vororte verdünnten sich die ehemaligen bäuerlichen ebenso wie die stadtbürgerlichen Religionsgewohnten überaus rasch.“ In den größeren Innenstädten, ob nun in Dortmund, Bochum oder Essen, sah es freilich anders aus. Hier blieben die Gemeindestrukturen weiterhin bürgerlich geprägt. Doch insgesamt lässt sich festhalten, dass die Kirchen zwischen Ruhr und Lippe äußerst günstige Voraussetzungen vorfanden, um dem Revier einen konfessionellen Stempel aufzudrücken, auch wenn das noch lange nicht hieß, dass jeder diese Strukturbildung guthieß.²⁴⁶

Um einen Eindruck von der ungeheuren Dynamik zu bekommen, reicht ein flüchtiger Blick auf Westfalen im 19. Jahrhundert. Insgesamt gründeten sich hier allein 127 neue protestantische Gemeinden, etwa die Hälfte von ihnen im letzten Drittel des Jahrhunderts. Ein Großteil dieser Neugründungen entfiel auf das Ruhrgebiet.²⁴⁷ Auf den rasanten Bevölkerungszuwachs reagierten die evangelischen Kirchen mit Auspfarungen, d.h., sie machten Stadtteile, die bis dato Stadtgemeinden mitversorgt hatten, zu eigenständigen Gemeinden. Im Bochumer Kirchenkreis beispielsweise stieg die Zahl der evangelischen Gemeindeglieder zwischen 1874 und 1895 von 12.000 auf rund 32.000, parallel dazu erhielten die drei verantwortlichen Pfarrer Verstärkung in Form von fünf weiteren Pfarrstellen. Zudem planten die Verantwortlichen, die eher ländlichen Gemeinden, die zuvor noch aus der Innenstadt versorgt wurden, zu selbstständigen Gemeinden zu erheben, zumal der Zuwachs an Protestant:innen außerhalb des Stadtkerns besonders stark war. In Hofstede-Riemke stieg die Zahl evangelischer Gemeindeglieder zwischen Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts von knapp 200 auf rund 3.300. 1895 wurde Hofstede-Riemke daher selbstständig. Gänzlich reibungslos verliefen solche Auspfarungen jedoch nicht. Die vormalig verantwortlichen Gemeinden, oder auch „Muttergemeinden“, verlangten Abfindungen, um den Verlust an Mitgliedern zu kompensieren. Das führ-

te häufig zu erbitterten Verhandlungen, da in den neuen Gemeinden sogleich weitere Investitionen anstanden, in erster Linie zum Bau einer eigenen Kirche – so auch in Riemke. In der Regel konnten sich die Gemeinden jedoch auf die Unternehmen der Region verlassen, die häufig große Zuschüsse bewilligten. Ohnehin wird es schwierig sein, im Ruhrgebiet einen Kirchenbau um diese Zeit zu finden, der nicht mit erheblicher finanzieller Unterstützung örtlicher Zechen oder der Hüttengesellschaft entstanden ist. In Riemke war es die Zeche Hannibal, die bei der Einrichtung eines evangelischen Kirchbauvereins unterstützte, der schnell rund 12.000 Reichsmark einsammelte. Hinzu kamen Spenden anderer Unternehmen, sodass man schon bald mit dem Bau der Trinitatiskirche beginnen konnte, die 1897 der Generalsuperintendent Gustav Nebe einweihte.²⁴⁸

An diesem Beispiel lässt sich aber nicht nur erkennen, wie sich neue Gemeindestrukturen ausdehnten, sondern auch, dass Unternehmen ein großes Interesse an funktionierenden kirchlichen Netzwerken mit kurzen Wegen besaßen. Tatsächlich waren solche Strukturen ein wichtiger Faktor für Migrant:innen aus dem In- und Ausland bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz. Folglich versuchten Unternehmen, die ihre Anwerbungspraxis stark konfessionell ausrichteten, auch mit einem intakten Gemeindeleben zu punkten, dessen Aufbau und Erhalt sie sich etwas kosten ließen. Mit dem Ansiedlungsgesetz von 1904 waren die Bergwerksgesellschaften sogar dazu verpflichtet, Kirchengemeinden finanziell zu unterstützen. Die Protestant:innen in der stetig wachsenden Region Hiltrop zum Beispiel, heute ein Bochumer Stadtteil im Stadtbezirk Nord, gehörten bis 1914 zur Kirchengemeinde Herne und hatten folglich weite Wege zu gehen, um am Gottesdienst und Kirchenleben teilzunehmen. Unter den Gemeindegliedern führte das zu großem Unmut. Die Verantwortlichen vor Ort diskutierten vor diesem Hintergrund, ob eine Umpfarung nach Gerthe infrage käme oder ob es nicht sinnvoller wäre, gleich eine eigenständige Gemeinde in Hiltrop zu gründen. In diese Debatte mischte sich schließlich auch die Zeche Lothringen ein, der größ-

²⁴⁶ Klaus Tenfelde: Arbeiter, Bürger, Städte. Zur Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 2012, S. 131.

²⁴⁷ Gustav Nebe: Evangelische Gemeindegründungen in Westfalen im 19. Jahrhundert. Nach den Quellen bearbeitet, in: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte 5 (1903), S. 1–88, hier S. 86.

²⁴⁸ Traugott Jähnichen/Norbert Friedrich: Kirche im Ruhrgebiet im Industriezeitalter, in: Günter Brakelmann/Traugott Jähnichen/Norbert Friedrich: Kirche im Ruhrgebiet, Essen 1998, S. 36–43, hier S. 37 f.

te Arbeitgeber der Region, und stellte einen Zuschuss von 25.000 Reichsmark in Aussicht, sofern sich die Kirche dazu entschließen sollte, nach Gerthe umzupfarren. Die Gemeindeglieder stimmten jedoch dafür, eine selbstständige Gemeinde zu gründen. Danach richtete sich dann auch die Zeche und sicherte ihren Zuschuss für die Neugründung zu. So entstand nach Genehmigungen des Ministers für geistliche und Unterrichtsangelegenheiten des Regierungsbezirks Arnsberg und des königlichen Konsistoriums der Provinz Westfalen am 1. April 1915 die neue evangelische Kirchengemeinde Hiltrop.²⁴⁹

In anderen Orten gründeten sich Gemeinden neu, weil sich die konfessionelle Verteilung geändert hatte. So tauchten in vormals rein katholischen Regionen plötzlich neue evangelische Gemeinden auf, wie etwa in Bottrop oder Bockum-Hövel, wenn auch nicht immer ohne glückliche Fügung oder Hilfe von außen. In den 1880er Jahren lebten in Bottrop rund 6.000 Menschen – fast alle waren katholisch. Die wenigen frommen Protestant:innen mussten sich sonntags daher auf den Weg nach Borbeck oder Sterkrade machen, wenn sie den Gottesdienst besuchen wollten. Den Münsteraner und Koblenzer Konsistorien waren die Mitgliederzahlen Bottrops viel zu klein, als dass sich eine Neugründung aus ihrer Sicht gelohnt hätte. Nur knapp 700 Protestant:innen lebten im Ort. Als man jedoch erfuhr, dass ein Berliner Mediziner gerne in einer Diasporagemeinde eine neue Kirche stiften wollte, um Martin Luther zu seinem 400. Geburtstag 1883 zu ehren, wurde man in Münster hellhörig und setzte sich dafür ein, den Stifter für Bottrop zu gewinnen. Und so kam es am 12. November 1883, zwei Tage nach dem Geburtstag des Reformators, zur Grundsteinlegung der Bottroper Martinskirche.²⁵⁰

Beispiele wie diese finden sich im entstehenden Ruhrgebiet zuhauf, da man sich in fast allen Regionen einem ähnlich großen Kirchenmitgliederzuwachs gegenüber sah. Die Kirchen hatten ein großes Interesse daran, in der Region zu expandieren und allen Neuankömmlingen ein attraktives Angebot zu unterbreiten, während die Unternehmen keinen Arbeitskräftemangel riskieren

wollten, weil sich Arbeiter konfessionell nicht gut aufgehoben fühlten. Diese Gemeindestrukturen der Vororte traten an die Seite ihrer traditionellen, historisch gewachsenen Vorläufer in den Stadtkernen und gaben der Region seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert ein neues kirchliches Erscheinungsbild. Insgesamt aber konnten die Gemeinden den vielen Zuwander:innen nur bedingt eine Anlaufstelle bieten. Es fehlten Schulen, genauso wie Kirchengebäude, Vereinshäuser und vor allem Pfarrer. Auch die Unterstützung der Unternehmen bei Kirchbauten reichte nicht aus, um alle Neuankömmlinge in das Kirchenleben zu integrieren.

Neben den Gemeinden und Fürsorgeeinrichtungen gaben die verschiedenen christlich geprägten Vereine dem Ruhrgebiet seine kirchliche Prägung. Vor allem das katholische Vereinswesen brachte als Teil einer gesellschaftlichen Bewegung individuelle Emanzipationstendenzen in die Amtskirche.²⁵¹ Dominiert war der Ruhrgebietskatholizismus von der Arbeiterschaft. Bürgerliche, bäuerliche und handwerkliche Teilmilieus spielten nur Nebenrollen. Mit rund 55 Prozent war der Anteil an Arbeitern unter der männlich-katholischen Bevölkerung des Kaiserreichs ohnehin schon hoch – im Ruhrgebiet war ihr Anteil sogar noch etwas größer. Die Tradition katholischer Arbeitervereine reicht bis weit in die Revolutionsjahre um 1848 zurück, in deren Folge sich einige Piusvereine für religiöse Freiheit gegründet hatten, benannt nach Papst Pius IX. Sie waren ein erster Ausdruck des politischen Katholizismus und machten es sich zur Aufgabe, nicht nur die Rechte ihrer Kirche zu sichern, sondern auch die soziale Not zu bekämpfen. Der erste Verein entstand in Mainz, weitere folgten unter anderem in Baden, Württemberg, Bayern, Schlesien und auch im Rheinland und in Westfalen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgten mit zunehmender Industrialisierung erste katholische Arbeitervereine, denen jeweils ein Geistlicher vorstand, vor allem am Niederrhein, aber auch in Essen und im Bergischen Land. In den 1870er Jahren kamen sie im Ruhrgebiet, hier meist als Knappenvereine, bereits auf rund 40.000 Mitglieder. Bei 200.000 Mitgliedern insgesamt zeigte sich sehr

249 Ebd., S. 38.

250 Ebd., S. 39.

251 Vera Bücken: Katholizismus im Ruhrgebiet – ein Überblick, in: Brakelmann u.a., Kirche, S. 70–75, hier S. 70.

schnell, dass das Revier zu den Zentren der katholischen Arbeitervereine zählte.²⁵²

In den ersten Jahren ihres Wirkens merkte man den Vereinen ihren Ursprung in den Piusvereinen deutlich an, da sie sich eher fürsorglich orientierten, ihre Mitglieder materiell unterstützten und versuchten, auch religiöse Sinnstiftung zu leisten. Mit fortschreitender Industrialisierung und Migration politisierten sich die meisten Vereine jedoch, allen voran der Essener Arbeiterverein mit seinen in den 1870er Jahren schon fast 4.000 Mitgliedern. Er setzte sich gegen politische Verfolgung, Verbote und für bessere Arbeitsverhältnisse ein. Wollten Katholiken einen Knappenverein gründen, so mussten sie zuvor eine Genehmigung einholen, da die protestantisch geprägte Obrigkeit Preußens nicht nur in Zeiten des Kulturkampfes großes Misstrauen gegenüber solchen Initiativen hegte. Immer wieder unterstellte man den Vereinen – etwas verkürzt gesprochen – sie seien aus Rom gesteuert, von wo aus der Papst Mitglieder gegen den Staat aufstachele. Dementsprechend deklarierten die Behörden katholische wie auch sozialistische Vereine kurzerhand als „staatsfeindliche Elemente“ und ließen sie polizeilich überwachen. Diese Aufmerksamkeit, die der Staat den katholischen Vereinen entgegenbrachte, zeigt aber, dass insbesondere die katholische Arbeitervereinsbewegung ein einflussreicher Sachwalter auch säkularer Interessen werden konnte. Sie brachte zeitweise ganz neue Sozialtypen wie den christlichen Arbeiterführer oder christlichen Gewerkschafter hervor, die sich für den Sozialstaat einsetzten.²⁵³

Den Streik im Essener Steinkohlenrevier von 1872 organisierten katholische Knappenvereine in großen Teilen mit, setzten sich dafür aber harscher Gegenpropaganda aus, die letztlich dazu führte, dass der Streik die protestantischen Arbeiter nicht mobilisierte. Schnell gerieten Streik und Arbeiterverein nämlich ins Fahrwasser des Kulturkampfes. Der Essener Wirtschaftsjurist und Reichstagsabgeordnete Friedrich Hammacher

spielte die Lohnforderungen und sozialen Missstände der Arbeiter herunter und diffamierte den Streik als katholische Agitation. Ohnehin sei Essen schon seit längerem „Schauplatz der schlimmsten Wühlereien der sozialdemokratischen und eines Theiles der klerikalen Partei“. Essener Kapläne würden gezielt „Klassenhass“ und Missgunst schüren. „Gegen die maulwurfartigen Mittel des Theiles der klerikalen Partei reicht nur ein langer Kulturkampf aus.“ Damit war der Ton gesetzt, der Streik als „Jesuitenstreik“ gebrandmarkt, was seine Wirkung nicht verfehlte, denn über Essen und die konfessionelle Grenze kam der Streik nicht mehr hinaus. Auch innerhalb der Behörden stießen solche Diffamierungen auf fruchtbaren Boden, da man den Jesuitenorden als vermeintlichen Aufhetzer der Revierarbeiter schon seit längerer Zeit auf der Rechnung hatte. Auch wenn noch immer wenig über die Streikführer und damals sogenannten roten Kapläne bekannt ist, so ist doch deutlich zu erkennen, dass sie weniger den Klassenhass schürten, sondern Arbeitern eine Anlaufstelle in ihren häufig schwierigen sozialen Situationen boten und dabei halfen, konkrete Ansprüche und Forderungen zu artikulieren. Ohnehin spielten junge Geistliche im Ruhrgebiet eine wichtige Rolle, wenn es darum ging, soziale Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten oder erst einmal Verständnis für sie aufzubringen. Viele Kapläne entstammten selbst unteren Schichten und zeigten sich entsprechend aufgeschlossen.²⁵⁴

Was hier und auch während des Streiks von 1889 noch recht konsistent wirkte, wurde im frühen 20. Jahrhundert zunehmend ambivalent.²⁵⁵ Dass sich Pfarrer für Arbeiter einsetzten und sich die Kirchen solidarisch an die Seite streikender Bergleute stellten, der „Pastorensozialismus“ und die sozialreformerische Aufbruchstimmung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, waren keine ausgemachte Sache mehr.²⁵⁶ Das zeigte sich nicht zuletzt beim Bergarbeiterstreik von 1912, als die christlichen Gewerkschaften den Streikführern ihre Unterstützung

²⁵² Michaela Bachem-Rehm: Die katholischen Arbeitervereine im Ruhrgebiet 1870–1914. Katholisches Arbeitermilieu zwischen Tradition und Emanzipation, Stuttgart 2004.

²⁵³ Brakelmann, Kirche (Bd. 1), S. 255.

²⁵⁴ Zit. nach Bachem-Rehm, Arbeitervereine, S. 39, 40 u. 239.

²⁵⁵ Vgl. Rüdiger vom Bruch: Evangelische Sozialpolitiker und die Gewerkschaftsbewegung, in: Frank von Auer/Franz Segbers (Hg.): Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich, Weimarer Republik, Bundesrepublik Deutschland, Köln 1994, S. 39–52, hier S. 47 f.

²⁵⁶ Thomas Nipperdey: Religion im Umbruch. Deutschland 1870–1918, München 1988, S. 111.

verweigerten. Die Rolle der Protestanten war in solchen Fällen nicht weniger ambivalent, was sich wiederum an den Reaktionen auf den Ruhrbergarbeiterstreik von 1905 veranschaulichen lässt. Auf Pfarrkonferenzen und Kreissynoden waren die soziale Frage und die Streikbewegung immer wieder Thema. Gesamttenor war hier, dass man sich dafür aussprach, Gewerkschaften als Tarifpartner anzuerkennen. Darüber hinaus lobte man die Gewerkschaften dafür, dass sie besonnen agierten und sich an Gesetze hielten. Gleichzeitig rief man die Regierungsverantwortlichen dazu auf, weitere Reformen anzugehen und das Allgemeinwohl zu wahren. Heute wirken solche Positionen etwas weichgespült. Doch sie waren alles andere als parteinehmend für die Unternehmerseite – was die Forschung dem Protestantismus im Industriezeitalter immer wieder unterstellt hat. Eher lässt sich in solchen Forderungen ein „Typus protestantischer Parteinahme für die konkrete Überwindung des Klassenkampfes, für die soziale und psychologische Integration des Arbeiterstandes durch Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeiter“ erkennen, mithin also ein Einsatz für den „kontinuierlichen Ausbau des Sozialstaates“. Gleichwohl ist festzuhalten, dass Positionen wie diese niemals die Ordnungspolitik oder gar die Monarchie infrage stellten. Stets ging es darum, Reformen innerhalb des bestehenden Systems anzuregen, um die Klassengesellschaft hinter sich zu lassen. Die Monarchie sollte jedoch erhalten bleiben. Ein „starker Sozialstaat“ war für den politischen Ruhrgebietsprotestantismus „Voraussetzung zur sozialen Zähmung eines liberalistischen Kapitalismus“.²⁵⁷

Vor diesem Hintergrund wird ein für die religiöse und kirchliche Landschaft des Ruhrgebiets kaum zu überschätzender Faktor deutlich. Es waren vor allem die Vereine und Verbände, die Kirchenmitglieder langfristig an Gemeinden banden. Stärke und Geschlossenheit der Milieus basierten größtenteils auf Gemeindegarbeit, dem dortigen Engagement der Laien und deren Anbindung an kirchliche Vergemeinschaftungsangebote. Der

individuelle Glaube war nur ein Faktor unter vielen. Zudem dienten die kirchlichen Vereine ihren Mitgliedern dazu, sich konfessionell und öffentlich zu bekennen. Davon zeugen nicht zuletzt die vielen Medaillen und Abzeichen, Münzen und Fahnen, Plaketten und Anstecknadeln, die in großer Zahl überliefert sind.²⁵⁸ Häufig verknüpften diese Anfertigungen religiöse mit Arbeits- und Nationssymbolen. Den Vereinen, wie etwa dem Katholischen Knappenverein Essen-Überruhr, dessen Fahne von 1901 hier auf S. 472 abgedruckt ist, waren diese Gegenstände sehr wichtig. In überlieferten Vereinsprotokollen finden wir immer wieder lange Auseinandersetzungen über deren Gestaltung. In Essen-Überruhr entschied man sich für einen betenden Bergmann, der zusammen mit Schutzengel und Christusbild aufgesteckt ist. Auf diese Weise konnten Mitglieder ihre Zugehörigkeit ausdrücken und sich zugleich von anderen, gerade auch von anderen Konfessionen, abgrenzen. Daran lässt sich erkennen, dass kirchliche Vereine Identität stifteten und eine Mitgliedschaft nicht nur der Geselligkeit diente, sondern auch Ausdruck konfessioneller Exklusivitätsgefühle sein konnte. Die eigene Identität lebte man vor allem bei kirchlichen Veranstaltungen und Feiern aus, bei denen man oft penibel darauf achtete, Orden und Ehrenabzeichen korrekt zu tragen und alle Symbole entsprechend in Szene zu setzen.²⁵⁹

Den kirchlichen Vereinen fiel also eine mächtige Integrationsrolle zu. Im Ruhrgebiet gelang es vor allem den katholischen Vereinen, die vielen Bergleute erfolgreich in das Gemeindeleben einzubinden.²⁶⁰ Das funktionierte auch, weil sie auf Freizeitangebote setzten. Auf protestantischer Seite verhielt es sich ähnlich. Der 1884 in Bochum gegründete evangelische Arbeiterverein, der schon innerhalb weniger Jahre über 1.200 Mitglieder gewinnen konnte, errichtete sich sogar kurz vor seinem zehnjährigen Jubiläum ein eigenes geräumiges Vereinshaus, das wiederum weitere Vereinsgründungen nach sich zog und sich schnell zu einem regelrechten Magneten entwickelte. Schon bald verfügte es über

257 Günter Brakelmann: Kirche, Protestantismus und Soziale Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Bd. 1: Personen und Positionen in der Geschichte des sozialen Protestantismus – Kirche und Arbeiterbewegung – Ruhrgebietsprotestantismus, Münster 2018, Zitat S. 305.

258 Clemens Kreuzer: Mit Kreuz und Hammer. Katholische Arbeiterschaft in Bochum und Hattingen 1863 bis 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bochum 1979, S. 62–66.

259 Grütter u.a., Himmel, S. 204.

260 Michael Schäfer: Das Milieu der katholischen Arbeiter im Ruhrgebiet (1890–1914), in: Kift, Kirmes, S. 196–225.



Fahne des katholischen Knappen-Vereins in Essen-Überruhr, 1901.
Aus: Grütter u.a., Himmel, S. 209.

ein eigenes Restaurant und wartete mit Filmvorführungen und Theaterinszenierungen auf. Damit entfernte es sich zwar von seinem konfessionellen Kern, brachte aber immer mehr Protestant:innen in kirchlichem Rahmen zusammen.²⁶¹

Auf katholischer Seite entwuchs 1870 aus den vielen verschiedenen Vereinen und Verbänden die Zentrums-
partei, die im Ruhrgebiet so eng wie in keiner anderen Region mit der katholischen Arbeiterbewegung verbunden war.²⁶² Die Partei grenzte sich vor allem von der Nationalliberalen Partei ab, die in den Händen protestantischer Unternehmer lag, sich auf Teile der evangelischen Arbeiterschaft stützen konnte und eher industriekapitalistische Interessen vertrat. Das Zentrum vertrat hingegen Interessen des älteren Mittelstandes und der katholischen Lohnarbeiterschaft und versuchte, deren Forderungen gegen die liberale und überwiegend protestantische Unternehmerschaft durchzusetzen. Dies spiegelte sich in der Wahl ihrer Vertreter: 1878 stellte das Zentrum bei den Reichstagswahlen

den ehemaligen Krupp-Dreher Gerhard Stötzel als Kandidaten auf, der sogar seinen vormaligen Arbeitgeber, den nationalliberalen Kandidaten Krupp, mit rund 600 Stimmen hinter sich ließ. Bis zu seinem Ausscheiden 1905 behielt Stötzel den Essener Wahlkreis.²⁶³ Und bis etwa 1900 sprachen sich bei Wahlen rund 80 Prozent der Katholiken im Ruhrgebiet für das Zentrum aus. Dieser große Zuspruch sank jedoch, als die SPD immer größere Teile der katholischen Zuwanderer in den ländlichen Gebieten gewinnen konnte, weil es den Kirchen dort nicht mehr gelang, sie in das Gemeindeleben zu integrieren.²⁶⁴

Der Konfessionalismus

Bis 1905 waren Bockum und Hövel Bauerndörfer mit etwas mehr als 30 Häusern, in denen ausschließlich Katholik:innen wohnten. Dann unternahm die Bergwerksgesellschaft Trier Probebohrungen vor Ort, die sich schnell als besonders erfolgreich herausstellten, weshalb man noch im selben Jahr damit begann,

²⁶¹ Jähnichen/Friedrich, Kirche, S. 41 f.

²⁶² Wilfried Loth: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1984.

²⁶³ Ewald Hatzig: Gerhard Stötzel – ein Mann macht Karriere. Vom Grissenbacher Dreher bis zum Reichstagsabgeordneten in Berlin, in: Blick in das Netpherland 43 (2001), S. 32–34.

²⁶⁴ Rudolf Morsey: Die Zentrums-
partei in Rheinland und Westfalen, in: Walter Först (Hg.): Politik und Landschaft, Köln 1969, S. 11–50.

Kohleflöze abzubauen. In den eilig errichteten Siedlungen der Zeche Radbod direkt vor Ort stieg die Zahl neuankommender Arbeiter rasant an, bis 1908 auf knapp 2.000, die Hälfte davon war evangelisch. Kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs lebten bereits etwas weniger als 5.000 Protestant:innen in Bockum-Hövel. Eine solche konfessionelle Durchmischung innerhalb weniger Jahre war nicht untypisch für das letzte Drittel des 19. und das frühe 20. Jahrhundert. Die Industrialisierung verschob die konfessionelle Landkarte des Reviers und sorgte damit vielerorts für konfessionelle Spannungen. Diese konnten sich selbst in den banalsten Alltagssituationen zeigen und mit Dünkel, Missgunst, Abschätzigkeit oder Überlegenheitsgefühlen einhergehen. In einem Kreissynodalprotokoll des Hammer Kirchenkreises von 1912, in dem Eindrücke aus der neu gegründeten Gemeinde Bockum-Hövel festgehalten sind, hieß es: „Wenn auf einem Rundgang durch die Kolonie ein vernachlässigtes Grundstück oder ein wüst liegender Platz das Auge beleidigte, selten ist der Inhaber evangelisch, und wenn umgekehrt ein Vorplatz vor dem Hause schön angelegt, ein Garten besonders gut gepflegt ist, so darf ich mit Stolz in vielen Fällen sagen: die Leute gehören zu uns.“²⁶⁵

Die konfessionelle Landkarte des Ruhrgebiets war insgesamt jedoch Spiegelbild vormoderner Traditionen. Gemeint ist damit vor allem die Phase nach dem Augsburger Religionsfrieden von 1555, als sich die Region territorial-konfessionell zersplitterte und die Bekenntnisse untereinander abgrenzten. Der südöstliche Teil gruppierte sich zur preußisch-protestantischen Grafschaft Mark, der Norden zum katholischen Münsterland, während der Westen zum katholisch geprägten Rheinland zählte, dessen nördliche Ausläufer jedoch eher protestantisch waren. An dieser Prägung änderte im Grunde auch die Zuwanderung während der Industrialisierung wenig, vor allem nicht in den Landkreisen, in denen die ursprüngliche Konfessionsverteilung noch deutlich sichtbar blieb. Man kann allenfalls mit einigen Ausnahmen festhalten, dass „die Zuwanderung die ursprüngliche Minderheitskonfession jeweils gestärkt“

hat.²⁶⁶ Brisant wurde es für die Region, als die katholisch geprägten Landschaften an Rhein und Ruhr 1815 dem protestantischen preußischen Königreich zufielen – Konfliktlinien schienen vorgezeichnet.

Gleichwohl ist nicht von der Hand zu weisen, dass die fortschreitende Migration seit Mitte des 19. Jahrhunderts die konfessionelle Landkarte an einigen Stellen gehörig durchmischte. Ein gutes Beispiel ist der Kreis Recklinghausen, der auch die kreisfreien Städte Bottrop, Gelsenkirchen, Gladbeck und Recklinghausen umfasste. Diese Region war lange Zeit rein katholisch. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts war es Protestant:innen sogar verboten, sich hier niederzulassen. Doch bereits 1905 waren rund 25, in den 1960er Jahren fast 45 Prozent der Bewohner evangelisch. Auch in die andere Richtung konnte sich die Landschaft durchmischen. In Dortmund inklusive Castrop-Rauxel und Lünen lebten bis in die 1820er Jahre zu rund 75 Prozent Protestant:innen. Anfang des 20. Jahrhunderts zählten sie nur noch etwas mehr als die Hälfte. In anderen Städten lässt sich zudem eine gewisse Schwankung in der konfessionellen Zusammensetzung ausmachen, so etwa in Gelsenkirchen. Generell gilt jedoch, dass sich überall dort, wo die konfessionelle Zusammensetzung ohnehin schon leicht gemischt war, die Verteilung zwischen Protestanten und Katholiken weiter anglich.²⁶⁷

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war dabei das Bekenntnis der Unternehmer. Die meisten von ihnen waren evangelisch, der Industrielle Emil Kirdorf genauso wie die Unternehmer Franz Haniel und Friedrich Grillo. Sie schickten ihre Werber in erster Linie nach Westpreußen oder in die masurischen Gebiete Ostpreußens, um dort protestantische Arbeiter zu gewinnen. Katholiken wie der Mülheimer August Thyssen setzten hingegen auf katholische Arbeitswillige aus Schlesien und Posen. 1908 lebten bereits etwa 130.000 protestantische Masuren im Ruhrgebiet, die sich überwiegend in Gelsenkirchen, Herne und im Norden Essens ansiedelten. Die meisten von ihnen waren landsmannschaftlich orientiert und geprägt von traditioneller, tiefer evangelischer Frömmigkeit, die sie vorzugsweise in eigenen

²⁶⁵ Zit. nach Jähnichen/Friedrich, Kirche, S. 40.

²⁶⁶ Tenfelde, Arbeiter, S. 114 f., Zit. S. 115.

²⁶⁷ Friedrich Brune: Die bevölkerungspolitische Entwicklung in Westfalen seit 1818 im Hinblick auf die Evangelische Kirche von Westfalen, in: Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte 55/56 (1962/63), S. 131–149, hier S. 143 u. 147; Jähnichen/Friedrich, Kirche, S. 37.

Gebetsvereinen auslebten. Im Gegensatz zu den häufig nationalpolnisch eingestellten und überwiegend katholischen Polen – vor Beginn des Ersten Weltkriegs befanden sich etwa 350.000 im Revier – galten die Masuren, auch teils polnischsprachig, als königstreu und politisch unauffällig.²⁶⁸ Sie integrierten sich zunächst mehrheitlich in die evangelischen Gemeinden und schlossen sich geselligen Vereinen, teilweise auch den ostpreußischen Arbeitervereinen der Region an, die geschlossen hinter der Nationalliberalen Partei standen.²⁶⁹ Die Polen kamen häufig in den neu gegründeten Gemeinden unter, wo sie schnell über eigene Zeitungen, Geschäfte und sogar Banken verfügten.²⁷⁰ Insbesondere Bochum entwickelte sich zum „geistigen Zentrum der Polen“, und zwar „nicht nur im Industriegebiet, sondern für ganz Westdeutschland“. Von den 191 polnischen Vereinen im Regierungsbezirk Arnsberg waren in den 1870er Jahren bereits knapp die Hälfte in Bochum und Gelsenkirchen beheimatet. In den städtischen Gemeinden oder im Bochumer Redemptoristenkloster, das die Ordensbrüder 1899 wieder bezogen, nachdem sie es 1873 in Kulturkampfzeiten hatten räumen müssen, hörten die polnischen Migrant:innen sogar sogenannte Polenmessen oder ließen sich ihre Beichte in polnischer Sprache abnehmen.²⁷¹

Nachdem die Kirchen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eher an gesellschaftlicher Bedeutung verloren hatten, erlebten sie im Ruhrgebiet mit der Industrialisierung und Zuwanderung einen deutlichen Aufschwung, zumindest was ihre Organisationsbildung anbetraf. Jeder neu entstehende Ortsteil erhielt sogleich eine kirchliche Infrastruktur, während die Kirchengemeinden zu Land- und Immobilienbesitzern wurden.²⁷² Diese Konjunktur, die auch baulich bzw. optisch in Form vieler neuer neoromanischer oder neugotischer Kirchbauten mit hohen Türmen, Gemeinde- und Vereinshäusern einen nachhaltigen Eindruck hinterließ, ging jedoch mit teils erbitterten Konfessionsstreitigkeiten einher. Die ge-

sellschaftliche Prägekraft der Streitigkeiten zwischen den Konfessionen betont die Forschung schon seit vielen Jahren. Der Historiker Thomas Nipperdey schrieb bereits 1988, dass Katholisch-Sein im Deutschland des 19. Jahrhunderts nicht unbedingt bedeutete, dass man Glaubenssätze der katholischen Kirche befolgte und sich an ihrer Sittenlehre orientierte. Es hieß in erster Linie, sich von Protestant:innen abzugrenzen. Umgekehrt schien für viele Protestant:innen vor allem der Antikatholizismus Triebfeder ihres Kirchenlebens zu sein. Der Konfessionsgegensatz war für beide Seiten offenbar viel entscheidender als der zwischen Christ:innen und Nicht-Christ:innen, zwischen Gläubigen und Ungläubigen. Er bestimmte das Alltagsleben, den Schulbesuch genauso wie die Partnerschaft und die Freizeitgestaltung. „Katholikenfresser“ und „Protestantenfresser“, so formuliert es Nipperdey plakativ, lauerten an jeder Ecke. Daher sei die „Konfessionsspaltung und -spannung“ trotz Zusammenarbeit und Koexistenz im Betrieb genauso wie im Parlament eine der „fundamentalen alltäglichen und vitalen Grundtatsachen des deutschen Lebens“ gewesen.²⁷³

Heute sind uns diese interkonfessionellen Konflikte fremd geworden, zumindest in Deutschland. Historisch betrachtet ist dies jedoch eine noch recht junge Entwicklung. Noch 1953 konnte die Einweihung einer Zuckerfabrik im unterfränkischen Ochsenfurt einen konfessionellen Zwischenfall mit Keilereien und Polizeieinsatz auslösen, weil man sich nicht einigen konnte, ob nun ein evangelischer Dekan, ein katholischer Bischof oder beide zusammen die Zeremonie leiten sollten. Auch wenn wir diese Streitigkeiten heute eher als Kommunikationspanne lesen mögen, zeigen sie doch recht deutlich, welcher Zündstoff noch Mitte des 20. Jahrhunderts im Konfessionsgegensatz steckte. Das Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts jedenfalls bildete dabei keine Ausnahme, im Gegenteil: Es war Schauplatz und zugleich ein

²⁶⁸ Christoph Kleßmann: *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945*, Göttingen 1978.

²⁶⁹ Andreas Kossert: „Echte Söhne Preußens“. Die polnischen Masuren in Westfalen und ihre Frömmigkeit, in: *Westfälische Zeitschrift* 155 (2005), S. 331–350.

²⁷⁰ Sylvia Haida: *Die Ruhrpolen. Nationale und konfessionelle Identität im Bewusstsein und im Alltag 1871–1918*, Bonn 2012; Grütter u.a., Himmel, S. 198.

²⁷¹ Hans Jürgen Brandt: *Das Kloster der Redemptoristen in Bochum und die Polenseelsorge im Westfälischen Industriegebiet*. In: *Spicilegium historicum Congregationis SSmi Redemptoris* 23 (1975). S. 131–199, hier S. 138.

²⁷² Brakelmann, *Kirche* (Bd. 1), S. 250.

²⁷³ Nipperdey, *Religion*, S. 154 f.

Motor, der den Konfessionalismus im Reich weiter antrieb, übrigens nicht nur zwischen Protestant:innen und Katholik:innen. Auch zwischen konservativen Lutheraner:innen und kulturprotestantischen Liberalen konnte es mitunter heiß hergehen.²⁷⁴ Das lag nicht zuletzt an konfessionellen Zusammensetzungen, die im Revier besonders markant waren. In der Arbeitswelt war die Aufteilung zwischen Oben und Unten, Herrschenden und Beherrschten auch eine konfessionelle. Oder anders gesagt: Berg- und Hüttenarbeiter waren in Relation zur übrigen Ortsbevölkerung überdurchschnittlich häufig katholisch, Angestellte und Unternehmerschaft überwiegend evangelisch. Klöckner und Thyssen bestätigten als katholisch geprägte schwerindustrielle Unternehmen als Ausnahme die Regel. Herrschaftskonflikte und innerbetriebliche Konfrontationen waren daher immer auch konfessionell eingefärbt.²⁷⁵

Im Alltag konnten Konfessionsstreitigkeiten teils gehässige Formen annehmen. Vor allem an Feiertagen kamen sie ungeniert zum Vorschein, zumal diese die Konfessionen für alle sichtbar voneinander trennten. So kam es nicht selten vor, dass Katholikinnen am Karfreitag, der für Protestant:innen ein besonders wichtiger Tag war, vor aller Augen Wäsche wuschen, die Treppen putzten oder im Vorgarten lautstark Teppiche klopfen. Im Gegenzug setzten Protestant:innen, häufig in Zusammenarbeit mit den evangelisch geprägten Behörden, alles daran, die für Katholik:innen zentralen Fronleichnamsprozessionen mit Beschränkungen und Auflagen zu stören. 1892 sollte zum Beispiel eine katholische Prozession durch die Gelsenkirchener Innenstadt führen. Das Presbyterium des evangelischen Kirchenkreises beantragte daraufhin, die Pläne zu ändern, woraufhin der Landrat die Veranstaltung ganz untersagte. Die Katholik:innen, die sich um die für sie so wichtige Fronleichnamsprozession gebracht sahen, boykottierten daraufhin die Geschäfte einiger Presbyter in der Stadt.²⁷⁶

Zu den größten konfessionellen Streitthemen zählte die sogenannte Mischehe. Wer in einem Ort oder Viertel katholisch und wer evangelisch war, wusste im Grunde

jeder. Und die meisten hatten ebenso verinnerlicht, dass man in der Freizeit eher weniger mit der anderen Konfession verkehrte. Mitunter kam es jedoch vor, dass man sich über die Konfessionsgrenzen hinweg annäherte, obwohl viele wussten, dass sie damit den Zorn und das Gerede anderer auf sich zogen, Familienzerwürfnisse riskierten und beim Pfarrer in Unnade zu fallen drohten. Das katholische Eherecht hatte hier eine besondere Bedeutung. Es besagte, dass eine Mischehe nur dann möglich sei, wenn der Ehepartner, der nicht katholisch war, sich trotzdem katholisch trauen ließ und einwilligte, die aus der Ehe hervorgehenden Kinder katholisch zu erziehen. Heiratete man hingegen evangelisch und erzog die Kinder entsprechend, schloss man sich selbstverschuldet aus der katholischen Kirche aus. Noch komplizierter war es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die preußische Regierung nach den territorialen Veränderungen infolge des Wiener Kongresses und dem Zugewinn der aufgelösten geistlichen Fürstentümer Köln, Paderborn und Münster durchzusetzen versuchte, dass alle Kinder aus Mischehen im Bekenntnis des Vaters zu taufen und zu erziehen waren. In Berlin hatte man sehr genau registriert, dass sich in den neuen westlichen Provinzen konfessionsverschiedene Ehen häuften, vor allem zwischen protestantischen Beamten und Militärs mit Katholikinnen aus dem Rheinland. Mit Kabinettsorder von 1825 übertrug man daher die schon früher geregelten Bestimmungen auf die Rheinprovinz und Westfalen. Ebenso nahm man in Berlin Einfluss auf die Priesterausbildung. Einige Katholiken lehnten sich dagegen auf, allen voran der Kölner Erzbischof Clemens August Droste zu Vischering, der auf das Kirchenrecht verwies. Sein Agieren endete 1837 in einer Verhaftung, was wiederum Proteste unter Katholiken auslöste, die Vischering zum „Bekennerbischof“ und Vorkämpfer für die katholische Sache stilisierten. In der Frage konfessionsverschiedener Ehen kam es schließlich zu einem Kompromiss zwischen Preußen und dem Vatikan. Vischering kehrte jedoch nicht mehr auf den Bischofsstuhl zurück. Für die Entstehung des politischen Katholizis-

274 Lucian Hölscher: *The Religious Divide: Piety in Nineteenth Century Germany*, in: Helmut Walser Smith (Hg.): *Protestants, Catholics, and Jews in Germany, 1800–1914*, Oxford/New York 2001, S. 33–47.

275 Tenfelde, *Arbeiter*, S. 121.

276 Michael Zimmermann: *Marienverehrung, Tugendlehre und Menschheitsfortschritt. Glaubensvorstellungen im Ruhrgebiet*, in: *Ruhrlandmuseum, Erfindung*, S. 257–269, hier S. 265 f.

mus waren die sogenannten Kölner Wirren allerdings eine wichtige Etappe.²⁷⁷

Mit Beilegung der Streitigkeiten in Köln und den Vereinbarungen mit dem Vatikan war die Mischehenproblematik jedoch nicht aus der Welt. Im Gegenteil: Im Alltag war sie konfessioneller Zankapfel Nummer eins und der Anlass schlechthin für den immer wieder aufkommenden Konflikt um das Bekenntnis. Bevor sich eine konfessionsverschiedene Ehe anbahnen konnte, musste man sich erst einmal begegnen. Das war in vielen Regionen Deutschlands lange Zeit gar nicht möglich, da die konfessionelle Landkarte viele scharfe Grenzen und bekenntnisgeschlossene Gebiete kannte. Mitte des 19. Jahrhunderts lag die Mischehenquote innerhalb Preußens bei knapp vier Prozent. In protestantischen Orten erreichte sie noch nicht einmal ein Prozent, während sie in gemischtkonfessionellen Regionen, wie etwa im Regierungsbezirk Breslau, über zehn Prozent erreichen konnte. Je durchmischter also die Bekenntnisse in einer Region waren, desto wahrscheinlicher war eine höhere Quote konfessionsverschiedener Ehen. Aber es lässt sich noch ein weiterer Faktor herausarbeiten: Schon Zeitgenoss:innen stellten fest, dass im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt in größeren Städten und Industrieregionen bis zu fünf Mal so häufig Mischehen geschlossen wurden. Folgern lässt sich daraus, dass Urbanisierung und die Entstehung industrieller Ballungsgebiete dazu führten, dass traditionelle Konfessionsgrenzen durchlässiger wurden und sich gemischtkonfessionelle Paare leichter und häufiger annähern konnten. Auch generell nahm die Zahl konfessionsverschiedener Ehen trotz ständiger Streitigkeiten stetig zu, sie verdoppelte sich in Preußen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von knapp vier auf etwas weniger als neun Prozent. Im Ruhrgebiet waren die Zahlen im Vergleich zum Reichsdurchschnitt sogar noch größer, was vor allem an der Zuwanderung lag, die die konfessionelle Landkarte veränderte.²⁷⁸

Diesen Trend erkannten auch die Kirchen im Ruhrgebiet und verlagerten ihren Kampf gegen die konfessionsverschiedene Ehe stärker auf die Kinder, die aus ihr hervorgingen. Schließlich bedeutete jedes bekennt-

nisfremd getaufte Kind einen „konfessionellen Verlust“, wie es der Vorsitzende des Evangelischen Bundes, Otto Everling, noch 1918 in einem Handbuch formulierte. Vor allem die Pfarrer in den Ortsgemeinden preschten vor und wirkten entsprechend auf junge Paare ein. Die evangelische Kirche konterte die rigide katholische Ordnung, die ein bindendes Versprechen zur katholischen Kindererziehung vorsah, sofern ein Priester eine Mischehe segnen sollte, mit nicht weniger strengen Vorgaben und drohte sogar mit der Kirchenzucht, was den Ausschluss vom Abendmahl bedeuten konnte. Hinzu kamen sogenannte Mischehenpredigten, die Pfarrer auch an hohen Feiertagen hielten, sowie eine Art präventive Seelsorge, mit der sie Paare von vornherein vom rechten Weg zu überzeugen versuchten. Rückendeckung von der Amtskirche erhielten die Pfarrer dafür reichlich. „Am Wichtigsten ist“, hielt der Evangelische Oberkirchenrat 1883 im *Kirchlichen Amtsblatt der Rhein-Provinz* fest, „dass die Geistlichen in Ausübung ihres Hirtenamtes wachsamen Auges und fester Hand nicht versäumen, durch Lehre und Seelsorge rechtzeitig den an ihre Gemeindemitglieder herangetretenen Gefahren vorzubeugen und zu begegnen“. Dazu gab er sogar ganz konkrete Hinweise:

„Gerade gegenüber den in den gemischten Ehen der evangelischen Kirche entstandenen Gefahren können die Ältesten durch Hausbesuche, durch persönliche Mahnung und Warnung, durch kräftige Unterstützung des Widerstandes in den evangelischen Familien nicht selten auch da noch einen Erfolg erzielen, wo die Stimme des geistlichen Amtes nicht mehr beachtet wird.“²⁷⁹

Zusätzlichen Input dafür erhielten sie von den kirchlichen Verbänden, die sie mit Handreichungen versorgten und ihre Kampagnen mit Flugblättern unterstützten. Im Bochumer Kirchenkreis kursierte in den 1880er Jahren ein Formschreiben, das Protestant:innen davor warnte, der katholischen Kirche zu versprechen, die eigenen Kinder katholisch erziehen zu wollen. Darin hieß es:

277 Friedrich Keinemann: Das Kölner Ereignis und die Kölner Wirren (1837–1841). Weichenstellungen, Entscheidungen und Reaktionen mit besonderer Berücksichtigung Westfalens, Münster 2015.

278 Tillmann Bendikowski: Konfessionelle Mischehen im Ruhrgebiet, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 26 (2001), S. 233–239, hier S. 234 f.

279 Zit. nach Bendikowski, Mischehen, S. 237.

„Sollten Sie wider unserer Erwarten und zum Aerger-
niß der evangelischen Gemeinde dennoch das erwähn-
te Versprechen in betreff der Kindererziehung geben, so
sind wir auf Grund vorstehender Bestimmungen des
Kirchengesetzes verpflichtet, Ihnen die Ehrenrechte in
der evang. Kirche abzuerkennen event. Sie vom heiligen
Abendmahl auszuschließen.“²⁸⁰

Der konfessionelle Eifer, der in solchen Drohgebär-
den zum Ausdruck kam, konnte sogar noch viel weiter
führen. Als es ein evangelischer Pfarrer aus Lütgen-
dortmund 1890 nicht mehr ertragen konnte, dass eine
Katholikin ihr Kind aus einer Mischehe katholisch erzog,
nahm er sich der Sache selbst an, entführte den Jungen
vom Schulhof und verbrachte ihn in ein evangelisches
Erziehungsheim. Dass der protestantische Kindsvater
verstorben und die Mutter inzwischen mit einem Katho-
liken verheiratet war, hielt den Pfarrer nicht von seinen
Plänen ab, eher schien es ihn noch zusätzlich zu motivie-
ren, den verlorenen Sohn heimzuholen. Sicherlich waren
Vorgänge wie dieser extreme Einzelfälle. Doch der Fort-
gang dieser Episode zeigt in aller Deutlichkeit, wie ernst
vielen die Sache war: Der Staat griff schließlich ein, der
Pfarrer landete vor Gericht und wurde wegen Kindes-
entführung angeklagt. Am Ende sprach ihn das Gericht
jedoch frei, und der Junge musste schließlich doch noch
evangelisch erzogen werden, ja er wurde sogar konfir-
miert. Wohin solch konfessioneller Eifer häufig führte,
zeigte sich ganz am Ende der Geschichte: Im Alter von
14 Jahren trat der Junge aus der Kirche aus.²⁸¹

Vor dem Hintergrund, dass die Kirchen im Ruhrgebiet
des ausgehenden 19. Jahrhunderts eigentlich weniger
mit Verlusten unter ihren Mitgliedern zu kämpfen, son-
dern vielmehr ein Betreuungsproblem infolge der ste-
tigen Zuwanderung hatten, scheint noch ein weiteres
Konfliktmotiv auf. Gemeint ist die Sorge um die zuneh-
mende Entkirchlichung, der Kampf gegen die Säkulari-
sierung. Die konfessionsverschiedene Ehe, so waren sich
viele Pfarrer und Theologen im Ruhrgebiet einig, war
ein Motor der Entkirchlichung. Die Mischehe galt ihnen

als fatales Fundament für Glaubensschwäche, Kirchen-
feindschaft und konfessionelle Gleichgültigkeit, die vor
allem in den industriellen Zentren und Großstädten um
sich griffen. In dieser Furcht waren sich die ansonsten
so gegensätzlichen Konfessionen plötzlich einig. Auch in
den Sozialisten und ihren kirchenfeindlichen Positionen
fanden die beiden Volkskirchen schließlich ein gemein-
sames Feindbild.

Die religiöse Praxis

Beschäftigt man sich mit der Religiosität im Ruhrge-
biet des 19. Jahrhunderts, so empfiehlt es sich, zunächst
zwischen drei verschiedenen Typen religiöser Praxis zu
unterscheiden:²⁸² *Erstens* lassen sich Formen von „Kirch-
lichkeit“ beschreiben. Damit ist kirchentreu Verhalten
gemeint, das sich an den Geboten der Konfession orien-
tiert – häufig spricht man auch von „kirchengebundener
Frömmigkeit“. Der Begriff selbst ist eine Neuschöpfung
aus der Zeit um 1800, wo er sowohl die Teilnahme am
kirchlichen Leben als auch das allgemeine Interesse an
Kirche und Religion beschrieb.²⁸³ Kirche wird in diesem
Zusammenhang und in analytischer Perspektive häufig
als „formale Organisation“ verstanden, die „komplexe
Strukturmuster“ aufgebaut und „zugleich Erwartun-
gen an die Ausgestaltung von Mitgliederrollen“ forma-
lisiert habe.²⁸⁴ Davon sind *zweitens* verschiedene Formen
von Christlichkeit zu unterscheiden, die sich auf ver-
schiedene Art zeigen. Darunter fallen etwa Praktiken
von Volksfrömmigkeit, die teilweise sogar vorchristli-
che Glaubens- und Verhaltensweisen integrieren, eine
an bestimmte Lebensabschnitte gebundene Frömmig-
keit, die sich lose an kirchlichen Riten orientiert, oder
auch ein Individualismus, der zwar christliche Normen
anerkennt, sie aber nicht mit persönlichem Glauben un-
terfüttert. *Drittens* ist schließlich die Abkehr von allen
diesen Aspekten zu differenzieren, also die bewusste
„Kirchen- und Glaubensferne“. Angesprochen ist damit
eine Haltung, in der Menschen kirchlich-religiöse Pflich-

²⁸⁰ Zit. nach ebd., S. 236.

²⁸¹ Tillmann Bendikowski: Großer Kampf um kleine Seelen. Konflikte um konfessionelle Mischehen im Preußen des 19. Jahr-
hunderts, in: Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte 91 (1997), S. 87–108, hier S. 103.

²⁸² Die folgende Trias nach Tenfelde, Arbeiter, S. 122.

²⁸³ Lucian Hölscher: Geschichte der protestantischen Frömmigkeit, München 2005, S. 181.

²⁸⁴ Benjamin Ziemann: Säkularisierung, Konfessionalisierung, Organisationsbildung. Dimensionen der Sozialgeschichte der
Religion im langen 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 485–508, hier S. 501.

ten und Glaubensmuster ablehnen und an deren Stelle andere Normen setzen.

Im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts fanden sich alle drei Typen. Darüber hatten sich jedoch schon viele zeitgenössische Narrative ausgebreitet, die noch heute den Rückblick auf die religiöse Landschaft des Reviers prägen, in ihrer Absolutheit aber kaum zu halten, wenn auch nicht gänzlich als Mythen abzutun sind. Da wäre zum Beispiel die vermeintlich traditionelle, christlich fundierte bergmännische Frömmigkeit, die um 1848 in ihrem Konservatismus sogar ein stabilisierender Gegenpol zu den Revolutionsbestrebungen gewesen sei. Noch heute führt man diese fromme Prägung auf die Allgegenwart von Gefahren im Arbeitsalltag zurück, der Bergleute mit Dankes- und Schutzgebeten begneten. Zudem sei unter ihnen schon sehr früh das Erklärungsmodell der göttlichen Fügung verbreitet gewesen, das sie immer dann bemühten, wenn sie nach langer aufwendiger Suche in großer Abgeschiedenheit doch noch kostbares Erz fanden. Solche religiösen Bergbaumythen importierten sich mit der ersten Bergbaukonjunktur Richtung Rhein und Ruhr und fanden ihren Ausdruck u.a. in den unter Bergleuten weit verbreiteten Gebets- und Gesangsbüchern. Auch der eigentümliche Barbarakult, der schon die älteren Bergbauregionen in Sachsen, Schlesien und Böhmen im Mittelalter geprägt hatte, feierte im Ruhrgebiet fröhliche Urständ. Ein ähnlich prominentes Narrativ rankt sich um die sogenannte Masurenfrömmigkeit. Die im ausgehenden 19. Jahrhundert angeworbenen Arbeiter und ihre Familien aus dem ostpreußischen Masuren galten im Vergleich zu anderen Zuwander:innen als äußerst fromm und glaubensstark. Vor diesem Hintergrund beschrieb man sie schon zeitgenössisch und auch in der frühen Sozialgeschichte als äußerst „kirchlich“ und „assimilationsfreudig“.

Eine weitere Erzählung, die vor allem in sozialistischen Kreisen weit verbreitet war, ist die von der fortschreitenden Säkularisierung, die freilich auch innerhalb der Kirchen nicht unbekannt war. Ein gutes Beispiel sind hierfür die Forschung und Publizistik des Berliner Sozialforschers Adolf Levenstein.²⁸⁵ Mithilfe von Umfragen versuchte er die erodierende Religiosität und Kirchlichkeit deutscher Arbeiter zu belegen. Als einge-

fleischer Sozialdemokrat war er überzeugt, dass nur die Verabschiedung vom Kapitalismus menschenwürdige Arbeitsbedingungen schaffen könne. Vor diesem Hintergrund brachte er seine Fragen an die Arbeiterschaft aufs Papier. Über die freien Gewerkschaften verteilte er seine Fragebögen, die vor allem Sozialdemokraten erreichten, auch im Ruhrgebiet, von denen rund 5.000 antworteten, was einer Rücklaufquote von etwa 65 Prozent entsprach. Die Ergebnisse schienen eindeutig: Vor allem im Revier fiel der Anteil derjenigen, die aus der Kirche ausgetreten waren, besonders hoch aus, während die Zahl der Gläubigen im Vergleich zu anderen Regionen ausgesprochen niedrig war. Diese Zahlen waren auch deswegen so bemerkenswert, weil sie sich unter schlesischen Bergarbeitern genau gegenteilig gestalteten. Man deutete dies als Beleg dafür, dass die katholische Prägung der Bergleute im Osten zu einem viel gefestigteren religiösen Weltbild geführt habe als die konfessionell gemischte Landschaft im Ruhrgebiet. In der Tendenz fielen die Ergebnisse in anderen Berufsfeldern ähnlich aus, ob nun in der Textil- oder Metallbranche. Das zeigt, dass es nicht nur die traditionell-konfessionellen Prägungen von Berufsmilieus waren, die das Ausmaß von Kirchenferne bestimmten. Es dürften vor allem die fortschreitende Urbanisierung und die städtischen Lebensweisen gewesen sein, die die religiöse Praxis beeinflussten.²⁸⁶

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts richteten sich das religiöse Leben und die religiöse Praxis immer mehr auf die Institution Kirche aus. Vor allem die evangelische Frömmigkeit wurde zu einer Form von Kirchlichkeit, die viel stärker als zuvor darauf abzielte, am Gottesdienst teilzunehmen oder kirchliche Feste zu besuchen. Wem es mit seinem Glauben ernst war, der musste sich an seiner Teilnahme am Kirchenleben messen lassen. Innere Religiosität, so war man überzeugt, müsse sich äußerlich manifestieren, indem man kollektiv an kirchlichen Riten partizipierte und damit seine Frömmigkeit nach außen darstellte. Vor diesem Hintergrund ist auch der Trend zu sehen, dass Kirchenleitungen im Verlauf des 19. Jahrhunderts immer mehr statistische Daten sammelten, beispielsweise zur Abendmahlsbeteiligung. Nach einigen Versuchen auf Landesebene Mitte des 19. Jahrhunderts begannen die evangelischen Lan-

285 Adolf Levenstein: Die Arbeiterfrage. Mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes und der psycho-physischen Einwirkungen auf die Arbeiter, München 1912.

286 Tenfelde, Arbeiter, S. 126.

deskirchen 1880 damit, auch reichsweit das kirchliche Leben systematisch zu erfassen. Schon zu dieser Zeit hatten die Kirchen einen deutlichen Verfallstrend ausgemacht, den sie mithilfe des Datenmaterials analysieren und bekämpfen wollten. Erfolgreich waren sie damit jedoch nicht.²⁸⁷

Im Rheinland lag die Abendmahlsbeteiligung in protestantischen Landeskirchen 1862 noch bei 40 Prozent, was allerdings im Vergleich zu Bayern, Baden oder Hessen schon der niedrigste Ausgangswert war. Zwischen 1880 und 1910 sank die Beteiligung kontinuierlich von 31 auf 21 Prozent. In Westfalen verlief die Kurve nahezu identisch: Lag die Abendmahlsbeteiligung 1862 noch bei 47 Prozent, reduzierte sie sich bis 1910 auf 29 Prozent. Damit lagen die Verläufe der beiden Regionen voll im Trend der Gesamtentwicklung. Dieser Verfall wird noch markanter, wenn man die Erhebung auf Städte konzentriert, in denen der Rückgang im Vergleich zu ländlichen Regionen deutlich schneller voranschritt. In Essen erreichte der Abendmahlsbesuch bereits 1901 nur noch knapp 22 Prozent und fiel 1912 sogar auf rund 15 Prozent. In Dortmund lag die Abendmahlsbeteiligung 1850 bei 40 Prozent, fiel aber bis 1912 ebenfalls auf 15 Prozent.²⁸⁸ Auch wenn sich die Zahlen und Niedergangsfaktoren teilweise unterschieden, lagen die Säkularisierungserscheinungen im europäischen Trend, zumindest im Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich und England, wo die gelebte Kirchlichkeit gerade in den urbanen Ballungsräumen ebenfalls stark einbrach und sich immer mehr Menschen selbst als ungläubig beschrieben.²⁸⁹

Dementsprechend unterschieden sich bereits zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Frömmigkeitsstile der Stadtbewohner:innen deutlich von denen der ländlichen Bevölkerung. Sie besuchten weitaus seltener den Gottesdienst, und wenn sie ihn besuchten, dann dort, wo ihnen der Prediger mehr zusagte, d.h., viele Kirchenmitglieder nutzten die größeren Wahlmöglichkeiten in den Städten, was wiederum anderen Religionsgemeinschaften wie Freikirchen oder Sekten entgegenkam, die genau diese Wechselgänger:innen anzusprechen versuchten. Die evangelischen Kirchen versuchten sich darauf ein-

zustellen und boten, vor allem den bürgerlichen Schichten, über Gemeindeblätter und Journale, Lesezirkel und Vortragsabende ein alternatives Angebot, um sie wieder stärker in das Gemeindeleben zu integrieren. Auf dem Land waren die Gemeindemitglieder hingegen stärker im traditionellen Brauchtum verhaftet, das zum Beispiel noch vorsah, dass am Sonntag mindestens eine Person die Familie im Gottesdienst repräsentierte. Zeitweise Versuche, ländliche Frömmigkeitskulturen in die Städte zu reimportieren, scheiterten jedoch. Immer mehr verdrängte die urbane Religionspraxis die ländliche. Viele Geistliche in den Umlandgemeinden des Ruhrgebiets nahmen diesen Trend sehr deutlich wahr und beklagten sich über den Sittenverfall der Arbeiterklasse. Gleichwohl hielten sie ihnen zugute, dass sie aufgrund der langen Arbeitszeiten häufig keine Wahl hätten, als das Kirchenleben zu reduzieren. Der kirchlichen Sozialisation fehle es daher zwangsläufig an Durchschlagskraft. Hinzu kam die für das Ruhrgebiet typische, teils berufsbedingt erzwungene Mobilität, die es vielen gar nicht erlaubte, einen engeren Kontakt zum Gemeindepfarrer aufzubauen.²⁹⁰

Dieser Abwärtstrend in der Beteiligung an kirchlichen Riten korrespondierte mit den individuellen Glaubensvorstellungen. Selbst die Arbeiter, die bei Umfragen angaben, an Gott zu glauben, glaubten nicht an den Gott der Kirchen oder Bibel. Sie sahen ihn eher als eine Art „Urkraft“, als „Natur“ oder „Luft“. Nicht Gott habe die Zustände geschaffen, in denen er gerade lebte, hielt ein Ruhrbergmann bei Levensteins Umfrage 1907 fest, sondern die „Eigen- und Habsucht der Menschen“. Ohnehin bewiesen doch die elenden Lebensbedingungen der Arbeiter, dass es Gott nicht geben könne. Auffällig ist zudem, dass viele Arbeiter erstaunlich oft auf kirchenkritische zeitgenössische Literatur verwiesen, die sie gelesen oder über die sie zumindest mit anderen gesprochen hatten, etwa Otto von Corvins „Pfaffenspiegel“, der schon 1845 erschienen war, in den Folgejahren aber immer neue Auflagen erfuhr. Viele Arbeiter nahmen Pfarrer, sowohl die katholischen als auch die evangelischen, als Vertreter der Obrigkeit und Sympathisanten der In-

287 Hölscher, Frömmigkeit, S. 181 f.

288 Lucian Hölscher (Hg.): Datenatlas zur religiösen Geographie im protestantischen Deutschland. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg, Bd. 4: Westen, Berlin/New York 2001, S. 464 u. S. 584 f.

289 Hugh McLeod: Secularisation in Western Europe 1848–1914, Basingstoke 2000.

290 Hölscher, Frömmigkeit, S. 194–197.

dustriellen wahr – mit Ausnahme vielleicht der jungen Arbeiterpfarrer.²⁹¹ Unbegründet waren solche Wahrnehmungen sicher nicht, wenn man bedenkt, dass die westfälische Kreissynode 1890 ihren Gemeinden bekanntgab, es sei „Gottes Wille, dass Arme und Reiche, Vornehme und Geringe untereinander sein sollen und das wird keine Macht auf Erden ändern, so wenig wie der Lauf der Sonne am Himmel geändert und der Tod auf Erden abgeschafft werden kann“. Gott habe „Herrschaft“ und „Untertanenschaft“ eingerichtet. Wer die Unterscheidung in oben und unten aufheben wolle, begehe gegen den „göttlichen Ordnungswillen“ auf.²⁹²

Schauen wir auf die rund 500.000 polnischen und masurenischen Zuwander:innen, die bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Ruhrgebiet lebten, so ist der generelle Säkularisierungstrend zumindest zu differenzieren. Die Amtskirche tat sich gewiss nicht leicht mit den aus ihrer Sicht „fremdländischen“ Frömmigkeitsstilen. Strikte Ablehnung und zaghafte Integrationsversuche wechselten sich in einigen Gemeinden des Ruhrgebiets ab. Auch die zugereisten Pfarrer bäugte die Amtskirche eher skeptisch. Zweifelsohne brachten die Migrant:innen eine deutlich tiefere Religiosität mit, als sie im Ruhrgebiet um 1900 allgemein üblich war. Das betrifft sowohl die Teilnahme an den kirchlichen Riten als auch das kirchliche Vereinsleben. Viele orientierten sich aufgrund der neuen Herausforderungen und der harten körperlichen Arbeit in ungewohnter Umgebung an Vertrautem: ihrem persönlichen Glauben und der Kirche. Vor allem die Marienverehrung spielte im religiösen Leben der polnischsprachigen Zuwander:innen eine wichtige Rolle. Sie war ein historischer Import aus der eigenen Geschichte, unter anderem aus dem schwedisch-polnischen oder auch Zweiten Nordischen Krieg von 1655 bis 1661 – die Verteidigung Tschenstochaus führte der damalige polnische König Jan Kazimierz auf eine Erscheinung Marias zurück. Die Verehrung der Madonna von Tschenstochau war fortan ein fester Bestandteil polnischer Volksfrömmigkeit. Generell erwuchs Maria im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einer Art „himmlischen Königin“,

zur „Muttergottheit“, die viele gläubige Katholik:innen im Ruhrgebiet ähnlich verehrten wie den Gottessohn. Die vielen Wallfahrtsorte der Umgebung in Kevelaer, Neviges, Telgte oder Werl mit kirchlich anerkannten Marienerscheinungen boten zudem eine Anlaufstelle, um den Glauben über Generationen hinweg stetig zu erneuern, auch wenn der Klerus dem Marienkult weitgehend skeptisch gegenüberstand. Wallfahrten erlebten im 19. Jahrhundert einen enormen Aufstieg und entwickelten sich zum festen Bestandteil katholisch-religiöser Festkultur. Sie waren Ausdruck einer sich „praktisch vollziehenden Religiosität“, in der das „abstrakte ‚Heilige‘ als ‚brauchbare‘ Manifestation des Jenseits im Diesseits greifbar“ wurde. Mithilfe von Sonderzügen und verbilligten Fahrscheinen konnten Pilger:innen aus Bochum, Gelsenkirchen, Hamm und Hagen zum Beispiel 1897 aus Anlass des 1.500-jährigen Todestages des Paderborner Bistumsheiligen des Liborifest begehen.²⁹³ Daneben drückten die Arbeitsmigrant:innen, meist organisiert in polnisch-kirchlichen Vereinen, ihren Glauben und ihre Zugehörigkeit über spezielle Abzeichen, Mützen oder Fahnen mit Abbildungen ihrer Schutzheiligen aus und gingen gemeinsam zur Beichte sowie zur heiligen Kommunion.²⁹⁴

Auch die Masuren, überwiegend evangelisch-lutherisch, hatten aufgrund ihrer religiösen Praxis erhebliche Integrationsschwierigkeiten. Die Bevölkerung vor Ort differenzierte wenig. Für sie waren die Masuren wie alle anderen Polen auch „Ruhrpolen“.²⁹⁵ Obwohl sie fast durchweg nationalliberal gesinnt und damit dem Profil der evangelischen Führungsschicht im Reich entsprachen, wirkten sie auf viele Protestant:innen im Ruhrgebiet fremd. Sie waren mehrheitlich geprägt von der sogenannten Gromadki-Bewegung, die in Masuren aus deutsch-, litauisch- und polnischsprachigen Kulturtraditionen hervorgegangen war. „Gromadki“ hieß so viel wie „Häuflein“ und spielte damit auf die losen Gebets- und Andachtskreise an, die in der Region entstanden waren. Durch die Migration Richtung Westen verlor die Bewegung in Masuren schnell an Dynamik, wenngleich sich

²⁹¹ Tenfelde, Arbeiter, S. 126 f.; Levenstein, Arbeiterfrage, S. 388.

²⁹² Zit. nach Brakelmann, Kirche, S. 253.

²⁹³ Barbara Stambolis: Religiöse Festkultur. Tradition und Neuformierung katholischer Frömmigkeit im 19. und 20. Jahrhundert: Das Liborifest in Paderborn und das Kilianifest in Würzburg im Vergleich, Paderborn 2000, S. 113, 118 u. 121.

²⁹⁴ Zimmermann, Marienverehrung, S. 260 f.

²⁹⁵ Kossert, Söhne, S. 332.

„Masuren im Betsaal, Gelsenkirchen“, um 1910, in den Kirchenbänken streng nach Geschlechtern getrennt.
Institut für Stadtgeschichte, Gelsenkirchen, Fotosammlung 07353.



im Ruhrgebiet durch die vielen Gebetsvereine ein zweites Bewegungsumfeld entwickelte.²⁹⁶ Argwohn traf die Masuren im Ruhrgebiet zunächst aufgrund recht oberflächlicher Beobachtungen, etwa zum Verhalten im Gottesdienst, weil sie sich wiederholt verbeugten, bekreuzigten, niederknieten und respondierend sangen. Immer wieder unterstellte man ihnen daher, eigentümlichen Kulturen anzuhängen, abergläubisch oder im Herzen doch katholisch zu sein.²⁹⁷ Um sie angemessen betreuen zu können, holte die Kirche in den 1880er Jahren masurische Seelsorger in die Region, sogenannte Synodalvikare, vor allem nach Gelsenkirchen. Sie waren meist zweisprachig und hielten Gottesdienste auf Masurisch ab, einer polnischen Mundart.²⁹⁸

Aus Berichten der Kreissynode Gelsenkirchen, erstellt in der Regel von Superintendenten, geht zudem hervor, dass Zuwander:innen aus dem Osten um 1900 besonders anfällig für das „Dissidentenwesen“ waren. Auch wenn die Zahlen der Abtrünnigen zunächst nicht allzu hoch ausfielen – in den Jahren 1899 und 1900 waren es in Gelsenkirchen wohl zwischen 1.100 und 1.400 –, waren die Kirchenleitungen alarmiert. Denn viele Wechsler:innen tauchten gar nicht in der offiziellen Dissidentenstatistik

auf, weil sie zwar zu methodistischen Gemeinden oder zum Ostpreußischen Gebetsverein gingen, aber weiterhin Mitglied der Landeskirche waren. „Es gibt keine Gemeinde, in der es nicht solche Leute gibt, welche aus der Kirche ausgetreten sind“, hieß es im Gelsenkirchener Synodalbericht von 1905. „Sie sind zu den Apostolikern (Neu-Irvingianern), den Baptisten, den Darbyisten, den Methodisten, der freien Gemeinde und zu den Mormonen übergegangen.“ Zu ergänzen wären weitere religiöse Anlaufstellen, die in Gelsenkirchen Protestant:innen anzogen, etwa die Evangelische Gemeinschaft, die man von landeskirchlicher Seite als „methodistisch geartete Sekte“ beschrieb, die Heilsarmee, Adventisten, Mennoniten oder die „Gesellschaft Zions Wachturm und Verkündiger der Gegenwart Christi“. Hinzu kamen einzelne Personen, die Leute um sich scharten, Vorläufer der Barfußpropheten der 1920er Jahre, die behaupteten, ihnen wäre der Heilige Geist erschienen.²⁹⁹

Vieles war in diesen Gemeinschaften zunächst improvisiert, man traf sich spontan, in Gaststätten oder anderen Vereinshäusern und hörte Laienpredigern zu. Meist waren es aus dem Osten zugewanderte Bergarbeiter, die sich interessiert an solchen religiösen Angeboten

²⁹⁶ Ebd., S. 342 f.

²⁹⁷ Zimmermann, Marienverehrung, S. 265; Kossert, Söhne, S. 337.

²⁹⁸ Oskar Mückeley: Masurische Seelsorge im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte 44 (1951), S. 190–210, hier S. 200 f.

²⁹⁹ Martin Greschat: Industrialisierung, Bergarbeiterschaft und „Pietismus“. Anmerkungen zur Wirkungsgeschichte eines Frömmigkeitstyps in der Moderne, in: Pietismus und Neuzeit, Bd. 11: Ökumenische, soziale und politische Wirkungen des Pietismus. Festschrift für Andreas Linde zum 65. Geburtstag am 2. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 173–192, hier S. 178.

ten der Gemeinschaftsbewegung zeigten, vor allem an den Ostpreußischen Gebetsvereinen, die zu den größten und aktivsten zählten – bis zum Ersten Weltkrieg waren Zweigvereine in fast allen Teilen des Reviers entstanden. Erste Gemeinschaftssäle errichteten sie 1892 in Gelsenkirchen, weitere folgten sieben Jahre später in Wattenscheid und Bochum.³⁰⁰ Diese Vereine setzten auf „gemeinsame Erbauung“ und „geisterfülltes Leben mit zum Teil strengen Heiligungstendenzen“. Im Zentrum stand das „Bekehrungserlebnis“, das Führungspersonen moderierten und in spezifische Frömmigkeitsstile kleideten. Hier fanden vor allem Masuren eine wichtige Anlaufstelle, die religiöse und gesellige Geborgenheit aufs engste miteinander verknüpfte, das freie Gebet mit dem Austausch von Arbeitserfahrungen. Die Vermutung liegt nahe, dass gläubige christliche Arbeiter hier eine Möglichkeit fanden, ihre Frömmigkeit im Angesicht der Herausforderungen der industriellen Arbeitswelt auszuleben und individuell, aber trotzdem gemeinschaftlich zu gestalten. Selbstzeugnisse, die uns heute darüber Auskunft geben können, auf welcher persönlichen Glaubensbasis solche Frömmigkeitsstile beruhten, lassen sich kaum finden. In Levensteins Umfrage blitzen sie jedoch zeitweise auf, auch wenn wir nicht mehr herausfinden können, inwieweit sie der Autor gezielt selektiert hat. Jedenfalls finden sich zwischen den vielen desillusionierten und resignierten Stellungnahmen sozialistisch geprägter Arbeiter auch Stimmen religiös überzeugter Bekenner und Bekehrter. So schrieb offenbar ein 35-jähriger Ruhrbergmann und Vater von fünf Kindern: „Nein, es wird nicht besser, wenn der Mensch sich nicht zu Gott bekehrt und ein neu Herz bekommt. Ich bin nicht hoffnungslos, denn unser Gott hat das Beste was er hatte geopfert für die verlorene Menschheit, die von Adam und Eva her stammt.“³⁰¹ In Aussagen wie diesen findet sich der religiöse Kern erwecklich-evangelikaler Glaubensvorstellungen, die Überzeugung, die Menschen seien als

Sünder verloren und Christus sei für sie den Opfertod gestorben, die Bekehrung, die Hoffnung, dass Gott alles neu machen wird und nicht zuletzt die Kontextualisierung mit zeitgenössischen sozialen und politischen Umständen.³⁰²

Die Abgrenzung zu den Landeskirchen war schon damals nicht leicht.³⁰³ Manchmal pflegten Vereinsleiter aus der Gemeinschaftsbewegung engen Kontakt zu Gemeindepfarrern. Diese besuchten wiederum die Gebetsvereine oder nahmen an den umstrittenen Zeltmissionen teil, teils um bestimmte Frömmigkeitsformen kennenzulernen, teils um zu beobachten und die Vorgänge zu protokollieren. Häufig verknüpften die Beobachter die ausgeprägte Arbeitsmobilität im Revier mit einer vermeintlichen „religiösen Unruhe“. So hieß es in einem Gelsenkirchener Synodalbericht von 1904: „Ganze Schaaren laufen heute hierhin und morgen dorthin; Aufregung lieben sie; Aberglaube mischt sich ein: Unwürdige treten oft als Herolde des Evangeliums auf.“³⁰⁴ Einschätzungen wie diese zeugen davon, dass die Amtskirchen im Ruhrgebiet der Gemeinschaftsbewegung eher ratlos gegenüberstanden. Die „Erweckten“ reagierten offenbar flexibler auf die sozialen und demografischen Veränderungen der Industriestandorte und zogen vor allem diejenigen an, die religiösen Halt suchten und ihre Transzendenzerwartungen thematisieren und ausleben wollten.³⁰⁵ Dass die evangelische Erweckungsbewegung im Vergleich zu den ultramontanen Katholiken verstärkt auf kirchliche Laien setzte, die recht selbstständig agieren konnten, war aus der Not geboren, stellte sich aber als weitere bedeutende Anziehungskraft heraus.³⁰⁶

Viele Vertreter und Mitglieder der Landeskirchen konnten mit dieser Frömmigkeitskultur, die nicht nur ein reines Importprodukt war, sondern sich unter den besonderen konfessionellen Bedingungen im Ruhrgebiet um 1900 weiterentwickelte, wenig anfangen. Im-

³⁰⁰ Kossert, Söhne, S. 344.

³⁰¹ Levenstein, Arbeiterfrage, S. 294.

³⁰² Greschat, Industrialisierung, S. 186 f.

³⁰³ Josef Mooser: Erweckung und Gesellschaft. Zur Einführung, in: ders. (Hg.): Frommes Volk und Patrioten. Erweckungsbewegung und soziale Frage im östlichen Westfalen 1800 bis 1900, Bielefeld 1989, S. 10–14.

³⁰⁴ Greschat, Industrialisierung, S. 183.

³⁰⁵ Kossert, Söhne, S. 341.

³⁰⁶ Wolfgang Schieder: Sozialgeschichte der Religion im 19. Jahrhundert. Bemerkungen zur Forschungslage, in: ders. (Hg.): Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1993, S. 11–28, hier S. 25 f.

mer wieder diffamierten sie diese religiöse Praxis und rückten sie in die Nähe abergläubischer Exzesse und religiöser Ekstase, die mit der recht „nüchternen Kirchlichkeit der preußischen Landeskirche“ wenig gemein hatte.³⁰⁷ Damit riefen sie ganz bewusst die Ängste auf, die sie lange Zeit selbst gegenüber abergläubischer und magischer Religiosität geschürt hatten. Nur war in diesem Fall nicht die ultramontane Volks- oder Massenreligiosität Zielscheibe, sondern die sogenannten Dissident:innen der eigenen Gemeinschaft.³⁰⁸ „Diese Secessionen sind gewaltthätiger Weise erfolgt“, echauffierte sich ein Gelsenkirchener Superintendent 1895. „Sie werden von geschickten Personen ins Werk gesetzt. Dieselben rühmen sich der übernatürlichen Erleuchtung, der Teufelsbeschwörung, der Heilung von Besessenen usw.“ Folglich begegnete die Amtskirche diesen Bewegungen mit Versuchen, die Menschen umzuerziehen und sie auf den Weg zur religiösen Sittlichkeit zurückzuführen, womit sich die Kirchenvertreter in bürgerliche Verhaltensmuster der Zeit einreihen, die darauf ausgerichtet waren, Arbeiter:innen zu disziplinieren.³⁰⁹ Allerdings registrierte die Amtskirche dabei kaum, dass die religiösen Laienbewegungen im Ruhrgebiet zahlenmäßig eine solche Stärke gewonnen hatten, dass sie solchen Disziplinierungsansinnen relativ gelassen gegenüberstehen und ihrerseits Forderungen formulieren konnten. Die Laienbewegung im Ruhrgebiet stellte mit ihrer speziellen Frömmigkeitskultur „eine Provokation dar, wenn sie von einer weitgehend säkularisierten Amtskirche eine moralische ‚Heiligung des Lebens‘“ forderte. Wie schon die Freikirchenbewegung im England des Industriezeitalters suchte „sie in einer Zeit tiefster sozialer und wirtschaftlicher Umbrüche nach tieferen Werten“. Sie strebte „durch ihre Religiosität nach einer grundlegenden Hinwendung des sündigen Menschen zu einem geheiligten Lebenswandel, um auch an Rhein, Ruhr und Emscher am ‚Neuen Jerusalem‘ mitzubauen“.³¹⁰

4. Transformationen einer Naturlandschaft: Umweltgeschichte des entstehenden Ruhrgebiets

In der Auseinandersetzung mit der Umweltgeschichte des Ruhrgebiets stehen zumeist zwei Bilder am Anfang. Es sind keine speziellen Aufnahmen, eher typische Motive. Da ist zum einen die Ruhrtalidylle, häufig in Form von Farblithografien überliefert. Zu sehen sind weite Naturlandschaften des späten 18. Jahrhunderts mit Weilern, bestellten Feldern, Flüssen und Auen. Die Landschaft zwischen dem Rhein im Westen, der Lippe im Norden und der Ruhr im Süden ist hier in ihrer agrarischen Prägung festgehalten. Ackerbau und Viehzucht dominieren die romantische Szenerie.

Dem gegenübergestellt finden sich Bilder, die das Ruhrgebiet etwa 100 Jahre später zeigen. Die Natur scheint verschwunden zu sein. Stattdessen sehen wir rauchende Schlote, Industrieanlagen und dicht gedrängte Gebäude. Der Himmel ist verhangen mit Rauchwolken. Aus dem einstigen Naturidyll ist eine brachiale Industrieregion geworden. Wo einst wenige Bauern in Frieden ihre Felder bestellten und Segelboote über die Ruhr schipperten, arbeiteten nun auf weiter versiegelter Fläche unzählige Menschen in Zechen und Eisenhütten. Mitunter finden wir auch Bilder, die eine Zwischenstation darstellen, gewissermaßen auf dem Weg von der Natur- zur Industrielandschaft.³¹¹ Sie fangen das Ruhrgebiet zur Mitte des 19. Jahrhunderts ein, einer Zeit, in der frühe Industrie und Agrargesellschaft scheinbar friedlich koexistierten. Während im Vordergrund Viehwagen zu sehen sind, die die Heuernte einbringen, qualmt es im Hintergrund aus den Türmen der Fabriken.

Diese Inszenierungen und Gegenüberstellungen eines Vorher, Nachher und Dazwischen sind zwar Stilisierungen, aber keine Falschdarstellungen. Vielmehr sind es Versuche, die rasante Transformation einer großflächigen Landschaft eindrücklich zu visualisieren und dadurch verständlich zu machen. Keine Frage, es gibt auf der Welt nur wenige Beispiele von Regionen, die durch

³⁰⁷ Greschat, Industrialisierung, S. 184.

³⁰⁸ Nils Freytag: Aberglauben im 19. Jahrhundert. Preußen und seine Rheinprovinz zwischen Tradition und Moderne (1815–1918), Berlin 2003.

³⁰⁹ Ebd., Industrialisierung, S. 184.

³¹⁰ Kossert, Söhne, S. 346.

³¹¹ So etwa in Damian Kaufmann: Kurze Geschichte der Industrialisierung im Ruhrgebiet, in: zeilenabstand.net, 18.10.2022.



Ruhrtal bei Mülheim um 1790,
anonyme Farblithographie.
Stadtarchiv Mülheim.

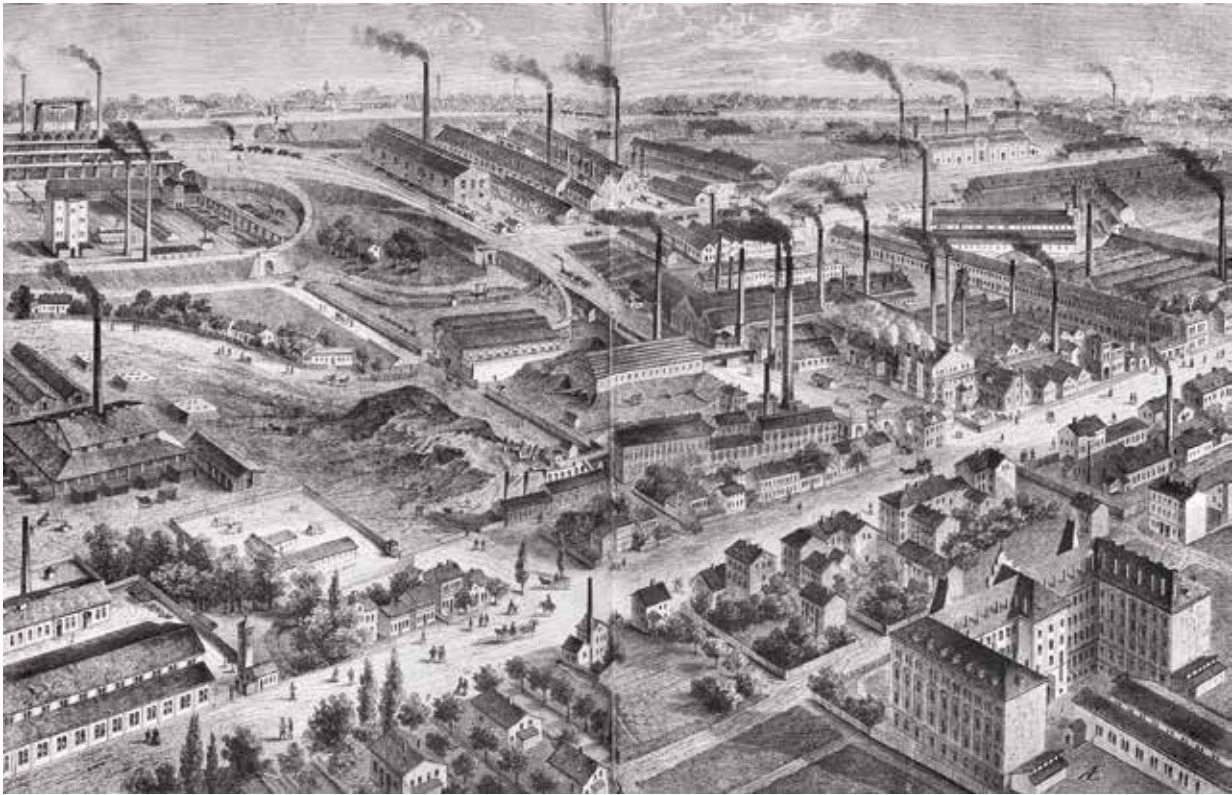
Industrialisierung und Urbanisierung in derart kurzer Zeit weitgehend ungeplant und teils chaotisch so massiv umgestaltet wurden. Umwelthistorisch betrachtet legen sie jedoch auch eine weithin bekannte Erzählung nahe. Ausgangspunkt ist eine unberührte oder nur behutsam angetastete Natur, mit der der Mensch im Einklang steht. Er hat sie zwar teilweise kultiviert, doch sind seine Eingriffe kaum zu erkennen. Vielmehr, so scheint es, hat der Mensch seine Umwelt so gestaltet, dass es allen Seiten gut geht. Endpunkt dieser Erzählung ist die alles verzehrende Industrie. Sie hat die Natur nicht nur verdrängt, sondern ausgebeutet.

Das folgende Kapitel spürt vor diesem Hintergrund der Umweltgeschichte des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert nach. Im Anschluss an neuere umwelthistorische Ansätze geht es in diesem Abschnitt um den Wandel „sozionaturaler Verhältnisse“, um die Interaktionen zwischen Umwelt und Gesellschaft, darum also, wie sich Menschen zum Rest der Natur ins Verhältnis setzten.³¹² Die Umweltgeschichte des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert ist nach wie vor dominiert von Verschmutzungs- und Ausbeutungsnarrativen, was kaum verwundern mag, schließlich waren qualmende Schloten allgegenwärtig: Sie ragten aus Fabriken genauso wie aus Privathäusern, aus Schiffen und Lokomotiven. Zum Rauch

gesellten sich unzählige weitere Plagen, Möllerungs- und Konverterstaub, Gase aus Hochöfen und Kokereien und nicht zuletzt die vielen Emissionen der ersten chemischen Industrien. Der damit verbundene Spott ist Legion. Die dazugehörigen Bilder, sowohl im Wort- als auch im übertragenen Sinne, prägen noch heute die Sicht auf das Ruhrgebiet – meistens die der Auswärtigen.

Um das Themenfeld zu weiten, arbeitet das Kapitel unter anderem mit dem Emissionsbegriff, sodass sich neben Rauch auch Staub, Lärm, Ruß und andere Stoffe integrieren lassen. Darüber hinaus wird es am Beispiel von Ruhr, Emscher und Lippe um das Leben am, mit und vom Fluss gehen. Wenn auch manche Zweige der Umweltgeschichte äußerst engagiert und politisch sein mögen, so kann es dabei nicht allein darum gehen, Zeitgenoss:innen „Ausbeutung“, „Verschmutzung“ oder „Ökozid“ nachzuweisen. Allzu oft verbergen sich hinter solchen Begriffen Werturteile aus einer gegenwärtigen Perspektive. Ein allgemeines Verständnis davon, was eigentlich Umweltzerstörung ist, entwickelte sich erst mit der Industrialisierung – und gerade das macht die Umweltgeschichte des Ruhrgebiets so interessant. Ziel ist es also, die Geschichte des 19. Jahrhunderts nicht nur als Vorgeschichte einer nie dagewesenen Umweltkatastrophe zu erzählen. Vielmehr gilt es, die Interaktionen zwi-

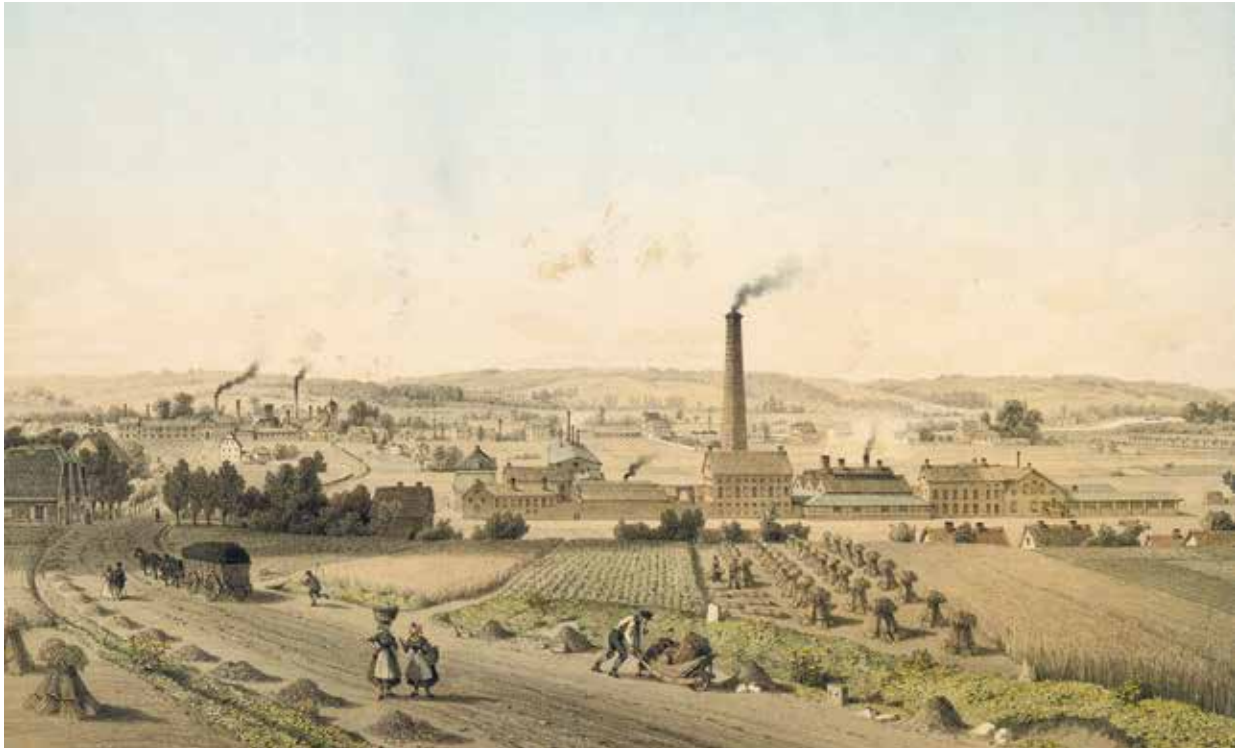
³¹² Patrick Kupper: Umweltgeschichte, Göttingen 2021, S. 15.



Die Gußstahlfabrik des Bochumer Vereins aus der Vogelschau, Adolf Eltzner.
Aus: Die Gartenlaube 1875, Heft 32, S. 544 f.



Blick vom Rathausurm Richtung Kruppsche Fabrik, um 1890.
Stadtbildstelle Essen.



Kohletransport zur Friedrich-Wilhelms-Zinkhütte in Mülheim. Lithographie von Adolphe Maugendre nach 1849. Stadttarchiv Mülheim.

schen Menschen, Industrie und Umwelt zu untersuchen und die Folgen dieses Wechselspiels herauszuarbeiten. Dass die vermeintlich dunklen Seiten der Industrialisierung Thema sein müssen, soll damit nicht infrage gestellt sein, zumal die Forschung auf überzeugende Weise herausgearbeitet hat, wie sich der Mensch im 19. Jahrhundert von der Natur entfernte, sie teils ignorierte, teils korrigierte.³¹³ Es kann aber genauso wenig Ziel sein, die zurecht kritisierte Teleologie des Fortschrittsparadigmas schlicht durch ein nicht weniger universales umweltbezogenes Niedergangsparadigma zu ersetzen, das beschreibt, wie der Mensch mit wachsender Intensität die Natur zerstört hat.

Wasser

Die Region des heutigen Ruhrgebiets war um 1800 eine gänzlich andere. Bis weit in die 1820er Jahre waren die heutigen Großstädte Essen oder Bochum, Dortmund oder Mülheim an der Ruhr kleine Ortschaften mit

kaum 5.000 Einwohner:innen inmitten einer agrarisch geprägten Landschaft. Dortmund zählte im Jahr 1793 1.038 Haushalte, was auf rund 4.500 Einwohner:innen schließen lässt. Der Steinkohlenbergbau spielte zwar in der Grafschaft Mark eine gewerbliche Rolle und zeigte vorindustrielle Strukturen, steckte jedoch noch in seinen Kinderschuhen. Die kleinen Städtchen an der Ruhr waren beschaulich, aber letztlich so wie unzählige andere Städte der damaligen Zeit auch. Zeitgenössische Berichte über die Landschaft beschreiben eine Naturidylle, die heute fast kitschig wirkt: „Schon die Aussicht von dem Stadtwall auf die Umgebung Dortmunds ist äusserst anziehend und mannigfaltig“, schrieb 1815 der *Westfälische Anzeiger*:

„Kleine Anhöhen und Abhänge, hinlänglich zur Vermeidung der langweiligen Flachheit, fruchtbare Gärten und Kornfelder, grüne Wiesen mit mehreren hundert Stück weidendem Vieh, liebliche Eichen- und

313 Stellvertretend für die deutsche Umweltgeschichte seien genannt: Franz-Josef Brüggemeier: *Schranken der Natur. Umwelt, Gesellschaft, Experimente 1750 bis heute*, Essen 2014; Joachim Radkau: *Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt*, München 2012; Frank Uekötter: *Im Strudel. Eine Umweltgeschichte der modernen Welt*, Frankfurt a. M./New York 2020.

Buchenwäldchen und andere Baumgruppen bilden herrliche Parthien, und Alles diess ist am äussersten Ende des Horizonts gleichsam mit einem Saum von Waldungen und Bergen umgeben, zwischen welchen die einzelnen Schönheiten sich abwechselnd wiederholen.“³¹⁴

In nördlichen Teilen des Ruhrgebiets, so beschrieben es zumindest Zeitgenoss:innen, war es sogar so verlassend, dass sich nichts Idyllisches mehr, sondern nur noch „Einöde“ finden ließ. „Bis ins Unendliche waren nur vereinzelte, absterbende Bäume zu sehen, sowie Sandhaufen, die vom Winde weggeweht wurden und die sich zwischen einigen Wacholderbäumen und dürrerem Gras ausstreckten“, schrieb 1794 der Gerbermeister Pierre-Hippolyte-Léopold Paillot über die Region um Dorsten, der mit seiner Familie Richtung Westfalen geflüchtet war, um den Pariser Revolutionswirren zu entkommen. „Selten sahen wir ein paar Strohhütten, von armen Bauern bewohnt, die das Gras mähten, um daraus Feuer zu machen“, so der wohlhabende geflohene Franzose weiter. Essen sei eine „trostlose Stadt“, Bochum „klein“, „mittellos“ und ohne irgendetwas „Interessantes“.³¹⁵

Vielerorts mussten Bauern Landwehre mit Dornenhecken errichten, um Wildpferde daran zu hindern, ihre Felder zu verwüsten.³¹⁶ Um 1800 lebten rund 5.000 Przewalskipferde in der Region, von Einheimischen „Emscherbrücker Dickköpfe“ genannt. Annette von Droste-Hülshoff schrieb in ihren „Bildern aus Westfalen“ dementsprechend von einer „trostlose[n] Gegend“, die von einer „fast jungfräulichen Einsamkeit“ sei.³¹⁷ Im Süden hingegen ging es bereits in vorindustrieller Zeit

geschäftiger zu. Kohlenflöze reichten an den Ufern der Ruhr teils bis an die Erdoberfläche, was den Steinkohlenbergbau begünstigte, der sogar bis in die Niederlande liefern konnte.³¹⁸ In der Grafschaft Mark verdreifachte sich zwischen Mitte und Ende des 18. Jahrhunderts die Menge geförderter Steinkohle. Diese war für Salinen, Bleichereien und das Metallgewerbe in den umliegenden Regionen bereits eine begehrte Energiequelle.³¹⁹

Am vorherrschenden Landschaftsbild änderten diese Betriebe jedoch wenig. Die Region war dünn besiedelt, teils von Heide, teils von Wäldern, Wiesen und Bächen geprägt. Die agrarische Lebenswelt lässt sich gut am Beispiel Essens erkennen. Anfang des 19. Jahrhunderts lebten rund 3.500 Menschen in dem Landstädtchen an der Ruhr. Auf diese Bevölkerungszahl entfielen 1807 189 Scheunen und 67 Pferdeställe, über 300 Kühe, gut 100 Ziegen und rund 200 Schweine – eine für ein städtisches Gemeinwesen dieser Größe verhältnismäßig hohe Anzahl an Nutztieren. Demnach dürfte es kaum verwundern, dass die Essener fast das gesamte Stadtgebiet landwirtschaftlich nutzten und sich größtenteils von Produkten aus dem Eigenanbau ernährten. Zugleich lebten viele Handwerker und Kaufleute in der Stadt, die aber fast alle landwirtschaftlichen Nebentätigkeiten nachgingen. So gab es kaum Hauseigentümer ohne landwirtschaftlich genutzte Gartengrundstücke – Milchkuh und Mastschwein gehörten dazu.³²⁰ Auch das nicht weit entfernte Dortmund war um 1800 ein „Ackerbürgerstädtchen“, bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts ein „großes Dorf mit Mauern“, wie es zeitgenössisch hieß. 1816 hielt ein Gesandter des preußischen Staatsministeriums entsprechend fest,

314 Zit. nach Franz-Josef Brüggemeier: Eine trostlose Gegend? Umwelt im Ruhrgebiet 1800 bis 2000, in: Ulrich Borsdorf/Heinrich Theodor Grütter/Dieter Nellen (Hg.): Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 22–39, hier S. 22.

315 Werner Bergmann/Werner Boschmann (Hg.): Monsieur Paillot im Nirgendwo. Land und Leute aus der Sicht eines Revolutionsflüchtlings am Vorabend des Reviers, 2. Aufl., Bottrop 2020, S. 36, 47, 51.

316 Christine Zenker: Vom Nutztier zum Begleiter. Wandel der Mensch-Tier-Beziehung am Beispiel der Dülmener Wildpferde, in: Peter Reinkemeier/Ansgar Schanbacher (Hg.): Schauplätze der Umweltgeschichte in Nordrhein-Westfalen, Göttingen 2016, S. 103–123, hier S. 107.

317 Annette von Droste-Hülshoff: Sämtliche Werke in zwei Bänden. Bd. 1, München 1973, S. 530.

318 Toni Pierenkemper: Der Bergbau – Leitsektor der deutschen Industrialisierung, in: Klaus Tenfelde/ders. (Hg.): Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Münster 2016, S. 45–102, hier S. 59.

319 Wilfried Reininghaus: Das Ruhrgebiet entsteht, in: Michael Farrenkopf u.a. (Hg.): Die Stadt der Städte. Das Ruhrgebiet und seine Umbrüche, Essen 2019, S. 67–75, hier S. 68.

320 Dupke, Kohle, S. 277.



Johann Heinrich Bleuler: Mülheim mit der Fähre und Schloß und Dorf Broich, um 1813.
Stadtarchiv Mülheim.

dass das „überwiegend wichtigste Gewerbe des Ortes“ Ackerbau sei.³²¹

Gerahmt war die Region um Dortmund schon im frühen 19. Jahrhundert von ihren zwei Flüssen, der Ruhr und der Emscher. Bereits die frühen Stiche und Gemälde, wie etwa die Johann Heinrich Bleulers d. Ä., präsentieren die Städte der Ruhrzone im Einklang mit der Fluss- und Auenlandschaft. Die Ruhr gab der Region Jahre später schließlich ihren Namen, die Emscher entwickelte sich jedoch schon bald zum „künstlichen Darmausgang“ des Ruhrgebiets – wenngleich es der Ruhr bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zunächst nicht anders erging.³²² Die Ruhr zählt mit ihren heute rund 220 Kilometern zu den Nebenflüssen des Rheins. Wie lang sie tatsächlich ist, hängt zum einen von Messmethoden, zum anderen davon ab, von welcher Zeit man eigentlich spricht. Denn

wie alle anderen deutschen Flüsse auch haben Menschen die Ruhr immer wieder umgestaltet, „korrektiviert“ nannte man es im 19., „renaturiert“ im späten 20. und 21. Jahrhundert. „Natürlich“ ist an der Ruhr jedenfalls nichts mehr, vielmehr zeigt sie sich heute als vielfach um- und neugestaltete Kulturlandschaft. Sie fließt ausgehend von ihrem Quellgebiet nahe Winterberg im Rothaargebirge in Richtung Duisburg-Ruhrort und nimmt bis zu ihrer Mündung in den Rhein mehrere kleinere Flüsse wie die Lenne, Ennepe oder Elpe auf. Noch zur Mitte des 18. Jahrhunderts mäanderte der Fluss überwiegend frei durchs Ruhrtal, suchte sich je nach Wetterlage und Wasserstand neue Arme und ließ andere vertrocknen. Er diente dem „Fischen und Erfischen, Trinken und Tränken, Wässern und Waschen, Flößen und Schiffen, Mahlen und Hämmern mit Was-

³²¹ Zit. nach Gustav Luntowski: *Dortmunder Kaufleute in England im 13. und 14. Jahrhundert. Ein Quellennachweis*, Dortmund 1970, S. 222.

³²² Reiner Burger: In der Mitte entsteht ein Fluss, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.8.2015, S. 3.



Johann Heinrich Bleuler: Ruhrlandschaft bei Mülheim mit Blick auf Saarn, um 1805.
Stadtarchiv Mülheim.

serkraft“.³²³ Das Ruhrtal war eine Agrarzone, was nicht zuletzt an den klimatischen und geologischen Bedingungen lag. Die Löss- und Lehm Böden waren äußerst nährstoffreich, die Niederschläge überdurchschnittlich und die Temperaturen meist im mittleren, gemäßigten Bereich. Dementsprechend gut fielen auch die Erträge aus, und die Fläche, die Menschen für die Landwirtschaft nutzten, nahm stetig zu – in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem durch Ödlandkultivierung und die Nutzung vormaliger Wald- als Weideflächen. Bis zur Jahrhundertwende um 1800 war die Landwirtschaft in der Ruhrzone jedoch zum überwiegenden Teil eine Subsistenzwirtschaft, man bewirtschaftete also vor allem für den eigenen Verbrauch.

„Wer eine herrliche Gegend kennenlernen will, findet hier reiche Befriedigung“, hieß es 1828 etwas erklärend in einer Landschaftsbeschreibung. Denn „alles, was eine heitere Landschaft zu schmücken vermag, ist hier in einem Bezirke von wenigen Stunden vereint anzutreffen: ein liebliches Tal, von heiteren Bergen bekränzt, Ritterburgen und Ruinen, fruchtbare Fluren und duftende Wiesen und dabei blühender Gewerbefleiß und Handel“.³²⁴ In der Tat entwickelte sich die Region an der Ruhr in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zu einem „frühen Zentrum der Getreideproduktion für den gesamten westfälischen Raum“, vor allem im Roggenanbau. Dies lag erstens daran, dass Landwirten infolge der Landschaftsumgestaltung immer größere Anbauflä-

323 Joachim von Königslöw: Ruhr und Lippe, in: ders. (Hg.): Flüsse Mitteleuropas. Zehn Biographien, Stuttgart 1995, S. 209–239, Zit. S. 227 f.

324 J. F. Wilhelmi: Panorama von Düsseldorf und seinen Umgebungen. Mit besonderer Rücksicht auf Geschichte, Topographie, Statistik, Gewerbefleiß und Handel des Regierungsbezirks Düsseldorf, Düsseldorf 1828, zit. nach Willy Leson (Hg.): So lebten sie an Ruhr und Emscher. Texte und Bilder von Zeitgenossen, Köln 1978, S. 11.

chen zur Verfügung standen, zweitens daran, dass der Bedarf an Landwirtschaftsprodukten im benachbarten, sich urbanisierenden bergischen und märkischen Raum größer wurde. Drittens hatten Verbesserungen der Infrastruktur, vor allem die Schiffbarmachung der Ruhr, den Warentransport auch über weitere Strecken erheblich erleichtert, was einen „westfälischen Binnenmarkt“ entstehen ließ und eine Wechselwirkung mit der einsetzenden Industrialisierung nach sich zog.³²⁵ Die Ruhrzone verabschiedete sich so noch vor der Hochphase der Industrialisierung von der Subsistenzwirtschaft und verzeichnete erhebliche Produktivitätssteigerungen; eine Entwicklung, die die Forschung häufig als Phase der „Agrarmodernisierung“ bezeichnet.³²⁶

Im Mittelalter besaß die Ruhr noch keine derart herausragende Bedeutung. Zwar säumten einige Adelssitze, Klöster und Burgen ihre Ufer, die Stadtzentren der Region orientierten sich jedoch eher am nördlich gelegenen Hellweg, der als zentrale Handelsroute die Orte zwischen Weser und Rhein verband.³²⁷ Kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs zeigte sich allerdings ein ganz anderes Bild: Nach umfangreicher Regulierung und Schiffbarmachung sowie der Einleitung von Abwässern der Industrie, des Bergbaus, der Landwirtschaft und der Einwohner:innen war der Fluss nicht mehr wiederzuerkennen. Der Münsteraner Zoologe August Thienemann sah in der Ruhr nur noch eine „braunschwarze Brühe, die stark nach Blausäure riecht, keine Spur Sauerstoff enthält und absolut tot ist“.³²⁸ Thienemann hebt zwar im Laufe seiner Beschreibung auch Flussabschnitte mit besserer Wasserqualität hervor, an der Diskrepanz des Flussbilds zwischen dem ausgehenden 18. und beginnenden 20. Jahrhundert ändert dies jedoch nichts.

Der Mensch gestaltete mit der beginnenden Industrialisierung der Region die Ruhr massiv um. Schon im

Mittelalter hatte es Eingriffe gegeben, die Flussschleifen verkürzten oder den Flusslauf stellenweise vertieften, um den reibungslosen Betrieb von Mühlen und Hammerwerken zu gewährleisten – hinzu kamen später Tuchfabriken, Spinnereien und Webereien. Doch vergleichbar mit den Maßnahmen während des 19. Jahrhunderts waren sie nicht. Erste Probleme aus Sicht des Handels traten im 18. Jahrhundert auf. Der Flussverkehr, der überwiegend über Plattbodenschiffe, sogenannte Ruhraaken, abgewickelt wurde, hatte seine Kapazitätsgrenze erreicht. Die Mühlen und Hammerwerke zusammen mit Wollspinnereien, Tuchfabriken, Seidenwebereien und dem frühen Bergbau hatten einen Bedarf an Gütertransporten, der sich kaum noch decken ließ. Kies- und Sandbänke, ständig wechselnde Pegelstände und Stromschnellen erschwerten die Schifffahrt zusätzlich. Mit der Königlich Preußischen Wasser- und Ufer-Ordnung für den Ruhr-Strom von 1781 rückten auf Geheiß Friedrich II. Arbeiter und Hydrotechniker an, die die Ruhr auf dem Abschnitt zwischen Langschede und Holzwickede begradigten und schiffbar machten.³²⁹ Sie legten Buhnen an und errichteten mehrere Schleusen und Wehre. Hinzu kamen Treidelpfade, durch die Pferde Ruhraaken auch gegen den Strom ziehen konnten. Regionale Künstler fingen dieses Transportwesen im Laufe des 19. Jahrhunderts in häufig romantisierender Darstellung ein, vor allem in späteren Zeiten, als die Ruhr längst schon für größere Schiffe befahrbar war.

Damit hatte jedoch nur die erste Phase der Flussgestaltung begonnen, zumal auch die neue schiffbargemachte Ruhr bald ihre Kapazitätsgrenze erreichte. In der Region setzte man in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr auf den Eisenbahnverkehr. Gleichwohl war die Ruhr, und das ist heute nur noch schwer vorstellbar, der meistbefahrene Fluss Europas. In den 1830er Jah-

³²⁵ Friederike Scholten-Buschhoff: Die Landwirtschaft in der Ruhrzone im 19. Jahrhundert, in: Bodo Hombach (Hg.): Heimat Ruhr. Fluss, Tal, Siedlung seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Essen 2020, S. 121–129, hier S. 121 f., Zit. S. 125 f.

³²⁶ Rita Gudermann: Der Take-off der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert und seine Konsequenzen für Umwelt und Gesellschaft, in: Karl Ditt/dies./Norwich Rüße (Hg.): Agrarmodernisierung und ökologische Folgen. Westfalen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Paderborn 2001, S. 47–84. Mit Blick auf Westfalen: Michael Kopsidis: Marktintegration und Entwicklung der westfälischen Landwirtschaft 1780–1880. Marktorientierte ökonomische Entwicklung eines bäuerlich strukturierten Agrarsektors, Münster 1996.

³²⁷ Jens Adamski: Die Ruhr. Zur Biografie eines bedeutenden Flusses, in: Hombach, Heimat Ruhr, S. 21–28, hier S. 24.

³²⁸ August Thienemann: Die Verschmutzung der Ruhr, in: Wasser und Gas 13 (1912), S. 419–422, Zit. S. 421.

³²⁹ Königl. Preuß. Wasser- und Ufer-Ordnung für den Ruhr-Strom, in der Grafschaft Marck: De Dato Berlin, den 10. May 1781 [Berlin 1781].

Ruhraake am Mühlenwehr bei Blankenstein, kolorierter Stahlstich nach Carl Schlickum von Carl Meyers. LWL-Museen für Industriekultur, Dortmund.



ren warteten an den neu errichteten Schleusen auf der Ruhr zeitweise 150 Aaken auf ihre Durchfahrt, obwohl pro Tag höchstens 65 Schiffe passieren konnten. Doch es bleibt festzuhalten: Die Flussbauarbeiten an der Ruhr setzten einen „tiefgreifenden Strukturwandel“ in Gang, der vor allem den Bergbau und die Kohleschiffahrt betraf – 1814/15 noch dadurch befördert, dass die schiffbare Ruhr infolge der Niederlage Napoleons vollständig an Preußen und damit in eine Hand fiel.³³⁰ Fortan übernahm die Königlich Preussische Ruhrschiffahrtsdirektion die Organisation und investierte umfangreich in den weiteren Ausbau, vor allem des Ruhrorter Hafens. Der Dahlhausener Bergmann Karl Krampe hielt diese Weichenstellung später in den 1920er Jahren in einer Mischung aus Trauer um die ländliche Idylle und Faszination für die Transformation der Region fest:

„Die Ruhr war schiffbar gemacht worden. Die Tatsache versetzte dem ländlichen Frieden an der Ruhr einen schweren Stoß. Waren schon vorher beim Schiffbarmachen des Flusses fremde Arbeiter [...] ins Ruhrtal gekommen, so kamen jetzt noch Schiffer und Schiffsknechte. Schleusenwärter und auf den Schiffszimmerplätzen Zimmerleute zum Bauen und Reparieren der Kohlenschiffe. [...] Der Kohlenver-

sand begann sich zu regen. Er erwachte aus seinem Schlaf. Ganz andere Möglichkeiten traten ein, wovon man sich bis dahin nichts hatte träumen lassen, denn der mühevollen Kohlentransport auf Pferdekarren und Pferderücken hörte auf. [...] War es ein Wunder, dass unter diesen Umständen das Kohlengraben an der Ruhr empor kam? Man legte neue Stollen an, vorhandene wurden vergrößert. Wieder hielten fremde Arbeiter ihren Einzug ins Ruhrtal. Sie brachten andere Laute, andere Dialekte, auch andere Sitten und Gebräuche mit. Das Bild an der Ruhr war ein anderes geworden, der stille Frieden, der bis dahin an der Ruhr herrschte, war für immer dahin.“³³¹

Die zweite Phase der Fluss- und Landschaftsmodellierung begann, als immer mehr Betriebe den Fluss als Wasserressource nutzten. Mühlen- und Hammerwerke stauten die Ruhr und zweigten große Mengen Wasser ab, Chemie-, Kohle- und Stahlindustrie leiteten wiederum ihr Brauchwasser ein. Man passte den Fluss zu diesem Zweck den industriellen Bedürfnissen an. Ohne diese Umgestaltung hätte der Rheinisch-Westfälische Industriebezirk überhaupt nicht entstehen können. Für eine Tonne Stahl benötigte man 20 Tonnen Wasser, um eine Tonne Zellstoff herzustellen sogar 800 Ton-

330 Olaf Schmidt-Rutsch: Schiffbarmachung und Schifffahrt auf der Ruhr, in: Hombach, Heimat Ruhr, S. 111–125, hier S. 116.

331 Zit. nach Schmidt-Rutsch, Schiffbarmachung, S. 115.

Nicolai Hannig

Adolf Höninghaus: Nordansicht des Schlosses Horst in Gelsenkirchen vor 1828 (Öl auf Leinwand), 1842.

Archiv Schloss Hugenpoet.



nen.³³² Damit begann ein für die Ruhr verhängnisvoller Kreislauf: Während die Wassermenge immer weiter abnahm, führte der Fluss mehr und mehr Abwässer der Industrie und der sich stark vermehrenden Haushalte der Region.³³³

Der vermeintlich hässlichen Schwester der Ruhr, der Emscher, erging es nicht anders. Hinzu kommt, dass sie als lange Zeit unbedeutender kleiner Flachlandfluss nur selten besungen oder bedichtet wurde, jedenfalls nicht im 20. und 21. Jahrhundert. Vielmehr verhöhnte man sie und machte sich während des Erinnerungsbooms der 1980er Jahre über sie lustig. Populäre Wanderführer verglichen sie mit dem „stinkenden Styx“, also dem Fluss der Unterwelt in der griechischen Mythologie, der die Welt der Lebenden mit dem Totenreich des Hades verbindet.³³⁴ Doch schon deutlich früher galt die Emscher Zeitgenoss:innen als „Köttelbecke“ und „Schmutzkanal“. Lange hielt sich die Legende, man habe die Emscher seit Beginn der Industrialisierung gegen die Ruhr ausge-

spielt, die Ruhr als Trinkwasserlieferantin geschont, der Emscher dafür umso übler mitgespielt und sie zum reinen Abwasserkanal umfunktioniert. Letzteres ist zweifelsohne zutreffend. Doch kann für die Ruhr, wie oben beschrieben, Ähnliches gelten, zumindest bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Als 1910 dem Ruhrgebiet eine ernste Trinkwasserknappheit, im Grunde sogar der Zusammenbruch der gesamten Versorgung drohte, forderte die Wasserwirtschaft eine strikte Aufgabenteilung, die die Wechselbeziehung zwischen den beiden Flüssen begründete. Zugunsten der Ruhrreinhaltung hatte die Emscher fortan ausschließlich als Abwassersammlerin zu dienen.³³⁵

Die Emscher entspringt bei Holzwickede, südöstlich von Dortmund, und mündete ursprünglich bei Alsum, heute zum Duisburger Stadtteil Marxloh gehörig, in den Rhein. Im Mittelalter bildete sie auf etwas mehr als 100 Kilometern Länge wie viele andere Flüsse auch eine Territorialgrenze zwischen dem Vest Recklinghausen

³³² Dirk van Laak: Bezugspunkt und Namensgeberin. Erinnerungsort Ruhr, in: Stefan Berger u.a. (Hg.): Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets, Essen 2019, S. 116–128, hier S. 120 f.

³³³ Beate Olmer: Wasser. Historisch. Zu Bedeutung und Belastung des Umweltmediums im Ruhrgebiet 1870–1930, Frankfurt a. M. u.a. 1998, S. 229.

³³⁴ Michael Holzach: Deutschland umsonst. Zu Fuß und ohne Geld durch ein Wohlstandsland, Hamburg 1982, S. 116. Der Hinweis auf diese Quelle findet sich bei Reiner Burger: Von der Köttelbecke zur neuen Flusslandschaft, in: Berger u.a., Zeit-Räume, S. 129–147, hier S. 129.

³³⁵ Dietmar Bleidick: Wirtschaft und Umwelt im Emscherraum im 19. Jahrhundert, in: Ralf Peters (Hg.): 100 Jahre Wasserwirtschaft im Revier. Die Emscher-genossenschaft 1899–1999, Bottrop 1999, S. 22–35, hier S. 35.

im Norden und der Grafschaft Mark und dem Stift Essen im Süden. Doch erst für die frühe Neuzeit liegen uns ausreichend Quellen vor, die etwas mehr über die zeitgenössische Wahrnehmung und Bedeutung des Flusses verraten. So nutzte beispielsweise der Adel das Emscherwasser, um seine Burgen und Schlösser mit Wassergräben zu umgeben. Dies zeigen uns nicht zuletzt einige Gemälde von Anlagen, die zum Teil noch bis heute erhalten geblieben sind.

Doch es wird ebenso klar, dass die Emscher stets im Schatten von Rhein, Donau und auch der Ruhr stand. Doch für die Emscherländer, wie man die Einwohner der Region nannte, war sie von großer Bedeutung. Sie sicherte das Überleben, etwa durch Wassermühlen, die die Wasserkraft nutzten, Fischerei oder Weidewirtschaft. Zugleich war sie jedoch eine permante Bedrohung. Da sie ein geringes Gefälle von insgesamt nur 120 Metern auf ihrer gesamten Strecke besaß, im Mittellauf stark mäanderte und ständig neue Arme ausbildete, unterteilte sie die Region immer wieder aufs Neue. Der nur wenige Meter breite Fluss überschwemmte bei Hochwasser, meist im Frühjahr, weite Teile der Niederung, was die umliegende Landschaft versumpfte und Feuchtwälder, Tümpel und Seen entstehen ließ. Die vielen Überschwemmungen machten die Auen und Wiesen äußerst fruchtbar. Gleichwohl erschwerten die ständig wechselnden Flussbetten die Landwirtschaft. Hinzu kamen vor allem südlich der Emscher zahlreiche Bäche und Nebenflüsse, die wegen des kaum vorhandenen Gefälles selbst unzählige Nebenarme ausbildeten, bis sie schließlich in die Emscher mündeten. Das Emschertal war demnach nicht allein durch seinen namensgebenden Fluss geprägt, sondern zeichnete sich durch ein weit verzweigtes Flusssystem aus.³³⁶ So entstand in der Region eine „amphibische Landschaft“, der Emscherbruch.³³⁷

Diese Naturlandschaft war im 19. Jahrhundert nur sehr schwer mit den menschlichen Ansprüchen an Produktivität zu vereinbaren, und erst recht nicht im sich industrialisierenden Ruhrgebiet. Ohnehin hatte der Mensch seit dem 18. Jahrhundert damit begonnen,

Naturräume massiv umzugestalten, Moore trocken zu legen, Wälder zu roden, Staudämme zu errichten und Flüsse zu begradigen.³³⁸ Man sprach von „Korrekturen“, „Meliorationen“ und „Begradigungen“. Schon am Vokabular lässt sich die Einstellung zur Natur gut erkennen. Man ging von einem ursprünglich fehlerhaften, unvollständigen und unzureichenden Naturzustand aus, den der Mensch nun verbessern müsse. Es galt, die Landschaft den menschlichen Bedürfnissen anzupassen und sie entsprechend zu formen. Solche Umgestaltungen waren im 19. Jahrhundert an der Tagesordnung. Es gab kaum Flüsse, die nicht ins Visier der Hydrotekten gerieten.³³⁹ Neben dem Hochwasserschutz waren es vor allem wirtschaftliche Belange, die ausschlaggebend für große Korrektionsprojekte waren. Es ging um Schiffbarmachung, Landgewinnung und Ressourcennutzung. Im Ruhrgebiet kam der Brauchwasserabfluss hinzu. Dadurch wandelte sich nicht nur das Landschaftsbild. Auch das Ökosystem veränderte sich rapide. Von den 5.000 Wildpferden im Emscherbruch waren in den 1830er Jahren zwischen Waltrop und Bottrop nur noch rund 100 Emscherbrücher Dickköpfe übriggeblieben, die der landsässige Adel später an den Dülmener Herzog Alfred von Croÿ versteigerte. Dieser züchtete aus ihnen das „Dülmener Pferd“ und richtete die noch heute bekannte Dülmener Wildpferdebahn ein.³⁴⁰

Die Emscher blieb zunächst jedoch unangetastet – zumindest was größere Eingriffe betraf. Daran änderte sich auch nichts, als Wasserbauer in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Pläne entwickelten, um den Fluss schiffbar zu machen. Friedrich II. lehnte sie 1774 ab. Stattdessen nutzte man mit der einsetzenden Frühindustrialisierung ihr Wasser – wie etwa die St. Antony-Hütte, die mit Emscherwasser Raseneisenerz wusch. Gleiches gilt für Begradigungspläne, die Ende der 1780er Jahre aufkamen. Um Überschwemmungen vorzubeugen, sollte die Emscher mithilfe von Durchstichen in ihrem Unterlauf begradigt werden. Der Kölner Ingenieur Kaemmerer zeichnete für dieses groß angelegte Präventionsprojekt verantwortlich, nachdem sich das Kurstift

³³⁶ Ebd., S. 26.

³³⁷ Hubert Kurowski: Die Emscher. Geschichte und Geschichten einer Flußlandschaft, Essen 1993, S. 9.

³³⁸ David Blackbourn: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft, München 2006.

³³⁹ Nicolai Hannig: Kalkulierte Gefahren. Naturkatastrophen und Vorsorge seit 1800, Göttingen 2020, S. 123–139.

³⁴⁰ Thomas Held: Der Landschaftswandel im Emscherbruch. Von der Wildbahn zur Industrielandschaft, in: Cordula Marx/Agnes Sternschulte (Hg.): „... so frei, so stark ...“ Westfalens wilde Pferde, Essen 2022, S. 69–74.

Nicolai Hannig

Essen und das Vest Recklinghausen auf die Eingriffe geeinigt hatten. Doch letztlich scheiterte das Vorhaben, was nicht allein an den hohen Kosten lag. Vielmehr kam es bereits in der Planungsphase zu Querelen unter den Anrainern, da sich durch die Korrektionsarbeiten Grenzen zu verschieben drohten, die es notwendig gemacht hätten, die Besitzverhältnisse neu zu verhandeln.³⁴¹ Kammerers sechzehn Blatt starker Begradigungsplan ist allerdings überliefert und vermag uns heute eine eindrückliche Vorstellung von der damals stark mäandrierenden Emscher zu geben.

Seitdem blieb es, zumindest was größere Flussbauprojekte anbetrifft, mehr als 100 Jahre relativ ruhig an der Emscher. Doch der Schein trügt. Zum einen ordnete die preußische Regierung, seitdem sie mit der Eingliederung Westfalens und des Rheinlands ab 1815 politisch verantwortlich war, wiederholt Emscherschauen an, um den Wasserabfluss zu kontrollieren und kleinere Ausbauarbeiten anzuleiten. Zum anderen sorgte die Industrialisierung der Region dafür, dass die Landschaft auch ohne Emscherbegradigung völlig neue Gestalt annahm. Durch Verschmutzungen und Bodensenkungen veränderte sich im Grunde die gesamte Flusslandschaft. Damit war schließlich auch für die Emscher, so dachten zumindest die Zeitgenoss:innen, eine grundlegende Umgestaltung unabwendbar geworden. Und so machten Wasserbauingenieure zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus der „alten Emscher“ die „neue Emscher“. Doch wie kam es eigentlich zu dieser Maßnahme, die man als unvermeidlich ansah?

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts konnten die Menschen im Ruhrgebiet Veränderungen der Flusslandschaft mit allen Sinnen wahrnehmen. Emscher und Ruhr wandelten sich nicht nur optisch. Ihr Wasser schmeckte anders, es roch anders und es hörte sich schon bald auch anders an. Vor allem an der Emscher war kaum noch Plätschern zu vernehmen. Der ohnehin schon langsam fließende Fluss verwandelte sich bis zur Jahrhundertwende vielerorts in ein stehendes Gewässer, dessen Ruhe zu einer ernsthaften Bedrohung für die Region wurde. Die Industrie nutzte die Flüsse doppelt. Einerseits entzogen die Betriebe ihnen Wasser, vor allem die Montanindustrie. Andererseits leiteten sie ihr Abwasser ein. Das



In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden mehrere Denkmäler für die Emscherbrücker errichtet, hier das „Springende Emscherpferd“ (Wappentier von Herne und Wanne-Eickel) des Hagener Bildhauers Gustav Müller-Blankenstein (1905–1970) am Eingang zum Florapark in Herne-Wanne, aufgestellt am 23. April 1960. [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wanner_Emscherpferd_\(4\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wanner_Emscherpferd_(4).jpg).

schnelle Wachstum sowohl der Unternehmen als auch der Bevölkerung ließ kaum Zeit für vorausschauende Planungen. Naturschutzgedanken spielten keine Rolle. In erster Linie ging es den Betrieben und auch der Politik darum, die äußerst günstigen geologischen Verhältnisse möglichst gewinnbringend auszunutzen.

Die doppelte Wassernutzung der Industrie gerät heute schnell in Vergessenheit, da Erinnerungen an massive Verschmutzungen durch Abwasser und Bilder verdreckter Flussarme das kollektive Gedächtnis vereinnahmen. Doch die Wasserentnahme spielte für die ökologische Transformation der Ruhr- und Emscherzone eine nicht weniger bedeutsame Rolle. Allein die Montanindustrie

341 Axel Heimsoth: Die alte Emscher, in: Heinrich Theodor Grütter/Uli Paetzel (Hg.): Die Emscher. Bildgeschichte eines Flusses, Essen 2022, S. 14–25, hier S. 19.



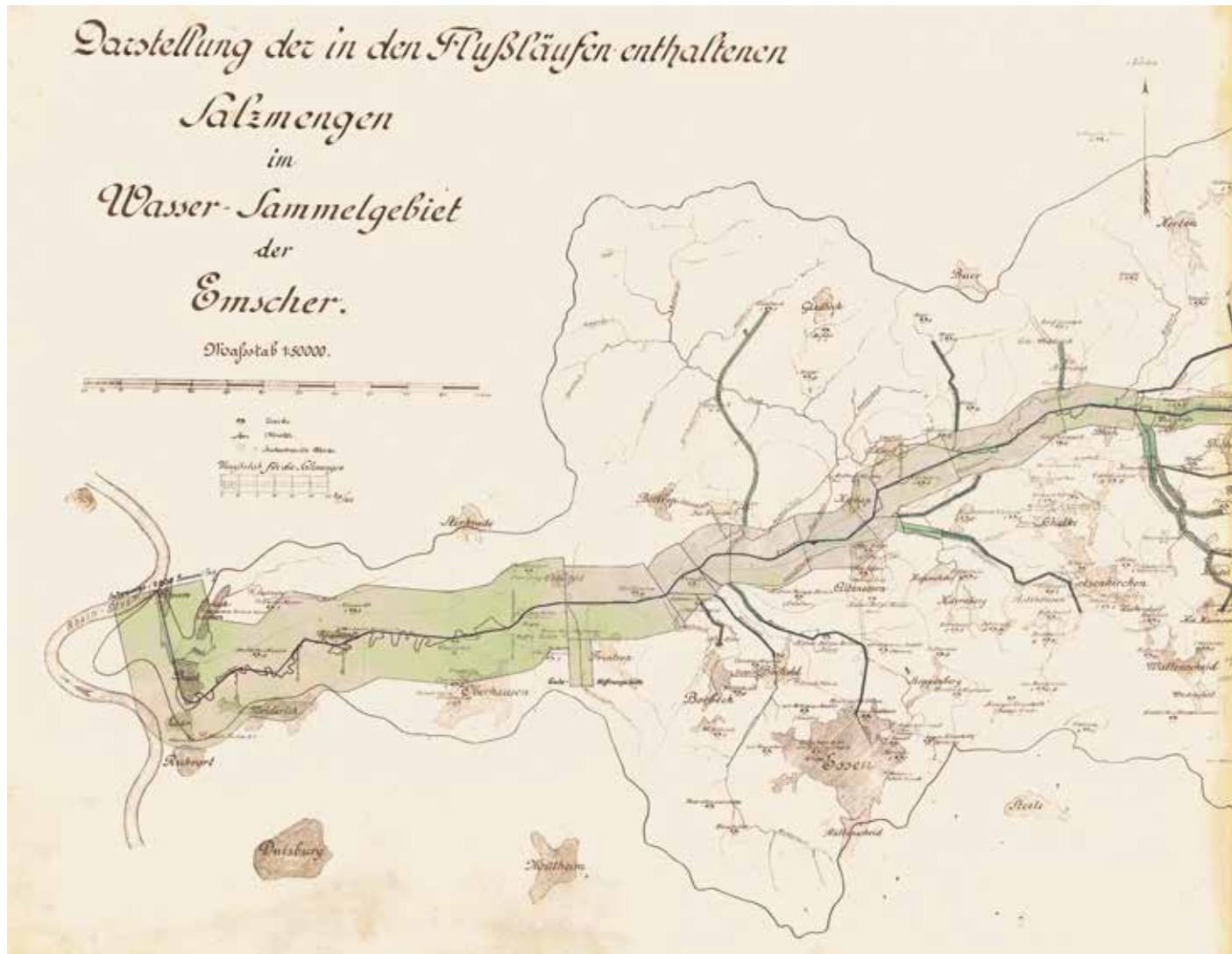
Ausschnitt aus der Kaemmerer-Karte zur geplanten Emscherbegradigung von 1789, Köln.
Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland, RW Karten, Nr. 2467.

verbrauchte um 1900 rund 90 Prozent der geförderten Wassermenge, ein Bedarf, den die Ruhr in wasserreichen Zeiten decken konnte. Allerdings schwankte die Wasserführung immer wieder. 1904 erreichte der Fluss einen historischen Niedrigwasserstand von 1,8 Kubikmetern pro Sekunde. Der Bedarf der Wasserwerke allein betrug aber bereits 5,5 Kubikmeter.³⁴² Emscher und Ruhr waren und sind damit nicht nur Sinnbilder des Niedergangs der alten agrargesellschaftlichen Ordnung. Industrie und

Politik machten sie zugleich zu Erfüllungsgehilfen und Motoren dieses Niedergangs.

Spätestens gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden diese Nutzungsweisen der Naturlandschaft auch zu einem gesundheitlichen Problem für die Bevölkerung. Die Wasserver- und -entsorgung entwickelte sich zu einem existentiellen Problem, das kaum zu lösen war. Denn es galt, die Interessen der Industrie mit den Herausforderungen der Gesundheitsfürsorge und Landschaftspflege

342 Franz-Josef Brüggemeier/Thomas Rommelspacher: *Blauer Himmel über der Ruhr. Geschichte der Umwelt im Ruhrgebiet 1840–1990*. Essen 1992.



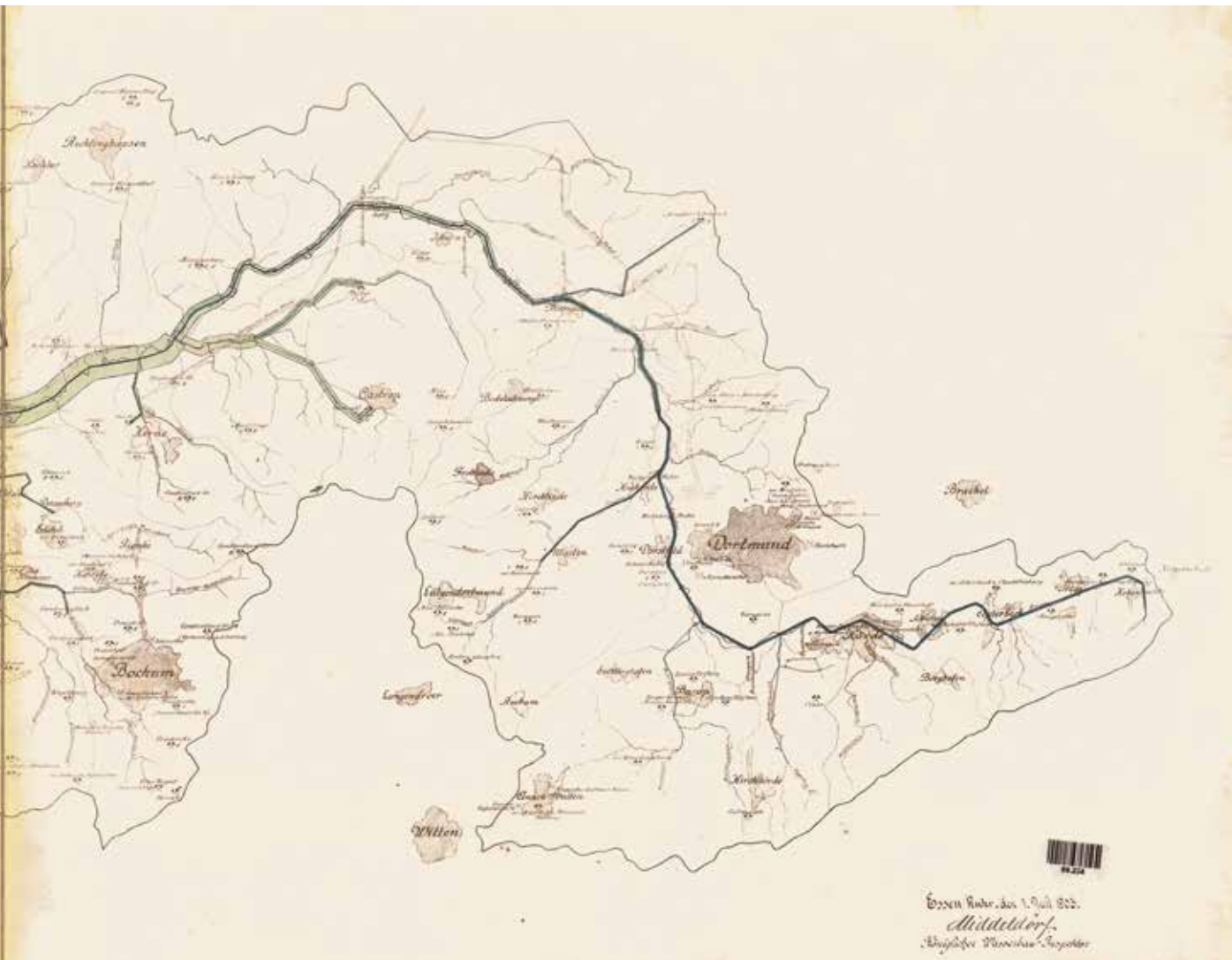
„Darstellung der in den Flußläufen enthaltenen Salz mengen im Wasser-Sammelgebiet der Emscher“, Wilhelm Middeldorf, Essen, 1. Juli 1903.

Emschergenossenschaft/Lippeverband, 57 x 140 cm.

in Einklang zu bringen, so formulierte es jedenfalls der Staatssekretär des Reichsamts des Inneren und preußische Staatsminister Arthur von Posadowsky-Wehner 1904. Der Wasserbedarf der Industrie im Ruhrgebiet war derart gewachsen, dass die Kommunen kaum noch eine Wasserversorgung gewährleisten konnten. Zugleich oblag es ihnen, sich um Abwässer zu kümmern. Erschwerend kamen industriefreundliche Einschätzungen aus der Wissenschaft hinzu, die das Abwasser der großen

Betriebe verharmlosten und gesundheitsschädliche Wirkungen vor allem dem Abwasser der Privathaushalte zuschrieben.³⁴³ Diese Konstellation spielte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in fast allen europäischen Industrieregionen ein. Urbanisierung und Städtewachstum gingen oftmals der systematischen Organisation von Frischwasserver- und Abwasserentsorgung voraus. Gleichwohl erkannten einige Wissenschaftler, Ingenieure und Wissensvermittler die

343 Jürgen Büschenfeld: Wassernutzung und Wasserhygiene. Die Ruhr in der Phase der Hochindustrialisierung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Bodo Hombach (Hg.): Die Ruhr und das Ruhrgebiet. Fluss, Industrieregion, Strukturwandel seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Essen 2020, S. 177–193, hier S. 177 f.



im Grunde universale Herausforderung, weshalb sich über internationale Kongresse schnell ein europäischer Ideen- und Praxisaustausch entwickelte.³⁴⁴

Zwei Grundannahmen waren bei der Wasserorganisation lange Zeit handlungsleitend: Erstens ging man davon aus, dass Gewässer über eine starke Selbstreinigungskraft verfügten, weshalb man lange daran festhielt, Fäkalien und auch das Abwasser der Industrie ungereinigt an die Flüsse abzugeben. Zweitens hatte man Infektionskrankheiten wie Typhus und Cholera

als fatale Risiken vor allem für Ballungsräume erkannt. Ebenso schienen die Zusammenhänge zwischen unsauberem Wasser und Gesundheitsgefahren evident. In der Konsequenz führten diese Prämissen jedoch dazu, dass man sich bemühte, Abwasser möglichst schnell aus den Städten abzuführen, ohne sich nähere Gedanken darüber zu machen, was die ungefilterte Zuleitung eigentlich für die Flüsse bedeutete. Zudem hielt man bis in die 1890er Jahre, bis Robert Koch mit seinen Untersuchungen zur Hamburger Choleraepidemie den Gegenbeweis

³⁴⁴ Vgl. Friedrich Lenger: Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850, München 2013, S. 162–167.

erbrachte, daran fest, dass verunreinigtes Wasser nicht direkt Krankheiten übertragen könne.³⁴⁵ Man erkannte durchaus das Ausmaß der Verschmutzung. Jeder in der Region konnte sie sehen und riechen. Und man konnte auch darüber lesen, weil regionale Zeitungen regelmäßig über den Wasserzustand berichteten. 1875 hielt zum Beispiel das *Recklinghäuser Wochenblatt* fest: „Unser einst so klares Fließchen scheint in Zukunft den ‚kristallinen Fluten‘ der Essener Berne gleich werden zu sollen. So sahen wir zu verschiedenen Malen die Emscher in der Gegend von Mengede [...] dunkelschwarz gefärbt und einen wahrhaften Pestilenzgestank verbreitend. Fische, Krebse, Frösche verenden dann in dem [...] durch amoniakalische Wasser und Theer von Gasanstalten vergifteten Flusse.“ Doch trotz dieser Drastik sprachen sich Industrie und die meisten Kommunen noch bis in die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts gegen Reinigungsverfahren aus. Diese seien viel zu teuer und zudem zwecklos. Man müsse nur darauf achten, dass die Verschmutzung Flüsse nicht daran hinderte abzufließen.³⁴⁶

Ein großes Problem war die Versalzung der Flüsse. Zwischenzeitlich erreichte der Salzgehalt der Emscher das Niveau des Atlantiks, da Bergwerke Grubenwasser abgaben, das stark versalzen war. Das zog auch das Grundwasser in Mitleidenschaft und sorgte dafür, dass immer weniger Brunnen über Trinkwasser verfügten. Auf Karten versuchte man den Salzgehalt festzuhalten und visualisierte dabei die bis zur Rheinmündung stark zunehmende Problematik, die also keineswegs im Verborgenen lag. Die Versalzung war jedoch nur ein Teil des Problems. Hinzu kamen große Mengen an Kohleschlamm. Denn Kohle mussten die Betriebe waschen, von Staub und anderen Partikeln befreien, bevor sie sie weiterverwendeten. Kohleschlamm war jedoch zäh und verhinderte vielerorts den Abfluss der ohnehin schon äußerst gefällearmen Emscher. Ferner hatte der Schlamm einen fatalen Einfluss auf die Flora der Region. Eigentlich waren die Zechen dazu angehalten, ihr Schlammwasser zu reinigen, bevor sie es ableiteten. Zudem hätten sie den Kohleschlamm prinzipiell als Brennstoff weiternutzen können. Doch in der Summe war es für sie einfacher und kostengünstiger, ihn ungefiltert

abzuführen. Auf diese Weise nahm man dem Fluss die Fähigkeit, die ihn auszeichnete, die Fähigkeit zu fließen. Dadurch, dass die Betriebe weitflächig Kohle abbauten, schufen sie unter der Erde Hohlräume, was wiederum dazu führte, dass der Boden an einigen Stellen absackte, unter anderem auch dort, wo die Emscher entlangfloss. Um in den Rhein abzufließen, musste sie daher noch einige Anstiege überwinden. Man hatte dem Fluss also nicht nur Unmengen an Abwasser zugeführt, sondern ihm auch noch die natürliche Vorflut genommen.

Im Vergleich zur Ruhr und Emscher gerät der dritte für die Region bedeutsame größere Fluss häufig in Vergessenheit: die Lippe. Als Nebenfluss des Rheins entspringt sie in Bad Lippspringe im ostwestfälischen Eggegebirge und mündet südwestlich von Wesel in den Rhein. Schon um Christi Geburt nutzten die Römer den Fluss als Wasserstraße, unter anderem als Nachschub- und Aufmarschkanal für die Feldzüge Kaiser Augustus'. Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert wurde die Lippe zumindest zeitweise zu einer wichtigen Wasserstraße Nordwestdeutschlands. Es war vor allem der Salztransport zwischen der Grafschaft Mark und dem Herzogtum Kleve, der dem Fluss seinen Charakter als wirtschaftspolitisch bedeutsame Transitlinie verlieh. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war Salz das Massengut schlechthin, das über den Lippehandel transportiert wurde. Aber auch andere Güterarten wie Kohle oder Ziegelsteine verschifft man. Die Eisenhütte Westfalia zum Beispiel verbrachte über die Lippe Raseneisenerz zu ihren Hochöfen und lieferte ganze Öfen und Säulen aus. 1840 waren es insgesamt 1,6 Millionen Zentner Ladung, die über die Lippe verschifft wurden.³⁴⁷ Heute hingegen dient der Fluss vornehmlich dazu, das westdeutsche Kanalsystem und Kraftwerke mit Wasser zu versorgen und der Region ein Erholungsgebiet mit Freizeitwert zu bieten. Um den Fluss im 19. Jahrhundert für solche Mengen schiffbar zu machen, hatte der Mensch jedoch massiv nachhelfen müssen. Mit hohen Investitionen transformierte Preußen, das nach dem Wiener Kongress zum alleinigen Lippeanrainer wurde, den Fluss in den 1820er Jahren in eine begradigte Wasserstraße mit zahlreichen Schleusen. Ende des 19. Jahrhunderts konzipierte man

³⁴⁵ Büschenfeld, Wassernutzung, S. 178 f.

³⁴⁶ Zit. nach Brüggemeier, Gegend, S. 24.

³⁴⁷ Werner Koppe: Die Lippe als Wasserstraße, in: Georg Eggenstein (Hg.): Mensch und Fluss. 7000 Jahre Freunde und Feinde, Bönen 2010, S. 60–68.

schließlich ein ganzes Netz von Kanälen, um weitere Transportmöglichkeiten für die wachsende Industrie zu schaffen, angefangen mit dem Dortmund-Ems-Kanal in den 1890er Jahren.³⁴⁸

Die Wasserbauarbeiten waren jedoch nichts Außergewöhnliches. Vielmehr lagen sie ganz im Trend der Hydrotechnik des 19. Jahrhunderts.³⁴⁹ Auch ihr Verschmutzungsschicksal um 1900 teilte die Lippe mit anderen Flüssen der Region. Zu einem ersten größeren Unglück kam es 1911, nachdem die Selmer Zeche Hermann im Winter das Abwasser ihrer Ammoniakbehälter in den Fluss geleitet hatte. Zu Weihnachten spülte die Lippe Unmengen toter Fische an die Ufer – sofern sie überhaupt noch floss. Denn infolge mehrerer Bergsenkungen verfügte sie – wie auch die Emscher – kaum noch über ein natürliches Gefälle, was dazu führte, dass die Lippe zeitweise rückwärts strömte. Zugleich musste sie viele andere Abwässer aufnehmen, Wasser, das Industriebetriebe zunächst der Ruhr entnommen hatten und verschmutzt in die Lippe abführten.³⁵⁰ Die Wasserprobleme wiederholten sich also an verschiedenen Standorten und breiteten sich weiter aus. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg zeigte sich am Beispiel von Ruhr, Emscher und Lippe, dass die Abwasser- und Verschmutzungssituation völlig aus dem Ruder gelaufen war.

Hygiene

An der Transformation der Flussgebiete war abzulesen, dass der Aufstieg zu einer der dichtesten und zugleich produktivsten Industrieregionen Europas Spuren hinterließ – nicht nur in der Lebenswelt der Bevölkerung, sondern vor allem in der Natur. Die Emscher wurde zur Kloake, auch weil sie neben dem Industrieabwasser zusätzlich das Abwasser von Städten und Gemeinden abtransportieren musste. Und damit avancierte sie schließlich zu einer gesundheitlichen Gefahr für alle

Anwohner:innen. Zeitgenössische Schätzungen gingen Ende der 1870er Jahre davon aus, dass Malaria in der Emscherregion bis zu zehnmal häufiger auftrat als in angrenzenden Gebieten wie etwa der Ruhr- oder Hellwegzone. Typhus, eine Infektion, die Salmonellabakterien hervorrufen, die Menschen insbesondere über das Trinkwasser aufnehmen, sorgte für eine Sterblichkeit, die im Vergleich zum preußischen Durchschnitt ungefähr doppelt so hoch war.

Tatsächlich war es Flussbauingenieuren im Verlauf des 19. Jahrhunderts gelungen, durch Begradigungen die Anzahl an kleineren Überschwemmungen stark zu verringern. Dadurch ging auch die ständige Bedrohung durch Folgeprobleme wie Malaria zurück, weil sich immer seltener stehende Gewässer als Brutstätten für die Anophelesmücke bildeten. Da die Emscher bis Ende des 19. Jahrhunderts jedoch weitgehend unreguliert blieb, hatten die Menschen in der Region weiterhin mit dieser und anderen Gesundheitsgefahren zu kämpfen, und die Situation verschlimmerte sich mit jeder Bodensenkung und Steigerung der Abwassermenge. Zeitgenössische Fotografien wie die hier abgedruckte Aufnahme des Duisburger Beeckbachs dokumentierten die stehenden Gewässer, die vielerorts Sumpflandschaften entstehen ließen, die sich nur noch über Notstege überqueren ließen. Skandalwert hatten solche Bilder allerdings kaum.³⁵¹ Zwar gab es bereits Ansätze der Klärtechnik und Filteranlagen, nur filterten sie überwiegend feste und Schwebestoffe mithilfe von Sieben und Absetzbecken. Chemikalien, Schwermetalle und Fäkalien hielten sie nicht auf.³⁵² Im Oktober 1901 begab sich daher der schon damals gut bekannte preußische Geheimrat Robert Koch in die Stadt Gelsenkirchen, die zu diesem Zeitpunkt ein akutes Seuchengebiet war. Das Kultusministerium hatte Koch daher die Leitung einer Ministerialkommission übertragen. Amtlichen Berichten zufolge

348 Georg Eggenstein: Mensch und Fluss – 7000 Jahre Freunde und Feinde, in: Eggenstein, Mensch, S. 8–28, hier S. 14–17; Werner Koppe: Die Lippewasserstraße. Schifffahrt auf Lippe und Lippe-Seitenkanal im Rahmen der nordwestdeutschen Binnenschifffahrtsgeschichte, Bielefeld 2004, S. 274 f.

349 Vgl. Hannig, Gefahren, S. 123–139.

350 Lippeverband Dortmund (Hg.): Ansichten eines Flusses – die Lippe. Der Lippeverband 1926–2001, Bottrop/Essen 2001, S. 58–68.

351 Vgl. Hubert Kurowski: Die Emscher. Geschichte und Geschichten einer Flußlandschaft, Essen 1993, S. 45–59.

352 Bleidick, Wirtschaft, S. 33.



Duisburger Beeckbach, um 1900.
Emscher-genossenschaft/Lippeverband, R-919_1.

waren in der Stadt mehr als 3.000 Menschen an Typhus erkrankt, 350 Todesfälle bereits verzeichnet.³⁵³

Dass es überhaupt so etwas wie einen Typhusbazillus gab, wusste man damals erst seit rund 20 Jahren. Dessen Verbreitungswege waren daher noch nicht vollständig bekannt. Doch die Gelsenkirchener Typhusepidemie schien eine Erklärung förmlich aufzudrängen. Für Koch bestand kein Zweifel, dass Typhusbazillen das Leitungswasser befallen hatten. So hielt es der spätere Nobelpreisträger zumindest in einem abschließenden Report für das Ministerium fest.³⁵⁴ Für den Mediziner war die Gelsenkirchener Epidemie sicherlich nur eine Episode, wenn auch eine besonders tragische. Sie endete schließlich mit der Verurteilung von vier Angeklagten, die verunreinigtes Trinkwasser in Umlauf gebracht hatten. Doch die Epidemie, der am Ende 500 Menschen zum Opfer fielen, war nur die Spitze des Eisbergs. In seinem abschließenden Urteil zielte Koch vor allem auf das starke Bevölkerungswachstum und brachte es mit einer verfehlten Wasserkreislaufpolitik in Verbindung. Im Grunde, so Koch, könne die ganze Region niemals seuchenfrei werden, sofern man sie nicht grundlegend umgestalte. Das hohe Verkehrsaufkommen und die

vielen Arbeiter, die sich fast täglich neu ansiedelten, schleppten allerhand ansteckende Krankheiten ein, die sich aufgrund der katastrophalen Wasserversorgung vortrefflich einnisten und vermehren könnten.³⁵⁵ Mehrere Familien und Arbeiter teilten sich häufig eine Toilette. Waschgelegenheiten gab es kaum. Exkremamente wanderten in der Regel direkt in die umliegenden Kanäle. Kam ein Hochwasser auf, schwammen die Fäkalien wieder zurück in die bewohnten Keller- und Erdgeschosse. Der Wasserkreislauf der Emscherregion stank und machte krank. Stehendes Wasser mit schwimmenden Fäkalien war Alltag.³⁵⁶

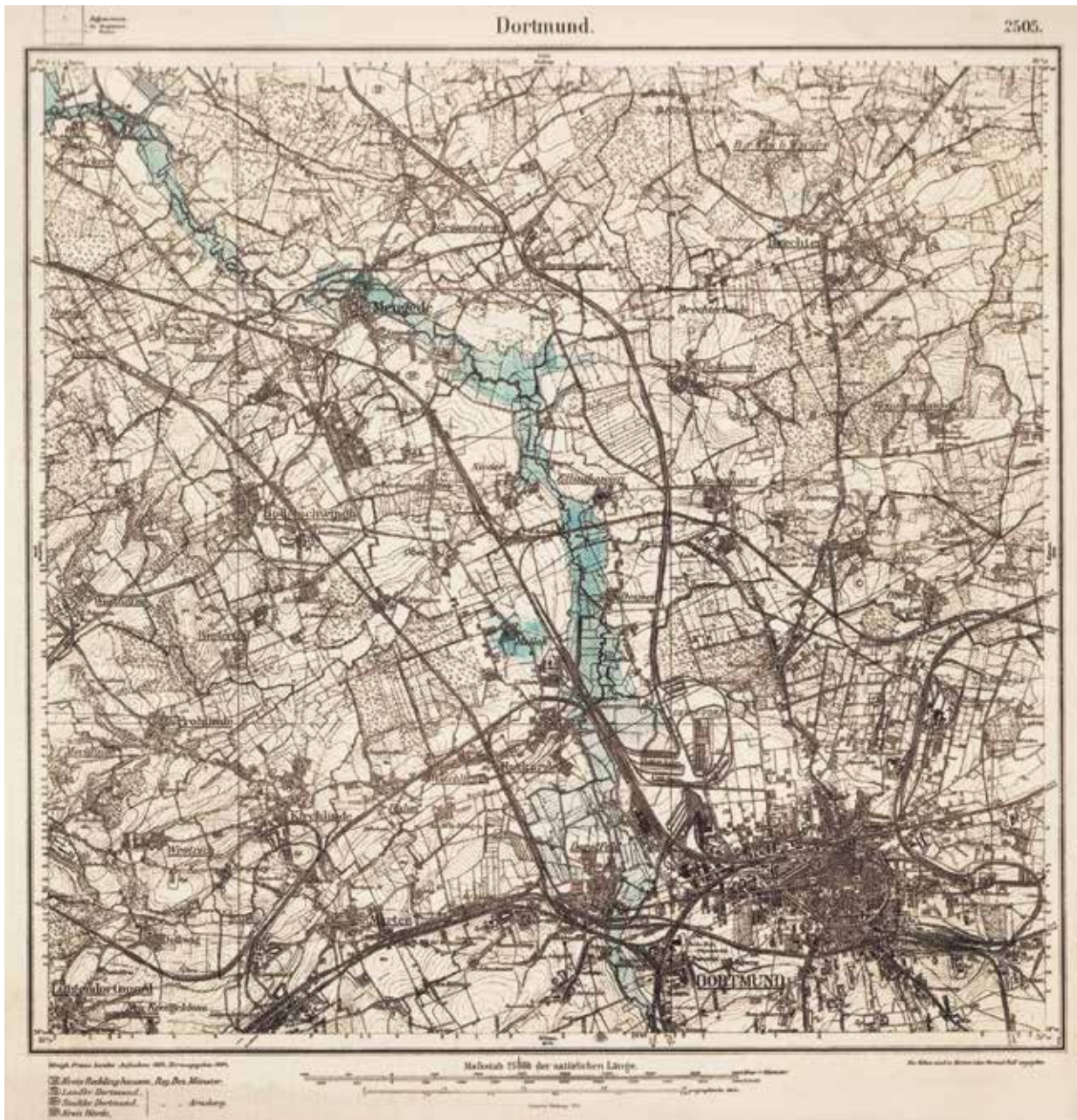
Überschwemmungen, Krankheitserreger und massive Verschmutzungen hatten der Region schwer zugesetzt. Ein Umstand, der nicht erst seit Kochs Besuch bekannt war. Bereits 1885 hatten Kreisärzte des Emschergebiets ein Gutachten verfasst, das den hohen Krankenstand der Region in einen direkten Zusammenhang mit der Umweltverschmutzung rückte. In „drastischen Worten“ erläuterten sie, dass es zu „nicht voraussehbaren Gefahren“ komme, „sollte nicht bald eine gründliche Abhülfe durch große Mittel“ erfolgen.“ Denn mittlerweile erkrankten nicht nur immer mehr Menschen an

³⁵³ Rudolf Emmerich/Friedrich Wolter: Die Entstehungsursachen der Gelsenkirchener Typhusepidemie von 1901, München 1906, S. 25–42.

³⁵⁴ Schreiben Robert Kochs an den Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 21.10.1901, in: Robert Koch: Gesammelte Werke, Zweiter Band, Zweiter Teil (hrsg. v. J. Schwalbe), Leipzig 1912, S. 910–914.

³⁵⁵ E. Grahn: Die Gerichtsverhandlungen über die Gelsenkirchener Typhusepidemie vom Jahre 1901, in: Schillings's Journal für Gasbeleuchtung und verwandte Beleuchtungsarten sowie für Wasserversorgung 47 (1904), S. 1108 f.

³⁵⁶ Jürgen Büschenfeld: Flüsse und Kloaken: Umweltfragen im Zeitalter der Industrialisierung (1870–1918), Stuttgart 1997.



Überschwemmungsgebiete der Emscher im Norden Dortmunds, hrsg. v. d. Preußischen Landesaufnahme 1894, Markierung der Überschwemmungsgebiete um 1900.

Emschergenossenschaft/Lippeverband, Karte, koloriert, 55 x 56 cm.

Malaria, auch Ruhr, Typhus, Diphterie, Cholera und Lungenentzündung seien weit verbreitet, was auf die fatalen Wasserverhältnisse zurückzuführen sei.³⁵⁷ 1898

war auch die Medizinalabteilung des preußischen Kultusministeriums alarmiert. Ohne Umschweife hielt sie fest:

³⁵⁷ Zit. nach Bleidick, Wirtschaft, S. 34.

„Sehr ungünstige Verhältnisse hinsichtlich der Beschaffenheit der öffentlichen Wasserläufe herrschen in dem Regierungsbezirk Arnsberg, wo die Flußläufe des Industriegebietes zwischen Schwerte und Essen durch die Industrieabwässer sich in einem Zustande hochgradiger Verschlammung befinden. Sämtliche Bachläufe dieses Industriebezirkes sind schwarz durch einen Brei aus Kohlen, Abgängen der Städte und Abflüssen der Äcker, manchmal so dickflüssig, daß ein hineingesteckter Stock darin unbeweglich bleibt.“³⁵⁸

Hinzu kamen Verwaltungskonflikte, die uns heute vor Augen führen, wie weit damals landschaftliche und politische Grenzen voneinander entfernt lagen: Das Emschertal fiel in die Verantwortung zweier preußischer Provinzen, Westfalen und der Rheinprovinz, die wiederum in drei Regierungsbezirke, sechs Städte, 43 Kreise und 137 Gemeinden aufgeteilt waren. Vor diesem Hintergrund schien es vielen Verantwortlichen nahezu unmöglich, eine regionale Lösung zu finden, zumal die Interessen des Bergbaus nahezu sakrosankt waren. Frühere Versuche, die Industrie an den Folgekosten ihrer Abwässer und Bodensenkungen zu beteiligen, waren ins Leere gelaufen. Der Hebel der Ökonomie war bedeutend länger als der der Umwelt. Vor allem die Bergbauunternehmen machten klar, dass schon allein in öffentlichem Interesse nur eine staatliche Lösung infrage käme, schließlich sei es doch ihnen zu verdanken, dass aus Steppe und Sumpf eine boomende Industrieregion wurde.³⁵⁹

In Berlin hatte man den Notstand im Ruhrgebiet sehr genau registriert. Bereits im April 1900 debattierte der Reichstag über einen Gesetzesentwurf „betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten“.³⁶⁰ Unter dem Druck Preußens gründete sich daher im Dezember 1899 in Bochum die Emschergenossenschaft als Zusammenschluss aus Kommunen und Unternehmen der Region. Knapp fünf Jahre später unterzeichnete Kaiser Wilhelm II. schließlich das „Gesetz, betreffend

Bildung einer Genossenschaft zur Regelung der Vorflut und zur Abwässerreinigung im Emschergebiete“. Damit war die Region erstmals auf der Verwaltungsebene zusammengebunden. Zugleich war der Grundstein für ein umfassendes Regulierungsprojekt gelegt. Hydrotechniker vertieften die Emscher stellenweise um gleich mehrere Meter und verkürzten zugleich ihren Lauf, so dass der Emscher von ihren ursprünglich 109 Kilometern nur noch 77 blieben. Außerdem befestigten sie die Sohle, damit kein Wasser mehr versickern konnte. Zum Schutz vor Überschwemmungen legten sie Deiche an. So entstand am Ende ein im Grunde völlig neuer Fluss, der noch dazu rund zehn Kilometer weiter nördlich lag.³⁶¹ Die alte Emscher diente fortan als Vorfluter für den Duisburger Norden, während die neue, kanalisierte Emscher nun ganz offiziell stank.

Weiten Teilen der Bevölkerung waren die Flussbauarbeiten willkommen, da sie versprachen, die Lebensqualität zu steigern. Viele hofften, dass es bald ein Ende hatte mit ständig feuchten Kellern und Wohnungen, mit dauerhaften Krankheitssymptomen und Seuchengefahren. Schwierig hingegen gestalteten sich die Verhandlungen über den Ankauf von Grundstücken, die man für das Flussbauprojekt benötigte. Sie riefen auf der einen Seite Profiteure auf den Plan, angefangen von großen Industrieunternehmen bis hin zu Bodenspekulanten, die darauf setzten, dass sich der Wert bestimmter Grundstücke steigerte. Auf der anderen Seite schufen die Flussbauarbeiten allerhand Leidtragende, wie etwa Mühlenbesitzer, die in Gerichtsverhandlungen Entschädigungen erstreiten mussten, weil ihnen die Wasserkraft des Flusses abhandengekommen war. 1911 beschäftigte die Emschergenossenschaft rund 200 Mitarbeiter:innen und errichtete an der Essener Kronprinzenstraße einen nicht gerade dezenten Sitz für ihre Hauptverwaltung. Der Glaube an die Gestaltungsmacht und Problemlösungsfähigkeit der Technik war groß. Dementsprechend bezog Wilhelm Middeldorf, der technische Leiter der Emscherregulierung, ein Gehalt,

³⁵⁸ Zit. nach ebd., Wirtschaft, S. 34 f.

³⁵⁹ Brüggemeier/Rommelspacher, Himmel, S. 97–99.

³⁶⁰ Dabei handelte es sich um das spätere Reichsseuchengesetz. 179. Sitzung, 24.4.1900, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. X. Legislaturperiode, I. Session. 1898/1900, Sechster Band, Berlin 1900, S. 5060–5076.

³⁶¹ Thomas Dupke: Der Industriefluss, in: Grütter/Paetzel, Emscher, S. 72–85.

Auch Anfang des 20. Jahrhunderts waren Flussbauarbeiten noch stark von körperlicher Arbeit geprägt. Kläranlage Bochum: ‚Emscherbrunnen im Bau‘, um 1910. Emscherogenossenschaft/Lippeverband.



Gebäude der Emscherogenossenschaft in Essen (Postkarte, 1912).



das den Einkünften des Essener Oberbürgermeisters entsprach.³⁶²

Die Gelsenkirchener Typhusepidemie von 1901 gilt in der Rückschau als eine Art Fanal, das allen Beteiligten die Augen öffnete.³⁶³ Bei genauerem Hinsehen wird jedoch klar, dass nicht nur in Medizinerkreisen die Zusammenhänge zwischen Krankheit und Wasserver- bzw. -entsorgung schon viele Jahre vor der Epidemie bekannt waren. Zudem sah es lange Zeit so aus, als ob

die Epidemie das Problemverständnis an der Emscher eher verengen würde, anstatt es zu weiten. Als man im Sommer 1904 zum sogenannten Wasserwerksprozess am Essener Landgericht zusammenkam, konzentrierte sich die Anklage ganz auf die Wasserwerksdirektoren, die unerlaubterweise unfiltriertes Ruhrwasser in den Frischwasserkreislauf eingespeist hatten. Das gaben sie auch zu, nur waren sie sich dabei keiner Schuld bewusst, denn schließlich, so waren sie wie viele an-

³⁶² Dietmar Bleidick: Die Anfänge der Emscherogenossenschaft, in: Peters, 100 Jahre, S. 91–105, hier S. 95.

³⁶³ Vgl. Jörg Vögele/Ulrich Koppitz: Sanitäre Reformen und der epidemiologische Übergang in Deutschland (1840–1920), in: Susanne Frank/Matthew Gandy (Hg.): Hydropolis. Wasser und die Stadt der Moderne, Frankfurt a. M. u.a. 2006, S. 75–93.

dere auch überzeugt, könne dies keine so verheerende Epidemie auslösen. Die katastrophale Gesamtlage stand damit überhaupt nicht zur Debatte.³⁶⁴ Vielmehr wiederbelebte der Prozess eine damals eigentlich schon entschiedene wissenschaftliche Debatte zwischen Hygienikern wie Max von Pettenkofer und Bakteriologen wie Robert Koch. Pettenkofer sah die Ursachen von Seuchen im Wirkungszusammenhang von Wasser, Boden und Luft. Ansteckungen, so seine Schlussfolgerung, erfolgten vorwiegend über die Luft, über sogenannte Miasmen, also üble faulige Dünste. Der jüngere Robert Koch ging hingegen davon aus, dass es Bakterien seien, die über das Wasser als Trägermedium in den menschlichen Organismus gelangten und dort Infektionen auslösten. Viele Prozessbeteiligte standen noch unter dem Einfluss der Forschungen Pettenkofers, auf denen auch die Theorie der Selbstreinigung der Flüsse beruhte. Diese war letztlich nicht falsch, nur hatte die Bakteriologie zwischenzeitlich erkannt, dass die Selbstreinigungskraft der Gewässer begrenzt war und es zusätzlicher Reinigungstechniken bedurfte, um eine nicht gesundheitsgefährdende Wasserqualität zu erreichen. Der Prozess sorgte jedoch dafür, dass beide Denkansätze wieder in Konkurrenz zueinander traten, oder wie es ein damaliger Prozessbeobachter formulierte, dass die Gründe für die Epidemie in ein „mystisches Dunkel gehüllt“ wurden.³⁶⁵

Gleichwohl hatte sich im Anschluss an die Epidemie und noch vor dem Prozess eine neue Sensibilität für Hygieneprobleme entwickelt.³⁶⁶ Dafür sorgten schon die hohen Opferzahlen in Gelsenkirchen, die zwar nicht so hoch wie während der Hamburger Typhus- und Choleraepidemie 1885/88 bzw. 1892 mit rund 1.200 und 8.600 Toten waren, aber dennoch einen deutlichen Weckrufcharakter hatten. Zudem waren die Probleme nicht mehr zu übersehen und zu „überriechen“. Selbst diejenigen, die nicht vor Ort lebten und die Missstände nicht täglich sahen, konnten sich in der Presse oder anhand kursierender Postkarten und Fotografien ein Bild von

der Situation machen. Auch fehlte es nicht an drastischen Schilderungen, ob von Journalisten oder Medizinern. So schrieb der Hygieniker Rudolf Emmerich in einem zeitgenössischen Bericht zur Gelsenkirchener Epidemie:

„Ich habe die hygienischen Verhältnisse in Neapel, Palermo und Konstantinopel während der in diesen Städten 1884, 1886 und 1895 herrschenden Choleraepidemien untersucht und dabei habe ich sehr schlimme sanitäre Zustände gesehen, namentlich in Konstantinopel, wo ich in Begleitung eines persönlichen Adjutanten Sr. Majestät des Sultans die Cholerahäuser, Kasernen, Schlachtstätten usw. besuchte. Ich kenne ferner sehr genau die hygienischen Verhältnisse in Lissabon, Oporto, Funchal auf Madeira, ferner jene in einigen französischen, österreichischen und vielen deutschen Städten, aber so bedenkliche Zustände in bezug auf Entwässerung, Abwasser- und Fäkalienbeseitigung, ferner in bezug auf die Schweinewirtschaft und den Grad und die räumliche Ausdehnung der Bodenverunreinigung wie in den von Typhus ergriffenen Bezirken des Emschertales habe ich nirgends gefunden.“³⁶⁷

Schilderungen wie diese basierten zwar auf den Auffassungen der experimentellen Hygiene, deren Annahmen zur Krankheitsübertragung nicht zutrafen. Doch sie lenkten den Blick auf die immensen Verschmutzungen und damit auf die Umweltproblematik der gesamten Region. Die Tagespresse griff solche Berichte nur allzu gern auf, vor allem dann, wenn sie von führenden Vertretern der medizinischen und hygienischen Forschung stammten – ganz gleich, welcher Schule sie angehörten. „So grauenhafte und barbarische Verhältnisse in bezug auf Hausabwässer-, Fäkalien- und Müllbeseitigung wie in Gelsenkirchen und einen so enormen Grad der Bodenverunreinigung, wie in dieser Stadt, habe ich nirgends gefunden“, schrieb Emmerich in ganz ähnlichem Duktus

³⁶⁴ Martin Weyer-von Schoultz: Die Gelsenkirchener Typhusepidemie und ihr gerichtliches Nachspiel, in: Jörg Vögele/Wolfgang Woelk (Hg.): Stadt, Krankheit und Tod. Geschichte der städtischen Gesundheitsverhältnisse während der Epidemiologischen Transition vom 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Berlin 2000, S. 317–335.

³⁶⁵ Zit. nach Büschenfeld, Wassernutzung, S. 189.

³⁶⁶ Christian Eiden: Versorgungswirtschaft als regionale Organisation. Die Wasserversorgung Berlins und des Ruhrgebietes zwischen 1850 und 1930, Essen 2006, S. 187–191.

³⁶⁷ Emmerich/Wolter, Entstehungsursachen, S. 168.

1904 in der *Gelsenkirchener Zeitung*.³⁶⁸ Die zerstörerische Transformation der Naturlandschaft spielte sich also keineswegs im Verborgenen ab, sondern war für alle spür- und erfahrbar.

In der Konsequenz nahm man nun zum einen umfangreiche Flussbauarbeiten in Angriff. Zum anderen schlossen sich Vertreter von Industrie, öffentlichem Dienst sowie einigen Kooperationen und Wasserwerken zunächst zu einem „Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten“ zusammen, aus dem bereits 1902 das „Institut für Hygiene und Bakteriologie, Gelsenkirchen“ hervorging. Zu den Hauptaufgaben des Instituts zählten Wasser- und Bergbauhygiene sowie Seuchenbekämpfung. Damit übernahm das Institut, zumindest auf dem Papier, hoheitliche Aufgaben. In Korporation waren hier Regierungspräsidenten zusammen mit Kommunen, dem Dortmunder Oberbergamt, der Renten- und Knappschaftsversicherung, verschiedenen Bergwerksbetrieben und Versorgungswerken organisiert, was zumindest einer Teilprivatisierung entsprach. Daraus entstanden Kompetenzstreitigkeiten, die jedoch im Laufe der Jahre wieder abflauten, zumal sich in Dortmund 1902 ein ganz ähnlich strukturiertes Hygieneinstitut gründete.³⁶⁹

Doch zu einem großen Umdenken kam es zunächst nicht.³⁷⁰ Eine aufwendigere Abwasserreinigung scheiterte am Einspruch der Montanindustrie. Robert Koch, der maßgeblich daran beteiligt war, das Gelsenkirchener Institut zu gründen, hatte sich immer wieder dafür ausgesprochen, Trinkwasser nicht nur aus Flüssen zu filtern, sondern auf Grundwasser umzusteigen. Auch diese Forderung setzte sich nicht durch, zumal inzwischen viele Städte aufgrund des niedrigen Grundwasserspiegels auf die Flusswasserversorgung umgestiegen waren. Hinzu kam, dass einige Kommunen im Anschluss an Pettenkofer's Theorien damit begonnen hatten, Schwemmkanalisationen zu bauen, um Abwässer

möglichst schnell ableiten zu können. Teure Klärwerke spielten bei diesen Maßnahmen nur eine untergeordnete Rolle. Und schließlich war auch die Emschergenossenschaft nur ein zahmer Tiger, da die Unternehmen die Stimmenmehrheit hatten. So „besaß die erste große Abwassergenossenschaft im Kaiserreich“, schreibt der Historiker Franz-Josef Brüggemeier, „den Charakter einer Selbstverwaltung der Abwasserproduzenten, die für ihre Mitglieder einen Schutz gegen zu hohe Anforderungen bildete und in den kommenden Jahrzehnten durchweg an der Untergrenze des technisch-ökonomisch Machbaren operierte“. Ihr Ziel sei es nicht gewesen, die Naturlandschaft zu schonen und die Wasserqualität durch Reinigung oder Abwasserreduktion zu verbessern. Vielmehr ging es der Genossenschaft darum, weiterhin möglichst preiswert Abwasser zunächst in die Emscher und von dort in den Rhein zu leiten.³⁷¹

Bemerkenswert daran ist, dass der damalige Stand der Technik bereits ein anderer war. Längst sei es möglich, Abwässer so zu filtern, dass man sie bedenkenlos dem Vorfluter übergeben könne, hieß es 1904 in einer Fachzeitschrift für Technik.³⁷² Doch die Industrie war sich einig, dass dieser Weg zu kostspielig war und betrieb sich zur Rechtfertigung auf die veralteten wissenschaftlichen Theorien zur Selbstreinigungskraft von Flüssen, die ihr in die Karten spielten – übrigens auch den beteiligten Kommunalverwaltungen, die ebenfalls daran interessiert waren, die Kosten möglichst gering zu halten. Oberflächlich betrachtet, gaben ihnen erste Resultate Recht. Das Maßnahmenpaket sorgte dafür, dass der Abwasserabfluss wieder gewährleistet war, die ständigen Überschwemmungen gingen zurück und die Gesundheitsbedrohungen für die Anwohner nahmen ab. Die Folgen für die Naturlandschaft waren jedoch fatal. Durch die Kanalisierung sank der Grundwasserspiegel weiter, Moor- und Sumpfgebiete verschwanden und das Leben in der Emscher wie auch in ihren Bächen starb

368 Gelsenkirchener Zeitung, 25.11.1904, S. 1.

369 Paul Köttgen: Über die Einrichtung des hygienischen Laboratoriums der Stadt Dortmund, in: Zentralblatt für allgemeine Gesundheitspflege 23 (1904), S. 230–232.

370 Vgl. Lars Bluma: Die Hygienisierung des Ruhrgebiets. Das Gelsenkirchener Hygiene-Institut im Kaiserreich, in: Carl Christian Wahrmann/Martin Buchsteiner/Antje Strahl (Hg.): Seuche und Mensch. Herausforderung in den Jahrhunderten, Berlin 2012, S. 347–367.

371 Brüggemeier, Gegend, S. 25.

372 Wattenberg [o. Vorname]: Die Wasserverhältnisse im Emschergebiet und deren Verbesserung, in: Technisches Gemeindeblatt 23 (1904), S. 325–331 u. 24 (1904), S. 344–349, hier S. 345.

aufgrund der starken Verschmutzung ab. Dieser Zustand war bis weit in das 20. Jahrhundert hinein auf Dauer geschaltet, da alle Maßnahmen, zu denen man sich durchringen konnte, auf Nachsorge, nicht auf Prävention setzten. Kläranlagen und Hygieneinstitute sollten die Wasserqualität regulieren, während sich der 1899 gegründete Ruhrtalsperrenverein, in dem Wasserwerke, Kraft- und Triebwerke, Zechen- und Stahlwerksbesitzer zusammengefasst waren, darum kümmerte, dass die Wassermenge der Ruhr möglichst konstant und der Abfluss gesichert blieb. Die Abwasserproduktion hingegen blieb unangetastet.³⁷³

Auf diese Weise hangelte man sich allerdings nur bis zur nächsten Notlage – und die folgte bereits im Sommer 1911. Schon seit einiger Zeit zirkulierten dramatische Reportagen und Berichte über den Zustand der Ruhr. Der Mediziner Max Rubner hatte bereits 1905 festgehalten, dass der Fluss große Mengen Ammonium, Chlor und Salpetersäure enthalte, lebendige Würmer und allerhand Parasiten. Der Gewässerkundler August Thienemann hörte von diesen Schilderungen und machte sich im Auftrag des Fischereivereins für Westfalen und Lippe auf den Weg nach Mülheim, um sich selbst einen Eindruck zu verschaffen. Was er sah, bestätigte seine schlimmsten Befürchtungen. Diese hielt er in dem ausführlichen, eingangs bereits zitierten Bericht fest, in dem er die Ruhr als „braunschwarze“, nach Blausäure stinkende „Brühe“ beschrieb. Der Fluss war in den Sommermonaten von 1911 in seinem Unterlauf nur noch ein schmutziges Rinnsal. Knapp 100 Pumpwerke entnahmen jährlich fast 200 Millionen Kubikmeter Wasser aus der Ruhr und leiteten es verdreckt in Emscher, Wupper und Lippe ab, die ebenfalls zu Abwasserkanälen degeneriert waren. Vor allem in den trockenen Jahreszeiten führte dieses Verfahren zu einem dramatischen Wassermangel. Abhilfe hatte man sich durch den Talsperrenbau versprochen – zwischen 1901 und 1907 waren unter der Regie des 1899 gegründeten Ruhrtalsperrenvereins sieben Talsperren entstanden. Die Möhnetalsperre, seit 1908 im Bau, war das größte Projekt in diesem Zusam-

menhang. Sie sollte dem Ruhrgebiet eine zuverlässige Wasserversorgung garantieren.³⁷⁴ Wirklich geordnet waren die Wasserverhältnisse damit jedoch nicht. Vielmehr waren die Verbesserungen rein politischer Natur. Die Interessen der verschiedenen Wassernutzer waren nun ausgeglichener, allerdings auf Kosten der Trinkwasserkonsumenten und Naturlandschaft. Die Sauerländer Talsperren sorgten lediglich dafür, dass sich die herkömmlichen Verfahren, Wasser aufzubereiten, irgendwie fortführen ließen, indem sie zusätzliches Wasser in die Ruhr leiteten, mit dem sie die Industrieabwässer verdünnten.³⁷⁵

Nachdem sich im Sommer 1911 allerdings erneut die Situation zugespitzt hatte und rund 1.500 Menschen an Typhus erkrankt waren, wurde man wieder aktiv. Angeregt durch ein Gutachten des Ingenieurs Karl Imhoff fand sich im November desselben Jahres der Ruhrausschuss zusammen – ein Gremium aus 28 Vertretern der Behörden, Gemeinden und Betriebe aus der Region. Imhoff hatte sich in seinen Ausführungen von Verfahren inspirieren lassen, die er aus England kannte.³⁷⁶ Hier hatten sich bereits im Verlauf des 19. Jahrhunderts zahlreiche Vereinigungen gebildet, die sich in größeren Flussgebieten darum kümmerten, dass die Wasserverschmutzung bestimmte Grenzwerte nicht überschritt. Besonders einflussreich waren sie jedoch nicht, da ihnen die Befugnis fehlte, rechtliche Bestimmungen auch durchzusetzen. Die Kommission im Ruhrgebiet sollte daher genossenschaftlich organisiert sein. Zudem erarbeitete sie einen Gesetzentwurf, den der Preußische Landtag am 5. Juni 1913 als „Ruhrreinhaltungsgesetz“ verabschiedete. Dieses Gesetz war zugleich der Startschuss für den neu eingerichteten Ruhrverband, der sich zur „Reinhaltung der Ruhr und ihrer Nebenflüsse“ als eine Art Zwangs-genossenschaft zusammenschloss und Imhoff als Gründungsgeschäftsführer installierte. Noch heute gelten Gesetz und Verbandsgründung als „Durchbruch“. Endlich habe es an der „Ruhr eine Einrichtung“ gegeben, „die dafür verantwortlich war, den Fluss ‚rein‘

373 Vgl. Thomas Rommelspacher: Die zwei Gesichter der Ruhr, in: Renate Kastorff-Viehmann (Hg.): Die grüne Stadt. Siedlungen, Parks, Wälder, Grünflächen 1860–1960 im Ruhrgebiet, Essen 1998, S. 213–220.

374 Ruhrverband (Hg.): Zeit am Fluss. 100 Jahre Ruhrverband, Essen 2013, S. 117–121.

375 Thomas Kluge/Engelbert Schramm: Wassernöte. Umwelt- und Sozialgeschichte des Trinkwassers, Aachen 1986, S. 163 u. 173.

376 Karl Imhoff: Die Reinhaltung der Ruhr, Essen 1910.

zu halten“, heißt es zum Beispiel im Jubiläumsbuch zu 100 Jahren Ruhrverband.³⁷⁷

Dass sich nun zum Beispiel die Kosten für Reinigungsanlagen nach dem Verursacherprinzip auf die Verbandsmitglieder umlegen oder Beitragshöhen nach der Menge des entnommenen Wassers staffeln ließen, war in der Tat ein Meilenstein. Bis sich Abfluss- und Nutzungsverhältnisse, die Wasserqualität und Verschmutzungsgrade merklich verbesserten, dauerte es jedoch noch viele Jahre. Denn die Auflagen und Paragraphen, die der Ruhrverband formuliert hatte, waren alles andere als eindeutig. So war er „zu einer weitergehenden Reinhaltung“ der Ruhr „nur dann verpflichtet, wenn schwerwiegenden Mißständen auf andere Art nicht abgeholfen werden kann“. Was ein solcher Missstand sein konnte, war jedoch nicht festgelegt. Genauso wenig hielt das Reinhaltungsgesetz fest, welche „Anlagen“ der Verband denn eigentlich zu „unterhalten“, „herzustellen“ oder zu „betreiben“ habe. Solche „meisterlich verfaßte[n] Gummiparagraphen[n]“ legen eine etwas andere Sicht auf die Errungenschaften des Ruhrverbands nahe, als Jubiläumsbände und Reportagen es tun.³⁷⁸ Sie machen aus Protagonisten wie Karl Imhof etwas vorschnell „Abwasserpioniere“ oder „Retter der Flüsse in Not“.³⁷⁹

Rauch

Das Wasser war nicht das einzige Umweltproblem der Region. Die Luftverschmutzung war für Zeitgenoss:innen und die Naturlandschaft nicht weniger bedrohlich. Inzwischen ist sie ikonisch. Kein Bildband, keine Rückblende und auch keine Erzählung zum historischen Ruhrgebiet kommt ohne rauchende Schloten aus. Heute lösen solche Aufnahmen meist bedrückende Gefühle aus. Sie scheinen sinnbildlich für die rücksichtslose Verpestung der Luft zu stehen. Betrachten wir diese Bilder jedoch durch die Brille der damaligen Zeit, drängt sich eine etwas andere Lesart auf. Viele Stiche und Fotografien aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

mit qualmenden Schornsteinen wirken eher wie eine Leistungsschau. Sie schienen dem Betrachter Kraft und Betriebsamkeit zu signalisieren, frei nach dem Motto: Je mehr Schloten auf der Abbildung zu sehen sind desto besser. Auch den Briefkopf des Hoerder Bergwerks- und Hütten-Vereins zierte eine Ansicht des Betriebs mit unzähligen großen und kleinen Schornsteinen, die alle gleichzeitig dichten Rauch abgaben. Frühe Geschäftskarten Krupps, die vorzugsweise im Ausland verbreitet wurden und dort den Betrieb bewerben sollten, verfolgten eine ganz ähnliche Bildsprache. Zwar waren insgesamt noch etwas weniger Schloten zu sehen, dafür qualmten sie ausgiebig.

Doch ganz so eindeutig war der Umgang mit Rauch auch Mitte des 19. Jahrhunderts nicht.³⁸⁰ Das lässt sich ebenfalls anhand eines Blicks auf die Bilderwelten des jungen Ruhrgebiets erkennen. Betrachten wir nämlich die frühen Aufnahmen des Krupp'schen Werksgeländes, so fällt schnell auf, dass der eigentlich doch erwartungsgemäße Qualm über dem Areal fehlt. Überraschend klar und sauber wirkt die Szenerie. Bei den einschlägigen Fotografien handelte es sich sicher nicht um frühe Formen der Bildmanipulation, des deep fakes, wie es im 21. Jahrhundert bei vielen Repräsentationsfotos Gang und Gäbe ist. Doch es war zumindest eine Frühform der Manipulation. Alfred Krupp hatte Ende der 1860er Jahre Aufnahmen seines Betriebs in Auftrag gegeben, die er möglichst rauchfrei gestaltet wissen wollte, um einen ungetrübten Blick auf sein Areal gewährleisten zu können, schließlich sollten die Bilder zu Werbezwecken auf Weltausstellungen und bei potenziellen Auftraggebern zum Einsatz kommen. Die Fotografen sollten daher nur an Sonntagen ablichten, „weil die Werkstage“, so Krupp, „zu viel Rauch, Dampf und Unruhe“ mit sich brachten. Es sei „nachteilig, wenn zu viel Dampf die Umgebung unklar macht, es wird aber sehr hübsch sein, wenn an möglichst vielen Stellen etwas weniger Dampf ausströmt“. Geschäftigkeit sollten die Aufnahmen dennoch zeigen,

³⁷⁷ Ruhrverband, Zeit, S. 124 f., Zit. S. 118.

³⁷⁸ Kluge/Schramm, Wassernöte, S. 179.

³⁷⁹ WDR, 7. April 1876 – Abwasserpionier Karl Imhoff wird geboren, 7.4.2016 (<https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag-karl-imhoff-100.html> [zuletzt aufgerufen am 11.12.2024]).

³⁸⁰ Vgl. Frank Uekötter: Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880–1970, Essen 2003.



Briefkopf des Hoerder Bergwerks- und Hütten-Vereins, 1865.
LWL-Museen für Industriekultur, Dortmund.

weshalb Krupp eigens 500 bis 1.000 Arbeiter beordern ließ, die als Statisten die Bilder belebten.³⁸¹

Um 1900 wandelten sich die Betrachtungsweisen und Umgangsformen mit dem Rauch der Industrieanlagen erneut – zumindest derjenigen, die nicht in den Vorständen der großen Unternehmen saßen. Wie schon im Fall der Wasserverschmutzungen wurden praktizierende Ärzte und Medizinalräte zu Wortführern, die auf erhebliche Belastungen für die Natur und den Menschen aufmerksam machten. Ein Essener Kreisarzt schrieb 1912 von einer regelrechten „Rauch- und Rußplage“, die „nicht nur für die Feldfrüchte von verderblichem Einfluss, sondern auch geeignet“ seien, „den nur noch spärlich vorhandenen Waldbestand im Norden des Kreises

völlig zum Verschwinden zu bringen“. „In der Altstadt und in den Stadtvierteln“, so der Essener Arzt weiter,

„die in der Nähe der Kruppschen Fabrik sowie der Zechen [...] liegen, ist die Plage ganz besonders stark. Zweimaliges ‚Staubwischen‘ am Tage in den Wohnungen ist das mindeste, was geschehen muß, und der Staub besteht, wie die mikroskopische Untersuchung ergeben hat, fast nur aus Kohle und Rußpartikelchen, manchmal von erheblicher Größe. Wenn auch die Hausfeuerungen einen Teil zur Rauch- und Rußbildung beitragen, so ist doch im hiesigen Industriebezirk der Hauptanteil den industriellen Anlagen beizumessen, wie man deutlich sieht, wenn man die

³⁸¹ Zit. nach Bodo von Dewitz: „Die Bilder sind nicht teuer und ich werde Quantitäten davon machen lassen!“. Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt, in: Klaus Tenfelde (Hg.): Bilder von Krupp. Fotografie und Geschichte im Industriezeitalter, München 1994, S. 41–66, hier S. 41.



Krupp-Geschäftskarte, um 1845.

Historisches Archiv Krupp, Essen, WA 4/268a 48.

Stadt von einem etwas entfernten Punkte ihrer Umgebung als Bild betrachtet. Die Schornsteine der Fabriken und Zechen, die grossen Kokereien usw. liefern einen Rauch und Ruß, der in Verbindung mit atmosphärischem Nebel oft Zustände hervorbringt, die von dem berühmten ‚Londoner Nebel‘ kaum noch verschieden sind.“³⁸²

Beschreibungen wie diese waren keine Übertreibungen. Dafür ist die Überlieferung an ganz ähnlichen Schilderungen zu dicht. Abhilfe schuf man jedoch nicht, zumindest nicht in der Zeitspanne bis zum Ersten Weltkrieg. Weder die Politik noch die Unternehmerseite konnte sich zu flächendeckenden Lösungen durchringen. Stattdessen verlegte man sich auf Einzelfälle, in denen man zumeist mit kleineren finanziellen Kompensationen arbeitete, um sich teure Filteranlagen zu ersparen. Wer im westfälischen Industriebezirk lebte, hatte eben mit

derartigen Belastungen zu rechnen. Diese Haltung war im Grunde seit Beginn der steigenden Emissionsbelastung vorherrschend. Sie veranschaulicht uns heute das gesplante Verhältnis zum Rauch. Dieses reichte noch deutlich tiefer in das Alltagsleben, als es die Konflikte zwischen Unternehmen und betroffenen Anwohner:innen auf den ersten Blick verraten. „Je nach gesellschaftlicher Stellung“ waren Umgang und Wahrnehmung mit Rauch und Ruß unterschiedlich, schreibt der Umwelthistoriker Frank Uekötter. Die „prägnanteste Bruchlinie verlief zwischen den Geschlechtern“. Diese Beobachtung zielt auf die verschiedenen Arbeitsrealitäten und Erfahrungswelten ab. Für Hausfrauen war der tägliche Kampf um Sauberkeit eine Sisyphusarbeit, da Rußpartikel selbst durch kleinste Fensterspalten in die Wohnungen drangen. Männer hingegen, die sich nur äußerst selten um Hausstaub und Wäsche kümmern mussten, sahen in der Rauchbelastung eher eine Herausforderung, die Teil

³⁸² Zit. nach Brüggemeier, Gegend, S. 26 f.



Krupp-Geschäftskarte mit Miniaturpanorama, Essen, 1867.

Historisches Archiv Krupp, Essen, WA 16 a 26.

eines ohnehin schon durch Härte und Gefahr geprägten Arbeitsalltags war, und begegneten dieser „zur Not auch mit maskulinem Stolz“. Im „Pütt war die Luft schließlich noch schlechter“, so Uekötter weiter.³⁸³

Es war vor allem die Montanindustrie, die um die Jahrhundertwende immer mehr belastende Emissionen produzierte. Schachtförderanlagen, Kokereien, Brikettfabriken und Gasanstalten wurden größer und leistungsstärker. Hochöfen gaben Gichtgas mit hohen Anteilen an Stickstoff und Kohlenmonoxid ab, hinzu kamen Konverter-, Möllerungs- und Sinterstäube, die Flugasche der Kraftwerke, Füllgase der Kokereien und die unsichtbaren Abfallstoffe der Chemieindustrie. Dieser Emissionscocktail ließ schließlich das Bild vom immergrauen, verqualmten „Ruhrpott“ entstehen, das teilweise sogar heute noch Menschen mit dem Ruhrgebiet assoziieren. Wachstum und Wohlstand waren teuer erkauft, das erkannte auch die zeitgenössische Ruhrgebietslyrik. So dichtete etwa der spätere Literaturprofessor Philipp Witkop 1901:

Aus tausend Schloten steigt ein dicker Rauch.
Der wälzt sich langsam durch die Lüfte her,
Dann sinkt er nieder dicht und schwarz und schwer
Und brütet dumpf auf Haus und Baum und Strauch.
Es lauert rings ein großes, schwarzes Sterben,
Und alle Blätter sind so welk und grau,
Als funkelte hier nie ein Tropfen Tau.
Kein Frühling will die Straßen bunter färben.

O, wüßtet ihr, wie ich in meinen Träumen
Oft weinend rief nach einem Stückchen Wald,
Nach ein paar frischen, wipfelstolzen Bäumen,
Durch die der Sturm sein helles Singen hallt,
Wie mir die Blume, die am Straßenrande
Nur schwarzbestaubt und mühsam aufgeblüht,
War wie der Gruß aus einem Märchenlande,
Wie sie mit Glück und Sonne mich durchsprüht. -

Ihr wißt es nicht, ihr könnt es nimmer wissen,
Und nimmer fühlen könnt ihr all das Leid,
Das mir die ganze Jugend hat zerrissen,
Das mich durchbebt so lange, lange Zeit -
Nur Rauch, nur Qualm, der sich voll träger Ruh
Aus tausend Schloten wälzt in schwarzer Masse -
Wie ich dich hasse, meine Heimat du!
Wie ich seit Kindertagen schon dich hasse!³⁸⁴

Sicherlich gab es auch genügend anderslautende Lyrik, die schon damals Rauch und Ruß romantisierete. Dass beides die Lebensqualität minderte und nicht gesundheitsfördernd war, wusste man schon vor der Hochphase der Industrialisierung. Dazu benötigte man keine differenzierte Rauchschaadenforschung, es genügte das Alltagswissen, das in Gewerbergereien über mehrere Jahrhunderte gewachsen war. Schädigungen durch Schwefeldioxid waren ebenso bekannt wie Gefahren für die Fruchtbildung der Pflanzen, auch wenn man über die genauen Wirkungsweisen noch verhältnismäßig

³⁸³ Frank Uekötter: Der Umbruch vom alten zum neuen Revier. Erinnerungsort Rauch, in: Berger u.a., Zeit-Räume, S. 162–172, Zit. S. 162 f.

³⁸⁴ Philipp Witkop: Meine Heimat (1901), in: ders.: Ein Liebeslied und andere Gedichte, Zürich u.a. 1902, S. 73 f.



Hochofenanlage in Hörde 1860.

Aus: Phoenix Actien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 1852–1912: Denkschrift zum 60-jährigen Bestehen des Unternehmens, Hoerde 1912, S. 7.

wenig wusste.³⁸⁵ Dementsprechend entstanden die ersten größeren Fabriken des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks schlicht fernab von Wohngebieten. Doch als sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts immer mehr Betriebe an Ruhr und Emscher niederließen, mussten auch die Wohnorte expandieren, sodass sich irgendwann keine ausreichende Distanz mehr zu Fabriken und ihren rauchenden Schloten herstellen ließ, zumal viele der neu gegründeten Wohnkolonien ganz gezielt in Betriebsnähe entstanden, um kürzere Wege zum Arbeitsplatz zu gewährleisten. Gleichwohl handelte es sich bei Unternehmen wie zum Beispiel der Hermannshütte, einem Stahl- und Eisenwerk bei Hörde, um einen Betrieb, der mit neuartigen Verfahren operierte, deren Folgen nur schwer abzuschätzen waren. 1841 erhielt die Hütte ihre Konzession, in der lediglich festgehalten war, sich an allgemeine Sicherheitsbestimmungen zu halten. Dabei hatte man vor allem den Arbeitsschutz im Blick und versuchte der Gefahr von Dampfkesselexplosionen entgegenzuwirken. Im Umgang mit Schadstoffemissionen fuhr man hingegen eher auf Sicht.

Schon bald häuften sich die Belastungen im Umfeld des Betriebs. Flugasche ließ in kurzer Zeit ganze Bäume absterben. Gärten in der Umgebung waren nur noch durch intensive Pflege am Leben zu halten. Alle diese Folgen waren in der Region bekannt. Immer wieder kam es zu Klagen und Verhandlungen. Die Politik versuchte zunächst, mithilfe des Ordnungs- und Gewerberechts gegen Umweltschäden vorzugehen, was wiederum zu ständigen Konflikten zwischen Behörden und Unternehmen führte, die stets argumentierten, dass vermeintlich zu harte Auflagen stark geschäftsschädigend seien. Die Hermannshütte sah im Prinzip ein, dass sie der Grund für diese Belastungen war, zeigte sich in der Regel kooperativ und zahlte Entschädigungen an die Betroffenen, und das nicht nur in Einzelfällen. Allein im Jahr 1897 regulierte sie mehr als 50 verschiedene Entschädigungszahlungen. Hinter der Kulanz steckte jedoch Kalkül. Denn Einzelfallkompensationen waren für das Unternehmen weitaus günstiger als die Ursachenbekämpfung. Hierzu wären teure Filteranlagen oder Installationen wie Rauchkanäle und Flugkammern

385 Ulrike Gilhaus: „Schmerzenskinder der Industrie“. Umweltverschmutzung und sozialer Protest im Industriezeitalter in Westfalen 1845–1914, Paderborn 1995, S. 123 f.

notwendig gewesen. Auch auf Seiten der Regierung arrangierte man sich über die Jahre mit dieser Vorgehensweise. Allerdings funktionierte dieses Verfahren nur so lange gut, wie auch die Kompensationsansprüche klar zuzuordnen waren. Ende des 19. Jahrhunderts war die Betriebslandschaft an Ruhr und Emscher jedoch so dicht, dass sich kaum noch unterscheiden ließ, welches Werk für welche Belastung verantwortlich war. Zudem hatten Betriebe wie die Hermannshütte ständig expandiert, was auch das Ausmaß an Schädigungen und damit verbundener Entschädigungsforderungen stetig wachsen ließ.³⁸⁶

Die Werksleitungen gingen daher dazu über, die Umweltbelastungen als ortsüblich darzustellen und sich auf diese Weise aus der Affäre zu ziehen. Die Politik übernahm diese Linie und gab bis auf wenige Einzelfallmaßnahmen den Kampf gegen Rauch und Ruß auf. „In den hiesigen Industriebezirken sind Maßnahmen gegen die Rauch- und Rußbelästigung als völlig aussichtslos anzusehen“, antwortete beispielsweise das Bezirksamt Werne 1912 auf eine Anfrage, wie es denn um die damaligen Erfahrungen im Kampf gegen Emissionen bestellt sei.³⁸⁷ In der Folge entstanden in den Jahren bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs zahlreiche Gutachten, die sich mit der Frage beschäftigten, was im Ruhrgebiet denn eigentlich „ortsüblich“ und „unumgänglich“ sei. „Hoerde ist eine Fabrik- und Hüttenstadt im höchsten Maße und kein Luftkurort oder Sommerfrische“, gutachtete ein äußerst industrienaher Bochumer Professor 1903. „Wer nach Hoerde zieht, wird dort bewußtermaßen eine Atmosphäre erwarten müssen, welche durch einen umfangreichen Fabrikbetrieb der Eisenindustrie verunreinigt wird“, so Brockmann weiter. Anwohner:innen sollten sich, anstatt sich zu beschweren, selbst um Vorsichtsmaßnahmen kümmern, sprich: für dichte Fenster sorgen, Dachrinnen häufiger reinigen und Vorhänge regelmäßig waschen.³⁸⁸

Solche Debatten waren jedoch nur möglich, weil man Schädigungen rein anthropozentrisch deutete. Belastet waren vor allem die Menschen: wenn sie krank wurden, ihre Häuser verdreckt waren oder sich Mieteinnahmen nicht mehr erzielen ließen. Dass auch die Natur schwerwiegenden Schaden nahm und sich ökologische Kreisläufe massiv veränderten, spielte, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Gleichwohl hatte sich bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine Rauchschadensforschung entwickelt, die größtenteils auf den Agrarchemiker Adolph Stöckhardt zurückging. Dieser hatte, veranlasst durch das sächsische Finanzministerium, Rauchgase der Freiburger Hütten untersucht und geprüft, wie sich deren Emissionen auf die Vegetation auswirkten. Denn wie an der Ruhr hatten sich in Freiberg zahlreiche Anwohner:innen über die zunehmenden Belastungen durch Rauch und Flugasche beschwert. In den 1860er Jahren gelang es Stöckhardt schließlich nachzuweisen, dass bereits kleinere Mengen an mit Schwefeldioxid versetztem Hüttenrauch reichten, um Pflanzen der Umgebung stark zu schädigen. Auch chronische Schäden galten als anerkannt.³⁸⁹ Insgesamt blieb der Einfluss der Rauchschadensforscher jedoch begrenzt. Zwar zogen Anwälte und Gerichte sie mitunter als Sachverständige heran. Ihre Expertisen betrafen allerdings überwiegend Einzelfälle.³⁹⁰

Von medizinischer Seite widmeten sich Hygieniker der sogenannten Rauchplage. Sie erarbeiteten Sterblichkeitsstatistiken, führten Regen-, Nebel- und Rußmessungen durch und verzeichneten Sonnenscheinhäufigkeiten. Die Zahlen schienen ihnen Recht zu geben: Atemwegs- und asthmatische Erkrankungen nahmen mit der Expansion stark emittierender Industrien zu.³⁹¹ Insgesamt stand die Forschung zu diesen Zusammenhängen jedoch noch am Anfang. Zu den Ersten, die sich systematisch mit der Verbindung von Emissionen und Gesundheitsschäden auseinandersetzten, zählte der So-

³⁸⁶ Brüggemeier, Gegend, S. 27.

³⁸⁷ Zit. nach Uekötter, Umbruch, S. 164.

³⁸⁸ Zit. nach Brüggemeier/Rommelspacher, Himmel, S. 43.

³⁸⁹ Arne Andersen/Rene Ott/Engelbert Schramm: Der Freiburger Hüttenrauch 1849–1865. Umweltauswirkungen, ihre Wahrnehmung und Verarbeitung, in: Technikgeschichte 53 (1986), S. 169–200.

³⁹⁰ Gilhaus, Schmerzenskinder, S. 130 u. 132. Belastungen durch Kohlendioxid spielten in der Rauchschadensforschung um 1900 noch keine Rolle.

³⁹¹ [o.Vn.] Gebecke: Zur Beurteilung der Rauch- und Rußfrage, in: Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten 68 (1911), S. 105–156.

zialhygieniker Ludwig Ascher. Er legte 1905 eine Studie vor, die auf der Grundlage von Statistiken nachzuweisen versuchte, dass die Zunahme von Atemwegserkrankungen in Industriezentren mit starker Belastung durch den „Rauch der Kohlenfeuerung“ besonders auffällig war. Damit wandte er sich gegen die bis dato vorherrschende Meinung, dass Rauch zwar eine „Plage“, nicht aber gesundheitsgefährdend sei. Ascher stellte den Industrie-regionen ein fatales Zeugnis aus. Rauch, Ruß und Staub sorgten nicht nur dafür, dass Menschen häufiger krank wurden, sie schwächten auch nachhaltig das Immunsystem und senkten die durchschnittliche Lebenserwartung.³⁹² Fachkollegen sahen seine Forschungsergebnisse jedoch kritisch und konnten in seiner Studie keine hinreichenden Belege für die vermeintlich kühnen Thesen erkennen.³⁹³ Allerdings stimmten sie ihm weitgehend zu, dass die zunehmende Rauchbelastung eine ernstzunehmende Gesundheitsgefahr darstellte.³⁹⁴

Doch auch diese Erkenntnisse bewirkten eher weitere Kompensationsstrategien, als dass sie zur Ursachenbekämpfung animierten. So lässt sich zeitgleich mit der Zunahme an Industrieemissionen ein regelrechter Boom des Bäderbetriebs und Tourismus im Ruhrgebiet ausmachen, der jedoch überwiegend bürgerliche Schichten betraf. Zudem entstanden immer mehr Naherholungsgebiete, die Anwohner:innen – in mehr oder weniger artifizierter Weise – das bieten sollten, was ihnen die Industrialisierung nahm. Für das Jahr 1903 wies der gebürtige Schalker und spätere Leiter der Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege Hans Klose für ausgewählte Großgemeinden des Ruhrgebiets, in der „Welt der Schlote, deren Qualm sich drückend über das ganze Land legt“, folgende Parkflächen aus:³⁹⁵

Tab. 4: Parkflächen in ausgewählten Großgemeinden des Ruhrgebiets, 1903.

Wattenscheid	5,75 Hektar
Eickel	7,50 Hektar
Herne	9,00 Hektar
Hörde	10,5 Hektar
Wanne	21,0 Hektar
Hamm	23,0 Hektar
Recklinghausen	34,0 Hektar
Gelsenkirchen	42,0 Hektar
Buer	42,5 Hektar
Bochum	46,5 Hektar
Dortmund	50,5 Hektar
Lünen	54,0 Hektar

Mitunter entsteht vor dem Hintergrund solcher Beispiele zum Umgang mit Umweltschädigungen das Bild eines Komplettversagens. Die Unternehmen verpesteten kompromisslos, die Politik redete ihnen nach dem Mund, um die Konjunktur nicht zu ersticken, und die Menschen vor Ort resignierten, fügten sich ihrem Schicksal. Der Verzicht, die Verschmutzung systematisch und reichsweit anzugehen, bedeutete jedoch nicht, dass es kein Problembewusstsein und keinerlei Maßnahmen gab. Die Einzelfallbearbeitung, in der Unternehmen zusammen mit der Politik und Betroffenen ad hoc nach Kompromissen suchten, ist bereits angeklungen.³⁹⁶ Ferner finden wir bei einem Blick auf die Behördenarbeit zahlreiche Kommissionen, die sich mit Fragen beschäftigten wie: „Ist das Problem der rauchfreien Verbrennung überhaupt als lösbar zu betrachten oder muß die Rauchlosigkeit als unerreichbarer Zustand angesehen werden?“ Hans Hermann von Berlepsch, Oberpräsident der Rheinprovinz, beauftragte 1890 ein Gremium des Central-Verbands der Preußischen Dampfkesselüberwachungsvereine, Möglichkeiten zu sondieren, wie sich Emissionen technisch reduzieren ließen, auch wenn die Interessen der Industrie nach wie vor Vorrang hatten. In einem Gutachten ließ Berlepsch beispielsweise prüfen,

392 Ludwig Ascher: Der Einfluß des Rauches auf die Atmungsorgane. Eine sozialhygienische Untersuchung für Mediziner, Nationalökonomten, Gewerbe- und Verwaltungsbeamte, sowie für Feuerungstechniker, Stuttgart 1905, Zit. S. 10.

393 Gebecke, Beurteilung, S. 137 f.

394 Vgl. Albert Reich: Leitfaden für die Ruß- und Rauchfrage, München 1917.

395 Hans Klose: Das westfälische Industriegebiet und die Erhaltung der Natur, Berlin 1919, Zit. S. 11, Tabelle S. 51.

396 Siehe auch Uekötter, Rauchplage, S. 26.

ob es bei dem gegenwärtigen Stand der Feuerungseinrichtungen möglich sei, ohne Schädigung der Industriellen ein Rauchverbot zu erlassen.³⁹⁷

Hinzu kam noch eine weitere Strategie, auf die man vor allem in Regierungskreisen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts umschwenkte: Die Rede ist von Aufklärungs- und Erziehungsarbeit als bewusstseinsbildende Maßnahmen, um Umweltschäden einzudämmen. Die Kommission des Central-Verbands musste eingestehen, dass Filteranlagen, die Rauch eindämmten, zwar technisch möglich waren, sie allerdings nicht zum Einsatz kamen. Daher warben sie dafür, Industriellen regelrecht auf die Nerven zu gehen und immer wieder zu signalisieren, welch großen Wert man darauf lege, Rauch zu bekämpfen, sodass die „Frage der Rauchverhütung nicht zum Stillstand“ komme. Ziel sei es also, durch Aufklärungskampagnen Druck aufzubauen.³⁹⁸ Teil dieser Kampagnen waren Heizerkurse, die zum Beispiel in Dortmund oder Krefeld stattfanden – zur „Heranbildung eines besser geschulten Kesselpersonals und zur Verminderung der Rauchplage“, wie es 1906 in einer Verfügung des Oberpräsidiums hieß. Mitunter fühlt man sich sogar in die 20er Jahre des 21. Jahrhunderts versetzt, wenn man sich Merkblätter vor Augen führt, mit denen Vereine für Gesundheitspflege im Zuge dieser Kampagnen auch Privathaushalte über richtige und vor allem sparsame Heiztechniken informierten. Denn große Teile des gesamten Rußaufkommens, wenn auch mit deutlich weniger Schwefeldioxid, gingen auf die einzelnen Haushalte selbst zurück. Zusätzlich organisierten Vereine gut besuchte Ausstellungen, die über Brennstoffe und deren Brennverhalten, neue Öfen und Strategien der Rauchvermeidung informierten.³⁹⁹

Gleichwohl sollte man die Bedeutung all dieser Kampagnen nicht überschätzen. Schon Zeitgenoss:innen kritisierten, dass es sich lediglich um ein Alibivorgehen handelte, das die leidende Bevölkerung besänftigen sollte, während Großunternehmer einen Freifahrtschein erhielten, so viel durch ihre Schloten auszustoßen, wie es

ihnen beliebte. Die Historikerin Ulrike Gilhaus spricht sogar von einer „Umweltpolitik zum Nulltarif“, da die Behörden in erster Linie von den Interessen der Industrie gelenkt waren und eigentlich nur zu vermeiden versuchten, dieser allzu viel aufzubürden.⁴⁰⁰

An der rapiden Veränderung der Landschaft sowie den Belastungen für Mensch und Natur war um 1900 unverkennbar abzulesen, dass das Ruhrgebiet anders war: „Die bis weit in das 19. Jahrhundert charakteristischen naturnahen, von Menschen wenig veränderten Landschaften waren verschwunden“, schreibt Franz-Josef Brüggemeier. „Der tosende Tag- und Nachtrhythmus der Industrie hatte die vormalige Stille abgelöst, und die Poesie der fast jungfräulichen Einsamkeit mit ihrer traumhaften Beleuchtung war einer von der Industrie geprägten Landschaft gewichen.“⁴⁰¹ Neben dieser nachhaltigen Landschaftstransformation hatten sich auch umweltbezogene Umgangsweisen etabliert, die bis weit in das 20. Jahrhundert hineinwirkten. Dazu zählte das heutzutage fast schon resignativ wirkende Argument, im Ruhrgebiet sei es eben so, wie es ist. Umweltbelastungen gehörten nun einmal dazu und seien hinzunehmen. Selbst das Reichsgericht hielt 1915 fest, dass man in Zonen, die von Schwerindustrie geprägt sind, nicht erwarten könne, dass Obstbäume überlebten oder sogar Früchte trügen. Auf diese Weise regionalisierte man Umweltprobleme, wies ihnen ein bestimmtes Gebiet zu, „während andernorts dasselbe Argument dazu dienen konnte, diese unangenehmen Folgen der Industrialisierung weitgehend fern zu halten, da sie dort nicht üblich waren.“⁴⁰² Die Behörden nahmen Abstand von harten Eingriffen und Vorgaben. Stattdessen setzten sie darauf, sich möglichst gütlich mit Betrieben zu einigen und die Interessen der Industrie zu wahren. Der Konsens mit Geschädigten und Schädigern war ihnen in jedem Fall wichtiger als eine am Naturschutz orientierte Grenzwertpolitik.⁴⁰³

³⁹⁷ Gilhaus, Schmerzenskinder, S. 379 f.

³⁹⁸ Zit. nach ebd.

³⁹⁹ Zit. ebd., S. 390, 392 u. 397.

⁴⁰⁰ Ebd., S. 398.

⁴⁰¹ Zit. nach Brüggemeier, Gegend, S. 30 f.

⁴⁰² Zit. nach ebd.

⁴⁰³ Vgl. Uekötter, Rauchplage, S. 124.

5. Schlussbetrachtung

Am Ende des hier untersuchten Zeitraums war das Ruhrgebiet das industrielle Zentrum Deutschlands. 1905 lebten bereits 2,6 Millionen Menschen hier. Etwas weniger als 800.000 Arbeiter:innen waren in Industrie und Handwerk beschäftigt, davon im Bergbau allein rund 400.000. Lange Zeit war es jedoch die Naturlandschaft, die Gestalt und Landnutzung der Region, die Verteilung und Größe der Ansiedlungen und nicht zuletzt den Alltag und die Lebenswelt bestimmte. Die fruchtbaren Hellwegbörden, die in vorindustriellen Zeiten überwiegend kleinstädtisch geprägt waren, ermöglichten ein eigenes, wenn auch bescheidenes Wirtschaftsleben, so etwa in Duisburg, Bochum, Dortmund oder Essen, wo man adligen und kirchlichen Grundherren lange Zeit seine Abgaben leistete. Umgeben waren diese Städtchen von einem Gartenring mit Feldern und Weiden, was bedeutete, dass ein Großteil der Bevölkerung zu den sogenannten Ackerbürgern zählte – ein Begriff, den Max Weber zu Beginn des 20. Jahrhunderts geprägt hatte, um Menschen zu beschreiben, die ihren Lebensunterhalt fast ausschließlich durch Landwirtschaft bestritten.⁴⁰⁴

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts gestalteten die Menschen diese Landschaft massiv um. Sie begradigten Flüsse, kultivierten Moore, versiegelten Flächen und durchbohrten die Erde – verbunden mit einer gewaltigen industriellen Konjunktur, aber auch mit all den bekannten und fatalen Konsequenzen für die Natur. Es sind diese Gegensätze oder vielmehr diese Vorher-Nachher-Phänomene, die den Rückblick auf die Lebenswelten im Ruhrgebiet des 19. Jahrhunderts bestimmen. Die Kohle erscheint dabei als „Wunderstoff“, der eine Fossilökonomie entfesselte, die wiederum weitere Entwicklungsschübe kaskadenhaft auslöste. Fortan begann das industrielle Herz Deutschlands westlich zu schlagen. So kann man es zumindest in aktuellen populären Magazinen lesen, die sich mit der Geschichte des Ruhrgebiets beschäftigen. Es ist die Erzählung einer mächtigen Metamorphose, die Bauern in Arbeiter, Äcker in Fabriken und Wiesen in scheinbar endlos tiefe Schächte verwandelte, ein Umbruch, der so tiefgreifend war, dass die Region im Grunde neu geboren wurde.⁴⁰⁵ Der „neue Gott“

hieß Industrie, Zechen und Hüttenwerke waren seine „Tempel“.⁴⁰⁶

Die Lebenswelten, die in diesem Kapitel Thema waren, spielen in solchen populären Rückblicken selten eine prominente Rolle. Sie sind häufig nur Garnitur, um die vermeintlich zentralen Umbrüche innerhalb der wirtschaftlichen und industriellen Welt zu veranschaulichen. Doch der Wandel der Lebenswelten, des Wohnens und der Freizeitgestaltung, der Beziehung zum Arbeitsplatz und zur Umwelt, der hygienischen Verhältnisse und der Religion ist mehr als nur Beglaubiger eines vermeintlich übergeordneten Umbruchs. Sicherlich, er war Ausdruck dieser Metamorphose, aber er war zugleich Bedingung für den ökonomischen Aufstieg der Region. Denn ohne die Anpassung der gesamten Lebensumstände eines Großteils der Ruhrgebietsbevölkerung und der vielen Zugezogenen an eine neue Arbeitswelt wäre das Revier niemals zu dieser vielzitierten industriellen Herzkammer Deutschlands geworden. Unter dem Eindruck schnell wachsender Industrien und starker Zuwanderung veränderten sich Wohnformen, Familienbildungen, Freizeitverhalten und der religiöse Glaube. Die Bergarbeiterschaft, deren Leitkultur nicht im Ruhrgebiet entstanden war, verlor hier ihr vorindustrielles Standing und erlitt einen deutlich spürbaren Imageverlust, der sie mehr und mehr Arbeitern anderer Gewerbe gleichstellte. Die stark körperlich geprägte Montanarbeitswelt blieb fast ausschließlich männlich geprägt, was wiederum die zeitgenössischen Einstellungen und Gewohnheiten bestimmte. Die Familienbildung war vor allem strukturkonservativ, insbesondere in der Montangesellschaft, die für Frauen kaum Erwerbschancen in sich barg. Man heiratete jung und bekam viele Kinder, was zusammen mit der Migration ebenfalls sehr junger Arbeiter die Gesellschaft erheblich verjüngte und ihr Wachstum forcierte. Für die vielen Neuankömmlinge war jedoch kaum Platz, worauf die Industrie mit einem Werkwohnungsbau reagierte, der sich auf die Umgebung der Betriebe, weniger auf die Stadtkerne konzentrierte. Sesshaft wurde hier jedoch nur ein Teil. Die Mehrheit der Arbeiterfamilien wechselte immer wieder die Wohn- und Arbeitsstätte.

⁴⁰⁴ Jürgen Reulecke: Das Ruhrgebiet als städtischer Lebensraum, in: Köllmann, Ruhrgebiet, S. 67–120, hier S. 71.

⁴⁰⁵ Geo Epoche: Das Ruhrgebiet, Nr. 114 (2022), S. 3 u. 28.

⁴⁰⁶ Geschichte Porträt: Das Ruhrgebiet. Deutschlands eisernes Herz, Herbst 2021, S. 4.

Die Freizeitkultur im Ruhrgebiet entwickelte sich in engem Zusammenhang mit traditionellen Freizeitveranstaltungen und -orten wie Gaststätten, Kirmessen, Märkten oder Gärten. Vielfach überschritten sich hier die Angebote: Neue Formen der Freizeitgestaltung waren in traditionelle Rahmen gebettet. Die ersten Wanderkinos gastierten auf Jahrmärkten, das dort Gezeigte entsprach den üblichen Varietéangeboten, während der Tingel-Tangel den bereits bekannten Kirmesangeboten nahestand. Freizeit und Vergnügen waren zunächst über das Vereinswesen organisiert, das als markanter Ausdruck der Arbeiterkultur gelten kann, orientierten sich aber um 1900 immer stärker an kommerzieller Massenkultur. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts standen Vereine und Freizeitaktivitäten unter behördlicher und bürgerlich-sozialreformerischer Beobachtung, die sich häufig zur Überwachung und Kontrolle ausweitete, angefangen von Schanklizenzen bis hin zur Begrenzung der Anzahl von Kirmestagen. Mit der rasanten Entwicklung kommerzieller Freizeitkultur und deren eigensinniger und erfindungsreicher Aneignung konnten die bürgerlichen Reformvorschläge allerdings schon in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts nicht mehr mithalten.

Schließlich war das Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert auch durch die Kirchen geprägt, was sich in fast allen Bereichen des Alltags widerspiegelte. Kirchbauten und kirchliche Einrichtungen wie Kranken- oder Gemeindegemeinschaften prägten die Infrastruktur, Vertreter der Kirchen wurden zu wichtigen Bezugspersonen. Daneben entfaltete sich ein differenziertes karitatives System mit Einrichtungen für Kinder, Kranke und Arme sowie kirchlicher Vereine, die vor allem die Freizeitgestaltung vereinnahmten. Der Konfessionalismus war dabei ständiger Begleiter und prägte das Gesellschaftsleben, Freundschaften genauso wie die Ehe. Das Ruhrgebiet mit seiner polyzentrischen Struktur und schwerindustriellen Urbanisierung begünstigte insgesamt auf der einen Seite den Auf- und Ausbau von Kirchenstrukturen, was sich an zahlreichen neuen Gemeindegründungen, aber auch an Fürsorgeeinrichtungen und kirchlichen Vereinen erkennen lässt. Auf der anderen Seite war es ausgerechnet diese Urbanisierung, die die religiöse Praxis und den persönlichen Glauben herausforderte. Beides erodierte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts spürbar, wenngleich sich an den Rändern fromme, reli-

giösen Sinn suchende Bewegungen formierten, in denen sich vor allem Zugewanderte zusammenfanden und die Amtskirchen herausforderten.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abrams, Lynn: Zur Entwicklung einer kommerziellen Arbeiterkultur im Ruhrgebiet (1850–1914), in: Kift, Kirmes, S. 33–59.
- Abrams, Lynn: *Workers' Culture in Imperial Germany. Leisure and Recreation in the Rhineland and Westphalia*, Norwich 1988.
- Adamski, Jens: Die Ruhr. Zur Biografie eines bedeutenden Flusses, in: Hombach, Heimat Ruhr, S. 21–28.
- Adamski, Jens: Die Ruhr und das Ruhrgebiet – Eine begriffliche Annäherung, in: Hombach, Die Ruhr und das Ruhrgebiet, S. 15–19.
- Adamski, Jens: Überlegungen zur industriellen Kulturraumforschung. Zu Wilhelm Brepohl: „Die Heimat als Beziehungsfeld – Entwurf einer soziologischen Theorie der Heimat“, in: Norman Braun/Julian Müller/Armin Nassehi/Irmhild Saake/Tobias Wolbring (Hg.): *Begriffe – Positionen – Debatten. Eine Relektüre von 65 Jahren Soziale Welt*, Baden-Baden 2014, S. 11–17.
- Adamski, Jens/Berger, Stefan/Goch, Stefan/Maier, Helmut/Schmidt, Daniel (Hg.): *Forschung, Kultur und Bildung. Wissenschaft im Ruhrgebiet zwischen Hochindustrialisierung und Wissensgesellschaft*, Essen 2020.
- Adelmann, Gerhard: Führende Unternehmer in Rheinland und in Westfalen, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 35 (1971), S. 335–352.
- Adelmann, Gerhard: *Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen*, Bonn 1962.
- Aders, Günther/Hulshoff, Adam Lambert: *Geschiedenis der Graven van Limburg Stirum*, 4 Bde., Münster 1963–1968.
- Aldenhoff-Hübinger, Rita: *Agrarpolitik und Protektionismus. Deutschland und Frankreich im Vergleich 1879–1914*, Göttingen 2002.
- Allen, Robert C.: International Competition in Iron and Steel, 1850–1913, in: *The Journal of Economic History* 39 (1979), S. 911–937.
- Alldeutscher Verband (Gau Ruhr und Lippe): *Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlen-Bezirk*, München 1901.
- Allgemeiner Knappschaftsverein Bochum: *Verwaltungsbericht für das Jahr 1908*, Teil 1, Bochum 1909.
- Althoff, Lea: Freizeitangebote im Ruhrgebiet und ihre Nutzung durch Arbeiter vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Der Anschnitt* 70 (2018), S. 139–155.
- Amenda, Lars (Hg.): *Hafenstädte. Mobilität, Migration, Globalisierung*, Leipzig 2007.
- Andersen, Arne/Ott, Rene/Schramm, Engelbert: *Der Freiburger Hüttenrauch 1849–1865. Umweltauswirkungen, ihre Wahrnehmung und Verarbeitung*, in: *Technikgeschichte* 53 (1986), S. 169–200.
- Anderson, Benedict R.: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London 1991.
- Angus, Siobhan: *Camera Geologica. An Elemental History of Photography*, Durham 2024.
- Annales Fuldenses sive Annales regni francorum orientales (Monumenta Germaniae Historica. Scriptores in usum scholarum)*, bearb. von Friedrich Kurze, Hannover 1891.
- Ambronn, Karl-Otto: Bemerkungen zu den Anfängen des Hansegrafenamtes in Regensburg, in: *Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg* 115 (1975), S. 231–242.
- Arndt, Johannes: *Das Heilige Römische Reich und die Niederlande 1566 bis 1648. Politisch-konfessionelle Verflechtung und Publizistik im Achtzigjährigen Krieg*, Köln u.a. 1998.
- Aschenbach, Heinrich: *Geschichte der Clevisch-Märkischen Berggesetzgebung und Bergverwaltung bis zum Jahr 1815*, in: *Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen in dem preußischen Staate* 17 (1869), S. 178–228.
- Ascher, Ludwig: *Der Einfluß des Rauches auf die Atmungsorgane. Eine sozialhygienische Untersuchung für Mediziner, Nationalökonomien, Gewerbe- und Verwaltungsbeamte, sowie für Feuerungstechniker*, Stuttgart 1905.

Literaturverzeichnis

- Asendorf, Christoph: Batterien der Lebenskraft. Zur Geschichte der Dinge und ihrer Wahrnehmung im 19. Jahrhundert, Gießen 1984.
- Avé-Lallemant, Friedrich Christian Benedikt: Die Krisis der deutschen Polizei, Leipzig 1861.
- Baales, Michael: Siedlungsreste des Neandertalers aus den Knochenkiesen von Lippe und Emscher, in: Georg Eggenstein (Hg.): Mensch und Fluss. 7000 Jahre Freunde und Feinde, Bönen 2010, S. 34–42.
- Baales, Michael: Ein kurzer Gang durch die älteste Geschichte Westfalens, in: Archäologie in Ostwestfalen 9 (2005), S. 10–37.
- Baales, Michael/Pollmann, Hans-Otto/Stapel, Bernhard (Hg.): Westfalen in der Alt- und Mittelsteinzeit, Münster 2013.
- Bachem-Rehm, Michaela: Die katholischen Arbeitervereine im Ruhrgebiet 1870–1914. Katholisches Arbeitermilieu zwischen Tradition und Emanzipation, Stuttgart 2004.
- Backhaus, Wilhelm: Geschichte des Turnvereins „Eintracht“ (Korporation) zu Dortmund von 1856 bis 1906. Zur Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins im Auftrage des Turnrates, Dortmund 1906.
- Bade, Klaus J.: „Preußengänger“ und „Abwehrpolitik“: Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 24 (1984), S. 91–162.
- Baedeker, Karl: Die Rheinlande von der Schweizer bis zur Holländischen Grenze. Schwarzwald, Vogesen, Haardt, Odenwald, Taunus, Eifel, Siebengebirge, Nahe, Lahn, Mosel, Ahr, Wupper und Ruhr. Handbuch für Reisende, 11. verbesserte Auflage, Coblenz 1860.
- Balt, Britta: Der Ruhrverband. Die Gewährleistung von Wasserregulierung und Wasserqualität, in: Hombach, Die Ruhr und das Ruhrgebiet, S. 195–212.
- Balzer, Manfred: Wege – Orte – Aufenthalte. Eine Zwischenbilanz, in: ders./Peter Johanek/Angelika Lampen (Hg.): Die deutschen Königspfalzen, Bd. 6: Nordrhein-Westfalen, Teilband 3: Westfalen, Göttingen 2023, S. 496–538.
- Banfield, Thomas Charles: Industry of the Rhine: Manufactures. Embracing a View of the Social Condition of the Manufacturing Population of that District, London 1848.
- Banfield, Thomas Charles: Industry of the Rhine: Agriculture. Embracing a View of the Social Condition of the Rural Population of that District, London 1846.
- Banken, Ralf: Die Industrialisierung der Saarregion 1815–1914, Bd. 2: Take-off-Phase und Hochindustrialisierung 1850–1914, Stuttgart 2003.
- Bär, Max: Die Behördenverfassung der Rheinprovinz seit 1815, Bonn 1919.
- Barbian, Jan-Pieter: „Schau in den Ofen, da glüht die Kraft“. Der Widerschein des Ruhrgebiets in der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts, in: Ditt/Tenfelde, Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen, S. 289–311.
- Barbian, Jan-Pieter/Brocke, Michael/Heid, Ludger (Hg.): Juden im Ruhrgebiet. Vom Zeitalter der Aufklärung bis in die Gegenwart, Essen 1999.
- Batzel, Kerstin: In der Eisenzeit kein Eisen? Die eisenzeitliche Besiedlung des Ruhrgebiets, in: Kai Thomas Platz (Hg.): Von Jägern, Händlern und Hüttenleuten. Archäologie und Geschichte im Ruhrgebiet, Duisburg 2013, S. 25–39.
- Bauer, Thomas: Die mittelalterlichen Gaue. Karte und Beilage, Köln 2000.
- Baumann, Anette/Schmolinsky, Sabine/Timpener, Evelien (Hg.): Raum und Recht. Visualisierung von Rechtsansprüchen in der Vormoderne, München 2020.
- Becher, Oliver: Herrschaft und autonome Konfessionalisierung. Politik, Religion und Modernisierung in der frühneuzeitlichen Grafschaft Mark, Essen 2006.
- Bechert, Tilmann: Asciburgium und Dispargum. Das Ruhrmündungsgebiet zwischen Spätantike und Frühmittelalter, in: Kontinuität und Diskontinuität. Germania inferior am Beginn und am Ende der römischen Herrschaft (Ergänzungsbände zum Reallexikon der Germanischen Altertumskunde 35), Berlin u.a. 2003, S. 1–12.
- Bechert, Tilmann (Bearb.): Duisburg und die Wikinger. Ausstellungskatalog, Duisburg 1983.
- Behr, Hans-Joachim: Staatliche Hilfen für die Landwirtschaft im Vormärz, in: Hans-Jürgen Teuteberg (Hg.): Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters“, Dortmund 1988, S. 75–93.
- Behrisch, Lars: Die Berechnung der Glückseligkeit. Statistik und Politik in Deutschland und Frankreich im späten Ancien Régime, Ostfildern 2015.
- Beier, Gerhard: Einheitsgewerkschaft: Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 207–242.
- Below, Georg von (Hg.): Landtagsakten von Jülich-Berg, 1400–1610, Bd. 1, Düsseldorf 1895.

- Bendikowski, Tillmann: Konfessionelle Mischehen im Ruhrgebiet, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 26 (2001), S. 233–239.
- Bendikowski, Tillmann: Großer Kampf um kleine Seelen. Konflikte um konfessionelle Mischehen im Preußen des 19. Jahrhunderts, in: *Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte* 91 (1997), S. 87–108.
- Benfer, Jost: Kohlrübe statt Kartoffel. Erster Weltkrieg 1914–1918. Ernährung und Versorgung in Wattenscheid, Wattenscheid 2015.
- Bennemann, Nils: Rheinwissen. Die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt als Wissensregime, 1817–1880, Göttingen 2021.
- Bennemann, Nils: Port, City and Hinterland. On the Effects of the Mainz Convention (1831) on the Rhine Free Ports, in: Jean-François Eck (Hg.): *Espaces portuaires. L'Europe du Nord à l'interface des économies et des cultures, 19e–20e siècle*, Villeneuve d'Ascq 2015, S. 21–30.
- Benzenberg, Johann-Friedrich: Ueber das Cataster, Bd. 2, Verfertigung des Catasters, Bonn 1818.
- Berding, Helmut: Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807–1813, Göttingen 2011.
- Berg, Werner: Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Großbritannien im Übergang zum „organisierten Kapitalismus“. Unternehmer, Angestellte, Arbeiter und Staat im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes und von Südwales 1850–1914, Berlin 1984.
- Berger, Stefan: *Social Democracy and the Working Class in the Nineteenth and Twentieth Century Germany*, New York 2000.
- Berger, Stefan/Borsdorf, Ulrich/Claßen, Ludger/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter (Hg.): *Zeit-Räume Ruhr. Erinnerungsorte des Ruhrgebiets*, Essen 2019.
- Berghaus, Günter/Schilp, Thomas/Schlagheck, Michael (Hg.): *Herrschaft, Bildung und Gebet. Gründung und Anfänge des Frauenstifts Essen*, Essen 2000.
- Berghaus, Peter: Münze und Geld im mittelalterlichen Ruhrgebiet, in: Seibt u.a., *Vergessene Zeiten*, Bd. 2, S. 118–128.
- Bergmann, Werner/Boschmann, Werner (Hg.): *Monsieur Paillot im Nirgendwo. Land und Leute aus der Sicht eines Revolutionsflüchtlings am Vorabend des Reviers*, 2. Aufl., Bottrop 2020.
- Bergrath, Caspar: Ein Brief aus den Anfängen der lasselleanischen Agitation in Duisburg-Ruhrort, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 3 (1963), S. 561 f.
- Beuermann, August (Hg.): *Landeskunde Preußens. Die Rheinprovinz*, bearbeitet von Heinrich Kerp, Berlin 1909.
- Beyer, Burkhard: *Vom Tiegelstahl zum Kruppstahl. Technik- und Unternehmensgeschichte der Gusstahlfabrik von Friedrich Krupp in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Essen 2007.
- Blackbourn, David: *Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft*, München 2007.
- Blaich, Fritz: *Kartell- und Monopolpolitik im kaiserzeitlichen Deutschland. Das Problem der Marktmacht im deutschen Reichstag zwischen 1879 und 1914*, Düsseldorf 1973.
- Blank, Ralf/Kötter, Mirjam/ Sonntag, Sebastian M. (Hg.): *Hagener Fundstücke. 111 archäologische Funde aus Hagen und dem Museum Wasserschloss Werdringen*, Essen 2020.
- Bleidick, Dietmar: Ort ohne Ort? Erinnerungsort Ruhrstadt, in: Berger u.a., *Zeit-Räume*, S. 46–63.
- Bleidick, Dietmar: Die Hibernia-Affäre. Der Streit um den preußischen Staatsbergbau im Ruhrgebiet zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Bochum 1999.
- Bleidick, Dietmar: Wirtschaft und Umwelt im Emscher-raum im 19. Jahrhundert, in: Peters, *100 Jahre*, S. 22–35.
- Bleidick, Dietmar: Die Anfänge der Emscher-genossenschaft, in: Peters, *100 Jahre*, S. 91–105.
- Blenck, Emil: *Festschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus zur Jahrhundertfeier seines Bestehens*, Berlin 1905.
- Blotevogel, Hans Heinrich: Die Region Ruhrgebiet zwischen Konstruktion und Dekonstruktion, in: *Westfälische Forschungen* 52 (2002), S. 453–488.
- Blotevogel, Hans Heinrich: *Zentrale Orte und Raumbeziehungen in Westfalen vor der Industrialisierung (1780–1850)*, Münster 1975.
- Bluma, Lars: Der Körper des Bergmanns in der Industrialisierung. Biopolitik im Ruhrkohlenbergbau 1890–1980, in: ders./Karsten Uhl (Hg.): *Kontrollierte Arbeit – disziplinierte Körper? Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Industriearbeit im 19. und 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2012, S. 35–72.
- Bluma, Lars: Die Hygienisierung des Ruhrgebiets. Das Gelsenkirchener Hygiene-Institut im Kaiserreich, in: Carl Christian Wahrmann/Martin Buchsteiner/Antje Strahl (Hg.): *Seuche und Mensch. Herausforderung in den Jahrhunderten*, Berlin 2012, S. 347–367.

Literaturverzeichnis

- Bluma, Lars: Die Hygiene des Bergmanns. Zur Biopolitik im Ruhrkohlenbergbau des Kaiserreichs, in: *Blätter für Technikgeschichte* 73 (2011), S. 31–54.
- Bluma, Lars: Das Knappschaftsärztesystem an der Ruhr im Zeitalter der Industrialisierung, in: Michael Fessner (Hg.): *Auf breiten Schultern. 750 Jahre Knappschaft. Katalog der Ausstellung des Deutschen Bergbau-Museum Bochum*, Bochum 2010, S. 324–331.
- Bluma, Lars: Der Hakenwurm an der Ruhr: Umwelt, Körper und soziale Netzwerke im Bergbau des Kaiserreichs, in: *Der Anschnitt* 61 (2009), S. 314–329.
- Boch, Rudolf: *Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914*, Göttingen 1985.
- Böckenholt, Franz: *Zur Geschichte der königlich-preussischen Provinzialverwaltungsbehörde der ehemaligen Grafschaft Mark zu Hamm (Westf.)*, Münster 1912.
- Boer, Jan-Hendryk de: Praktiken, Praxen und Praxisformen, oder: Von Serienkillern, verrückten Wänden und der ungewissen Zukunft, in: ders. (Hg.): *Praxisformen. Zur kulturellen Logik von Zukunftshandeln*, Frankfurt a. M. 2019, S. 21–44.
- Bohn, Hieronymus: *Eisenindustrie im mittleren Hönnetal und der angrenzenden Grafschaft Mark. Ein Beitrag zur letzten Epoche der alten Eisenhüttentechnik bis zum Aufkommen des Puddelverfahrens und der Walzwerke*, Diss. phil. Univ. Münster 1935.
- Borchardt, Karl/Piltz, Werner: *Der deutsche Kohlenhandel*, in: *Handbuch der Kohlenwirtschaft. Ein Nachschlagewerk für Kohlenenerzeuger, Kohlenhändler und Kohlenverbraucher*, Berlin 1926, S. 441–462.
- Borchardt, Knut: *Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: Rudolf Braun u.a. (Hg.): *Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte*, Köln u.a. 1972, S. 216–236.
- Born, Karl Friedrich: *Sozialpolitische Probleme und Bestrebungen in Deutschland von 1848 bis zur Bismarckschen Sozialgesetzgebung [1959]*, in: Heinz Josef Varain (Hg.): *Interessenverbände in Deutschland*, Gütersloh 1973, S. 72–84.
- Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter (Hg.): *Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr*, Essen 2007.
- Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Scheydt, Oliver (Hg.): *Gründerjahre: 1150 Jahre Stift und Stadt Essen*, Essen 2005.
- Börstinghaus, Wolfgang u.a.: *Frühes Kino in Dortmund. Ein neues Unterhaltungsmedium setzt sich durch*, in: *Framke*, 8 Stunden, S. 68–80.
- Bösch, Frank: *Europäische Medienereignisse*, in: *Europäische Geschichte Online (EGO)*, hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010–12–03. URL: <https://www.ieg-ego.eu/boeschf-2010-de> URN: urn:nbn:de:0159–20100921115 [zuletzt aufgerufen am 6.12.2024].
- Böse, Christian: *Kartellpolitik im Kaiserreich. Das Kohlen-syndikat und die Absatzorganisation im Ruhrbergbau 1893–1919*, Berlin/Boston 2018.
- Boulanger, Philippe: *Military Mapping by France*, in: Mark Monmonier (Hg.): *The History of Cartography. Vol. 6, Cartography in the Twentieth Century. Part 1*, Chicago 2015, S. 904–909.
- Bourillon, Florence/Vivier, Nadine (Hg.): *La mesure cadastrale. Estimer la valeur du foncier*, Rennes 2012.
- Bracht, Johannes: *„Reidung treiben“. Wirtschaftliches Handeln und sozialer Ort der märkischen Metallverleger im 18. Jahrhundert*, Münster 2006.
- Bracht, Johannes/Pfister, Ulrich (Hg.): *Landpacht, Marktgesellschaft und agrarische Entwicklung. Fünf Adelsgüter zwischen Rhein und Weser, 16. bis 19. Jahrhundert*, Stuttgart 2020.
- Brakelmann, Günter (Hg.): *Kirche, Protestantismus und Soziale Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Bd. 1: Personen und Positionen in der Geschichte des sozialen Protestantismus – Kirche und Arbeiterbewegung – Ruhrgebietsprotestantismus*, Münster 2018.
- Brakelmann, Günter: *Konfessionelles Bewusstsein im Ruhrgebiet 1870 bis 1918*, in: Borsdorf u.a., *Zukunft*, S. 114–123.
- Brandt, Hans Jürgen: *Das Kloster der Redemptoristen in Bochum und die Polenseelsorge im Westfälischen Industriegebiet. In: Spicilegium historicum Congregationis SSmi Redemptoris 23 (1975)*, S. 131–199.
- Brens, Jürgen Karl W.: *Propter communem utilitatem. Studien zur Bündnispolitik der westfälischen Städte im Spätmittelalter*, Düsseldorf 1991.
- Brepohl, Wilhelm: *Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform dargestellt am Ruhrgebiet*, Tübingen 1957.

- Brepohl, Wilhelm: Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Recklinghausen 1948.
- Bresslau, Harry (Bearb.): Die Urkunden der deutschen Könige und Kaiser (Monumenta Germaniae Historica. Diplomata), Bd. 4: Konrad II., Hannover/Leipzig 1909.
- Brinkmann, Heinrich: Die Geschichte der Knappschaft im Ruhrgebiet, in: Der Kompass. Zeitschrift für Sozialversicherung im Bergbau 77 (1967), S. 175–199.
- Brinkmann, Karl: Geschichte des Brauwesens und der Brauindustrie in Bochum, in: Bochumer Heimatbuch 6 (1954), S. 24–33.
- Brody, David: Arbeitsbeziehungen im amerikanischen Kohlenbergbau. Probleme einer Industrie im Wandel des Wettbewerbs, in: Feldman/Tenfelde, Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau, S. 66–106.
- Bronny, Horst M./Dege, Wilfried: Raumpotential und Raumstruktur an der Schwelle zur Industrialisierung, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 81–110.
- Bruch, Rüdiger vom: Evangelische Sozialpolitiker und die Gewerkschaftsbewegung, in: Frank von Auer/Franz Segbers (Hg.): Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich, Weimarer Republik, Bundesrepublik Deutschland, Köln 1994, S. 39–52.
- Brückweh, Kerstin: Menschen zählen. Wissensproduktion durch britische Volkszählungen und Umfragen vom 19. Jahrhundert bis ins digitale Zeitalter, Berlin 2015.
- Brüggemeier, Franz-Josef: Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute, München 2018.
- Brüggemeier, Franz-Josef: Schranken der Natur. Umwelt, Gesellschaft, Experimente 1750 bis heute, Essen 2014.
- Brüggemeier, Franz-Josef: Eine trostlose Gegend? Umwelt im Ruhrgebiet 1800 bis 2000, in: Borsdorf u.a., Zukunft, S. 22–39.
- Brüggemeier, Franz-Josef: Eine Kränkung des Rechtsgefühls? Soziale Frage, Umweltprobleme und Verursacherprinzip im 19. Jahrhundert, in: Werner Abelshauser (Hg.): Umweltgeschichte. Umweltverträgliches Wirtschaften in historischer Perspektive, Göttingen 1994, S. 106–142.
- Brüggemeier, Franz-Josef: Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau, 1889–1919, München 1983.
- Brüggemeier, Franz-Josef: „Volle Kost voll“. Die Wohnungsverhältnisse der Bergleute an der Ruhr um die Jahrhundertwende, in: Mommsen/Borsdorf, Glück auf, Kameraden, S. 151–174.
- Brüggemeier, Franz-Josef/Grütter, Heinrich Theodor/Farrenkopf, Michael (Hg.): Das Zeitalter der Kohle. Eine europäische Geschichte, Essen 2018.
- Brüggemeier, Franz-Josef/Niethammer, Lutz: Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie. Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg, in: Jürgen Reulecke/Wolfhard Weber (Hg.): Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 135–175.
- Brüggemeier, Franz-Josef/Rommelspacher, Thomas: Blauer Himmel über der Ruhr. Geschichte der Umwelt im Ruhrgebiet 1840–1990, Essen 1992.
- Brüggemeier, Franz-Josef/Rommelspacher, Thomas: Umwelt, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 2, S. 509–559.
- Brune, Friedrich: Die bevölkerungspolitische Entwicklung in Westfalen seit 1818 im Hinblick auf die Evangelische Kirche von Westfalen, in: Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte 55/56 (1962/63), S. 131–149.
- Bücker, Hermann (Hg.): Werner Rolevinck: De laude antiquae Saxoniae nunc Westphaliae dictae. Ein Buch zum Lobe Westfalens, des alten Sachsenlandes, (übersetzte Neuedition), 2. Aufl., Münster 1982.
- Bücker, Vera: Katholizismus im Ruhrgebiet – ein Überblick, in: Brakelmann, Kirche, S. 70–75.
- Budraß, Lutz/Roelevink, Eva-Maria: Die Macht der Entwässerung. Die Emscher-genossenschaft und die Erfindung des Ruhrgebiets, Bielefeld 2024.
- Budraß, Lutz: Von Biertultau (Biertułowcy) nach Battenbrock. Oberschlesien in Bottrop, in: ders./Barbara Kalinowska-Wójcik/Andrzej Michalczyk (Hg.): Industrialisierung und Nationalisierung. Fallstudie zur Geschichte des oberschlesischen Industriereviere im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 2013, S. 111–146.
- Bühmann, Alfred: Syndikatsrecht im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat 1893–1945, Essen 1953.
- Bumm, Hermann: 250 Jahre Entwicklungsgeschichte der Duisburg-Ruhrorter Häfen, in: Jahrbuch der Hafenbautechnischen Gesellschaft 29 (1966), S. 45–63.
- Burger, Reiner: Von der Kottelbecke zur neuen Flusslandschaft. Erinnerungsort Emscher, in: Berger u.a., Zeit-Räume, S. 129–147.
- Burger, Reiner: In der Mitte entsteht ein Fluss, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.08.2015, S. 3.
- Burghardt, Uwe: Die Mechanisierung des Ruhrbergbaus 1890–1930, München 1995.

Literaturverzeichnis

- Burgholz, Dieter: Salzgewinnung und -politik während des Niedergangs des alten Salinenwesens, in: Hans-Jürgen Teuteberg (Hg.): Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters“, Dortmund 1988, S. 247–267.
- Burhop, Carsten: Die Kreditbanken in der Gründerzeit, Stuttgart 2004.
- Burke, Peter J./Stets, Jan E.: Identity Theory, New York 2009.
- Buschak, Willy: Gewerkschaftliche Organisation, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 729–806.
- Büschendorf, Jürgen: Wassernutzung und Wasserhygiene. Die Ruhr in der Phase der Hochindustrialisierung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Hombach, Die Ruhr und das Ruhrgebiet, S. 177–193.
- Büschendorf, Jürgen: Flüsse und Kloaken: Umweltfragen im Zeitalter der Industrialisierung (1870–1918), Stuttgart 1997.
- Buschmann, Walter: Siedlung Margarethenhöhe, in: Rheinische Industriekultur. Routen, Orte und Objekte, <http://www.rheinische-industriekultur.de/objekte/Essen/siedlungMargarethen/margarethenhoehe.html> [zuletzt aufgerufen am 28.1.2024].
- Büttner, Annett: Johann Baptist Sonderland (1805–1878). Ein katholischer Künstler im Dienst der Diakonissenanstalt, in: Heimat-Jahrbuch Wittlaer 45 (2024), S. 95–106.
- Büttner, Annett: Diakonie/Diakonissenhaus Kaiserswerth, in: Benedikt Mauer/Enno Stahl (Hg.): Düsseldorfer Erinnerungsorte, Essen 2018, S. 251–255.
- Camphausen, Gottfried Ludolf: Zur Eisenbahn von Köln nach Antwerpen, Köln 1835.
- Carl, Horst: Okkupation und Regionalismus. Die preußischen Westprovinzen im Siebenjährigen Krieg, Mainz 1993.
- Church, Roy A.: Ursprünge und Niedergang des „Tripartismus“ in der britischen Kohlenindustrie 1889 bis 1988, in: Feldman/Tenfelde, Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau, S. 15–65.
- Clark, Christopher M.: Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947, Bonn 2007.
- Clarke, Michael: Traumstädte? Die Kruppsche Gartenstadt Margarethenhöhe und die Anfänge des genossenschaftlichen Wohnungsbaus, in: Ruhrlandmuseum (Hg.): Vom Hausen zum Wohnen. Wohnungsbau für Arbeiter zur Zeit der Industrialisierung: Essen, ein Beispiel, Essen 1988, S. 70–92.
- Claßen, Ludger: „Undazzollense uns woanners erss mal nammachen!“. Erinnerungsort „Ruhrdeutsch“, in: Berger u.a., Zeit-Räume, S. 633–648.
- Clemens, Gabriele: „Erziehung zu anständiger Unterhaltung“. Das Theaterspiel in den katholischen Gesellen- und Arbeitervereinen im deutschen Kaiserreich, Paderborn 2000.
- Clemens, Gabriele: Immobilienhändler und Spekulanten. Die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung der Großkäufer bei den Nationalgüterversteigerungen in den rheinischen Departements (1803–1813), Boppard am Rhein 1995.
- Conrad, Hermann: Preußen und das Französische Recht in den Rheinlanden, in: Josef Wolffram (Hg.): Recht und Rechtspflege in den Rheinlanden, Köln 1969.
- Conrad, Horst: Preußische Provinzialverbände und Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen. Die Entwicklung landschaftlicher Selbstverwaltung und deren Stellung in der Verwaltungsreform, Diss. phil. Univ. Münster 1974.
- Crew, David F.: Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860–1914, Frankfurt a. M. u.a. 1980.
- Crew, David F.: Berufliche Lage und Protestverhalten. Bochumer Bergleute und Metallarbeiter im ausgehenden 19. Jahrhundert, in: Mommsen/Borsdorf, Glück auf, Kameraden, S. 71–88.
- Crew, David F.: Regionale Mobilität und Arbeiterklasse. Das Beispiel Bochum 1880–1901, in: Geschichte und Gesellschaft 1 (1975), S. 99–120.
- Croon, Helmuth/Utermann, Kurt: Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet, Tübingen 1958.
- Däbritz, Walther: Friedrich Grillo (1825–1888), in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 2, 1937, S. 68–86.
- Däbritz, Walther: Unternehmergestalten aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Friedrich Krupp und Franz Dinnendahl, Friedrich Harkort, Friedrich Grillo. Mit einem Anhang: Vorschlag zur Schaffung einer Rheinisch-Westfälischen Biographie, Jena 1929.
- Däbritz, Walther: Denkschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Essener Credit-Anstalt in Essen, Essen 1922.
- Dahm-Zeppenfeld, Karin/Laube, Robert: Feuerarbeit – Bilder aus der Dortmunder Hüttenindustrie 1850–1950, Essen 1998.

- Damler, Daniel: Konzern und Moderne. Die verbundene juristische Person in der visuellen Kultur 1880–1980, Frankfurt a. M. 2016.
- Darpe, Franz: Geschichte der Stadt Bochum, Bochum 1894 (Nachdruck 1991).
- Dascher, Ottfried: Einführung in die Quellenkunde zum Ruhrgebiet, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 2, S. 561–589.
- Daub, Adrian: Die Erben des Silicon Valley, in: Merkur 876 (2022), S. 20–32.
- Daubenspeck, Hermann: Die Schiedsgerichte für Regulierung der Bergschäden. Ein Beitrag zur Lehre vom Schiedsvertrage, Berlin 1883.
- Däumer, Wilhelm: Beiträge zur Geschichte der Industrie der Gemeinde Herscheid, Werdohl 1925.
- Davis, Catherine: Spekulation und Korruption: Zur Sozial- und Diskursgeschichte des Gründerkrachs und der „Panic of 1873“, in: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 169–188.
- Derix, Simone: Personalisierte Macht. Erinnerungsort Ruhrbarone, in: Berger u.a., Zeit-Räume, S. 296–312.
- Deter, Gerhard: Rechtsgeschichte des westfälischen Handwerks im 18. Jahrhundert: Das Recht der Meister, Münster 1990.
- Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft: Die Deutsche Gartenstadtbewegung. Zusammenfassende Darstellung über den heutigen Stand der Bewegung, Berlin 1911.
- Devens, Prosper Edmund: Die Wildpferde im Emscherbruch, in: Vestische Zeitschrift 13 (1904), S. 17–21.
- Dewitz, Bodo von: „Die Bilder sind nicht teuer und ich werde Quantitäten davon machen lassen!“ Zur Entstehungsgeschichte der Graphischen Anstalt, in: Klaus Tenfelde (Hg.): Bilder von Krupp. Fotografie und Geschichte im Industriezeitalter, München 1994, S. 41–66.
- Dickmann, Elisabeth (Hg.): Erin. Archäologie in Castrop-Rauxel, Castrop-Rauxel 1997.
- Die Chroniken der westfälischen und niederrheinischen Städte, Bd. 1, Leipzig 1887 (o. V.).
- Die Eröffnung des Apollo-Theaters Bochum, in: Märkischer Sprecher, 10.10.1908 (o. V.).
- Die Konzessionierung des Schankbetriebes in Preußen, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 14 (1890), S. 501–528 (o. V.).
- Die Syndikatsverträge des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-syndikats, Essen 1933 (o. V.).
- Diekamp, Wilhelm (Bearb.): Die Vitae sancti Liudgeri (Die Geschichtsquellen des Bisthums Münster 4), Münster 1881.
- Dijkink, Gertjan: National Identity and Geopolitical Visions. Maps of Pride and Pain, London 1996.
- Dipper, Christof: Die Entdeckung der Gesellschaft. Drei Perspektiven (1770–1850), Berlin 2023.
- Dipper, Christof: Probleme einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Säkularisation in Deutschland (1803–1813), in: A. von Reden-Dohna (Hg.): Deutschland und Italien im Zeitalter Napoleons, Wiesbaden 1979, S. 123–170.
- Dipper, Christof/Schneider, Ute (Hg.): Kartenwelten. Der Raum und seine Repräsentation in der Neuzeit, Darmstadt 2006.
- Ditt, Karl: Von der Volks- zur Sozialgeschichte? Wandlungen der Interpretation des „Ruhrvolks“ bei Wilhelm Brepohl 1920–1960, in: Westfälische Forschungen 60 (2010), S. 221–258.
- Ditt, Karl/Kift, Dagmar: Der Bergarbeiterstreik 1889. Ein Testfall für die sozialpolitische Reformfähigkeit des Kaiserreichs, in: dies. (Hg.): 1889. Bergarbeiterstreik und Wilhelminische Gesellschaft, Hagen 1989, S. 9–33.
- Ditt, Karl/Tenfelde, Klaus (Hg.): Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn u.a. 2007.
- Doering, F. von/Kliewer, Heinrich: Administrativ-statistischer Atlas vom Preussischen Staate, Berlin 1827.
- Döring, Peter: Turnen, Politik, Geselligkeit. „Eintracht 1848“ und „Arbeiterturnverein 1898“ – zwei Turnvereine im Kaiserreich, in: Framke, 8 Stunden, S. 311–321.
- Dorn, Leonhard: Der Siebenjährige Krieg (1756–1763), in: Klaus Basner (Hg.): Unna. Historisches Portrait einer Stadt, Bönen 2014, S. 287–301.
- Dowe, Dieter/Klotzbach, Kurt (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 2. Aufl., Berlin/Bonn 1984.
- Dowe, Dieter: Legale Interessenvertretung und Streik. Der Arbeitskampf in den Tuchfabriken des Kreises Lennep (Bergisches Land) 1850, in: Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 31–52.
- Droege, Georg: Fränkische Siedlung in Westfalen, in: Frühmittelalterliche Studien 4 (1970), S. 271–288.

Literaturverzeichnis

- Dröge, Martin: Männlichkeiten im Ruhrbergbau. Die Tagebücher Karl Friedrich Kolbows als Zeugnisse männlicher Identität, in: *Geschichte im Westen* 29 (2014), S. 75–95.
- Droste-Hülshoff, Annette von: *Sämtliche Werke in zwei Bänden*. Bd. 1, München 1973.
- Dünne, Jörg: Die Karte als Operations- und Imaginationsmatrix. Zur Geschichte eines Raummediums, in: Jörg Döring/Tristan Thielmann (Hg.): *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld 2008, S. 49–70.
- Dupke, Thomas: Der Industriefluss, in: Grütter/Paetzel, Em-scher, S. 72–85.
- Düwell, Kurt: Selbstreflexion und Sicht im Rheinland auf das Ruhrgebiet: Einführung, in: Ditt/Tenfelde, *Das Ruhrgebiet*, S. 19–23.
- Ebert, Ralf: Der Lunapark am Fredenbaum, in: Framke, 8 Stunden, S. 126–130.
- Effertz, Peter: Die Kartenaufnahme der Rheinlande durch Tranchot im Spannungsfeld zwischen wissenschaftlichen und politischen Interessen, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 54 (1990), S. 211–239.
- Eggenstein, Georg/Schwinzer, Ellen (Hg.): *Zeitspuren: Die Anfänge der Stadt Hamm*, Bönen 2001.
- Ehbrecht, Wilfried: Luise von Winterfelds Untersuchung „Das westfälische Hansequartier“ im Lichte der Forschung mit besonderer Berücksichtigung der kleinen Städte, in: Franz Petri/ Alfred Hartlieb von Wallthor (Hg.): *Der Raum Westfalen*, Bd. 6, 1: Fortschritte der Forschung und Schlussbilanz, Münster 1989, S. 251–276.
- Eichholz, Klaus: Bergbauhistorische Karten der Grafschaft Mark als unbekannte Quellen der Orts- und Regionalgeschichte, in: *Märkisches Jahrbuch für Geschichte* 105 (2005), S. 148–191.
- Eiden, Christian: Versorgungswirtschaft als regionale Organisation. Die Wasserversorgung Berlins und des Ruhrgebietes zwischen 1850 und 1930, Essen 2006.
- Eiden-Offe, Patrick: Frederick Engels, Entrepreneur. Marx und Engels als Projektemacher, in: *Merkur* 762 (2012), S. 1045–1053.
- Eimer, Olaf: Der Pfarrer und Schriftsteller Johann Moritz Schwager auf einer „Reise durch Westphalen, bis an und über den Rhein“, in: Johann Moritz Schwager: *Bemerkungen auf einer Reise durch Westphalen, bis an und über den Rhein*, Bielefeld 1987 [1804], S. 397–413.
- Eisenberg, Christiane: Arbeiter, Bürger und der „bürgerliche Verein“ 1820–1870. Deutschland und England im Vergleich, in: Jürgen Kocka (Hg.): *Bürgertum im 19. Jahrhundert*, Bd. 3: Verbürgerlichung, Recht und Politik, Göttingen 1995, S. 48–80.
- El-Akramy, Ursula: Eine verworrene Geschichte: Die Gründung des Dominikanerklosters in Dortmund, in: Thomas Schilp (Hg.): *Die Dortmunder Dominikaner und die Propsteikirche als Erinnerungsort*, Bielefeld 2006, S. 99–122.
- Ellerbrock, Karl-Peter: Westfalen und das Ruhrgebiet. Eine historische Langzeitbetrachtung, in: ders./Harald Wixforth/Jost Springenguth (Hg.): *Freies Unternehmertum und Soziale Marktwirtschaft. 100 Jahre Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe, 100 Jahre Westfälische Wirtschaftsgeschichte*, Dortmund/Münster 2021, S. 145–182.
- Ellerbrock, Karl-Peter (Hg.): *Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert*, Münster 2017.
- Ellerbrock, Karl-Peter/Schuster, Marina (Hg.): *150 Jahre Köln-Mindener Eisenbahn. Katalog zur gleichnamigen Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe*, Essen 1997.
- Emmerich, Rudolf/Wolter, Friedrich: *Die Entstehungursachen der Gelsenkirchener Typhusepidemie von 1901*, München 1906.
- Engel, Alexander: *Risikoökonomie. Eine Geschichte des Börsenterminhandels*, Frankfurt a. M. u.a. 2021.
- Engel, Ernst (Hg.): *Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus*, Bd. 8, Berlin 1868.
- Engel, [Konrad]: *Zum Ausstände der Bergarbeiter im Ruhrbezirk*, Berlin 1905.
- Engelbrecht, Jörg: Grundzüge der französischen Verwaltungspolitik auf dem linken Rheinufer (1794–1814), in: Christof Dipper/Wolfgang Schieder/Reiner Schulze (Hg.): *Napoleonische Herrschaft in Deutschland und Italien – Verwaltung und Justiz*, Berlin 1995, S. 79–92.
- Engels, Jens Ivo: Kanalregionen im Frankreich der Sattelzeit. Elemente für die Erforschung der Raumwirkungen von Infrastrukturen, in: *Francia* 37 (2010), S. 149–165.
- Engels, Odilo: Zur Entmachtung Heinrichs des Löwens. Die Entstehung des kölnischen Ducats von Westfalen und Engern 1180, in: Klueting, *Herzogtum Westfalen* 1, Münster 2009, S. 101–118.
- Englisch, Brigitte: Der Hellweg zwischen Mythos und Realität, in: *Soester Zeitschrift* 117 (2005), S. 45–75.
- Ennen, Edith: Stadterhebungs- und Stadtgründungspolitik der Kölner Erzbischöfe, in: Helmut Maurer/Hans

- Patze (Hg.): Festschrift für Berent Schweineköper zu seinem 70. Geburtstag, Sigmaringen 1982, S. 337–353.
- Epkenhans, Michael: Otto von Bismarck und die Wirtschaft – Pragmatiker oder Programmatiker? in: ders./Ulrich von Hehl (Hg.): Otto von Bismarck und die Wirtschaft, Paderborn u.a. 2013, S. 229–246.
- Etzemüller, Thomas: Landschaft und Nation. Rhein – Dalar-na – England, Bielefeld 2022.
- Etzemüller, Thomas: Romantischer Rhein – Eiserner Rhein. Ein Fluß als Imaginary Landscape der Moderne, in: Historische Zeitschrift 295 (2012), S. 390–424.
- Eyll, Klara von: Kammern der gewerblichen Wirtschaft, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 601–653.
- Falk, Brigitta (Hg.): Gold vor Schwarz. Der Essener Domschatz auf Zollverein, Essen 2008.
- Farrenkopf, Michael: „Zugepackt – heißt hier das Bergmannswort“. Die Geschichte der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen im Ruhrbergbau, Bochum 2010.
- Farrenkopf, Michael: Untertage. Erinnerungsort Zeche in: Berger u.a., Zeit-Räume Ruhr, S. 348–368.
- Farrenkopf, Michael/Goch, Stefan/Rasch, Manfred/Wehling, Hans-Werner (Hg.): Die Stadt der Städte. Das Ruhrgebiet und seine Umbrüche, Essen 2019.
- Faulenbach, Bernd: Preußische Bergassessoren im privaten Ruhrbergbau, 1865–1914, in: Peter Lundgreen/André Grelon (Hg.): Ingenieure in Deutschland, 1770–1990, Frankfurt a. M. 1994, S. 189–204.
- Faust, Anselm: Einleitung, in: Otto Faust: Vom Bremsjungen zum Betriebsinspektor. Ein Leben im Ruhrbergbau (1867–1914), Essen 1989, S. 8–22.
- Faust, Otto: Vom Bremsjungen zum Betriebsinspektor. Ein Leben im Ruhrbergbau (1867–1914), Essen 1989.
- Feldenkirchen, Wilfried: Kölner Banken und die Entwicklung des Ruhrgebiets, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 1 (1982), S. 81–106.
- Feldenkirchen, Wilfried: Zum Einfluss der Standortfaktoren auf die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets (bis 1914), in: Fritz Blach (Hg.): Entwicklungsprobleme einer Region. Das Beispiel Rheinland und Westfalen im 19. Jahrhundert, Berlin 1981, S. 47–87.
- Feldman, Gerald D.: Zwischen Zusammenarbeit und Konflikt: Die komplizierte Beziehung zwischen Hugo Stinnes und August Thyssen, in: Manfred Rasch/ders. (Hg.): August Thyssen und Hugo Stinnes. Ein Briefwechsel 1898–1922. Bearb. u. annotiert von Vera Schmidt, München 2003, S. 109–136.
- Feldman, Gerald D./Tenfelde, Klaus (Hg.): Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989.
- Fessner, Michael: Steinkohle und Salz. Der lange Weg zum industriellen Ruhrrevier, Essen 1998.
- Fessner, Michael/Bartels, Christoph/Slotta, Rainer (Hg.): Auf breiten Schultern. 750 Jahre Knappschaft, Essen 2010.
- Fichtel, Johann Ehrenreich von: Die Mineralogen gegen das Ende des achtzehnten Jahrhunderts, Frankfurt/Leipzig 1792.
- Ficker, Adolf/Toggenburg-Sargans, Georg von/Czörnig, Karl von (Hg.): Rechenschafts-Bericht über die dritte Versammlung des internationalen Congresses für Statistik, abgehalten zu Wien vom 31. August bis 5. September 1857, Wien 1858.
- Fischer, Wolfram: Wirtschaft und Gesellschaft Europas 1850–1914, in: ders. (Hg.): Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1985, S. 1–208.
- Fischer, Wolfram: Das wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungsbild der preußischen Bergrechtsreform 1851–1865, in: ders.: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze, Studien, Vorträge, Göttingen 1972, S. 139–147.
- Fischer, Wolfram: Die Bedeutung der preußischen Bergrechtsreform (1851–1865) für den industriellen Ausbau des Ruhrgebiets, in: ders.: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze, Studien, Vorträge, Göttingen 1972, S. 161–178.
- Fischer, Wolfram: „Stadien und Typen“ der Industrialisierung in Deutschland. Zum Problem ihrer regionalen Differenzierung, in: ders.: Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze, Studien, Vorträge, Göttingen 1972, S. 464–473.
- Fischer, Wolfram: Die Stellung der Preußischen Bergrechtsreform von 1851–1865 in der Wirtschafts- und Sozialverfassung des 19. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 3 (1961), S. 521–534.
- Fischer-Eckert, Li: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland, Hagen 1913.
- Fleige, Christin: Die Völkerschauen im Westfälischen Zoologischen Garten Münster. Zur Inszenierung und Rezeption des „Fremden“ (1879–1928), Münster 2023.
- Framke, Gisela (Hg.): 8 Stunden sind kein Tag. Freizeit und Vergnügen in Dortmund 1870 bis 1939, Heidelberg 1993.

Literaturverzeichnis

- Frantz, Adolf: Der Preußische Staat. Statistik, Verfassung und Verwaltung Preußens, Quedlinburg 1854.
- Freiligrath, Ferdinand/Schücking, Levin: Das malerische und romantische Westphalen, Barmen 1841.
- Freitag, Werner/Kießner, Michael/Reinle, Christine u.a. (Hg.): Handbuch Landesgeschichte, Berlin/Boston 2018.
- Flebbe, Hermann (Hg.): Quellen und Urkunden zur Geschichte der Stadt Altena, Bd. 1, Altena 1967.
- Flebbe, Hermann: Der Streit um den Beitritt der Limburger Kratzendrahtzieher zum Iserlohner Stapel 1744–1746, in: Der Märker 6 (1957), S. 368–375.
- Fremdling, Rainer: Standorte und Entwicklung der Eisenindustrie, in: Hans-Jürgen Teuteberg (Hg.): Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters“, Dortmund 1988, S. 297–316.
- Fremdling, Rainer: Eisenbahnen und das deutsche Wirtschaftswachstum 1840–1876, 2. Aufl., Dortmund 1985.
- Fremdling, Rainer: Die Rolle ausländischer Facharbeiter bei der Einführung neuer Techniken im Deutschland des 19. Jahrhunderts (Textilindustrie, Maschinenbau, Schwerindustrie), in: Archiv für Sozialgeschichte 24 (1984), S. 1–45.
- Freundt, Friedrich A.: Kapital und Arbeit. [Festschrift f. Emil Kirdorf], [1926] Berlin 1929.
- Freytag, Nils: Aberglauben im 19. Jahrhundert. Preußen und seine Rheinprovinz zwischen Tradition und Moderne (1815–1918), Berlin 2003.
- Fricke, Eberhard: Das Recht und Gericht des Stilkinger Lehnsverbandes. Eine Abgrenzung zwischen Hof- und Lehnrecht als Bestandteilen der Agrarverfassung im Raume Lüdenscheid, Lüdenscheid 1955.
- Friedberg, Erhard: Zur Politologie von Organisationen, in: Willi Küpper/Günther Ortmann (Hg.): Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen, Opladen 1988, S. 39–52.
- Friedemann, Peter: Feste und Feiern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1890–1914, in: Huck, Sozialgeschichte der Freizeit, S. 161–185.
- Friedrichs, Anne: Migration und Vergesellschaftung jenseits des nationalen Paradigmas. Neue Perspektiven auf die Geschichte der „Ruhrpolen“, in: Jochen Oltmer (Hg.): Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration, Wiesbaden 2018, S. 39–68.
- Frisch, Magarete: Die Grafschaft Mark. Der Aufbau und die innere Gliederung des Gebietes besonders nördlich der Ruhr, Münster 1937.
- Fritsch, Theodor: Die Stadt der Zukunft, Leipzig 1896.
- Fuchs, Carl Johannes: Gartenstadt und Heimatschutz, in: Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft, Gartenstadtbewegung, S. 83.
- Fuchs, Ralf-Peter: „Dat gude christliche reformation upgerichtet und erhaldden werden mochte.“ Zur Klosterpolitik der Landesherren von Jülich-Berg im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit, in: Stefan Pätzold (Hg.): Kloster im Wandel. Die Saarner Zisterzienserinnen in Mittelalter und Früher Neuzeit, Remscheid 2023, S. 139–156.
- Fuchs, Ralf-Peter: Die jülich-klevischen Länder als Gebiete einer verdeckten konfessionellen Pluralisierung, in: Frank Pohle/Julia Samp/Carmen Roebers (Hg.): Das Ringen um den rechten Glauben: Reformation und Konfessionalisierung zwischen Maas und Rhein, Aachen 2018, S. 22–37.
- Fuchs, Ralf-Peter: Reformatorische Vielfalt am Niederrhein und in Westfalen im 16. Jahrhundert. Überlegungen zum Begriff der Reformation aus landes- und regionalgeschichtlicher Perspektive, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 130 (2017), S. 89–107.
- Fuchs, Ralf-Peter: „Sey zwar catholisch, allein administriere das Sacrament in beider Gestalt.“ Zeugenbefragungen zu den Konfessionen in Bochum im Dreißigjährigen Krieg, in: Arno Lohmann/Peter Luthe/Stefan Pätzold (Hg.): Bochumer Fenster zur Vergangenheit: Die Reformation in Bochum und der Grafschaft Mark, Bochum 2017, S. 77–99.
- Fuchs, Ralf-Peter: Der Dreißigjährige Krieg und die Grafschaft Mark, in: Märkisches Jahrbuch für Geschichte 100 (2000), S. 103–138.
- Funcke, Franz Philipp: Geschichte des Fürstenthums und der Stadt Essen, Mülheim 1848, S. 325–328.
- Füssel, Marian: Wissen. Konzepte – Praktiken – Prozesse, Frankfurt a. M. 2021.
- Füssel, Marian: Der Siebenjährige Krieg. Ein Weltkrieg im 18. Jahrhundert, 2. durchges. Aufl., München 2012.
- Gall, Lothar: Krupp. Der Aufstieg eines Industrieimperiums, Berlin 2000.
- Gall, Lothar: Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, in: ders. (Hg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 1–12.

- Gall, Lothar: Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch 1780–1820, in: ders. (Hg.): Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch 1780–1820, München 1991, S. 1–18.
- Gall, Lothar: Bürgertum in Deutschland, Berlin 1989.
- Garncarz, Joseph: Über die Entstehung der Kinos in Deutschland 1896–1914, in: Frank Kessler/Sabine Lenk/Martin Loiperdinger (Hg.): Kinematographen-Programme, Frankfurt a. M. 2002, S. 144–158.
- Gartenstadt Hüttenau eG: Denkschrift über den Ausbau der Gartenstadt Hüttenau bei Blankenstein a. d. R., Essen 1911.
- Gatz, Erwin: Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Die Katholische Kirche, Bd. 1, Die Bistümer und ihre Pfarreien, Freiburg 1991.
- Gawehn, Gunnar: Ausgangspunkt Muttental. Die Wiege des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr, in: Hombach, Die Ruhr und das Ruhrgebiet, S. 23–49.
- Gawehn, Gunnar: Zollverein. Eine Ruhrgebietszeche im Industriezeitalter, 1847 bis 1914, Essen 2014.
- Gebecke, [o. V.]: Zur Beurteilung der Rauch- und Rußfrage, in: Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten 68 (1911), S. 105–156.
- Gebhardt, Gerhard: Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen, Essen 1957.
- Gehrmann, Siegfried: Fußball, Vereine, Politik. Zur Sportgeschichte des Reviers 1900–1940, Essen 1988.
- Geisbauer, Georg (Hg.): Kloster Kamp, seine Äbte und Filialen – Die Kamper Chronik –deutsch, Kamp-Lintfort 2002.
- Geisendorf, Mirko: Der eisenzeitliche Siedlungsplatz von Schwerte-Wandhofen (Kreis Unna), Kerpen-Loog 2018.
- Gelhar, Martina/Boldt, Kai-William: „Schlagadern des Reviers“: Eisenbahnen und Wasserstraßen, in: Achim Prosek/Joachim Schumacher (Hg.): Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild, Köln 2009, S. 72–75.
- Gerchow, Jan (Hg.): Das Jahrtausend der Mönche: Klosterwelt Werden, 799–1803, Köln 1999.
- Gerchow, Jan: Die Ruhrregion im Mittelalter, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelic (Hg.): Literaturwegweiser zur Geschichte an Ruhr und Emscher, Essen 1999, S. 9–22.
- Geuenich, Dieter (Hg.): Köln und die Niederrheinlande in ihren historischen Raumbeziehungen, Pulheim 2000.
- Geuenich, Dieter (Hg.): Die Franken und die Alemannen bis zur „Schlacht bei Zülpich“ (496/97); (Ergänzungsbände zum Reallexikon der Germanischen Altertumskunde 19), Berlin u.a. 1998.
- Geuenich, Dieter/Hantsche, Irmgard (Hg.): Zur Geschichte der Universität Duisburg 1655–1818, Duisburg 2007.
- Giddens, Anthony: Soziologie, 2. Aufl., Graz u.a. 1999.
- Gießmann, Sebastian: Netze und Netzwerke. Archäologie einer Kulturtechnik 1740–1840, Bielefeld 2015.
- Gilhaus, Ulrike: „Schmerzskinder der Industrie“. Umweltverschmutzung, Umweltpolitik und sozialer Protest im Industriezeitalter in Westfalen 1845–1914, Paderborn 1995.
- Gillner, Bastian: Kirmes, Sedantag, Maifeier. Feste und Geselligkeit in Duisburg 1815–1933, in: Duisburger Forschungen 51 (2016), S. 133–156.
- Goch, Stefan: Das Ruhrgebiet: Kaum zu fassen, in: Achim Prosek/Joachim Schumacher (Hg.): Atlas der Metropole Ruhr. Vielfalt und Wandel des Ruhrgebiets im Kartenbild, Köln 2009, S. 10–13.
- Goch, Stefan: Die Selbstwahrnehmung des Ruhrgebiets in der Nachkriegszeit, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 39 (2008), S. 21–47.
- Goch, Stefan: Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet, Essen 2002.
- Goch, Stefan: Stadtgeschichtsforschung im Ruhrgebiet. Ein Forschungs- und Literaturbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 34 (1994), S. 441–475.
- Goch, Stefan: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen, 1848–1975, Düsseldorf 1990.
- Goehrke, Klaus: Burgmannen, Bürger, Bergleute. Eine Geschichte der Stadt Kamen, Kamen 2010.
- Gorißen, Stefan: Vom Handelshaus zum Unternehmen. Sozialgeschichte der Firma Harkort im Zeitalter der Protoindustrie (1720–1820), Göttingen 2002.
- Goschler, Constantin: Rudolf Virchow. Mediziner, Anthropologe, Politiker, Köln 2002.
- Gosmann, Michael: Die Grafen von Arnsberg und ihre Grafschaft, in: Klueting, Herzogtum Westfalen 1, S. 171–202.
- Gottschalk, Hans: Das preussische Wassergesetz. Vom 7. April 1913 auf Grund der Verhandlungen des Landtages, Bonn 1913.
- Grahn, E.: Die Gerichtsverhandlungen über die Gelsenkirchener Typhusepidemie vom Jahre 1901, in: Schilling's

Literaturverzeichnis

- Journal für Gasbeleuchtung und verwandte Beleuchtungsarten sowie für Wasserversorgung 47 (1904), S. 1108 f.
- Grebing, Helga: Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München 1985.
- Greschat, Martin: Industrialisierung, Bergarbeiterschaft und „Pietismus“. Anmerkungen zur Wirkungsgeschichte eines Frömmigkeitstyps in der Moderne, in: Pietismus und Neuzeit, Bd. 11: Ökumenische, soziale und politische Wirkungen des Pietismus. Festschrift für Andreas Linde zum 65. Geburtstag am 2. Juli 1985, Göttingen 1985, S. 173–192.
- Grewe, Bernd-Stefan: Wald, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2011–05–04. URL: <https://www.ieg-ego.eu/greweb-2011-de> URN: urn:nbn:de:0159–20110201143 [zuletzt aufgerufen am 8.11.2024].
- Großkraumbach, Insa: Der Polizist im Rampenlicht – Eine Beleuchtung des preußisch-blauen Kostüms des 19. Jahrhunderts, in: Heide Buchner (Hg.): Nach Rang und Stand: deutsche Ziviluniformen im 19. Jahrhundert. Eine Ausstellung im Deutschen Textilmuseum, 24. März bis 23. Juni 2002, Krefeld 2002.
- Groten, Manfred (Hg.): Der Jülich-Klevische Erbstreit 1609: seine Voraussetzungen und Folgen, Düsseldorf 2011.
- Gruner, Justus: Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung oder Schilderung des sittlichen und bürgerlichen Zustandes Westphalens am Ende des achtzehnten Jahrhunderts: zwei Theile, Frankfurt a. M. 1803.
- Grütter, Heinrich Theodor/Drexl, Magdalena/Heimsoth, Axel/Stephan-Maaser, Reinhild (Hg.): Eine Klasse für sich. Adel an Rhein und Ruhr, Essen 2021.
- Grütter, Heinrich Theodor/Drexl, Magdalena/Heimsoth, Axel/Stephan-Maaser, Reinhild (Hg.): Der geteilte Himmel. Reformation und religiöse Vielfalt an Rhein und Ruhr, Essen 2017.
- Grütter, Heinrich Theodor/Jung, Patrick/Stephan-Maaser, Reinhild (Hg.): Werdendes Ruhrgebiet. Spätantike und Frühmittelalter an Rhein und Ruhr. Katalog zur Ausstellung im Ruhr Museum 27. März bis 23. August 2015, Essen 2015.
- Grütter, Heinrich Theodor/Paetzel, Uli (Hg.): Die Emscher. Bildgeschichte eines Flusses, Essen 2022.
- Gudermann, Rita: Der Take-off der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert und seine Konsequenzen für Umwelt und Gesellschaft, in: Karl Ditt/dies./Norwich Rüße (Hg.): Agrarmodernisierung und ökologische Folgen. Westfalen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Paderborn 2001, S. 47–84.
- Gugerli, David/Speich, Daniel: Der Hirtenknabe, der General und die Karte. Nationale Repräsentationsräume in der Schweiz des 19. Jahrhunderts, in: Werkstatt Geschichte 23 (1999), S. 61–81.
- Günzel, Stephan (Hg.): Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010.
- Haas, Reimund: Eine Bochumer Perspektive in der Klosterlandschaft Ruhrgebiet. Zum Wandel der Klosterwelten im Ruhrgebiet, in: ders./Pätzold, Stefan (Hg.): Ordensleben im Ruhrgebiet. Bochumer und Hattinger Perspektiven, Münster u.a. 2013, S. 23–39.
- Haase, Ernst: Die Geologie in der Schule, Leipzig 1918.
- Hackspiel-Mikosch, Elisabeth/Haas, Stefan (Hg.): Die zivile Uniform als symbolische Kommunikation/Civilian Uniforms as Symbolic Communication: Kleidung zwischen Repräsentation, Imagination und Konsumption in Europa vom 18. bis 21. Jahrhundert. Sartorial Representation, Imagination, and Consumption in Europe (18th to 21st Century), Stuttgart 2017.
- Haeften, August von (Hg.): Ständische Verhandlungen, Band 1: Cleve-Mark, Berlin 1869.
- Haffert, Lukas: Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung, München 2022.
- Hagemann, Manuel: Adolf II. von Kleve (1373–1448), in: Klevische Lebensbilder. 24 Porträts, Bd. 1, Kleve 2013, S. 19–28.
- Haida, Sylvia: Die Ruhrpolen. Nationale und konfessionelle Identität im Bewusstsein und im Alltag 1871–1918, Bonn 2012.
- Haniel, Franz: Autobiographie, in: Bodo Herzog u.a. (Hg.): Franz Haniel (1779–1868). Materialien, Dokumente und Untersuchungen zu Leben und Werk des Industriepioniers Franz Haniel, Bonn 1979, S. 13–125.
- Hannig, Nicolai: Kalkulierte Gefahren. Naturkatastrophen und Vorsorge seit 1800, Göttingen 2019.
- Hansen, Eckhard/Tennstedt, Florian: Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, Bd. 1, Kassel 2010.
- Hardt-Friedrichs, Friederun: Markt, Münze und Zoll im Ostfränkischen Reich bis zum Ende der Ottonen, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 116 (1980), S. 1–31.
- Hardtwig, Wolfgang: Nationsbildung und politische Mentalität. Denkmal und Fest im Kaiserreich, in: ders. (Hg.):

- Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, S. 264–301.
- Harkort, Friedrich: Ueber das Proletariat, die Theilbarkeit des Grundbesitzes und die Erzeugung billigerer Lebensmittel. Nebst einem Anhang: Bemerkungen über die verschiedenen Düngungsmittel und deren Verwendung, Hagen 1855.
- Harkort, Friedrich: Bemerkungen über die Hindernisse der Civilisation und Emancipation der untern Klassen, Elberfeld 1844.
- Hartmann, Knut: Der Weg zur gewerkschaftlichen Organisation. Bergarbeiterbewegung und kapitalistischer Bergbau im Ruhrgebiet, 1851–1889, München 1977.
- Hatzig, Ewald: Gerhard Stötzel – ein Mann macht Karriere. Vom Grissenbacher Dreher bis zum Reichstagsabgeordneten in Berlin, in: Blick in das Netpherland 43 (2001), S. 32–34.
- Hauk, Gerhard: „Ein schwer zu beackernder Boden“. Arbeiter und Arbeitersportbewegung in Rheinland-Westfalen und an der Ruhr, in: Hans Joachim Teichler/Gerhard Hauk (Hg.): Illustrierte Geschichte des Arbeitersports, Bonn 1987, S. 63–75.
- Haumann, Sebastian/Knoll, Martin/Mares, Detlev (Hg.), Concepts of Urban-Environmental History, Bielefeld 2020.
- Haupt, Heinz-Gerhard/Crossick, Geoffrey: Die Kleinbürger. Eine europäische Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts, München 1998.
- Hausen, Karin: Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen, Stuttgart 1976, S. 363–393.
- Hausmann, Friedrich (Bearb.): Die Urkunden der deutschen Könige und Kaiser (Monumenta Germaniae Historica. Diplomata), Bd. 9: Konrad III., Wien u.a. 1969.
- Heimsoth, Axel: Die Wiederentdeckung des Hellwegs im 19. Jahrhundert. Die Rolle der Infrastruktur im Rahmen von Modernisierungsdebatten, in: Westfälische Zeitschrift 159 (2009), S. 303–319.
- Heimsoth, Axel: Die Wiederentdeckung des Hellwegs. Regionale Identität im Spiegel verkehrspolitischer Diskussionen bis zum Bau der Dortmund-Soester Eisenbahn, Essen 2006.
- Heinrichsbauer, August: Kohlenkontor Weyhenmeyer & Co. und die Süddeutsche Kohlenwirtschaft, [unveröffentl. Ms.], o. O. u. o. D. [1939].
- Heinrichsbauer, August: Die Wasserwirtschaft im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, Essen 1936.
- Heinrichsbauer, August: Industrielle Siedlung im Ruhrgebiet in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Essen 1936.
- Heise, Sabine: Frauen-Arbeiten – Zwischen Beruf und Berufung, in: LWL-Portal, Westfälische Geschichte, https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/input_felder/langDatensatz_ebene4.php?urlID=405&url_tabelle=tab_websegmente [zuletzt aufgerufen am 28.1.2024].
- Helbeck, Gerd: Schwelm. Geschichte einer Stadt und ihres Umlandes, Bd. 1, 2. durchges. Aufl., Schwelm 1995.
- Held, Thomas: Der Landschaftswandel im Emscherbruch. Von der Wildbahn zur Industrielandschaft, in: Cordula Marx/Agnes Sternschulte (Hg.): „... so frei, so stark ...“ Westfalens wilde Pferde, Essen 2022, S. 69–74.
- Hellfaier, Karl-Alexander: Probleme und Quellen der Frühgeschichte der Sozialdemokratie in Westfalen, in: Archiv für Sozialgeschichte 3 (1963), S. 157–221.
- Hemann, Friedrich-Wilhelm: Westmünsterländische Städte im hansischen Verband, in: Westfälische Zeitschrift 155 (2005), S. 9–35.
- Hemmer, Hans-Otto: Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 81–110.
- Henle, Susanne: Industriekultur und Architektur, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 2, S. 219–290.
- Henning, Friedrich-Wilhelm: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 2, Paderborn 1996.
- Henning, Friedrich-Wilhelm: Bauern und Grundherrschaft an der Wende zur Neuzeit im Rheinland und in Westfalen. Zu Fragen der Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung der ländlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnisse im westlichen und östlichen Mitteleuropa, in: Enn Tarvel (Hg.): The Role of Feudal Peasantry in History, Tallinn 1991, S. 73–90.
- Henning, Hansjoachim: Soziale Vernetzung an Rhein und Ruhr. Anmerkungen zur regionalen Mobilität unternehmerisch Tätiger, in: Hein Hoebink (Hg.): Staat und

Literaturverzeichnis

- Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1816–1991, Essen 1992, S. 89–106.
- Henning, Hansjoachim: Soziale Verflechtungen der Unternehmer in Westfalen 1860–1914. Ein Beitrag zur Diskussion um die Stellung der Unternehmer in der Gesellschaft des deutschen Kaiserreiches, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 23 (1978), S. 1–30.
- Henning, Hansjoachim (Bearb.): Dokumentation zur Organisationsgeschichte des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Wiesbaden 1978.
- Herb, Guntrum Henrik/Kaplan, David H. (Hg.): Nested Identities. Nationalism, Territory, and Scale, Lanham, Md., 1999.
- Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001.
- Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin 1986.
- Hermans, Baldur: Die Säkularisation im Ruhrgebiet. Ein gewalttätiges Friedensgeschäft. Vorgeschichte und Folgen, Mülheim an der Ruhr 2004.
- Herre, Günther: Arbeitersport, Arbeiterjugend und Obrigkeitsstaat 1893–1914, in: Huck, Sozialgeschichte der Freizeit, S. 187–205.
- Herres, Jürgen/Holtz, Bärbel: Rheinland und Westfalen als preußische Provinzen (1814–1888), in: Georg Mölich (Hg.): Rheinland, Westfalen und Preußen – eine Beziehungsgeschichte, Münster 2011, S. 113–208.
- Herrigel, Gary: Industrial Constructions: The Sources of German Industrial Power, Cambridge 1996.
- Herzog, Bodo/Mattheier, Klaus J.: Einleitende Bemerkungen zur Autobiographie von Franz Haniel, in: Bodo Herzog u.a. (Hg.): Franz Haniel (1779–1868). Materialien, Dokumente und Untersuchungen zu Leben und Werk des Industriepioniers Franz Haniel, Bonn 1979, S. 9–12.
- Heßler, Martina: Kulturgeschichte der Technik, Frankfurt a. M. 2012.
- Hettling, Manfred: Die persönliche Selbstständigkeit. Der archimedische Punkt bürgerlicher Lebensführung, in: ders. (Hg.): Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000, S. 57–78.
- Heuser, Peter Arnold: Zur Geschichte des Codex Argenteus im 16. Jahrhundert, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 69 (2005), S. 133–152.
- Hewitt, Rachel: Map of a Nation. A Biography of the Ordnance Survey, London 2010.
- Hickey, Stephen: Bergmannsarbeit an der Ruhr vor dem Ersten Weltkrieg, in: Mommsen/Borsdorf, Glück auf, Kameraden, S. 49–70.
- Hirsch, Max: Was bezwecken die Gewerkvereine? Ein Merk- und Mahnwort für alle deutschen Handwerker und Arbeiter, 15. Aufl., Berlin 1891.
- Hobe, Johann Wilhelm von: Anweisung zu einer bessern Holzkultur, besonders in der Grafschaft Mark und ähnlichen Ländern, Münster 1791.
- Hobsbawm, Eric J./Ranger, Terence (Hg.): The Invention of Tradition, Cambridge 2002.
- Hobsbawm, Eric J./Rudé, George: Captain Swing, London 2014 [1969].
- Hocker, Nikolaus: Die Großindustrie Rheinlands und Westfalens, Leipzig 1867.
- Hoffmann, August: Hygienische und soziale Betätigung deutscher Städte auf den Gebieten des Gartenbaus, Düsseldorf 1904.
- Hoffmann, Gottfried: Beiträge zur Statistik des preußischen Staats. Aus amtlichen Nachrichten von dem statistischen Bureau zu Berlin bearbeitet und herausgegeben, Berlin 1821.
- Hofius, Kurt: Kohle als Heizmittel im 16. Jahrhundert in Duisburg, in: Duisburger Forschungen 37 (1990), S. 23–26.
- Holbach, Rudolf: Jahrmärkte und Handelsbeziehungen zwischen Weser und Ems im späten Mittelalter, in: Dietrich Ebeling u.a. (Hg.): Landesgeschichte als multidisziplinäre Wissenschaft. Festgabe für Franz Irsigler zum 60. Geburtstag, Trier 2001, S. 223–268.
- Holmén, Janne/Götz, Norbert (Hg.): Mental Maps. Geographical and Historical Perspectives, London/New York 2022.
- Hölscher, Lucian: Geschichte der protestantischen Frömmigkeit, München 2005.
- Hölscher, Lucian (Hg.): Datenatlas zur religiösen Geographie im protestantischen Deutschland. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg, Bd. 4: Westen, Berlin/New York 2001.
- Hölscher, Lucian: The Religious Divide: Piety in Nineteenth Century Germany, in: Helmut Walser Smith (Hg.): Protestants, Catholics, and Jews in Germany, 1800–1914, Oxford/New York 2001, S. 33–47.
- Holtfrerich, Carl-Ludwig: Relative Preise, Kapazität und Produktion in der deutschen Kohlen- und Eisenindustrie

- 1850–1913, in: Hans Siegenthaler (Hg.): Ressourcenverknappung als Problem der Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1990, S. 107–123.
- Holtfrerich, Carl-Ludwig: Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. Eine Führungssektoranalyse, Dortmund 1973.
- Hombach, Bodo (Hg.): Die Ruhr und ihr Gebiet. Leben am und mit dem Fluss. Bd. 1: Heimat Ruhr. Fluss, Tal, Siedlung seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Münster 2020.
- Hombach, Bodo (Hg.): Die Ruhr und ihr Gebiet. Leben am und mit dem Fluss. Bd. 2: Die Ruhr und das Ruhrgebiet. Fluss, Industrieregion, Strukturwandel seit Anfang des 19. Jahrhunderts, Münster 2020.
- Hörnberg, Albert K.: Zur Erforschung des westfälischen Städtewesens im Hochmittelalter, in: Westfälische Forschungen 14 (1961), S. 8–41.
- Horst, Max: Die Pläne zur Schiffbarmachung der Emscher aus der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, Wanne-Eickel 1927.
- Hötzsch, Otto: Stände und Verwaltung von Cleve und Mark in der Zeit von 1666 bis 1697, Leipzig 1908.
- Howard, Ebenezer: To-Morrow: A Peaceful Path to Real Reform, 1898 [Neuaufgabe 1902 unter dem Titel Garden Cities of To-Morrow, 1902]; in deutscher Übersetzung: Gartenstädte in Sicht, Jena 1907.
- Huck, Gerhard (Hg.): Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980.
- Huck, Gerhard: Arbeiterkonsumverein und Verbraucherorganisation. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften im Ruhrgebiet 1860–1914, in: Jürgen Reulecke/Wolfhard Weber (Hg.): Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 215–245.
- Hue, Otto: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit [1910]. Mit einer Einführung zum Nachdruck von Hans Mommsen, Bd. 2, Bonn 1981.
- Huhn, Eugen Hugo Theodor: Topographisch statistisch-historisches Comptoir- Amts- Post- Reise- und Zeitungs-Lexicon von Deutschland. Eine vollständige deutsche Landes- Volks- und Staatskunde. Bd. 5, (Hildburghausen) 1845.
- Imbusch, Heinrich: Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung [1908]. Mit einer Einleitung zum Nachdruck von Klaus Tenfelde, Berlin/Bonn 1980.
- Imhoff, Karl: Die Reinhaltung der Ruhr, Essen 1910.
- Iwanov, Iwan: Die Hanse im Zeichen der Krise. Handlungsspielräume der politischen Kommunikation im Wandel (1550–1620) (Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte N. F. 61), Köln u.a. 2016.
- Jackson, James H.: Migration and Urbanization in the Ruhr Valley (1821–1914), Boston 1997.
- Jackson, James H.: Migration in Duisburg (1867–1890). Occupational and Familial Contexts, in: Journal of Urban History 8 (1982), S. 235–270.
- Jähnichen, Traugott/Friedrich, Norbert: Kirche im Ruhrgebiet im Industriezeitalter, in: Günter Brakelmann/Traugott Jähnichen/Norbert Friedrich: Kirche im Ruhrgebiet, Essen 1998, S. 36–43.
- James, Harold: Krupp. Deutsche Legende und globales Unternehmen, München 2011.
- Janssen, Wilhelm: Adelherrschaft und Herzogsgewalt. Politische Strukturen und Entwicklungen zwischen Ruhr und Lippe, 1180–1300, in: LWL-Museum für Archäologie/Westfälisches Landesmuseum Herne (Hg.): AufRuhr 1225!, S. 47–58.
- Jäschke, Kurt-Ulrich: Ackerbürger, Ackerbürgertum, Ackerbürgerstädte, in: ders./Christhard Schrenk (Hg.): Ackerbürgertum und Stadtwirtschaft. Zu Regionen und Perioden landwirtschaftlich bestimmten Städtewesens im Mittelalter, Heilbronn 2002, S. 247–278.
- Jessen, Ralph: Gewaltkriminalität im Ruhrgebiet zwischen bürgerlicher Panik und proletarischer Subkultur (1870–1914), in: Kift, Kirmes, S. 226–255.
- Jessen, Ralph: Polizei im Industriegebiet. Modernisierung und Herrschaftspraxis im westfälischen Ruhrgebiet 1848–1914, Göttingen 1991.
- Jochimsen, Reimut/Gustafsson, Kurt: Infrastruktur, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, Bd. 2, Hannover 1970, Sp. 1318–1335.
- Jockenhövel, Albrecht: Der Schwerthortfund vom Kaisberg bei Hagen-Vorhalle. Technologische Untersuchungen an drei spätbronzezeitlichen Schwertern aus dem Hortfund von Hagen-Kaisberg, in: Daniel Bérenger (Hg.): Archäologische Beiträge zur Geschichte Westfalens. Festschrift für Klaus Günther, Rahden/Westf. 1997, S. 133–154.
- Johanek, Peter: „Klosterlandschaft“ Ruhrgebiet – Klöster und Orden im Umbruch des 12. und 13. Jahrhunderts, in:

Literaturverzeichnis

- LWL-Museum für Archäologie/Westfälisches Landesmuseum Herne (Hg.): AufRuhr 1225!, S. 93–105.
- Jong, Jutta de: Bergarbeiterinnen – oder Die Andere Arbeit für den Bergbau, in: Deutsches Bergbau-Museum Bochum (Hg.): Frauen und Bergbau. Zeugnisse aus fünf Jahrhunderten. Ausstellung des Deutschen Bergbau-Museums Bochum vom 29. August bis 10. Dezember 1989, Bochum 1989, S. 70–75.
- Jopp, Tobias: The Hazard of Merger by Absorption: Why some Knappschaften Merged and Others Did not, 1861 to 1920, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 1 (2011), S. 75–101.
- Jovović, Thomas: Deutschland und die Kartelle – eine unendliche Geschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1 (2012), S. 237–273.
- Joyce, Patrick: The Rule of Freedom. Liberalism and the Modern City, London 2003.
- Jüngst, Ernst (Bearb.): Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Vereins für die Bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Essen, 1858–1908, Essen 1908.
- Justi, Johann Heinrich Gottlob von: Grundriß des gesamten Mineralreiches, Göttingen 1757.
- Kaelble, Hartmut: Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895–1914, Berlin 1967.
- Kain, Roger/Baigent, Elizabeth (Hg.): The Cadastral Map in the Service of the State. A History of Property Mapping, Chicago 1992.
- Kanther, Michael A.: William Thomas Mulvany, in: Internetportal Rheinische Geschichte, <https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/william-thomas-mulvany/DE-2086/lido/5d-64f08ae586a528381496> [zuletzt aufgerufen am 22.6.2023].
- Karpp, Gerhard: Die Bibliothek der Benediktinerabtei Werden im Mittelalter, in: Gerchow, Jahrtausend, S. 241–248.
- Kaschuba, Wolfgang: Die Überwindung der Distanz. Zeit und Raum in der europäischen Moderne, Frankfurt a. M. 2004.
- Kaschuba, Wolfgang: Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990.
- Kastorff-Viehmann, Renate: Städtebau und Stadtplanung vom 19. Jahrhundert bis zur Zwischenkriegszeit, in: Farrenkopf u.a., Die Stadt der Städte, S. 243–260.
- Kastorff-Viehmann, Renate: Wohnungsbau für Arbeiter. Das Beispiel Ruhrgebiet bis 1914, Aachen 1981.
- Kaufhold, Karl Heinrich: Gewerbelandschaften in der frühen Neuzeit (1650–1800), in: Hans Pohl (Hg.): Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Stuttgart 1986, S. 112–202.
- Kaufhold, Karl Heinrich: Das Metallgewerbe in der Grafschaft Mark im 18. und frühen 19. Jahrhundert, Dortmund 1976.
- Kaufmann, Damian: Kurze Geschichte der Industrialisierung im Ruhrgebiet, in: zeilenabstand.net, 18.10.2022.
- Kaufmann, Franz-Xaver: Katholizismus und Moderne als Aufgaben künftiger Forschung, in: Urs Altermatt/Heinz Hürten/Nikolaus Lobkowicz (Hg.): Moderne als Problem des Katholizismus, Regensburg 1995, S. 9–32.
- Kautsky, Karl: Der Alkoholismus und seine Bekämpfung, in: Die Neue Zeit [Serie: Heft 27, 28, 29, 30, 37] 1890 u. 1891.
- Kealey, Maura: Kampfstrategien der Unternehmerschaft im Ruhrbergbau seit dem Bergarbeiterstreik von 1889, in: Mommsen/Borsdorf, Glück auf, Kameraden, S. 175–198.
- Keinemann, Friedrich: Das Kölner Ereignis und die Kölner Wirren (1837–1841). Weichenstellungen, Entscheidungen und Reaktionen mit besonderer Berücksichtigung Westfalens, Münster 2015.
- Kellen, Tony: Friedrich Grillo. Lebensbild eines Grossindustriellen, Essen 1913.
- Kellershohn, Jan: Streiknarrative zwischen gewerkschaftlichen und regionalen Zeitschichten. Erinnerungsort Streik, in: Berger u.a., Zeit-Räume, S. 846–863.
- Kieß, Walter: Urbanismus im Industriezeitalter. Von der klassizistischen Stadt zur Garden City, Berlin 1991.
- Kift, Dagmar: Die Männerwelt des Bergbaus, Bochum 2011.
- Kift, Dagmar (Hg.): Kirmes – Kneipe – Kino. Arbeiterkultur im Ruhrgebiet zwischen Kommerz und Kontrolle (1850–1904), Paderborn 1992.
- Kift, Dagmar: Arbeiterkulturforschung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet, in: dies. (Hg.): Kirmes, S. 1–32.
- Kirchhoff, Hans Georg: Die Große Dortmunder Fehde 1388/39, in: Norbert Reimann/Gustav Luntowski (Hg.): Dortmund. 1100 Jahre Stadtgeschichte. Festschrift, Dortmund 1982, S. 109–128.
- Kirdorf, Emil: Erinnerungen 1847–1930 (der Familie gewidmet, nicht für die Öffentlichkeit bestimmt), als Ms. gedruckt bei Bagel (Düsseldorf) 1930.

- Kleeberg, John M.: *The Disconto-Gesellschaft and German Industrialization: A Critical Examination of the Career of a German Universal Bank, 1851–1914*, (Ms. Oxford) 1988.
- Klein, Heinrich: *Die Bergmannswohnungen. Bewirtschaftung und Sicherung durch RAG: Geburtsfehler bei der Gründung?*, in: Lothar F. Neumann (Hg.): *Die Ruhrkohle AG. Sozialökonomische Unternehmensbiographie eines Konzerns*, Bochum 1987, S. 141–165.
- Kleinschmidt, Christian: *Vom Hinterland zum internationalen Wirtschaftszentrum. „Westfalen und die Welt“ vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, in: Karl-Peter Ellerbrock (Hg.): *Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert*, Münster 2017, S. 23–42.
- Klenke, Dietmar: *Zwischen nationalkriegerischem Gemeinschaftsideal und bürgerlich-ziviler Modernität. Zum Vereinsnationalismus der Sängers, Schützen und Turner im Deutschen Kaiserreich*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 45 (1994), S. 207–223.
- Kleßmann, Christoph: *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet: Soziale Lage und gewerkschaftliche Organisation*, in: Mommsen/Borsdorf, *Glück auf, Kameraden*, S. 109–130.
- Kleßmann, Christoph: *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft*, Göttingen 1978.
- Kliche, Walther: *Die Schifffahrt auf der Ruhr und Lippe im achtzehnten Jahrhundert*, in: *Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins* 37 (1904), S. 1–178.
- Kloosterhuis, Jürgen: *Fürste, Räte, Untertanen: Die Grafschaft Mark, ihre Verwaltungsorgane und die Regierung zu Kleve*, in: *Der Märker* 35 (1986), S. 3–25, S. 76–87, S. 104–117 u. S. 147–164.
- Kloosterhuis, Jürgen: *„... an villen Orteren von allerseidt Kriegsfolck verdorben ...“ Die Folgen des Spanisch-Niederländischen Krieges (1566–1609) für die Grafschaft Mark*, in: *Der Märker* 32 (1983), S. 125–132, S. 162–173 u. S. 200–211.
- Klose, Hans: *Das westfälische Industriegebiet und die Erhaltung der Natur*, Berlin 1919.
- Klotzbach, Arthur: *Der Roheisen-Verband. Ein geschichtlicher Rückblick auf die Zusammenschlußbestrebungen in der deutschen Hochofen-Industrie*, Düsseldorf 1926.
- Klueting, Edeltraud: *Das (freiweltliche) adelige Damenstift Elsey. Geschichte, Verfassung und Grundherrschaft in Spätmittelalter und Frühneuzeit*, Altena 1980.
- Klueting, Harm: *Die Grafschaft Limburg vom 13. bis 19. Jahrhundert. Ein Territorium des „dritten“ Westfalen im Alten Reich*, Münster 2023.
- Klueting, Harm (Hg.): *Das Herzogtum Westfalen*, Bd. 1, Münster 2009.
- Klueting, Harm (Hg.): *200 Jahre Reichsdeputationshauptschluss. Säkularisation, Mediatisierung und Modernisierung zwischen Altem Reich und neuer Staatlichkeit. Tagung der Historischen Kommission für Westfalen vom 3.–5. April 2003 in Corvey*, Münster 2005.
- Klueting, Harm: *„Daß sie ein Abspliß von der Grafschaft Mark ist, daran ist kein Zweifel.“ Die Grafschaft Limburg vom 13. bis zum 19. Jahrhundert*, in: *Jahrbuch des Vereins für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark* 93/94 (1995), S. 63–126.
- Klueting, Harm: *Die Säkularisation im Herzogtum Westfalen. 1802–1834. Vorbereitung, Vollzug und wirtschaftlich-soziale Auswirkungen der Klosteraufhebung*, Köln 1980.
- Klüss, Franz: *Die älteste deutsche Gewerkschaft. Die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes*, Karlsruhe 1905.
- Knapp, Georg Friedrich: *Die Bauern-Befreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens*. 2 Bde., Leipzig 1887.
- Knott, Hermann: *Die deutsche Zuckersteuergesetzgebung und ihre jüngste Gestaltung*, in: *FinanzArchiv* 19 (1902), S. 248–259.
- Kocka, Jürgen: *Arbeiterleben und Arbeiterkultur. Die Entstehung einer sozialen Klasse*, Bonn 2015.
- Kocka, Jürgen: *Work as a Problem in European History*, in: ders. (Hg.): *Work in a Modern Society: The German Historical Experience in Comparative Perspective*, New York/Oxford 2010, S. 1–16.
- Kocka, Jürgen: *Thesen zur Geschichte und Zukunft der Arbeit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 21 (2001), S. 8–13.
- Koetter, Gerhard: *Als Kohle noch Zukunft war. Bergbaugeschichte und Geologie des Muttentals und der Zeche Nachtigall*, Essen 2017.
- Koetter, Gerhard: *Von Flözen, Stollen und Schächten im Muttental. Ein Wanderführer durch die Bergbaugeschichte an der Ruhr*, Essen 2007.

Literaturverzeichnis

- Koepper, Gustav: In Plutos Reich. Wanderungen durch Schacht und Hütte im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk, Berlin 1899.
- Kohl, Rolf-Dieter: Zur Geschichte des Altenaer Eisendrahtstapels und seiner Niederlassung, in: *Der Märker* 35 (1986), S. 191–193.
- Köllmann, Wolfgang: Beginn der Industrialisierung, in: ders. u.a., *Das Ruhrgebiet*, Bd. 1, S. 11–79.
- Köllmann, Wolfgang: Vom Knappen zum Bergarbeiter. Die Entstehung der Bergarbeiterschaft an der Ruhr, in: Mommsen/Borsdorf, Glück auf, Kameraden, S. 23–48.
- Köllmann, Wolfgang: Friedrich Harkort, Düsseldorf 1964.
- Köllmann, Wolfgang/Hoffmann, Frank/Maul, Andreas E.: Bevölkerungsgeschichte, in: Köllmann u.a., *Das Ruhrgebiet*, Bd. 1, S. 111–197.
- Köllmann, Wolfgang/Korte, Hermann/Petzina, Dietmar/Weber, Wolfhard: Vorwort, in: dies., *Das Ruhrgebiet*, Bd. 1, S. 7–9.
- Köllmann, Wolfgang/Korte, Hermann/Petzina, Dietmar/Weber, Wolfhard (Hg.): *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung*, 2 Bde., Düsseldorf 1990.
- Königlich Preußisches Ministerium der öffentlichen Arbeiten (Hg.): *Weltausstellung in Brüssel 1910. Deutsche Ingenieurwerke. Führer durch die Sammelausstellung aus dem Gebiete des Wasserbaues*, Berlin 1910.
- Königlich Preußisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat*, Bd. 11, Berlin 1914.
- Königslöw, Joachim von: Ruhr und Lippe, in: ders. (Hg.): *Flüsse Mitteleuropas. Zehn Biographien*, Stuttgart 1995, S. 209–239.
- Koppe, Werner: *Die Lippewasserstraße. Schifffahrt auf Lippe und Lippe-Seitenkanal im Rahmen der nordwestdeutschen Binnenschifffahrtsgeschichte*, Bielefeld 2004.
- Kopsidis, Michael: *Agrarentwicklung. Historische Agrarrevolutionen und Entwicklungsökonomie*, Stuttgart 2006.
- Kopsidis, Michael: *Marktintegration und Entwicklung der westfälischen Landwirtschaft 1780–1880. Marktorientierte ökonomische Entwicklung eines bäuerlich strukturierten Agrarsektors*, Münster 1996.
- Kordes, Matthias: Lateran 1178 und Gelnhausen 1180. Zur nominellen Herrschaftsübernahme Westfalens und des Emscher-Lippe-Raumes durch den Kölner Erzbischof Philipp I. von Heinsberg, in: Reimund Haas (Hg.): *Fiat voluntas tua. Theologe und Historiker – Priester und Professor. Festschrift zum 65. Geburtstag von Harm Klueting*, Münster 2014, S. 531–545.
- Korte, Hermann: Die Entfaltung der Industriestruktur, in: Köllmann u.a., *Das Ruhrgebiet*, Bd. 1, S. 569–600.
- Kortum, Carl Arnold: *Nachrichten vom ehemaligen und jetzigen Zustande der Stadt Bochum, Bochum 1790* (Nachdruck 1990).
- Kosok, Lisa: *Jahrmarkt und Vergnügungspark*, in: dies./Mathilde Jamin (Hg.): *Viel Vergnügen. Öffentliche Lustbarkeiten im Ruhrgebiet der Jahrhundertwende*, Essen 1992, S. 130–173.
- Kosok, Elisabeth: *Arbeiterfreizeit und Vereinswesen*, in: Ulrich Zumdick (Hg.): *Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet. Die Belegschaft der Phoenix-Hütte in Duisburg-Laar 1853–1914*, Stuttgart 1990, S. 357–478.
- Kosok, Elisabeth: *Arbeiterfreizeit und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung ihrer Erscheinungsformen und Wandlungsprozesse. 1850–1914* (Diss. Bochum), 1989.
- Kossert, Andreas: „Echte Söhne Preußens“. Die polnischen Masuren in Westfalen und ihre Frömmigkeit, in: *Westfälische Zeitschrift* 155 (2005), S. 331–350.
- Kösters, Klaus: *Mythos Arminius: Die Varusschlacht und ihre Folgen*, Münster 2009.
- Köttgen, Paul: Über die Einrichtung des hygienischen Laboratoriums der Stadt Dortmund, in: *Zentralblatt für allgemeine Gesundheitspflege* 23 (1904), S. 230–232.
- Kötzschke, Rudolf (Hg.): *Die Urbare der Abtei Werden a. d. Ruhr*, Bd. 2: *Lagerbücher, Hebe- und Zinsregister vom 14. bis ins 17. Jahrhundert*, Bonn 1917.
- Kötzschke, Rudolf (Hg.): *Die Urbare der Abtei Werden a. d. Ruhr*, Bd. 1: *Die Urbare vom 9.–13. Jahrhundert*, Bonn 1906 (Nachdruck 1978).
- Krabbe, Wolfgang R.: *Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung*, Göttingen 1989.
- Krabbe, Wolfgang R.: Die Lage der Arbeiter bei staatlichen Auftragsvergaben in wilhelminischer Zeit. Zur Sozialgeschichte des Dortmund-Ems-Kanalbaus in: *IWK. Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 22 (1986), S. 157–166.
- Krämer, Steffen: *Deutsche Unternehmer und ihre Arbeiterkolonien im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, in: Uwe Altrock/Grischa Bertram (Hg.): *Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure – Strategien – Strukturen*, Bielefeld 2012, S. 179–197.

- Kraus, Antje: Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen von Hütten- und Bergarbeiterfamilien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Arbeitersiedlungen der Carlshütte in Büdelsdorf (Rendsburg) und der Zeche Rheinelbe/Alma in Ückendorf (Gelsenkirchen), in: Werner Conze u.a. (Hg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 163–194.
- Kraus, Eberhard: Zu den Liudger-Viten des 9. Jahrhunderts, in: Westfälische Zeitschrift 142 (1992), S. 9–55.
- Krause, Elmar-Björn: Straßen zwischen Vorgeschichte und Gegenwart. Überlegungen zu verkehrsgeographischen Strukturen des Ruhrgebiets unter besonderer Berücksichtigung archäologischer Quellen, in: ders./Birgit Mecke (Hg.): Ur-Geschichte im Ruhrgebiet. Festschrift Arno Heinrich, Gelsenkirchen 1992, S. 95–111.
- Kretschmann, Carsten (Hg.): Wissenspopularisierung. Konzepte der Wissensverbreitung im Wandel, Berlin 2003.
- Kreuzberg, Peter Josef: Heimatgeschichte der Rheinprovinz, 2. Aufl., Bonn 1915.
- Krey, Ursula: Vom Kulturverein zur Vereinskultur. Organisierte Geselligkeit als populäre Freizeitgestaltung nach 1850, in: Kift, Kirmes, S. 169–195.
- Kriedte, Peter: Proto-Industrialisierung und großes Kapital: Das Seidengewerbe in Krefeld und seinem Umland bis zum Ende des Ancien Régime, in: Archiv für Sozialgeschichte 23 (1983), S. 219–266.
- Krins, Brigitte: Osemundprotokolle als Quelle zur Wirtschaftsgeschichte, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 69 (1974), S. 109–202.
- Kroker, Evelyn: Frauen und Bergbau: Zeugnisse aus fünf Jahrhunderten. Ausstellung des Deutschen Bergbau-Museums Bochum vom 29. August bis 10. Dezember 1989, Bochum 1989.
- Krupp Wohnungsbau GmbH (Hg.): Krupp Wohnungsbau im Ruhrgebiet 1861–1984. Chronik, Essen 1985.
- Krus-Bonazza, Annette: „Gewaltige Volksmassen zogen gestern zum Viehmarkt ...“ Die Dortmunder Ostermesse und Herbstkirmes, in: Framke, 8 Stunden, S. 113–125.
- Krus-Bonazza, Annette: Auf Cranger Kirmes. Vom Pferdemarkt zum Oktoberfest des Westens, Münster 1992.
- Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart, Teil 1: 1789 bis 1870, 6. Aufl., Berlin 1954.
- Kühl, Stefan: Brauchbare Illegalität. Vom Nutzen des Regelbruchs in Organisationen, Frankfurt a. M. 2020.
- Kühlborn, Johann-Sebastian u.a.: Rom auf dem Weg nach Germanien: Geostrategie, Vormarschtrassen und Logistik, Mainz 2008.
- Kuhn, Anja/Laube, Robert: Frühe Neuzeit, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hg.): Literaturwegweiser zur Geschichte an Ruhr und Emscher, Essen 1999, S. 23–34.
- Kühne, Gunther: Das deutsche Bergrecht von 1865 bis zur Gegenwart, in: Tenfelde/Pierenkemper, Motor der Industrialisierung, S. 495–531.
- Kulczycki, John J.: The Herner Polenaufstand of 1899, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 24 (2000), S. 5–17.
- Kümper, Hiram: Ludeke Nagel, Amtmann zu Wetter um 1500 – eine Karriere im Spiegel der klevisch-märkischen Registerbände, in: ders./Stefan Pätzold (Hg.): Märkische Retro-Perspektiven. Beiträge für Dietrich Thier zur Geschichte der Grafschaft Mark, Remscheid 2023, S. 39–78.
- Kümper, Hiram: Ressourcen für die Heilsarbeit. Zur Ökonomie des Klosters Saarn, in: Stefan Pätzold (Hg.): Kloster im Wandel. Die Saarner Zisterzienserinnen in Mittelalter und Früher Neuzeit, Remscheid 2023, S. 73–113.
- Kümper, Hiram: Der Traum vom Ehrbaren Kaufmann. Die Deutschen und die Hanse, Berlin 2021.
- Kümper, Hiram: Adolf III. von Kleve-Mark (*1332/33, †1394): Zweimal (fast) Bischof und Begründer der Union mit Kleve, in: Pätzold/Thier, Die Grafen von der Mark, S. 253–288.
- Kümper, Hiram: Tragik der Allmende? Markenordnung und Markenteilung im Märkisch-Limburgischen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Märkisches Jahrbuch für Geschichte 121 (2021), S. 19–70.
- Kümper, Hiram/Toro, Daniele: Stabile Bindungen: die südwestfälische Kettenproduktion als eigenwilliger Weg der Industrialisierung, in: Westfälische Forschung 77 (2022), S. 261–292.
- Kümper, Hiram/Wegener, Dieter: Ernst Ehrhardt – Dombaumeister. Ein Architektenleben zwischen Preußen und Bremen, Bremen 2022, S. 44–96.
- Kumpmann, Karl: Die Entstehung der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft: 1830–1844. Ein erster Beitrag zur Geschichte der Rheinischen Eisenbahn, Essen-Ruhr 1910.
- Kupper, Patrick: Umweltgeschichte, Göttingen 2021.
- Kurgan-van Hentenryk, Ginette/Puissant, Jean: Die industriellen Beziehungen im belgischen Kohlenbergbau seit

Literaturverzeichnis

- dem Ende des 19. Jahrhunderts, in: Feldman/Tenfelde, Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau, S. 163–219.
- Kurowski, Hubert: Die Emscher. Geschichte und Geschichten einer Flußlandschaft, Essen 1993.
- Kuske, Bruno: Wirtschaftsentwicklung Westfalens in Leistung und Verflechtung mit den Nachbarländern bis zum 18. Jahrhundert, Münster 1943.
- Laak, Dirk van: Bezugspunkt und Namensgeberin. Erinnerungsort Ruhr, in: Berger u.a., Zeit-Räume, S. 116–128.
- Laak, Dirk van: Alles im Fluss. Die Lebensadern unserer Gesellschaft – Geschichte und Zukunft der Infrastruktur, Frankfurt a. M. 2018.
- Lademacher, Horst: Wirtschaft, Arbeiterschaft und Arbeiterorganisation in der Rheinprovinz am Vorabend des Sozialistengesetzes 1878, in: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 111–143.
- Landsberg, Ernst (Hg.): Die Gutachten der Rheinischen Immediat-Justiz-Kommission und der Kampf um die rheinische Rechts- und Gerichtsverfassung, 1814–1819, Düsseldorf 1914.
- Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Hg.): Burgen Auf Ruhr. Unterwegs zu 100 Burgen, Schlössern und Herrensitzen in der Ruhrregion, Essen 2010.
- Lang, Gisela: Ländliche Bevölkerung der Grafschaft Mark, 1680 bis 1750, Dortmund u.a. 2012.
- Lang, Karl Heinrich: Memoiren des Karl Heinrich Ritters von Lang. Skizzen aus meinem Leben und Wirken, meinen Reisen und meiner Zeit in zwei Theilen, Bd. 1, Braunschweig 1842.
- Lange, Henry/Diercke, Carl: Schulatlas für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet (Essen und Umgebung). Bearbeitet und herausgegeben unter Mitwirkung von G. Vorell, Rektor, Duisburg-Meiderich, Braunschweig 1910.
- Lange, Henry/Diercke, Carl: Schulatlas für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet. Ausgabe für das Unterruhrgebiet. Bearbeitet und herausgegeben unter Mitwirkung von G. Vorell, Rektor, Duisburg-Meiderich, Braunschweig 1918.
- Lange, Johann E.: Neuer Indemnisations- und Grenz-Atlas von Teutschland. In 12 speciellen illuminirten Blaettern, welcher die neuen Besitzungen der Chur- und Fürstlichen-Haeuser und der Reichsstaedte, nebst den Entschädigungen nach dem Reich-Deputations-Schlusse vom 25ten Febr. 1803 enthaelt, Leipzig 1803.
- Langewiesche, Dieter: Nation, Nationalismus, Nationalstaat. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Neue Politische Literatur 40 (1995), S. 190–236.
- Langewiesche, Dieter: „Staat“ und „Kommune“. Zum Wandel der Staatsaufgaben in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 248 (1989), S. 621–635.
- Langewiesche, Dieter: Mobilität in deutschen Mittel- und Großstädten. Aspekte der Binnenwanderung im 19. und 20. Jahrhundert, in: Werner Conze u.a. (Hg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 70–93.
- Lauf, Ulrich: Knappschaftskrankenhäuser und -kureinrichtungen im Ruhrkohlenbergbau bis zum Ende der 1920er Jahre, in: Der Anschnitt 61 (2009), S. 302–313.
- Lee, Robert/McNamara, Paul: Port-Cities and their Hinterlands. Migration, Trade and Cultural Exchange from the Early Seventeenth Century to 1939, London 2022.
- Leenen, Stefan: Die Isenburg, in: Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Hg.), Burgen Auf Ruhr, S. 188–191.
- Leenen, Stefan/Pätzold, Stefan: Die Burg Blankenstein in Hattingen, Ennepe-Ruhr-Kreis, Münster 2009.
- Lehmann, Herbert: Ruhrort im 18. Jahrhundert, Duisburg 1966.
- Lehmann, Wingolf: Eine märkische Zollliste von 1573/74, in: Der Märker 37 (1988), S. 118–122.
- Leidinger, Paul: Der Westfälische Hellweg als frühmittelalterliche Etappenstraße zwischen Rhein und Weser, in: Westfälische Zeitschrift 149 (1999), S. 9–33.
- Lenger, Friedrich: Stadthygiene: Gesundheit und städtischer Raum in Europa während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Heinz-Peter Schmiedebach (Hg.): Medizin und öffentliche Gesundheit, Berlin 2018, S. 85–94.
- Lenger, Friedrich: Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850, München 2013.
- Lenger, Friedrich: Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt a. M. 1998.
- Lenger, Friedrich: Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878, Göttingen 1986.
- Lenschau, Thomas: Deutsche Wasserstraßen und Eisenbahnen in ihrer Bedeutung für den Verkehr, Frankfurt a. M. 1907.
- Lesczenski, Jörg: August Thyssen 1842–1926. Lebenswelt eines Wirtschaftsbürgers, Essen 2008.

- Leson, Willy (Hg.): So lebten sie an Ruhr und Emscher. Texte und Bilder von Zeitgenossen, Köln 1978.
- Levenstein, Adolf: Die Arbeiterfrage. Mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes und der psycho-physischen Einwirkungen auf die Arbeiter, München 1912.
- Lewe, Wilhelm: Die Eisenbahnen des Ruhrkohlenbezirks in geographischer Betrachtung, Münster 1926.
- Lieb knecht, Wilhelm: Rede des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Liebknecht über den Kölner Parteitag mit besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsbewegung, Bielefeld 1893.
- Lindemann, Karl: Die Rhein- und Ruhr-Häfen bei Duisburg und Duisburg-Ruhrort, Bonn 1908.
- Lindner, Werner (Hg.): Das Land an der Ruhr, Berlin 1923.
- Linne, Karsten: Das Ruhrgebiet als Testfall. NS-Soziologie zwischen Rassismus und Sozialtechnologie, in: Jahrbuch für Soziologiegeschichte 4 (1995), S. 181–209.
- Linnemeier, Bernd-Wilhelm (Hg.): Landwirtschaft im nördlichen Westfalen um 1800. Eine Untersuchung des Freiherrn vom Stein aus seiner Mindener Amtszeit, Münster 1994.
- Linscheidt-Modersohn, Dietlinde: Li (Fischer)-Eckert (1882–1942). Frauenrechtlerin und Pionierin der Sozialarbeit, in: Stadt Duisburg, Frauenbüro (Hg.): Von Griet zu Emma. Beiträge zur Geschichte von Frauen in Duisburg vom Mittelalter bis heute, Duisburg 2000, S. 108–110.
- Linse, Ulrich: „Animierkneipen“ um 1900. Arbeitersexualität und bürgerliche Sittenreform, in: Kift, Kirmes, S. 83–118.
- Linse, Ulrich: Über den Prozeß der Syphilisation – Körper und Sexualität um 1900 aus ärztlicher Sicht, in: Alexander Schuller/Nikolaus Heim (Hg.): Vermessene Sexualität, Berlin u.a. 1987, S. 163–185.
- Löbker, Gerhard: Wanderungen durch das Ruhrthal, Münster 1852.
- Loesch, Heinrich von (Hg.): Die Kölner Zunfturkunden nebst anderen Kölner Gewerbeurkunden bis zum Jahr 1500, Bd. 1, Bonn 1907.
- Looz-Corswarem, Clemens von: Schifffahrt und Handel auf dem Rhein vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, Köln u.a. 2020.
- Lorenz, Gottfried (Hg.): Quellen zur Vorgeschichte und zu den Anfängen des Dreißigjährigen Krieges, Darmstadt 1991.
- Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1984.
- Lottner, Heinrich: Geognostische Skizze des westfälischen Steinkohlen-Gebirges. Erläuternder Text zur Flößkarte des Westfälischen Steinkohlen-Gebirges, Iserlohn 1859.
- Luks, Timo: Schiffbrüchige des Lebens. Polizeidiener und ihr Publikum im neunzehnten Jahrhundert, Wien u.a. 2019.
- Luks, Timo: Das Unsichtbare sichtbar machen – das Sichtbare problematisieren? Intervenierende Soziographie als Gegenwartsdiagnose, oder: Die Herausforderung der factory girls, in: Thomas Alkemeyer u.a. (Hg.): Gegenwartsdiagnosen. Kulturelle Formen gesellschaftlicher Selbstproblematisierung in der Moderne, Bielefeld 2019, S. 127–145.
- Luks, Timo: Prekarität. Eine nützliche Kategorie der historischen Kapitalismusanalyse, in: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 51–80.
- Luntowski, Gustav: Dortmunder Kaufleute in England im 13. und 14. Jahrhundert. Ein Quellennachweis, Dortmund 1970.
- Lüsebrink, Wilhelm: Die Osemundindustrie: Ein Beitrag zur Industriegeschichte des märkischen Sauerlandes und zur Vorgeschichte der Kartelle, Diss. Univ. Würzburg 1919.
- Luther, Hans: Zusammenbruch und Jahre nach dem ersten Krieg in Essen. Erinnerungen des Oberbürgermeisters Dr. jur. Dr. med. h.c. Hans Luther, (Sonderdruck) Essen 1958.
- LWL-Museum für Archäologie/Westfälisches Landesmuseum Herne (Hg.): AufRuhr 1225! Ritter, Burgen und Intelligen. Das Mittelalter an Rhein und Ruhr, Mainz 2010.
- Machtan, Lothar: „Im Vertrauen auf unsere gerechte Sache ...“. Streikbewegungen der Industriearbeiter in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 52–73.
- Maier, Helmut/Berger, Stefan: Disziplin, Innovation, Kultur und Region, in: Adamski u.a., Forschung, Kultur und Bildung, S. 13–49.
- Mallinckrodt, Arnold: Versuch über die Verfaßung der kaiserlichen und des heiligen römischen Reichs freyen Stadt Dortmund, Dortmund 1795.
- Mania, Thomas: „Weiße was – 'nen Schnaps?“. Die Gaststätte als Kommunikationszentrum. Theorie und Praxis

Literaturverzeichnis

- am Beispiel eines Dortmunder Wohnquartiers, Münster u.a. 1997.
- Mankowski, H.: Die Bekämpfung der Animierkneipen, in: Soziale Revue 9 (1909), S. 381–386.
- Manova, Dariya: „Sterbende Kohle“ und „flüssiges Gold“. Rohstoffnarrative der Zwischenkriegszeit, Göttingen 2021.
- Marszolek, Inge: „Jedem Ehre, Jedem Preis...“. Maifeiern im Kaiserreich, in: Andreas Biefang/Michael Epkenhans/Klaus Tenfelde (Hg.): Das politische Zeremoniell im Deutschen Kaiserreich, Düsseldorf 2008, S. 411–432.
- Marszolek, Inge: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: Borsdorf u.a., Zukunft, S. 124–137.
- Martin, Michael: Allgegenwärtiger Tod. Arbeitsbedingungen und Mortalität im Ruhr-Bergbau bis zum Ersten Weltkrieg, in: Historical Social Research 34 (2009), S. 154–173.
- Marx, Karl: Art. An die streikenden Bergarbeiter im Ruhrtahl, in: Der Volksstaat 60, 27.07.1872.
- Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1979 [1867].
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, Berlin 1977 [1847], S. 459–493.
- Matscha, Michael: Heinrich I. von Müllenark, Erzbischof von Köln (1225–1238), Siegburg 1992.
- Mayntz, Renate: Max Webers Idealtyp der Bürokratie und die Organisationssoziologie, in: dies. (Hg.): Bürokratische Organisation, Köln u.a. 1969, S. 27–35.
- McCook, Brian Joseph: The Borders of Integration. Polish Migrants in Germany and the United States, 1870–1924, Athens, Ohio 2011.
- McIvor, Arthur/Johnston, Ronald: Miner's Lung. A History of Dust Disease in British Coal Mining, Aldershot/Hampshire 2007.
- McLeod, Hugh: Secularisation in Western Europe 1848–1914, Basingstoke 2000.
- Meier, Friedhelm: Die Änderung der Bodennutzung und des Grundeigentums im Ruhrgebiet von 1820 bis 1955, Bad Godesberg 1961.
- Meiern, Johann Gottfried von: Acta comitialia Ratisbonensia publica, oder Regensburgische Reichstags-Handlungen und Geschichte von den Jahren 1653 und 1654, Bd. 1, Göttingen 1738.
- Meinhard, E.: Der Dortmund-Ems-Kanal, in: Die Gartenlaube, Heft 17 (1899), S. 530–532.
- Meisenburg, Friedrich: Die Cholera in Essen im Jahre 1966, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 70 (1955), S. 71–91.
- Meister, Aloys: Die Grafschaft Mark. Festschrift zum Gedächtnis d. 300jähr. Vereinigung mit Brandenburg-Preußen, Bd. 1, Dortmund 1909.
- Meitzen, August: Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preussischen Staates nach dem Gebietsumfange vor 1866. Im Auftrage Ihrer Excellenzen des Ministers der Finanzen und des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten unter Benutzung der amtlichen Quellen, Bd. 2, Berlin 1869.
- Meitzen, August: Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preussischen Staates. Im Auftrage des Kgl. Ministeriums der Finanzen und des Kgl. Ministeriums für Landwirtschaft, Berlin 1868.
- Mergel, Thomas: Die Bürgertumsforschung nach 15 Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001), S. 515–538.
- Metzendorf, Rainer: Die Margarethenhöhe und die Gartenstadtbewegung im Kontext des 20. Jahrhunderts, in: Heinrich Theodor Grütter (Hg.): Die Gartenstadt Margarethenhöhe. Architektur und Geschichte, Essen 2014, S. 21–46.
- Moitra, Stefan: Das Wissensrevier. 150 Jahre Bergbauforschung und Ausbildung bei der Westfälischen Berggewerkschaftskasse/DMT-Gesellschaft für Lehre und Bildung. Geschichte einer Institution, Bochum 2014.
- Mölich, Georg (Hg.): Rheinland, Westfalen und Preußen – eine Beziehungsgeschichte, Münster 2011.
- Mölich, Georg (Hg.): Preußens schwieriger Westen. Rheinisch-preußische Beziehungen, Konflikte und Wechselwirkungen, Duisburg 2003.
- Mölich, Georg/Oepen, Joachim/Rosen, Wolfgang (Hg.): Klosterkultur und Säkularisation im Rheinland, Essen 2002.
- Molkenthin, Ralf/Priester, Hardy: Schiffe auf der Ruhr, in: Bodo Gundelach/Ralf Molkenthin (Hg.): Blicke auf das Mittelalter: Aspekte von Lebenswelt, Herrschaft, Religion und Rezeption. Festschrift für Hanna Vollrath, Herne 2004, S. 217–237.
- Möller, Johann Friedrich: Ueber eine in der Grafschaft Mark sehr gewöhnliche Art der Bauerngüter, in: Magazin für Westphalen 3 (1798), S. 520–584.
- Möller, Johann Friedrich: Woher kam es, daß zur Zeit des hanseatischen Bundes in den Ackerstädten des Hellwegs

- die Manufakturen blüheten?, in: *Magazin für Westfalen* 2 (1797), S. 97–112.
- Mommsen, Wolfgang J.: War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten, München 2002.
- Mommsen, Hans/Borsdorf, Ulrich (Hg.): Glück auf, Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979.
- Mooser, Josef: Erweckung und Gesellschaft. Zur Einführung, in: ders. (Hg.): *Frommes Volk und Patrioten. Erweckungsbewegung und soziale Frage im östlichen Westfalen 1800 bis 1900*, Bielefeld 1989, S. 10–14.
- Mooser, Josef: *Ländliche Klassengesellschaft 1770–1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen*, Göttingen 1984.
- Morgenroth, Willi: Die Exportpolitik der Kartelle. Untersuchungen über die handelspolitische Bedeutung des Kartellwesens, Leipzig 1907.
- Morsey, Rudolf: Die Zentrumsparterie in Rheinland und Westfalen, in: Walter Först (Hg.): *Politik und Landschaft*, Köln 1969, S. 11–50.
- Mosse, George L.: Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1976.
- Moulton, Harold Glenn: *Waterways versus Railways*. Revised Edition, Boston/New York 1926 (erste Auflage von 1912).
- Mückeley, Oskar: Masurische Seelsorge im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: *Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte* 44 (1951), S. 190–210.
- Müffling, Karl von: Geschichte der Rheinvermessung, aus einem Schreiben von General Freiherrn von Müffling, an den Direktor der Sternwarte Seeberg, Freiherrn von Lindenau, Coblenz November 1817, in: *Zeitschrift für Astronomie und verwandte Wissenschaften* 5 (1818), S. 33–48.
- Müller, Margrit: Organisatorischer Strukturwandel als Reaktion auf wahrgenommene Knappheit, in: Hans Siegenthaler (Hg.): *Ressourcenverknappung als Problem der Wirtschaftsgeschichte*, Berlin 1990, S. 141–170.
- Murphy, Richard C.: Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Das Beispiel Bottrop, in: Mommsen/Borsdorf, Glück auf, Kameraden, S. 89–108.
- Nathaus, Klaus: Vereinsgeselligkeit und soziale Integration von Arbeitern in Deutschland, 1860–1914. Mit einem vergleichenden Blick auf den britischen Fall, in: *Geschichte und Gesellschaft* 36 (2010), S. 37–65.
- Nathaus, Klaus: *Organisierte Geselligkeit. Deutsche und britische Vereine im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 2009.
- Naylor, Simon: Geological Mapping and the Geographies of Proprietorship in Nineteenth-Century Cornwall, in: David Livingstone/Charles W. J. Withers (Hg.): *Geographies of Nineteenth-Century Science*, Chicago 2011, S. 345–370.
- Nebe, Gustav: Evangelische Gemeindegründungen in Westfalen im 19. Jahrhundert. Nach den Quellen bearbeitet, in: *Jahrbuch für Westfälische Kirchengeschichte* 5 (1903), S. 1–88.
- Niebecker, Theodor/Niemöller, Wilhelm: *Rudolf Schmidts Schulatlas für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet*. 41 Haupt- und 56 Nebenkarten, Bielefeld 1914.
- Niethammer, Lutz: Umständliche Erläuterung der seelischen Störung eines Communalbaumeisters in Preußens größtem Industriedorf oder Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung, Frankfurt a. M. 1979, S. 83–87.
- Nivelstein, Markus: *Der Zug nach der Minette. Deutsche Unternehmen in Lothringen 1871–1918. Handlungsspielräume und Strategien im Spannungsfeld des deutsch-französischen Grenzgebietes*, Bochum 1993.
- Nipperdey, Thomas: *Religion im Umbruch. Deutschland 1870–1918*, München 1988.
- Nitsch, Meinolf/Gudermann, Rita (Hg.): *Agrarstatistik der Provinz Westfalen, 1750–1880*, Paderborn 2009.
- Nocon, Peter: Die Entwicklung frühmoderner Staatlichkeit im Vest Recklinghausen, in: *Vestische Zeitschrift* 100 (2004/05), S. 119–148.
- Nordmann, Hans: *Die ältere preussische Eisenbahngeschichte*, Berlin 1950.
- North, Michael: Von der atlantischen Handelsexpansion bis zu den Agrarreformen (1450–1815), in: ders. (Hg.): *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick*, 2. Aufl., München 2015, S. 112–196.
- Nystrom, Eric C.: *Seeing Underground. Maps, Models, and Mining Engineering in America*, Reno 2016.
- Obladen-Kauder, Julia: Ein karolingischer Flußkahn aus Kalkar-Niedermörmter, in: *Archäologie im Rheinland* 1993, S. 98 f.
- Ocklenburg, Ulrich: Die Ausgrabungen im römischen Vicus von Asciburgium, Duisburg-Bergheim, Burgfeld 181–183, in: *Dispargum. Jahresberichte der Duisburger Stadtarchäologie* 3 (2018), S. 9–38.

Literaturverzeichnis

- Oedinger, Friedrich Wilhelm (Hg.): Die Erzdiözese Köln um 1300, Hf. 1: Der Liber Valoris, Bonn 1967.
- Offermann, Toni: Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung 1848/49–1860/64, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987), S. 419–447.
- Ohm, Matthias: Das alte Rathaus in Dortmund. Zu Baugeschichte, Ausstattung und Symbolwert, in: Nils Büttner/Thomas Schilp/Barbara Welzel (Hg.): Städtische Repräsentation. St. Reinoldi und das Rathaus als Schauplätze des Dortmunder Mittelalters, Bielefeld 2005, S. 249–273.
- Ohm, Matthias/Schilp, Thomas/Welze, Barbara (Hg.): Ferne Welten – Freie Stadt: Dortmund im Mittelalter, Bielefeld 2006.
- Olmer, Beate: Wasser. Historisch. Zu Bedeutung und Belastung des Umweltmediums im Ruhrgebiet 1870–1930, Frankfurt a. M. u.a. 1998.
- Olmer, Beate/Stephan-Maaser, Reinhild (Hg.): Der Goldschatz von Unna. Zusammensetzung und Bedeutung des größten mittelalterlichen Münzfundes Westfalens, Essen 2010.
- O'Rourke, Kevin/Williamson, Jeffrey G.: Globalization and History. The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy, 2. Aufl., Cambridge 2000.
- Orschiedt, Jörg u.a.: Die Blätterhöhle in Hagen, in: Michael Baales/Ralf Blank/ders. (Hg.): Archäologie in Hagen. Eine Geschichtslandschaft wird erforscht, Essen 2010, S. 127–149.
- Ostendorf, Rolf: Eisenbahnknotenpunkt Ruhrgebiet. Die Entwicklungsgeschichte der Revierbahnen seit 1838, Stuttgart 1979.
- Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009.
- Ostrom, Elinor: Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge 2015.
- Otten, Thomas (Hg.): Fundgeschichten. Archäologie in Nordrhein-Westfalen, Mainz 2010.
- Ottmann, Ernst: Die Duisburg-Ruhrorter Häfen. Denkschrift zur Vollendung der in den Jahren 1903 bis 1908 ausgeführten Hafen-Erweiterungen, Duisburg 1908.
- Palmer, Sarah: Ports, in: Martin J. Daunton (Hg.): The Cambridge Urban History of Britain. 1840–1950, Cambridge 2000, S. 133–150.
- Palsky, Gilles: Des chiffres et des cartes naissance et développement de la cartographie quantitative française au XIXe siècle, Paris 1996.
- Parent, Thomas: Gute Wohnung, hoher Lohn. Zukunftsversprechen für polnische Immigranten ins Ruhrgebiet und ihre Einlösung, in: Landschaftsverband Rheinland/Rheinisches Industriemuseum Oberhausen (Hg.): War die Zukunft früher besser? Visionen für das Ruhrgebiet, Bottrop u.a., 2000, S. 43–60.
- Parent, Thomas/Stachelhaus, Thomas: Stadtlandschaft Ruhrrevier. Bilder und Texte zur Verstädterung einer Region unter dem Einfluß von Kohle und Stahl, Essen 1991.
- Parker, Geoffrey: Der Aufstand der Niederlande: von der Herrschaft der Spanier zur Gründung der Niederländischen Republik, 1549–1609, München 1979.
- Pätzold, Stefan: Königshof und Kirche im frühmittelalterlichen Bochum, in: ders. (Hg.): Bochum, der Hellwegraum und die Grafschaft Mark im Mittelalter, Bielefeld 2009, S. 17–42.
- Pätzold, Stefan: Die Urkunde des Erzbischofs Heribert von Köln für „Gräfin Imma“ aus dem Jahr 1008 – eine Fälschung?, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 79 (2008), S. 11–50.
- Pätzold, Stefan/Thier, Dietrich (Hg.): Die Grafen von der Mark. Ein biographisches Handbuch, Remscheid 2021.
- Perrefort, Maria: „Man hörte in den Tagen nichts als Heulen und Schreien in der Stadt.“ Hamm im Siebenjährigen Krieg (1756–1763), in: Der Märker 53 (2004), S. 26–35.
- Peters, Carl Friedrich: Der Kirchsprengel Weitmar oder Über die Gegend, wo Hermann den Varus schlug, Essen 1823.
- Peters, Daniel: Glanz und Schatten Karls des Großen: Eroberung, Mission und Integration der Sachsen in das Karolingerreich, in: Dirk Callebaut (Hg.): Das Erbe Karls des Großen 814–2014, Gent 2015, S. 117–124.
- Peters, Ralf (Hg.): 100 Jahre Wasserwirtschaft im Revier. Die Emscher genossenschaft 1899–1999, Bottrop 1999.
- Peters-Schildgen, Susanne: Von Ost nach West: Migration ins Ruhrgebiet. Geschichte und Forschungslage, in: Dagmar Kift/Dietmar Osses (Hg.): Polen – Ruhr. Zuwanderung zwischen 1871 und heute, Essen 2007, S. 15–24.
- Petrasch, Karl/Brewer, Johann Wilhelm: Der Narren-Orden zu Cleve, Köln 1827.
- Pfister, Ulrich: Die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft (ca. 1450–1850): ein endogenes Modell, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (2003), S. 57–81.
- Pfister, Ulrich: Proto-industrielles Wachstum: ein theoretisches Modell, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (1998), S. 21–47.

- Pfläging, Kurt: Steins Reise durch den Kohlenbergbau an der Ruhr. Der junge Freiherr vom Stein als Bergdirektor in der Grafschaft Mark, Horb am Neckar 1999.
- Pfläging, Kurt: Die Wiege des Ruhrkohlenbergbaus. Die Geschichte der Zechen im südlichen Ruhrgebiet, Essen 1979.
- Pieler, Franz I.: Das Ruhrthal. Reise auf der neuen Ruhrtal-Eisenbahn mit Ausflügen in die Umgegend, Arnsberg 1881 [1871].
- Pielhoff, Stephen/Murauer-Ziebach, Waltraud: Im Hause Krupp. Die Bediensteten der Villa Hügel, Berlin u.a. 2021.
- Pieper, Lorenz: Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier, Stuttgart 1903.
- Pierenkemper, Toni: Beschäftigung und Arbeitsmarkt. Entstehung und Entwicklung der modernen Erwerbsgesellschaft in Deutschland (1800–2000), Stuttgart 2017.
- Pierenkemper, Toni: Köpfe, in: Karl-Peter Ellerbrock (Hg.): Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert, Münster 2017, S. 44–113.
- Pierenkemper, Toni: Der Bergbau – Leitsektor der deutschen Industrialisierung, in: Tenfelde/ders., Motor, S. 45–102.
- Pierenkemper, Toni: Zur wirtschaftlichen Entwicklung ostmitteleuropäischer Regionen im 19. Jahrhundert, in: ders. (Hg.): Regionen und Regionale Industrialisierung. Zur wirtschaftlichen Entwicklung ostmitteleuropäischer Regionen im 19. Jahrhundert, Aachen 2009, S. 7–16.
- Pierenkemper, Toni: Die Industrialisierung europäischer Montanregionen im 19. Jahrhundert, Stuttgart 2002.
- Pierenkemper, Toni: „Dienstbotenfrage“ und Dienstmädchenarbeitsmarkt am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte 28 (1988), S. 173–201.
- Pierenkemper, Toni: Die westfälischen Schwerindustriellen 1852–1913. Soziale Strukturen und unternehmerischer Erfolg, Göttingen 1979.
- Pierenkemper, Toni: Regionale Differenzierung im östlichen Ruhrgebiet 1850–1887. Dargestellt am Beispiel der Einführung der Dampfkraft, in: Rainer Fremdling u.a. (Hg.): Industrialisierung und Raum. Studien zur regionalen Differenzierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1979, S. 165–191.
- Pierenkemper, Toni: Struktur und Entwicklung der Schwerindustrie in Oberschlesien und im westfälischen Ruhrgebiet, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 2 (1979), S. 1–28.
- Pietsch, Eva: „Bleiche Lippen und hektische Wangen, flache Brust und blasse Haut“. „Bodily experiences of class“ im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Bielefelder Graduiertenkolleg Sozialgeschichte (Hg.): Körper Macht Geschichte – Geschichte Macht Körper. Körpergeschichte als Sozialgeschichte, Bielefeld 1999, S. 248–271.
- Pietsch, Hartmut: Die Feuerarbeiter. Arbeitsverhältnisse in der Duisburger Großindustrie vor dem 1. Weltkrieg, in: Ludger Heid/Julius H. Schoeps (Hg.): Arbeit und Alltag im Revier. Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im westlichen Ruhrgebiet im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Duisburg 1985, S. 166–198.
- Plumpe, Werner: Kapital und Finanzmarkt, in: Karl-Peter Ellerbrock (Hg.): Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert, Münster 2017, S. 115–189.
- Plumpe, Werner: Industrielle Beziehungen, in: Gerold Ambrosius/Dietmar Petzina/Werner Plumpe (Hg.): Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, 2. Aufl., München 2006, S. 391–426.
- Plumpe, Werner: Unternehmerverbände und industrielle Interessenpolitik, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 655–727.
- Pomykaj, Gerhard: Bergarbeiterbewegung und Sozialdemokratie an der Ruhr vor und nach dem Streik von 1889, in: Arno Herzig/Erdmann Linde (Hg.): Vor hundert Jahren. Die Arbeiterbewegung in Westfalen und an der Ruhr unter dem Sozialistengesetz. Darstellung und Dokumentation, Dortmund 1978, S. 41–57.
- Popplow, Marcus: Die Ökonomische Aufklärung als Innovationskultur des 18. Jahrhunderts zur optimierten Nutzung natürlicher Ressourcen, in: ders. (Hg.): Landschaften agrarisch-ökonomischen Wissens. Strategien innovativer Ressourcennutzung in Zeitschriften und Sozietäten des 18. Jahrhunderts, Münster 2010, S. 3–48.
- Pott, Andreas: Kulturelle Geographien. Identität und Raum. Perspektiven nach dem Cultural Turn, in: Christian Berndt/Robert Pütz (Hg.): Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn, Bielefeld 2007, S. 27–52.
- Pöttker, Horst/Bader, Harald: Gescheiterte Integration? Polnische Migration und Presse im Ruhrgebiet vor 1914, in: Rainer Geißler/Horst Pöttker (Hg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Forschungsbefunde, Bielefeld 2009, S. 15–46.

Literaturverzeichnis

- Prass, Reiner: Grundzüge der Agrargeschichte, Bd. 2, Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn der Moderne (1650–1880), Köln 2016.
- Prüßmann, Adolf: Der Ruhrorter Hafen, seine Entwicklung und Bedeutung, Düsseldorf 1902.
- Przigoda, Stefan: Unternehmensverbände im Ruhrbergbau. Zur Geschichte von Bergbau-Verein und Zechenverband 1858–1933, Bochum 2002.
- Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1967.
- Purzelbaum, Peter (Hg.): Die Reisen des Herrn Hofraths nach den Memoiren desselben bearbeitet, Berlin 1930.
- Pütz, Wilhelm: Leitfaden bei dem Unterricht in der vergleichenden Erdbeschreibung, Freiburg 1855.
- Rabe, Carl Ludwig Heinrich: Sammlung Preußischer Gesetze und Verordnungen, Bd. 1, 6. Abt., Halle/Berlin 1822.
- Radkau, Joachim: Holz. Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt, München 2018.
- Radkau, Joachim: Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt, München 2012.
- Radkau, Joachim: Holzverknappung und Krisenbewußtsein im 18. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 513–543.
- Rancière, Jacques: Die Nacht der Proletarier. Archive des Arbeitertraums, Wien u.a. 2013.
- Rasch, Manfred: Zwei Provinzen – ein Wirtschaftsraum? Zur Wahrnehmung des „Ruhrgebiets“ durch Montan-industrielle im 19. Jahrhundert, in: Ditt/Tenfelde, Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen, S. 225–262.
- Rasch, Manfred/Feldman, Gerald D. (Hg.): August Thyssen und Hugo Stinnes. Ein Briefwechsel 1898–1922. Bearb. u. annotiert von Vera Schmidt, München 2003.
- Rau, Reinhold (Bearb.): Quellen zur karolingischen Reichsgeschichte, Tl. 1 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters 5), Darmstadt 1955.
- Reden, Friedrich Wilhelm von: Erwerbs- und Verkehrs-Statistik des Königstaats Preußen in vergleichender Darstellung, Darmstadt 1853.
- Reden, Friedrich Wilhelm von: Die Eisenbahnen Deutschlands. Statistisch geschichtliche Darstellung ihrer Entstehung, ihres Verhältnisses zu der Staatsgewalt sowie ihrer Verwaltungs- und Betriebseinrichtungen, Bd. 2.2: Die preußischen Eisenbahnen, Berlin 1844.
- Regul, Rolf: Die Wettbewerbslage der Steinkohle, Berlin 1933.
- Reich, Albert: Leitfaden für die Ruß- und Rauchfrage, München 1917.
- Reicher, Christa: Ein Blick zurück. Siedlungsentwicklung und Wohnkultur in der Agglomeration Ruhr, in: Adamski u.a., Forschung, Kultur und Bildung, S. 295–314.
- Reicher, Christa: Schichten einer Region. Kartenstücke zur räumlichen Struktur des Ruhrgebiets, Berlin 2011.
- Reichskommissar (Hg.): Weltausstellung in Brüssel 1910. Amtlicher Katalog, Berlin 1910.
- Reif, Heinz: Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846–1929, Textband, Köln/Bonn 1993.
- Reif, Heinz: Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846–1929, Köln 1992.
- Reif, Heinz: Landwirtschaft im industriellen Ballungsraum, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 337–393.
- Reif, Heinz: Stadtentwicklung und Viertelbildung im Ruhrgebiet: Oberhausen 1850 bis 1929, in: Wolfgang Hardtwig/Klaus Tenfelde (Hg.): Soziale Räume in der Urbanisierung. Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850 bis 1933, München 1990, S. 155–174.
- Reif, Heinz: „Ein seltener Kreise von Freunden“. Arbeitsprozesse und Arbeitserfahrung bei Krupp 1840–1914, in: Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeit und Arbeitserfahrung in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 51–91.
- Reif, Heinz: Soziale Lage und Erfahrungen des alternden Fabrikarbeiters in der Schwerindustrie des westlichen Ruhrgebiets während der Hochindustrialisierung, in: Archiv für Sozialgeschichte 22 (1982), S. 1–94.
- Reimann, Norbert: Dortmund. Prämonstratenserinnen, gen. das Katharinenkloster, in: Karl Hengst (Hg.): Westfälisches Klosterbuch (Quellen und Forschungen zur Kirchen- und Religionsgeschichte 2), Bd. 1, Münster 1992, S. 252–255.
- Reimann, Norbert: Königshof, Pfalz, Reichsstadt. Bilder und Texte zur Entstehung der Stadt Dortmund, Dortmund 1984.
- Reimann, Norbert: Vom Königshof zur Reichsstadt. Untersuchungen zur Dortmunder Topographie im Früh- und Hochmittelalter, in: ders./Gustav Luntowski (Hg.): Dortmund. 1100 Jahre Stadtgeschichte. Festschrift, Dortmund 1982, S. 21–52.

- Reinhard, Wolfgang: Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, 3. Aufl., München 2002.
- Reininghaus, Wilfried: Das Ruhrgebiet entsteht, in: Farrenkopf u.a., Stadt der Städte, S. 67–75.
- Reininghaus, Wilfried: Die vorindustrielle Wirtschaft in Westfalen. Ihre Geschichte vom Beginn des Mittelalters bis zum Ende des Alten Reiches, 3 Bde., Münster 2018.
- Reininghaus, Wilfried: Der Bochumer Gold- und Silberschmied Gerhard Wilhelm Strunck und die Anfänge der Konsumgesellschaft in der Grafschaft Mark im 18. Jahrhundert, in: Wölk, Hundertsieben Sachen, S. 105 f.
- Reininghaus, Wilfried: Werl und die Hansen in Westfalen, in: Westfälische Zeitschrift 159 (2009), S. 263–279.
- Reininghaus, Wilfried: Die Stadt Iserlohn und ihre Kaufleute (1700–1815), Dortmund 1995.
- Reininghaus, Wilfried (Hg.): Metallgewerbe und Außenhandel in der Grafschaft Mark 1674–1726: Quellen aus Uppsala und Hagen, Münster 1995.
- Reininghaus, Wilfried: Die historischen Arbeiten des Elseyer Pfarrers Johann Friedrich Möller. Ein Beitrag zur westfälischen Landesgeschichtsforschung um 1800, in: Westfälische Zeitschrift 144 (1994), S. 135–165.
- Reininghaus, Wilfried: Der märkische Steinkohlenbergbau und Brandenburg-Preußen. Ein Überblick über die Entwicklung bis 1770, in: ders./Joachim Huske/Thomas Schilp: Das Muth-, Verleih- und Bestätigungsbuch 1770–1773. Eine Quelle zur Frühgeschichte des Bergbaus, Dortmund 1993, S. 15–54.
- Reininghaus, Wilfried: Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der alten Grafschaft Mark, in: Eckhard Trox/Veren für die Geschichte Preussens und der Grafschaft Mark (Hg.): Preußen im südlichen Westfalen. Wirtschaft, Gesellschaft und Staat insbesondere im Gebiet der Grafschaft Mark bis 1870/71, Lüdenscheid 1993, S. 11–41.
- Reininghaus, Wilfried: Entwicklung und Struktur des Handwerks, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 395–433.
- Reininghaus, Wilfried: Zünfte, Städte und Staat in der Grafschaft Mark, Münster 1989.
- Renard, Léa: Mit den Augen der Statistiker. Deutsche Kategorisierungspraktiken von Migration im historischen Wandel, in: Zeithistorische Forschungen 15 (2018), S. 431–451.
- Restorff, F. von: Topographisch-Statistische Beschreibung der Königlich Preußischen Rheinprovinzen, Berlin 1830.
- Reulecke, Jürgen: Ein Drama in fünf Akten. Zweihundert Jahre Sozialgeschichte des Ruhrgebiets im Überblick, in: ders.: Vom Kohlenpott zu Deutschlands „starkem Stück“. Beiträge zu einer Sozialgeschichte des Ruhrgebiets, Bonn 1990, S. 9–25.
- Reulecke, Jürgen: Schwerindustrie und Bergbau als Städtetegründer. Das Ruhrgebiet und das Siegerland im Vergleich, in: ders.: Vom Kohlenpott zu Deutschlands „starkem Stück“. Beiträge zu einer Sozialgeschichte des Ruhrgebiets, Bonn 1990, S. 27–47.
- Reulecke, Jürgen: Bürgerliche Sozialreformer und der Bergarbeiterstreik an der Ruhr im Jahre 1889, in: ders.: Vom Kohlenpott zu Deutschlands „starkem Stück“. Beiträge zu einer Sozialgeschichte des Ruhrgebiets, Bonn 1990, S. 77–99.
- Reulecke, Jürgen: Das Ruhrgebiet als städtischer Lebensraum, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 2, S. 67–120.
- Reulecke, Jürgen: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a. M. 1985.
- Richter, Erika: 1756 bis 1763: Chronisten berichten von den Drangsalen der Menschen im Herzogtum Westfalen während des Siebenjährigen Krieges, in: Jahrbuch Hochsauerlandkreis 22 (2006), S. 92–102, S. 339–341.
- Richthofen, Ferdinand von: Führer für Forschungsreisende, Berlin 1886.
- Ritter, Gerhard A.: Einleitung, in: ders. (Hg.): Arbeiterkultur, Königstein 1979.
- Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992.
- Roelevink, Eva-Maria: Des Unternehmers „volkstümliche“ Biographie, oder: wie die Ruhrkohlenindustrie Geschichte machte, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 1 (2018), S. 33–68.
- Roelevink, Eva-Maria: Die Handlungskompetenz eines Managers: Der Aufstieg Emil Kirdorfs und die Gelsenkirchener Bergwerks-AG, 1873–1903/04, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 3 (2017), S. 376–411.
- Roelevink, Eva-Maria: Organisierte Intransparenz. Das Kohlensyndikat und der niederländische Markt 1915–1932, München 2015.
- Roelevink, Eva-Maria/Ziegler, Dieter: Wie organisiert war der Kapitalismus im Kaiserreich? Verbände, Kartelle und personelle Verflechtungen, in: Ulrich Pfister/Jean-Otmar Hesse/Mark Spoerer/Nikolaus Wolf (Hg.): Deutschland

Literaturverzeichnis

1871. Die Nationalstaatsbildung und der Weg in die moderne Wirtschaft, Tübingen 2021, S. 245–266.
- Roelevink, Eva-Maria/Ziegler, Dieter: „Bankenmacht“ im Ruhrbergbau. Die Disconto-Gesellschaft und die Gelsenkirchener Bergwerks-AG 1873–1904, in: Westfälische Forschungen 67 (2017), S. 117–142.
- Rohe, Karl/Jäger, Wolfgang/Dorow, Uwe: Politische Gesellschaft und politische Kultur, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 2, S. 419–507.
- Rohkrämer, Thomas: Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, München 1990.
- Rohns, Paul: Ruhr-Canalisierung oder Emscher-Canal. Entgegnung auf die Denkschrift über die Bedeutung der Ruhr-Canalisierung und über den gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten, Hannover 1888.
- Romeyk, Horst: Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816–1945, Düsseldorf 1994.
- Rösener, Werner: Grundherrschaft und Bauerntum im hochmittelalterlichen Westfalen, in: Westfälische Zeitschrift 139 (1989), S. 9–41.
- Rösener, Werner: Strukturformen der älteren Agrarverfassung im sächsischen Raum, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 52 (1980), S. 107–143.
- Rosowski, Udo: Die Bergrechtsreformen in Preußen und Österreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Vergleichende Untersuchung ihrer Auswirkungen auf die Lage der Bergleute unter besonderer Berücksichtigung des Westfälischen Kohlebezirks und der Steiermark, Brüggen 2023.
- Roth, Emanuel: Gewerbehygiene und Fabrikgesetzgebung, in: Theodor Weyl (Hg.): Handbuch der Hygiene. Bd. 8: Gewerbehygiene mit besonderer Rücksicht auf Fabrikgesetzgebung, Unfallschutz und Wohlfahrtseinrichtungen, Jena 1897, S. 1–78.
- Rothfuss, Anna: Korruption im Kaiserreich: Debatten und Skandale zwischen 1871 und 1914, Göttingen 2019.
- Rübel, Karl: Reichshöfe im Lippe-, Ruhr- und Diemel-Gebiete und am Hellwege, Dortmund 1901.
- Rübel, Karl (Hg.): Dortmunder Urkundenbuch, Bd. 1, Dortmund 1881.
- Rüdel, Markus: Die Abwasserreinigung in den Kläranlagen des Ruhrverbandes. Ein Garant für die gute Wasserqualität der Ruhr, in: Hombach, Die Ruhr und das Ruhrgebiet, S. 233–244.
- Rudwick, Martin J. S.: Bursting the Limits of Time, Chicago 2005.
- Rudzinski, Marco: Ein Unternehmen und „seine“ Stadt. Der Bochumer Verein und Bochum vor dem Ersten Weltkrieg, Essen 2012.
- Ruhrverband (Hg.): Zeit am/im Fluss. 100 Jahre Ruhrverband, Essen 2013.
- Runde, Ingo: Xanten im frühen und hohen Mittelalter. Sagentradition – Stiftsgeschichte – Stadtwerdung, Köln u.a. 2003.
- Saldern, Adelheid von: Netzwerke und Unternehmensentwicklung im frühen 19. Jahrhundert: Das Beispiel der Schoeller-Häuser, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 2 (2008), S. 147–176.
- Samida, Stefanie (Hg.): Inszenierte Wissenschaft. Zur Popularisierung von Wissen im 19. Jahrhundert, Bielefeld 2011.
- Sarasin, Philipp: Stadt der Bürger. Bürgerliche Macht und städtische Gesellschaft: Basel 1846–1914, Göttingen 1997.
- Sartorius, Georg Friedrich: Urkundliche Geschichte des Ursprunges der deutschen Hanse, hg. von Johann Martin Lappenberg, Bd. 2, Hamburg 1830.
- Sauerländer, Wilhelm (Hg.): Das Stadt- und Gildebuch, 1682–1809, Lüdenscheid 1954.
- Saul, Klaus: Zwischen Repression und Integration. Staat, Gewerkschaften und Arbeitskampf im kaiserzeitlichen Deutschland 1884–1914, in: Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 194–208.
- Saul, Klaus/Flemming, Jens/Stegemann, Dirk/Witt, Peter-Christian (Hg.): Arbeiterfamilien im Kaiserreich. Materialien zur Sozialgeschichte in Deutschland 1871–1914, Düsseldorf 1982.
- Schäfer, Michael: Geschichte des Bürgertums. Eine Einführung, Köln 2009.
- Schambach, Karin: Stadtbürgertum und industrieller Umbruch. Dortmund 1780–1870, München 1996.
- Schambach, Karin: „Fabriken gedeihen bekanntlich nicht in einer Ackerstadt“. Dortmund im Umbruch?, in: Lothar Gall (Hg.): Vom alten zum neuen Bürgertum. Die mitteleuropäische Stadt im Umbruch 1780–1820, München 1991, S. 143–182.

- Schatz, Klaus: Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum. Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1986.
- Scheler, Dieter: Adel und Adelssitze in Bochum, in: Wölk, Hundertsieben Sachen, S. 91–94.
- Scheler, Dieter: Von der Alten Welt zum Bergbauland, in: Tenfelde/Urban, Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 51–124.
- Schenk, Frithjof Benjamin: Mental Maps. Die Konstruktion von geographischen Räumen in Europa seit der Aufklärung, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 493–514.
- Scherm, Michael: Kleine und mittelständische Betriebe in unternehmerischen Netzwerken: die Reidemeister auf der Vollme im vor- und frühindustriellen Metallgewerbe der Grafschaft Mark, Stuttgart 2009, S. 103–116.
- Schieder, Wolfgang: Sozialgeschichte der Religion im 19. Jahrhundert. Bemerkungen zur Forschungslage, in: ders. (Hg.): Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1993, S. 11–28.
- Schieder, Wolfgang: Säkularisation und Mediatisierung in den vier rheinischen Departements 1803–1813. Edition des Datenmaterials der zu veräußernden Nationalgüter, Teil 1, Einführung und Register, Boppard am Rhein 1991.
- Schildt, Gerhard: Tagelöhner, Gesellen, Arbeiter. Sozialgeschichte der vorindustriellen und industriellen Arbeiter in Braunschweig, 1830–1880, Stuttgart 1986.
- Schilling, Lothar/Vogel, Jakob: Transnational Cultures of Expertise, Berlin 2019.
- Schilp, Thomas: Reinoldus. Die mittelalterliche Stadt Dortmund und ihr heiliger Patron, in: Meta Niederkorn-Bruck (Hg.): Ein Heiliger unterwegs in Europa: Tausend Jahre Koloman-Verehrung in Melk (1014–2014), Wien 2014, S. 279–300.
- Schilp, Thomas: Überlegungen zur Stadtwerdung. Vom locus des Frauenstifts zur civitas in der Mitte des 13. Jahrhunderts, in: Jan Gerchow (Hg.): Die Mauer der Stadt. Essen vor der Industrie, 1224 bis 1865, Bottrop 1995, S. 82–92.
- Schilp, Thomas: Die Grundherrschaftsorganisation des hochadligen Damenstifts Essen. Von der wirtschaftlichen Erschließung zur politisch-administrativen Erfassung des Raumes, in: Seibt u.a., Vergessene Zeiten, Bd. 2, S. 89–92.
- Schlimm, Anette: Regieren in Dörfern. Ländlichkeit, Staat und Selbstverwaltung, 1850–1945, Köln 2023.
- Schmalenbach, Eugen: Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung, in: Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung 5 (1928), S. 241–251.
- Schmidt, Ferdinand: Lüdenscheid – Altena – Iserlohn. Das Verhältnis der drei Drahtstädte untereinander bis zur Einführung der Gewerbefreiheit, Altena 1949.
- Schmidt, Ferdinand: Die Huldigung Herzog Johanns III. von Cleve in der Grafschaft Mark 1522, in: Süderland 13 (1935), S. 64 f.
- Schmidt, Robert: Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch), Essen 1912.
- Schmidt, Rudolf: Die Kartenaufnahme der Rheinlande durch Tranchot und v. Müffling 1801–1828, Bd. 1: Geschichte des Kartenwerkes und vermessungstechnische Arbeiten, Köln 1973.
- Schmidt-Rutsch, Olaf: Schiffbarmachung und Schifffahrt auf der Ruhr, in: Hombach, Die Ruhr und das Ruhrgebiet, S. 111–125.
- Schmidt-Rutsch, Olaf: Schifffahrt auf der Ruhr, in: Märkisches Jahrbuch für Geschichte 106 (2006), S. 127–142.
- Schmidt-Rutsch, Olaf: William Thomas Mulvany. Ein irischer Pragmatiker und Visionär im Ruhrgebiet 1806–1885, Köln 2003.
- Schmidt-Rutsch, Olaf: Salzschiifahrt auf der Ruhr, in: Märkisches Jahrbuch für Geschichte 102 (2002), S. 125–143.
- Schmoeckel, Mathias: Rechtsgeschichte der Wirtschaft, Tübingen 2008.
- Schneider, Lothar: Der Arbeiterhaushalt im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1967.
- Schneider, Louis: Aus meinem Leben, Bd. 3, Berlin 1880.
- Schneider, Ute: Geländezeichnen im Ersten Weltkrieg, in: Maria Heilmann/Nino Nanobashvili/Ulrich Pfisterer/Tobias Teutenberg (Hg.): Lernt Zeichnen! Techniken zwischen Kunst und Wissenschaft, 1525–1925, Passau 2015, S. 129–137.
- Schneider, Ute: Inquiries or Statistics? Agricultural Surveys and Methodological Considerations in the Nineteenth Century, in: Nadine Vivier (Hg.): The Golden Age of State Enquiries, Turnhout 2014, S. 43–57.
- Schneider, Ute: Die Macht der Karten. Eine Geschichte der Kartographie vom Mittelalter bis heute, 3. erweiterte und aktualisierte Auflage, Darmstadt 2012.

Literaturverzeichnis

- Schneider, Ute: „Den Staat auf einem Kartenblatt übersehen!“ Die Visualisierung der Staatskräfte und des Nationalcharakters in: Dipper/dies., Kartenwelten, S. 11–25.
- Schneider, Ute: Politische Festkultur im 19. Jahrhundert. Die Rheinprovinz von der französischen Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1806–1918), Essen 1995.
- Schnurr, Eva-Maria: Religionskonflikt und Öffentlichkeit: eine Mediengeschichte des Kölner Kriegs (1582 bis 1590), Köln u.a. 2009.
- Scholten, Heinz: Die Geschichte des Klevischen Heimat- und Verkehrsvereins e. V., in: Rund um den Schwanenturm 19 (1995), S. 17–23.
- Scholten-Buschhoff, Friederike: Die Landwirtschaft in der Ruhrzone im 19. Jahrhundert, in: Hombach, Heimat Ruhr, S. 121–129.
- Scholz, Dietmar: Die sogenannten Reichshöfe Castrop und Frohlinde. Wege und Irrwege lokaler und regionaler Geschichtsschreibung, in: Märkisches Jahrbuch für Geschichte 106 (2006), S. 57–102.
- Schoppmeyer, Heinrich: Geschichte vom Mittelalter bis zum Ende des Alten Reiches, Paderborn u.a. 2021.
- Schoppmeyer, Heinrich: Witten: Geschichte von Dorf, Stadt und Vororten, Bd. 1, Witten 2012.
- Schötz, Susanne: Zur Konstituierung „kleiner“ Selbständiger während der bürgerlichen Umwälzung in Leipzig. Ein Beitrag zur messestädtischen Sozialgeschichte, in: Jahrbuch für Geschichte 38 (1989), S. 39–94.
- Schraut, Sylvia: Kartierte Nationalgeschichte. Geschichtsatlanten im internationalen Vergleich 1860–1960, Frankfurt a. M. 2011.
- Schreiber, Alois Wilhelm: Handbuch für Reisende am Rhein, Heidelberg 1816.
- Schubert, Hans: Geschichte der nassauischen Eisenindustrie von den Anfängen bis zur Zeit des 30-jährigen Krieges, Marburg 1937.
- Schubert, Werner: Das preußische Eisenbahngesetz von 1838, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung 116 (1999), S. 152–203.
- Schücking, Levin: Eine Eisenbahnfahrt durch Westfalen, Leipzig 1855.
- Schuknecht, Franz: In pago Gesterean: Sachsenmission und historische Topografie an der unteren Lippe, in: Vestische Zeitschrift 106 (2016/17) S. 17–28.
- Schulte, Eduard: Hansestädte des Ruhrreviers in Bildern und Beschreibungen, Bochum 1964.
- Schulte-Beerbühl, Margit: Zwischen Leinen und Zigarren. Von Westfalen in die Karibik, nach Afrika und zurück (ca. 1660–1922), in: Marianne Bechhaus-Gerst/Fabian Fechner/Stefanie Michels (Hg.): Nordrhein-Westfalen und der Imperialismus, Berlin 2022, S. 69–89.
- Schulte-Beerbühl, Margit: Schmuggel am Rhein während der Napoleonischen Kriege, in: Thomas Becker/Dominik Geppert/Helmut Rönz (Hg.): Das Rheinland auf dem Weg nach Preussen 1815–1822, Wien u.a. 2019, S. 281–304.
- Schulz, David: Die Natur der Geschichte. Die Entdeckung der geologischen Tiefenzeit und die Geschichtskonzeptionen zwischen Aufklärung und Moderne, München 2020.
- Schulze, Reiner: Rheinisches Recht im Wandel der Forschungsperspektiven, in: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 24 (2002), S. 65–90.
- Schulze, Rudolf: Die Landstände der Grafschaft Mark bis zum Jahr 1510. Mit urkundlichen Beilagen, Heidelberg 1907.
- Schumpeter, Joseph A.: Comments on a Plan for the Study of Entrepreneurship, in: ders.: The Economics and Sociology of Capitalism, Princeton, New Jersey 1991, S. 406–428.
- Schumpeter, Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 2005 [1942].
- Schumpeter, Joseph A.: Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute [1929], in: ders.: Schriften zur Ökonomie und Soziologie, hg. v. Lisa Herzog und Axel Honneth, Berlin 2016, S. 78–102.
- Schumpeter, Joseph A.: Art. Unternehmer, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 8, 1928, S. 476–487.
- Schumpeter, Joseph A.: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, Berlin 1952 [1926].
- Schwabe, Klaus (Hg.): Die Preußischen Oberpräsidenten als Elite 1815–1945, Boppard 1985.
- Schwager, Johann Moritz: Bemerkungen auf einer Reise durch Westphalen, bis an und über den Rhein, Bielefeld 1987 [1804].
- Schweikle, Günther (Hg.): Walther von der Vogelweide, Werke, Bd. 1, Stuttgart 1994.
- Scotti, Johann Josef (Hg.): Sammlung der Gesetze und Verordnungen, welche in dem Herzogtum Cleve und in der Grafschaft Mark über Gegenstände der Landeshoheit, Verfassung, Verwaltung und Rechtspflege ergangen sind, Bd. 3, Düsseldorf 1826.

- Seibel, Wolfgang: Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung, Berlin 2017.
- Seibt, Ferdinand u.a. (Hg.): Vergessene Zeiten. Mittelalter im Ruhrgebiet, 2 Bde., Essen 1990.
- Sellmann, Adolf: Beschaffung von Kinematographen durch die Landgemeinden. (Referat auf dem 4. Westfälischen Landgemeindetag in Münster am 15. Juni 1912), in: Bild und Film. Zeitschrift für Lichtbilderei und Kinematographie 1 (1912), S. 86–88.
- Selter, Bernward: Waldwandel in Südwestfalen: vom ländlichen Versorgungswald zum Erwerbswald, in: Karl Ditt u.a. (Hg.): Agrarmodernisierung und ökologische Folgen: Westfalen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Paderborn u.a. 2001, S. 135–168.
- Senger, Basilius: Das Leben des Heiligen Liudger von Altfrid, Münster 1959.
- Sevcik, Thomas: Ruhrstadt: Das Ende des Ruhrgebiets, in: Die Zeit (online) 13.11.2022.
- Sickel, Theodor (Bearb.): Die Urkunden der deutschen Könige und Kaiser (Monumenta Germaniae Historica. Diplomata), Bd. 2, 2: Die Urkunden Ottos III., Hannover 1893.
- Sieferle, Rolf Peter: Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984.
- Simmel, Georg: Philosophie des Geldes, Frankfurt a. M. 1989 [1900].
- Simmersbach, Bruno: Die wirtschaftliche Entwicklung der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft von 1873 bis 1904, Freiberg 1906.
- Simonin, Louis: Underground Life. Or, Mines and Miners, London 1869.
- Simrock, Karl: Das malerische und romantische Rheinland. Mit 60 Stahlstichen, Leipzig 1840.
- Snowden, Frank M.: Epidemics and Society. From the Black Death to the Present, New Haven 2020.
- Sobanski, Daniel: Bergbau und Eisenindustrie zwischen dem Ruhrgebiet und Ostwestfalen. Die Entwicklung der Eisenhütte Westfalia 1823–1876, in: Blog der Historischen Kommission für Westfalen (LWL), Hypothesen 12.8.2022, <https://hiko.hypothesen.org/1975> [zuletzt aufgerufen am 22.6.2023].
- Sobotka, Bruno: Witten – Wiege des Ruhrbergbaus, Witten 1980.
- Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, München u.a. 1927 [1902].
- Spencer, Elaine G.: Policing Popular Amusements in German Cities. The Case of the Prussian Rhine Province 1815–1914, in: Journal of Urban History 16 (1990), S. 366–385.
- Spencer, Elaine G.: Between Capital and Labor. Supervisory Personnel in Ruhr Heavy Industry before 1914, in: Journal of Social History 9 (1975), S. 178–192.
- Spethmann, Hans: Das Ruhrgebiet im Wechselspiel von Land und Leuten, Wirtschaft, Technik und Politik, Bd. 1: Von der Vorrömerzeit bis zur Gestaltung des Reviers in der Mitte des 19. Jahrhunderts, [1933] Nachdruck Essen, 1995.
- Spethmann, Hans: Forschungen zur Geschichte des Ruhrbergbaus, Bd. 1 in 2 Teilbänden, Essen 1951.
- Spethmann, Hans: Wie unser Ruhrgebiet wurde, Berlin 1936.
- Spethmann, Hans: Die Grosswirtschaft an der Ruhr. Eine Darstellung ihrer Grundlagen, Breslau 1925.
- Spindler, Gerald: Recht und Konzern. Interdependenzen der Rechts- und Unternehmensentwicklung in Deutschland und den USA zwischen 1870 und 1933, Tübingen 1993.
- Spohn, Thomas: Stadtbrand als Chance: Wiederaufbauplanungen für westfälische Städte vom 17. bis ins 19. Jahrhunderts, in: Westfälisches Museumsamt, Feuer, S. 49–73.
- Spree, Reinhard: Die Wachstumszyklen der deutschen Wirtschaft von 1848 bis 1880. Mit einem konjunkturstatistischen Anhang, Berlin 1977.
- Springfeld, Arthur: Die Typhusepidemien [sic] im Regierungsbezirk Arnsberg und ihre Beziehungen zu Stromverseuchungen und Wasserversorgungsanlagen, Jena 1903.
- Staatsarchiv Münster (Bearb.): Westfälisches Urkundenbuch, Bd. 7: Die Urkunden des kölnischen Westfalen vom Jahr 1200–1300, Münster 1907.
- Stadt Hattingen (Hg.): Gestaltungshandbuch Gartenstadt Hüttenau Hattingen Welper, Hattingen 2016.
- Stambolis, Barbara: Religiöse Festkultur. Tradition und Neuformierung katholischer Frömmigkeit im 19. und 20. Jahrhundert: Das Liborifest in Paderborn und das Kilianifest in Würzburg im Vergleich, Paderborn 2000.
- Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hg.): Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Bevölkerungsentwicklung 1816–1871, Düsseldorf 1966.

Literaturverzeichnis

- Steinbeck, Aemil (Bearb.): Ergänzungen und Erläuterungen der Preußischen Rechtsbücher durch Gesetzgebung und Wissenschaft unter Benutzung der Akten eines hohen Justiz-Ministerii und der Gesetzrevisions-Arbeiten, Bd. 5, Vom Bergwerksregale, Breslau 1838.
- Steinberg, Heinz Günter: Brüche in der Kulturlandschaftsentwicklung des Ruhrgebiets, in: Siedlungsforschung 13 (1995), S. 129–146.
- Steinberg, Heinz Günter: Das Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Verdichtungsraum im Wandel, Münster 1985.
- Steinisch, Irmgard: Der Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter, in: Mommsen/Borsdorf, Glück auf, Kameraden, S. 273–300.
- Steitz, Walter: Die Entstehung der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der deutschen Eisenbahnen und des preussischen Aktienwesens, Köln 1974.
- St. Elisabeth-Hospital: Festschrift zum Goldenen Jubiläum. 1848–1898, Bochum 1898.
- Stellhorn, Gustav: Führer für das Ruhr- und Lennegebiet mit Anschluss der Städte Elberfeld-Barmen, der Remscheider Thalsperre, Burg-Müngsten, (Kaiser Wilhelm-Brücke), der Stadt Dortmund, (Emskanal-Henrichenburg), 2. Aufl., Hagen i. W. 1900.
- Stemmrich, Daniel: Die Siedlung als Programm. Untersuchungen zum Arbeiterwohnungsbau anhand Krupp-scher Siedlungen zwischen 1861 und 1907, Hildesheim/ New York 1981.
- Stephan-Maaser, Reinhild: Fakten und Legenden zur Christianisierung der Ruhrregion: der Wattenscheider Taufstein, in: Wölk, Hundertsieben Sachen, S. 47–52.
- Stieve, Felix: Zur Geschichte der Herzogin Jakobe von Jülich, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 13 (1877), S. 1–197.
- Stöcker, Rainer: Noch bleibt der volle Tag uns zu ersiegen. Geschichte der Hagener Arbeiterbewegung 1848–1923, Essen 1984.
- Stöllner, Thomas: Regenbogenschüsselchen, in: Wölk, Hundertsieben Sachen, S. 33–37.
- Storm, Monika: Das Herzogtum Westfalen, das Vest Recklinghausen und das rheinische Erzstift Köln: Kurköln in seinen Teilen, in: Klueting, Herzogtum Westfalen 1, S. 343–363.
- Strähler, Walter: Die westdeutschen Kanäle, in: Martin Eckoldt (Hg.): Flüsse und Kanäle. Die Geschichte der deutschen Wasserstraßen, Hamburg 1998, S. 370–379.
- Strauch, Dieter: Der rheinische Beitrag zur Entstehung des BGB, in: forum historiae iuris, März 2005, <https://forhistiur.net2005-03-strauch> 2005 [zuletzt aufgerufen am 6.12.2024].
- Stremmel, Ralf: Industrie und Fotografie. Der „Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation“, 1854–1926, Münster 2017.
- Stremmel, Ralf: Leit-Motive. Betriebliche Sozialeinrichtungen, in: Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung (Hg.): Krupp. Fotografien aus zwei Jahrhunderten, Berlin/München 2011, S. 143 f.
- Strohmeier, Klaus Peter/Gehne, David/Kurtenbach, Sebastian: Kleinräumige Segregationseffekte von Bergwerkstilllegungen im Ruhrgebiet am Beispiel ausgewählter Kommunen, (ZEFIR-Materialien, RUB, Bd. 7) Bochum 2015.
- Stüwer, Wilhelm: Die Reichsabtei Werden a. d. Ruhr (Germania Sacra N. F. 12), Göttingen 1980.
- Süß, Dietmar/Woyke, Meik: Der Geruch von Weihrauch und Achselschweiß? Überlegungen zu einer Geschichte der Solidarität, in: Archiv für Sozialgeschichte 60 (2020), S. 11–27.
- Swiniartski, Marco: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband 1891–1933. Eine Gewerkschaft im Spannungsfeld zwischen Arbeitern, Betrieb und Politik, Köln u.a. 2017.
- Szabo, Sacha: Rausch und Rummel. Attraktionen auf Jahrmärkten und in Vergnügungsparks. Eine soziologische Kulturgeschichte, Bielefeld 2015.
- Szlanta, Piotr: Der „Polenfresser“ gegen die „Reichsfeinde“: Kaiser Wilhelm II. und die Polen 1888–1918, Wiesbaden 2022.
- Tenfelde, Klaus: Arbeiter, Bürger, Städte. Zur Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 2012.
- Tenfelde, Klaus: Arbeiterleben und Arbeiterkultur in der schwerindustriellen Erwerbswelt, in: ders./Urban, Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 399–448.
- Tenfelde, Klaus: Radikal, militant? Forschungen über Bergarbeiterstreiks im 20. Jahrhundert, in: Angelika Westermann/Ekkehard Westermann (Hg.): Streik im Revier. Unruhe, Protest und Ausstand vom 8. bis 20. Jahrhundert, St. Katharinen 2007, S. 381–404.

- Tenfelde, Klaus: Der „Kruppianer“ – Die Geburt eines Mythos aus dem Geist der „Werksgemeinschaft“, in: Ferrum 78 (2006), S. 35–45.
- Tenfelde, Klaus: „Krupp bleibt doch Krupp“. Ein Jahrhundertfest. Das Jubiläum der Firma Fried. Krupp AG in Essen 1912, Essen 2005.
- Tenfelde, Klaus: Sozialgeschichte der Arbeit, in: Franz-Josef Jelich/Bernd Faulenbach (Hg.): Literaturwegweiser zur Geschichte an Ruhr und Emscher, Essen 1999, S. 139–151.
- Tenfelde, Klaus: Soziale Schichtung, Klassenbildung und Konfliktlagen im Ruhrgebiet, in: Köllmann u.a., Das Ruhrgebiet, Bd. 2, S. 121–217.
- Tenfelde, Klaus: Vereinskultur im Ruhrgebiet. Aspekte klassenspezifischer Sozialisation, in: Ludger Heid/Julius H. Schoeps (Hg.): Arbeit und Alltag im Revier. Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im westlichen Ruhrgebiet im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Duisburg 1985, S. 22–33.
- Tenfelde, Klaus: Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland (1850–1873), in: Otto Dann (Hg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984, S. 55–114.
- Tenfelde, Klaus: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Bonn 1981.
- Tenfelde, Klaus: Linksradikale Strömungen in der Ruhrbergarbeiterschaft 1905 bis 1919, in: Mommsen/Borsdorf, Glück auf, Kameraden, S. 199–224.
- Tenfelde, Klaus: Der bergmännische Arbeitsplatz während der Hochindustrialisierung (1890 bis 1914), in: Werner Conze/Ulrich Engelhardt (Hg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 283–335.
- Tenfelde, Klaus: Die „Krawalle von Herne“ im Jahre 1899, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 15 (1979), S. 71–104.
- Tenfelde, Klaus: Bildung und sozialer Aufstieg im Ruhrbergbau vor 1914. Vorläufige Überlegungen, in: Werner Conze u.a. (Hg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979, S. 465–493.
- Tenfelde, Klaus: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn 1977.
- Tenfelde, Klaus: Arbeiterschaft, Arbeitsmarkt und Kommunikationsstrukturen im Ruhrgebiet in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte 16 (1976), S. 1–59.
- Tenfelde, Klaus[†]/Pierenkemper, Toni (Hg.): Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3), Münster 2016.
- Tenfelde, Klaus/Trischler, Helmuth (Hg.): Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden von Bergleuten im Zeitalter der Industrialisierung, München 1986.
- Tenfelde, Klaus/Urban, Thomas (Hg.): Das Ruhrgebiet – Ein historisches Lesebuch, 2 Bde., Essen 2010.
- Tenfelde, Klaus/Volkman, Heinrich: Zur Geschichte des Streiks in Deutschland, in: dies. (Hg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 9–30.
- Tenholt, August: Die Ankylostomiasis-Frage. Zusammenfassende Uebersicht, Jena 1903.
- Teppe, Karl A./Epkenhans, Michael (Hg.): Westfalen und Preussen. Integration und Regionalismus, Paderborn 1991.
- Teuteberg, Hans Jürgen: Die Doktrin des ökonomischen Liberalismus und ihre Gegner, dargestellt an der prinzipiellen Erörterung des Arbeitsvertrages im ‚Verein für Socialpolitik‘ (1872–1905), in: Helmut Coing/Walter Wilhelm (Hg.): Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1977, S. 47–73.
- Tewes, Ludger: Mittelalter an Lippe und Ruhr, Essen 1988.
- Tewes, Ludger: Die Amts- und Pfandpolitik der Erzbischöfe von Köln im Spätmittelalter, Köln u.a. 1987.
- Thienemann, August: Die Verschmutzung der Ruhr, in: Wasser und Gas 13 (1912), S. 419–422.
- Thorade, Nora: Das Schwarze Gold. Eine Stoffgeschichte der Steinkohle im 19. Jahrhundert, Paderborn 2020.
- Tilly, Richard H./Kopsidis, Michael: From Old Regime to Industrial State. A History of German Industrialization from the Eighteenth Century to World War I, Chicago 2020.
- Tilly, Richard H.: Zur Entwicklung des Kapitalmarktes und Industrialisierung im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 2 (1973), S. 145–165.
- Tilly, Richard H.: Die Industrialisierung des Ruhrgebiets und das Problem der Kapitalmobilisierung, in: ders.: Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung. Gesammelte Aufsätze, Göttingen 1980, S. 65–76.

Literaturverzeichnis

- Tilly, Richard H.: Sozialer Protest als Gegenstand historischer Forschung, in: ders.: Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung. Gesammelte Aufsätze, Göttingen 1980, S. 175–196.
- Tilly, Stephanie: Wirtschaft und Politik, in: Karl-Peter Ellerbrock (Hg.): Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quellen zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert, Münster 2017, S. 526–633.
- Timm, Willy: Salz aus Unna – von den Brockhauser Salzwerken zu Saline und Bad Königsborn, 2. überarb. Aufl., Unna 1989.
- Tölcke, Carl Wilhelm: Ein Leitfaden für die Agitatoren, Bevollmächtigten und Mitglieder des Vereins, Berlin 1873.
- Tooze, Adam J.: Statistics and the German state, 1900–1945. The Making of Modern Economic Knowledge, Cambridge 2001.
- Torge, Wolfgang: Geschichte der Geodäsie in Deutschland, Berlin 2007.
- Tours, Gregor von: Zehn Bücher Geschichten, Tl. 1 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters 2), bearb. von Rudolf Buchner, Darmstadt 1964.
- Treitschke, Heinrich von: Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert. 4. Theil. Bis zum Tode König Friedrich Wilhelms III., Leipzig 1889.
- Trischler, Helmuth: Steiger im deutschen Bergbau. Zur Sozialgeschichte der technischen Angestellten 1815–1945, München 1988.
- Trox, Eckhard: Märkisches Sauerland und märkisches Ruhrgebiet. Die Spaltung regionalen Geschichts- und Raumbewusstseins in den 1880er Jahren, in: Ditt/Tenfelde, Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen, S. 163–188.
- Trox, Eckhard: Kulturmilieu und Museumsgründungen. Träger der Bestrebungen für den Aufbau historischer Museen in Städten der ehemaligen Grafschaft Mark vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Westfälische Forschungen 47 (1997), S. 31–65.
- Ueberhorst, Horst: Die Arbeitersportbewegung in Deutschland (1893–1933), in: Dietmar Petzina (Hg.): Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986, S. 61–67.
- Ueberhorst, Horst/Hauk, Gerhard/Klein, Ralf/Malvache, Jean-Luc/Stiller, Eike: Arbeitersport- und Arbeiterkulturbewegung im Ruhrgebiet, Opladen 1989.
- Uekötter, Frank: Im Strudel. Eine Umweltgeschichte der modernen Welt, Frankfurt a. M./New York 2020.
- Uekötter, Frank: Der Umbruch vom alten zum neuen Revier. Erinnerungsort Rauch, in: Berger u.a., Zeit-Räume, S. 162–172.
- Uekötter, Frank: Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, München 2007.
- Uekötter, Frank: Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880–1970, Essen 2003.
- Uhl, Karsten/Bluma, Lars: Arbeit – Körper – Rationalisierung. Neue Perspektiven auf den historischen Wandel industrieller Arbeitsplätze, in: dies. (Hg.): Kontrollierte Arbeit – disziplinierte Körper? Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Industriearbeit im 19. und 20. Jahrhundert, Bielefeld 2012, S. 9–31.
- Ullmann, Hans-Peter: Unternehmerschaft, Arbeitgeberverbände und Streikbewegung 1890–1914, in: Klaus Tenfelde/Heinrich Volkmann (Hg.): Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 194–208.
- Verein für Socialpolitik (Hg.): Der Wucher auf dem Lande. Berichte und Gutachten, Leipzig 1887.
- Verein für Socialpolitik (Hg.): Verhandlungen der am 6. und 7. October 1884 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik über Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung zur Erhaltung des bauerlichen Grundbesitzes: und über die Einwirkung der Organisation unserer höheren und mittleren Schulen auf das sociale Leben und die Erwerbsthätigkeit der Nation. Auf Grund der stenogr. Niederschrift hrsg. vom Ständigen Ausschuß. (Schriften des Vereins für Socialpolitik XXVIII), Berlin 1884.
- Verein für Socialpolitik (Hg.): Die gegenwärtigen bauerlichen Verhältnisse in der Provinz Westfalen. Im Auftrage des Westfäl. Bauernvereins zusammengestellt von Gutsbesitzer Winkelmann, Köbbing, geschäftsführ. Vicepräsidenten des Vereins, in: Bäuerliche Zustände in Deutschland. Berichte veröffentlicht vom Verein für Socialpolitik, Bd. 2 (Schriften des Vereins für Socialpolitik XXII), S. 1–24, Leipzig 1883.
- Verkehrsverein Bochum e. V. (Hg.): Führer durch Bochum und Umgegend, Bochum 1908.
- Viertel, Gerlinde: Anfänge der Rettungshausbewegung unter Adelberdt Graf von der Recke-Volmerstein (1791–1878), Köln 1993.
- Vogel, Jakob: Moderner Traditionalismus. Mythos und Realität des Bergwerkseigentums im preußisch-deutschen

- Bergrecht des 19. Jahrhunderts, in: Hannes Siegrist/David Sugarman (Hg.): Eigentum im internationalen Vergleich, 18.–20. Jahrhundert, Göttingen 1999, S. 185–208.
- Vögele, Jörg/Koppitz, Ulrich: Sanitäre Reformen und der epidemiologische Übergang in Deutschland (1840–1920), in: Susanne Frank/Matthew Gandy (Hg.): Hydropolis. Wasser und die Stadt der Moderne, Frankfurt a. M. u. a. 2006, S. 75–93.
- Vonde, Detlef: Revier der großen Dörfer. Industrialisierung und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet, Essen 1989.
- Voye, Ernst: Geschichte der Industrie im märkischen Sauerland, Bd. 2, Hagen 1910.
- Voye, Ernst: Geschichte der Industrie im märkischen Sauerland, Bd. 3, Hagen 1908.
- Wagenführ, Rolf: Die Industriewirtschaft. Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion 1860 bis 1932. Sonderheft der Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Berlin 1933.
- Wagner, Helen: Vergangenheit als Zukunft? Geschichtskultur und Strukturwandel im Ruhrgebiet, Wien u. a. 2022.
- Wagner, Thomas (Hg.): Corpus iuris metallici recentissimi et antiquioris, Sammlung der neuesten und älteren Berggesetze, Leipzig 1791.
- Wand-Seyer, Gabriele: „Ein uhralt, adelich und ritterlich Geschlechte.“ Zur Geschichte der Herner Adelsfamilie von Strünkede, Herne 1992.
- Wattenberg [o. V.]: Die Wasserverhältnisse im Emschergebiet und deren Verbesserung, in: Technisches Gemeindeblatt 23 (1904), S. 325–331 u. 24 (1904), S. 344–349.
- Webb, Steven B.: Cartels, Technology, and Growth in the German Steel Industry, 1879 to 1914, in: The Journal of Economic History 2 (1980), S. 309–330.
- Weber, Eugen: Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France 1870–1914, Stanford, Calif., 1979.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie. Unvollendet, 1919–1920. MWG I/23, hrsg. v. Knut Borchardt, Edith Hanke und Wolfgang Schluchter (online: Max Weber-Gesamtausgabe, digital, Bayerische Akademie der Wissenschaften: <https://mwg-digital.badw.de/wirtschaft-und-gesellschaft/1/> [zuletzt aufgerufen am 22.6.2023]).
- Weber, Max: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus [1904/05], in: ders.: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, München 2010, S. 65–276.
- Weber, Wolfhard (Hg.): Salze, Erze und Kohlen. Der Aufbruch in die Moderne im 18. und frühen 19. Jahrhundert (Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 2), Münster 2015.
- Weber, Wolfhard: Entfaltung der Industriewirtschaft, in: Köllmann u. a., Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 199–319.
- Weckel, Ulrike: Der „mächtige Geist der Assoziation“. Ein- und Ausgrenzungen bei der Geselligkeit der Geschlechter im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 38 (1998), S. 57–77.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1815–1845/49, (Studienausgabe) München 2008.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, (Studienausgabe) München 2008.
- Wehler, Hans-Ulrich: Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: ders. (Hg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966, S. 437–455.
- Wehling, Hans-Werner: Die Entwicklung der kommunalen Gliederung (1808–1929), in: Farrenkopf u. a., Die Stadt der Städte, S. 235–242.
- Wehling, Hans-Werner: Gelsenkirchen. Stadtentwicklung, Strukturwandel und Zukunftsperspektiven, Münster 2014.
- Weick, Karl E.: Der Prozeß des Organisierens. Übersetzt von Gerhard Hauck, Frankfurt a. M. 1985.
- Weigand, Katharina: Die Säkularisation von 1802/03. Streit und öffentliche Debatte im 19. und 20. Jahrhundert, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 54 (2003), S. 501–510.
- Weiland, Karl Ferdinand/Keferstein, Christian: General-Charte von Teutschland: auf der vom Hauptmann Weiland gezeichneten Charte / Geognostisch begraenzet von Ch. Keferstein, Weimar 1821.
- Weisbrod, Bernd: Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau. Vom „Herr-im-Haus“ zur Mitbestimmung, in: Feldman/Tenfelde, Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau, S. 107–163.
- Welskopp, Thomas: Vernetzte Vereinslandschaften. Zur Briefkommunikation in der frühen deutschen Sozialdemokratie, in: Jürgen Herres u. a. (Hg.): Politische Netzwerke durch Briefkommunikation. Briefkultur der politischen Oppositionsbewegungen und früheren Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert, Berlin 2002, S. 105–115.
- Welskopp, Thomas: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.

Literaturverzeichnis

- Welskopp, Thomas: Sattelzeitgenosse. Freiherr Karl vom Stein zwischen Bergbauverwaltung und gesellschaftlicher Reform in Preußen, in: Historische Zeitschrift 2 (2000), S. 347–372.
- Welskopp, Thomas: Der Betrieb als soziales Handlungsfeld: Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 1 (1996), S. 118–141.
- Welskopp, Thomas: Leben im Rhythmus der Hütte. Geschlechterbeziehungen in Stahlarbeitergemeinden des Ruhrgebiets und Pennsylvanias, 1890–1920, in: Westfälische Forschungen 45 (1995), S. 205–241.
- Welskopp, Thomas: Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994.
- Wendt, Helge: Kohlezeit. Eine Global- und Wissensgeschichte (1500–1900), Frankfurt a. M. 2022.
- Wengenroth, Ulrich: Einleitung, in: ders. (Hg.): Prekäre Selbständigkeit. Zur Standortbestimmung von Handwerk, Hausindustrie und Kleingewerbe im Industrialisierungsprozess, Stuttgart 1989, S. 1–5.
- Wengenroth, Ulrich: Unternehmensstrategien und technischer Fortschritt: Die deutsche und die britische Stahlindustrie, 1865–1895, Göttingen 1986.
- Werlen, Benno: Globalisierung, Region und Regionalisierung. Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 2017.
- Westfälisches Museumsamt (Hg.): Feuer! Stadtbrand in Westfalen, Münster 1990.
- Westphal, A.: Kriegervereine gegen Sozialdemokratie. Ein Mahnwort an die gebildeten Stände, 2. Aufl., Berlin 1899.
- Weyer-von Schoultz, Martin: Die Gelsenkirchener Typhusepidemie und ihr gerichtliches Nachspiel, in: Jörg Vögele/Wolfgang Woelk (Hg.): Stadt, Krankheit und Tod. Geschichte der städtischen Gesundheitsverhältnisse während der Epidemiologischen Transition vom 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Berlin 2000, S. 317–335.
- Weyer-von Schoultz, Martin: Stadt und Gesundheit im Ruhrgebiet 1850–1929. Verstädterung und kommunale Gesundheitspolitik am Beispiel der jungen Industriestadt Gelsenkirchen, Essen 1994.
- Wiedenfeld, Kurt: Ein Jahrhundert rheinischer Montan-Industrie. Bergbau, Eisenindustrie, Metallindustrie, Maschinenbau. 1815–1915, Bonn 1916.
- Wiedenfeld, Kurt: Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, Bonn 1912.
- Wiedfeldt, Otto: Das Aftermietwesen in der Stadt Essen nach der Aufnahme vom 1. Dezember 1900. Im Auftrag des Oberbürgermeisters bearbeitet durch das Statistische Amt, Essen 1902.
- Wietschorke, Jens: Die Formierung einer Kulturlandschaft als „innere Regionalisierung“. Das Ruhrgebiet in der Reiseliteratur 1800–1914, in: Jan-Pieter Barbian/Hanneliese Palm (Hg.): Die Entdeckung des Ruhrgebiets in der Literatur, Essen 2009, S. 55–70.
- Winschuh, Josef: Der Verein mit dem langen Namen. Geschichte eines Wirtschaftsverbandes, Berlin 1932.
- Winter, Heinz: Hochgericht und Herrlichkeit Stiepel. Varusschlacht zwischen Bochum und Witten, Bochum 1979.
- Winter, Klaus: Vergnügen ohne Ende. Eine lückenhafte Chronologie des „Fredenbaum“, in: Heimat Dortmund 2 (2015), S. 27–34.
- Winterfeld, Luise von: Das westfälische Hansequartier, in: Hermann Aubin u.a. (Hg.): Der Raum Westfalen, Bd. 2, 1: Untersuchungen zu seiner Geschichte und Kultur, Münster 1955, S. 255–352.
- Winterfeld, Luise von: Westfälisches Städtewesen und die Hanse, Beiheft, Velen 1931.
- Wird, Guido de (Hg.): Land im Mittelpunkt der Mächte: Die Herzogtümer Jülich, Kleve, Berg, Kleve 1985.
- Wischermann, Clemens: Die institutionelle Revolution in Deutschland (1800–1870), in: ders./Anne Niederding (Hg.): Die institutionelle Revolution. Eine Einführung in die deutsche Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2004, S. 51–154.
- Witkop, Philipp: Meine Heimat (1901), in: ders.: Ein Liebeslied und andere Gedichte, Zürich u.a. 1902, S. 73 f.
- Wittstock, Bernhard: Rechts- und Verwaltungsvorschriften des preußischen Grundsteuernkatasters 1820–1945, Berlin 2001.
- Wixforth, Harald: Der Kampf um die Bergbaufreiheit. Zur Geschichte der preußischen Bergrechtsreform von 1826 bis 1846, in: Hartmut Berghoff/Dieter Ziegler (Hg.): Pionier oder Nachzügler? Vergleichende Studien zur Geschichte Großbritanniens und Deutschlands im Zeitalter der Industrialisierung, Bochum 1995, S. 59–74.
- Wohlfahrtseinrichtungen I–III: Wohlfahrtseinrichtungen der Gußstahlfabrik von Friedrich Krupp zu Essen a. d. Ruhr, 3. Aufl., Essen 1902.

- Wölk, Ingrid (Hg.): Hundertsieben Sachen. Bochumer Geschichte in Objekten und Archivalien, Essen 2017.
- Wölk, Ingrid: Die Vöde, der Stadtpark und das Kuhhirten-denkmäl. Großstadtwerdung und Vergangenheits-vergegenwärtigung, in: dies., Hundertsieben Sachen, S. 353–358.
- Wölk, Ingrid: Philipp Würzburger und die Gründung des Stadtparks in Bochum, in: Johannes Völker-Wagner (Hg.): Das Stadtarchiv – Schatzkammer, Forschungsstätte, Erlebnisort. Das Beispiel Stadtarchiv Bochum, Essen 2004, S. 157–162.
- Woodward, David/Lewis, G. Malcolm: Introduction, in: dies. (Hg.): The History of Cartography. Vol. 2.3. Cartography in the Traditional African, American, Arctic, Australian, and Pacific Societies, Chicago 1994, S. 1–10.
- Wunder, Bernd: Verwaltungs-, Kommunal und Beamten-reformen in Preußen, in: Hans-Peter Ullmann/Clemens Zimmermann (Hg.): Restaurationssystem und Reform-politik. Süddeutschland und Preußen im Vergleich, München 1996, S. 85–98.
- Wunder, Bernd: Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt a. M. 1986.
- Wuszow, Angelika: Trautes Heim – Glück allein? Arbeiter-wohnen im Industrieviertel um 1900, in: Ruhrlandmu-seum Essen (Hg.): Die Erfindung des Ruhrgebiets. Arbeit und Alltag um 1900. Katalog zur sozialhistorischen Dau-erausstellung, Essen 2000, S. 213–238.
- Zedlitz-Neukirch, Leopold von: Die Staatskräfte der preu-ßischen Monarchie unter Friedrich Wilhelm III, Band II, Berlin 1828.
- Zenker, Christine: Vom Nutztier zum Begleiter. Wandel der Mensch-Tier-Beziehung am Beispiel der Dülmener Wild-pferde, in: Peter Reinkemeier/Ansgar Schanbacher (Hg.): Schauplätze der Umweltgeschichte in Nordrhein-West-falen, Göttingen 2016, S. 103–123.
- Ziegler, Dieter: Verkehr und Transport, in: Karl-Peter Eller-brock (Hg.): Westfälische Wirtschaftsgeschichte. Quel-len zur Wirtschaft, Gesellschaft und Technik vom 18. bis 20. Jahrhundert, Münster 2017, S. 696–761.
- Ziegler, Dieter: Das Zeitalter der Industrialisierung (1815–1914), in: Michael North (Hg.): Deutsche Wirtschafts-geschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. Aufl., München 2015, S. 197–286.
- Ziegler, Dieter: Die industrielle Revolution, Darmstadt 2005.
- Ziemann, Benjamin: Säkularisierung, Konfessionalisie-rung, Organisationsbildung. Dimensionen der Sozial-geschichte der Religion im langen 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 485–508.
- Ziemann, Benjamin/Tenfelde, Klaus: Die Entwicklung der Städte bis zum Ersten Weltkrieg, in: Tenfelde/Urban, Das Ruhrgebiet, Bd. 1, S. 281–340.
- Zimmermann, Adolf: Von Haspe bis Duisburg, Berlin 1912.
- Zimmermann, Michael: Marienverehrung, Tugendlehre und Menschheitsfortschritt. Glaubensvorstellungen im Ruhrgebiet, in: Ruhrlandmuseum Essen (Hg.): Die Erfin-dung des Ruhrgebiets. Arbeit und Alltag um 1900. Kata-log zur sozialhistorischen Dauerausstellung, Essen 2000, S. 257–269.
- Zumbrägel, Christian: Vom Verschwinden und Fortbeste-hen des Alten. Kleinwasserkraft an Ruhr und Wupper (1860–1920), in: Westfälische Forschungen 68 (2018), S. 307–333.
- Zumdick, Ulrich: Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet. Die Beleg-schaft der Phoenix-Hütte in Duisburg-Laar 1853–1914, Stuttgart 1990.
- Zunkel, Friedrich: Das Wachsen der unternehmerischen Verbände in Rheinland-Westfalen in den 1850er Jahren [1962], in: Heinz Josef Varain (Hg.): Interessenverbände in Deutschland, Gütersloh 1973, S. 65–71.
- Zunkel, Friedrich: Der Rheinisch-Westfälische Unterneh-mer 1834–1879. Ein Beitrag zur Geschichte des deut-schen Bürgertums im 19. Jahrhundert, Köln 1962.
- Zuns, Julius: Der ‚Wucher auf dem Lande‘. Eine Kritik des Fragebogens der vom Verein für Socialpolitik veröffent-lichten Wucherenquete, Frankfurt a. M. 1888.

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

NICOLAI HANNIG, Prof. Dr., Professor für Neuere Geschichte am Institut für Geschichte der Technischen Universität Darmstadt.

HIRAM KÜMPER, Prof. Dr., Professor für die Geschichte des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit an der Universität Mannheim.

TIMO LUKS, PD Dr., Senior Lecturer am Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Universität Münster.

EVA-MARIA ROELEVINK, Prof. Dr., Professorin für Wirtschaftsgeschichte und Industriearchäologie an der Technischen Universität Bergakademie Freiberg.

UTE SCHNEIDER, Prof. Dr., Professorin für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Duisburg-Essen und Scientific Board Member of the College for Social Sciences and Humanities, Research Alliance Ruhr.

REGISTER

Personenregister

A

Adalbert von der Recke-Volmerstein 462f., 465
 Aders, Jakob 367
 Adolf I. von der Mark 39f.
 Adolf II. von der Mark 47
 Adolf III. von der Mark/ Adolf I. von Kleve-Mark 47
 Adolf IV. von der Mark/Adolf II. von Kleve-Mark 47
 Albrecht, Martin 146f.
 Alfred von Croÿ 493
 Alkuin 25
 Allekotte, Johann 350
 Altfrid 28f.
 Angemeer, Heinrich 350
 Angemeer, Wilhelm 350
 Arronge, Martin Adolph 180
 Ascher, Ludwig 513
 Augustus 22f., 498

B

Baare, Louis 223, 359f.
 Banfield, Thomas Charles 142, 302, 377
 Barremeier, Hermann 349
 Baumeister, Josef 350
 Beckers, Mathias 64
 Behrens, Peter 152
 Benzenberg, Johann Friedrich 123
 Bergendahl, Franz 350
 Berlepsch, Hans Hermann von 513
 Berndt, Otto 410
 Bernsau, Karl 305
 Bessemer, Henry 446
 Bete, Friedrich 344
 Beumer, Wilhelm 145f., 217
 Beurhaus (Familie) 331
 Bierwirth (Unternehmen Krupp) 355
 Bismarck, Otto von 138, 215-217, 227, 246f.
 Blambeck, Johann 350
 Bleuler, Johann Heinrich 488f.

Bock (Steiger) 383
 Borsig, August 181, 366
 Brand, Wilhelm 330f.
 Bredenbek, Anton 461
 Brentano, Lujo 280
 Brepohl, Wilhelm 16, 268f., 289-293, 341, 356, 417
 Brockmann (Professor) 512
 Brügelmann, Gottfried Wilhelm 174
 Brüning, Ferdinand 319
 Bruno von Sachsen 31
 Brust, August 253
 Bueck, Henry Axel 217, 226
 Bugzel, Marcin 352
 Bülow, Bernhard von 277, 279
 Bunte, Friedrich 247, 251, 460
 Burre (Grubensteiger) 349

C

Camphausen, Ludolf 131, 133f.
 Carlyle, Thomas 76
 Cassini (Familie) 111
 Chlodio/Chlogio 24
 Christina von Schweden 27
 Consalvi, Ercole 122
 Corvins, Otto von 479

D

Diercke, Carl 74
 Diergardt, Friedrich Freiherr von 366
 Dietrich der Ältere 49
 Dietrich von Altena-Isenberg 39
 Dietrich von der Mark 47
 Dietrich von Trier 43
 Dinnendahl, Franz 176, 189
 Dördelmann, Johann 349
 Döring, Ferdinand von 85
 Droste-Hülshoff, Annette von 487
 Droste zu Vischering (Familie) 114
 Drygas, Stanislaw 387
 Duncker, Franz 229

Register

E

Elbers, Johann Heinrich 68
Emmerich, Rudolf 504
Engelbert I. 38-40, 42
Engelbert III. 43, 47
Engelbert von Lüttich 47
Engels, Friedrich 369f., 384
Erasmus von Rotterdam 49
Ernst (Grubensteiger) 349
Everling, Otto 476
Ewalde (Brüder) 25
Eynern, Ernst von 154

F

Faust, Otto 343, 345f., 353, 386, 391-393
Fichtel, Johann Ehrenreich von 80f.
Fiege, Moritz 57
Fischer-Eckert, Li 141f., 413f.
Fliedner, Theodor 466
Franke (Maurermeister) 349
Franz II. 107
Freiligrath, Ferdinand 132
Friedrich I. (Barbarossa) 37
Friedrich II. (Staufer) 43
Friedrich der Große/Friedrich II. (Preußen) 490, 493
Friedrich von Isenberg 38f.
Friedrich Wilhelm III. 117, 177, 366
Friedrich Wilhelm IV. 85f.
Fritsch, Theodor 410
Fuchs, Carl Johannes 410
Führkötter, Ludger 386
Fürst, Johann Evangelist 426
Fürstenberg, Carl 276

G

Gassmann, Eduard 379
Gauß, Friedrich Gustav 121
Gebhard Truchsess von Waldburg 51
Gehring, Hermann 349
Gerhard IV. 40
Geuecke, Franz 462
Godefrid 30
Goecke (Landrichter) 63
Gotthard von der Recke von Volmerstein 463
Gregor von Tours 24

Grillo, Friedrich 205, 209, 230-233, 239f., 244, 258, 260, 340, 356f., 359, 398, 473
Grimberg, Heinrich 260
Gruner, Justus (von) 94, 111, 299-301, 333, 337
Gutmann, Eugen 275

H

Haake, Theodor 350
Haarmann, Eberhard 367
Haarmann, Friedrich 349f.
Hagen, Franziska Constanze 330
Hagen, Ludwig Philipp von 65
Hagenbeck, Gustav 433
Hammacher, Friedrich 209f., 246, 248f., 252, 256, 259, 470
Haniel, Aletta 176
Haniel, Franz 140, 184f., 232, 339, 357, 361-366, 370, 374, 398, 473
Haniel, Gerhard 364
Haniel, Wilhelm 364
Haniel (Familie) 178, 207, 300, 340, 357, 359, 363-366
Hans, Wilhelm 350
Harkort, Auguste 368
Harkort, Carl 367
Harkort, Friedrich 68, 140, 185, 189, 304, 307, 362, 366-373, 385f.
Harkort, Johann Caspar IV. 367
Harkort, Johann Caspar V. 367f.
Harkort, Peter Nikolaus 299, 367
Harkort (Familie) 304, 366-368
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 365, 445
Hegener, Willy 421
Heinrich II. 31
Heinrich III. 31
Heinrich der Löwe 37
Heinrich von Babenberg 30
Heinrich von Molenark/Heinrich von Müllenark 39f.
Heinrichsbauer, August 234
Henri IV. 52
Heribert von Köln 33
Herms, Theodor 323
Herstatt, Friedrich Peter 375
Heß, Aurel 349
Hirsch, Max 229
Hirsch, Wilhelm 193
Hirschfeld, Friedrich 323
Hobe, Johann Wilhelm von 64, 66

- Hocker, Nikolaus 153
Honigmann, Ehrenfried 83f., 89
Höninghaus, Adolf 492
Howard, Ebenezer 410
Hue, Otto 163, 254, 261, 270, 286, 450, 462
Hugenberg, Alfred 210
Hüsken, Heinrich 350
Hüsken, Josef 350
Huyssen, Heinrich Arnold 364f., 374
Huyssen (Familie) 300, 365
- I
- Imbusch, Heinrich 163, 213, 251, 253f.
Imhoff, Karl 506
Imma (Gräfin) 33
Intze, Otto 148f.
- J
- Jacobi, Gottlob 364f., 374
Jankowiak (polnischer Geschäftsinhaber, Herne) 387
Jencke, Hanns 210, 222, 249, 253, 360
Johann von Kleve 47
Johann II. von Kleve-Mark 29, 43, 60
Johann III. von Kleve 58
Johann Sigismund von Brandenburg 51
Johann Wilhelm von Jülich-Kleve-Berg 51
Jozefowski (polnischer Geschäftsinhaber, Herne) 387
Jünger, Werner 350
Justi, Johann Heinrich Gottlob von 80
- K
- Kaemmerer (Ingenieur) 493, 495
Kamp, Johann Heinrich Daniel 367f.
Kant, Immanuel 445
Karl III. (Ostfrankenreich) 30
Karl V. 50
Karl der Große 25f., 29f., 37
Karl der Kahle 30
Kazimierz, Jan 480
Kechel, Georg Carl Gottfried von 374
Kechel, Wilhelm Georg Ludwig von 374
Keferstein, Christian 87
Kellermann, Fritz 350
Kerkhoff, Franz 349
Kirdorf, Adolph 275
- Kirdorf, Emil 163, 232, 238-240, 247, 249, 258, 260, 273, 275f., 278f., 281, 286, 360f., 473
Kleine, Eduard 210, 258-260
Kleinwächter, Friedrich 222f.
Kley, Heinrich 237
Klose, Hans 513
Knepper, Gustav 276
Koch, Robert 497, 499f., 504f.
Koepper, Gustav 312f., 373-375
Köhler, Julius 350
Kolb, Josef Maximilian 296
Konrad II. 46
Konrad III. 46
Kortebusch, Fritz 57
Kortum, Carl Arnold 57
Krabler, Emil 219, 249, 258, 279
Krampe, Karl 491
Krupp, Alfred 75, 163, 215, 223, 323, 344, 354, 356f., 375, 386, 398, 406, 409, 472, 507f.
Krupp, Friedrich 176, 189, 374f.
Krupp, Friedrich Alfred 410, 472
Krupp, Helene Amalie „Wittib“ 176, 364, 373f.
Krupp, Margarethe 410f.
Krupp (Familie) 176, 300, 305, 373
Küchen, Gerhard 232
Küpfer (Familie) 331
Kuske, Bruno 20
- L
- Lang, Karl Heinrich 108
Lange, Johann Elias 110
Langenbusch, Heinrich 350
Lassalle, Ferdinand 213f., 459
Lehr, Carl 419
Levenstein, Adolf 478f., 482
Lichtenberger, Johannes 41
Liebknecht, Wilhelm 220
Lindner (Unternehmen Krupp) 355
Liudger 25-29
Löbker, Gerhard 301, 327
Lochtkämper, Karl 350
Loeb, Richard 139
Loewenstein, Hans von und zu 256
Lothar I. (Frankenreich) 30
Ludwig der Deutsche 30
Ludwig der Jüngere (Ostfranken) 26

Register

Lumière (Brüder) 440
Lüning, Heinrich 349
Lürmann, Franz 323
Luther, Martin 469

M

Mallinckrodt, Arnold 295, 300f., 329-333, 337
Mallinckrodt, Heinrich Zacharias Hermann 331
Mallinckrodt (Familie) 331
Malthus, Thomas Robert 99
Marckhoff, Maria 260
Margarete von Kleve 47
Margarethe von Jülich 47
Maris (Grubensteiger) 349
Marotz, Otto 323
Marx, Karl 218f., 365, 369f., 418
Matheis, Daniel 350
Mathilde II. (Äbtissin) 28
Maugendre, Adolphe 133
Mayers, Carl 491
Mechthildis von Holland 39
Meinwerk (Bischof) 33
Meitzen, August 105
Melich (Familie) 440
Metzendorf, Georg 410-412
Mevissen, Gustav 357, 359
Middeldorf, Wilhelm 496, 502
Möller, Johann Friedrich 55
Möller, Theodor von 275, 279
Müffling, Karl (Freiherr) von 85, 111, 113, 118
Müller, Carl Friedrich von 375
Müller, Friedrich Christoph 54, 59
Müller, Johann Christian Friedrich von 375
Müller-Blankenstein, Gustav 494
Mulvany, William Thomas 205f., 216f., 219, 259, 307f.
Müser, Robert 249

N

Napoleon Bonaparte 84, 107, 110-113, 491
Natorp, Gustav 216, 249
Nebe, Gustav 468
Neuhoff, Johann Leopold von 62
Nicolai, Friedrich 374
Norpoth, Theodor 350
Noot (Buchhalter) 365

O

Oechelhäuser, Justus Wilhelm 207f.
Otto I. 28, 31
Otto III. 31

P

Paillot, Pierre-Hippolyte-Léopold 487
Penck, Albrecht 78
Pettenkofer, Max von 504f.
Peuckert, Will-Erich 417
Philipp II. 50
Philipp Heinrich Christian von der Recke von Volmerstein 463
Philipp Ludwig von Pfalz-Neuburg 51
Pieler, Franz Ignatz 304, 365f.
Pius VII. 122
Pius IX. 469
Poensgen, Ernst 275
Posadowsky-Wehner, Arthur von 496
Purzelbaum, Peter 157
Puttkamer, Robert von 228
Pütz, Wilhelm 153

R

Radziejinski, Anton 383f.
Randebrock, Gustav 210
Redemann, Georg 349
Reden, Friedrich Wilhelm von (Berghauptmann) 68
Reden, Friedrich Wilhelm von (Statistiker) 104
Reusch, Paul 163
Richard (Bergassessor) 384
Richthofen, Ferdinand von 75
Rohbock, Ludwig 296
Rolevinck, Werner 43, 46
Rosenkranz, Anton 227
Roßbach, Johann 349
Rother, Christian von 134
Rubner, Max 506
Rudolf II. (von Habsburg) 28
Rühle, Otto 417
Rys (Unternehmen Krupp) 355

S

Saussure, Horace Bénédict de 81
Scheidt, Johann Wilhelm 174f.
Schiller, Friedrich 50

- Schlagkamp, Werner 350
 Schlickum, Carl 491
 Schmalenbach, Eugen 198
 Schmidt, Robert 152f.
 Schmoller, Gustav 377
 Schneider, Louis 157
 Schreiber, Alois Wilhelm 140
 Schröder, Ludwig 247, 251, 460
 Schrödter, Emil 238
 Schücking, Levin 132, 302
 Schulte im Hofe, Rudolf 361
 Schultz, Hugo 351
 Schulz-Briesen, Bruno 258
 Schumann, Reinhold 349
 Schumpeter, Joseph A. 169, 171, 357f., 366, 373, 377
 Schwager, Johann Moritz 59, 301, 324, 332f., 367, 382
 Schwarze (Gerichtsrat) 148
 Seidlitz (preuß. Leutnant) 115
 Sellmann, Adolf 440f.
 Sethe, Christoph Wilhelm Heinrich 119
 Siegel, August 247, 460
 Siepmann, Wilhelm 350
 Simmel, Georg 378
 Simrock, Karl 142
 Skladanowsky (Brüder) 440
 Sombart, Werner 369f., 373
 Sonderland, Johann Baptist 466f.
 Springfield, Arthur 151, 154
 Stein, Heinrich Friedrich Karl vom und zum 68, 183, 339
 Steinen, Dietrich von 52
 Steinmann, Gerh. 350
 Stengel, Rudolf 146, 154
 Stinnes, Hugo 188, 231, 273, 276-278, 356
 Stinnes, Mathias 133, 184f., 232, 339f., 357, 359, 361, 398
 Stinnes (Familie) 178, 300, 340, 357
 Stöckhardt, Adolph 512
 Stosch, Ernst 65
 Stötzl, Gerhard 472
 Stratmann, Heinrich 350
 Stresemann, Gustav 256
 Strousberg, Bethel Henry 230f., 340, 357
 Strousberg (Familie) 340, 357
 Strunck, Gerhard Wilhelm 58f.
 Suitbert 25
 Süßmilch, Johann Peter 105
- T
- Tag, Arnold 50
 Tappen, Friedrich 307
 Tenholt, August 458
 Thaer, Albrecht 367
 Theoderich der Große 28
 Thienemann, August 490, 506
 Thomas, Edward 307, 367
 Thyssen, August 163, 195, 238, 262, 273, 278, 340, 356f., 398, 473
 Thyssen (Familie) 340, 357
 Tiberius 23
 Tölcke, Carl Wilhelm 214
 Toledo, Fernando Álvarez de 50
 Tranchot, Jean Joseph 84, 111, 114, 118
 Treitschke, Heinrich von 134
- U
- Urselmann, Heinrich 349
- V
- Varus 22f.
 Vincke, Ludwig von 118, 132
 Virchow, Rudolf 456
 Vischering, Clemens August Droste zu 475
 Vossius, Isaac 27
- W
- Walde, Berh. Schulte von 350
 Waldthausen, Ernst von 359
 Waldthausen (Familie) 300
 Wallerius, Johan 80
 Walther von der Vogelweide 38
 Weber, Max 56, 172, 368f., 373, 515
 Wenker, Heinrich 433f.
 Werner, Georg 265
 Widukind 25
 Wieber, Franz 442
 Wiedfeldt, Otto 390, 393-395
 Wilhelm I. (Kaiser) 424
 Wilhelm I. von Oranien 50
 Wilhelm II. (Kaiser) 247, 408, 460, 502
 Wilhelm (V.) von Kleve 46, 51, 53
 Willibrord 25
 Witkop, Philipp 510
 Wittgenstein, Heinrich von 135

Register

Wolber, J. P. 379
 Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg 51f.
 Wulfila 28

Z

Zedler, Johann Heinrich 80
 Zglinitzki, Alexander Karl Anton Prusz von (s. Purzel-
 baum, Peter)
 Zimmermann, Adolf 124, 158
 Zimmermann, Peter 349

Institutionenregister

A

Aachener Hütten-Aktien-Verein Rothe Erde 273
 Abtei Essen (s. auch Abtei Werden) 39, 52, 108
 Abtei Kamp 32
 Abtei Mariensaal 32
 Abtei Werden 26-29; 32f., 46, 49, 67, 95, 108, 174
 Allderischer Verband 268
 Allgemeine Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Sali-
 nenarbeiter 214
 Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein/ADAV 213f., 218,
 459
 Allgemeiner Deutscher Zimmerer-Verein 214
 Allgemeiner Knappschaftsverein zu Bochum 457f.
 Alma (Zeche) 232
 Alter Verband 163, 251, 253-255, 261, 265f., 270, 280-284,
 460-462
 Altes Weib (Stollen) 83
 Arbeiter-Turnerbund/ATB 428, 430
 Arbeiterturnverein/ATV (Dortmund) 430
 Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen
 Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindust-
 rieller 273
 A.Schaaflhausen'scher Bankverein 206, 222
 Association der Zigarrenarbeiter Deutschlands 180
 Augustiner-Chorfrauen (Orden) 34
 Ausstands-Versicherungs-Verband 252f., 272

B

Beginen (Konvent) 34
 Benediktinerorden 26, 32, 34
 Bergakademie Berlin 241
 Bergamt Bochum 348

Bergamt Essen 211, 348
 Bergarbeiterverein 253
 Bergbauverein/Bergbau-Verein 187f., 205, 208-212, 216,
 219f., 222, 225, 227, 233f., 239, 246, 248f., 252-256, 258-
 260, 262, 264f., 276-278, 280, 460, 462
 Berggewerkenverein zu Essen 180, 184
 Bergisch-Märkische Eisenbahn 69, 138, 181
 Bergschule Bochum 350f.
 Bergwerksgesellschaft Trier 472
 Berliner Handels-Gesellschaft 276
 Blankenburg (Zeche) 321
 Bochumer Bergbau-AG 244
 Bochumer Verein (für Bergbau und Gußstahlfabrikation)/
 BVG 191, 206, 208, 222f., 262, 332, 360, 447, 450-452, 485
 Bochumer Verkehrsverein 107
 Borsig (Lokomotivbauer) 181
 Bruchstraße (Zeche) 276
 Bund der Landwirte 192, 284
 Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftspflege 513

C

Caritasverband 465
 Carl Spaeter (Firma) 257
 Carolus Magnus (Zeche) 208, 211
 Casino-Gesellschaft 331, 337, 355
 Central-Directorium der Vermessungen im Preußischen
 Staate 122
 Central-Verband der Preußischen Dampfkesselüberwa-
 chungsvereine 513f.
 Centralverband Deutscher Industrieller/CDI 193, 217, 271f.,
 279, 284
 Centralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanal-
 schiffahrt 140
 Christlich-Sozialer Metallarbeiter-Verband 442
 Christlicher Metallarbeiterverband/CMV 281
 Concordia (Bergbaugesellschaft) 207, 224
 Consolidation III/IV (Zeche) 385
 Cromford (Spinnerei) 403

D

Dahlbusch (Zeche) 194, 232, 258
 Darmstädter Bank 230
 Deutsche Bank 230, 273
 Deutsche Christentumsgesellschaft 463
 Deutsche Schwellengemeinschaft 238
 Deutsche Turnerschaft 428, 430

- Deutscher Fußball-Bund 428
 Deutscher Kaiser (Zeche) 283
 Deutscher Landwirtschaftsrat 103
 Deutscher Metallarbeiter-Verband/DMV 281
 Deutscher Orden 34
 Deutscher Steigerverband 265
 Deutscher Zimmererbund 218
 Deutscher Zollverein 105, 178
 Deutsches Bergbau-Museum Bochum 83
 Diakonissen-Anstalt zu Kaiserswerth am Rhein 466f.
 Disconto-Gesellschaft 223, 230-232, 239, 244, 259, 261, 273
 Dominikanerorden 32, 34
 Dortmunder Hütte 231
 Dortmunder Union 231f.
 Dresdner Bank 230, 275
- E
- Eintracht 1848 (Dortmund) 429-432
 Emscher-Genossenschaft 150, 502f., 505
 Erin (Zeche) 24, 239
 Essener Creditanstalt/ECA 230
 Essen-Werdensche Steinkohlenhandlung 208
 Esslingen (Maschinenfabrik) 181
 Evangelischer Bund 476
 Evangelischer Oberkirchenrat (Preußen) 476
- F
- Fischereiverein für Westfalen und Lippe 506
 Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet 268
 Franziskanerorden 32, 34, 464
 Franziskaner-Terziarinnen 34
 Friedrich-Wilhelm(s)-Hütte 69, 486
 Frielinghauß (Zeche) 350
- G
- Gaskohlenvereinigung 258
 Gassmann (Metzgerei) 379
 Gelbe (Ge-)Werkvereine 229, 272, 280, 284
 Gelsenkirchen-Schalke 04 428
 Gelsenkirchener Bergwerks-AG/GBAG 114, 127, 163, 204, 210, 224, 230, 232, 235, 239f., 252, 258-260, 273, 360
 Germania (Zeche) 239
 Gesellschaft der Menschenfreunde zur Rettung und Erziehung verlassener Waisen- und Verbrecherkinder 462
 Gewerkschaft der Drucker 266
- Gewerkverein christlicher Bergarbeiter (für den Oberbergamtsbezirk Dortmund) 163, 213, 253f., 265f., 270, 280, 282-284, 460
 Gewerkverein der Deutschen Bergarbeiter 461
 Gibraltar Erbstollen (Zeche) 350
 Glückauf-Tiefbau (Zeche) 231
 Goecke & Aldehoff 63
 Gottseggedich (Zeche) 350
 Graf Beust (Zeche) 208, 211
 Gusstahlfabrik Mayer und Kühne 447
 Gutehoffnungshütte/GHH 141, 189f., 208, 259, 262, 364f., 373, 400, 403
- H
- Haniel (s. auch Jacobi, Haniel & Huyssen) 141, 163, 340
 Haniel & Lueg 147
 Hannibal (Zeche) 468
 Hannover 3/4 (Zeche) 265
 Hansa (Zeche) 195, 239
 Hanse 42, 44f., 55, 295, 299f.
 Harpener Bergbau AG 232, 239
 Hartmann (Lokomotivbauer) 182
 Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände/HDA 271f., 280
 Haus Overdyck 463, 465
 Heinrichshütte 190, 231
 Herberholz (Zeche) 448
 Hermann (Zeche) 499
 Hermannshütte 403, 511f.
 Hibernia (B)AG 205, 232, 239, 259, 275f.
 Hibernia (Gewerkschaft) 205
 Hibernia (Zeche) 195, 205, 232, 307
 Himmelschrone (Stollen) 83
 Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine 229, 242, 282
 Historischer Verein für den Niederrhein 19
 Hoerder Bergwerks- und Hütten-Verein/Hörder Verein 190, 208, 222, 238, 257, 262, 507f.
 Hygieneinstitut (Gelsenkirchen) 458
- I
- Ingenieur-Geographen-Corps 111
 Institut für Hygiene und Bakteriologie (Gelsenkirchen) 505
 Internationaler ständiger Verband für Schiffahrtskon-
 gresse 142
 Israelitisches Asyl für Kranke und Altersschwache (Köln) 467

Register

J

Jacobi, Haniel & Huyssen/JHH 136, 365
Jesuitenorden 33f., 470
Johanniterorden 34
Joh. Küpper (Gaststätte) 385

K

Kaiserliches Statistisches Amt 96f.
Kaiserswerther Diakonie/Diakonissenanstalt 462f., 466f.
Kanonikerstift 34
Kapuzinerorden 34
Karmeliterorden 34
Katholischer Knappenverein Essen-Überruhr 471f.
Kessler (Lokomotivbauer) 181
Klarissen (Orden) 34
Klevischer Geschichts- und Altertumsverein 19
 Klöckner 475
Kloster Corvey 26
Kloster Echternach 25
Kloster Werden (s. Abtei Werden)
Knappschaft 66, 68, 184, 188, 211, 242, 244f., 249, 320, 339f., 342f., 405, 454, 456-458, 460f., 505
Knappschafts Krankenhaus (Gelsenkirchen-Ückendorf) 457f.
Kohlenausfuhrkomitee 233
Kölner Bergwerk(s)-Verein 219, 258
Köln-Mindener Eisenbahn 69, 138, 140, 181, 205, 223, 290
Königin Elisabeth (Zeche) 211
Königlich Preußische Ruhrschiffahrtsgesellschaft 491
Königsborn (Saline) 64, 68, 178, 231, 403
Kreuzherren (Orden) 34
Kriegerverein Meisenburg 424
Kronenbrauerei 433
Krupp/Fried. Krupp 131, 141, 163, 176, 191, 210, 222, 234f., 237f., 262, 304f., 320, 323, 340, 354-357, 360, 373-375, 381f., 403-411, 449f., 455f., 472, 485, 507-510
Kurl (Zeche) 406

L

Langnamverein 205, 215-217, 227, 236, 275, 279
Lothringen (Zeche) 468
Lucas (Zeche) 282

M

Margarethe-Krupp-Stiftung für Wohnungsfürsorge 410
Märkisches Bergamt 68, 339, 383

Martinskirche (Bottrop) 469
Mechanische Werkstätte 307, 367f.
Monopol (Zeche) 239

N

Nationalliberale Partei 265, 472, 474
Neumühl (Zeche) 265
Neuschottland (Hochofenwerk) 231

O

Oberbergamt Dortmund 120, 124, 130, 155, 210, 341f., 381, 384, 446, 505
Oberhausen (Zeche) 208
Ordensgemeinschaft der Barmherzigen Schwestern von der heiligen Elisabeth 466
Osterfeld (Zeche) 386

P

Paulinenhütte 375
Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb 206, 208
Phoenix-Hütte/Phoenixhütte (Duisburg) 191, 297f., 302, 307-310, 323, 356, 389
Piusvereine 469f.
Polnische Berufsvereinigung/ZZP 270, 280, 282, 388, 460
Prämonstratenser/Prämonstratenserinnen 32, 34, 39
Präsident (Zeche) 244f.
Preußisches Statistisches Bureau 93
Prosper I (Zeche) 269
Prosper II (Zeche) 269, 349f.
Protestantische Union 52

R

Radbod (Zeche) 473
Rave (Gärtnerei) 346
Rechtsschutzverein für die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirk Dortmund 242f.
Reichsamt für Landesvermessung 130
Reichsdeutscher Mittelstandsverband 284
Rettungs-Anstalt für verlassene Mädchen in Bochum 462f.
Rhein-Elbe/Rheinelbe (Zeche) 194, 232
Rhein-Weser-Gesellschaft 135
Rheinische Eisenbahngesellschaft 135
Rheinische Stahlwerke 238
Rheinisch-Westfälischer Bergarbeiterverein Glückauf zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interes-

- sen im Oberbergamtsbezirk Dortmund
(s. Bergarbeiterverein)
- Rheinisch-Westfälischer Grubenarbeiterverband 221, 462
- Rheinisch-Westfälischer Roheisenverband 238, 257f.
- Rheinisch-Westfälischer Steigerverband 264f.
- Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat/RWKS 240, 260-263, 272f., 275-277
- Rheinisch-Westfälisches Roheisen-Syndikat/Roheisen-Syndikat 258, 262f., 272
- Rheinpreußen (Zeche) 459
- Rothe Erde (Eisenwerk) 451
- Ruhrschiffahrtsgesellschaft 140f.
- Ruhrtalsperrenverein 148, 150, 152, 506
- Ruhrverband 150, 506f.
- S
- Sal. Oppenheim 222, 230
- Sanct Georg (Zeche) 350
- Sanct Johannes Erbstollen (Zeche) 350
- Schalker Gruben- und Hüttenverein 257
- Schienensubmissionskartell 222
- Schiffshebewerk Henrichenburg 147, 443
- Schleswig (Zeche) 208
- Schrebergarten-Verein 1906 e.V. 435
- Shamrock (Gewerkschaft) 205
- Shamrock (Zeche) 195, 205, 220, 245, 307
- Siegerländer Hochofenwerke 257f.
- Sonnenblick (Stollen) 83
- Sozialdemokratische Arbeiterpartei/SDAP 218-220, 280
- Sozialistische Arbeiterpartei/SAP 220
- SPD 280, 438, 472
- Stahlwerksverband 272f., 275
- Standard Oil Company 274
- St. Antony-[Antoni]-Hütte 364f., 493
- St. Johannes-Hospital (Dortmund) 465
- St. Ludgerus 27
- St. Marien-Hospital (Dorsten) 466
- St. Willibrord 25
- Statistischer Verband 238
- Statistisches Bundesamt 96
- Steinbank (Zeche) 208
- T
- Technischer Verein für das Eisenhüttenwesen 191
- Termeer (Schnapsbrennerei) 319
- Theophilus (Zeche) 350
- Thyssen 141, 163, 195, 262, 278, 340, 357, 475
- Topographisches Bureau 85, 96
- Trappistenabtei Düsselthal 463
- Trinitatiskirche (Riemke) 468
- Tulipan (Zeche) 350
- Turngemeinde Dortmund 428
- Turnverein Eintracht (Dortmund) 429-431
- U
- Universität Duisburg 53
- Ursulinen 34, 464
- V
- van Eupen (Firma) 386
- Verband deutscher Privateisenbahnbeamter 456
- Verband technischer Grubenbeamter im Oberbergamtsbezirk Dortmund 264
- Verband zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen in Rheinland und Westfalen (s. Alter Verband)
- Verein Deutscher Arbeitgeberverbände/VDA 271
- Verein Deutscher Eisenhüttenleute/VDEh 191, 238
- Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 217, 273
- Verein für Bienenzucht und Seidenbau (Westernkotten) 426
- Verein für die bedrohten Interessen der Landwirtschaft an der Ruhr und Lenne 192
- Verein für die Beförderung des Gewerbefleißes 189
- Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund (s. Bergbauverein)
- Verein für die Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (s. Langnamverein)
- Verein für Orts- und Heimatkunde in der Grafschaft Mark e.V. 19
- Verein für Socialpolitik 103f., 276, 281
- Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten 505
- Vereinigung der Bergleute von Rheinland und Westfalen 227
- Vereinigung Märkischer Gewerke 208
- Ver. Maria (Zeche) 208
- Ver. Sälzer & Neuack (Zeche) 211
- Ver. Stein und Hardenberg (Zeche) 239
- Victoria Mathias & Gustav (Zeche) 213
- Villa Hügel 75, 305, 323, 386
- Vinzenz-Verein 465
- von der Heydt (Zeche) 389

Register

W

Weißblech-Kontor (Köln) 238
Werner Bund 44
Westermann (Verlag) 73
Westfalia (Eisenhütte) 498
Westfalia Schalke 428
Westfälische Berggewerkschaftskasse 259, 351
Westfälischer Grubenverein 239
Westfälisches Oberbergamt 68
Westphälisch-Rheinischer Verein für Bienenzucht und
Seidenbau 426
Wiarus Polski 270
Wöhlert (Lokomotivbauer) 181

Z

Zeichenverband 256, 280, 283
Zentrum/Zentrumspartei 257, 265, 472
Zisterzienser/Zisterzienserinnen 32, 34, 38, 139
Zjednoczenie Zawodowe Polskie (siehe Polnische
Berufsvereinigung)
Zollern (Zeche) 239
Zollvereinsländischer Eisenhütten- und Bergwerksverein
207f.
ZZP (siehe Polnische Berufsvereinigung)

Ortsregister

A

Aachen 43, 95, 144, 175, 240, 259, 275, 307, 329
Aachener Raum/Revier 195, 240, 244, 259, 361
Ahlen 44
Alpenraum 21
Alstaden 135
Alsum 492
Altena 39, 48, 58, 60, 74, 149
Altenbochum 390
Altendorf 403
Altenessen 92, 106, 158, 225, 298, 325f.
Altenhof 408, 410
Alt-Westend (Siedlung) 403
Alter Clarenberg (Siedlung) 403
Am Brandenbusch (Siedlung) 409
Amsterdam 54, 59, 94, 142
Antwerpen 59, 134, 144
Anzin 461

Arnsberg 67, 117, 311, 393
Arnsberg (Grafschaft) 40
Arnsberg (Regierungsbezirk) 117, 469, 303, 314, 331, 336,
387, 469, 474, 502
Asseln 42
Attigny 25
Augsburg 329, 473

B

Bad Lippspringe 498
Baden 181, 469, 479
Baltikum 23, 45
Barmen 58, 86f., 94f., 103, 154, 294, 317, 325, 336, 367
Basel 108
Batavische Republik der Vereinigten Niederlande 108, 111
Bayern 37, 51, 100, 110, 121, 469, 479
Beckum 44
Beeck 297f., 302, 308, 315, 389f.
Belgien 136f., 177, 186, 188, 205, 307, 400, 415
Berg (Herzogtum/Großherzogtum) 49, 67, 110, 119, 121, 174
Bergen 44f.
Bergisches Land 49, 59, 83, 94, 131f., 176, 180, 218, 299f.,
302, 309, 361, 367, 381, 469, 490
Bergisch-Märkisches Land 68, 74, 294f., 299, 396, 459, 490
Berlin 27, 54, 62, 67, 69, 94f., 118, 135, 158, 165f., 181, 189,
214, 229, 240, 246-248, 250, 298, 326, 330, 390, 400, 419,
429, 438, 440f., 444, 467, 475, 502
Bielefeld 74, 217, 296
Blankenstein 39f., 52, 64, 89, 491
Bochum 12f., 30, 41-43, 45, 52, 56-59, 64, 74, 83, 86, 94f., 105-
107, 120, 135, 138, 152, 158, 174, 209, 214, 219, 244, 295,
298, 300, 302-306, 308-310, 312, 314-318, 320-322, 324f.,
328f., 332, 335f., 342f., 348, 359, 377, 380, 384, 397, 401,
412, 421, 432, 438f., 441f., 447, 457, 460, 462f., 465, 468,
471, 474, 476, 480, 482, 486f., 502, 513, 515
Bochum-Ehrenfeld 22, 439
Bochum-Höntrop 22
Bochum-Stiepel 22, 33, 42
Bochum-Wattenscheid 116
Bockum 472
Bockum-Hövel 469, 473
Böhmen 478
Bommern 52
Borbeck 29, 225, 298, 469
Borken 44, 106
Bottrop 21, 33, 40, 269, 314, 390, 400, 469, 473, 493

- Bouzey 148
 Brabant 48
 Brackel 30, 42
 Brakel 33f.
 Braunschweig 73, 135, 181, 214
 Breckerfeld 58
 Bredeney 40, 344
 Bremen 43, 329, 373
 Breslau 400, 467
 Breslau (Regierungsbezirk) 476
 Broich 30, 488
 Brügge 44f., 59
 Brüssel 142, 152
 Buer 33, 51, 74, 114f., 295, 302, 334, 513
 Burgund 32
- C
 Cappenberg 32-34
 Castrop 26, 30, 37, 41, 436
 Castrop-Rauxel 23f., 298, 473
 Charleroi 307
 Chemnitz 214
 Chicago 438
 Citeaux 32
 Clarenberg 34
 Clausthal 240
 Cleve (Herzogtum) s. Kleve (Herzogtum)
 Corvey 26
 Crimmitschau 271f.
 Cronenberg 403f.
- D
 Dahler Heide 91
 Dahlhausen 318
 Deilbachtal 367
 Dellwig 67
 Deutscher Bund 95, 102
 Deutschland/Deutsches Reich 15, 17, 19, 30-32, 34, 36, 38, 40, 55, 57, 72, 78, 95, 97, 100, 103, 105f., 120, 132, 135, 148, 182, 201f., 234, 236, 247, 268, 289, 312, 340, 361, 374, 410, 412, 428f., 442f., 466, 474, 476, 479, 515
 Dinslaken 51, 300, 314, 467
 Dorsten 34, 42, 45f., 466, 487
 Dorstfeld 42, 246, 251, 460
 Dortmund 10, 12, 15, 23, 25, 30-32, 34f., 42-45, 47, 51, 56-58, 74, 83, 86f., 89, 91f., 94, 97f., 120, 127, 130, 135, 138, 140, 147-149, 158, 164, 174f., 177, 181, 214, 218f., 221, 226, 276, 282, 284, 293-296, 298, 300-304, 312, 314, 318, 321, 324, 328-338, 348, 375f., 379, 382, 397, 399, 401, 404, 412, 419, 426, 432-435, 439, 442, 465, 467f., 473, 479, 486-488, 492, 501, 505, 513-515
 Dortmund (Hafen) 147f.
 Dortmund (Kreis/Landkreis) 300, 302f., 306, 314, 331, 387
 Dortmund (Oberbergamtsbezirk) 462
 Dortmund-Aplerbeck 25
 Dortmund-Ems-Kanal 143-145, 147, 154, 443, 499
 Dortmund Fredenbaum 432-434
 Dresden 214
 Duisburg 10-12, 15, 23f., 29f., 32, 34f., 37, 40, 43, 45, 50, 53, 56, 64, 74, 87, 89, 92, 94f., 103, 105f., 119f., 135, 140f., 145, 152, 158, 174f., 177, 180f., 213, 253, 294f., 298f., 302f., 306, 308f., 311, 314-316, 325, 329, 332, 334, 336f., 364, 368, 388, 391, 413, 419f., 432, 459, 492, 499f., 502, 515
 Duisburg (Hafen) 74, 139-143, 297
 Duisburg (Kreis) 117, 308
 Duisburg-Ruhrort 67, 139, 142f., 296f., 488
 Duisburg-Rumeln 34
 Duisburger Beeckbach 499f.
 Duissern 34
 Düren 25
 Durham 225
 Düsseldorf 27, 94f., 102, 117f., 120, 147, 164f., 307, 318, 336, 367, 380, 420, 438
 Düsseldorf (Kreis) 118
 Düsseldorf (Regierungsbezirk) 100, 117, 120, 226, 308, 314, 325, 387, 419, 441
- E
 Ehrenfeld 22, 439
 Eickel 41, 53, 92, 441, 513
 Eifel 95, 189, 195, 309
 Elba 112
 Elberfeld 58, 92, 94f., 103, 138, 207, 294, 300
 Elmenhorst 30
 Elsass-Lothringen 216, 238
 Elsey 33f., 39
 Elverlingsen 63
 Emden 142
 Emmerich 120
 Emscherbruch 174, 493
 Emscherzone/Emschergebiet/Emschertal 12, 21, 31, 36f., 40, 42, 52, 55, 57, 62, 74f., 78, 88, 92, 95, 97f., 152, 169, 174,

Register

- 192, 195, 203, 225, 256, 268, 292, 294, 296, 298, 327, 443,
447, 483, 493f., 499-502, 504, 511f.
- England 48, 60, 62, 82, 90, 123, 134, 136, 147, 176, 187f.,
190f., 205, 216, 262, 283, 307, 371f., 403, 410, 425, 432, 444,
479, 483, 506
- Ennepestraße (Gemeinde) 299, 373
- Ennepetal 42
- Ergste 67
- Erwitte 30
- Erzgebirge 289, 308
- Essen 10, 12f., 15, 28-34, 36, 39f., 42f., 45, 51, 57, 74-76, 86-
88, 94, 97f., 105f., 108, 116f., 119f., 124f., 135, 145, 151-153,
158, 164, 174, 176f., 184, 202, 209, 211-214, 218-220, 226f.,
272, 293f., 298, 300-302, 304f., 312, 314, 318, 321, 327-329,
332-334, 336, 342, 344, 346, 348f., 373, 379, 386, 390, 393f.,
397, 399-404, 406f., 409-412, 420, 424, 427f., 432, 441f.,
460, 466, 468-470, 472f., 479, 486f., 502f., 508-510, 515
- Essen (Kreis) 103, 117, 120, 300
- Essen (Stift/Kurstift/Reichsstift) 26-29, 32-34, 49, 52, 67, 83,
95, 108, 301, 304, 493f.
- Essen-Dellwig 21
- Essen-Kupferdreh 68
- Essen-Schönebeck 133
- Essen-Überruhr 23, 471f.
- Essen-Werden 27, 208, 319
- F
- Flandern 48
- Florapark (Herne/Wanne) 494
- Frankfurt am Main 43, 166, 300, 329, 390
- Frankreich 30, 72, 85, 107, 111f., 114, 117, 119, 131, 147, 156,
177, 187f., 224, 400, 479
- Freckenhorst 32
- Fredenbaum 432-434
- Freiberg 240, 512
- Freisenbruch 43, 150
- Fröndenberg 32-34
- Fronlinde 30
- Funchal 504
- Fürth 181
- G
- Geldern 47, 78
- Geldern (Herzogtum) 47f.
- Gelsenkirchen 12, 41, 88, 97, 105, 114-117, 127, 140, 150, 158,
202, 204f., 225, 232, 239, 245, 269, 275, 281, 295, 298, 302,
307, 314f., 319, 329, 335, 387f., 400, 412, 421, 458, 460, 473-
475, 480-483, 492, 499f., 503-505, 513
- Gelsenkirchen-Buer 74
- Gelsenkirchen-Neustadt 406
- Gelsenkirchen-Ückendorf 457f.
- Gerthe 468f.
- Gevelsberg 38
- Gladbeck 40, 74, 204, 473
- Glauchau 214
- Gleiwitz 87
- Godesberg 29
- Gotland 45
- Grafschaft Mark 19f., 40-44, 47-49, 52-55, 57f., 64-67, 71,
83f., 90, 94, 114, 157, 177, 179, 182, 299, 302, 473, 486f.,
493, 498
- Großbritannien 131, 173, 236, 400, 427
- Grumme 425
- Gütersloh 190
- H
- Habinghorst 314
- Hagen 21, 39, 296, 300f., 304, 306, 314, 324, 335-337, 480
- Hagen-Hohenlimburg 21
- Hagen-Vorhalle 21
- Halberstadt 26
- Halle 207, 330
- Haltern 45
- Hamborn 32, 34, 142, 158, 204, 314, 321, 325, 387, 401, 413,
436
- Hamborn-Marxloh 269
- Hamburg 94, 142, 166, 181, 214, 329, 373, 419, 438, 497, 504
- Hamm 34, 39, 45f., 50, 53, 57f., 66, 74, 78, 98, 117, 120, 124,
130, 135, 138f., 141, 181, 284, 294, 314, 318, 330, 426, 480,
513
- Hamme 463
- Hannover 111, 135
- Harz 28, 68, 189, 289
- Hasselt 34
- Hattingen 26, 33, 39f., 45, 55f., 67, 87, 89, 92, 190, 298, 314,
411f., 448
- Heinsberg 32
- Hellweg/Hellwegzone 12, 15, 21f., 24, 29f., 42f., 49, 52, 55,
59, 69, 89, 98, 132, 174f., 189, 269, 290, 292, 294-296, 298,
300, 314, 318, 399, 420, 459, 465, 490, 499, 515
- Henrichenburg 147, 443
- Herbede 56, 68

- Herdecke 68
 Herford 32, 43
 Herne 12, 21f., 42, 147, 204f., 249f., 269, 298, 307, 314, 387, 389, 410, 412, 421, 454, 460, 468, 473, 494, 513
 Hessen 111, 195, 479
 Hildesheim (Bistum) 108
 Hiltrop 468f.
 Hinsel 23
 Hochsauerland 19, 47, 66
 Hofstede(-Riemke) 152, 468
 Holland 68, 108, 137, 299, 312, 373
 Holzwickede 490, 492
 Hörde 34, 43, 58, 298, 314, 403, 433, 465f., 511-513
 Horst 115, 150, 492
 Hövel 472
 Huckarde 29f.
 Hunsrück 189, 309
 Hüttenau 411f.
- I
 Ickern 23
 In der Grüne 60
 Indien 236, 433
 Irland 188, 205, 216, 307, 371
 Iserlohn 49, 54, 58-61, 74, 294, 296, 330, 335
 Island 45
 Italien 25, 28, 30, 99, 102, 176, 236
- J
 Jöllenbeck 301
 Jülich 40, 52
 Jülich (Herzogtum) 47, 49
 Jülich-Kleve-Berg (Herrschaft/Provinz) 40, 47, 50, 108, 117
- K
 Kaiserswerth 25, 466f.
 Kalkar 46
 Kalkriese 22
 Kamen 34, 42
 Kamen-Methler 406
 Kamp (Abtei) 32
 Kamp-Lintfort 34
 Karibik 176
 Kettwig 174f.
 Kevelaer 480
 Kirchhellen 34
 Kirchlinde 35
 Kleve 40, 42, 47, 49, 52f., 62, 120
 Kleve (Herzogtum) 40, 48f., 52, 182, 498
 Kleve-Mark (Doppelterritorium) 46-50, 63, 67
 Koblenz 117, 469
 Köln 39f., 42f., 45, 47f., 59, 64, 95, 102, 120, 131, 134f., 166, 177, 206f., 238, 329, 366, 467, 476
 Köln (Bistum/Erzstift) 16, 31f., 39f., 42f., 49, 66f., 69, 114, 117, 122, 475
 Königssteele 67, 150
 Konstantinopel 504
 Kornharpen 343
 Krefeld 24, 46, 74, 336, 514
 Krefeld-Gellep 24
 Kronenpark 433
 Kupferdreh 68
 Kurbrandenburg 52
- L
 Laar 297f., 302, 390
 Laerheide 343
 Lahn-Dill-Gebiet 189, 191
 Lancashire 289
 Langenberg 367
 Langendreer 53, 158, 276
 Langschede 490
 Leipzig 95, 111, 181, 213f., 382, 384, 429, 434, 438, 459
 Lennep 180
 Lennetal 39
 Leuchterhof 34
 Liesborn 32
 Limburg 426
 Limburg (Grafschaft) 39, 52, 60, 67
 Lippezone/Lippegebiet/Lippetal 22, 40, 42, 53, 55, 57, 95, 117, 168f., 230, 292, 296, 498f.
 Lippstadt 42, 44, 64, 110, 135, 190
 Lissabon 504
 Litauen 137
 Liverpool 142
 London 44f., 91, 94, 237, 373, 509
 Lothringen 102, 238
 Lübeck 45
 Lüdenscheid 52, 58, 60f., 74
 Lüdinghausen 401
 Lünen 43, 58, 91, 190, 473, 513
 Lütgendortmund 34, 41, 43, 158, 466, 477

Register

Lüttich 39, 307

M

Madeira 504

Mainz 31, 469

Manchester 90

Mannheim 280f.

Mansfeld 289, 308

Margarethenhöhe 400, 410-412

Mariensaal (Abtei) 32

Mark (s. Grafschaft Mark)

Marl 33

Marsberg 25

Marxloh 492

Masuren 309, 478, 480

Meiderich 141, 297f., 302, 308f., 315f., 389f.

Mengede 157, 404, 466, 498

Meschede 21, 32-34, 67

Meurs (Fürstentum) 182

Minden 134f., 140, 296

Minden-Ravensburg 56

Mitteldeutschland 314, 400

Moers 106, 157

Mönchengladbach 78

Mülheim an der Ruhr 30, 32, 34, 39, 43, 67, 69, 86, 88f., 94, 103, 119f., 133, 135, 145, 153, 158, 164, 174f., 177-179, 186, 207, 209, 294f., 298, 300, 302, 314, 332, 473, 484, 486, 488f., 506

München 166, 329

Münster 25f., 29, 44, 47, 53, 56, 58, 102, 117, 119, 132, 165, 296, 329, 469

Münster (Bistum/Hochstift) 25f., 29, 32, 44, 49, 52, 108, 122, 475

Münster (Regierungsbezirk) 100, 117, 165, 314, 387

Münsterland 21, 55, 57, 103, 168, 190, 195, 356, 371, 473

Muttental 63

N

Nachrodt 63

Namur 142

Neapel 504

Neheim 67

Neviges 480

Niederlande 48, 51, 53, 99, 108, 111, 132, 168, 176-178, 180, 186, 195, 198, 299f., 487

Niederrhein 22, 24, 30, 40, 42, 47f., 51, 67f., 75, 105, 111, 153, 195, 309, 356, 361, 469

Niederrhein (Provinz/Großherzogtum) 117

Niederschlesien 175, 461

Nienbrügge 39

Nordafrika 191

Norddeutscher Bund 100, 223

Norddeutschland 27

Nordrhein-Westfalen 20, 39, 103

Nordwestdeutschland 498

Northumberland 225

Nowgorod 44

Nürnberg 181

O

Oberhausen 12, 74, 124, 140, 147, 152, 158, 204, 207, 218, 225f., 298, 304, 314, 318, 327, 329, 336, 364, 387, 400, 403, 412

Oberhemer 60

Oberlahnstein 238

Oberschlesien 201, 234, 244, 269, 340, 415, 464

Ochsenfurt 474

Oderbruch 90

Oespel 23

Olpe 61

Oporto 504

Osnabrück 44, 53, 254

Ostdeutschland 234, 400

Ostelbien 182

Ostenhellweg 42

Österreich 107, 312

Österreich-Ungarn 99, 102

Ostfrankenreich/Ostfränkisches Reich 30f., 33

Ostmitteldeutschland 233

Ostpreußen 100, 195, 210, 267, 405, 473, 478

Ostwestfalen 21, 168, 190, 216

P

Paderborn 29f., 56

Paderborn (Bistum/Erzbistum) 29, 44, 48, 108, 122, 465, 475

Palermo 504

Paris 91, 94, 111, 142, 232, 243, 440, 487

Park am Fredenbaum 432-434

Pempelfort 307, 367

Pommern 372

Posen 269

- Posen (Provinz) 195, 267, 309, 314, 405, 473
- Preußen 16, 48, 52f., 64, 82, 85f., 89f., 95, 99f., 102f., 105, 108, 110f., 113f., 117, 119, 121-123, 134f., 138, 142, 145, 152, 154, 156f., 159, 177, 183, 193, 212f., 223, 303, 308, 314, 326, 335, 348, 366, 372, 402, 419, 453, 456f., 470, 475f., 491, 498, 502
- R
- Rastatt 107f.
- Ratibor 269
- Ratingen 174
- Ravensberg (Grafschaft) 49
- Recklinghausen 33f., 42, 45, 74, 92, 94, 105f., 164, 284, 302, 314, 387, 412, 421, 436, 473, 513
- Recklinghausen (Kreis) 103, 105, 147, 302, 306, 314, 387, 473
- Rees (Kreis) 103
- Regensburg 44, 53, 107f.
- Rellinghausen 34
- Remscheid 74, 78, 131, 294
- Rhein-Herne-Kanal 21, 74, 145-147
- Rheinland 19f., 32, 35f., 40, 43, 52, 100, 102, 113, 120, 123, 156, 175, 293, 301, 309, 329, 356, 359-361, 370, 419, 467, 469, 473, 475, 479, 494
- Rheinprovinz/Rheinland (Provinz) 15, 20, 97, 99f., 102, 105, 117, 120, 123, 135, 153, 159, 175, 177f., 185, 199, 245, 402, 423, 475, 494, 502, 513
- Riemke 468
- Rom 39, 470
- Rothaargebirge 67, 488
- Rotthausen 117
- Ruhrort 53, 67, 103, 119, 132, 139-143, 145, 153, 158, 176f., 213, 224, 295-298, 300, 306, 308, 314, 365, 389, 488, 491
- Ruhrort (Hafen) 67, 139-143, 153, 297, 491
- Ruhrtal 15, 295, 302, 327, 483f., 488f., 491
- Ruhrzone 292, 294-296, 300, 314, 488-490, 494, 499
- Rumänien 231
- Russland 236
- Rüttenscheid 411
- Rybnik 269
- S
- Saarbrücken 87, 413
- Saargebiet/Saarland/Saarregion 7, 175, 178, 189, 191, 244, 259, 464
- Saarn 32, 34
- Sachsen 68, 100, 105, 181f., 189, 229, 256, 271, 293, 300, 478
- Sächsisches Revier 244
- Sauerland (s. auch Süderland) 19, 36, 42, 47-49, 52, 54f., 57, 59, 66, 69, 95, 149, 218, 300, 327, 371
- Schalke 115
- Schlesien 105, 166, 189, 194f., 269, 300, 309, 314, 405, 444, 469, 473, 478
- Schweden 27f., 191, 231
- Schweiz 51, 176
- Schwelm 55, 58f.
- Schwerte 36, 56-58, 502
- Schwerte-Wandhofen 22
- Siegener Raum 61
- Siegerland 49, 190, 257
- Silicon Valley 161, 362f.
- Soest 30, 42-46, 58, 64, 135
- Solingen 74, 92, 214, 294
- Spanien 176, 191, 236
- Steele 41, 43
- Sterkrade 32, 34, 40, 136, 189, 365, 373, 469
- Stiepel 22, 33, 42
- Stoppenberg 34
- Strünkede 40, 42, 53
- Stuttgart 214
- Styrum (Herrschaft) 39, 67
- Süddeutschland 35, 178, 195, 300
- Süderland (s. auch Sauerland) 54, 59, 62, 69
- Südwaies 242
- Südwestfalen 63
- Syburg 64
- T
- Tampere 289
- Tecklenburger Land 56
- Telgte 480
- Teutoburger Wald 22
- Teutoburgia (Siedlung) 410
- Tschenstochau 480
- U
- Ückendorf 116
- Unna 30, 33, 42f., 45, 51, 57f., 64, 67f., 83, 89, 94, 98, 135, 178, 231, 330, 403, 426, 467
- Uppsala 27f.
- USA 144f., 173, 274
- V
- Velar 32

Register

- Velbert-Neviges 34
- Verdun 30
- Vereinigtes Königreich der Niederlande 178, 186
- Versmold 57
- Vest Recklinghausen 37, 47, 49, 108, 177, 492, 494
- Vestische Zone 21, 29, 70, 292
- Villigst 36
- Visby 45
- Vogesen 148
- Vreden 32

- W
- Waldenburg 202, 461
- Walsum 34
- Waltrop 147, 493
- Wanne 92, 115, 225, 513
- Wanne-Eickel 298, 314, 493
- Wattenscheid 41, 43, 74, 116, 158, 204, 269, 295, 314, 412, 482, 513
- Welheim 34
- Welper 411f.
- Werden 26-29, 32-37, 46, 49, 67, 87, 95, 108, 117, 153, 174, 177, 318, 320, 412, 467
- Werdohl 63
- Werl 30, 42, 45, 67, 135, 480
- Werne 33f., 45, 512
- Wesel 25, 50, 53, 74, 78, 177, 498
- Westdeutschland 294, 300, 314, 474
- Westend 403f.
- Westenhellweg 42, 465
- Westernkotten 426
- Westfalen 16, 20f., 26, 32f., 35f., 38-40, 42-46, 48, 51-53, 55f., 63, 69, 71, 94, 102f., 113, 117, 123, 132, 153, 156, 293, 300-302, 309, 314, 324, 342, 347, 360f., 367, 372, 382, 460, 468f., 479, 487, 494
- Westfalen (Herzogtum) 67, 108f.
- Westfalen (Provinz) 15, 20, 55, 71, 97, 99f., 102, 113, 117, 120, 123, 135, 153, 156, 159, 177f., 183, 185, 245, 293, 371, 383, 441, 469, 475, 494, 502
- Westhofen 30
- Westphalen (Königreich) 110f.
- Westpreußen 100, 269, 473
- Wetter an der Ruhr 52, 63f., 68, 181, 368
- Wetzlar 329
- Wickede 42, 67
- Wien 94, 111, 122, 177, 182, 224, 475, 498

- Wiesbaden 329
- Wiescherhöfen 138
- Wilhelmshaven 102
- Winterberg 67, 488
- Witten 11, 19, 37f., 42, 47, 52, 55f., 63, 68, 74, 132, 175, 202, 219, 318, 412
- Wittenberg 330
- Wuppertal 42, 59, 131, 181, 214, 300, 438
- Württemberg 181, 469

- X
- Xanten 22, 24, 52
- Xanten (Stift) 36

- Y
- York 25, 27